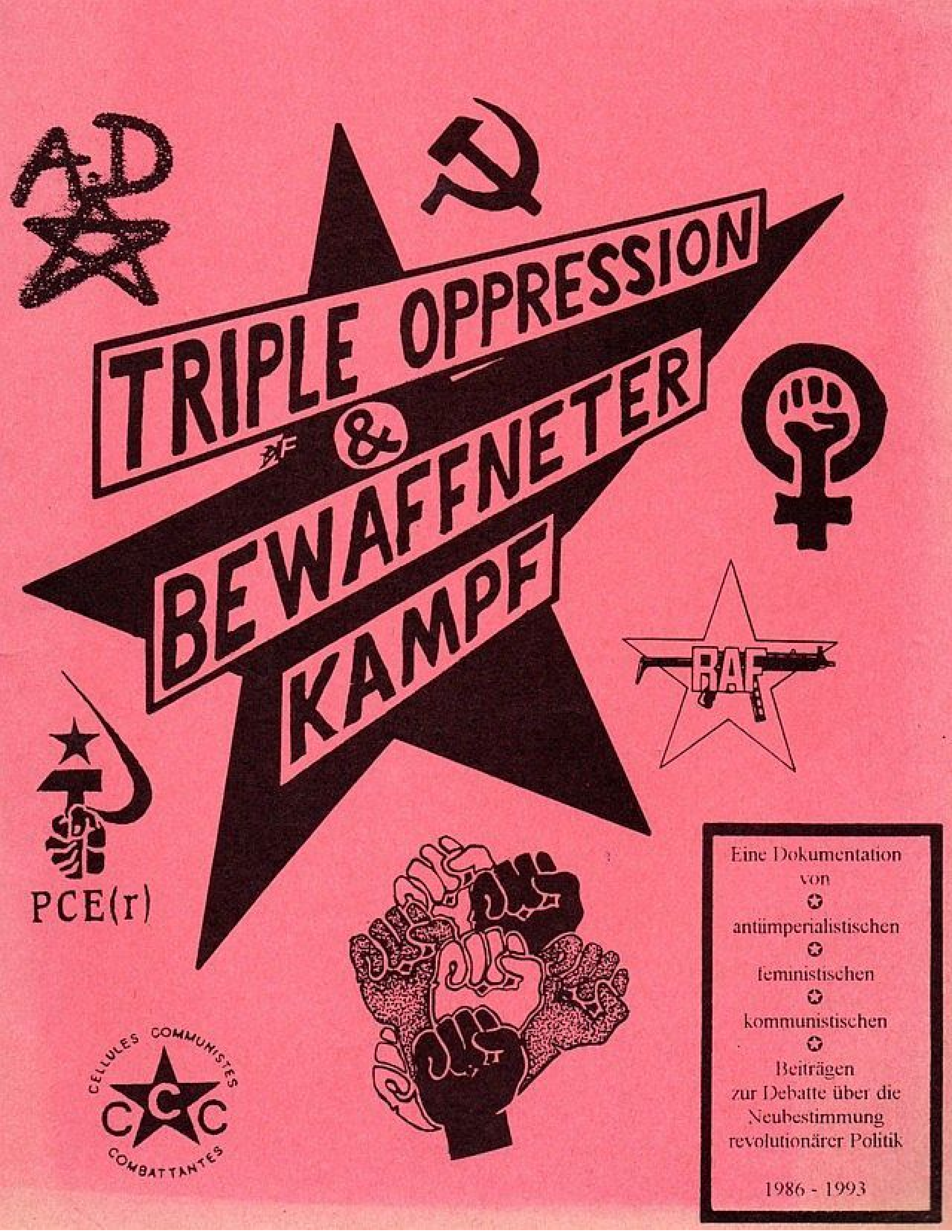
Für eine neue revolutionäre Praxis!



Vorwort der MitherausgeberInnen

Entgegen dem sog. Legalitätsprinzip, das heißt präzisen, bürgerliche Sicherheit gewährleistenden gesetzlichen Vorgaben politischen und polizeilichen Handelns, handeln die staatlichen Institutionen im Rahmen des von ihnen gezimmerten "Systems Innerer Sicherheit" immer erneut nach dem sog. Opportunitätsprinzip. Das heißt je nach Situation wird diese oder jene Maßnahme ergriffen und werden beispielsweise bürgerliche Rechte verletzt oder nicht. Vor allem präventive Vorkehrungen werden getroffen, die, mit dem Schein des Sicherheitsversprechens versehen, bürgerliche Sicherheit gefährden, indem sie die Sicherheit bestehender Herrschaftsverhältnisse zu garantieren suchen. An den Voraussetzungen dieser präventiven Maßnahmen hat der Gesetzgeber meist fahrlässig mitgewirkt. Beispielsweise sind strafrechtliche Normen beschlossen worden, die jeder aufgeklärten und demokratisch-rechtsstaatlichen Strafrechtslogik widersprechen. So der § 129a StGB.

Wir, die wir dieses Buch mitherausgeben, das wir nicht mitverfaßt haben und dessen Argumente wir weithin nicht teilen, handeln gleichfalls präventiv. Freilich strikt im Rahmen des grund- und menschenrechtlich fundierten Legalitätsprinzips. Wir wollen nämlich dabei helfen, zu gewährleisten, daß die Herausgeber dieser Aufsätze, Briefe und Erklärungen u.ä.m. ihre Vorstellungen öffentlich zugänglich machen und damit der öffentlichen Diskussion unterwerfen können. Eine solche Veröffentlichung könnte aber, siehe den demokratisch-rechtsstaatlich unhaltbaren § 129a StGB, sobald sie erfolgt ist, noch zu unterdrücken versucht werden. Und diejenigen, die dafür verantwortlich sind, werden dann strafrechtlich verfolgt. So mitten in dieser Republik seinerzeit Bommi Baumanns Buch "Wie alles anfing...". Seinerzeit wurde der in der Zwischenzeit kassierte, jedoch strafrechtlich anderwärts ersetzte § 88a StGB Öffentlichkeit unterdrückend und strafverfolgerisch benutzt.

Was immer man von den in sich kontroversen Gedanken dieses Buches halten mag: In jedem Fall verdienen sie die gleiche Chance öffentlich diskutiert und damit kritisiert und gegebenenfalls verworfen zu werden, wie dies für andere passend-unpassende Überlegungen gilt. Informationsfreiheit und Offenheit der Diskussion gehören zu den Grundbedingungen jeden freiheitlichen Streits. Fundamentalopposition ist nicht von vornherein auch gedanklich unzulässig. Gewalt entsteht erst aus Unterdrückungen aller Art, selbst wenn diese im Namen der Bekämpfung von Gewalt auftreten.

gez. ASTA-FU
gez. Frigga Haug
gez. Wolfgang Fritz Haug
gez. Wolf Dieter Narr
gez. Uwe Wesel
gez. Harald Wolf

Für eine neue revolutionäre Praxis. *Triple Oppression & bewaffneter Kampf.* Eine Dokumentation von antiimperialistischen, feministischen, kommunistischen Beiträgen zur Debatte über die Neubestimmung revolutionärer Politik 1986-1993 mit einem Vorwort der MitherausgeberInnen
hrsg. von der Broschürengruppe in Zusammenarbeit mit dem ASTA-FU sowie Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Wolf Dieter Narr, Uwe Wesel und Harald Wolf
VerfasserInnen: Broschürengruppe, Lucio Colletti, Galvano della Volpe, Karl-Heinz Dellwo, ...
Selbstverlag: Berlin, 1994, 212 Seiten

Inhalt:

I. Für eine neue revolutionäre Praxis!

"'92 gab es plötzlich soviele SchwätzerInnen wie nie zuvor, von denen wir in unseren offensiven Phasen nichts mitbekommen haben. Niemand von denen war und ist bereit, selbst bewaffnet zu kämpfen. (...). Denn Schwätzertum führt nicht mal zu Wiederholungen des alten, es führt zu nichts."
RAF, 02.11.1993

"Eine der härtesten Lektionen, die wir zu lernen hatten, war, daß revolutionärer Kampf eher wissenschaftlich (scientific) als emotional ist. Ich sage nicht, daß wir nichts fühlen sollten, aber Entscheidungen können nicht auf Liebe oder Wut basieren. Sie müssen sich begründen auf den objektiven Bedingungen und danach richten, *was* rational und unemotional (notwendig) zu *tun* ist."
Assata Shakur zit. n. Klaus Viehmann u.a., *Drei zu Eins*

Vorwort

Am 10.4.92 verkündete die RAF die Einstellung ihrer gezielt tödlichen Angriffe gegen Repräsentanten von Staat und Kapital. Diese und auch die im August folgende, ausführlichere Erklärung lösten eine heftige Kontroverse über ihre neue Politik aus. Kritisiert wurde vor allem die Verknüpfung von bewaffneten Aktionen mit der Situation der Gefangenen, der unscharfe Begriff der aufzubauenden "Gegenmacht von unten" etc.
Die RAF wies die sich nach dem April 1992 entwickelnde Debatte, ob ihre neue Politik revolutionär oder reformistisch sei, als "Scheindiskussion" zurück. So richtig es auch sein mag, daß oft Denunziationen und Beschuldigungen die Auseinandersetzung beherrschen, so richtig ist es allerdings auch, daß eine grundlegende Reflexion über revolutionäre Theorie und Praxis und entsprechende Konsequenzen in der jetzigen Situation zwingend notwendig sind.
Diese Broschüre soll in die aktuellen Diskussionen eingreifen und Material bieten zu grundsätzlichen Fragen von Strategie und Taktik. Aus diesem Grund wird nicht auf die jüngsten Konflikte innerhalb des Gefangenenkollektivs eingegangen. Die in diesem Rahmen vorgebrachten Beschuldigungen sind in Form und Inhalt zum großen Teil wenig geeignet, produktive Auseinandersetzungen zu befördern. Außerdem finden wir es als Herausgeber dieser Broschüre wichtig, die Aufmerksamkeit auf bisher vernachlässigte Aspekte zu lenken, die nicht ursächlich in den letzten zwei Jahren liegen. Vielmehr müssen zentrale Fehleinschätzungen der RAF kritisch beleuchtet werden, die sich durch den größten Teil ihrer Geschichte ziehen. Nur so kann die jüngste Entwicklung verstanden und verarbeitet werden.
Die vorliegende Broschüre versammelt Texte verschiedener, teilweise gegensätzlicher politischer Richtungen, die sich aber alle mit revolutionärer Politik im allgemeinen oder mit der Politik der RAF im speziellen befassen. Die Auswahl der einzelnen Beiträge erfolgte nach subjektiven Kriterien, aber nicht willkürlich.

Broschüren-Gruppe

Einleitung

Wir greifen als Kommunisten in die aktuelle Debatte zur Neubestimmung revolutionärer Politik ein. Im Unterschied zu vielen anderen kommunistischen Gruppen postulieren wir jedoch nicht die Existenz des Hauptwiderspruchs Kapital-Arbeit, dem in hierarchischer Folge Nebenwidersprüche angegliedert werden. Grundlage unserer Analysen bildet die triple-oppression-Theorie, nach der drei antagonistische Widersprüche existieren, die zudem relativ unabhängig voneinander sind. Aufgrund dieser theoretischen Bestimmung setzt unsere Kritik an der RAF an verschiedenen Punkten an. Sie kann hier allerdings nur skizziert werden, Schwerpunkt der Broschüre sind Texte anderer Gruppen und Einzelpersonen. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, daß unser persönlicher Erfahrungshorizont aufgrund der politischen Herkunft oder des Alters äußerst unterschiedlich ist. Wir veröffentlichen im folgenden also Texte, in denen sich unsere Positionen großenteils wiederfinden. Dies bedeutet allerdings nicht, daß alle hier versammelten Materialien unsere uneingeschränkte Zustimmung besitzen. Viele haben formale und inhaltliche Schwächen, leiden unter einer verkürzten, patriarchalen Betrachtungsweise, einer unangemessen heroischen Sprache, einer schematischen Auffassung des Geschlechterverhältnisses oder einem unsachlichen Umgang mit dem Gegenstand ihrer Kritik. Nichtsdestoweniger besitzt jeder Texte wichtige, diskussionswürdige Ansätze, die unseres Erachtens bei einer Neubestimmung revolutionärer Politik berücksichtigt werden müssen.

Eine solche Neubestimmung ist nur möglich, wenn bisherige Versäumnisse und Fehlentwicklungen klar benannt und in ihrer Ursache bestimmt werden. Dafür ist es erforderlich, bis zum Frontkonzept der RAF, teilweise noch weiter, zurückzugehen. Nur so erschließen sich Kontinuitäten theoretischer Fehlleistungen, die fast zwangsläufig zur Erklärung vom 10.4.92 und zur jetzigen Situation der RAF führen mußten.

Zu diesen Fehlleistungen zählt ein schematisches Gesellschaftsverständnis. Hatte sich die RAF anfänglich noch explizit auf hiesige Widersprüche bezogen (wenn nicht auf Patriarchat und Rassismus, so doch auf Klassenauseinandersetzungen), machte sie seit dem Scheitern ihrer Offensive vom Mai 1972 drei zentrale Konfliktlinien aus, die der Gesellschaft äußerlich sind: Metropole-Trikont, West-Ost, Staat-Gesellschaft. Ihren theoretischen Niederschlag fand diese Analyse dann im sogenannten Frontkonzept vom Mai 1982. Eine solche Sicht der Dinge ist undialektisch und führte schließlich aufgrund der Umwälzungen 1989/90 und der Schwäche der trikontinentalen Befreiungskämpfe zur vollständigen Fixierung auf den angeblichen Widerspruch Staat-Gesellschaft.

Da der Staat jedoch kein außerhalb der eigentlichen Gesellschaft existierendes Subjekt ist, sondern vielmehr Resultat innergesellschaftlicher Widersprüche (daher sein patriarchaler, rassistischer und Klassencharakter), ist es unsinnig, zwischen beiden einen Widerspruch oder gar einen Antagonismus suchen zu wollen. Für sich betrachtet hat auch der Begriff der "Gesellschaft" keinen analytischen Wert. So konkret die Gesellschaft auf den ersten Blick erscheinen mag, sie bleibt eine inhaltsleere Abstraktion, wenn nicht die sie konstituierenden Klassenverhältnisse begriffen werden. Die einzelnen Klassen werden wiederum erst konkret bei Betrachtung der Produktionsverhältnisse, aus denen sie hervorgehen. Eine ernsthafte Analyse gesellschaftlicher Widersprüche ist also nur möglich, wenn von der materiellen Basis ausgegangen und diese als Ansatzpunkt von Veränderungen begriffen wird (vgl. K. Marx: Einleitung zu den Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie, 1857, S. 21ff.).

Bezog sich die RAF zu früheren Zeiten wenigstens noch auf den Klassenwiderspruch, so hat sie es mittlerweile geschafft, auch diesen zu eliminieren. Begriffe wie "Klassenkampf" oder "Proletariat" erscheinen in den neueren Texten kaum oder gar nicht, das "Kapital" scheint nur eines der vielen Synonyme für das "System" zu sein. Geschlechterwiderspruch und Rassismus sind Aspekte, die in den Analysen der RAF traditionell nur marginale Bedeutung besitzen und, wenn überhaupt, als von außen in die Gesellschaft getragene Manipulation wahrgenommen werden.

Insofern die RAF seit Mitte 1972 statt der Ursache (die Widersprüche in der Gesellschaft) deren Auswirkung ([die Existenz des] Staat[es]) bekämpft, war sie objektiv schon damals reformistisch. Sie war allerdings bis 1989/92 subjektiv revolutionär, denn sie faßte den von ihr wahrgenommenen Widerspruch Staat-

Gesellschaft als antagonistisch auf. Da sie heute diesen von ihr ausgemachten Widerspruch nicht mehr als antagonistisch betrachtet, Widersprüche innerhalb der Gesellschaft aber gleichwohl immer noch ignoriert, ist ihre neue Politik offen reformistisch. Es geht also darum, den Staat "zurückzudrängen" statt ihn zu zerschlagen und "wegzukommen davon, in erster Linie darauf zu gucken, wer ist für und wer ist gegen revolutionäre Politik" (August-Erklärung).

Vorrangig geht es der RAF jetzt um "konkrete veränderungen", die nicht "bis auf die zeit nach der revolution verschoben werden können" (WWG-Erklärung); um Freiräume, "Gegenmacht von unten" (April-Erklärung). Die RAF gibt diese Konzeption als Alternative zum 'Abwarten bis zur Revolution' aus (was aber ohnehin niemandE vorgeschlagen hat). Tatsächlich bedeutet die neue Konzeption der RAF vielmehr nicht das Abwarten, sondern die Revolution aufzugeben. Denn wenn es möglich ist, daß nicht nur *Reformen im System*, sondern ein tatsächlicher "Entwicklungsraum für (...) Fundamentalopposition" (August-Erklärung) bzw. eine "gesellschaftliche Alternative", also doch wohl eine *Alternative zum System*, schon "hier und heute" anfangen (April-Erklärung), warum dann überhaupt noch für die Revolution kämpfen?

Die jetzige Situation der RAF ist Resultat einer Entwicklung, in deren Verlauf bewaffnete Aktionen technisch immer mehr vervollkommnet wurden, das "Primat der Praxis" also realisiert wurde, die theoretischen Aspekte jedoch in den Hintergrund rückten. Diese beobachtbare Entwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die RAF natürlich theoretische Analysen besaß und besitzt, auf deren Grundlage die praktische Politik gestaltet wurde. Die theoriefeindliche Selbstdarstellung der RAF (s. schon Konzept Stadtguerilla, Abschnitt "Primat der Praxis") bzw. der Vorwurf der Theorielosigkeit mögen also partiell zutreffen. Dies festzustellen bleibt aber unzulänglich, wenn nicht die Frage nach der Richtigkeit der trotzdem entwickelten Konzepte gestellt wird. So werfen die Gefangenen der GRAPO/PCE(r) in ihrem Text "Zwei unvereinbare Linien innerhalb der europäischen revolutionären Bewegung" der RAF militaristische Positionen vor, die deren kleinbürgerlichen Charakter nur schlecht verhüllten.

Die hier kurz angedeutete Kritik an grundsätzlichen theoretischen Positionen der RAF sollte allerdings nicht dazu führen, daß Verhältnis zwischen alter und neuer Politik als lineare Kontinuität aufzufassen, vielmehr führten die veränderten Bedingungen nach 1989/90 zum Wegfall einiger Elemente der RAF-Politik und zur Hervorhebung bzw. Neueinfügung anderer.

Ob und welche der in den jeweiligen Beiträgen geäußerten Kritiken zutreffen, soll an dieser Stelle nicht abschließend beurteilt werden, sondern Gegenstand der sich hoffentlich entwickelnden Diskussion sein. Diese sollte unseres Erachtens wegkommen von kurzfristigen taktischen Überlegungen und sich stattdessen konzentrieren auf die grundsätzlichen und perspektivischen Fragen revolutionärer Politik. Auf dieser Prämisse basiert Kapitel VII, in dem die theoretischen Ursachen der Defizite der alten und neuen Politik beleuchtet werden. So sehen wir das schematische Gesellschaftsverständnis der RAF als ein Resultat des Einflusses von Georg Lukács bzw. der Frankfurter Schule (hier vor allem Horkheimer, Adorno und Marcuse). Ein falsches Hegel-Verständnis führte zur Übernahme philosophisch eng gebundener Kategorien wie "Verdinglichung", "Entfremdung" oder "Totalität" in gesellschaftsanalytische Modelle. Die Verwendung dieser Kategorien im falschen Zusammenhang verdeckt Widersprüche (z.B. wenn von der "Totalität" des kapitalistischen Alltags bzw. des Metropolenlebens gesprochen wird) und erklärt sie in reduktionistischer Weise zum Ausdruck eines einzigen Prinzips (nämlich der Ware-Geld-Beziehung). In letzter Konsequenz läuft diese Konzeption auf die hierarchische Einteilung in einen Hauptwiderspruch und mehrere Nebenwidersprüche hinaus und ist zugleich Ansatzpunkt für reformistische Tendenzen, da die kapitalistische "Totalität" alle Menschen der "Verdinglichung" (oder auch "Entmenschlichung") unterwirft und eine Umgestaltung (nicht: Umwälzung) bestehender Verhältnisse somit eine die Menschheit als Ganzes betreffende Frage ist. Die Bekämpfung spezifischer Unterdrückungsverhältnisse tritt zurück zugunsten der Bewältigung "globaler Probleme".

Unsere These vom Einfluß der Frankfurter Schule auf die RAF soll auch hier keine Vorstellung von linearer Kontinuität befördern. Die genannten Autoren wurden von den Mitgliedern der RAF selbst teilweise gar nicht gelesen, und doch waren und sind letztere eingebunden in eine Rezeptionskonjunktur spezifischer

Texte von oft unterschwelligem Einfluß. Warenkritik und Verdinglichungstheorie sind seit Ende der 60er Jahre zentrale Topoi des Diskurses innerhalb der "anti-autoritären" bzw. "undogmatischen" Linken. Der von uns aufgezeigte Einfluß der Frankfurter Schule ist also mittelbarer Natur und bedeutet auch nicht, daß sich in der Theorie der RAF keine anderen Elemente finden lassen. Diese anderen Elemente werden von uns nicht explizit behandelt, da wir sie als nicht so problematisch empfinden, wie die der Kritischen Theorie entliehenen.
Die vorliegende Broschüre ist ein Versuch, unterschiedliche Ansätze revolutionärer Politik zusammenzutragen und so eine übergreifende Debatte zu ermöglichen.
Entsprechend unserem Ausgangspunkt, der triple-oppression-Theorie, dokumentieren wir Texte, die sich primär aus einer feministischen oder kommunistischen Sicht mit einer Kritik an der RAF oder mit revolutionärer Politik allgemein beschäftigen und bisher noch nicht in leicht zugänglicher Form vorlagen oder kaum Beachtung gefunden haben. Außerdem dokumentieren wir in Kap. VIII einige antiimperialistische Stellungnahmen, die zwar nicht auf der Grundlage der *triple oppression*-Theorie, aber einer unversöhnlichen Haltung gegenüber dem Staat, die neue Politik der RAF schon *vor* dem jetzigen Bruch unter den Gefangenen kritisierten.
Artikel, in denen die Politik der RAF unter antirassistischen Gesichtspunkten diskutiert wird, sind uns leider kaum bekannt. (Vgl. aber den Beitrag von Frauen aus der *radikal* in Kapitel IV, Feministische Kritiken an der alten und neuen Politik der RAF.) Wir mußten deshalb für das Antirassismus-Kapitel auf zwei Texte zurückgreifen, die die von der RAF zu dieser Frage vertretene Position anhand anderer VertreterInnen dieser Position kritisieren.
Nicht in die Broschüre aufgenommen haben wir (wie oben begründet) Texte, die sich mit der Auseinandersetzung zwischen den Gefangenen und der Mehrheit der Gefangenen und der RAF beschäftigen. Allerdings dokumentieren wir im Anhang der Broschüre einen Text von Lutz Taufer, der sich aber nicht mit der aktuellen Kontroverse beschäftigt, sondern die Ursachen der Spaltung in Differenzen hinsichtlich der Politik in den 70er und 80er Jahren sieht. Auch wenn wir vieles an der Kritik von Lutz Taufer teilen, ändert dies nichts daran, daß wir - wie an den anderen Texten in der Broschüre deutlich werden dürfte - die Schlußfolgerungen, die er und andere daraus ziehen, nicht teilen. Wir legen deshalb - genauso wie die Celler Gefangenen ihrerseits - Wert auf die Feststellung, daß unsere Entscheidung, hier verschiedene ihrer Texte zu dokumentieren, nicht Ausdruck eines Konsenses mit ihnen über den Inhalt der Broschüre ist.
Keinen Eingang in die Broschüre fanden außerdem bereits veröffentlichte, leicht zugängliche Texte, die Ausdruck einer patriarchalen Betrachtungsweise sind. In diesem Zusammenhang ist auf die wichtigen Diskussionsbeiträge hinzuweisen, die die italienischen Gefangenen in den letzten Jahren verfaßten. Von der "gruppe 2" wurden sie bereits publiziert. Artikel von Gruppen, die der Politik des bewaffneten Kampfes aus verschiedenen Gründen prinzipiell ablehnend gegenüberstanden und -stehen wurden ebenfalls nicht berücksichtigt.
Abschließend möchten wir allen danken, die am Vorbereitungstreffen für diese Broschüre am 14.11.93 teilgenommen haben oder uns anderweitig mit Anregungen und Kritik behilflich waren.

Broschüren-Gruppe

3. *Für eine produktive Debatte zwischen AntiimperialistInnen, Feministinnen und KommunistInnen! Zusammenfassungen der Texte (abstracts)*

Die Gliederung der Broschüre folgt zunächst gemäß der *triple oppression*-Theorie den drei antagonistischen Widersprüchen:
++ Kapital -- Arbeit I und II (Kap. II und VI)
++ Weiße -- *People of Color* (Kap. III)
++ Männer -- Frauen I und II (Kap. IV und V).
Anschließend werden die *theoretischen* Ursachen dafür, daß die RAF diese *inner*-gesellschaftlichen Widersprüche (außer in ihren Anfangsjahren den Klassenwiderspruch) ignoriert hat, untersucht. Wir sehen die Ursache dafür in dem durch die RAF von der Frankfurter Schule übernommenen hegelianischen Totalitäts-Verständnis. In diesem Modell sind die Widersprüche nicht entscheidend (für revolutionäre Brüche), sondern bloß "Ausdruck" eines einfachen, evolutionären weltgeschichtlichen Entwicklungsprinzips. (Kap. VII).
In Kap. VIII dokumentieren wir einige antiimperialistische Stellungnahmen, die zwar nicht auf der Grundlage der *triple oppression*-Theorie, aber einer unversöhnlichen Haltung gegenüber dem Staat, die neue Politik der RAF kritisieren.

II: Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit I: Kommunistische Kritiken an der alten Politik

Das "zwei Linien"-Papier der GRAPO/PCE(r)-Gefangenen

Die GRAPO/PCE(r)-Gefangenen vertreten die These, daß die Fixierung der RAF auf den Staat und seinen polizeilichen und militärischen Apparat statt auf den Klassenkonflikt ursächlich für die ihres Erachtens militaristische Strategie der RAF (gewesen) sei. Im Gegensatz zur Politik der RAF, sei es die Aufgabe der KommunistInnen, ein revolutionäres politisches und militärisches Programm zu erarbeiten, sowie "sich mit den fortschrittlichen Arbeitern zu vereinen, sie zu organisieren und die realen Konflikte in den Betrieben auszunutzen, um sie an der Waffe des Marxismus auszubilden und auf dem Weg der Revolution voranzubringen". Dazu müsse eine Kommunistische Partei geschaffen werden. Während wir die Gründung einer KP in der BRD für absehbare Zeit für keine aktuelle Aufgabe halten, ist der Text u.E. u.a. deshalb für heute wichtig, weil die Genossen schon damals befürchteten, daß die RAF "früher oder später in opportunistische, bürgerliche Positionen" verfallen würde. Die Position der RAF, das Ziel sei der Kampf, charakterisierten sie als "modernisierte, radikalisierte Version der alten revisionistischen These Bernsteins, 'die Bewegung ist alles'".

Die Stellungnahme des militanten französischen Kommunisten Frédéric Oriach

Der Text von Oriach kritisiert ebenfalls u.a. eine Politik des bewaffneten Reformismus - allerdings nicht vorrangig am Beispiel der RAF, sondern am Beispiel autonomer Freiraum-Politik. Dies gibt dem Text insofern eine Aktualität, als sich die RAF ja heute positiv auf das autonome Konzept der "Gegenmacht von unten" bezieht.
Im Gegensatz dazu benennt er (für das Frankreich der 80er Jahre) - ausgehend von der These, daß unter heutigen Bedingungen die klassische leninsche Aufstands-Taktik überholt sei und durch die Strategie des langanhaltenden Volkskrieges, die allerdings ebenfalls auf die Übernahme der Staatsmacht ziele, ersetzt werden müsse - drei Schritte als vordringlich: 1. Analyse der aktuellen Realität und Erarbeitung einer daraus abgeleiteten revolutionären Strategie 2. "Politische Einigungsarbeit um die eben genannte politisch-theoretische Basis." 3. "Eine militärische Praxis, welche darauf abzielt, der Organisation die Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik und ihrer weiteren politisch-militärischen Entwicklung in der Guerilla zu geben."

Das "Für den Kommunismus!"-Papier vom Widerstands-Kongreß 1986

Wie die beiden vorgenannten Texte kritisiert auch dieses Papier die "militaristische politik/praxis" der RAF. Die Ursache für diese Politik seien Einschätzungen der gesamten antiimperialistischen Bewegung gewesen, die eine Versimplifizierung von komplexen Zusammenhängen darstellten. Als Beispiele nennt das Papier die Thesen vom "imperialistischen gesamtsystem", von der "angleichung der bedingungen des europäischen proletariats" und, daß die Politik in der Militärstrategie auf ihren reinen Begriff gekommen sei. Dies bedeute eine Überschätzung der "Totalität" des Imperialismus, während wir von Marx wüßten, daß das Kapital - aufgrund der Existenz von Ausbeutung und Unterdrückung - seinen Antagonismus, die Ausgebeuteten, selbst erzeuge. Anstatt an deren (zunächst punktuellen) Widerstand anzuknüpfen, dienten die schematischen Einschätzungen der antiimperialistischen Bewegung dazu, "subjektivismus und wunschdenken" sowie eine "militaristische politik mit dem anschein der legitimation / der notwendigkeit zu versehen". Im Gegensatz dazu plädieren die Verfasser(Innen?) des Textes dafür, innerimperialistische Widersprüche zur Kenntnis zu nehmen, "ohne abstriche an (...) revolutionärer theorie und praxis zu machen". Anders als diese differenzierte Position schlug aber die neue Politik (zumindest im ersten Halbjahr '92) in eine *einseitige* Fixierung auf die Existenz zweier Fraktionen im Staatsapparat um, bei der jede revolutionäre Staatstheorie (die Einsicht in die Existenz eines gemeinsamen Herrschaftsinteresses *aller* Herrschenden) gekippt wurde.

Unsere Einwände gegen diese kommunistischen Positionen

Wir haben Widersprüche zu den drei vorgenannten Texten, insofern sie alle drei allein das Verhältnis Kapital-Arbeit als antagonistischen gesellschaftlichen Widerspruch charakterisieren, während sie zu den anderen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen schweigen. Aber auch in Bezug auf das Klassenverhältnis selbst haben wir in Bezug auf die Texte der GRAPO/PCE(r)-Gefangenen sowie von Oriach Einwände:
++ Gegen die dort zugrunde gelegte essentialistische (von Essenz = Wesen/Geist) Konzeption des Klassenbewußtseins. Damit wird eine (vermeintliche) kleinbürgerliche Klassenlage, zum Generalschlüssel, mit dem jede ideologische Abweichung vom Marxismus auf sehr einfache (zu einfache, wie wir meinen) Art und Weise erklärt werden kann. Die Kehrseite der gleichen Medaille ist, daß sich die Herausbildung revolutionären proletarischen Klassenbewußtseins als einfacher hegelianischer Entwicklungsprozeß vom *an sich* (latentes Klassenbewußtsein) zum *für sich* (manifestes Klassenbewußtsein) vorgestellt wird. Dies war zwar die Vorstellung des jungen, noch von der idealistischen Dialektik Hegels beeinflußten Marx; dies ist aber nicht die von Lenin in *Was tun?* in Ansätzen entwickelte marxistische Theorie revolutionären Klassenbewußtseins.
++ Gegen die damit im Zusammenhang stehende Neigung zu einem gewissen Geschichtsdeterminismus / Evolutionismus.
++ Gegen die Tendenz auch der kommunistischen Strömung in der westeuropäischen Guerilla, die legalen Möglichkeiten revolutionärer Politik in der imperialistischen Metropole zu unterschätzen.

++ Gegen die Neigung von Oriach - ebenso wie die antiimperialistische Tendenz - mit den idealistisch-philosophischen Kategorien der "Totalität", der "Entfremdung" / "Verdinglichung" u.ä. zu operieren.
++ Gegen die mit den genannten dogmatischen Positionen (und wohl nicht nur der Qualität der Übersetzungen) zusammenhängende, teilweise recht hölzerne und formalistische Sprache.

III. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Weißen und* People of Color: *Antirassismus ist mehr als Antifaschismus und traditioneller Antiimperialismus!

Gleichermaßen wie die RAF den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ignoriert(e), ignoriert(e) sie auch den Antgonismus zwischen Weißen und *People of Color*. Dies gilt bezeichnenderweise auch für *beide* Gruppen unter den Gefangenen aus der RAF.

Heidi Schulz, *Auszug aus einem Brief vom Jan. 1993*

Die Gefangene aus der RAF betrachtet die "deklassierung weiterer breiterer teile der gesellschaft" als die "grundlage (basis, voraussetzung) dafür", daß "viele ihre perspektivlose situation bei den faschistischen organisationen zu lösen versuchen". In diesem Sinne müßten in den "wirklichen *klassen*verhältnissen" und in den "werte-losen, *kaputten familienstrukturen*" die "ursachen faschistischer gewalt" gesucht werden. In diesem Zusammenhang spricht sie von "formen von unzufriedenheit und blinder gewalt, die *unbegriffen* rechte parolen *übernehmen*". Für den "antirassistische(n) antifaschistische(n) kampf" begrüßt sie deshalb Ansätze "wie z.b. in mannheim, wo sich aus den zusammenstößen zwischen 'rechten und linken jugendlichen' eine initiative entwickelt hat, um die sprachlosigkeit zu brechen": "fußballspiele sind da genauso teil wie gespräche und es wäre nichts als dumme arroganz, solche initiativen als 'sozialarbeiterfrieden' abtun zu wollen."

Christian Klar, *Brief vom Jan. 1992*

Eine ähnliche verelendungstheoretische Rassismus-Erklärung vertritt auch der Gefangene aus der RAF, Christian Klar. Bei den in die "deklassierung rutschenden, bei den rechten jugendgangs" macht er eine "gespaltenheit in revolte aus dem gefühl der eigenen entwertung im kapitalismus, gegen lüge und das tägliche ablösen von lebenslust / andererseits die reaktionären, ganz konformen träume, auch sadismus" aus. Ergänzt wird dieser Erklärungansatz von ihm durch eine manipulations-theoretische Sicht auf das rassistische Massenbewußtsein. Er schreibt: Die "eliten" hätten ein "eher taktisches verhältnis" zum Rassismus, "indem sie mit rassistischer (nationalistischer) *verhetzung im volk manövrieren*". In dem Zusammenhang wirft er die Frage auf, ob "die, die jetzt für den antifa-kampf aufstehen, sich in diese sackgasse bewegen könnten: dass *die herrschenden mit der steuerung der rassistischen ausbrüche* auf der untersten ebene [sic!] 'einen sektiererischen konflikt kreiren', in dem linke kräfte sich aufreiben (sollen) und die eliten dabei unangefochten bleiben?" Und in seiner Prozeßerklärung (in dieser Broschüre in Kap. VIII abgedruckt) behauptete Christian Klar - ausgerechnet zu dem Zeitpunkt als sich der Staat versuchte, mit der Inszenierung von Lichterketten etwas vom Rassismus von unten *abzusetzen*! -, "daß seit den pogromen in rostock der rassismus zur *offiziellen* deutschen *staats*ideologie erklärt worden ist" (Mit dieser Kritik soll nicht bestritten werden, daß die reale Staats**politik** - allerdings *vor und* nach Rostock! - rassistisch war). Und - auf andere herrschende Inhalte bezogen - erklärt er folgendes zum "modell (...) westliche(r ...) herrschaftstechnik": die "medienmaschine" projiziere "eine scheinwelt in die wohnstuben" der reichen Zentren. Die dritte Ursache sieht Christian Klar in der von der bürgerlichen Aufklärung bewirkten Spaltung von Körper und Geist. Der Rassismus sei ein fehlgeleiteter Kampf gegen diese Entfremdung ("wird die ursache des schmerzes projiziert auf die 'sündenböcke'").

RAF, *Auszug aus der Weiterstadt-Erklärung* (April 1993)

Die RAF schließlich fragt in ihrer Weiterstadt-Erklärung "(...) was 500 Jahre kolonialismus im bewußtsein der metropolenbevölkerung *angerichtet haben*" und gibt folgende Antwort: "rassistische ideologie" - "in krisenzeiten von staat und kapital offen mobilisiert", um die "herrschaft des kapitalistischen systems über die menschen" durch "tausend trennungen" zwischen ihnen aufrechtzuerhalten. Damit erscheinen in diesem Weltbild auch die Weißen als *Opfer* des Kolonialismus/Rassismus. Dieselbe Gleichsetzung von Herrschenden und Beherrschten nimmt die RAF vor, wenn sie vor einer Eskalation der "gewalt jede/r gegen jede/n" warnt. Entsprechend fallen die politischen Schlußfolgerungen aus: "Rassismus von Staat und Nazis bekämpfen! Rassistisches Bewußtsein im Kampf für das Soziale unter den Menschen aufheben." Man/frau beachte die feinsinnigen Unterschiede: Staat -- Gesellschaft / Rassismus - rassistisches Bewußtsein / bekämpfen - aufheben.

Lutz Taufer, Auszug aus dem Text *"Ghetto oder Gesellschaft"* (Jan. 1993)

Auch der Gefangene aus der RAF, Lutz Taufer, sieht die Ursache der "re-faschisierung" in der "unaufhaltsamen verwahrlosung der gesellschaft, ihrer sozialen bindekräfte" sowie der "*fehlende(n) freude am kind*" und dem "Werte-Vakuum".

Unabhängig von der Frage des Rassismus verweisen wir
-- zur Kritik des Erklärungsansatzes, der das konformistische Massenbewußtsein als Produkt von Manipulation ('Manöver der Eliten' / des Staates) sieht, auf den Aufsatz von Stuart Hall
-- zur Kritik der einseitigen Sicht von Christian Klar auf die Aufklärung auf den Aufsatz von Galvano della Volpe
-- zum Bezug der RAF auf "das Soziale" bzw. die "Gerechtigkeit" auf die entsprechenden Texte von Marx und Engels (alle in Kap. 8).

Unmittelbar zur Frage des Rassismus drucken wir hier (da wir keine Texte kennen, die sich mit der diesbzgl. RAF-Position direkt auseinandersetzen) zwei Texte ab, die die auch von der RAF vertretene Position kritisieren.

einige Frauen aus der *radikal*, *Gegen das organisierte Deutschtum!* (Herbst 1992)

Die *radi*-Frauen sehen in der "Armutsargumentation" die "Weigerung, die an den Pogromen Beteiligten ohne jede Beschönigung als TäterInnen und damit als handelnde Subjekte zu erkennen, die auch eine Verantwortung für ihre Taten haben und nicht nur fehlgeleitete, bewußtseinslose, arme Opfer sind; statt dessen wird der Versuch unternommen, 'Erklärungen' für das rechte Verhalten in (angenommenen) sozialen Problemen zu finden". Es werde "davon ausgegangen (...), daß der Zusammenhalt der ArbeiterInnen als 'Klasse' einer 'Spaltungsstrategie' der Herrschenden (genannt: Rassismus) zum Opfer fällt und allein durch Informationsarbeit das 'getrübte', 'verschleierte' Bewußtsein aufgehellt werden könnte." Die Verfasserinnen widerlegen anhand empirischer Daten die These vom Zusammenhang zwischen Armut und Rassismus und weisen darauf hin, daß die Bevölkerung durchaus nicht nur "von oben" manipuliert wird, sondern sich "selbstbestimmt und selbstorganisiert gegen AusländerInnen verhält" - sozusagen die etwas andere "Gegenmacht von unten".

Frauen aus verschiedenen politischen Bereichen, *Zur Politik der Frauen aus dem antirassistischen Zentrum und grundsätzliche Überlegungen zur antirassistischen Politik* (März 1992)
Die Frauen kritisieren "autonome Politik als 'lückenfüller' für funktionen, die kirchen, parteien, humanistische kräfte nicht besetzen, (...) autonome sozialarbeiterInnen". "sozialarbeit und praktische hilfe" könnte zwar u.U. durchaus richtig sein, dabei dürften aber nicht andere "erfahrungen und diskussions- oder praxisansätze (wie z.b. eine umfassende diskussion um internationalismus oder eine debatte um militante organisierung...) rausgekickt" werden. Vor allem dürfe nicht vergessen werden, daß "Opfer" gleichzeitig auch "Täter" sein könnten. Darüber hinaus stellen sie einige "grundsätzliche Überlegungen zur antirassistischen Politik" sowie zum Verhältnis von Kritik und Selbstkritik an.

IV. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen I: Feministische Kritiken an der neuen und der alten Politik
Ebenfalls nicht als antagonistisch wurde und wird in der alten und neuen Politik der RAF das Geschlechterverhältnis betrachtet.

Ein Stein in der Sonne
Das Papier Schweizer Feministinnen erschien 1990 in der *radikal*. Sie vertreten dort in Kritik an Eva Haule (Gefangene aus der RAF) und Gisela Dutzi (seinerzeit Gefangene aus dem Widerstand) die These, daß das Patriarchat durch den Verrat, den einzelne Männer an ihm üben, genauso wenig gestürzt werden könne wie der Kapitalismus durch den Klassenverrat einzelner Angehöriger der Bourgeoisie. Sie übertragen des weiteren den Klassenbegriff auf das Geschlechterverhältnis, wodurch die Frauen als die unterste Klasse erscheinen, während das männliche Proletariat als "Zwischenklasse" bezeichnet wird. Damit wird dem Feminismus als Theorie und Praxis die Aufgabe zugewiesen, nicht nur das Geschlechterverhältnis, sondern das 'ganze System von ganz unten bis oben' umzuwälzen.

Stellungnahme von Frauen aus der *radikal* aus diesem Text
Die Frauen aus der *radikal* teilen zwar ihrerseits die Kritik an der RAF, wenden aber gegen die "Zwischenklassen"-Theorie der Schweizerinnen ein, daß diese die (bspw. rassistischen) Spaltungen unter Frauen (und Männern) außer Acht ließen. Es seien eben nicht alle Frauen 'ganz unten'.

Sterin, *Die inhaltliche Debatte weiterentwickeln!* (Stellungnahme zur August-Erklärung)
Die Verfasserin ist der Ansicht, daß das, was die RAF in ihrer Erklärung vom August 1992 zum Patriarchat schreibe, "besonders frustrierend, fast schon zynisch" sei. Sie fordert die RAF auf, zur triple oppression-Theorie Stellung zu nehmen. Außerdem fragt die Autorin: "Warum schreibt ihr Frauen aus der RAF nichts zu eurer eigenen Entwicklung, zu eurer Unterdrückung als Frauen, aber mehr noch zu eurem Widerstand als Frauen in der Guerilla?" Hatte die Rote Zora "keinen Einfluß auf euch?" Außerdem kritisiert die Verfasserin, daß "in den letzten zehn Jahren sehr produktive und ernsthafte kommunistischen Kritiken" an der antiimperialistischen Bewegung in der BRD von dieser "bestenfalls ignoriert" worden seien. Der von der RAF aufgegriffene Begriff der "Gegenmacht von unten" sei sehr "undeutlich"; er müsse genauer definiert werden. Dafür sei auch eine "Selbstkritik der autonomen und antiimperialistischen Bewegung" notwendig.

Eine feministische Kritik
Die Verfasserinnen vertreten die These, daß die antiimperialistische Bewegung und die RAF bisher zwar nicht gegen das Patriarchat, aber "auf internationalistischer grundlage gegen staat und kapital" gekämpft hätten. Deshalb sei für Feministinnen bisher sowohl Widerspruch als auch Solidarität möglich gewesen. Die neue Politik der RAF ignoriere aber nicht mehr nur den Geschlechterwiderspruch, sondern sei "ausdruck der privilegien weißer männer (und sich daran orientierender weißer frauen)", die es ihnen ermöglichten, jetzt auch den Frieden mit Staat und Kapital schließen zu wollen. Dies bedeute einen Nachvollzug der "neue(n) rhetorik des revisionistischen patriarchats" vom Ende der 80er Jahre ('globale Menschheitsprobleme' etc.).

Stellungnahme von deutschen Lesben aus dem linksradikalen Frauen-/Lesben-Spektrum
Bezugnehmend auf die These der "Feministischen Kritik", Frauen könnten "sich niemals den luxus erlauben, die 'eskalation zurückzunehmen', für frauen herrscht täglich krieg, der nur mit einem gegenkrieg von unten zu überleben" sei, kritisieren die deutschen Lesben an der "Feministischen Kritik" "ein undifferenziertes 'frauen-als-opfer'-bild". "für das blanke überleben gibt es insbesondere für weiße frauen 1000 Möglichkeiten, die sie fleißig nutzen: (...)." Im übrigen sehen die deutschen Lesben zwar ebenso wie die Verfasserinnen der feministischen Kritik, "daß die raf gefahr läuft, reformistische politik als 'das neue' zu verkaufen". Sie kritisieren aber an verschiedenen Beispielen, daß die feministische Kritik "mit unterstellungen, pauschalisierungen und aus dem zusammenhang gerissenen zitaten" arbeite.

V. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen II: Zur kommunistischen Debatte über das Patriarchat
Die gleiche Kritik (Ignoranz und dadurch Apologie des patriarchalen Geschlechterverhältnisses) trifft allerdings auch die kommunistische Strömung in der revolutionären Bewegung. Dies zeigen die Stellungnahmen der Kommunistischen Brigaden und der Gefangenen aus den belgischen Kämpfenden Kommunistischen Zellen (CCC) zu diesem Thema.

Die Position der Kommunistischen Brigaden
Die Kommunistischen Brigaden schreiben, das heutige Patriarchat sei ein funktionales Integral des Kapitalismus. Deshalb könne es keinen "antipatriarchalen Kampf per se" geben. Vielmehr müsse er mit der "Orientierung als Kampf gegen den Kapitalismus bestimmt werden." Im Gegensatz dazu sei die "Denunziation des Mannes als sexistischer Unterdrücker (...) bestenfalls reformistisch", im schlechtesten Fall, wie der Kampf gegen die Pornographie, eine Stärkung der Konterrevolution.

Die Stellungnahme der CCC-Gefangenen
Nach Ansicht der CCC-Gefangenen hat der Kapitalismus das Patriarchat hinter sich gelassen. In Bezug auf das imperialistische Zentrum lasse sich nur noch von Sexismus sprechen. Der Kampf gegen letzteren sei aber - anders als der "universelle und antagonistische Widerspruch zwischen internationalem Proletariat und imperialistischer Bourgeoisie" - "nicht der wesentliche Hebel" revolutionärer Politik. Es könne daher keinen selbstbestimmten feministischen "Kampfpol" geben.

Kritik von Pro Kommunismus an diesen beiden Texten
ProKo wendet gegen diese Auffassung(en) ein, daß die Texte der Kommunistischen Brigaden und der CCC-Gefangenen zu Beginn ihrer Ausführungen voraussetzten, was sie eigentlich erst noch beweisen wollten - nämlich, daß es keinen (relativ) eigenständigen, gesellschaftlichen Geschlechterantagonismus gebe. Diese Auffassung(en) basierten auf einer unzureichenden Kenntnis oder Auseinandersetzung mit dem Gegenstand ih-

rer Kritik - der feministischen Theorie. Letztere habe nachgewiesen, daß sich auch heutige Frauenunterdrückung nicht allein mit ihrer (vermeintlichen) Kapitalfunktionalität oder als Relikt aus vorkapitalistischer Zeit erklären lasse. Ob der Kampf gegen Frauenunterdrückung revolutionär oder reformistisch geführt werde, hänge nicht von dessem Verhältnis zum Klassenkampf, sondern davon ab, ob er die patriarchale Gesellschaftsstruktur angreife oder nur einzelne ihrer Auswirkungen. In diesem Sinne sei gerade die traditionell kommunistische Position die reformistische, die sich im übrigen *insofern* von der sozialdemokratischen nicht unterscheide und die deshalb im Sinne der von Feministinnen längst geleisteten materialistischen Patriarchats-Analyse und -Kritik überwunden werden müsse.

VI. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit II: Die kommunistische Kritik an der neuen Politik

Trotz dieser Kritik an der kommunistischen Strömung in der westeuropäischen revolutionären Bewegung, die wir im Grundsatz teilen, halten wir viele der Einwände der kommunistischen GenossInnen gegen die neue (und alte) Politik der RAF für richtig. Deshalb veröffentlichen wir in unserer Broschüre die Stellungnahmen des ZK der PCE(r) und der Gefangenen aus den CCC zur April-Erklärung der RAF. Außerdem veröffentlichen wir zwei Stellungnahmen der sich als Kommunisten verstehenden Bernhard Rosenkötter und Michi Dietiker (1988 - 1993 Gefangene aus dem Widerstand) sowie Ali Jansen (1970 - 1981 Gefangener aus der RAF; 1988 - 1994 Gefangener aus dem Widerstand).

Stellungnahme des ZK der PCE(r) vom Juni 1992

Die GenossInnen der illegalen, wiedergegründeten spanischen KP sind der Ansicht, daß die Erklärung der RAF vom April 1992 "in gewisser Weise" eine Anerkennung der schon früher von der PCE(r) vorgebrachten Kritik an der antiimperialistischen Linie bedeute. Allerdings gehe die RAF von dort aus den falschen Weg. Dies zeige sich an deren Einschätzung der Kinkel-Initiative und deren Konzeption der "Gegenmacht von unten". Schließlich erinnert die PCE(r) daran, daß die RAF ursprünglich meinte, mittels des bewaffneten Kampfes die Bedingungen für den Aufbau einer Kommunistischen Partei schaffen zu können. Später habe die RAF diesen Plan aufgrund verschiedener Umstände durch subjektivistische und spontaneiistische Ideen ersetzt.

Stellungnahme der Gefangenen der belgischen CCC

In ähnlicher Weise unterscheiden auch die Gefangenen aus den Kämpfenden Kommunistischen Zellen in Belgien zwischen verschiedenen Phasen in der Politik der RAF. Sie fordern die RAF auf, über die "wesentliche Dimension des revolutionären Kampfes nachzudenken und ihre *allgemeinen Vorhaben*, ihre *Analysen der objektiven Realität*, ihr Verständnis der *historischen Mechanismen*, ihre *strategischen und taktischen Auffassungen*, ihre kurz- und langfristigen *Ziele* etc. darzulegen." Dies wäre die Voraussetzung dafür, daß die Selbstkritik der RAF keine "erneute Demonstration des Subjektivismus, diesmal im allgemeinen Rahmen eines opportunistischen Debakels" darstellen müßte.

Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, *"... sag mal wo leben wir denn?"* (Mai 1992)

Die drei Gefangenen aus dem Widerstand kommentieren die von der RAF in ihrer Erklärung vom April 1992 gegebene neue Staatseinschätzung so: "wer sowas denkt und schreibt, der hat sich von der dringend notwendigen rekonstruktion revolutionärer politik verabschiedet, der sucht zuflucht in den reformismus." "dieser text ist sowas wie der logische und beinahe zwangsläufige endpunkt einer langjährigen fehlentwicklung; (...)."

Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, *Über das Schleifen von Messerrücken* (Juli 1992)

Die Verfasser rekonstruieren die Entstehung der RAF aus der StudentInnenbewegung und erinnern an folgende Bestimmung aus dem "Konzept Stadtguerilla": "Wir sagen nicht (...), daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte.". Ein Abgehen von diesem Konzept sei in den 70er Jahren vom Abflauen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) und der staatlichen Repression erzwungen gewesen. Im Frontkonzept der RAF vom Mai 1982 sei diese Bewegung weg vom Ausgangspunkt schließlich "zum Programm erklärt" worden. **Solange diese damalige "mutwillige Verortung des eigenen politischen Standpunkts außerhalb der Gesellschaft"** - u.E. wäre es präziser zu sagen: außerhalb der die Gesellschaft strukturierenden Widersprüche (s. dazu in der Einleitung unsere Kritik am Gesellschaftsbegriff der RAF) - **nicht selbstkritisch aufgearbeitet werde, könne die jetzt geforderte 'Rückkehr in die Gesellschaft'**, die sich dadurch u.E. als Rückkehr in das System erweist, **nur in einer Art und Weise erfolgen, die undialektisch ins "scheinbare Gegenteil umschlägt".** Im Gegensatz dazu gehe "es um die Suche nach Formen, in denen viele Menschen" den Bruch mit den herrschenden Verhältnissen "vollziehen können". Dies kann aber nicht mittels eines kriterienlosen Bezuges auf die "sozialen Prozesse in der Gesellschaft" erfolgen. Denn "aus politischer Basisarbeit (läßt sich) nirgends unmittelbar revolutionäre Politik entwickeln". Deshalb ist jene ausschließlich "Voraussetzung für, (...) aber nicht selbst schon revolutionäre Strategie". "Erst die richtige Einschätzung aller konkreten Kämpfe, sowohl in ihrer gesellschaftlichen Begrenztheit wie auch in der politischen Brisanz der darin aufbrechenden Widersprüche, der entstehenden Umgangs- und Organisationsformen, der Mittel und Ziele macht es möglich, auch aus ihren konkreten Niederlagen nicht als Verlierer hervorzugehen." "Innerhalb dieses Rahmens bleiben Sabotage und bewaffnete Aktion grundsätzlich unverzichtbar." In Anbetracht der Grenzen sozialer Bewegungen, der Grenzen der Spontaneität, mündet "jede Konkretion" unserer Politik "'als 'Lösung von unten' (...) zwangsläufig im Reformismus". Eine Neubestimmung revolutionärer Strategie ist deshalb - sozusagen - nur 'von oben' (ausgehend von der zunächst abstrakten Erkenntnis, daß es "keine Lösungen unterhalb der Revolution" gibt) möglich. In diesem Sinne gilt: "Wenn wir eine wirkungsvolle konkrete Praxis entwickeln wollen, (...), müssen wir die Angst vor Widersprüchen, die Abneigung gegen das Abstrakte überwinden." Denn nur von der zitierten abstrakten Erkenntnis aus ist es möglich, zu einer "immer weitergehende(n) Bestimmung von Kriterien und deren schrittweiser Konkretion in der Praxis" zu gelangen.

VI. Kritische Theorie: Die Totalität eliminiert die gesellschaftlichen Antagonismen. Die theoretischen Ursachen der Defizite der alten und neuen Politik

Einleitung:

Frankfurter oder Rote Armee Fraktion - Zum Einfluß der *Kritischen Theorie* auf die *RAF*

Wir sehen die Politik der antiimperialistischen Bewegung in mehrfacher Hinsicht von der Kritischen Theorie beeinflußt und veröffentlichen deshalb verschiedene Kritiken an Positionen der Frankfurter Schule. Wir sehen den erwähnten Einfluß insbesondere in folgenden Punkten: in einer schematischen Gesellschaftsanalyse ("Totalität"), in einer subjektivistischen Strategie ('Sprung heraus aus dieser Totalität') und in einer idealistischen (Geschichts)philosophie ("für vernünftige Lösungen"). Vor diesem Hintergrund dokumentieren wir die folgenden Kriti-

ken an der Frankfurter Schule sowie drei Auszüge aus Texten von Marx und Engels.

Galvano della Volpe, "*Kritik eines spätromantischen Paradoxes* (Über die 'Dialektik der Aufklärung von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno)" und "*Marcuses Moralismus und Utopismus*"
Der italienische Vertreter einer anti-hegelianischen Marx-Interpretation, Galvano della Volpe, kritisiert die einseitige Bewertung der Aufklärung durch Horkheimer/Adorno und deren damit im Zusammenhang stehende romantische Kritik der "Technik und der modernen gesellschaftlichen Organisation" und deren aristokratisches Nicht-Ertragen-Können der Massen. Demgegenüber schwanke Marcuse zwischen der gleichen Technikfeindlichkeit einerseits und der Vorstellung, daß "die bis zu den Grenzen des technisch Möglichen getriebene Automation" unabhängig von der Entwicklung des Klassenkampfes "mit einer Gesellschaft unvereinbar ist, die auf der privaten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft beruht." Die Kritische Theorie habe aufgrund dieses Schwankens und ihrer Massenfeindlichkeit keine gesellschaftsverändernde Strategie.

Auszug aus dem *Kommunistischen Manifest*
Im Gegensatz zu einem solchen Leiden an der 'Moderne', wie es u.a. die Kritische Theorie kennzeichnet, haben Marx und Engels im *Kommunistischen Manifest* folgende Position formuliert: "Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst fortschrittliche Rolle gespielt. (...) Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. (...). Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen."

Lucio Colletti, *Von Hegel zu Marcuse*
Der della Volpe-Schüler, Colletti, zeigt die Wurzeln der Wissenschaftsfeindlichkeit von Marcuse im philosophischen Idealismus Hegels und die politischen Wurzeln Marcuses in der jung-hegelianischen Bewegung des deutschen Vormärz auf.

Engels über die Parole "Ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagwerk"
Im Gegensatz zu jeder idealistischen Kritik der herrschenden Verhältnisse macht Engels geltend, daß der Tausch Lohn gegen Arbeitskraft auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse nicht ungerecht, sondern gerecht sei. Die Forderung nach einem "gerechten Lohn" sei deshalb durch folgende Parole zu ersetzen: "Besitzer der Arbeitsmittel - der Rohstoffe, Fabriken und Maschinen - soll das arbeitende Volk selbst sein."

Karl Marx über die Forderung nach "gerechter Verteilung des Arbeitsertrags"
Und Marx schreibt im gleichen Kontext: "Ich bin weitläufiger auf den 'unverkürzten Arbeitsertrag' einerseits, 'das gleiche Recht', 'die gerechte Verteilung' andrerseits eingegangen, um zu zeigen, wie sehr man frevelt, wenn man einerseits Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jetzt aber zu veraltetem Phrasenkram geworden, unsrer Partei wieder als Dogma aufdrängen will, andrerseits aber die realistische Auffassung (...) wieder durch ideologische Rechts- und andre, den Demokraten und französischen Sozialisten so geläufige Flausen verdreht."

Die "realistische Auffassung" erfordert eine "konkrete Analyse der konkreten Situation".

Rolf Nemitz, *Ideologie als "notwendig falsches Bewußtsein" bei Lukács und der Kritischen Theorie*
Rolf Nemitz vertritt in diesem Aufsatz die These, daß Lukács diese Analyse mit seinem von Hegel übernommenen Totalitätsbegriff - wie schon von Lenin kritisiert - nicht leisten könne. Alles sei für Lukács immer nur "Ausdruck" eines einfachen Prinzips - des Warenverhältnisses. Aus dieser vermeintlich totalen "Verdinglichung" finde Lukács dann seinen vermeintlichen Ausweg wiederum mittels der hegelschen Philosophie, hier der Dialektik von Subjekt und Objekt. Das Proletariat solle nach Lukács durch bloße Selbsterkenntnis (seiner Lage) fähig sein, "eine gegenständliche, struktive Veränderung" der Gesellschaft zu bewirken. Wenn auch diese "spekulative Hoffnung (...) auf das Proletariat" bei der Frankfurter Schule in Enttäuschung umgeschlagen sei, habe sie doch methodisch vieles von Lukács übernommen.

Stuart Hall, *Ideologie und Ökonomie - Marxismus ohne Gewähr*
Der britische Marxist, Stuart Hall, diskutiert ebenfalls Lukács' Interpretation der herrschenden, bürgerlichen Ideologie als "notwendig falsches Bewußtsein". Er vertritt die These, diese 'Falschheit' dürfe nicht als bloße "Illusion, (...) Trick, (...) Taschenspielerei" verstanden werden. Im Gegensatz zu einer rationalistischen Gegenüberstellung von (bürgerlicher) Ideologie und (marxistischer) Wissenschaft müsse anerkannt werden, daß Ideologien zwar "einseitig", aber "partiell" richtig seien.

Desch, *Vom Protest zum Widerstand - aber wie?*
Desch wendet sich unter besonderer Berücksichtigung von Stellungnahmen der Frankfurter Schule zum Geschlechterverhältnis einmal mehr gegen den (wert)-konservativen Charakter der Kritischen Theorie. Des weiteren: Die Frankfurter Schule kritisiere kapitalistische Herrschaft als Manipulation und setze "Aufklärung" als Mittel dagegen. Die RAF habe dieses Strategie - unter Radikalisierung der eingesetzten Mittel ("Die Bomben gegen den Unterdrückungsapparat schmeißen wir auch in das Bewußtsein der Massen.") - übernommen. Die Folge sei eine pädagogische Konzeption des Klassenkampfes und ein Avantgarde-Verständnis, nach dem die Avantgarde den Massen nicht "einen Schritt" (Lenin), sondern eine Idee voraus sei.

Kap. VIII: antiimperialistische Kritiken an der neuen Politik
Wir veröffentlichen schließlich aber noch jene Stellungnahmen von Gefangenen aus RAF und Action Directe, die mehr oder minder auf der Grundlage der alten antiimperialistischen Konzeption, die neue Politik kritisieren. Außerdem dokumentieren wir die Erklärung von Karl-Heinz Dellwo (auch im Namen von Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Lutz Taufer, Knut Folkerts und Stefan Wisniewski) vom November 1992, weil sich ein Teil der hier abgedruckten Kritiken direkt auf diesen Text beziehen.
Wir veröffentlichen die genannten kritischen Stellungnahmen hier, weil wir diese Kritiken (wenn auch nicht unbedingt deren dürftige Alternativ-Vorschläge) teilen. Wir verstehen diese Entscheidung auch als ein Zeichen dafür, daß wir den subjektiv revolutionären Charakter der alten Politik anerkennen, während die neue Politik - weil sie das Ziel der Umwälzung der Staatsmacht aufgegeben hat und die Unterscheidung zwischen revolutionär und reformistisch zurückweist - diese Gemeinsamkeit verlassen hat. Schließlich denken wir, daß die Zur-Kenntnisnahme dieser Kritiken an der neuen Politik von Ende letzten / Anfang diesen Jahres die Verwunderung über den jetzt scheinbar überraschend eingetretenen Bruch zwischen der Mehrheit der Gefangenen einerseits und der RAF und einer Minderheit der Gefangenen andererseits beseitigen kann.

Nathalie Ménigon, Gefangene aus der AD, *Brief vom 14.06.1992*
Die Gefangene aus der Action Directe, Nathalie Ménigon, kritisierte - früher als alle Gefangenen aus der RAF - bereits im Juni 1992 die "inhaltslosigkeit der erklärung" der RAF vom April 1992. Das Einzige, was dem Text entnommen werden könne, sei die "aufforderung zur diskussion". Diese wolle sie "nicht mit kritik (...) stören".

Joëlle Aubron, Gefangene aus der AD, *Brief vom 12.06.1992*
Etwas deutlicher äußerte sich schon zwei Tage zuvor die Gefangene aus der AD, Joëlle Aubron. Sie sah in der Erklärung der RAF vom April 1992, insbesondere in deren positiven Bezug auf eine "politische Lösung", die Gefahr "das kind mit dem bad auszuschütten" - also nicht (nur) die Fehler der bisherigen Politik zu berichtigen, sondern revolutionäre Politik überhaupt aufzugeben. Allerdings sieht sie in einer Position - wie wir sie bspw. in dieser Broschüre vertreten -, die die jetzige Entwicklung der RAF als Bestätigung der älteren kommunistischen Kritik an der antiimperialistischen Linie betrachtet, als "sterile Abrechnung". Leider begründet sie diese Auffassung außer damit, daß sie die GRAPO-Kritik an der RAF als "alte Geschichten" abtut, nicht. Zu der von der RAF für ihre Entscheidung u.a. angeführte Begründung (verändertes globales Kräfteverhältnisse / Zusammenbruch der Sowjetunion) schreibt Joëlle Aubron: Dieser Zusammenbruch bedeute gerade das Scheitern des "revisionistischen modells" einer "idealen fixierung auf eine zukunft ohne ende". Demgegenüber bedeuteten 25 Jahre westeuropäische Guerillapolitik die "radikale infragestellung der linearen prozesse der akkumulation der kräfte" zugunsten des "dialektischen moment(es) des aufbaus des revolutionären pols". Wir verstehen dies als Kritik an der Suche der RAF nach einer "alternative hier und heute", bei der die RAF die Machtfrage auf den St. Nimmerleins-Tag (erst "längerfristig" gehe es darum, den "herrschenden die bestimmung über die lebensrealität ganz [zu] entreiß[en]") verschiebt. Ist das Konzept der "Gegenmacht von unten" nicht die Wiederbelebung der Vorstellung von "linearen prozesse(n) der akkumulation der kräfte"?

Christian Klar, KONKRET-*Leserbrief* und *Prozeßerklärung* (Herbst 1992)
Der Gefangene aus der RAF, Christian Klar, sieht in der neuen Politik der RAF die Gefahr einer Kapitulation vor "Kleinmut und links-deutscher Einseiferei". Die "neu aufbrechende und sich organisierende linke hier im land" solle "ihre strategie entwickeln (...), ganz ohne sich von den drohungen des apparats beeindrucken zu lassen, daß er ja die gefangenen in der hand hat." Damit hatte sich Christian Klar (nach den Widerstands-Gefangenen Michi Dietiker, Ali Jansen und Bernhard Rosenkötter), wenn auch mehrere Monate nach der April-Erklärung, so doch als erster RAF-Gefangener öffentlichen gegen die Konzeption der RAF gewandt, durch "rücknahme der eskalation" den "politischen raum" für staatliche "zugeständnisse für politische lösungen" für die Gefangenen "aufzumachen" (April-Erklärung).

Karl-Heinz Dellwo, *Erklärung vom Nov. 1992*
Im November 1992 legte der Vertreter der neuen Politik, Karl-Heinz Dellwo, eine Zwischenbilanz der staatlichen Reaktion auf die neue Politik der RAF vor: Die "Kinkel-Initiative' sei ihren Realitätsbeweis schuldig" geblieben. Die Konsequenz daraus war aber nicht eine Infragestellung der neuen Politik, sondern deren radikalisierte Fortsetzung. Karl-Heinz Dellwo erklärte (nicht nur als persönliche Entscheidung, sondern politisch begründet): "(...) keiner von uns wird nach seiner Freilassung zum bewaffneten Kampf zurückkehren. (...). *Aus den tiefgreifenden* globalen und innergesellschaftlichen *Umbrüchen" war "der Schritt der RAF überfällig* und hat die Suche nach Neubestimmung (...) erleichtert". (Die RAF selbst hatte sich zuvor nicht eindeutig geäußert: In ihrer WWG-Erklärung hatte sie für heute jedwede bewaffnete Aktionen für den von ihr für nötig befundenen Prozeß für schädlich erklärt. In ihrer August-Erklärung hatte sie sich dann die Option auf den bewaffneten Kampf, wenn auch nicht als Strategie, so doch als taktisches Mittel, offen gehalten).

Rolf Heißler, *Brief vom Jan. 1993*
Im Jan. '93 widersprach dann Rolf Heißler, ein anderer Gefangener aus der RAF, der Einschätzung von Karl-Heinz Dellwo, "die 'kinkel-initiative' sei gescheitert oder tot, im gegenteil, sie steht in vollster blüte und erntet ihre ersten erfolge". Die Erklärung der RAF vom April 1992 signalisiere: "die raf in ihrem jetzigen zustand der desorientierung ist mit sich selbst beschäftigt, und damit handlungsunfähig und braucht nicht mehr ernst genommen zu werden."

Heidi Schulz, Auszug aus einem *Brief vom Jan. 1993*
In diesem Kontext wirft die Gefangene aus der RAF, Heidi Schulz, anderen Gefangenen aus der RAF vor, sie würden mit ihrer Politik "nicht mehr von der realen wirklichkeit ausgehen," sondern den Eindruck erwecken, "man könne mit diesem staat einig werden". Tatsächlich könne der Kampf für die Zusammenlegung und Freiheit der politischen Gefangenen nur erfolgreich geführt werden, wenn er "in den gesellschaftlichen klärungsprozeß gegen die reaktionäre entwicklung als kampf gegen staatliche unterdrückung, (...) in den prozeß der neuformierung des revolutionären projekts" integriert sei.

Dieser These können wir bei allen Differenzen, die wir zur alten Politik der RAF haben, zustimmen. Wir hoffen, daß sie der Ausgangspunk für eine produktive Debatte zwischen AntiimperialistInnen, Feministinnen und KommunistInnen über die Neubestimmung revolutionärer Praxis ist.

Dokumentation
Lutz Taufer, *Gesellschaft oder Isolation*
Ausgehend von den Diskussionen, die sich an der Spaltung des Gefangenenkollektivs entwickelt haben, unternimmt Lutz Taufer einen kritischen Rückblick auf die Politik der RAF seit 1977. Er thematisiert die inhaltliche Ausrichtung des Front-Konzepts und kritisiert den Mangel an Diskussionen zwischen RAF und Gefangenen einerseits und anderen gesellschaftlichen Kräften andererseits. Bezüglich der RAF-Erklärung vom April 1992 weist Taufer darauf hin, daß es damals "niemanden gegeben hat, der Irmgard Möllers Erklärung widerspricht" (*in der Erklärung wurde die Entscheidung der RAF, auf tödliche Angriffe zu verzichten, begrüßt*). Wir haben als Broschürengruppe zwar erhebliche Differenzen zur politischen Position der Celler Gefangenen, denken aber, daß der dokumentierte Artikel eine hilfreiche Analyse der letzten 17 Jahre ist und zahlreiche diskussionswürdige Aspekte enthält.

PS: Wir haben versucht, offensichtliche Rechtschreib-, Grammatik- und Übersetzungsfehler, soweit sie nicht die inhaltliche Aussage berührten, stillschweigend zu korrigieren. Wir hoffen, dabei keine neuen Fehler produziert zu haben.

Broschüren-Gruppe

II. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit I: Kommunistische Kritiken an der alten Politik der RAF

"Westeuropa als Schnittpunkt der Linie Ost - West, Nord - Süd, *Staat - Gesellschaft* (...)."
RAF, *Front-Konzept*

"solange eine solche *gesellschaft*liche alternative zur zerstörung im *system* nicht spürbar und greifbar existiert, (...)."
RAF, *April-Erklärung*

"Der Staat ist (...) keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; (...). Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, (...). Damit (...) ist eine *scheinbar* über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen (...) soll; diese (...) Macht ist der Staat. (...). Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, die Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse."
Friedrich Engels, in: Marx/Engels, *Werke*, Bd. 21, 165, 166 f.

"(...) Erkenntnis, daß die Völker der Dritten Welt die Avantgarden sind, (...) in den Metropolen (... scheinen) die Massen das Gefühl für ihre Lage als Ausgebeutete und Unterdrückte, als Objekt des imperialistischen Systems weitgehend verloren zu haben (...), so daß sie für's Auto, ein paar Plünnen, 'ne Lebensversicherung und 'nen Bausparvertrag jedes Verbrechen des Systems billigend in Kauf nehmen, (...)."
RAF, *Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes* (Nov. 1972)

"Es ging (...) darum, in dieser politischen Wüste, in der alles nur Schein, *Ware*, Verpackung, Lüge und Betrug ist, (...) aus der Verbindung und der Identität mit den Kämpfen in Südostasien, Afrika und Lateinamerika gewaltsam *hier hereinzubrechen* (...)."
RAF, *Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front* (Mai 1982)

"All theses options" - die Verdinglichungs-Theorie, die Entfremdungs-Theorie und die Kritik des ungleichen *Tauschs* - "say something true and important about capitalism, and they give an ideological judgement which can be used in the struggle to destroy it and replace it with a socialist society. But (...) from the point of view of science as a guide to political action, all these variants have to be refuted. (...). In the science of history," d.h. im historischen Materialismus, "capitalism is a specific mode of *production*, characterized by a specific combination of forces and relations of production. (...).
Now we have already seen that, far from conceiving society as a complex structure, *historicist theories* of society look for an inner essence revealed in all parts. If this essence is oppressive, the source for a transformation cannot be found inside society, for all its manifestations share the oppressive nature of essence. The agent of transformation can only be an *external* Negation Subject. (...). But the proletariat no longer seems 'absolutely' miserable and excluded in the so-called welfare state. (...). But was the role of the proletariat in *Marx's theory* ever that of an absolute negation of capitalist society? (...). The(...) productive forces, which come into contraction with the private mode of their appropriation, include the increasing use of science, developed communications, a high educational level and an internalized discipline in the work force. Their effects on the working class are not immiseration but rather the provision of greater facilities for organization and a greater capacity to replace the capitalist regimentation of production by social appropriation und working-class controll from below. (...). Hence Marxist theory *does not need a conception of the proletariat as a incarnation of the negation of human existence*."
Göran Therborn, in: *Western Marxism. A critical reader*, London, 1977, 83 - 139 (99, 115, 116)

1. Gefangene aus der PCE(r) und der GRAPO, *Zwei unvereinbare Linien in der europäischen revolutionären Bewegung* (1986)
2. Frédéric Oriach, *Der bewaffnete Kampf als strategische und taktische Notwendigkeit des Kampfes für die Revolution*
3. o. Verf., *Für den Kommunismus!* (Papier vom Widerstands-Kongreß 1986)

Kommune CARLOS MARX, politische Gefangene der PCE(r) und der GRAPO; Gefängnis von Soria

Zwei unvereinbare Linien innerhalb der europäischen revolutionären Bewegung

Es wäre absurd zu meinen, das Problem, das sich gegenwärtig der europäischen revolutionären Bewegung stellt, die Existenz zweier divergierender Linien, sei lediglich ein Problem für oder gegen die Partei; als würde man sich einer "Mode" anschließen, der Rekonstruktion der Kommunistischen Partei, der Partei der Arbeiterklasse. Das jedoch scheint die "antiimperialistische" Strömung darunter zu verstehen, so argwöhnisch, wie sie in bezug auf alles ist, was nach Arbeiterklasse und kommunistischer Bewegung riecht.

Aber im Grunde handelt es sich um die Existenz von unvereinbaren Divergenzen (in der Einschätzung des Charakters der Revolution in Europa, des proletarischen Internationalismus, der politischen Organisierung der Massen, der Rolle und den Zielen des bewaffneten Guerillakampfes, der Strategie und Taktik etc.). In diesem Artikel wollen wir diese Unterschiede unter dem Gesichtspunkt des Marxismus untersuchen; das heißt, eingehend die ökonomischen Wurzeln und die Klassenherkunft der Politik untersuchen, die die "Antiimperialisten" machen, ihre grundlegenden Ideen und Konzepte und letztlich die Beziehung ihres politischen Projekts, ihrer Taktik und ihrer Strategie zu den jüngsten historischen Tatsachen, die sich in Europa ereignet haben, besonders in ihrer Verbindung mit der kommunistischen Arbeiterbewegung.

Diese Untersuchung wird es uns ermöglichen zu beweisen, daß die "Antiimperialisten" kein kommunistisches Programm haben, daß ihre ganze Taktik sich um die "antiimperialistische" Aktivität dreht, anti-USA, anti-NATO, und daß ihre Ziele und ideologischen Positionen zum großen Teil korrespondieren mit den Klassenpositionen wichtiger Teile des Kleinbürgertums, die sich durch das Vordringen der Monopole und Multis ruiniert und enteignet von seinen alten Klassenvorrechten sehen, was ihre Verzweiflung und Radikalität erklärt. In jeder Hinsicht handelt es sich um einen Linksopportunismus, der seine Kraft aus der ständigen Repression zieht, die diese Sektoren aufgrund der Ausbreitung des Staatsmonopolismus bis in alle Ecken der Gesellschaft hinein, bis zu ihrer Proletarisierung, erleiden. So ist zu verstehen, daß ihre Aufrufe zur antiimperialistischen "Einheit" keine andere Grundlage haben, als den blinden Kampf gegen die NATO und die Monopole: militaristischer Kampf, dessen einziges Ziel es ist, die Militärapparate des Imperialismus anzugreifen.

Ihre fortgesetzten propagandistischen Aktionen enthüllen uns überdies, daß sie mit ihrem vergeblichen Vorsatz nur darauf aus sind, "den Drachen zu töten", die eigenen Kräfte zu vergeuden und die Aufmerksamkeit der Revolutionäre und der Massen von den wirklichen Problemen abzulenken, die sich der Bewegung heute stellen.

An diesem Punkt muß daran erinnert werden, daß die Guerilla-Bewegung, die Anfang der 70er Jahre in Europa aufgekommen ist, es schon vor einiger Zeit erreicht hat, mit dem falschen bürgerlich-reformistischen Frieden zu brechen. Sie hat es erreicht, die Aufmerksamkeit der Massen auf die revolutionäre Perspektive zu lenken. Aber einige Gruppen, die verblendet sind durch die Resultate der Guerilla-Aktivität, bedenken nicht, daß das wichtigste Ziel, das man in dieser ersten Phase des bewaffneten Kampfes in Europa verfolgt hat, schon erreicht ist. Sie bedenken nicht, daß es genau deshalb jetzt darum geht, die anderen revolutionären Aufgaben anzupacken, die historisch vernachlässigt wurden, und daß die Guerilla-Aktivität sich in den Rahmen der breiten politischen, militärischen und organisatorischen Bewegung einfügen muß, die sich nach allen Seiten ausdehnt. Sie bestrafen sich selbst damit, sich auf diese Weise unwiderrufbar von der revolutionären kommunistischen Bewegung in Europa zu trennen.

Es ist unverzichtbar aufzuzeigen, daß - wie die Ereignisse es bewiesen haben - in dem Zeitraum der 70er Jahre jene Form des bewaffneten Kampfes notwendig war, weil sie weitgehend die einzige Möglichkeit war, revolutionäre Politik in den imperialistischen Metropolen zu machen. Aber die Entwicklungen sind schon so weit vorangeschritten, daß man, wenn man so weiter machen würde wie früher, nicht nur eine theoretische Dummheit begeht, sondern ungerechtfertigterweise auf einer einseitigen und kontraproduktiven Praxis für die revolutionäre Bewegung in Europa insistert.

Heute ist die Wiedervereinigung aller revolutionären kommunistischen Kräfte unter der gleichen Fahne des Marxismus-Leninismus nicht mehr aufzuschieben; ihre Anstrengung geht dahin, ein proletarisches Programm für die sozialistische Revolution auszuarbeiten und eine tragfähige und ideologisch festgefügte leninistische Partei aufzubauen. Ausgehend von der umfassenden politischen und militärischen Vorstellung, die man mit der Partei erreichen kann, ausgehend von den proletarischen Klassenpositionen und angesichts der Nah- und Fernziele, die die sozialistische Revolution dem Proletariat vorzeichnet: So müssen alle politischen und militärischen Aufgaben entworfen werden. Die wichtigsten Aufgaben heißen heute, die kommunistische Partei zu stärken und ein Minimalprogramm der sozialistischen Revolution in jedem Land auszuarbeiten.

Dazu gehört ebenso die Organisierung und Erziehung der Arbeiter in den Ideen des Kommunismus, die Demaskierung der bürgerlichen Politik und ihrer reformistischen und revisionistischen Allianzen etc... . Die Formierung einer kleinen Armee von proletarischen Kämpfern, die es lernen, den langandauernden Volkskrieg zu führen, die modernen Techniken der Kriegsführung zu beherrschen etc., unter den in Europa herrschenden Bedingungen. Sie führen die militärischen Angriffe immer unter der Führung und Orientierung der proletarischen Politik durch und mit dem Blick auf den Volksaufstand und die Bewaffnung des Volkes.

Unter Berücksichtigung der existierenden Kräfteverhältnisse muß die Führung der Guerilla in der Anfangsphase skrupelhaft genau die Ziele auswählen, die Ansammlung von revolutionären Kräften auf der Seite des Proletariats ermöglichen, indem sie die Durchsetzung der politischen Ziele erleichtert, auf die die organisierten Kräfte hinarbeiten. Dieses und kein anderes ist das militärische Programm der sozialistischen proletarischen Revolution in Europa.

Bis vor kurzem konnte man es aufgrund politischer und historischer Bedingungen noch zulassen, daß sich revolutionäre Aktivität vor allem auf den militärischen Kampf konzentrierte. Aber heute ist es schon dringend notwendig, die oben beschriebenen Ziele in Angriff zu nehmen. Je länger es dauert, diese politischen und militärischen Aufgaben des revolutionären Kampfes in Europa zu begreifen und anzupacken, umso schwieriger und steiniger wird der Weg zur sozialistischen Revolution sein.

Sich als Kommunist zu bezeichnen, heißt nicht, es auch zu sein

Eine Sache ist es, für den Kommunismus zu sein, wie das alle Organisationen sein wollen, und eine ganz andere Sache ist es, in jedem Moment den Klassenkampf zu verteidigen, gegenüber jedem konkreten Problem die Positionen des Kommunismus zu vertreten. Eine Sache ist es, großspurige, populäre sozialistische Erklärungen abzugeben und von Befreiung zu reden, und eine ganz andere Sache ist

es, sich darum zu bemühen, in Theorie und Praxis die universellen historischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus und die Erfahrungen des Proletariats und der Völker der ganzen Welt in ihrem Kampf für die nationale Befreiung anzuwenden, den Sozialismus und den Kommunismus zu erreichen. Eine Sache ist es, sich antiimperialistisch zu nennen, und eine andere Sache ist es, sich als Feind dieser Prinzipien und der kommunistischen Aufgaben zu entpuppen.

Jeder halbwegs ernsthafte und bewußte Arbeiter begreift leicht, daß man in einem bestimmten Moment kein revolutionäres Programm und auch kein militärisches Programm der Proletarier hat. Das ist eine Aufgabe, die viel Zeit braucht. Viele Kampferfahrungen und verschiedene kommunistische Traditionen müssen zusammengefaßt werden etc... . Aber dieser gleiche Arbeiter wird es als schweren Fehler bezeichnen, wenn man immer wieder aufs Neue die Ausarbeitung des kommunistischen Programms von sich weist und verweigert. Diejenigen, die eine solche Haltung einnehmen, beweisen, daß ihre hochtönenden, sozial-befreienden Erklärungen und Manifeste lediglich ein Wortschwall sind, mit dem sie nur ihre irrigen politischen Positionen mit revolutionärer Phraseologie verbrämen wollen. Angesichts der politischen Bedingungen in der Welt können sich die Opportunisten nur so präsentieren, als wären sie Kommunisten.

Für jeden, der die Doppelbödigkeit dieser Haltung analysiert, ist der Unterschied zwischen den Worten und den Taten sehr schockierend. Für diejenigen, die vorgeben, für die sozialistische Revolution zu sein, während sie in Wirklichkeit noch nicht einmal hören wollen, daß vom Proletariat, der modernen Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder, geredet wird, wäre es besser, klar und offen zu sagen, daß sie nur das Ziel haben, sich mit den imperialistischen Institutionen herumzuschlagen, aber daß es nicht ihre Sache ist, die Arbeiterklasse und die Volksmassen in ihrem Land zu organisieren, um mit ihnen zusammen auf dem Weg zur sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats voranzukommen. Es ist klar, daß die revolutionäre kommunistische Bewegung erstarkt. Die Opportunisten sehen sich immer mehr in ihrem Spiel entlarvt, und die wirklichen Kommunisten und die bewußten Menschen beginnen, ihnen die kalte Schulter zu zeigen, weil sie merken, daß man auf diesem Weg nirgendwo hinkommt.

Die politische Position von Gruppen wie der RAF, ihre militaristische Taktik, ihre Interpretation des Kräfteverhältnisses zwischen den sozialen Klassen, ihre antileninistischen Erklärungen (gegen die Partei etc.), ihre ideologischen Positionen (die innerimperialistischen Widersprüche zu negieren) und viele andere Einschätzungen machen deutlich, daß sie zwischen den Klassen stehen, machen ihren kleinbürgerlichen Klassencharakter klar. Es ist offensichtlich, daß eine enge Verbindung zwischen diesen politischen, ideologischen und organisatorischen Positionen und der Geschichte und den Ideen des Klassensektors, den sie repräsentieren, besteht. Genauso ist die wachsende Isolierung zu konstatieren, die diese Tendenz wegen ihres Herauslassens von Positionen und ihrer Entwicklung zu mehr und mehr antileninistischen und antiproletarischen Positionen hat. Es gibt genügend Beispiele für unsere Behauptung. Da gibt

++ es ihre klare Entwicklung zu strikt militaristischen Positionen mit der Schaffung dieses "deutsch-französischen" Hirngespinstes der westeuropäischen "antiimperialistischen" Guerilla;

++ die Verweigerung der brüderlichen und offenen ideologischen Auseinandersetzung mit anderen revolutionären Organisationen;

++ ihre Manie, jede ernsthafte Analyse über jede für die Bewegung wichtige Angelegenheit in eine Demonstration von Omnipotenz der NATO zu verwandeln;

die Erklärung - ohne rot zu werden -, daß jede Verurteilung eines Revolutionärs oder eine Verurteilung zum Tode auf machiavellistische Weise von der höchsten Kommandostelle der NATO geplant ist...

Wir negieren im übrigen nicht die gewaltige Vorstellungskraft dieser "antiimperialistischen" Genossen, aber wir stellen gleichzeitig fest, daß es sich um eine sehr kurzsichtige, preußische Vorstellungskraft handelt, wenig gewohnt an die dialektische Analyse aller Faktoren, die in den sozialen und politischen Phänomenen eine Rolle spielen. Obwohl das dialektische Genie Hegel in diesem Land geboren wurde.

Wenn diese Gruppen jetzt wütend auf die "Linke" schießen und sich über die Aufgaben lustig machen, die die Kommunisten in Europa in Angriff nehmen, und wenn sie ihren Antiimperialismus mit noch kühneren und spektakuläreren Aktionen akzentuieren, so versuchen sie doch in Wirklichkeit nur, ihre natürliche Unvereinbarkeit mit den proletarischen Positionen zu verbergen. Sie ziehen einen dichten Schleier über die kleinbürgerlichen Motivationen und anarchistischen Tendenzen, die ihren Aktionen eigen sind. Gleichzeitig versuchen sie, die geringe oder nicht vorhandene politsche revolutionäre Effektivität, die sie mit ihren militaristischen Aktivitäten erreichen, dadurch zu erhöhen, daß sie heute die angebliche militärische Bedeutung des imperialistischen Angriffsziels maßlos übertreiben. Das sind nicht die Aufgaben, Genossen Antiimperialisten, die jetzt für das revolutionäre europäische Proletariat anstehen. Wenn ihr wirklich die sozialistische Revolution in eurem Land machen wollt, führt der Weg, den ihr gehen müßt, heute in eine andere Richtung als in die, in die ihr uns führen wollt.

Deshalb muß betont werden, daß die Konzeptionen der RAF vom Leninismus weit entfernt sind; und daß der Kampf gegen jede Art von Opportunismus stets eine Konstante der leninistischen Partei gewesen ist. Wir müssen uns deshalb fragen, welche Umstände den Opportunismus der "antiimperialistischen Strömung" möglich gemacht haben. Wir glauben, es sind ohne Zweifel die folgenden:

Zum einen die offensichtliche Desorientierung der Arbeiterklasse in bezug auf die revolutionären Prinzipien. Die Gründe für diese Desorientierung müssen vor allem in den revisionistischen Theorien gesucht werden, die im Zusammenhang mit dem XX. Kongress der KPdSU entstanden sind. Man muß außerdem berücksichtigen, daß dies in einer Periode des ökonomischen Aufschwungs des Kapitalismus nach dem 2.Weltkrieg geschah.

Der andere Punkt ist das Fehlen von wirklich kommunistischen Parteien, die sich der neuen Situation entgegenstellen könnten. Das hat dazu geführt, daß zahlreiche revolutionäre Gruppen entstanden sind, die zu einem guten Teil die revolutionären Traditionen des Marxismus-Leninismus nicht kennen. Diese Gruppen haben die Konfrontation mit dem Staat mit der wirksamsten Methode geführt, die ihnen am Anfang zur Verfügung stand: der bewaffnete Kampf. Aber es fehlt ein gefestigter leninistischer Geist, genauso wie die Absicht, eine Partei zu schaffen, die die Arbeiterklasse organisieren, erziehen und führen kann. Sie verfallen deshalb früher oder später in opportunistische, bürgerliche Positionen: die ideologischen Konzeptionen, die sie verteidigen, sind Proudhon oder Bakunin näher als dem Marxismus. In Wirklichkeit sind sie eine Mischung aus beiden.

Ein politischer Prozeß, der sich heute in Europa abspielt, ist für alle Kommunisten und Revolutionäre von Bedeutung: das wachsende Zusammenwirken der Kommunisten mit den fortschrittlichsten Sektoren und Elementen des Proletariats. Wir müssen mit unserer Arbeit dazu beitragen, daß dieser fast spontane Prozeß sich bewußt vollzieht und auf organisierte und gelenkte Art und Weise geschieht.

Die objektiven Bedingungen um diese Aufgabe zu erfüllen, sind bereits gegeben: große Teile der Arbeiterklasse, die kämpferischsten und fortschrittlichsten, suchen eine proletarische und kommunistische Organisation für ihre Führung. Gleichzeitig führt die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsdepression, die Kürzung der bürgerlichen Sozialprogramme, die Arbeitslosigkeit und die Verelendung großer Teile des Volkes, die ständige Entlassung großer Massen von Arbeitern durch die staatsmonopolistischen Pläne der Umstrukturierung etc. dazu, daß tausende und abertausende von Arbeitern anfangen, aufzuwachen und für den Sozialismus zu kämpfen. Sie sind sich ihrer historischen Verantwortung bewußt und identifizieren sich mit ihrer Klasse. Sie sind zu höchsten Opfern bereit, um die Sache des Proletariats vorwärts zu treiben. Die reformistischen Fallen und Vorurteile, die von der "Wohlstands-" oder "nachindustriellen" Gesellschaft ausgebeutet wurden, liegen bereits hinter uns. Das sind alte ideologische Reliquien des Monopolismus der Nachkriegszeit.

Unser internationalistischer Beitrag

Aufgrund des zuvor Gesagten und angesichts derjenigen, die die Praxis des proletarischen Internationalismus gegenwärtig darin sehen, kleine supranationale militärische Organisationen zu schaffen (bedeutungslose Nachahmung der NATO), verteidigen wir die immer noch gültige Konzeption: der proletarische Internationalismus heißt für Kommunisten die Pflicht, die Revolution im eigenen Land zu machen und entsprechend ihrer Kräfte dazu beizutragen, daß sie überall triumphiert. Dazu beizutragen heißt fundamental heute in Europa:

1. aktiv an der ideologischen Diskussion teilnehmen, an der Debatte über die Prinzipien, die Strategie und Taktik und die unmittelbaren Aufgaben der Kommunisten, die gerade allerorts anstehen.

In dem Maße, wie das unsere materiellen Bedingungen ermöglichen, beteiligen wir uns schon seit längerer Zeit an dieser Diskussion, indem wir unsere Erfahrungen beitragen, unsere grundlegenden Positionen verteidigen und brüderlich die Positionen der anderen kritisieren. So haben wir auch in der kleinen Debatte interveniert, die es zum Internationalismus gegeben hat, welche Aufgaben unserer Meinung nach unaufschiebbar sind für die Kommunisten (wie die Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei und die Denunzierung und Demaskierung jeder Art von Opportunismus), wie die Rolle und die Gestaltung der Partei zum gegenwärtigen Zeitpunkt sein muß, über die Rolle und Funktion des bewaffneten Kampfes, der Guerilla, welchen Charakter heute die innerimperialistischen Widersprüche haben etc... Wir haben verschiedene Artikel dazu geschrieben.

2. moralisch und materiell den ideologischen und politischen Kampf unterstützen, den unsere Genossen in anderen Ländern führen. Wir glauben, daß die beste Form der moralischen Unterstützung die direkte und offene Kritik ist, die Schwächen der anderen und ihre Ursache aufzuzeigen, uns die gerechte Verteidigung der kommunistischen Positionen zu eigen zu machen, ihren Kampf gegen opportunistische und militaristische Positionen zu unterstützen etc...

Angesichts der Situation, in der die revolutionäre Bewegung in Europa sich befindet, ist es uns auferlegt, mit aller Klarheit und Entschiedenheit die grundlegenden Unterschiede aufzuzeigen, die zwischen den zwei Linien bestehen, die sich endgültig herausgeschält haben. Dieser unverzichtbaren ideologischen Aufgabe auszuweichen, würde bedeuten, der revolutionären Bewegung enormen Schaden zuzufügen.

Deshalb heißt das Ziel: Gehen wir entschlossen den Weg, den uns die proletarische Partei, die Organisation der Arbeiterklasse und der langandauernde Volkskrieg weisen; kritisieren wir unermüdlich die kleinbürgerliche militaristische Tendenz der "Antiimperialisten"; kämpfen wir unerbittlich gegen den pan-europäischen Nationalismus; kämpfen wir ohne Aufschub für die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats in Europa, indem wir Schritt für Schritt die Brüderlichkeit aller Proletarier des Kontinents verstärken, dadurch, daß wir uns - in erster Linie - auf unsere eigenen Kräfte verlassen, auf die immensen Kräfte aller Arbeiter, die den Kapitalismus in jedem Land bekämpfen.

Ohne Zweifel finden wir zwischen diesen zwei Haupttendenzen, in die sich die revolutionäre Bewegung in Europa verzweigt, auch einige Gruppen, die unschlüssig schwanken. Ohne Zweifel kann kein Kommunist, der wenigstens minimal dem Kampf seines Volkes verpflichtet ist, übersehen, daß angesichts der signifikanten Entwicklung hin zur Radikalisierung, die die Kämpfe und Streiks der Arbeiter allerorten nehmen (die sich gegen die Projekte der dekadenten Krisenlösung richten), die revolutionäre kommunistische Tendenz großen Rückhalt und Unterstützung erhält. Deshalb ist ihre Verstärkung, Verwurzelung und Entwicklung vorauszusehen.

In der BRD gibt es schon eine beginnende kommunistische Strömung, die die Kritik an der "antiimperialistischen" Strömung angefangen hat. Obwohl in Italien die Bewegung in zahlreiche Sektoren aufgespalten ist, entwickelt sich immer klarer eine kommunistische Strömung. Die Roten Brigaden für die kämpfende kommunistische Partei, die beachtliche Fortschritte machen und sich Bahn brechen gegenüber den reformistischen und "guerilleristischen" Varianten. Unter den Franzosen - wenn wir Action Directe beiseite lassen, die mit den Budgets der RAF einen Pinienkern spaltet - sind die Dinge weiter zurück. Man könnte sagen, daß einigen französischen Gruppen die entsprechende praktische Aktivität fehlt, obwohl sie in bestimmten theoretischen Fragen weit fortgeschritten sind. Das ist ein Fehler, der ein enormes Hindernis darstellt, wenn wir uns die Aufgaben vor Augen halten, die auf die Kommunisten warten. Obwohl die Belgier noch jung sind in ihren Aktivitäten, haben sie nicht aufgehört, einen frischen Wagemut in den Kampf einzubringen, indem sie die Theorie mit der revolutionären Praxis zu verbinden versuchen und mit Entschlossenheit die anstehenden Probleme angehen. Und sie lassen sich nicht von den Sirenengesängen der "Antiimperialisten" ködern. Sie haben sich den Aufbau der kommunistischen Partei von den Positionen des Proletariats zum Ziel gesetzt. Unsere Position ist genügend bekannt.

Man versteht den Wutanfall der "Antiimperialisten", wenn die proletarischen Positionen und das kommunistische Programm der Arbeiterklasse verteidigt werden, weil dadurch offenbar wird, daß sie selbst kein proletarisches Programm haben. Ihr Geschnatter über "Internationalismus" ist nichts weiter als ein chauvinistischer Pan-Europäismus, ohne daß ein anderes Ziel zum Vorschein käme, als ein atomfreies Europa, ein grünes Europa und eines ohne die NATO. Ein utopisches und nicht zu verwirklichendes Ziel, das das Ideal und die kleinbürgerliche Illusion einer Welt ohne Kriege repräsentiert (was nur in einer völlig sozialistischen Welt möglich ist).

Diese Tendenz der Bewegung, die wir gerade untersuchen, ist deshalb in ihren Zielen reaktionär, da sie sich dem fortschrittlichen Lauf der Geschichte, den historischen Zielen des Proletariats entgegenstellt; und das ist so, trotz ihrer kriegsüchtigen und kämpferischen Entschlossenheit, antiimperialistisch, anti-NATO, anti-multinationale Konzerne und anti-alles mögliche.

Eine Karikatur des Marxismus

Die Komponenten der antiimperialistischen Strömung nennen sich gewöhnlicherweise marxistisch. Aber nichts ist weiter weg von der Wirklichkeit. Ihr Marxismus ist eine wahrhafte Karikatur

der fundamentalen Ideen von Marx, Engels und Lenin, eine grobe Deformation des historischen und dialektischen Materialismus.
Charakteristisch für die Marxisten ist immer gewesen, daß sie sich immer auf eine ökonomische und soziale Klassenanalyse bezogen haben, um dementsprechend das proletarische Programm und die kommunistische Strategie auszuarbeiten. Um diese Aufgaben zu verwirklichen, unterscheiden sie die sogenannten objektiven Bedingungen (jene, mit denen das Proletariat und seine kommunistische Avantgarde konfrontiert sind) von den subjektiven Bedingungen (woran das Proletariat entscheiden kann, welches seine Taktik und seine Strategie sein muß etc.). Was einem bei den Dokumenten der RAF als erstes ins Auge springt, ist das Fehlen einer Analyse dieser Art. Im Rahmen der Analyse, an die uns die RAF gewöhnt hat, wollen wir das Irrige ihrer Konzepte von der Proletarisierung und dem internationalen Proletariat hervorheben. Der erste Einblick in diese Konzepte zeigt uns schon ihre Haltlosigkeit und Schwäche. Mehr noch: die RAF bringt einen extremen Subjektivismus zum Ausdruck und erklärt immer mehr in ihren veröffentlichten Dokumenten, daß die sozialen Klassen sich nicht mehr "durch die Position, die sie im Produktionsprozeß einnehmen," definieren können. Für Marx und Engels dagegen, und auch für Lenin, war in den Analysen der Klassen und des Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft jene Klassendefinition immer eine unangreifbare Festung des Marxismus, des Materialismus. Und bei vielen Gelegenheiten haben sie darauf hingewiesen, daß, wenn man sich davon entfernt, dies in den Sumpf des Idealismus, des Opportunismus und des Chauvinismus führt.
Hinter der Terminologie, die durch die RAF benutzt wird, wie z.B. die "militante Proletarisierung", die Entfremdung und Verbürgerlichung der Arbeiter, die Basisprozesse etc., verbirgt sich ein Angriff auf den Marxismus, von dem sie nichts wissen wollen. So schreiben sie, daß "die Klasse" - so abstrakt benannt - diejenigen sind, die "den destruktiven Charakter des Systems begriffen haben", und daß "von diesem Fundament der Proletarisierung aus die Personen, die in den Basisprozessen, im Widerstand etc. präsent sind, aus allen Schichten des Volkes kommen."
Unzweifelhaft haben die ungestüme Ausbreitung und der Vormarsch der Monopole und Trusts in allen Wirtschaftsbereichen der kapitalistischen Gesellschaft und die Unterdrückung und Beschneidung der Interessen des Kleinbürgertums eine große allgemeine Unzufriedenheit hervorgerufen. Doch es kann sicher nicht zugebilligt werden, daß diese Sektoren, die sich abrupt durch ihre spezielle Situation radikalisiert haben, die Interessen des Proletariats repräsentieren, genausowenig wie dessen Ziele, noch seine Klassenpositionen. Das Ziel der Kommunisten besteht angesichts der besonderen Situation, in der sich diese Schichten im Proletarisierungsprozeß befinden, darin, sie zu einem proletarischen Programm hinzuziehen; ihnen begreifbar zu machen, daß es keinen anderen Weg als die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus gibt. Kritisiert werden müssen ihre Verzweiflung und ihr Opportunismus, ihr Mangel an längerfristigen Vorstellungen und die Beschränktheit ihres Blickwinkels etc.
Aber das ist nicht die Haltung, die die Genossen der RAF angesichts dieses Phänomens einnehmen. Vielleicht weil sie ebenfalls von dort herkommen und es noch nicht geschafft haben, sich wirklich ganz von den kleinbürgerlichen Vorurteilen zu befreien und sich die kommunistische Ideologie zu eigen zu machen. Ganz im Gegenteil: um noch tiefer in den Sumpf der idealistischen Konfusion zu fallen, bringen sie ein ganz besonderes Schmuckstück "marxistischer" Analyse hervor: den Widerspruch Staat-Gesellschaft als den Hauptwiderspruch in den Metropolen.
Niemals hat der Marxismus von einem Widerspruch zwischen Staat und Gesellschaft gesprochen - einfach weil der Marxismus immer von einer Klassenanalyse ausgegangen ist, vom Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Wenn er vom Staat gesprochen hat, dann immer als von dem, der er ist: ein Repressionsapparat einer Klasse über eine andere, ein in seiner Essenz repressiver Militärapparat, organisiert gerichtet gegen die ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat. Der Staat ist das bedeutendste Instrument, das die Bourgeoisie hat, als Instrument des Klassenkampfs von oben gegen das Proletariat. Das ist das Wesen des Staates. Von daher muß das Proletariat seine ganzen Anstrengungen darauf richten, den Staat der Bourgeoisie zu stürzen, um ihn durch einen anderen zu ersetzen, den proletarischen Staat, die Diktatur des Proletariats.
Den Staat gegen "die Gesellschaft" zu stellen, wie das die "Anti-Imperialisten" machen, würde bedeuten, den Staat außerhalb der Gesellschaft zu stellen als eine Art höhere Einheit, die über ihr steht. Das heißt, den Klassencharakter des Staates zu negieren. Das bedeutet dann gleichzeitig, ihn für eine bösartige und überflüssige Einheit zu halten. Das Ziel der Revolutionäre wäre dann, jede Spur von Staat zu tilgen, so wie es seinerzeit Bakunin vorschlug. Zusammen mit ihrer anti-staatlichen Voreingenommenheit und dem Fehlen eines kommunistischen Programms, schlagen uns die "Anti-Imperialisten" (im Einklang mit diesem Widerspruch Staat-Gesellschaft) eine Interklassen-Allianz vor, um den Staat zu bekämpfen, der in ihren Augen der einzige Verursacher allen Übels ist, das die "Gesellschaft" erleidet.
Obwohl sie in einem ihrer Dokumente sagen, daß ihre revolutionäre Politik in den Metropolen "nichts mit einer Welt-Konzeption" zu tun hat, zeigen wir auf, daß das falsch ist. Ihre weltweite Analyse (Konzeption) ist die des Kleinbürgers, der von den Multis erdrückt wird, der in seiner Verzweiflung seine ganzen wütenden Angriffe gegen den imperialistischen Staat richtet, besonders gegen seine Militärapparate und seine Allianzen. Diese Angriffe haben keine andere Perspektive, als den gleichen Kampf, den sie hervorrufen, sie erinnern an die Arbeiter, die die Maschinen zerstörten, damit dadurch die Ausbeutung des Proletariats zu Ende ginge: das waren vor allem alte, ruinierte Sektoren des Handwerks und des Kleinhandels, die sich aus ihren Werkstätten und kleinen Geschäften vertrieben sahen. Der Kampf der Opportunisten unterscheidet sich radikal vom Kampf der Kommunisten, von ihrem anti-imperialistischen Kampf, von ihrer Organisierung der Arbeiter, vom Aufbau der proletarischen Partei, von der Vorbereitung der organisierten Arbeiterkräfte im Geist und im Kampf des verlängerten Volkskrieges.
Die politischen Konzeption der "Anti-Imperialisten" besitzt zwei ausgeprägte theoretische Schnittlinien, zwei zentrale Punkte, die klar ihre Vision revolutionärer Politik definieren. Ihre Idee von der "militanten Proletarisierung" und ihre Interpretation der Entfremdung und Verbürgerlichung, die die Arbeiter in den Metropolen Europas erleiden.
Für sie ist das Proletariat nicht ein objektives Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, sondern ein Bewußtseinsakt. Deshalb vertreten sie, daß das Subjektive das Wesentliche und "das Entscheidende für den Kampf in den imperialistischen Zentren" ist. Die imperialistischen Zentren - so fahren sie fort - schaffen "überhaupt keine revolutionäre Bedingung (ausgehend von den objektiven Widersprüchen und den existierenden Bedingungen), sondern nur Zerstörung und Verelendung."
In einem unserer vorhergehenden Artikel haben wir gesehen, daß es bestimmter revolutionärer Bedingungen bedarf, damit die Revolution triumphiert. Dieses sind in erster Linie objektive Bedingungen. Wir fügen hinzu (entsprechend der Analyse Lenins in dieser Frage), daß die objektiven revolutionären Bedingungen

nicht genügt haben, um ein Regime oder eine Regierung zu stürzen, weil diese nicht fallen, wenn man sie nicht stößt. Deshalb ist eine reife und disziplinierte proletarische Partei unverzichtbar und eng verbunden mit der revolutionären Massenbewegung. Aber davon reden die "Anti-Imperialisten" nicht. Für sie existiert das Proletariat objektiv nicht, sondern einzig durch einen Akt des Bewußtseins; mittels der Aneignung der Positionen des internationalen Proletariats; so würden die Individuen dazu kommen, Proletarier zu sein. Für den Leninismus hingegen, besteht die einzige Art und Weise, die "Klasse an sich" in die "Klasse für sich" zu verwandeln, in der Arbeiterpartei. Die "Klasse an sich" ist die Arbeiterklasse, so wie sie im Prozeß der kapitalistischen Produktion existiert: auseinandergerissen, uneinig und ohne Bewußtsein über ihre Situation. Lediglich durch die proletarische Partei ist es zu erreichen, die Arbeiterklasse zu organisieren und zu vereinigen, damit sie politisch als unabhängige Kraft in den Klassenkämpfen ihres Landes interveniert - in dem Bewußtsein ihrer historischen Rolle und den Zielen des Sozialismus und Kommunismus: das ist die "Klasse für sich".

Im Gegensatz dazu ersetzen die "Anti-Imperialisten" die marxistische Analyse der ökonomischen und politischen Bedingungen des Landes durch ein subjektivistisches Verhältnis von Haß und Wut. Das ist an sich sehr wichtig für den Kampf gegen die Bourgeoisie, aber in jeder Hinsicht unzureichend. Auf dieser Grundlage - der Grundlage des Hasses und der Wut - sagen sie, "jetzt entwickelt sich die revolutionäre Front im Zentrum." Nicht auf den Schultern des Proletariats, wie Marx und alle Marxisten versicherten, sind wir aufgerufen, die kapitalistische Gesellschaft zu stürzen, die Totengräber der kapitalistischen Gesellschaft zu sein! Der subjektive Ansatz der RAF in bezug auf die Klasse und den Klassenkampf wird durch den Trugschluß der Verbürgerlichung und Entfremdung der europäischen Arbeiterklasse vervollständigt. Der Neo-"Marxist" H.Marcuse sagt, daß die Arbeiterklasse in der modernen kapitalistischen Gesellschaft unterwürfig allen Interessen der Bourgeosie dient, und daß sie, weil sie objektiv an der Ausbeutung anderer Völker teilnimmt, sich in ihrer privilegierten Position sehr wohl fühlt. Etwas ähnliches sagt die RAF. Im Gegensatz dazu bezeichnet Marx mit dem Begriff der Entfremdung den Produktionsprozeß im Kapitalismus selbst, die Beeinträchtigung, die der Arbeiter als Produzent erleidet, weil er von den Produkten, die er produziert, enteignet wird. Das ist es, was den Arbeiter als Klasse wirklich interessiert, weshalb er auf seine Fahnen die Losung "ENTEIGNUNG DER ENTEIGNER" schreibt. Und dieser Widerspruch, der in jeder kapitalistischen Produktionseinheit steckt, ist auch das Samenkorn, aus dem das proletarische Bewußtsein erwächst, die mächtige, kämpferische Kraft des Proletariats. Das ist was anderes als das, was die RAF verteidigt. Deshalb wundert es uns auch nicht, daß ihnen mit diesem subjektivistischen und proudhonistischen Gepäck nicht in den Kopf geht, daß es einen anderen revolutionären Weg gibt, einen kommunistischen Weg. Sie sind so sehr von ihrer kleinbürgerlichen anti-imperialistischen Ideologie gepackt, daß alles, was nicht Kugeln auf die Dächer der NATO schießt, für sie keinen Sinn macht. So weit geht ihre Blindheit, daß sie mit Naivität und ohne rot zu werden vertreten, daß die militärische Struktur des NATO-Oberbefehls über alle Angelegenheiten der Welt entscheidet. Sie glauben felsenfest, daß die Internationalisierung des Kapitals (ein Prozeß, der mit dem Handels-Kapitalismus begonnen hat und dann durch die Monopole beschleunigt wurde) zuvor von den "Lehnstühlen" des Kapitals beschlossen wird; als ob die eigene kapitalistische Entwicklung, die Gesetze des Gewinns, die ungleiche Entwicklung und die Konkurrenz - alles objektive Faktoren, wie Marx bewiesen hat - überhaupt keinen Einfluß hätten.

Vielleicht stellen sie sich deshalb mit Hingabe gegen jeden neuen Plan der NATO und des IWF, das konterrevolutionäre Sancta Sanctorum, statt für die Schaffung eines proletarischen und kommunistischen Programms zu arbeiten und dafür Propaganda zu machen.

Man versteht so ihre Aversion gegen jede kommunistische Aktivität, ihren Angriff gegen das kommunistische Programm der Revolutionäre in Europa, ihre Verachtung der Arbeiter und der Rolle und historischen Verantwortlichkeit des Proletariats. Aber, wie das immer dem Kleinbürgertum passiert, bleiben ihnen gegenüber dem festen und entschlossenen Vorankommen des Proletariats nur noch zwei Optionen: sich entweder mit Leib und Seele mit dem Proletariat zu vereinigen, mit der Diktatur des Proletariats und dem Sozialismus, oder leichte Beute zu werden für den Imperialismus, von dem sie sagen, daß sie ihn mit aller Kraft bekämpfen. Christian Klar sagt, daß das Proletariat "diejenigen verkörpern, die den Imperialismus bekämpfen". Aber auf welchen Kampf bezieht er sich? Ohne Zweifel auf den Kampf der "antiimperialistischen Guerilla". Die Arbeiter, die in ihrer Fabrik kämpfen, um ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, und die sich den Plänen der kapitalistischen Überausbeutung entgegenstellen, sind in ihren Augen keine Proletarier und lohnen keinerlei Interesse. Es sei denn, die Streiks in den Unternehmen verlassen das institutionalisierte und gering zu schätzende "Terrain der einfachen Opposition". Aber worin besteht die Arbeit der Kommunisten, wenn nicht darin, sich mit den fortschrittlichsten Arbeitern zu vereinen, sie zu organisieren und die realen Konflikte in den Betrieben auszunutzen, um sie an der Waffe des Marxismus auszubilden und auf dem Weg der Revolution voranzubringen?

Der Opportunismus der RAF versucht eine Ausbeutung der Arbeiterkämpfe, wenn sie aus den etablierten Gleisen rauskommen (was gegenwärtig durchaus häufig ist, wenn wir die kapitalistische Krise in Betracht ziehen), um sie in eine weitere Waffe im Kampf gegen die NATO zu verwandeln. Kommunisten machen etwas ganz anderes. Sie versuchen jede Fabrik in eine Festung der proletarischen Partei zu verwandeln und den Kampf gegen die NATO in eine weitere Front des Kampfes gegen den Kapitalismus und für die Diktatur des Proletariats.

Die Aufgabe der Revolutionäre im ökonomischen Kampf der Arbeiter ist seit langem von Lenin klargestellt worden: "Der ökonomische Kampf ist ein unvermeidbarer Konflikt im Kapitalismus und er ist eine unverzichtbare Waffe, damit die Arbeiter ihre Lebensbedingungen verbessern können. Gleichzeitig ist er eine sehr nützliche Waffe des Kommunismus, um die Kampffähigkeit der Arbeiter, ihr revolutionäres Bewußtsein zu stärken, um das proletarische Programm zu verbreiten." Es geht nicht um die Politisierung der Arbeiterstreiks, wie manche denken, die schon genügend politisiert sind, und sie in "revolutionären Kampf um die Macht" zu verwandeln, "Bollwerk der Guerilla" etc. Wer den ökonomischen Kampf mit dem politischen Kampf vermischt, begünstigt die Konfusion und die Pläne der Bourgeoisie und des Reformismus. Die proletarische Partei muß ihre Aktivitäten auf die großen Betriebe des Landes konzentrieren, aber nicht um Gewerkschaften zu konstituieren, sondern um die Arbeiter nach den Prinzipien des Kommunismus zu organisieren, des Programms der sozialistischen Revolution und der proletarischen Strategie und Taktik. Sie muß mit aller Kraft die Revisionisten bekämpfen, die Umstrukturierungspläne der Monopole denunzieren, im Kampf Arbeiterorganisationen schaffen, die unabhängig von der Bourgeoisie und den Reformisten sind.

Wenn die Geschichte etwas bewiesen hat, und sie hat es oft bewiesen, dann das, daß die Revolution dort siegt, wo die Revolutionäre sich auf ihre eigenen Kräf-

te verlassen haben, auf die Kräfte ihres Proletariats und ihres Volkes, indem sie den revolutionären Kampf entwickelten. Das erfordert, daß an der Verstärkung der revolutionären Arbeiterbewegung gearbeitet wird, und daß deshalb alle Aufgaben angepackt werden, die hier aufgeführt wurden.
Die übrigen revolutionären, sozialistischen und fortschrittlichen Länder der Welt haben immer das Land unterstützt, das eine Revolution macht; ohne die Voraussetzung, sich auf seine Kräfte zu beziehen, ist nichts zu machen. Und sich auf die eigenen Kräfte stützen, heißt in Europa, sich auf die mächtige Kampffähigkeit des Proletariats zu beziehen, die wichtigste und führende Kraft der Revolution. Die Arbeiterklasse ist diejenige Klasse, die mit Entschlossenheit und Hingabe gegen die kapitalistische Gesellschaft kämpft. Die einzige, die sie stürzen und den Sozialismus aufbauen kann. Etwas anderes denken heißt, sich vom Abc des Marxismus zu trennen.

Kommunistische Partei oder nationale Befreiungsbewegung?

Auf die Frage nach den Übereinstimmungen innerhalb der europäischen revolutionären Bewegung, zwischen der anti-imperialistischen und der kommunistischen Tendenz, würden wir sagen, es gibt sehr wenige. Allgemein könnten wir sagen, daß die einzigen Übereinstimmungen der Kampf gegen den Imperialismus und der bewaffnete Kampf sind. Das ist sehr wenig, wenn wir uns klarmachen, was die jeweilige Strömung unter Kampf und unter Imperialismus versteht, und wie sie jeweils den bewaffneten Kampf, seine Ziele und Verbindungen mit dem revolutionären Kampf des Proletariats bestimmen. Der Kampf der anti-imperialistischen Strömung konzentriert sich in erster Linie auf die Vorbereitung und Ausübung von bewaffneten Aktionen gegen die Institutionen der atlantischen Allianz, die NATO. Ihre Aktionen im Rahmen dessen, was sie "Strategie gegen ihre Strategie" nennen und die supranationale "Einheit" der revolutionären Guerilla-Organisationen sind eine grobe Verdrehung des Internationalismus. Aber um welche Strategie kann es sich denn handeln, wenn man im Schlepptau der imperialistischen Strategie läuft? Sicherlich um gar keine. Die bewaffneten Aktionen der RAF, Action Directe und anderer ähnlicher Gruppen, die kein proletarisches politsches Programm für den Kampf für den Sozialismus haben, sind durch ihren Radikalismus, Spontaneismus und Opportunismus gekennzeichnet; sie haben kein anderes Ziel als das Militärische, was angesichts der gegenwärtigen Situation mehr eine Bremse darstellt als ihre Weiterentwicklung oder einen Impuls; es handelt sich um eine modernisierte, radikalisierte Version der alten revisionistischen These Bernsteins, "die Bewegung ist alles."
Das ist um so deutlicher, je mehr man die desorientierende und anachronistische Rolle versteht, typisch für die kleinbürgerlichen, anarchistischen Positionen und ihr politisches Credo - zusammengefaßt in der Aktion und der Bombe gegen die NATO.
Wir müssen für alle klarstellen, daß der Ursprung dieses schlimmen Anti-Imperialismus in der Enge seiner politischen Vorstellung wurzelt und in der Armut ideologischer und organisatorischer Gesichtspunkte, die schlecht von den Erfahrungen anderer Völker kopiert wurden. Wir müssen uns am Ziel orientieren, den ideologischen Kampf und den Kampf um die Prinzipien gegen diese opportunistische Strömung unterstützen.
Wir sollten uns daran erinnern, daß das alte Territorium Deutschlands der Ort des Zusammenstoßens zweier antagonistischer Lager ist; des Sozialismus und des Kapitalismus. In der BRD kann man besser als an jedem anderen Ort die Rolle sehen, die in der heutigen Welt die militärischen Organisationen der anti-kommunistischen Allianz spielen. Es ist deshalb leicht zu verstehen, daß die revolutionäre Bewegung dort mehr auf der Form der militärischen imperialistischen Allianz insistiert hat, als auf ihren Klasseninhalt. Mehr auf die äußere Macht des Imperialismus, als auf die Aufgaben der Organisierung, der Aufklärung und des Bemühens, sich an die Spitze der Arbeiterklasse zu stellen, um nicht nur mit den Allianzen des Imperialismus fertig zu werden, sondern, was wichtiger ist, mit den Klassen und der Produktionsweise, die jene ermöglichen.
Es spricht wenig für die RAF, wenn sie nach 15 Jahren bewaffneten Kampfes gegen den Imperialismus noch nicht die Grundzüge ihrer anti-imperialistischen Strategie skizziert hat. Die übrigen revolutionären Bewegungen Europas haben schon wichtige und entscheidende Schritte nach vorne gemacht in der politischen, organisatorischen und ideologischen Gestaltung ihrer Organisationen auf dem Weg zum Kommunismus, während die RAF weiterhin in den alten Vorstellungen eingeschlossen bleibt, die sie zum Entstehen gebracht haben: die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien und die direkte Konfrontation mit dem Imperialismus, ohne sich an Klassenkonzeptionen zu halten.
Ihr alter und geliebter Vorschlag einer westeuropäischen Front hat eine durchschlagende Zurückweisung erfahren seitens der kommunistischen Strömung. Ihr ist allein die "Vereinigung" mit Action Directe gelungen, einer Gruppe ohne die Geschichte der RAF, obgleich mit den gleichen politischen Vorstellungen anarchistischer Tendenz. Diese westeuropäische Front ist außerdem die schlechteste Parodie der Fronten der nationalen Befreiungsbewegungen der Kolonien und der Halbkolonien, die es auf europäischem Boden geben kann. Die Deutschen neigen sehr dazu, diese Bewegungen als politische Modelle universeller Gültigkeit anzusehen, obwohl der so einschneidende Unterschied zwischen Europa und Ländern der 3.Welt unmittelbar ins Auge springt; sie haben immer versucht, sich in solch eine Bewegung zu verwandeln.
Diese vereinfachende und eindimensionale Analyse, die häufig von den verschiedenen revisionistischen Strömungen vertreten wurde - besonders von den jruchovistas [... - gemeint sind die AnhängerInnen Chruschtschows. Anm. d. Hg.] - wurde von Mao Tse Tung hart kritisiert, "weil sie dazu tendiert, alle Widersprüche, die es auf der Welt gibt, subjektiv durch einen einzigen zu ersetzen."
Mit solch einem speziellen Schema ist auf dem revolutionären Terrain in Westeuropa sehr wenig zu machen. Besonders dann, wenn man sich das Schlechteste zum Vorbild nimmt; das heißt, wenn wir uns an den Äußerlichkeiten festhalten und unfähig sind, den politischen und militärischen Inhalt zu begreifen, den diese Bewegungen in sich tragen. Es steht fest, daß die Völker und Nationen der 3. Welt den Proletariern Europas sehr wertvolle Lehren zur Verfügung gestellt haben. Aber ihre Formeln einfach nur abzupausen und nachzumachen, ist eher kennzeichnend für Dummköpfe als für Revolutionäre.
Wir können uns eine umfassendere Vorstellung von ihrem Opportunismus und Spontaneismus machen, wenn wir uns aufmerksamer mit der Interpretation auseinandersetzen, die sie von ihrem Vorschlag der "Einheit" geben. In Wirklichkeit schlagen sie überhaupt keinen überzeugenden Grund vor, der es rechtfertigen und erlauben würde, diese "Einheit" zu begreifen, es sei denn "die Schaffung von neuen Bedingungen für den Kampf im eigenen Land." Aber als Marxisten müssen wir uns fragen: neue Bedingungen aufgrund welcher Prinzipien? Ohne Zweifel kommen unsere Genossen von der RAF sehr schwach daher, was Prinzipien anbelangt: deshalb ist ihre Antwort auf diese Frage eher praktischer Art, man beabsichtigt, "die Reaktion im Kampf zu antizipieren." Diese Meinung wiederholen sie in ihren neuesten Dokumenten hartnäckig, was uns jedenfalls an ihre In-

terpretation der revolutionären Politik als "Strategie gegen ihre Strategie" erinnert.
Sie sind so sehr besessen davon, ihren "anti-imperialistischen" Kampf in den Kontext der Weltrevolution zu stellen, die weltweite "anti-imperialistische Front" etc., daß sie die Entstehung und Entwicklung der neuen revolutionären Bewegung in Europa auf externe Gründe zurückführen, anstatt auf interne Ursachen: sie versichern, daß die Niederlage, die der Imperialismus in Vietnam erlitten hat (sicher ein sehr wichtiger Faktor für seine Schwächung) Hauptursache der ökonomischen und politischen Krise des Imperialismus gewesen sei. Wenn wir uns jedoch an die Dialektik halten (ein Wort mit merkwürdigem Klang für die RAF, wie wir weiter oben gesehen haben), erkennen wir, daß die Hauptursache für die gegenwärtige tiefe Wirtschaftskrise des Kapitalismus eine Krise der Überproduktion und der Restrukturierung des Kapitals ist. Dies ist dem Kapitalismus immanent. Die Krise gehorcht einem neuen Entwicklungsgrad des Widerspruchs zwischen den Produktivkräften und den ererbten Produktionsverhältnissen aus der Nachkriegszeit.
Die Genossen der anti-imperialistischen Strömung müssen die Lektion lernen, die wir in "Der revolutionäre Kampf verschärft die innerimperialistischen Widersprüche" vertreten haben. Da machen wir klar, daß der beste Anti-Imperialismus und proletarische Internationalismus derjenige ist, der sich dem Kampf gegen seine imperialistische Bourgeoisie verpflichtet, weil dadurch, daß man die eigene Bourgeoisie bekämpft und sie stürzt, man dem Imperialismus eine Niederlage bereitet und er auf allen Ebenen zurückgeschlagen wird.
Klar ist, wie sie sagen, daß die Konfrontation zwischen Imperialismus und "Befreiung" verläuft, nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus, nicht zwischen nationaler imperialistischer Bourgeoisie und dem revolutionären nationalen Proletariat, das dafür kämpft, die Diktatur des Proletariats durchzusetzen, seinen Staat.
Ihre so ersehnte Befreiung hat einen "interklassistischen" Charakter, was sehr viel eher den revolutionären politischen Konzeptionen anderer Gefilde entsprechen würde, wo zusammen mit einem schwachen Proletariat eine Bauernschaft existiert, die die Hauptkraft der Bevölkerung ausmacht und eine kleine und mittlere Bourgeoisie.
In Europa hingegen machen die Bauern im allgemeinen weniger als 10% aus, während das Proletariat die immense Mehrheit der Bevölkerung ist. Wir haben keine nationale Bourgeoisie, die die Revolution fordert, unter anderem weil die Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution in Europa schon lange Zeit vorbei ist.
Kein Zweifel, die Anti-Imperialisten werden deshalb nicht von ihren Vorstellungen ablassen. Sie sehen die Radikalisierung bedeutender Sektoren des Kleinbürgertums, die ihre alte Rolle der "Intelligenzia" (Techniker, Lehrer, Journalisten, Studenten etc.) entwertet sehen durch die großen monopolistischen Trusts (die ohne Mitleid die alten liberalen Berufe opfern, die mehr oder weniger freien Berufe, die von der Gesellschaft der liberalen Bourgeoisie geerbt wurden). Sie versuchen, die Interessen dieser Sektoren in der politischen Szene zu repräsentieren. Man begreift so die mutigen Angriffe auf die großen Industrie- und Militärunternehmen der Schlüsselsektoren des Imperialismus und auf die repräsentativsten Institutionen der imperialistischen Bourgeoisie.
Trotz allem ist es in Europa das revolutionäre Proletariat, das auf die Bourgeoisie zielt, das sie stürzen will etc. Sein Programm ist ein Klassenprogramm, vertritt die Strategie des langandauernden Volkskrieges, der im Volksaufstand mündet, um die Diktatur des Proletariats durchzusetzen. Das Kleinbürgertum hingegen richtet seine Anstrengungen gegen die Militärapparate der imperialistischen Allianz, gegen die NATO etc., und in seiner Strategie taucht weder die Diktatur des Proletariats, noch die These vom langandauernden Volkskrieg auf, noch stützt es sich auf die Basis der Arbeiterklasse.
Die Kommunisten jedes Landes hingegen helfen bewußt dem Proletariat ihres Landes im Kampf gegen ihre Bourgeoisie, gegen deren Ausbeutungs- und Unterdrückungpläne, und den bürgerlichen Opportunismus zu demaskieren. Sie organisieren die Arbeiterklasse unabhängig von der Bourgeoisie und von den korrumpierten und integrierten Gewerkschaften, um die Klassenkollaboration der reformistischen und revisionistischen Parteien zu denunzieren und gegen sie zu kämpfen etc. Davon ausgehend müssen sich die Kommunisten bemühen, eine mächtige marxistisch-leninistische Partei zu schaffen, mit dem Ziel, das Proletariat gegen die Finanzoligarchie und die Großgrundbesitzer und ihren Staat zu führen. Ohne diese proletarische Partei ist die Revolution der grandiosesten Niederlage ausgeliefert. Ohne diese Partei werden alle Versuche nutzlos, den bewaffneten Kampf für den Kommunismus zu organisieren.
In einem von der RAF radikal verschiedenen Sinn artikulieren sich die Roten Brigaden für den Aufbau der kämpfenden kommunistischen Partei etc. in ihren letzten Dokumenten, wo sie sich auf die Notwendigkeit "der proletarischen und revolutionären Alternative zur Krise der Bourgeoisie und dem imperialistischen Krieg" beziehen. Die Roten Brigaden sagen in ihrem Text "Strategische Achse für die Konstruktion der Partei", daß sie früher aufgrund ihrer "relativen Unerfahrenheit und politischen Jugend" ihren damaligen Charakter als kämpfende revolutionäre Kraft nicht weiterentwickeln konnten. Es ist kein Zufall, daß die Widersprüche in den Brigaden sich in dem Moment verschärften, wo "sie die ganze Gültigkeit und Tiefe ihrer Erfahrungen beweisen, die sie in den Jahren des Kampfes aufgebaut haben." In diesem Moment war die Grenze der Entwicklung erreicht, die durch die bis dahin konzipierte Strategie des bewaffneten Kampfes ermöglicht wurde.
Wir haben am Anfang dieses Textes gesagt, daß der bewaffnete Kampf, so wie er konzipiert und bis vor kurzem durchgeführt wurde, die Aufgabe reichlich erfüllt hat, die ihm durch historische und politische Bedingungen der ersten Phase des revolutionären und proletarischen Kampfes bestimmt war: die Demaskierung der bürgerlichen Demokratien, des Klassencharakters der monopolistischen und chauvinistischen Bourgeoisie, der Rolle der reformistischen und revisionistischen Parteien als Lakaien der Monopole. Außerdem eine praktische Tatsache von großer Bedeutung auf dem politischen Terrain zu beweisen: daß man den monopolistischen Staat, den Imperialismus bekämpfen und besiegen kann. Wenn jetzt diese Ziele erreicht sind, ist es logisch, daß ohne Verzögerung die Aufgaben angepackt werden müssen, die zu einer marxistisch-leninistischen Partei führen, fest verankert in den Prinzipien und verwurzelt im revolutionären Proletariat. Ohne Zweifel ist der bewaffnete Kampf weiterhin die Lanzenspitze der Widerstandsbewegung, die vom Proletariat angeführt wird und von der Partei geleitet.
Diese Grenze, von der wir schon oft gesprochen haben, kann man nur zerbrechen (wie das schon einige revolutionäre und proletarische Organisationen machen), indem man sich bemüht, alle Aufgaben ideologischer, politischer und organisatorischer Art auszuführen, die auf die Konstruktion und Ausbreitung aller Sektoren des Proletariats in den Fabriken, den Schichten, den Stadtvierteln etc. abzielen. Denn nur ausgehend von der breiten Perspektive, die die Partei bietet, kann die Guerillaaktivität und die Organisierung der fortschrittlichen proletarischen Massen simultan und sich ergänzend entwickelt werden,... die bereit und entschlossen zum mutigen Kampf gegen

den kapitalistischen Staat der Monopole sind.
In die ökonomische Sponaneität zu fallen, kann nur überwunden werden, wie in einem Dokument der BR für die PCC versichert wird, "wenn die Prinzipien des Marxismus und alle historische Erfahrung des internationalen Proletariats sicher festgehalten werden." Schließlich besteht für die Roten Brigaden, im Gegensatz zu dem, was die RAF aufrechterhält, die Hauptaufgabe für die europäischen Revolutionäre im Aufbau der kämpfenden kommunistischen Partei, denn: "das ist die Forderung, die die Massenmobilisierungen ausdrücken, die Forderung, für die möglichen Transformationen zu kämpfen, die die Situation braucht; auf dem politischen revolutionären Terrain zu kämpfen für die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Proletariats, die proletarische revolutionäre Offensive aufzubauen, ausgehend von der Einheit und Autonomie, die die Massen gegen die Umstrukturierung und gegen den imperialistischen Krieg zum Ausdruck bringen."
"Die revolutionäre Alternative konkretisieren und verstärken, zu der die proletarischen Mobilisierungen objektiv tendieren, und was zum Teil den Kommunisten und revolutionären Avantgarden subjektiv auferlegt, die Reihen fester um die Hauptaufgaben der aktuellen Situation zu schließen. Das ausgehend von einer politisch-militärischen Praxis gegen die antiproletarische und reaktionäre Politik der sozialen Befriedung, gegen die militaristische Politik des westlichen Imperialismus."
Die Roten Brigaden führen voller Mut, trotz der Hindernisse und der Schläge der Opportunisten und Abenteurer unter die Gürtellinie, eine wertvolle Selbstkritik durch, in der sie die politische revolutionäre Arbeit auf theoretischer und praktischer Ebene neu bestimmen, unter dem Licht der Erfahrungen von 15 Jahren bewaffneten Kampf für den Kommunismus. Mit ihrer Kritik stellen sie die leninistischen Organisationsprinzipien, den demokratischen Zentralismus, gegen den kleinbürgerlichen, individualistischen Egoismus. Sie schützen die proletarischen Interessen und Prinzipien der Klasse gegenüber den monopolistischen Interessen, die zur Zeit die Aufgabe und Auslieferung des Kampfes verfechten. Die Regierungen der Monopole sind jetzt daran interessiert, diese abschwörerische Haltung zu schüren, angesichts der mächtigen revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse, die überall in dieser Situation der akuten Krise des Imperialismus anwächst. Einer Krise, die die politischen und ökonomischen Fundamente der kapitalistischen Länder erschüttert.

Die Roten Brigaden stellen den proletarischen Kampf dagegen, der darauf ausgerichtet ist, die politische Macht zu ergreifen, gegen den Opportunismus derjenigen, die den bewaffneten Kampf in der gleichen Weise rechtfertigen, wie der bürgerliche Soziologe die Explosion gewalttätiger Radikalität aufgrund der Mängel der kapitalistischen Gesellschaft erklärt und nicht aufgrund ihrer wirtschaftlich-historischen Wurzeln. Kleinbürgerliche Soziologen, die jetzt begeistert das Wohlwollen des imperialistischen Staates suchen.
Wie wir sehen, favorisiert die Kritik der Roten Brigaden, die sie an "guerilleristischen" Positionen haben, die Absicherung der kommunistischen Position und die Klärung der Strategie der Kommunisten.
Über diesen letzten Punkt haben wir unsere Meinung bereits in unserem Artikel "Partei und Guerilla" erklärt, den wir gerne allen geben, die an einer detaillierteren Diskussion über die Strategie der Kommunisten in Europa interessiert sind. Deshalb müssen zwei fundamentale Schlußfolgerungen aus unserer Kritik gezogen werden:
1. es gibt zwei unterschiedliche Arten, revolutionäre Politik in Europa durch den bewaffneten Kampf zu machen:
- eine kommunistische, die sich auf Ergebnisse stützt, die es bis jetzt im Kampf gegeben hat, und die die These vom langandauernden Volkskrieg vertritt, der notwendigerweise in den Volksaufstand mündet;
- die andere Richtung, die anarchistisch, kleinbürgerlich und opportunistisch ist, der eine revolutionäre Strategie fehlt und die kein anderes politisches Ziel hat, als den militärischen Institutionen des Imperialismus Schläge zu versetzen.
2. daß auch aus den Erfahrungen, die bis jetzt gemacht wurden, in erster Linie jetzt die Schaffung der kommunistischen Partei, der Organisation der kämpfenden Arbeiter herausragt. Diese Position wird von der kommunistischen Strömung vertreten, die das Militärische vom Politischen abhängig macht. Die "anti-imperialistische" Strömung hingegen beachtet diese Aufgaben der Kommunisten nicht, führt die Entfremdung und Verbürgerlichung der Arbeiter an und läßt sich auf ein interklassistisches Terrain ein, das nach außen hin sehr bombastisch wirkt, wie die "westeuropäische Guerilla", aber ohne jeden proletarischen Inhalt und ohne jede Perspektive ist.

Eine unverzichtbare Aufklärung

Unsere Aufmerksamkeit wird besonders auf die Haltung gelenkt, die in Italien als "zweite Position" eingenommen wird, die als eine Strömung aus den Roten Brigaden hervorgegangen ist, und die heute von dieser Organisation getrennt ist.
Wegen der Verwirrungen, die das Vertreten der unterschiedlichen Positionen in die Reihen der revolutionären Bewegung tragen kann, wollen wir kurz auf die Konsequenzen eingehen, welche unserer Meinung nach gegen diese Positionsnahme sprechen. Das ist notwendig gerade zu diesem Zeitpunkt, in dem ein wichtiger Sprung nach vorne gemacht wird.
Ebenso wie die Mehrheit der revolutionären Gruppen in Europa, läßt diese Position zu, daß eine Etappe bereits zu Ende ist und jetzt eine andere innerhalb der Bewegung beginnt.
Aber trotzdem sind für sie die Konzepte des langandauernden Volkskrieges und des bewaffneten Kampfes für den Kommunismus veraltet. Sie (diese Position) verteidigt dagegen eine klassische Konzeption des Aufstandes. Das heißt, sie negieren, daß es gegenwärtig ohne die Entwicklung des langandauernden Volkskrieges unmöglich ist, alle notwendigen Bedingungen für den Aufstand zu schaffen, um im richtigen Moment das bürgerliche Regime stürzen zu können.
Wie sie sagen, ist der bewaffnete Kampf weiterhin die Form, kommunistische Politik zu machen. Aber ihre Indefinition (ihre Undefiniertheit) der Art und Weise, wie Politik mittels des bewaffneten Kampfes zu machen ist, macht es notwendig, daß wir das aus dem Rest ihrer Erklärung erraten. Auf den ersten Blick fällt einem auf, daß ihre Positionen des bewaffneten Kampfes ausschließlich defensiv sind, sowohl auf dem politischen, wie auch auf dem militärischen Terrain.
Bezüglich der kommunistischen Partei, ihrer Aktivitäten und Ziele, Propaganda, Organisierung etc. kann man einige ihrer Vorschläge akzeptieren. Natürlich ist klar, daß die Tatsache, daß man für die Diktatur des Proletariats ist und für den Sozialismus, nicht viel klar macht über die Aufgaben der Kommunisten, wenn diese strategischen Ziele in keiner Weise präzisiert werden - ohne die geringste Konfusion oder Unsicherheit.
Die passive Rolle, die sie in der Theorie und in der Praxis dem bewaffneten Kampf zuordnen, korrespondiert mit ihrer Einschätzung der Situation als nicht revolutionär. Scheinbar ist dies ihre große Entdeckung. Außerdem scheint es für sie schon eine ausgemachte Sache zu sein, daß der Aufstand losbricht, wenn es eine revolutionäre Situation gibt. In unserem Artikel "Partei und Guerilla" haben wir gesagt, daß wir uns in der Entwicklung in eine revolutionäre Situation befinden, und wir haben dafür zahlreiche wirtschaftliche, politische und selbst psychologische Tatsachen angeführt, die

wir hier nicht wiederholen wollen. Die "zweite Position" ignoriert die Tatsache, daß einzig durch die Entwicklung des langandauernden Volkskrieges auf lange Sicht die Entfesselung des Aufstands hervorgerufen werden kann, daß der langandauernde Volkskrieg, die politische Widerstandbewegung der breiten Massen und die Guerilla der aktive Faktor und das auslösende Moment sind, wenn bereits die politischen und ökonomischen Bedingungen geschaffen wurden, und wir direkt mit der extremen Verschärfung der sozialen Widersprüche und der objektiven Bedingungen konfrontiert sind.

Deshalb ist es von vitaler Bedeutung von jetzt ab (und entsprechend wie es die Situation der revolutionären Kräfte in jedem Land erlaubt), die Aufgaben in Angriff zu nehmen, die dazu führen, die Guerilla in jeder Hinsicht zu stärken; nicht den "bewaffneten Kampf" als "Unterstützung" der kommunistischen Politik, sondern die Guerilla mit ihrer eigenen Wesenseinheit im Militärischen, Organisatorischen und mit ihren Zielen. Natürlich werden diese immer in ihren grundlegenden Linien orientiert und geführt sein durch die Partei der Arbeiterklasse. Aufgrund ihrer Äußerungen über die Rolle des bewaffneten Kampfes kann die Position, die von ihnen vertreten wird, nur als beschämend qualifiziert werden, weil sie diese wichtige Methode des modernen revolutionären Kampfes nicht so bewerten, wie es sein müßte. Weil sich gänzlich gegen den bewaffneten Kampf zu stellen bedeuten würde, mit rasender Geschwindigkeit auf das Terrain des opportunistischen Revisionismus abzugleiten, schreiben sie ihm weiterhin eine Bedeutung zu; nur tun sie das, weil es ihnen von den Ereignissen auferlegt wird und nicht, weil sie eine marxistisch-leninistische Bewertung der Situation der am meisten entwickelten kapitalistischen Länder machen und ohne die entsprechende Verantwortung auf sich zu nehmen, die das in sich trägt. Diese Bewertung kann nur darin bestehen, daß in den Ländern des modernen kapitalistischen Staatsmonopolismus keine Bedingungen bestehen, um eine Politik durchzuführen, die auf friedliche Weise revolutionäre Kräfte ansammelt, die "im Kalten" die politischen und militärischen revolutionären Kräfte der Partei und der politischen Organisationen der Arbeiter und der Guerilla ansammelt.

Es handelt sich um eine historische Charakteristik des Imperialismus. Eine Charakteristik, die strategisch von den revolutionären Kommunisten in Betracht gezogen werden muß. Es handelt sich in keinem Augenblick um ein taktisches Problem, um eine Möglichkeit oder Zufälligkeit, sondern um eine fundamentale Grundlinie der Zeit, in der wir leben.

Wenn wir außerdem in Betracht ziehen, daß die Entwicklung der revolutionären Situation in jeder Hinsicht und Perspektive progressiv ist, auferlegt uns diese Tatsache noch dazu wichtige Bezüge zur militärischen Aktivität und zur politischen Aktivität. Die Zukunft der revolutionären kommunistischen Bewegung läuft darüber, daß sie es lernt, in der richtigen Bestimmung die militärische Aktivität der Guerilla und die politische Aktivität der Partei miteinander zu verbinden.

Nur auf diese Weise kann längerfristig garantiert werden, daß, wenn die politische Widerstandsbewegung der breiten Massen genügend gereift ist, ebenso wie das Proletariat, die Guerilla und die Partei, und wenn die objektiven notwendigen Bedingungen erreicht sind, sowohl das militärische als auch das politische Programm der proletarischen Revolution, das Zusammenfließen des Volksheeres und der Aufstand für die Zerschlagung des bürgerlichen Regimes gesichert werden können.

Sich von diesen grundlegenden Linien zu trennen bedeutet heute, sich vom Kommunismus zu trennen.

Anmerkungen: 1. BR-PCC: "Strategische Resolution Nr. 20; März 1985"

Frédéric Oriach

Der bewaffnete Kampf als strategische und taktische Notwendigkeit des Kampfes für die Revolution

I. Einführung

1. Die Revolution ist nicht ein Existentialismus sondern ein konkretes Projekt

Wir bezeichnen uns als Kommunisten, was aber weder als Anspruch einer Identität noch als moralische Aussage zu verstehen ist, da der Wille zum Kommunismus zweifelsohne auf ganz unterschiedlichen philosophischen Motivierungen beruhen kann, sondern als Sinnbezug und vor allem als Bezugsrahmen auf ein konkretes präzises materielles Projekt. Eine Gesellschaft ohne Klassen und damit ohne Staat, die Entfaltung der Menschheit im Sinn ihrer Bedeutung durch die dialektische Auflösung der Widersprüche, welche die potentielle Menschheit in einer primitiven Phase halten, in der das menschliche durch die Beherrschung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen negiert wird. Diese Hoffnung ist Triebkraft und Ziel unseres Kampfes, das revolutionäre Einwirken auf die Geschichte ist somit die Praxis, die diese Zielsetzung verwirklichen soll. Wir stellen das klar, da allzu häufig unter dem Gewicht der Entfremdung, Verfall der Willenskräfte, zermürbende Mittelmäßigkeit und Herdentrieb Hoffnung und Wille in eine feige und ängstliche Flucht in einer Art Gewerkschaftsbewegung des Alltags umgekehrt werden.

Dann sprechen wir von Revolution und geben dabei diesem Wort seinen ganzen Sinn, sein ganzes Gewicht, seine extreme Genauigkeit und seine absolute Globalität wieder. Unser Ziel ist es, die Revolution zu machen und nicht, "Kommunisten zu sein", sondern den Kommunismus als neue soziale Bewegung einzusetzen.

Dieses legt politische Bestimmung mit strategischer Bedeutung fest. In der Tat, um unsere Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung zu erreichen, müssen wir unsere Lage innerhalb der Geschichte in den Griff bekommen. Durch unser Handeln in der Gegenwart errichten wir unsere Zukunft. Aus diesem Grund wäre es historisch selbstmörderisch, die revolutionären Bestrebungen in Richtung eines (wenn auch unbewußt) in der Vergangenheit anknüpfenden Willens, sich dem Sinn der Geschichte zu widersetzen, umzulenken. Das geschieht jedoch, wenn manche dazu kommen, als Alternative den Rückschritt auf vorkapitalistische

Formen der gesellschaftlichen Produktion und Organisation vorzuschlagen oder aber (bei den angeblich radikalsten) wenn das politische Handeln sich darauf beschränkt, gegen alles zu sein, was die kapitalistische Entwicklung kennzeichnet. Wir weisen hier auf den Antiimperialismus, wenn er sich darauf beschränkt, sich den Wirkungen des Imperialismus entgegensetzen zu wollen, den Antimonopolismus, den Antifaschismus, das gegen alles und jedes sein, wobei die gesellschaftliche Problematik auf Schnickschnack-Ideen in Form von Zwangsmonomanien beruht, wobei z.B. als prinzipielle Frage die Politik der Kernenergie oder des Rassismus oder des amerikanischen Imperialismus oder der "Kriegsvorbereitungen" usw. gestellt werden. Genug Schnickschnack! Die Realität läßt sich nicht zerstückeln, entweder faßt man sie in ihrer komplexen Totalität oder man begreift sie nicht und bleibt ein Reformist oder versucht, irgendwelche Errungenschaften zu wahren, die integraler Bestandteil der bourgeoisen Herrschaftsmechanismen sind. "Menschenrechte", "Freiräume", "Demokratie", "Unterschiede", "Autonomie" usw. eine lange Litanei bourgeoiser Werte.

Wir wollen damit nicht sagen, man solle nicht bei Gelegenheit das verteidigen, was ab und zu die Brutalität einschränken kann. Das ist notwendig, wie für die Arbeiterklasse der wirtschaftliche Kampf in den Betrieben notwendig ist. Wir wollen nur sagen, daß es objektiv reaktionär ist, wenn man aus der Defensive eine Politik machen will (und wenn es die "Antiimperialistische" Abwehr ist). Revolutionär zu sein, bedeutet nicht gegen die historische Entwicklung des Kapitalismus zu sein, sondern ganz im Gegenteil für dessen Überwindung einzutreten. Man muß für die Vernichtung des Kapitalismus durch seine historische Überwindung eintreten und nicht für das vergebliche Bemühen, seinen unerbittlichen Gang zu verlangsamen. Revolutionär sein heißt entschlossen in die Zukunft blicken, ein Projekt mitleben, eine Zukunft errichten, neue im Kampf geschmiedete Werte entstehen lassen.

2. *Die imperialistische Realität, in der wir uns befinden*

Unsere Absicht ist hier nicht, die derzeitige Lage und die Arbeitsweise des Imperialismus zu analysieren, sondern die Entscheidung für eine bewaffnete Politik zur Machtübernahme und zur Durchsetzung der Revolution zu erklären. Im übrigen ist es nicht die objektive augenblickliche Lage, die unsere strategischen Projekte und Entscheidungen bestimmt, sondern erst ausgehend von unseren historischen Plänen analysieren wir dann in der Folge die jeweilige Situation, um ihr unsere Taktik möglichst wirkungsvoll anzupassen (viele, auch kämpfende Gruppen, tun das Gegenteil und lassen sich ihre strategischen Entscheidungen von der jeweiligen Situation diktieren, was dazu führt, daß sie etwas als "strategische Projekte" vorstellen, was nur der mehr oder weniger partielle Versuch ist, Probleme des Imperialismus usw. zu analysieren und was zeigt, daß sie keinerlei historische Perspektive haben). Doch da nicht jeder unbedingt alle unsere Analysen und Vorschläge kennt, ist es vielleicht in dieser Einführung nützlich, in großen Zügen die imperialistische Lage kurz zu skizzieren, in der unser Kampf stattfinden muß.

Die derzeitige Entwicklungsphase des Imperialismus ist gekennzeichnet durch eine strategische Umorientierung, wobei es in erster Linie um die Herausbildung der imperialistischen Zentren selbst geht, während sich die imperialistische Produktionsweise in der vorherigen Phase zunächst in Richtung Peripherie ausdehnte. Das bedeutet natürlich nicht, daß sich der Imperialismus aus der "Dritten Welt" (= 3/4 der Welt) zurückzieht, es sei denn, er ist angesichts des Aufstiegs der revolutionären und nationalen Befreiungskämpfe dazu gezwungen. Ganz im Gegenteil, in den beherrschten Ländern erleben wir eine Verstärkung der immer brutaler werdenden Ausbeutung, deren krimineller Charakter erst ganz zu Tage tritt, wenn man weiß, daß dank der sozial-ökonomischen Strukturen dieser Produktionsweise die mittlere Lebenserwartung in der Dritten Welt bei nur 54 Jahren liegt und daß hier über 300 Millionen Menschen voll arbeitslos sind. Die Entwicklung des Imperialismus, innerhalb dessen Frankreich eine treibende Kraft ist, besonders als zweiter Unterdrücker nach den USA und als Vektor des amerikanischen Imperialismus, führt zu einer ständigen Vergrößerung der Ungleichheiten. Während im 17. Jahrhundert der Abstand zwischen dem reichsten und dem ärmsten Land 1:2 betrug, liegt er jetzt bei 1:40. Und es wird immer schlimmer, da es der Weltbank zufolge im Jahr 2000 in den "Entwicklungsländern" 700 Millionen Menschen geben wird, die in absoluter Armut leben. Das wird dieser höchst amtlichen Stelle zufolge dazu führen, daß selbst unter den "Entwicklungsländern" mit dem schnellsten Wachstum nur 9 darauf hoffen können, die Industriestaaten einzuholen und auch das erst in 100 Jahren! Außer natürlich, wenn es eine radikale Änderung der Produktionsweise gibt.

Wenn man das wahre Wesen der imperialistischen Produktionsweise verstehen will, um ihr die großen strategischen Linien, welche die revolutionäre Bewegung einschlagen muß, anzupassen, so muß man sich ganz klar machen, daß die Trennungslinie nicht mehr zwischen den beherrschten Formationen und den imperialistischen Metropolen verläuft, sondern diese selbe Linie sich auch in den imperialistischen Zentren fortsetzt. Es wäre ein großer Irrtum, eine revolutionäre Analyse auf rein ideologische oder moralische Kriterien zu gründen und davon auszugehen, daß die Ausbeutung der Völker der Dritten Welt sehr viel krasser erscheint und daß im Vergleich die Lage des Proletariats im Westen bevorzugt erscheint. Einige gehen in ihrer ideologischen Beurteilung soweit, die Existenz des Proletariats im Westen überhaupt zu leugnen, weil sie angeblich an der Ausbeutung der Völker der Dritten Welt beteiligt sein sollen, was allerdings dazu führt, daß man den revolutionären Kampf auf den Ausdruck einer einfachen internationalistischen, auf die Dritte Welt ausgerichteten Solidarität verkürzt, die außerhalb des Hauptrahmens für jede nationale, sozial-ökonomische Formation steht, nämlich dem Klassenkampf auf nationaler Ebene. Solche Standpunkte, die charakteristisch sind für den kleinbürgerlichen Intellektualismus, treffen sich mit dem Kretinismus der unwissenschaftlichen, subjektivistischen Auffassungen von einer angeblichen Verbürgerlichung der Arbeiterklasse (was dann durch die Anziehungskraft der Randgruppenexistenz ausgeglichen würde).

Das sind nur rein kulturelle Rechtfertigungen der derzeitigen Passivität jener, die sich als Revolutionäre bezeichnen und sich nur der Radikalisierung des Klassenkampfs durch einen kommunistisch bewaffneten Kampf unter proletarischer Führung widersetzen wollen.

Weit davon entfernt, sich in einem materiellen Wohlstand aufzulösen, der die Unterschiede zwischen den Klassen durch eine gerechte Neuverteilung der den Völkern der Dritten Welt abgepreßten Superprofite einebnet, vergrößern sich die sozialen Ungleichheiten auf allen Ebenen nur noch mehr. In Frankreich z.B. besitzen der INSEE zufolge 1980 5% der reichsten Haushalte 69 % des Gesamtvermögens; die Kluft zwischen den Einkünften der 125.000 reichsten Haushalte und den 10% der ärmsten hat das Verhältnis 1:1000, und übrigens mit steigender Tendenz seit dem 2. Weltkrieg. Außerdem ergeben sich hierbei sehr starke regionale Unterschiede (was übrigens dazu beiträgt, die schwachen Versuche, Westeuropa als ein vereinheitlichtes Feld zu betrachten, in dem sich eine einheitliche revolutionäre Politik entfalten könnte, in Frage zu stellen),

wenn man weiß, daß über 5 % der Bevölkerung Südeuropas in absoluter Armut lebt.
Diese Lage verschlechtert sich für das Proletariat laufend. 1985, also dieses Jahr, weist die INSEE auf, daß bei den Nettolöhnen für 1984 72 % der Lohnabhängigen des privaten und halböffentlichen Bereichs weniger als 5660 FF pro Monat verdienen. In vier Jahren "Sozialismus auf französische Art" sind die Löhne der 10% Bestverdienenden schneller gestiegen als die der untersten 10%. Die Frauen werden auch 84 im Durchschnitt rund 1/4 schlechter bezahlt als die Männer. Allein 1984 ist die Zahl der 15- bis 24jährigen Erwerbstätigen um 226686 Personen zurückgegangen; von 334306 Jugendlichen unter 24 Jahren, die zwischen März 83 und März 84 ins Berufsleben eingetreten sind, sind 140193 arbeitslos geworden und 124889 haben einen nicht gesicherten Status (nur 669224 sind "normale" Erwerbstätige geworden).
Der Klassenkampf als natürlicher Ausdruck des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital stößt auf Wirtschaftsmechanismen, welche die Gesetze des Marktes und der kapitalistischen Akkumulation und Reproduktion regeln, und diese Konfrontation hinsichtlich des Preises der Arbeitskraft trägt zur natürlichen Tendenz des Sinkens der Profitrate bei, die sich in der derzeitigen historischen Periode nur noch weiter beschleunigt, weil sich diese durch das imperialistische Phänomen als Ausdruck der erweiterten Reproduktion des Kapitals außerhalb der ursprünglichen Produktionszentren gekennzeichnet hat und weil sie durch die nationalen Befreiungskämpfe und die Ausweitung der sozialistischen Regimes auf den Widerstand des Weltproletariats gestoßen sind.
Um diese Tendenzen des Sinkens der Profitrate aufzufangen, muß natürlich die Ausbeutungsrate erhöht werden. Das versucht man durch eine Verlagerung der imperialistischen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in die Bereiche mit hoher Produktivitätsrate, der imperialistischen Metropolen selbst, zu erreichen. Es ergibt sich eine intensivere Ausbeutung der Arbeit und somit auch eine Erhöhung der Produktivitätsrate. Die Entsprechung dieses Prozesses in den beherrschten Ländern ist in diesem Fall die verstärkte Unterentwicklung durch eine Überspezialisierung in den Leichtindustrien (als Unterlieferanten der Industrien der imperialistischen Metropolen) mit geringer Qualifikation und sehr niedrigen Löhnen. Diese imperialistische Umgliederung erfolgt in dem Rahmen, der durch die sogenannte Wirtschafts"krise" vorgezeichnet ist. Doch täuschen wir uns nicht. Es handelt sich mehr um eine Wachstums"krise" als um die Ankündigung eines bevorstehenden spontanen Bankrotts. Nicht umsonst sind wir zu dem Punkt gelangt, daß Finanzkreise beunruhigt einer möglichen Wahlniederlage der Sozialisten bei den bevorstehenden Wahlen entgegensehen: In vier Jahren Sozial-Faschismus hat sich der Börsenumsatz vervierfacht, während er unter der vorherigen Regierung rückläufig war, der Gesamtwert der Aktien der Pariser Börse ist von 200 Milliarden FF 81 auf über 500 Milliarden FF 85 gestiegen, die Darlehen sind von 580 Milliarden FF in 81 auf 2112 Milliarden in 84 gestiegen, die französischen Werte (Aktien und Obligationen) sind 84 um 16,4 % gestiegen und 83 sogar um 56 %.
Es steht also nicht alles so schlecht für das Kapital! Die Krise bedeutet also nicht eine wirkliche Schwächung des Kapitalismus, der in seine entwickelte imperialistische Phase gelangt ist, sondern im Gegenteil die Geschichte zeigt uns, daß der Kapitalismus fortschreitet und sich durch die Krisen hindurch entfaltet, welche das Spiel seiner inneren Widersprüche offenlegen. In diesem Kontext müssen wir unsere heutige Lage sehen.

II. Bewaffneter Kampf und legale politische Aktion

1. Der bewaffnete Kampf kann nicht das spontane Produkt der Massenbewegung sein

Alles hängt davon ab, was man unter bewaffnetem Kampf versteht und welche Rolle man ihm zuerkennt. Es kann sich um eine einfache Form des Kampfes handeln, deren Besonderheit nur darin liegen würde, sich dort anzusiedeln, wo man ein erhöhtes Gewaltniveau wahrnimmt. Die bewaffnete Struktur würde also darauf abzielen, der bewaffnete Arm der Massenbewegung zu sein, der die Ebenen der Konfrontation übernehmen würde, die für die legalen Strukturen zu hoch sind. In diesem Fall würde die bewaffnete Struktur aus der legalen Struktur hervorgehen und damit aus einem Prozeß, der zumindest teilweisen Radikalisierung dieses legalen Teils, was von vornherein enge Bindungen zwischen den beiden und die Beibehaltung dieser Verbindungen durch eine gegenseitige Durchdringung der beiden Strukturen impliziert. In dieser Perspektive kann man also als Hauptaufgabe festhalten, die durch die Legalität definierten Räume maximal zu besetzen. Die Entwicklung der Guerilla erfolgt dann in Form einer bewaffneten "Bewegung", als Fortsetzung der legalen Bewegung. Schematisch ist das etwa die Entscheidung, die Gruppen wie Prima Linea ausgehend von der autonomen Bewegung, die Bewegung 2. Juni, die abgespaltene Gruppe der Napap, die sich gegen uns gestellt hat, Action Directe (deren Problem es am Anfang ist, daß das rasch schief gelaufen ist) usw. getroffen haben.
Diese Konzeptionen von bewaffnetem Kampf entsprechen aus theoretischer Sicht dem, was die Theorien der autonomen Bewegung waren (in ihren subjektivistischen wie in ihren arbeiterorientierten Versionen). Auf der subtilsten Ebene entspricht dies den Gedankengängen im Stil von Guaterri-Deleuze, einer Molekularisierung der Kämpfe durch ein Netz von Kluften und Freiheitsräumen, die sich aus Strömen von Wünschen ergeben und die man soziologisch als die Forderung nach zu erfüllenden Unterschieden (Selbstaufwertung dieser oder jener Kategorie usw.) bezeichnen könnte. Es handelt sich dabei um den Willen zur Dekodierung, das heißt nach Überwindung der von den herrschenden Strukturen zugewiesenen Territorien. Das klingt verführerisch, doch muß man sehen, daß diese Entterritorialisierung nur auf Wünschen und Realitäten beruhen kann, die Produkte oder Bestandteile der strukturellen Tätigkeit selber sind (es sei denn man ist philosophisch völlig Idealist). Das bewirkt, daß die Besetzung sogenannter entkodierter Räume faktisch nur der Ausfüllung und Verstärkung der Räume entspricht, die strukturell durch das System mit dem Ziel, seine eigenen Funktionsbedürfnisse zu erfüllen, definiert sind (Räume der Machtausübung oder Ausbeutung). Diese Entscheidungen scheinen mir somit voll den Interessen des derzeitigen Systems und seines permanenten historischen Entwicklungs- und Ausbauprozesses zu entsprechen. Und das in der von Wirtschaftlern, Soziologen, Politikern und verschiedenen Zukunftsforschern der bourgeoisen Herrschaft empfohlenen Entwicklung in Richtung auf das, was sie eine "duale" Gesellschaft nennen (in einer Umgruppierung der Machtzentren, die man militärisch als strategische Zentralisierung und taktische Dezentralisierung bezeichnen könnte).
Natürlich preist dies alles in einer pseudo-"marxistischen" Sprache, gespickt mit unverständlichen Wortneuschöpfungen und Italialismussen, die außerhalb Italiens keinen verständlichen Sinn machen(1), einen perfekten klassenübergreifenden Standpunkt, der auf dem Vorrang des kulturellen Verhaltens basiert.
Doch der subjektivistisch aufgefaßte bewaffnete Kampf als sozialkulturelles Verhalten, der Ausdruck eines besonderen "Raumes" in einem Mosaik weiterer

Räume, als "Unterschied" als einer der "1000 Plattformen" ist, kann nur eine gettoisierende, selbstmörderische Praxis sein. Auch suchen wir ganz im Gegenteil nach dem Zutagetreten und der Entwicklung eines fortschreitenden Prozesses, der organisiert und politisch zentralisiert ist und nicht mit zerstückelten Flächen übereinstimmt, sondern ganz im Gegenteil die Vollständigkeit der historischen Formation durchdringt. Wir sehen im bewaffneten Kampf ein Instrument der organisierten Klasse mit historischer Funktion. Dabei ist jeder dieser Begriffe in seiner vollsten Bedeutung zu verstehen.
Das bedeutet, daß es sich nicht um eine von mehreren Formen des Kampfes handelt, sondern daß er sich als Ausdruck einer Politik versteht, die auf die gesamte Umwandlung der Gesellschaft abzielt. Also unterscheidet es sich sehr von einem beschränkten beanspruchenden Vorgehen und anstatt sich an struktureller Zerstückelung zu heften, wird hier versucht, die zahlreichen Widersprüche ins Lot zu bringen, indem klar gemacht wird, was letzten Endes das Hauptmittel zum Lösen des sozialen Widerspruchs ist. Und das mit einem vollständigen Verstehen der Realität, nicht schematisch oder durch verkürzenden Dogmatismus, sondern weil die Wahrheit in dieser Totalität der objektiven Realität steckt, einer Totalität, die sich aus der Tatsache erhält, daß es praktisch keinen Aspekt der Existenz mehr gibt, der sich der kapitalistischen Produktionsweise entziehen könnte. Die andere Quelle dieser Zusammenrechnung ist selbstverständlich die geschichtliche Bewegung (und oberhalb der Geschichte gibt es noch einmal eine weitere zusammenrechnende Kraft, doch das ist ein anderes Problem!) und die Eigenart dieser geschichtlichen Bewegung ist es, Fragen klassenbezogen zu stellen, als Zusammenstoß zwischen Klassen, als zu erleidende oder auszuübende Kraft.
Allerdings ist zu präzisieren, daß diese Konzeption nicht in Sektierertum führen soll, was die Verschiedenartigkeit der Praxen und der Meinungen betrifft, da wir denken, daß die organisierte Bewegung des bewaffneten Kampfes sich nicht in der Form zeigen wird, daß die heute bestehenden Strömungen zerfallen, sondern durch paralleles Auftreten eines wirklich neuen Prozesses: in gleicher Weise wie die bolschewistische Bewegung nicht das Auslöschen der revisionistischen Sozialdemokratie und der sozialrevolutionären oder freiheitlichen Strömungen gebraucht hat, auch wenn sie sich auf die Kritik an diesen stützte, sondern sie hat sich als neue Alternative durch Rückgriff auf die wissenschaftliche Methode eines authentischen Marxismus als Instrument zur Analyse der Totalität der russischen Realität dieser Zeit entwickelt.

2. Die Probleme des Übergangs von legal zu illegal

Das Verhältnis zwischen dem Raum für die legale politische Arbeit und den illegalen Strukturen kann nicht als von vornherein bestimmt betrachtet werden, sondern in der dialektischen Perspektive der Bewegung, die passend für diese zwei Strukturarten ist. Dies ermöglicht es, drei Schemata hervorzuheben:
1. Daß die Guerilla als das Ergebnis der Entwicklung der internen Widersprüche der legalen Bewegung und des Prozesses der Radikalisierung/Bewußtseinsbildung erscheint;
2. Daß die legale Bewegung die Peripherie des radikalsten und damit organisierten und bewaffneten Kerns ist, und daß sie sich um die Guerilla herum entwickelt;
3. Daß die legale Bewegung und die bewaffnete Struktur sich parallel in dieser organisierten dialektischen Wechselwirkung entwickeln, wie wir weiter unten im Text präzisieren werden.
Die zweite Perspektive scheint schwer zu realisieren, da die Guerilla historisch gesehen sekundär gegenüber der legalen Bewegung ist, man würde also eine Zersetzung von diesen benötigen, damit die Guerilla zum zentralen Raum werden kann, um den sie sich entwickeln würde. Außerdem ist klar, daß die Entwicklung des bewaffneten Kampfes ein Bewußtwerden mit sich bringen muß, die ideologische und politische Umwandlung, die Ausdehnung der revolutionären Ideen, doch ist nicht sicher, daß diese Ausdehnung zu einer Entwicklung der legalen Bewegung führt, denn die Guerilla wirkt zwar auf das Kräfteverhältnis ein, jedoch durch die Zuspitzung der Widersprüche, wodurch sie zur Erhebung des Gewaltniveaus des Zusammenstoßes beiträgt. Das impliziert eine stärkere allgemeine Militarisierung und Unterdrückung, wodurch der Raum der legalen Freiheiten eingeengt wird und damit objektiv die Möglichkeit der legalen Bewegung eingeschränkt werden.
Die erste Perspektive, daß nämlich die Guerilla das Ergebnis der (teilweise oder allgemeinen) Radikalisierung der legalen Bewegung ist, stellt den Fall dar, der uns am meisten entgegengestellt wird. Wenn die legale Bewegung zwar direkt zum bewaffneten Kampf führen kann, dann nur über einen Aufstandsprozeß. Damit verfällt man wieder in die Illusion der linksradikalen Gruppen, die denken, daß das leninistische Schema von 17 auf jede beliebige historische Lage übertragbar sei, und es gehe darum die Massen durch legalen Militantismus darauf vorzubereiten (was sie seit 60 Jahren tun ohne auch nur einen Schritt vorangekommen zu sein) bis die Lage wunderbarerweise reif ist für den großen Abend. Wenn es angesichts dieser Perspektive nur das Projekt des Aufstands geben kann, dann weil man sich nur schlecht vorstellen kann, wie die Guerilla, die eine klandestine politisch-militärische Strukturierung voraussetzt, sich auf derselben Ebene wie die legale Bewegung entwickeln soll, insofern deren offenes Auftreten die Guerilla durchlässig für Geheimdienstaktivitäten und Angriffe des Feindes machen würde.
Weiter gibt es zwei Sperren, die eine ist ideologisch, die andere politisch.
Auf ideologischer Ebene. Der Unterschied zwischen bewaffnetem Kampf und legaler Aktion ist nicht quantitativ, sondern qualitativ. Der Übergang von der einen zur anderen Form kann somit nicht durch eine lineare und homogene Entwicklung, sondern nur sprungweise erfolgen. Das führt dazu, daß es für jedes Problem zwei Möglichkeiten geben kann, die eine illegal, die andere legal. Man darf nie vergessen, daß wir in einem System des politischen Liberalismus leben, die politische Form der bourgeoisen Diktatur ist hier die Demokratie, und wenn wir mit etwas unzufrieden sind, so gibt es eine Auswahl legaler Mittel, um uns auszudrücken: Demos, Flugblätter, Zeitungen, Wahlzettel usw. Auch ist der bewaffnete Kampf etwas ganz anderes als ein äußeres Mittel, das man aus Verzweiflung einsetzt. Robespierre hat mit Recht gesagt, Ludwig den XVI. zu töten, sei kein Akt der Gerechtigkeit oder Ausdruck der Unmöglichkeit es anders zu machen sondern eine "politische Entscheidung" und genauso müssen wir hier den bewaffneten Kampf betrachten: nicht als äußerstes Mittel, sondern als mit kühlem Kopf getroffene, rein politische Entscheidung, die wissenschaftlich durch ihre Funktion in einer rational überlegten revolutionären Strategie gewählt wurde.
Andererseits denken wir nicht, daß man den bewaffneten Kampf nicht richtig in seiner allgemeinen strategischen Funktion sieht, und somit die illegale Aktion als einzige Antwort auf eng begrenzte Probleme begrenzen würde [Wir denken, gemeint ist folgendes: *Andererseits denken wir, daß man den bewaffneten Kampf nicht richtig in seiner allgemeinen strategischen Funktion sieht, wenn man die illegale Aktion einzig als Antwort auf eng begrenzte Probleme betrachten würde.* Anm. d. Hg.] (Antifaschismus, Antirassismus, Antiatomkraft usw.). Denn man begreift, außer man hat nur eine begrenzte und bruchstückhafte Sicht, daß diese Fragen nicht von ihrem Kontext

abgesondert werden können, und daß man sich zur Ohnmacht verurteilt, wenn man einen radikalen Ansatz auf besondere Bereiche beschränkt.
Es gibt eine Vielzahl von Strukturen, die sich im legalen Raum entwickeln und mehr oder weniger radikal sind; Protest oder Forderungen, die durch die Tatsache gekennzeichnet werden können, daß sie nicht die Machtfrage stellen, sondern einzig und allein [*durch*, Erg. d. Hg.] den Grad der Autonomie und der Einrichtung innerhalb der geltenden Rahmen. In dem Maß, in dem es sich um vereinzelte Bereiche handelt, die immer mit einem ganz spezifischen Problem verbunden sind, kann es in ihrem Innern keine Umwandlung in Richtung des bewaffneten Kampfes geben (sofern man in ihm die Funktion einer echten revolutionären Strategie sieht, daß heißt einschließlich der Eroberung der Staatsmacht). Diese legalen Räume, in denen sich die sogenannte "zivile Gesellschaft" gegen den Staat äußert, diese sind ein bißchen mit den Gewerkschaften vergleichbar, die die Hochburgen des Widerstands der Arbeiter sind, was eine notwendige Funktion ist, die jetzt auch in den nicht produzierenden Bereichen ausgeweitet werden kann, da sich die kapitalistische Produktionsweise inzwischen auf alle Lebensbereiche erstreckt. Aber, in gleicher Weise wie früher die Gewerkschaften weder mit der Partei identisch waren, noch die Struktur bildeten, die auf die Gründung der Partei abzielte, kann die Gesamtheit der legalen Organe nicht Träger der Erfahrung, der Fähigkeit, der Synthese und der organisatorischen Strukturierung sein, die für die Entwicklung eines bewaffneten Kampfs mit wirklich strategischer Funktion erforderlich sind. Wie soll auch ein Kollektiv, das durch Antifaschismus oder gegen Repression oder durch die Unterstützung von Gefangenen oder irgend etwas anderes vereinigt ist, im Rahmen dieser spezifischen Aktivität die für ein wahres revolutionäres Projekt erforderliche historische Analyse durchführen?

3. Grenzen der Legalität und Klassenstandpunkt

Ein revolutionäres historisches Verständnis kann sich nur aus einem Klassenstandpunkt ergeben. Das ist sicher das Hauptproblem, radikal sämtliche sozialen Strukturen durch die Zerstörung des bourgeoisen Staats und der Machtübernahme verändern zu wollen, auf den Kommunismus hinzugehen. Das setzt voraus, die Bewegung der Geschichte verstanden zu haben und sich in sie einzuordnen. Diese Bewegung ist die des Klassenkampfs, es geht daher darum, sich als Klasse einzuordnen, das heißt, sich die praktischen und theoretischen Mittel dieser Dialektik zu verschaffen, die aus der Verwirklichung des Proletariats als Klasse die Voraussetzung für seine Abschaffung macht, Verwirklichung impliziert: Klassenidentität, Klassenbewußtsein, Klassenstandpunkt. Da die Kräfte, die die Geschichte machen, die Klassen sind, kann das revolutionäre Projekt nur mit dem Prozeß des Erwerbs eines Klassenbewußtseins durch das Proletariat zusammenfallen. Und man kann sich schlecht vorstellen, wie dieser Prozeß aus dem Spiel zerstückelter legaler, beschränkter Strukturen entstehen soll, die im allgemeinen keinen Klassenstandpunkt annehmen, sondern im Gegenteil einen klassenübergreifenden Standpunkt aufgrund von mehr oder weniger opportunistischen Begriffsverwirrungen befürworten, mit denen der Antagonismus der objektiven Klasseninteressen durch die Widersprüche zwischen Kategorien ersetzt werden soll, die durch soziälkulturelle Verhaltensweisen bestimmt sind (das "Individuum", gegen den Staat, der "Jugendliche", eine individuelle Sensibilität für dieses oder jenes besondere Problem usw.). Die komischsten Beispiele finden sich in dem, was die "autonome Bewegung" war, die davon noch verbliebenen Einflüsse, wenn wir etwa sehen, wie das Konzept des "jungen Proletariers" erfunden wird (oder noch aktueller und noch komischer: der "Stadt-Proletarier", was überhaupt nichts aussagt); ein Konzept, das für die, die damit umgehen, den jungen Arbeiter bedeutet (als wenn er andere Interessen hätte als der ältere Arbeiter!), den Vorstädter, den Gymnasiasten in der Phase des Umbruchs zum Erwachsenwerden, den Studenten, der in den Ferien arbeitet und sich kulturell etwas anders verhält als wenn er einige Jahre später zum leitenden Angestellten oder Unternehmer geworden ist [Wir denken, gemeint ist: *(...); ein Konzept, nach dem - für diejenigen, die mit ihm umgehen - 'junger Arbeiter' (als wenn er andere Interessen hätte als der ältere Arbeiter!) bedeutet: der Vorstädter; der Gymnasiast in der Phase des Umbruchs zum Erwachsenwerden; der Student, der in den Ferien arbeitet und sich kulturell etwas anders verhält, als wenn er einige Jahre später zum leitenden Angestellten oder Unternehmer geworden ist.* Anm. d. Hg.]. Dieser Raum der legalen politischen Tätigkeit ist somit in klassenübergreifende Spezialisierungen zerstückelt, während der bewaffnete Kampf der Ausdruck eines organisierten revolutionären Projekts sein muß, dessen Existenz nur auf Klassenstandpunkten, auf der Herausbildung des Klassenbewußtseins beruhen kann. Auf politischer Ebene haben die Entwicklungsgrenzen der legalen Strukturen externe und interne Gründe. Die externen Gründe beruhen insbesondere auf der Entwicklung der Mechanismen der sozialen Macht, entsprechend den Erfordernissen der Entwicklung des Imperialismus. Wir sehen darin die außerordentlichen Fähigkeiten der bourgeoisen Macht, Dinge aufzunehmen und sich zu regenerieren (es ist nicht umsonst, wenn Soziologen, Psychologen usw. vom Staat bezahlt werden, um "alternative" Bewegungen und "neue soziale Bewegungen" zu studieren und anzuregen). Es gibt die Tendenz einer Ausweitung der lohnabhängigen Arbeit und der Proletarisierung in Richtung einer wachsenden sozialen Bipolarisierung. Die politische Macht muß sich dieser Realität anpassen, deren Eigenart darin besteht, daß sie (um den Bruch zu vermeiden) eine verstärkte Führung, eine vollständigere und wirksamere Beherrschung erfordert, was zu dem Versuch führt, den Klassenkampf zu zersplittern, indem die innere Geschlossenheit der Übereinstimmung der Klasse gebrochen wird. Die bourgeoise Macht versucht, das Klassenkonzept im kollektiven Bewußtsein durch den Begriff der Zugehörigkeit zu sozial-kulturellen Verhaltensweisen zu ersetzen ("Jugendliche", Ökos, Homosexuelle, Punks, "linkes Volk" und wie sie alle heißen). Ein perfektes Beispiel ist die Erfindung des Begriffs der "Buren" durch die Manager des Sozialfaschismus und des Zionismus, um damit einerseits zu versuchen, die arabisch-islamische Identität zu zerbrechen und andererseits auch, um die soziale Klassenidentität des arabischen Gastarbeiterproletariats zu Fall zu bringen. Wenn es nicht durch das kulturelle Verhalten oder die ideologische Sensibilität geschieht, dann lassen sich diese Kategorien mittels einer untergeordneten wirtschaftlichen Eigenschaft fabrizieren, die jedoch so herausgestellt wird, daß sie gegenüber den Produktionsverhältnissen als überragend betrachtet wird. Indem die bourgeoise Diktatur (ihre Massenmedien und Intellektuellen, Machtstrukturen) die Überlegenheit [*die Überlegungen*?, Anm. d, Hg.] der Soziologie über die Volkswirtschaft organisiert, wird dem Freiraum der Legalität, der durch den Nebelstorm [*-sturm* od. *-strom*, Anm. d. Hg.] der Vereinigungskollektive und der sogenannten Alternativbewegungen durchzogen ist, die Aufgabe übertragen, die Klasseninteressen heterogen zu machen, die Proteste aufzusaugen. Indem sie mit neuen Freiheitsräumen versorgt werden, in denen sie sich austoben können, die subversiven Tendenzen lahmzulegen, indem sie im Sinn der herrschenden Ordnung lahmgelegt werden.

Während der Imperialismus die große monopolistische Konzentration und die weltweite Erfassung der kapitalistischen Produktionsweise organisiert, kann er es sich leisten, soziologisch und ideologisch Räume für Formen der Selbstverwaltung freizugeben (die allerdings von jeder Entscheidung in Grundsatzfragen verschlossen bleiben). Räume für die Meinungsäußerung und das Abreagieren, die bis ins Unendliche besetzt werden können, denn wenn eine Gruppe oder eine Strömung nicht mehr gefällt, braucht man nebenan nur eine neue zu gründen, was zu noch mehr Verschiedenartigkeit und Ohnmacht führt. Man muß also begreifen, daß der durch die Legalität begrenzte Raum der politischen Existenz genau der ist, durch den die imperialistische Macht selbst wirkt, sich entwickelt und entfaltet. Je besser der Raum der Legalität ausgefüllt ist, um so mehr wird seine Funktion verwirklicht und um so weniger kann es der wahre Ort für eine wahre Subversion sein.

Es gibt auch noch interne Gründe, weshalb ein evolutionärer Übergang der legalen Bewegung zum bewaffneten Kampf unmöglich ist. Dieser sogenannte Raum der Legalität funktioniert, indem er Kräfte schafft und verteilt. Mächte, die also nur durch die Tätigkeit der Legalität weiterbestehen können. So wird er zum bevorzugten Raum der Kleinbourgeoisie, weil sie dort spezifische, ihr zugewiesene politische Funktionen ausüben kann, das heißt dort, wo die Verwaltung der Ideologie und der Politik der bourgeoisen Diktatur stattfindet. Das Kleinbürgertum ist der politische Transmissionsriemen zwischen der kapitalistischen Bourgeoisie und den proletarischen Massen, es ist voll und ganz Treuhänder und Wächter der Interessen des Kapitals.

Und so verwaltet dann das intellektuelle Kleinbürgertum die legalen Bewegungen, alle "Alternativen", Antirepressiven Bewegungen, die linksradikalen Gruppen, die Solidaritätsbewegungen, kulturelle Kreativbewegungen, philosophische Bewegungen, alle Organe des Ausdrucks.

Wie soll man sich vorstellen, daß die Inhaber einer solchen politischen und ideologischen Macht darauf lächelnd verzichten könnten? Denn der Übergang zum bewaffneten Kampf setzt die Aufgabe dieser Macht voraus, nicht weil sie die Hierarchie oder weil sie die Beteiligung von Kleinbürgern ausschießt, sondern einzig und allein, weil in diesem Raum der Legalität die Macht dieser Kategorie über die politischen und ideologischen Bewegungen wesentlich zu ihrer offiziellen Funktion gehört, so wie sie ihr durch die Produktionsverhältnisse zugewiesen und im allgemeinen vom Staat belohnt wird, ein Verhältnis, daß natürlich unmöglich ist, wenn man einen bewaffneten Kampf führt!

Jeder hat unzählige Beispiele im Kopf, die aus den genannten Gründen deutlich die Unmöglichkeit zeigen, sich schrittweise von der Macht des Kleinbürgertums in legalen Strukturen zu lösen. Sobald diese Kategorie sieht, daß die Macht ihr entgleitet, reagiert sie mit Gegnerschaft und sabotiert, verrät, vernichtet die Strukturen, deren tatsächliche Leitung sie hat. Diese Macht entgleitet ihr in der Illegalität und wenn auch nur auf Grund des konspirativen Charakters des Vorgehens, das notwendig ist, und das zum Bruch zwischen der beruflichen und der halbberuflichen öffentlichen Tätigkeit einerseits und der politischen Aktivität andererseits führt (während die existentielle Eigentümlichkeit des intellektuellen Kleinbürgertums gerade auf der "Nicht-Trennung" zwischen bezahlter und kostenloser sozialer Aktivität beruht). Übrigens ist das auch bestimmt der Grund dafür, daß die psychologische Charakteristik des intellektuellen Kleinbürgertums in Fragen des bewaffneten Kampfs zugespitzte Paranoia ist, man hält sich für das Ziel eines Komplotts, übernimmt eine Bullensichtweise der Geschichte, indem man überall Infiltrationen oder Manipulationen sieht, glaubt sich vom Faschismus, vom Krieg oder was sonst noch bedroht, gefällt sich in der beschreibenden Analyse der Repressionspraxis, um sich nur umso mehr davon zu überzeugen, daß man besser zuhause bleibt. Das ist also ein weiterer Grund, weshalb der Übergang von der legalen Bewegung zum bewaffneten Kampf nicht in einer linearen Vorwärtsentwicklung erfolgen kann, weil es zu viele politische, ideologische, aber auch psychologische und polizeiliche Sperren gibt, die sich einer schrittweisen Radikalisierung innerhalb eines legalen Rahmens entgegenstellen, der zu einem wirklichen revolutionären Prozeß und damit zum bewaffneten Kampf führen könnte.

Diese Zeilen verfolgen ein deutliches Ziel, nämlich über die Funktion des bewaffneten Kampfes zu sprechen, so wie er hier und heute notwendig ist, deshalb werden wir auch nicht über die legale politische Arbeit sprechen, sondern nur in ihrem Bezug auf den bewaffneten Kampf darauf hinweisen. Die legale politische Aktion gehört in andere Diskussionen. Wir wollen hier nur, ehe wir sie hier genauer wiederfinden werden, die großen Grundzüge der legalen Aktion in ihrem Verhältnis zur bewaffneten Aktion und in ihrer allgemeinen Notwendigkeit darstellen:

- Das ist der Rahmen, in dem der kommunistische Kämpfer die militante politische Erfahrung erwerben muß, die notwendig für seine Wirksamkeit in der Guerilla ist.
- Die legale Aktion fördert die revolutionäre Bewußtseinsbildung der Volksmassen, die damit empfänglicher werden für die Ziele des revolutionären bewaffneten Kampfes und natürlich auch für die Notwendigkeit seiner quantitativen Entwicklung (ohne Verbindung mit einer legalen politischen Aktion, die weitergehend-öffentlich ist, wäre eine Guerilla von den Massen isoliert und damit zum Vegetieren verurteilt, sie könnte sich nicht mehr entwickeln und ihr Schicksal wäre einzig und allein von den Risiken der Repression abhängig).
- Die legale Aktion bildet den Raum, durch den die kämpfenden kommunistischen Kräfte ihre politische Linie aufbauen und die richtige strategische Richtung einschlagen können, sowie eine korrekte Praxis hinsichtlich der objektiven und subjektiven Interessen der breiten proletarischen Massen verfolgen können. Denn die legale politische Aktion ist der Hauptrahmen für die Anwendung der Massenlinie: von den Massen ausgehen, um zu ihnen zurückzukehren. Durch die systematische politische Untersuchung müssen die wirklichen Bedürfnisse und Kapazitäten der Volksmassen ergriffen werden und dann muß daraus eine Aktionslinie entwickelt werden, welche die Synthese der fortgeschrittensten Ideen der Massen darstellt (denn richtige Ideen von den Massen kommen einzig und allein von den Massen und nicht von den Analysen dessen, was die Verwalter des Feindes erzählen. Man erfährt mehr an der Theke einer volkstümlichen Kneipe als in den neuesten Berichten der Trilateralen, der NATO oder anderer, zumindest wenn man die Revolution machen will). Diese Synthese muß mit Hilfe verschiedener uns zur Verfügung stehender Instrumente ausgeführt werden, insbesondere des Marxismus-Leninismus, aber auch der Intuition, für das, was richtig ist und für den tiefen Sinn unseres langen Marsches. Diese Synthese muß dann an die Massen zurückgeben werden durch Information, Agitation, militante Propaganda und revolutionäre Aktion. Die Wirkung der politischen Intervention, bewaffnet oder nicht, muß dann innerhalb der Massen abgeschätzt werden und zu einer neuen Synthese führen, usw. - in einem dialektischen Vorrücken.
- Die legale politische Aktion ist der Rahmen, in dem der Kämpfer seine Motivierung und seine ideologische Entschlossenheit erwirbt, was nur möglich ist, wenn er die wirklichen Lebensbedingungen der Proletarier kennt. Kenntnis, die voraussetzt, um objektiv zu sein, daß man auch die Kämpfe der Massen teilt.

- Der für die kommunistischen Kämpfe vorzugsweise in Frage kommende Rahmen der politischen Aktion ist nicht der der "alternativen" Strukturen oder des Protestes gegen diese und jene Institution, insofern, daß diese Strukturen häufig klassenübergreifend sind und besonders kleinbürgerliche Kategorien oder Randgruppen betreffen, die zwar unruhig sind, jedoch für die Revolution von keinerlei Interesse sind. Der Rahmen der legalen politischen Aktion muß somit einzig und allein durch die Klassenanalyse bestimmt werden, durch eine objektive Analyse der sozialen Zusammensetzung des Kreises in dem man tätig wird, an den man sich wendet. Folglich muß dieser Rahmen proletarisch sein, wir müssen uns an die Arbeiterklasse und die übrigen authentischen proletarischen Schichten wenden, was objektiv und nicht subjektiv betrachtet werden muß. Das Proletariat ist festgesetzt durch seinen objektiven Platz in den Produktionsverhältnissen und nicht durch subjektive Kriterien wie die "Revolte", Kriminalität oder andere Verhaltensweisen von Minderheiten, zumal diese Art von subjektiven Kriterien allgemeine Kategorien des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats bezeichnen, das heißt Kategorien, die sich vielleicht zum Teil der Revolution anschließen werden, die jedoch keinesfalls darin eine andere als eine völlig untergeordnete Rolle spielen können.

III. Aktualität der Staatsfrage

1. Klassenkampf oder Kampf gegen den Staat?

Eine sehr wichtige Frage, auf die wir häufig bei unseren Widerspechern stoßen, sowohl denen, die sich dem bewaffneten Kampf widersetzen, als auch denen, die wie Action Directe oder gewisse anarchistische Gruppen, zwar den bewaffneten Kampf praktizieren, jedoch auf nichtmarxistischen Grundlagen, ist das Problem des Staates, das Verständnis, daß man davon hat und wie es sich in unseren Kampf einfügt.

Objektiv ist der Staat nichts anderes als das Instrument der Diktatur einer Klasse, also heute das Instrument der Bourgeoisie. Als Kommunisten wollen wir natürlich die Abschaffung jedes Staates erreichen, da wir für eine klassenlose Gesellschaft kämpfen und da der Staat sich nur durch die Existenz der Klassen ausdrückt. Jedoch verwechseln wir nicht die Ursachen und die Wirkungen, ein Gesellschaftssystem und ein einfaches Rädchen darin, eine herrschende Klasse und ihr politisches, verwaltungs- und militärisches Herrschaftsorgan.

Das Hauptfeld ist sicherlich nicht der Staat und natürlich noch weniger die wenigen transnationalen bürokratischen Strukturen, mit deren Hilfe die imperialistischen Staaten vergeblich versuchen, ein wenig leitende Ordnung in die Anarchie zu bringen, die ihr System charakterisiert (doch das verstehen unsere neuen Sozialrevolutionäre, Luxemburgisten und Neo-Bundisten, bewaffnete Version nicht, da könnte man sich kaputtlachen...).

Andererseits wollen wir auch nicht die Vorstellung vom Staat als großen bösen Wolf ersetzen durch die schrecklicher egoistischer und habgieriger Bürger, denn es geht in erster Linie weder um Einzelpersonen noch ihre bürokratischen Apparate, sondern im Wesentlichen um eine Produktionsweise, die dem gesamten Herrschaftssystem und damit auch dem Staat usw. zugrunde liegt.

Den Staat an sich oder die Bourgeoisie an sich als "Hauptfeind" zu betrachten, läuft darauf hinaus, daß man nur Symptome sieht, denn man wird weder die Bourgeoisie noch den Staat zerstören, wenn man nicht die derzeitige Produktionsweise vernichtet.

Allerdings trifft es zu, daß nach einer derzeit recht verbreiteten Tendenz der Staat als eine Art Menschenfresser angesehen wird, der im allgemeinen für alle Übel verantwortlich ist. Wenn man den Staat nicht als Produkt einer bestimmten Produktionsweise betrachtet, dann müßte er das Ergebnis einer imaginären "menschlichen Eigentümlichkeit" sein, die sich in Form von Machtgelüsten bei bestimmten Individuen äußert. Diese These offenbart sich entweder durch utopische Theorien oder Reformismus. Ein Reformismus, der sich im Wesentlichen durch 3 Tendenzen äußert. Die sogenannten Rechtsextremen, die Neo-Liberalen und die "neuen Philosophen", häufig ehemalige Linksradikale, die sich zum Antikommunismus und einem fanatischen Zionismus im Dienste der Verteidigung der Demokratie bekehrt haben, deren These es ist, einen Staat von möglichst wenig Staat vorzuschlagen, wie Bernard-Henry Levy sagt. Die zweite große Tendenz ist die des traditionellen "Zentrums", das heißt der Sozialfaschismus, wie er in Frankreich herrscht (die Sozialdemokratie charakterisierte bereits die vorangegangenen Regimes, insbesondere das von Giscard, das vielleicht selbst noch mehr sozialdemokratisch war als die Mitterrand-Bande, und die Sozialdemokratie wird auch noch der Hauptcharakter für das politische Regime nach 86 und 88 sein). Dieser Strömung können wir alle zurechnen, die Parasiten der Bourgeoisie-Macht sind, diejenigen, welche "links von der Linken" stehen, die linksradikalen Grüppchen, deren Neo-Revisionismus sich in dem Gekrieche kümmerlicher lästiger Bettler um kleine Pöstchen innerhalb der Sozialdemokratie äußert: diese haben zum Wahlsieg der Obersau Mitterand im Namen eines "kleineren" Übels beigetragen und als ewige Prostituierte werden wir sie auch 86 und 88 sehen, wie sie für die Linke stimmen, mit dem Vorwand, daß man der sogenannten Rechten und dem sogenannten "Faschismus" den Weg versperren müsse. Schließlich gibt es eine dritte Strömung, die sich als extreme Linke darstellt, die wir jedoch als Radikalreformismus bezeichnen. Es handelt sich um die Selbstverwalter, "Alternative" Strömungen, Grüppchen, die bewußt oder unbewußt auf die Theorien der Autonomen hinweisen und deren Ziel es ist, zerstückelte und klassenübergreifende Freiräume zu errichten, definiert durch kulturelle Verhaltensweisen, "Wünsche", die sich vom Klassenkampf und dem Gang der Geschichte absetzen, also die Suche nach Einrichtungen und nach der Mentalität von Wohlfahrtsempfängern, die sich zwar gegen den Staat auflehnen, jedoch pausenlos einen vom Staat anerkannten Status, mehr Dienstleistungen, indirekte Löhne usw. fordern.

Alle diese Tendenzen, einschließlich derer, die "Antiimperialismus" ohne konkrete Klassenlinie betreiben und somit nicht die Machtübernahme im Auge haben, haben letzten Endes eines gemeinsam: daß sie den Staat zum zentralen Objekt machen, ob sie ihn nun verkleinern, verstärken, oder verwalten wollen, indem sie ihn zu einem besseren Verteiler von Dienstleistungen oder unter Isolierung des Staates Autonomieräume entwickeln wollen. Das Prinzip ist dasselbe: Die Institutionen werden als Vorrangige betrachtet (die NATO oder die EDF oder die Gefängisverwaltung oder die Schule usw...). Die Hauptfrage der Produktionsweise wird nicht gestellt, die Art und Weise wie sich die Widersprüche entwickeln, was die Richtung der Geschichte darstellen, wird nicht berücksichtigt, der Klassenkampf wird verkannt und durch Bestrebungen sozialkultureller Kategorien, verhaltensbedingte, subjektivistische Einstellungen, angeblich Gramsci-artige Gegensätze zwischen "legalem Land", Staat gegen "Gesellschaft", "herrschende Klasse" gegen "Volk" ersetzt. Oder sonstige idealistische Konzeptionen, welche sogar auf bestimmte Guerillagruppen in Westeuropa einen tiefgreifenden Einfluß ausüben.

2. Die Entwicklung der Formen des Staates muß berücksichtigt werden, wenn wir darum kämpfen, uns dessen zu bemächtigen.

Wir kritisieren also ganz radikal die Thesen, wonach der Staat als solcher der

Hauptfeind sei. Allerdings muß man etwas weitergehen, denn man darf nicht in das umgekehrte Übermaß verfallen. In dem Maße, wie man nämlich die derzeitige Produktionsweise abschaffen will, sieht man sich notgedrungen mit den Instrumenten der Kontrolle, Verwaltung und Repression und so mit dem Staat konfrontiert. Die Revolution impliziert das Zerbrechen aller Instrumente der alten Gesellschaft insbesondere der Zerstörung ihres Staates. Für das Proletariat bedeutet Machtübernahme auch Übernahme der bis jetzt vom bourgeoisen Staat verwalteten Mächte. Das ist vielleicht eine Offensichtlichkeit, doch muß man sie in Erinnerung rufen, da man den Staat auch nicht als ein sozusagen neutrales Instrument betrachten darf, das einfach von einer Hand in die andere übergeht oder automatisch im Verlauf des revolutionäres Prozesses zusammenstürzen würde (er wird im Gegenteil stärker, je weiter der revolutionäre Prozeß voranschreitet). Es geht so weit, daß der reine Werkzeugcharakter des Staates es rechtfertigen würde, daß er von den kommunistischen Kräften in der vorrevolutionären Phase genutzt würde, man müßte also das Wahlsystem, den Parlamentarismus und die Möglichkeit einer pazifistischen Machtübernahme anerkennen. Wir haben gar nicht unbedingt etwas dagegen, es wäre ideal, wenn Wahlen den Bürgerkrieg ersetzen könnten. Doch hier und heute ist das nicht der Fall, die proletarische Revolution erfordert die totale und gewaltsame Zerstörung des bourgeoisen Staatsapparates.

Man muß auch sehen, daß die Entscheidung für oder gegen den Parlamentarismus nicht zu den Grundsatzfragen gehört, sondern zu den von einer objektiven Analyse der derzeitigen Realität bestimmten Standpunkten. Zum Beispiel, die Lage in Rußland vor 1917 war anders und ermöglichte Formen des Parlamentarismus, denn damals handelte es sich dort um einen doppelten Prozeß der Revolution, das heißt um eine demokratische Revolution (die folglich auch Demokratie, Parlamentarismus, Legalismus usw. umfaßte) und die einer proletarischen Revolution als Sprungbrett diente, was natürlich hier und jetzt nicht der Fall ist, wo die demokratische bourgeoise Revolution bereits seit geraumer Zeit stattgefunden hat. Diese heutige Realität zeigt uns außerdem, daß zwar das sozial-ökonomische System immer noch genauso funktioniert wie in der Zeit, wo Marx seine Funktionsweise erläuterte, aber daß es andererseits seit dieser Zeit tiefgreifende Veränderungen erfahren hat, die seiner natürlichen Entwicklung und seinem Reifwerden entsprechen.

Die Beschreibung, die Marx oder Lenin von der Funktion des Staates geben konnten, trifft immer noch zu und bestätigt sich im Verlauf der Zeit noch immer mehr. Zutreffend ist jedoch dabei die Beschreibung der Funktionsweise und nicht die Beschreibung einer historisch gegebenen Form, die sich unveränderlich verewigen würde. Denn die Form des bourgeoisen Staates ist im ständigem Wechsel begriffen, entsprechend der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Auch wenn wir uns denken können, daß die revolutionäre Benutzung des bourgeoisen Staates heute auszuschließen ist und daß auch die Auffassung vom Staat als einfaches Herrschaftsinstrument und einfacher politischer Ausdruck der Macht der herrschenden Klasse etwas nuanciert werden muß, so bleibt diese Analyse restlos zutreffend und muß nur angesichts der objektiven Umwandlungen präzisiert werden, die im Lauf der kapitalistischen Entwicklung, die sich heute in ihrer modernen imperialistischen Phase befindet, im Wesen des Staates eingetreten ist.

3. Der imperialistische Staat, Funktion des Kapitals

In der Tat läßt sich heute weniger denn je ein antikapitalistischer Kampf, der im allgemeinen zum Klassenkampf gehören würde, vom Kampf gegen den Staat trennen, der ein politischer oder politisch-militärischer Kampf wäre, wie wenn der Staat nur ein einfaches Instrument wie die Polizei oder die Armee wäre, das der Machtübernahme des Proletariats im Wege steht. Wenn man nämlich einerseits davon ausgeht, daß der Staat das Produkt der Organisation der Klassenverhältnisse in einem bestimmten historischen Augenblick ihrer Entwicklung ist und daß die zum Entstehen der gesellschaftlichen Verhältnisse (und somit auch des Staats) führenden Produktionsweise sich entwickelt und sich damit umgestaltet, dann muß man andererseits auch zugeben, daß der Staat bezüglich dieser Umgestaltung fortschreitet, sich entwickelt, reift und sich verändert.

In welchem Sinne erfolgt diese Veränderung? Es ist die Übersetzung der Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise auf Staatsebene. In allen Richtungen und Tiefen des sozialen Kontextes. Jeder kann feststellen, in welchem Maß auch die kleinsten Äußerungen des gesellschaftlichen, ja sogar des privaten Lebens zunehmend von der derzeitigen Produktionsweise bestimmt werden. Eine Produktionsweise, deren Existenz untrennbar verbunden ist mit dem Mechanismen der Akkumulation/Reproduktion des Kapitals. Das sind Mechanismen, deren innere Widersprüche sich im tendenziellen Rückgang der Profitrate offenbaren, wobei dieser tendenzielle Rückgang dazu führt, daß bezogen auf den absoluten Mehrwert ein zunehmender Anteil an relativem Mehrwert ausgepreßt wird. Diese zunehmende Bedeutung der Erzeugung von relativen Mehrwert liegt wirtschaftlich gesehen den meisten Erscheinungen zugrunde, die für die derzeitige Phase der westlichen Gesellschaft als typisch beschrieben werden, das heißt allen Formen, die von einigen mit dem Begriff der "Konsumgesellschaft" bezeichnet werden (dieser Begriff ist natürlich irreführend, hat jedoch einen vertrauten Klang, den jeder versteht). Profitstreben bis in die allerkleinsten Handlungen des Alltags, eine völlige Dominanz des Tauschwertes gegenüber dem Gebrauchswert. Produktion nicht nur von mehr oder weniger fetischisierten Gebrauchsgütern, sondern auch Erzeugung von Bedarf und sogar in einem gewissen Sinn von Bedarf an Bedarf. Rentabilisierung durch Verschwendung, Rentabilisierung der gesamten menschlichen Aktivitäten und damit auch aller Vergnügungen, Gefühle und alles dessen, was zur Psychologie und zum kulturellen Bereich gehört. Galoppierende Ausweitung der Entfremdung und Versachlichung.

Und im Rahmen dieser Entwicklung der Entfremdung und der verstärkten Auspressung von relativem Mehrwert wird dem Staat eine ausführlichere Rolle zugeteilt, als die die ein einfaches Instrument [*spielen*, Einf. d. Hg.] würde. Eine ausführlichere, zugleich auch unbestimmtere Rolle im Sinn einer allgemeinen Fusion und Gliederung aller Funktions- und Führungsapparate des Kapitalismus, das heißt des sozialen, wirtschaftlichen, ideologischen, politischen und militärischen Komplexes, der dazu führt, daß das Kapital nicht nur eine einfache wirtschaftliche Kategorie, sondern nach der Formulierung von Marx eine soziale Beziehung ist. Die gegenseitige Durchdringung von Kapital und Staat entspricht dann dem Sinn der historischen kapitalistischen Entwicklung, dies entspricht etwa dem was Mario Tronti (2) sagt:

"Je mehr die kapitalistische Entwicklung voranschreitet, das heißt je mehr die Erzeugung von relativem Mehrwert sich durchsetzt und überall ausbreitet, desto perfekter wird unausweichlich der Kreislauf Produktion-Verteilung-Tausch-Konsum; das heißt, daß die Beziehung zwischen kapitalistischer Produktion und bourgeoiser Gesellschaft, zwischen Fabrik und Gesellschaft, zwischen Gesellschaft und Staat immer organischer wird. Auf der höchsten Ebene der kapitalistischen Entwicklung wird das soziale Verhältnis ein Moment der Produktionsver-

hältnisse, und die gesamte Gesellschaft wird zu einem Ausdruck der Produktion, das heißt, daß die gesamte Gesellschaft in Funktion der Fabrik lebt und die Fabrik ihre ausschließliche Herrschaft über die ganze Gesellschaft ausdehnt. Auf dieser Basis versucht die kapitalistische Staatsmaschine sich zunehmend mit dem Bild des kollektiven Kapitalisten zu identifizieren; sie wird immer mehr ein Besitz der kapitalistischen Produktionsweise und somit eine Funktion des Kapitalismus".

Konkret geht das noch weiter als die Keynesianistische Funktion des bourgeoisen Staates über die Arten der Planung und die Intervention des Staates in der Wirtschaft; es hängt zusammen mit dem Anwachsen des Anteils des Finanzkapitals und somit auch mit den staatlichen transnationalen Währungsmechanismen, der zunehmenden Rolle des Steuerwesens, mit dem Staat als Arbeitgeber im öffentlichen Bereich, der immer bedeutsamer wird, der Ausübung kapitalistischer Monopole direkt durch den Staat, dessen Rolle in der Ausbildung großer imperialistischer Monopole. Natürlich sind auch die Verhältnisse des Staates zu den Medien im gleichen Sinn zu betrachten, die zentrale Rolle des Staates bei der Massenmanipulation nicht nur zum Schutz der kapitalistischen Ordnung, des sozialen Friedens und der Reproduktion suprastruktureller [d.h.: *Überbau-*, Anm. d. Hg.] Institutionen, sondern auch als leitender Vektor der Bildung oder Ausweitung sozial-ökonomischer und ideologischer Räume, in denen (insbesondere durch die Bildung von künstlichen Bedürfnissen) die Auspressung des Teils des indirekten Mehrwerts erfolgt, das heißt desjenigen, der nicht aus der entlohnten Produktionstätigkeit stammt.

Ein weiteres wichtiges Phänomen dieser Entwicklung der Funktion des Staates ist natürlich seine Rolle bei der Regelung des Arbeitsmarktes, aber auch und vor allem bei der Einkommensverteilung. Man muß nämlich wissen, daß ein Viertel der Einkünfte der lohnabhängigen Erwerbstätigen aus dem "indirekten Lohn" besteht, das heißt aus der Gesamtheit der staatlichen Sozialleistungen.

Folglich spielt der moderne bourgeoise Staat zunehmend die Rolle eines Kapitalisten, er strebt danach, sich immer mehr mit dem Kapital zu vermischen, eine Funktion des Kapitals zu sein. Man darf ihn also nicht mehr nur als einfaches bourgeoises Herrschaftsmittel ansehen, dessen Instrumentcharakter ihm eine Art defensiver Neutralität verleihen würde, aufgrund derer man dieses Staatsinstrument gegen die Bourgeoisie einsetzen könnte, genauso wie eine Kanone neutral ist und genauso gegen die Bourgeoisie wie gegen das Proletariat eingesetzt werden kann. Der moderne Staat ist viel mehr als der "Verwaltungsrat", den sich die Bourgeoisie zugelegt hatte, um ihre politischen Interessen zu verwalten. Er ist nicht mehr nur "kapitalistisch" durch die Tatsache, daß er dem Kapitalismus dient, sondern weil er selbst als Kapitalist funktioniert. Und als solchen müssen wir ihn angreifen, nicht als einfaches Hindernis, das sich der revolutionären Bewegung entgegenstellt und weil er repressiv ist, sondern weil er ein vollwertiger Partner des Klassenkampfs ist. Man muß ihn also genauso angreifen, wie man in der Fabrik die Arbeitgeberschaft angreift, ohne ihn aber zwanghaft zum symbolischen Ziel zu machen, was in gewissen Sinn den Kapitalismus personifizieren würde, während doch klar ist, daß wir das gesamte System und damit an der Basis die kapitalistische Produktionsweise selbst historisch zerstören müssen. Und der Prozeß dieser Vernichtung läuft über den sofortigen Angriff gegen die Gesamtheit der Ausdrücke und die Funktion bourgeoiser Herrschaft.

IV. Der revolutionäre Kampf und der Marxismus

1. Der Marxismus-Leninismus, lebendige Methode, verwirft keine Form des Kampfes

Welche Stellung hat der revolutionäre bewaffnete Kampf? Die erwägenswertesten kritischen Anmerkungen zu unseren Auffassungen von der revolutionären Strategie und Taktik stützen sich -oder behaupten sich zu stützen - auf die Referenz älterer strategischer Lösungen, welche die marxistische Methode in der Geschichte der Arbeiterbewegung hervorgerufen hat. Wir stellen uns also in diesen Zusammenhang. Allerdings erheben wir weder den Anspruch, auf alles eine Antwort zu haben, noch, die Debatte abzuschließen; es handelt sich hier nur darum, in aller Kürze einige Grundzüge vorzustellen, die man natürlich sehr viel ausführlicher darstellen und vertiefen müßte. Zunächst einmal darf man nie vergessen, daß die großen Theoretiker des Marxismus Mechanismen und Funktionsweisen beschrieben haben, die nach wie vor aktuell sind, andererseits haben sie den historischen und dialektischen Materialismus als Möglichkeit zum aktiven Verständnis der objektiven Realität und der historischen Prozesse erarbeitet, welche sie erklären. Ferner haben sie politische Lösungen formuliert, die jedoch sicherlich keine allumfassende Bedeutung haben. Anders als beim historischen und dialektischen Materialismus entsprechen diese Lösungen nur der Anwendung der marxistischen Analysemethoden auf bestimmte historische Zustände und können also nicht unverändert von einer Epoche auf die andere oder von einer nationalen Realität auf eine andere übertragen werden. Es liegt auf der Hand, daß Lösungsvorschläge, die zur Zeit der industriellen "Revolution" gültig waren, nicht dieselben sind, wie die, welche in der Phase des Monopolkapitalismus anwendbar sind und weniger diejenigen, die in einer Zeit angewendet werden, wo der Imperialismus die hegemoniale Form der kapitalistischen Produktionsweise ist. Der Marxismus-Leninismus widersetzt sich entschieden jedem Dogmatismus, jedem Automatismus der taktischen und strategischen Lösungen, er weist auf lebendige Methoden hin, um in jeder Epoche und in jeder Lage die entsprechenden Methoden zu finden, ohne mechanisch eine Theorie anzuwenden, die sonst in ein Dogma verwandelt würde. Es ist übrigens das, was Lenin selbst erklärt:

"Das ist der Grund, warum der Marxismus keine Form des Kampfes absolut ablehnt. In keinem Fall will er sich auf die in einem bestimmten Augenblick vorhandenen und möglichen Kampfformen beschränken; er gesteht zu, daß eine Veränderung der sozialen Konjunktur unausweichlich das Auftreten neuer Formen des Kampfes nach sich ziehen würde, die Militanten der jeweiligen Zeitspanne noch unbekannt sind (...) An zweiter Stelle fordert der Marxismus absolut, daß die Frage der Formen des Kampfes unter ihrem historischen Aspekt erwogen wird. Diese Frage außerhalb konkreter historischer Umstände zu stellen, bedeutet das ABC des dialektischen Materialismus zu ignorieren. An verschiedenen Momenten der wirtschaftlichen Entwicklung treten, in Zusammenhang mit den verschiedenen Bedingungen der politischen Lage, der nationalen Kulturen, den Existenzbedingungen usw. unterschiedliche Kampfformen in den Vordergrund, werden zu den wichtigsten und in der Folge ändern sich die sekundären, zusätzlichen Formen ebenfalls. Der Versuch mit ja oder nein zu antworten, wenn es um die Einschätzung eines bestimmten Kampfmittels geht, ohne ausführlich die konkreten Umstände der Bewegung und den erreichten Entwicklungsstand zu prüfen, hieße, das marxistische Terrain vollständig zu verlassen."

Das bedeutet zumindest, daß der bewaffnete Kampf als wichtigste Kampfform einer revolutionären Strategie nicht von vornherein als im Widerspruch zur marxistischen Theorie ausgeschlossen werden kann.

2. Der revolutionäre Terrorismus ist eine nützliche und notwendige Form des

Kampfes, der Teil unseres kommunistischen Erbes ist

Dann stellt sich die Frage nach der Bedeutung des Begriffs "Terrorismus". Dieses Konzept hat im Verlauf der Geschichte einen Bedeutungswandel durchgemacht. Er wird von den Medien sehr pejorativ verwendet, anscheinend seit dem letzten Weltkrieg aufgrund der negativen Verwendung dieses Begriffs durch die Nazi-Propagandisten. Vor dieser Zeit enthielt dieses Wort ein weniger deutliches Werturteil und Emotionalität, sondern bezeichnete einfach eine besondere Form des politischen Handelns: Gewaltsame Aktion, um diejenigen, gegen die es gerichtet war, in Terror zu versetzen. Diese Bedeutung wird von den historischen Theoretikern des Marxismus benützt, die damit nur die Form bestimmter Aktionen ohne pejorative Nebenbedeutung bezeichnen. Für sie unterscheidet sich Terror von Aktionen in Zusammenhang mit einem Aufstand dadurch, daß er den gesamten revolutionären Prozeß begleiten kann, ohne wie der Aufstand auf eine Endphase beschränkt zu sein. Doch hat er damit nicht nur eine einfache punktuelle Bedeutung, und Engels hob bereits eine strategische Funktion hervor:

"Um die Agonie der alten Gesellschaft und die blutigen Geburtswehen der Neuen abzukürzen, zu vereinfachen und zu konzentrieren, gibt es nur ein Mittel: den revolutionären Terror".

Das ist deutlich! Allerdings ist zuzugeben, daß dieses Zitat mit einer einschränkenden Bedeutung dargestellt werden kann, daß heißt, daß der Terrorismus eine Art Hilfsmittel wäre, wenn auch sicherlich strategischer und nicht nur taktischer Art, da er nach Engels eine allgemeine, historisch ausgedehnte Aktion ist, aber das doch vor allem zur Verschärfung der Widersprüche dienen würde, um den Zusammenstoß der Klassen zu radikalisieren und zu beschleunigen, ohne daß damit dem Terrorismus eine Funktion auf der Ebene der eigentlichen politischen Entwicklung zugewiesen wäre (mit der Organisation verbunden usw.). In diesem Zitat erscheinen Terrorismus und Partei nicht deutlich verbunden, doch werden wir sehen, daß sie es sind, daß der Terrorismus seinen Platz im Aufbau der Partei hat und daß der Terrorismus von der Partei gelenkt, organisiert werden muß. Der revolutionäre Terrorismus ist nicht eine Form des individuellen Kampfes, den man als unmittelbare Form des Widerstands des Proletariats einfach spontan stattfinden lassen könnte. Die Avantgarde muß die Führung davon übernehmen, sagen Marx und Engels:

"Weit davon entfernt, sich den angeblichen Exzessen und Repressalien der Volkswut gegenüber gehaßten Individuen oder Gebäuden, mit denen sich abscheuliche Ereignisse verbinden, zu widersetzen, muß man diese Repressalien nicht nur einfach dulden, sondern ihre Führung direkt übernehmen".

Die Bolschewiken traten nachdrücklich für Terroraktionen ein. Lenin betont das ausreichend, man braucht sich nur seinen Text über den "Partisanenkrieg" oder die Sammlung von "Texte über die Jugend" anzusehen, wo er Jugendliche beschimpft, die nicht genügend Bomben herstellen und sagt, es sei richtig, die Verantwortlichen der Repression zu töten, das Geld aus den Banken zurückzuholen wie es die Bolschewiken taten (siehe die berühmten Banküberfälle Stalins in Baku 1904...).

Aber Vorsicht, wir können nicht die aktuelle Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes erklären, indem wir Analysen vom Beginn des Jahrhunderts über die moderne Realität hervorbringen. Zumal für Lenin der Einsatz von Terror nur eine Kampfform sein konnte, der Massenaktion und der politischen nicht-militärischen Aktion der Partei untergeordnet war und das, was wesentlich ist, mit dem einzigen Ziel, den Aufstand vorzubereiten. Dabei wurden zwei Ziele verfolgt, das erste besteht darin, die Massen mit der Taktik des Aufstands vertraut zu machen:

"Der Partisanenkrieg, der allgemeine Terror, die sich seit Dezember in Rußland fast ohne Unterbrechung überall ausbreiten, werden unbestreitbar dazu beitragen, den Massen die richtige Taktik im Augenblick des Aufstands beizubringen. Dieser durch die Massen ausgeübte Terror muß von der Sozialdemokratie akzeptiert und in ihre Taktik eingefügt werden; sie muß ihn selbstverständlich organisieren und kontrollieren, um den Interessen und Erfordernissen der Arbeiterbewegung und des revolutionären Kampfes allgemein unterordnen". (Lenin).

Das zweite Ziel besteht darin, durch diese Taktik zur politischen und militärischen Formierung der Avantgarde (immer im Hinblick auf den Aufstand) beizutragen, wie es Lenin 1905 sagt, als er den Angriff eines Kommandos auf ein Gefängnis begrüßt:

"Hier werden die Vorkämpfer des bewaffneten Kampfes nicht nur verbal, sondern auch durch die Tat eins mit der Masse, sie setzen sich an die Spitze der Kampfabteilungen und -Gruppen des Proletariats, bilden durch das Feuer und Eisen des Bürgerkriegs Dutzende von Volksanführern, die morgen, am Tag des Arbeiteraufstands, mit ihrer Erfahrung und ihrem Heldenmut Tausende und Zehntausende Arbeiter werden unterstützen können."

Man wird uns entgegenhalten, daß durch diese letzten Zitate eine Begriffsverschiebung des "Terrorismus" (die eine gewisse Pünktlichkeit der Aktion impliziert) zu dem des "Partisanenkriegs" erfolgt: Wir können also annehmen, daß diese Differenzierung den Begriff aufeinanderfolgender Phasen in der organisatorischen Funktion und Nutzung der bewaffneten Kampfformen einführt, einer Konzeption, die noch heute voll gerechtfertigt erscheint.

Um klar und unbestreitbar die leninistische Konzeption der bewaffneten Aktion zusammenzufassen, muß man Lenins Vorschläge beim Vereinigungskongreß der POSDR von 1906 lesen:

"1. Die Partei muß zugestehen, daß bewaffnete Aktionen von zur Partei gehörenden oder an ihrer Seite kämpfenden Kampfgruppen grundsätzlich zulässig und in der aktuellen Periode opportun sind;

2. Die Art der bewaffneten Aktion muß der Aufgabe entsprechen, Führer für die Arbeitermassen in der Zeit des Aufstands auszubilden und Erfahrung in der Durchführung überraschender Offensivaktionen zu erwerben;

3. Das wichtigste Nahziel dieser Aktionen muß die Zerstörung des Staats-, Polizei-, und Militärapparats sowie ein gnadenloser Kampf gegen die aktiven Schwarzen Hundertschaften(3) sein, welche Gewalt und Terror gegen die Bevölkerung einsetzen.

4. Zuzulassen sind auch bewaffnete Aktionen, um in den Besitz von Finanzmitteln des Feindes zu kommen, das heißt der autokratischen Regierung, damit diese Gelder dem Aufstand zugute kommen; dabei ist sorgfältig darauf zu achten, daß die Interessen der Bevölkerung so wenig wie möglich beeinträchtigt werden;

5. Bewaffnete Partisanenaktionen müssen unter Kontrolle der Partei so durchgeführt werden, daß die Kräfte des Proletariats nicht nutzlos vergeudet werden und daß gleichzeitig die Eigenschaften der Arbeiterbewegung in dem entsprechenden Ort sowie die Einstellung der breiten Massen berücksichtigt werden."

Man könnte die militärische Frage auch ausgehend vom Standpunkt des Blanquismus, des Anarchismus, des guevarischen Foquismus, des Maoismus usw. betrachten; wenn wir das nicht tun, dann, weil die Kritiken, die an uns gerichtet sind, vorgeben, sich auf traditionelle marxistische Bezüge abzustützen, aber auch weil wir uns selbst auf einen orthodoxen Marxismus beziehen(4), der den beachtlichen theoretischen und praktischen Beitrag von Lenin mit einbezieht. Außerdem weil uns natürlich die mechanische Übernahme der von Lenin in sei-

ner Zeit erarbeiteten Lösungen völlig verfehlt erscheinen würde, obwohl sie die theoretisch gründlichsten und zusammenhängendsten sind, die man unserer eigenen Auffassung von der militärischen Frage im modernen revolutionären Prozeß entgegensetzen kann.

3. Die leninistische Insurrektionstheorie ist eine historisch richtige, jedoch heute überholte Form

Lenins Auffassungen zum bewaffneten Kampf sind sowohl auf der Ebene der theoretischen Grundsätze als auch hinsichtlich der historischen Notwendigkeiten einer bestimmten Epoche richtig. Nun hat sich aber die Epoche geändert, diese Konzeptionen bleiben grundsätzlich richtig, sie müssen aber auf der Ebene der politischen Praxis neu formuliert werden. Es gibt Phasen, die neu zu bestimmen sind, andere verschmelzen dadurch, daß sie überholt sind. Die Zeit bringt neue Erfordernisse mit sich.

Die wesentliche Veränderung betrifft den Begriff des Aufstands, dessen Vorbereitung wie wir gesehen haben, für Lenin die Formen des bewaffneten Kampfes rechtfertigte und bestimmte (doch selbst das könnte man den verschiedenen linksradikalen Sekten entgegenhalten, die objektiv gesehen nichts als Reformismus betreiben, indem sie abgesehen von einem verbalen Radikalismus und einer überholten rituellen Phraseologie nicht den geringsten theoretischen und praktischen Unterschied gegenüber den Sozialdemokraten aufweisen, sich aber trotzdem zweifellos in mystischer Weise auf Marx, Lenin oder Mao zu berufen wagen). Der Aufstand bleibt für alle, die sich als proletarische Revolutionäre begreifen (und somit die Machtübernahme durch das Proletariat anstreben), auch wenn sie heute den bewaffneten Kampf ablehnen, strategisch ausgedrückt, das Hauptziel, das zu einem Umsturz der bourgeoisen Herrschaftsapparate führen soll. Sie können im übrigen diesen Aufstandsprozeß auf verschiedene Art und Weise sehen, doch es ist das Prinzip selber des Aufstands, das uns als nicht mehr passend im modernen Westen erscheint, und deshalb spielt die Kritik eine wesentliche Rolle in unserer Auffassung des bewaffneten Kampfes. Eine Darstellung des Inhalts dessen, was wir als die Leitlinien einer Strategie des bewaffneten revolutionären Kampfes sehen, wird somit die Kritik der Insurrektionstheorie einbeziehen.

Und wir hoffen durch diese wenigen Erklärungen unseren lieben Kritikern begreiflich zu machen, daß sie im Irrtum sind, wenn sie behaupten, daß für uns "die Folge der Vermehrung individueller Handlungen oder der kleinen Gruppen zur Revolution führt, weil dies die Massen "erwecken" würde! Das ist absurd. Wir haben niemals - weder theoretisch noch praktisch! - das geringste mit dem Anarchismus oder irgendeiner Form kleinbürgerlichen Radikalismus zu tun gehabt. Im übrigen sind wir allmählich etwas verärgert darüber, daß immer alles in einen Topf geschmissen wird, Verwirrungen sorgfältig aufrecht erhalten werden und Kritiken an imaginären Standpunkten geübt werden. Wir fordern daher die ultralinken Grüppchen aller Art sowie die verschiedenen Linksradikalen auf, sich mit ihrer Kritik an unsere genauen und konkreten Standpunkte zu halten und nicht an das, was sie sich als getreue Mitläufer der Staatspropaganda oder als glühende Anhänger des radikalen Kretinismus auf eine absurde Art und Weise einbilden (oder einbilden wollen) was wir tun, sagen, denken.

Andererseits muß man erstmal Begriffsklarheit schaffen, um diskutieren zu können. Zum Beispiel, das, was immer als "militärische Frage" bezeichnet wurde, ist nicht dasselbe wie die Frage des proletarischen Selbstschutzes. Man muß beides genau auseinanderhalten. Der Selbstschutz der Arbeiter und des Volkes in den Kämpfen ist ein wichtiges Problem, für das eine Praxis des bewaffneten Kampfes bestimmte Lösungen bringen kann, sicherlich aber nicht auf eine systematische Art und nicht immer wünschenswert. Der Selbstschutz ist wichtig für die Entwicklung der proletarischen Kämpfe und den Prozeß des Bewußtwerdens, er ist ein Begriff, der nicht im Gegensatz zum bewaffneten Kampf steht, ihn aber auch nicht impliziert. Wenn wir hier vom bewaffneten Kampf sprechen, dann nicht im Rahmen der unmittelbaren taktischen Probleme der Massenbewegung (das ist eine Frage, die wir an anderer Stelle diskutieren können), sondern auf der Ebene des globalen revolutionären Prozesses, das heißt im Rahmen einer historischen revolutionären Strategie. Die "militärische Frage" bezeichnet das allgemeine Problem des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen den Kräften des Proletariats und den imperialistischen Kräften. Damit stellt sich die militärische Frage nach der Bildung von kämpfenden Kräften, nach der Art des Parteiaufbaus, der Zerstörung des bourgeoisen Staatsapparats, der Machtübernahme durch das Proletariats auf dem Weg zum Kommunismus.

V. Der bewaffnete Kampf in der revolutionären Strategie

1. Kritik der Theorie der friedlichen Aufstandsvorbereitung

Also, wie stellen wir uns diese Strategie vor?

Um auf diese Frage zu antworten, müssen wir auf das Problem der leninistischen Auffassung der Strategie zurückkommen, um zu sagen, worin wir die verschiedenen Linien dieser politischen Strömungen nicht teilen können, die sich als Wächter einer angeblichen marxistischen Orthodoxie, "Fundamentalismus" oder "Evangelium" des Marxismus, je nach den Fällen, ausgeben, und die sich mit Hilfe von außergewöhnlichem Mut oder einer noch erstaunlicheren intellektuellen Verkalkung seit nunmehr 60 Jahren krampfhaft als die Partei oder künftige Partei sehen und in der liturgischen Verzauberung der geheiligten Texte und gegenseitiger Exkommunizierung leben, ohne jemals auch nur eine Spur von Phantasie oder Realismus an den Tag zu legen! Diesen Strömungen zufolge, wären Methoden anzuwenden, die in halb feudalistischen Ländern zu Beginn des Jahrhunderts mehr oder weniger Erfolg hatten. Und dies durch politischen Kampf, mit dem Versuch den Bewußtseinsstand der Massen durch eine geduldige Agitations- und vor allem Propagandaarbeit, durch Erklärung und Erziehung zu heben, bis zu jenem strahlenden Morgen des großen Abends, wo den Massen dann nur noch Gewehre ausgeteilt werden müssen, um den Sturm auf die Paläste anzutreten. Es ist nicht verwunderlich, daß sich angesichts des geringen Erfolgs dieser Strategie die meisten linksradikalen Strömungen gesagt haben, daß in der Verzweiflung der Lage es noch vorzuziehen war, am Arsch der Sozialdemokratie zu kleben, um die wachsamen Kritiker zu sein oder um eines Tages eine kleine Beteiligung an der Regierungsmacht zu erlangen und sich dabei gleichzeitig, um den Schein zu wahren, zu sagen, man werde, dann die Sozialdemokratie "links" überholen (wie in Chile, Portugal usw. nehme ich an?)

Zwei Probleme tauchen bei dieser Auffassung der Bewußtseinserweckung und der Organisation der Massen allein durch die traditionelle politische Arbeit auf, und wir müssen unsere Strategie unter Berücksichtigung dieser Probleme konzipieren. Das erste Problem betrifft die Frage der Möglichkeit einer friedlichen Vorbereitung zum Aufstand. Das zweite Problem ist die Möglichkeit des Aufstands selbst. Betrachten wir dies aufmerksamer. Ist eine friedliche Vorbereitung zum Aufstand möglich? Wenn wir darauf mit Nein antworten, wollten wir natürlich nicht sagen, daß die Kämpfe zur Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse der Massen sowie der nicht bewaffnete politische Kampf für die Propaganda und des Auftretens neuer Orga-

nisationsformen der Massen nutzlos seien, ganz im Gegenteil. Sie sind sogar erforderlich und es geht hier nur um die Frage, welche Kampfform die Avantgarde heute annehmen muß, in der sich die kommunistische Strategie in ihrer zugespitzten und umfassendsten Form konzentrieren muß.
Man muß bei der Betrachtung der objektiven Realität auf die außerordentlichen Fähigkeiten der heutigen Bourgeoisie zur Verwertung, Absorbierung und Unterschlagung sehen. Das hängt mit dem im Lauf der kapitalistischen Entwicklung auf allen Ebenen der Gesellschaft eingetretenen Umwandlungen zusammen. Es gibt immer weniger Räume, die sich der Rationalität der kapitalistischen Produktionsweise entziehen können und das äußert sich in verschärfter Entfremdung, allgemeiner Kontrolle durch Herrschaftsorgane über alle Lebensbereiche. Die Rationalität des sozial-ökonomischen Systems selbst und seine Allmacht sind die Hauptursache für den ideologischen und psychologischen Zustand und umso mehr diese Rationalität ausgewertet wird, umso schlechter ist der Zustand. Die Werkzeuge der Manipulation, die Reproduktion der Ideologie, waren noch nie so mächtig, und sie sind auch immer wirkungsvoller geworden. Früher spielten Kirche, Familie usw. eine Repressionsrolle ersten Grades, einfach durch direktes Verdrängen und Hemmen mit Hilfe von Tabus, während heutzutage das System sehr viel komplexer ist und die psychologische Repression sich permanent jedem Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung anpaßt, wobei das Verdrängen durch verschiedene Übertragungen erfolgt (man verzichtet auf seine Freiheit, doch Kredit läßt den Neuwagen als Geschenk erscheinen...). Und vor allem der Klassenkampf ist nach dem gleichen Prinzip auch eine Triebkraft für das Kapital, ein gewisses Niveau an Protest ist für das System notwendig und gehört zu seinem Betrieb. Und sei es nur um den Bedarf zu wecken, auf den das System durch massive und anarchische, verdummende Überinformation antwortet, die es braucht, um uns zu betäuben und uns seine Macht-Ideen einzuhämmern.
Wie sollen wir nun durch Flugblätter, kleine Zeitungen, Sprühaktionen und Megaphone wirksam der Macht der staatlichen und monopolistischen Massenmedien Konkurrenz bieten, die vom Imperialismus weltweit verbreitet sind? Allein schon diese Feststellung begründet die Mutlosigkeit des Linksradikalismus, dem nur folgende Alternative bleibt: Integration in der Unterwerfung oder Sterilität kleiner Abwehrinseln, die zusammengeschweißt werden entweder durch versichernde Dogmatik oder durch einträchtiges Nebeneinander, und die sich dadurch die Illusion geben Widerstand zu leisten, während sie doch nur den Versuch machen, ein wenig abseits zu leben. Wir behaupten dann, daß heute keinerlei Fortschritt ohne eine Strategie des radikalen Bruchs in allen Bereichen möglich ist, wir sagen, daß es sich nicht um Selbstschutz handelt, es geht nicht darum, Gruppen zu bilden, um sich warm zu halten, indem man sich mittels einer Gruppensprache als anders bezeichnet als es der Oppressor wünschen würde, um eine Lebensweise, um eine Redensart, um einen Wortstreit, der übrigens semantisch immer gleich abläuft, welche Gedankenreferenz es auch immer sein mag (freiheitlich, "alternativ", "marxistisch-leninistisch", Zeugen Jehovas oder sogar "bewaffneter Kampf"...). Wenn es dabei um eine Art des Seins, und im gewissen Sinn um eine existentielle Militanz und nicht so sehr um eine Kampfstrategie geht, mit der konkret eine Revolution, ein Machtwechsel herbeigeführt werden soll. Wir sagen, man muß mit der Einfachheit vorgekauter Ideen und der Selbstbefriedigung Schluß machen, die sich aus einem bestimmten Protestgebaren ergeben (Filzpantoffeln unter den Cowbowstiefeln tragen!). Weder Opfer noch Komplizen, wir müssen die sein, die angreifen.
Man kann heute nicht mehr annehmen, daß durch einfache politische Überzeugungsarbeit der Bewußtseinsstand des Proletariats soweit gehoben werden kann, wie es für einen Aufstand notwendig wäre. Man kann sich im übrigen fragen, ob das jemals denkbar war...
Vergessen wir z.B. nicht, daß das vorrevolutionäre Rußland politisch-ideologisch nicht mit unseren bourgeoisen Demokratien vom Ende des 20. Jahrhunderts vergleichbar war: Beim Verteilen der Iskra riskierte man Sibirien, und bei Demonstrationen setzte man sich nicht den harmlosen Tränengasgranaten aus, die hier zu dem Ruf Faschismus führen, sondern Säbelhieben. Das bedeutet, daß zu jeder Epoche, die gleichen Kampfformen nicht dieselben Werte des Bruchs und der Subversion haben. Im schlimmsten Fall war das Anbringen der Roten Fahne in der zaristischen Epoche eine ebenso radikale Dissidenz wie heute das Legen einer kleinen Bombe.
Außerdem darf man die Leute auch nicht für dumm halten, heute können die Proletarier nachdenken, lesen, sie sind gut informiert und begreifen, daß dieses System verrottet und schädlich ist, und wenn auch Aufklärungs- und Informationsarbeit nach wie vor notwendig ist, so muß sich unser politisches und ideologisches Vorgehen anders äußern, andere Ziele haben.

2. Ideologische Rolle des bewaffneten Kampfes

Das System der Entfremdung erreicht nie gekannte Grade und das könnte hinsichtlich der Möglichkeiten zur Befreiung pessimistisch stimmen. Das wäre ein Fehler, da die Unterdrückung sich zur gleichen Zeit entwickelt, wie sie die Mittel zu ihrer Bekämpfung und die Gründe zu ihrem Verschwinden entwickelt. Insbesondere geht die wirtschaftliche Entfremdung der Arbeit einher damit, daß dem Arbeiter seine Arbeit fremd wird, daß ihm keine Arbeit Befriedigung mehr schafft, daß er in ihr keine ethische oder schöpferische Tätigkeit sieht, deren Rechtfertigung im Allgemeinen kaum noch sichtbar ist, außer der einzigen Rationalität, der Ausbeutung; ein Wandel, der den Bruch mit dieser Produktionsweise nur erleichtern kann. Das System reagiert auf diese neue Schwäche, die sich aus der einfachen Entwicklung des Kapitalismus ergibt, durch gesteigerte Repression, durch Schaffung von Abhängigkeit. Es wird also alles getan, um die Individuen voneinander zu isolieren, Klassenabgrenzungen mittels kultureller Beeinflussung, je nach Altersgruppen, Moden usw. zu verwischen und insbesondere durch massive Besetzung des gesamten Alltags, bis zur Manipulation des Unterbewußtseins, um ein Gefühl der Vernichtung, der Unterlegenheit und der Schwäche des Individuums zu bilden, daß sich machtlos und allein fühlt angesichts eines übermächtigen Systems, das ihm engumgrenzte Bezirke einrichtet, die aber nur das negative Abbild der Maschen in dem Überwachungsstrich und Steuerungsnetz sind. Abgegrenzte Bezirke für die Lohnarbeit, für das Vergnügen, zum lernen, zum lieben, wobei sich der Konsum ritualisiert und sich die Legalität nicht zu sehr als großer Knüppel darstellt, sondern mehr als eine Vielzahl von Türen (Presse, Parteien, Versammlungsfreiheit, Streikrecht, Meinungsfreiheit usw.), mit der Überschrift "zum protestieren - hier eintreten", die zum weichen Daunenbett der Bourgeoisie führen, das Schreie und Schläge erstickt.
Auch wenn Schreie und Schläge sich nutzlos und verzweifelt in der weichen Matratze verlieren, die tatsächlich die beste Panzerung der bourgeoisen Diktatur ist, können wir doch durch Feuer und Schwert Risse hervorrufen, aus denen die dämpfenden Federn quellen werden, was zu einem Blutsturz der Demokratie führen wird. Das bedeutet sicherlich eine Verringerung der "Freiräume" und der Grund"freiheiten", eine Radikalisierung der Repression, doch zugleich wird auch das Feindbild deutlicher, und die Widersprüche werden bis zum Zerreißen zugespitzt, die bourgeoise Diktatur wird ihres

augentäuschenden Schleiers beraubt und zeigt ihr wahres Gesicht, eine klare und direkte Entwicklung des Kampfes, Kraft steht gegen Kraft, Klasse gegen Klasse. Die Verteidiger des Kapitalismus können den bewaffneten Kampf verleumden, schlecht machen, die Partisanen als "Terroristen" bezeichnen, ihre eigenen Denkkategorien auf die Guerilla übertragen und in ihr das sehen, was sie selbst sind: Söldner, und somit versuchen, sie zu schwächen. Doch sie werden niemals die bewaffnete Opposition institutionalisieren und auffangen können, während doch alle anderen Formen außer der des revolutionären Krieges von der Funktionsweise des Kapitalismus integriert werden können. Weil kein gesellschaftliches und damit staatliches Klassensystem Handlungen hinnehmen kann, die auf seine gewaltsame Zerstörung abzielen.

Auf der Ebene dieser Phase, die früher, die einer nicht bewaffneten Vorbereitung war, zielt der bewaffnete Kampf allein auf einen echten Bruch des Konsens ab. Indem er die Dissidenz über die mögliche Funktionsweise des Kapitals und des Staates hinaustreibt. Der Partisanenkrieg zeigt die Schwächen des für allmächtig gehaltenen Feindes, er zeigt, daß man kämpfen und siegen kann. Schon die einfache Tatsache, daß man zu Repressalien gegen den Feind in der Lage ist, spielt ideologisch gesehen eine außerordentliche bedeutsame befreiende Rolle. Schon die geringste Erfahrung in militanter Massenarbeit zeigt das: die Leute sagen uns bei der Arbeit oder auf der Straße, daß sie die Nase voll haben und daß sich alles vollständig ändern müßte, und wenn sich dabei auch jeder Einzelne unschwer bereit erklärt, revolutionär zu sein, so wird er doch hinzufügen, daß es keinen Zweck habe sich zu engagieren, Gefahren auf sich zu nehmen, da niemand wirklich etwas tue und alle anderen Dummköpfe sind usw. Dann ist es politisch und ideologisch von großer Bedeutung zu beweisen, daß der Klassenfeind nicht allmächtig ist und solidarisches Handeln der Bevölkerung möglich ist und daß man den Ausbeutern schmerzhafte Schläge zufügen kann, daß Bullen und Justiz für ihre Morde und Übergriffe bezahlen müssen, daß die kolonialistischen Söldner physisch für die Ermordung jedes Bruders in der Welt und den beherrschten Ländern geraubtes Kilogramm Reichtum büßen müssen, jeder Arbeitgeber psychisch und materiell darin gehindert werden kann, sich auf dem Rücken des Arbeiters zu bereichern, auf Kosten seiner Erschöpfung, Entfremdung, Verstümmelung, auf Kosten eines Lebens, das beschlagnahmt war durch die absurde Rationalität eines unmenschlichen Systems. Außerdem sagen wir, daß bewaffneter Kampf zum Hoffnungsträger werden kann, zum Funken der Würde, welche die Flamme der Freiheit entzündet.

3. Der revolutionäre Kampf muß eng mit den Volksmassen verbunden sein

Doch das ist nur die allgemeine politisch-ideologische Rolle des bewaffneten Kampfs, der global handelt als Beispiel für den Widerstand und den revolutionären Angriff unter konkreter Veränderung des Kräfteverhältnisses und des Feindbildes, welche andere menschliche Werte in Erscheinung treten läßt, als die, mit denen uns die alte Gesellschaft der Herrschenden versteinert. Es gibt eine deutlichere politisch-ideologische Rolle, die der Existenz des bewaffneten Kampfes innerhalb der Massen. Denn unsere üblichen Kritiker werfen uns vor, wir stünden außerhalb der Volksmassen und genau dieses Bild zeichnet auch die reaktionäre Propaganda. Daß bestimmte bewaffnete Gruppen heute völlig abseits stehen und auch nicht den geringsten politischen Bezug zu den Massen haben (höchstens, um gelegentlich in antirepressives Elendsgejammer zu verfallen oder sich in den Gefängnissen mit der Kriminalität des Lumpenproletariats gleichzuschalten) steht fest. Andererseits ist es auch normal und unvermeidlich, daß die Militanten individuell gezwungen sind, völlig im Untergrund zu arbeiten, um ihre Aktivitäten korrekt fortsetzen zu können. Doch außerhalb des Volkes steht nur der, der das wünscht. Es sei uns gestattet, durch ein kleines persönliches Beispiel diese Frage zu erklären: Bevor ich mich auf Grund der Ereignisse und bestimmter Notwendigkeiten, die sich aus unseren politischen Entscheidungen ergaben, gezwungen sah, ganz zum Militanten zu werden, war ich ein Arbeiter wie jeder andere, Gewerkschaftsmitglied (nicht aus Bewunderung für die Gewerkschaft), sondern ganz einfach, weil die Gewerkschaft bestimmte militante Möglichkeiten bot und die fortschrittlichsten Elemente ihr angehörten), wobei ich mein illegales Engagement geheim hielt und gleichzeitig ganz legal in der Agitation und Massenorganisation, der Information und Propaganda tätig war. Ende dieser persönlichen Zwischenbemerkung. Wir wollten nur sagen, daß der bewaffnete Kampf einem nicht zum Außenstehenden in Bezug auf die Massen macht, wenn man das nicht will (und wir wollten es eben nicht). Selbstverständlich können bewaffnete Aktionen heute nur durch Untergrundstrukturen geführt werden), doch das bedeutet nicht, daß deswegen ihre Militanten oder ihre politischen Linien der breiten Masse fremd sind. Ebenso wie ein Flugblatt nicht von der breiten Masse formuliert und verteilt wird, sondern von ihren fortschrittlichsten Elementen, und das gleiche gilt auch für den bewaffneten Kampf, insoweit er von den fortschrittlichsten Elementen des Proletariats oder anderen Schichten des Volks geführt werden muß, und nicht von einer Art revolutionärer Geheimagenten, die nicht in den Massen einbezogen sind.

Solange ihre eigene Sicherheit es ihnen erlaubt, müssen die Partisanen eine Lebensweise erhalten, die den übrigen Proletariern konform ist. Ihre Klassenidentität nicht nur ideologisch und politisch, sondern auch ihre eigene soziale Stellung beibehalten, aktive, alltägliche, permanente Beziehungen zu den Volksmassen unterhalten. Nicht nur durch die Anwendung einer historisch gesehen proletarischen politischen Linie, sondern auch durch ihre Rolle als objektive Avantgarde im Alltagskampf des Proletariats. Insbesondere in den Kämpfen für die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse der Massen. Und wenn diese soziale Integration für eine winzige Minderheit von Militanten aus Sicherheitsgründen oder aufgrund besonderer militanter Aufgaben nicht möglich ist, dann dürfen wir keine Außenseiter oder Rebellen sein, sondern Vollzeitmilitante, Berufsrevolutionäre und wenn auch das Wort einige Idealisten schockiert, Funktionäre ihrer Organisation.

4. Eine proletarisch-politische Linie

Das zweite Bindeglied zu den Massen ist natürlich die Verwirklichung einer proletarischen politischen Linie, die sich auf eine Klassenanalyse und einen Klassenstandpunkt stützt; das heißt einer Linie, die der geschichtlichen Funktion und dem geschichtlichen Werden des Proletariats als Klasse entspricht, die dazu aufgerufen ist, durch ihre Machtübernahme das Entstehen einer klassenlosen Gesellschaft zu ermöglichen. Die kommunistische Linie.

Die dritte Achse der Integration in die Volksmassen ist die organisatorische Linie. Wir haben nie an kleine verstreute Elemente gedacht(5), welche die Massen durch ihre Aktion aufwecken sollen, wie das die Anarchisten im vorigen Jahrhundert denken mochten. Für die Kommunisten geht es gegenüber den Massen darum, durch ihre politische Praxis das Proletariat aus einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich zu verschieben. Das heißt zur Klassenneubildung eines Proletariats beizutragen, dessen Bedeutung immer weiter wächst (im Gegenteil zu dem, was manche behaupten), das aber stark aufgeteilt ist (unterschiedlicher Status innerhalb der Arbeiterklasse, Proletariat im Dienstleistungsbereich usw.), um

schließlich die Verwirklichung des Proletariats als Klasse zu beschleunigen, als dialektische Voraussetzung für dessen eigenes Verschwinden im Übergang zum Kommunismus. Das bedeutet Zugang des Proletariats zum Klassenbewußtsein. Träger, Ausdruck und Faktor des Klassenbewußtseins ist dabei die politische Organisation des Proletariats als Partei.

5. Der Aufbau der Partei

Unsererseits denken wir, daß die Partei sich nicht selbst proklamieren kann, und die Partei als Voraussetzung für den revolutionären Aufschwung zu schaffen bedeutet, den Pflug vor das Pferd zu stellen. Die Partei ist der wichtigste politische Ausdruck des Proletariats, sein zentraler Ort, der Motor und die Verkörperung des revolutionären Klassenbewußtseins. Daher kann man annehmen, daß wenn man die Partei verteidigt, man das Proletariat verteidigt, aber wenn das letztgenannte nun in der Bewegung des Klassenkampfs noch nicht auf eine ausreichende Ebene der Wiederzusammensetzung, der politischen Identität und im gesamten sozialen Bereich als der größte objektive und subjektive Widersacher in Erscheinung getreten ist, dann riskiert die Entwicklung der Partei, sich - durch Kompromisse mit der Bourgeoisie in ihrem parteipolitischen Spiel - auf den Verrat der Klassen zu orientieren. Oder aber es wird eine Verknöcherung um die "richtigen" Grundsätze und eine Linie, die zu ihrer Zeit richtig war, deren Anwendungsversuche aber auf die Wandlungen der objektiven Realität stoßen, [*eintreten*, Einf. d. Hg.].

Wir können damit annehmen, daß die Partei die organisatorische Dynamik der objektiven Avantgarde des Proletariats zum Ausdruck bringt, daß sie aber ausdrücklich als gebildete Partei erst in Erscheinung treten kann, wenn sie vom Proletariat auf diesen Weg in die Welt gesetzt wird, wobei sie dann die politische, theoretische und militärische Zentralisierung des Proletariats in der Organisierung der entwickelsten Elemente seiner Avantgarde ausdrückt (die Partei ist weder eine Massenorganisation noch eine Gewerkschaft). Die Partei bildet sich als monolithischer Ausdruck der Reife des Proletariats im Zuge der politisch-militärischen Konfrontation und folglich im Zuge des schrittweisen Auftretens der Notwendigkeit eines zentralisierten Instruments, das dem Proletariat als wichtigstes Instrument für die Machtübernahme dienen kann.

Die russischen Kommunisten haben sich nicht sofort in einer Organisation konstituiert, welche den Anspruch erhob, allein über die richtige Praxis zu verfügen und von vornherein als zentral zu gelten. Allerdings konnte dort die Partei als solche vielleicht frühzeitiger in Erscheinung treten, insofern die proletarische Zentralisierung unmittelbarer vorhanden war: eine kleine konzentrierte Arbeiterklasse, die Organisation der Avantgarde dieser proportional reduzierten Schicht konnte ganz legitim als Partei des Gesamtproletariats auftreten (dessen Schichten, von der Arbeiterklasse abgesehen, völlig heterogen waren und damit keine autonome politische Kapazität hatten, was heute nicht mehr der Fall ist).

Doch sind wir weder Subjektivisten noch Mechanisten, wir denken auch nicht, daß die Partei durch spontane Zeugung oder schrittweise im Laufe der Entwicklung des Klassenkampfs entstehen wird, da eine Wechselwirkung zwischen dieser Entwicklung des Klassenkampfes und dem Vorgehen der Partei besteht. Damit es eine Partei gibt, muß der Wille dazu vorhanden sein, sie muß sich bilden, und diese Bildung muß einen bewußten politischen Willen und einer geduldigen Organisationsarbeit entsprechen. Alles hängt jedoch auch von den nationalen historischen Bedingungen ab, das heißt, nicht nur von den objektiven sozialen Gegebenheiten, sondern auch von der eigenen Geschichte, von jeder nationalen Arbeiterbewegung. In Spanien z.B. wird die Geschichte gekennzeichnet durch eine ununterbrochene Kontinuität der kommunistischen Bewegung, nicht nur der organisierten kommunistischen Existenz innerhalb der Arbeiterklasse, sondern sogar auf dem Niveau der kämpfenden kommunistischen Bewegung, da der bewaffnete kommunistische Kampf innerhalb des antifaschistischen Widerstands seit 1937 nie aufgehört hat. Aufgabe der modernen Kommunisten war somit die politische Wiedererrichtung der kommunistischen Partei und nicht ihre Schaffung aus dem Nichts, und diese historische Aufgabe ist das Werk der (wiedererrichteten) Kommunistischen Partei Spaniens. Es liegt auf der Hand, daß das in der BRD nicht der Fall ist, wo die kommunistische Bewegung ganz neu ins Leben gerufen werden muß, da es keinerlei Kontinuität dieser Art gibt, weil die kommunistische Bewegung dort seit vor dem Krieg zerschlagen worden ist.

In Frankreich ist die Lage ebenfalls anders (diese fundamentalen Unterschiede tragen übrigens mit dazu bei, daß der Aufbau einer einheitlichen revolutionären Bewegung auf europäischem Boden Blödsinn ist, abgesehen davon, daß soziale, wirtschaftliche und kulturelle Unterschiede selbst in dem imperialistisch immer stärker vereinheitlichten Europa wesentlich bleiben; zwischen London und Athen, Frankfurt und Neapel, Brüssel und Sevilla gibt es ebenso viele Unterschiede wie zwischen New York und Abidjan). Etwas vereinfacht läßt sich sagen, daß die Lage der Kontinuität der kommunistischen Bewegung in Frankreich besser ist als in Westdeutschland, doch nicht so gut wie in Spanien: einerseits aufgrund der Voraussetzungen, unter denen die FKP entstand, die von Anfang an große Schwächen hatte, und andererseits weil die Kapazitäten des bewaffneten kommunistischen Kampfs, der im Rahmen des antifaschistischen Widerstands zur nationalen Befreiung aufgetaucht war, 1945 abgewürgt wurde und wir also 40 Jahre Zerstörung kommunistischer Bewegung in diesem Land vorfinden. Für uns muß es somit in Frankreich weniger um eine Wiedererrichtung als um einen erstmaligen Aufbau der kommunistischen Partei gehen. Das ist eine langfristige organisatorische Aufgabe; nun sprechen wir von der Partei, wie wir sie weiter oben definiert hatten. Und diese Steigerungsfähigkeit des Aufbaus der Partei verbietet natürlich nicht anzunehmen, daß ein wichtiger Schritt auf diesem Wege der relativ kurzfristige Aufbau einer Partei wäre, einer revolutionären Partei mit folgenden drei Kennzeichen: Kommunistisch, Proletarisch, Kämpfend.

6. Der bewaffnete Kampf als Praxis der Avantgarde beim Aufbau der Partei

Wir stellen folglich den bewaffneten Kampf nicht als eine Gesamtheit von Grüppcheninitiativen dar, mit denen die Masse erweckt und Reaktionen ausgelöst werden sollen, wobei man abwartet, was geschieht. Der bewaffnete Kampf kann sich aber auch nicht darauf beschränken, den "bewaffneten Arm" der Massen zu bilden, wir lehnen diese Vorstellung völlig ab, die aus der Guerilla eine Art radikale Untergrundfraktion der Gewerkschaftsbewegung machen würde, wobei abgewartet würde, daß die Massen ein Bedürfnis äußern, um dann zu seiner Befriedigung beizutragen usw. Wir verstehen den bewaffneten Kampf weder als Ausdruck eines bewaffneten Arms der Massen noch als der bewaffnete Arm einer nicht bewaffneten politischen Organisation (wie das zwischen der proletarischen Linken und dem neuen Volkswiderstand der Fall sein könnte; dieses Konzept halten wir heute für falsch).

Andererseits betonen wir nachdrücklich, daß der bewaffnete Kampf nicht eine Form des Kampfs unter anderen ist, nicht ein besonderes Hilfsmittel der Massenkämpfe. Der bewaffnete Kampf läßt sich nur als kommunistisch und revolutionär bezeichnen, wenn er sich in die Kontinuität der historischen Strategie der kommunistischen Weltbewegung einfügt. Er muß zum konkreten Ausdruck des Pro-

zesses werden, bei dem die organisierte Avantgarde des Proletariats politisch in den Vordergrund tritt, eine Avantgarde, die der Ort ist, indem sich das Klassenbewußtsein des Proletariats katalysiert, was die historische Funktion der Partei ist, weshalb der revolutionäre bewaffnete Kampf ein wesentlicher und untrennbarer Bestandteil des Prozesses zum Aufbau der Partei ist.

Konkret bedeutet das unter anderem, daß der bewaffnete Kampf als politische Praxis, die durch eine wahre Strategie diktiert wird (die also unvereinbar ist mit Spontaneität und Subjektivismus) im Proletariat verankert sein muß und dort also höchster politischer und militärischer Ausdruck einer allgemeinen politischen Aktion, die zentral organisiert ist, funktionieren muß, das heißt also, daß die traditionellen Funktionen der Organisationen einbegriffen sein müssen, die sich auf die revolutionäre Bewegung berufen, ohne sich die Mittel zu geben, um wirklich revolutionär zu sein. Das bedeutet, daß um den bewaffneten Kampf herum (das heißt im selben Rahmen der organisierten Strategie wie der bewaffnete Kampf und nicht speziell durch ihn) alle taktischen Formen der politischen Aktion, der Propaganda, Agitation, Denunziation, Erklärung, Information, der Bildung und Entwicklung von Massenorganisationen ablaufen müssen.

VI. Die politisch-militärische Frage

1. Die Machtübernahme wird durch einen langandauernden revolutionären Krieg möglich sein

Nachdem wir uns mit dem Problem der Bewußtseinserweckung befaßt haben, ausgehend von der Kritik der Insurrektionstheorie, wollen wir diese Kritik fortsetzen, indem wir sie diesmal aus militärischer Sicht betrachten. Die politische Machtübernahme durch das Proletariat auf einem punktuellen und massiven Aufstand abstützen, ist heute unmöglich. Wir haben die politischen und ideologischen Gründe gesehen, die Gründe bestehen ebenfalls aus militärischen Motiven. Niemals waren die Repressionsapparate so mächtig und wirksam, niemals gab es ein solches Mißverhältnis zwischen den militärischen Möglichkeiten des Proletariats und den militärischen Kräften der bourgeoisen Diktatur. Auf internationalem Niveau steht uns das System der NATO gegenüber, die Koordination der Polizeien, die Informatisierung der Nachrichtendienste und damit der Aufschwung des internationalen Austauschs, die wirkungsvollen Möglichkeiten des "europäischen Rechtsraums", die aktive Tendenz zur europäischen Standardisierung der Bullen-, Justiz- und Knastapparate (mehr oder weniger) bis zu den militärischen Geräten. Selbstverständlich ist das alles von der Homogenisierungstendenz unzertrennlich, die sich auf der sozial-ökonomischen und politischen Ebene, unter der Schirmherrschaft der Sozialdemokratie, ergibt.

Auf nationalem Niveau brauchen wir uns nicht lange bei der militärische Macht des Feindes aufzuhalten, wir werden in dieser Frage von den antirepressiven Heulsusen und sonstigen Demokraten (selbst wenn sie bewaffnet sind), die vom "großen Bruder" besessen sind, zur Genüge mit Informationen bedient. Es reicht, das beträchtliche Anwachsen der Militär- und Polizeikräfte zu beschreiben, ihre wachsende technische und strukturelle Fähigkeit zur Aufstandsbekämpfung, das Überziehen des ganzen Landes mit einem engmaschigen polizeilichen Netz zur Überprüfung sowohl der Massen als auch des Einzelnen, für das alle Errungenschaften aus Wissenschaft und Technik eingesetzt werden.

Selbst in dem völlig unmöglichen Fall, daß die notwendige Planung und militärische Vorbereitung des Aufstands der militärischen Kontrolle des Feindes entgehen würde und es damit auch seiner präventiven Repression entgehen würde, hätten die Volksmasse auch nicht die geringste Chance im heutigen Westeuropa erfolgreich die direkte Auseinandersetzung zu übernehmen, was Formen des Stellungskriegs, die Errichtung befreiter Gebiete, die Besetzung städtischer Ballungszentren, die nicht nur punktuell wären, voraussetzt. Heute kann eine zahlenmäßig kleine, spezialisierte und professionelle Streitmacht, die mit modernem Gerät ausgerüstet ist, voll wirksam eine Offensive gegen einen Aufstand durchführen. Ferner ist die neue Dezentralisierung der Einsatzkommandos und ihre Fernmeldemittel zu berücksichtigen, was bedeutet, daß eine plötzliche Aufstandsoffensive nicht in der Lage wäre, das operative Funktionieren des Feindes zu lähmen, da die Führungs-, Fernmelde-, Logistik- und Kampfmittel nicht konzentriert sind, sondern auf sehr flexible Netze verteilt sind (die Frage läßt sich heute nicht mehr durch Einnahme einiger Kasernen und des Hauptpostamts lösen...).

Hinzu kommt, daß wenn die Entwicklungskrise des Imperialismus allzu kritisch andauern würde, ohne daß ein momentaner Ausweg in einer militärischen Konfrontation zwischen den Blöcken gesucht würde, könnte der Bourgeoisie gar nichts besseres passieren als ein Proletarieraufstand, weil es dann zu einer Neuauflage der Vernichtung der Kommune von 1871, der Kommune von Shanghai, der Spartakistenbewegung usw. kommen könnte. Die Bewegung würde im Blut erstickt werden, vor allem durch die neuen, leichten Artilleriesysteme, der Luftkampfmittel (vor allem Kampfhubschrauber), zweifellos auch mittels taktischer Nuklearwaffen, deren konterinsurrektioneller Einsatz ausgesprochen realistisch erscheint, weil die materiellen Vernichtungen relativ begrenzt sind (was weniger spektakulär und moralisch akzeptabler ist), wobei die vielseitigen Anwendungsmöglichkeiten dieser taktischen Nuklearsysteme sehr aussichtsreich erscheinen und ein großer Fortschritt für die Militärwissenschaft sind. Diese Art militärischer Konfrontation hätte für die Bourgeoisie die Vorteile der klassischen innerimperialistischen Kriege: Brutale wirtschaftliche Erneuerung, Beseitigung der Überproduktion usw. Außerdem ließen sich damit einige Reste institutioneller Widersprüche der Bourgeoisie durch Einsetzung brutaler staatlicher Strukturen beseitigen, es würde zu einer besseren Beherrschung der imperialistischen Umstrukturierungsbewegungen kommen, und ein gebrochenes Proletariat würde wieder erneut ein halbes Jahrhundert sozialen Friedens unter verstärkter Ausbeutung und Repression ergeben.

Wir müssen uns also für einen langfristigen revolutionären Prozeß, einen langandauernden Revolutionskrieg entscheiden, weil derzeit die Aussichten auf eine Revolution ausgeschlossen sind, die sich auf einen friedlichen, parlamentarischen Übergang (diese Lösung ist so absurd, daß wir gar nicht darüber sprechen) oder einen friedlich vorzubereitenden plötzlichen und massiven Aufstand abstützen würden.

2. Die wichtigsten Kriterien in Verbindung mit der strategischen Entscheidung des bewaffneten Kampfs

Als Zusammenstoß zwischen militärisch ungleichen starken Kräften muß der proletarische Befreiungskrieg als Hauptform die Guerilla haben, da der Partisanenkrieg das einzige militärische Mittel ist, das bei einer Konfrontation mit zahlenmäßig und technisch überlegenen Kräften erfolgreich sein kann.

Ein solcher langandauernder Krieg wird innerhalb des Proletariats die Entwicklung einer echten (und nicht selbst ernannten) Avantgarde ermöglichen, die durch das Klassenbewußtsein bestimmt ist. Ein Klassenbewußtsein, das sich nur durch einen absoluten Einsatz im Klassenkampf, und dies auf seinem höchsten Niveau, in seiner Gesamtheit erwerben und sich objektiv verwirklichen läßt. Der bewaffnete Kampf für den Kommunismus zielt auf diese kämpferische Gesamtheit ab und will somit den Raum der absoluten antagonistischen Konfronta-

tion als den Ort bezeichnen, wo das revolutionäre Klassenbewußtsein entsteht, insofern es vor allem eine Vollständigkeit ist, das vollständige Bewußtsein, am Gang der Geschichte als Klasse beteiligt zu sein, deren Kampf um die Macht die Menschheit aus ihrer tierhaften verfremdeten Vorgeschichte herausreißen wird.
Die Partei ist zugleich Träger und Produkt des Klassenbewußtseins, da sie die Zentralität des Proletariats als Klasse zum Ausdruck bringen muß und die am weitesten fortgeschrittene Organisationsform des Proletariats ist.
Folglich muß der bewaffnete kommunistische Kampf der höchste (weil der vollständigste) Ausdruck des Klassenbewußtseins sein, doch ist die Partei zugleich Träger und Produkt dieses Klassenbewußtseins (genauso wie sie ihr organisatorischer Ausdruck ist, während das Konzept des bewaffneten Kampfes sich mehr auf die Äußerungsform als auf die Art der Kollektivierung des Bewußtseins bezieht); der bewaffnete Kampf äußert sich daher gemäß einer Entwicklung, welche die der Partei eigentümlichen Funktion zunächst auftauchen läßt und dann ihre Verwirklichung anstrebt. In diesem Sinn ist der bewaffnete Kampf der Klassenkampf, der den Weg zum Aufbau der Partei beinhaltet. Das erfordert von der Guerilla einen klaren Kurs bei ihren Entwicklungsentscheidungen. Schauen wir uns das näher an:
- Wir wollen den Kommunismus. Um dahin zu gelangen, muß das Proletariat die Macht übernehmen und sie ungeteilt ausüben. Das ist heute angesichts der Polarisierung der Gesellschaft möglicher denn je. Sie hat aus dem Proletariat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gegenüber der Bourgeoisie gemacht, die sich zunehmend um die imperialistische Oligarchie schart, selbst wenn die innere Zusammensetzung des Proletariats heterogen ist (allerdings darf man das auch wieder nicht übertreiben, da z.B. die Arbeiterklasse immerhin sehr viel homogener ist als früher). Das "Volk" hier und jetzt ist das Proletariat, nur die Proletarier. Und das Kleinbürgertum? Es liegt in jeder Hinsicht im Sterben und kann keinerlei revolutionäre Rolle mehr spielen, es ist heute historisch völlig reaktionär, da seine objektiven Interessen, (die es übrigens in seinen politischen Äußerungen voll zum Ausdruck bringt) einmal eine Ablehnung der Vernichtung des Kapitalismus (daher immer heftigerer Antikommunismus des Kleinbürgertums insgesamt, selbst in seinen früher als "fortschrittlich" bezeichneten Schichten: die Linksintellektuelle z.B. sind die hohen Priester im Kampf gegen den Kommunismus) und Widerstand gegen die imperialistische Entwicklung sind, was in beiden Fällen dem Sinn der Geschichte zuwiderläuft und somit reaktionär ist. Folglich muß sich die Guerilla als Kampfform und Organisationstyp im Proletariat entwickeln und darf auf keinerlei Klassenbündnis beruhen. Dabei sehen wir das Proletariat nicht so wie bestimmte Subjektivisten, die das Proletariat anhand von Bewußtseinskriterien oder Situationen im Abseits definieren, sondern wir verstehen es im marxistischen Sinn des Wortes und können hier, wenn wir sehr großzügig sind, nur diejenigen als Proletarier sehen, deren Einkünfte weder direkt noch indirekt auf einer Mehrwertauspressung stammen. Wir sprechen dabei nicht vom Proletarier als "soziale Figur" oder von etwas das durch sozio-kulturelle Kriterien definiert ist, sondern einzig und allein anhand seines objektiven Platzes in den Produktionsverhältnissen.
Das bedeutet nicht, daß Außenseiter oder Kleinbürger, getrieben von ihrer Subjektivität oder ihrer intellektuellen Überlegung sich nicht auf seiten der Guerilla einsetzen können. Das soll nur heißen, daß die Arbeit der organisatorischen Entwicklung der kommunistischen Kämpfer sich ausschließlich im proletarischen Milieu abspielen muß, daß die politische und militärische Leitung der Organisation streng von Proletariern gesichert wird (und nicht von Kleinbürgern bzw. subjektiven Proletariern).
- Ein weiterer Wesenszug der Guerilla auf ihrem Weg zum Aufbau der Partei ist die Bildung einer Kaderorganisation. Die den bewaffneten Kampf führende Organisation hat absolut nichts mit einer Massenorganisation zu tun, es handelt sich weder um eine bewaffnete Gewerkschaft noch um eine Art Dachverband von Kampffronten, von sozialen Bewegungen oder bewaffneten Gruppen, die politisch autonom wären, es handelt sich auch nicht (folgt meinem Blick...) um ein Untergrundgrüppchen, das sich auf Bewegung Ausgeflippter, Lumpenproletarier oder orientierungslosen Kleinbürgern abstützt (welche die erste Gelegenheit nützen, um zu bereuen und ganz aktiv mit den Bullen zusammenzuarbeiten; auch das ist eine Gemeinsamkeit zwischen bestimmten derzeitigen Gruppen oder den sozialrevolutionären bzw. anarchistischen Gruppen von früher, von denen sie bis zum Sigel beeinflußt werden). Ganz im Gegenteil, die kämpfende kommunistische Organisation muß aus kommunistischen Kadern zusammengesetzt sein, daß heißt aus erfahrenen Partisanen, die höchst politisiert sind, eine solide Erfahrung in Massenagitation, Propaganda und Organisation haben und ausreichende politische und theoretische Fähigkeiten haben, damit jeder Militante der aktive Erzeuger der kollektiven politischen Linie sein kann. Jeder Kämpfer muß in der Lage sein, die gesamte strategische Linie auf sich zu nehmen und er muß somit politisch und militärisch fähig sein, von sich aus und unter allen Umständen eine Organisationseinheit ins Leben zu rufen oder neu zu errichten.
- Um den revolutionären Prozeß wirklich zu beherrschen, und zu verhindern, daß die kämpfende kommunistische Organisation nur eine Art bewaffneter Arm der spontanen Massenbewegung ist (die durch Spontaneität nicht zur Revolution geführt werden, sondern zum "Gewerkschaftswesen" wie Lenin bemerkte) und sich diesem gegenüber folgsam und opportunistisch verhält, müssen Arbeitsweise und Vorgehen der Organisation eine einheitliche Linie zum Ausdruck bringen, in der jeder Partisan sich voll identifizieren muß. Opportunismus und Bündnisse auf der Basis eines "kleinsten gemeinsamen Nenners" sind abzulehnen. Es handelt sich somit nicht um eine Sammlungsbewegung, in der jeder tut, was ihm paßt, wobei man sich auf einer politischen Basis befindet, die häufig in den letzten Jahren die Regel war und sich folgendermaßen zusammenfassen läßt: "Man muß was tun, man muß sich organisieren, um mit den Kumpeln und netten Leuten, die handeln wollen, Sachen gemeinsam zu tun" oder sonstige Absurditäten, die übrigens de facto völlig undemokratisch sind, da die Weigerung der politischen und organisatorischen Strenge dazu führt, daß die tatsächliche Leitung dieser Art von Konglomerat von einer "Elite" monopolisiert wird, die aus denjenigen besteht, die aufgrund ihrer persönlichen Erfahrung oder ihres sozialen-beruflichen Status mehr politische und theoretische Fähigkeiten haben. Eine wirkliche kommunistisch Funktionsweise muß ganz im Gegenteil auf dem demokratischen Zentralismus beruhen, auf einer präzisen, organisierten Struktur, so daß jeder wirklich und wirksam an der Ausarbeitung der politischen Linie teilnehmen kann, in einer organisierten kollektiven Betätigung, die sich eine zentrale politisch-militärische Führung als Funktion gibt, welche die Kollektivierung und Vereinheitlichung der Synthese der politischen, militärischen, theoretischen und organisatorischen Praxis der verschiedenen Kampfeinheiten und jedes einzelnen Militanten gewährleistet.
- Diese strukturierten und zentralisierten Aspekte einer Organisation, die auf diese Weise versucht, sich die Mittel zu geben, um objektiv an der objektiven Spitze des Klassenkampfs zu sein, führen dazu, daß die Organisation der kommenden Partei vorgreift, und auf diese Weise kann die

Partei sich im Verlauf des revolutionären Prozesses herausbilden. Dieses Konzept des "Vorgriffs" ist extrem wichtig, denn dank ihm lassen sich sowohl abenteuerliche Übereiltheit als auch Verknöcherung vermeiden, ein Festfahren aufgrund der Unfähigkeit, den Kampf von einer Phase in die nächste zu führen. Daher gibt sich der revolutionäre bewaffnete Kampf keine endgültige Form, die bis zum Endsieg beibehalten werden müßte. Er muß eine Reihe unterschiedlicher Phasen durchlaufen, die miteinander verknüpft sind und jeweils einer bestimmten Situation des politischen und militärischen Kräfteverhältnisses entsprechen. Dabei ergibt sich die Verknüpfung zwischen zwei aufeinander folgenden Phasen gerade dadurch, daß eine bestimmte Phase einer historisch gegebenen Situation entspricht, gleichzeitig aber auch auf die folgende Phase vorausgreifen muß und also die Tendenzen enthält, die sich durch ihre Entwicklung in der folgenden Phase voll durchsetzen werden, die dann ihrerseits wieder zum Teil auf die nächste folgende Phase vorausgreifen usw.

3. Die Vorbereitungsphase auf die Etappe der bewaffneten Propaganda

Das bedeutet, daß wir uns in Frankreich in einer Vorphase der Phase der bewaffneten Propaganda befinden, die aus drei hinsichtlich ihrer Bedeutung aufeinanderfolgenden Phasen bestehen muß, die jedoch chronologisch gesehen eine gewisse Gleichzeitigkeit haben sollen oder zumindest rasch aufeinander folgen:

1. Am Vorrangigsten ist eine intensive theoretische Vorarbeit, Analyse der aktuellen Realität in all ihren Komponenten, und deren Neuintegration in eine historische Perspektive und eine ausreichend konkrete und vollständig globale revolutionäre Strategie zu entwickeln, die dann in Verbindung der daraus folgenden Praxis sich als zusammenhänge und totalisierende politische Linie äußert, welche die politische Kontinuität und die politisch-militärische sowie die organisatorische Entwicklung weiterführt.

2. Eine politische Einigungsarbeit um die eben genannte politisch-theoretische Basis. Das muß sich in einem Ansatz zur Strukturierung der revolutionären Organisation äußern, die bereits zu diesem Zeitpunkt folgende Eigenschaften aufweisen muß: eine strukturierte Organisation (anhand der Erfahrungen, die wir aus den traditionellen Organisationsformen der Arbeiterbewegung und aus den verschiedenen und gegenwärtigen Erfahrungen der revolutionären Guerilla ziehen), strategisch zentralisiert, kommunistisch, im Untergrund und bewaffnet, antiimperialistisch und damit internationalistisch (was aber keinerlei Fusion mit Organisationen bedeutet, die aus anderen nationalen Realitäten herkommen, denn das wäre erst in einem sehr hohen und damit späteren Entwicklungsstadium denkbar), proletarisch durch ihre Zusammensetzung und ihre Klassenstellung. Sie muß das Politisch mit dem Militärischen unter einheitlicher Führung verbinden, was bereits ein Ansatz zur "kämpfenden Partei" ist, von der Lenin als Organisationsform der Avantgarde während der Insurrektionsperiode sprach; das politische darf dabei dem militärischen nicht untergeordnet sein, andererseits darf das militärische auch nicht einfach ein "bewaffneter Arm" des politischen sein, da beim heutigen Stand der imperialistischen Integration die militärische Frage vor allem eine politische ist und die politische Frage sich ohne Einbeziehung der militärischen Frage weder lösen noch stellen läßt. Das Politische und das Militärische sind untrennbar, und im modernen proletarischen Befreiungskampf wird die Partei ebenfalls der zentrale Kern der Roten Armee sein.

Die Mittel dieser Praxis der politischen Bildung und Vereinheitlichung sind der politische Kampf innerhalb der revolutionären Bewegung. Bekehrungseifer, die Ausbildung von Kadern, Massenagitation und -Propaganda in all ihren Formen und in allen Bereichen, die wahre Einsätze des Klassenkampfs bilden(6).

3. Eine militärische Praxis, welche darauf abzielt, der Organisation die Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik und ihrer weiteren politisch-militärischen Entwicklung in der Guerilla zu geben. Diese Praxis des bewaffneten Kampfs erfüllt damit drei Funktionen: ideologisch und politisch, logistisch organisatorisch. Die Bedeutung der militärischen Aktion in der derzeitigen Phase ist nicht sofort erheblich und kann keine "strategische" Tragweite im politischen und ideologischen (und natürlich noch weniger im militärischen) Sinne haben; sie nicht auf abstrakten Analysen wie geopolitischen Überlegungen oder anderer völlig abstrakten Konzeptionen beruhen zu lassen, wie die "Umstrukturierung-zur-Kriegsvorbereitung-zu-bekämpfen", unter denen sich niemand etwas vorstellen kann. Man muß entschlossen konkret, direkt leserlich sein; ein richtiges politisches Vorgehen das keinen Kommentar und Erklärung braucht.

Die Bedeutung dieser Praxis liegt besonders in der Vorbereitung der wirklichen, offenen Phase bewaffneter Propaganda, das heißt: indem schon einige Aspekte aufgezeigt werden, jedoch relativ verstreut und gemäß der flexibelsten Ausdrucksformen.

4. Die Phase der bewaffneten Propaganda

Diese von uns gerade genannte Phase muß sich konkrete politische und organisatorische Ziele vornehmen, welche kurzfristig erreichbar sind, da es sich um eine kurze Periode handelt. Dagegen ist es schwer, im voraus den zeitlichen Rahmen der eigentlichen Phase der bewaffneten Propaganda zu bestimmen, da ihre Resultate anders als in der ersten Phase nicht von uns abhängen. Die Etappe der bewaffneten Propaganda muß alle Aufgaben der vorhergehenden Periode fortführen, zu denen sich eine Umwandlungsaktion der Realität des Landes hinzufügt, indem sie als errichtete politische Kraft einschreitet. Die Phase der bewaffneten Propaganda ist durch folgende Aspekte gekennzeichnet, die mehr auf eine Entwicklung als auf eine direkte Übernahme des Kräfteverhältnisses abzielen:

- Die revolutionären kommunistischen Ideen müssen, mit den Guerillaaktionen als Stütze, so breit wie möglich verbreitet werden; diese Aktionen spielen dabei eine medienpolitische Rolle: mag für die Bourgeoisie womöglich das Fernsehen das schlagkräftigste Medieninstrument sein, nur gut, für uns ist es die bewaffnete Aktion, deren Wirksamkeit im übrigen durch die Medien des Feindes verstärkt wird. Es geht nicht um Aktionen, welche von der Mehrheit der Massen begeistert aufgegriffen werden, denn wenn das möglich wäre, dann würde das bedeuten, daß das Klassenbewußtsein des Proletariats soweit entwickelt ist, daß die Revolution bereits seit langem hätte stattfinden müssen; nein, es geht einfach darum, daß die Aktionen richtig sind (nicht richtig an sich, das will nichts besagen, sondern richtig in Funktion ihrer politischen Wirksamkeit), wobei die Ziele so selektiv sein müssen, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht angegriffen fühlen kann. Die bewaffneten Aktionen müssen in den proletarischen Schichten Zustimmung finden, bei denen wir die stärksten revolutionären Potentiale erkannt haben. Das wiederum hängt mit der unumgänglichen notwendigen Klassenanalyse zusammen, denn bei jeder bewaffneten Aktion muß man ebenso wie bei jeder schriftlichen oder mündlichen Äußerung, von der Bombe bis zum einfachen Flugblatt obligatorisch, sehr präzise festlegen, an wen man sich richtet; Aktionen der revolutionären Praxis brauchen sich nicht darum zu kümmern, ob sie moralisch an und für sich richtig sind (und wäre es eine "revolutionäre" Moral) noch um die großen abstrakten Analysen, sondern sie müssen völlig bestimmt sein durch eine straffe Dialektik, in der die Klasse oder Klassenschicht

oder sogar diese oder jene Gesellschafts- oder Berufsgruppe oder sozial-kulturelle Gemeinschaft bestimmt ist, auf die sich die fragliche Aktion abstützt und an die sie sich wendet.
Ausschlagebend für die Wahl und das Niveau der Aktion ist jedoch nicht, ob sie "den Massen Spaß macht". Die Aktionen müssen nämlich immer oberhalb dessen angesiedelt sein, was von der Mehrheit voll gebilligt werden könnte, allerdings ohne politisches Abenteuertum, also ganz genau an der Grenze, jenseits der die Aktion von seiten der Proletarier mißbilligt werden würde (angesichts der derzeitigen Herrschaft der Bourgeoisie). Indem sie also ständig diese Akzeptanzstufe der proletarischen Mehrheit streifen, führt die Vervielfachung der Aktionen dazu, daß die breiten Massen sich daran gewöhnen, die bewaffnete Aktion als eine politisch legitime, normale und natürliche Form des politischen Kampfes anzusehen. Der bewaffnete Kampf erlangt dadurch die Legitimität und Ernsthaftigkeit, die das politische, ideologische und militärische Engagement einer wachsenden Zahl von Proletariern begünstigt. Wenn wir in den letzten Sätzen jedesmal ausdrücklich von "Proletariern" sprechen, dann weil es uns einzig und allein um das Proletariat geht.
Wir messen dem hysterischen "Antiterrorismus"-Geschrei, dem Seufzen und Gekreische der Linksradikalen und der Demokraten, das heißt all der verängstigten Kleinbürger, die sich der Entwicklung des revolutionären bewaffneten Kampfs widersetzen, nicht die allerkleinste Bedeutung bei, weil dieser sie nicht mehr ruhig ihre Existenzängste und ihre müßigen Diskussionen genießen läßt. Der bewaffnete Kampf stört die berufsmäßigen Jammerfritzen, die in einem abstoßenden Sadomasochismus gegen die "Repression" gefallen finden und die fürchten, von der gegen den revolutionären Kampf gerichteten Repression ebenfalls betroffen zu werden, was uns völlig egal ist, ganz im Gegenteil, wenn sie durch den Gegenschlag der legitimen Repressionsaktionen zum Selbstschutz der Bourgeoisie gegen die proletarischen und revolutionären Angriffe zu leiden haben: eine wahre Erlösung!
Gegen die großen und kleinen Wächter der bourgeoisen Moral, die jahrhundertelang als Rechtfertigung für Sklaventum, Massenmord, Repression und Entfremdung schlimmster Art diente, werden wir die Wahrheit sagen, weil man sagen muß, wie es ist, um es verändern zu können, wir werden es durch unsere Politik, durch unsere Aktionen sagen: Nein, nicht alle Menschen sind Brüder, Mensch ist nicht gleich Mensch, ein Toter hat nicht dasselbe Gewicht wie ein anderer. Es ist richtig, auf weißen Terror mit rotem Terror zu antworten. Und wenn das den Kleinbürgern mißfällt, dann wird es derselbe Preis sein, denn wenn diese Klasse behauptet, sich nach moralischen Werten eines humanistischen, idealistischen und erstarrten Bewußtseins zu richten, so kämpfen die Proletarier nicht, um sich mit einem innewohnenden Bewußtsein voll zu füllen, sondern für ihr Leben, sowohl für ihren Alltag als auch für ihr historisches Werden, ihr Leben das beschlagnahmt, niedergewalzt und entfremdet ist. Die philosophische Nuance ist erheblich, auf Seiten der Bourgeoisie gibt es ein vollendetes, ausgebildetes Bewußtsein und es geht darum, die objektive Realität mit den moralischen Werten dieses Bewußtseins in Übereinstimmung zu halten, während es auf Seiten der Proletarier weder eine vollendete Moral noch ein vollendetes Bewußtsein gibt, sondern nur ein wesentliches Vorrücken eines Bewußtseins durch die Umwandlung der objektiven Realität, eine Dynamik die das Auftreten von neuen Werten mit einbezieht. Auf der einen Seite also der Anspruch auf eine Immanenz der Tatsachen und Werte, auf der anderen Seite, unserer Seite, bewußte Unterwerfung an eine Transzendenz, unter anderem die Transzendenz der Geschichte, die den Gang der Welt durchläuft. Radikaler Unterschied.
Daher braucht die kommunistische Partei keinerlei Demagogie einzusetzen, man braucht sich nicht "beliebt" zu machen und die Frage, ob revolutionäre Aktionen auf Zustimmung oder Ablehnung stoßen, stellt sich nur in einer historischen, strategischen Perspektive und vor allem in einem Klassensinn, das heißt ausschließlich in Funktion der bestimmten sozialen Schichten, an denen sich die revolutionäre Politik richtet und nicht in Funktion der "Leute" im allgemeinen (dieser Begriff ist bedeutungslos, außer für die Subjektivisten, die "Gesellschaft" und "Staat" gegenüberstellen). Der bewaffnete Kampf kämpft gegen das Aufgeben, die Entmutigung und die Passivität, indem er zeigt, daß es eine wirkliche Oppositionspolitik, eine Praxis des realen Bruchs geben kann, daß die Furcht das Lager wechseln kann, die Straflosigkeit und Permanenz der Ausbeuter und Unterdrücker nichts Endgültiges sind, das auch für die Unterdrückten Angriff möglich ist. Dabei versucht der bewaffnete Kampf das mitzuteilen, was wirklich eine neue Mentalität sein muß: "Wagt es zu kämpfen, wagt es zu siegen!", was der Funktion der Bewußtseinsbildung des bewaffneten Kampfs an sich entspricht.

5. Die Frage der Organisation im bewaffneten Kampf

- Diese Funktion der bewaffneten Propaganda muß zusammen mit den anderen vielfältigen Formen der politischen Aktion (insbesondere Massenarbeit) während dieser Phase organisatorische Ausdrucksformen finden. Es genügt nicht, Aktionen durchzuführen, auch wenn sie strategisch miteinander verbunden sind, sondern diese müssen unter allen Umständen innerhalb des Proletariats eine Kontinuität haben. Zu dieser Hauptbeschäftigung stoßen wir auf die Frage der Sympathisanten, ein sehr verworrener Begriff, der jeden politischen wie militärischen Opportunismus erlaubt (wie uns die beklagenswerte Schwäche und Isolierung gegenüber der Repression derjenigen zeigt, die sich nicht scheuen, sich in ihrer bewaffneten Praxis auf unpolitische Individuen, Straftäter, ausgeflippte Kleinbürger und Anarchisten abzustützen, und sich selber als "Kommunisten" bezeichnen usw.; es wäre zum Lachen, wenn die menschlichen und ideologischen Schwächen nicht so schwerwiegend wären).
Wir denken, daß die Abschottung der Strukturen absolut sein muß, das die Partisanen ihre politische Zugehörigkeit völlig geheim halten müssen und daß die Organisation völlig hermetisch sein muß.
Was versteht man nun demgegenüber unter Sympathisanten? Wenn wir uns das Beispiel von bestimmten Gruppen ansehen, dann konnte man denken, daß es "Sympathisanten der Guerilla" gibt. Leute, die mit Formen des bewaffneten Kampfs sympathisieren, wozu jede ideologische Welle ausreicht, und die Rolle der "Militanten" wäre dann, diesen sogenannten Sympathisanten die Soße zu liefern, mit der alles umhüllt wird, das heißt eine ritualisierte, konfuse, mechanisierte Phraseologie, zusammengesetzt aus idiotischen Wortneuschöpfungen (in Frankreich geschieht das vor allem, indem man nach einigen Phrasen von achtundsechzig greift, die an einem unverständlichen Salat von italienischen und deutschen Wörtern umformiert werden, was einem Denken von verzweifelnder Armseligkeit einen "seriösen" Anstrich gibt). Das Resultat ist, daß wir in diesen Gruppen gänzlich unpolitische Ausgeflippte, Bullen, Spitzel, Humanisten, die existentiell auf Abwege geraten sind, sehen, die an bewaffneten Aktionen teilnehmen, bewaffnete Raubüberfälle durchführen, sich um Logistik kümmern, Verantwortlichkeit und andere Ungereimtheiten übernehmen. Wir unsererseits erklären, daß eine wirklich kommunistische Organisation keine aktiven Sympathisanten haben kann, die man als "Sympathisanten des bewaffneten Kampfes" bezeichnen könnte. Der bewaffnete Kampf muß dem höchsten Niveau des Engagements entsprechen, dieser kann sich nur auf einem

hohen Stand des politischen Bewußtseins abstützen, an ideologischer Festigkeit, theoretischer Ausbildung und militanter Erfahrung. Ansonsten läßt der Wunsch sich als Kämpfer oder aktiver Sympathisant zu engagieren, nur ein militaristisches, abenteuerlustiges, im besten Fall manipulierbares Individuum erkennen. Für Militaristen und Abenteurer darf es aber keinen Platz in einer kommunistischen Organisation geben. Ganz anders stellt sich die Frage für Personen, die sich wirklich im Volk eingefügt haben, die kämpferisch sind, sozial und psychologisch klar sind und die den kämpfenden kommunistischen Ideen in der Ganzheit ihres politischen Bewußtseins und nicht nur in Teilaspekten nahestehen. Es ist besser, sich auf aufrichtige und solide Kommunisten abzustützen, statt auf Leute, die den bewaffneten Kampf billigen, ihn unterstützen wollen, aber keine kommunistischen Militanten sind. Das muß man begreifen, um die notwendige Ausbildung politischer Kader, Führer und vermittelnde Kader der Guerilla und der Massenbewegung absichern zu können. Die Existenz von Massenkadern, die nicht in der Guerilla aufgehen, ist eine absolute Notwendigkeit in jeder historischen Situation und überall in der Welt. Sie ist eine unausweichliche Voraussetzung nicht nur für die qualitative und quantitative Entwicklung der revolutionären Kräfte, sondern auch für das einfache Überleben der Guerilla angesichts der feindlichen Gegenangriffe, indem sie einen ständigen Wiederaufbau der Strukturen ermöglicht, wenn diese während dem Zusammenstoß Einbußen erleiden. Der militärische Gegenschlag der Bourgeoisie drängt die ursprünglichen Strukturen in eine völlig unproduktive Defensive und verwandelt den revolutionären Kampf in einen einfachen Kampf zwischen einer Gruppe bewaffneter Rebellen und dem Staat (eine Lage, die angesichts des ungleichen Kräfteverhältnisses kaum länger zugunsten der Guerilla andauern kann), falls es nicht innerhalb der Volksmassen Partisanen gibt, die die politischen Fähigkeiten haben, in ihrem Bereich die quantitative Entwicklung fortzusetzen, ständig die vernichteten Kampfeinheiten wieder aufzubauen und mit der Ausarbeitung und dem Funktionieren der politischen Linie weiterzumachen. Die Rolle dieser Massenkader ist es, eine politische Massenpraxis zu organisieren und durchzuführen, die sich in ihren Entscheidungen und Ausrichtungen an der strategischen Linie der kämpfenden kommunistischen Organisation orientiert. Dies innerhalb der bereits existierenden Massenorganisationen, die notwendig sind, um die Kämpfe für die unmittelbaren Bedürfnisse des Proletariats führen zu können, unabhängig von den Organisationen der Klassenzusammenarbeit. Durch diesen Prozeß erfolgt das qualitative und quantitative Anwachsen der Guerilla, weil nur aus dieser politischen Massenpraxis die proletarische Avantgarde hervorgehen kann, aus der die organisierten kommunistischen Kämpfer hervorgehen sollen. Das bedeutet, daß die Organisation keine Mühen scheuen darf, die erforderlichen politischen und strukturellen Mittel anzuregen, um im Volk die bewußtseinserweckende Aktion des revolutionären bewaffneten Kampfs zu verstärken, da das Klassenbewußtsein sich in dem Maß entwickelt, wie das Proletariat sich politisch organisiert, allein die Tatsache, daß bewaffnete Aktionen durchgeführt werden, genügt natürlich nicht, um die Organisation entstehen zu lassen. Folglich sind Instrumente für eine nichtbewaffnete politische Aktion notwendig. Mittel für die Agitation, für die Propaganda, der Popularisierung der Kampfaktion der Massenorganisation in bestimmten Teilbereichen, der theoretischen und politischen Ausbildung der Untergrundpartisanen als auch der politischen Massenkader.

6. Der Aufbau der Organisation kann nicht mit einer Frontpolitik identisch sein
- Diese politische Aktion der Organisation und der Ausbildung der in vorderster Linie stehenden Elemente der Volksmassen beinhaltet ein weiteres strategisches Ziel, das zur Phase der bewaffneten Propaganda gehört. Die kämpfende Organisation darf nicht eine Koordinierung von Fronten sein, sondern sie muß homogen, monolithisch, genau strukturiert und in ihrer Führung zentralisiert sein. Dann setzt die Phase der bewaffneten Propaganda diesen Prozeß der Strukturierung und Vereinheitlichung/Zentralisierung fort, aber sie muß ebenfalls dieses Ziel ausweiten. Die bewaffnete Propaganda ist die erste Form des konkreten Auftretens der Politik des bewaffneten Kampfs für die kommunistische Revolution, sie ist die erste öffentliche Äußerung der politischen Linie der kämpfenden kommunistischen Organisation. Dieser Prozeß muß die Richtigkeit der befolgten Linie zeigen, indem sie politische und militärische Erfolge davonträgt, indem sie sich sichtbar entwickelt und von den Schlägen der feindlichen Abwehr weniger betroffen wird als andere. Diese Phase muß also eine anti-sektiererische Politik der politischen Öffnung, des Dialogs, der politischen und militärischen Konfrontation umfassen, welche den Prozeß der Einigung unter de Revolutionären fördern muß. Wir gehen allerdings nicht von dem illusionären Grundsatz einer "natürlichen" Einheit aus, von einer Einstellung "wir sind alle Brüder trotz unserer Unterschiede im Detail", was spontane Annäherungen und Anläufe zum einträchtigen Miteinander legitimieren würde, nein, und es sind sicherlich nicht die Formen des Kampfes, die ein Kriterium für politische Nähe bilden können. Nochmals, wir sind gegen Frontpolitik, wenn es um strategische Fragen geht, wie sie vom revolutionären bewaffneten Kampf gestellt werden, wir sind gegen die Tatsache, sich mit politischen "Umfeldern" zu identifizieren. Die Einigungsprozesse zwischen Organisationen, Strömungen und Gruppen sind nur mit einer sehr schrittweisen, politisch sehr vorsichtigen Annäherung denkbar, in deren Verlauf die betroffenen Gruppen sich objektiv wandeln. Das, was vereinigen kann, ist auf keinen Fall ein Zusammenschluß und auch nicht Bündnisse, sondern der politische Kampf, die Konfrontation, der Kampf zwischen zwei Linien, das heißt der Ablauf des Klassenkampfs innerhalb der revolutionären Bewegung selbst. Das umfaßt eine intensive politische und theoretische offene Praxis: Thesen, Analysen, Orientierungen (natürlich nicht die taktischen) müssen weitgehend bekannt, und von den Revolutionären kritisch diskutiert werden.
Mit der politischen und ideologischen Aktion des bewaffneten Kampfs an sich und der vielfältigen politischen Aktion der kommunistischen Organisation innerhalb der proletarischen Massen ist diese Praxis des offenen politischen Kampfs innerhalb der revolutionären Bewegung (und in der politischen Szene im Allgemeinen) die dritte politische Funktion, über die die kommunistische Organisation verfügt, um sich qualitativ und quantitativ fortzuentwickeln.

VII. Hin zum revolutionären Bürgerkrieg

1. Während der Phase der bewaffneten Propaganda entstehen die Voraussetzungen für den revolutionären Bürgerkrieg
- Die Phase der bewaffneten Propaganda bereitet somit auf allen Ebenen die darauffolgende Phase vor, doch der augenfälligste Vorgriff ist zweifellos die objektive Funktion des bewaffneten Kampfs (wenn auch beschränkt auf ihr propagandistisches Stadium), auf die Voraussetzungen des Kräfteverhältnisses. Obwohl es sich noch nicht um eine Praxis handelt, welche das Kräfteverhältnis direkt verändert, sprechen wir von den Voraussetzungen dafür. Diese Funktion ist evident, allein die Tatsache, daß sich ein bewaffnetes Dissidententum (7) äußert, begünstigt den Prozeß der Militarisierung der kapitalistischen Führung, die Zuspit-

zung der Widersprüche der bourgeoisen Demokratie, die Militarisierung der Politik. Während dieser Phase versucht die Guerilla natürlich nicht, militärisch zu siegen, doch ihre Störtätigkeit und die Vervielfachung der Aktionen drängen den bourgeoisen Staat in die Defensive, was ja gerade angestrebt wird (es muß soweit kommen, daß Sandsäcke vor jeder Bank gestapelt sind; jeder Bau der Arbeitgeberschaft, der Polizei, der Armee, der Justiz, der Politiker muß von Stacheldraht umgeben sein). Die Dialektik des revolutionären Prozesses führt genau durch diese Reaktion. Denn derzeit erstreckt sich die bourgeoisen Diktatur genau über den gesamten sozialen Bereich bis in die Köpfe hinein, wenn sie aber gezwungen ist, sich defensiv neu zu formieren, indem sie sich stärker militarisiert, dann läßt sie eine neue subjektive Distanz zwischen den Volksmassen und sich in Erscheinung treten. Das Gefühl der Legitimität der imperialistischen Diktatur gerät ins Wanken, sobald sich die Herrschaftsfunktionen konzentrieren und also solche in Erscheinung treten, statt im sozialen Kontext aufgelöst zu sein. Das was übrigens Marx sagte: "Der revolutionäre Fortschritt erfolgt durch die Schaffung einer mächtigen und vereinheitlichten Konterrevolution, durch die Schaffung eines Feindes, der die Partei des Aufstands dazu führen wird, durch den Kampf die Reife zu erlangen, die aus ihr die echte revolutionäre Partei macht".

Die Militarisierung des Klassenkampfs, begünstigt durch die Guerilla, führt zu einer Verengung der Abstützbasis des imperialistischen Staates und damit zu einer fortschreitenden institutionellen Destabilisierung, bis dem Kapitalismus als einziger Garant nur noch die bewaffnete Macht bleibt. Dieser Prozeß ist ideologisch und politisch zu verstehen, insofern der revolutionäre bewaffnete Angriff die Zuspitzung bestimmter Widersprüche bewirkt: dort, wo sich die Beziehungen zwischen der bourgeoisen Macht und den Proletariern befinden.

Die soziale Übereinstimmung beruht auf dem Funktionieren der bourgeoisen Demokratie, mit allen formellen Ausdrucksfreiheiten, der Vereinigung usw... die das ebenso benötigt, Freiheiten, welche die Bourgeoisie absolut einschränken oder abschaffen muß, wenn sich eine bewaffnete Politik entwickelt. Falls das bourgeoise System jedoch die demokratischen Grundlagen verliert, aufgrund denen es funktioniert, so wohnt man einer Einschränkung, Schwächung und Zerbrechlichkeit der bourgeoisen Macht auf den politischen, ideologischen und sogar psychologischen Ebenen bei. Und auch das entspricht somit dieser Funktion des bewaffneten Kampfs, nämlich eine tiefgreifende Trennungslinie zwischen dem Feind und uns zu ziehen. Diese Trennungslinie unversöhnlich zu ziehen heißt, jedem nur noch eine einzige unumgängliche Alternative zu lassen : Revolution oder Konterrevolution. Und es wird ein erheblicher politischer und ideologischer Fortschritt sein, die umgehende Begriffsverwirrung zu bezeichnen, die Übereinstimmung über den Haufen zu werfen, indem jede einzelne politische Kraft gezwungen wird, ihr Lager zu wählen. Manche (Ultralinke, verschiedene Linksradikale, Anhänger von Bewegungen aller Art und alle die, die aufgrund ihres sozialen Status etwas zu verlieren haben, in der Art dieser berühmten "Freiheiten", aus denen sie die einzigen sind, die irgendein Nutzen daraus ziehen) werden uns kritisieren, indem sie sagen, daß diese Strategie die traditionellen politischen Kräfte nur enger um den Staat scharen wird. Das ist richtig und auch gar nicht negativ, sondern genau das, was wir anstreben. Die Frage stellt sich, ob wir die Revolution wollen, oder ob wir dafür sind, daß der bourgeoise Staat von weiter "links" stehenden Kräften verwaltet wird. Wenn wir die Revolution wollen, dann müssen die revolutionären Kräfte als einzige echte Opposition, als einzige wirkliche unterschiedliche Alternative erscheinen. Und darum ist es eine ausgezeichnete Sache, wenn die konterrevolutionären Kräfte aller Tendenzen, die das institutionelle Spiel in Gang halten, indem sie sich als oppositionell ausgeben, ihr wahres Gesicht zeigen und sich noch enger um die imperialistische Oligarchie gruppieren, was das politische Feld für das Eindringen einer echten Opposition um den revolutionären Kampf herum, öffnet.

2. Die Endphase des revolutionären Krieges für die Übernahme der Staatsmacht

Durch die damit verbundene objektive Radikalisierung bereitet die Phase der bewaffneten Propaganda die folgende Phase vor, indem sich zunächst das Feld für eine politisch-militärische Auseinandersetzung ergibt, das sich dann in Form eines revolutionären Bürgerkrieges ausdrückt, dessen militärische Form die Guerilla sein wird, die das gesamte in Betracht gezogene Gebiet und den gesamten sozialen Kontext erfaßt. Es handelt sich um einen Guerillakrieg, bis auf die Endphase, in der sich bereits in weiten Gebieten die proletarische Macht konstituiert (an erster Stelle dort, wo der revolutionäre Kampf mit einem nationalen Befreiungskampf des Volkes zusammenfließt, in "Frankreich": zunächst einmal Euskadi, Bretagne, Korsika...) und das in einem komplizierten Kontext des langandauernden Prozesses mit vielfältigen internationalen militärischen und diplomatischen Verwicklungen, wie sie zum politisch-militärischen Kräfteverhältnis gehören, und was diese befreiten Gebiete lebensfähig macht, das heißt die weitere Vernichtung von Zonen weißer Macht durch Offensiven des konventionellen Kriegs (klassisch und modern).

Die Phase der ausgedehnten Guerilla zielt anders als die der bewaffneten Propaganda auf politisch-militärische Siege ab, welche das Kräfteverhältnis tatsächlich verändern. Und zwar durch Störaktionen, Vernichtung feindlicher Mittel, welche den Feind binden, ihn zwingen, sich von den Bevölkerungen zu isolieren, sich auf bestimmte Orte zu konzentrieren oder seine Kräfte zu verteilen und dadurch verwundbar zu werden. Bezweckt wird damit, daß der Feind sich in diesem Prozeß der Militarisierung und des Selbstschutzes immer tiefer verstrickt, daß er zu einem wachsenden Sicherheitsaufwand genötigt wird, der normalerweise nicht nur auf seinen eigenen Kräften beruht, sondern auf dem gesamten sozialen Funktionieren und seiner vielfältigen institutionellen Netze (daher die "Sicherheitsdoktrin", die in Westeuropa und früher in Lateinamerika auf Anstoß von Nordamerika übernommen wurde und in der äußere militärische Sicherheit, innere militärische Sicherheit, wirtschaftliche Sicherheit, politische und zivile Sicherheit im "sozialen Frieden" miteinander verbunden werden). Der imperialistische Staat beginnt dann zu zerfallen, um seinen zentralen Kern politisch-militärischer Macht erhalten zu können, was seinerseits der revolutionären Bewegung zugute kommt, da der Prozeß der institutionellen Auflösung und des Unfähigwerdens der Mechanismen der bourgeoisen demokratischen politischen Macht zur Entwicklung von direkter Machtentfaltung des Proletariats über punktuelle oder ständige Massenorganisationen, revolutionäre Betriebsausschüsse, Stadtviertelräte usw... und Massenkampfstrukturen beiträgt, die schon in der Phase der bewaffneten Propaganda in unterschiedlichen Formen entstehen müssen und sich mit der orientierenden Leitlinie, Organe der direkten Macht der Volksmassen zu sein, befestigen müssen.

Politisch-militärisch gesehen zielt die Phase der Ausweitung der Guerilla darauf ab, schrittweise eine Ausgewogenheit der Kräfteverhältnisse zu erreichen. Die Entwicklung der Offensivfähigkeiten der kommunistischen Kräfte sowie ihre dialektische Begleiterscheinung durch den Zerfall der Institutionen der bourgeoisen Macht werden schrittweise diesen Gleichstand der Kräfte erreichen und sie dann in einer Endphase umkehren in der

das Proletariat sich aufmacht, den bourgeoisen Staatsapparat völlig zu zerstören, die Macht der Proletarier allgemein einzuführen und zu stabilisieren, die bereits während des revolutionären Klassenkriegs in Erscheinung getreten ist. Die Endphase, in der das Klassenverhältnis zu unseren Gunsten umgekehrt wird, wobei es zweifellos zu einer größeren Vielfalt strategischer Offensiven, der Fortsetzung/Entwicklung der Guerilla zu Formen des konventionellen Kriegs zwischen unterschiedlichen Machtbereichen kommt, lokal oder regional durch insurrektionelle Machtübernahmen.

3. Zusammenfassend ist die bewaffnete revolutionäre Strategie, die moderne Methode, die notwendig ist für die kommunistische Revolution im heutigen imperialistischen Westen

Wir möchten in diesen Zeilen besonders zu verstehen geben, daß es Zeit ist, daß der bewaffnete Kampf nicht länger als eine Art technisches Spielzeug, als vom Himmel gefallene Erfindung, als eine neue etwas verzweifelte Form des Kampfs erscheinen soll, er uns weiter als irgendwelchen romantischen Purismus entsprechen würde. Es handelt sich weder um eine Neuigkeit, die völlig abgetrennt von der Geschichte auftaucht, noch um die Wiederholung vergangener und damit überholter historischer Formen, sondern es handelt sich um die moderne Form eines Kampfes, der fest in der Kontinuität der Geschichtsbewegung verankert ist. Ausschließlich in diesem Rahmen muß man nicht nur die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfs begreifen, sondern ihn auch organisieren und strategisch meistern als das, was am Ende des 20. Jahrhunderts im Herzen der herrschenden Metropolen eines imperialistischen Systems, dessen kapitalistische Produktionsweise sich seinem Ende nähert, die historische Kontinuität zum Ausdruck bringt, die über die Kommune von 1871 und die Oktoberevolution führt.

Selbstverständlich erheben diese Zeilen keinen Anspruch auf Vollständigkeit, es handelt sich nur um ein sehr allgemeines Schema, um strategische Orientierungen, jeder Punkt muß gründlich untersucht, ergänzt werden und jeweils auf die allgemeine Strategie zurückgeführt werden. Das ist die Aufgabe, die sich aus einer Notwendigkeit ergibt, die der revolutionären Theorie. Es geht übrigens nicht darum, über rein taktische Fragen öffentlich zu diskutieren, das würde nur zur Information des Feindes dienen und nicht den Revolutionären, welche dem doppelten Grundsatz größerer strategischer Strenge und größerer taktischer Flexibilität verpflichtet sind (wobei jeder seinen Phantasien freien Lauf lassen muß). Eine revolutionäre Theorie, in der wir mit großen Schritten in allen Bereichen voranschreiten müssen (politisch und militärisch, aber auch sozial, wirtschaftlich, philosophisch, kulturell usw.), weil man sich ganz absolut, unnachgiebig und wiederholt klarmachen muß, das heute wie vor sechzig Jahren und wie es auch weiter der Fall sein wird: "Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung". Die unerläßliche Aufgabe der dynamischen und permanenten Ausarbeitung der kommunistischen revolutionären Strategie nicht anzunehmen, würde bedeuten, daß man damit einverstanden ist, sich im Kreis zu drehen, daß man die Verzweiflung, die Mittelmäßigkeit leichter Ersatzlösungen mit guten Gewissen in den kleinen Widerständen, die zu nichts führen, akzeptiert. Den Staat, den Faschismus, den Rassismus, die verschiedenen Symptome des Imperialismus, die Repression, eine Menge Dinge zu "bekämpfen", immer "gegen" kann punktuell nützlich sein, ist aber nur ein Zeichen von existentiellen Militantismus, während wir den Mut haben müssen zuzugeben, daß das nur Luft ist, etwas was zu nichts führt. Das soll einmal ganz klar und brutal gesagt sein, statt in der Ohnmacht kleiner Formierungen mit gutem (und wenn auch bewaffneten!) Bewußtsein abzudanken, sollte sich dann schon besser jeder auf seine Insel zurückziehen, den Stränden des Pazifiks oder Möhren in der Pampa anpflanzen. Oder etwas wagen, wagen zu triumphieren, wagen die Geschichte am Rockzipfel zu fassen, sie zu unserer zu machen, indem wir sie mit unserem Willen nach Freiheit zurechtschmieden. Wir können Erbauer und Eroberer sein, wenn wir uns bewußt machen, daß eine neue Welt in unserer Reichweite liegt, wenn wir nur die Hand danach ausstrecken.

Die Entwicklung der Zivilisation ist an einem entscheidenden Punkt angelangt, von wo sie aus der Urgeschichte heraustreten kann und das heute Mögliche hat die gleichen Dimensionen, wie die Entfremdung, die Unterdrückung, das Übermaß an Entmenschlichung einer in voller Fäulnis begriffenen Gesellschaft. Unsere Generation hat somit erstmals seit Jahrtausenden die Möglichkeit, zum Kommunismus zu gelangen, die Türen zur Befreiung des Individuums und zur Befreiung aller menschlichen Bedürfnisse weit aufzustoßen, und das zu unseren Lebzeiten. Unsere Generation ist die, welche die ersten Schritte der Menschheit in das Zeitalter des Kommunismus macht.

Bemerkungen:

1. Vergleiche für die arbeiterorientierte Version:
Die Strömung der Ex-Zeitung "Clash" und die italienische Fraktion der ebenfalls eingegangenen Zeitung "L'Internationale".
Für die subjektivistische Außenseiter-Version:
Die Strömung der kleinen Zeitung "Molotov und Konfetti".
2. Diesen Autor zu zitieren, bedeutet nicht, die Gesamtheit seiner Thesen zu übernehmen! Und die Metapher von der Fabrik darf nicht zurückgeführt werden auf verkürzende Vereinfachungen der Autonomen über die "soziale Fabrik", den "Stadtproletarier" und andere "Neo"-Späßchen!
3. Extreme zaristische Rechte
4. Im Gegensatz zu den theoretischen Grundlagen bestimmter bewaffneter deutscher und französischer Gruppen, die derzeit die Medienszene beherrschen.
5. Nicht einmal koordiniert oder verbündet in einer Front; die Formen des Kampfes können für die Bildung einer Front nicht maßgeblich sein, momentan geht es um die Frage der Organisation und der Partei, um die Entwicklung des revolutionären Kampfs und nicht um eine "Front", weder national noch europäisch.
6. Die wahren Einsätze des Klassenkampfs bilden, das heißt die auf einer objektiven Analyse der objektiven Realität beruhen, insbesondere auf der Analyse der Klassenzusammensetzung und nicht auf subjektiven Faktoren wie Streben nach Illegalität und Revolte bzw. Ausmaß der erlittenen Repression usw.
7. Das führt dazu, daß auch wenn wir in Frankreich die derzeit öffentlich existierenden französischen bewaffneten Gruppen radikal kritisieren, wir jedoch nicht desto weniger jede politisch bewaffnete Äußerung begrüßen, die sich als revolutionär versteht, alles was die Unsicherheit der Demokratie verstärken kann, ist uns augenblicklich günstig.

Für den Kommunismus!

wir sind uns bewußt, daß dieses papier nur der anfang unserer diskussion ist; einer diskussion, die noch weitgehend auf (allerdings notwendige) kritik beschränkt ist, da diese kritik aber vom willen zur veränderung diktiert ist, wird sie nicht auf dauer auf bloße kritik beschränkt bleiben.

"DER REVOLUTIONÄRE KRIEG IST EIN POLITISCHER KRIEG" (Tupamaros)

wir wollen mit diesem papier hier, mit unseren überlegungen und argumenten in die auseinandersetzung eingreifen, die sich zwar an dem letzten angriff der RAF entwickelt hat, die aber nicht nur darauf (auf diesen angriff) zu reduzieren ist.

die sich in dem angriff auf die Air Base und den gefreiten pimental materialisierende politik und praxis ist nicht das ergebnis eines fehlers, sondern sie ist der (vorläufige?) höhepunkt einer langen entwicklung, an der die gesamte antiimperialistische bewegung und nicht nur die RAF anteil hat(te).

die versimplifizierung von komplexen, vielschichtigen und komplizierten zusammenhängen (z.b. "gesamtsystem"), d.h. die verflachung der politischen analyse, gar keine oder mangelhafte auseinandersetzung mit marxistischen grundlagen, außer acht lassen des historischen prozesses, aus dem die aktuellen angriffe, kämpfe und projekte **auch** heraus entwickelt werden (was zu brüchen in der kontinuität der kämpfe führt), subjektivismus und wunschdenken wirken schon seit langem in unserer politischen arbeit, unserem denken und fühlen, unserem politischen kampf. insofern ist es nur eine logische entwickung, daß sich diese fehler heute auch in der politik der guerilla fortsetzen. das zu erkennen und zu beseitigen, muß eine der konsequenzen unserer auseinandersetzung sein - da sich ansonsten die fehler der vergangenheit in fataler weise weiterpotenzieren und die ganze revolutionäre kraft, die im kampf der guerilla und der organisierung der antiimperialistischen front steckt, sich nicht entfalten kann, letztendlich sogar die praxis kontraproduktiv zu den proklamierten zielen werden kann.

eine voraussetzung für die jetzt anstehenden und auch schon laufenden auseinandersetzungen (die für die fortentwicklung der antiimperialistischen front/für die gesamte revolutionäre entwicklung in der BRD existentiell sein wird) ist ein befreites und besitzloses verhältnis zu kritik und selbstkritik, ein verhältnis, das wir gegenwärtig weder in den diskussionen unter uns (d.h. innerhalb der antiimperialistischen bewegung) noch in den erklärungen der RAF der letzten zeit finden können.

in diesem papier wollen wir unsere wichtigsten widersprüche zu zentralen politischen thesen/aussagen, die gegenwärtig die diskussion **und** politische praxis der 'front' bestimmen, rausarbeiten und sie zur diskussion stellen.

"*... die imperialistischen staaten können aus ihrer substantiellen instabilität und dem fortschreitenden verlust ihrer legitimität nur noch ihre potenz zu herrschen demonstrieren,* ***sie sind heute mit der tatsache konfrontiert, daß sie für keine einzige ihrer maßnahmen einen passiven konsens haben, politische agonie - das ist die andere seite ihrer macht...***" (gemeinsame erklärung von AD und RAF, hervorhebungen von den verfassern des papiers)

"*....weil die militärstrategie zum angelpunkt geworden ist, ist auch die politik gestorben - bzw. darin kommt sie auf ihren 'reinen begriff'...*" (erklärung der gefangenen aus der RAF zu 77)

"*... ihre macht ist militärstrategie, aufstandsbekämpfung, maschine - aber hohl, nur gewalt, sonst nichts, es ist ihre reaktion auf die sich vereinheitlichende kraft der internationalen kämpfe für befreiung, auch in westeuropa...*" (hungerstreikerklärung, dezember 1984)

trotz fortschreitenden verlustes seiner legitimation ist es offensichtlich, daß der kapitalismus in den metropolen noch über einen "konsens" in der bevölkerung verfügt. dieser konsens ist zwar äußert labil und wird immer öfter durch kurzfristige und begrenzte revolten unterbrochen, aber er ist dennoch vorhanden. er wird auch weiterhin bestehen bleiben, wenn wir, die antagonistische linke, die komplexität der metropolenwirklichkeit und die des revolutionären kampfes negieren.

wenn man die imperialistische macht nur noch in der militärstrategie zu erkennen glaubt und den revolutionären kampf auf "strategie gegen ihre strategie" reduziert, ist eine militaristische politik/praxis die zwangsläufige folge und damit auch die politische und militärische niederlage der kommunisten.

"*...der begriff der veränderten bedingung ist: die ausbildung des gesamtsystems mit seinem kern ... der NATO ... das heißt gesamtsystem, das unter der unaufhebbaren hegemonie des US-kapitals die konkurrierenden interessen von teilfraktionen des ganzen, ob national oder ökonomisch als teilfraktion definiert, in der umfassenden krise der kapitalverwertung reguliert und gegen den weltweiten revolutionären prozeß zur aggression, d.h. zum versuch der sicherung der herrschaft auf neuer stufe zusammenfaßt...*" (gefangener aus der RAF am 10.4. zu den aktionen 1981).

der begriff des gesamtsystems, wie er hier gebraucht wird, negiert völlig die auch heute bestehenden innerimperialistischen widersprüche. natürlich hat der begriff seine berechtigung, aber in einer definition, die von der hier gebrauchten grundsätzlich abweicht. lenin hat in seiner schrift "der imperialismus als höchstes stadium des kapitalismus" die tendenz zur monopolisierung als grundsätzliche eigenschaft des imperialismus analysiert. er betonte dabei allerdings, daß gerade durch die monopolisierung die konkurrenz auf höherer (welthandels-) ebene fortgesetzt wird, da dadurch auch die nationalen interessen, eben durch die monopolisierung, mit mehr macht, besser durchgesetzt werden können. das hat zur folge, daß sich weltweit die bedingungen der einzelnen länder noch schärfer auseinander entwickeln, denn wie könnte die verschärfung der ausbeutung (also das ärmer machen des einen teils durch den anderen) eine angleichung der bedingungen zur folge haben? "das finanzkapital und die trusts schwächen die unterschiede im tempo des wachstums der verschiedenen teile der weltwirtschaft nicht ab, sondern verstärken sie...." (lenin, s.o.). das gilt auch heute noch, z.b. auch für die EG-staaten. die BRD ist die wirtschaftlich stärkste macht, frankreich hat den wirtschaftlichen anschluss an die BRD nicht geschafft, england ist noch schwächer.

dazu kommt, daß der unterschied zu den stärksten wirtschaftsmächten (BRD, frankreich, england) einerseits und den schwachen peripherie-staaten (irland, belgien, portugal, spanien, griechenland) andererseits, immer weiter aufreißt. die schwächeren driften unter dem mörderischen konkurrenzdruck immer weiter ab. trotz ähnlicher maßnahmen gegen die ausgebeuteten, die sich u.a. in der zunehmenden monopolisierung und der gleichzeitig dazu verlaufenden vernichtung ganzer industriezweige ausdrückt und wodurch in der tat eine teilweise "angleichung der bedingungen für das europäische proletariat" (zusammenschlußerklärung von AD und RAF) geschaffen wird, wirkt sich auch die reaktionäre krisenlösungsstrategie aufgrund der unterschiedlichen ausgangsbedingungen im konkreten endeffekt nochmal extrem unterschiedlich aus. kürzungen im sozialen bereich oder lohnverluste bedeuten hier in der BRD nochmal was ganz anderes als z.b. in spanien oder belgien. deshalb ist es auch unzulässig oder oberflächlich von einer "angleichung der bedingungen für das europäische proletariat" zu reden. die gesamten materiellen lebensbedingungen

(die ja wohl als wichtiges moment in einer revolutionären entwicklung anerkannt sind und bleiben) z.b. der englischen arbeiterklasse waren denjenigen der deutschen arbeiterklasse in den 60-ziger Jahren weitaus angeglichener als sie es heute sind.
die eigendynamik des kapitalismus, der permanente druck von konkurrenz und effektivität, erzeugt außerdem entscheidende entwicklungen quasi 'aus sich selbst heraus' (automation, massenentlassungen, neue technologien, umstrukturierungen etc.), die sie für alle wirtschaftlich miteinander in beziehung stehenden länder ebenfalls unausweichlich machen. das führt jedoch auch gleichzeitig immer wieder zu neuen und sich z.t. vertiefenden widersprüchen innerhalb des "gesamtsystems". es ist für uns, die revolutionäre linke, unbedingt notwendig, diese widersprüchliche eigendynamik des kapitalistischen systems und seiner organisationsformen und strategien zu begreifen, weil auch darin immer wieder ansatzpunkte und möglichkeiten liegen, die wir in unserer praxis zu beachten haben/die wir u.U. für uns nutzen können.
das schematische erklärungsmuster der planmäßigen schaffung einer "zwei-drittel-gesellschaft" oder des "europaweiten angriffs auf das proletariat" vermittelt nur die eine hälfte der wahrheit. so hat z.b. die ausgrenzung und massenhafte verarmung eines drittels der metropolengesellschaft zur folge, daß diese menschen auch nicht oder nur wenig konsumieren können, ergo der europäische markt wiederum noch enger und die absatzprobleme der kapitalisten noch größer werden. wo sollen sie ihren scheiß dann noch loswerden? vielleicht nähern wir uns mal dem gedanken, daß eine solche entwicklung selbst unter kapitalistischen ausbeutungs-gesichtspunkten von einem gewissen zeitpunkt an kontraproduktiv wird und so auch wieder andere verhältnisse eintreten werden oder zumindest versuche dazu.
worauf wir hinauswollen: daß wir, der revolutionäre widerstand, endlich kapieren müssen, daß die herrschenden nicht so einfach nur vom planquadrat ihrer chefetagen aus strategien und projekte entwerfen können und sie dann auch punkt für punkt durchsetzen können (was schnell die horrorvisionen von "entscheidungsschlacht", "eliminierung des antagonismus", "weltfaschismus" usw. hervorbringt), sondern, daß in der wirklichkeit des kapitalismus und dessen krisenlösungsstrategien immer wieder neue widersprüche aufreißen, die die imperialistischen projekte behindern, in Frage stellen, verändern.
die ungleichzeitigkeit der kapitalistischen entwicklung und die unterschiedlich starke auswirkung der krise in den verschiedenen europäischen staaten können z.b. auch zur unterschiedlichen entwicklung oder besser: zu noch unterschiedlicheren entwicklungen von klassenkämpfen und tendenzen zur revolutionären umwälzung führen. die situation in spanien ist z.b. heute schon extrem verschieden zu der in anderen europäischen ländern, die konfrontation am weitesten zugespitzt...
diese realitäten müssen wir zur kenntnis nehmen, wenn wir wirklichkeitsnahe und realistische politische strategien für unseren kampf hier in der BRD entwickeln wollen.
der schematische begriff von "gesamtsystem" und "angleichung der bedingungen" erschlägt alle diese notwendigen differenzierungen und verstellt den weg für genauere analysen. gleichzeitig entstehen daraus abstrakte und schematische vorstellungen von revolutionärer praxis in der metropole, wonach die entwicklung der kämpfe, die entwicklung von klassenbewußtsein im jeweiligen land weder als ausgangspunkt noch als ziel für die konkrete revolutionäre praxis begriffen werden. was dann nur noch zählt, ist ein genauso schematischer und undifferenzierter bezug auf "frontabschnitt" im internationalen klassenkrieg. unklar bleibt, wie wir in der BRD, als teil des "frontabschnitts westeuropa", überhaupt auf diese weise zu einer politisch-militärischen kraft werden können, die in der lage ist, **tatsächlich** mal ne rolle im internationalen kräfteverhältnis einzunehmen. mehrmals aufgefallen ist uns darüber hinaus, daß in vielen papieren, egal ob sie aus dem widerstand, von der RAF oder gefangenen aus der RAF stammen, beispiele für die entwicklung des gesamtsystems angeführt werden, die lediglich die ebene der repression betreffen. z.b. "*...seit sich gegen die offensiven der guerilla hier 77 und in italien 78, dann 80 gegen die volkskämpfe in der türkei das US-interesse und der imperialismus als gesamtsystem aufgerichtet hatte...*" (gefangene aus der RAF am 10.4. zu den aktionen 1981). wir wissen aber, daß es keine entwicklung aus den letzten jahren oder jahrzehnten ist, daß das kapital gegen einen gemeinsamen feind gemeinsam vorgeht. schon 1871, während des deutsch-französischen krieg, wurde die pariser commune gemeinsam vom deutschen und französischen staat zerschlagen. danach bildetet sich die sog. "heilige allianz" gegen den internationalen sozialismus. wenn wir daran erinnern (es ließen sich unendlich viele weitere beispiele anführen), negieren wir dabei nicht die ständig zunehmende zusammenarbeit der imperialistischen staaten bei der bekämpfung revolutionärer organisationen. kein revolutionär ist nicht mit der tatsache konfrontiert, daß die konterrevolutionäre zusammenarbeit gerade auch in westeuropa heute schon auf allen ebenen (gesetzgebung, justiz, propaganda und natürlich erst recht in der exekutive) ein sehr hohes niveaus erreicht hat und daß die NATO dabei eine wichtige rolle einnimmt. aber auch diesen prozeß muß man differenzierter untersuchen: nach jahrzehnten der relativen ruhe entwickelte sich seit dem ende der 60er jahre in vielen westeuropäischen ländern erneut der politisch-militärische kampf für den kommunismus. aus dieser revolutionären entwicklung ergab sich für alle westeuropäischen staaten nach kurzer zeit die notwendigkeit einer möglichst weitgehend koordinierten zusammenarbeit. da zwischen den westeuropäischen staaten bei der gemeinsamen bekämpfung der westeuropäischen guerilla eine weitgehende **interessenidentität** vorherrscht, blieben und bleiben die real existierenden innerkapitalistischen widersprüche **in dieser frage** relativ unbedeutend - relativ! denn selbst im gemeinsamen kampf gegen revolutionäre organisationen und bewegungen und staaten sind die imperialistischen staaten nicht ein widerspruchsfreier und per se interessengleicher block.
interessengegensätze treten bei ihnen - wie schon gesagt - zwar nur im geringen maße bei der bekämpfung der westeuropäischen guerilla auf, werden aber von der einschätzung und bekämpfung revolutionärer organisationen/bewegungen/staaten ökonomische und politische interessen tangiert, machen sich oft "risse" innerhalb des imperialistischen lagers bemerkbar; risse, die nicht nur verbaler und propagandistischer art sind, sondern die sich oft auch sehr materiell auf die verhaltensweisen einzelner staaten/regierungen auswirken. beispiel dafür ist der konflikt um die frage der offenen militärischen intervention der USA in Nicaragua innerhalb der NATO, aber auch die letzten monate haben das mehrmals deutlich gemacht (achille lauro/italien, ausweisung von palästinensern aus griechenland, lybien). selbst die aktuellen milliardengeschäfte zwischen unternehmen aus der BRD und der Sowjetunion (es geht dabei um 15 milliarden DM) wirken sich mit sicherheit auf die haltung der BRD-regierung aus, die eskalition gegen lybien mitzutragen oder nicht.
warum das alles negieren? zumal die konsequenz aus der existenz der innerimperialistischen widersprüche für revolutionäre in der BRD und WE heute nicht heißen kann, unsere praxis auf das aufspüren und ausnutzten dieser widersprüche auszurichten. ohne abstriche an ihrer revolutionären politik und praxis zu ma-

chen, nutzte die RAF in der mitte der 70er jahre die damals auch unter den kapitalistischen regierungen westeuropas bestehenden widersprüche gegen die vorherrschaft der BRD in WE in der europäischen kampagne gegen die "germanisierung europas" aus und behinderte damit die pläne des BRD-imperialismus erheblich. heute gibt es weitere/andere innerimperialistische widersprüche, morgen entwickeln sich neue..... sie negieren nutzt den imperialisten, schadet den revolutionären!

wir denken, daß das "gesamtsystem" und die "gleichzeitig der antiimperialistischen kämpfe" innerhalb der 'front' gleichermaßen oberflächlich 'analysiert' werden. vorab: die wirkung der gleichzeitig der antiimperialistischen kämpfe ist ein beständiger bestandteil aller antikapitalistischen und antiimperialistischen kämpfe. sie ist keine entwicklung der letzten jahre, sie ist ein immanenter bestandteil aller kämpfe gegen die bourgeoisie. so wurde der nazifaschismus z.b. durch die gleichzeitigkeit der kämpfe der albanischen und jugoslawischen partisanen, der französischen und niederländischen, des norwegischen und polnischen widerstands, des kampfes der sowjetischen partisanen und der roten armee und....und.... zerschlagen. weitere beispiele lassen sich in der revolutionären geschichte viele finden. allerdings sehen diese beispiele anders aus als die von den genossen aus der RAF beschriebenen:

"...ihr zusammenschluß zum homogenen konterrevolutionären block, den sie brauchen, um die militärische offensive politisch durchzuhalten, ist aber weder ganz vollzogen noch ist er abgesichert. gleichzeitig ist es so, daß die revolutionären kämpfe, so unterschiedlich die bedingungen und verschieden weit sie entwickelt sind, in ihrer wirkung schon zusammen in diese offensive eingreifen und ihren konkreten zielen zuvorkommen.

die New Jersey, die im libanon mit den schwersten bombardierungen seit dem vietnamkrieg doch noch einen amerikanischen sieg erzwingen sollte - hinterher hat ein pentagon-beamter gesagt, daß es dort jetzt aussehen müßte wie auf dem mond - haben sie dafür aus El Salvador abgezogen, wo sie kurz vorher hinverlegt worden war, um die zivilbevölkerung zusammenzuschießen und so die guerilla zu isolieren..." (erklärung der gefangenen aus der RAF zu 77).

behauptet wird in dieser erklärung also folgendes: wenn die eskalation 1982 im libanon (die auch die verlegung der New Jersey von El Salvador hin zum libanon 'notwendig' gemacht haben soll) nicht aufgetreten wäre, dann hätten die USA damals in El Salvador direkt und unmittelbar militärisch interveniert ("...um die zivilbevölkerung zusammenzuschießen...") diese behauptung ist nicht nur durch nichts belegt, sondern im gegenteil: alle tatsachen sprechen eindeutig dagegen, diese behauptung negiert völlig die **damalige** (die beschießung des libanon durch die new jersey fand 1982 statt) und auch noch gegenwärtige US-strategie gegen El Salvador, Nicaragua und dem gesamten mittelamerikanischen raum. die USA gründen die contra-banden und todesschwadrone. sie bilden und rüsten sie aus, sie rüsten und bilden die reaktionären armeen mittelamerikas aus, darunter auch die El Salvadors, sie intervenieren in den krieg gegen das el salvadorianische volk darüber, daß sie mittels militärberater diesen krieg bestimmen und leiten, aber sie vermieden und vermeiden bislang (was nicht für alle zeiten bedeutet, d.h. aufgrund bestimmter entwicklungen sich unter umständen auch relativ schnell ändern kann) die eigene offene militärische intervention - was eine solche wie oben beschriebene beschießung durch die New Jersey bedeutet hätte. eine offene und direkte militärische intervention versuchen die USA u.a. auch wegen der existenz der innerimperialistischen widersprüche (selbst von der gefahr eines auseinanderbrechens der NATO wird in diesem zusammenhang geredet!) zu verhindern, **vor allem aber** wegen der unüberschaubaren eskalation des revolutionären widerstands im gesamten latein- und mittelamerikanischen kontinent.

die revolutionären kämpfe in verschiedenen ländern der erde wirken also sehr wohl zusammen, aber nicht in der wie oben (zitat) versimplifizierten art und weise. eine intervention in El Salvador / in mittelamerika wurde **bislang** durch die oben genannten faktoren verhindert; faktoren, die für den libanon in der art nicht existent waren und sind und in denen die kämpfe im libanon nur eine **sehr** untergeordnete rolle spielen konnten. mit sicherheit bestand während der gesamten phase (1982) für den US-imperialismus das problem nicht in einem zu schwachen militärpotential, wie die angebliche verlegung der New Jersey glauben machen soll. wir sind der ansicht, daß die politische situation in mittelamerika und dem nahen osten, hier auch nochmal speziell libanon, in keinster weise zu vergleichen ist. in mittelamerika ist die revolutionäre entwicklung so weit vorangeschritten, daß eine US-intervention in El Salvador sich zumindest zu einem "steppenbrand" in der gesamten region ausdehnen kann. im Nahen Osten ist die revolution sehr viel schwächer entwickelt. wenn man feststellt, daß die revolutionären kämpfe in ihrer wirkung zusammenkommen und mechanisch daraus folgert, daß eine militärische intervention im libanon eine (gleichzeitige) in El Salvador unmöglich macht, leugnet man im grunde diese unterschiede.

wir fragen uns daher, wie weit die behauptung fundiert ist, daß die revolutionären kämpfe... ihren konkreten zielen zuvorkommen? gerade im libanon, kann davon ja wohl keine rede sein. sicher, das langfristige ziel, die befriedung und gleichzeitige beherrschung, ist nicht voll erreicht. was aber erreicht ist, ist die weitgehende zerschlagung von strukturen, die von palästinensischen revolutionären und ihren organisationen über jahre hinweg aufgebaut wurden (bekaaebene z.b.). in diesem zusammenhang sehen wir auch den abzug der multinationalen 'friedenstruppe'. sie mußten feststellen, daß ihre direkte militärische präsenz alle im libanon vorhandenen kräfte einte (natürlich oft nur auf druck der jeweiligen basis). diese einheit und die stärke der kämpfe, die aus ihr heraus möglich wurden, hat schließlich zum abzug der truppen geführt. ein erfolg des libanesischen und palästinensischen volkes, der keinesfalls in frage gestellt werden kann. nach dem abzug der truppen ist aber durch den imperialismus eine situation im libanon geschaffen worden, in der die revolutionären kräfte in auseinandersetzung mit islamischen fundamentalisten, christlichen faschisten etc... absorbiert werden. vom völligen scheitern und einer vollständigen niederlage der imperialisten im libanon kann also keinesfalls gesprochen werden.

wir fragen daher die genossen aus der RAF und den teilen des widerstands (die die hier hinterfragten und kritisierten 'analysen' in vielfältiger art aufgegriffen haben), was wollt ihr mit diesen offensichtlich falschen behauptungen belegen? wir sehen uns zu dieser frage gezwungen, weil das offensichtlich falsche an teilen (wichtigen teilen) der 'analysen' für uns nicht mehr erklärbar ist und wir uns dadurch des eindrucks nicht mehr erwehren können, daß diese art der 'analysen' in erster linie dazu dienen soll, eine militaristische politik mit dem anschein der legitimation/der notwendigkeit zu versehen. dadurch, daß

- daß militärische potential des imperialismus im zusammenhang mit dem "zusammenwirken der kämpfe" heruntergespielt wird,
- das "zusammenwirken der kämpfe" auf die militärische ebene reduziert wird (TWA z.b.)
- insgesamt eine **ganz neue** entwicklungsphase der internationalen kämpfe und ihres zusammenwirkens behauptet wird (die als folgeerscheinung die kriterien für counter und revolutionäre aktion auf den kopf stellen sollen - siehe eins der vorbereitungspapiere zum kongreß,

in dem bezug auf die anschläge der faschisten auf US-soldaten genommen wird.
- die gesamte reorganisation des kapitalistischen systems / des imperialismus als eine entwicklung dargestellt wird, die alleine der militärischen lösung untergeordnet sei ("entscheidungsschlacht", "kriegsökonomie"),
- die politische ebene der imperialistischen strategien und seine integrationsfähigkeit (zumindest in den metropolen) völlig negiert und sogar abgestritten wird (siehe erklärung zu77),
- die totalität des "gesamtsystem" wiederum weit überhöht und die innerimperialistischen widersprüche als irrelevant oder als nicht vorhanden dargestellt werden,
dadruch wird zwingend der eindruck erweckt, daß es möglich ist, den imperialistischen krieg/das gesamte imperialistische system ausschließlich auf 'seiner' ebene, nämlich der militärischen, zu bekämpfen und schließlich zu beseitigen, eine illusion, die verheerende folgen haben muß.
"*...die härte, mit der die imperialisten jetzt auf allen ebenen und an allen fronten krieg führen, liegt in ihrem ziel: sie begreifen ihn als entscheidungsschlacht, weil sie nach dem einbruch in vietnam die sicherung ihrer macht nur noch in der vollständigen eliminierung des antagonismus für möglich halten...*" (gefangene aus der RAF zu 77).
auch diese aussage kann ja nur bedeuten, wenn die schweine **jetzt** den antagonismus ausrotten wollen, wir jetzt gefordert sind: entweder oder....
wie man zu einer solchen einschätzung kommen kann, bleibt uns ein rätsel, wissen wir doch spätestens seit Karl Marx, daß es zum wesen des kapitalismus gehört, seinen antagonismus selbst zu produzieren, denn zur ausbeutung gehört auch der, der ausgebeutet wird **und aus dieser ausbeutungssituation heraus immer wieder den widerstand dagegen organisiert/entwickelt**... so ist es also eine in sich widersprüchliche aussage, daß der imperialismus seinen antagonismus ausrotten könne, was ja damit gemeint sein muß; denn daß er es will, aber nicht kann, ist ebenso alt wie in diesem zusammenhang bedeutungslos. uns darf es also nicht darum gehen, irgendeine "entscheidungsschlacht" zu gewinnen, sondern die revolution im eigenen land (als teil des weltrevolutionären prozesses) voranzutreiben. dabei ist die frage, ob 'nationale revolutionen möglich sind oder nicht' für uns überhaupt **keine** frage. diese frage ist für kommunisten in jeder hinsicht bedeutungslos! entscheidend ist nämlich, daß wir nur aus der revolutionierung unserer realität und gegenwart, d.h. aus unseren nationalen bedingungen und kämpfen zu einer kraft werden können, die national **und** international eine revolutionäre rolle einzunehmen in der lage ist.
wir halten daher die frage nach der möglichkeit einer 'nationalen revolution' für ablenkend und irreführend und möchten vorschlagen, daß die hier versammelten genossen eine diskussion (hier und zu hause) darüber einleiten, ob wir uns zukünftig nicht das debattieren von und orientieren an belanglosen fragen grundsätzlich ersparen sollten. leider haben wir die arbeitspapiere zum kongress erst vor wenigen tagen erhalten, daher konnten wir uns mit diesen papieren noch nicht in der notwendigen ausführlichen art und weise auseinandersetzen. das gleiche problem hatten wir im grunde mit der gesamten kongressvorbereitung, die kurzfristigkeit, die nicht geführten diskussionen in größeren zusammenhängen - das alles erschwerte eine konstruktive (mit-)arbeit an dieser phase zum aufbau der antiimperialistischen front. wir stellen uns den kampf um die "einheit" und um's " zusammenkommen" grundsätzlich anders vor und erwarten (von uns und anderen), daß daraus für die zukunft in jeder hinsicht konsequenzen gezogen werden. wir werden uns jetzt darauf beschränken müssen, uns mit den wichtigsten punkten der (uns vorliegenden) arbeitspapiere auseinanderzusetzen - und zwar mit den punkten, über die wir in den arbeitsgruppen diskutieren wollen.

ZUSAMMENWIRKEN DER KÄMPFE WELTWEIT

daß revolutionäre kämpfe/entwicklungen weltweit die kräfte des imperialismus zersplittern könnten und so auch seiner fähigkeit zur militärischen intervention/eskalation grenzen gesetzt werden, ist ne grundsätzlich richtige - aber auch nicht neue - tatsache. allerdings hat dieses "zusammenwirken" bestimmte kriterien, die erfüllt sein müssen, sonst ist weder objektiv noch subjektiv ein zusammenwirken vorhanden. nicht die tatsache, daß kämpfe in verschiedenen regionen **zum gleichen zeitpunkt** laufen, macht bereits ihr zusammenwirken aus, sondern die frage nach der politischen **identität** ist dafür bestimmend. also, gegen wen sich die kämpfe richten und **für was** gekämpft wird, um welche klassenposition, welche gesellschaftlichen ziele. gegen welchen feind **und für** welche eigenen vorstellungen - das ist nicht voneinander zu trennen und macht die politische identität des kampfes aus. **dann erst** ist die "objektiv antiimperialistische wirkung" gegeben (damit beziehen wir uns z.b. auf die auseinandersetzung um die TWA-entführung - wem nützt sie?) nach diesem kriterium kann man auch nicht einfach kämpfe von ganz unterschiedlicher politischer identität zusammenwerfen und behaupten, sie würden sich aufeinander beziehen. das brauchen wir doch nur mal an uns selbst zu überlegen (diskussion 1982 um die anschläge der faschisten gegen US-soldaten). das "zusammenwirken" ist darüber hinaus auch ne frage, wie weit der revolutionäre prozeß in den jeweiligen regionen tatsächlich entwickelt und verankert ist. also, wie gefährlich der jeweilige prozeß in seiner aktuellen entwicklung und perspektivischen explosionskraft für den imperialismus ist.
und genau bei dieser frage sind wir mit uns selbst konfrontiert. wenn wir von dem, was richtig ist am "zusammenwirken der kämpfe" ausgehen, müssen wir uns selbstkritisch fragen, **wie** wir **hier** in der metropole BRD überhaupt so stark werden können, daß wir unseren (richtigen) internationalistischen anspruch erfüllen können und uns stattdessen nicht in wunschvorstellungen ergehen. nur wenn wir uns diese frage **politisch** beantworten, werden wir in der lage sein, sie auch praktisch zu beantworten, d.h. auch: irgendwann ein relevanter faktor (auch) im internationalen kräfteverhältnis sein. und an dieser stelle kommen wir nicht an der frage vorbei, ob die aktion im august (pimental und air base) neue bestimmung und neuer weg für den revolutionären prozeß hier sein kann - oder ob sie nicht vielmehr diesem prozeß schadet. wir meinen, letzteres.
der bezug auf die internationale entwicklung der kämpfe bringt uns nicht weiter, wenn wir es nicht schaffen, in der strategie der antiimperialistischen front die **nationalen und die internationalen** bedingungen miteinander zu verbinden. genau das war die bestimmung der politik der RAF von anfang an. sie ist immer noch richtig!
wir können nicht verstehen, daß in papieren zum kongress seitenlange analysen über die internationale situation, über das gesamtsystem und die entwicklung des widerstands hier bis zum sommer 85 entwickelt werden - und an der entscheidenden frage, die für uns / für die ganze weitere entwicklung **hier** existentiell ist (eben weil die gesamte antiimperialistische front/jede revolutionäre politik und praxis davon berührt ist), nach nen halben jahr dazu nur kommt: "*...womit wir schwierigkeiten haben, ist die genaue bestimmung für den prozeß hier, wohin die eskalation und polarisierung in die tiefe der gesellschaft genau laufen soll...*" und gleichzeitig kritik an den aktionen sich reduziert auf das vermittlungsproblem und das verhältnis der guerilla zum wi-

derstand, was sich darin ausdrückt. es ist einfach ein absoluter widerspruch zwischen dem verhältnis, mit dem die genossen sich mit der internationalen situation und den strategien der herrschenden auseinandersetzen und dem verhältnis, mit dem die politischen auswirkungen der neuen bestimmung / des neuen weges auf die situation hier in der metropole BRD diskutiert werden. darüber wollen wir auch auf dem arbeitskreis sprechen.

wie in verschiedenen papieren zum kongress formuliert wurde, geht es nicht um die bornierte vorstellung von "nationaler revolution". das verfälscht das eigentliche problem. weil ganz unabhängig von der relevanz der frage, ob eine "nationale revolution" in der metropole (oder auch in der sog. 3. welt) noch möglich ist oder nicht, es eine unumstößliche tatsache ist, daß wir die kräfte für ne revolutionäre entwicklung hier aus der situation und den bedingungen der brd entwickeln müssen.

auch da wo wir uns mit dem imperialistischen gesamtsystem auseinandersetzen, kommen wir zu den gleichen fragen, wenn wir konsequent an den ergebnissen der analysen weiterüberlegen.

in erklärungen und texten von gefangenen, von der guerilla und dem widerstand und in den ersten kongresspapieren wurde das "imperialistische gesamtsystem" als eine art monolithischer block beschrieben. die tatsache, daß das kapitalistische system aus seiner eigendynamik zahlreiche widersprüche gesetzmäßig und ständig neu hervorbringt, die sich auf alle anderen ebenen auswirken, daß es nationale, historische usw. widersprüche innerhalb der imperialistischen mächte gibt, wurde überwiegend negiert, übersehen oder für nicht relevant gehalten bzw. einfach die unterordnung dieser widersprüche unter die gesamtimperialistischen interessen behauptet, der imperialismus wurde darauf reduziert, daß seine strategie nur noch auf militärische lösungen abziele, daß er nicht mehr in der lage sei, für die durchsetzung seiner interessen auch politische mechanismen anzuwenden. die konsequente folge einer solchen schematischen (und falschen) analyse besteht in der vorstellung, daß nun die zeit gekommen sei, für die revolutionäre in den metropolen, nur noch auf militärischer ebene (strategie gegen ihre strategie) gegen des US-imperialismus zu kämpfen. ergo: airbase und pimental. ein solches weltbild/eine solche 'analyse' bildet den politischen hintergrund für das abgleiten der revolutionäre in militaristische strategien.

in den neusten papieren zum kongress ist eine an vielen stellen differenzierte auseinandersetzung mit dem 'imperialistischen gesamtsystem, dessen macht nur noch militärstrategie ist' wiedergegeben. angefangen bei der erkenntnis, daß "*die großen sprüche der imperialisten und das, was sie in bestimmten situationen tatsächlich verwirklichen können, zwei verschiedene dinge sind...*" (was uns sicher auch von der erdrückenden welle von schulz- und weinberger-zitaten befreien wird) bis dazu, daß "*das kräfteverhältnis immer in konkreten kämpfen entschieden wird, und so auch die harte haltung nichts endgültiges ist...*" oder daß "*die imperialisten einfach an jeder einzelnen stelle neu kalkulieren müssen, ob der politische schaden, die kurz- und längerfristigen folgen einer militärischen vergeltungsaktion, einer intervention oder die durch- bzw. nichtdurchsetzung eines projekts in den zentren größer sind als der nutzen....*"

diese einschätzungen kommen der wirklichkeit schon um einiges näher. vor allem ist daran wichtig für uns, daß die widersprüche innerhalb des imperialismus oder auch die politischen, ökonomischen grenzen, an die er stößt, oder die gratwanderung zwischen militärischen/repressiven strategien einerseits und politischen auswirkungen andererseits... daß das alles bereiche sind, in denen sich für uns, für die revolutionären kräfte, immer wieder raum eröffnet, wo wir auch wirkung erzielen können/müssen. damit meinen wir nicht ne politik, die sich nur an den widersprüchen der imperialisten orientiert. aber wenn wir an den einzelnen widersprüchen weiter überlegen,nehmen wir als beispiel das problem der politischen grenzen, an die der imperialismus stößt, dann wird daran deutlich, daß für die revolutionären kräfte genau auch dieses terrain wichtig ist, wo wir ebenfalls siege erringen können durch die **politische** wirkung unseres **handelns**, der aktion, der mobilisierung, der täglichen kleinarbeit und so verstehen wir den satz der tupamaros: "DER REVOLUTIONÄRE KRIEG IST EIN POLITISCHER KRIEG." das ist die 'schärfe' des krieges in den metropolen, wie wir sie begreifen.

was jedoch in den papieren zum kongress auffällt, daß auch beim bereich "gesamtsystem" die schlußfolgerung aus den inzwischen differenzierteren einschätzungen nicht gezogen werden oder nicht als kriterien für die auseinandersetzung mit den aktionen im august mit einbezogen werden. würden sie das, wäre auch an dieser stelle der widerspruch zu dieser neuen bestimmung eine zwangsläufige folge. gerade da brechen die überlegungen jedoch ab.

III. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Weißen und *People of Color*: Antirassismus ist mehr als Antifaschismus und traditioneller Antiimperialismus!

"(...) die tatsache, daß die *warengesellschaft* in ihrer heutigen fundamentalistischen ausprägung (...) zu einer unaufhaltsamen verwahrlosung der gesellschaft (...) führt (... ist) akut bedrohlich vor allem in den erfolgen neofaschistischer rattenfänger (...). und wenn heute eine re-faschisierung läuft, dann breitet sie sich aus in jenem politisch-kulturellen vakuum, das diese linke in ihrem rückzug aus einer (...) neusetzung von *werten* (...) hinterlassen hat".
Lutz Taufer, *Ghetto oder Gesellschaft*

"(...) rechte jugendgangs (... sind eine) revolte aus dem gefühl der eigenen *entwertung* im kapitalismus, gegen lüge und das tägliche abtöten von lebenslust (...) die christlich-abendländische 'kulturelle leistung' der trennung von körper und geist (die *spaltung* in der person) (... gibt) die unbegriffene - scharfe glasscherbe ab(...), die den weissen HERRENmenschenwahn immer wieder hochbringt. es ist die scherbe, die den herrenmenschen abhält, sich auf den grund der eigenen seele niederzulassen (...). die gespenster irren seitdem durch die welt, erlösung sich wünschend und erhoffend bei der suche nach der ursprünglichen *einheit*, (...)."
Christian Klar, *Brief vom Jan. 1993*

"Ursache allen Übels soll das rationale (...) Denken sein und die Bevorzugung falscher Werte (...). Die materiellen Verhältnisse werden als Folge diesen falschen Denkens begriffen. (...) Eine Botschaft, die auf guten Boden fällt, der vorbereitet ist durch eine Weltuntergangsstimmung, in der Menschen als Klassen-Rassen-Geschlechtslose Gattung begriffen werden, so als sei die in der kollektiven Untergangsphantasie ersehnte Gleichheit vor dem jüngsten Gericht gesellschaftliche Realität. (...). Die oppositionellen Strömungen und Kämpfe sollen dementsprechend nicht als Widerstand begriffen werden, sondern als Ausdruck des Wertewandels, als Beweis für den beginnenden Umbruch. (...). Als Verhaltensempfehlung an die auf diese Art entpolitisierten Widerständigen gilt das Motto 'Kooperation statt Konfrontation'. (...). Männer wollen/sollen *ganz* werden. Sie wollen geheilt werden von der Last der Männlichkeit, insbesondere der Verantwortung für ihre 'männlichen' Taten, und sie wollen der Abhängigkeit von den Frauen entkommen. (...). Ganzheitlichkeit, das ist die Ganzheitlichkeit des weißen Mannes. (...). Ein Wertsystem hat noch nie eine Frau geschlagen, vergewaltigt, ausgebeutet. Es mag die Verhältnisse gerechtfertigt haben und tut es immer noch, aber *ist* nicht die Gewalt, die Ausbeutung, die Unterdrückung. Wir sollten uns das Wissen darum, daß männlichem Verhalten ein Interesse und nicht einfach nur ein falsches Wertsystem zugrundeliegt, nicht abkaufen lassen (...). Wir sollten uns nicht einlassen auf den erneuten Versuch, uns in eine männlich definierte Ganzheit einbinden zu lassen. Und das alles noch versetzt mit der Aufforderung zu Geduld und Kooperation: Die Geduld der Frauen ist die Macht der Männer! "
Claudia Neidig / Beate Selders, in: *Frauen & Ökologie*, Köln, 1987, 75 - 86 (76, 77, 84)

"(...) warum suchen sich die Subjekte, die - beispielsweise in Griechenland - nicht weniger die 'Wertform des Indviduums' sind, soviel seltener in genannter Weise 'zu heilen'? Das sind Fragen, die den Schluß nahelegen, daß Rassismus (...) sich nicht umstandslos auf die Warenform als sozialer Kernstruktur in kapitalistischen Gesellschaften reduzieren läßt."
autonome lupus-Gruppe, in: *konkret extra*, Nr. 1/1992, 5

"Die klassische Arbeiterbewegung war auf die Produktion zentriert und hatte als historische Voraussetzung und immer weniger effektiven Horizont den Internationalismus. Eine künftige anti-kapitalistische Massenbewegung" - die aber eben nicht mehr nur eine anti-kapitalistische sein darf, sondern gleichermaßen eine antirassistische und antipatriarchale sein muß! - "hat gewiss als Voraussetzung einen effektiven Anti-Rassismus, was viel mehr ist als Internationalismus."
Etienne Balibar, in: *Widerspruch* (Zürich), Vol. 21, Juni 1991, 11 - 19 (18)

1. Christian Klar, *Brief vom Jan. 1992*
2. Heidi Schulz, *Auszug aus einem Brief vom Jan. 1993*
3. RAF, *Auszug aus der Weiterstadt-Erklärung* (April 1993)
4. Lutz Taufer, Auszug aus dem Text "*Ghetto oder Gesellschaft*" (Jan. 1993)
5. einige Frauen aus der *radikal*, *Gegen das organisierte Deutschtum!* (Herbst 1992)
6. Frauen aus verschiedenen politischen Bereichen, *Zur Politik der Frauen aus dem antirassistischen Zentrum und grundsätzliche Überlegungen zur antirassistischen Politik* (März 1992)

Christian Klar

Brief vom Januar 1992

... ich möchte jetzt zumindest mal soweit kommen, dir aufzuschreiben, wie ich seit ner weile versuche, mich in dieser rassistischen erweckungssituation zu orientieren.

das erste muss sein, finde ich, genau hinzuschauen, wie rassismus bei den verschiedenen klassen sich subjektiv ausdrückt: bei den in die deklassierung rutschenden, bei den rechten jugendgangs (die gespaltenheit in revolte aus dem gefühl der eigenen entwertung im kapitalismus, gegen lüge und das tägliche abtöten von lebenslust / andererseits die reaktionären, ganz konformen träume, auch sadismus), bei den 'ordentlichen bürgern' (gefangen in zwangsstruktur von ordnung, sauberkeit, funktionieren und lustfeindlichkeit), bei den ideologischen und organisierten neonazis, bei den politischen und wirtschaftlichen eliten.

um jetzt nur mal das letzte genauer zu machen, weil das dann in den weiteren zusammenhang führt: für einen primitiven rassismus sind sie ja subjektiv meist zu aufgeklärt. im rahmen des geldsystems und seiner transnationalen verwertungsbewegung ist ihnen durchaus jede hautfarbe 'gleich'. bei ihnen ist es also viel eher ein taktisches verhältnis, indem sie mit rassistischer (nationalistischer) verhetzung im volk **manövrieren**, den hahn auf- und zu drehen, stichworte, auch z.b. falsche statistiken ausgeben oder zurücknehmen. aber eben im zusammenhang der eliten kommt sofort die geschichte mit rein: auschwitz und die schöpfung der atomaren waffe. die maximale abstrahierung vom konkreten menschen als demoralisierende vorbereitung und dann die technik des völkermords. auschwitz muss dabei verstanden werden als modell imperialistischer modernisierung. soweit ist die antifaschistische aufklärung seit dem zweiten weltkrieg kaum vorgedrungen (die beschwörung des unmittelbaren menschlichen grauens ist, in der gesellschaftlichen breite, immer der schwerpunkt geblieben). aber wir wissen, es ist teil unserer eigenen politisierung, in der imperialistischen bourgeoisie hat es seitdem in hinsicht auf dieses modernisierungsmodell **keinen bruch gegeben**. in der bestimmung der atomaren waffe (und anderer herrschaftsprojektionen) setzt sich folgerichtig das wesentliche davon fort. und damit steht die weit verästelte gestalt vom heutigen rassismus auch in einem völlig erweiterten (schlacht)-feld: das heute von unserer seite her mit der internationalistischen kampagne zu '500 jahre unterdrückung und widerstand' betreten wird.

die '500 jahre' sind meines wissens in der metropolitanen linken, mal bis zu den frühen jahren dieses jahrhunderts zurückgeblättert, jetzt zum ersten mal solch ein bewußter bezugsrahmen geworden.

aber tatsächlich spielt in die aktuelle situation auch eine subjektive sache aus viel älteren schichten mit rein, ohne die rassismus meiner einsicht nach nur wenig verstanden werden kann: die christlich-abendländische 'kulturelle leistung' der trennung von körper und geist (die spaltung in der person), die, sagen welche, die das genauer erforscht haben, auf dasselbe halbe jahrtausend zurück reicht. die deformierungen bedeutet und alle möglichen erscheinungen von entfremdung und gleichzeitig die - unbegriffene - scharfe glasscherbe abgibt, die den weissen **HERREN**menschenwahn immer wieder hochbringt. es ist die scherbe, die den herrenmenschen abhält, sich auf den grund der eigenen seele niederzulassen und **von da aus** zu leben, freie beziehungen zu anderen menschen/völkern einzugehen, ihn vielmehr immer neu zwanghaft zur leistung gespenstischer selbstkonstitution treibt (populär: die zu irgendwas hochgestylten). und weil diese Scherbe nicht einmal entdeckt ist, wird die ursache des schmerzes projiziert auf die 'sündenböcke', hassend am meisten die, die mehr freisein und lebendigkeit ausstrahlen und ursprüngliche menschliche bedürfnisse 'anmelden'. die gespenster irren seitdem durch die welt, erlösung sich wünschend und erhoffend bei der suche nach der ursprünglichen einheit, vergeblich aber ohne den bruch mit der herrenstruktur, und so können sie sich die einheit doch immer weiter nur vorstellen... im vollzug von **ausgrenzung** der 'fremden', der unordentlichen frauen, der nicht funktionierenden (in deutschland werden 10 prozent der kinder mit pillen vollgestopft in die schule geschickt), der krüppel, der für den markt überflüssigen...

wir sind also angekommen nicht bei den rechtsextremisten, sondern bei der metropolitanen gesellschaftlichen **mitte** und dem system. und das heute mit diesem ungeheuren wissenschaftlichen, logistischen und militärischen zerstörungspotential zur hand, das sich die imperialistischen eliten angehäuft und für sich monopolisiert haben.

soweit also mal angerissen die gedankenlinien, entlang denen ich den zugang zur situation suche.

vielleicht wird aus dem ausgebreiteten auch etwas deutlich, dass der internationalismus der metropolenkämpfer, die von den 70er jahren herkommen, noch etwas andere wurzeln hat - und darum auch für die zukunft gekämpft werden muss, anders als welche sagen, die es fertig zu bringen scheinen aus nem konjunkturellen soli-bewusstsein raus leicht auch mal davon zu trennen?

und hier jetzt mal ne denkpause.

ich möchte für diesmal nur noch die frage anknüpfen, die mich in dem zusammenhang der täglichen nachrichten stark beschäftigt. wie ihr nämlich die gefahr seht, dass die, die jetzt für den anti-fa-kampf aufstehen, sich in diese sackgasse bewegen könnten: dass die herrschenden mit der steuerung der rassistischen ausbrüche auf der untersten ebene 'einen sektiererischen konflikt kreiren', in dem die linken kräfte sich aufreiben (sollen) und die eliten damit dabei unangefochten bleiben? ...

Heidi Schulz

Über Rassismus

Auszug aus einem Brief vom Januar 1993

[... der Anfang des Brief ist in dieser Broschüre in Kap. VIII abgedruckt ...]
ich denke, heute in einer situation, wo sich offen zu zeigen beginnt, wohin grossdeutsche politik führt: krieg, asylverhinderung, oberwasser für alle rechten, reaktionären entwicklungen, rassistische faschistische gewalt, "grosse koalition" (ohne dass sie formal an der regierung wäre), zu alle einschneidenden politischen entscheidungen, um die politisch-strategischen grenzen zu durchbrechen, die dem deutschen imperialismus durch die nachkriegs-grenzen und -geschichte (eben auch durch den sozialistischen block) in seiner expansion eingeschränkt haben - weltweit wie im innern - müssen alle um einen gemeinsamen politischen begriff von unten und eine gemeinsame politische antwort gegen diese entwicklung kämpfen.
der sogenannte "solidarpakt", bei dem schon die entwürfe in der schublade liegen, die in ost- und west(deutschland) eine weitgehende deklassierung weiterer breiterer teile der gesellschaft planen, die viele aus vielen gesellschaftlichen schichten in einen ökonomischen und sozialen verarmungsprozess drücken wird. der eine weitere grundlage (basis, voraussetzung) dafür sein wird, dass viele ihre perspektivlose situation bei den faschistischen organisationen zu lösen versuchen werden; solange, auch, "die" linken zusammenhänge sich nicht damit auseinandersetzen, oder sogar konkreten authentischen initiativen in den rücken fallen (wie teile der pds gegen authentische organisierungsvorschläge und versuche ausserhalb der gewerkschaften von/mit arbeiterInnen aus dem osten).
während gleichzeitig von oben "den einen" die gelder für soziale projekte gestrichen werden - wie treffpunkte für jugendliche, für ältere menschen, behinderteneinrichtungen, obdachlose, fortschrittliche "antipsychiatrie"-projekte, besetzte häuser.. - werden von unten "den anderen" dazu die brandbomben und todschlägertrupps "geliefert", in aktion gesetzt.
sicher kann niemand fertige antworten zu allem aus der schublade ziehen, umso wichtiger sind aber die klare benennung von inhaltlich-politischen bestimmungen, die von den wirklichen klassenverhältnissen ausgehen, von den ursachen faschistischer gewalt, statt mit politisch blindem handeln eine polarisierung zu verbreitern und zu vertiefen, die eine breite entpolitisierte unzufriedenheit vieler jugendlicher weiter in die rechte "ecke" treibt, die sie willkommen aufnimmt, weil "die" linke, viele linke zusammenhänge, es sich zu einfach machen - sich nicht mit der realität von deklassierten und den ursachen ihrer blinden gewalt auseinandersetzen.
"faschisten jagen und schlagen, wo man sie trifft" ist keine antwort auf die sozialen und politischen ursachen - dem nährboden faschistischer gewalt.
es ist doch auch unser ureigenstes interesse - das von denen, die in diesen imperialistischen verhältnisse nicht mehr leben wollen und können - nicht nur gegen die rechten zu kämpfen, wenn sie sich offen bestialisch zeigen, sondern gegen alle ursachen dieser entwicklung und d.h. gegen ihre grundlagen, um einen eigenen umwälzenden prozess mit langem atem zu kämpfen; mit politischen Vorstellungen von einem anderen leben, dafür. und sicher ist es schwieriger sich mit jugendlichen, die rechten parolen aufsitzen, auseinanderzusetzen, ihre denkschemata auseinanderzunehmen, als ihnen nur eins aufs maul zu hauen - was gegen die wirklichen faschisten sicher keine frage ist.
die eigene hilflosigkeit oder orientierungsschwäche kann niemand (niemals) durch schläge "ersetzen". wenn heute so viele 12-13-14...jährige kids den faschisten in die arme laufen, dann ist das nicht nur eine frage, aus welchen werte-losen, kaputten familienstrukturen sie kommen, in denen autoritätshörigkeit und unterordnung schon immer wichtiger waren als selbständiges und verantwortungsvolles denken, als einem grundbaustein dieser gesellschaftsstrukturen, sondern es ist auch eine "frage" an die geschichte linker politik - hier ausdruck dessen, wie wenig bzw. mit welcher entfremdung aus der privilegierten distanz sie die augen vor den sozialen-klassenwidersprüchen verschliessen und sich mit den politischen ursachen von deklassierungsprozessen auseinandergesetzt haben.
diesen fehler zu zementieren, indem man die fehlende anziehungskraft einer nicht-existenten linken zur grundlage des eigenen denkens und handelns macht, kann dieses defizit, einer eigenen orientierungslosigkeit und das anwachsen von faschistischer organisierung und gewalt nur vergrössern. man muss zwischen formen von unzufriedenheit und blinder gewalt, die unbegriffen rechte parolen übernehmen, und denen, die wirklich faschisten sind, unterscheiden, will man dieser entwicklung nicht weiter das feld überlassen, die viele jugendliche weiter in ihre arme treibt.
dazu gehört aber sich tatsächlich mit ihrer realen lage, ihren widersprüchen und problemen auseinanderzusetzen - dass geht nicht von einer warte aus, die für viele "linke" hier das bestimmende ist: "wir sind die guten mit durchblick" und "ihr die verdummten bösen", einer haltung, der die realen klassenverhältnisse im eigenen "links-alternativen ghetto" abhanden gekommen sind, ein bewußtsein über die eigene reale lage - und das gemeinsame der lage aller unterdrückten.
es gibt einige wenige ansätze, die in diesen auseinandersetzungen richtig eingreifen, wie z.b. in mannheim, wo sich aus den zusammenstößen zwischen "rechten und linken jugendlichen" eine initiative entwickelt hat, um die sprachlosigkeit zu brechen. fußballspiele sind da genauso teil wie gespräche und es wäre nichts als dumme arroganz, solche initiativen als "sozialarbeiterfrieden" abtun zu wollen.
sicher reichen solche initiativen allein, auch wenn sie so zahlreich wie notwendig wären, nicht aus, wenn nicht gleichzeitig um eine entwicklung gekämpft wird, die gegen die ursachen rechter gewalt eine eigene orientierung und politik setzt.
und sicher ist auch, dass das nicht ohne einen gesellschaftlichen klärungsprozeß möglich sein wird - wie sich jede/r politisch verhält zu den fundamentalen fragen (denen die meisten linken zusammenhänge aus dem weg gehen), zu den politischen und sozialen fragen, wie sie aus den existierenden gesellschaftlichen widersprüchen aufbrechen, aus der veränderten gesamtpolitischen lage, in der das deutsche kapital sich auch mit krieg wieder neue absatzmärkte, ausbeutung von anderen völkern und fremden ressourcen sichern will. (schließlich ein ursprung von rassismus und "herrenmenschen"-denken, aus 500 jahren kolonialer-imperialer herrschaft entwickelt).
ohne hier auf die komplexen entwicklungen eingehen zu können, die zu der zuspitzung weltumspannender krisen in grausame verteilungskämpfe und "bürgerkriege" geführt haben, wie in jugoslawien und somalia, oder angola... eins steht mit sicherheit fest, sie wären ohne die einmischung und machtpolitik zur durchsetzung politischer, ökonomischer und militärstrategischer interessen imperialistischer grossmächte nicht möglich gewesen, die nun im namen "humanitärer aktionen" den weg freimachen sollen für die akzeptanz einer militärischen interventionspolitik in der tradition kolonialer militaristischer machtpolitik.
was ist antirassistische, antifaschistische politik eigentlich? ist das das recht, hier geduldet zu werden, solange menschen für die verwertungsinteressen des grossen geldes, der multinationalen konzerne, ausbeutbar sind? menschenrechte, die

nach den verwertungsbedingungen des kapitals quotiert mal proklamiert, dann ausser kraft gesetzt werden, oder damit ihre exportgeschäfte nicht gefährdet werden? ich denke, antirassistischer antifaschistischer kampf ist etwas anderes, ist der gemeinsame kampf mit allen völkern um befreiung.
kampf um befreiung von neokolonialerimperialistischer ausbeutung und herrschaft - von jeder form der ausbeutung des menschen durch den menschen - was, solange dieses kapitalistische prinzip herrscht, in zeiten der verschärften krisen immer wieder rassistische und faschistische unterdrückung produziert.
[... das Ende des Briefes ist in dieser Broschüre in Kap. VIII abgedruckt ...]

Rote Armee Fraktion /
Kommando Katharina Hammerschmidt

Weiterstadt

[...]
aus teilen der frauenbewegung gab es die kritik an uns, daß wir nur wenig auf ihre diskussionen eingegangen sind, die für teile von ihnen in den letzten jahren sehr wichtig gewesen sind, wie die diskussion um rassismus. und auch durch die sich überschlagenden ereignisse wie z.b. in rostock ist es für uns dringend geworden, diese auseinandersetzung genauer zu führen.
wenn wir auch nach wie vor die verschärfung der lebensbedingungen hier und die um sich greifende perspektivlosigkeit vieler menschen sowie das fehlen der linken als kraft als einen grund für einen zulauf bei den faschisten sehen, ist es auf der anderen seite aber auch klar, daß die wurzel, dafür, warum sich hier in der metropole, im neuen großdeutschland, die unzufriedenheit in einem solchen ausmaß gegen fremde entlädt, tiefer liegen. damit müssen sich alle sehr bewußt auseinandersetzen. wie ein mosambikaner sinngemäß gesagt hat: bei uns sind die menschen auch arm und trotzdem schlagen sie deshalb nicht auf die nächsten unter ihnen ein.
die auseinandersetzung über rassismus wird also sicher ein wichtiger teil beim aufbau einer gegenmacht von unten sein - die nicht im ghetto bleiben oder als abgrenzung zu anderen geführt werden kann, sondern als frage ans eigene bewußtsein, wie jede/r sein will und welche gesellschaftliche entwicklung man/frau will.
daß da in der vergangenheit fehler gelaufen sind, kritisiert die autonome l.u.p.u.s.-gruppe in ihrem buch "geschichte, rassismus und das boot" so: "so selbstverständlich und geübt es scheint, heute über rassismen, über das 'spezifisch deutsche' oder über deutsche einzigartigkeiten zu streiten, so selbstverständlich sah die revolutionäre linke in den letzten 20 jahre darüber hinweg. ... was in der linken auseinandersetzung um patriarchales verhalten unmöglich geworden ist, schien in der frage des deutschseins auffällig leicht zu fallen: wir haben damit nichts zu tun."
die chancen, heute vieles anders zu machen und neues herauszufinden sind groß: die frage nach dem aufbau einer gegenmacht von unten ist nicht ausschließlich eine frage an weiße, deutsche linke, sondern eine frage danach, wie menschen, die hier leben, sich gemeinsam organisieren können. und die bevölkerung setzt sich hier aus menschen der unterschiedlichsten nationalitäten und hautfarben zusammen.
"der dialog mit schwarzen frauen muß nicht in fernen ländern stattfinden, sondern ist/wäre viel einfacher und intensiver mit den frauen möglich, die in der brd leben. die geschichte von migrantinnen und ihr wissen aus den herkunftsländern ist dabei für das begreifen internationaler zusammenhänge so wichtig wie ihre politischen meinungen und erfahrungen mit rassismus und dem anderen sexismus, der sie hier trifft, für das verständnis der brd-gesellschaft..." (aus: "basta" - frauen gegen kolonialismus).
"... es war die 68er bewegung, die das, was der faschismus nach dem judentum innerstaatlich am grausamsten verfolgt und ausgemerzt hatte, die linke, ihre werte, kultur und kontinuität, wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in deutschland west. und wenn heute eine re-faschisierung läuft, dann breitet sie sich aus in jenem politisch-kulturellen vakuum, das diese linke in ihrem rückzug aus einer gesamtgesellschaftlichen verantwortung und neusetzung von werten und einstellungen hinterlassen hat." (lutz taufer, gefangener aus der raf).
es ist eine aufgabe der linken in ihrer praxis neue werte zu setzen und zu leben, ansonsten wird in der gesellschaft immer nur das hervorbrechen, was 500 jahre kolonialismus im bewußtsein der metropolenbevölkerung angerichtet haben: rassistische ideologie. das weiße herrenmenschenbewußtsein ist seit 500 jahren voraussetzung für kolonialistische und imperialistische ausbeutung der völker im trikont. es ist im bewußtsein der weißen metropolenbevölkerung aus dieser geschichte vorhanden und wird in krisenzeiten von staat und kapital offen mobilisiert.
rassismus heißt, menschen in "andersartige" und "mehr-" und "minderwertige" zu kategorisieren. so werden immer die kategorisiert, die im kapitalistischen produktionsprozeß entweder nicht gebraucht werden oder härter ausgebeutet werden sollen.
die zerstörung des sozialen unter den menschen ist die voraussetzung für rassismus. diese zerstörung bedeutet, daß auf der basis des kapitalistischen systems, dem 24-stunden-alltag von leistung und konkurrenz, den menschen eigene kriterien geraubt und durch für den kapitalismus funktionale werte ersetzt wurden - am effektivsten in der metropole. das zeigt sich z.b. am verhältnis zu arbeit und leistung als wertdefinition des menschen: ohne arbeit bist du nichts... es ist das verhältnis zur zeit, wo es für die meisten menschen zur normalität geworden ist, in einem vollkommen vorbestimmten rhythmus und stress das ganze

leben zu verbringen, in dem es keinen platz für kreativität und lebenslust gibt.
[... Der hier ausgelassene Absatz ist zu Beginn des nächsten Kapitels dieser Broschüre zitiert ...]
es war und ist immer die voraussetzung für die herrschaft des kapitalistischen systems über die menschen gewesen, mit solchen kriterien auch tausend trennungen zwischen sie zu setzen: die trennungen in mehr- und minderwertige, in leistungsfähige und "arbeitsscheue"; in schwarze und weiße; in männer und frauen; alte und jung; kranke, schwache, behinderte und starke, gesunde; in gescheite und "dumme".
dieser prozeß der zerstörung hat heute eine dimension erreicht, in der die gesellschaft in ein inneres um-sich-schlagen übergeht.
rassistisches bewußtsein wie überhaupt der destruktive prozeß in der gesellschaft kann nur in kämpfen, in denen soziale beziehungen und werte hervorgebracht und umgesetzt werden, aufgehoben bzw. umgedreht werden. eine perspektive revolutionärer entwicklungen wird nur in solchen prozessen wieder vorstellbar werden.
entweder schafft die linke - und damit meinen wir alle, die auf der suche nach wegen sind, wie menschenwürdiges leben hier und weltweit durchgesetzt werden kann - einen neuen aufbruch, der seine wirkung in der gesellschaft hat, oder der "aufbruch" bleibt auf der rechten, faschistischen seite.
entweder wird von unserer seite aus eine basisbewegung von unten entwickelt, die von solidarität und gerechtigkeit, vom kampf gegen soziale kälte, perspektivlosigkeit und armut bestimmt ist, oder die explodierenden widersprüche werden weiterhin destruktiv bleiben und die gewalt jede/r gegen jede/n eskalieren.
[...]
RASSISMUS VON STAAT UND NAZIS BEKÄMPFEN!
RASSISTISCHES BEWUSSTSEIN IN DER GESELLSCHAFT IM KAMPF FÜR DAS SOZIALE UNTER DEN MENSCHEN AUFHEBEN - AUCH DAFÜR BRAUCHEN WIR EINE BASISBEWEGUNG VON UNTEN, DIE VON SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT, VOM KAMPF GEGEN SOZIALE KÄLTE, PERSPEKTIVLOSIGKEIT UND ARMUT BESTIMMT IST!

Lutz Taufer

Gesellschaft oder Ghetto

[...]. "selbst ein so sympathisch nüchterner mann wie schäuble spricht vom verlust der wertbindungen, der mitte der sechziger jahre entstand", berichtet die süddeutsche zeitung am 7.12.1992 von einer schäuble-"rede über deutschland". was ist es, was diesen "nüchternen" politiker dermaßen irritiert, ein viertel jahrhundert nach seiner zeit als einer der anführer des rings christlichdemokratischer studenten in freiburg? sicher nicht diese oder jene aktion der studentenbewegung, eher schon der zumindest partiell und temporär erfolgreiche angriff auf jene denkmuster und mentalitäten, die den kapitalismus im innersten, bis jetzt jedenfalls, einigermaßen am laufen hielten: die verlorengegangenen anbindungen an die herrschenden werte. unschwer zu begreifen, daß eine solche eindringliche offensive nicht durch rückzug ins ghetto geschieht, sondern durch jene bewegung, die in der genau entgegengesetzten richtung sich entfaltet.
wie nun aber jener eigentümliche gedankensprung, mit dem schäuble, an die denunziation von 68 anknüpfend, in seiner rede fortfährt: "und er appelliert an das deutsche volk, sich nicht nur am konsum zu orientieren, sondern auch die freude am kind zu entwickeln"?
wie?! hat 68 hemmungslosen konsum propagiert, haben wir zielstrebig auf jene kinderfeindliche Gesellschaft hingearbeitet, wie wir sie heute haben? warum redet dieser mann solchen unsinn? ich denke, wir müssen dabei zweierlei auseinanderhalten: erstens die tatsache, daß die warengesellschaft in ihrer heutigen fundamentalistischen ausprägung (in schäubles worten: alleinige orientierung am konsum) zu einer unaufhaltsamen verwahrlosung der Gesellschaft, ihrer sozialen bindekräfte und so ihrer reproduktion überhaupt führt (fehlende freude am kind), akut bedrohlich vor allem in den erfolgen neofaschistischer rattenfänger bei tausenden von kindern und jugendlichen sichtbar.
und zweitens, daß selbst einem schäuble inzwischen dämmert, was ein marx schon vor 140 jahren skizziert hat: daß nämlich unter dem fundamentalismus der ware verhältnisse zwischen menschen zu verhältnissen von sachen werden. als führender cdu-politiker kann er dieses aber nicht aussprechen, vermutlich noch nicht einmal in seinem bewußtsein zulassen, also wird es abgespalten und auf einen sündenbock projiziert. von daher die brüche in seiner argumentation.
das klima in diesem land ist in den letzten beiden jahren umgeschlagen. eine dramatische entwicklung, die in ihrem vollen ausmaß erst 1992 deutlich geworden ist. was wir heute wissen, war zu beginn des jahres noch nicht sichtbar. reaktionäre bis faschistische tendenzen, und zwar nicht nur in organisierter form in der bandbreite von spd bis hin zu bewaffneten neonazistischen trupps, haben sich breit gemacht. und längst auch das alltagsbewußtsein erreicht. werte und denkmuster der linken kommen nicht mehr oder nur in diffuser, widersprüchlicher form zum tragen. breit angelegte aktionen gegen rassismus, antisemitismus und nazismus haben stattgefunden, als koalitionen von linken, sozialdemokratischen und bürgerlichen kräften. ihre traditionelle rolle als motor solcher mobilisierungen hat die linke eingebüßt. schlimmer noch: da demonstrieren millionen gegen faschismus und militanten rassismus, ohne zuvor mit der herrschenden wertskala gebrochen zu haben. und doch muß auch daran erinnert werden: bei allen grausamen verirrungen war es in der bisherigen geschichte die linke, die kontinuierlich dafür garantiert hat, daß um menschliche und soziale emanzipation gekämpft wird. ein anderes politisches kontinuum, das auch nur ähnliches für sich in anspruch nehmen könnte, fällt mir, in deutschland jedenfalls, nicht ein. wenn es nach dem zweiten weltkrieg in diesem land eigen-ständige demokratisierung gegeben hat, so war das nicht der us-import dollars & democracy, es war die 68er-bewegung, die das, was der faschismus nach dem judentum innerstaatlich am grausamsten verfolgt und nahezu ausgemerzt hatte, die linke, ihre werte, kultur und kontinuität, wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in deutschland west.
und wenn heute eine re-faschisierung läuft, dann breitet sie sich aus in jenem politisch-kulturellen vakuum, das diese linke in ihrem rückzug aus einer gesamtgesellschaftlichen verantwortung und neusetzung von werten und einstellungen hinterlassen hat.
die welt, nicht zuletzt die westlichen systeme, befinden sich in einem sich beschleunigenden prozeß der implosion, der vermutlich von ähnlicher dimension sein wird wie der übergang vom mittelalter zur neuzeit. und insofern ist der satz vom ende der geschichte wahr. aber die verwechslung einer neuen zeit mit der mensch und natur in ihrer weiterexistenz bedrohenden apokalypse namens warengesellschaft zeigt nur, wie sehr die mächtigen selbst in perspektivischer ratlosigkeit befangen sind. das macht sie nicht ungefährlicher, im Gegenteil. "aktionismus statt politik", bilanziert die süddeutsche zeitung die bonner politik des jahres 1992. aber ihre versuche, die

bedrohlicher und unbeherrschbarer werdende situation unter aufbietung aller mittel und brutalitäten, unter abwurf auch noch des letzten moralischen ballasts, doch noch einmal zu stemmen, ist der historischen situation gegenüber genauso blind wie der "blick über kimme und korn." dieser situation ein "revolutionäres projekt" entgegenzustellen, das auch nach einjähriger debatte über das stadium guter absichten und böser unterstellungen nicht hinausgekommen, halte ich nicht für einen angriff auf diese verhältnisse, sondern für einen rückzug von ihnen. [...].

einige Frauen aus der radikal

Gegen das organisierte Deutschtum!

Für den Zusammenbruch! Rückwärtsrolle ? Grüße an Lupus!

Das Thema, das die autonome Linke hier seit dem 22. August des Jahres einerseits am meisten beschäftigt, andererseits vor die größten Probleme stellt, sind die Pogrome gegen Flüchtlingsheime und Flüchtlinge, die mit Hilfe massenhafter, aktiver Unterstützung der deutschen Bevölkerung, ausgehend von Rostock-Lichtenhagen in vielen Städten der Ex-DDR, stattfanden. Nachdem es schon im letzten Jahr zu mehrtägigen Angriffen, gemeinsam getragen von organisierten Rechten sowie der Erna-Normalbevölkerung auf ein Flüchtlingsheim in Hoyerswerda und im Juni des Jahres zu einem Pogrom auf der Schönau bei Mannheim gekommen war, wurden die Angriffe in Rostock-Lichtenhagen zum Ausgangspunkt für einen neuen, nicht gekannten Höhepunkt rassistischen Terrors. Im Moment sind zumindest die vermassten Angriffe auf die Heime etwas abgeebbt, aber täglich finden Brandanschläge auf AusländerInnenunterkünfte und anderer rassistischer Terror gegen AusländerInnen statt.

Die ersten Reaktionen der autonomen Linken zeigten sich in einer erhöhten Mobilisierungsfähigkeit für Demos und anderen Massenaktionen und in verstärkten Kleingruppenaktionen vor allem gegen faschistische Kneipen und Treffpunkte. Die Bereitschaft dazu ist mittlerweile wieder etwas zurückgegangen. Man/frau ist wieder zum Alltag zurückgekehrt, die Nachrichten über die täglichen Angriffe auf AusländerInnen gehören unterdessen zu dessen Normalität.

Weitgehend unbeantwortet sind die drängenden Fragen danach, wie antifaschistische Politik aussehen kann, angesichts der nicht nur erstarkenden faschistischen Organisationen, sondern gerade der Bereitschaft zum rassistischen Terror weiter Teile der Bevölkerung, die sich gegenwärtig offensichtlich von Zeit zu Zeit in aktiver, gewaltsamer Vertreibung entlädt und dabei auch bereit ist, Tote unter den AusländerInnen in Kauf zu nehmen.

Im Grunde ist damit der Zustand wieder eingetreten der seit dem Ende der Angriffe in Hoyerswerda jeweils zwischen den Pogromen Normalzustand in der BRD ist: Laut Statistik des BKA fand im Jahr 1991 durchschnittlich jeden Tag (!) ein rassistisch motivierter Sprengstoff- oder Brandanschlag statt. Die Dunkelziffer dürfte allerdings ein Vielfaches dieser Zahl betragen. Über die Angriffe gegen ausländisch aussehende Menschen in allen öffentlichen Bereichen ist damit im übrigen noch gar nichts gesagt.

Angesichts solchen Ausmaßes des rassistischen Normal-Terrors bilden Pogrome nur die Spitze des Eisbergs. Gleichzeitig erscheinen sie im Gesamtzusammenhang der rassistischen Gewalt einerseits und der menschenverachtenden Ausländerpolitik andererseits auch gar nicht mehr als das Besondere, sondern eher als folgerichtige zeitweilige Steigerung der üblichen rassistischen Gewalt.

Ich weiß nicht, was soll es bedeuten...

Grund genug, sich Gedanken darüber zu machen, wie kontinuierliche antifaschistische Politik gestärkt werden kann, und welche Möglichkeiten wir haben, speziell auf die Pogrome zu reagieren:

Auf die Ereignisse in Rostock reagierte die radikale Linke erst einmal mit bodenloser Hilflosigkeit. Grüppchenweise fanden zwar einige schnell und spontan den Weg nach Lichtenhagen, ohne allerdings recht zu wissen, was man/frau dort machen könnte. Die erste größere, von Autonomen getragene Aktion (eine antifaschistische Demo) fand erst am nächsten Wochenende, also eine ganze Woche nach Beginn des Pogroms statt, quasi als "alles vorbei" war. Auch die weithin getragene Aufforderung an die Lichtenhagener Bevölkerung: "Schämt euch", zeugt von Ohnmacht der Situation gegenüber.

Wofür soll sich die so angesprochene Bevölkerung denn schämen? Etwa dafür, daß mit ihrer tatkräftigen Unterstützung beinahe 150 VietnamesInnen verbrannt wären? Die Aufforderung, "sich zu schämen", scheint angesichts der bewußt in Kauf genommenen Gefährdung von über 150 Menschen doch wohl etwas unangemessen, wenn nicht gar lächerlich. Sie verniedlicht geradezu den Terror der deutschen Bevölkerung, indem sie so tut, als würde man mit "dummen Jungs" schimpfen. Nimmt die Linke die Bereitschaft zu rassistischer Gewalt der ganz normalen Durchschnittsbevölkerung immer noch nicht ernst....?

Pogrome stellen die Linke offenbar in mehrfacher Hinsicht vor eine neue Situation:

Wurde in den letzten 2 Jahren noch versucht, den Schutz von Flüchtlingsunterkünften gegen faschistische (Klein)-Gruppen zu organisieren (z.B. durch Telefonketten) so können kleine, antifaschistische Grüppchen gegen einen Mob von mehreren hundert Leuten wenig ausrichten. Allein in Quedlinburg ist es gelungen, sich mit ca. 200 Leuten relativ spon-

tan schützend vor ein Heim zu stellen und darüber hinaus rechte Gruppen sowie die randalierende Bevölkerung anzugreifen und wenigstens für die Dauer der Anwesenheit der Autonomen zu vertreiben. Solches Vorgehen finden wir beispielhaft und unbedingt nachahmenswert in einer Situation, in der es einerseits darum gehen muß, den öffentlichen rassistischen Konsens auf der Straße durch Präsenz und durch militante Angriffe auf die RassistInnen zu brechen, andererseits die Flüchtlinge, die auch in Quedlinburg z.B. noch im Heim waren, zu schützen oder, wo möglich, gemeinsam mit ihnen Schutz zu organisieren (wie z.B. Ende Oktober in Greifswald). Zum ersten Mal seit es die Pogrome in Deutschland gibt, mußten die Erna-NormalrassistInnen, die dort seit Tagen allabendlich ihr Bier nicht mehr vor der Glotze, sondern auf der Straße vor dem Heim tranken, zur Kenntnis nehmen, daß sie persönliche Konsequenzen und Risiken für ihre Beteiligung an den Angriffen zu tragen haben. Soweit uns bekannt ist, blieben die Aktionen von Autonomen in Quedlinburg, die die rassistische Bevölkerung in einer eskalierten Situation vor Ort mit allen Mitteln an weiteren Angriffen zu hindern suchten, die einzigen dieser Art, die nicht von Flüchtlingen getragen wurden.

Dafür gibt es unserer Meinung nach verschiedene Gründe: Wir denken, daß solche Aktionen vielen Autonomen zu undifferenziert erscheinen. Dahinter steckt die Weigerung, die an den Pogromen Beteiligten ohne jede Beschönigung als TäterInnen und damit als handelnde Subjekte zu erkennen, die auch eine Verantwortung für ihre Taten haben und nicht nur fehlgeleitete, bewußtseinslose, arme Opfer sind; statt dessen wird der Versuch unternommen, "Erklärungen" für das rechte Verhalten in (angenommenen) sozialen Problemen zu finden (Arbeitslosigkeit, enge Wohnungen, Orientierungslosigkeit durch die unterstellte Auflösung sozialer Strukturen...), die trotz gegenteiliger Beteuerungen häufig nichts anderes sind als verständnisvolle Entschuldigungen. Indem sie die Ursache für die rassistische Gewalt ständig bei den sozialen Problemen dieser Gesellschaft und der bösen, bösen Welt sucht, trägt die Linke zur TäterInnenentlastung und Legitimation der Angriffe auf AusländerInnen bei.

Wir verstehen antifaschistische Gegenwehr gegen die rassistische, deutsche Bevölkerung nicht wie im Papier: "'Schönau' Rassismus - Antirassismus - Klassenkampf" beschrieben als "das autonome 'Konzept Strafexpedition', das nicht mehr differenziert, das nicht polarisiert und nicht politisiert, sondern im moralischen Überschwang kurzerhand (einen ganzen Stadtteil; Einfügung von uns) zu faschistischem Gebiet erklärt". Wir finden militantes Vorgehen gegen die an einem Pogrom beteiligte Bevölkerung legitim und notwendig. Es geht in solch einer eskalierten Situation vor Ort nicht um die "saubere" Vermittelbarkeit einer antifaschistischen Aktion, nicht um "Überzeugungsarbeit vor Ort oder (moralische) Appelle; erstes Ziel muß die Verhinderung oder zumindest Begrenzung des Terrors und der Schutz der Flüchtlinge sein. Das funktioniert (u.a. vor Ort) nur, wenn der rassistische Konsens, in der sich die Bevölkerung bewegt, gebrochen wird und die TäterInnen darüber hinaus durch militante Angriffe auf sie abgeschreckt und eingeschüchtert werden.

Alle weiteren Überlegungen über das Aufbrechen rassistischer Bewußtseinsstrukturen und der Verankerung antifaschistischer Ideen kommen danach. Das bedeutet nicht, daß wir auf eine Analyse verzichten wollen, die die Bedingungen und Ursachen der gegenwärtigen rassistischen Massenmobilisierungen erklärbar macht.

Die Hilflosigkeit der Linken resultiert aus einer uneindeutigen Haltung den RassistInnen gegenüber. Deswegen meidet sie die Konfrontation mit der rassistischen Gewalt und geht erst auf die Straße, wenn die Pogrome vorbei sind. Mit jedem gelungenen rechten Angriff wird es jedoch für uns schwieriger werden, den Rechten was entgegenzusetzen, denn jeder Abend den sie ungehindert ein Flüchtlingsheim angreifen können, jeder "ausländerInnenfreie" Stadtteil, macht sie stärker und uns schwächer.

Wir haben oft den Eindruck, daß gerade die Linken, die sich um eine differenzierte, analytische Betrachtung der gesellschaftlichen Situation sowie der Entwicklung der staatlichen, faschistischen Tendenzen bemühen, die Frage nach den praktischen Konsequenzen autonomer Politik nicht stellen. Mit dem Verweis auf eine fehlende Analyse und dem zweifellos oft wenig differenzierten Gesellschaftsbild der Autonomen wird die Frage nach den jetzt möglichen und notwendigen Politikansätzen in den Bereich zukünftigen Geschehens verwiesen. Dem wollen wir entgegenhalten, daß es eine politische Perspektive, die an der praktischen Lösung hier und jetzt vor Ort vorbeikommt, nicht geben wird.

Eine beschriebene Uneindeutigkeit gegenüber den rassistischen NormalbürgerInnen fällt z.B. bei denjenigen Linken auf, die große Hoffnungen in die Revolutionierung der Arbeiter(innen)klasse setzen, aber leider zeigt sich, daß bei vielen dieser ArbeiterInnen (z.B. in Lichtenhagen und Schönau) eine große Bereitschaft zu offenem, rassistischem Terror besteht. Damit wollen wir nicht sagen, daß wir das "Proletariat" für die rassistischste Klasse halten. Z.B. wohnen in den Plattenbausiedlungen der Ex-DDR im Gegenteil zu vergleichbaren westlichen Wohngegenden alle sozialen Schichten (außer richtige Bonzen) zusammen. Also auch AkademikerInnen, Beamte.... die mit Sicherheit genauso vor die Heime gezogen sind und Beifall geklatscht haben. In Villengegenden, in denen AusländerInnenheime errichtet werden sollten oder worden sind, organisiert sich die dort lebende Bevölkerung z.B. in rassistischen Bürgerinitiativen, gründet Vereine oder versuchte Druck auf die LokalpolitikerInnen auszuüben. Die Upper-class bedient sich dabei oft einer subtileren rassistischen Argumentation.

Dennoch: gegenüber dem Proletariat heißt "Aufklärung" das Zauberwort, das den deutschen ArbeiterInnen bzw. der Bevölkerung der Ex-DDR endlich die Augen öffnen, sie auf den Pfad der revolutionären Tugend bringen soll. Gilt der Dialog mit Nazis, also organisierten Faschisten, weitgehend als verpönt, so soll die Botschaft an die rassistische Bevölkerung sein: "Ihr handelt gegen unsere Interessen als ArbeiterInnen, gegen die Flüchtlinge, was eure KlassengenossInnen sind und damit auch letztlich gegen euch selbst... Ihr schadet der ArbeiterInnenklasse und nützt den Reichen, den Managern und Politikern..." ("'Schönau'...", Ludwigshafen).

Dort wo radikale GegnerInnenschaft und Konfrontation notwendig wären, versucht die Linke, die anbiedernde Bekehrung der RassistInnen. Diese Bevölkerung mit linken Argumenten erreichen und "überzeugen" zu wollen, zeugt von vollkommener Selbstüberschätzung und einer falschen Analyse der Situation, indem davon ausgegangen wird, daß der Zusammenhalt der ArbeiterInnen als "Klasse" einer "Spaltungsstrategie" der Herrschenden (genannt: Rassismus) zum Opfer fällt und allein durch Informationsarbeit das "getrübte", "verschleierte" Bewußtsein aufgehellt werden könnte.

Den Höhepunkt dieser dumpf-marxistischen Haltung fanden wir in der Wildcat 60, Oktober 92, in der rassistischer Terror schon beinahe als "vorrevolutionäre", auf alle Fälle das System angreifende Handlung gewertet wird [*die von den Verf.innen zurecht kritisierte Haltung bspw. der* wildcat *ist zwar dumpf, aber keineswegs (traditions)-marxistisch, sondern von der Klassenbewußtseins-Theorie von Lukács Theorie vom "falschen Bewußtsein" und der Offensiv-Mythologie des - sich ebenfalls als 'undogmatisch' begreifenden - Operais-*

mus ('die Arbeiterklasse bestimmt die Kapitalbewegung') geprägt. Anm. d. Hg.] - leider nur noch ein wenig fehlgeleitet durch die medienwirksam geführte Asyldebatte sowie der sonstigen Medienhatz gegen AusländerInnen:

"Gerade zwei Jahre nach dem Anschluß sind die Parteien und Gewerkschaften in der Ex-DDR am Ende - aber die Leute bleiben mit ihrer Kritik auf halber Strecke stehen: Sie verweigern sich und beklagen im nächsten Moment, sie würden von politischen Entscheidungsprozessen 'ausgeschlossen'. Sie merken, daß dieser Staat gegen ihre Interessen handelt, aber anstatt ihn zu bekämpfen, verweigern sie nur ihre Teilnahme (...): erst Opfer des Stalinismus, dann Opfer der Umstrukturierung, Opfer der Medien, Opfer der Antifa... Die Panik vor der Zukunft wächst, aber sie packen nicht selbst an (...) (In Rostock, Quedlinburg, Hoyerswerda ... haben sie's angepackt, aber das wollt ihr wahrscheinlich nicht wahrhaben! d. Tippse). Gerade die von staatlicher Alimentierung Abhängigen haben Panik, ihr Geld an bettelnde Roma zu verlieren. Krawalle sind oft **Verhandlungsformen** (Hervorhebung von uns) in Systemen, wo Menschen sich nicht (mehr) politisch vertreten fühlen." (Wildcat 60, S. 6).

Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, wird die gesellschaftliche und politische Realität einfach geleugnet und umgeschrieben, als hätte es die wochenlangen Pogrome einfach nicht gegeben:

"Die 'faschistische Gefahr' ist ein Medienprodukt, das Copyright liegt bei der Linken und den Profitzwängen der kapitalistisch organisierten Medien. Ein und derselbe Fascho erscheint in 5 Zeitschriften: Reporter bezahlen Skins für Angriffe auf Heime. In Talkshows werden Jugendliche aufgefordert jetzt doch mal endlich 'was Ausländerfeindliches' zu sagen; (...) In Rostock waren während der Randale 500 ReporterInnen zugange. Nehmen wir mal an, nur die Hälfte von ihnen hätte Kamera und Mikrofon aus der Hand gelegt und jeweils drei hätten sich einen steinewerfenden Jugendlichen geschnappt, dann wäre die Randale beendet gewesen - die Medienfritzen hätten aber durch so ein Vorgehen natürlich weniger Geld verdient." (Wildcat 60, S. 5f).

Eine blödsinnigere Verdrängung und Verdrehung der Tatsachen und gleichzeitige Entschuldigung der rassistisch-chauvinistischen Bevölkerung als Opfer ist wahrhaftig kaum mehr vorstellbar.

"Eine Verharmlosung und Entschuldigung, die in der deutschen Linken Tradition hat. Die heutige Linke ähnelt hier dem marxistischen Antisemitismustheoretiker, der im Judenhaß einen annehmbaren Kern erkennen will. Für diesen Theoretiker steht das 'Juda verrecke' als unaufgeklärte Einkleidung für die an sich erstrebenswerte Beseitigung von Zins und Geld. Im Judenverfolger wird der Genosse erkannt, dem lediglich die marxistische Schulung fehle." (Heinsohn, 1988) (...).

Diese Linke, die das deutsche Volk so umsorgt, Kritik an den Massen möglichst vermeidet und "Erziehung" und "Therapien" empfiehlt, ignoriert nicht nur den aktuellen Zustand dieses Volkes, sondern ignoriert auch dessen Taten in der Geschichte. Mehrheitlich waren die Deutschen in irgendeiner Funktion (und wenn sie noch so banal erschien) an der Vernichtung der europäischen Juden im Nationalsozialismus beteiligt. Und sie werden es wieder tun, wenn es auf höchster Ebene beschlossen wird, und es wieder ganz normal finden, wenn sie von Angriffen, Vertreibungen, Ermordungen mitbekommen (oder mitmachen). Den Linksradikalen ist es noch nicht einmal im Bewußtsein, daß sie dies zum Thema machen und damit reflektieren müßten." ("Fluchschrift"; Nr. 1; Juni 1992; Frankfurt/M.). [*So richtig die Kritik an Therapie- und Erziehungskonzepten ist, so falsch ist es, die Linke {nach all der stalinistischen, autonomen und antiimperialistischen Sektiererei} gerade wegen* **zu wenig** *Massenfeindlichkeit zu kritisieren. Im übrigen ist die pauschalisierende Rede von "dieses Volk", "waren [...] und [...] werden es wieder tun" etc. mythologisierend - letztlich biologistisch - und geschichtsdeterministisch. Anm. d. Hg.*].

Die Linke will es nicht wahrhaben, wenn sich z.B. die Ex-DDR Bevölkerung selbstbestimmt und selbstorganisiert gegen AusländerInnen verhält. Ob in Form rassistischer Pogrome oder BI's gegen Flüchtlinge, das kann nix Selbstbestimmtes sein, denn dieser Begriff ist im autonomen Einmaleins doch ganz anders besetzt??!!

Die Orte Fürstenberg und Goldberg haben wir als exemplarische Beispiele dafür herausgesucht, wie sich die Bevölkerung in der Ex-DDR selbstorganisiert:

Der Ort Fürstenberg wird sicherlich vielen in diesem Zusammenhang ein Begriff sein. Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Ravensbrück sollte ein Supermarkt eröffnet werden, der Bau dafür war nahezu fertiggestellt. Nach Bekanntwerden dieses Plans begann eine kontroverse öffentliche Diskussion darum, die Jüdische Gemeinde und viele andere Gruppen protestierten gegen die geplante Eröffnung. Die LokalpolitikerInnen verteidigten das Vorhaben mit dem Verweis auf die dringenden Versorgungsbedürfnisse der FürstenbergerInnen, als wenn es im ganzen Ort keinen anderen Platz für einen Supermarkt gegeben hätte.

Die ansässige Bevölkerung mischte sich alsbald tatkräftig selbst in die Diskussion ein. Eine Bürgerinitiative für den Supermarkt wurde gegründet; einmal müsse die Geschichtslast doch abgeworfen werden, damit wolle man/frau jetzt nichts mehr zu tun haben, zumal mit dem vereinigten Deutschland der dunkle Teil deutscher Geschichte doch wohl überwunden sei..., so lautete die Argumentation pro Supermarkt. Straßenblockaden, Kundgebungen und fast tägliche Protestdemos wurden auf die Beine gestellt.

Zweites und ganz aktuelles Beispiel ist die 5000-Seelen-Kleinstadt Goldberg, in der gerade gegen rumänische Flüchtlinge (hauptsächlich Roma) mobil gemacht wird, die nach Goldberg kommen, weil dort in einer ehemaligen NVA-Kaserne eine ZAST (Zentrale Anlaufstelle für AsylbewerberInnen) eingerichtet wird. Von Fremden wollen die GoldbergerInnen zwar leben, hatten dabei aber eher an "deutsche Touristen" gedacht und nicht an "Zigeuner", die "wie die Heuschrekken und nicht zu integrieren" seien, und die "alle beklauen", 0-Ton Frau Waltraud Müller (53) (siehe Foto) im Spiegel 44/1992, aus dem auch die folgenden Zitate stammen.

Den von "oben" kommenden Planungen und Anweisungen wird in Goldberg nicht mehr gefolgt. Es wird mit einer Energie und Vehemenz kritisiert, protestiert und Widerstand geleistet, bereit, bis zum Äußersten zu gehen - die man/frau sich zu anderen Anlässen nur wünschen könnte: "Hatte der Minister sie (die Bevölkerung, d. Verf.) etwa um ihr Einverständnis gebeten, seine ZAST in dieser Idylle errichten zu dürfen? Hatte er sich um die sensible Wirtschaftslage gekümmert? Natürlich nicht, sagt jedenfalls Frau Bier (siehe Foto) und deshalb sei das Diktatur" (Spiegel, 44/1992).

Frau Müller und Frau Bier gehörten zu den HauptorganisatorInnen des Widerstands, der Großteil der Bevölkerung hat sich angeschlossen. Innenminister Kupfer, der den rassistischen Mob schon während der Pogrome in Rostock verständnisvoll und wohlgesonnen in Schutz genommen hat, zeigt ein offenes Ohr für die Probleme der GoldbergerInnen: Er erklärt, daß "wir in unserem Staat die Asylbewerber nicht einfach einsperren können. 'Leider', fügt er hinzu". Die Landesregierung hat mittlerweile versprochen, daß die ZAST in Goldberg im April nächsten Jahres wieder geräumt wird.

Dies sind zwei Beispiele dafür, daß die Bevölkerung sich sehr wohl von "unten"

organisieren kann, wenn es um eine Sache geht, die ihnen unter den Nägeln brennt, die also ihre Interessen betrifft. Dabei stellen sie sich keineswegs dumm an und können politische Erfolge für sich verbuchen.
Nun mag man uns entgegenhalten, daß sich die Bevölkerung, indem sie sich gegen AusländerInnen organisiert, dem Konsens mit der gegenwärtigen staatlichen Politik, mit "denen da oben", sicher sein kann und das rassistische Klima ausnutzt. Zweifelsohne wirkt sich die tägliche Bestätigung der eigenen, rassistischen Position durch z.B. die staatliche Ausländerpolitik verstärkend auf die Motivation zum rassistischen Verhalten aus; das erklärt jedoch nicht die grundsätzliche Bereitschaft dazu, Zeit, Energie und Entschlossenheit in eine rassistische Organisierung und rassistischen Terror zu stecken.
Einen weiteren Grund für die Haltung und das Nicht-Verhalten von Linken der rassistischen Bevölkerung gegenüber sehen wir in der seit ca. 3 Jahren rasant voranschreitenden Isolation linksradikaler Positionen. Die eigene Isolation durch den Rechtsruck, den alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte vollzogen haben, macht Druck auf die radikale Linke in Richtung Liberalismus, also etwa steigt die Bereitschaft einen höheren Preis für Bündnisse mit Linksliberalen oder Grün-Alternativen zu zahlen [*Sicherlich ist es zu kritisieren, daß im Interesse des Zustandekommens von Bündnissen heute häufig die eigene (revolutionäre) Position nicht mehr geäußert oder gar revidiert wird (der Übergang ist fließend); aber die früher häufig anzutreffende Haltung, die Übernahme der eigenen Position durch die potentiellen BündnispartnerInnen zur Bündnisvoraussetzung zu machen, war keine sinnvolle Alternative dazu. Denn sie bedeutete den faktischen Verzicht auf* jede *Bündnispolitik. Anm. d. Hg.*] (und verstärkt die Zweifel) an den eigenen Positionen.
Gab es z.B. noch 1986 seitens der Grünen und AL die "Aktion Fluchtburg", die das Verstecken der von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge (und damit die Organisierung illegaler Aufenthaltsmöglichkeiten...) zum Ziel hatte, so legten die Grünen Anfang dieses Jahres den kompletten Entwurf eines "Einwanderungsgesetzes" vor, im Zuge dessen die Quotierung von AusländerInnen gefordert wird (was bedeutet, daß lediglich eine bestimmte Zahl von AusländerInnen überhaupt in die BRD eingelassen werden soll).
Wir sehen uns also einem völkisch-nationalen und rassistischen Konsens gegenüber, der in der deutschen (und unserer) Geschichte nach '45 ohne Beispiel ist. Niemand, weder grün-alternative noch sonstige linksliberale Kräfte vertreten inhaltlich auch nur annähernd unsere Positionen in Sachen Ausländerpolitik (von politischen Konsequenzen ganz zu schweigen). Im Gegenteil: sie tragen den deutschtümelnden und rassistischen Konsens auf grün-alternative Art und Weise mit. Angesichts solcher Isolation der eigenen Position kann den Autonomen Angst und Bange werden, was z.B. eine verklärende, populistische Haltung gegenüber den RassistInnen hervorruft.
"Auf wen sollen wir uns denn hier sonst noch beziehen...?", hören wir schon die (selbst-) zweifelnden Bedenken... Wir denken daß Populismus und Anbiederung an eine Bevölkerung, die schon lange etwas ganz grundsätzlich anderes will als wir, uns nicht weiterhelfen, sondern im Gegenteil zu einer Verwässerung der eigenen anti-rassistischen Positionen führt. Statt dessen kann nur eine radikale Konfrontation in Wort und Tat den nationalistisch-rassistischen Konsens in dieser Gesellschaft ankratzen, überall dort, wo rassistische Gewalt auftritt.
Einen letzten Grund für die schleppende bis nicht-vorhandene Reaktion der Autonomen auf die Pogrome sehen wir in der Unflexibilität und Unorganisiertheit derer, die bereit dazu wären, sich mit vielen schützend vor ein Heim zu stellen und eventuell sogar den Mob anzugreifen. Wir denken, daß sich ein nennenswertes, spontanes Reagieren auf die Angriffe kaum mit unserem, in der Regel reichlich durchorganisiertem Alltag vereinbaren läßt. Schließlich sind wir ja auch nicht durch direkte eigene Betroffenheit zur unmittelbaren antifaschistischen Gegenwehr gezwungen, sondern können es uns aussuchen, wann wie oder ob wir überhaupt reagieren wollen. Diese "Freiheit" nehmen sich auch die meisten von uns (um nicht zu sagen: alle) heraus. [*Das ist eine rein moralische Kritik, die daran vorbei geht, daß wir* **alle tatsächlich** *unser Leben organisieren müssen. Anm. d. Hg.*]
Wenn wir nicht zukünftig dazu in der Lage sind, die Notwendigkeiten unseres Alltags so einzurichten, daß wir auch mal flexibel reagieren können (es finden ja auch nicht täglich Pogrome statt), dann werden wir in solchen Situationen immer das Nachsehen haben.
Niemand (außer den Flüchtlingen, die sich selbst verteidigen oder den Bullen) wird so dem rechten Terror eine Grenze setzen. Wenn man bedenkt, mit welcher Selbstverständlichkeit die Leute vor dem Flüchtlingsheim agieren oder zumindest rumstehen wird klar, daß sie sich nicht nur im Recht fühlen, sondern auch nicht die geringste Angst vor irgendeinem/r Gegner/in haben, der/die ihnen dieses "Volksfest" kräftig vermasseln könnte. Ihr Handeln bleibt bisher ohne Konsequenz seitens der AntifaschistInnen, von wenigen Ausnahmen abgesehen.
Zu der zur Zeit notwendigen Flexibilität gehört einerseits die Vernetzung unter den Leuten, die bereit sind, im Falle eines Pogroms sofort dorthin zu fahren, das heißt, man muß sich erreichen und verständigen können, andererseits muß jede/r für sich überlegen, ob sie/er nicht vielleicht das nächste Mal krankfeiern kann, um mehr Zeit zu haben, die Kinder abwechselnd mit anderen Eltern betreut bzw. bereit ist, einige der sonstigen gesellschaftlichen "Verpflichtungen", die so zu den angenehmen Seiten des autonomen Szenealltags gehören (wie Essensverabredungen, Kino, Feiern u.ä.) mal sausen zu lassen. Sonst werden es nie viele sein, die gerade mal zufällig Zeit haben. Es kommt, wie gesagt, ohnehin nicht jeden Tag zu solchen Pogromen wie in Hoyerswerda oder Rostock und bei den täglichen Einzelaktionen von Rechten können wir vor Ort sowieso kaum etwas machen, weil sie in den meisten Fällen nicht berechenbar sind.

Von linken Erklärungsansätzen oder: die Untiefen der Risikogesellschaft

Wie wir hoffentlich deutlich ausgedrückt haben, stehen wir nicht so sehr auf das Erklärungsmuster, das die sozialen Probleme einer an Leistung und Verwertbarkeit orientierten "Risikogesellschaft" (der Begriff ist zahllosen wissenschaftlichen Untersuchungen zum Thema entlehnt) zur Ursache des rassistischen Terrors macht. Als die konkreten Probleme werden benannt: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Angst vor Deklassierung, Zerstörung der gewohnten sozialen Ordnung, Zerstörung der herkömmlichen Bindung (in der Regel ist die deutsche Dumpf-Familie damit gemeint) und daraus resultierende Halt- und Orientierungslosigkeit - so wollen es jedenfalls die zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen über rechtsextreme Motivation, mit denen auch die autonome Linke liebäugelt.
Uns drängt sich da die Frage auf, aus welchem Grund denn Wohnungsnot und Arbeitsplatzverlust für eine gewaltbereite, ausländerInnenfeindliche Haltung prädestinieren sollen??? Die Argumentation, die "Armut und Deklassierung" zum Ausgangspunkt rassistischer Gewalt macht, ist doch gerade auch den Flüchtlingen gegenüber reichlich zynisch und verächtlich, sind sie doch um ein vielfaches ärmer und deklassierter als diese privilegierten Weißen in einem der reichsten Länder der Metropole.

Außerdem haben z.B. einige Länder des Trikont sehr hohe Aufnahmequoten für Flüchtlinge; in einigen afrikanischen Ländern und z.B. in Pakistan ist das fast die Hälfte der Bevölkerung. Wir haben aus diesen Ländern nichts Vergleichbares an Haß und Aggressionen gegen diese gehört, ganz im Gegensatz zu den reichsten Ländern der Welt, in denen es mittlerweile zum gängigen Erklärungsmuster für rassistisches Verhalten gehört, daß Einwanderung von ausländischen Menschen eben Fremdenhaß erzeugt.

Nebenbei bemerkt gibt es auch einiges an sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, die sich zwar zum Ziel gesetzt haben, die rechte und rassistische Bevölkerung zu Opfern der unterstellten sozialen Misere, Orientierungs- und Haltlosigkeit der modernen "Risikogesellschaft" zu machen, die aber dann doch irritiert feststellen müssen, daß "ökonomische Bedrängnis" weder durch Arbeitslosigkeit noch allgemein im Sinne von niedriger Schichtzugehörigkeit für rechtsextremes Verhalten prädestiniert. "Rechtsextreme Jugendliche kommen eher aus dem mittelständischen Milieu" ("Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft". Rommelspacher, Birgit, in: 1999 2/91 S. 78). Bei den Republikaner-WählerInnen ist "Wohnungs- und Hausbesitz (...) sogar etwas überrepräsentiert. Republikaner-Sympathisanten sind mit ihrer wirtschaftlichen Lage zufriedener als SPD-Wähler und Grüne" (ebda.).

Die Haltlosigkeit der "Armutsargumentation" zeigt sich auch daran, daß wesentlich weniger Frauen als Männer die Republikaner wählen, oder ihnen gar beitreten. Frauen bilden bekanntlich die Hälfte der Bevölkerung, die deutlich weniger über unabhängigen Reichtum oder über eigenes Einkommen verfügt. Außerdem haben Frauen und Mädchen durch ihre Geschlechtszugehörigkeit auf dem Arbeitsmarkt die schlechteren Chancen, was sich durch höhere Arbeitslosigkeit, niedrigeren Verdienst, miesere, weniger abwechslungsreiche und weniger spannende Jobs und schlechtere Aufstiegsmöglichkeiten im Vergleich zu Männern ausdrückt. Trotzdem scheinen sie weniger anfällig für rechtsextreme Positionen und Politik zu sein: Sie sind in rechten Parteien unter den Mitgliedern sowie unter den SympathisantInnen deutlich unterrepräsentiert und nach ihrer politischen Orientierung befragte Mädchen zeigen sich z.B. viel seltener rechtsradikal oder rassistisch bzw. sind in ihrer Haltung (sollte diese rechtsgerichtet sein) weit weniger gefestigt als männliche Jugendliche. Eine Erklärung dafür sehen wir darin, daß Mädchen sich häufig an der Meinung und Haltung der Jungs orientieren, mit denen sie z.B. in einer Clique zusammen sind, oder schlicht an der ihres aktuellen Freundes. Diese Orientierung am Mann (wie sie ja *auch [und was noch? Das ist doch wohl der wesentliche Grund! Anm. d. Hg.]* gesellschaftlich gewünscht wird) macht sie weniger gefestigt in ihren politischen Urteilen, da diese ja nicht ihre eigenen sind. Das halten wir den Mädchen keineswegs zugute, [*das ist ja sehr generös: "wir halten den Mädchen keineswegs zugute," daß sie unterdrückt werden und deshalb eine weniger gefestigte rassistische Einstellung haben. Anm. d. Hg.*] im Sinne, sie wären weniger rassistisch und also die "besseren" Kids. Wir denken aber, daß die Problematik "rassistische Einstellung" bei Mädchen (und auch bei Frauen) z.T. eine grundsätzlich andere ist, als bei Jungs/Männern. Die Argumentation, die Armut zur Ursache von Rassismus erklärt, blendet diese Tatsachen aus. Sie ignoriert, daß das Verhalten von Männern und Frauen am Punkt Rechtsextremismus und rassistische Gewalt signifikant auseinanderfällt und versucht allein für das Verhalten der rassistischen Männer eine Erklärung zu finden, ohne diese Einschränkung deutlich zu machen. Mit der Nicht-Beachtung des unterschiedlichen Verhaltens von Frauen und Männern wird einmal mehr der Mann zur Norm für die Menschheit im allgemeinen gemacht - Frauen kommen in dieser Betrachtung nicht vor.

Ähnlich verhält es sich mit dem anderen "Risikobereich", der unterstellten Vereinzelung und Orientierungslosigkeit durch die Zerstörung der sozialen, besonders der familiären Beziehungen und dem daraus angeblich resultierendem Bedürfnis nach vorgegebener alten Ordnung. Auch hier der männliche Blick auf die Realität, wenn es um die Wertung der Tatsachen und deren vermeintliche Konsequenzen geht:

Wieso ist ein zweifellos fortschreitender Individualisierungsprozeß in dieser Gesellschaft allein negativ zu bewerten? Wir sind uns sicher, daß die höhere Brüchigkeit der Familien von vielen Frauen als mindestens widersprüchlich und eben nicht eindeutig negativ erlebt wird. Immer mehr Frauen kämpfen nicht mehr um jeden Preis für den Erhalt "ihrer" Familie, wodurch sie deren Entwertung selbst mit verursachen. Anders ist der überdurchschnittlich hohe Anteil der Scheidungen, die von Frauen eingereicht werden, nicht zu erklären. Diese Entwicklung ist doch auch ein Schritt zur Befreiung aus patriarchalen Zwängen und wird von vielen auch so erlebt.

Die Auflösung der Familie bedeutet neben dem Verlust eines traditionellen Orientierungsmusters und der oft nur scheinbaren sozialen Sicherheit eben gerade für Frauen ein Mehr an Unabhängigkeit und Selbstbestimmung über eigenes Geld, Zeit, Wohnung, Freundschaften, über den eigenen Körper und die eigene Sexualität, eben eine Befreiung aus der sozialen Kontrolle der patriarchalen Institution "Familie" und aus der ganz materiellen Gewalt, die diese meistens bedeutet. Sehr viele Frauen wissen das zu schätzen.

Das Gejammere über den Verlust des sozialen Haltes "Familie" scheint eher die männliche Beurteilung der Dinge zu sein, der um sein Reproduktionsruhekissen, den Bestand seiner emotionalen, sexuellen und sozialen Sicherheit und Versorgung und nicht zuletzt um seinen Macht- und Herrschaftsbereich "Familie" bangt.

Birgit Rommelspacher sieht darüber hinaus eine Parallele zwischen den herkömmlichen Erklärungen von rassistischer und sexistischer Gewalt. Genauso wie die sozialen und ökonomischen Probleme der/des Einzelnen zu den Ursachen rassistischer Einstellung und Gewalt gemacht werden, müssen eben diese Probleme von Männern auch als Ursache für sexistische Gewalt gegen Frauen herhalten. In der patriarchalen Argumentationslogik wird der einzelne, "bedauernswerte" Mann zum Opfer seiner persönlichen Biographie und sozialen Herkunft erklärt, der keinen anderen Ausweg mehr hat, als Gewalt gegen Frauen auszuüben; in der rassistischen Argumentationslogik sind es die sozialen Verhältnisse der "Risikogesellschaft", die die weißen RassistInnen zu TäterInnen machen. In beiden Fällen werden die Täter zu den eigentlichen Opfern, die Leidtragenden (Frauen bzw. Flüchtlinge) [*vielleicht gibt es ja auch welche, die ihr "Leid" nicht (er)tragen, sondern sich wehren?! Anm. d. Hg.*] werden zu "Opfern der Opfer" (es gibt überhaupt nur noch Opfer), oder sie werden nicht beachtet. Die Vorteile, Macht und Privilegien, die die TäterInnen (Männer bzw. weiße RassistInnen) aus ihrem Verhalten ziehen, werden dabei einfach ignoriert, sie sind praktisch nicht existent. Eine Einordnung der sexistischen bzw. rassistischen Gewalt in die bestehenden gesellschaftlichen Zusammenhänge in dem Sinne, daß es sich bei dem rechten bzw. patriarchalen und sexistischem Terror um reale Machtverhältnisse handelt, findet nicht statt.

Doch zurück zur rassistischen Bevölkerung:

Die Linke hat nun als Erklärung für die rassistische Gewalt die "Sündenbocktheorie" anzubieten, nach der die Durchschnittsbevölkerung schnell bereit ist, in den AusländerInnen die "falschen Verantwortlichen" für die ei-

gene mißliche Lage zu sehen. Diese Theorie unterstellt den Handlungen der RassistInnen einen rationalen Kern, demzufolge sie versuchen, jemanden für ihre eigene Misere verantwortlich zu machen. Aus dieser Annahme folgt dann auch der Vorsatz und die Praxis, der Bevölkerung mit rationalen Argumenten klar zu machen, daß die in Wohncontainern und Turnhallen zusammengepferchten Flüchtlinge, die noch dazu mit einem mehrjährigen Arbeitsverbot belegt sind, ihnen gar keine Wohnungen und Arbeitsplätze wegnehmen können. Wir fragen uns allerdings, warum die Argumente mit denen die Linke ja nicht erst seit gestern versucht, die Bevölkerung zu "überzeugen" und auf ihre Seite zu ziehen, so vollständig wirkungslos an ihr abprallen. [*Für welche linke Aktivität gilt das eigentlich nicht? Anm. d. Hg.*] Noch merkwürdiger ist es, daß dieses offensichtliche Faktum von der Linken so hartnäckig ignoriert wird.

Wir haben dafür nur eine Erklärung: Das heiß umworbene "gemeine Volk" will von unseren Argumenten einfach nichts wissen - nicht etwa, weil sie falsch oder unverständlich oder die Leute zu blöd sind, um sie zu kapieren, sondern weil sie andere Interessen haben. [*Diese Aussage ist theoretisch sicherlich korrekt. Aber was folgt politisch-strategisch daraus? Eine aufklärerische Strategie ist damit (zurecht) obsolet; eine repressive Strategie ist (abgesehen von ihrer* **politischen** *Fragwürdigkeit) allein schon wegen des - von dieser Interessenlage bedingten - militärisch/zahlenmäßigen Kräfteverhältnisses aussichtslos. Solange nicht gesagt werden kann, was die politisch-praktische Alternative zu einer aufklärerischen Strategie ist, werden große Teile der Linken immer wieder auf die Sündenbock-Theorie zurückgreifen. Denn auf deren (zwar falscher) Grundlage ist es möglich, eine Handlungsstrategie zu entwickeln und so - wenn auch völlig folgenlos - das Bedürfnis, 'etwas' gegen die moralische Zumutung des rassistischen Terrors tun zu wollen, zu befriedigen. Dieses Bedürfnis ist auf Grundlage der richtigen Analyse bisher nicht zu befriedigen. Anm. d. Hg.*] Rassismus ist keine Form fehlgeleiteter Aggressionen, die durch eine perfide inszenierte Medienkampagne die AusländerInnen trifft, aber doch im Kern gut ist, weil sie im Grunde aus der eigenen sozialen und ökonomischen Unterdrückung resultiert.

Rassistisches Verhalten ist vielmehr eine Möglichkeit, den nationalistischen Chauvinismus des deutschen Herrenmenschentums und dazu die eigene Macht als Weiße in einem durch und durch ausländerfeindlich und rassistisch strukturiertem Land im Einklang und Pakt mit den Herrschenden auszuleben. Rassistische Gewalt bietet eine, durch staatliche Politik geförderte Möglichkeit, sich einer als die "Anderen" definierten Gruppe überlegen zu fühlen. Auf der Straße im sicheren Verbund mit der Masse und in der Gewißheit und dem Bewußtsein im staatlichen und gesellschaftlichen Konsens zu handeln, die nationalistisch-chauvinistische Sau rauszulassen, dazu muß der/die deutsche Normal-RassistIn nicht unbedingt arbeits- oder wohnungslos sein.

Die Bevölkerung hat sich aktiv auf die Seite der Herrschenden gestellt, sie wollen wieder "wer" sein, wollen zu den SiegerInnen gehören, ihr Selbstwertgefühl ihre Identität ziehen sie aus ihrer Macht gegenüber den "Anderen". Einer solchen Haltung ist logisch-argumentativ nicht beizukommen. Große Teile der Bevölkerung haben die Interessen der Herrschenden zu ihren eigenen gemacht. Sie verteidigen ihre Privilegien, ihren (selbst armseligen) Wohlstand, ihr Auto oder das Eigenheim mit Gartenzwerg. Sie wollen, daß die Verhältnisse, und insbesondere ihre Position darin, erhalten bleiben und nicht nur das: in einer Gesellschaft, die vollständig an Leistung und Konsum ausgerichtet ist, ist die Gier nach immer größerem Wohlstand und immer größerer Macht unersättlich. Der Anspruch nach "mehr" bemißt sich nicht daran, an was es einem/r objektiv zu einer menschenwürdigen Existenz mangelt oder etwa, was ökologisch gerade noch vertretbar wäre, oder was ohne die gewaltsame Einschränkung und Ausbeutung anderer Menschen zu haben wäre, sondern einfach daran, was man nicht hat und noch haben könnte. Diese Einstellung macht das egozentrische Begehren zum Maßstab aller Dinge und des eigenen Verhaltens. Jeder erworbene Besitz weckt wie selbstverständlich das subjektive Bedürfnis nach mehr Besitz und dem Empfinden darüber, was einem an Wohlstand und Konsum "zusteht" sind nach oben keine Grenzen gesetzt. [*Ist das nicht auch eine etwas sehr geradlinige Analyse, die noch dazu von einer fragwürdigen (s. FIATs Clube of Rom) Konsumverzichts-Propaganda durchsetzt zu sein scheint? Anm. d. Hg.*] Die Bemühungen um die Verwirklichung des eigenen Strebens nach immer mehr Eigentum und immer mehr Privilegien werden dabei rigoros auf Kosten anderer Menschen und deren Bedürfnisse durchgesetzt. Deshalb verteidigt die weiße Bevölkerung die herrschende Ordnung, in der sie ihre Privilegien und ihre Macht zu behalten und auszubauen sucht, und sieht sich in letzter Konsequenz als Richter über Leben und Tod auf.

Man spricht nicht laut bei Tisch

Zur herrschenden Ordnung gehören jedoch nicht nur die aus der weißen Hautfarbe und dem deutschen Paß abgeleiteten Macht- und Konsumansprüche; zu dieser Ordnung gehören genauso die Vorstellungen der deutschen Bevölkerung über "Sitte", "Ordnung", "anständiges" Verhalten und bürgerliche Kultur, die zur Allgemeingültigkeit erhoben werden. Zu den gesellschaftsfähigen (Verhaltens-)Normen, die qua weißer Definitionsmacht festgelegt und, wie wir zeigen werden, mit Gewalt durchgesetzt werden, gehören die "preußischen" Tugenden wie: Ordnung, Höflichkeit, Sauberkeit, Pünktlichkeit, reibungs- und widerspruchsloses Funktionieren Anpassungsfähigkeit und Duckmäusertum, "Gesundheit" und natürlich Heterosexualität. Diese Normen bilden den Sozialcharakter großer Teile der weißen Bevölkerung. Wer ihnen nicht entsprechen kann oder will, wird ausgegrenzt, geächtet und verfolgt.

So wurde als eine der wichtigsten Ursachen für die Angriffe auf die ZAST in Rostock/Lichtenhagen immer wieder die Tatsache benannt, daß wochenlang Flüchtlinge vor der ZAST kampieren mußten, weil sie von der Behörde keine Unterkunft erhielten. Das Schlimmste, was der zarten Lichtenhagener Volksseele in diesem Zusammenhang widerfahren konnte, war nicht der Fakt, daß den Flüchtlingen wochenlang keine Unterkunft, Verpflegung und sanitären Einrichtungen zur Verfügung gestellt wurden, sondern daß diese eben aufgrund des Fehlens jedweder Versorgung in die Büsche scheißen mußten. Derartigen Mißständen ("scheißende Asylanten") muß natürlich Einhalt geboten werden - notfalls mit gewaltsamer Vertreibung und eben nicht mit dem Aufstellen von Toiletten-Häuschen - mal ganz abgesehen davon, daß es für die meisten deutschen Typen ganz und gar nicht ungewöhnlich ist, auf dem Weg von der Kneipe nach Hause in eine Ecke oder an den Baum zu pissen - aber das ist selbstverständlich eine andere Geschichte... In diesem Zusammenhang stehen auch die wenig beachteten Angriffe von Nazis auf ein Heim mit behinderten Kindern in Stendal, sowie auf einen Bus mit gehörlosen Kindern irgendwo in Brandenburg. Auch sie fallen aus der Norm, in der Nazi-Zeit hieß es: der Norm des "gesunden Volkskörpers", heraus. Wie die Flüchtlinge werden sie, ausgehend vom Standpunkt des gesunden, weißen Herrenmenschen, als "die Anderen" definiert, die als Kranke oder Behinderte nicht dem gesellschaftlichen Gesundheitsfetisch ent-

sprechen - damit sind sie zum Abschuß freigegeben.
Ein anderes Beispiel für die Prägung deutscher Saubermänner/frauen -Charaktere ist der Spremberger Nazi-Skin Sven Grimm, der unlängst in einem Interview im ARD (29.10.92) erklärte, daß er mit seinen "Kameraden" nachts Streife fährt, um neben AusländerInnen und Linken "kriminelle Einbrecher" zu jagen. Da trifft sich sein "Bedürfnis" nach Ruhe und Ordnung mit dem z.B. der Lichtenhagener oder Goldberger Bevölkerung, die Angst vor den Diebstählen der "Zigeuner" haben. Die Konditionierung des Sozialcharakters der deutschen Bevölkerung auf eben die genannten Werte und Normen ist in der Ex-DDR noch wesentlich ungebrochener als im westlichen Teil der BRD. So kommt eine vergleichende Studie der Uni Potsdam zu dem Ergebnis, daß die "klassischen Tugenden wie Gehorsam, Ordnungsliebe, Höflichkeit und Verantwortungsbewußtsein" bei der Kindererziehung in der Ex-DDR wesentlich durchgängiger eingefordert werden als im Westen, wo es mehr Eltern auf Autonomie, Selbstverwirklichung, Originalität und persönlichen Erfolg ihrer Kinder ankam (Sturzbecher, Dieter; Institut für Familien- und Kindheitsforschung; Potsdam; 1990).
Wir nehmen an, daß im Westen linke Bewegungen (angefangen von den 68ern) sowie deren gesellschaftliche Integration in vielerlei Hinsicht diese preußisch-traditionalistische Prägung der Grundwerte aufgebrochen haben - eine Entwicklung, die in den Städten und der Umgebung linker Zentren natürlich fortgeschrittener ist als auf dem Land bzw. dort, wo linke emanzipatorische Bewegungen nur geringen Einfluß hatten/haben.
Kinderläden und breit diskutierte Konzepte der antiautoritären Erziehung, Frauenbewegung, Lesben- und Schwulenbewegung, Alternative und Grüne und eine Menge anderer emanzipatorischer Ansätze sind zuerst in linken Zusammenhängen und Lebensformen ausprobiert worden, prägten jedoch zunehmend auch andere gesellschaftliche Bereiche und wurden allmählich zum verbreiteten Allgemeingut der westlichen Gesellschaft. Einerseits konnten durch die Verallgemeinerung dieser Ansätze viele vormals antistaatliche Linke wieder gesellschaftlich integriert werden andererseits ließen sie sich zum guten Teil kapitalistisch verwerten: Selbständiges Denken und Arbeiten, persönliches Engagement Eigeninitiative und (Selbst-) Organisierung, Unabhängigkeit (z.B. von familiären Bindungen) sind nur einige Schlagworte, die ein karriereorientiertes Yuppileben heute kennzeichnen.
Einen vergleichbaren Umbruch des überkommenen Sozialcharakters hat es in der DDR einfach nicht gegeben, weshalb sich die gesellschaftlichen Wertstrukturen dort wesentlich besser halten konnten. Ungeachtet dessen, daß Verhaltensmuster wie: Autoritätshörigkeit, fehlende Zivilcourage, Angepaßtheit und Unterordnung, ebenso wie die genannten bürgerlichen Tugenden den deutschen Faschismus noch im völligen Kriegschaos bis zur Perfektion am Funktionieren gehalten haben, verstand die SED-Regierung es, sich gerade diese zunutze zu machen. (Was nicht heißt, daß nicht auch im Westen, v.a. in Kleinstädten und ländlichen Regionen der dumpfdeutsche Muff vorherrscht.)
Während der kapitalistische Westen eine immer größere Bereitschaft zur Flexibilisierung von jeder/m einzelnen verlangte, funktionierte der so geprägte Sozialcharakter in der DDR systemstabilisierend - die SED war an einem Aufbruch dessen nicht interessiert. Sie orientierte sich, was Sozialverhalten, Wertmaßstäbe im Umgang miteinander und Kultur anging, an den althergebrachten (bewährten?) bürgerlichen Werten und Idealen. Die/der ArbeiterIn sollte die proletarischen Umgangsformen ablegen und sich "zivilisiert", also den bürgerlichen Normen entsprechend, verhalten. Ebenso wie im Westen blühte in den 50er Jahren in der DDR der Verkauf sog. "Benimm-Bücher" ("Gutes Benehmen von A-Z"; Smolka; 1957), die die Regeln des alltäglichen zwischenmenschlichen Umgangs festschrieben. Was nach der Beurteilung der RealsozialistInnen im kapitalistischen Westen "hohles Formengepräge" war, das allein der Verschleierung sozialer Konflikte und Klassenwidersprüche diene, wurde im sozialistischen Osten als Ausdruck "wirklicher gegenseitiger Achtung und Rücksichtnahme unter Gleichgestellten" und als Beweis für sozialistische Kulturfähigkeit emporgehoben ("Guten Tag, Herr von Knigge"; Schweickert, Hold; 1957). Diese realsozialistische Verklärung deutschen Spießertums und bürgerlicher Verhaltensmuster wurde praktisch bis zur "Wende" '89 durch nichts, außer einer sehr kleinen Subkultur in manchen Städten, in Frage gestellt.

---------- Schnitt ---------

So, wenn ihr's bis hierher geschafft habt, meldet sich mal die Endfassungs- und Überarbeitungsabteilung zu Wort. Wir kriegen immer alle Texte auf den Tisch, die unsere RedakteurInnen nicht geschafft haben, vollständig bis zum Abgabetermin fertigzustellen. Wir sollen die Beiträge dann in eine druckfähige Form bringen - ihr könnt euch vorstellen, was das für 'n mieser Job ist: Fehler suchen, unvollständige Sätze, widersprüchliche Passagen ausbügeln, manchmal werden auch Vorwörter gewünscht - und das alles unter Zeitdruck. Tja, und jetzt ist uns 5 Minuten vor Schluß auch noch dieser Beitrag auf den Tisch geflattert - ohne jeden Schluß wie ihr seht. Da können wir jetzt auch irgendwie nix mehr dran ändern. Es bleibt, wie's ist - vielleicht habt ihr ja Bock, den Beitrag weiterzuschreiben, zu kritisieren oder zu den Problematiken was zu sagen, die hier erstmal offensichtlich ausgeklammert wurden (z.B. Antisemitismus, Frauen und Rechtsradikalismus, oder so).
Ansonsten war's das erstmal von uns - bis zum nächsten Mal.
eure Endfassungsabteilung

Für ungewöhnliche Maßnahmen in ungewöhnlichen Situationen

Und Tschüss!

Anm. d. Hg.
Die im Text erwähnten Fotos konnten wir leider nicht reproduzieren.

Frauen aus verschiedenen politischen Bereichen

Zur Politik der Frauen aus dem antirassistischen Zentrum und grundsätzliche Überlegungen zur antirassistischen Politik

wir sind frauen, die aus verschiedenen politischen bereichen kommen (antiimperialismus, antirassismus, antifa, bevölkerungspolitik) und zum größten teil seit mitte der achtziger jahre daran arbeiten.
wir sind sowohl mit frauen als auch mit männern organisiert.
[... Der Text der Genossinnen hat eine Vergewaltigung im - in besetzten Räumen der Technischen Universität Berlin 1991/92 eingerichteten - Antirassistischen Zentrum (ARZ) zum Anlaß. Die Vergewaltigung wurde zunächst als "sexistischer Angriff" verharmlost. Die Verfasserinnen kritisieren aus diesem Anlaß das "zurückdrehen von frauenkämpfen": "bereits die frauenbewegung seit 68 setzte sich mit der parole 'das private ist politisch' dafür ein, patriarchale gewaltverhältnisse jenseits von 'befindlichkeiten' zu definieren und in einen gesellschaftlichen kontext zu stellen. mittlerweile sind auseinandersetzungen um sexistische strukturen innerhalb der linksradikalen gruppen/strukturen fast vollständig in die 'privaten bereiche' abgedrängt worden, eine offene auseinandersetzung um sexistische gewalt/vergewaltigung wird wieder tabuisiert." Wir teilen diese Kritik. Wir drukken den entsprechenden Abschnitt des Textes der Genossinnen hier dennoch nicht ab, da dies nicht das Thema dieses Kapitels der Broschüre ist und wir zum Thema Patriarchat im nächsten Kapitel verschiedene Texte abdrucken, die sich direkt mit der Position der RAF dazu auseinandersetzen. Wir dokumentieren hier stattdessen die Abschnitte des Papieres, die sich mit dem Verhältnis von Kritik und Selbstkritik sowie der Gefahr auseinandersetzen, daß über eine sozialarbeiterInnenische Praxis die revolutionäre politische Orientierung verloren gehen kann. Die Überlegungen der Genossinnen zur Sozialarbeit können allerdings nicht ohne weiteres auf unser Thema übertragen werden. Denn *sie kritisieren* eine Sichtweise, die Flüchtlingsmänner nur als Opfer/Objekte (von Rassismus und Kapitalismus) und nicht auch als sexistische Täter-Subjekte sieht. *Wir kritisieren* in diesem Kapitel eine Sichtweise, die weiße Deklassierte nur als Opfer des Kapitalismus und nicht auch als rassistische TäterInnen erkennt. Weitere Diskussionen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Situationen sind also erforderlich. Entsprechendes gilt für den Sexismus weißer proletarischer Männer. Wir verweisen dazu u.a. auf die nächsten beiden Kapitel der Broschüre. ...]
uns fällt es schwer, die konkrete kritik an euch, losgelöst vom ARZ und grossen teilen der antirassistischen politik 'seit hoyerswerda' zu formulieren. einige grundsätzliche kritikpunkte sind in dem papier 'kritik und überlegungen zur autonomen flüchtlingspolitik und zur tu-besetzung' in der interim nr. 168 veröffentlicht worden. auf dieses papier können wir uns positiv beziehen. einige punkte unserer kritik wollen wir jedoch in kurzfassung aufgreifen:
-- [... Wir lassen die ersten beiden Punkte aus thematischen und Platzgründen aus. ...]
-- argumente wie "zeitdruck", "überrödelei", "politische notwendigkeiten" um genauso weiterzumachen wie bisher.
-- autonome politik als "lückenfüller" für funktionen, die kirchen, parteien, humanistische kräfte nicht mehr besetzen, als autonome sozialarbeiterInnen und lagerverwalterInnen.
in diesem zusammenhang wollen wir mal darstellen, dass sich unsere kritik nicht an gruppen in der form richtet, die jahrelang kontinuierliche arbeit machen. verschiedene ansätze finden wir als ebene von politik wichtig und notwendig. jeder politische ansatz sollte allerdings getrennt diskutiert werden, anhand von politischen zielen und anhand einer perspektiv- bzw. strategie-diskussion. beratung, sozialarbeit und praktische hilfe kann durchaus eine ebene autonomer politik sein, allerdings sollte die beschränktheit und systemkonformität darin immer wieder thematisiert und in den gesellschaftlichen kontext gestellt werden. ansonsten werden verschiedene erfahrungen und diskussions- oder praxisansätze (wie z.b. eine umfassendere diskussion um internationalismus oder eine debatte um militante organisierung...) rausgekickt. es entsteht eine arbeitsteilung bzw. ein eingeschränkter blickwinkel von politik.
-- funktionalisierung/objektivierung der flüchtlinge, vereinnahmung.
-- flüchtlinge werden vorwiegend als opfer betrachtet und somit als hilfsbedürftig. sie sind allerdings keine homogene gruppe (siehe jugendbanden, wo es ein gespaltenes verhältnis der autonomen zu gibt).
-- "opfer können nicht gleichzeitig täter sein" - eure logik.
-- die eigene identität wird zurückgenommen oder rausgelassen, um eine zusammenarbeit bzw. "breite" zu erreichen und um konflikte zu umgehen.
-- darüber entsteht das gefühl, ganz wichtiges zu tun, rödeln zu müssen und dabei die eigene perspektivlosigkeit (siehe zahlreiche diskussionen nach hoyerswerda) zu verdrängen.
-- flüchtlingspolitik wird hauptsächlich auf bestimmte ereignisse zugespitzt gesehen, wie abschiebungen, angriffe... weder die fluchtursachen noch die verantwortlichen werden thematisiert. ein internationalistischer bezug wird nicht mehr hergestellt...
-- das "angebot" der quotenlösung (die flüchtlinge der tu auf die berliner quote anzurechnen, was bedeutet, das andere in die ex-ddr müssen) wurde nicht offen thematisiert und gemeinsam diskutiert.
-- eine auseinandersetzung um verschiedene ansätze und erfahrungen von flüchtlingsgruppen, um ziele und forderungen, wie z.b. offene grenzen, sind kaum noch in der diskussion.
-- mangelnde vermittlung von eigenen ansätzen, inhalten und politikverständnis (eigene motivation von politik).
diese und ähnliche kritikpunkt sind sowohl an euch als auch an anderen formuliert worden - bisher mit sehr wenig ergebnis. stattdessen kam von euch sehr schnell die forderung nach durchsetzung von frauenräumen im zentrum. wir kennen aus eigener erfahrungen, daß frauenräume notwendig sein können, wissen aber auch, dass strukturen nicht losgelöst vom inhalt entstehen können. solange die eigenen strukturen und fehler nicht angegangen werden (auch innerhalb der frauenräume), gibt es auch keine garantie, die fehler nicht der reihe nach zu wiederholen.
[...]
insgesamt schätzen wir euer verhalten als ein totales festhalten an eurem projekt ein, daß einen zentralen punkt der antirassistischen politik darstellen soll. für uns ist das ein realitätsverlust und eine grobe selbstüberschätzung. jede grundsätzliche kritik an euch und eurer politik wird mit dem begriff der "entsolidarisierung" (von euch und auch von den flüchtlingen!) abgeblockt, bishin zu der bezeichnung "aasgeier". das steht dann unter dem altbekannten motto: "wer nicht für uns ist, ist gegen uns." einerseits schreibt ihr, ihr fühlt euch isoliert von der autonomen linken, andererseits wird es als ein "schicksalsschlag" erklärt, losgelöst von der massiven kritik und den bedenken vieler vor der besetzung. wir wollen damit nicht ein verhalten der scene legitimieren, "stammtischmäßig" über gerade laufende initiativen zu hetzen und in dem eigenen zusammenhang darüber abzuziehen, ohne dass kritik offen und konstruktiv formuliert wird. das

kann aber eure erfahrung nicht sein. eine "interne" auseinandersetzung hat unserer meinung nach nicht viel gebracht, deshalb machen wir die kritikpunkte öffentlich. viele punkte beziehen sich natürlich nicht nur auf euch, sondern auf alle zusammenhänge in der linken.
wir haben auch nicht vor, mit moralisch erhobenen zeigefinger autonome ansätze und vermeintliche klarheiten in alter manier festzuklopfen. allerdings gehen wir davon aus, daß es eine geschichte gibt, auf die wir uns positiv beziehen können, und daß es insgesamt darum geht, diese geschichte gemeinsam aufzuarbeiten.
an den punkten rassismus/sexismus könnten es im moment folgende fragen oder diskussionsstränge sein:
-- eine bilanz der antirassistischen initiativen der letzten zeit... was hat z.b. das ARZ für konkrete verbesserungen gebracht? wo sind die knackpunkte wie z.b. die quotendiskussion...
-- wäre ein langsames rausgehen der unterstützerinnen möglich, indem sie zunächst einmal nur organisatorisches übernehmen, um sich tendenziell ganz rauszuziehen? (damit meinen wir nicht, das projekt nicht mehr zu unterstützen, weil fehler gelaufen sind, sondern evtl. andere formen der zusammenarbeit zu finden).
-- welche antiimperialistischen/antirassistischen initiativen wären z.z. denkbar? wo kann unter hintergrund einer gesellschaftliche analyse druck auf verantwortliche ausgeübt werden, ohne daß es beliebig wird, ergebnislos bleibt? in diesem zusammenhang wäre auch eine genauere diskussion über bestimmung der nächsten schritte notwendig auf dem hintergrund von gemachten erfahrungen in der organisierung zu diesem thema. dabei geht es um bündnisse genauso wie um militante organisierungsansätze (z.b. die rz-kampagne). an welchen punkten können sich dezentrale ansätze und verschiedene ebenen antirassistischer politik ergänzen ohne inhaltlich zu verwässern? (z.b. zentrale punkte in den stadtteilen, wo flüchtlinge hingehen können, verschiedene bündnisse, militante initiativen, demos usw...).
-- wie gehen wir einerseits mit rechtsradikalen/rassistischen strukturen um, andererseits mit dem wegfall der sozialen puffer (humanistische kräfte, kirchen, al, soziales netz)?
-- wie können wir eine politik verbinden, die sowohl die einzelnen flüchtlinge unterstützt, gleichzeitig aber auch offensiv für uns selbst ist?
-- [...]
-- warum tauchen ziele wie "offene grenzen" nicht mehr in der diskussion auf? haben sich vorstellungen und utopien verändert?
-- wie können wir eine zusammenarbeit mit anderen erreichen, wo wir uns als politisches subjekt transparent machen und die eigenen ansätze vermitteln, ohne widersprüche, z.b. patriarchat, zu verschleiern?
-- welche möglichkeiten gibt es, aus einem eigenen verhältnis heraus, als frauen, selbstorganisierungstendenzen zu unterstützen? unter welchen voraussetzungen?
-- begriffe wie internationalismus/solidarität sind nicht mehr in der diskussion. wie können wir uns wieder mehr daran auseinandersetzen, um nicht symptombekämpfung in den metropolen zu betreiben und das eigentliche ausmaß der flüchtlingspolitik aus den augen zu verlieren?
wir denken, daß es verschiedene ebenen gibt, hintergründe aufzuzeigen, verantwortliche zu benennen, die zusammenhänge zu uns herauszuarbeiten und gemeinsame ziele herauszufinden.
[... den Rest haben wir aus thematischen, inhaltlichen und Platzgründen weggelassen. ...]

literaturhinweise:
-- metropolengedanken und revolution
-- beiträge zur feministischen theorie und praxis, nr. 27, für einen antirassistischen feminismus - der mythos vom schwarzen vergewaltiger
-- angela davis: rassismus und sexismus
-- radikal 144, teil 2, frauenaktion gegen einen vergewaltiger
-- texte der roten zora, insbesondere jedes herz ist ein zeitbombe
-- radikal 145, gehversuche
-- rape is a crime - broschüre zur vergewaltigungsdiskussion
-- thürmer-rohr: mittäterschaft und entdeckungslust

IV. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen I: Feministische Kritiken an der alten und neuen Politik

"(...) in diesem system (wird) alles zur ware (...) auch das verhältnis zur körperlichkeit, wobei natürlich die frauen am meisten dazu gezwungen werden, ihren körper als ware zur schau zu tragen, (...)."
RAF, *Weiterstadt-Erklärung*

Die "Annahme eines *linearen* Zusammenhangs in dem Sinne, daß *'der Kapitalismus'* sexuellen Bedürfnissen durchgängig seine Warenform überstülpe", läßt sich aber nicht begründen. Es läßt sich zwar "nicht leugnen, daß *bestimmte* Formen der Sexualität von Frauen und Männern durchaus Warencharakter besitzen - Prostitution, sicherlich auch manche 'Versorgungsehen' - (...)". Aber auch in diesen Fällen stellt sich die Frage: was daran "kapitalistischer Vergesellschaftung geschuldet ist und was nicht? Prostitution bezeichnet ein Gewerbe, das älter ist als der Kapitalismus, 'Waren' wurden hier schon immer ausgetauscht. Was ist dann das spezifisch 'kapitalistische' an der Prostitution?* Mit diesem Beispiel soll lediglich verdeutlicht werden, wie kompliziert, vermutlich aber auch aussagekräftiger eine Gesellschaftsanalyse wird, wenn sie monokausale Erklärungsansätze" (wie alles sei Ausdruck der Warenstruktur) "aufgibt und sich der Differenziertheit sozialer Phänomene" - triple oppression - "stellt, (...)."
Ursula Beer, *Geschlecht, Struktur, Geschichte*, Frankfurt am Main / New York, 1990, 103 f,

1. Schweizer Feministinnen, *Ein Stein in der Sonne* (1990)
2. Frauen aus der *radikal*, Stellungnahme zu "*Ein Stein in der Sonne*"
3. Sterin, *Die inhaltliche Debatte weiterentwickeln* (Okt. 1992)
4. Frauen/Lesben aus Gießen, *Eine feministische Kritik* (Feb. 1993)

-- Dokumentation: *Die RAF - eine nachholende Résistance? Die BRD - eine gefestigte Demokratie?* Auszüge aus dem KONKRET-Interview der Celler Gefangenen (6/1992) und dem *Odranoel*-Beitrag von Lutz Taufer

5. deutsche Lesben aus dem linksradikalen Frauen-/Lesben-Spektrum, Stellungnahme zur "*Feministischen Kritik*" (Mai 1993)

*** Wir wollen in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß für den Kapitalismus nicht die Existenz von Warenverhältnissen charakteristisch ist, sondern daß in ihm *auch die Arbeitskraft* zur Ware wird. Dies verlangt für die Analyse einen Terrainwechsel von den *Austausch*beziehungen zu den *Produktions*verhältnissen.**

Feministinnen aus der Schweiz

Ein Stein in der Sonne

Feminismus ist der Klassenkampf von ganz unten gegen das ganze System

Liebe Eva und Gisel,

[...] Wir sagen Nein zum scheinbar so basisdemokratischen "alle gleichzeitig voran", weil es immer auf die selbstmörderische Illusion hinausläuft, der Sieg über die ausgezeichnet vorbereiteten, feindlichen Kräfte könne ein spontaner Akt nicht-vorbereiteter Massen sein. Wir halten daran fest, daß ein Teil der Klasse (eine "Avant-Garde"!) den Kampf um die Macht in nicht-revolutionärer Periode *vorbereiten* muß, und daß der bewaffnete Kampf zugleich die wirksamste Form der politischen Propaganda in nicht-revolutionärer Periode ist. All diese Tatsachen werden nicht dadurch außer Kraft gesetzt, daß das der Situation angemessene, technologische Niveau heute in der Schweiz tief ist. Entscheidend ist das bewußte und gezielte Vorantreiben.
Nachdem Ihr nun aber so klar und offen zum Feminismus Stellung genommen habt, wollen wir als Feministinnen ebenso klar und offen Stellung nehmen. Wir müssen dazu etwas ausholen.

Das imperialistische Patriarchat und seine aktuellen Projekte

Das System - wir nennen es imperialistisches Patriarchat - beruht auf der Ausbeutung und Gewalt gegen Frauen weltweit. Alle einzelnen Projekte sind Angriffe gegen Frauen, die neben und in geringerem Maß auch Männer treffen.
"im kampf der frauen wird ein zentraler nerv des herrschenden systems freigelegt", schreibt Ihr. Wir meinen, da untertreibt Ihr maßlos: Frauen leisten konservativ geschätzt (durch die UNO) weltweit 2/3 der gesellschaftlichen Arbeit und bekommen dafür 1/10 der direkten oder indirekten Lohneinkommen. Dabei ist gesellschaftlich notwendige Arbeit wie Schwangerschaft, Geburt, Stillen, Verhütung, Abtreibung, emotionale und sexuelle Dienste noch nicht einmal mitgerechnet. Frauenarbeit ist *der* Nerv des Systems!
Ganz folgerichtig zielen die aktuellen Projekte des Kapitals gegen die Frauen. Diese sollen noch mehr arbeiten für noch weniger Einkommen.
[... es folgt eine Auflistung von damals "aktuellen Projekten" ...]

Das Proletariat als Zwischenklasse

Das Kapital und sein Staat als oberste Organisatoren des Systems können ihre Projekte nur durchziehen, weil die durch das Kapital ausgebeuteten Proletariermänner zugleich als ausbeutende Klasse gegen die Frauen funktionieren: Die Frauen würden weltweit niemals zwei Drittel der weltweiten Arbeit leisten und sich mit einem Zehntel des Einkommens begnügen, wäre nicht die sexistische und sexistisch-rassistische Gewalt durch *jeden* Mann gegenwärtig - auch durch jeden Proletariermann. Wir rechnen deshalb die Klasse der Proletariermänner zu den *Zwischenklassen*.(1)
Frauen würden sich niemals unentlohnt in Haushalt, Kinderbetreuung und Diensten an den Männern abrackern, sie würden niemals all die unentlohnten und zum Teil ideologisch unsichtbar gemachten Dienste an Männern überall in der Gesellschaft leisten, müßte die Handvoll Unternehmerbosse *selbst* die Kontrolle garantieren. Der Handel mit Frauen aus Afrika, Asien, Süd- und Mittelamerika würde niemals rentieren, würde nur die Handvoll Unternehmerbosse Prostituierte, Gogo-Tänzerinnen oder Ehefrauen kaufen, Sexindustrie und Werbung würden niemals rentieren, würde nur die Handvoll Unternehmerbosse nach Zerstückelung, Folter und Mord an Frauen lechzen. Tatsächliche Mißhandlung, Vergewaltigung und Mord an Frauen wären niemals so massenhaft verbreitet, käme nur die Handvoll Unternehmerbosse als Täter in Frage.
Die Männer - auch die große Masse der ausgebeuteten Männer - haben die Verfügungsgewalt über die Frauen und deren Kinder durch alle Epochen des Patriarchats hindurch bis heute erfolgreich verteidigt. Erst diese Massenhaftigkeit der Gewalt garantiert die für die Ausbeutung notwendige Lückenlosigkeit. Verschiedene Feministinnen nennen das, was die Proletariermänner aus den Frauen ausbeuten und konsumieren "Arbeitsrente". Diese senkt den Wert der Lohnarbeitskraft und steigert folglich den Mehrwert.
Frauen erfahren alltäglich, daß alle Männer objektive Klasseninteressen gegen die Frauen zu verteidigen haben und mit allen Mitteln verteidigen. Die feministische Klassenanalyse geht von diesem gesellschaftlichen Standort der ausgebeuteten Frauen aus.
Was von diesem Standort sofort sichtbar ist, bleibt vom Standort der Männer unsichtbar. Engels hat unfreiwillig einen Katalog der Gewalt- und Ausbeutungsformen geliefert, die in (seiner Ansicht nach) "klassenlosen Gesellschaften" vorkommen: Frauenraub und - tausch ("bloße Methoden, sich Frauen zu verschaffen"), sexuelle Monopolrechte von Männern über Frauen, "Rechte der Männer auf gelegentliche Untreue, grausame Strafen auf Untreue der Frauen", "Belastung der Weiber mit übermäßiger Arbeit", Eigentum des Mannes an den Produktionsmitteln ("Brauch der damaligen Gesellschaft") sowie Ausschluß der Frauen von Stammeseigentum und Mitsprache in Stammesangelegenheiten (2).
All das gilt den MarxistInnen bis heute als zwar moralisch verwerflich, aber nicht als klassenspaltend. Vergewaltiger und Vergewaltigte, Ausbeuter und Ausgebeutete sitzen demnach im gleichen proletarischen Boot! Moral ist keine ausreichende Grundlage für einen revolutionären Befreiungskampf.
Mit dem Aufschwung der neuen Frauenbewegung, und weil sie auf die Frauen als Aktivistinnenbasis angewiesen sind, haben sich einige marxistische Gruppen vordergründig angepaßt, ohne ihre Klassenanalyse und Politik zu ändern. In diesem Punkt können wir Eure Kritik voll unterschreiben: *"und es ist auch trügerisch zu glauben, daß die linke hier dadurch revolutionär wird, daß nun 'feministische ansätze' verbal in den verschiedenen linken zusammenhängen präsent sind."*
Indem die unverändert marxistische Propaganda vom Proletariat als unterste Klasse durch Begriffe wie "Patriarchat" oder "antipatriarchaler Kämpf" ergänzt wird, ändert sich tatsächlich nichts, selbst bei zusätzlicher entglasung eines Sexladens alle paar Monate. Vielmehr entstehen Scheinharmonien und scheinbare Einverständnisse zwischen Marxismus und Feminismus. Diese blockieren die Herausbildung eigenständiger, marxistischer *oder* feministischer Identitäten und somit den Radikalisierungprozeß insgesamt.
Wenn - wie MarxistInnen behaupten - zwischen ausgebeuteten Frauen und Männern keine Klassenspaltung besteht, dann wäre autonome Bewegung und Organisierung von Frauen eine willkürliche Spaltung des objektiv einheitlichen revolutionären Subjekts. Das heißt: Autonomer Feminismus wäre kontrarevolutionär. Wenn wir auch die marxistische Klassenanalyse und diese ihre Konsequenzen ablehnen, so schätzen wir doch Eure Haltung: Ihr sprecht die unsägliche Konsequenz marxistischer Klassenanalyse fast offen
aus.

Frauenkampf - und Feminismus - die politische Identität

Überall auf der Welt leisten Frauen Widerstand gegen charakteristische

Merkmale weiblicher Existenz im Patriarchat: Armut und Elend, Obdachlosigkeit. Überausbeutung der Arbeitskraft, Zwangseingriffe in die Fruchtbarkeit, Verstümmelung der Sexualität, Kommerzialisierung des Körpers, Männergewalt und Staatsgewalt. Sie befinden sich dabei nicht auf einer Vorstufe des proletarischen Kampfes, sondern auf dem extremen Gegenpol zu Kapital und Staat: ganz unten, Feministischer Kampf ist Klassenkampf von ganz unten gegen das gesamte System.

Frauen kämpfen in Afrika gegen die Folter von Clitorisbeschneidung und Infibulation, in Indien gegen Brautmorde und Witwenverbrennungen, überall auf der Welt gegen Mißhandlungen, Vergewaltigung und Inzest, gegen die Zerstörung der Felder durch Agrogifte, gegen Betriebsschließungen, gegen Preiserhöhungen usw. Überall auf der Welt richten sich Frauenkämpfe gegen Kapital und Staat als oberste Organisatoren des Systems wie auch gegen die Zwischenklassen der Kleinbürgermänner, der Proletariermänner und der teilweise "hausfrauisierten" Männer in ihrer *ausbeutenden* Funktion. Überall auf der Welt solidarischeren sich Frauen in ihren Kämpfen mit den Befreiungskämpfen der Männer in ihrer ausge*beuteten Funktion.*

"Frau-Sein ist kein Programm", hat Ingrid Strobl einmal geschrieben. "Frauenkampf" ist auch keins, fügen wir bei. Solange wir uns allein aus individueller oder Szenen-Herkunft ("von uns ausgehend"), partiellen Forderungen und nicht näher bestimmtem Revolutionsziel definieren, können all unsere Kämpfe durch klassenfremde Interessen instrumentalisiert werden. Frauenbefreiung wird dann illusorisch. **Als Frauen, die für eine umfassende Befreiung kämpfen, brauchen wir ein kollektives Bewußtsein über das gesellschaftliche Wohin und Wie unseres Kampfes, Wir müssen:**

-- von ganz unten bis ganz oben durchschauen wie das System konstruiert ist und wie verschiedenen Ebenen zusammenspielen,

-- die Aufgaben und den Charakter der zu erobernden Macht bestimmen, so daß Befreiung *bis ganz unten* möglich wird,

-- aus eigenen und fremden Kämpfen Schlüsse ziehen und die so entstehende, revolutionäre Theorie als Leitfaden für die Weiterentwicklung der Kämpfe nutzen.

Da und dort haben kämpfende Frauen diese revolutionäre Theorie und Praxis von ganz unten "Feminismus" genannt. Wie immer sie genannt wird, das Zusammenkommen der Kämpfe und die fortlaufende Systematisierung der Erfahrungen zum immer neu überprüften Leitfaden steckt noch weit in den Anfängen. Feminismus ist deshalb noch lange keine inhaltlich präzis definierte, internationale und internationalistische Bewegung. Das hat verschiedene Gründe. Erstens ist es naheliegend, daß die historisch am tiefsten verwurzelten Ausbeutungsverhältnisse die längste Ausgrabungszeit erfordern. 2. kann es in den Anfängen des bewußten Kampfes noch nicht klar sein, in welchen Formen und mit welchen Mitteln Ethnozentrismus und Rassismus zwischen ausgebeuteten Frauen verschiedener Hautfarbe, Herkunft (Trikont/Metropole), Geschlechterorientierung (Lesbe/Hetera) usw. aufzuheben sind. Die feministische Methode - autonome Identität und Aktionsbündnisse - beginnt sich hier erst abzuzeichnen. 3. ist die Theoriearbeit wegen der extremen Ausbeutung der untersten Klasse auf Ausnahmefrauen angewiesen: Frauen, die ihre Last an entfremdeter Arbeit in etwa auf das von Proletariermännern geleistete Maß reduzieren können. Es ist ein weiteres, zu bearbeitendes Problem, daß diese Ausnahmen in der Metropole häufiger sind als im Trikont.

Wie jeder revolutionäre Kampf muß der feministische in offenen und verdeckten oder ausschließlich verdeckten Formen geführt werden, je nach Situation. Aber revolutionär-feministischer Kampf muß sich gegen zwei Klassen und ihre Repression decken: Frauen müssen sich unter Umständen unter dem Vorwand traditionell weiblicher Arbeiten zu Sitzungen treffen, sie müssen in ihren Frauenorganisationen Alibimänner mitorganisieren und vieles andere mehr, um von den Männern ihrer Familie nicht als ihrer Klasse bewußte Frauen, das heißt Feministinnen erkannt zu werden: das kann lebensgefährlich sein.

Wo immer ein Befreiungskampf Formen und Begriffe annimmt, macht sich die Instrumentalisierung des Kampfes für klassenfremde Interessen an diesen Formen und Begriffen fest. So wie es einen reformistischen "Sozialismus" und einen revisionistischen "Kommunismus' gibt, so gibt es einen reformistischen "Feminismus" und einen marxistisch-leninistischen "Frauenkampf". Das (unvermeidliche) Anfügen von klärenden Eigenschaftswörtern verhindert nicht den neuerlichen Mißbrauch. Denn die Ursache liegt in den Kräfteverhältnissen.

Proletarische Macht und feministische Macht

Die Eroberung der proletarischen Macht erlaubt die Beseitigung der Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse von der Zwischenklasse der Proletariermänner an aufwärts. Die Eroberung der feministischen Macht erlaubt die Beseitigung der Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse von der untersten Klasse an aufwärts. Kurz: *alle.*

"bei der feststellung, daß nirgends eine revolution die befreiung der frau gebracht hat, stellt sich sofort die frage. für wen hat sie sie gebracht."

Das ist nicht unsere Frage. Sondern: Erlaubt der Charakter der eroberten Macht, in einem zweifellos längerdauernden Prozeß *sämtliche* Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse zu beseitigen? Die proletarische Macht kann auf Grund ihres Geschlechtscharakters nicht mehr als frauenfreundliche Reformen zugestehen bis die (auch in der proletarischen Revolution unverzichtbare) Mobilisierung der Frauen gebrochen ist, die objektiv in diesem Moment zur weitergehenden, feministischen Macht tendieren muß. Die proletarische Macht kann nicht anders, als in diesem Moment die Reformen zurückzunehmen: Es liegt nicht im objektiven Interesse des Proletariermannes, 50% statt wie bisher 33% der gesellschaftlichen Arbeit zu leisten und dafür 50% statt wie bisher 90% der direkten oder indirekten Lohneinkommen zu beziehen. Da geht's nicht mehr um die schönen und tiefen Beziehungen, sondern um knallharte, materielle Interessen. An diesen Akten der Blockierung des Befreiungsprozesses - Reform und Rücknahme der Reform - kann die proletarische Macht nicht anders als zu Grunde gehen. Dies schafft die Voraussetzungen, in denen eine neue Ausbeuterklasse über Frauen *und* Männer die Macht erobern kann. In der bisherigen Geschichte war das eine Bürokratie, die auf Einheitspartei, staatlichem Repressionsapparat und staatlichem Monopol über die materiellen Reproduktionsmittel und über die Fruchtbarkeit beruht. Die Bürokratie tendiert dazu, das *kapitalistische* Patriarchat wiederherzustellen.

Um mit einem bekannten, wenn auch patriarchal motivierten Bild zu sprechen: Es ist realistisch, ein Ei an die Sonne zu legen und zu sagen: Es wird möglicherweise lange dauern, aber schlußendlich kann ein Küken ausschlüpfen. (Echt? die verblüffte S'in. Mao lesen [Ausgewählte Werke, Bd. I, 369], sagen die Hg.). Eine revolutionäre Politik wird nicht dadurch falsch, daß es lange dauert. **Die Eroberung der proletarischen Macht als Weg zur Befreiung der Frau zu propagieren bedeutet einen Stein an die Sonne zu legen und das Ausschlüpfen eines Kükens anzukündigen. Revolutionärer Feminismus setzt die Eroberung der feministischen Macht als Ziel. Das kann zwar auch lange dauern -**

aber immerhin ist es ein Ei und nicht Stein in der Sonne.
Aber warum denn heute schon so weit denken? mögen nicht wenige sagen. (*Ihr* in Bezug auf Euren Kampf nicht, das wissen wir gewiß). Warum nicht zuerst Männer und Frauen gemeinsam für die proletarische Revolution und in der Etappe danach irgendein unbekanntes Subjekt für die feministische? Das Patriarchat hat sich von der einfachen Klassenspaltung zwischen den Geschlechtern als historisch erster Klassenspaltung in mehreren Tausend Jahren und über viele verschiedene Formen zu seiner hochkomplexen kapitalistischen Form entwikkelt. **Im kapitalistischen Patriarchat** treffen Gewalt und Ausbeutung in reduzierter Form auch die große Masse der Männer. Diese Langzeitfolgen des patriarchalen Unterwerfungsaktes können die Proletariermänner nicht mehr allein zerschlagen. Darum kommen ihnen plötzlich die Frauen in den Sinn. Darin liegt für uns Frauen nicht nur die Gefahr der Unterwerfung unter *männerorientierte*, revolutionäre Führungen, sondern auch **eine historische Chance, zugleich den ursprünglichen patriarchalen Unterwerfungsakt aufzuheben. Möglich ist dies nur mit autonom-feministischer, revolutionärer Führung.**

Die Notwendigkeit feministischer Autonomie

Revolutionär-feministischer Kampf muß in jedem Moment fähig sein, den revolutionären Prozeß auch bei reaktionär-motivierten Rückziehern des revolutionär-proletarisch oder -kleinbürgerlichen Kampfes weiterzutreiben. Revolutionär-feministischer Kampf muß aus diesem und keinem anderem Grund autonom sein, das heißt unabhängig gegen Staat und Zwischenklassen. Der Gradmesser feministischer Autonomie ist der jeweils erreichte Stand dieser notwendigen Fähigkeit. Die formal-organisatorischen Mittel sind wichtige, aber weder einzige noch ausreichende Mittel, um die reale Autonomie herauszubilden.
Ein Beispiel: Vor der Revolution der Nationalen Befreiung von 1979 in **Nicaragua** war die Frauenorganisation AMPRONAC formell autonom, theoretisierte ihre Autonomie aber nicht als politische Notwendigkeit. Während der Revolution unterstellte sie sich im Glauben an ein geschlechtsneutrales "Allgemeininteresse" der Führung der Frente Sandinista. Sie organisierte die Massenbasis der Revolution, garantierte Versorgung, Unterschlupf, Meldedienste, Pflege der Verwundeten und ähnliches. Ein Teil der Frauen kämpfte bewaffnet in der geschlechtlich-gemischten Guerilla. Als dann nach der Revolution die Frauen vom Waffendienst in den sandinistischen Streitkräften ausgeschlossen wurden, protestierten Guerillas gegen die Verweigerung des elementaren Rechts, bewaffnet für die Befreiung zu kämpfen.
Der Frente hatte unter dem Deckmantel eines dringlichen und angeblich geschlechtsneutralen "Allgemeininteresses" die Männermacht stabilisiert. Das weitere ergab sich dann von selbst. Der Frente stoppte die Land- und Betriebsbesetzungen und garantiere das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln. Mit der Agrarreform - Kernstück der Revolution - schaffte er eine neue Zwischenklasse von Landeigentümern und Familienoberhäuptern. Ganz folgerichtig gingen 92% der Landtitel der Agrarreform an Männer, 8% an die Frauen. Ebenso folgerichtig konnte das sandinistische Alimentengesetz die Schwängerer nicht zu Versorgungsleistungen an kleine Kinder zwingen, garantierte ihnen aber den Zugriff auf eheliche und uneheliche Kinder im arbeitsfähigen Alter (mehrwertproduzierende Arbeitskräfte!). Ebenso folgerichtig war die Opposition gegen die Lockerung des somozistischen Abtreibungsgesetzes, das dem Schwängerer ein Veto-Recht erteilt, auch in den sandinistischen Reihen enorm.
Die wichtigsten ausbeutbaren Arbeitskräfte der sandinistischen Agrarreform blieben die Frauen: ohne Eigentum an Produktionsmitteln und ausgeschlossen von der Mitgliedschaft aus den Kooperativen. Frauen hatten weiterhin 18 Stunden pro Tag zu arbeiten, Männer neun. Illegale Abtreibung war weiterhin die häufigste Todesursache von Frauen im gebährfähigen Alter. Die frisch bestätigten Familienoberhäupter beanspruchten gegen alle aufklärerische Propaganda ihr Eigentumsrecht, "ihre" Frauen zu schlagen und zu vergewaltigen.
Wir betonen nochmals: Es geht uns nicht darum, Befreiungsleistungen zu zählen wie Erbsen. Eine Revolution der Nationalen Befreiung ist keine Beseitigung des Kapitalismus und ein Trikontland ist kein reiches Land. **Mit dem Beispiel Nicaragua wollen wir deutlich machen, daß die separate Organisierung der Frauen nicht genügt, um die Stabilisierung der Männermacht zu verhindern. Entscheidend ist die feministische Autonomie.** Die Mehrfachbelastung der Frauen, die Verfügung über Fruchtbarkeit und Kinder und die Männergewalt anzugreifen hätten bedeutet, das weiterbestehende, kapitalistische Patriarchat im Landesinnern an der Wurzel anzugreifen. Autonomer Feminismus hätte zwangsläufig eine Alternative darstellen müssen zum sandinistischen Projekt der Aussöhnung der Zwischenklassen mit dem privaten oder genossenschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und dem kapitalistischen Markt.
Feministische Autonomie beruht auf der Erfahrung und dem Bewußtsein, daß es in einer patriarchalen Gesellschaft nichts geschlechtsneutrales gibt. **Jede noch so geschlechtsneutral erscheinende Kategorie von Gewalt und Ausbeutung nimmt gegen Frauen die volle Form an, gegen Männer eine reduzierte. Darüber hinaus gibt es Kategorien, die fast oder ganz ausschließlich Frauen treffen: Ausbeutung von Sexualität und Fruchtbarkeit. Die nicht-vollzähligen und reduzierten Formen lassen sich nur von den vollzähligen und vollen Formen her mit der Wurzel vernichten.** Die geschlechtlich-gemischte, das heißt männer-orientierte Bewegung geht umgekehrt vor: Sie richtet den Kampf gegen die reduzierte Form und ergänzt bisweilen verbal, was bis zur vollen Form fehlt. Das ergänzte nennt sie "Frauenfrage".
Enteignung von den Subsistenzgrundlagen, Hunger, Vertreibung und Obdachlosigkeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, (Erwerbs-)Arbeitslosigkeit, Folter usw. haben allesamt eine volle weibliche und eine reduzierte männliche Form. Am Beispiel der Aufstandsbekämpfung möchten wir kurz den Blick auf eine volle Form lenken. Sie setzt gegen Frauen auf extrem tiefer Stufe des Widerstands ein: individueller Eigensinn kann genügen. Frauen können körperlichen Strafen bis zur Todesstrafe unterworfen werden, wenn sie sich "frei" in privaten und öffentlichen Räumen bewegen, in denen gleichzeitig Männer sind. Als AgentInnen der Aufstandsbekämpfung treten nicht nur die staatlichen auf, sondern auch Einzelmänner, Männerbanden und die Psychiatrie (Frauen werden bekanntlich wegen geringstfügigen "Abweichungen" von der Norm psychiatrisiert). Gegen widerstand-leistende Frauen darf jeder Mann als knüppelnder Polizist auftreten, nicht allein Faschobanden und die eigentliche Polizei, usw.
Die Einbindung des Frauenkampfes in ein angebliches "Allgemeininteresse" hat deshalb immer eine doppelt negative Wirkung:
-- Der Frauenkampf wird auf sogenannte "Frauenfragen" reduziert (Sex, Kinder haben, Internationale Frauentage und so).
-- Das Befreiungsziel wird auf diejenigen Ausbeutungsformen reduziert, die auch Männer treffen. Ausgebeutete Frauen müssen für ihre Befreiung den zentralen Repressions- und Ideologieapparat (Staat) zerschlagen, das Privateigentum an den materiellen Produktions-

mitteln aufheben, den dezentralen Repressions- und Ideologieapparat (Machos und Männerbanden) zerschlagen, das Privateigentum von Männern an Frauen und Kindern aufheben und sich selbst aus der Stellung des Menschen-Produktionsmittels und Sexualobjektes befreien. Ausgebeutete Männer müssen für ihre Befreiung "nur" den Staat zerschlagen und das Privateigentum an den materiellen Produktionsmitteln aufheben.

Kritische Solidarität mit Revolutionen der nationalen Befreiung

Bezüglich der nationalen und/oder antikapitalistischen Befreiungsbewegungen und bezüglich national und/oder vom Kapitalismus befreiten Länder sind internationalistische Feministinnen in den Metropolen solidarisch mit den Klassen ganz unten und ihrem nationalen wie auch gegen das kapitalistische Patriarchat gerichtete Befreiungsinteresse: den Frauen. Frauen aus diesen Ländern haben in den letzten 10 Jahren ihre Kritik an diesen nachwievor
patriarchalen Bewegungen und Systemen zum Ausdruck gebracht. Als Feministinnen würden wir aber auch dann Stellung nehmen, wenn die patriarchale Gewalt und Ausbeutung in nichts als sprachlosem Elend ausdrückte: Wir teilen nicht die Ideologie der Herrschenden, wonach die der Sprache beraubten glücklich wären.
"wir kennen die Kritik vieler Frauen an den Befreiungsbewegungen und national befreiten Ländern im Süden, weil in ihnen die Unterdrückung der Frau nicht oder ihren eigenen Vorstellungen entsprechend beseitigt wird," schreibt ihr.
Im Sommer 1980 fand in Den Haag ein workshop statt. Die dortigen, kritischen Situationsbeschreibungen durch Frauen aus Vietnam, Kuba, Nicaragua, Zimbabwe, China, Jugoslawien sowie Indien und Südafrika wurden durch internationalistische Feministinnen auch in der Metropole aufgenommen und haben viele Diskussionen ausgelöst. Die gemischte Linke, einschließlich marxistisch-leninistische Gruppen, haben diese Frauen aus Afrika, Asien Süd- und Mittelamerika in aller Regel totgeschwiegen oder als ausländisch-gesteuerte Marionetten diffamiert (3).
"Täglich sehen wir, daß die Lebenspraxis der Frauen dieses Volkes eine Reihe von Glaubensvorstellungen widerlegt, welche die patriarchale Ideologie uns aufgezwungen hat", schreibt die nicaraguanische Feministin Aida Redondo nach ausgedehnten Gesprächen mit Marktfrauen von Managua. Als eine dieser Glaubensvorstellungen nennt sie jene, "daß der Feminismus eine charakterisch-ausländische Bewegung sei... Wenn jene Frauen Feministinnen sind, welche die patriarchale Ausbeutung und Unterdrückung durchschauen, dann ist die Mehrheit der Marktfrauen und der Frauen des nicaraguanischen Volkes Feministinnen." Tatsächlich drückt sich in den Zitaten der Marktfrauen der Klassenhaß gegen beide Bosse aus: den kapitalistischen und den proletarischen (4). Beide machen das "Gefängnis" aus, wie Ihr es nennt. Nichts weniger als das kann im Interesse der Frauen im Trikont liegen, und in nichts weniger als diesem sind wir solidarisch mit ihnen.

Antipatriarchaler Kampf (der Männer) und feministischer Kampf (der Frauen)

Aus jeder ausbeutenden Klasse können einzelne individuell austreten. So können auch einzelne Mitglieder der Zwischenklassen Proletarier, Kleinbürger - erste Schritte Richtung Verzicht auf Gewalt und Ausbeutung gegen Frauen machen. Aber niemals wird sich eine ganze Klasse durch Einzelaustritte aus ihrer ausbeutenden Rolle löse.
"die männer in der RAF wären nicht da, wenn sie die gesellschaftlichen und ihre eigenen patriarchalen strukturen nicht als deformierungen ihres eigenen menschseins, als ihre eigene zerstörung erkannt und damit gebrochen hätten", schreibt Ihr als Entgegnung auf einen Satz im 8. März-Flugi der Frauendemo, daß "Männer niemals ihre Privilegien freiwillig aufgeben". Zweifellos können Mitglieder ausbeutender Klassen aus revolutionärer Überzeugung oder aus anderen Motiven individuell aus ihrer Klasse austreten (die Hoffnung eines jeden Autonomen... d. s'erinnen). Ein Fabrikherr kann seine Fabrik den ArbeiterInnen verschenken und selbst Arbeiter werden. Ein Proletariermann kann anfangen, auf die brutalsten Formen der Gewalt und Ausbeutung gegen Frauen zu verzichten und für die subtileren Formen ansatzweise ein Bewußtsein zu entwickeln. Doch was ändert der Austritt des einzelnen Fabrikherrn an der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Bourgeoisie als Klasse, die eben nicht freiwillig austritt? Was ändern die tastenden Schritte des einzelnen Proletariermannes (tapps, tapps, d. s'in) hinaus aus mehrtausendjähriger Geschlechterspaltung an der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Massen der Vergewaltiger und Machos als Klasse, die eben nicht freiwillig austritt? Die Illusion, daß sich irgend eine Klasse durch freiwilligen Austritt ihrer Mitglieder auflösen könnte, entspricht einem längst überwundenen, utopischen Sozialismus.
Wenn Ihr über die Menschlichkeit der Beziehungen in der RAF schreibt, geht das am Feminismus vorbei: Er zielt nicht auf die Umwälzung des gemischten revolutionären Widerstands, sondern des Systems insgesamt.
Zweifellos können sich Proletariermänner in Männergruppen, um ihre tastenden Schritte gemeinsam zu tun und einen anti-patriarchalen Kampf (den Kampf vom Männer-Standort) zu entwickeln versuchen. Sie müssen es sogar. Die historische Chance besteht darin, daß sich im Sturz des *kapitalistischen* Patriarchats nicht mehr einfach Frauen und Männer, 50% und 50% der Gesellschaft gegenüberstehen brauchen. Ob die Chance genutzt wird, ob Teile der Zwischenklassen (Proletariat und Kleinbürgertum) in einen anti-patriarchalen Kampf gezogen und andere neutralisiert werden können, hängt ganz und gar von der autonomen Kraft eines revolutionären Feminismus ab. Diese Kraft beruht absolut nicht auf verbaler Emanzipationshilfe, aber ganz und gar auf dem bewaffneten Kampf gegen Kapital, Staat *und* resistenten patriarchalen Teilen der Zwischenklassen. Das fortgeschrittenste, uns bekannte Beispiel in dieser Richtung sind die bewaffneten Gruppen schwarzer Frauen in Südafrika, die Vergewaltiger liquidieren.
Revolutionärer Feminismus ist die Methode, restlos alle Klassenspaltungen in der Gesellschaft zu beseitigen. Dies muß ansatzweise bereits im Verlauf des revolutionären Prozesses gelingen, um die für den Erfolg unerläßliche Zentralisierung der Kräfte zu erreichen. Die feministische Zentralisierung auf Grund von Autonomie und Aktionsbündnissen wird sich gegen die leninistische der Unterordnung unter Männerinteressen durchsetzen müssen.

'radikaler bruch' und befreite Beziehungen

Ihr benennt die Voraussetzung befreiter, menschlicher Beziehungen klar und deutlich: "der radikale bruch mit dem systemalltag". Aus Eurem Mund heißt das: Bewaffneter Kampf mit all seinen Konsequenzen. Abseits vom radikalen Bruch, abseits vom kontinuierlichen und bewußt vorantreibenden Kampf (dessen technologische Mittel wir heute in der Schweiz tiefer ansetzen müssen als Ihr in der BRD), gibt es nichts als den öden Kreislauf links-alternativer Reproduktion der Arbeitskraft.
Das leuchtet sofort ein, daß auf der

Grundlage des radikalen Bruchs (in Eurem und keinem andern Sinn!) "die elende trennung ... des lebens von der politik und diskussion ... aufgehoben wird.", daß dann Politik zu etwas anderem wird als "ansichtssachen und hier und da mal eine initiative", daß dann "befreiung in den beziehungen der menschen ... materiell wird". Der gemeinsame radikale Bruch und die sich dann erschließende revolutionäre Politik bedeutet ohne Zweifel die tiefste aller Beziehungen.
Und doch fällt auf, wie leicht diese Eure Sätze für die Verklärung von linksalternativer Politik und Szeneleben ganz ohne radikalen Bruch verwendbar sind. Ob es an der Häufung von Ausdrücken wie "Mensch", "Menschlichkeit", "Selbstbewußtsein" usw. liegt, die so sehr das freischwebende Philosophieren anregen? Werden diese Eure Sätze abseits vom radikalen Bruch verwendet, so sind sie reformistisch, sexistisch und rassistisch zugleich: Sie verschleiern sämtliche Klassenspaltungen und reduzieren das Klassenbewußtsein auf das ärmliche "Selbstbewußtsein". Aus Eurem Munde, das heißt glaubwürdig bezogen auf revolutionär kämpfende Zusammenhänge, haben sie eine andere Bedeutung. Aber auch an dieser haben wir unsere Zweifel: Wir glauben nicht daran, daß die Wunden, die Narben und die Deformation aus so viel Tausend Jahren Patriarchat so schnell verheilen.
Für Euren radikalen Bruch, für Eure Kämpfe, für Euer Dran-Bleiben am Kampf, für Entschiedenheit in allen Konsequenzen haben wir für Euch die tiefste und leidenschaftlichste Solidarität.
(kommt uns'n bißchen wie Bewunderung vor!? d. s'in)

20.6.1990

Anmerkungen:
(1) Zu den Zwischenklassen gehört auch jene Kleinbürgermänner. Sie beuten nicht bloß die eigene Arbeitskraft aus, wie Marx behauptete, sondern in der Regel jene von Ehefrau und Kindern.
(2) Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates sowie Anti-Dühring. In Klammern jeweils die Kommentare von Engels.
(4) Die Länderberichte hat Maria Mies protokolliert: siehe "Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis" 8/1983
(5) Aida Redende Lubo, las vendedoras de los mercados, Managua, 1987

Anm. d. Hg.:
Wir haben die im Original unterstrichenen Passagen fett gesetzt; die innerhalb der unterstrichenen Passagen im Original fett gesetzten Stellen haben wir hier *kursiv* hervorgehoben.

Hi ihr lieben Schweizerinnen,

wir haben uns riesig gefreut, als wir euer Papier in die Hände bekommen haben. Die linksradikale, feministische Szene tut sich schwer, Ziel, Inhalt und Methoden ihres Kampfes unter sich in die Diskussion zu bringen. Immer, wenn ein Text in der Richtung auftaucht, freuen wir und unsere Freundinnen uns doof und dusselig.
Zuerst gehen wir auf euren Text ein. Gleichzeitig beziehen wir uns dabei in Gedanken selbstkritisch auf unseren Text aus der [*radikal* Nr., Anm. d. Hg.] 140. Kritik und Selbstkritik gehen fast immer Hand in Hand.
Ob's so schlimm war, werdet ihr im folgenden an unseren hoffentlich geistreichen Anmerkungen feststellen können...
Anschließend machen wir einen kleinen Ausflug, welche Richtung wir inhaltlich und praktisch gut fänden weiterzuverfolgen.
Ihr setzt euch mit zwei Frauen aus der Raf und dem antiimperialistischen Widerstand auseinander. Ihr sagt zu Beginn eure Schwierigkeiten, die ihr hattet, die Diskussion überhaupt anzuleiern.
[...]
Genug - ihr habt ja trotz dieser Aufzählung euch entschieden, eure Herangehensweise und Kritik darzustellen, und das finden wir gut.
Eure inhaltliche Analyse hat uns über große Teile hervorragend gefallen.
Die Einführung des Begriffs "Zwischenklassen" hat bei uns allerdings zu einigen
Heiterkeitsanfällen geführt. Das liegt hauptsächlich daran, daß wir an unsere werten Genossen denken mußten, die immer so ernsthaft über der neuesten "Klassenzusammensetzung" brüten. Die sich viel Mühe geben, neben der "Klasse" nicht die "Frauen" zu vergessen, und die nun mit diesem Begriff sehr eindeutig ihren Platz zugewiesen bekommen.
Gleichzeitig sind wir hier am Knackpunkt angekommen.
Einerseits fanden wir den Text unter dem Aspekt der Patriarchatsanalyse gut, aber er unterschlägt - wie unser Text der 140 auch - die Diskussionen, die unter Frauen schon länger zu Rassismus laufen.
Wie ihr richtig feststellt gibt es nichts, was geschlechtsneutral ist. Ebenso klar ist auch, daß es nichts gibt, was nicht von der Hautfarbe abhängt bzw. der Herkunft.
Ein linksradikaler Frauenkampf, der sich Internationalismus auf die Fahnen schreibt, kann nicht in der Form, wie ihr oder wie wir dies tun, die Unterdrückung durch Rassismus, die Geschichte von Kolonialismus und Imperialismus am Rande abhandeln.
Geschieht das, läuft es zwangsläufig auf eine Vereinnahmung von anderen Kämpfen hinaus. Andere Kämpfe werden ausschließlich aus der Perspektive der eigenen (weißen) Geschichte und daraus entwickelten Kriterien betrachtet und mit diesen dann bewertet.
Ihr sprecht über Solidarität mit Frauen der trikontinentalen Länder, redet über ihre Kämpfe...doch wie können wir sie einschätzen, ohne sie wieder einzuverleiben und in unsere Herangehensweise zu pressen?
"*Was empfinden schwarze Frauen gegenüber der Frauenbewegung? Mißtrauen. Sie ist weiß, daher suspekt. Trotz der Tatsache, daß Befreiungsbewegungen in der schwarzen Welt Katalysatoren für den weißen Feminismus waren, haben zu viele Bewegungen und bewußt begonnen, Schwarze einzubeziehen, mit dem Ergebnis, sie einzuwickeln. Sie wollen nicht schon wieder benutzt werden, jemandem zu helfen, Macht zu gewinnen - eine Macht, die ihnen gezielt vorenthalten wird... Schwarze Frauen sind verschieden von weißen Frauen, weil sie sich selbst anders sehen, anders gesehen werden und ein anderes Leben geführt haben.*" Toni Morrison, 1971 (!), Beiträge 27, S. 27
Auf Seite 8 [in dieser Broschüre: S. 67 Anm. d. Hg.] schreibt ihr von der Ausgrabungszeit, das sehen wir ähnlich. Aber gegraben wird nun wahrlich schon eine ganze Weile. Daß weiße Frauen jetzt mit der Nase auf die Rassismus-Ausandersetzung gestoßen werden und nicht schon weitaus früher "von selber" drauf gekommen sind, macht deutlich, daß dahinter Machtverhältnisse stecken. Wo "wir" unsere Rolle nicht reflektiert haben.
"*Als Gruppe befinden sich schwarze Frauen in einer ungewöhnlichen Position in dieser Gesellschaft, denn wir ... sind am schärfsten von sexistischer, rassistischer und klassistischer Unterdrükkung betroffen. Gleichzeitig sind wir die Gruppe, die nicht dahingehend sozialisiert wurde, die Rolle des Ausbeuters/Unterdrückers anzunehmen: Uns wird kein institutionalisierter 'Anderer' überlassen, den oder die wir unterdrükken könnten... Weiße Frauen und schwarze Männer haben beide Möglichkeiten. Sie können als Unterdrücker oder als Unterdrückte handeln. Schwarze Männer mögen Opfer von Rassismus sein, aber Sexismus erlaubt es ihnen, als Ausbeuter und Unterdrücker von Frauen zu handeln. Weiße Frauen mögen Opfer von Sexismus sein, aber Rassismus verleiht ihnen die Fähigkeit, als Ausbeuter*

und Unterdrücker von Schwarzen Menschen zu handeln. Beide Gruppen haben Befreiungsbewegungen geleitet, die ihre Interesssen favorisierten und die anhaltende Unterdrückung anderer Gruppen unterstützen." Bell Hooks, 1984, Beiträge Nr. 27, S. 47.

Da kommt das Modell der "Zwischenklassen" ins Schwimmen. Es kommt immer auf den Standpunkt an, von dem aus Unterdrückung definiert und von daher die "Plätze zugewiesen" werden.

"Zwischenklassen" könnten wir die Klasse der proletarischen und kleinbürgerlichen Männer in Bezug auf das internationale Patriarchat nennen, das zwar verschieden ausgeprägt ist, aber als Grundlage die Unterdrückung und Ausbeutmg von Frauen hat.

Dann müssen wir unter den "Zwischenklassen" nochmal differenzieren. Wie bezeichnen wir weiße Frauen als Gruppe in ihrer Stellung gegenüber schwarzen Frauen?

Weiße Frauen sind gegenüber schwarzen Männern privilegiert. Obwohl die Frauen von Männergewalt bedroht sind, werden rassistische Männerhorden auf der Straße als erstes "Ausländer klatschen". Auch, wenn diese Männerhorden die größten Frauenfeinde sind, möchten wir diesen Unterschied festhalten.

Dabei geht es nicht um die Frage: Welcher geht es besser, welchen geht's schlechter (weißen Frauen oder schwarzen Männern)? Daß schwarze Männer, die hier leben, auch weiße Frauen anmachen, unterdrücken, sich über sie stellen, ist klar. Und die versuchen auch, das Rassismus-Argument gegen uns zu drehen: Vielen Frauen ist es schon passiert, daß ihnen der Mann, der sie in der U-Bahn anmachte, vorgeworfen hat: sie würde sich aus Rassismus wehren. ("Das machst du nur, weil ich Türke bin!" - "Du bist rassistisch, bei deutschen Männern würdest du dich nicht so anstellen!).

Klar ist, daß uns das nicht im Geringsten ein schlechtes Gewissen macht. Solche Situationen sind eindeutig sexistisch und dementsprechend verteidigen wir uns dann auch.

Uns geht es dabei um das Problem der Definitionsmacht. Wer hat das Recht zu definieren, wer wie stark unterdrückt wird, wer legt Rollen im revolutionären Prozeß fest usw.

Z.B. der Spruch: "Alle Menschen sind Ausländer - fast überall!" trifft den Kern der Sache. Der Spruch will eine "tolerante" Haltung gegenüber AusländerInnen fördern und erinnert daran, daß jede von uns in anderen Ländern auch nicht heimisch ist. Der Spruch unterschlägt aber, daß die Definition "Ausländer" seine volle Bedeutung im rassistischen Zusammenhang bekommt. Der Begriff hat Menschen aus einem westeuropäischen Land gegenüber eine andere Färbung als bei Menschen aus einem trikontinentalem Land oder aus Osteuropa.

Es existiert eine rassistische Wertehierarchie, die sich aus Geschichte (Kolonialismus/Faschismus) und der aktuellen weltweiten Hierachie von kapitalistischen/imperialistischen Industriemächten und von ihnen abhängigen Ländern des Trikont ergibt und ableitet.

In diesem System definieren weiße Männer und auch Frauen, wer "Ausländer" ist.

Wenn eine von uns in ein Trikontland reist, ist sie dort weniger "Ausländerin", als vielmehr eine Weiße aus diesem oder jenem Land. Natürlich ist sie auch "Ausländerin", aber ob das Definitionsmacht besitzt, sie das also zu spüren bekommt, hängt vom Kräfteverhältnis ab. Aktuell zu sehen ist das bei Südafrika. Die Schwarzen können dort aufgrund ihrer organisierten Stärke den Weißen praktisch zeigen, daß sie fehl am Platz sind. Vorher konnten sie das sagen, aber Konsequenzen folgen in einem Machtkampf nur aufgrund von Siegen und auf Stärke von unten.

Auf uns bezogen heißt das: Wir müssen als weiße Frauen Rassismus gleichwertig zu sexistischer Unterdrückung und Patriarchat miteinbeziehen. Wir können anderen Unterdrückten nicht unsere Definitionsmacht, die wir als Weiße haben aufdrücken, wie weiße Männer dies uns gegenüber lange genug gemacht haben, wenn sie uns als "Nebenwiderspruch" abtaten oder unsere Autonomie als Spaltung in Frage stellten.

Wie wenig die Auseinandersetzung mit Rassismus entwickelt ist, merken wir an Sätzen wie : " *Ausgebeutete Frauen müssen für ihre Befreiung den zentralen Repressions- und Ideologieapparat (Staat) zerschlagen, das Privateigentum an den materiellen Produktionsmitteln aufheben, den dezentralen Repressions- und Ideologieapparat (Machos und Männerbanden) zerschlagen, das Privateigentum von Männern an Frauen und Kindern aufheben und sich selbst aus der Stellung des Menschenproduktionsmittels und Sexualobjekts befreien. Ausgebeutete Männer müssen für ihre Befreiung "nur" den Staat zerschlagen und Privateigentum an den materiellen Produktionsmitteln aufheben.*"

Der erste Abschnitt stimmt. Beim zweiten wird deutlich, daß ihr ausschließlich von weißen Männern redet. Die Erfahrung von schwarzen Männern geht über diese zwei von euch genannten Punkte hinaus.

Aus den Befreiungskämpfen schwarzer Menschen, wie in dem Zitat von Toni Morrison erwähnt, kommen eine Menge Erkenntnisse, wie Unterdrückung "nach innen" verlagert wird und so viel schwerer zu bekämpfen ist als ein konkret bestimmbarer, äußerer Machtapparat.

Fanon hat in den 50'ern viel darüber geschrieben:

"Ich wollte Mensch sein, nur Mensch. Manche verbanden mich mit meinen versklavten, gelynchten Vorfahren: Ich beschloß, diese Vergangenheit auf mich zu nehmen. Auf der universellen Ebene des Intellekts verstand ich diese innere Verwandtschaft - ich war ein Enkel von Sklaven...

In Amerika werden Neger abgesondert. In Südamerika peitscht man die streikenden Neger auf den Straßen aus und erschießt sie. In Westafrika ist der Neger ein Tier. Und hier, ganz in meiner Nähe, gleich nebenan sagt mir ein aus Algerien gebürtiger Kommilitone: 'Solange man den Araber zu einem Menschen erklärt wie wir, wird es keine gangbare Lösung geben.'

'Weißt du, mein Lieber, das Vorurteil der Hautfarbe, das kenne ich nicht... Aber was denn, treten Sie doch ein Monsieur, bei uns gibt es kein Vorurteil der Hautfarbe... Jawohl der Neger ist ein Mensch wie wir... nicht weil er schwarz ist, ist er weniger intelligent als wir... ich hatte einen senegalischen Kameraden beim Regiment. Er war sehr feinfühlig...'

....wo mich verkriechen?

'Martiniquaner aus 'unseren' ehemaligen Kolonien.'

'Schau den Neger da! ...Mama, ein Neger!...' - 'Still! Er wird böse werden... Achten Sie nicht darauf, Monsieur, er weiß nicht, daß Sie genauso zivilisiert sind wie wir...'

Mein Körper kam ausgewaltzt, zerteilt, geflickt zu mir zurück, ganz in Trauer an jenem weißen Wintertag. Der Neger ist ein Tier, der Neger ist schlecht, der Neger ist bösartig, der Neger ist häßlich; sieh mal, ein Neger, es ist kalt, der Neger zittert, weil er friert, der kleine Junge zittert, weil er glaubt, daß der Neger vor Wut zittert, weil er Angst vor dem Neger hat. Der Neger zittert vor Kälte, jener Kälte, die dir die Knochen verrenkt, der niedliche Kleine zittert, weil er glaubt, daß der Neger vor Wut zittert, der kleine weiße Knabe wirft sich in die Arme seiner Mutter: Mama, der Neger will mich fressen.

Ringsum der Weiße, oben reißt der Himmel den Nabel aus, die Erde knirscht unter meinen Füßen und ein weißes, weißes Lied. Das viele Weiß, das mich ausbrennt...

Wo mich nun verkriechen? Aus den unzähligen Zersplitterungen meines Seins

spüre ich das Blut in mir hochsteigen. Ich war im Begriff wütend zu werden. Seit langem war das Feuer erloschen, und abermals zittert der Neger...
'Schau nur, er ist schön der Neger...'
'Der schöne Neger scheißt auf Sie, Madame!'
....Endlich war ich befreit von meiner Grübelei. Und gleichzeitig wurde mir zweierlei klar: Ich identifzierte meine Feinde und erregte öffentliches Ärgernis. Überglücklich. Man würde sich amüsieren können!"
Fanon, "Schwarze Haut und weiße Masken"
Eigentlich hatten wir nicht vor, einen Text zu Rassismus zu schreiben. Haben wir auch immer noch nicht vor. Andere haben dazu schon viel umfassendere Texte geschrieben und viel genauer, als wir das in der Kürze der Zeit könnten.
Wir haben nur mitbekommen, daß häufig in autonomen Frauenzusammenhängen die Auseinandersetzungen über Rassismus sehr auf der subjektiven Ebene verlaufen - bin ich eine Rassistin, weil ich eben gesagt habe: "Ich hätte gerne einen Negerkuß."?
Das ist zwar eine wichtige Ebene, sich selber abzuklopfen, aber wir weigern uns, das zum nonplusultra der Diskussion zu machen. Wir halten das für die absolute Luxusposition, wenn nicht gleichzeitig die gesellschaftliche Ebene des Rassismus analysiert wird, wo er sich aus ... Weltmarkt... (*Der Satz war leider in dem uns vorliegenden Exemplar des Textes unleserlich. Anm. d. Hg.*)
Alleinstehend macht sie einmal mehr deutlich: Na, die Weißen haben jetzt in Zeiten des offensiven doitschen Machtzuwachses und nationalem Taumel nichts besseres zu tun, als wieder mal um ihren Nabel zu kreisen.
Im Ernst: Das wichtigste an unserer Kritik/Selbstkritik ist für uns folgendes:
In dem Moment, wo wir doch hoffentlich alle übereinstimmen, daß Feminismus den Anspruch hat, **alle** Unterdrückungen und Ausgrenzungen vom Tisch zu fegen, müßten sich alle aufgrund ihrer eigenen Denkweise, Analyse und dementsprechenden Praxis fragen, wie weit es damit her ist. Eigentlich ist es doch der Hohn - Alle wissen, mit EG 92 wird der Großraum Europa gegen trikontinentale Frauen und Männer abgeschottet, es wird abgeschoben und wird hier auf der Straße eine rassistische Gewalt materiell, die total brutal ist, gibt es die institutionelle Entsprechung in Form von Ausländerbullen, Sozialstrategen, die den ausländischen Jugendgangs auf den Straßen hinterherjagen, gibt es die rassistischen Richterschweine, die alles juristisch absegnen...
Und wir? Wo ist die Frauenbewegung, wenn eingewanderte Frauen und Männer angegriffen werden?
Wie stellen wir uns das vor, uns internationalistisch zu organisieren, wenn - aus was für Gründen auch immer - wir praktisch die Solidarität verweigern und oft genug allein lassen, weil wir nicht von uns aus die Bedingungen anderer in unsere Überlegungen miteinbeziehen. Sondern nur schauen, was passiert gegen uns, als feministische Frauen, als Teil der radikalen Linken etc.
Das steht in keinem Verhältnis, wie sich über die eigene Psyche der Kopf gemacht wird - Bin ich eine, bin ich keine... - das interessiert keine, die angegriffen wird und damit erstmal allein steht.
Wir machen das doch auch nicht anders. Vertrauen bekommen wir nicht darüber, daß Männer ihre eigene Sprache feminisieren, daß sie sich beim Pissen hinsetzen, also "gute" aufgeklärte Männer sind. Seht her, ich bin ein "solidarischer Mann" - BÄH!
Nein, wir achten auf die Praxis, auf die Hände, auf die Augen, wo hat er seine Blicke - müssen Frauen auf Demos Männer anmachen, weil sie ihre Knüppel in "entspannten" Situationen demonstrativ zur Schau tragen und nicht unter die Jacke packen können, oder achten darauf auch Männer?
Gehen Männer dazwischen, wenn Frauen angemacht werden... beziehen sie darüber einen Teil ihrer Identität des starken, beschützenden Mannes, achten sie immer zuerst darauf, ob die Frau das selber klarmacht. Tritt in die Eier... oder werfen sie sich gleich in die Arena....? ("Komm Kleine, jetzt komm ich und schmeiß den Laden!")
So eine Sensibilität, so eine Praxis erwarten wir. Das ist unser Maßstab, unsere Basis, und ohne die läuft aber nix.
"Erst in dem Moment, wenn weiße feministische Aktivistinnen nicht nur den Rassismus in der Frauenbewegung eingestehen und persönliche rassistische Vorurteile verweisen, sondern der rassistischen Unterdrückung in unserer Gesellschaft grundsätzlichen aktiven Widerstand entgegensetzen, werden wir wissen, daß weiße Frauen sich dem Rassismus ernsthaft und auf revolutionäre Weise stellen. Wir werden wissen, daß sie sich gegen den Rassismus engagieren, sobald sie mithelfen, die Richtung der feministischen Bewegung zu verändern und daran arbeiten, die rassistische Sozialisation abzubauen, bevor sie Führungspositionen übernehmen, Theorien entwickeln oder den Kontakt zu farbigen Frauen suchen, um so nicht der rassistischen Unterdrückung weiterhin Vorschub zu leisten und nicht-weiße Frauen bewußt oder unbewußt zu mißbrauchen oder zu verletzen. Das sind die wahrhaft radikalen Gesten, welche die Grundlage für das Erleben politischer Solidarität zwischen weißen und farbigen Frauen schaffen". Bell Hooks
Ja, es macht uns zu schaffen, daß bei Frauen in punkto praktischer Solidarität mit eingewanderten Frauen und Männern zur Zeit eine Lähmung festzustellen ist.
Eine theoretische Auseinandersetzung mit Rassismus halten wir für wichtig, da wir die fehlende Klarheit über Bedeutung und Verzahnung anderer Unterdrückungsverhältnisse mit Sexismus und Patriarchat für eine Ursache halten, daß dazu wenig entwickelt wird.
Eine weitere Ebene ist, daß - wie beschrieben - entweder ausschließliche "Tiefenforschung" bei sich selber betrieben wird, anstatt Rassismus ebenso als **gesellschaftliches** Unterdrückungsverhältnis zu sehen.
Oder die Auseinandersetzung schwebt knapp unter der Zimmerdecke und läßt von daher keine praktischen Ansätze mehr sehen.
Was fällt uns dazu ein...(nicht so viel!)?
Straße - alltäglicher Rassismus - garstiges Bedienen von ausländischen Frauen und Männern im Obstladen oder im Supermarkt, Blicke: IIHH sind die dreckig; mitleidige Blicke auf türkische Frauen mit 1000'en Einkaufstüten auf dem Arm; Sozi: Sacharbeiter benutzen ihre Sprachgewandheit, damit die Türkin nix versteht und wenn sie sich umdreht, geht das Gehetze los: "Die sollen doch dahin, wo sie herkommen. Schmarotzer"...
Dann kommt dir Großdeutschland in den Sinn, und da sind sie und du hast sie im Kopf, und ein Wort wird groß "Konfrontation".
Sie, das sind Skins, organisierte Faschisten, faschistische Fußballfans, bräunliche Bürgers, Duckmäuser aber, wenn schlechte Laune, weil mieser Job, nach Untentreter, gegen alles-was-fremd-ist-Treter -AAARRRGGGHHH!!!
Die braune großdeutsche Sauce halt.
Du denkst weiter. Spots: "In der Nacht ... wurde von mehreren Unbekannten das Asylantenlager... in ... mit Molotowcocktails und Steinen beworfen. Die Täter entkamen unerkannt, 1 kurdische Frau liegt schwerverletzt im Krankenhaus. Die Polizei tappt im Dunkeln."
Du gehst auf die Straße, da rempeln ein paar Doppelt-Deutsche einen Ausländer an: klopfen Sprüche. Du bist allein und traust dich nicht dazwischen - OHNMACHT - du sagst dir aber, das nächste Mal bestimmt.
In unseren Diskussionen sind wir oft bei Konfrontation gelandet und dann waren wir schnell bei Angst.
Es ist unter Frauen die Argumentation verbreitet (nicht nur da), sie würden sich

von den Faschos nicht die Ebene der Auseinandersetzung aufzwingen lassen.
Das ist verquere Polit-Argumentation. Es ist natürlich richtig, genau eigene Kräfte und Möglichkeiten gegenüber dem Gegner abzuwägen und nicht in offene Messer zu rennen (im wahrsten Sinne des Wortes). Wir haben aber das Gefühl, daß damit die Probleme, daß viele sich nicht mehr sicher auf der Straße bewegen können, daß die Existenz von der Willkür des Staates abhängt, der abschiebt, ausweist, damit nur verdrängt werden mit fadenscheinigen Argumenten.
Konfrontation macht Angst. Na klar, aber was heißt überhaupt Angst? Wär doch komisch, wenn die nicht da wär, es ist ja auch zum Fürchten. Oder denken wir Frauen, wir sind alle als Kampfmaschinen auf die Welt gekommen, starke, funktionierende Frauen?!
Aber sie ist *real* die Konfrontation. Selbst, wenn wir sie nicht realisieren wollen, sei es aus politischer Unklarheit oder aus Verdrängung, für andere besteht gar nicht die Möglichkeit zu verdrängen, die müssen reagieren.
Das sollte jede sehen und was draus machen.
Es geht um uns!
Wenn z.B ein gemeinsamer Schutz für Flüchtlingslager organisiert werden soll...Da haben meist nur gemischt-geschlechtliche Gruppen vorerst Kontakt hin...mit denen haben wir wenig zu tun, die arbeiten zu Rassismus, haben zu Sexismus nichts im Kopf, also fehlt die Grundlage, ein Bündnis einzugehen ... aber was dann...-
gar nichts dazu machen ... bei der Abgrenzung stehenbleiben "außerdem sind bei so Angelegenheiten immer nur diese Macker vor Ort" - Wo tauchen wir dann auf als großer Haufen, sichtbar und stark, nicht untergehend?
Was hindert uns daran, fehlende Strukturen/Kontakte aufzubauen und ein eigenes Verständnis von antirassistischem, feministischem Kampf zu entwickeln?
Es gibt sicher eine Menge Erfahrungen: von Frauen, die in Flüchtlingsgruppen gearbeitet haben, von Fantifa-Frauen, die feministische Antifa-Arbeit machen .... diese Erfahrungen und Ansätze müssen zusammengetragen und ausgewertet werden, damit nicht immer alle so isoliert vor sich hinwurschteln!
Frauen bekommen alltäglich Gewalt zu spüren... Da schlagen wir zurück. Hier entwickeln wir den Ehrgeiz, Vergewaltiger zu jagen und auszuteilen für die jahrelange, permanente Erniedrigung, die uns entgegenschlägt.
Ja, es geht um notwendige Militanz, organisierte Militanz. Wir wollen neben dem notwendigen öffentlichen Präsent-Sein auf der Straße, die ausdrückt: Wir sind viele, die auf der Lauer liegen, falls einer was passiert, wir sind solidarisch miteinander, paßt bloß auf! noch viel mehr, z.B. die Ergänzung, heimlich, schlau und listig die Vergewaltiger auch wirklich zu bekommen. Das muß genauso organisiert werden.
Wir wollen die Diskussion und Praxis, die auch zielgerichtet die Schweine kriegt, die uns angreifen. Alle Schweine, dieVergewaltiger, die Faschos, die Schreibtischtäter, egal. Um beim Beispiel Vergewaltiger zu bleiben, wenn wir neben der öffentlichen Präsenz gleichzeitig überlegen, wie wir sie sicherlich in die Hände bekommen und was wir dann mit ihnen machen können und wie sehr so eine Aktion auch anpowern würde, Mut machen, die Frauen auf die Straße zu treiben, dann denken wir, sowas von vielen organisiert, solche Überlegungen konsequent und ehrgeizig ans Ende gesponnen, würden und einen großen Sprung weiterbringen.
Mit dieser sehr ehrgeizigen Haltung fänden wir es sehr gut, wenn alle auch an die anderen "Themen" rangehen. Das betrifft dann wieder die praktische Solidarität mit anderen Unterdrückten.
Um diese Haltung kommen wir nicht herum, weil Haarwurzeln angegriffen werden und wir es ziemlich nötig haben, uns wirkungsvolle Gegenstrategien auszudenken.
"Selbstbestimmtes Leben" und jetzt womöglich auch noch "selbstbestimmtes Angreifen" kann auch Zeichen dafür sein, daß wir uns eines Privilegs bedienen, nämlich weiß zu sein, das heißt, es uns an bestimmten Punkten selbst aussuchen zu können, wann wir in eine Konfrontation gehen, während andere (z.B. eingewanderte Frauen und Männer) schon mitten in der Konfrontation stecken - ob sie wollen oder nicht. Das nur: von wegen "Selbstbestimmung".
Das ist für uns keine Frage von Moral ("Wie könnt ihr nur?') sondern Ausdruck dessen, wie stark die Unterschiedlichkeit der Stellung von uns und anderen hier ist, warum es so schwer ist, gemeinsam was zu machen, wo die Gräben liegen, wo das Mißtrauen...
Eine ehrliche Diskussion um Ansätze, Perspektiven und Methoden des radikalen, feministischen Frauenkampfes ist mehr als überfällig . Hallo ihr alle- Packen wir's an!
Wir ergänzen noch 2 Kritikpunkte an dem Papier von den Schweizerinnen, die auch miteinander zusammenhängen.
Das wär zum einen, daß wir nicht ganz verstanden haben, wie ihr nun die Methode des bewaffneten Kampfes beurteilt und begreift.
Ihr trefft da sehr absolute Aussagen, die wir immer relativieren würden. Aussagen wie: "*...daß der bewaffnete Kampf zugleich die wirkamste Form der politischen Propaganda in nicht-revolutionärer Periode* ist" oder "*Ob die Chance genutzt wird, ob Teile der Zwischenklassen (Proletariat und Kleinbürgertum) in einen antipatriarchalen Kampf gezogen und andere neutralisiert* (scheußliches Wort übrigens) *werden können, hängt ganz und gar von der autonomen Kraft eines revolutionären Feminismus ab. Diese Kraft beruht absolut nicht auf verbaler Emanzipationshilfe, aber ganz und gar auf dem bewaffneten Kampf gegen Kapital, Staat und resistent patriarchalen Teilen der Zwischenklassen.*"
Wir würden immer dazu sagen, daß der bewaffnete Kampf zur wirkungsvollsten Methode werden kann, wenn die inhaltliche Ausrichtung treffsicher in die Situation paßt. Wenn es ihm gelingt anzupowern, Mut zu machen, Kopfkrämpfe zu lösen (bei den Linken), Blicke zu entschleiern und den Feind zu verwirren. Eine Aktion muß natürlich nicht alle Kriterien auf einmal erfüllen. Oft reichen schon weniger aus, um die Aktion zu einer starken Wirkung zu bringen, aber das wären für uns wesentliche Grundbedingungen.
Eine weitere wichtige Voraussetzung ist, daß er optimale Effekte erzielt, wenn er eingebettet ist in Ansätze eines revolutionären Konzeptes, wenn er nicht allein mit diesen Ansätzen steht oder isoliert ausschließlich von der Gruppe selber nur getragen wird (aber auch da gibt es natürlich Ausnahmen, wo man drauf scheißen muß, wie 77, wenn eine ganze Linke sich verabschiedet und entsolidarisiert, kann an dem Punkt natürlich nicht die Methode an sich in Frage gestellt werden, also eine völlige Abhängigkeit von einer so schwankenden Szene wie hier, darf auch nicht sein), sondern sich organisch einbindet in den Diskussionsprozeß der radikalen Linken.
Kriterien gäbe es da noch mehr, und dies ist auch eine Diskussion an sich, aber ihr seht, eure spärlichen Bemerkungen dazu sind uns zu wenig,
Dann haben wir nämlich Schwierigkeiten mit der Absolutierung, da sie auf eine Stilisierung hinausläuft, auf eine Stilisierung der Methode und letztlich auch der AkteurInnen selber.
Warum redet ihr nicht auch von "militanten Kampf", was noch mehr an .Aktionsformen und -möglichkeiten einschließen würde. Dann müßtet ihr auch nicht ständig betonen, daß bei euch in der Schweiz das "technologische Niveau" so niedrig ist. Das ist sicher auch ein Problem, aber sicher ist es vor allem ein inhaltliches? An dem Punkt ist uns aufgefallen, daß ihr so gut wie gar nichts zu den Frauenkämpfen selber sagt in der

Schweiz. Wir kennen uns da nicht so gut aus. Es wäre sicher wichtig, da mehr drüber zu wissen. Dann könnte auch besser eine Diskussion über Methoden und welche sind "angemessen" und welche nicht stattfinden. So schwebt das nur als Aussage im Raum.

Um beim Beispiel zu bleiben, wenn ihr mehr von militantem Kampf reden würdet, könnten wir euch gleich erwidern: genau da liegt u.a. eines unserer Hauptprobleme in der BRD, daß es so wenig Militante gibt. Wenn aber die einzigen Militanten die von der Guerilla wären, dann säßen die und die ganze Linke aber ganz schön auf dem Trockenen - wenn wir bei dem Bild eines "organischen Konzeptes" bleiben - politisch und nicht strukturell gemeint. Militanz insgesamt und überall, Subversion in der Luft. im Herzen und in jeder unserer Handlungen Die Kraft beruht natürlich nicht auf emanzipativer Argumentationshilfe, aber absolut auf der inhaltlichen Ausrichtung des Kampfes, der Entwicklung der Persönlichkeiten der Kämpferinnen und Kämpfer und der parallel entwickelten revolutionären Kampftechnik.

Wenn ihr vom *"fortgeschrittsten Beispiel in dieser Richtung"* die *"bewaffneten Gruppen schwarzer Frauen in Südafrika, die Vergewaltiger liquidieren"* heranzitiert um eure These der Bedeutung des bewaffneten Kampfes zu belegen, werden wir ziemlich stinkig. Wir finden es dreist das Beispiel so herauszugreifen ohne ansonsten mehr über den Prozeß von schwarzen Frauen in Südafrika zu erfahren, wie dort ihre Strukturen aussehen, wie sie mit Repression umgehen, wie "tragfähig" die Zusammenhänge sind etc. - was bleibt ist die Radikalität der Methode. In der Form, wie ihr das aus dem Zusammenhang rausreißt, ist das eine Instrumentalisierung der Kämpfe der Frauen dort.

Aus diesem schrägen Verhältnis zum bewaffneten Kampf resultiert dann für uns euer opportunistisches Verhältnis zur RAF. Auf der einen Seite kritisiert ihr sie sehr stark inhaltlich (Seite 7, in dieser Broschüre S. ... Anm. d. Hg.), wenn auch schon fast durch die Blume.

Wir wetten 10 Kästen Bier, Sekt, Selter oder Saft, daß bei sämtlichen anderen gemischt-geschlechtlichen Zusammenhängen ihr bei solchen inhaltlichen "Korken", wie die von euch analysierten, nur noch mit dem Holzhammer draufhauen würdet.

Wenn schon eine inhaltliche Polemik beginnen, dann richtig und ordentlich. Die kann auch solidarisch sein.

Ihr würdet einer dermaßen ignoranten Haltung nur mit der absoluten Mißachtung begegnen und sagen, pah, wir sprechen uns in 10 Jahren wenn der militante Frauenkampf auch dem letzten Trottel eine Macht in den Weg gestellt hat, daß kein Vorbeikommen mehr möglich ist. Diese Diskrepanz ärgert uns außerordentlich.

Die Äußerungen der Gefangenen sind auch nicht ständig aus eurer Kritik herausnehmbar, wir ihr das tut:

"Der gemeinsame radikale Bruch und die sich dann erschließende revolutionäre Politik bedeuten ohne jeden Zweifel die tiefste aller Beziehungen Ihr nennt die Voraussetzungen befreiter, "menschlicher" Beziehungen klar und deutlich: "der radikale Bruch mit dem System-Alltag". Aus eurem Mund heißt das: bewaffneter Kampf mit all seinen Konsequenzen. Abseits vom radikalen Bruch (= ausschließlich bewaffneter Kampf.?!? Protest!!!) *abseits vom kontinuierlichen und bewußt vorantreibenden Kampf .. gibt es nichts als den öden Kreislauf links-alternativer Reproduktion der Arbeitskraft."*

Da haben wir noch einmal Heiterkeitsanfälle gehabt. Natürlich gehört es zu unserem Selbstverständnis, sowas wie einen "radikalen Bruch" zu leben. das auch kontinuierlich und bewußt..und vorantreibend. Aber mit den Beziehungen untereinander - vielleicht findet ihr es jetzt frech, daß wir uns jetzt mit der Guerilla "vergleichen" ? - wir denken das liegt doch auf der Hand, daß dir vor allem in Streßsituationen, die eine solche Arbeit mit sich bringt, die patriarchale Scheiße nur so um die Ohren fliegt (zisch!). Das hat nichts damit zu tun, daß die Beziehungen nicht außerordentlich "tief" sind (auch wenn das dann auch nicht für alle gilt, wie das halt bei Gruppen so ist): Es zischt immer wieder.

Dann gibt es keine Zeit, die Streitigkeiten aufzulösen, weil Temine eingehalten werden müssen, du Verpflichtungen anderen gegenüber hast usw.

So hat es zwei Seiten: auf der einen Seite verbindet das Projekt, auf der anderen Seite erschweren die Bedingungen die Möglichkeiten, bis ins Letzte oder Vorderletzte "genau" miteinander umzugehen - auch oft nicht dann, wenn du das willst, sondern wenn das Projekt es dir erlaubt.

Du kannst die Männer, wenn sie Scheiße gebaut haben, oft ja nicht einfach sitzen lassen, weil du vielleicht grad was am koordinieren bist und daher aufeinander angewiesen, dann bist du genervt gereizt, die auch- na Halleluja!

Jede Stilisierung der Guerilla finden wir daher aus unseren Erfahrungen falsch. Da ist sicher genauso wenig Friede, Freude, Eierkuchen wie woanders auch nicht. Selbst wenn sie es behaupten würden - wir würden es nicht glauben, weil es allen Erfahrungen entgegensteht und auch der objektiven Seite: Daß es nicht um einen einmaligen Bruch geht und danach ist klar Schiff, sondern es ein mühsames Ringen umeinander ist, was an die Substanz geht und absolut nichts Glattes ist.

Das wollten wir euch zum Schluß noch sagen.

Wenn ihr euch nicht nochmal öffentlich meldet, dann schreibt uns doch zumindest mal einen Brief!!!

Anm d. Hg.:
Wir haben die im Original unterstrichenen Passagen fett gesetzt.

Sterin

Die inhaltliche Debatte weiterentwickeln!

Zuerst einmal habe ich mich über den Beitrag des kommunistischen Genossen in der Interim Nr. 208 gefreut. Ich nehme an, daß es keine Frau war.
Mit Beiträgen von KommunistInnen, die sich kritisch mit der RAF auseinandersetzen, wurde ja in den letzten Jahren sehr unoffen umgegangen. Dies mag zum Teil seine Berechtigung gehabt haben, insofern sie aus der Kritik an der alten K-Gruppenpolitik in der BRD entspringt. Dazu beigetragen hat sicherlich auch ein Dogmatismus, der sich ausschließlich an einer Parteiorganisierung orientierte und die Rolle des Proletariats überbetonte und als absolut setzte. Dazu kamen häufig auch persönliche Abneigungen gegen einzelne Personen, die sich nur kommunistisch nannten, aber in Wirklichkeit ihre Position dazu benutzten unsolidarisch GEGEN die RAF oder bewaffneten Kampf im allgemeinen zu argumentieren. Andererseits gab es in den letzten zehn Jahren sehr produktive und ernsthafte kommunistische Kritiken, die von antiimperialistischer Seite aus bestenfalls ignoriert wurden. In Frankreich, Belgien, Italien, Spanien etc. gab es vor dem, parallel zu oder gar zusammen mit dem "Front-Prozeß" kommunistische "Linien", die hier für die BRD jedoch nie ernsthaft zur Debatte standen oder einfach "abgetan" wurden. Dies war sicherlich ein Fehler der RAF und vieler AntiimperialistInnen. Es erklärt, warum sie zum Beispiel heute noch nicht vom antagonistischen Widerspruch "Kapital-Arbeit" oder einer ArbeiterInnenklasse sprechen, sondern sich eher auf sozialdemokratische bis grüne Vorstellungen einer "2/3 Gesellschaft" beziehen.
Ich selbst - eine weiße - Frau aus dem Widerstand hier - schreibe ebenfalls von einer kommunistischen Richtung her, aber einer sehr undogmatischen. Ich werde deshalb im Folgenden zum Teil andere Begrifflichkeiten verwenden als es der Genosse in der Interim Nr. 208 macht. Den intellektuellen Sprachstil will ich jetzt nicht kritisieren, denn seine Begriffe sind zumindest klar definiert. So macht es das Lesen einerseits schwerer, das Verstehen jedoch andererseits leichter. Beim August-Text der RAF dagegen war es umgekehrt. Ich bin mir nicht sicher, ob ich ihn richtig verstanden habe, obwohl er in einem eher lockeren Stil geschrieben ist.

Einstellung

Der August-Text der RAF macht einiges präzise, besonders das Kriterium der Selbstkritik und der Einstellung des bewaffneten Kampfes: Für eine "revolutionäre Entwicklung", die nun weniger militärisch am Angriffsziel gegen die imperialistische Strategie gesehen wird, sondern stärker als bisher politisch verstanden wird. Für viele ist die "Neue Politik" der RAF wohl eher unvermittelt gekommen, sogar für einige Gefangene, doch die meisten Leute mit denen ich diskutiere, haben den Schritt der RAF - aus unterschiedlichen Gründen begrüßt oder verstanden. Mir dagegen ging es so, daß ich zunächst nach den Erklärungen vom April und Juni eine Gefahr darin sah, daß sich über die Einstellung der Raum für Politik nicht erweitern, sondern im Gegenteil noch einengen könnte. Im Nachhinein denke ich, daß sich der Raum in der Tat nicht erweitert hat, daß die Diskussion um revolutionäre Politik und effektive Organisierung jedoch wichtiger und notwendiger denn je geworden ist. Das hat die RAF völlig richtig erkannt.

Gegenmacht von unten

Der Begriff der "Gegenmacht von unten" sollte von dem Genossen pro Kommunismus meiner Ansicht nach nicht auf ein bloßes GEGEN reduziert werden. Wegzukommen von einer Politik und von Aktionen von RevolutionärInnen, hin zu einer wirklichen Politik, einer "Gegenmacht von unten", die auch sozialrevolutionäre Prozesse etc. miteinschließt, verstehe ich als eine Politik raus aus der antiimperialistischen Selbstisolierung. Wurden doch gerade Anfang/Mitte der 80er Jahre nicht nur eine kommunistische "Linie" für hier diskutiert, sondern ebenfalls autonome u.a. Ansätze verworfen, wo sich Leute mit ArbeiterInnen auseinandersetzen oder sogar im Stadtteil ansetzen wollten oder sich in "Bewegungen" oder "Kampagnen" engagierten. (Stichwort: Teilbereichskämpfe). Nur zur Erinnerung ein Beispiel aus Berlin: Es gab einige AntiimperialistInnen, die - aus inhaltlichen Gründen - sich nicht an der IWF-Kampagne beteiligten, einige zogen es sogar vor, in den Urlaub zu fahren. Die RAF hat sich jedenfalls damals verhalten.
"Gegenmacht von unten" heißt für mich, revolutionäre Politik auf eine breite Basis zu stellen oder besser ausgedrückt: sie von unten zu entwickeln. Das ist verdammt notwendig, gerade jetzt wo sich die Widersprüche allzu sichtbar immer mehr zuspitzen; und das meine ich nicht allein quantitativ, sondern auch qualitativ.

Bewegungsorientierung?

Gegenmacht von unten ist gleichzeitig ein sehr undeutlicher Begriff.
Niemand wird wohl darum herumkommen, ihn genauer zu definieren.
Bedeutet "Gegenmacht von unten", daß sich die RAF in Zukunft stärker auf soziale Bewegungen beziehen will oder auf autonome Kämpfe usw.? Orientiert sich die RAF zur Bewegungsguerilla um, wird sie etwa zu einer RZ?
Einige wünschen sich das, andere befürchten es eher...
Ich denke, um diese Diskussion weiterzuführen fehlt eine Selbstkritik der autonomen und antiimperialistischen Bewegung bzw. des Widerstands in der BRD. Es geht überhaupt nicht, daß die RAF ihre "Vermittlungs"probleme löst, indem sie sich jetzt auf die Bewegung bezieht.
Der Widerstand muß sich ZUSAMMEN MIT der Guerilla verändern. Das ist dringend.
Zur Selbstkritik am Widerstand gab es gerade in den letzten drei, vier Jahren einige sehr interessante Diskussionspapiere. Sie wurden in WG-Küchen verschlungen, aber sie standen nie offen zur Debatte Z.B. hätte das Papier "Ich sag's wie's ist" - eine Kritik an der Hamburger Bewegung durchaus eine heftige Diskussion um wichtige Fragen im Widerstand anschieben können. Auch einige berechtigten Fragen der RAF an die Hamburger Bewegung werden darin ansatzweise angerissen. Wahrscheinlich war ja die Konsequenz aus dem Papier für Autonome wie für AntiimperialistInnen "abschreckend"? Sollte ich es "die Angst der Autonomen u.a. vor der Partei", nennen oder etwas zynischer die Angst vor jeder Art von Organisierung, die über die Selbstorganisierung hinausgeht.
Hier nur einige Stichworte zur Selbstkritik an der Bewegung: Feuerwehrpolitik, Kampagnen Auf und Ab, leichte Vereinnahmbarkeit durch den Reformismus, Integration von besetzten Häusern, unvernetzte Kleingruppen-Politik, informelle Hierarchie, Mythos von riots, Defensive und Hilflosigkeit gegenüber den Angriffen auf Flüchtlinge.

Theoretische Lücken

Ich bin nicht die Einzige, der theoretische Lücken der RAF auffallen. Diese Lücken bestehen gerade dort, wo Widerstand

eben nicht allein gegen die Kapitalstrategie, gegen Militär- und Staatsapparate entwickelt wurde (NATO/MIK).
Die inneren Widersprüche im Kapitalismus lassen sich mit der triple oppression beschreiben. Die äußeren würde ich verkürzt als Imperialismus der triple oppression bezeichnen.
Auch gibt es inzwischen gute Texte, wie Bücher (Angela Davis, Viehmann und Genossinnen usw.)
Trotz dieser Lücken würde ich der RAF auf keinen Fall unterstellen, daß es ihr nicht um eine revolutionäre Entwicklung geht; oder daß sie sich auf einen "bewaffneten Reformismus" hinbewegt, wie es der Genosse pro Kommunismus glaubt.
die RAF hat das letzte Jahrzehnt offensichtlich einen eindeutigen praktischen Standpunkt bezogen, der nicht mehr zurückzunehmen geht.
RASSISMUS in der BRD kann allerdings tatsächlich nicht mehr nur auf der Erscheinungsebene kritisiert werden. Die Wichtigkeit des antirassistischen bzw. antifaschistischen Kampfes wird immer dringender - sowohl die militante Gegenwehr als auch eine politisch-revolutionäre Ebene.
PATRIARCHAT / SEXISMUS: Für mich als Frau war es besonders frustrierend, fast schon zynisch, darüber nur einen Satz in der Erklärung zu lesen: "Steigende Gewalt gegen Frauen, Kinder und alte Menschen...".

Offene Fragen an die GenossInnen der RAF

Habt ihr die Texte um die "triple oppression" gelesen oder nicht? Warum meßt ihr diesen Diskussionen so wenig Bedeutung bei?
Warum habt ihr scheinbar immer noch Probleme mit dem Begriff ArbeiterInnenklasse?
Könnt ihr was zu den alten "Neuer Faschismus "-Debatten der RAF im Zusammenhang mit den aktuellen Angriffen gegen Flüchtlinge u.a. sagen?
Denkt ihr, daß der Aufbau einer "Resistance" notwendig ist?
Warum schreibt ihr Frauen aus der RAF nichts zu eurer eigenen Entwicklung, zu eurer Unterdrückung als Frauen, aber mehr noch zu eurem Widerstand als Frauen in der Guerilla?
Hatten die Frauen und Männer der RAF keine Auseinandersetzungen mit feministischen Frauen?
Anfang der 80er konstituierte sich doch überall ein neues Frauenspektrum, die mit den damaligen Kämpfen im Widerstand verbunden waren? Die Rote Zora gewann damals an Bedeutung. Hatte dies keinen Einfluß auf euch? Obwohl ihr sagt, daß ihr aus der Bewegung der Anfang 80er Jahre kommt ?
Diese Fragen klingen vielleicht sehr kritisch, aber mehr noch sind sie mir wichtig. Ich bin mit all diesen Fragen auch nicht allein. Die RAF schreibt und kritisiert, daß es Leute gab, die sich nicht mehr kritisch geäußert haben und daß sie umgekehrt auch nicht kritisiert werden wollten. Das soll anders werden.
Übrigens ist kritische Solidarität keine "bequeme Position", sondern sehr, sehr unbequem, denn sie übernimmt politische Verantwortung.
In vollem Bewußtsein der Unterschiede das Verbindende suchen.

EINE FEMINISTISCHE KRITIK

im januar 1992 tritt die sogenannte 'kgt-initiative' (kgt = koordinationsgruppe terrorismusbekämpfung) an die öffentlichkeit, im april verkündet die rote armee fraktion (raf) die einstellung militärischer aktionen, am 15. mai wird günther sonnenberg nach 15 jahren haft entlassen, im august bekräftigt und begründet die raf die grundsätzliche aufgabe des bewaffneten kampfes, ende oktober erklärt ein teil der gefangenen ihrerseits die prinzipielle abkehr vom bewaffneten kampf, und daß sie persönlich diesen im falle ihrer freilassung nicht wieder aufnehmen werden. mitte november ist entschieden worden, daß bernd rössner, der zuvor im knast in kassel eingesperrt war, seine haft für 18 monate in einer therapeutischen einrichtung unterbrechen darf.
zu fragen bleibt: was geht hier eigentlich vor und wie geht es nun weiter? und davor noch die frage: warum beschäftigen sich feministinnen überhaupt damit? zunächst zur zweiten frage:
die ereignisse des letzten jahres im zusammenhang mit der raf, dem bis dahin existierenden bewaffneten kampf in der brd und den politischen gefangenen in bundesdeutschen gefängnissen sind ein ausdruck der gesamten politischen entwicklung. gleichzeitig bestimmen diese vorgänge die heutigen und zukünftigen politischen und gesellschaftlichen realitäten mit, innerhalb derer wir frauen/lesben leben und uns bewegen. darüber hinaus ist es notwendig, sich sozusagen 'ins innere' dieser auseinandersetzungen zu begeben und zwar aus verschiedenen gründen:
die antiimperialistische bewegung und die raf haben lange zeit auf internationalistischer grundlage gegen staat und kapital gekämpft. gemeint sind hier all diejenigen bewegungen, gruppen, organisationen, die mit grundsätzlich antiimperialistischem anspruch gegen staat, kapital und imperialismus vorgehen.
nicht zufällig kämpften viele frauen/lesben in der antiimperialistischen bewegung. nicht zufällig sind viele von ihnen aus der bewegung ausgetreten, um sich dem feminismus zuzuwenden. frauen wurde und wird vor allem in der ablehnung, dem sogenannte 'bruch mit den herrschenden verhältnissen' in der antiimperialistischen bewegung eine vermeintliche antwort auf das eigene leben und erleben im patriarchat suggeriert. die antiimperialistische bewegung richtet sich aber weder subjektiv - d.h. ihrer praktischen arbeit und ihrem anspruch nach - noch objektiv gegen die tatsächlichen Grundlagen des imperialistischen

patriarchats, gegen die ökonomische, sexuelle, emotionale und psychische ausbeutung nicht des menschen durch den menschen, sondern der frau durch den mann. die praktische auswirkung dieser 'begrenzung' erleben frauen innerhalb der gemischt-geschlechtlichen linken immer wieder als brachiale kluft. letztlich besteht aufgrund einer gänzlich verschiedenen klassenanalyse samt deren auswirkungen auf alle bereiche des lebens und vor allem den daraus folgenden unterschiedlichen perspektiven und zielen des kampfes ein unüberwindbarer interessengegensatz zwischen dem feminismus und der antiimperialistischen bewegung. trotz dieses antagonismus besteht ein kritisch-solidarisches verhältnis zwischen dem feminismus und bewegungen, gruppen, organisationen, die mit antiimperialistischem anspruch gegen die herrschenden verhältnisse" vorgehen. solidarisch sind feministinnen mit ihnen überall dort, wo ihr kampf, ihre kampfziele mit feministischen übereinstimmen. der feminismus aber mit dem umfassendsten anspruch: die befreiung der frauen weltweit, muß in theorie und praxis antworten auf die weitreichendsten politischen fragen finden. der feminismus muß die allgemeinste und somit die konkreteste perspektive zur befreiung aller frauen und somit auch aller männer weltweit beinhalten. hier beginnt die feministische kritik: jeder patriarchal geführte kampf und somit auch der der antiimperialistischen bewegung der brd kann nur um teilziele kämpfen - staat/kapital/imperialismus stellen nur segmente im patriarchat dar. wichtige zwar: werden jedoch sie allein bekämpft, bleibt das patriarchat bestehen und organisiert sich neu gegen die frauen. es versteht sich von selbst, daß die feministische auseinandersetzung eine andere geschichtsforschung, andere organisationsformen und strategien hervorbringen muß.

die weiße frauen-bewegung in ihrer gesamtheit hat viel geforscht und analysiert über die grundbedingungen vor allem von weißem frauenleben in geschichte und gegenwart. obwohl diese forschung in ihren anfängen steckt, hat sie doch eine fülle von erkenntnissen über die verschiedensten formen der ausbeutung, unterdrückung und vernichtung von frauen auf ökonomischer, politischer, sexueller, emotionaler, kultureller, spiritueller, psychischer und physischer ebene hervorgebracht. auf der anderen seite gibt es von hier aus viel weniger anstrengungen, die bedingungen des lebens von frauen anderer hautfarben, kulturen, aus anderen teilen der welt grundsätzlich begreifen zu lernen. die folge davon ist, daß es hier kaum eine detaillierte forschung und ein wissen um den zusammenhang der ausbeutungsverhältnisse von frauen weltweit gibt. und es gibt wenig bis keine schlußfolgerungen aus all dem, wie und mit welchen mitteln eine grundlegende aufhebung patriarchaler herrschaft möglich sein wird - die internationale feministische revolution.

die erkenntnisse aus der feministischen und frauenforschung werden nicht in eine klassenanalyse umgesetzt, woraus sich der grundcharakter der auseinandersetzung ergibt - ein antagonistisches verhältnis von internationalem feminismus und imperialistischen patriarchat.

es gäbe bände zu schreiben über die vorgänge des letzten jahres samt der jeweiligen erklärungen der verschiedenen seiten und beteiligten, und anhand derer wäre eine schier unermeßliche fülle von falschen grundlagen, grober fehleinschätzung, eigennütziger geschichtsverdrehung, reformistischer anbiederei und einfach patriarchaler, systemtragender positionen aufzudecken.

ich beschränke mich und werde im folgenden anhand einiger grundlegender diskussionspunkte zur bedeutung und zu den auswirkungen der entscheidung der raf und der aktuellen entwicklung des kampfes der politischen gefangenen aus feministischer sicht stellung beziehen.

aschenputtel und andere märchen oder: was ist die "freilassungsdebatte"?

mit der sogenannten "freilassungsdebatte" ist seit anfang des jahres 1992 zu erleben, daß das system seinen sieg über das kapitel bewaffneter kampf in der brd feiert. die politischen gefangenen sind ein "politisches erbe" aus der zeit davor, das nun aufgeteilt wird: die guten ins töpfchen, die schlechten ins kröpfchen.

seit nunmehr rund einem jahr ist die öffentliche austragung eines zug-um-zug-"spiels" zu beobachten. der startpfiff fiel mit dem vorschlag der koordinationsgruppe terrorismusbekämpfung zur haftentlassung von 7 gefangenen. die kgt besteht aus Mitgliedern der bundesanwaltschaft, des verfassungsschutzes, des bundeskriminalamtes, des bundesinnenministeriums, des bundesjustizministeriums. schon bei der aufzählung dieser mitgliedschaften wird deutlich, daß die kgt nichts anderes ist, als die effektivierte, weil direkte verschmelzung von sogenannter offizieller regierungsebene, polizei und geheimdiensten. diese ehrenwerte gesellschaft bringt also in die diskussion, bestimmte gefangene freizulassen. teile der gefangenen schwenken darauf ein. die alte mär von gegeneinander ausspielbaren verhandlern und betonköpfen im system wird aufgewärmt. so sollen mehr linke draußen auf diese linie verpflichtet werden. der damalige bundesjustizminister kinkel und damit der offiziell-öffentliche staat steigt in die debatte ein. die raf gibt ihre gewaltverzichtserklärung ab, das alles im dienste der 'neuen politik'. die raf erklärt den staat zum verhandlungspartner und erkennt das gewaltmonopol des staates an... die letzte runde im zeitgeschehen ist, daß bestimmte gefangene "der gewalt abschwören". zum ersten mal haben damit gefangene aus dem "gefangenenkollektiv" offen nur für sich selbst gehandelt. parallel läuft die politische isolierung der 'unverbesserlichen', deren vernichtungshaftbedingungen damit ein weiteres mal als "selbstgewollt" legitimiert und verschärft werden können.

die "neuen politikerinnen und politiker" erklären den kampf für die zusammenlegung sowohl praktisch als auch als politische orientierung für überholt. sie erklären das ziel der freilassung der politischen gefangenen als einfacher, realistischer, als das ziel, bessere bedingungen im knast durchzusetzen. in den anfängen begründete die raf ihren kampf noch mit dem wissen, daß "folter kein revolutionärer kampfbegriff ist"; bliebe folter, repression im weitesten sinne zentrales moment im widerstand, würde widerstand zum "moralischen reflex" und richte sich schlußendlich gegen die politischen gefangenen, weil die inhalte, für die sie kämpfen und eingesperrt sind, negiert und bedeutungslos würden. wer im knast nicht auf die "neue politik" einschwenkt, darf für sich selber sorgen bzw. im knast verrotten?

für die feministische bewegung muß das bedeuten, daß sie die gefangenen, die diesen ausverkauf nicht mitmachen, unterstützt. sie wird an dem ziel der befreiung aller politischen gefangenen festhalten.

in einer situation der schwäche der linken - wie z.b. heute - führt der weg raus nur über die aufgabe der politischen identität. für die individuelle suche nach wegen raus aus dem knast gibt es immer verständliche gründe, sie sollten aber auch als solche kenntlich gemacht werden.

der charakter der diskussion der letzten monate in bezug auf den knastkampf wird verschleiert mit den pseudonymen "realistisch", "durchsetzbar". mit diesen begriffen gibt der staat die ebene der auseinandersetzung vor. der widerstand draußen soll auf diese ebene verpflichtet werden. (s. dazu die erklärung der raf zum anti-weltwirtschaftsgipfel-treffen in münchen: '...wir haben gesagt, daß es für uns ein wesentlicher bestandteil in dem jetzt notwendigen aufbauprozeß ist, die freiheit unserer gefangenen genossInnen

zu erkämpfen. .. es muß die sache von allen sein, die ein ende der folter, die die freiheit der politischen gefangenen wollen, in diesem kampf verantwortung und initiative zu übernehmen... raf, 29.6.1992).
eine dem kalkül des staates entgegenkommende politik.
die allgemeinpolitische diskussion kreist folgerichtig um "das neue", "die politische debatte", die zu führen ist, zu organisieren ist, zu "schützen" ist (gegen wen?) und darum, daß in zeiten allgemeiner ver-gewalt-ung aller lebensbereiche es keine revolutionäre gewalt geben könne, das ist die ebene der sogenannten "sozialpartnerschaft".
die letzten knapp 10 jahre betrachtend: die gefangenen forderten die zusammenlegung und wurden draußen unterstützt. die sogenannte "grußaktion an die politischen gefangenen" war 1984 der versuch, die situation im knast und die forderungen der gefangenen in weitere kreise hineinzutragen, öffentlichkeit gegen die kriminalisierung der zusammenlegungsforderung zu schaffen, mit mehr leuten über die bedeutung der politik, für die die gefangenen einsaßen, zu diskutieren. gerade noch vorher brachten damals sogenannte "links-intellektuelle kreise" die "amnestiekampagne" ins rollen, deren begründung davon ausging: "jeder kampf, der gerechte, wie der ungerechte, ist einmal entschieden. wenn sieger und verlierer feststehen, hört der kampf auf ... daß die raf und die gesamte linke in der brd verloren hat und besiegt ist, ist ein unbezweifelbares faktum." (wolfgang pohrt, konkret-reporter) dies hatte 3 ziele:
1. taktisch die bewegung draußen zu entsolidarisieren
2. die gefangenen zur aufgabe ihrer politischen identität aufzurufen, bzw. die bedingungen eines möglichen deals in scheinbar linke vokabeln zu fassen. und schließlich
3. den bewaffneten kampf für beendet, weil gescheitert zu erklären.
auch die zweite argumentationslinie, die heute wieder den braten schmackhaft machen soll, war damals schon formuliert und vom "komitee für grundrechte und demokratie" vertreten. nämlich die sogenannte "einsicht, daß das harte repressionskonzept in eine sackgasse mit demokratisch-rechtsstaatlich tödlichen folgen" geraten sei. heutzutage wird der sogenannten kinkelfraktion als "verhandler" im gegensatz zu den "betonköpfen" diese "einsicht" zugeschrieben, um die verhandler für die linken salonfähig zu machen.

die neue rhetorik des reformismus - oder - der späte anschluß ans positive denken im wassermannzeitalter

die politische führung der kpdsu hat mitte der 80er jahre eine politisch-ideologische stilrichtung mit bürgerlich-reaktionären inhalt entwickelt. diese sollte fortan die innen- und außenpolitische praxis der sowjetunion begründen. das sogenannte neue denken der perestroika stellt lediglich den höhepunkt der revisionistischen entwicklung dar und setzt somit wahrscheinlich insgesamt den endpunkt des revisionismus selbst. die zur zeit dominierende fraktion behauptet eine grundsätzliche veränderung der internationalen lage durch den entwicklungsstand der kommunikationssysteme und der waffentechnologie, durch den drohenden ökologischen kollaps sowie die "soziale zeitbombe" der verelendung im trikont. ein fundamentales interesse am erhalt der zivilisation, der menschheit schlechthin verbinde nun die 'weltgemeinschaft'. jenseits politisch-ökonomischer systemunterschiede müsse sie nun gemeinsam nach lösungen suchen. voraussetzung dafür sei, selbst neue wege zu gehen und gewohnte betrachtungsweisen zu krieg und frieden abzubauen. aufgeklärte teile der westlichen kapitalistischen welt müßten und könnten sich angesichts der drohenden katastrophe zur friedensfähigkeit hinentwickeln. sogenannte "regionale konflikte", die den weltfrieden gefährden, sollten um den systemwiderspruch erleichtert "praktikablen lösungen" zugeführt werden.
das neue denken mit seiner grundprämisse der weltumspannenden interessensgleichheit der menschen als rein biologische kategorie, ungeachtet ihrer klassenzugehörigkeit und damit ungeachtet sexistischer und rassistischer ausbeutung und unterdrückung, ist weder neu noch emanzipativ. es gleicht immer mehr dem reformismus, den wir hier schon lange kennen.
die lediglich neue rhetorik des revisionistischen patriarchats akzeptiert und versöhnt sich mit dem kapitalistisch-imperialistischen patriarchat. sie untergräbt jede - auch patriarchale traditionelle marxistisch-leninistische kapitalismus- und imperialismusanalyse, negiert jedes objektive klasseninteresse und setzt an die stelle der notwendigkeit des klassenkampfes "die suche der menschen nach neuen wegen zu politischen lösungen für akute, die gesamte menschheit betreffende probleme"!

nicht die neuerdings allseits festgestellte veränderte weltlage hat diese politische ideologie hervorgebracht. die gesamte entwicklung entsteht aus der dialektik der klassenkämpfe. umgekehrt hat das neue denken erst den politischen raum eröffnet und die legitimation verschafft für die politischen, ökonomischen und militärischen maßnahmen der sich im umbruch befindenden real-sozialistischen staaten zur beteiligung am aufbau der "neuen weltordnung".
der bürokratische sozialismus löste sich zuerst ideologisch und im nachgang praktisch auf. die ergebnisse sind im zerfall der politisch-ökonomischen systeme und in der territorialen auflösung der staaten des ehemaligen ostblocks zu sehen. folge ist weiter die auflösung von wirtschafts- und handelsabkommen, die in einigen ländern der drei kontinente eine teilweise wirtschaftliche entwicklung außerhalb des diktats des kapitalistischen weltmarktes und der knebelpolitik von iwf und weltbank ermöglichten. die auswirkungen dieses zerfalls sind außerdem kriege und blutige sogenannte "nationalitätenkonflikte" in den ehemaligen ostblockstaaten, die einstellung militärischer und wirtschaftlicher "hilfe" (materieller abhängigkeit und somit ideologischer und praktische kontrolle) für die länder in den drei kontinenten und ihrer befreiungsbewegungen. weiter die rapide ansteigende verarmung afrikas, des trikonts überhaupt, auch osteuropas, die ausweitung von flüchtlingsbewegungen, vor allem von frauen und kindern, das sprunghafte anwachsen faschistischer gewalt in den metropolen u.v.m. darin ist z.b. die "konkrete forderung nach schuldenstreichung" längst kein thema mehr. die gläubigerseite - kapitalistisch-imperialistische staaten und internationale banken - erlassen den ruinierten volkswirtschaften aus eigenen politisch-ökonomischen erwägungen und interessen die groteskgigantischen zins- und schuldenberge teilweise oder sogar ganz. ergebnis der beendigung des kalten krieges ist die einsetzung der uno als eine die ganze welt beherrschende regierung unter der direkten kontrolle der stärksten kapitalfraktionen. direktes ergebnis ist die annektion der ddr durch die brd, die hungerblockade z.b. gegen cuba genauso wie der gemeinsame krieg der "zivilisierten weltgemeinschaft" gegen die arabische region.
direktes ergebnis ist aber auch die mithilfe der imperialistischen länder an der zerstörung jugoslawiens, das ihnen als ursprünglich antiimperialistisches projekt im wege stand. ergebnis ist die besetzung

somalias durch us-soldaten, zur strategischen kontrolle afrikas. ergebnis ist die erneute bombardierung des iraks und die durchsetzung der entwaffnung des Iraks.
die weltweite sozialistische bewegung, hier verstanden als die staaten des bürokratischen sozialismus, marxistisch-leninistische befreiungsbewegungen, parteien und organisationen weltweit, zog bei der ideologischen wende beinahe ausnahmslos mit - sei es aus eigeninteresse ihrer bürgerlich-patriarchalen führungen oder aus dem zwang der sich verschärfenden verhältnisse.
das imperialistische patriarchat baut die 'neue weltordnung' von oben her auf. um darin erfolgreich zu sein, benötigt es und bedient es sich maßgeblich der mitwirkung von ehemals oppositionellen parteien, organisationen und bewegungen, die sich die grundzüge des neuen denkens zu eigen gemacht haben.
was hat das nun mit dem heutigen thema zu tun?
die raf und mit ihr ein teil der hiesigen antiimperialistischen bewegung reiht sich mit ihrer "suche nach neuen wegen" in genau diese entwicklung ein.
in den erklärungen der raf von april und august und in jener an die teilnehmerinnen und teilnehmer des anti-weltwirtschaftsgipfel-kongresses sind die grundzüge der oben skizzierten neuen rhetorik des reformismus samt seiner bürgerlich-idealistischen, kapitulationistischen und chauvinistischen inhalte wiederzufinden.
ausgangspunkt der raf in ihren erklärungen zur beendigung des bewaffneten kampfes ist eine "veränderte welt", in der es "tausend probleme" gibt, die "nach lösungen schreien", weil sie sonst die "ganze menschheit in die katastrophe führen". die jeweiligen befreiungsbewegungen und "völker" sind auf sich selbst zurückgeworfen. sie müssen aus "ihrer speziellen geschichte und ihren bedingungen" ohne die althergebrachten wahrheiten aus der zeit des kalten krieges "authentische ziele" und "Lösungen" entwickeln. es ist eine welt, in der die menschen das recht auf die erfüllung "unmittelbar konkreter bedürfnisse gegen die herrschenden durchsetzen" müssen, in der alle althergebrachten wahrheiten, analysen und erkenntnisse überdacht und aufgegeben werden müssen, um raum für neues, lebendiges, lösendes, politisches zu öffnen.
politischen inhalt, umsetzung und auswirkungen der raf-schen neuen rhetorik des reformismus werde ich im folgenden exemplarisch verdeutlichen.

von der marxistisch-leninistischen klassenanalyse mit großen blinden flecken zur fehlenden klassenanalyse und zum subjektivismus

auf die frage, wie es dazu gekommen ist, kann ich hier nicht so eingehen, wie es nötig wäre.
in der april- und august-erklärung der raf 1992, sowie in der darauffolgenden diskussion innerhalb der gemischt-geschlechtlichen linken (mit wenigen ausnahmen) hat dieses angeschlagene politische bewußtsein nun ein ausmaß erreicht, das eindeutig als reformistisch bezeichnet werden muß.
von dem in sich schon unvollständigen antagonismus "proletariat" - "bourgeoisie" ist nichts mehr übriggeblieben, die rede ist nur noch von "menschen". im kontext der "herrschenden verhältnisse" von "menschen" zu sprechen, negiert die gesamte ausbeutungs- und gewalthierarchie im imperialistischen patriarchat. es ist gewiss kein zufall. der entsprechende griechische begriff 'homo' bedeutet übersetzt gleich, entsprechend mann. die in der verwendung des begriffes 'mensch' liegende negation von unterschiedlichen ausbeutungssituationen kann nicht alleine mit fehlendem politischen bewußtsein erklärt werden, ihr liegt ein subjektivismus zugrunde, der es schafft, sich selbst als nabelpunkt der welt zu begreifen. nur so wird es möglich, alles zu vergessen, was über (oder besser unter) das eigene sein hinausgeht, der "kampf" wird so zum eigenen heilungsprozess, zur legitimation der eigenen "befreiung".
frauen können sich niemals den luxus erlauben, die "eskalation zurückzunehmen", für frauen herrscht täglich krieg, der nur mit einem gegenkrieg von unten zu überleben ist. das fehlende ziel: die befreiung der frauen in bisher allen patriarchal-linken konzeptionen macht deutlich, daß der feminismus nicht ein einziges ausbeutungsverhältnis vergessen darf. die reformistische, konterrevolutionäre entwicklung der raf und der antiimperialistischen bewegung ändert das kräfteverhältnis aber auch für andere fortschrittliche kräfte gegenüber dem imperialistischen patriarchat zum schlechten.

der subjektive bruch mit dem system - qualität und verherrlichung

schon oft wurde oberflächlich analysiert, daß die raf in ihren anfängen ein ideologisches konzept und daraus analytische kriterien gehabt, diese aber über die jahre aufgegeben hätte. eine solche betrachtung ist undifferenziert. als produkt der gesellschaftlichen widersprüche ihrer zeit prägten drei ideologische grundelemente die raf in der brd:
1. eine marxistisch-leninistische klassenanalyse und einschätzung der sozialen situation für die metropolen, die sich in etwa auf der ebene auch anderer kommunistischer gruppen der zeit bewegte;
2. eine theoretisch und praktisch internationalistische/antiimperialistische ausrichtung ihres kampfes;
und
3. - aus der entwicklung der 60er jahre hervorgehend - nicht nur das theoretische wissen von der bedeutung der "entfremdung" und der "totalität des systems" für den kampf in den metropolen, sondern die praktische antwort darauf als perspektive, "der subjektive bruch".
stimmt es, daß die kämpfenden damals für die klassenanalyse in den metropolen und für den internationalistischen kampf auf ideologische grundsätze und erfahrungen zurückgreifen konnten, so stimmt es auch, daß sie die ideologischen/politischen kriterien nicht auf den dritten bereich übertrugen. der "subjektive bruch" blieb subjektivistisch, machte das individuum zur zentralen instanz einer moralischen entscheidung: subjekt ist jede und jeder selbst im kampf und sich selbst verantwortlich.
aber: jede politische/gesellschaftliche entwicklung entsteht aus der dialektik des aufstandes von unten gegen die herrschaft von oben. jede äußerung von widerstand ist ausdruck dieses kräfteverhältnisses innerhalb der gesamtgesellschaftlichen bedingungen. auch wir, mit dem was wir heute wissen und denken, sind ein ausdruck der gesellschaftlichen verhältnisse, in denen wir leben. in der geschichte der raf hat sich der "subjektive bruch" zu so etwas, wie einer zuflucht in der vorstellung, zur nische jenseits der gesellschaftlichen bedingungen entwickelt, und damit zu einer konterrevolutionären ideologie. es gibt aber weder für einzelne noch für kollektive die möglichkeit, sich jenseits des gesellschaftlichen kräfteverhältnisses zu definieren und zu bewegen. nichtsdestotrotz liegt gerade im aufgreifen der theorien über die entfremdung und die totalität der herrschaft in den metropolen, in der beantwortung dieser realität (dem durchbrechen des staatlichen gewaltmonopols) die gesellschaftliche bedeutung der raf.

für die feministische bewegung heute ist es wichtig, zu verstehen, daß die frauenbewegung damals und mehrheitlich auch heute noch organisierte militante politik vielfach praktisch ablehnt, ja bereits theoretisch für unangemessen, weil "unweiblich" erklärt. zurück zur bedeutung des "subjektiven bruchs": als lesbische feministin ist mir sehr bewußt, wieviel kraft freigesetzt wird, wenn frauen subjektiv "brechen" mit ihrer rolle und funktion in dieser gesellschaft. im patriarchat sind männer akteure, also subjekte und frauen opfer, also objekte. daraus aufzustehen und subjekt zu sein im kampf für die befreiung der frauen heißt für jede frau persönlich ganz viel. heißt, erfahrene verletzungen nicht länger zu leugnen und zu ignorieren; heißt, die eigene realität jenseits von patriarchaler verschleierung wahrzunehmen; heißt, die kraft der frauen, fast alles ertragen zu können, umzuwandeln in den mut, nicht länger alles ertragen zu wollen!
"der entschluß, die welt zu nähren, ist der einzig sinnvolle entschluß. noch keine revolution hat diese wahl getroffen. denn sie verlangt, daß alle frauen frei sind...
solange wir einander nicht finden, sind wir allein." (adrienne rich)
"es existiert heute eine vielzahl von möglichkeiten, diese gesellschaft zu verändern. es wäre kriminell und unmenschlich, sie nicht auszunutzen. alles, was möglich ist, um dieses system zu verändern, muß getan werden. dies ist, so glaube ich, der tiefere sinn unseres lebens.'
(mara cagol 1969, als kämpferin der brigate rosse von den carabinieri 1975 erschossen)
seit april 1992 erklären die raf und teile der gefangenen, warum der deutsche staat nun aus der oben genannten einordnung auszunehmen ist. die raf und teile der gefangenen arbeiten mit mehreren argumentationslinien. da wird einmal aus der geschichte der brd erzählt, daß es in diesem land keine "resistance" gegen den faschismus gegeben hat, daß es vor über 20 jahren so aussah, als könnte die brd in einen "neuen faschismus" abkippen, daß es damals also gerechtfertigt war, das historisch versäumte nachzuholen und resistance zu machen. für heute sei dieses konzept allerdings überholt, weil die brd sich als gefestigte demokratie erwiesen habe. (nachzulesen z.b. im spiegel-interview der celler gefangenen im juni 1992)
sie denunzieren erstens ihre eigene geschichte, da sie nicht als bürgerlich-antifaschistische resistancebewegung, sondern als kommunistische stadtguerilla angetreten sind. zweitens arbeiten sie allgemein darauf hin, die erfahrung des bewaffneten kampfes als strategie aktuell und historisch zu liquidieren.
die brd ist nichts anderes als die bruchlose restrukturierung und reorganisation der gleichen herrschafts- und ausbeutungsinteressen, die einige jahre vorher ihre gewinne mittels faschismus, völkermord und krieg sicherten. unter der schwarz-rot-goldenen fahne der demokratie benutzten und benutzen gerade die herrschenden die drohung vom "wiederhereinbrechen des faschismus" als katastrophenszenario zur legitimation der von oben bewachten ruhe und ordnung des bürgerlich-kapitalistischen patriarchats. millionen gürtel sollen enger geschnallt werden, damit das deutsche kapital und sein staat mit dem so herausgepreßten geld das aggressive vorantreiben seiner imperialistischen großmachtpläne finanzieren kann (stichwort: annektion der ddr, zugriff auf die märkte in osteuropa, südost-asien usw., eg und großraumformierung, bundeswehr im 'friedenseinsatz', schließung der grenzen gegen flüchtlinge usw. usf.). um sich gegen verschärfende gegensätze im innern abzusichern, werden alte und neue faschisten real und medienwirksam aufgebaut und benutzt als legitimation, um das bollwerk des deutschen staates funktionstüchtig auszubauen. in diesem sogenannten "klima der angst" rufen plötzlich nicht nur "bundesdeutsche normalbürgerinnen und normalbürger" nach einer weise lenkenden ordnungskraft. da "akzeptieren" auch viele linke "das kleinere übel".
frauen sind aufgrund ihrer sozialisation auf frieden und harmonie eingeschworen. wir beobachten, daß auch viele linke frauen immer mehr vor der konfrontation mit den verhältnissen zurückweichen, protestieren, wachen, sich zurückziehen.
feministinnen wissen, daß die herrschende realität immer beängstigender wird. aber sie wissen auch, daß sich dukken nicht vor schlägen schützt, daß die herrschenden die unsicherheiten benutzen wollen, um die einen gefügig zu machen und zu integrieren und die anderen zu isolieren und anzugreifen.
frauen haben ein großes selbstschutzinteresse, sowohl diesen kern faschistischer ideologie und gewaltausübung zu bekämpfen, als auch deren verkörperung in form konkreter faschisten/männer.
der deutsche staat benutzt die faschisten und die angst der menschen vor faschistischer gewalt, um seine macht zu festigen. und wer, wie die celler gefangenen, in dieser zeit feststellt, daß die brd sich gegen einen "neuen faschismus" als bürgerliche demokratie behauptet hat, die/der handelt mit bewußter absicht, macht propaganda für das system und gibt dem staat deckung gegen links.
die raf betont außerdem, daß wir in einer zeit leben, in der die gewalt so weit bis in jede zwischenmenschliche beziehung vorgedrungen sei, daß das mittel der gewalt damit stumpf und entwertet und somit aufzugeben sei - und alle müßten nun "ganz neu überlegen".
dem feminismus ist ein gewisses bewußtsein über das ausmaß der strukturellen und individuellen gewalt während der letzten zwei- bis viertausend jahre von männern gegenüber frauen vor allem in "zwischenmenschlichen beziehungen" zu verdanken. wer so argumentiert, entwaffnet den aufstand von unten: direkt und geschichtlich, psychologisch, emotional, politisch.
der feminismus beinhaltet allerdings keineswegs kommunistische konzepte wie z.b. das avantgarde-konzept einer bewaffneten stadtguerilla!
"gewalt" ist ein begriff, der in den letzten monaten verstärkt in der sogenannten öffentlichen diskussion auftaucht. dahinter steht ein bewußtes und - wie es scheint - leider auch erfolgreiches system: "gewalt" wird durch die dauernde berufung zur schlange, vor der die kaninchen erstarren. jede gesellschaftliche auseinandersetzung soll so auf die sogenannte "demokratisch-rechtsstaatliche" ebene fixiert werden.
die öffentliche gewaltdebatte ist insofern ein strategischer counterzug des staates, denn - solange eine fixierung gelingt - ist dies die festschreibung der herrschenden gewaltverhältnisse. es ist notwendig, öffentlich zu unterscheiden zwischen faschistischer gewalt, gewaltmonopol des staates und rebellion von unten; es ist notwendig, position zu beziehen.
wenn die raf ihre aufforderung zum gewaltverzicht gefühlsbetont zu untermauern versucht mit dem jammer: "wir haben immer nur auf den feind gestarrt, uns nie um uns gekümmert", dann ist das nicht nur unpolitisch und entpolitisierend, sondern sexistisch und rassistisch, ausdruck der privilegien weißer männer (und sich daran orientierender weißer frauen).
ein privatisierendes päuschen, wie die raf es vorschlägt, heißt mehr vergewaltigte frauen, mehr sexuell ausgebeutete mädchen, mehr diskriminierung und entwürdigung, mehr ökonomische ausbeutung für jede einzelne und für unser geschlecht als sozial unterdrückte klasse, heißt das fortbestehen, die festigung der herrschaft.
"ich bin nicht frei, solange noch eine einzige frau unfrei ist auch wenn sie ganz andere fesseln trägt als ich. ich bin nicht frei, solange noch ein einziger farbiger mensch in ketten liegt. und solange seid auch ihr nicht frei." (audre lorde)
in einer gesellschaft, in der weltweit frauen und mädchen aufgrund patriarchaler machtordnung unterdrückt werden, vergewaltigt werden, ihre gefühle, ihre

kreativität, ihre körper, ihre phantasie, ihre lust, ihre arbeitskraft, ihre intelligenz, ihr wissen ausgebeutet werden, in der frauen eine unterstellte, eine kolonisierte soziale klasse sind, haben frauen individuell und kollektiv die berechtigung, mit jedem mittel gegen das system ihrer unterdrückung und gegen jeden einzelnen unterdrücker vorzugehen! die würde der frauen zu wahren, ist grund genug, sich zu wehren. feminismus ist nicht nur selbstverteidigung mit dem rücken zur wand und dem grauen im herzen. feminismus ist nicht allein der gesellschaftliche rückzug in frauengemeinschaften. das empören gegen ungerechtigkeit, die wut im bauch, die theorie von unterdrückung und veränderung. feminismus ist mehr als die reaktion auf politische umstände oder materielle bedingungen. feminismus ist das bewußtsein, nicht nur von ursachen der unterdrückung, sondern auch von bedingungen, notwendigkeiten, möglichkeiten der veränderung. dieses bewußtsein ist nicht abstrakt, sondern ist die benennung von verantwortlichen, täglich, nächtlich, privat und öffentlich, hier und international!
hamburg, den 20. februar 1993

Die RAF - eine nachholende Résistance? Die BRD - eine gefestigte Demokratie?

Auszüge aus dem KONKRET-Interview der Celler Gefangenen (6/1992) und dem *Odranoel*-Beitrag von Lutz Taufer

In der in dieser Broschüre abgedruckten "Feministischen Kritik" an der neuen RAF Politik heißt es: "da wird einmal aus der geschichte der brd erzählt, daß es in diesem land keine 'résistance' gegen den faschismus gegeben hat, daß es vor über 20 jahren so aussah, als könnte die brd in einen 'neuen faschismus' abkippen, daß es damals also gerechtfertigt war, das historisch versäumte nachzuholen und résistance zu machen. für heute sei dieses konzept allerdings überholt, weil die brd sich als gefestigte demokratie erwiesen habe. (nachzulesen z.b. im spiegel-interview der celler gefangenen im juni 1992). sie denunzieren erstens ihre eigene geschichte, da sie nicht als bürgerlich-antifaschistische résistancebewegung, sondern als kommunistische stadtguerilla angetreten sind. zweitens arbeiten sie allgemein darauf hin, die erfahrung des bewaffneten kampfes als strategie aktuell und historisch zu liquidieren." Die Verfasserinnen sind dafür verschiedentlich der Lüge geziehen worden. Zwar gibt es kein "spiegel-interview der celler gefangenen im juni 1992". Inhaltlich wollen wir es aber unseren LeserInnen überlassen, selbst zu entscheiden, ob sie die These der Verfasserinnen der feministischen Kritik für eine Lüge, oder für die polemisch Herausarbeitung einer Tendenz, die sich *auch* in der Argumentation der Celler Gefangenen findet, halten.

1. Aus dem KONKRET-Interview

"**Taufer:** [...]
Unsere Einschätzung damals war, daß sich der Imperialismus 'in der strategischen Defensive' befindet. Es waren weltweit und zeitgleich Kräfte gegen das US-dominierte imperialistische Weltsystem heraufgewachsen, und vor dem Hintergrund von **Auschwitz** und Vietnam war es politisch und moralisch denkbar, auch mit dem Versuch des bewaffneten Kampfs in den Zentren des Imperialismus, diesem Aufstand mit allen Kräften beizutreten. Die **schillernde Haltung, die Politik, Wirtschaft, Justiz, Militär zur faschistischen Vergangenheit**, und die eindeutige Position, die sie für den Genozid in Vietnam einnahmen, ließ darüber hinaus die **Frage offen, ob der Faschismus in Deutschland wieder hervorkriechen könnte. Der bewaffnete Kampf in der Bundesrepublik war gewissermaßen auch der Versuch einer nachholenden Résistance.**
[...]
Die kommende Ära wird die Ära der sozialen Bewegungen sein, der ökonomischen und sozialen Erfindungen. Vorausgesetzt, es gelingt, den dazu nötigen Raum aufzumachen und konkreter Utopie endlich mal einen diesseitigen Sinn zu geben. Denn die Alternative wäre eine sich ausbreitende diffuse Gewalt und Destruktivität von jenen und gegen jene, die um ihr Überleben kämpfen. Und was dann eine RAF zur Gewaltfrage sagen würde, wäre dieser Eskalation gegenüber völlig gleichgültig.
Von dieser veränderten Weltlage spricht die Erklärung der RAF. Es ist keine Kapitulation, es ist die konsequente Neuorientierung auf eine **Situation, zu der die bewaffnete Aktion quer steht.**
Gremliza: [...]
Dellwo: [...]
Heute fehlt etwas anderes. **Das ist heute nicht durch die Staatsmacht begrenzt.** Es fehlt der neue soziale Gedanke, so etwas wie ein neuer historischer Sinn für die Gesellschaft. Ich weiß, daß es etwas mit der Eigengeltung von Mensch und Natur zu tun hat, die wir uns zurückerobern müssen. Aber unsere erste Schranke ist heute die Entfremdung in der Gesellschaft.
[...]
Gremliza: [...]
Taufer: [...]
Gremliza: [...]
Taufer: Was die Liebe zum Vaterland angeht, die von vielen entdeckt wird - das hat u.a. seinen Ursprung auch darin, daß der Geist der grundsätzlichen Opposition gegen den Kapitalismus von 68 über die Legende von der endgültigen Demokratie liquidiert wurde, die 68 bewirkt haben soll. Ich denke, daß die Diskussion, die die RAF jetzt angestoßen hat, auch die Chance bietet, die letzten 25 Jahre noch einmal neu zu bewerten."
(aus: KONKRET 6/1992, 10 - 19 [11, 12] - Hervorh. d. Hg.).

2. Auszug aus dem Odranoel-Beitrag von Lutz Taufer

"Eine soziale, eine sozialrevolutionäre Bewegung war '68' nur in ersten naiven, und deshalb um so kreativeren Ansätzen. In ihrem Wesen war sie **Abwehrschlacht** gegen tatsächliche oder **vermeintliche Faschisierung *im politisch-staatlichen Bereich*** und insofern Wiederholung oder Verlängerung der antifaschistischen Politik der Weimarer Arbeiterparteien. Was wirklichkeitsfern an dieser Bewegung

war, war vor allem Spiegel einer pathologischen politischen Kultur, in der frühere Nazis durchaus etwas zu sagen hatten, der ersten Nachkriegsgeneration aber eins über die Schnauze gezogen wurde, sobald sie den Mund aufmachte. Die freudlosen Gesichtszüge der Negation sind der Linken - von Ausnahmen abgesehen - bis zum heutigen Tage geblieben: die **Abwehrschlacht gegen** Staat, **Faschismus**, Imperialismus. **Nicht zuletzt in meinem eigenen politischen Milieu.** Die Analysen sind Legionen, in denen die Herrschenden und ihre Absichten entlarvt, eigene Vorstellungen aber nur sehr zurückhaltend mitgeteilt werden. Wer zehn, zwanzig Jahre lang in diese trostlose Sackgasse gestarrt hat, dabei im aggressiver werdenden Imperialismus den Beweis entdeckt hat, daß wir alles richtig gemacht haben, wird so leicht den Mut nicht finden, einen freien und unabhängigen Blick zu riskieren. Der erste Schock ist mit Sicherheit groß. Jene, die diese schlechte Unendlichkeit des Negierens noch am ehesten loslassen könnten, gehen in die **Illegalität**. Damit sind wir sie dann aber auch los. Von dort teilen sie uns mit, was dieser oder jener an Schweinereien gemacht hat. Als ob diese Einzelheiten irgendeinen Gebrauchswert hätten! 80% aller Jugendlichen fühlen sich von den Politikern betrogen und belogen. **"Das legale Land ist nicht das wirkliche Land." Von außerparlamentarischen Möglichkeiten in dieser Breite hätten wir vor 25 Jahr nie zu träumen gewagt.** Wir überlassen es mal wieder den Rechten. [...].
Einer der Hauptgründe für das Zusammengehen von CDU und SPD war die heftig umstrittene Verabschiedung der **Notstandsgesetze**. Ein Gesetzespaket also, das die Grundlagen für den inneren Ausnahmezustand regelte. **Mehr als alles andere sah das nach totalitärer Entwicklung aus.** Kern dieses Pakets war der Einsatz der Bundeswehr, der Armee also, zu polizeilichen Zwecken der Aufstandsbekämpfung. Die **Ausschaltung des Parlaments** war vorgesehen. Und das alles schließlich mit legalen Mitteln. War nicht auch **Hitler** auf verfassungsmäßigem Weg an die Macht gekommen?! Subjektiv eingezwängt in eine historische Situation, in der die Vergangenheit noch nicht zu Ende war und bereits als Zukunft wieder zu drohen schien, trugen die Notstandsgesetze erheblich dazu bei, das alte Trauma wieder zu wecken.
[...].
Drei Stränge hat 68 entwickelt: den internationalistischen, der mit dem Vietnamkrieg steht und fällt. Die spätere Denunziation des Internationalismus, die Kündigung der internationalen Solidarität würde ich nicht als Emanzipationsschritt bezeichnen. Angesichts der globalen Verhältnisse schon gar nicht.
Die emanzipative, sozial-erfinderische Tendenz. Hat sie auch Überraschendes, Tiefgängiges hervorgebracht, ist sie doch meist seltsam zwiespältig und unterernährt geblieben.
Schließlich, was heute gern als gelungene Demokratisierung gesehen wird. **Wäre der Faschismus jene rein staatsterroristische Veranstaltung gewesen, *als die wir ihn damals empfunden hatten*, könnte man das so sagen.** Er war es aber nicht, die 'Demokratisierung' war wohl eher eine Modernisierung des zweigleisigen Systems der Macht."
(aus: Lutz Taufer, *Gedanken gegen die Mauern*, in: Pizza [Hg.], *Odranoel*. Die Linke -- zwischen den Welten, Verlag Libertäre Assoziation: Hamburg 1992, 59 - 121 [67 f., 69, 76 f.] - Hervorh. d. Hg.).

Das "System", der "politisch-staatliche Bereich", hat sich modernisiert - die Voraussetzungen des bewaffneten Kampfes sind entfallen, "veränderte Weltlage" halt?!

Antwort auf den Text "feministische Perlen vor antii... E..." (interim 229)*

Wir wollen zu Eurem Referat Stellung beziehen.
"Wir" sind deutsche Lesben aus dem linksradikalen Frauen/Lesbenspektrum.
Euer Referat hat in uns widersprüchliche Überlegungen/Gefühle ausgelöst. Gut fanden wir, daß Feministinnen zu der jüngsten Entwicklung der RAF Stellung beziehen, und daß Ihr deutlich macht, warum eben dies für Feministinnen notwendig ist. Ebenso wichtig ist es, daß Ihr "Feminismus" auf die ursprüngliche Bedeutung "Befreiung von sämtlichen Herrschaftsverhältnissen" zurückführt.
Wichtig ist auch, daß Ihr deutlich macht, daß die RAF Gefahr läuft, reformistische Politik als "das Neue" zu verkaufen. Wir teilen diese Befürchtung. Allerdings richtet sich unsere Kritik an die Verknüpfung der "politischen Neubestimmung" mit der "Gefangenenfrage", wie wir am Schluß erläutern werden. Viele Punkte, die Ihr ansprecht, sehen wir auch als Gefahr. Wir kritisieren jedoch, daß Ihr mit Unterstellungen, Pauschalisierungen und aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten arbeitet, die haarsträubend sind. Wir hoffen, daß am Ende unseres Textes nicht der Eindruck entsteht, wir seien unkritisch gegenüber den jüngsten Aussagen der RAF. NUN DENN:

Aus den Erklärungen der RAF vom April und August 92 wird erstmal nur deutlich, daß sie von sich aus die Eskalation zurücknehmen. Was das heißt, sagen sie konkret: "Wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einstellen." (An alle, die auf der suche nach Wegen sind, 10.4.92).
Die RAF hatte bestimmte Konzepte und sehr genaue Vorstellungen, auf welchem Wege das System hier gekippt werden kann. Dieser Kampf ist eindeutig an Grenzen gestoßen. Diese Erfahrung, wie auch die veränderte internationale Situation, einschließlich der Entstehung "Großdeutschlands", werfen viele Fragen auf.
Daß die RAF entscheidet, Ihre bisherige Form des bewaffneten Kampfes einzustellen, halten wir für legitim. Die Frage an Euch: Haltet Ihr es für politisch sinnvoll, als pol. Strategie weiterhin ab und an einen Repräsentanten dieses patriarchal-imperialistischen Systems auszuknipsen?
Ihr macht aus der Entscheidung der RAF, diese Strategie nicht weiterzuführen, eine Absage der RAF an Gewalt generell. So sollen die Celler Gefangenen in einem

Spiegel-Interview (Juni 92) gesagt haben, die BRD habe sich als gefestigte Demokratie erwiesen. (Deswegen sei Resistance nicht mehr nötig). Dieses Interview haben wir nicht gefunden.
Weiterhin unterstellt Ihr, die RAF schlage ein privatisierendes Päuschen vor, und nennt das "rassistisch und sexistisch" (S. 9, in dieser Broschüre S. 80, Anm. d. Hg.). Was ist daran sexistisch und rassistisch, wenn eine Guerilla ihre eigene Art zu kämpfen hinterfragt?
Wie Ihr am Anfang Eures Textes gut herausgearbeitet habt, hat die RAF ihre Aktionen ausschließlich gegen die Herrschenden bzw. ihre Einrichtungen gerichtet. Darin hatten allerdings der Kampf von Frauen gegen Männer, wie auch der Kampf von Schwarzen gegen Weiße und viele andere Kämpfe keinen Platz. Sie sind zum Teil nicht einmal als notwendig erachtet worden.
Wir glauben, daß Ihr Eure Behauptung, die RAF wolle generell auf Gewalt verzichten, aus dem NDR-Interview vom 16.5.92 mit Irmgard Möller, Gabriele Rollnik, Hanna Krabbe & Christine Kuby nehmt:
"Aber was sich z.B. auch verändert hat, ist (....) aber auch die Funktion von Gewalt. Hier in der Gesellschaft, was wir jetzt sehen, ist eine unheimliche Brutalisierung (...) wie gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden. Daß also die Menschen die Gewalt, die auf sie einwirkt (...) gegeneinander wenden. (...). Die Gewalt, die in den sechziger und siebziger Jahren was besonderes war und die auch die Funktion hatte - von unserer Seite - gesellschaftliche Widersprüche aufzubrechen, sichtbar zu machen (...) heute sehen wir auch an anderen militanten Aktionen, daß sich daran (an der Gewalt, Anm. von uns) nichts mehr entwikkelt." (Hanna Krabbe).
Von dieser Aussage her, habt Ihr mit Eurer Kritik allerdings recht. Nur: diesen Aufruf zum Gewaltverzicht, wenn es denn einer ist, finden wir nicht in den RAF-Erklärungen. Es ist einfach verwirrend und führt ausschließlich zu Mißverständnissen, wenn Ihr nicht eindeutig angebt, auf welche Texte Ihr Euch bezieht und welche Texte speziell Ihr kritisiert.
Zurück zum "privatisierenden Päuschen". Ihr schreibt: "Ein privatisierendes Päuschen, wie die RAF es vorschlägt, heißt mehr vergewaltigte Frauen, mehr sexuell ausgebeutete Mädchen usw." (S. 9, in dieser Broschüre S. 80, Anm. d. Hg.).
Wir sagen: Die Fortführung des Kampfes der RAF hätte keine einzige Vergewaltigung verhindert, da antipatriarchaler Kampf nie in (deren, Einf. d. Hg.) Theorie und Praxis verankert war. (Zugegeben, das ist polemisch. Wir wissen, daß Ihr das auch so seht.).
Ihr hättet nur dann recht, wenn die RAF alle hier lebenden Frauen, Männer, Jungen, Mädchen aufgefordert hätte, in Zukunft gewaltlos für Veränderungen zu kämpfen.

Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt ist ein undifferenziertes "Frauen-als-Opfer"-Bild. Es hat uns gefallen, daß Ihr "Feminismus" wieder mit revolutionären Inhalten füllt, und daß Ihr deutlich macht, daß gerade rev. Feministinnen oft weitergehende Analysen haben als gemischt-geschlechtliche Zusammenhänge. Auch ist uns bewußt, daß Ihr das Referat vor gemischt-geschlechtlichem Publikum gehalten habt, und vielleicht auch deshalb möglichst widerspruchslos argumentieren wolltet. Trotzdem sind manche Äußerungen einfach übel bzw. von reinem Wunschdenken gespeist:
"Die feministische Bewegung wird an dem Ziel der Befreiung aller pol. Gefangenen festhalten." (S. 3, in dieser Broschüre S. 77, Anm. d. Hg.).
Schön und gut, und es solle auch so sein. Aber gerade Feministinnen haben sich bis heute herzlich wenig an den Freilassungs- und ZL-Kampagnen beteiligt (als Feministinnen).
"Für Frauen herrscht täglich Krieg, der nur mit einem Gegenkrieg zu überleben ist." (S. 6, in dieser Broschüre S. 79, Anm. d. Hg.).
Stimmt ja eigentlich, aber für das blanke Überleben gibt es insbesondere für weiße Frauen 1000 Möglichkeiten, die sie fleißig nutzen: Anpassung an heterosexuelle Zwänge, "der Charme der Weiblichkeit", rassistisch-faschistisches Treten nach unten uvm.
"Frauen haben ein großes Selbstschutzinteresse, sowohl diesen Kern faschistischer Ideologie (...) zu bekämpfen, als auch deren Verkörperung in Form konkreter Faschisten/Männer" (S. 8, in dieser Broschüre S. 80, Anm. d. Hg.).
HÄTTEN SIE ES DOCH NUR! Auch diese These sehen wir durch keine Realität bewiesen. Denn dieses Selbstschutzinteresse fällt nicht vom Himmel, sondern muß sich erkämpft werden. Grade in jüngster Zeit ist es doch auffällig, wie viele deutsche Frauen sich für ihre mickrigen Privilegien (die meistens oft eher idelle Werte sind) entscheiden, statt die Verhältnisse zu bekämpfen.
Deswegen finden wir Eure Einteilung "Männer - Täter - Subjekte - Frauen - Opfer - Objekte" fatal.

Zur Gefangenenfrage

In der BRD gibt es seit 22 Jahren Kämpfe der rev. Gefangenen.
In den Mobilisierungen ging es immer darum, Forderungen gegen den Staat durchzusetzen. Und natürlich wurde auch verhandelt.
Ihr schreibt: "Die RAF erklärt den Staat zum Verhandlungspartner und erkennt das Gewaltmonopol des Staates an." S. 3, in dieser Broschüre S. 77, Anm. d. Hg.
Na und? War das 1977 anders? Der Staat ist ja nun einmal existent, und von seinem Gewaltmonopol auszugehen, heißt ja noch lange nicht, ihn zu akzeptieren.
Weiter schreibt Ihr: "In einer Situation der Schwäche der Linken - wie z.B. heute - führt der Weg raus nur über die Aufgabe der pol. Identität." (S. 3, in dieser Broschüre S. 77, Anm. d. Hg.).
Wir denken, daß jede Verbesserung für die Gefangenen nur erkämpft werden kann. Das ist für uns auch die interessante Frage: Wie stellen wir uns denn vor, ein Kräfteverhältnis aufzubauen, das die Freiheit der Gefangenen erkämpft? Eure Aussage finden wir fatalistisch, weil darin wir und die Gefangenen zum Objekt gemacht werden. Günter Sonnenberg wurde entlassen, weil es seit Jahren Kämpfe für seine Freilassung gab und nicht, weil er seine Identität aufgegeben hätte.

Wir finden es richtig, die Gefangenenfrage von der Entscheidung der RAF zu trennen, bzw. halten wir die Verbindung "Rücknahme der Eskalation"; Auseinandersetzung um die Freiheit für falsch!
Weil sie den Geiselstatus der Gefangenen fortsetzt, ihre Freilassung mit der Frage des bewaffneten Kampfes verknüpft. (Was in der Erklärung vom April darin gipfelte, mit seiner Wiederaufnahme zu drohen, falls der Staat die Gefangenen nicht rausläßt.).
Wir glauben, daß eben diese Verknüpfung die Fragen und Widersprüche zur Entscheidung der RAF genährt haben. Zumindest ging es uns so. Auf der einen Seite sehen auch wir die Notwendigkeit einer Zäsur, wünschen wir uns eine Diskussion über Neubestimmung revolutionärer Politik. Grade auch, weil wir als Feministinnen Strategie und Analyse der RAF kritisieren, könnte das Angebot zur Diskussion ja auch eine Möglichkeit sein, unsere Vorstellungen, Fragen und Ziele zu formulieren. Eine Debatte einzufordern. Wie seht Ihr das?
So, wie die Erklärungen aber geschrieben waren, wurden auch wir den Verdacht nicht los, daß sie sich mehr an den Staat, als an die rev. Linke richten. Aber, wir wissen es nicht. Stellt sich heraus, daß der Vorschlag zur Diskussion nur vorgeschoben ist, stimmen wir dem Begriff "konterrevolutionär" zu.
Aber so eindeutig finden wir das noch nicht!

...jetzt hat uns Weiterstadt samt Erklärung "eingeholt", wir lassen den Text trotzdem so stehen, weil es uns nicht um ein fertiges Produkt, sondern um Auseinandersetzung geht.

Liebe Grüße!

Anm. d. Hg.:
* Die Feministische Kritik erschien in der interim mit einer Vorbemerkung, die die hier zitierte Überschrift trug.
Der Text ist im Original in konsequenter Kleinschreibung geschrieben. Die Passagen in konsequenter Großschreibung sind in dieser Form aus dem Original übernommen.

V. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen II: Zur kommunistischen Debatte über das Patriarchat

"Wir lassen uns in Scheindebatten über Mackerverhalten in der Szene nicht mehr verwickeln, (...)."
Kommunistische Brigaden, *Beitrag zur Debatte...*

"Frauen, die das Machtverhältnis zwischen Frauen und Männern bekämpfen, Frauen, die der patriarchalen Norm (...) den Krieg erklären, Frauen, die die herrschenden Verhältnisse, die Herrschaft im wahren Sinne des Wortes radikal aufheben wollen, bedürfen nicht so sehr der männlichen Genossen, die sich für ihre Freunde halten, als der männlichen Genossen, die bereit sind, zum Feind des Mannes zu werden."
Ingrid Strobl, in: *Metropolen(gedanken) & Revolution*, 13 - 25 (25)

"(...)der Kampf gegen das Patriarchat (muß) immer in der Orientierung als Kampf gegen den Kapitalismus bestimmt werden."
Kommunistische Brigaden, *Beitrag zu Debatte...*

"Die Art und Weise, in der Kapital, Patriarchat und 'Rasse' die Ausbeutung und Unterdrückung (...) strukturieren, läßt es unmöglich und auch nicht wünschenswert erscheinen, einen vornehmlichen Grund von Unterdrückung auszusondern: (...)."
Pratibha Parmar zit. n. Klaus Viehmann u.a., *Drei zu eins*

1. Stellungnahme der Kommunistischen Brigaden
2. Stellungnahme der belgischen CCC-Gefangenen
3. Kritik von Pro Kommunismus an diesen beiden Texten

Kommunistische Brigaden

Patriarchatsdiskussion

Prinzipiell muß gesehen werden, daß die Installierung patriarchaler Gesellschaftsstrukturen ebensowenig wie jegliche anderen Instrumentarien des kapitalistischen Systems einen Selbstzweck darstellt. Das Patriarchat als soziale Struktur unterscheidet sich vom Zeitpunkt der Einführung der kapitalistischen Produktionsweise an insofern vom vorherigen gesellschaftlichen Prinzip, da es mit klarer Bestimmung zu einem funktionellen Integral im Produktions-Reproduktionszyklus geworden ist. Es ist für eine revolutionäre Theorie, die Massenperspektive haben muß, von elementarer Bedeutung, bei der Behandlung dieser Thematik eine grundsätzliche Differenzierung vorzunehmen, da sich das Patriarchat als Integral der bestehenden Herrschaftsstrukturen auf verschiedenen Ebenen auch unterschiedlich darstellt:

- Im ökonomischen Bezug besteht der funktionelle Wert des Patriarchats im Kapitalismus in der ökonomischen Zwängen unterworfenen Installierung der Frau als Reproduktionsstätte des Arbeiters mit dem sozialen Auftrag, seine Verwertbarkeit als Menschenmaterial für die Produktion von Mehrwert aufrecht zu erhalten und zu reproduzieren. Sie dient als unbezahlte Reproduktionsarbeiterin und darüber hinaus als Gebärmaschine.
- Im politischen Bezug ist die Funktion, neben der Schaffung eines Kanals zur Umsetzung der sozialen Deklassierung des Arbeiters, vor allem darin zu sehen, durch die Schaffung unterschiedlicher "Ränge" in der beherrschten Klasse eine Spaltung und Umorientierung auf die Existenz dieser "Ränge" innerhalb des revolutionären Subjekts, und somit eine Schwächung des Klassenkampfes zu erzielen - also der Einheit in der Orientierung präventiv durch künstlich geschaffene Strukturen, die diese Umorientierung erzwingen, entgegenzuwirken.
- Eine andere Ebene bildet das historisch-strukturell verankerte und bedingte sexistische Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern, das einen eigenständigen gesellschaftlichen Widerspruch darstellt. Dieser ist nicht kapitalismusspezifisch, läßt sich im Kapitalismus aber auch nicht auflösen, da es keinen gesellschaftlichen Ansatz gibt, um einen Kampf gegen diesen Widerspruch zu bestimmen. (Wir negieren natürlich nicht die Notwendigkeit, diese Frage im persönlichen Alltag aufzugreifen, darauf gehen wir am Endes des Kapitels noch ein. Hier aber geht es uns um den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, in dem ein entsprechender Appell praxisfern und illusionistisch ist und keine gesellschaftliche Perspektive hat.).

Für die Zusammenführung des antipatriarchalen und des antikapitalistischen Kampfes ist primär der politisch-ökonomische Bezug von Bedeutung, um die Gesamtheit der Bedingungen des Klassenkampfes richtig umzusetzen und die Positionen darin zu lokalisieren. Leider läßt sich eine Diskussion am Aspekt des funktionellen Wertes patriarchaler Gesellschaftsstrukturen mit dem Ziel, klare Kriterien zur Integration des antipatriarchalen Kampfes in den antikapitalistischen Kampf seit dem Kursieren der "Patriarchatsdiskussion" in Szenestrukturen nur sehr begrenzt feststellen. Auch hier dominiert der Mißstand, daß über den Tellerrand der Szene in der Regel nicht hinausgeblickt wird, daß nicht die soziale Realität im Kapitalismus bzw. der Klassenkampf als Bezugspunkt und Ausgangspunkt dient, sondern lediglich die eigene Szeneidentität. Der antipatriarchale Kampf wird zum Kampf gegen das Instrumentarium verfälscht, das der Installierung patriarchaler Gesellschaftsstrukturen und der Konditionierung, dem Schaffen einer Basis für unreflektierte Akzeptanz des Patriarchats beim Arbeiter dient; der Kampf wird kanalisiert in Scheinkämpfe reformistischer Art gegen Pornographie etc. **Wenn es richtig ist zu sagen, daß das Patriarchat im Kapitalismus primär als Funktion zu sehen ist, kann es aber keinen wirklich antipatriarchalen Kampf per se, geschweige denn gegen das dem Patriarchat als Basis dienende Instrumentarium geben, sondern muß der Kampf gegen das Patriarchat immer in der Orientierung als Kampf gegen den Kapitalismus bestimmt werden. Zu diesem Zwecke ist nur die Orientierung am politisch-ökonomischen Bezug sinnvoll.** Interessant erscheint in diesem Zusammenhang das scheinbar über Knastkorrespondenz zustandegekommene Papier "Drei zu Eins - Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus" (vgl. Interim Nr. 120 vom 25.12.90, S. 15 - 23), in dem versucht wird, die Existenz einer "triple Opression" analytisch zu belegen. Jedoch schweigen sich die VerfasserInnen über den elementaren Aspekt aus, nämlich welche Basis dieses scheinanalytische Gebilde als Grundlage für die Orientierung und die Bestimmung eines revolutionären Kampfes bietet. Die konsequente Weiterführung gemäß dieser Analyse würde bedeuten, im Kampf gegen die gegenwärtigen Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen drei Feinde zu entlarven:

- den Kapitalismus/Imperialismus
- den Mann im Kapitalismus
- den Rassisten im Kapitalismus.

Die letzten beiden Kämpfe werden (von der offensichtlichen Absurdität abgesehen, wie am Anfang erläutert) aber eben nur in der Differenzierung nach ihrem funktionellen, installierten Charakter und ihrer historischen Komponente, und nur durch die alleinige Orientierung am funktionellen Charakter bestimmbar. Rassismus ist eben nicht in erster Linie ein historisches oder genetisches Problem, sondern eine notwendige Institution im sozialen und ökonomischen Gefüge des kapitalistischen Systems, und die Denunziation des Mannes als sexistischen Unterdrücker leitet für sich die Notwendigkeit eines revolutionären, antikapitalistischen Umsturzes nicht ab. Eine anderweitige Bestimmung des Kampfes gegen Rassismus und Patriarchat als orientiert am funktionellen Charakter ist nicht möglich und öffnet höchstenfalls eine reformistische Perspektive. Der Mann hat zwar historisch eine eigenständige Rolle als Unterdrükker inne, ein "Kampf" gegen den Mann im Kapitalismus ist aber substanzlos und nicht bestimmbar, und wird der spalterischen Zielsetzung der Installierung patriarchaler Gesellschaftsstrukturen gerecht. Es erfordert also nicht, wie eine Schlußfolgerung der VerfasserInnen lautet, eine starke eigenständige antipatriarchale und antirassistische Orientierung (Organisierung), um die Situation, die aus der sozialen Deklassierung der Arbeiter entsteht (Tritt nach unten), anzugreifen und zu kanalisieren, da diese Kämpfe für sich wie gesagt nicht revolutionär bestimmbar sind, keine Ansätze zur Entwicklung einer eigenständigen Massenbewegung bieten. Wenn diese Kämpfe nicht eingebunden in einer antikapitalistischen Orientierung stattfinden, so haben sie als eigenständige Projekte nur den Charakter isolierter Teilbereichskämpfe, die wie andernorts benannt, nicht die Möglichkeit zum Erreichen einer Massenperspektive eröffnen und nur reformistisch wirken können. Es erfordert eine einheitliche antikapitalistische Orientierung, in die antipatriarchale und antirassistische Politik integriert sind.

Gemessen am politisch-ökonomischen Bezug stellt das Patriarchat im Kapitalismus einen Nebenwiderpruch dar, da das Patriarchat wie benannt mitnichten Selbstzweck ist, sondern in seiner Funktion vor allem eine Voraussetzung zur Gewährleistung der Akkumulation von Mehrwert ist.

Im übrigen zeichnet sich in diesem Punkt eine scheinbare Reformierbarkeit des Kapitalismus ab, - das soll heißen, daß sich der Kapitalismus in den Metropolen gegenwärtig so gestalten ließe, daß das Patriarchat als gesellschaftlicher Widerspruch nicht mehr als systemimmanent in Erscheinung treten würde. Das heißt natürlich nicht, daß das historische Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern verschwindet, sondern heißt: die Mechanismen und Widersprüche, die das Patriarchat mit sich bringt, treten nicht mehr als Integral des kapitalistischen Systems auf, die offenkundige Existenz und Auswirkung des Patriarchats im politisch-ökonomischen Bezug werden durch Reformen auf sozialer, ökonomischer, juristischer etc. Ebene verdeckt. Dies resultiert vorrangig aus dem ominösen sozialdemokratisch-behafteten Begriff der Gleichberechtigung der Frau und den damit verbundenen Inhalten heraus, der jede antikapitalistische Tendenz effektiv ausklammert, und sich gegenwärtig als gesellschaftlich realisierbar darstellt.
Durch die damit verbundene Kampagne gegen Erscheinungsformen und Instrumentarien des Patriarchats, also die Umorientierung und Kanalisierung eines antikapitalistischen Kampfes gegen das Patriarchat, ist dem Staat als Instrumentarium des Kapitalismus das Rüstzeug gegeben, diesen reformistischen Forderungen nachzukommen, und den Kapitalismus damit in diesem Punkt scheinbar zu reformieren, was zweckmäßig erscheint, da diese Kosmetik als Effekt die Isolierung und Schwächung eines radikalen antikapitalistischen Kampfes gegen das Patriarchat zur Folge hat.
Um dies noch einmal deutlich zu sagen, die Nichteinbezieung des Hauptaspektes der funktionellen Bedeutung des Patriarchats als analytische Basis und Orientierungspunkt für die Bestimmung des Kampfes gegen das Patriarchat nährt die spalterische Zielsetzung der Installierung patriarchaler Gesellschaftsstrukturen; die Übernahme reformistischer Scheinprogramme (Kampf gegen Instrumentarien wie Pornographie, Kampf für soziale Gleichberechtigung) in die eigenen Inhalte ermöglicht die Schwächung des antikapitalistischen Kampfes und stärkt die Konterrevolution! **Der Kampf gegen das Patriarchat muß international und klassenbezogen bestimmt und als Kampf gegen Kapitalismus/Imperialismus geführt werden.** Im antiimperialistischen Kontext muß gesehen werden, daß die Diktion patriarchale Gesellschaftsstrukturen als Exportgut der imperialistischen Staaten in die Länder des Trikonts unter ökonomischen Aspekten an Bedeutung verloren hat. Erhalten bleibt die politische Komponente der präventiven Konterrevolution via Bevölkerungspolitik nach dem Motto, "es ist billiger, den Guerillero im Uterus zu töten, als ihn in den Bergen zu erschießen."
Wir lassen uns in Scheindebatten über Mackerverhalten in der Szene nicht mehr verwickeln, weil das nicht die Patriarchatsdiskussion, ja nicht einmal Bestandteil davon ist. Es ist klar, daß Widersprüche zwischen Frauen und Männern angegangen werden müssen. Innerstrukturelle Restaurationsarbeiten belangen uns nicht länger! Uns geht es um die Diskussion über die genannte politische Dimension, um die Schaffung revolutionärer inhaltlicher Substanz und die Bestimmung einer revolutionären Theorie auf der Basis der gesamtheitlichen Analyse der Bedingungen. Läuft es anders herum, so verkommt diese Diskussion um innerstrukturelle Angelegenheiten, ohne daß die Existenz der Strukturen eine inhaltliche Bestimmung hat, zu reinem Selbstzweck und macht so oft deutlich, daß es auch nur um die Szene an sich geht, also um einen selbstgefälligen Club, und nicht um eine revolutionäre Bewegung!

Bertrand Sassoye / Pierre Carette / Pascale Vandegeerde / Didier Chevolet

AN DIE MILITANTEN DER "INTERNATIONALEN INFOLÄDEN"

(Antwort auf den offenen Brief vom Sommer 1990)
AN ALLE GENOSSINNEN UND GENOSSEN
Oktober 1991

EINLEITUNG

A. Zur Erinnerung: der Ursprung der Debatte
Im Oktober 1988 ist eine kleine Broschüre mit dem Titel "Frontline Info / Neues von Frontline", (*) verteilt worden, in der verschiedene Dokumente und Kommuniqués (in französischer Übersetzung oder in englischer Version) zusammengestellt waren. Sie stammte von der Buchhandlung 'Slagerzicht", vom "Internationalen Informationszentrum Frontline', von der "Stedelijk Overleg Amsterdam" und von der "Revolutionär Initief Amsterdam'. Auf diese Weise beabsichtigten die AutorInnen, die Elemente der Information und Analyse bezüglich der damaligen schweren Krise zwischen den militanten Kräften der Niederlande auf die internationale Ebene zu bringen. Sie haben damit versucht, eine Verurteilung der ihnen entgegengesetzten Tendenz zu veranlassen, hauptsächlich gegen "Politieke Vleugel van de Kraakbeweging" und gegenüber der Zeitung "Knipselkrant" - zu deren Boykott sie übrigens aufriefen.
Durch diese Veröffentlichung und die darin genannten Zusammenhänge und Schlußfolgerungen entschieden wir uns, an der Debatte teilzunehmen, und dies umso gewissenhafter, da uns außerdem die Militanten von "Knipselkrant" und vom "Politieke Vleugel van de Kraakbeweging" direkt dazu aufgefordert haben. Im Juli 1989 haben wir mit anderen GenossInnen ein Dokument mit dem Titel "Betreffend die aktuelle Krise zwischen den revolutionären kämpferischen Kräften in den Niederlanden"(*) veröffentlicht. Wir denken, daß die Kenntnis der Broschüre "Frontline Info" vom Oktober/November 1988 und unseres eigenen Beitrags vom Juli 1989 für ein gutes Verständnis der Debatte, wie sie sich zu Beginn darstellte, nützlich ist.

B. Die Entwicklung der Debatte

Unser Dokument vom Juli 1989 hat verschiedene Reaktionen hervorgerufen. Im September des gleichen Jahres hat der "Politieke Vleugel van de Kraakbeweging" einen offenen Brief mit dem Titel 'De krisis binnen de links raifikale buitenparlementaire beweging in Nederland'(*) an uns gerichtet. Der "P.V.K" stellte darin seine Analyse der Krise, ihres Ursprungs, ihrer Entwicklungen und Perspektiven, der sich gegenüberstehenden Parteien etc. dar. Er präsentierte auch die Geschichte und die Rolle der Hausbesetzerbewegung in den Niederlanden. Wir finden hier die Gelegenheit, den GenossInnen des "Politieke Vleugel van de Kraakbeweging" für ihr Mitwirken zu danken.

Im Juli 1990 erhielten wir eine imposante Broschüre in deutscher Sprache mit dem Titel "Dokumentation der Diskussion um den Boykott der Knipselkrant", herausgegeben von den "Internationalen Infoläden"(*). Unter den Dokumenten dieser Publikation war im Namen eines "Teils der internationalen Struktur der Infoshops" ein offener Brief an uns gerichtet.

Ein Aspekt dieses Briefes ist der Mühe wert, hervorgehoben zu werden, denn wir finden hier die Gelegenheit, an einen wichtigen Punkt unserer eigenen Position in der anfänglichen Debatte zu erinnern. In bezug auf die Krise zwischen den militanten Kräften in den Niederlanden haben wir von Anfang an die Grenzen und das Wesen unserer Intervention festgelegt. Unser konkretes Außenvorbleiben vor der niederländischen Bühne (und dazu die Inhaftierung einiger von uns) löste unsere Autorität in nichts auf und räumte uns nur eine politische Verantwortung ein. Übrigens hat sich in diesem Zusammenhang unser Beitrag vom Juli 1989 streng auf theoretischem Terrain gehalten und neben der Fragestellung nur auf den politischen Ratschlag oder die politische Kritik gestützt, in deren Abschluß wir den Boykott von "Knipselkrant" verurteilen.

Die GenossInnen der "Infoläden" scheinen, zumindest in dem an uns gerichteten Brief, die gleiche Zurückhaltung an den Tag zu legen. Dieser Text erwähnt nur kurz die Ereignisse in Amsterdam und bestätigt, daß es vor allem den direkt betroffenen Parteien zukommt, Stellung zu beziehen. Das Wesentliche dieses *offenen Briefes* besteht also aus einer Reihe von Reflexionen, Fragestellungen, Aufforderungen, auf die wir antworten möchten, aber auch aus Behauptungen, die wir gänzlich ablehnen. Einerseits ist dies die Eröffnung einer Debatte, von der wir uns wünschen, daß sie sich auf politischem Gebiet entwikkelt und qualifiziert, andererseits aber eine Art Streit, den wir unbegründet finden. Wir hoffen, daß sich die Debatte in Zukunft streng auf die Fragen des theoretisch-politischen Interesses für den Fortschritt der revolutionären Bewegung beschränkt. In dieser Beziehung behalten wir volles Vertrauen und danken an dieser Stelle den GenossInnen der "Infoläden" für ihren Brief.

Nachdem die Beiträge, die bis heute im Verlauf der Debatte erstellt wurden, angeführt worden sind, drängt es sich auf, die Abwesenden zu einer Stellungnahme aufzufordern... mit Ernsthaftigkeit, aber genauso mit Vorsicht. Wir können nicht akzeptieren, daß zwei zentrale Teilnehmer der Anfangsdebatte, nämlich die "Revolutionär Initiatief Amsterdam" und "Knipselkrant", es bis zum heutigen Tage nicht für nötig gehalten haben, sich zu äußern. Wir sind der Ansicht, daß ein solcher Rücktritt, wenn er sich bestätigt und als ungerechtfertigt erweist, die Betroffenen sehr stark in Mißkredit bringt. Aber wir haben gesagt, daß wir vorsichtig sein möchten. Zu der Zeit, als wir dieses Dokument fertigstellten, entdeckten wir zum Beispiel eine Broschüre in deutscher Sprache mit dem Titel "Beitrag für die Debatte... Mai '91", unterschrieben mit "Kommunistische Brigaden"(*), die besonders die Begriffe der Diskussion, die uns beschäftigt, zu berücksichtigen scheint und sich ihren politischen Thesen zuwendet. In der Erwartung, mehr darüber zu erfahren und unter anderem diesen neuen Beitrag einordnen zu können, begnügen wir uns damit, jeden an seine politische Verantwortung zu erinnern, in der Hoffnung, daß dies von allen geachtet wird.

C. Die Fortsetzung der Debatte

Mit unserer Intervention vom Juli 1989 waren drei Kollektive aus unserem Land, "Classe contre classe", die Zeitschrift "Correspondances Revolutionnaires" und die vier militanten Gefangenen der Kämpfenden Kommunistischen Zellen (CCC), beschäftigt. Sie brachte folglich die jedem Kollektiv eigene militante Vorgehensweise zum Ausdruck. Der hier vorliegende Text unterscheidet sich von den vorhergehenden insofern, als er ausschließlich von den Gefangenen verfaßt wurde. Warum? Was "Classe contre classe" betrifft, so hat sich diese Struktur Ende 1989 selbst aufgelöst. Was die Zeitschrift "Correspondances Revolutionnaires" betrifft, so macht sie eine Periode der internen Reflexion bzw. Neudefinition durch, deren Ergebnis Vorrang vor allen kollektiven öffentlichen Stellungnahmen hat.

Die vorliegende Antwort auf den offenen Brief der Militanten der "Infoläden" stammt ausschließlich von den Gefangenen; sie drängt noch mehr darauf, die Debatte streng auf den theoretisch-politischen Bereich zu beschränken. Wir streiten nicht ab, daß dies eine genau vorgegebene Grenze ist, was manche unter Umständen beklagen werden. Unsererseits aber glauben wir, daß man auch sagen kann: die Debatte auf die theoretisch-politische Ebene erheben. Uns scheint, daß bei einer Erklärung der zahlreichen aktuellen Sackgassen subjektive Orientierungen und Verhaltensweisen vorherrschen über die wissenschaftliche Analyse und die revolutionäre Moral. Wir hoffen, daß der vor einiger Zeit begonnene Austausch sich auf internationaler Ebene vergrößern und verbessern wird. In dem Willen, ein ganz klein wenig diesem Fortschritt zu dienen, präsentieren wir diese Arbeit. Für die Verspätung entschuldigen wir uns.

D. Vorstellung

Unsere Antwort besteht aus zwei Teilen. Der erste, unserer Meinung nach der wesentliche Teil, behandelt politische Probleme von Bedeutung. Wie wir glauben, sind diese für die militante Bewegung in Deutschland oder in den Niederlanden besonders bedeutungsvoll. Dieser erste Teil besteht aus zwei Texten:

- EIN BISSCHEN ÜBER POLITIK
- ANTWORT AUF ZWEI PRÄZISE FRAGEN.

Wie stellt ihr euch den Kampf gegen das Patriarchat vor? Welche Bedeutung hat dieser Kampf für euch?

Der zweite Teil, der zwar nebensächlich, unserer Meinung nach aber notwendig ist, liefert einige zusätzliche Präzisierungen zu unserem Dokument vom Juli 1989, ebenso wie er mit den Behauptungen der Militanten der "Infoläden" aufräumt. Die Texte des zweiten Teils tragen die Titel:

- "Falsche Zitate"?!
- Verrat, Konfrontation und Gewalt
- Die "Ätzerinnen" (sic)
- Das Dokument der "Revolutionär Initiatief Amsterdam"

Die Dokumente, auf die in den Texten des zweiten Teils Bezug genommen wird, werden im Nachtrag in Form von Photokopien präsentiert.

Muß darauf hingewiesen werden, daß wir Reaktionen nur auf die beiden Texte des ersten Teils erwarten? Was uns betrifft, so betrachten wir den zweiten Teil als endgültig abgeschlossen.

Alle Dokumente mit Sternchen können bestellt werden bei:
"CORRESPONDANCES REVOLUTIONNAIRES"
BP 1310, 1000 BRUXELLES 1, BELGIQUE

ERSTER TEIL
EIN BISSCHEN ÜBER POLITIK

> *"Wie soll man die Wahrheit über den Faschismus sagen, als dessen Gegner man sich bezeichnet, wenn man nichts über den Kapitalismus sagen will, der ihn erzeugt?*
> *Wie könnte eine solche Wahrheit ein praktisches Vermögen haben?"*
> *BERTOLT BRECHT*

In unserem Dokument vom Juli 1989 bestand das Wesentliche der Kritik am Aufruf zum Boykott von *"Knipselkrant"* in zwei Punkten. Erstens: Wir wiesen darauf hin, wie sehr sich *die Anklageschrift* als von Arglist aufgeblasen herausstellte. Zweitens: Wir beklagten die systematisch unpolitische Haltung der Äußerungen, die die Denunziation von "KK" unterstützten, und dies um so mehr, als der Grund und der Einsatz der offenen Krise in aller Offensichtlichkeit höchstgradig politisch waren.

Folglich bedauern wir, feststellen zu müssen, daß sich auch der *offene Brief* der GenossInnen der *"Infoläden"* durch eine Tendenz zur Festsetzung sehr relativer Interessenpunkte charakterisiert, bei Vernachlässigung - bewußt oder nicht - der politischen Substanz und der politischen Möglichkeiten.

Wir hofften, Gesprächspartner auf einem vornehmlich politischen Terrain zu treffen, aber es wäre unbegründet, für unsere Enttäuschung ausschließlich die Militanten der "Infoläden" verantwortlich zu machen. Wir sagten bereits, daß die "Debatte" in ihrem Ursprung ungesunde Merkmale barg. Und in unserem Beitrag vom Juli 1989 waren wir gezwungen, Punkte zu untersuchen, die quasi gänzlich ohne reelles Interesse waren (um so mehr in der Form, wie die *"R.I.A."* diese ausgewertet hat). Aber wir versuchten gleichzeitig, diesen Stand der Dinge zu verändern, um dem Meinungsaustausch eine neue gesunde und konstruktive Orientierung zu geben: eine politische, im wahren Sinne des Wortes. Die Militanten der *"Infoläden"* scheinen die Dringlichkeit unserer Sorge nicht zu teilen: ihr *offener Brief* kümmert sich nicht mehr um Fragen, die für die europäische revolutionäre Bewegung und ihre Zukunft lebenswichtig sind, er erörtert allzu oft nur die Randpunkte ihrer entscheidenden Interessen.

Doch wir wollen unsere Kritik dort, wo sie persönlich wird, noch einmal relativieren. Denn es scheint uns, daß die Haltung und die Vorstellungen, von denen der erhaltene Brief zeugt, in einer großen Fraktion der revolutionären Bewegung in Deutschland oder in den Niederlanden sehr weit verbreitet sind. In dieser Hinsicht hat uns die Erfahrung immer wieder gezeigt, daß die Neigung besteht, den Hauptfragen, die von der historischen Theorie abhängen, sorgfältig auszuweichen; Fragen, deren korrekte Resolution [d.h.: Lösung, Anm. d. Hg.] den gesetzmäßigen Weg der sozialistischen Revolution beschreibt.

Das sehr häufige Fehlen von Reflexionen, bezüglich der Perspektiven der revolutionären Aktivität - selbst im Herzen der Bewegung, die diese für sich beansprucht - kann uns ärgern, überrascht uns jedoch nicht.

Damit sich solche Reflexionen in zentraler und unmittelbarer Art und Weise durchsetzen, muß der objektive Nutzen des revolutionären Prozesses als grundlegend angesehen werden. Ein solch vorrangiges Interesse mag einem revolutionären Militanten nur natürlich erscheinen; in Wirklichkeit ist dieser Zusammenhang jedoch viel seltener, als man glauben könnte. Dieser
beträchtliche Mangel stammt vom äußerst schädlichen Einfluß des Subjektivismus.

Eine wichtige Demonstration von Subjektivismus besteht - genau gesagt - darin, die politischen, ideologischen, strategischen und taktischen Entscheidungen von der revolutionären Sache abhängig zu machen; nicht von der wissenschaftlichen Analyse der Realität, sondern von der Geistesverfassung der Militanten. Das heißt diese Entscheidungen nicht von einer globalen Reflexion abhängig zu machen, sondern von dem, was eine besondere Situation oder Erfahrung zu sein scheint.

Thesen wie *"Selbstbestimmung der Kampfpole"*, Optionen wie *"antiimperialistische Front"* sind nichts anderes als die Übertragung spezifischer Eigenschaften des Subjektivismus, die eng verbunden sind mit dem kleinbürgerlichen Individualismus, auf eine - formell und in Anspruch genommene - grüppchenhafte Stufe. Von dem Moment an, wo sich jeder gemäß seinen eigenen Beziehungen, ausgehend von seinen eigenen Erfahrungen, bestimmt, wo jeder nur mit dem Teil der Erfahrung anderer übereinstimmt, der wiederum auf die eigene Erfahrung paßt, erweist sich eine authentische Maßnahme der Synthese - also der Vereinigung und der Organisation - als unmöglich.

Auf diese Weise kann die revolutionäre Bewegung die nebulöse Form eines vielseitigen Bindemittels von stark unterschiedlichen "Polen" annehmen, die aus einer großen Mannigfaltigkeit sozialer Kategorien stammen, ihre jeweiligen Wege verfolgen (welche bei Gelegenheit durchaus übereinstimmen können), stark mit ihren spezifischen Problemen beschäftigt sind und so eine Unzahl von Prioritäten etablieren. Einige werden sich auf das Problem des Sexismus polarisieren, andere auf die Solidarität mit irgendeinem Volk im Kampf, andere auf den Antirassismus, andere auf den Antimilitarismus, andere auf die Wohnungsfrage, die Hausbesetzer, andere auf den antifaschistischen Kampf, wieder andere auf die Unterstützung politischer Gefangener, und die Liste ist endlos. Innerhalb eines solchen Mosaiks können Brücken geschlagen werden, Verbindungen und Kooperationen sich etablieren, jedoch wird dies niemals verhindern, daß Heterogenität und Zersplitterung strukturell vorhanden sind. Die Unfähigkeit, sich einzubringen, sich in ein globales, synthetisches und zusammenhängendes Projekt zu integrieren und sich in einer zentralen, vereinigten Kraft zu organisieren, verurteilt folglich die revolutionäre militante
Bewegung dazu, in revolutionärer Hinsicht nichts zu haben, als den Traum, den Anspruch oder, schlimmer, den sich widerrechtlich angeeigneten Titel.

DER SUBJEKTIVISMUS SPIELT EINE ROLLE IM VORDERGRUND DER ENTARTUNG VON KRÄFTEN, DIE POTENTIELL REVOLUTIONÄR ODER SOGAR REVOLUTIONÄR AN *ALTERNATIVEN KRÄFTEN* SIND, *dazu verurteilt, ewig am Rande des System zu vegetieren, das zu bekämpfen sie vorgeben (vorgaben).*

Daß die Frage des Sexismus die Genossinnen, die direkt mit ihm konfrontiert sind, sehr stark beschäftigt, ist normal, genauso wie ein immigrierter Genosse in der Frage des Rassismus besonders wachsam sein wird. Oder mehr noch, daß die einer dramatischen ökonomischen Unsicherheit unterworfenen GenossInnen persönlich gegen die Ungleichheiten, die Verschwendung und die Spekulation revoltieren werden. Und wir könnten noch hundert ebenso unleugbare Fälle aufzählen. Denn wir beabsichtigen bestimmt nicht, bis zu welchem Grad auch immer, die Legitimität des Kampfes gegen den Sexismus, den Rassismus, die Degradierung der Lebensbedingungen etc. in Abrede zu

stellen; so wie es auch nicht darum geht, eine Hierarchie von mehr oder weniger widerwärtigen Phänomenen zu erstellen und diese stufenweise anzugreifen.

Wovon zumindest von einem revolutionären Standpunkt aus die Rede ist, ist, alle unsere Kräfte zusammenzunehmen, um eine starke Kriegsmaschine gegen das kapitalistische System (und all seine sozialen Äußerungen, wie Rassismus, Sexismus etc.) aufzubauen, die homogen und zusammenhängend ist; eine Kriegsmaschine, die ihre Anstrengungen auf Punkte konzentriert, an denen das System verwundbar ist, an denen der revolutionäre Hebel es am sichersten und schnellsten ins Wanken bringen kann (und nicht dort, wo dieses System für diesen oder jenen Genossen am widerlichsten ist).

Wir lesen in dem *offenen Brief* der GenossInnen der *"Infoläden"*, daß als Antwort auf eine angeblich vom *"P.V.K."* gemachte Äußerung - *"Erst die Revolution, dann die Frauen"* - der Aufruf zum Boykott der *"Knipselkrant"*, ausgehend von Deutschland, folgenden Abschnitt enthielt: *"Ein revolutionärer Kampf* kann nur *antiimperialistisch und antipatriarchal sein. Es gilt im Kampf um Selbstbestimmung und Kollektivität gegen Unterdrückung und Ausbeutung in allen Punkten zu kämpfen und sich selbst darin zu verändern, sich selbst als Subjekt. Nicht einen Bereich auf später oder irgendwann zu verschieben. Entweder wir packen es an und kämpfen gegen Unterdrückung und Ausbeutung, oder wir bleiben Unterdrücker, Ausbeuter, Schwein. Um die HERRschaft des Menschen über den Menschen zu beenden, ist es notwendig, den antipatriarchalen Kampf zu führen. Ein Kampf, der nicht antipatriarchal ist, ist KEIN revolutionärer Kampf."* Ja, ein Kampf, der nicht antipatriarchalisch ist, ist kein revolutionärer Kampf. Und ein Kampf, der nicht antirassistisch ist, ist kein revolutionärer Kampf. Und ein Kampf, der nicht antifaschistisch ist, ist kein revolutionärer Kampf. Und ein Kampf, der nicht das Ökosystem verteidigt, ist kein revolutionärer Kampf. Und ein Kampf, der nicht solidarisch mit anderen Völkern im Kampf ist, ist kein revolutionärer Kampf. Etc. etc. etc.

Die Formulierung, mit der der oben zitierte Abschnitt schließt, ist schön und legitim, aber sie birgt nicht das geringste praktische Element einer Antwort auf die Frage nach dem revolutionären Kampf heute in Europa. *Was tun?* Dort liegt die wahre Frage. Die subjektivistische Konzeption der Welt ist absolut unfähig, dieser Frage auch nur einen Deut an Lösung zu geben: bestenfalls erzeugt sie nur eine illusorische und stereotype Einstimmigkeit (wir sind alle gegen Sexismus, Rassismus, Militarismus etc.), in keinem Fall aber erlaubt sie der revolutionären Aktivität, sich in rationeller Art und Weise zu orientieren. Die Marxisten-Leninisten ihrerseits sind der Ansicht, daß das Problem auf zwei Ebenen untersucht werden muß. Da ist einerseits das interne Problem innerhalb der revolutionären Bewegung und andererseits das Problem der Verhältnisse zwischen revolutionärer Bewegung und dem Rest der Gesellschaft.

Es scheint uns richtig und notwendig, daß innerhalb der revolutionären Bewegung größte ideologische Strenge herrscht, und daß man dort keine sexistische, rassistische, individualistische etc. Äußerung toleriert. Hier müssen die Militanten auf genaueste Art und Weise den sozialen Verhältnissen der Gesellschaft, die sie zu konstruieren beabsichtigen, vorgreifen. Aber man darf dabei nicht aus den Augen verlieren, daß es Aufgabe der revolutionären Bewegung ist, die Revolution zu machen, daß die Revolution die gesamte proletarische Klasse betrifft und daß in der Beziehung zwischen revolutionärer Bewegung und Proletariat es der Erfolg der Revolution ist, der alle Kräfte und Aufmerksamkeiten mobilisieren muß.

Es besteht durchaus eine Reihenfolge zwischen den beiden Ebenen, die gleichzeitig deren stärkste und ungeteilte Einheit begründet. Der Sinn der revolutionären Aktivität, also der Bewegung, die Anspruch auf die Verantwortung dieser Aktivität erhebt, ist die revolutionäre Umwandlung der Gesellschaft und nicht die Eroberung einer Enklave neuer Verhältnisse innerhalb der alten Gesellschaft. Die Verdrängung eines sozialen Systems durch ein anderes ist ein historisch-objektives Phänomen, das besonders strengen Gesetzen gehorcht, die durch die historisch-materialistische Analyse, relativ zur Entwicklung der Produktivkräfte und zu den Rollen der sozialen Klassen etc. aufgedeckt werden. In dieser Hinsicht hat die revolutionäre Bewegung in erster Linie die Aufgabe, diese Gesetze zu kennen, sie zu verstehen und sie in all ihren Orientierungen und Taten zu berücksichtigen; bei der Strafe, auf ewig zum Scheitern verurteilt zu sein oder in der Jauche der *Alternative* (sei sie auch bewaffnet) zu degenerieren.

Man muß sich von der beschränkten, egozentrischen und typisch subjektivistischen Sichtweise befreien, die der revolutionären Bewegung vor allem die Verantwortung zuschreibt, einen für die persönliche und kollektive Entfaltung der Militanten günstigen Bereich abzustecken. Die Revolutionäre verwirklichen sich, indem sie zur Umwandlung der Gesellschaft beitragen (also direkt und indirekt zur eigenen Umwandlung) und nicht, indem sie auf einer selbstbeobachtenden und narzißtischen Suche vom Weg abkommen, was um so unfruchtbarer und suspekter ist, als es utopisch - falsch - ist, eine reale Befreiung von bürgerlich-ideologischen Kategorien ins Auge zu fassen, außerhalb des objektiven Rahmens der sozialistischen Revolution und ihrer Kulturrevolutionen. Der revolutionäre Kampf ist zwar ein Befreiungsfaktor für diejenigen, die sich ihm verschreiben, aber er ist es nur soweit, als man sein Ziel nicht aus den Augen verliert: die Revolution, die Diktatur des Proletariats und den sozialistischen Aufbau in Richtung des Kommunismus.

Abgesehen davon, daß es eine abscheuliche Ungeschicklichkeit ist, *"Erst die Revolution, dann die Frauen"* zu verkünden, ist es eine Dummheit. Eine Dummheit, denn die Revolution hat nur einen Sinn als Befreiung der Frauen, der Männer, der unterdrückten Völker und schließlich der gesamten Menschheit. Eine Dummheit, weil die Formulierung glauben macht, daß ein mechanisches Verhältnis dort besteht, wo ein dialektisches ist. Das revolutionäre Vorhaben kann nur ein globales Vorhaben sein, das die Gesamtheit aller Bestrebungen des ganzen Volkes in seiner Verschiedenheit vereinigt und in der Praxis den Weg für die Verwirklichung dieser Bestrebungen öffnet (so auch die Bestrebungen nach Gleichheit zwischen den Geschlechtern, zwischen den Rassen etc.).

Aber *"Erst die Revolution"* zu proklamieren, ist das Grundlegende, weil es für die revolutionäre Bewegung nicht darum geht, eine Unmenge einzelner Interessen voranzubringen (seien sie auch legitim und lebenswichtig), sondern den Gang ihrer Globalität, einer Globalität derjenigen Klasse, die allein es erlauben wird, daß sich diese Interessen durch den Sturz des Kapitalismus endlich realisieren und harmonisch miteinander übereinstimmen. (Könnte man nicht übrigens denken, daß dies die GenossInnen vom *"P.V.K."* wirklich auszudrükken versuchten?)

Das Prinzip *"Erst die Revolution"* ist wesentlich; es muß gut verstanden und dann verarbeitet werden. Wir als Marxisten-Leninisten beabsichtigen eine permanente Wachsamkeit in bezug auf unser Verhalten und unsere Beziehungen; wir achten darauf, daß sowohl persönlich als auch kollektiv kein Keim sexistischer, rassistischer, individualisti-

scher etc. Fäulnis auftaucht. Aber wir nehmen diese Verhaltensweise als Revolutionäre an, ausgehend von einer objektiven Position der Revolutionäre und mit revolutionärer Zielsetzung. Wir glauben, daß Wachsamkeit und kollektive Kontrolle, revolutionäre Disziplin, Respekt der kommunistischen Moral nur im Rahmen eines globalen, zentralistischen Vorgehens möglich ist, das sich für eine einheitliche Linie, in einer organisatorisch-einheitlichen Kraft für das einzige Ziel, den Sturz der Bourgeoisie und ihres Staates und für den Aufbau des Sozialismus, einsetzt. Wir glauben, nur auf diese Art und Weise einen Anspruch auf den Einfluß der Gesellschaft und ihrer Entwicklung erheben zu können.

Daraus geht hervor, daß wir das Recht auf Selbstbestimmung eines antipatriarchalischen Kampfpols ablehnen, wie wir dieses Recht für alle Kampfpole ablehnen, (daß diese unvermeidlich als spontaner Ausdruck der Gegensätze existieren, ist eine andere Sache). Wir bemühen uns immer um die theoretische, politische und organisatorische Einheit der revolutionären Bewegung, mittels der widerspruchsvollen Debatte, in der sich die richtigen Gedanken gegenüber den falschen durchsetzen, und durch die Konstruktion der Partei.

Das Besondere muß ins Allgemeine übergehen! Die Erfahrung eines jeden sollte in der kollektiven Erfahrung aufgehen, damit sich die kollektive Linie in jeder einzelnen Kampffront ausdrückt (und diese in der Reihenfolge der Prioritäten und der Unterordnung, die die wissenschaftliche Analyse hervorheben wird, organisiert) und damit sie unaufhörlich stärker wird durch den Reichtum aller Erfahrungen und die Überprüfung der Analyse. Außerhalb dieser Maßnahme schreitet nichts fort, ist nichts erreichbar.

Auch wenn wir in dem *offenen Brief* Abschnitte lesen wie: *"Wir wollen, daß eine Organisierung unseres Kampfes gegen das patriarchal-kapitalistische System in den wesentlichen Momenten des sozialen Zusammenlebens, wie wir es uns für die zu erkämpfende Gesellschaft vorstellen, schon enthalten ist"*, denken wir, es mit einer (im nicht-materialistischen Sinne) völlig idealistischen Konzeption zu tun zu haben; mit einer subjektivistischen Abweichung, die den Anspruch erhebt auf radikal neue soziale Verhältnisse *"in den wesentlichen Momenten des sozialen Zusammenlebens"*, **vor** und/oder **unabhängig** von einer revolutionären Umwandlung der Gesellschaft.

Dies ist die Art von Überlegung, die im besonderen Sinn zur Aufgabe einer "revolutionären" Position zugunsten einer *alternativen* Position führt. Denn schließlich, wenn es wirklich möglich ist, *"in den wesentlichen Momenten des sozialen Zusammenlebens"* soziale Verhältnisse zu schaffen, die vollständig zum Ressort der *"zu erkämpfenden Gesellschaft"* gehören, warum muß besagte Gesellschaft dann noch erkämpft werden? Man sieht hier, wieviel Keime des Linksradikalismus mit seinen unvernünftigen Forderungen der Subjektivismus auf einmal in sich trägt; dazu noch Keime des Reformismus (wenn auch radikal oder bewaffnet) mit seinem Wunsch, das System zu verbessern und sogar eine Nische in seinen Innerem auszuhöhlen. Es ist unbestreitbar, daß der revolutionäre Kampf für diejenigen, die ihn führen, befreiend ist, aber er ist es nur insofern, als er wirklich revolutionär ist, das heißt, **in der objektiven Funktion der übergeordneten Interessen der sozialistischen Revolution;** und in den Rahmen dieser Funktion müssen sich die internen ideologischen Kämpfe der revolutionären Bewegung einfügen, wenn man nicht in den alternativen Typus der *alternativen Geselligkeit* oder den Sektentypus verfallen will.

Lenin bestand auf der Tatsache, daß der Klassenkampf, *im genauen Sinn,* nicht begänne, ehe sich die Proletarier Ziele gesetzt hätten (seien sie auch nur ökonomischer Art), die ihre Klasse in der Gesamtheit betreffen (sich also der Klasse der Kapitalisten in ihrer Gesamtheit widersetzten). Die Einzelkämpfe (so auch der eine oder andere Streik in dem einen oder anderen Unternehmen), die unvermeidlich auftauchen, bevor diese globalisierende Maßnahme erscheint, stellen, um Lenins Ausdruck wieder aufzugreifen, nur eine *"schwache Keimzelle"* des Klassenkampfes dar. Nun, wir wollen auf der Tatsache bestehen, daß man ebenso nicht von revolutionären Kampf sprechen kann, bevor man es mit einem globalen, zentralisierenden Kampf für die Zerstörung des Kapitalismus und für den Aufbau des sozialistischen Systems zu tun hat. Die partiellen und verstreuten Kämpfe, die existieren, bevor dieses globale Projekt erscheint, können in der Tat (d.h. wenn sie Forderungen authentisch-proletarischer Natur ausdrücken) nur als *"schwache Keimzellen"* des revolutionären Kampfes bezeichnet werden.

Ein globales revolutionäres Projekt impliziert eine **theoretische Vereinigung** (weil die Maßnahme der Synthese eine der gesamten revolutionären Bewegung gemeinsame Vision der Welt erfordert, eine Vision der Welt, die unserer Meinung nach der Marxismus-Leninismus sein muß); dies impliziert eine **politische, strategische und programmatische Vereinigung** (damit die Kräfte den objektiven Bedürfnissen entsprechend sinnvoll konzentriert und verteilt werden und der Zusammenhalt und die Gewicht ihrer Demonstrationen das Vertrauen der Massen gewinnen); dies impliziert schließlich eine **organisatorische Vereinigung** (die den anderen Ansprüchen an Einheit die Krone aufsetzt und aus der das Konzept der Partei seine historische Legitimität schöpft).

Wir sind nicht naiv: Wir wissen, daß aus den Reihen derer, die sich als "die revolutionäre europäische Bewegung" bezeichnen, viele einem historischen revolutionären Schritt - der Klasse - fernbleiben werden. Viele werden die *"Selbstbestimmung der Kampf*pole" verteidigen und den Schritt der theoretischen, politischen, strategischen, programmatischen und organisatorischen Vereinigung ablehnen; den Schritt der Unterordnung des Teils unter das Ganze, des Zweitrangigen unter das Vorrangige, der einzelnen (oder fraktionellen) Interessen unter das kollektive (oder parteiliche) Interesse.

Wir wissen, daß das subjektivistische, kleinbürgerliche Gift derartig in der europäischen militanten Bewegung verbreitet ist, daß viele GenossInnen noch lange darin verharren werden, sich vorrangig in ihren eigenen Interessenpolen und nicht gemäß der übergeordneten Interessen des revolutionären Kampfes zu positionieren und zu engagieren, wie sie der historische und dialektische Materialismus und die Erfahrung der internationalen kommunistischen Bewegung offenbaren. So werden auch die GenossInnen zahlreich sein, die gegenüber der historisch-zentralen Rolle des Klassenkampfes blind bleiben (Klassen, die - erinnern wir daran - sich objektiv aus der politischen Ökonomie heraus definieren und auf keine andere Weise), dem Widerspruch zwischen Proletariat - und besonders der Arbeiterklasse - einerseits und der Bourgeoisie andererseits, genauso, wie sie blind bleiben gegenüber dem wissenschaftlichen Wert der marxistisch-leninistischen Lehren.

Unsere Pflicht als Kommunisten ist es, diese GenossInnen inständig zu bitten, sich von dem schädlichen Einfluß des Subjektivismus zu befreien, der sie verwirrt. Auch, wenn wir nicht ignorieren, daß eine große Zahl dies nicht kann oder nicht will, solange es stimmt, daß die soziale und kulturelle Herkunft vieler revolutionärer Militanter ein großes Hindernis darstellt, die Abweichungen zu überwinden, die genauso kleinbürgerlich sind wie der Subjektivismus (und seine frontistische Folge), und Ei-

nigkeit unter einer authentisch-proletarischen Position herzustellen.
Diese *Befreiung* kann einen noch härteren und dauerhafteren Kampf erfordern, als die Kämpfe, die nötig sind, um sexistische, rassistische, chauvinistische etc. Verhaltensweisen in den Reihen der revolutionären Bewegung auszurotten. Denn es verhält sich so, daß Antisexismus, Antirassismus etc. als solche, außerhalb eines vorrangigen Klassenzusammenhangs gänzlich mit einer (klein)-bürgerlichen Position übereinstimmen können; es reicht, an die humanistischen Grundlagen der Sozialdemokratie zu denken, in denen sich das europäische, intellektuelle und "progressistische" Kleinbürgertum unverfälscht wiedererkennt... und auf die es auch seinen fanatischen Antikommunismus stützt. Die Wahl von wirklich proletarischen Positionen und Schritten hingegen erfordert - mit allem, was dies in Begriffen von Engagement, Moral, Disziplin, Parteigeist, Unterwerfung des Teils unter das Ganze, des Opfers an das übergeordnete Klasseninteresse etc. bedeutet - einen fundamentalen und beständigen, definitiven Bruch mit den Interessen und dem individualistischen Gepäck des Kleinbürgertums. Es ist wesentlich, den Individualismus und den Subjektivismus zu verwerfen; es ist ein harter Kampf, den wir in unseren Reihen, unseren Köpfen, unseren Entscheidungen, überall und für alle, ununterbrochen und ohne Zögern führen müssen. Die Kapazität der europäischen revolutionären Bewegung hat einen davon abhängigen, reellen revolutionären Kampf entwickelt.

ANTWORT AUF ZWEI PRÄZISE FRAGEN

Wie stellt ihr euch den Kampf gegen das Patriarchat vor? Welche Bedeutung hat dieser Kampf für euch?

> *"Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalen (...) Verhältnisse zerstört."*
> *KARL MARX & FRIEDRICH ENGELS*
> *Manifest der Kommunistischen Partei*

Zuallererst, bevor wir zu unserer eigentlichen Position kommen, erscheint es uns sinnvoll, über den Gebrauch des Begriffes Patriarchat nachzudenken, um das Wesen der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, das dem sozialen Gebilde unserer heutigen Länder eigen ist, darzustellen. Wir denken, daß, wenn es auch noch erlaubt ist, in bezug auf bestimmte Länder auf dem Weg der Entwicklung oder periphere Länder (auf verschiedenen Stufen) von Patriarchat zu sprechen, es in bezug auf die entwickelten Länder der imperialistischen Zentren unzweckmäßig ist; ganz einfach, weil, ungeachtet der Beständigkeit von besonderen Formen ökonomischer Ausbeutung, sozialer, ideologischer und kultureller Unterdrückung, die Gleichheit der Rechte zwischen Männern und Frauen erworben ist.
Das Patriarchat beruht auf der Familie, deren Vermögensbesitzer der Mann ist und in der die Übertragung des Vermögens der Abstammung in väterlicher Linie folgt. Allen anderen Aspekten des Patriarchats und insbesondere seinen ideologischen Folgen ist es daran gelegen, die Unterdrückung der Frau auf die eine oder andere Art zu rechtfertigen, was von der Frage des Besitzes des Familienvermögens, seiner Ausdehnung und seiner Übertragung herrührt. Deshalb erlaubt unserer Meinung nach die Gleichheit der Rechte zwischen den Geschlechtern in der zeitgenössischen Familie und insbesondere die rechtliche Gleichheit auf dem Gebiet des Besitzes und des Erbes nicht, die moderne kapitalistische Gesellschaft als *patriarchalisch* zu bezeichnen; und dies, wir wiederholen es ausdrücklich, trotz der unleugbaren Beständigkeit von spezifischen Äußerungen ökonomischer Ausbeutung, sozialer, ideologischer, kultureller etc. Unterdrückung der Frauen.
Wir denken, daß es korrekter ist, unsere aktuellen Gesellschaften als fortgeschrittenen Kapitalismus und die bürgerliche Demokratie als *sexistisch* zu beschreiben.
Es scheint uns noch wichtiger, den Begriff Patriarchat in seinen exakten historischen Zusammenhang zu stellen. Denn es ist gänzlich absurd und falsch, zu behaupten, daß das Patriarchat die Gebärmutter des Kapitalismus sei oder, wie es die GenossInnen der *"Infoläden"* schreiben, *"eine den Kapitalismus - mit bedingende Herrschafts- und Unterdrückungsform"*.
In einer allgemeinen Form beruht eine solche Konzeption auf dem philosophischen Idealismus: sie behauptet, daß der Überbau die Struktur kreiert; sie versichert in der Finalität, daß der Mensch die Gesellschaft und die Geschichte kreiert, statt ein historisches und soziales Produkt zu sein. Eine solche Konzeption verwirft in absoluter Art und Weise den gesamten historischen und dialektischen Materialismus. Sie ist falsch.
Noch genauer, das Patriarchat ist das Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte, die, indem sie das niedere Stadium der Barbarei überholten, mit dem primitiven (stämmischen, klanhaften) Kommunismus brachen, in dem die Abstammung nach Mutterrecht herrschte. Es ist das Wachstum der Produktivität der Arbeit, das (dank der Züchtung, der Agrarkultur, der Herstellung von Werkzeugen) die neuen Reichtümer ins Leben rief und die Akkumulation erlaubte. Es maß dem Privateigentum eine neue Dimension bei und wurde dadurch zum Schlüssel für die Vernichtung der traditionellen Verhältnisse, die von der Hauswirtschaft des primitiven Kommunismus abstammten.
Engels: *"In dem Verhältnis also, wie die Reichtümer sich mehrten, gaben sie einerseits dem Mann eine wichtigere Stellung in der Familie als der Frau und erzeugten andererseits den Antrieb, diese verstärkte Stellung zu benutzen, um hergebrachte Erfolge zugunsten der Kinder umzustoßen. Dies ging aber nicht, solange die Abstammung nach Mutterrecht galt. Diese mußte also umgestoßen werden und sie wurde umgestoßen. (...) Damit war die Abstammungsrechnung in weiblicher Linie und das mütterliche Erbrecht umgestoßen, männliche Erblinie und väterliches Erbrecht eingesetzt. (...) Die erste Wirkung der nun begründeten Alleinherrschaft der Männer zeigt sich in der nun auftauchenden Zwischenform der patriarchalischen Familie."* (aus: "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates")
Auch der Kapitalismus entsteht aus der Entwicklung der Produktivkräfte, aber einige Jahrtausende später. Das ist der ökonomische Rahmen in (und aus) dem der Kapitalismus zum Vorschein kommt, bzw. die feudalistische Produktionsweise, die unbestreitbar patriarchialisch ist. Daraus kann man dennoch nicht den logischen Schluß ziehen, daß das Patriarchat der Ursprung des Kapitalismus wäre. Das Wichtigste ist der Privatbesitz an Produktionsmitteln, und es ist belanglos - zumindest aus [dem, Einf. d. Hg.] historischen Gesichtspunkt des Auftauchens des Kapitalismus - ob er innerhalb der Familie von dem einen oder anderen Geschlecht monopolisiert ist oder sich durch die eine oder andere Abstammung überträgt. Dies wird bestätigt durch die einfache Tatsache, daß heute die kapitalistischen Produktionsverhältnisse fortbestehen, wo doch die Gleichheit der Rechte zwischen den Geschlechtern feststeht, was den Besitz, seine Wertsteigerung und seine Übertragung betrifft.
Überdies wäre es sinnvoll zu unterstreichen, daß es die kapitalistische Entwicklung selbst ist (und besonders die industrielle Revolution, die die Frau aus dem Kreislauf des Haushalts herausholt

und sie in die Lohnproduktion stürzt), der man die soziale Basis schuldet, die der Bewegung der *Frauenbefreiung* erlaubt hat, zu entstehen und zu Ergebnissen zu kommen.

Das Patriarchat hinter sich gelassen zu haben, ist einer der historischen revolutionären Verdienste des Kapitalismus.

Dies alles um zu erklären, daß wir in keiner Weise die spezifische Unterdrückung der Frau in der imperialistischen Gesellschaft abstreiten (wie auch ihre Ausbeutung in der ehelichen Familie als ökonomische Einheit, ihre größte faktische Unsicherheit, ihre Versachlichung etc.) und noch weniger die brutalste Unterdrückung, die sie in zahlreichen peripheren Drittweltländern erduldet. Wir beabsichtigen weder, dieses Problem zu bagatellisieren, noch ihm einen Platz in der historischen Evolution der Menschheit einzuräumen, den es nicht hat. Der Kampf für die Gleichheit der Geschlechter schließt sich dem Kampf für die Befreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten dieser Welt an, aber er ist nicht der wesentliche Hebel. Dieser wesentliche Hebel, wir brachten es kurz in unserem Text *"Ein bißchen über Politik"* zur Sprache, ist der universelle und antagonistische Widerspruch zwischen internationalem Proletariat und imperialistischer Bourgeoisie. Allein die revolutionäre Lösung wird diesem Widerspruch einen wirklichen sozialen, ökonomischen, politischen und ideologischen Fortschritt der Menschheit ermöglichen: Der Marsch zu der kommunistischen Gesellschaft.

Wir möchten nun über einen fundamentalen Unterschied zwischen der Ansicht sprechen, die einerseits bei einer großen Mehrheit der für die *Befreiung der Frau* kämpfenden Bewegungen besteht und andererseits der Ansicht, die von den revolutionären Kommunisten vertreten wird, zu denen wir gehören. Dieser Unterschied besteht in der Position und beruht auf der Klassenanalyse. Unserer Ansicht nach können in einer Gesellschaft, die in sozial-antagonistische Klassen geteilt ist, keine *Rechte oder Freiheiten* existieren, die dem Klassenkampf übergeordnet sind.

Es ist vollkommen richtig, daß in der Vergangenheit Bourgeoisie und Proletariat manchmal ihre Kräfte vereinigt haben (in widersprechender Form insofern beide selbst Produkte der herrschenden Produktionsweise sind), um den Feudalismus endgültig zu liquidieren.

In diesem sehr allgemeinen Rahmen hat der Kampf gegen das Patriarchat und für die rechtliche Gleichheit der Geschlechter die Bewegungen der bürgerlichen, kleinbürgerlichen und proletarischen Frauen vereinigen können (bis vor nicht allzu langer Zeit, das ist wahr). Aber heute ist es unbedingt nötig zu verstehen, daß diese Zeiten durch die bürgerlichen Demokratien der imperialistischen Zentren ein Ende gefunden haben. Es gibt gegenwärtig überaus mehr gegensätzliche als gemeinsame Interessen einer Bürgerlichen und einer Proletarierin; die Intensität der ersten löscht die zweiten völlig aus.

Tatsächlich hängt alles von den realen Zielen ab, die man zu erreichen sucht. Entweder eine radikale und komplette Veränderung der sozialen Verhältnisse, hin zu der Gesellschaft der Gleichheit; die Abschaffung der Ausbeutung und der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, die Beseitigung des Sexismus, der Phallokratie etc. ; oder antisexistische, antiphallokratische Reformen, die aber im Rahmen der global unveränderten sozialen Verhältnisse, in der die Teilung in Klassen und die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen fortbestehen, zwangsläufig unbefriedigend sind. Das erste Ziel ist das der revolutionären KommunistInnen, das zweite das der reformistischen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen FeministInnen.

Welche Haltung muß die kommunistische Avantgarde gegenüber den Kampfbewegungen proletarischer Frauen (gegen Überausbeutung, Sexismus etc.) einnehmen? Natürlich eine ungebrochene Unterstützung, die aber in eine politische Arbeit integriert sein muß, welche darauf abzielt, diesen Bewegungen ihren natürlichen Rahmen - den Klassenkampf - bewußt zu machen und somit in Richtung des revolutionären Kampfes zu qualifizieren. Und welche Haltung muß die kommunistische Avantgarde gegenüber dem bürgerlichen und kleinbürgerlichen Feminismus einnehmen? Eine Kritik ohne Zugeständnisse an seinen reformistischen und antiproletarischen Charakter.

Abschließend denken wir: wenn es richtig ist, den Sexismus und die Phallokratie, dort, wo und in der Form wie sie sich zeigen, zu bekämpfen (auch im Proletariat und ganz besonders unter den Kommunisten, die beispielhaft sein müssen, wo sie doch bloß die schwierigen Entwürfe der neuen Menschheit und ihrer sozialen Harmonie sind); dann wird nur die Revolution ermöglichen, alle sozialen, ökonomischen und politischen und auch die ideologischen, eng mit dem Kapitalismus verbundenen, Probleme zu lösen und mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen völlig Schluß zu machen. Für die ProletarierInnen der ganzen Welt ist dieser Einsatz die doppelte Mühe wert.

[Wir lassen an dieser Stelle die Abschnitte *A. "Falsche Zitate"?!* und *B. Verrat, Konfrontation und Gewalt* des zweiten Teils des Textes der CCC-Gefangenen aus. Denn diese beschäftigen sich kaum auf theoretisch-grundsätzlicher Art und Weise mit der Frage des Patriarchats, sondern mit Einzelfragen des eingangs angesprochenen Konflikts in der Amsterdamer Szene und der daraus entstandenen Debatte. Anm. d. Hg.]

C. Die "Ätzerinnen" (sic)

In der von den *"Internationalen* Info-Läden" herausgegebenen Broschüre findet man natürlich unser Dokument vom Juli 1989. Was wir weniger natürlich finden ist, daß bei der Gelegenheit dieser Publikation sich unser Text gespickt mit achtzehn in Klammern gesetzten Kommentaren wiederfindet, beansprucht von anonymen "Ätzerinnen". Wir wollen diesbezüglich reagieren, erst auf den Hauptinhalt der Kommentare und dann auf das Verfahren als solches.

Die Mehrzahl der Kommentare betrifft die Abwesenheit von lexikologisch, orthographisch oder grammatikalisch femininen Formen in bestimmten Passagen unserer Abfassung. Eine unabhängige Notiz am Ende unseres Dokuments scheint den allgemeinen Sinn dieser Kommentare zu rekapitulieren: *"Zur femininen Form, die so oft in diesem Text nicht vorhanden ist: es ist uns nicht klar, ob das ein Problem der Übersetzungen ist und zu Anfang haben wir noch versucht das im ganzen Text zu verändern, zum Ende hin haben wir es aufgegeben, das es einfach zu viel war"*.

Tatsächlich ist der Ursprung der Schwierigkeiten linguistisch und besteht in der Tatsache, daß die gesamte Sprache nach der dominanten Ideologie gestaltet ist. Nehmen wir folgendes Beispiel: vier Interventionen der "Ätzerinnen" bestehen in dem Zusatz von "*und frau*" hinter "*man*". Nun existiert das Problem "man/Mann" im Französischen nicht. "Man" heißt "on" (unbestimmtes Fürwort), ohne daß da die geringste Erinnerung an seinen lateinischen Ursprung "homo" wäre. Daher kommt es, daß im Französischen niemand je die Idee hätte, *"et elle(s)"* oder "*et la/les femme(s)*" nach dem Gebrauch von "*on*" hinzuzufügen, dessen Geschlecht gänzlich als unbestimmt etabliert und anerkannt ist. Was konnte der Übersetzer tun, konfrontiert mit all den "on" in unserer Abhandlung, als sie mittels ihres deutschen Ersatzes zu übersetzen? Wir können doch trotz allem nicht von unserem Übersetzer ver-

langen, daß er des Sexismus der deutschen Sprache schuldig sei!
Wir sind übrigens umso weniger geneigt, die Übersetzungsarbeit zu kritisieren, als sie von einem vernünftigen antisexistischen Bemühen zeugt. Zum Beispiel beschreibt im Französischen das Wort "*camarade*" (Genosse/Genossin, d.Ü.) beide Geschlechter, sowohl im Singular als auch im Plural, während im Deutschen vier unterschiedliche Formen existieren. Nun, die Übersetzung löst dieses Problem mit dem Begriff "*Genoss/innen*", um "*des camarades (des deux sexes)*" (Genossen [beider Geschlechter], d.Ü.) zu ersetzen.
Ist es nun möglich, systematisch alle lexikologischen, orthographischen oder grammatikalischen Fälle zu beheben, die auf einem Vorrang des männlichen Genus beruhen, in einer durch eine uralte patriarchalische, sexistische Kultur gestalteten Sprache? Im Französischen ist dies unmöglich, zumindest wenn man die Sprache als Kommunikationsmittel betrachtet. Die Präzision der Begriffe, die Übereinstimmung der Adjektive, der Partizipien der Vergangenheit, die Wahl der Fürworter etc. sind zu vielfältig und komplex, um die verallgemeinerte Verweigerung der Vorherrschaft des männlichen Genus oder seines Vorranges in Fällen der Mischung zu erlauben.
Wir müssen uns mit der historischen Realität der Kommunikation abfinden, immer darauf achtend, soweit wie möglich - d.h. ohne die Kommunikation selbst zu gefährden - sexistische Äußerungen einer sexistischen Kultur zu verwerfen. Zum Beispiel opfern wir einen Teil unserer Lesbarkeit, indem wir "*les militant(e)s*" (die Militanten, d.Ü.) schreiben oder wir verdoppeln die Übereinstimmung des Prädikatsnomens hinter "*camarades*", wir verwenden die Wiederholung "*les travailleurs et les travaileuses*" (die Arbeiter und die Arbeiterinnen, d. Ü.), wir präzisieren "*les proletaires, hommes et femmes*" (die Proletarier, Männer und Frauen, d.Ü.) etc. Aber wir vermeiden auch den Gebrauch von erfundenen Worten, deren antisexistische Orthodoxie ihresgleichen nur in der Seltenheit der Eingeweihten findet; so verbinden wir "*fraternel*" und "*fraternite*" (bürgerlich und Brüderlichkeit, d.Ü.) nicht mit "*sororal*" oder "*sororite*" (schwesterlich und Schwesterlichkeit), was heutzutage ebenso rar in den Wörterbüchern, wie der sozialen und politischen Kultur unbekannt ist.
Also? Also nichts. Genauso wie wir nicht beabsichtigen, den Übersetzer unseres Dokuments vom Juli 1989 für den Sexismus der deutschen Sprache verantwortlich zu machen, erklären wir uns nicht des Sexismus der französischen Sprache für schuldig. Diese ist unumgänglich das einzige, uns zur Verfügung stehende Instrument, um uns verständlich zu machen, trotz all seiner Fehler verwenden wir es zu diesem Zweck - der uns sehr teuer ist. Wir übernehmen ohne eine Spur von Zögern die Tatsache, dies zu respektieren und auch hier die Regeln der Orthographie, der Grammatik etc., wenn die Klarheit unseres Ausdrucks davon abhängt. Und die Kritiken, die man uns eventuell zu diesem Thema senden könnte, nehmen wir mit einem Schulterzucken entgegen.
Zumal es trotzdem die Mühe wert wäre, sich über die reale Wirkung lexikologischer Formen und grammatikalischer Regeln auf den Klassenkampf Gedanken zu machen, oder sei es auch nur in der Beziehung zwischen Männern und Frauen innerhalb der revolutionären Bewegung... Ehrlich gesagt bezweifeln wir stark, daß dies irgendeine Wirkung haben könnte und es scheint uns, als wenn die deutschen GenossInnen der Sache eine übertriebene Wichtigkeit beimessen. Daß man seinen Ausdruck von Wörtern, Begriffen, Konstruktionen etc., die eine aktive Verwirrung mit Merkmalen der dominanten bürgerlichen Ideologie etablieren würden, ausmerzt, ja natürlich, aber daß man sich nicht vorstellt, aus einer gleichmacherischen, grammatikalischen Richtigstellung ein dynamisches Element des Kampfes gegen die bürgerliche Organisation der Gesellschaft zu machen. Wir werden die Gesellschaft nicht verändern, indem wir die Sprache verändern, aber wir werden (besonders) die Sprache ändern, wenn wir die Gesellschaft verändern.
Vergessen wir auch nicht, daß die Sprache aus dem Überbau stammt und daß ihre Wechselwirkungen mit der Basis nicht den Vorrang der Basis vor dem Überbau verdecken dürfen.
Aber die Kommentare, die unser Dokument spicken, sind nicht alles ideologisch-linguistische Vorwürfe. Es sind dort andere, die sich auf eine Diskussion mit einer "*Gruppe Molotow*" (die wir nicht kennen) beziehen, Scherze sein wollen, uns beschimpfen und in lapidarer Art und Weise eine Uneinigkeit in Erinnerung rufen, die wir im *offenen Brief* entwickelt wiederfinden etc. Also, letztlich wollen wir öffentlich die Frage der Zweckmäßigkeit der Einfügung dieser achtzehn in Klammern gesetzten Kommentare stellen.
Uns erscheint schon die Vorgehensweise an sich kritisierbar: sie begibt sich unaufhörlich und eigenmächtig daran, einem Genossen während seiner Darstellung das Wort abzuschneiden. Soetwas schickt sich nicht. In einer Debatte wartet man ab, bis man mit dem Reden an der Reihe ist, und man respektiert die Rechtschaffenheit der Beiträge, die die anderen Beteiligten zuversichtlich beibringen.
Wenn die "Ätzerinnen" an der Diskussion teilzunehmen wünschen oder an einer anderen mit der "*Gruppe Molotow*", so werden wir die Beiträge, die sie bringen aufmerksam lesen,... aber außerhalb unserer eigenen Abfassungen. Worauf ihr Ausdruck, wie auch der unsrige unbestreitbar an Klarheit gewinnen würde. Weil jenseits von elementarem Respekt unter GenossInnen sich die Frage vom Nutzen des Austausches stellt.
Unsererseits schreiben wir in erster Linie, um verstanden zu werden. Wir verbinden also mit der Zugänglichkeit und der Lesbarkeit unserer Dokumente eine umso größere Bedeutung, als daß wir die ersten sind, die wir unsere Grenzen auf diesem Gebiet kennen: wir wissen unseren Schreibstil schleppend, bedürftig, widerlich, manchmal hochnäsig und immer zum Kotzen. Und wir wissen auch, daß die Übersetzungen die unangenehme Gepflogenheit haben, diese Mängel zu vergrößern, wenn sie nicht eine große Zahl von Sinnwidrigkeiten mit sich bringen, was schlimmer ist. So viele Schwierigkeiten, die verursachen, daß wir sehr ungern, was immer es auch sei - und besonders Unnötiges - sehen, was den Zugang und das Verständnis unserer Abhandlungen noch schwieriger macht. Deshalb bitten wir ausdrücklich darum, unsere Texte zukünftig nicht mehr einer solchen Behandlung zu unterziehen.

D. Das Dokument der "Revolutionär Initiatief Amsterdam"

[Dieser Abschnitt beschäftigt sich einmal mehr mit einem Aspekt des Streits in Amsterdam. Wir dokumentieren ihn deshalb hier genauso wenig wie die dem Text der CCC-Gefangenen beigefügten Reproduktionen verschiedener älterer Stellungnahmen zu dieser Debatte, die für die gegenseitigen Vorwürfe des Falschzitierens relevant sind.]

Bertrand Sassoye, prison de Lantin
rue des Aubépines, 2, 4450 Lantin

Pierre Carette, prison de Mons
boulevard Winston Churchill 24, 7000 Mons

Pascale Vandegeerde, prison de Namur
place Abbé Joseph André 7, 5000 Namur

Didier Chevolet, prison de Huy
rue du Palais de justice 4, 4500 Huy

Pro Kommunismus

Zur Kritik der Texte der Kommunistischen Brigaden und der CCC-Gefangenen

Vorbemerkung: Dieser Text bezieht sich auf die beiden vorstehend abgedruckten Texte: das Kapitel zur Patriarchatsdiskussion aus der (im Literaturverzeichnis genannten) Broschüre der Kommunistischen Brigaden vom Mai 1991 sowie auf Ausführungen der CCC-Gefangenen zu diesem Thema in ihrer Antwort auf einen Offenen Brief der internationalen Info-Läden. Dieser Text ist so aufgebaut, daß im ersten Teil gemeinsame Positionen, der CCC-Gefangenen und der Kommunistischen Brigaden (KomBri) kritisiert werden. In den beiden folgenden Abschnitten wird gesondert auf beide Gruppen eingegangen, während im letzten einige Notwendigkeiten materialistischer Patriarchatskritik skizziert werden.

> "Die Umstände befinden sich in einer ununterbrochenen Wandlung; wenn wir unser Denken den neuen Umständen anpassen wollen, dann müssen wir studieren. Auch diejenigen, die den Marxismus bereits verhältnismäßig gut verstehen, die bereits in ihrer proletärischen Haltung relativ gefestigt sind, müssen immer wieder studieren; sie müssen sich mit Neuheiten vertraut machen, sie müssen die neuen Probleme untersuchen."[1]

I. Zur Kritik der gemeinsamen Grundpositionen von Kommunistischen Brigaden und CCC-Gefangenen

1. Die Methode der Nicht-Argumentation: Aufspaltung des Patriarchats-Begriffs

Sowohl die KomBri als auch die CCC-Gefangenen teilen den Gesamtkomplex von Frauenunterdrückung in zwei Hauptbereiche auf:

++ zum einen handele es sich um ein vorkapitalistisches Relikt. Die KomBri nennen dies "historisches Gewaltverhältnis zwischen Geschlechtern". Die CCC-Gefangenen wollen für diesen Bereich den Begriff "Patriarchat" reserviert wissen.

++ zum anderen handele es sich um einen Ausdruck des Kapitalismus.

Der erste Bereich (und insoweit auch der Kampf gegen Frauenunterdrückung) sei in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr gesellschaftlich-politisch relevant, sondern ein Privatproblem. Der Kampf gegen den zweiten Bereich von Frauenunterdrückung sei ein bloßer Unterfall des Klassenkampfes. Das "Recht [sic!, Anm. d. Verf.] auf Selbstbestimmung eines antipatriarchalen Kampfpols" (CCC, 91) bzw. eine "starke eigenständige antipatriarchale und antirassistische Orientierung (Organisierung)" (KomBri, 86) wird abgelehnt.

Diese Auffassung wird in beiden Texten nicht begründet, sondern - durch die oben zitierte Aufspaltung - definitorisch gesetzt.[2] Dies können sich die KomBri und die CCC-Gefangenen nur (scheinbar!) erlauben, weil sie den Gegenstand ihrer Kritik, den heutigen Feminismus, nicht kennen bzw. so tun, also ob sie ihn nicht kennen. Dies ermöglicht ihnen, die traditionelle marxistische Position einfach nur zu wiederholen, ohne auch nur den Versuch einer argumentativen Widerlegung der feministischen Marxismus-Kritik zu unternehmen.

Im Einzelnen zeigt sich das an folgenden Punkten:

2. Ignoranz gegenüber dem feministischen Patriarchatsbegriff

Im Gegensatz zu den beiden Texten will der Feminismus die *nicht*-kapitalfunktionale(n Teile von) Frauenunterdrückung **nicht** als bloße Relikte aus früherer Zeit betrachten. Deshalb verwendet der Feminismus den Begriff "Patriarchat" nicht (nur) für "the feudal rule of the father as head of the household over 'his' woman, children, labourer and servants". Vielmehr ist die "general assumption behind the discussion of present-day patriarchy (...) that even if women have been oppressed throughout history, patriarchay today is not simple a historical left-over. The subjection of women ist not just the last kind of inequality to be removed, as John Stuart Mill thought, but an integrated part of the structure of present-day society."[3]

Auch Juliet Mitchell schreibt, daß der Begriff Patriarchat verwandt wird, "nicht um die Herrschaft des Vaters zu bezeichnen, sondern die Herrschaft der Männer überhaupt. (...), so daß wir sagen können, Feminismus ist die Überzeugung, daß die Unterdrückung der Frau zuallererst dagewesen ist und losgelöst werden kann von jedem spezifischen historischen Kontext."[4]

Dies ist - *in der hier zitierten Form!* - auch nicht mehr als eine Begriffsdefinition und eine Behauptung ohne Begründung. Aber die CCC-Gefangenen und die KomBri sind dafür zu kritisieren, daß sie es sowohl unterlassen haben

++ die Nützlichkeit eines solchen weiten Patriarchats-Begriffs für die von den CCC-Gefangenen zu Recht eingeforderte "historisch-materialistische Analyse" (90) der Gesellschaft zu prüfen, als auch

++ die - *an anderer Stelle vorgebrachten* - Argumente für die feministische These (daß Frauenunterdrückung nicht [nur] "simple a historical left-over (...), but an integrated part of the structure of present-day society" sei) zu erörtern.

3. Ignoranz gegenüber der Kritik an einer kapitalfunktionalen Patriarchatserklärung

Ebenfalls wurden in der feministischen Debatte längst Argumente gegen eine kapitalfunktionale Erklärung des Patriarchats vorgebracht.

a) Wem nutzt die Frauenlohndiskriminierung?

So läßt sich bspw. Frauenlohndiskriminierung nicht (nur) mit seiner (vermeintlichen) Funktionalität[5] für das Kapital erklären, sondern realisiert ein klassenübergreifendes Interesse *aller Männer*.[6] Eine gleichmäßige Verteilung einer *gegebenen* Lohnsumme auf Frauen und Männer ließe die Profitrate des Kapitals unberührt.

"Wenn auch zwischen den Klassen höchst unterschiedliche Vorstellungen über die Lohnhöhe bestehen, so existiert doch in einem Punkt ein Konsens zwi-

1 Mao Tse-Tung am 12.03.57 auf der Konferenz über nationale Propagandaarbeit der KPCh.

2 Besonders deutlich wird diese Methode am Text der KomBri. Der zweite Satz ihres Kapitels zur "Patriarchatsdiskussion" lautet: "Das Patriarchat als soziale Struktur unterscheidet sich vom Zeitpunkt der Einführung der kapitalistischen Produktionsweise an insofern vom vorherigen gesellschaftlichen Prinzip, da es mit klarer Bestimmung zu einem funktionellen Integral im Produktions-Reproduktionszyklus geworden ist." Diese These wird nirgends in dem Text begründet, aber auf sie wird immer wieder zurückgegriffen, wenn es darum geht, konkrete politische Schlußfolgerungen abzustützen ("zu begründen" wäre übertrieben): Bspw. 86: "Wenn es richtig ist zu sagen, daß das Patriarchat im Kapitalismus primär als Funktion zu sehen ist, ..." (Ja, wenn... Aber das ist ja die Frage.), 86: "wie gesagt", "wie andererorts benannt", "wie benannt", 87: "um es noch einmal deutlich zu sagen". An all diesen Stellen wird die Richtigkeit der Ausgangsthese einfach nur vorausgesetzt; trifft die Ausgangsthese nicht zu, bricht an all diesen Stellen die Argumentation zusammen!

3 Dahlerup 1987, 93, 96. Allerdings gibt es auch einige Feministinnen, die diesen umfassenden Patriarchats-Begriff als zu unpräzise ablehnen. Dies führt sie aber - anders als die KomBri und die CCC-Gefangenen - nicht dazu, zu bestreiten, daß Frauenunterdrückung auch noch eine Dominante der heutigen gesellschaftlichen Struktur ist.

4 Mitchell 1966- 1971, 60, 62.

5 S. zur grundsätzlichen Problematik funktionalistischer Erklärungsansätze: Barrett 1980, 29, vgl. 24 f.; Braig/Lentz, 1983, 16.

6 S. zum klassenübergreifenden Charakter von Frauenunterdrückung auch: Andresen/Wolf 1988, 44.

schen männlichen Arbeitern und Kapitalisten. Die Löhne der Männer müssen bei vergleichbarer Arbeit höher sein als die der Frauen."[7] Es ist also *nicht das Kapital*, das die Lohnarbeiterinnen 'doppelt unterdrückt'.[8]

Dies gestehen unfreiwillig auch die CCC-Gefangenen zu, wenn sie auf S. 93 von einer "*Über*ausbeutung" [Hervorh. d. Verf.] der Frauen sprechen. Eine solche "*Über*ausbeutung" läßt sich im Rahmen der Kapitallogik nämlich nicht erklären.[9] "(...) es ist mir nicht klar, warum es im *Interesse des Kapitals* sein sollte, Frauen Löhne zu zahlen, die für Männer einen höheren Lohn notwendig machen, damit diese ihre Frauen unterhalten können. (...) Die Funktionsweise der Ausbeutung verstehen heißt noch nicht, daß geklärt ist, warum (...) ganz bestimmte Gruppen auf diese (ganz besondere, stärkere, Erg. d. Verf.) Weise ausgebeutet werden."[10] -

Also: Wieso zahlt *das Kapital* gerade schwarzen Frauen und nicht weißen Männern die niedrigsten Löhne? Und v.a.: Wieso zahlt das Kapital den sog. Familienlohn auch an unverheiratete Männer?[11] Nicht aufgrund seines Interesses *als Kapital*, sondern weil es neben der Herrschaft des Kapitals auch noch eine HERRschaft der Männer und der Weißen gibt. Die richtige Sichtweise lautet also: Nicht Kapitel unterdrückt die Frauen 'doppelt', sondern die Männer unterdrücken die Frauen; und als Lohnarbeiterinnen werden Frauen zusätzlich vom Kapital ausgebeutet.

b) Wem nutzt die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung?

Die gleiche klassenübergreifende Männereinigkeit besteht hinsichtlich der (Nicht)-Eignung von Frauen für die Erwerbsarbeit und - wenn sich Frauen-Erwerbstätigkeit nicht verhindern läßt - in der Beantwortung der Frage, welche Branchen dafür in Frage kommen: nämlich die hausarbeitsnahen.[12]

Die meisten Männer sind zwar als Angehörige der ArbeiterInnenklasse ebenfalls ausgebeutet und unterdrückt, "aber sie stehen auf einer anderen Stufe als Frauen. Sie sind mit der Reproduktion in Form von Hausarbeit in der Regel nicht belastet, sie haben die besseren Arbeitsplätze und die höheren Löhne, sie haben Sitz und Stimme in Betriebs-, Aufsichts-, Stadträten usw."[13] Das Kapital hat insofern nur den Vorteil, seine Interessen gegen eine sexistisch (und rassistisch sowie auf andere Weise) gespaltene Belegschaft *leichter* durchsetzen zu können. Diese *bloße Erleichterung* kann aber *kaum* als *Hauptaspekt* des Patriarchats betrachtet werden.

c) Schlägt das Kapital die Frauen?

Ebenfalls nicht mit der Funktionalität für das Kapital zu erklären ist die massenhafte inner- und außerfamiliare direkte körperliche Gewalt von Männern gegen Frauen.[14]

d) Das Patriarchat ist älter als Klassenherrschaft

Zwar ist das Patriarchat in der Tat keine Naturgegebenheit (da haben sogar ausnahmsweise die CCC-Gefangenen etwas mitbekommen [s. 92]). Nichts desto weniger ist es nicht nur lange vor dem Kapitalismus[15], sondern sogar vor jeder Klassenspaltung entstanden. Die Existenz des Patriarchats kann also auch deshalb nicht mit seiner (vermeintlichen) Funktionalität für Klassenherrschaft, insbesondere den Kapitalismus, erklärt werden:[16]

Bereits in den Jäger- und Sammlerinnengesellschaften (Altsteinzeit), die noch kein Eigentum kannten, gab es eine geschlechtliche Arbeitsteilung und ein gesellschaftliches Einfluß-Übergewicht der Männer - von Frauenunterdrückung soll allerdings noch nicht gesprochen werden können.[17] ***In den meisten (ebenfalls noch klassenlosen) segmentären Gesellschaften*** (Jungsteinzeit) entwickelte sich diese Tendenz in den patrilinearen (= männliche Verwandtschaftslinien) Gesellschaften im Zusammenhang mit der Entstehung des Brautpreises zum ***Patriarchat***.[18] Zusammenfassend:

"Die ökonomischen[19] Gefahren konnten von den egalitären segmentären Gesellschaften noch weitgehend gemeistert werden, (...). Die sexistischen Gefahren haben sie nicht gemeistert. So entstand Macht in der überlegenen Stellung des Mannes gegenüber der deklassierten Frau oder gegenüber einer erst recht deklassierten Vielzahl von Frauen und in der sozialen Kontrolle der Alten über diese Zirkulation der Reproduzentinnen."[20]

Erst später bildete sich mit der Sklaverei die erste Klassengesellschaft heraus.

Davon gingen auch Marx und Engels ursprünglich in der "Deutschen Ideologie" aus: Die Familie sei die erste Form der Arbeitsteilung und des Eigentums gewesen;[21] erst danach seien Klassen (Bürger und Sklaven) entstanden[22]. Diese Erkenntnis ging aber in der späteren - und für die orthodox-marxistische Fassung der sog. "Frauenfrage" maßgeblichen - Schrift von Engels "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" (MEW 21, 25 ff.) wieder verloren.

e) Das Patriarchat ist längerwährend als Klassenherrschaft

Schließlich hat die Erfahrung des "real existierenden Sozialismus" *praktisch* gezeigt, daß die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln nicht automatisch die Aufhebung von MännerHERRschaft über Frauen bedeutet.[23]

4. Ignoranz gegenüber den sozialistischen Feministinnen

Schließlich denunzieren beide Texte (der der CCC-Gefangenen explizite [s. **Fehler! Textmarke nicht definiert.**, 93] und der der KomBri etwas versteckter [86; 86]) den Feminismus als (klein)bürgerlich bzw. antiproletarisch und reformistisch.

---

7 Rentschler 1988, 29.

8 Nach traditionell marxistischer Auffassung werden Frauen 'doppelt' vom Kapital ausgebeutet - einmal als Angehörige des Proletariats und das zweite Mal als "Geschlechtswesen". S. dazu die Kritik bei: Redaktionskollektiv 1988, 8.

9 Vgl. Barrett 1980, 30: "Es ist nicht klar, warum zwischen den spezifischen Formen der Männerherrschaft und beispielsweise den Interessen des Kapitals irgendeine Beziehung bestehen sollte, mindestens erscheint es in keiner der existierenden marxistischen Analysen selbstverständlich."

10 Barrett 1980, 31 f. - Hervorh. d. Verf.

11 Meulenbelt 1988, 127, FN 95. Die traditionelle Forderung der ArbeitERbewegung nach dem Familienlohn schließt - zumindest im Rahmen des Wertgesetzes - eine Gleichbezahlung von Frauen und Männern aus (Ambros/Hentges/Sperling 1989, 23 unter Hinweis auf: J. Kuczynski, Wert und Preis der Frauenarbeit, in: Die Arbeit. Zeitschrift des FDGB, 4/1948, 104 ff.).

12 Rentschler 1988, 30.

13 Maier 1987, 51.

14 S. dazu das Zitat "aus einem Brief einer Mitdiskutantin" bei Viehmann et al. 1990, 39: "Sexueller Mißbrauch als kleines Mädchen und Vergewaltigung, davon sind nicht einzelne Mädchen und Frauen betroffen, sondern Millionen. Gerade die Mißhandlung in der Kindheit ist - wie sich allmählich abzeichnet - ein Massenphänomen und zwar weltweit. Und wir können deshalb davon sprechen, daß dieses Phänomen die gesellschaftliche Rolle von Frauen prägt." S. dazu im übrigen aus der umfangreichen Literatur bspw.: Alternative Liste, Frauenbereich (Hg.), Zum Thema: *Frauen Widerstand gegen Männergewalt*, o.O. (Westberlin), o.J. (um 1988/89).

15 Vgl. Barrett 1980, 18.

16 Barrett 1980, 30.

17 Uwe Wesel, Grundzüge der Rechtsgeschichte (Vorlesung), Wintersemester 1986/87. 1. Skriptum o.O. (Westberlin), o.J. (1986), 10 f.; vgl. 15 f.

18 Wesel, a.a.O., 25 ff., 34. **Zeitlich parallel entwickelten sich in anderen Gesellschaften (als Ausnahme) Matrilinearität und Matrilokalität (die Familie zieht an den Wohnort der Frau).** Nach *Wesel* sind diese Gesellschaften aber nicht von Frauenherrschaft, sondern allenfalls von leichter **Dominanz der Frauen**, im wesentlichen aber Gleichheit/Gleichberechtigung der Geschlechter gekennzeichnet. (a.a.O., 32 f.). Vgl. dazu auch Stroöbl 1991, 13: "So wenig wir über das **Matriarchat** oder einzelne matriachale Gesellschaften wissen, als gesichertes historisches Wissen, so sicher können wir annehmen, daß sich **das Patriarchat als Herrschaft nur in langwierigen und blutigen Kämpfen durchsetzen konnte.**" (Hervorh. d. Verf.)

19 *Wesel* meint *klassistische* Gefahren, denn nicht nur Klassenherrschaft, sondern auch GeschlechterHERRschaft und Rassismus drücken sich in ökonomischer Ungleichheit/Ungleichberechtigung aus. Anm. d. Verf.

20 Wesel, a.a.O., 35.

21 Marx/Engels 1845, 22, 29, 32.

22 Marx/Engels 1845, 23.

23 Barett 1980, 18.

Daran ist zunächst richtig, daß der Feminismus notwendiger und daher auch begrüßenswerter(!)weise *insoweit* interklassistisch ist, *als sich der Kampf des Feminismus gegen eine interklassistische Erscheinung*, nämlich gegen das Patriarchat, *richtet*. Frauenunterdrückung existiert in allen Klassen!
Im übrigen beweist dieser Vorwurf aber nur aufs Neue, daß beide Texte nicht auf dem Stand der Debatte argumentieren. Denn in den letzten 20 - 25 Jahren hat sich eine Strömung sozialistischer Feministinnen herausgebildet, die
++ sowohl jenseits der traditionellen bürgerlichen Frauenbewegung steht
++ als auch mit der traditionell-marxistischen Nebenwiderspruch-Theorie gebrochen hat. Deren Kampf richtet sich zu Recht gegen patriarchale Verhältnisse in allen Klassen **und** gegen die kapitalistische Klassenherrschaft.[24]
Darüber hinaus gibt es eine Strömung von sog. radikal-feministischen Frauen, die sich zwar nicht auf den Lohnarbeit-Kapital-Widerspruch beziehen, die sich aber nichts desto weniger in einem unversöhnlichen (revolutionären) Widerspruch zum als patriarchal analysierten System sehen. Das Problematische an *dieser* Strömung ist, daß *deren* Argumentationsmuster - **im Gegensatz zu denen der erstgenannten Strömung** - in der Tat vor der *Gefahr* stehen, in einen (umgekehrten) Biologismus abzurutschen[25] und deshalb für Konzepte der Neuen Mütterlichkeit *vereinnahmbar* sind[26].

Darüber hinaus gibt es selbstverständlich (weiterhin) sozialdemokratische und offen bürgerliche Feministinnen. Aber generalisierend kann gesagt werden,
++ daß sich in den letzten Jahren der Begriff Feminismus zur Bezeichnung der revolutionären Strömung in der Frauenbewegung durchgesetzt hat
und
++ daß es den Gefangenen der CCC und den Kommunistischen Brigaden gut zu Gesichte stände, wenn sie sich nicht an den argumentativ schwächsten Gegnerinnen, den bürgerlichen Feministinnen, sondern den entwickelsten feministischen Konzepten abarbeiten würden.

> "Ich beharre fest darauf, daß jemand, der keine Untersuchung angestellt hat, auch kein Mitspracherecht hat."
> Mao Tse Tung[27]

II. Zur Kritik die Position der Kommunistischen Brigaden

1. Das historisch-strukturell verankerte und bedingte sexistische Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern

Die Argumentation der KomBri ist eine Mischung aus zutreffenden und falschen Behauptungen mit dem Ziel, einen eigenständigen antipatriarchalen Kampf als nebensächlich darzustellen, da dieser den Kapitalismus nicht tangiere. Dadurch müssen sie allerdings indirekt die relative Unabhängigkeit von Patriarchat und Kapitalismus anerkennen, also zugeben, daß das Patriarchat kein aus kapitalistischen Produktionsverhältnissen direkt ableitbares Phänomen ist. Es gibt also ein "historisch-strukturell verankerte(s) und bedingte(s) sexistische(s) Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern, das einen eigenständigen gesellschaftlichen Widerspruch darstellt. Dieser ist nicht kapitalismusspezifisch, (...)." (86). Diese zutreffende Charakterisierung des Patriarchats als "eigenständigen gesellschaftlichen Widerspruch" ist der im gleichen Absatz aufgestellten Behauptung, daß "es keine gesellschaftlichen Ansätze gibt, um einen Kampf gegen diesen Widerspruch zu führen", allerdings diametral entgegengesetzt.
"(...) die Denunziation des Mannes als sexistischer Unterdrücker leitet für sich die Notwendigkeit eines revolutionären, antikapitalistischen Umsturzes nicht ab." (86).
"Der Mann hat (...) historisch eine eigenständige Rolle als Unterdrücker inne (...)." (). Diese These ist richtig. Aber gerade die Erkenntnis der relativen Eigenständigkeit des Patriarchats macht die relative Eigenständigkeit eines antipatriarchalen Kampfes zwingend notwendig. Daß die "Denunziation des Mannes als sexistischer Unterdrücker" nicht notwendig antikapitalistischen Charakter haben muß, ist so richtig wie unwichtig. Denn wenn es zutrifft, daß mit der "Installierung (?! Anm. d. Verf.) patriarchaler Gesellschaftsstrukturen" eine "spalterische Zielsetzung" (87) verbunden war, ist es umso dringender den eigenständigen Kampf gegen diese spaltenden Strukturen zu führen. Die angebliche "spalterische Zielsetzung" wird nämlich genau dann realisiert, wenn Feministinnen (und die sie unterstützenden Männer) erleben, daß für KommunistInnen dieser Kampf eine Nebensache ist !
"Im übrigen zeichnet sich in diesem Punkt (das Patriarchat als "Voraussetzung zur Gewährleistung von Mehrwert", d. Verf.) eine scheinbare[28] Reformierbarkeit des Kapitalismus ab, - das soll heißen, daß sich der Kapitalismus in den Metropolen gegenwärtig so gestalten ließe, daß das Patriarchat als gesellschaftlicher Widerspruch nicht mehr als systemimmanent in Erscheinung treten würde." (87).
Hierzu muß angemerkt werden, daß ***auf der theoretisch-analytischen Ebene*** ein nicht-patriarchaler Kapitalismus durchaus denkbar[29] ist (eine ***andere Frage*** ist, ob diese Vorstellung - aufgrund der real-historischen Verflechtung beider Herrschaftsverhältnisse - auch auf der ***politisch-praktischen Ebene*** realistisch ist (S. dazu unten). Wenn aber ein nicht-patriarchaler Kapitalismus denkbar ist, dann läßt sich gerade nicht die These aufstellen, das Patriarchat sei das "funktionelle Integral im Produktions-Reproduktionszyklus" (86) des Kapitalismus etc. geworden. Wenn es richtig ist, daß sich der Kapitalismus so gestalten ließe, "daß das Patriarchat als ge-

---

24 Vgl. Mitchell 1966 - 1971, 61 f.: "Meiner Meinung halten heute nur noch die liberalen Feministinnen an der Illusion fest, daß gesellschaftlich Gleichberechtigung in einem demokratischen kapitalistischen Land ohne eine Revolution durchgesetzt werden könne; die radikalen Feministinnen glauben, daß dies nirgendwo erreicht werden kann, ohne daß eine feministische Revolution an allererster Stelle steht. Liberale und radikale Feministinnen sind sich allerdings einig darüber, daß die Unterdrückung der Frau unabhängig von anderer Unterdrückung bekämpft werden kann, während die sozialistischen Frauen in der Frauenbewegung, (...), glauben, daß der Kampf gegen die Unterdrückung der Frau ein zentraler, gleichzeitig aber wesentlicher Teil eines größeren revolutionären Kampfes ist, (...). Die radikalen Feministinnen tendieren jetzt dazu, im Zuge der Entwicklung ihrer Theorie dieses Unterscheidung mit einzubeziehen, (...)."

25 Vgl. bspw. Barrett 1980, 20 f. Redaktionskollektiv 1988, 12; Elvira Scheich, Frauen-Sicht, in: Ursula Beer (Hg.), Klasse Geschlecht, Bielefeld, 1989², 132 (137); Strobl 1991, 14, 21 f.

26 Maria Mies: "Mütter, die gar nicht anders (können), als für die Erhaltung und den Schutz des Lebens ihrer Kinder (zu) kämpfen." (Tschernobyl - wer machte uns die Natur zur Feindin, in: taz, 21.5.1986, S. 11 zit. n. Scheich 1987, 87 f.). Claudia von Werlhof: "An den Kindern kann ich daher sehen, wo ich hin muß, und daß es meine Verantwortung ist, dafür zu sorgen, was die Kinder brauchen, und was nichts anderes ist als das, was auch ich und alle anderen brauchen." (Wir werden das Leben unserer Kinder nicht dem Fortschritt opfern, in: Gambaroff et al., Tschernobyl hat unserer Leben verändert. Reinbek 1986, 24 zit. n. Scheich 1987, 89). Zur Kritik s. auch: Elvira Scheich, Männliche Wissenschaft - Weibliche Ohnmacht? und Ilse Lenz, Subsistenzproduktion, Moderne und Freiheit, in: Die Grünen (Hg.), Lebensmodelle für Frauen. 2. Grüne Bundesfrauenkonferenz 28. - 29.11.1987 (Redaktion: Steffi Engert et al.), Bonn, 1987, 87 ff. und 71 ff.; Gudrun Hentges, Feministische Kritik an der Marx'schen Werttheorie - unter besonderer Berücksichtigung des polit-ökonomischen Ansatzes von V. Bennholdt-Thomsen und C. v. Werlhof, Hausarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg 1986/87, Marburg, o.J. (1988); Steffi Engert, Alle Frauen sind Hausfrauen - doch was folgt daraus?, in: Inprekorr, Nr. 180, April 1986, 21 ff.; dies., (grün-)Feministische Postmoderne oder Krise als Chance, in: Erwin Jurtschitsch / Alexander Rudnick / Frieder Otto Wolf (Hg.), Grünes & Alternatives Jahrbuch 1988. Grüne Perspektiven, Köln, 1988, 233 ff. [ähnlich unter der Überschrift "Grüne Strategie muß feministisch sein", in: Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle (Hg.), von der Mühsal der Ebenen und der Lust der Höhen...?, Bonn, 1988, 24 ff. und unter der Überschrift "Mythen von verlorenen Paradiesen sind häufig, solche von deren Wiedergewinnung sind rar' (Irmtraud Morgner)", in: Die Grünen..., a.a.O., 1987, 73 ff.]; dies., Feministische Quantensprünge, in: Horizonte (Köln), Nr. 6, Sommer 1988, 13 ff.

27 zit. n. Rote Armee Fraktion, Das Konzept Stadtguerilla, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln 19884,5 - 13 (5).

28 Das Wort "scheinbar" scheint *nicht* die nachfolgend behauptete *Möglichkeit*, sondern deren *Charakterisierung* als 'Reform' in Zweifel ziehen zu sollen. S. dazu folgende Passage in der gleichen Spalte des Textes der KomBri: "(...) ist dem **Staat als Instrumentarium des Kapitalismus das Rüstzeug** gegeben, *diesen reformistischen Forderungen nachzukommen*, **und den Kapitalismus damit in diesem Punkt** scheinbar zu *reformieren*, (...)." (fette Hervorh. i. O., kursive d. Verf.).

29 Vgl. dazu auch Barrett 1980, 222 und unten das Zitat in FN .

sellschaftlicher Widerspruch nicht mehr in Erscheinung treten würde", dann bedeutet dies,
++ die Tatsache, daß *trotz dieser Möglichkeit* zur Zeit patriarchale Strukturen bestehen,
- entweder für einen Zufall zu halten (eine Möglichkeit, die mir wenig wahrscheinlich erscheint)
oder
- aber anzuerkennen, daß das Patriarchat eine eigene vom Kapitalismus unabhängig 'Ursache' hat.

2. Der "sozialdemokratisch behaftete" Begriff von Gleichberechtigung der KommunistInnen

Die These der KomBri, daß der "sozialdemokratisch behaftete Begriff der Gleichberechtigung der Frau (...) jede antikapitalistische Tendenz effektiv" ausklammert, übersieht, daß sozialdemokratische Politik *generell* "jede antikapitalistische Tendenz effektiv" ausklammert. Denn sie ist *objektiv* ungeeignet, kapitalistische Produktionsverhältnisse zu beseitigen.[30] Zum anderen ändert die Tatsache, daß SozialdemokratInnen und KommunistInnen unterschiedlich geeignete Mittel zur Realisierung des Ziels einer klassenlosen Gesellschaft anwenden nichts an der Tatsache, daß sowohl SozialdemokratInnen als auch KommunistInnen traditionell auf die sogenannte Frauenfrage die gleiche, verfehlte Antwort geben:[31] Soweit eine *spezifische* Unterdrückung der Frauen/Arbeiterinnen zugegeben wird (meist als vorkapitalistisches Relikt betrachtet, so auch bei den KomBri 87: "*historisches* Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern"]), fordern SozialdemokratInnen **und** KommunistInnen traditionellerweise die *juristische* Gleichstellung (Gleichbe*recht*igung) von Frauen und die Einbeziehung der Frauen in die Erwerbsarbeit und ähnliches.[32] (Und war in der Arbeiterbewegung noch eine avantgardistische Position.[33] S. dazu weiter unten die Passage zur "proletarischen Frauenbewegung".) Soweit es um die 'Unterdrückung der Frau als Verkäuferin ihrer Arbeitskraft' geht, wird eine (wie unterschiedlich im Einzelnen und im Grundsätzlichen auch immer vorgestellte) Überwindung des Kapitalismus anvisiert.

Diese Auffassung steht im Kontext von Engels' - in seinem "Der Ursprung der Familie,..." entwickelten - Auffassung, daß die Frauenunterdrückung mit dem Privateigentum entstanden sei.[34] Die logische (nicht nur DKP-)Schlußfolgerung daraus ist, daß "die Frauenfrage selbst mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel verschwinde".[35] Dies war auch die Auffassung des Sozialdemokraten August Bebel: "Von unserem Standpunkt fällt diese Frage zusammen mit der Frage, welche Gestalt und Organisation die menschliche Gesellschaft sich geben muß, damit an Stelle von Unterdrükkung, Ausbeutung, Not und Elend die physische und soziale Gesundheit der Individuen und der Gesellschaft tritt. Die Frauenfrage ist also für uns nur eine Seite der allgemeinen sozialen Frage, (...)."[36] Soweit der Stand bis Jahrhundertwende. -

Bei der Kommunistin Clara Zetkin kommt dann noch die Abgrenzung von der sog. bürgerlichen Frauenbewegung hinzu.[37] Dabei ist die These von der Existenz einer proletarischen *Frauen*bewegung weitgehend ein Mythos. Denjenigen proletarischen Politiker und Politikerinnen, die sich auf jene bezogen haben, ging es weder um eine **Bewegung** noch um eine spezielle Interessenswahrnehmung zumindest von proletarischen Frauen: "Vielen Männern sind die Zusammenschlüsse, aber auch die organisierten Treffen von Frauen suspekt. Ihre Ängste sind konkret und praktisch. Die tägliche Versorgung steht auf dem Spiel, Frauen erledigen die Hausarbeit nicht mehr so gut, nicht mehr so selbstverständlich und bereitwillig."[38]

Statt um Fraueninteressen ging es jenen PolitikerInnen darum, daß Frauen dafür gewonnen werden, daß sie die Interessen ihrer proletarischen Ehemänner unterstützen.[39] Deshalb bedeutete die Gegenüberstellung einer angeblich bürgerlichen Frauenbewegung und einer proletarischen angeblichen Frauenbewegung *de facto* die Unterordnung von Fraueninteressen unter die Interessen der männerdominierten **Partei**.[40] So rückte bspw. Clara Zetkin zeitweise[41] die Forderung nach einem Recht auf Frauenerwerbstätigkeit in die Nähe von vermeintlich bürgerlicher "Frauenrechtlerei" und stellte stattdessen die - sicherlich nicht falsche - Forderung nach einem Frauenrecht in den Vordergrund.[42] Dies bestätigt erneut, daß Frauen vor allem als Unterstützerinnen, hier: als Wählerinnen, der Arbei*tER*organisationen, aber nicht als Kämpferinnen für ihre eigenen Interessen erwünscht waren.

Über Rosa Luxemburg schreibt Ingrid Strobl schließlich: Luxemburg habe die radikalen Feministinnen "Zeit ihres Lebens aufs Schlimmste diffamiert" und sich stattdessen allenfalls auf reformistische Strömungen in der Frauenbewegung bezogen. Rosa Luxemburg selbst habe dagegen "nicht einmal eine reformistische Haltung in der Frauenfrage (gehabt), sie hatte keine. Was sie allerdings nicht daran hinderte, Antifeministin zu sein."[43]

Angesichts der gänzlich unrevolutionären Haltung der Sozialdemokratie zum Patriarchat bestand für diese auch im Zuge der Parteispaltung keine Revisionsbedarf,[44] so daß Ende der 60er /

---

30 Zur subjektiven Seite s.: Parteivorstand der SPD (Hg.), Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1989), Bonn, o.J., 21 ("Überwindung der Klassengesellschaft"), 22 ("von Klassenschranken befreite Gesellschaft").

31 Vgl. dazu am Beispiel der Haltung von SPD und DKP zur Familie: Ketelhut et al. 1984.

32 Heutzutage ist es die SPD, die über diesen traditionellen Gleichberechtigungsbegriff *hinausgeht*. So fort die SPD in ihrem neuen Grundsatzprogramm nicht nur die "rechtliche", sondern auch die "gesellschaftliche" Gleichstellung, worunter sie nicht mehr nur die Einbeziehung der Frauen in die Erwerbsarbeit versteht. Außerdem heißt es dort: "Dies bedeutet nicht die Integration der Frau in eine Männerwelt, sondern die Umgestaltung der Gesellschaft." (Parteivorstand der SPD [Hg.], a.a.O., 18). - **Um es noch einmal zu betonen: Ich argumentiere hier auf der Ebene des programmatischen Ziels. Auf dieser Ebene spielt also keine Rolle, welche *Mittel* die SPD auf *programmatischer* Ebene zur Erreichung dieses Ziel ins Auge faßt; und erst Recht spielt auf dieser Ebene keine Rolle, wie die *praktische Politik* der SPD aussieht!**

33 S. dazu Viehmann et al. 1990, 49 f.

34 Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, Berlin/DDR, 1983 zit. n. Redaktionskollektiv 1988, 7.

35 So die krit. Darstellung bei Haug 1988, 16. S.a. die krit. Darstellung bei: Redaktionskollektiv 1988, 8: ohne den Sozialismus sei die volle Gleichberechtigung der Frau nicht realisierbar.

36 August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, 1879 zit. n. Luc Jochimsen, Sozialismus als Männersache oder Kennen Sie "Bebels Frau"?, Reinbek bei Hamburg 1978, 11.

37 Redaktionskollektiv 1988, 8; Heinz Niggemann, Einleitung, in: ders. (Hg.), Frauenemanzipation und Sozialdemokratie, Frankfurt am Main, 1981, 20.

38 Köhn et al. 1984, 165 m.w.N.; s.a. ebd., 169 m.w.N.

39 Köhn et al. 1984, 166 m.w.N.

40 Strobl, 1986, 73. Vgl. F. Balibar / N. Labica 1984, 341: "Die Forderungen des 'bürgerlichen' Feminismus, der 'Suffragetten': Recht der Frauen, freie Berufe auszuüben, gleiche Ausbildungsmöglichkeiten wie für Männer, gleiche politische Rechte, wurden zunächst en bloc von der marxistischen sozialistischen Bewegung zurückgewiesen. (...)." sowie Köhn et al. 1984, 174: "In der offiziellen sozialistischen Frauenemanzipationstheorie kam der Geschlechterkampf nicht vor, wurden die Beziehungen zwischen Frauen und Männern harmonisiert. Im Gegensatz dazu thematisierte die sog. bürgerliche Frauenbewegung zu diesem Zeitpunkt (d.h. um die Jahrhundertwende, Erg. d. Verf.) die Geschlechterproblematik und organisierte Kampagnen, die diese zum Gegenstand hatte (...)." Allerdings beziehen sich Köhn et al. 1984, bes. 184 ff. nicht vorrangig auf den radikalen Flügel der sog. bürgerlichen Frauenbewegung, sondern bewerten auch deren gemäßigten Flügel ausgesprochen wohlwollend (s. aber auch Köhn et al. 1984, 200, FN 9).

41 Vgl. dazu Köhn et al. 1984, 199, FN 7.

42 Köhn et al. 1984, 164.

43 Strobl 1986, 73.

44 Vgl. Niggemann, a.a.O., 37: "Es zeigt sich, daß die Fronten der politischen Flügelbildung nicht mit der Haltung zur Frauenemanzipation parallel laufen; (...)." Womit Niggemann so nebenbei die These vertritt, die Frauenemanzipation sei unpolitisch... S. dazu auch: Viehmann et al. 1990, 45: "(...) die **sozialdemokratischen und stalinistischen Arbeiterorganisationen** haben so die Ausbeutung der Lohnarbeiter jahrzehntelang als die wichtigste gegen alle 'Nebenwidersprüche' behauptet." (Hervorh. d. Verf.) Das Vorstandsmitglied der bekanntermaßen sozialdemokratisch dominierten IG Metall, Hans Preiss, konnte noch 1977 auf einer IGM-Konferenz unter dem Beifall der Versammlung ausführen: "Zu den Kräften, die objektiv die Geschlossenheit der Kolleginnen und Kollegen spalten, gehört nicht zuletzt die bürgerliche Frauenbewegung. (...) sie hat nie erkannt, daß die Voraussetzungen für die Emanzipation der Frau erst geschaffen werden durch die Emanzipation der arbeitenden Klasse." (zit. n. Köhn et al. 1984, 160). Und das Vorstandsmitglied der etwas *links*-sozialdemokratischeren IG Druck und Papier, Gisela Kessler,

Anfang der 70er Jahre die neue Frauenbewegung (in der BRD) sowohl in Opposition zur Sozialdemokratie als auch in Opposition zu den dominanten kommunistischen Strömungen entstand.[45]
Denn eigenständige patriarchale Strukturen, d.h. Strukturen,
++ die sich nicht nur auf den Bereich des (juristischen) Überbaus beziehen,
++ die vor dem Kapitalismus, ja vor jeder Klassenherrschaft entstanden sind,
++ die auch im Kapitalismus und im ("real existierenden") Sozialismus noch eine aktuelle Bedeutung haben,
und
++ die deshalb nicht mit der vollständigen Durchsetzung des Kapitalismus (Auflösung feudalistisch-patriarchaler Reste) bzw. der Durchsetzung des Sozialismus (Überwindung der 'Unterdrückung der Frau als Verkäuferin ihrer Arbeitskraft' und der kapitalfunktionalen Aspekte von Frauenunterdrückung) mehr oder minder *automatisch* verschwinden, sondern vielmehr relativ eigenständig bekämpft werden müssen,
gibt es traditionellerweise weder für SozialdemokratInnen noch für KommunistInnen! Sowohl KommunistInnen als auch SozialdemokratInnen beschränken sich traditionellerweise - eben weil es solche Strukturen für sie nicht gibt! - auf die Forderung nach Gleichbe*rech*tigung von Mann und Frau. Genau hier muß die Kritik am "sozialdemokratisch-behafteten Begriff der Gleichberechtigung" (und an der **kommunistischen** Antwort auf die sog. 'Frauenfrage') ansetzen. Da die KomBri die wesentlichen Aspekte des "sozialdemokratisch-behafteten Begriff(s) der Gleichberechtigung" teilen, sind sie zu einer solchen Kritik nicht in der Lage!

3. Noch einmal zur Aufspaltung des Patriarchats-Begriffs

Des weiteren behaupten die KomBri, daß sich das Patriarchat zur Zeit auf drei unterschiedlichen und vor allem auch analytisch zu trennenden Ebenen darstelle:
a) die Ebene der [angeblichen!, d. Verf.] ökonomischen Funktionalität von Frauenunterdrückung für das Kapital ("unbezahlte Reproduktionsarbeiterin" / Reproduktion des Arbeiters) (86).
Der Sachverhalt als solcher ist hier von den KomBri zwar richtig erkannt und benannt worden, bietet aber keine (ausreichende) Erklärung für die behauptete Kapitalfunktionalität des Patriarchats:
Zum einen greifen die KomBri hier nur einen Aspekt des Patriarchats heraus.
Zum anderen ist es bspw. nicht einsichtig, wieso es nicht *kapitalismus*-immanent *möglich* sein soll, die Reproduktion der Arbeitskräfte weitgehend zu kommerzialisieren (und die [restliche] Reproduktionsarbeit auf Frauen und Männer gleichmäßig zu verteilen)[46] (Wie wir weiter oben gesehen haben, gestehen die KomBri diese Möglichkeit an anderer Stelle durchaus zu.) Dies würde dem Kapital nicht nur höhere Kosten (steigender Wert der Ware Arbeitskraft aufgrund der Kommerzialisierung deren Reproduktion), sondern auch neue Mehrwertquellen verschaffen[47] - nämlich durch die Arbeiten, die dann innerhalb des Lohnarbeitsverhältnisses geleistet würden. [Dabei ist zu berücksichtigen, daß für den Kapitalismus jede Arbeit produktiv (sprich: mehrwertproduzierend) ist, (unabhängig davon, ob sie in einem stofflichen Verständnis produktiv ist; also unabhängig davon, ob sie neue Gegenstände herstellt!), die in das kapitalistische Produktionsverhältnis einbezogen ist.[48]]. Solange diese Arbeiten außerhalb des Lohnarbeitsverhältnisses geleistet werden drücken sie "sich nicht in Geld aus" und sind "somit wertlos"[49] (Wert ist hier keine moralische, sondern eine ökonomische Kategorie). Sie kommen - da (tausch)wertlos - nicht dem Kapital, sondern - als *Gebrauchs*werte - den Männern zugute. Damit ist nicht gesagt, daß die Kommerzialisierung von Hausarbeit automatisch das *Patriarchat* untergräbt,[50] sondern nur, daß dieser Vorgang den *Kapitalismus* nicht stürzen würde. Vielmehr ist gerade mit einer Forderung wie der nach Lohn für Hausarbeit die Gefahr der Verfestigung geschlechtshierarchischer Arbeitsteilungen verbunden.[51]
b) politische Funktionalität von Frauenunterdrückung für das Kapital ("Kanal zur Umsetzung der sozialen Deklassierung des Arbeiters", Spaltung der beherrschten Klasse, Schwächung des Klassenkampfes) (86).
c) das "historische Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern", für dessen Bekämpfung es aber "keine gesellschaftliche Ansätze" gebe. Daher sei diese Problem im "**persönlichen** Alltag" aufzugreifen; im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang", also für kommunistische **Politik**, sei dieses Problem aber irrelevant. Denn ein "entsprechender Appell", den "persönlichen Alltag" zu ändern, sei - mangels "gesellschaftlicher Ansätze" [und so schließt sich die zirkuläre Argumentation! Anm. d. Verf.] - "praxisfern und illusionistisch". (164)

> Sagt der Kommunist,
> das Problem im "persönlichen Alltag" aufgreifen oder nicht,
> und bleibt das Patriarchat wie's ist.
> (Frei nach der Volksmundweisheit:
> Kräht der Hahn auf dem Mist,
> ändert sich das Wetter oder es bleibt wie's ist.)

4. Die politische Konsequenz der Negation der gesellschaftlich-materielle Basis der *triple oppression*

Die KomBri kritisieren, daß Viehmann et al. (3:1-Papier) nicht in der Lage seien, die gesellschaftlich-materielle Basis für eine triple oppression anzugeben. "Die konsequente Weiterführung gemäß dieser Analyse würde bedeuten, im Kampf gegen die gegenwärtigen Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen drei Feinde zu entlarven:
- den Kapitalismus/Imperialismus
- den Mann im Kapitalismus
- den Rassist[en] im Kapitalismus." (86).

Demgegenüber müsse "der Kampf gegen das Patriarchat immer in der Orientierung des Kampfes gegen den Kapitalismus bestimmt werden" (86). "Gemessen am politisch-ökonomischen Bezug stellt das Patriarchat im Kapitalismus einen Nebenwiderspruch dar (...)". (86) Entsprechendes gelte auch für den Rassismus: "Rassismus ist eben [dieses Wörtchen ist das ganze Argument: "eben" !, Anm. d. Verf.] nicht in erster Linie ein historisches oder genetisches Problem, sondern eine notwendige Institution im sozialen und ökonomischen Gefüge des kapitalistischen Systems (...)". Die Kritik an dieser kapitalfunktionalen Erklärung von Patriarchat und Rassismus soll hier nicht wiederholt werden, da dazu das nötige schon in Teil I. dieses Textes gesagt wurde.
Als Konsequenz fordern die KomBri, nicht nur "Scheinkämpfe reformisti-

---

formuliert 1982: "Die Frauenfrage sei (...) nur ein Teil der sozialen Frage (...) für einen 'Geschlechterkampf' oder 'Männerfeindschaft' sei kein Raum." (Brigitte Zypries, Bericht von der VDJ-Konferenz zur rechtlichen Stellung der Frau, in: Demokratie und Recht, 1980, 427 - 429 [428]). Unseren Helden des kommunistischen Antifeminismus dürfte es schwerfallen, sich von diesen sozialdemokratischen Positionen abzugrenzen...

45 Haug 1988, 16 ff.; Niggemann, a.a.O., 11.

46 Braig/Lentz 1983, 13. Vgl. Haug 1981, 650 f., 658.

47 Deshalb ist im Ergebnis - wenn auch nicht in der Begründung - der Hinweis von Beer 1983, 31 richtig, daß die Frauen-"Hausarbeit dem Kapital keinen Pfennig (erspart)" (Hervorh. i.O.).

48 S. dazu: Jacques Bidet, Stichwort "Produktion, Produktive/Unproduktive Arbeit", in: Georges Labica / Gérard Bensussan (Hg.), Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 6, (West)berlin, 1987, 1045 - 1050 (bes. 1046 unten - 1048 unten).

49 Strobl 1991, 15 f.

50 Vgl. Strobl 1991, 21, 22 f.

51 Haug 1988b, 18 f. Ähnlich schon: Haug 1981, 656.

scher Art gegen Pornographie etc." (86), sondern generell jegliche "reformistischen Forderungen" zur Milderung von Frauenunterdrückung zu unterlassen. Denn "diese Kosmetik" habe "als Effekt die Isolierung und Schwächung eines radikalen antikapitalistischen Kampfes gegen das Patriarchat zur Folge" (87). "(...) ein 'Kampf' gegen den Mann im Kapitalismus ist (...) und wird (...) der spalterischen Zielsetzung der Installierung patriarchaler Gesellschaftsstrukturen gerecht" (siehe auch dazu die schon oben angeführte Kritik). Im übrigen muß auch hier auf den halbwahren Charakter der Behauptungen hingewiesen werden.

So sind Kämpfe wie der Kampf gegen Pornographie in der Tat reformerisch (**nicht *notwendigerweise***: reformistisch)[52] - und zwar weil sie nur einzelne *Erscheinungen* patriarchaler Herrschaft und **nicht *die* patriarchale** (!) Herrschaft *als solche* beseitigen (wollen). Daraus ist aber nicht zu schlußfolgern, daß solche Kämpfe zu unterlassen sind. Vielmehr gilt hier - wie generell (zumindest für LeninistInnen!) -, daß der Kampf um Reformforderung so zu führen ist, daß er **nicht *nur*** eine unmittelbare Situationsverbesserung, sondern eine Begünstigung des revolutionären Prozeß insgesamt bewirkt. D.h. also, daß der Kampf gegen Pornographie beispielsweise so zu führen ist, daß dieses Phänomen *als systematischer Effekt eines* - von Klassenherrschaft (relativ) eigenständigen - *strukturellen, patriarchalen Herrschaftsverhältnisses* angegriffen wird.

Die Auffassung der KomBri bedeutet demgegenüber allerdings nicht, einen "radikalen antikapitalistischen", sondern gar keinen Kampf gegen das Patriarchat zu führen. Denn:

++ Soweit das Patriarchat angeblich eine Funktion der Kapitalakkumulation ist, verbietet sich nach Ansicht der KomBri ein Kampf dagegen, weil ein Erfolg dieses Kampfes den Kapitalismus kosmetisch verschönern würde (87).

++ Soweit das Patriarchat angeblich ein bloßes "historisches Gewaltverhältnis" ist, verbietet sich nach Ansicht der KomBri ein Kampf dagegen, weil einem Kampf gegen ein solches Relikt die "gesellschaftliche Perspektive" (87) fehle.

"Durch diesen kleinen 'Kunstgriff' wird die politische Strategie ableitbar: Zwar existieren patriarchalische Verhältnisse, von denen Männer profitieren, ein prinzipieller Gegensatz zwischen Männern und Frauen bestehe jedoch nicht, und daher könne der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau nur als Bestandteil des Klassenkampfes geführt werden."[53]

III. Zur Kritik die Position der CCC-Gefangenen

1. Das Wahre im Falschen

Ebenso wie der Text der Kommunistischen Brigaden, enthält der Text der CCC-Gefangenen verschiedene Thesen, die - zumindest dann, wenn man/frau sie aus dem Kontext des Versuchs, patriarchale Herrschaft als Nebenwiderspruch zu interpretieren, herauslöst - zutreffend sind:

"Der Sinn der revolutionären Aktivität, also der Bewegung, die Anspruch auf die Verantwortung dieser Aktivität erhebt, ist die revolutionäre Umwandlung der Gesellschaft und nicht die Eroberung einer Enklave neuer Verhältnisse innerhalb der alten Gesellschaft. Die Verdrängung eines sozialen Systems durch ein anderes ist ein historisch-objektives Phänomen, das besonders strengen Gesetzen gehorcht, die durch die historischmaterialistische Analyse, relativ zur Entwicklung der Produktivkräfte und zu den Rollen der sozialen Klassen, etc. aufgedeckt werden. In dieser Hinsicht hat die revolutionäre Bewegung in erster Linie die Aufgabe, diese Gesetze zu kennen, sie zu verstehen und sie in all ihren Orientierungen und Taten zu berücksichtigen; bei der Strafe, auf ewig zum Scheitern verurteilt zu sein oder in der Jauche der *Alternative* (sei sie auch bewaffnet) zu degenerieren." (90)

Das einzige, was an dieser, ansonsten zustimmungswürdigen, Passage klärungsbedürftig ist, ist der Gesetzes-Begriff der vier Genossen bzw. die prekäre Grenze zwischen Materialismus und Determinismus. Wenn sie von "besonders strengen Gesetzen" sprechen, dann sind in dieser Hinsicht zumindest Bedenken anzumelden. Zur Vielschichtigkeit des marxistischen Gesetzesbegriffs und der Determinismus-Gefahr s. die Stichworte "Basis" (Band 1) und "Gesetz" (Band 3) im "Kritischen Wörterbuch des Marxismus".

Ebenso richtig ist natürlich die Aussage, daß "es utopisch - falsch - (ist), eine reale Befreiung von bürgerlich-ideologischen Kategorien ins Auge zu fassen, außerhalb des objektiven Rahmens der sozialistischen Revolution und ihrer Kulturrevolution. Der revolutionäre Kampf ist zwar ein Befreiungsfaktor für diejenigen, die sich ihm verschreiben, aber er ist es nur soweit, als man sein Ziel nicht aus den Augen verliert: die Revolution, die Diktatur des Proletariats und den sozialistischen Aufbau in Richtung des Kommunismus." (90)

"Auch wenn wir in dem *offenen Brief* Abschnitte lesen wie: '*Wir wollen das eine Organisierung unseres Kampfes gegen das patriarchal-kapitalistische System, in den wesentlichen Momenten des sozialen Zusammenlebens, wie wir es uns für die zu erkämpfende Gesellschaft vorstellen, schon enthalten ist*', denken wir, es mit einer (im nicht-materialistischen Sinne) völlig idealistischen Konzeption zu tun zu haben; mit einer subjektivistischen Abweichung, die den Anspruch erhebt auf radikal neue soziale Verhältnisse "*in den wesentlichen Momenten des sozialen Zusammenlebens*", **vor** und/oder **unabhängig** von einer revolutionären Umwandlung der Gesellschaft. Dies ist die Art von Überlegung, die im besonderen Sinn zur Aufgabe einer 'revolutionären' Position zugunsten einer *alternativen* Position führt. Denn schließlich, wenn es wirklich möglich ist, '*in den wesentlichen Momenten des sozialen Zusammenlebens*' soziale Verhältnisse zu schaffen, die vollständig zum Ressort der '*zu erkämpfenden Gesellschaft*' gehören, warum muß besagte Gesellschaft dann noch erkämpft werden? Man sieht hier, wieviel Keime des Linksradikalismus mit seinen unvernünftigen Forderungen der Subjektivismus auf einmal in sich trägt; dazu noch Keine des Reformismus (wenn auch radikal oder bewaffnet) mit seinem Wunsch, das System zu verbessern und sogar eine Nische in seinen Innern auszuhöhlen." (91 - Herv. i.O.).

Hier sind nur drei Bemerkungen anzufügen:

a) Das Patriarchat ist kein Unterfall der "bürgerlich-ideologischen Kategorien". Weder ist es bloß eine ideologische Erscheinung, noch ist es (bloß) eine Funktion der Bourgeoisie. Daher kann das Zwischenziel auf dem Weg zum Kommunismus auch nicht nur in einer Diktatur des Proletariats bestehen. Allerdings scheint mir der Begriff der feministischen und antirassistischen Revolution[54] im Hinblick auf die eventuell Notwendigkeit/Möglichkeit einer antipatriarchalen und antirassistischen Übergangsgesellschaft noch nicht ausgearbeitet zu sein. Die Theorie von der sozialistischen Übergangsgesellschaft (Diktatur des Proletariats) scheint mir

52 Als "*reformerische*" werden von mir Kämpfe von RevolutionärInnen um begrenzte Ziele bezeichnet. "*Reformistisch*" nenne ich politische Konzepte, die sich ausschließlich auf solche begrenzten Ziele beschränken.

53 Redaktionskollektiv 1988, 8, dort auf die DKP-Position gemünzt.

54 Der Begriff "feministische Revolution" findet sich bspw. bei Mitchell 1966 - 1971, 61.

dafür allerdings nur äußerst begrenzt nutzbar zu machen sein.
b) Der Kritik an den autonomen Antizipation-Hoffnungen ist ohne weiteres zuzustimmen; nur daß damit wohl das Ziel-Weg/Mittel-Problem nicht erschöpfend behandelt ist. Denn die Gefahr, daß Handlung, die eigentlich als Mittel zum Zweck gedacht sind, sich real gegenteilig auswirken (verselbständigen), also gerade nicht Mittel zum Zweck sind, war und ist real.
c) Schließlich kann auch der Wunsch, bereits vor dem Sturz des Systems Verbesserung durchzusetzen, nicht generell verworfen werden. Siehe dazu schon oben Anmerkung zum Kampf gegen Pornographie.
"Ein globales revolutionäres Projekt impliziert eine **theoretische Vereinigung** (weil die Maßnahme der Synthese eine der gesamten revolutionären Bewegung gemeinsame Vision [?!, Anm. d. Verf.] der Welt erfordert, die unserer Meinung nach der Marxismus-Leninismus sein muß); dies impliziert eine **politische, strategische und programmatische Vereinigung** (damit die Kräfte den objektiven Bedürfnissen entsprechend sinnvoll konzentriert und verteilt werden und der Zusammenhalt und die Gewichtigkeit ihrer Demonstrationen das Vertrauen der Massen gewinnen); dies impliziert schließlich eine **organisatorische Vereinigung** (die den anderen Ansprüchen an Einheit die Krone [?!, Anm. d. Verf.] aufsetzt und aus der das Konzept der Partei seine historische Legitimität schöpft)." (91)
Die These ist insofern richtig, als sie die grundsätzliche Notwendigkeit der Organisierung, der Vereinigung betont. Übersehen wird jedoch, daß die theoretische Vereinigung nicht auf der Grundlage des traditionellen "Marxismus-Leninismus" mit seiner Nebenwiderspruchstheorie erfolgen kann. Vielmehr ist diese theoretische Vereinigung nur möglich als Vereinigung des wissenschaftlichen Sozialismus mit dem wissenschaftlichen Feminismus und dem wissenschaftlichen Antirassismus. Diese vielfach (größernteils?) erst noch zu erarbeitende, neue revolutionäre Theorie wird dann sinnvoll auch nicht mehr Marxismus-(Leninismus) heißen können (s. zu letzterem: Linke Liste TU 1989).
Neben den zitierten und großenteils richtigen Ausführungen finden sich im Text der CCC-Gefangenen allerdings auch Passagen, deren Inhalt als grundsätzlich unzutreffend oder nicht nachvollziehbar bezeichnet werden müssen:

2. Zum dritten Mal: Die definitorische Abschaffung des kapitalistischen Patriarchats

"Das Patriarchat beruht auf der Familie, deren Vermögensbesitzer der Mann ist und in der die Übertragung des Vermögens der Abstammung in väterlicher Linie folgt." (92). "(...) es (ist) in bezug auf die entwickelten Länder der imperialistischen Zentren unzweckmäßig (von Patriarchat zu sprechen, d. Verf.) (...); ganz einfach, weil ungeachtet der Beständigkeit von besonderen Formen ökonomischer Ausbeutung, sozialer, ideologischer und kultureller Unterdrückung, die Gleichheit der Rechte zwischen Männern und Frauen erworben ist." (92) "Wir denken, daß es korrekter ist, unsere aktuellen Gesellschaften als fortgeschrittenen Kapitalismus und die bürgerlichen Demokratien als *sexistisch* zu beschreiben." (92).
Die CCC-Gefangenen nehmen hier eine Definition der bestehenden Metropolengesellschaften vor. Eine *Definition*, also auch die vorliegende, kann aber weder korrekt noch inkorrekt noch "korrekter" sein, sondern sie wird *gesetzt*. Die (Un)nützlichkeit einer solchen Setzung kann sich erst im weiteren Gang der Untersuchung zeigen. **Die Unnützlichkeit der in der These angeführten Definition der CCC-Gefangenen zeigt sich daran**, daß es nicht etwa der Feminismus ist, sondern daß *sie* es *selber* sind, die keine Ursache/Basis für die von ihnen zutreffenderweise diagnostizierte "Beständigkeit von spezifischen Äußerungen ökonomischer Ausbeutung, sozialer, ideologischer, kultureller, etc. Unterdrückung der Frauen" 92 benennen können. **Wieso gibt es eine spezifische Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen, wenn es nicht auch ein *spezifisches, strukturelles* Frauen-Unterdrückungsverhältnis (vom Feminismus "Patriarchat" genannt) gibt?** Dem Begriff 'Sexismus' scheint ja, wie sich aus der grundsätzlich nebenwiderspruchstheoretischen Position der CCC-Gefangenen ergibt, eine solche spezifisch (eigenständige) *strukturelle* Bedeutung nicht beigemessen zu werden...
Aus der definitorischen Setzung der "aktuellen Gesellschaften als fortgeschrittenen Kapitalismus und (der) bürgerlichen Demokratien als sexistisch" wird die scheinbare Plausibilität einer nächsten These gewonnen:
"Dieser wesentliche Hebel, wir brachten es kurz in unserem Text '*Ein bißchen Politik*' zur Sprache, ist der universelle und antagonistische Widerspruch zwischen internationalem Proletariat und imperialistischer Bourgeoisie. (...). Unserer Ansicht nach können in einer Gesellschaft, die in sozial-antagonistische Klassen geteilt ist, keine *Rechte* und *Freiheiten* existieren, die dem Klassenkampf überliegen. (...). Es gibt gegenwärtig überaus mehr gegensätzliche als gemeinsame Interessen einer Bürgerlichen und einer Proletarierin: (...)." (93) S. a. 90 "das kapitalistische System (und all seine sozialen *Äußerungen*, wie Rassismus, Sexismus etc.)". 90: "Globalität derjenigen *Klasse*" (Hervorh. d. Verf.).
Wie erwähnt, wird an keiner einzigen Textstelle auch nur der *Versuch* einer Begründung dieser Aussage (Primat des Klassenkampfs) unternommen. Die oben zitierte Patriarchats/Sexismus-Definition kann jedoch eine solche Begründung nicht ersetzen.
Speziell zur Frage des klassenübergreifenden Fraueninteresses sei noch angemerkt,
++ daß **sowohl** bürgerliche **als auch** proletarische Frauen von Männergewalt (u.a. ehelicher und außerehelicher Vergewaltigung), sexistischer Anmache und Werbung bedroht sind;
++ daß bürgerlichen **und** proletarischen Frauen die Verantwortung für Haushalt und Kindererziehung aufgebürdet ist (auch wenn bürgerliche Frauen *eher* die Möglichkeit haben, *einen Teil* der Verantwortung gegen Entgelt an andere Frauen zu delegieren);
++ daß bürgerliche **und** proletarische Frauen der sexistischen Arbeitsmarktstruktur (Entlohnung, Aufstiegschancen etc.) ausgesetzt sind (wobei proletarische Frauen aus Gründen ökonomischer Notwendigkeit vielleicht *eher* die Möglichkeit haben, einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können).
Selbst Lenin stellte zu Recht fest, "die Hauswirtschaft ist in den meisten Fällen die unproduktivste, die barbarischste und schwerste Arbeit, die die Frau verrichtet. Es ist eine sich im allerengsten Rahmen bewegende Arbeit, die nichts enthält, was die Entwicklung der Frau irgendwie fördern könnte." Er zog daraus den Schluß, die "Frau in die gesellschaftlich produktive Arbeit einzubeziehen, sie der 'Haussklaverei' zu entreißen, sie von der abstumpfenden und erniedrigenden Unterordnung unter die ewige und ausschließlich Umgebung von Küche und Kinderstube zu befreien."[55]
Lenin schreibt hier wohlgemerkt "die Frau", nicht "die Arbeiterin". Recht hat

55 LW 30, 36 und LW 30, 401 zit. n. Ketelhut et al. 1984, 120.

er - insoweit. Unrecht hat Lenin insoweit, als die Frauen hier nur *Zubefreiende*, nicht als *um ihre eigene Befreiung Kämpfende* vorkommen. Im übrigen waren/sind Frauen auch in der Erwerbsarbeit noch einer sexistischen Arbeitsteilung unterworfen. Dies war auch in der Sowjetunion - selbst in der (*relativ zum Stalinismus*) anti-patriarchalen Phase unmittelbar nach der Oktober-Revolution - der Fall.[56] Selbst Alexandra Kollontai betrachtete speziell die hausarbeitsnahen Berufe als Sache der Frauen.[57]

3. Wessen "stereotype Einstimmigkeit"? / Den Kampf gegen den Reformismus/Ökonomismus tatsächlich führen!

Auf der Grundlage der unbegründeten These, daß der Klassenwiderspruch die einzige Dominante der gesellschaftlichen Struktur in der imperialistischen Metropole sei, kommt es in dem Text immer wieder zu einer Ebnenverwischung: Statt wenigstens einmal den Versuch einer Begründung dieser These zu unternehmen, polemisieren die CCC-Gefangenen ständig - und zu Recht - gegen *Trade-union*ismus und Teilbereichs-Beliebigkeit. Sie erzeugen dadurch eine - wie sie selber schreiben - "stereotype Einstimmigkeit" (90): "Ja, ein Kampf der nicht antipatriarchalisch ist, ist kein revolutionärer Kampf. (...). etc. etc. etc." (90) "wir sind alle gegen Sexismus, Rassismus, Militarismus" (Seitenref wir_alle)). Damit wird an den längst vorgebrachten Argumenten für die Annahme eines (relativ) eigenständigen Geschlechterwiderspruchs einfach vorbeischwadroniert.

Statt sich mit diesen Argumenten auseinanderzusetzen, vermischen[58] die CCC-Gefangenen ihre - zutreffende! - Kritik an *trade-unionistischen* Positionen bzw. der Teilbereichs-Beliebigkeit mit einer - verfehlten! - Abgrenzung ("Kritik" zu schreiben wäre falsch, denn es werden keinerlei Argumente vorgebracht!) von Positionen, die auch den Geschlechterwiderspruch und den Rassismus als Dominante der gesellschaftlichen Struktur betrachten. Tatsächlich aber stellt sich das *Trade-union*ismus/Reformismus-Problem *in jedem* dieser drei Kämpfe. Es gibt also (genauso wie es einen reformistischen Kampf gegen einzelne *Erscheinungen des* Kapitalverhältnisses und einen [revolutionären?] Kampf gegen *das* Kapitalverhältnis gibt) einen reformistischen Kampf gegen einzelne patriarchale *Erscheinungen* und einen (revolutionären?) Kampf für die Überwindung der patriarchalen *Struktur*[59] - und entsprechend hinsichtlich des Rassismus.

Eine tatsächlich revolutionäre Politik muß sich (aber) wohl aufgrund der realhistorischen Verflochtenheit dieser Strukturen[60] gegen alle drei Herrschaftsverhältnisse richten. Nehmen wir als Beispiel, wo dies - weitgehend *unbewußt* (!) - realisiert wurde, die Oktober-Revolution:

>>++ Wenn *erstens* richtig ist, was Althusser schreibt, - nämlich, daß die Oktober-Revolution nur möglich war aufgrund der "Anhäufung und Zuspitzung aller damals in einem einzigen Staat möglichen historischen Widersprüche" (Althusser 1962, 59),

++ und wenn *zweitens* bekannt ist, daß Frauen in revolutionären Situationen zu einem relativ höheren Anteil am politischen Prozeß teilnehmen (können) als in nicht-revolutionären Zeiten (Klenke 1983, 28; Kolkenbrock-Netz 1983, 33, 35),

++ dann stellt sich *drittens* folgende Frage (...): (...) Ist nicht ein '*rein*' proletarisches (genauso aber auch: ein 'rein' feministisches oder antirassistisches) revolutionäres Bewußtsein *per se* unmöglich? Ist revolutionäres Bewußtsein vielleicht als Produkt der *gleichzeitigen* Eskalation von Klassen- ('Brot und Frieden'), Geschlechter- (quasi Leibeigenschaft der Frauen im Zarenreich) und rassistischen Widersprüchen (Frage des Sezzionsrechts nationaler Minderheiten) zu definieren? Und läßt sich vielleicht weiter sagen, daß der revolutionäre Prozeß in der Sowjetunion genau in dem Moment zum Erlahmen kam, als diese Überlagerung / dieses Zusammenwirken von proletarischen (sozialistischen), feministischen sowie (in heutiger Terminologie: antirassistischen) Kämpfe nationaler Minderheiten wegfiel / zum Erliegen gebracht wurde?<<[61]

Juliet Mitchell schreibt dazu in "Frauenbewegung - Frauenbefreiung": "Trotz Lenins scharfer (Ökonomismus-, d. Verf.) Kritik sind die Kämpfe der Arbeiterklasse in der westlichen Welt zu stark innerhalb der Grenzen ihrer eigenen ökonomischen Ausbeutung geblieben und waren entweder an Gewerkschaftspolitik oder an reformistische kommunistische Parteien gebunden. (...) Schlamm eines schwarzen Chauvinismus, was das rassische und kulturelle Gegenstück zum Ökonomismus der Arbeiterklasse wäre, wo man nicht weiter als über seinen eigenen Bauchnabel hinausschaut: Was für Arbeiter gilt, gilt auch für Schwarze [und auch - so können wir sicherlich im Sinne von Mitchell ergänzen - für Frauen, d. Verf.]: 'Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf *alle* und *jegliche* Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Mißbrauch zu reagieren, (...).'"[62]

4. Frauenunterdrückung ist nicht nur ein Überbauphänomen!

Wenn die CCC-Gefangenen schreiben, "denn es ist gänzlich absurd und falsch zu behaupten, daß das Patriarchat die Gebärmutter des Kapitalismus sei oder, wie es die GenossInnen der '*Infoläden*' schreiben, '*eine den Kapitalismus mit bedingende Herrschafts- und Unterdrückungsform*'. In einer allgemeinen Form beruht eine solche Konzeption auf dem philosophischen Idealismus: sie behauptet, daß der Überbau die Struktur kreiert; sie versichert sich in der Finalität, daß der Mensch die Gesellschaft und die Geschichte kreiert, statt ein historisches und soziales Produkt zu sein. Eine solche Konzeption verwirft in absoluter Art und Weise den gesamten historischen und dialektischen Materialismus," so ist ihrer Kritik an der Position der Infoläden als auch der Kritik an den menschlichen (humanistischen) Allmachtsphantasien zuzustimmen. Nicht zugestimmt werden kann allerdings der im zweiten Satz implizierten These, daß

---

56 Strobl 1991, 21. S. dazu die Position von Lenin 1919, 27: "Wir schaffen mustergültige Einrichtungen, Speisehäuser, Kinderkrippen, die die Frau von der Hauswirtschaft befreien sollen. Und die Schaffung all dieser Einrichtungen ist eine Arbeit, die hauptsächlich von den Frauen zu leisten ist."

57 Alexandra Kollontai, *Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung* (1921), Frankfurt am Main, 1975, 239.

58 Vgl. 89: "Einige werden sich auf das Problem des Sexismus polarisieren, andere auf die Solidarität mit irgendeinem Volk im Kampf, andere auf den Antirassismus, andere auf den Antimilitarismus, andere auf die Wohnungsfrage, die Hausbesetzer, andere auf den antifaschistischen Kampf, wieder andere auf die Unterstützung politischer Gefangener, und die Liste ist endlos." 89: "Daß die Frage des Sexismus die Genossinnen, die direkt mit ihm konfrontiert sind, sehr stark beschäftigt, ist normal, genauso wie ein immigrierter Genosse in der Frage des Rassismus besonders wachsam sein wird. *Oder mehr noch* (sic!, Anm. + Hervorh. d. Verf.), daß die einer dramatischen ökonomischen Unsicherheit unterworfenen Genossinnen persönlich gegen die Ungleichheit, die Verschwendung und Spekulation revoltieren werden." S. 91: "Daraus geht hervor, daß wir das Recht auf Selbstbestimmung eines antipatriarchalischen Kampfpols ablehnen, wie wir dieses Recht für alle Kampfpole ablehnen, (...)." Hier wird übersehen, daß zwar bspw. die Wohnungsnot (der Militarismus, der Lohnkampf, ... etc.) tatsächlich ein aus dem Kapitalverhältnis (und soweit es im Fall der Wohnungsnot um patriarchale Architektur/Stadtplanung geht, aus dem Geschlechterverhältnis etc.) abgeleitetes Phänomen ist, daß aber der Rassismus und das Patriarchat ihrerseits *nicht* aus dem Kapitalverhältnis abgeleitet sind.

59 Zum revolutionären Charakter des Feminismus vgl.: Mitchell 1966-71, 10, 12, 61 f.

60 Vgl. Barrett 1980, 217: "Die Unterdrückung der Frauen ist für die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise notwendig geworden, ohne deswegen selbst in irgendeinem wesensmäßigen Sinn von der kapitalistischen Entwicklungslogik vorgegeben zu sein." S.a. Barrett 1980, 221.

61 Schulze 1992, 2, FN 15.

62 Mitchell 1966-71, 17, 18; das Zitat im Zitat aus *Was tun?*, Berlin 1970, S. 106.

Frauenunterdrückung nur ein Überbauphänomen sei. Vielmehr bestimmen Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus gleichermaßen Basis und Überbau der Gesellschaft (s. dazu die ausführlicheren Erläuterungen im ersten Teil dieses Textes).

5. Kommunistischer Reformismus

Das folgende Zitat dokumentiert unter anderem ein Mißverständnis der marxistischen Positionen bezüglich Gleichheit und Ungleichheit, was zu objektiv reformistischen Forderungen der CCC-Gefangenen führt:

"Tatsächlich hängt alles von den realen Zielen ab, die man zu erreichen sucht. Entweder eine radikale und komplette Veränderung der sozialen Verhältnisse, hin zu der Gesellschaft der Gleichheit; die Abschaffung der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, die Beseitigung des Sexismus, der Phallokratie, etc.; oder antisexistische, antiphallokratische Reformen, die aber im Rahmen der globalen, unveränderten sozialen Verhältnisse, in der die Teilung in Klassen und die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen fortbestehen, zwangsläufig unbefriedigend sind. Das erste Ziel ist das der revolutionären KommunistInnen, das zweite das der reformistischen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen FeministInnen."

Zum einen ist hier anzufügen, daß die Einnahme einer feministischen Position noch lange nichts - weder positiv noch negativ - darüber aussagt, ob auch die Abschaffung der Klassen verfolgt wird.

Zum anderen - und hier zeigt sich das Mißverständnis - ist "Gleichheit" eine Kategorie des bürgerlichen Rechts (MEW 19, 20); der Marxismus fordert daher nicht die Gleichheit der Klassen, sondern die Abschaffung der Klassen (MEW 19, 20; MEW 20, 580 f.). Entsprechend geht es für RevolutionärInnen auch nicht (bloß) um die Gleichberechtigung der Geschlechter, sondern um die Abschaffung der *sozial konstruierten* Geschlechter[63] und der ebenfalls sozial konstruierten "Rassen"[64] als Dominante der gesellschaftlichen Struktur.

Drittens - und hier zeigt sich erneut der Reformismus - ist ja gerade der *Vorwurf der Feministinnen an die KommunistInnen*, daß es *letztere* seien, die sich auf bloße "*antisexistische*, antiphallokratische *Reformen*, die aber im Rahmen der global unveränderten sozialen Verhältnisse" blieben, beschränkten; daß sie die (klassenunabhängigen!) ***patriarchalen Strukturen unangetastet ließen***!

Insofern läßt sich die These sinnvoll folgenderweise umformulieren:

Tatsächlich hängt alles von den realen Zielen ab, die man/frau zu erreichen sucht. Entweder eine radikale und komplette Veränderung der sozialen Verhältnisse, hin zu der Gesellschaft ohne Herrschaftsverhältnisse; die Abschaffung der Ausbeutung und Unterdrükkung des Menschen durch den Menschen, oder nur reformistisch die Abschaffung des Kapitalismus, aber weiterhin im Rahmen der globalen, unveränderten sozialen Verhältnisse, in der die Unterdrückung von Frauen durch Männer und von Schwarzen durch Weißen fortbesteht. Das erste Ziel ist das der (umfassenden) RevolutionärInnen, das zweite das der patriarchalen Kommunisten.

6. Anmerkungen zum Verhältnis der CCC-Gefangenen zur Sprache als soziales Kommunikationsmittel:

a) Zur Feminisierung der Sprache:

- Das Übersetzungsproblem:

Wenn es stimmt, daß "das Problem '*man/Mann*' im Französischen nicht (besteht). '*Man*' heißt '*on*' (unbestimmtes Fürwort), ohne daß da die geringste Erinnerung an seinen lateinischen Ursprung '*homo*' wäre." (93),[65] dann wäre - anders als die CCC-Gefangenen meinen (93) - *gerade* der Übersetzer zu kritisieren. Gerade dann wäre es angemessen gewesen, als - (ebenfalls) geschlechterübergreifende - deutsche *inhaltliche Entsprechung* zu '*on*' '*man/frau*' zu wählen.

- Das Problem der Feminisierung (der französischen Sprache):

Die CCC-Gefangenen schreiben eine Feminisierung der französischen Sprache sei aufgrund der "Übereinstimmung der Adjektive, der Partizipien der Vergangenheit, (der) Wahl der Fürwörter, etc." nur unter Zerstörung der Sprache als soziales Kommunikationsmittel möglich (94). Ich weiß nicht, wie das im Französischen genau ist; aber auch im Deutschen müssen ggf. / werden ja die Adjektive teilweise mit ergänzt, ohne daß die Verständlichkeit der Sprache zerstört wird. Im übrigen werden französische und belgische Feministinnen sicherlich längst eine Lösung für dieses Problem gefunden haben - falls es denn besteht.

Schließlich weigern sich die CCC-Gefangenen "'*fraternel*' und '*fraternite*' (brüderlich und Brüderlichkeit, d.Ü.)" mit "'*sororal*' oder *sororite*' (schwesterlich und Schwesterlichkeit, d.Ü.)" zu verbinden, da letztere "heutzutage ebenso rar in den Wörterbüchern, wie der sozialen und politischen Kultur unbekannt sind" (94). Dies zeigt erneut nur den begrenzten politischen Horizont des "kommunistischen" Ansatzes der CCC-Gefangenen. Denn die Parole der Schwesterlichkeit ist nicht nur eine Parole der heutigen Frauenbewegung, sondern hat eine Tradition seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts.[66]

- Das Überbau-Problem / das Problem der Wirkung:

Die CCC-Gefangenen "bezweifeln stark, daß dies (eine Feminisierung der Sprache, Erg. d. Verf.) irgendeine Wirkung haben könnte" und weisen in dem Zusammenhang darauf hin, "daß die Sprache aus dem Überbau stammt".

Sicherlich wird eine Feminisierung der Sprache (allein) nicht das Patriarchat stürzen, aber eine Änderung der patriarchalen Sprache ist ein Elemente des antipatriarchalen Kampfes - und zwar ein relativ leicht zu bewerkstelligendes Element. Daher: Wenn selbst hier schon die Bedenken und Vorbehalte ansetzen, ... -

Frauen wollen zu Recht eine Sprache, in der sie vorkommen - sei es bei Stellenausschreibungen; sei es bei Texten, die den Anspruch erheben eine, "historisch-materialistische Analyse" (90) der Gesellschaft zu geben, ... wo auch immer! Auch der wissenschaftliche Sozialismus mußte neue Begriffe prägen. Und da das Patriarchat anders (komplexer) strukturiert ist als der Kapitalismus, sind die sprachlichen Änderungen, die der Feminismus fordert umfassender, als die der Sozialismus (ge)fordert (hat). "Es hilft hier überhaupt nicht weiter, auf die Geschlechtsneutralität" bestimmter "Begriffe hinzuweisen, (...), wenn Frau-

---

63 Nach traditionell feministischer Ansicht ist zwischen den unterschiedlichen biologischen Eigenschaften von Männern und Frauen (engl. *sex*) einerseits und den daraus angeblich 'ableitbaren', tatsächlich aber erst gesellschaftlich-ideologisch konstruierten sozialen Rollen von "Männlichkeit" und "Weiblichkeit" (engl. *gender*) andererseits zu unterscheiden. Siehe dazu: Haraway 1987 und Hauser 1987. Die neuere Forschung hat darüber hinaus gezeigt, daß auch biologisch nicht eindeutig von einer Zweigeschlechtlichkeit gesprochen werden kann. Vielmehr handelt es sich bei der These von der biologischen Zweigeschlechtlichkeit um eine Projektion patriarchaler Ideologie auf die Biologie (Gildemeister/Wetterer 1992).

64 S. dazu: Viehmann 1990, 33: "Es gibt nur eine 'Rasse': Die menschlich. 'Rassen' sind eine Konstruktion, bei der soziale und kulturelle Unterschiede in angeblich biologisch bedingte Wesenseigenschaften übersetzt werden. 'Rasse' ist eine offene Kategorie, die in der Geschichte unterschiedlich gefüllt wurde. (...). (Biologisch-genetisch sind übrigens die Unterschiede zwischen Weißen genauso zahlreich und groß wie zwischen Schwarzen und Weißen und wie zwischen Schwarzen." So auch: D. Belajew, Genetik, Gesellschaft, Persönlichkeit, in: Hintergrund III/1990, 46 (47): "In diesem Zusammenhang sei unterstrichen, daß sich die genetische Bedingtheit der Variabilität psychischer Eigenschaften lediglich auf die Unterschiede zwischen den Individuen, nicht aber zwischen Nationen, Rassen oder soziale Gruppen bezieht." Vgl. auch Immanuel Wallerstein, Die Konstruktion von Völkern, in: ders. / Etienne Balibar, Rasse. Klasse. Nation, Hamburg/[West]berlin, 1990, 87 ff.

65 Diese Ansicht wird zumindest auch von Annette Runte, Passion oder Segregation?, in: Die Schwarze Botin, Nr. 29, Dez. 1985/Jan/Feb. 1986, 10 - 18 (15) geteilt.

66 Köhn et al. 1984, 182.

en sie schlicht als männliche Begriffe hören und verstehen. Eine Sprechhandlung und eine Anrede gelingt nur, wenn sich die Angesprochene auch angesprochen fühlt. Nun sind wir Frauen da etwas vorsichtig geworden, weil wir es immer wieder erleben, daß wir nicht mitgedacht werden. '*Die Abgeordneten kamen alle mit ihren Frauen zu dem Empfang*" ist ein völlig normaler Satz. Mit '*Die Abgeordneten kamen alle mit ihren Männern zu dem Empfang*' wissen wir weniger anzufangen. Also *die* Abgeordneten, obwohl es grammatikalisch ein wunderbar neutraler Begriff ist: im Singular parallel *die Abgeordnete und der Abgeordnete*, im Plural: *die Abgeordneten*, werden semantisch zunächst männlich interpretiert."[67]
Im übrigen sei in Erinnerung gebracht, daß selbst Stalin in einer seiner späten Schriften ("Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft"), in der er etwas von seinem Ökonomismus/Determinismus abrückte, die These, die Sprache sei ein Element des Überbaus, zurückwies:[68]
"Das ständige Wachstum von Industrie und Landwirtschaft, von Handel und Transport, von Technik und **Wissenschaft**, zwingt die Sprache, ihren Wortbestand laufend mit neuen Worten zu ergänzen, die für deren Tätigkeit unerläßlich sind. Als unmittelbaren Ausdruck dieses Bedarfs ergänzt die Sprache ihren Wortbestand mit **neuen Wörtern**, wird ihr **grammatikalischer Bau** vollkommener. Somit a) kann ein Marxist die Sprache nicht zum Überbau der Basis zählen; b) die Sprache mit dem Überbau verwechseln, heißt einen ernsten Fehler begehen."[69] (Hervorh. d. Verf.) Wo er Recht, hat er Recht. Wir müssen unsere Sprache so ändern ("neue Wörter" / neuer "grammatischer Bau"), daß Frauen darin vorkommen; die objektive Realität zutreffend widergespiegelt wird ("Wissenschaft").
Allerdings können sich die CCC-Gefangenen mit ihrer instrumentalistischen Konzeption (Sprache als neutrales Kommunikations*mittel*) wiederum auf Stalin berufen.[70] Diese instrumentalistische Konzeption bedeutet allerdings eine Vernachlässigung der "Dimension der Praxis, die es ermöglichen würde, die sprachlichen Praxen (die Diskurse) mit dem Überbau in Beziehung zu setzen - ohne (...) die Sprache selbst zu einem Überbau zu machen"[71]. D.h. die Sprache ist nicht einfach ein neutrales, *vorgefundenes* Mittel, sondern sie *entsteht* erst in der sprachlichen Praxis.

b) Zum Monarchismus in der Sprache der CCC-Gefangenen
Mit einer penetranten Häufigkeit kommen in dem Text der CCC-Gefangenen schließlich - vielleicht der Übersetzung geschuldet? - gesundheitspolizeiliche bis Nazi- ["ungesunde Merkmale" (89); "gesunde (...) Orientierung" (89); "Entartung (89)], unwissenschaftliche ["revolutionäre Moral" (88); "Respekt der kommunistischen Moral" (91)], religiöse ["Vision" (91); "offenbaren" (91); "Opfer an das übergeordnete Klasseninteresse" (Seitenref Opfer); "neue Menschheit (93)] und monarchistische ["die Krone aufsetzt" (91)] Begriffe vor.

IV. Für eine materialistische Patriarchats-Kritik
Der begrenzte Horizont des Textes sowohl der Kommunistischen Brigaden als auch der CCC-Gefangenen zeigt sich schließlich daran, daß die KomBri behaupten, für die These von einer "triple oppression" würde (von Viehmann et al.) keine gesellschaftlich-materielle Basis angegeben werden (können) (86) bzw. an der These der CCC-Gefangenen, die heute noch bestehende Frauenunterdrückung sei ein ideologisches bzw. Überbauphänomen (Seitenref Überbau). Vielmehr verfallen gerade die VertreterInnen derartiger Einwände gegen den Feminismus "in den bürgerlichen Idealismus". Denn sie erkennen die Existenz eines sexistischen Bewußtseins an, ohne ein gesellschaftliches Sein als dessen materielle Basis angeben zu können.[72]
Im übrigen ist zwar zuzugeben, daß es Feministinnen gibt, die den Geschlechterwiderspruch dem Klassenwiderspruch mindestens gleichordnen, obwohl sie selbst das Patriarchat für ein Überbauphänomen halten. Eine solche Position ist in der Tat haltlos.[73]
Aber im Widerstreit mit dieser Richtung erheben sowohl die radikal-feministische Strömung (zu Unrecht)[74] als auch die sozialistisch-feministische Strömung (zu Recht) den Anspruch, eine materialistische Patriarchatstheorie zu formulieren. So lautet bspw. der Untertitel des Buches von Michéle Barrett "Umrisse eines materialistischen Feminismus".
Dazu ist es allerdings erforderlich,
++ zum einen den marxistischen Basis-Begriff von seiner stalinistischen Verkürzung zu befreien
und
++ zum anderen auch noch über die so wieder zur Geltung gebrachte Theorie von Marx, Engels und Lenin *korrigierend hinaus*zugehen.

1. der marxistische Basis-Begriff
Hier ist zu beachten, daß bei Marx der Begriff der materiellen Basis noch nicht - wie in der späteren marxistischen Theoriebildung - auf die Güterproduktion eingeschränkt war,[75] sondern auf die "gesellschaftliche Produktion (des) *Lebens*" (Marx 1859, 8) insgesamt bezogen war. Friedrich Engels bezeichnete im Vorwort zum "*Ursprung der Familie*" nicht nur die *Produktion*, sondern auch die "*Reproduktion* des unmittelbaren Lebens" als "in letzter Instanz bestimmende(s) Moment in der Geschichte" (Balibar 1984a, 623 - Hervorh. d. Verf.). Diese Ansätze einer nicht klassenreduktionistischen Gesellschaftstheorie (vgl. Balibar 1984b, 634 f.) wurden allerdings weder von Marx noch von Engels weiter ausgeführt und sind in der Geschichte des Marxismus wieder verloren gegangen (worden).

2. Über den Marxismus hinaus!
Ein solcher breiter Basis-Begriff ermöglicht es dann, Geschlechterverhältnisse[76] und Rassismus[77] ebenso wie Klassenverhältnisse als Bestandteile der Produktionsverhältnisse zu betrachten.[78] Zur Analyse dieser "Überdeterminierung" (Überlagerung mehrerer Widersprüche) von "Sexismus, Rassismus und Klassismus"[79] läßt sich Althussers Kategorie des "komplexe(n), strukturierte(n) Ganze(n)"[80] nutzbar machen.[81]

67 Senta Trömel-Plötz, Sprache als politisches Instrument, in: Birgit Arkenstette u.a., Grüne Frauen Politik. Texte zur 1. Bundesfrauenkonferenz der Grünen, Bonn, 1985.

68 Zur Materialität der Sprache (Diskurse) s. auch: Francoise Gadet, Stichwort "Sprache", in: Georges Labica / Gérard Bensussan (Hg.), Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 7, Hamburg, 1988, S. 1228- 1233 (1228, 1232).

69 J. Stalin, Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft, in: ders., Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft / N. Marr, Über die Entstehung der Sprache, München, 1968, 23 (23 - 28, hier: 28).

70 Stalin, a.a.O., 23 - 27.

71 Gadet, a.a.O., 1231.

72 Strobl 1991, 24 f.

73 S. dazu die Kritik bei Barrett 1980, 35 ff., 85 f., 218 ff.; Bourne 1984, 22; Haug/Hauser 1984, 60, 62, 73 f.; Viehmann et al. 1990, 39.

74 S. dazu Redaktionskollektiv 1988, 8 f., 12 f.

75 Wolfgang Fritz Haug, "Ideologische Verhältnisse" in der DDR-Philosophie, in: Projekt Ideologie-Theorie (Hg.), Theorien über Ideologien, [West]berlin, 1979[1], 1986[3], 82 ff. (92).

76 Andresen/Woll 1988, 44.

77 Vgl. F. Haug 1988, 17.

78 Barrett 1980, 94 bezieht "den Begriff 'Produktionsverhältnisse' nicht nur auf Klassenverhältnisse (...). Er beinhaltet auch die Teilung nach Geschlecht und Rasse, Definitionen verschiedener Arbeitsformen (Kopf- und Handarbeit usw.) und Bestimmungen darüber, wer arbeiten soll und woran." Vgl. F. Haug / Hauser 1984, 65; Viehmann et al. 1991, 44 f.

79 So der Untertitel des Buches von Meulenbelt 1986, die aber in ihrer Klassismus-Definition - anders als hier - nicht von einem wissenschaftlichen, sondern von einem soziologischen Klassenbegriff ausgeht (Meulenbelt 1986, 63). Zum Charakter der Soziologie, die keine Wissenschaft, sondern eine Herrschaftstechnik ist, s.: Karsz 1976, 37 f.; Althusser 1963, 108, 110; Althusser 1968, 107.

80 Althusser 1963, 137 ff., der aber selbst an der These von jeweils nur einem Hauptwiderspruch festhielt (Althusser 1963, 138, 149). Allerdings ist es nach Althusser 1963, 158 möglich, daß - mit dem Wechsel der politischen Konjunktur - der Hauptwiderspruch nebensächlich wird und ein Nebenwiderspruch Hauptwiderspruch wird. Saül Karsz schreibt schließlich in seiner Althusser-Einführung,

Aber auch bei der Suche nach einer materiellen Basis des Patriarchats ist wiederum dessen Spezifik zu berücksichtigen:

"Unlike the marxian concept of class exploitation which is defined exclusivley by the relations to the means of production and the extraction of surplus value, the oppression of women does not derive from a single set of social relations but from a complex system of interrelated structures and relations."[82]

[Daher erübrigt sich schließlich der Vorwurf der KomBri, die triple oppression wolle 'den Mann' bzw. 'den Rassisten' zum Feind erklären. Vielmehr bedeutet die These von der Existenz (relativ) eigenständiger patriarchaler und rassistischer Herrschafts*strukturen*, gerade daß der einzelne Sexist und der/die einzelne RassistIn nur ein Teil des Problems ist[83] (genauso wie sich der proletarische Klassenkampf ja auch *nicht nur gegen den/die einzelneN Kapitalistin/en*, sondern gegen die kapitalistische Produktionsweise insgesamt richtet).]

Aber zurück zur Frage nach der Basis von Patriarchat und Rassismus. Sicherlich ist diese Frage noch nicht abschließend geklärt, aber Viehmann et al. versuchen in ihrem 3:1-Papier durchaus eine Antwort zugeben.

Zum Patriarchat schreiben sie:

"Im Begriff der Arbeiterklasse ist das weibliche Geschlecht unsichtbar gemacht. Arbeiterinnen werden durch Vernachlässigung ihrer zusätzlichen Rolle als Haus/Ehefrau auf das Lohnarbeitsverhältnis reduziert. Die zusätzliche Ausbeutung durch den (Arbeiter-)Mann verschwindet in der von Marxisten/Leninisten *oft* propagierten 'Proletarischen Familie'. (...). **Die Bereiche der gesellschaftlichen Produktion, in denen hauptsächlich Frauen** - besonders trikontinentale - **arbeiten**, fallen unter den Tisch. Die ganze **geschlechtliche Arbeitsteilung** und deren enormer Wert für Kapital (?!) und Männer verliert sich als quasi naturgegebene Quelle im Reproduktionsbereich, dem dann keine revolutionäre Sprengkraft zugerechnet wurde. (...) Die **Gewalt gegen Frauen** wurde aus dem privaten Bereich geholt und als strukturelle quer durch alle anderen sozialen Verhältnisse entschleiert; (...)."[84]

Und zu den Rassismen schreiben die GenossInnen, daß "sie in der ArbeiterInnenklasse selbst real existieren. Die funktionierende (!) rassistische Spaltung der arbeitenden Klasse (...). Rassismen nur als 'Schein', nur als Machenschaften und Einredungen der Herrschenden anzusehen, verkennt ihre Popularität und ihre **materiell wirksamen jahrhundertealten Traditionen. Rassismen sind zu Strukturen geworden, die sich nicht auf andere soziale Verhältnisse reduzieren lassen.** Sie lassen sich auch nicht völlig ableiten aus anderen sozialen Verhältnissen, sie haben eine relative Autonomie gegenüber Patriarchat und Klassenherrschaft."[85]

3. Organisierung und Autonomie

Nach alledem bedarf die Notwendigkeit einer "politisch autonomen Frauenbewegung (...) keiner ausführlichen Rechtfertigung mehr".[86]

Einige Elemente, die es eigentlich auch KommunistInnen einfach machen müßten, diese Notwendigkeit (an)zuerkennen, finden sich bereits bei Lenin. Sie müssen allerdings aus ihrer prinzipiellen Einordnung in ein Nebenwiderspruchs-Konzept herausgelöst werden.

Zum einen sprach sich Lenin bekanntlich für das Selbstbestimmungsrecht unterdrückter Völker aus, zum anderen schrieb er: "Wir sagen, die Befreiung der Arbeiter muß das Werk der Arbeiter selbst sein und genauso muß die Befreiung Arbeiterinnen das Werk der Arbeiterinnen selbst sein."[87] Bei dieser Formulierung bleibt unberücksichtigt, daß auch Frauen der Bourgeoisie *als Frauen* unterdrückt sind. Des weiteren ist es eine patriarchale Fehlanwendung des zitierten Satzes, wenn Lenin mit ihm versucht, die oben angesprochene geschlechtshierarchische Arbeitsteilung nach der Oktober-Revolution zu rechtfertigen.[88]

Bei der erstgenannten Position Lenins muß korrigierend ergänzt werden, daß sich daß Problem des Rassismus nicht nur auf den Bereich des Staatsgründungsrechts bezieht, sondern u.a. auch in der ArbeiterInnen- und Frauenbewegung selbst virulent ist. Deshalb muß Lenins Forderung - im Gegensatz zu seiner eigenen Auffassung - auch auf den Bereich der revolutionären Bewegung selbst erstreckt werden.

"Erst auf der Basis von Autonomien wären dann wieder Einheiten möglich, die nicht vereinnahmbar, umarmend oder ungleichgewichtig sind, (...)."[89]

Und *hier* fangen die tatsächlichen Probleme, die in der weiteren Diskussion zu klären sind, an.

wichtige Literatur (weitere in den Fußnoten):

Louis Althusser, Widerspruch und Überdeterminierung. Anmerkungen für eine Untersuchung (1962), in: ders., Für Marx, Frankfurt am Main, 1968, 52 - 99.

ders., Über materialistische Dialektik. Von der Ungleichheit der Ursprünge (1963), in: ebd., 100 - 167.

ders., Von "Das Kapital lesen" (1965) bis "Lenin und die Philosophie" (1968) - Entwurf eines Vorworts (1968), in: ders., Elemente der Selbstkritik, Westberlin, 1975, 97 ff.

Andrea Ambros / Gudrun Hentges / Urte Sperling, "Arbeit der Arbeiterklasse an sich selbst" - Die Arbeitskraft als Ware und die Doppelarbeit der Frauen, in: Perspektiven, Nr. 5, Juni 1989, 17 f.

Sünne Andresen / Ellen Woll, Kappt die Automationsarbeit das Patriarchat?, in: Perspektiven, Nr. 4, Nov. 1988, 39 ff.

Michèle Barrett, Das unterstellte Geschlecht, (West)berlin, 1983 (Originalausgabe: London, 1980).

Etienne Balibar, Stichwort "Klassen", in: Georges Labica / Gérard Bensussan, Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 4, (West)berlin, 1986 (frz. Originalausgabe: Paris, 1984²), 615 ff. [a]

ders., Stichwort "Klassenkampf", in: ebd., 626 ff. [b].

Francoise Balibar / Nadya Labica, , Stichwort "Feminismus", in: Georges Labica / Gérard Bensussan (Hg.), Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 2, Argument-Verlag: (West)berlin, 1984, 341 ff.

Ursula Beer, Marx auf die Füße gestellt? Zum theoretischen Entwurf von Claudia v. Werlhof, in: PROKLA, Vol. 50, März 1983, 22 ff.

Jenny Bourne, Für einen anti-rassistischen Feminismus!, o.O. (Westberlin?), o.J. (1990?)(engl. Originalausgabe: Institute of Race Relation: London, 1984).

Marianne Braig / Carola Lentz, Wider die Enthistorisierung der Marxschen Werttheorie, in: PROKLA, Vol. 50, März 1983, 5 ff.

Drude Dahlerup, Confusing concepts - confusing reality: a theoretical discussion of the patriarchal state, in: A. Showstack Saaoon (ed.), Women and the State a shifting boundaries of public and private, London, 1987, 93 - 127.

Regine Gildemeister / Angelika Wetterer, Wie Geschlechter gemacht werden, in: Gudrun-Alexi Knapp / Angelika Wetterer (Hg.), Traditionen. Brüche, Freiburg, 1992, ff.

Donna Haraway, Geschlechter, Gender, Genre, in: Kornelia Hauser (Hg.), Viele Orte. Überall?, (West)berlin/Hamburg, 1987, S. 22 ff.

Kornelia Hauser, Soziales Geschlecht und unbewußte Gesellschaft, in: ebd., 42 ff.

Frigga Haug, Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus, in: Das Argument, Vol. 129, 1981, 649 ff.

dies., Feminismus - Marxismus, in: Perspektiven, Nr. 4, Nov. 1988, 25 ff.

dies / Kornelia Hauser, Geschlechterverhältnisse, in: Projekt Sozialistischer Feminismus (Hg.), Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik, (West)berlin, 1984, 9 ff., 42 ff.

Saül Karsz, Theorie und Politik: Louis Althusser, Frankfurt am Main / [West]berlin / Wien, 1976 (frz. Originalausgabe: Librairie Arthème Fayard, 1974).

Barbara Ketelhut / Christiane Kohne / Maren Kreuz / Erika Niehoff, Die Familie als Brutstätte der Revolution, in: Projekt Sozialistischer Feminismus, Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik, [West]berlin, 1984, 113 ff.

Sabine Klenke, Politik ohne Frauen - Krise linker Politik, in: MOZ, 6-7/1983, 27 - 32.

Birgit Köhn / Helga Milz / Marianne Pieper / Ulla Ralfs, "Verläßliche Frauenpersonen" und "Luxusdamen", in: Projekt Sozialistischer Feminismus (Hg.), Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik, (West)berlin, 1984, 160 ff.

daß Nebenwidersprüche nicht automatisch mit den Hauptwidersprüchen gelöst werden. Vielmehr sei eine "effektive Umwälzung des komplexen Ganzen (...) nur dann möglich, wenn die *Gesamtheit*, der (Haupt- und Neben-)Widersprüche gelöst wird." (Karsz 1976, 140 - erste Hervorh. d. Verf., zweite i.O.).

81 Haug/Hauser 1984, 72; Mitchell 1966-71, 96 f., 184, FN 53; Mitchell 1984, 17, 47 f., FN 13.

82 Dahlerup 1987, 102.

83 Vgl. Bourne 1984, 17.

84 Viehmann et al. 1990, 31, 38 - Hervorh. d. Verf. Zur **strukturellen Bedeutung von Männergewalt gegen Frauen** s. auch oben das Zitat in FN 14. Zur Bedeutung der **geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung als Basis des Patriarchats** vgl. auch Barrett 1980, 19, 22, 25, 30 f., 34; Haug/Hauser 1984, 59 f., die gegen *einige* Vertreterinnen dieser These Einwände machen, die (vor allem auf der Grundlage der sonstiger Positionen von Barrett und Haug/Hauser) *nicht immer* nachvollziehbar sind.

85 Viehmann et al., 32, 34 - Hervorh. i.O.

86 Barrett 1980, 223.

87 Lenin 1919, 27. Vgl. F. Balibar / N. Labica 1984, 344.

88 S. dazu das Lenin-Zitat in FN . Insofern unkritisch: F. Balibar / N. Labica 1984, 344, s.a. 342: "(...) etwa bis 1925 (...) im Innern der Frauenbewegung eine marxistisch-feministische Strömung entwickelt". Dies geschah - wie oben angedeutet - erst später.

89 Viehmann et al. 1990, 57.

Jutta Kolkenbrock-Netz, Frauen in der Politik und/oder autonome Politik der Frauen, in: MOZ 6-7/1983, 33 - 37.

Kommunistische Brigaden, Beitrag für die Debatte in der revolutionären Bewegung Europas, Amsterdam, 1991, 20 - 21 (Patriarchatsdiskussion).

W.I. Lenin, Über die Aufgaben der proletarischen Frauenbewegung in der Sowjetrepublik (1919), in: ders., Werke, Band 30, Berlin/DDR, 1979[6], 23 ff.

Linke Liste TU, Den Begriff "Marxismus" beibehalten, kippen, relativieren?, in: PROWO, Null-Nummer 6, 08.12.1989, 5.

Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort (1859), in: MEW 13, 7 - 11.

ders. / Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie (1845), in: MEW 3, 9 ff.

Sigrid Meier, Neue Arbeitsteilungen?, in: Gerhard Brosius / Frigga Haug (Hg.), Frauen \ Männer \ Computer, (West)berlin, 1987, 47 ff.

Anja Meulenbelt, Scheidelinien, Reinbek bei Hamburg, 1988.

Juliet Mitchell, Frauenbefreiung - Frauenbewegung (1966 - 1971), Frankfurt am Main / (West)berlin / Wien, 1981.

dies., Frauen - die längste Revolution. Feminismus, Literatur, Psychoanalyse, Frankfurt am Main, 1987 (engl. Originalausgabe: London, 1984).

Redaktionskollektiv, Auf zu neuen Ufern!, in: Perspektiven, Nr. 4, Nov. 1988, 5 ff.

Frank Rentschler, Die Unfähigkeit zum Lebensgenuß, in: Perspektiven, Nr. 4, Nov. 1988, 26 ff.

Detlef Schulze, Der Beitrag der Althusser-Schule zur marxistischen Theorie des Klassenbewußtseins, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiten von Gareth Stedman Jones, unveröff. Berlin, 1992.

Ingrid Strobl, Die rote Rosa, in: Broschürengruppe für Ulla und Ingrid (Hg.), Anschlag auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf, Hamburg, 1988[1], 70 - 73 (Nachdruck aus: Emma 4/1986).

dies., Die Angst vor den Frösten der Freiheit, in: Projektgruppe Metropolen(gedanken) & Revolution? (Hg.), Texte zur Patriarchats-, Rassismus, Internationalismusdiskussion, Berlin, 1991, 13 ff.

Pascal Vandegeerde / Didier Chevolet / Bertraad Sassoye / Pierre Carette, An die Militanten der "internationalen Infoläden" (Antwort auf den offenen Brief vom Sommer 1990). An alle Genossinnen und Genossen, Tournai/Namur/Mons/Huy (Belgien), Oktober 1991.

Klaus Viehmann und Genossinnen/Genossen, Drei zu Eins (1990), in: Projektgruppe Metropolen(gedanken) & Revolution? (Hg.), Texte zur Patriarchats-, Rassismus, Internationalismusdiskussion, Berlin, 1991, 27 ff.

VI. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit II: Kommunistische Kritiken an der neuen Politik der RAF

"wir haben überlegt, daß es darum geht, neue bestimmungen für eine politik herauszufinden, die tatsächliche veränderungen für das leben der menschen *heute* durchsetzen kann und die *längerfristig* den herrschenden die bestimmung über die lebensrealität ganz entreißt."
RAF, *April-Erklärung*

"Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die ins Breite gezogene Revolution und die Revolution als kondensierte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch *die Zeitdauer*, sondern durch das *Wesen* verschiedene Momente."
Rosa Luxemburg, *Werke*, Bd. 1/1, 428

"die zerstörung des sozialen unter den menschen (...) bedeutet, daß auf der basis des kapitalistischen systems, dem 24-stunden-alltag von leistung und konkurrenz, den menschen eigene kriterien geraubt und durch für den kapitalismus funktionale *werte* ersetzt wurden - (...). es zeigt sich daran, daß in diesem system alles zur *ware* wird, (...)."
RAF, *Weiterstadt-Erklärung*

"Weshalb kann man behaupten, daß die 'Theorie des *[Waren-]Fetischismus*' (...) ein Hindernis bildet (...) für eine materialistische Theorie der *Ideologie* und der Geschichte der Ideologien? (...) Wie wir heute zu wissen beginnen, läßt sich ein ideologischer Vorgang (...) nur (...) durch die Existenz und die Funktionsweise echter ideologischer gesellschaftlicher Verhältnisse (juristischer, moralischer, religiöser, ästhetischer, politischer Art usw.) erklären, die sich historisch im Klassenkampf konstituieren. Es sind spezifische gesellschaftliche Verhältnisse, die sich real von den Produktionsverhältnissen unterscheiden, auch wenn sie durch diese 'in letzter Instanz' determiniert werden. 'Real unterscheiden' will heißen, daß sie sich in *spezifischen Praxen* realisieren bzw. materialisieren, die von besonderen *ideologischen Apparaten* abhängen usw."
Etienne Balibar, in: *Theorien des historischen Materialismus*, Frankfurt am Main, 1977 293 - 343 (310)

1. ZK der PCE(r), *Strategische Neuorientierung oder Das Ende des bewaffneten Kampfes* (Juni 1992)
2. Gefangene aus den CCC, *Eine nicht zu rechtfertigende Erklärung* (Okt. 1992)
3. Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, *"... sag mal wo leben wir denn?"* (Mai 1992)
4. Michi Dietiker / Ali Jansen / Bernhard Rosenkötter, *Über das Schleifen von Messerrücken* (Juli 1992)

Zentralkomitee der PCE(r)

STRATEGISCHE NEUORIENTIERUNG oder DAS ENDE DES BEWAFFNETEN KAMPFS

In ihrer Erklärung vom 10. April gibt die RAF das Ende ihrer bewaffneten Aktionen mit folgenden Worten bekannt: "Wir haben uns entschieden, daß wir von uns aus die Eskalation zurücknehmen. Das heißt, wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einstellen."

Auf diese Weise reagierte die RAF auf den Kinkel-Vorschlag, die schwerkranken politischen Gefangenen freizulassen und dies, bei den Gefangenen, die am längsten in Haft sind, in Erwägung zu ziehen, wenn diese ausdrücklich auf Gewalt verzichten. Die RAF verlangte weiterhin die sofortige Freilassung der Haftunfähigen und die Zusammenlegung für die anderen. In ihrer Erklärung fragt sich die RAF, "ob er (Anm.: der Staat) Raum für politische Lösungen zuläßt" für das Problem der Gewalt und die anderen aufkommenden sozialen Konflikte. Sie sagen weiter: "Wir haben von uns aus jetzt mit der Rücknahme der Eskalation aus der Auseinandersetzung einen Schritt gemacht, um diesen politischen Raum aufzumachen. Jetzt ist die staatliche Seite gefragt, wie sie sich verhält...". Die Erklärung endet mit der Drohung, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen, wenn der Staat seine repressive Politik beibehält: "Wenn sie diejenigen, die diesen Prozeß für sich in die Hand nehmen, mit ihrer Walze aus Repression und Vernichtung plattmachen, also weiter auf Krieg gegen unten setzen, dann ist für uns diese Phase des Zurücknehmens der Eskalation vorbei - wir werden uns das nicht tatenlos anschauen. Wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche Gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihre Eliten auch nicht leben können. Auch wenn es nicht unser Interesse ist: Krieg kann nur mit Krieg beantwortet werden."

Diese neue Position der RAF gründet sich auf ihrem Handlungsprinzip, der sogenannten "Westeuropäischen Guerillafront", und diese sei zerbrochen.

Sie schreiben: "Wir waren damit konfrontiert, daß die Vorstellung, im gemeinsamen internationalen Kampf einen Durchbruch für Befreiung zu schaffen, nicht aufgegangen ist." Ihre Selbstkritik bezieht sich auch auf andere Aspekte ihrer politisch/militärischen Aktionen: "Wir selbst waren damit konfrontiert, daß wir so, wie wir in den Jahren vor '89 Politik gemacht haben, politisch nicht stärker, sondern schwächer geworden sind." '89 begann nach ihren

Angaben der Prozeß, der zu ihrer neuen Position geführt hat. "Als einen zentralen Fehler haben wir gesehen, daß wir viel zu wenig auf andere, die hier auch aufgestanden waren, zugegangen sind; und auf die, die noch nicht aufgestanden waren, gar nicht."

"Uns ist klar geworden, ..., daß es so nicht weitergeht, ... wir hatten unsere Politik ganz stark auf Angriffe gegen die Strategien der imperialistischen Kräfte reduziert, und gefehlt hat die Suche nach unmittelbaren positiven Zielen und danach, wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren... Aus unseren Erfahrungen und aus den Diskussionen mit Genossen über alle diese Fragen steht für uns heute fest, daß die Guerilla in diesem Prozeß von Aufbau nicht im Mittelpunkt stehen kann..."

Aus all diesen Gründen kommen sie zu dem Schluß, daß es notwendig ist, "über unsere Fehler nachzudenken" und "neue politische Definitionen" zu suchen.

Die Erklärung hat innerhalb der revolutionären europäischen Bewegung und speziell in Deutschland einige Verwirrung gestiftet. Dazu hat zweifellos die erläuternde und verworrene Form - bei RAF-Erklärungen schon üblich - der Erklärung beigetragen, die eigentlich doppeldeutig sein soll - was sie für uns aber keinesfalls ist. Bekanntermaßen hatten wir schon vor einiger Zeit eine Auseinandersetzung mit ihnen, in der wir ihre falschen Ideen und ihre falsche Art, den Kampf gegen den Imperialismus zu führen, kritisierten; eine Kritik, die die RAF jetzt in ihrer selbstkritischen Bilanz in gewisser Weise anerkennt.

Aus diesen Gründen, genauso wie in der Auseinandersetzung damals - betrachten wir es als unsere internationalistische Pflicht - zuallererst natürlich gegenüber unseren deutschen Genossen - noch mal klar zu sagen, das ihr Weg in die falsche Richtung führt.

Es ist offensichtlich, daß die Kinkel-Initiative implizit auch im Interesse der deutschen Bourgeoisie gestartet wurde, nicht nur, um mehr als zwanzig Jahre bewaffneten Kampf so bald wie möglich zu beenden, sondern auch, um jede Art von Widerstand auszulöschen, der imstande wäre, ein Ansprechpartner für die Massen in der jetzigen, generellen Krise des Kapitalismus zu sein.

Sie wissen sehr wohl über (ihre) ökonomischen, sozialen und politischen Probleme Bescheid und auch über die wachsende Unzufriedenheit - vor allem in der Ex-DDR -, die sich auch sehr schnell verschärfen können, wenn sich die wirtschaftliche Krise zuspitzt, Deutschland eine immer aggressivere Außenpolitik betreibt und es zu einer innerimperialistischen Auseinandersetzung kommt - was mehr als wahrscheinlich ist. In dieser Situation ist es keinesfalls verwunderlich, daß der deutsche Staat der RAF einen Köder auswirft, wobei er ihre augenblickliche Schwäche, die Sackgasse, in der sie sich befindet, und die zentrale Rolle der Gefangenen für die Bewegung ausnutzt.

Deswegen scheint uns der Waffenstillstand ein großer Fehler zu sein, zumal wenn wir die Begrifflichkeiten betrachten und das Fehlen einer wirklichen politischen und ideologischen Linie, auf die sich Revolutionäre stützen könnten. Vielmehr macht es der Regierung den Weg frei, die Liquidation der Bewegung fortzuführen und zu demonstrieren, daß jeglicher bewaffnete Widerstand gegen den Staat nutzlos ist. Genau deswegen ist es auch schon fast lächerlich, damit zu drohen, die bewaffneten Aktionen wieder aufzunehmen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden.

In der augenblicklichen Situation der Schwäche und Desorientierung der RAF halten wir es für illusorisch, daß das deutsche Großkapital - oder eine Fraktion dessen - ein Interesse daran hat, "Raum für politische Lösungen zu öffnen". Und noch weniger wird sich die Gewaltfrage lösen lassen.

Hinter der Kinkel-Initiative, die der deutsche Polizeistaat dafür nutzt, sich "human" zu zeigen, steht der Gedanke, falsche Hoffnungen zu wecken und gleichzeitig die Repression zu verstärken. Unserer Meinung nach ist das einzige, was man vom deutschen Staat jetzt erwarten kann - auch im Hinblick auf die Ideen und Vorschläge der RAF -, daß er seine Politik der "Wiedereingliederung der Gefangenen" schlicht und einfach fortsetzt, was zu einer wachsenden Repression gegenüber den Gefangenen führen wird; sozusagen die Anwendung der "Politik von Zuckerbrot und Peitsche". Milde für die, die bereuen - Härte (Iso und Folter) für die "Unverbesserlichen".

Daß dies der Weg der Regierung ist, hat sich schon gezeigt, als die Staatsanwaltschaft nach der "großzügigen" Offerte begonnen hat, die Aussagen der reumütigen Ex-Aktivisten aus der Ex-DDR zu benutzen, neue Prozesse gegen die Gefangenen anzustrengen, die zu weiteren langen Haftstrafen führen werden.

Wie die Erfahrung zeigt, werden sich die Gefangenen der Erpressung durch die "Gewaltverzichtserklärung" nicht beugen

- aber auch der Staat wird sie keinesfalls freilassen, sondern die Repression gegen sie verstärken. So wird sich im Gegenteil ihre Situation sogar noch verschärfen.
Gewiß, es geht nicht darum, auf Verhandlungen als Waffe im politischen Kampf zu verzichten, die es eventuell erlauben, dem Staat ein paar Verbesserungen abzuringen, wenn nicht sogar die Freiheit der politischen Gefangenen.
Aber wenn die RAF jetzt, in einer Position der Schwäche jeglichen bewaffneten Widerstand aufgibt und alle möglichen politischen und ideologischen Konzessionen macht, führt das nicht zum Ende ihrer Isolierung und ihrer Schwäche, sondern zeigt, daß es ohne vorherige Kapitulation keinen Ausweg gibt. Dies ist nicht gerade ein Beitrag dazu, die revolutionäre Bewegung zu stärken.
In ihrer Erklärung rechtfertigt die RAF das Ende der bewaffneten Aktionen mit der Notwendigkeit, einen internen Diskussionsprozeß voranzutreiben und eine "Gegenmacht von unten" zu bilden. Aber diese Argumente sind bei näherer Betrachtung nichts wert.
Erstens, weil die Erklärung eines Waffenstillstandes das Ergebnis einer Diskussion hätte sein müssen, da sie doch der ganzen Bewegung die Hände bindet. Tatsächlich begeht die RAF - bzw. ihre Führer genau den Fehler, den sie eigentlich korrigieren wollte: Sie treffen die Entscheidungen, die von den anderen befolgt werden müssen.
Zweitens, weil es ein Unding ist, eine "Gegenmacht von unten" aufbauen zu wollen, in einem bis an die Zähne bewaffneten Polizeistaat, der jegliche revolutionäre Bewegung sofort ausradieren will, wie die Geschichte der letzten Jahre auch gezeigt hat.
Es macht vielmehr Sinn, den bewaffneten Kampf aufrechtzuerhalten - als wesentlichen Bestandteil des Kampfes für den Kommunismus -, nicht nur um die Konterrevolution zu bekämpfen, sondern auch vor allem zur Ergreifung der Macht. Der imperialistische deutsche Staat wird nicht darauf verzichten, "die unten" auszubeuten und zu unterdrücken, noch wird er die in Ruhe lassen, "die für eine humanere Gesellschaft kämpfen". Zu behaupten, etwas anderes könne passieren - abgesehen davon, daß man so albern ist, zu glauben, daß die Bourgeoisie als Klasse eines Tages Harakiri begehen könnte, zeigt nur, daß es am wirklichen Willen fehlt, den Kampf gegen das Unrecht und den Staatsterror weiterzuführen.
Die Ursache für die neue Position der RAF sei die Einschätzung, daß sich "eine komplett neue Situation der weltweiten Kräfteverhältnisse" ergeben habe, als Ergebnis der "Niederlage der sozialistischen Staaten".
Mangels einer genaueren Erklärung scheint die Ursache für ihren Positionswechsel diese neue, plötzliche internationale Lage zu sein.
Da diese neue Situation für die RAF so wichtig zu sein scheint, ist es umso erstaunlicher, daß sie in ihrer Erklärung nicht genauer darauf eingeht. Wenn sie dies getan hätte, wäre sie wahrscheinlich zu dem Schluß gekommen, daß der Zusammenbruch des Ostblocks die innerimperialistischen Rivalitäten speziell zwischen den USA und dem imperialistischen deutschen Staat verstärken würde. Dann hätte die RAF eine wirkliche Erklärung für das Scheitern ihrer antiimperialistischen Politik gefunden, nämlich die angebliche Integration der kapitalistischen Staaten und ihrer "weltweiten Herrschaft".
Darüber hinaus ist jetzt nicht der Zeitpunkt, eine Debatte über das angebliche "Scheitern des Sozialismus" zu führen; die RAF bezieht sich darauf, indem sie die bürgerliche Propaganda übernimmt, die dazu dient, die Krise des Ausbeutungssystems und den Bankrott des revisionistischen Konzepts zu verdecken.
Um verstehen zu können, warum die RAF so sehr irren konnte, muß man sich an ihre Entstehungsgeschichte erinnern und den damaligen historischen Kontext. Daher waren wir umso überraschter, daß diese Phase in der Erklärung überhaupt nicht vorkommt, obwohl dies der einzige Weg gewesen wäre, die eigene Geschichte einzuschätzen und die eigene Perspektive klarzukriegen.
Das hätte dazu beigetragen, die Diskussion transparenter zu machen und mit den vielen weißen Stellen der Geschichte aufgeräumt, mit denen die deutschen Revolutionäre im Augenblick zu kämpfen haben.
Deswegen ist es wichtig, sich daran zu erinnern, daß die RAF von Anfang an den Marxismus gefordert hat und auch die Notwendigkeit einer Partei anerkannt hat, auch wenn sie der Meinung war, daß in der BRD Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre eine Gründung unmöglich war, da die Situation nach dem zweiten Weltkrieg und die speziellen Bedingungen in der BRD dies nicht zuließen.
Trotzdem glaubten sie, daß sie im bewaffneten Kampf die Bedingungen dafür schaffen könnten. Aufgrund entgegengesetzter Faktoren, sowohl internationalen (Aufstieg des Revisionismus) wie auch nationalen (Desorientierung der Arbeiterbewegung, Einfluß revisionistischer Strömungen, der Aufschwung der Wirtschaft, etc...), wurden diese Ideen durch einen zweiten Plan ersetzt.
Wenn dann noch die Gefangennahme und Tötung eines großen Teils der historischen Führungskader und die Integration von unerfahrenen, ideologisch nicht gefestigten jungen Aktivisten hinzukommt, kann man sich besser erklären, wie spontaneiistische Ideen Fuß fassen konnten und die Entwicklung der Theorie einer antiimperialistischen Front begünstigten, die damals schon im Entstehen war. Daß die RAF jetzt ihre eigenen zuletzt verfolgten Prinzipien in Frage stellt, ist unserer Meinung nach ein wichtiger Schritt, um die subjektivistischen und spontaneiistischen Ideen über Bord zu werfen und die Strategie neu zu definieren.
Diese Erkenntnis kann die revolutionäre Bewegung nur stärken, unabhängig davon, welchen Weg die RAF tatsächlich nehmen wird. Denn so werden günstige Bedingungen dafür geschaffen, die Debatte zu vertiefen, die Irrtümer richtig zu stellen, die Organisation voranzubringen und eine revolutionäre Strategie und ein revolutionäres Programm auszuarbeiten, das die Kampferfahrungen der Arbeiterklasse wie auch die des deutschen Volkes zusammenfaßt. Bei konsequenter Betrachtung sind dies unter anderen die Aufgaben, die die deutschen Genossen anpacken müssen, wenn sie ihre Selbstkritik ernst meinen.
Nichtsdestotrotz sind wir besorgt, daß die Suche nach "neuen Definitionen" und "dem Raum für politische Lösungen" zu einem verkappten Reformismus und in den Schatten der Legalität führen kann, ähnlich wie bei den lateinamerikanischen Guerilleros, die sich von der Sozialdemokratie haben einfangen lassen.
Daher wäre es beklagenswert, wenn die RAF einmal mehr ihren Weg verlieren würde und sich in dem vom Staat geknüpften Netz verfangen würde.
Trotz alledem vertrauen wir der Bewegung, daß sie in der Lage ist, diese schwierige Zeit zu überwinden, und daß aus ihrem Fundus heraus die Leute und Kräfte kommen, die in der Lage sind, eine wirklich revolutionäre Organisation zu schaffen, und die in der Lage sind, eine Kampfstrategie für den Kommunismus in Deutschland auszuarbeiten.

Juni '92

Didier Chevolet, Pascale Vandegeerde, Bertrand Sassoye & Pierre Carette
Gefangenenkollektiv der Kämpfenden Kommunistischen Zellen

Eine nicht zu rechtfertigende Erklärung

(Zum Brief der RAF vom 10. April 1992)

Im Frühling dieses Jahres hat die Rote Armee Fraktion ein wichtiges politisches Dokument veröffentlicht. In diesem Text stellt die revolutionäre deutsche Organisation verschiedene Gedanken dar, welche die internationale Situation und die soziale, militante und politische Lage in ihrem Land betreffen (mit besonderem Augenmerk auf die Frage der inhaftierten Genossinnen und Genossen); sie zieht eine Art Bilanz ihrer Aktivität und schließt mit der Entscheidung, den bewaffneten Kampf aufzugeben.

In einer bestimmten Art und Weise hat uns dieser Schritt nicht überrascht. Seit langer Zeit verstehen wir nicht mehr, aus welchen historischen, politischen und strategischen Analysen die RAF ihre kämpfende Vitalität schöpfen konnte. Aber das heißt, daß uns dieser Schluß besonders verabscheuungswürdig erscheint: Er drückt nicht die Eröffnung einer kritischen und selbstkritischen Überlegung aus, die auf eine theoretisch-politische Richtigstellung zugunsten der revolutionären Sache bedacht ist, wohl aber das liquidatorische Resultat des Prozesses von Abweichung und politischer Degradierung, den die RAF während der zwanzig Jahre ihrer Existenz erfahren hat.

Wir wissen, daß viele Militante der sogenannten *"antiimperialistischen"* Bewegung in Deutschland es für extrem unangebracht halten, von aufeinanderfolgenden Etappen in der Geschichte der RAF zu sprechen. Trotzdem, wenn man sich auf den Diskurs und die Praxis der Organisation seit Anfang der 70er Jahre bezieht, ist unbestreitbar, daß die RAF von 1972, 77 oder 82 drei verschiedene, sehr unterschiedliche Gesichter zeigt.

Ursprünglich bezog sich die Organisation teilweise auf marxistische Prinzipien und auf die marxistische Analyse, bewies politische Kreativität und Initiative im revolutionären Kampf. 1977 befand sie sich auf dem Gipfel strategisch defensiver Optionen. 1982 bestätigte sie - durch den Text *"guerilla, widerstand und antiimperialistische front"* - die komplette Preisgabe ihrer anfänglichen marxistischen Referenzen und ihr gänzliches Einschreiben in den Subjektivismus und den Militarismus. Während der folgenden zehn Jahre hat sich die RAF immer weiter in diese Sackgasse verrannt. Ausgehend von der sehr auffälligen Proklamation einer *"westeuropäischen Guerillafront"* mit A.D. im Jahre 1985 und der nicht weniger medienwirksamen gemeinsamen Unterzeichnung einer Forderung mit den B.R./P.C.C. im Jahre 1988 bis hin zu einer großen Zahl bemerkenswerter Guerillaaktionen (ganz besonders die Exekution des Treuhand-Chefs, Rohwedder), konnte sich die deutsche Organisation, mit gutem Willen zwar, nur in verlorenen Illusionen erschöpfen. Heute scheint die RAF nicht mehr zu verstehen, gegen wen sie kämpft und weshalb. Dies ist auf Zeit unvermeidbar, wenn man den historischen Materialismus und den wissenschaftlichen Sozialismus, das Ziel der Klassenrevolution und der Diktatur des Proletariats aufgegeben hat.

Das von der RAF im April veröffentlichte Dokument und besonders seine Schlußfolgerung des *"Abschieds von den Waffen"* haben unter der deutschen militanten Bewegung wichtige Erschütterungen provoziert; sie haben zahlreiche Diskussionen und Stellungnahmen bis auf internationaler Ebene hervorgerufen. So hatten wir die Gelegenheit, den sehr zutreffenden Beitrag des Zentralkomitees der P.C.E.(r.) mit dem Titel *"Replantamiento estrategico o liquidacion?"* [in dieser Broschüre S. Anm. d. Hg.] zu lesen. Auch wir wollen zu diesem Thema beitragen, wenn wir auch die Verspätung bedauern. Wir denken, daß es um unsere Verantwortung und politische Solidarität gegenüber der gesamten revolutionären Bewegung geht.

- - - - - - - - - - - - - - - - -

Bevor wir zum Inhalt des Dokuments der RAF kommen, möchten wir einige Worte zu diesem Brief selbst sagen. Seit vielen Jahren entwickelt sich in der revolutionären europäischen Bewegung eine kritische Debatte. Interessante Beiträge, besonders aus Spanien und Italien, sind im Umlauf, und von unserer Seite bemühen wir uns, an dem Austausch mit unseren bescheidenen Kapazitäten teilzunehmen. Ein großer Teil der Themen und Analysen dieser Debatte auf internationaler Ebene bezieht sich besonders auf die anti-marxistischen, subjektivistischen und militaristischen Positionen, welche in erster Linie die RAF seit Anfang der 80er Jahre vertritt. Nun hat aber, soviel wir wissen, die RAF es niemals für sinnvoll erachtet, diese politischen Kritiken zu beachten oder sich den Argumenten zu stellen, auf denen sie basieren. Und der Brief vom 10. April ignoriert diese noch immer in großartiger Weise.

Obwohl die RAF heute erklärt, daß ein Grund des Scheiterns ihrer Ideen in der Tatsache besteht, daß sie sich isoliert hat, weil sie keine wirkliche politisch-organische Beziehung mit denjenigen aufgebaut hat, die sich in die revolutionäre Perspektive einreihen. Sie ruft zu neuen Beziehungen, zu neuen gemeinsamen Diskussionen und Projekten etc. auf. Aber konkret fährt sie fort, die Debatte zu verhindern und die Fragen und Antworten so zu formulieren, wie sie alleine sie versteht. Zum Beweis die folgende merkwürdige Handlungsweise: Um bessere Bedingungen für eine Grundüberlegung - die sehr weit die militante Bewegung in Deutschland durchzieht - über den bewaffneten revolutionären Kampf zu schaffen, gibt die RAF diesen auf. Anders gesagt, um eine Reflexion über ein Thema zu begünstigen und dabei die Richtigkeit der Schlußfolgerungen zu garantieren, beginnt sie damit, das fragliche Thema eigenmächtig zu liquidieren. Unserer Meinung nach und in diesem besonderen Fall drückt eine solche Handlungsweise keine Suche nach revolutionärem Fortschritt aus, sondern zeigt einen Versuch, im Nachhinein eine Entscheidung zu rechtfertigen, die im Zusammenhang mit anderen, nicht zugegebenen Interessen getroffen wurde.

Ein anderer Aspekt des Dokuments der RAF verdient, hervorgehoben zu werden. Wir haben gehört, daß er sehr verschieden verstanden wurde: Einige sehen darin ein gerissenes taktisches Manöver, andere die Anerkennung der Unangemessenheit der revolutionären Gewalt, etc. Schließlich finden viele darin die Gelegenheit, sich von dem, worauf sie gerade Lust haben, zu überzeugen und ein unendliches und ungenaues Geplauder zu betreiben. Wir denken, daß der RAF in dieser Angelegenheit ein Großteil der Verantwortung zukommt. Seit langer Zeit entwickelt sie in ihrem Diskurs wie in ihrer Praxis viele Zusammenhanglosigkeiten und Verwirrungen, was ein Zeichen für den unbestreitbaren Mangel an ideologischer Klarheit ist. So etwas greift allmählich um sich.

Die konfuse Ausdrucksweise des Briefes vom 10. April hält einer strengen Analyse nicht stand. Die allgemeine Position im gesamten Text läßt weder mehrere Interpretationen noch Zweifel zu. Sie ist weder zweideutig noch unbestimmt, und daß sie sehr ungeschickt formuliert ist, reicht nicht, um den *"Abschied von den Waffen"*, den sie in sich birgt, unter einem Schleier von Ehrenhaftigkeit zu verbergen.

Übrigens müssen wir diesem Dokument ein großes (aber einziges) Verdienst anerkennen: Es beleuchtet die Sterilität des subjektivistischen Vorhabens der RAF

seit zehn Jahren und gibt sie zu. Ach, es ist wirklich schade, daß diese Aufklärung und dieses Zugeständnis nicht aus einer Annäherung an den Marxismus-Leninismus hervorgehen, also aus einer Entfernung vom Subjektivismus (zum Beispiel durch eine Ablehnung des Militarismus, die wir begrüßen könnten), sondern im Gegenteil aus einer erneuten Demonstration des Subjektivismus, diesmal im allgemeinen Rahmen eines opportunistischen Debakels. Wenn sie sich in die Überlegungen und Konzeptionen, die in diesem Brief dargestellt sind, versteigt, wird die RAF die revolutionäre Bühne verlassen und alle politischen und ideologischen Fehler konservieren, die wir von ihr kennen und die wir bereits kritisiert haben - und sie wird diese Bühne ohne Hoffnung auf Wiederkehr verlassen.

Es geht also darum, präzise und klar über die verschiedenen Punkte nachzudenken, die im Dokument vom April angeschnitten wurden. Denn den "*Abschied von den Waffen*", der in diesem Text beschlossen wurde, politisch und ideologisch zu bekämpfen, heißt in erster Linie, den Subjektivismus und seinen Nachfolger, den Opportunismus, beide in all ihren Formen zu bekämpfen, seien sie bewaffnet oder nicht. Ist denn schließlich der aktuelle "*Abschied von den Waffen*" etwas anderes als die allerletzte und spektakuläre Etappe einer langen politischen Abweichung? Stammt der schlimmste Fehltritt, der von der RAF begangen wurde, nicht aus der Mitte der 70er Jahre, als die Organisation begann, sich offen vom Marxismus und einer siegesgewissen Strategie loszusagen?

Der Brief vom 10. April beginnt mit einer Art lascher strategischer Reflexion/Bilanz. Es ist die Rede vom Scheitern der von der RAF in den letzten Jahren entwickelten Strategie, aber nichts von den Urhebern des Kampfes, der Art der Auseinandersetzung, der kurz- oder langfristig angestrebten Ziele etc. wird näher bestimmt. Es ist immer nur die Rede von "*wir*", von der "*kraft, die wir gegenmacht von unten genannt haben*", einer "*gesellschaftlichen alternative hier und heute*", "*um befreiung kämpfen* ", was eher ungenügend ist, um eine ernsthafte revolutionäre strategische Reflexion anzustellen. Jedoch ist dies für die RAF vollkommen ausreichend, um der Ansicht zu sein, ihre Erfahrung zeige, daß "*die guerilla in diesem prozeß (wir vermuten, daß es sich um den revolutionären prozeß handelt] (...) nicht im mittelpunkt stehen kann*". Noch selbstkritischer präzisiert die RAF sogar, daß "*gezielt tödliche aktionen (...) die gesamte situation alles, was in den anfängen da ist und für alle (...) eskalieren.*"

Dieser erste Teil setzt sich in einem zweiten fort.

Das berühmte "*alles, was in den anfängen da ist und für alle, die auf der suche sind*" impliziert "*als ganz wesentlichen teil den kampf für die freiheit der politischen gefangenen*". Nach Meinung der RAF eine in bestimmtem Maße glaubwürdige Perspektive. Der Justizminister hätte sich tatsächlich zum Repräsentanten einer Fraktion der Bourgeoisie gemacht, die verstanden hat, daß sie die sozialen Widersprüche nicht durch Repression lösen kann. Sich stillschweigend an diese aufgeklärte Fraktion wendend, fügt die RAF der Liste noch andere Forderungen hinzu: Die Gefängnisse müssen angemessen sein, alle müssen über einen Wohn- und Lebensraum verfügen, die Bürger der Ex-DDR müssen über eine Selbstbestimmung verfügen, der herrschende Diskurs darf nicht mehr rassistisch sein etc. etc.

Das Dokument endet mit einem drittem Teil, dessen Naivität und Logik zu denken geben: Die Antwort, die der deutsche Staat auf diese Forderungen gibt, wird zeigen, ob der politische Reformismus praktikabel ist oder nicht! Und darauf bedacht, diesen Schritt, der ebenso platt reformistisch wie anmaßend ist und gemünzt auf den "*prozess von diskussion und aufbau*", zu schützen, kündigt die RAF an, ihre "*eskalation*" aufzugeben. Aber Vorsicht, wenn der Staat seinerseits den besagten Prozeß nicht ernst nimmt, nun, dann wird die RAF besagte Eskalation wieder aufnehmen ... obwohl diese einige Abschnitte weiter oben als, strategisch unheilvoll betrachtet wurde. Der letzte Satz des Briefes schließt mit einer überwältigenden Redekunst: "**auch wenn es nicht unser interesse ist** (wir unterstreichen dies]*: krieg kann nur mit krieg beantwortet werden*". In etwa ist dies Rache bis zum Tod.

Es ist seit langem offensichtlich, daß der Hauptfehler der RAF in ihrer Fehleinschätzung - ihrer Ablehnung? - des historischen Materialismus besteht. Beispielhaften Mut und revolutionäre Selbstaufopferung verbinden die deutschen Genossinnen und Genossen mit einem unerschütterlichen Subjektivismus. Leider reichen Heroismus und Hingabe nicht aus, um den revolutionären Erfolg zu garantieren. Die Revolution ist nicht nur eine Sache von Personen und des guten Willens. Sie ist ein historisches Phänomen, das auf die objektiv sozial Bestimmenden antwortet.

Es wäre höchste Zeit für die RAF, über diese wesentliche Dimension des revolutionären Kampfes nachzudenken und ihre allgemeinen Vorhaben, ihre Analyse der objektiven Realität, ihr Verständnis der historischen Mechanismen, ihre strategischen und taktischen Auffassungen, ihre kurz- und langfristigen Ziele etc. darzulegen. Kurz, all das, was traditionsgemäß abhängig aus einer Plattform, aus Thesen und aus einem Organisationsprogramm hervorgeht. Wer könnte denn ohne dies jemals überhaupt wirklich und genau wissen, was die RAF denkt und will? Wie könnte die RAF selbst wissen, was sie denkt und will? Wie könnte sie ihren Kampf organisieren und führen?

Was für einen Sinn hat es, von revolutionärer Strategie zu sprechen ohne überhaupt klar definiert zu haben:

- was die konkreten Vorhaben des revolutionären Prozesses sind (z.B. was denkt die RAF von der Diktatur des Proletariats, vom sozialistischen Aufbau?)
- was darin der Hauptgegenstand ist (z.B. was denkt die RAF über das Proletariat? Wie definiert sie es? Welche Rolle erkennt sie ihm zu?)
- wie dieser sich entwickelt (z.B. wie geht die RAF das Problem der objektiven und subjektiven Bedingungen des revolutionären Prozesses an? Die Rolle der Partei?). Dies ist unserer Meinung nach die erste Arbeit, die die RAF zu leisten hätte und die sie der deutschen revolutionären Bewegung und dem deutschen Proletariat unterbreiten müßte.

Die RAF stellt ehrlich fest, daß sie sich in der Sackgasse befindet. Sie bringt für diese Sachlage verschiedene Erklärungen vor, die uns nur ihre Schwäche in der Analyse zu zeigen scheinen. Zuerst der Zusammenbruch des Revisionismus und das aktuelle Debakel des ehemaligen Ostblocks in der innerimperialistischen Auseinandersetzung ... Aber wer konnte noch glauben, daß diese Länder - in irgendeiner Art - Träger einer authentischen Dynamik oder eines authentischen revolutionären Einflusses waren? Daraufhin das Scheitern des Projekts, "*im gemeinsamen internationalen Kampf einen durchbruch zur befreiung zu schaffen*"... Wenn es um anti-imperialistische Bewegung in der Dritten Welt geht, so weicht sie seit bald fünfzehn Jahren zurück, und wenn es um die illusorische "*Westeuropäische Guerillafront*" geht, so hat sie nur durch das journalistische Sensationsbestreben gelebt.

So sehr wir also mit dem Schluß, den die RAF gezogen hat, übereinstimmen, daß nämlich der revolutionäre Kampf sich nur auf den objektiven sozialen Bedingungen eines jeden Volkes gründen kann, so sehr glauben wir auch, daß sie in diesen besonderen Fall eher zu diesem Schluß gekommen wäre, hätte sie einfach einen Klassenstandpunkt eingenommen oder den Reichtum an Analyse und Er-

fahrung der Internationalen Kommunistischen Bewegung studiert.
Dies ist ein Punkt, der umso entscheidender ist, als die Richtigstellung, die von der RAF vorgenommen wird, mit einer Abweichung einhergeht, die ihr jeden Vorteil ruiniert. Wenn sie ihr Hirngespinst der internationalen "*Front*" aufgibt, indem sie sich der nationalen sozialen Realität zuwendet, so hat die RAF bei der gleichen Gelegenheit ihren revolutionären Grund und ihre politisch-militärische revolutionäre Verantwortung als Avantgarde preisgegeben.
Wir haben bereits weiter oben in unserer Kritik auf das Fehlen einer allgemeinen Definition seitens der RAF hingewiesen, ein Fehlen von Bezugnahmen, das einen wirklichen politischen Austausch praktisch unmöglich macht. Das Problem taucht wieder auf, wenn man entdeckt, daß die RAF unbekümmert das revolutionäre Ziel aufgibt und gelassen ihre Avantgarderolle (und Gott weiß, wieweit sie diese Rolle 1972 für die gesamte revolutionäre Bewegung der Metropolen ausfüllte ... bis zu dem Punkt, an dem sie [die RAF, A.d.Ü.] noch heute deren Aura auskostet!) austauscht gegen ein Mitläufertum in der "*alternativen*" Bewegung.
Der wirkliche Inhalt der von der RAF im Moment vertretenen Positionen ist der folgende: Weil sie ihre militaristischen Illusionen sich nicht erfüllen sah, sucht die RAF eine neue Art, mit dem "*alternativen*" Sumpf zu fusionieren, eine Fusion, nach der sie offen seit 1982 strebt. Damals - die Sache mußte stattfinden, indem der Sumpf liquidiert wurde - schrieb die RAF zu diesem Thema in "*guerilla, widerstand und antiimperialistische front*": "*da ist nichts mehr von systemveränderung und 'alternativen modellen' im staat. sie sind nur noch skurril.*" Zehn Jahre später sind die Militanten der RAF für die gleiche Sache bereit, die Liquidierung ihrer Organisation anzubieten. Dies ist das logische Ergebnis ihrer frontistisch-strategischen und gegen die Partei gerichteten Abweichung. Anstatt sich mit Unabhängigkeit und Bestimmtheit an die Avantgarde des revolutionären Kampfes zu halten, dadurch, daß:
- eine Selbstkritik und eine offensive Neuorientierung auf der Basis des Marxismus-Leninismus vorgenommen werden;
- die Strategie und die Taktik, die zur Erhebung des allgemeinen Niveaus des Kampfes in Deutschland notwendig sind, angenommen werden;
- mehr und mehr kämpferische Proletarier und Revolutionäre mobilisiert, rekrutiert und organisiert werden, etc.; beabsichtigt die RAF eher, sich in der marginalen Masse aufzulösen und vor den aktuellen Wünschen und Grenzen des "*alternativen*" Sumpfes zu kapitulieren.
Natürlich muß die revolutionäre Organisation niemals von den (proletarischen!) Massen abgeschnitten sein, aber dies darf sie niemals dahin führen, auf ihre politische Unabhängigkeit zu verzichten und sich von einer autonomen Aktivität loszusagen.
Nun können wir im Dokument vom April lesen, daß die RAF das Problem ihrer Rolle und ihres Einflusses mit den folgenden Worten darstellt: "*wir hatten unsere politik ganz stark auf angriffe gegen die strategien der imperialisten reduziert und gefehlt hat die Suche nach unmittelbaren positiven zielen und danach, wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren.*" Was bedeutet das? Daß, weit davon entfernt, die Kritik anzunehmen, die schon hundert Mal an der "*anti-anti*"-Strategie der "*antiimperialistischen*" Strömung geübt wurde, deren militaristischer Fahnenträger sie war ("*unsere strategie ist es, gegen ihre strategie zu sein*" etc.), die RAF die Konstruktion und die Struktur einer starken kommunistischen Bewegung nicht als "*positives Vorhaben*" betrachtet. Dahingegen erscheint die vulgärste Art von Reformismus, der als "*positiv*" nur diejenigen Ziele ansieht, die kurzfristig und im kapitalistischen System erreichbar sind den Augen der RAF als die verlockendste strategische Option. Und der vollkommene Opportunismus setzt dem Ganzen die Krone auf: Hört man nicht, daß die RAF darauf bedacht ist, "*eigene soziale werte in ihren alltag*" derjenigen sich entfalten zu lassen, die Ihr nahestehen? Und dann noch, daß sie beabsichtigt, sich umzustellen auf eine "*zeit, in der es für alle, um ein sich-finden auf neuer grundlage geht*"? Der revolutionäre Prozeß verlangt also keinen Prozeß der Aneignung von Klassenbewußtsein mehr? Ist es also nicht mehr die Verantwortung der Revolutionäre, dieses Bewußtsein aufrechtzuerhalten und dadurch der Aneignung durch die Bildung zu dienen - gegen die Entfaltung einer "Spontaneität", die unvermeidlich nach den Kategorien der herrschenden Ideologie gestaltet ist?
Mit ihrem Brief vom 10. April verstärkt die RAF früher als erwartet ihren philosophischen Idealismus und ihren politischen Subjektivismus. Betrachten wir nun ihren Standpunkt und ihre konkreten Projekte im Rahmen der aktuellen sozialen und politischen Situation in Deutschland. Die RAF ist der Meinung, daß sie einer "*gesellschaftlichen alternative hier und heute*" keine Aufmerksamkeit geschenkt hat. Eine Alternative, die, so glaubt man, griffbereit ist, denn "... *daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben uns die erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt*". Weiter noch präsentiert die Organisation eine Liste von sozialen Reformen, die zu verwirklichen sie den Staat auffordert. Wir denken, daß all dies von einem phänomenalen Unverständnis der Wirklichkeit herrührt.
Zuerst die Frage nach einer "*alternative*" zur Gesellschaft; worum handelt es sich? Es handelt sich um eine zwangsläufige Randposition. Ein Rand, der nur von Kleinbürgern oder deklassierten Elementen besetzt werden kann. Wie können diese Kategorie und ihr Rahmen - spezifische Bestrebungen und Interessen - eine zu verallgemeinernde revolutionäre Entwicklung bilden? Die Revolution ist eine Sache sozialer Klassen, "*hier und heute*" eine proletarische Sache. Die Revolution hat nichts mit einer Alternative zur Gesellschaft innerhalb der Gesellschaft zu tun, aber alles mit einer Umwandlung der Gesellschaft, der gesamten Gesellschaft. Die Art, mit der die bürgerliche Macht gelegentlich auf die besonderen Forderungen des alternativen Sumpfes eingehen kann, ist mit dem Klassenwiderspruch, der die ganze Gesellschaft durchzieht, nicht zu vergleichen. Sich auf den Erfolg beim ersten Mal zu beziehen, um vorzugeben, daß andere ebenso erreichbar sind, ist ganz einfach irrig. Würde man jemals die Bourgeoisie sehen, wie sie die Interessen der Unterdrückten einräumt oder verteidigt? Es ist absurd, sich so etwas vorzustellen, weil diese Verteidigung eben über die Eliminierung (und nicht die "*alternative*" Ausrichtung) der Bourgeoisie und ihres sozialen Systems geschieht.
Der philosophische Idealismus und der opportunistische Subjektivismus der RAF haben sie dahin geführt, zu glauben, daß die bürgerliche Macht frei sei zu tun, was sie wolle, und daß sie sogar für eine Art rationalen, überlegenen Verstand zugänglich sei. Zu ihrer Liste sozialer Forderungen erklärt die RAF, daß die Antwort, welche die Macht erbringt, zeigen wird, "*wie weit hier ein politischer raum für lösungen erkämpft werden kann*". Aber wer könnte jemals glauben, daß es interklassistische Lösungen für den Kapitalismus, seine antagonistischen Widersprüche, für den Anstieg der Ausbeutung und die durch seine Krise induzierte soziale Degradierung gibt? Die Bourgeoisie hat nicht die Wahl zwischen einer ausgleichenden Intelligenz und einer "*provozierenden und draufgängerischen*" Haltung; sie ist die herrschende Klasse im Kapitalismus, die aus der kapitalistischen Ausbeutung Profit zieht und diese verteidigt, - eine Klasse, die weder etwas anderes sein, noch außerhalb des Rahmens ihrer eigenen Gesetze handeln

kann. Wenn es eine Lösung für die Widersprüche gäbe, die den Kapitalismus unterminieren und dazu führen, daß er gestürzt wird, wenn es interklassistische Lösungen für die ökonomische Krise gäbe, glaubt die RAF nicht, daß die bürgerlichen Herrscher diese nicht längst entdeckt und angewandt hätten?
Was bleibt in dem neuen Schritt der RAF vom dialektischen materialistischen Verständnis der Geschichte, vom wissenschaftlichen, aufrichtigen Vertrauen in die revolutionäre Zukunft? Nichts, einfach nichts. Wenn man den deutschen Genossinnen und Genossen glaubt, wäre das kapitalistische System von innen her reformierbar; dazu würde ausreichen, daß die Bourgeoisie dies versteht, - und natürlich macht es nichts, wenn dies ihren eigenen Interessen entgegensteht. Die sozialen Reformen wären zu allen Zeiten erreichbar, von dem Augenblick an, in dem die Bourgeoisie die Intelligenz dafür besäße (oder muß man ihr vielleicht helfen?); der soziale Frieden wäre zu allen Zeiten erreichbar, von dem Augenblick an, in dem die Bourgeoisie den Willen dazu besäße (idem)! Schließlich faßt die RAF nun den Kapitalismus als ein Produkt der Bourgeoisie auf und nicht die Bourgeoisie als ein Produkt des Kapitalismus.
Ein spezieller Punkt verdient, gesondert behandelt zu werden. Es handelt sich um die Frage der Gefangenen und eventueller Entlassungen oder Haftverbesserungen. Wir denken, daß wir bei diesem Thema äußerst vorsichtig sein müssen. Die taktischen Manöver sind häufig komplex und können nur mittels der gesamten Kenntnis aller ihrer Verhältnisse richtig bewertet werden; auch enthalten wir uns jeglicher kategorischer Beurteilung. Trotzdem verstecken wir unsere Verwirrung nicht und wollen einige Überlegungen darlegen.
Wir denken natürlich, daß es nicht unwesentlich ist, sich um die Entlassung der Genossinnen und Genossen zu bemühen, und daß es richtig ist, daß eine kämpfende Organisation alle Möglichkeiten und Gelegenheiten zu diesem Zweck ausschöpft, also auch die Verhandlung, wenn sie glaubwürdig ist. Aber zu keinem Zeitpunkt kann dies auf Kosten des Kampfes, seiner Zukunft und seiner grundlegenden Vorhaben geschehen. Der revolutionäre Kampf verursacht zwangsläufig eine Repression: der revolutionäre Sieg wird immense Opfer erfordern, dies ist ein historisches Gesetz und sich davor vorrangig zu schützen suchen, führt zwangsläufig zur Aufgabe des Kampfes.
Der Justizminister habe Anfang des Jahres angekündigt, die Entlassung einiger sehr lang Inhaftierter oder Gefangener, deren Gesundheitszustand sich verschlechtert habe, sei in Betracht zu ziehen. In Wirklichkeit nichts Beweiskräftiges, im Gegenteil, perfider Druck auf die geweckte Hoffnung. Analysiert die RAF klar die Situation? Überschätzt sie in diesem Fall nicht ihre Kraft, ihr Gewicht? Wird sie nicht dorthin gelenkt, wohin zu lenken sie glaubt?
Daß eine bürgerliche Fraktion, die euphorisch ist, weil sie denkt, sie habe noch einmal die Grundlagen eines "*Tausendjährigen Reiches*" gelegt (diesmal heißt es "*Neue Weltordnung*") die sich humanistischem und - publikumswirksamem! - Sanftmut gegenüber einer Handvoll erfahrener Genossinnen und Genossen hingibt, darf nicht mit einem defensiven Rückzug des Feindes verwechselt werden. Im Gegenteil! Übrigens, soviel wir wissen, ist der Minister damit beschäftigt, die Repression gegen andere Gefangene zu verschärfen (besonders dank der Kollaboration ehemaliger Militanter, heute Kollaborateure, die in der Ex-DDR festgenommen wurden). Die - verbale - Eröffnung von Kinkel, beabsichtigt sie schließlich etwas anderes, als eine noch grausamere Repression gegen diejenigen zu rechtfertigen, die ihre Ideen und ihre kämpferische Integrität behalten? Ist sie nicht eine Täuschung, um die authentischen revolutionären Kräfte zu schwächen? Ist sie nicht ein wirkungsvoller Betrug, der schon Resultate zeigt, weil man feststellt, daß er die RAF schon dahin geführt hat, ihre Sache, ihre Unabhängigkeit und ihre Waffen am Rande des Sumpfes zurückzulassen? Für vage, barmherzige Versprechungen, die schon durch eine repressive Verschärfung dementiert wurden, hat die RAF nicht gezögert, öffentlich ihr Erbe von zwanzig Jahren des Kampfes zu liquidieren.
Wir werden jetzt schließen. Wir hoffen, daß der Brief vom 10. April nicht die Gedanken aller deutschen Genossinnen und Genossen und besonders der Gefangenen wiedergibt, die sicher nicht erfreut darüber sind, daß man dem Preis, den sie zahlen, die Negation ihres politischen Engagements und die Liquidierung ihrer Organisation hinzufügt. Der Weg der RAF ist seit ihren Ursprüngen so gewunden, daß es schwierig ist, den Gedanken zu akzeptieren, daß alle mit jeder einzelnen seiner politischen Windungen direkt verbunden waren. Wir hoffen, daß - ist die Rauchwolke einer konfusen Formulierung einmal aufgelöst - die Genossinnen und Genossen der RAF Kenntnis von der subjektivistischen und opportunistischen Natur der Positionen nehmen werden, die sie in ihrem Dokument vom April vorgebracht haben; daß sie es als einen Fehler auf ihrem Weg ansehen, es als null und nichtig betrachten und schließlich die realen Probleme meistern werden, die sich ihrer Organisation und der deutschen revolutionären Bewegung stellen. Und dies auf einer wirklich revolutionären Grundlage, die den selbstkritischen Verstand verbindet mit dem Willen, den Reichtum der Internationalen Kommunistischen Bewegung, der im Marxismus-Leninismus zusammengefaßt ist, in seinem Wert zu erkennen und zur Geltung zu bringen.
Anfang der 7Oer Jahre hat die RAF im Wiederaufbau der europäischen revolutionären Bewegung eine unschätzbare und unersetzbare Rolle gespielt. Auch wenn zum Ende dieser Jahre immer schwerere Fehler gemacht wurden, vergessen wir niemals, wie viel wir ihr schulden, ihr und ihren heldenhaften Gründerinnen und Gründern, die auf Befehl desjenigen Staates massakriert wurden, mit dem zusammenzuarbeiten der Brief vom 10. April einlädt ... Wir haben genug Vertrauen in die Dynamik der deutschen revolutionären Bewegung, um eine energische Reaktion gegen diese verheerende und nicht zu rechtfertigende Erklärung abzuwarten, gegen den Prozeß der politischen und ideologischen Abweichung, dem sie die Krone aufsetzt und hoffen, daß die Militanten der RAF ihren alten und ruhmvollen Platz in den ersten Rängen der europäischen revolutionären Bewegung wieder einnehmen können.

Für die Einreihung der Roten Armee Fraktion in die Erfahrung der Internationalen Kommunistischen Bewegung, die im Marxismus-Leninismus zusammengefaßt ist!

Ehrenvolle Erinnerung an die Genossinnen und Genossen, die im Kampf und in den Gefängnissen getötet wurden!

Ehrenvolle Erinnerung an die Genossen vom Kommando Martyr Halymeh, die in Mogadischu getötet wurden!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

17. Oktober 1992

Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen, Michael Dietiker

"...sag mal, wo leben wir denn?"

Briefe zur April-Erklärung der RAF

Mit dem Folgenden wollen wir einige grundsätzliche Überlegungen in die Auseinandersetzung um die Erklärung der Genossen und Genossinnen aus der RAF vom 10.4.92 einbringen.

Wir stehen dabei vor dem Widerspruch, daß es uns einerseits unter den Nägeln brennt, so schnell wie möglich Stellung zu beziehen, daß aber andererseits die eigentlich nötige Ausführlichkeit und Genauigkeit einer solchen Stellungnahme eine intensive Arbeit erfordert, die wir in der notwendigen Schnelligkeit gar nicht leisten können. Zumal wir immer noch in verschiedenen Knästen hocken und all unsere Diskussionen nur mühsam schriftlich führen können.

Weil wir jetzt aber auf keinen Fall den viel zu oft gemachten Fehler wiederholen wollen, aus diesem Dilemma heraus zu spät oder gar nicht zu reagieren, haben wir beschlossen, zwei Briefe aus der Diskussion mit unseren Genossen und GenossInnen draußen zu veröffentlichen. Das kann natürlich nur der Anfang sein.

Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen, Michael Dietiker
Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand
Butzbach/Schwalmstadt, Mai 92

liebe....,

nun also mal zum zur zeit alles dominierenden thema. weißt du, was mir selbst beim ersten und nun wirklich noch flüchtigen lesen des briefes vom 10.4. sofort wie `ne heiße nadel unter die haut ging, das war diese oberflächliche, sich selbst und damit auch seine eigene geschichte nicht ernst nehmende und (nun, ich sag mal) lieblose art, in der dieser brief so runtergeschrieben worden ist. daß an dieser in jeder hinsicht ja wirklich sehr wichtigen erklärung richtig intensiv gearbeitet worden ist, sie darüber tage, wochen und .... diskutiert, überlegt, diskutiert ... haben, einmal bevor sie sich ans schreiben machten und dann noch einmal bevor sie den text dann wirklich abgeschickt haben, das vermittelt dieser brief eigentlich in keiner zeile. mir zumindest nicht. auch das jetzt nachgeschobene "ps" vom 14.4. macht das m.M.n. deutlich, ist letztendlich aber praktisch nur noch sowas wie das pünktchen auf dem i. da ich nicht weiß, ob es dir in dieser hinsicht ebenso geht, will ich dir an zwei kurzen und m.M.n. symptomatischen briefpassagen versuchen deutlich zu machen, was ich damit meine.

"uns ist klar geworden .... und dass es so nicht weitergeht, dass wir als guerilla alle entscheidungen allein treffen und die anderen sich an uns orientieren. wir haben das zwar oft anders formuliert, aber die realität war so." - steht auf seite 2 ihres briefes.

"wir, die raf, haben seit 89 angefangen, verstärkt darüber nachzudenken, und zu reden, dass es für uns wie für alle, die in der brd eine geschichte im widerstand haben, nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. wir haben überlegt, dass es darum geht, neue bestimmungen...." - schreiben sie auf seite 1 des gleichen briefes.

auf der einen seite zu sagen, es geht nicht, daß wir alle entscheidungen allein treffen, sich alle an uns orientieren, auf der anderen seite ohne vorherige breite diskussion gleich für alle, die in der brd eine geschichte im widerstand haben, nicht nur nachzudenken, sondern auch entscheiden zu wollen, ob es so weitergeht oder nicht, das ist einfach nur noch grotesk. leider ist der brief aber nicht nur das!

wie du dir sicher vorstellen kannst, in den vergangenen 2 wochen habe ich die letzten 8 oder 10 jahre noch ein weiteres mal sehr gründlich für mich revue passieren lassen und ich kann mich auch danach nur nochmal wiederholen: dieser text ist so etwas wie der logische und auch beinah zwangsläufige schlußpunkt einer langjährigen fehlentwicklung; einer sehr oft problematisierten und auch ausführlich kritisierten fehlentwicklung. und offensichtlich wird jetzt noch ein weiteres mal, daß die verfasser/innen des briefes sich mit der kritik an ihnen, an ihrer analyse und praxis nie ernsthaft auseinandergesetzt haben.

kurz vorab, damit da keine missverständnisse aufkommen können: ihre entscheidung, die eskalation zurückzunehmen, die ist natürlich richtig, zu kritisieren ist dabei nur, daß sie sich in ihrer erklärung nicht mit der entwicklung hin zu ihrer weitgehenden reduktion auf "gezielt tödliche aktionen" auseinandersetzen; mit einer entwicklung, in der sie angriffe, die nur in besonderen ausnahmefällen legitimiert sein können, zu etwas beinah normalen verkommen ließen. denn die dieser entwicklung zugrunde liegende art und weise, in der sie die realität und machtstrukturen in der imperialistischen gesellschaft wahrnahmen und "analysierten", wiederholen sie jetzt nur noch ein weiteres mal, indem sie völlig unreflektiert ins gegenteil verfallen:

"justizminister kinkel hat mit seiner ankündigung im januar, einige haftunfähige gefangene und einige von denen, die am längsten im knast sind, freizulassen, das erste mal von staatlicher seite offen gemacht, dass es fraktionen im apparat gibt, die begriffen haben, dass sie widerstand und gesellschaftliche widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen mitteln in den griff kriegen. gegen die gefangenen haben sie seit 20 jahren auf vernichtung gesetzt. die kinkel-ankündigung wirft die frage auf, ob der staat dazu bereit ist, aus dem ausmerz-verhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes leben kämpfen, die sich nicht der macht des geldes beugen, die eigene interessen und ziele entgegen dem profitinteressen formulieren und umsetzen, also ob er raum für politische lösungen zuläßt (und wenn auch vertreter aus der wirtschaft dahingehend druck auf die regierung machen, kann das nur gut sein)."

wer sowas denkt und schreibt, der hat sich von der dringend notwendigen rekonstruktion revolutionärer politik verabschiedet, der sucht zuflucht im reformismus.

aber weißt du, beinah ist das ja sogar ein wenig verständlich. genossen/innen, die jahrelang falsche und völlig unbegründet euphorische "analysen" zum ausgangspunkt ihres kampfes machten, die den imperialismus in politische agonie verfallen sahen, die interventionsmöglichkeiten des staates/des kapitals für beendet wähnten und von "entscheidungsschlacht" redeten, die müssen natürlich im momentanen siegeszug des imperialismus verzweifeln, ihre zuflucht im reformismus suchen ---- zumindest müssen sie das solange, wie sie sich nicht auf eine kritische aufarbeitung der letzten jahre einlassen, sie nicht in den vordergrund ihrer anstrengungen stellen. aber nein, sie haben sich auch jetzt nicht verändert, d.h. ihre art "politik" machen zu wollen ist die gleiche wie vor 6, 7 oder 8 jahren geblieben. unter dem druck der globalen entwicklung haben sich nur die ergebnisse verändert. und korrespondierend zur analyse und praxis aus den letzten jahren ist letztendlich daher auch der gesamte brief vom 10.4. verfasst worden. mensch muß sich das mal vor augen halten: statt zu realisieren, daß kinkel erkannt hat, daß die weitere von der politik eingeklagte inhaftierung von günter, bernd und z.b. auch irmgard (20 jahre...) kontraproduktiv zu werden droht und ein ständiger nicht zu kalkulierender mobilisierungsfaktor ist, und er deswegen eine völlig unverbindliche pontius-pilatus-initiative startete (und wie zu erwarten war, plötzlich erinnern sich diese herren wieder an die unabhängigkeit der staatsschutzsenate der oberlandesgerichte), da erkennen die illegalen darin eine ent-

wicklung, in der sich politische lösungen nicht nur für uns politische gefangenen abzeichnen, sondern gleich auch für alle, *"die für ein selbstbestimmtes leben kämpfen, die sich nicht der macht des geldes beugen, die eigene interessen und ziele entgegen den profitinteressen formulieren und umsetzen"* und das kapital macht gleich auch noch dahingehend druck.... sag mal, wo leben wir denn?
nun ich laß das für heute erstmal so stehen und setz mich jetzt nicht auch noch mit dem restlichen brief auseinander. grundsätzlich werden wir aber daran nicht vorbeikommen.
zum abschluß noch ein zitat aus dem beschluß des olg (der 2/3 ablehnung):
"der senat hat davon abgesehen, eine sperrfrist gemäß § 57 abs. 6 STGB für die stellung eines erneuten antrags festzusetzen. im hinblick auf die dem senat nach dem anhörungstermin bekannt gewordene, der raf zugeschriebene erklärung vom 10.4.1992, in der auch der verurteilte namentlich erwähnt worden ist, kann nicht ausgeschlossen werden, daß der verurteilte sich in naher zukunft den dort angekündigten gewaltverzicht zu eigen macht und damit eine neue beurteilungsgrundlage schafft."

lieber....,
was du von der atmosphäre der letzten zeit schreibst, diese mischung aus unsicherheit wie was gemeint ist, und unverständnis kann ich mir gut vorstellen --- leider. daß es in einer situation wie heute keine "fertigen antworten" gibt, ist klar (die gibt es in wirklichkeit nie), aber das problem ist, daß zu den ganzen brennenden fragen scheinbar nirgendwo wenigsten klare grundhaltungen formuliert werden, die den jeweiligen einschätzungen zugrunde liegen. dabei ist auch das jetzt von existentieller bedeutung. ich kann dazu nur sagen, wie wir das sehen.
das in kinkels "versöhnungs-offensive" (treffender begriff, hab ich aus einem radio-kommentar) drinstecken würde, uns als *politische gegner* anzuerkennen, denken wir überhaupt nicht. im gegenteil: kinkels eigene interpretation seines schlagworts macht deutlich: er hat "versöhnung" damit erklärt, daß sich schließlich auch die juden mit den deutschen versöhnt hätten! wohlgemerkt, in dem bild sind raf, widerstand und gefangene die nazis und bundesregierung und kapital sind "die juden". was da drinsteckt, ist also, uns mit dem terror der nazis gleichzusetzen, sich als unschuldiges opfer zu gerieren und uns aus der real überlegenen machtposition heraus "anzubieten", wir dürften uns schämen, "entterrorifizieren" und reumütig bessern. natürlich muß es trotzdem darum gehen, dieses veränderte staatliche kalkül zu nutzen für die durchsetzung von zusammenlegung und freilassung. aber voraussetzung dafür ist, daß wir ihrem kalkül mit einer klaren und offensiven grundposition gegenübertreten. die erklärung vom 10.4. hat da genau gegenteilig gewirkt: seither steht auch bei den staatlich gewollten vorzeige-entlassungen das "abschwören von der gewalt" noch viel betonter im vordergrund. wir halten es in der situation für notwendig, ein paar (eigentlich:) selbstverständlichkeiten deutlich und offensiv zu formulieren. zum beispiel einfach mal klar festzustellen, daß es eine "gewaltfrage" im sinne von "ja oder nein" überhaupt nicht gibt. es gibt lediglich die frage nach dem ziel. was ich damit meine ist, daß der staat den gewaltverzicht ja nicht aus pazifismus fordert, sondern im gegenteil die anerkennung seines gewaltmonopols -- sprich, der staat ist der einzige, der gewalt anwenden darf. was sonst ist denn golfkrieg, autobahnbau, wohnungsnot, wozu dient militär, bullen-, justiz- und knastapparat, wenn nicht zur gezielten ausübung von gewalt? oder anders: zum staatlichen gewaltverständnis der brd gehört die feier des 20. juli, also eines bewaffneten attentats gegen einen staatschef. der gewaltfrage muß also entgegengehalten werden, daß es erstmal nicht um gewalt an sich geht, sondern darum, mit welchem ziel welche gewalt angewandt wird. und daraus ergeben sich erst die kriterien. ganz plump gesagt, die herrschenden setzen zur verteidigung ihrer ausbeutungsinteressen unterdrückerische gewalt ein, und dagegen richtet sich der revolutionäre kampf. so kommts dann vom kopf auf die füße. ein ende von gewalt setzt also die abschaffung der herrschenden verhältnisse voraus.
natürlich ist das so arg simpel ausgedrückt. dazu ist in jeder hinsicht noch sehr viel mehr zu sagen, aber es bleibt trotzdem die grundlage. und so wäre es möglich eine position zu formulieren, die die staatliche abschwör-forderung als entlassungsbedingung zurückweist.
statt aber von der grundlage aus zu argumentieren, bleibt die erklärung vom 10.4. auf eine ganz verheerende weise in genau diesen fragen unklar und widersprüchlich. einerseits wird das scheitern einer bestimmten politik festgestellt und die hoffnung auf eine einsichtige, zu "politischen lösungen" bereite staatliche politik ausgedrückt, andererseits wird die unversöhnlichkeit der ziele betont ("von allein werden sie an keinem punkt zurückweichen"). zu der deshalb notwendigen eigenen stärke wird aber nichts weiter gesagt, als die drohung, dann die politik fortzusetzen, deren scheitern zuerst festgestellt worden war.
das ist unserer meinung nach aber kein zufall und auch kein einzelner fehler. es ist auch nicht nur absurd, sondern ist ausdruck von unklarheiten und fehlern, die schon ziemlich lange die antiimperialistische politik (nicht nur der raf) kennzeichnen. ich kann das auf die schnelle hier nur stichwortartig anreißen, aber es ist einfach existentiell notwendig, diese auseinandersetzung endlich zu führen, wenn wir die probleme jemals knacken wollen.
und damit ist auch schon der erste punkt benannt, nämlich die fehlende bereitschaft zur kritischen und selbstkritischen diskussion der jeweiligen politischen bestimmung und politischen praxis. die obigen "selbstverständlichkeiten" zur frage der gewalt heißen ja nichts anderes, als daß revolutionäre praxis dem ziel entsprechen muß, daß das revolutionäre gewalt nie was selbstverständliches werden kann, daß sie ein höchstmaß an verantwortlichkeit verlangt. wie weit eine praxis, die sich immer mehr auf "gezielt tödliche aktionen" gegen einzelne repräsentanten beschränkt, diesen anforderungen entspricht, also im grund die erste frage nach selbstreflektion für revolutionäre politik überhaupt, war beinah in der gesamten antiimperialistischen linken zumindest in den letzten 10 jahren kein thema. fast alle kritik und beinah alle versuche, solche auseinandersetzungen anzugehen, sind im plumpen Pro-Contra-Schema erstickt worden, zwischen zustimmung und "counter" gabs für kritische weiterentwicklung kaum platz. darin hat sich eine im grund zutiefst unkritische, unrevolutionäre denkweise etabliert, die aus allem nur die elemente herauszupft, die die "an sich" gut und richtig sind oder sonst gerade in den kram passen. und das, was ursprünglich "nur" gegen kritik immunisiert hat, führt jetzt dazu, selbst mit staatlichen angriffen wie der kinkel-initiative genauso umzugehen. so stehen dann plötzlich hoffnungen auf den staatlichen willen zur "politischen lösung" unvermittelt und unvereinbar neben dem wissen um die unversöhnlichkeit der ziele. auf genau derselben ebene lief seit langem die auseinandersetzung mit revolutionärer gewalt. die kritik an der konkreten bestimmung einzelner aktionen wurde sofort zur grundsatzfrage gemacht: wer kritisiert, stelle den bewaffneten kampf in frage. vom notwendigen und in seiner bestimmung ständig genau zu reflektierenden kampfmittel wurde der bewaffnete kampf so zur gesinnungsfrage; und die ebene der "gezielt tödlichen aktionen" zur bestimmung revolutionärer politik schlechthin. und deshalb kriegt jetzt auch die "an sich" ja völlig richtige entscheidung, eine ganz spezifische ebene von praxis so nicht mehr

fortzusetzen, diesen unklaren und schwer faßlichen beigeschmack von "beendigung".
aber in der erklärung vom 10.4. fehlt ja nicht nur ein versuch der analyse der eigenen entwicklung. ja es nicht mal die frage danach aufgeworfen, vielmehr wird als grund für die veränderung an erster stelle der zusammenbruch des realsozialismus genannt!
durch den zusammenbruch des realsozialismus hat sich natürlich die gesamte internationale lage völlig verändert, und natürlich bedeutet das für die nationalen befreiungsbewegungen einen harten schlag und ganz veränderte strategische aussichten. auch die gesellschaftlichen widersprüche in der brd sind durch den ddr-anschluß massiven veränderungen ausgesetzt. und sicher muß die kinkel-initiative auch vor dem hintergrund gesehen werden, daß die herrschenden sich jetzt auf neue, in ihrem ausmaß noch ganz unvorhersehbare probleme einstellen und sich deshalb ein paar unfunktional gewordene "altlasten" vom hals schaffen wollen. aber mit den fragen an die bestimmung revolutionärer politik hier und an die rolle des bewaffneten kampfs hat das ziemlich wenig zu tun. die fragen stellen sich auch nicht erst seit 1989.
natürlich ist die politik der raf von anfang an internationalistisch bestimmt. im zusammenhang mit dem weltweiten kampf der befreiungsbewegungen anfang der 70er jahre. die sowjetunion / der realsozialismus hat darin aber allenfalls eine mittelbare rolle gespielt, als zwar strategischer aber insgesamt trotzdem passiver faktor im internationalen kräfteverhältnis. dieser internationalistische hintergrund war zudem nur ein teil. der andere teil war die situation in der brd, die davon gekennzeichnet war, daß eine breite protestbewegung immer deutlicher an ihre grenzen stieß und für die weiterführung der globalen antiimperialistischen offensive eine überwindung dieser grenzen (gerade) auch in den metropolen notwendig wurde. durch den zerfall und die integration der 68er-bewegung hat dann erstmal zwangsläufig die internationalistische bestimmung eine ganz besondere rolle für die revolutionäre linke in der brd eingenommen. aber spätestens in den 80er jahren wurde das zur vereinseitigung insofern, als sich die politische analyse immer mehr auf die untersuchung und bewertung der imperialistischen planspiele und strategien reduziert hat, die entwicklung in der brd einzig aus diesen blickwinkel wahrgenommen wurde. und die veränderung gegenüber den anfänglichen bestimmungen wurde vielleicht überhaupt nicht mehr realisiert, ganz sicher aber wurde sie nicht mehr diskutiert, sondern sie wurde als quasi gradlinige fortentwicklung unterstellt. und jetzt schlägt das ganz einfach um bzw. setzt sich mit umgekehrten vorzeichen fort. an die stelle der imperialismus-strategie-analysen treten die innergesellschaftlichen widersprüche, genauso vereinseitigt und auch ohne darin die entwicklung der eigenen praxis und die veränderungen der eigenen bestimmung zu untersuchen.
klar ist nur eins: auf die art werden auch noch die letzten grundlagen revolutionärer politik verlorengehen.
ich laß es mal bei diesen kurzen und sehr stichwortartigen bemerkungen. aber es macht vielleicht schon mal deutlich, wo wir die eckpunkte für die genauere auseinandersetzung jetzt und für die aufarbeitung der geschichte sehen - als unbedingt notwendige voraussetzung, wenn wir uns unsere politische geschichte nicht rauben lassen und der rekonstruktion revolutionärer politik und geschichte arbeiten wollen.

Michi Dietiker / Ali Jansen (von 1970 - 81 Gefangener aus der RAF) / Bernhard Rosenkötter - Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand

Über das Schleifen von Messerrücken

"Es gibt keine völlig neue Arbeit, am wenigsten als revolutionäre; die alte wird nur klarer weitergeführt, zum Gelingen gebracht. Die älteren Wege und Formen werden nicht ungestraft vernachlässigt, wie sich gezeigt hat."
(Ernst Bloch, Erbschaft dieser Zeit, Ffm 1985, S. 146)
Die Weiterentwicklung revolutionärer Politik verlangt eine nüchterne Einschätzung der Lage und die genaue Analyse der Entwicklung, die ihr zugrunde liegt. Das gilt grundsätzlich und jederzeit.
Die nüchterne Einschätzung für den antiimperialistischen Kampf in der BRD heißt augenblicklich Niederlage - das haben wir mit allen Teilen der Linken, nicht nur der revolutionären gemein.
Es geht bei dieser Feststellung nicht um das Schaffen von Nestwärme dadurch, daß wir quer durch die Fraktionen bei der gesellschaftlichen Einsamkeit wenigstens die Niederlage gemeinsam haben. Es geht dabei erst recht nicht um die Konsumentenhaltung, bei nicht zufriedener Leistung die eigene Praxis und Geschichte einfach wegzuschmeißen und nach etwas prickelnd Neuem zu suchen.
Es geht auch nicht einfach um Fehlersuche. Denn das wirkliche Begreifen von Fehlern und das produktive Lernen daraus setzt das Wissen darum voraus, was wann warum und wie gelaufen ist. Das Ziel der Auseinandersetzung liegt darin, die richtigen und weiterzuentwickelnden Momente herauszufinden, die Gründe zu erkennen, aus denen sie sich nicht entfalten konnten (hier geht es dann auch um die vermeidbaren Fehler), und aus dieser Erkenntnis ihre aktuelle Bedeutung zu bestimmen. Erst so wird sie nützlich für die Rekonstruktion revolutionärer Politik - und dieses Interesse ist schließlich die Grundlage der gemeinsamen linken Diskussion!?!
Die gegenseitige Versicherung über dieses Ziel sollte erlauben, von dem kurzfristigen Klammern an nachträgliche Selbstvergewisserungen abzulassen - eine Haltung, deren Wiederholung Georg Fülberth in *"nachgerade klassischer Weise"* bei Thomas Ebermann entdeckt: *"Ich weigere mich ja zu sagen, daß unsere Hoffnung, die Einkreisung der Metropolen möge mit unserer Mitwirkung gelingen, reiner Spinnkram war, sondern ich versuche einen Blick auf unsere Biographie und Geschichte zu behalten, der*

noch sieht, daß es einige Jahre lang wirklich auf des Messers Schneide stand, welche Kräfte sich in der Welt durchsetzen" (Ebermann, konkret 6/92).

Unter der Überschrift "Auf des Messers Rücken" schreibt Fülberth (konkret 8/92): *"Es ist zu prüfen, ob das stimmt, und dabei sollte man vielleicht bis 1917 zurückgehen. ... Was wie das Ende des Kapitalismus aussah, war nur seine - zugegeben: konvulsivische - Umgruppierung ... Auf des Messers Schneide aber - dies wissen wir erst im Nachhinein - stand dabei nicht."*

Diese Einschätzung ist zweifellos richtig. Fraglich ist aber, welche Schlußfolgerung zu ziehen ist. Bei Fülberth ist es die Richtigkeit der *"prinzipiellen Opposition gegenüber einem System, dessen möglicher Sieg nicht seine moralische Rechtfertigung bedeutete. ... Es handelt sich um eine Frage der Wertung, welche einer gleichsam wissenschaftlichen Sortierung in Falsch und Richtig nicht zugänglich ist. Fehlerhaft war die Einschätzung des Kräfteverhältnisses, doch auch eine andere Prognose hätte an der Stellungnahme von Linken nichts geändert."* (ebd.).

So lassen sich immerhin schon einmal erreichte Kriterien dafür retten, was falsch ist an einer ausschließlichen Konzentration auf den "sozialen Prozeß" in der Metropolengesellschaft und auf die Suche nach "politischen Lösungen von unten". *Das* kann aber nicht genügen, ebensowenig wie die Feststellung von Karl-Heinz Dellwo, daß es *"eine historische und moralische Legitimation (gibt), hier in dieser Gesellschaft den bewaffneten Kampf geführt zu haben"* (konkret 6/92). *Die* Richtigkeit der Stellungnahme und *die* Legitimität der politischen Praxis sind nur die Voraussetzungen für die wesentliche Frage: die Frage danach, was an der konkreten Praxis nicht nur legitim, sondern politisch richtig war, und was heute politisch richtig ist!

I

Am Ende des Celler Interviews läßt sich Thomas Ebermann zu dem Ausruf hinreißen: *"Die Bereitschaft zur Konsequenz muß unbedingt verteidigt werden gegen die Propaganda, daß der Erfolg das alleinige Kriterium für politisches Handeln sei"* (konkret 6/92). Nachdem er kurz zuvor die kollektive Haltung von uns Gefangenen gegenüber dem staatliche geforderten Abschwör-Ritual als *"untaktisch"* qualifiziert hat, bleibt offen, was daran Selbstkritik ist und was Tribut an vermeintliches Märtyrertum. Richtig ist jedenfalls, daß der Erfolg keineswegs das einzige Kriterium für politische Praxis ist.

Das von Fülberth für alle Teile der Linken festgestellte Fehlen einer Gesamtstrategie heißt nicht, daß das Pochen auf richtige Elemente nur ein Klammern an Einzelstücke als Erkennungswimpel sein muß.

Zumindest in den letzten 25 Jahren hat keine Gruppen der Linken hier auf der Grundlage einer umfassenden Gesamtstrategie operiert, es gab überall nur mehr oder weniger fundierte Analysen, vorrangige Kriterien, darauf aufbauende Einschätzungen und Haltungen. Die Option auf die organisierte Arbeiterbewegung oder auf grüne Reformpolitik beruhte kaum auf einer Gesamtstrategie, die diesen Namen verdient hätte. Der bewaffnete Kampf und der antiimperialistische Widerstand waren die Konsequenz aus bestimmten Erfahrungen und Einsichten, waren als notwendig erkannter Vorstoß und Versuch der Eroberung von neuem Terrain unter den veränderten Bedingungen der spätkapitalistischen Metropolengesellschaft - auf einer Grundlage, die ursprünglich sehr vielmehr umfaßt hat als den weltweiten Kampf der Befreiungsbewegungen.

Was es bedeutet, unseren heutigen Standort auf dem Messerrücken festzustellen, ist eine geschichtsphilosophische Frage: Ihre Beantwortung hängt davon ab, welche Entwicklungsgesetzlichkeiten das Umdrehen des Messers bewirken könnte. Wollen wir uns der Ungewißheit dieser Frage nicht ausliefern, geht es darum herauszufinden, welche Elemente der eigenen Geschichte wir zur Bearbeitung des Messerrückens scharf machen können - und da gibt es sicherlich mehr als die "Bereitschaft zur Konsequenz", die "historische und moralische Legitimation" und die grundsätzliche Richtigkeit der Parteinahme.

Voraussetzung dafür ist allerdings die etwas genauere Kenntnis unserer Geschichte. Bisher kommt sie in der Auseinandersetzung, wenn überhaupt, nur merkwürdig schemenhaft und eingeebnet vor.

Auch der Begriff der Niederlage hatte mal einen weniger tabuisierten Klang: *"die subjektive seite der dialektik von revolution und konterrevolution: das entscheidende ist, dass man zu lernen versteht. durch den kampf für den kampf. aus den siegen, aber mehr noch aus den fehlern, aus den flipps, aus den niederlagen, das ist ein gesetz des marxismus. kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum endgültigen sieg. das ist die logik des volkes,"* schrieb Holger Meins 1974 in einem Brief aus dem Knast.

Ein solches Verständnis braucht nicht den Glauben an eine Situation auf Messers Schneide. Es steht dazu sogar in einem gewissen Widerspruch, denn es geht aus von einem zähen, langandauernden, schwierigen Kampf, in dem auch jeder wirkliche Fortschritt mit Rückschritten und Niederlagen verbunden ist. Tatsächlich waren die Gründe für den Aufbau der Roten Armee Fraktion auch wesentlich andere: Die politische Bestimmung für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes und für die Organisierung der Illegalität war in erster Linie aus den Bedingungen in der BRD und West-Berlin entwickelt.

Die Vorstellung von einer auf Messers Schneide stehenden *"instabilität des imperialisischen systems"* wurde von der RAF erst 1982 im sogenannten Mai-Papier zu einer grundlegenden und strategiebestimmenden Einschätzung erklärt - ohne dort allerdings die Unterschiede und Widersprüche zu den anfänglichen Einschätzungen und Bestimmungen zu thematisieren. Daß solche späteren Verschiebungen heute als immer schon bestehende Grundlagen erscheinen können, zeigt daß unsere Geschichte auch eine Geschichte der nicht geführten und verhinderten Diskussionen ist. Wenn wir uns also unsere "politische geschichte nicht rauben lassen wollen", heißt das auch, sie uns gegen die selbstverschuldeten Einebnungen zurückzuerobern.

II

Um das anfängliche Selbstverständnis der RAF zu skizzieren (und von da aus die späteren Veränderungen und Verschiebungen anzudeuten), müssen wir zunächst ein wenig ausholen. Selbstverständlich waren die weltweiten Kämpfe der Befreiungsbewegungen von Anfang an der Hintergrund für den Kampf in der Metropole. Im "Konzept Stadtguerilla" schreibt die RAF 1971 zu ihrem Selbstverständnis: *"Der sozialistische Teil der Studentenbewegung nahm, trotz theoretischer Ungenauigkeit - sein Selbstbewußtsein aus der richtigen Erkenntnis, daß die revolutionäre Initiative im Westen auf die Krise des globalen Gleichgewichts und auf das Heranreifen neuer Kräfte in allen Ländern vertrauen kann."* Das war der Hintergrund, vor dem sich damals die gesamte Linke weltweit bewegte. Aber die konkrete Bestimmung ihrer Politik entwickelte die RAF aus der Situation hier: *"Die Rote Armee Fraktion leugnet... ihre Vorgeschichte als Geschichte der Studentenbewegung nicht, die den Marxismus-Leninismus als Waffe im Klassenkampf rekonstruiert und den internationalen Kontext für den revolutionären Kampf in den Metropolen hergestellt hat. ... Was Stadtguerilla machen kann, hat die Studetenbewegung teil-*

weise schon gewußt. Sie kann die Agitation und Propaganda, worauf linke Arbeit schon reduziert ist, konkret machen. Das kann man sich für die Springerkampagne von damals vorstellen und für die Cabora Bassa Kampagne der Heidelberger Studenten, für die Hausbesetzungen in Frankfurt..." (Konzept Stadtguerilla).

Es war also nicht die internationale Situation, sondern in erster Linie die Entwicklung der Studentenbewegung und der Apo, die den bewaffneten Kampf in der BRD auf die Tagesordnung setzte. Im sogenannten Organisationsreferat des SDS von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl hieß es schon 1967: *"Die Agitation in der Aktion, die sinnliche Erfahrung der organisierten Einzelkämpfer in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Exekutivgewalt bilden die mobilisierenden Faktoren in der Verbreiterung der radikalen Opposition und ermöglichen tendenziell einen Bewußtseins-Prozeß für agierende Minderheiten innerhalb der passiven und leidenden Massen, denen durch sichtbare irreguläre Aktionen die abstrakte Gewalt des Systems zur sinnlichen Gewissheit werden kann. Die 'Propaganda der Schüsse' (Che) in der 'Dritten Welt' muß durch die 'Propaganda der Tat' in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerillatätigkeit geschichtlich möglich macht. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthinniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen."*

Die Studentenbewegung selbst war aber nicht in der Lage, diese Vorstellungen auch wirklich umzusetzen. *"Die Studentenbewegung zerfiel, als ihre spezifisch studentisch-kleinbürgerliche Organisationsform, das 'Antiautoritäre Lager' sich als ungeeignet erwies, eine ihren Zielen angemessene Praxis zu entwickeln, ihre Spontaneität weder einfach in die Betriebe zu verlängern war noch in eine funktionsfähige Stadtguerilla, noch in eine sozialistische Massenorganisation"* (Konzept Stadtguerilla).

In dieser Situation mußte es darum gehen, den bereits zum Vorschein gekommenen richtigen Kern aufzugreifen und ihn in einer anderen Form weiterzuentwickeln. *"Die Linken wußten damals, daß es richtig sein würde, sozialistische Propaganda im Betrieb mit der tatsächlichen Verhinderung der Auslieferung der Bild-Zeitung zu verbinden. Daß es richtig wäre, die Propaganda bei den GIs, sich nicht nach Vietnam schicken zu lassen, mit tatsächlichen Angriffen auf Militärflugzeuge für Vietnam zu verbinden, die Bundeswehrkampagne mit tatsächlichen Angriffen auf Nato-Flughäfen..." "Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zu zerstören"* (ebd.).

Für diese Aufgabe aber war die illegale Organisierung notwendig - auch als Konsequenz aus den Erfahrungen der Bewegungen in anderen Metropolenstaaten. *"Das Schicksal der Black Panther Partei und das Schicksal der Gauche Proletarienne dürfte auf jener Fehleinschätzung basieren, ... (die) nicht realisiert, daß sich die Bedingungen der Legalität durch aktiven Widerstand notwendigerweise verändern und daß es deshalb notwendig ist, die Legalität gleichzeitig für den politischen Kampf und für die Organisierung von Illegalität auszunutzen und daß es falsch ist, auf die Illegalisierung durch das System als Schicksalsschlag zu warten, weil Illegalisierung dann gleich Zerschlagung ist und das dann die Rechnung ist, die aufgeht"* (ebd.).

Das hieß jedoch nicht, daß nur die Illegalität das "echte" Kampfterrain wäre: *"Wir sagen nicht, daß die Organisierung illegal bewaffneter Widerstandsgruppen legale proletarische Organisationen ersetzen könnte und Einzelaktionen Klassenkämpfe und nicht, daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte. Wir behaupten nur, daß das eine die Voraussetzung für den Fortschritt und Erfolg des anderen ist"* (ebd.).

Die Stadtguerilla sollte als Fraktion der Bewegung fungieren; als diejenige Fraktion, die im Zusammenwirken mit anderen Fraktionen der Bewegung die Organisierung des bewaffneten Kampfes und den Aufbau der Roten Armee vorantreibt - als Rote Armee Fraktion. *"Unser ursprüngliches Konzept beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit. Wir wollten, daß jeder von uns gleichzeitig im Stadtteil oder im Betrieb in den dort bestehenden sozialistischen Gruppen mitarbeitet, den Diskussionsprozeß mit beeinfußt, Erfahrungen macht, lernt. Es hat sich gezeigt, daß das nicht geht. Daß die Kontrolle, die die politische Polizei über diese Gruppen hat, ihre Treffen, ihre Termine, ihre Diskussionsinhalte, schon jetzt so weit reicht, daß man dort nicht sein kann, wenn man auch noch unkontrolliert sein will. Daß der Einzelne die legale Arbeit nicht mit der illegalen verbinden kann"* (ebd.).

Das war die Situation 1970/71. Die Studentenbewegung war an eine Grenze gestoßen, und es ging darum, durch Transformation der bereits angelegten richtigen Momente diese Grenzen zu überwinden.

III

Die Genossinnen und Genossen, die nur wenige Jahre später in die Illegalität gegangen sind, machten diesen Schritt bereits aus einer sehr veränderten Situation. "Wir wollten für die Linke einen Raum schaffen, die Illegalität, in dem du erst mal Subjekt sein kannst - politisches Subjekt, das zum Angriff kommt", sagt Karl-Heinz Dellwo im konkret-Interview - der Unterschied zu den im "Konzept Stadtguerilla" formulierten Bestimmungen ist offensichtlich. Die politischen Bedingungen hatten sich stark verändert. Apo und Studentenbewegung hatten den Sprung über ihre Grenzen nicht geschafft. Was 70/71 noch an gemeinsamer Bewegung vorhanden war, hatte sich aufgelöst in K-Gruppen und reformistische Integration. Der Entschluß zum Aufbau der Stadtguerilla war auch eine Antwort auf diese schon absehbare Tendenz, die in selbstverschuldete Bedeutungslosigkeit führen mußte, *"wenn die Avantgarde selbst die Frage nicht beantwortet, wie die politische Macht des Proletariats zu erlangen, wie die Macht der Bourgeoisie zu brechen ist, und durch keine Praxis darauf vorbereitet ist, sie zu beantworten"* (Konzept Stadtguerilla).

Es war die richtige Antwort in dieser Situation, obwohl auch die bewaffnet kämpfenden Gruppen den Zerfall der Bewegung letztlich nicht aufhalten konnten. Gleichzeitig und durch diese Entwicklung begünstigt, nahm die staatliche Repression massiv zu und konzentrierte sich zwangsläufig auf die im Vergleich zu den "Bewegungszeiten" leichter überschaubaren revolutionären Kräfte. Statt des Kampfes als Fraktion mußte es ohne die Bewegung nun darum gehen, die begonnene Organisierung der Illegalität alleine voranzutreiben; die Genossinnen und Genossen, die den Schritt in die Illegalität mit all seinen Konsequenzen gemacht hatten und die, die in den Knästen saßen, nicht einfach im Stich zu lassen und das neu eroberte Terrain der Illegalität für künftige Mobilisierungen zu halten.

Natürlich hat sich in dieser Situation auch das Selbstverständnis der RAF verändert. Angesichts des Zerfalls der Apo und der damit wesentlichen Bezugspunkt innerhalb der Metropolengesellschaft trat der internationalistische Bezugspunkt stärker in den Vordergrund. Gleichzeitig verschob sich auch das Verhältnis zum Staat: Von der im Rahmen einer breiten politischen Mobilisierung bestimmten bewaffneten Aktion zur direkten Konfrontation, die sowohl durch verschärfte Repression und die Verfolgung draußen bedingt war als auch durch die ganz kon-

krete Notwendigkeit, die Gefangenen aus den Knästen zu holen. Eine Notwendigkeit, die über ihre Selbstverständlichkeit hinaus auch den Grund hatte, die Gefangenen vor der Folter und Vernichtung im Knast zu schützen.
Es ist nicht das anfängliche Selbstverständnis der RAF, aber in der Situation in den Jahren nach 1972, die Karl-Heinz Dellwo im Interview beschreibt: "Wir haben zurückgeschossen, das Verhältnis, das sie nach unten haben, umgedreht und auf sie selbst gerichtet."
Durch das staatliche Vernichtungsprogramm gegen die Gefangenen rückte das Ziel der Gefangenenbefreiung zunehmend in den Mittelpunkt. Damit veränderte sich aber auch die Bedeutung der "Machtfrage".
Der Staat behandelte die Gefangenen als Geiseln (woran sich bis heute im Prinzip nichts geändert hat) und verknüpfte so die eigene Machtposition unmittelbar mit der Frage der Gefangenen. Was umgekehrt bedeutete, daß Gefangenenbefreiung zu einem Angriff wurde, der ganz zentral mit der gesamten Staatsmacht konfrontiert war - viel mehr als "*den staatlichen Herrschaftsapparat an* einzelnen *Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen*".
Diese Entwicklung ist aber erst im Nachhinein so deutlich zu erkennen. Anfang 1975 gelang der Bewegung 2. Juni durch die Entführung des Berliner CDU-Spitzenkandidaten Lorenz noch die Befreiung von 5 Gefangenen aus den Knästen. Die Botschaftsbesetzung in Stockholm durch ein Kommando der RAF wenige Wochen später - ein Angriff in einer bisher noch nicht dagewesenen Schärfe - traf auf die harte Haltung der Bundesregierung, deren damaliger Staatssekretär Kinkel als politischer Verantwortlicher die Sicherheit der Botschaftsangehörigen dem Zerschlagungskalkül opferte.
Nach dieser Erfahrung, und nach dem Tod von Ulrike Meinhof, die am 11. Mai 1976 in ihrer Zelle "erhängt aufgefunden" wurde, sollten die Aktionen des Jahres 1977, die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und die geplante Entführung des Dresdner Bank-Chefs Ponto, die Bundesregierung zum Nachgeben zwingen. Ponto und Schleyer gehörten zur Elite des BRD-Kapitals, und sie verkörperten wie kaum jemand sonst die faschistische Kontinuität der BRD: einen auf "Arisierungen", auf Ausbeutung von KZ- und Zwangsarbeit fußenden Machtaufstieg, der ohne Unterbrechung 1945 direkt in die BRD-Eliteposition führte.
Aber diese Einschätzung ging nicht auf. Die Bundesregierung entschied sich, Schleyer zu opfern und schreckte auch nicht davor zurück, (da Aussagen über die Todesart der Stammheimer Gefangenen mit einer gegen die sie veröffentlichenden Medien unterdrückt werden, beschränken wir uns hier gezwungenermaßen auf selbst von der BAW unbestreitbares:) die Ermordung der Gefangenen von Prominenten in der Öffentlichkeit propagieren zu lassen und sie im Krisenstab zu erörtern.
Konfrontiert mit dieser geballten und vor nichts mehr zurückschreckenden Staatsmacht endeten die Aktionen von '77 mit einer umfassenden Niederlage, die von bisher nicht dagewesenem Terror und Repression gegen die legale Linke und alle auch nur halbwegs kritischen Stimmen begleitet war.
Wenn sich auch im Rückblick deutlich Fehler erkennen lassen, falsche Einschätzungen der eigenen Kräfte und des staatlichen Kalküls, gehören sie wohl zu den "unvermeidlichen" (Gremliza). Nach dem Zerfall der Apo blieb der RAF nur, alleine zu handeln; und in der Situation, in der keine Bewegung mehr politischen Druck zum Schutz der Gefangene entfalten konnte, mußt es darum gehen, alles zu tun, um sie vor Folter und Vernichtung zu schützen: sie zu befreien.

IV

Für die Entwicklung nach 1977 läßt sich allerdings keine vergleichbare Notwendigkeit behaupten.
Vor dem Hintergrund der stärker werdenden sozialen Bewegungen seit Ende der 70er Jahre und der damit verbundenen Massenmilitanz formulierte die RAF ihren politischen Neuansatz im Mai-Papier von 1982:
Die Niederlage von '77 wurde jetzt gleichzeitig als Beginn einer neuen Phase interpretiert: "*sie hätten es fast geschafft. aber die ironie ist, dass sie genau dadurch eine situation geschaffen haben, in der wir unter veränderten und so* besseren *bedingungen weiterkämpfen konnten*" (Mai-Papier). Denn die Entscheidung des Staates für die militärische Lösung "*war der sprung an die spitze der reaktionären gegenoffensive zur vereinheitlichung der apparate der inneren sicherheit in westeuropa,*" an ihm "*ist aber auch die politische schwäche der metropolenstaaten, die innere brüchigkeit der ganzen nach außen so potenten struktur, so evident geworden wie noch nie*" (ebd.).
Im offenen Widerspruch zu dem 11 Jahre früher im "Konzept Stadtguerilla" formulierten Ansatz hieß es nun: "*nachdem aus dem internationalen zusammenhang der kampf um befreiung vom isolierten guerillaprojekt zur greifbaren wirklichkeit in den auseinandersetzungen des tages durchgebrochen ist, geht es jetzt um den sprung mit beiden beinen auf der boden der situation* hier. *um widerstand in der metropole in der umgekehrten bewegung von hier aus zur front im internationalen klassenkrieg zu bringen. also die strategie, die* ihre *wurzel hier hat*" (ebd.).
Anstatt die Frage zu untersuchen, wie aus den strategischen Anfangsbestimmungen, die ihre Wurzeln hier hatten, der bewaffnete Kampf zum "isolierten guerillakonzept" werden konnte und was daraus zu lernen ist, wurde die Geschichte einfach umgeschrieben: "*wenn man so will, unterscheidet sich unsere aktionslinie von 77 von der jetzt darin, dass es bis 77 immer auf das ankam, was direkt zum bewaffneten kampf gekommen ist oder diesen schritt vorbereitet hat und dass es jetzt darauf ankommt, dass guerilla, militante und politische kämpfe als integrale komponenten im perspektivischen fluchtpunkt der zu entfaltenden metropolenstrategie zusammenkommen*" (ebd.).
Wurde im "Konzept Stadtguerilla" das Verhältnis von bewaffneter und legaler Politik noch damit beschrieben, "*daß das eine die Voraussetzung für den Erfolg des anderen ist*", heißt es nun: "*wenn auch bewaffnete, illegale organisation der kern dieser strategie ist, bekommt sie erst ihre ganze notwendige kraft, wenn bewaffnete politik mit militanten angriffen, mit den kämpfen aus der ganzen breite der erdrückung und entfremdung und mit dem politischen kampf um die vermittlung ihres prozesses zusammen zu einem bewussten und gezielten angriff gegen die dreh- und angelpunkte des imperialistischen zentrums gebracht wird*" (Mai-Papier).
Und zwar vor *dem* Hintergrund einer weltweiten Schwäche des Imperialismus. Der Sieg der Befreiungsfront in Vietnam wurde als historischer Durchbruch mit weitreichenden Auswirkungen beschrieben: "*die instabilität des imperialistischen systems bedeutet seitdem weltweit eine situation, in der der imperialismus mit einer niederlage an jedem punkt seines weltsystems, oder dem verlust irgendeiner seiner machtpositionen ... in die endliche krise des systems kippen kann*" (ebd.)
Erst hier taucht der Glaube an eine Situation auf Messers Schneide auf - und wurde gleich zur zentralen Grundlage des strategischen Ansatzes. Mit einer gewissen Notwendigkeit, denn das neue Front-Konzept beruhte, anders als das "Konzept Stadtguerilla", nicht auf den Erfahrung und dem bereits geführten Kampf einer Bewegung, sondern war ein theoretisch entwickelter Ansatz, der sich ausgehend vom Kampf der Guerilla durchsetzen und in einer so erst zu schaffenden Bewegung verankern sollte.
Die Chance dafür wurde darin gesehen, daß die Polizeistaatsformierung nach '77

zu der allgemeinen Erfahrung geführt habe, daß "*der imperialismus ... über keine positive, produktive perspektive mehr (verfügt), er ist nur noch die von zerstörung. das ist der kern der erfahrung, die die wurzel der neuen militanz in allen lebensbereichen ist.*" (ebd.).

So wurde das ganze Problem der politischen Verankerung auf eine völlig neue Weise betrachtet: "*es ist jetzt mehr* der *punkt. die inneren veränderungen hier im einzelnen zu analysieren. denn die haltung und die lebenspraxis derjenigen, die seitdem kämpfen, hat die veränderte situation schon in sich und geht ganz einfach von ihr aus. wir stellen einfach fest: fundamentalopposition ist mit diesem system wie nie zuvor grundsätzlich fertig. kalt, illusionslos, vom staat nicht mehr zu erreichen ... da ist einfach schluss ... und erst hinter dem ende des systems wird eine lebensperspektive vorstellbar*" (ebd.)

Vor diesem Hintergrund hieß die *Konsequenz für* die Bestimmung der Politik: "*revolutionäre strategie ist einfach die strategie gegen ihre strategie, die ihren strategischen plan in ihren konkreten projekten angreift und durch den militärischen angriff die imperialistische offensive nach innen und aussen politisch bricht und damit bewußtsein schafft, das neuer widerstand und prozeß der front national wie international wird, die ihre pläne blockiert, bevor sie sie ausführen können*" (ebd.).

Es ist deutlich: Hier wird das, was in der Entwicklung bis '77 *die* vielleicht unvermeidliche Bewegung weg vom Ausgangspunkt war, zum Programm erklärt.

Die Gesellschaft wird nur noch von außen wahrgenommen, Analyse beschränkt sich auf die Untersuchung der imperialistischen Pläne und NATO-Strategien, militärische Guerillaaktionen werden zum politischen Kern. Politische Auseinandersetzung und Vermittlung entwickelt sich nicht aus den gesellschaftlichen Widersprüchen, sondern beschränkt sich auf Angriff und angestrebte Verhinderung der fortgeschrittensten strategischen Projekte des imperialistischen "Gesamtsystems". Der Bruch mit der Metropolenrealität wird zur Bewußtseinsgrundlage - nicht mehr als aufklärerische "Irregularität", sondern als subjektiver Bruch mit der gesamten Lebenswirklichkeit der Metropole. Etwas theoretischer formuliert: Mit dem Aufbau der Roten Armee Fraktion ging es ursprünglich darum, die von der Studentenbewegung theoretisch erkannte totale Verdinglichung des Lebens im Kapitalismus zu druchbrechen, ein Kampfterrain zu eröffnen, auf dem die wesentlichen Elemente der "spontanen Irregularität" zu einer kontinuierlichen und nicht mehr integrierbaren politischen Praxis entwickelt werden können.

Im Mai-Papier dagegen drückt sich die Verdinglichung eben der Schritte und Formen aus, die ursprünglich gerade das Durchbrechen der totalen Verdinglichung ermöglichen sollten.

Das verlangte aber Interpretationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die damals nicht weniger falsch waren als heute: Die Behauptung eines weltweiten Kräfteverhältnisses, das die imperialistische Herrschaft auf Messers Schneide stellt, und der Behauptung vom Verlust der (im "Konzept Stadtguerilla" noch als Ausgangsfähigkeit verstandenen) Integrationsfähigkeit des Kapitalismus: "*Die Offensive jetzt ist für sie auch deswegen zur entscheidungsschlacht geworden, weil die reformistische variante, sozialdemokratismus und verdeckter krieg auf allen ebenen gelaufen ist ... weil die militärstrategie zum angelpunkt geworden ist, ist auch die politik gestorben - bzw. darin kommt sie auf ihren reinen begriff*" (Erklärung zu '77 der Gefangenen aus der RAF, 1984 im Stammheimer Prozeß).

Damit waren dem Front-Konzept von vorneherein die Grenzen gesetzt, an denen es auflaufen mußte - spätestens dann, als sich in der Niederlage nicht länger übersehen ließ, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Metropole doch vielschichtiger und widersprüchlicher ist.

Trotzdem hat sich auf dieser Grundlage in den 80er Jahren breiter Widerstand entwickelt, Ansätze zu einer revolutionären Bewegung wie in keinem anderen europäischen Land zu dieser Zeit. Eine Entwicklung, die ohne den Kampf der Guerilla so sicher nicht stattgefunden hätte.

Trotz der Fehler in der Analyse, der fehlenden wirklichen Verankerung, war der Kampf der RAF eine wichtige Orientierung für viele: Die Existenz einer grundlegenden Opposition in einem System, das alle Veränderungsimpulse, alle Subkulturen so umfassend aufschluckt, reformistisch oder direkt kapitalnützlich umbiegt oder blockiert; in einem System, in dessen Rahmen viele wirklich keinen Lebenssinn mehr sehen konnten, das sich aber als allumfassend und ausweglos darzustellen sucht. Die Selbstinszenierung der spätkapitalistischen Metropolengesellschaft als quasi pragmatischer Gesamtsachzwang, als Beste aller historisch möglichen Gesellschaften, die zunächst nicht durchschaubar ist, wurde in den Angriffen der Guerilla durchbrochen, mit denen konkrete Verantwortlichkeit erkennbar gemacht und die Angreifbarkeit des Systems bewiesen werden sollte. Nicht zuletzt gehört dazu auch die Ausstrahlung des konsequenten Kampfes der Gefangenen, den auch das Isolationsregime der Hochsicherheitstrakte nicht brechen konnte. Es gab ein starkes Bedürfnis bei vielen, die von diesen Momenten angesprochen wurden, sie aufgriffen, sich aneigneten und weiterzuentwickeln suchten. Anti-Nato-Mobilisierungen wie die Bush-Demo 1983 in Krefeld 1983, die Vielzahl militanter Aktionen in den Jahren 85/86 oder der Antiimperialistische Kongreß in Frankfurt 1986 seien hier nur als Beispiele für die Entwicklung erwähnt.

Aber es gab keine politische Diskussion, keine Auseinandersetzung um die wesentlichen Fragen, und so konnten die im Ansatz angelegten Grenzen und Fehler auch nicht erkannt und überwunden werden. Stattdessen führte das zur immer stärkeren Verdinglichung des politischen Bewußtseins:

Revolutionäre Politik war nur noch als bewaffneter Angriff denkbar, die militärische Aktion wurde zum nicht hinterfragbaren Fetisch, Illegalität wurde zum Mythos, zur Verkörperung des "Bruchs", zur Voraussetzung von Kollektivität schlechthin.

Mit teilweise verheerenden Folgen, die Lutz Taufer in seinem "Brief an einen Gefangenen" (konkret 8/92) ganz zutreffend als "*reaktionäre Symbiose*" von wortführenden Aktivisten und apologetenhaften Anhängern beschreibt. Daß wir ein "*ehrliches Verhältnis zu unseren Fehlern und Schwächen entwicklen*" (Taufer, ebd.), wird aber verhindert, wenn nur die oberflächliche Erscheinung der "*reaktionären Symbiose*" beschrieben wird: "*Welche Bedürfnisse auf beiden Seiten mitspielen und woher sie stammen, will ich hier nicht näher untersuchen*" (ebd.). Denn tatsächlich gibt es dabei mehrere Seiten. Auch die Gefangenen aus der RAF haben die Diskussion um die im Mai-Papier formulierte Politik der "bewaffneten Aktion" zumindest nicht forciert. Dieser Zusammenhang darf aber nicht länger aus der Auseinandersetzung verdrängt werden. Wird seine Untersuchung nicht zum Ausgangspunkt gemacht, erscheint alles Übrige nur als leichfertige Schuldzuweisung für den individuellen Sprung aus dem Schlamassel - und läßt die Grundstrukturen unangetastet, statt an ihrer Überwindung zu arbeiten.

V

Denn die Gefahr der heutigen Situation liegt darin, daß dieses verdinglichte Bewußtsein, nachdem es unleugbar an seine Grenze gestoßen ist, nun - anstatt durch Reflexion und selbstkritische Untersuchung seine Grenzen zu überwinden - undialektisch in sein scheinbares Gegenteil umschlägt: An die Stelle, die vorher

das "Gesamtsystem" und die imperialistischen Strategien eingenommen haben, treten plötzlich, als das Neue, das Andere, die "sozialen Prozesse in der Gesellschaft".
"Heute fehlt etwas anderes. Das ist nicht durch die Staatsmacht begrenzt. Es fehlt der neue soziale Gedanke, so etwas wie ein neuer historischer sozialer Sinn für die Gesellschaft", so Karl-Heinz Dellwo im konkret-Interview. Daß die spätkapitalistische Metropolengesellschaft über keinen sozialen Sinn verfügt, war allerdings schon der Ausgangspunkt der Apo. Ihre Stärke beruhte auf der Entwicklung eines eigenen "sozialen Sinns", aus dem dann auch der bewaffnete Kampf hervorgegangen ist - der ihn allerdings in der eskalierenden Konfrontation mit der Staatsmacht immer mehr verloren hat. Im Mai-Papier sollte dann das Fehlen des "sozialen Sinns", das Fehlen jeglicher Lebensperspektive im System alleine schon die Möglichkeit der revolutionären Front begründen. Heute ist unübersehbar, daß die Konfrontation mit der Staatsmacht keine ausreichende politische Grundlage sein kann. Aber wenn nicht gemeint ist, daß es unsere neue Aufgabe wäre, der bestehenden Gesellschaft einen Sinn zu stiften, dann ist das Fehlen des "sozialen Gedankens" nichts "anderes", nichts Neues, sondern das, wovon revolutionäre Politik immer schon auszugehen hatte: Die Notwendigkeit, im Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse einen sozialen Sinn zu entwickeln, der diese transzendiert.
Tatsächlich etwas völlig Neues ist aber, wenn Karl-Heinz Dellwo jetzt sagt: *"Für mich hat RAF bedeutet, ein bestehendes Vernichtungsverhältnis aufzubrechen, das von diesem Staat immer gegen Minderheiten, gegen Opposition eingesetzt wurde"* (ebd.).
Denn ein Vernichtungsverhältnis läßt sich nur da aufbrechen, wo der zugrundeliegende Widerspruch nicht mehr antagonistisch ist.
Wer jetzt feststellt: *"Wir müssen unser Ghetto verlassen, wir müssen in die Gesellschaft zurück"* (Taufer, konkret 8/92), ohne daran die allererste selbstkritische Frage anzuschließen, wie es nämlich zum damit unterstellten Herausfallen aus der Gesellschaft kommen konnte, für den trifft wirklich zu: *"Die Tür in die Gesellschaft wird erst einmal in jene brandgefährlichen sozialen Gegenden führen, wo der Reformismus lauert"* (Taufer, ebd.).
Es ist diese Gefahr, vor der auch Fülberth zurecht warnt: Daß nämlich in der Euphorie über die neuentdeckten Betätigungsmöglichkeiten beim Erobern von "Räumen" in der Gesellschaft und bei der Suche nach "Lösungen von unten" leicht vergessen werden kann, daß es (wenn dieses Wort einen Sinn haben soll) keine Lösungen unterhalb der Revolution, im Rahmen des kapitalistischen Systems gibt. Natürlich geht es um Selbstorganisation, geht es um einen "sozialen Sinn", darum, Ansätze für ein anderes Leben, jenseits der Herrschaft von Geld und Ware zu erkämpfen und so Schritt für Schritt Raum zu erobern. Darum ging es auch bei der Gründung der RAF. Gefährlich sind nicht die "sozialen Gegenden", sondern das Verhältnis, mit dem wir uns ihnen nähern. Dann nämlich, wenn die Haltung, die politische Basisarbeit - sei es in Bürgerinitiativen oder anderen legalen Gruppen, sei es in Gewerkschaften, im Betrieb, an Schulen und Unis -, die zum Teil sogar Ausbildung und Berufsarbeit als "Counter" gebrandmarkt hat, jetzt plötzlich schlicht gewendet wird.
Es ist weniger das tatsächliche Herausfallen (das so total nie war, sonst hätte der antiimperialische Widerstand nicht so vielfältig und relativ zahlreich sein können), als die im Mai-Papier formulierte mutwillige Verortung des eigenen politischen Standpunkts außerhalb der Gesellschaft, die zu dem jetzt auftauchenden Rückkehr-Bedürfnis geführt hat. Die Neuentdeckung politischer Basisarbeit "in der Gesellschaft" beruht weniger auf deren neuer Qualität als auf der Ignorierung dieses Hintergrunds.

VI

Das Problem ist nur, daß sich aus politischer Basisarbeit nirgends unmittelbar revolutionäre Politik entwickeln läßt. Mit dieser Erkenntnis sind wir wieder bei den Fragen der Studentenbewegung angelangt.
Die Tatsache, daß die damaligen Antworten heute nicht einfach wiederholt werden können, ist aber noch lange kein Grund, das ganze damals schon erreichte Erkenntnisniveau und Problembewußtsein über den Haufen zu schmeißen.
Deutlich wird das an einer Äußerung von Knut Folkerts im konkret-Interview: *"Der Emanzipationsgedanke muß wirklich aus der Tiefe und geschichtlichen Reife neu begründet werden, weil ja eine ganze Epoche zu Ende gekommen ist. Befreiung - was ist das heute? Heute sind Aufhebungen möglich, wie sie bisher nicht möglich waren. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit ist z.B. ein Negativausdruck für die tendenziell mögliche Aufhebung der Arbeit. Wir brauchen ein Wirklichkeitsmoment in der Gegenwart, auch weil es ein langandauernder Übergangsprozeß sein wird. Befreiung kann keine Abstraktion bleiben, kein fernes Ziel. Die Ziele müssen in der Lebenswirklichkeit beginnen, als Aneignungsbewegung."*
Daß Befreiung nicht abstrakt bleiben und daß Ziele nicht völlig außerhalb der Lebenswirklichkeit wurzeln dürfen, ist sicher richtig - aber nicht erst seit gestern. Schon vor längerem hat Marx deswegen mal das Kapital als die bestimmende Sphäre der Lebenswirklichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft analysiert, um so den Idealismus der utopischen Sozialisten auf eine materielle Grundlage stellen zu können.
So konnte er das Proletariat und die Industrialisierung als diejenigen "Wirklichkeitsmomente in der Gegenwart" bestimmen, von denen aus revolutionäre Politik im langandauernden Übergangsprozeß damals entwickelt werden mußte. Seither geht es darum, was unter dem "Wirklichkeitsmoment" für die konkrete politische Arbeit zu verstehen ist. Etwa Lenin oder Luxemburg haben das als Problem von Reform und Revolution untersucht und auch heute noch Lesenswertes darüber geschrieben. Darauf aufbauend hatte die RAF im "Konzept Stadtguerilla" festgestellt: *"Die 'revolutionären Übergangsforderungen', die die proletarischen Organisationen landauf landab aufgestellt haben, wie Kampf der Intensivierung der Ausbeutung, Verkürzung der Arbeitszeit, etc., - diese Übergangsforderungen sind nichts als gewerkschaftlicher Ökonomismus, solange nicht gleichzeitig die Frage beantwortet wird, wie der politische, militärische und propagandistische Druck zu brechen sein wird, der sich schon diesen Forderungen aggressiv in den Weg stellen wird, wenn sie in massenhaften Klassenkämpfen erhoben werden."*
Die Gründung der RAF als damalige Antwort kann heute natürlich nicht stupide wiederholt werden. Aber richtig bleibt, daß sich heute genauso allen Veränderungen, die auf eine Überwindung der strukturellen Massenarbeitslosigkeit zielen, mächtige und aggressive Kräfte in den Weg stellen. Zudem ist die Erkenntnis des Zusammenhangs von struktureller Arbeitslosigkeit und möglicher Aufhebung der Arbeit nicht neu, die IG Metall beispielsweise begründet darauf seit Ende der 70er Jahre ihre Tarifpolitik. 1980 formulierte Andre Gorz seinen "Abschied vom Proletariat", wo er aus dem Gedanken der "möglichen Aufhebung der Arbeit" ein Modell entwickelt, das ebenso zwangsläufig wie konsequent die Grundlagen der Metropolengesellschaft, nämlich die imperialistische Arbeitsteilung des Weltmarkts, unberücksichtigt läßt.
Wenn es jedoch um mehr geht als um die andere Verteilung des geraubten Profits zur Aufrechterhaltung des zerstörerischen Konsumwahns, dann sind gesellschaftliche Umwälzungen nötig, die ein

Ende des gift- und müllproduzierenden Metropolenwohlstands, eine Umwälzung der imperialistischen Weltmarkt-Arbeitsteilung mit sich bringen und somit zwangsläufig ein Mehr an Arbeit für alle Menschen weltweit.
Die Vorstellung der Abschaffung der Arbeit ist nur der konsequent zu Ende gedachte sozialdemokratische Gedanke von Umverteilung im Rahmen der bestehenden Verhältnisse. Wenn der Zusammenbruch des Realsozialismus als Zeichen einer zu Ende gegangenen Epoche etwas gezeigt hat, dann ist es die Priorität von Eigeninitialive, von Selbstorganisation.
Statt um "Abschaffung der Arbeit" geht es um die Verfügungsgewalt: um die gleichberechtigte Selbstbestimmung aller beteiligten Menschen darüber, was und wie produziert wird. Auch ohne eine fertige Antwort auf die Frage nach der praktischen Durchsetzung dieses Zieles wird an dem Beispiel deutlich, warum revolutionäre Politik nicht unmittelbar auf das zurückgreifen kann, was in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen schon vorhanden ist.
Das "Wirklichkeitsmoment" ist das in dieser Gesellschaft nicht lösbare Problem der Massenarbeitslosigkeit, aber durch die eurozentristische Vorstellung von "Aufhebung der Arbeit" wird es sich gerade nicht revolutionär überwinden lassen. Andererseits ist der Gedanke von Selbstorganisation in den real existierenden Arbeitskämpfen so gut wie nicht vorhanden. Aufgabe revolutionärer Politik ist deshalb, ihn dort hineinzutragen. Das setzt aber eine Verankerung in dieser "sozialen Gegend" voraus, die in der antiimperialistischen Linken bisher tendenziell für überflüssig oder falsch gehalten wurde. Diese Verankerung, dort wie in anderen "sozialen Gegenden", ist Korrektur eines Fehlers, ist Voraussetzung für, ist aber nicht selbst schon revolutionäre Strategie. Nicht die "sozialen Gegenden", sondern diese Verwechslung ist das "brandgefährliche", "wo der Reformismus lauert".
Dasselbe gilt für die "sozialen Prozesse in der Gesellschaft". In der zweiten Hälfte der 70er Jahre entstanden in den unterschiedlichsten Bereichen soziale Bewegungen, in denen eine Vielzahl von Erfahrungen gesammelt wurden. Sie alle sind später je für sich an eine Grenze gestoßen, nämlich an die Macht und an die Integrationsfähigkeit des Kapitals. Schon vorher gewußt zu haben, daß sie ihre Ziele gegen diese Macht nicht einfach werden durchsetzen können, rechtfertigt nicht ihre Geringschätzung durch die antiimperialistische Linke als "Teilbereichskämpfe", die von echtem revolutionärem Kampf gegen die imperialistischen Zentren eher ablenken würden. Sicher, die AKWs stehen noch, die Startbahn West ist gebaut, die Häuser sind geräumt, die Raketen stationiert - doch auch hier ist der Erfolg nicht das einzige Kriterium.
Mit der neuen Entdeckung der "sozialen Prozesse" und ihrer Bedeutung aber umgekehrt das Wissen um ihre Begrenztheit aufzugeben, wäre ein ebenso schlimmer Fehler, genauer: die Fortsetzung des alten mit umgekehrten Vorzeichen. Erst die richtige Einschätzung aller konkreten Kämpfe, sowohl in ihrer gesellschaftlichen Begrenztheit als auch in der politischen Brisanz der darin aufbrechenden Widersprüche, der entstehenden Umgangs- und Organisationsformen, der Mittel und Ziele macht es möglich, auch aus ihren konkreten Niederlagen nicht als Verlierer hervorzugehen.
Das gilt gleichermaßen für die Kämpfe der sozialen Bewegungen wie für die des antiimperialistischen Widerstands. Statt der bedingungslosen Identifikation mit den einzelnen Forderungen und den jeweiligen Parolen geht es darum, diese Eingebundenheit und Widersprüchlichkeit zu erkennen und ertragen zu lernen. (Wir empfehlen: Mao zu lesen, z.B. "Über den Widerspruch"!)
Denn es gibt keine einfachen, gradlinigen, unverrückbaren Siege, der revolutionäre Prozeß ist keine Entscheidungsschlacht. Erst dieses Bewußtsein setzt uns in die Lage, ein Leben lang zu kämpfen, anstatt in grandiosen Anstrengungen auszubrennen, um sich dann zurückzuziehen.
Daraus erst entsteht Identität, die auch für andere erkennbar sein wird, das ist der Schritt von Subkultur zu eigener Kultur und endlich auch die Überwindung der vielbeklagten Unfähigkeit zu solidarischkritischem Streit.

VII

Heute müssen wir von Niederlage sprechen und nicht von einer Grenze:
Anders als bei der Grenze, an die die Apo 1970 gestoßen war, geht es heute nicht um eine Transformation der fortgeschrittensten Praxis in eine höher organisierte Form, sondern es geht zunächst nur um die Bestimmung der nach wie vor gültigen Analysegrundlagen und derjenigen Elemente unserer Geschichte, die in veränderten, für heute angemessenen Ansätzen und Formen weiterentwickelt werden sollen.
Einige zentrale Ausgangsbedingungen sind immer noch dieselben wie vor 25 Jahren, wenn auch in extrem verschärfter Form: Das Problem der Entfremdung, der Verdinglichung aller menschlichen Verhältnisse, der zunehmenden Kapitalisierung und warenförmigen Durchdringung aller Lebensbereiche. Voraussetzung für die Subjektwerdung, für den Aufbau von Formen der Selbstorganisation, ist nach wie vor ein "Bruch" mit dieser umfassenden gesellschaftlichen Fremdbestimmung. "Bruch" darf aber weder autonome Selbstghettoisierung sein, noch Bruch mit der gesamten Lebenswirklichkeit der Metropolengesellschaft durch die Identifikation mit einem illegalen Terrain, das zudem isoliert ist und nicht Fraktion einer Bewegung. Trotzdem muß er, als Bruch in der Wertsetzung, als Bruch mit der kapitalistischen Determination, im eigenen Leben für andere erkennbar sein.
Anstelle des Holzhammerverhältnisses "Jeder muß sich entscheiden" geht es um die Suche nach Formen, in denen viele Menschen Schritt für Schritt diesen Bruch mit den Werten des metropolitanen Konsumalltags vollziehen können. Innerhalb dieses Rahmens bleiben Sabotage und bewaffnete Aktion grundsätzlich unverzichtbar. Genauso, wie es falsch ist, in der illegalen bewaffneten Aktion die Verkörperung des "Bruchs" zu sehen, die höchste Form revolutionärer Politik schlechthin, so ist es falsch, den bewaffneten Kampf mit dem "Sturm aufs Winterpalais", mit einer letzten Aufstandsphase zu identifizieren, wie Fülberth das in schlechter DKP-Tradition tut. Im Fall der russischen Revolution ist letzteres übrigens auch historisch falsch, denn trotz aller Widersprüche war der 'Terrorismus' der Narodniki in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein wichtiger Vorläufer, ohne den die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Rußland nicht verstanden werden kann.
Damit soll natürlich keine Analogie zur heutigen Situation zusammengeschustert werden, aber das Winterpalais-Argument fällt sogar hinter das politische Niveau der Friedensbewegung zurück, die immerhin mit Sitzblockaden schon Formen massenhaften zivilen Ungehorsams organisiert hat, und zwar bewußt als Sabotage, als Angriff auf das herrschende Gesetz, anstatt alles auf eine spätere Ausnahmesituation namens Aufstand zu verschieben.
Gleichzeitig geht es um die Suche derjenigen Wirklichkeitsmomente in der Gesellschaft, die den grundlegenden Widerspruch und seine mögliche Aufhebung beinhalten. Anders als vor 20 Jahren, vor dem Hintergrund einer breiten Bewegung mit starken revolutionären Impulsen, sind diese heute aber nicht in den gesellschaftlichen Konflikten schon aufgreifbar vorhanden. Vorhanden sind nur die Probleme, an denen sich der Widerspruch zeigt, aber die Momente seiner möglichen Aufhebung können zunächst nur abstrakt bestimmt werden: Jede Kon-

kretion als "Lösung von unten" mündet zwangsläufig in Reformismus. Wirkliche Konkretion kann nur im praktischen Kampf erfolgen, auf der Grundlage des Bewußtseins, daß es keine Lösungen unterhalb der Revolution gibt, und daß die Richtigkeit jedes einzelnen Schrittes sich daran bemißt, ob er den Blick auf den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang freilegt oder verschüttet.
Statt der unbeantwortbaren Frage nach einer Gesamtstrategie oder einer Zentralperspektive geht es also um die immer weitergehende Bestimmung von Kriterien und deren schrittweise Konkretion in der Praxis.
Diese Kriterien können zunächst nur abstrakt bestimmt werden, denn die Entwicklung revolutionärer Politik verläuft dialektisch: Sie verläuft unausweichlich in dem ständigen Widerspruch von abstraktem Wertmaßstab und notwendig unzulänglicher praktischgesellschaftlicher Umsetzung. Es gibt die lange Tradition eines falschen, positivistischen Verständnisses der gesellschaftlichen Widersprüche, das letztlich in allen Fehlern und Niederlagen linker Politik eine Rolle gespielt hat. Diesem Verständnis erscheinen gesellschaftliche Widersprüche als etwas Äußerliches, sie müssten nur richtig erkannt werden und linke Politik könnte dann auf der unteren Seite dieses Widerspruchs eindeutig, klar und in sich widerspruchsfrei Position beziehen.
Das ist keine Eigenart der alten Lehre vom Hauptwiderspruch Kapitalverhältnis, dem alles andere als Nebenwiderspruch untergeordnet wurde, es hat genauso in dem reduzierten Antiimperialismusbegriff der 80er Jahre eine wichtige Rolle gespielt.
Tatsächlich aber ziehen sich die Widersprüche immer und unausweichlich auch durch die eigene Praxis. Es gibt keinen "Bruch", kein Programm und keine Strategie, mit dem wir uns selbst aus den widersprüchlichen Zusammenhängen von Rassismus, Sexismus und Klassenwiderspruch hinauskatapultieren könnten. Revolutionäre Politik kann nicht durch die Bestimmung einer "richtigen" Praxis oder einer "richtigen" Position aufgebaut werden, sondern nur durch ständige kritische und selbstkritische Überprüfung, Veränderung, Weiterentwicklung, erneute Überprüfung und so weiter - in einem Prozeß, in dem die Kriterien durch die Praxis zunehmend an Umfang und Deutlichkeit gewinnen.
Welche Kriterien aus unserer Geschichte zu gewinnen sind, haben wir zu skizzieren versucht.
Sie bleiben vorerst relativ abstrakt. Aber nicht das Fehlen von Wirklichkeitsmomenten, nicht das Fehlen klarer Vorgaben ist das Problem, sondern das Bedürfnis nach eindeutigen Gewißheiten, nach einer widerspruchsfreien Position.
Wenn wir eine wirkungsvolle konkrete Praxis entwickeln wollen, die sich nicht selbst wieder fesselt und verdinglicht, müssen wir die Angst vor Widersprüchen, die Abneigung gegen das Abstrakte überwinden.
Hier wird der Mut zur Befreiung gebraucht. Voraussetzung ist das Wissen um den grundlegenden Antagonismus. Aber lebendige revolutionäre Politik kann nur aus der praktischen Kenntnis und der Verankerung in den vielfältigen gesellschaftlichen Widersprüchen entstehen, aus der Neugier auf das Leben.
"*Es gibt riesige Täuschungen der Unwissenheit, Betrug an falscher Phantasie, Weihrauch über durchschaubaren Gefühlen. Doch es gibt auch rote Geheimnisse in der Welt ja nur rote*" (Ernst Bloch, ebd. S. 409)

FÜR DEN KOMMUNISMUS

Butzbach/Schwalmstadt, Juli 1992

VII. *Kritische Theorie*: Die Totalität eliminiert die gesellschaftlichen Antagonismen. Die theoretischen Ursachen der Defizite der alten und neuen Politik

"Lukács's interpretation of the ideological battle between capitalism and socialism as a conflict between formal analytic rationality and the viewpoint of the totality is be found again and again in the works of later thinkers, among them, Goldmann, Marcuse, Satre" and has "permeated the attitudes und activities of radicals and revolutionaries who may never have read a line of Lukács's book."
Gareth Stedman Jones, in: *Western Marxism. A critical reader*, London, 1977, 11 - 60 (57, 18)

Der "Unterschied, daß der Arbeiter der einzelnen Maschine, der Unternehmer dem gegebenen Typus der maschinellen Entwicklung, der Techniker dem Stand der Wissenschaft und der Rentabilität ihrer technischen Anwendung gegenüber stehen muß, bedeutet eine bloß quantitative Abstufung und unmittelbar keinen qualitativen Unterschied (...)" in der Verdinglichung des Bewußtseins.
Georg Lukács, *Werke*, Bd. 2, 273.

"Der Neohegelianismus" - d.h. Georg Lukács u.a. - "interpretiert die Gesellschaft als homogene Totalität, (...). Ihre konstitutiven Elemente sind in eine undifferenzierte Ganzheit aufgelöst, die *inneren Widersprüche* und Querbeziehungen zwischen den besonderen Ebenen und Strukturen innerhalb eines gegebenen Sozialgebildes werden *ignoriert*."
Miriam Glucksmann, in: *alternative*, Vol. 71, 1970, 74 - 87 (74).

"Für den Marxismus ist die Erklärung jedes Phänomens in letzter Instanz intern: der innere 'Widerspruch' ist der 'Motor'."
Louis Althusser, in: *Was ist revolutionärer Marxismus?*, Westberlin, 1973, 97, FN 2

1. Herausgeber-Kollektiv, *Frankfurter oder Rote Armee Fraktion? - Zur Kritik des Einflusses der Kritischen Theorie auf die RAF*
2. Galvano della Volpe, "*Kritik eines spätromantischen Paradoxes* (Über die 'Dialektik der Aufklärung' von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno)" und "*Marcuses Moralismus und Utopismus*"
3. Karl Marx und Friedrich Engels, *Über die revolutionäre Rolle der Bourgeoisie*. Auszug aus dem *Kommunistischen Manifest*
4. Lucio Colletti, *Von Hegel zu Marcuse*
5. Friedrich Engels über die Parole "*Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk*"
6. Karl Marx über die Forderung nach "*gerechter Verteilung des Arbeitsertrags*"
7. Rolf Nemitz, *Ideologie als "notwendig falsches Bewußtsein" bei Lukács und der Kritischen Theorie*
8. Stuart Hall, *Ideologie und Ökonomie - Marxismus ohne Gewähr*
9. Desch, *Vom Protest zum Widerstand - aber wie?*

Broschüren-Gruppe

RAF und Frankfurter Schule

Nachfolgend drucken wir verschiedene Texte zur Kritik der Frankfurter Schule (Adorno, Horkheimer, **Marcuse**, im weiteren Sinne auch: Habermas, Fromm u.a.) und des ihr vorausgegangenen links-'kommunistischen' Frühwerkes von Georg **Lukács** ab. Denn wir denken, daß die RAF-Theorie nach dem Scheitern der Mai-Offensive von 1972 zunehmend von der Kritischen Theorie beeinflußt wurde - analytisch von Horkheimer/Adorno, strategisch eher von Marcuse[1]. Auch die GRAPO/PCE(r)-Gefangenen schreiben in ihrer in dieser Broschüre dokumentierten RAF-Kritik von 1986: "Der subjektive Ansatz der RAF in Bezug auf die Klasse und den Klassenkampf wird durch den Trugschluß der Entfremdung und Verbürgerlichung der europäischen Arbeiterklasse vervollständigt. Der Neo-'Marxist' H. Marcuse sagt, daß die Arbeiterklasse in der modernen kapitalistischen Gesellschaft unterwürfig allen Interessen der Bourgeoisie dient, und daß sie, weil sie objektiv an der Ausbeutung anderer Völker teilnimmt, sich in ihrer privilegierten Position sehr wohl fühlt. Etwas ähnliches sagt die RAF."

Im Anschluß an diesen Text gehen wir näher auf die philosophischen Grundpositionen der Frankfurter Schule ein und kritisieren diese ausgehend von einer historisch-materialistischen Position.

Im ersten Teil werden in erster Linie die politischen Implikationen der Rezeption der Kritischen Theorie durch die StudentInnenbewegung und die RAF beleuchtet. Der zweite Teil thematisiert primär die grundsätzlichen philosophischen Aspekte.

Frankfurter Schule und StudentInnenbewegung

Diese These vom Frankfurter Schule-Erbe der RAF mag zunächst diejenigen überraschen, die wissen, daß Adorno sein während der StudentInnen-Revolte besetztes Institut von der Polizei räumen ließ, und daß es Habermas war, der in Bezug auf diese Revolte das Schlagwort vom "linken Faschismus" in die Debatte warf.[2]

Tatsächlich ist es aber zum einen so, daß keinE TheoretikerIn davor gefeit ist, von seinen/ihren LeserInnen - in von jenen selbst nicht gewünschter Weise - beim Wort genommen und 'die Praxis' umgesetzt zu werden.

Zum zweiten war es in der BRD so, daß *die* Kritische Theorie der Frankfurter Schule tatsächlich (fast) die einzige 'kritische' Theorie über die hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse war. Originär marxistische Positionen (oder auch nur deren stalinistische Abwandlungen) waren in der BRD aufgrund des vorherigen Faschismus, des KPD-Verbots, der Verfolgung KPD-naher Organisationen sowie von 'Ost-Kontakten' fast nicht vorhanden (Ausnahmen existierten in Person der Professoren Abendroth, Brückner und Hoffmann). So war das einzige begriffliche Instrumentarium, mit dem die StudentInnen seit Mitte der 60er Jahre ihr radikal-demokratisch-humanistisches Unbehagen artikulieren konnten, eben das begriffliche Instrumentarium der Frankfurter Schule. Durch deren - vorrangig an die hegelianischen und feuerbacherianischen Frühschriften von Marx anknüpfende[3] - Theorie lernte die StudentInnenbewegung 'den Marxismus' kennen. Aber was ist nun eigentlich diese Frankfurter Schule?

Was ist die Frankfurter Schule?

Die Frankfurter Schule ist in den zwanziger Jahren als eine mit dem Marxismus sympathisierende Theorieströmung entstanden und hat sich mit dem Institut für Sozialforschung an der Frankfurter Universität institutionalisiert.

Nach dem Machtantritt des Faschismus flohen ihre Protagonisten in die USA. Die Erfahrungen mit Faschismus und Stalinismus ließen insbesondere Horkheimer und Adorno ab 1940 mehr und mehr die Rolle resignierter Intellektueller einnehmen. Die dritte Quelle ihres zunehmenden Geschichtspessimismus war die Erfahrung mit der integrierten, vornehmlich weißen, männlichen Arbeiterklasse der USA. In ihren Studien über die US-Kulturindustrie entwerfen sie ein Bild einer alle Lebensbereiche manipulierenden Kultur, die es der Arbeiterklasse nicht mehr erlaube, systemantagonistische Interessen zu entwickeln. Ihre in diesen Jahren verfaßten Schriften "Dialektik der Aufklärung" (1947) und "Negative Dialektik" (1966) fanden bei den sich für den Marxismus interessierenden StudentInnen in den 60er Jahren großen Anklang. Ähnliche - und ebenfalls von den StudentInnen rezipierte - Analysen legte Marcuse 1964/65 unter dem Stichworten der "Eindimensionalität" und der "repressiven Toleranz" vor.[4] Marcuse blieb aber mit seiner Randgruppen-Strategie ein voluntaristischer, geschichtsoptimistischer Ausweg aus der von ihm behaupteten 'Totalität der Herrschaft'.[5]

Die Gründe für die Hinwendung gerade zu den Theoretikern der Frankfurter Schule sind vor allem:

++ hier wurde eine kritische Denkweise vorgestellt, die die politische Praxis der realsozialistischen Staaten ablehnte.

++ die Erfahrungen mit der Integration der US-ArbeiterInnenklasse schienen in der 'formierten Gesellschaft' der BRD der 60er Jahre ihre Bestätigung zu finden

++ Marcuse reflektierte mit seiner Randgruppen-Theorie das Verhältnis von Integration der ArbeiterInnen und sozialer Lage der radikalisierten StudentInnenschaft.

Der 'Marxismus' von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl

Die Frankfurter Schule-Rezeption führte - bspw. bei Rudi Dutschke - zu einem Marxismus-Verständnis, das sich folgendermaßen charakterisieren läßt:[6]

---

1 "[...] während der Kreis um Horkheimer/Adorno sich darin gefällt, die Kultur des Imperialismus als menschenfeindlich, aber unaufhebbar darzustellen (... machen) Fromm und Marcuse (...) hingegen ihren Einfluß immer dort geltend, wo die 'Linke' nach ihrem Abschied vom Proletariat bestrebt ist, ihren Aktionen und Planungen (...) geistiges Gewicht zu verleihen, mit anderen Worten: wo der kleinbürgerliche Aktionismus an seiner Legitimation zimmert." (Sigmund Piotrowski, *Der imperialistische Liberalismus.* Voraussetzungen, Vorläufer, Vertreter und Wirkungen der Kritische Theorie [Teil II], in: *Aufsätze zur Diskussion* (VTK: Frankfurt am Main), Vol. 15, Sept. 1981, 83 - 134 [86]).

2 S. nicht nur dazu den wichtigen Aufsatz von Göran Therborn, *The Frankfurt School* (1970/71), in: Gareth Stedman Jones et al., *Western Marxism. A Critical Reader.* NLB: London 1977, 83 - 139 (138, FN 31). S. dort auch den Aufsatz von Gareth Stedman Jones, *The Marxism of the Early Lukács*, S. 11 - 60.

3 "Wiederholen wir einmal mehr, daß die Marxisten niemals in der Lage sein werden, irgend etwas an den Fragen der 'Philosophie von Marx' und den Etappen ihrer Transformation zu verstehen, solange sie sich nicht entschließen, Feuerbach zu lesen und zu studieren. Sie würden es sich auf diese Weise sparen, als 'Entdeckung' von Marx zu betrachten, was von Feuerbach stammt, (...)." (Etienne Balibar, *Über historische Dialektik*, in: Urs Jaeggi / Axel Honneth [Hg.], *Theorien des Historischen Materialismus.* Kritische Anmerkungen zu *Lire le Capital*, Suhrkamp: Frankfurt am Main, 1977, 293 - 343 [338, FN 19]).
Vgl. dazu: Louis Althusser, *"Über den Jungen Marx" (Fragen der Theorie)* (1960) und *Die 'Manuskripte von 1844' von Karl Marx* (1962), in: ders., *Ideologie und ideologische Staatsapparate* (Reihe POSITIONEN hrsg. von Peter Schöttler), VSA: Hamburg/Westberlin, 1977, 9 - 44 und 45 - 50;
ders., *Vorwort: Heute* (1965) und *Die 'philosophischen Manifeste' Feuerbachs* (1960) und *Marxismus und Humanismus* (1963), in: ders., *Für Marx*, Suhrkamp, 1968, 30 - 38 und 43 - 50 und 168 - 195;
ders.: *Elemente der Selbstkritik* (1972), VSA: Westberlin, 1975, 33 - 52;
Jacques Rancière, *Der Begriff der Kritik und die Kritik der politischen Ökonomie* (Internationale Marxistische Diskussion 28), Merve Verlag: [West]berlin, 1972
und schließlich - als 'politischster' der genannten Texte: Louis Althusser, *Antwort an John Lewis* (1972), in: Horst Arenz / Joachim Bischoff / Urs Jaeggi (Hg.), *Was ist revolutionärer Marxismus?* Kontroverse über Grundfragen marxistischer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis, VSA: Westberlin 1973, 35 - 76 (58 ff., 65 f.).

4 S. zum Einfluß Marcuse: Ingo Juchler, *Rebellische Subjektivität und Internationalismus.* Der Einfluß Herbert Marcuses und der nationalen Befreiungsbewegungen in der sog. Dritten Welt auf die Studentenbewegung in der BRD (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung hrsg. von Frank Deppe und Georg Fülberth), Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft: Marburg, 1989, bes. 15 f., 34 - 36, 38 - 40.

5 Vgl. Juchler, a.a.O. (FN 4), 31 f., 40 f.

6 Vgl. zum folgenden: Geoff Eley, *Germany Since '68: From the APO to the Greens*, in: *SR. Socialist Review* (Berkley), Vol. 18, Oct.-Dec. 1988, 131 - 142 (133 f.).

** philosophisch um die Kategorie der "Entfremdung" statt wissenschaftlich um den Begriff der Ausbeutung zentriert und generell von der *hegel*schen Philosophie beeinflußt
** politisch deshalb nicht auf den proletarischen Klassenkampf, sondern auf das mittelständische Leiden am vermeintlichen 'Konsumterror' bezogen
** antileninistisch in dem Sinne, daß eine Partei allenfalls mit einer Nachtrab-Politik gegenüber den sozialen Bewegungen akzeptiert wird
** euro-zentristisch in dem Sinne, daß der Stalinismus (ausschließlich) aus der 'kulturellen Rückständigkeit' Rußlands (wozu anzumerken ist, daß die Aufklärung nach "Petersburg eher und nachhaltiger kam als nach Potsdam oder Garmisch"[7]) erklärt und der bewaffnete Kampf ("Propaganda der Schüsse") auf den Trikont beschränkt wird (s. unten) und
** schließlich von nicht-marxistischen ethischen Vorstellung bspw. Ernst Blochs und der kritischen protestantischen Theologie (Helmut Gollwitzer) beeinflußt.

Nicht ohne Grund wurden deshalb Lukács, Gollwitzer, Marcuse und Bloch als die "vier Väter" Dutschkes bezeichnet.[8]

Eine genauere Ausformulierung hat diese Konzeption im Organisations-Referat von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl auf dem SDS-Kongreß 1967 erfahren.[9] Dieses Referat, das erst 1979 nach Dutschkes Tod wiederveröffentlicht wurde, verdient aus mehreren Gründen größere Aufmerksamkeit:
-- zum einen schuf es die theoretische Grundlage für die Veränderung der Machtverhältnisse innerhalb des Sozialistischen deutschen Studentenbundes (SDS) zugunsten des 'undogmatisch'-'antiautoritären' Flügels
-- zum anderen versuchte es ausdrücklich nicht mit marxistischen, sondern mit Theorieansätzen der Frankfurter Schule die Möglichkeit/Notwendigkeit der "Urbanisierung ruraler [= ländlicher, d. Verf.] Guerillatätigkeit" zu begründen (wobei aber "Guerilla" für die Metropole wohl **nicht** im Sinne von bewaffneten illegalen Organisationen verstanden wurde.[10] Denn Dutschke und Krahl unterschieden ausdrücklich zwischen "Propaganda der Schüsse" [Trikont] und "Propaganda der Tat" [Metropole].)

So wurde die BRD-Gesellschaft in Anlehnung an Horkheimer als "integraler Etatismus" bezeichnet, d.h. die umfassende Verstaatlichung aller Interessengemeinschaften, z.B. der Gewerkschaften, Arbeit'geber'-Verbände etc.

Das Organisationsreferat relativierte die marxistische Anarchismuskritik, was die RAF später verstärkt fortsetzte. Der aus der Frankfurter Schule kommende Subjektivismus wurde mit Aussagen folgender Art auf die Spitze getrieben:

"Die Agitation in der Aktion, die sinnliche Erfahrung der ***organisierten Einzelkämpfer*** in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Exekutivgewalt bilden die mobilisierenden Faktoren in der Verbreiterung der radikalen Opposition und ermöglichen tendenziell einen Bewußtseinsprozeß für agierende Minderheiten innerhalb der passiven und leidenden Massen, denen durch irreguläre Aktionen die abstrakte Gewalt des Systems zur sinnlichen Gewißheit werden kann."[11]

Was hier als neue Erkenntnis moderner kapitalistischer Herrschaft ausgegeben wurde, wußten Marx/Engels schon im "Kommunistischen Manifest" am "kritisch-utopischen Sozialismus und Kommunismus" zu kritisieren:

"Sie sind sich zwar bewußt, in ihren Plänen hauptsächlich das Interesse der arbeitenden Klasse als der leidensten Klasse zu vertreten. Nur unter diesem Gesichtspunkt der leidensten Klasse existiert das Proletariat für sie. Die unentwickelte Form des Klassenkampfes wie ihre eigene Lebenslage bringen es aber mit sich, daß sie weit über jenen Klassengegensatz erhaben zu sein glauben. Sie wollen die Lebenslage aller Gesellschaftsmitglieder," - ***des*** Menschen - "auch der bestgestellten verbessern. Sie appellieren daher fortwährend an die ganze Gesellschaft" - an ***den*** Menschen - "ohne Unterschied, ja vorzugsweise an die herrschende Klasse. Man braucht ihr System ja nur zu verstehen, um es als den bestmöglichen Plan der bestmöglichen Gesellschaft anzuerkennen."[12]

Aber immerhin war das Organisationsreferat in der Lage, mit dem Legalismus der an der DDR und der Sowjetunion orientierten Teile des SDS zu brechen und die Happenings und die militante Demo-Praxis der StudentInnenbewegung zu rechtfertigen[13] - dies allerdings nicht auf ein Projekt der Umwälzung der Staatsmacht, sondern auf die Aussendung von "aufklärenden Gegensignalen"[14], die Manipulation durchbrechen sollen, bezogen.[15] Dutschke/Krahl schrieben:

"Die 'Propaganda der Schüsse' (Che) in der Dritten Welt muß durch die 'Propaganda der Tat' in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit möglich macht. ***Der*** städtische Guerill***o*** ist der Organisator schlechthinniger Irregularität als Destruktion des Systems repressiver Institutionen."[16]

Es ist nicht verwunderlich, daß dieser Text - bis zu seiner Wiederveröffentlichung 1979 - so lange in Vergessenheit geriet (bzw. verdrängt wurde): Zeigt er doch, daß die GenossInnen der RAF keine exotischen schießwütigen Desperados waren, wie sie bald - vor allem als sich die staatliche Repressionsschraube drehte - auch von vielen APO-AktivistInnen hingestellt wurden. Vielmehr knüpften sie durchaus an Überlegungen der StudentInnenbewegung insgesamt an und entwickelten diese weiter.

Das Organisationsreferat belegt, wie andere Reden auch, die bspw. auf dem Vietnam-Kongreß 1968 gehalten wurden, daß wesentliche Elemente der Theorie und Praxis der RAF zumindest Ende 60er Jahre *von vielen vorweggenommen*,[17] *von Zehntausenden akklamatorisch begrüßt*, allerdings nur *von einigen in die Praxis umgesetzt* wurden.

Die 'proletarische Wende' von 1969

Ein weiterer Grund für das Vergessen bzw. Verdrängen des Inhalts des Referates lag gerade darin, daß die theoretischen Anleihen bei der Frankfurter Schule unverkennbar waren, während diese ihre Attraktivität bei der sich rasch politisierenden und radikalisierenden StudentInnen- und außerparlamentarischen Bewegung verlor, was mehrere Gründe hatte:

---

7 Frieder Otto Wolf, *'Materialismus' als Mechanismus der Verdrängung: Zur systematischen Blockierung des Stalinismus-Syndroms*, in: *MOZ* (SOAK: Hannover) 8/1983 (Aug.), 62 - 63 (62).

8 Gretchen Dutschke-Klotz, *Die vier Väter: Lukács, Gollwitzer, Marcuse, Bloch*, in: dies. u.a. (Hg.), *Rudi Dutschke*. Die Revolte, Reinbek, 1983, 10 - 17 zit. n. Juchler, a.a.O. (FN 4), 90, FN 25, 111.

9 Rudi Dutschke / Hans-Jürgen Krahl, *Organisationsreferat* (1967), in: Linke Liste Universität / Frankfurt (Hg.), *Die Mythen knacken*, o.O. (Frankfurt am Main), 1988[2], 137 - 139 (Nachdruck aus: Diskus [Frankfurt/M.] 1980).

10 Vgl. auch Juchler, a.a.O. (FN 4), 44: "Die konkrete Umsetzung der (...) Theorien Marcuses, Fanons und Che Guevaras stellte die Intellektuellen vor große subjektive Schwierigkeiten."

11 Dutschke/Krahl, a.a.O. (FN 9), 139.

12 Karl Marx / Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei* (1848), in: MEW 4, 459 - 493 (490).

13 Vgl. dazu Juchler, a.a.O. (FN 4), 9, 17, 27 f., s.a. 66 - 68, der aber wohl eher mit dem traditionalistischen SDS-Flügel sympathisiert.

14 Dutschke/Krahl, a.a.O. (FN 9), 139.

15 Vgl. dazu: Eley, a.a.O. (FN 6), 168: "Dies ("die Besetzung und das teach-in [in] der Freien Universität im Juni 1966", d. Verf.) basierte auf der Theorie der exemplarischen Aktion - 'Aufklärung durch Provokation' -, die die Radikalität und das bewußtseinsverändernde Potential von phantasievollen Aktionen betont. Obwohl diese Konzeption nicht 'avantgardistisch' im üblichen leninschen Sinne ist, hängt sie doch von der Aktion einer gegenkulturellen Avantgarde ab. Es (das teach-in, d. Verf.) erhielt außerdem einen starken Impuls von der Rezeption von zwei Büchern Marcuses, *Eros and Civilisation* und *Der ein-dimensionale Mensch*, mit ihrer Kritik der 'repressiven Toleranz' und der bürgerlichen Kultur des Konsums und ihrem Ruf nach den StudentInnen und anderer Randgruppen als revolutionärem Notnagel (agency = wörtl.: Agentur, hier im Sinne von: Vertretung/Ersatz/Behelf)." (Übers. d. Verf.; Hervorh. i.O.).

16 Dutschke/Krahl, a.a.O. (FN 9), 139.

17 Die Revolutionäre müßten "illegale Parallelorganisationen zu den Institutionen bilden, die klar den Volkskrieg vorbereiten, Waffenlager bilden, die Nachrichtenverbindungen sichern usw." (Gaston Salvatore, in: *Internationaler Vietnam-Kongreß*, Februar 1968 Westberlin. Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus, Hamburg, 1987 (Reprint), 55 zit. n. Juchler, a.a.O. (FN 4), 73, 105, FN 31, 114.

-- einmal bot der Maoismus die Möglichkeit, sich mit dem Marxismus zu beschäftigen, ohne dadurch Sympathie mit den osteuropäischen nominalsozialistischen Ländern zu haben, die durch die Prager Ereignisse 1968 nicht an Ansehen gewonnen hatten.[18]
-- wichtiger noch war, daß sich das Theorem der Frankfurter Schule von der totalen Integration der ArbeiterInnenklasse in das System des 'integralen Etatismus' als falsch herzustellen schien. Die Ereignisse um den Pariser Mai 1968, der proletarische Widerstand in Italien sowie die September-Streiks 1969 in Teilen der Schwerindustrie der BRD ließen viele AktivistInnen der außerparlamentarischen Bewegung die Bücher von Adorno, Marcuse etc. in die Ecke werfen und traditionelle marxistisch-leninistische Parteikonzepte studieren.
-- Dabei konnten sie den Kulturpessimismus der Frankfurter Schule in die leninsche These vom Imperialismus als angebliche 'Fäulnis'-Phase des Kapitalismus transformieren.
Die rasche Gründung verschiedener ML-Parteien oder Fraktionen, die sich gegenseitig darin überboten, auf dem Boden der Vorstellungen der 20er Jahre zu stehen, ließ erkennen, daß viele die rein betrachtende Perspektive von Adorno, Horkheimer etc. als hinderlich für ihren Aktivismus zu begreifen begannen.
Wir können insofern Lutz Taufer zustimmen, wenn er schreibt: "Aber es liegt in der Logik der 68er-Bewegung. Die marxistisch-leninistischen Studentenparteien sind ihr legitimes Kind. Insgesamt blieb uns ja gar nicht anderes, als an der Vergangenheit anzuknüpfen, die, ohne Durcharbeitung, liegengeblieben war. Und wie anders sollte die Ablösung von dieser Folie erfolgen als Zug um Zug?! Nachdem die Generation vor uns den Faschismus nicht erledigt hatte, wie sollten wir über den traditionellen Antifaschismus hinauskommen, die Fehlentwicklungen der organisierten Arbeiterbewegung, dem Gegenspieler des Faschismus, korrigieren? (...) In ihrem Wesen war" die 68er-Bewegung "Abwehrschlacht gegen tatsächliche und insofern vermeintliche Faschisierung (...) und insofern Wiederholung oder Verlängerung der antifaschistischen Politik der Weimarer Arbeiterparteien."[19]
So wurden die mit der Infragestellung der Frankfurter Schule aufgeworfenen Probleme aber nicht gelöst. Vielmehr wurde der Subjektivismus der Frankfurter Schule einfach umgekehrt und durch einen Objektivismus, der gleichermaßen die post-stalinistische ('revisionistische') DKP wie auch die 'maoistisch'-stalinistischen ('anti-revisionistischen') ML-Gruppen prägte, ersetzt.[20]
Dieser weitgehend auf Proletkult und einem stalinistischen Verständnis von Parteidisziplin reduzierte 'Parteiaufbau' einerseits und die Reformpolitik der Anfangsjahre der sozialliberalen Koalition blockierten eine revolutionäre Weiterentwicklung der Revolte von 68.
Bei den einen führte also der Weg vom *kritisch-theoretischen* Bewußtsein der StudentInnenbewegung zurück in die 20er Jahre. Die anderen "gehen in die Illegalität".[21] Sie radikalisierten den Randgruppen-Ansatz von Marcuse sowie Dutschke/Krahl: Sie entdecken die "Propaganda der Schüsse" auch für die Metropole und wollen damit den integralen Etatismus und das angepaßte Bewußtsein der "passiven und leidenden Massen" durch-/aufbrechen.[22] S. dazu die Erklärung zur Befreiung von Andreas Baader (1970) und die RAF-Erklärungen seit November 1972. Dazwischen lag eine kurze Phase, in der sich die RAF bemühte, eine marxistische Konzeption des bewaffneten Kampfes in der imperialistischen Metropole zu entwickeln (s. *Konzept Stadtguerilla* [April 1971] und *Stadtguerilla und Klassenkampf* [April 1972]).

Rote Armee Fraktion: Der Versuch einer revolutionären Initiative

In die oben skizzierte Zeit der hektischen ArbeitERtümelei und der Parteigründungen fiel also die Gründung der RAF. Ihre Auseinandersetzung führte sie deshalb zunächst kaum mehr mit der obsolet gewordenen Frankfurter Schule, sondern vor allem mit dem Marxismus-Leninismus und den verschiedenen Parteien, die jeweils allein die korrekte Interpretation davon beanspruchten. Deshalb es nicht verwunderlich, daß sich zwar gestritten wurde, ob die RAF marxistisch-leninistisch oder anarchistisch sei. Auf Verbindungen zur Theorie der Frankfurter Schule aber nicht geachtet wurde; bzw. wurden diese Verbindungen allein von reaktionären CDU/CSU-PolitikerInnen in ihrem Kampf selbst gegen die Position der radikalliberalen kritischen Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD thematisiert.
Die RAF versuchte mit der in ihren ersten theoretischen Schriften skizzierten Konzeption die vorstehend angesprochene Blockierung des revolutionären Prozesses durch die Fortsetzung des studentInnenbewegten Subjektivismus durch die *Spontis einerseits* und den Objektivismus der diversen *'kommunistischen Parteien' andererseits* aufzubrechen:
1. Die Gründung und Existenz von Guerillagruppen, nicht nur in der BRD, war ein *praktischer* Bruch mit der Versozialdemokratisierung der Kommunistischen Parteien, ihrem Revisionismus und Legalismus. Anders als die ML-nostalgikerInnen, die in den 70er Jahren massiv auftraten, war die Metropolenguerilla ein praktischer Bruch mit dem Revisionismus, auch dem stalinistischen.
Das mag erst einmal überraschen, weil zumindest in ihren theoretischen Beiträgen wenig Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Stalinismus erfolgt ist.
Während aber die legalistische, revisionistische Praxis und Theorie der KPs kein Bruch, sondern eine logische Fortsetzung stalinistischer Politik ("Sozialismus in einem Land", Volksfront-Kurs seit 1936 etc.) war, entstand die Metropolenguerilla weltweit aus einer linken, nichtstalinistischen Linie. Die Guerillagruppen im Trikont, auf die sich auch die RAF berief, wie die Tupamaros in Uruguay, die Guerillagruppe um Che Guevara oder ähnliche Gruppen in anderen Staaten, gründeten sich in Abgrenzung und oft im Kampf mit dem Volksfront-Kurs der KPs. Dies veranlaßte Fidel Castro seiner-

18 Auch für uns ist allerdings unklar, wie es dazukommen konnte, daß diese Kritik am Realsozialismus der damaligen Gegenwart mit einer Verteidigung des Stalinismus einher gehen konnte. Im Falle der Kommunistischen Partei Chinas lag diese Verbindung zumindest nahe: Denn sie formulierte ihre Kritik aus dem Inneren der kommunistischen Bewegung. So lag es zumindest nahe, daß sie ihre Kritik an den von der KPdSU nach Stalins Tod immer deutlicher vertretenen Theorie des 'friedlichen Übergangs zum Sozialismus', der SU-Variante von 'friedlicher Koexistenz' mit dem Imperialismus, der Ersetzung der Diktatur des Proletariats durch den 'Staat des ganzen Volkes' (schon 1936 in der stalinschen Verfassung und von Chruschtschow bekräftigt) usw. mit einem romantischen Rückblick auf die *teilweise* revolutionaristischere Rhetorik Stalins zu verbinden und die konterrevolutionäre Praxis Stalins weitgehend zu übersehen. Die AktivistInnen der StudentInnenbewegung bezogen sich aber vor ihrer Entdeckung des Maoismus - anders als dieser selbst - nicht grundsätzlich positiv auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der SU und Osteuropa vor dem XX. Parteitag der KPdSU 1956. Bei ihnen bestand daher eigentlich - anders als bei der KPCh - kein Anlaß ihre Kritik an Chruschtschow und Breschnew mit einem romantischen Blick auf die Zeit vor dem *offenen* Ausbruch des Revisionismus-Streit zu verbinden. Für den Revisionismus-Streit zwischen der KPdSU und der KPCh siehe die Dokumentation der wichtigsten Stellungnahmen beider Seiten in: *Die Polemik über die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung*, Oberbaumverlag: [West]Berlin, 6 Auflagen zwischen 1970 und 1973. Für den Versuch einer Anwendung/Ausdehnung der maoistischen Revisionismus-Kritik - allerdings ohne diese explizite zu erwähnen - auf den Stalinismus: Etienne Balibar, *Über die Diktatur des Proletariats*. Mit Dokumenten des 22. Parteitages der KPF (Reihe POSITIONEN 2 hrsg. von Peter Schöttler), VSA: Hamburg / [West]berlin, 1977. S dazu auch: Grahame Lock, *Humanismus und Klassenkampf in der kommunistischen Geschichte*, in: *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus* (VSA: Westberlin/Hamburg), Vol. 8, Nr. 3, Sept./Okt. 1976, 178 - 197; ders., *Hintergründe der chinesischen Kulturrevolution*, in: *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus*, Vol. 11, April 1977, 105 - 120.

19 Lutz Taufer, *Gedanken gegen die Mauern*, in: Pizza (Hg.), *Odranoel. Die Linke – zwischen den Welten*, Verlag Libertäre Assoziation: Hamburg 1992, 59 - 121 (67).

20 Vgl. Eley, a.a.O. (FN 6), 137, 142, FN 9.

21 Taufer, a.a.O. (FN 19), 68.

22 Vgl. zur Stimmung bei denjenigen, die nicht versuchten, "Arbeiterparteien" zu gründen, noch einmal Lutz Taufer: "Die Formel lautete: mehr Lohn gleich mehr Konsum gleich mehr Entfremdung (...). Man las den eindimensionalen Menschen von Herbert Marcuse. (...). Die Arbeiter (...) reagierten (...) aggressiv-abweisend, was von Studentinnen und Studenten (...) als untrügliches Zeichen eines manipulierten Massenbewußtseins entgegengenommen wurde." (Taufer, a.a.O. [FN 19], 69 f.)

seits zu der Aussage, daß dann, wenn Kommunisten versagen, andere die Revolution weitertreiben müssen.[23] So sah sich die RAF auch von Anbeginn in einer Linie mit international kämpfenden revolutionären Gruppen von Lateinamerika bis Palästina. Die Aktivitäten dieser GenossInnen lösten weltweit einen revolutionären Schub aus.

2. In diesem Kontext lehnte es die RAF im "Unterschied zu den 'proletarischen Organisationen' der Neuen Linken" ab, "ihre Vorgeschichte als Geschichte der Studentenbewegung" zu leugnen.[24] Gleichzeitig versuchte die RAF - wenn auch sehr vorsichtig - die Defizite der StudentInnenbewegung zu benennen:

"Gewiß war das Pathos übertrieben, mit dem sich die Student*Inn*en, die sich ihrer psychischen Verelendung (?!) bewußt geworden waren, mit den ausgebeuteten Völkern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens identifizierten; stellte der Vergleich zwischen der Massenauflage der 'Bild'-Zeitung hier und dem Massenbombardement auf Vietnam eine grobe Vereinfachung dar; (...); war der Glaube, selbst das revolutionäre Subjekt zu sein - soweit er unter Berufung auf Marcuse verbreitet war -, gegenüber der tatsächlichen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft und den sie begründenden Produktionsverhältnissen ignorant."[25]

Die "proletarischen Organisationen" sowie die linken Intellektuellen kritisierte die RAF aber nicht (nur) - wie es richtig gewesen wäre - wegen deren falscher theoretischen **und** politischen Praxis, sondern sie setzte deren (falscher) Theorie einen praktizistischen Standpunkt ('die Praxis') entgegen. Die RAF schrieb: "Praxislos ist die Lektüre des 'Kapitals' nichts als bürgerliches Studium."[26] Sie setzte der notwendigen theoretischen Arbeit die These ***entgegen***, daß es "ohne die praktische, revolutionäre Intervention der Avantgarde" keine Vereinheitlichung der ArbeiterInnenklasse geben könne[27] (was an sich richtig, aber in dieser Entgegensetzung falsch ist). Die "praktische revolutionäre Initiative" reduzierte die RAF dabei wiederum auf den bewaffneten Kampf: "Die Rote Armee Fraktion redet vom **Primat der Praxis**. Ob es richtig ist, den **bewaffneten Widerstand** jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln."[28]

Sicherlich - es gab auch andere Bestimmungen in den frühen RAF-Texten (auf diesen Unterschied zu den späteren RAF-Schriften haben Ali/Bernhard/Michi in ihrem in dieser Broschüre dokumentierten Messerrücken-Text zu Recht hingewiesen). Bspw.: "Wir sagen nicht, daß die Organisierung illegal bewaffneter Widerstandsgruppen legale proletarische Organisationen ersetzen könnte und Einzelaktionen Klassenkämpfe und nicht, daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte."[29] Diese Bestimmung ließ sich aber aufgrund der Repression und des weiteren Abflauens der Bewegungsreste von 1968/69 nicht durchhalten. **Und mit ihrer anti-theoretischen Position hatte sich die RAF die Möglichkeit verbaut, diese Erfahrungen zu verarbeiten und sie produktiv nach vorne zu wenden.**

Die subjektivistische Wende der RAF nach dem Scheitern ihrer Mai-Offensive

Die Folgen sind bekannt: Mit dem Scheitern der Mai-Offensive, den Festnahmen von Andreas Baader, Holger Meins, Jan Raspe am 1.6.72 und kurz darauf - neben anderen - Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof, war die - von Mao beeinflußte - marxistisch-leninistische Phase der RAF weitgehend zu Ende. Die spätere RAF-Politik war kaum noch vom Ziel ihrer Anfangsjahre - Revolution auch hier -, sondern - neben der Solidarität mit dem trikontinentalen Befreiungskampf - vom Kampf gegen die staatliche Repression (insbesondere gegen die Gefangenen) und später auch von den Kämpfen der sozialen Bewegungen (Anti-AKW, Anti-NATO), die ihre 'revolutionäre Identität' aber häufig auch weniger aus ihren Inhalten als vielmehr aus ihrer militanten Praxis zogen, bestimmt.

Ali/Michi/Bernhard zitieren zu dieser (gegenüber dem Konzept Stadtguerilla) neuen Bestimmung Karl-Heinz Dellwo aus dem KONKRET-Interview der Celler-Gefangenen: "**Wir wollten für die Linke einen Raum schaffen**, die Illegalität, in dem du erst mal Subjekt sein kannst - politisches Subjekt, das zum Angriff kommt."

Die Politik jener Jahre nach dem Scheitern der Mai-Offensive der RAF (und mit der langsam einsetzenden Ernüchterung über den stalinistischen 'Parteiaufbau') bedeutete eine Wiederaufnahme des Motivs der 68er Revolte:

"In Westdeutschland rekonstituierten zwei Faktoren die alte Opposition (...). Einer war die Berufsverbote/Anti-Terrorismus-Politik, welche das antiautoritäre Motiv als mobilisierendem Medium einer breiten, vereinten Kraft aktualisierte. Der andere war der Anti-Atom-Protest, welcher die BI-Bewegung radikalisierte und ausweitete (...) bis der 1972 gegründete Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) über 300000 Mitglieder hatte. 1977 brachte die Kombination beider Themen" [Brokdorf/Kalkar, Stammheim und der militärische Sieg des Staates in beiden Fällen] "die außerparlamentarische Bewegung in ein wichtiges, neues Stadium, das 1980 zur Formierung der GRÜNEN als bundesweiter Partei führte. (...). In einem überzeugenden Sinn repräsentiert grüne Politik die Wiederaufnahme des Anti-Autoritatismus der APO mit seiner charakteristischen Betonung der Themen der Herrschaft und der Entfremdung und der Basis von Befreiung/Emanzipation und der Hervorhebung der gleichen Wichtigkeit der gegenkulturellen Erkundung eines alternativen Weges des Lebens. Die Betonung der direkten Demokratie (...) und die einer zentralistischen und bürokratischen Partei entgegengesetzte Idee der sozialen Bewegung. In diesem Sinne war die APO die erste 'neue soziale Bewegung'. (...) der Spruch (*talk*) vom 'Ende Arbeiterklasse' (...)"[30] kam auf.

In ihrer rechtsopportunistischen Variante führte die Wiederaufnahme des Motivs von 68 also zur Gründung der GRÜNEN;[31] in ihrer linksopportunistischen Variante bildete diese Renaissance den Hintergrund des schon früher als die GRÜNEN-Gründung einsetzenden militaristischen Subjektivismus der RAF,[32] der allerdings *theoretisch* erst mit dem

---

23 Vgl. zu dieser Auseinandersetzung bspw. Juchler, a.a.O. (FN 4), 53, 55, 57, 73, 97 m.w.N.

24 Rote Armee Fraktion, *Das Konzept Stadtguerilla* (1971), in: Redaktion (Hg.), Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. *Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF)*, GNN Verlag: Köln, 1988[4], 5 - 13 (8) - *kursiv* gesetzte weibliche Formen hier und im folgenden von den Verf. eingefügt.

25 RAF, a.a.O. (FN 24), 8 - Anm. d. Verf.

26 RAF, a.a.O. (FN 24), 9.

27 RAF, a.a.O. (FN 24), 91.

28 RAF, a.a.O. (FN 24), 9 - Hervorh. d. Verf.

29 RAF, a.a.O. (FN 24), 6.

30 Eley, a.a.O. (FN 6), 138 - 140, Übers. d. Verf., "Berufsverbot" auf deutsch im Original.

31 Diesen Zusammenhang '68er Bewegung - GRÜNE' sieht auch Juchler, a.a.O. (FN 4), 76.

32 "Von der Linken der sechziger Jahre übriggeblieben war somit zu Beginn der 80er Jahre eine" GRÜNE "Partei und viele Bürgerinneninitiativen, die allesamt Realpolitik betreiben. Zur gleichen Zeit gingen Jugendliche auf die Straße, unter denen das Gefühl des Aufbruchs gewachsen war und die nun Möglichkeiten sozialrevolutionärer Veränderungen sahen. (...). Die Unterwerfung der universitären Linken unter die Gehorsamsübungen des Staates, (...), ließen das Interesse der Jugendlichen, die auf der Suche nach radikalen Lebensweisen waren, an universitärer Bildung schwinden. Auch waren die gesellschafts- und revolutionstheoretischen Entwürfe der StudentInnenbewegung den wenigsten bekannt. Vor allem die politischen Gefangenen und die RAF, die nach dem Ende der StudentInnenbewegung noch den Anspruch hatten, sozialrevolutionäre Politikkonzepte praktisch zu vertreten, vermittelten und agierten mit Begriffen wie Kollektivität und Emanzipation. (...). Die Gefangenen vermittelten den Jugendlichen, die sich in der Anti-AKW-, Hausbesetzer- und Antikriegsbewegung politisiert hatten," im Hungerstreik 1981 "**theoretische Fragmente und Begrifflichkeiten der Studentenbewegung**. Die Situation der Gefangenen spiegelte exemplarisch wieder, wovor jeder sich fürchtete: **soziale Isolation**, vollzogen von eine **übermächtigen Polizei- und Überwachungsapparat**, konstruiert von einem immer anonymer werdenden, mit **modernster Technologie** ausgestatteten Staatsapparat." (Anette Ohme, *Alltagsrealität und Kampferfahrung*, in: *Perspektiven. Internationale StudentInnenzeitung* (Frankfurt am Main), 26 - 27 [26]).

Front-Papier von 1982 zum vollen Durchbruch kam[33]:
1967 sagten Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl in ihrem schon erwähnten Organisationsreferat:
"Durch die globale Eindimensionalisierung aller ökonomischen und sozialen Differenzen ist die damals berechtigte und marxistisch richtige Anarchismus*kritik*, die des ***voluntaristischen Subjektivismus***, daß Bakunin sich hier auf den revolutionären Willen allein verlasse und die ökonomische Notwendigkeit außer acht lasse, heute ***überholt***."[34]
Die RAF griff diese und die schon oben angesprochenen Überlegungen aus dem Organisationsreferat zu 'integralem Etatismus'/Manipulation sowie von Marcuse die Kategorie des "ganzen Menschen"[35] in ihrer Stellungnahme zur "Aktion des Schwarzen September" während der Olympischen Spiele 1972 in München, in der sie erstmals ihre neue "Strategie des antiimperialistischen Kampfes" begründete, und 10 Jahre später im Front-Konzept folgendermaßen auf:

"Mit der Einführung des 8-Stundentages hat der 24-Stundentag der Herrschaft des Systems über den Arbeiter seinen Siegeszug angetreten - mit der Schaffung von Massenkaufkraft und 'Einkommensspitzen' hat das System den Siegeszug über die Pläne, Bedürfnisse, Alternativen, Phantasie, Spontaneität, kurz: den ***ganzen Menschen*** angetreten! Das System hat es in den Metropolen geschafft, die Massen so tief in seinen Dreck zu ziehen, daß sie daß Gefühl für ihre Lage als Ausgebeutete und Unterdrückte, als Objekte des imperialistischen Systems weitgehend verloren zu haben scheinen, so daß sie für's Auto, ein paar Plünnen, 'ne Lebensversicherung und 'nen Bausparvertrag jedes Verbrechen des Systems billigend in Kauf nehmen, sie sich was anderes als ein Auto, eine Ferienreise, ein gekacheltes Bad kaum noch vorstellen und wünschen können. Daraus folgt aber, ***daß das revolutionäre Subjekt jedeR ist***, der/die sich aus diesen Zwängen befreit und seine Teilnahme an den Verbrechen des Systems verweigert. Daß jedeR, der/die im Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt seine politische Identität findet, jedeR, der/die sich verweigert, jeder, der/die nicht mehr mitmacht: revolutionäres Subjekt ist - Genosse/in."

"Der alte Anarchismus-Vorwurf ist nicht mehr zu gebrauchen - nicht in der Form, wie ihn Marx, Engels, Lenin, Rosa Luxemburg aus der Sozialdemokratie rausgeteufelt haben - zu recht. Nicht in der Form, wie Blanqui, Bakunin, Most, Kropotkin ihn entwickelt und verstanden haben - unreife Ideen in einer unreifen Situation. (...) Ob der Herrschaftsbegriff der alten AnarchistInnen ein Vorgriff war auf die erst durch die Entfaltung des Imperialismus entfaltete Herrschaft des Kapitalismus über ***den Menschen*** - (...) - man/frau müßte das untersuchen - es kann sein."[36]

"Der *Sprung* ist das *Innere*, lebendige, in konkreten Personen (nicht etwa Massen, Anm. d. Verf.) verkörperte Moment der Veränderung der Bedingungen für den Kampf hier: (...). Es ging sieben Jahre lang darum, in dieser politischen Wüste, in der alles nur Schein, Ware, Verpackung, Lüge und Betrug ist, den Geist und Moral, die Praxis und die politische Orientierung des unwiderruflichen Bruchs und der Zerstörung des Systems hereinzubringen. (...). Also die Strategie, die ihre Wurzel hier hat. Im existentiellen Hunger nach einem anderen Leben, in der Erfahrung der ***Totalität des imperialistischen Zentrums***. (...). Diese Politik (der RAF, d. Verf.) (...) stellt nicht noch eines dieser sich ablösenden ideologischen Modelle (sic!) auf (...)." Sie ist vielmehr ein "Signal der Utopie (...), die ***Wiederherstellung der vollen Dimension des Menschen*** (...)."[37]

Nachdem nun (1992) auch die RAF die Grenzen *dieses* Subjektivismus erkannt hat, deutet vieles darauf hin, daß sie jetzt (wenn auch vorerst nicht organisatorisch, sondern nur politisch) in den Hafen des anderen (rechtsopportunistischen, grünen) Subjektivismus einläuft. Die sog. "Propaganda der Schüsse" wird wiederum - wie bei Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl - auf den Trikont beschränkt. In ihrer WWG-Erklärung hat die RAF im vergangenen Jahr erklärt, daß *hier keinerlei* "bewaffnete aktionen" den "jetzt notwendige(n) prozess (...) voranbringen" könnten (interim, Nr. 201, 09.07.1992, 16 f.) (inzwischen scheinen sie es wieder etwas anders zu sehen), während sie den "bewaffneten befreiungskampf in anderen ländern" nicht in Frage stellen wollen (S. 15).

Frankfurter Schule-Elemente in der RAF-Theorie

Abschließend wollen wir (noch einmal) auf die wichtigsten theoretischen Parallelen zwischen der Kritischen und der RAF-Theorie hinweisen:

-- Ausgangspunkt der Kritik an den herrschenden Verhältnissen ist nicht die Ausbeutung, sondern die Entfremdung; nicht das Sein, sondern das Bewußtsein.

Minderheitsversion:
Wer aber Ursache und Auswirkung vertauscht, der verliert schnell den eigentlichen Feind aus den Augen. Wer nicht mehr den Grundwiderspruch dieser Gesellschaft (den antagonistischen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen privater Aneignung und gesellschaftlicher Produktion) als Ursache aller gesellschaftlichen Widersprüche bezeichnet, sondern deren Folgen (z.B. Konsumdenken, Korruption von Teilen der Arbeiterklasse, Zerstörung der Umwelt u.v.m.), der kommt auch darauf, die Arbeiterklasse als manipulierbare Masse anzusehen.
Wer die Tatsache leugnet, daß die Proletarier (ohne Besitz an Produktionsmitteln), also die Lohnabhängigen, diejenigen sind, die am entschiedensten für die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen eintreten müssen, da sie auch die Einzigen sind, die keinen mehr haben, den sie ausbeuten können, der sieht auch nicht, daß die Arbeiterklasse die wichtigste Kraft bei der Zerschlagung der menschenverachtenden, weil auf Ausbeutung beruhenden Ordnung ist. Enttäuschung über das Verhalten von großen Teilen der Arbeiterklasse, Unzufriedenheit über das Tempo und Ungeduld über die Inhalte von gesellschaftsverändernden Kämpfen sind zwar verständlich, dürfen aber nicht zum Verkennen der eigentlichen Ursache führen.
Wer nur Auswirkungen bekämpft, ändert nichts an den bestehenden Verhältnissen, allenfalls schafft er nur neue Widersprüche.

Mehrheitsversion:
Wer aber Ursache und Wirkung vertauscht, der verliert schnell die eigentlichen Feinde aus den Augen. Wer/welche nicht (mehr) den Grundwiderspruch des *Kapitalismus* (den antagonistischen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen privater Aneignung und gesellschaftlicher Produktion) als Ursache bestimmter gesellschaftlicher Erscheinungen erkannt, sondern deren Folgen (z.B. Konsumdenken, Korruption von Teilen der Arbeiterinnenklasse, Zerstörung der Umwelt u.v.m.) (und die anderen antagonistischen Widersprüche gleich völlig ignoriert), der/die kommt auch darauf, die Arbeiterinnenklasse als manipulierbare Masse anzusehen und feministische und antirassistische Kämpfe - zumindest als solche - nicht zur Kenntnis zu nehmen.
Tatsächlich aber sind die ProletarierInnen (ohne Besitz an Produktionsmitteln), also die Lohnabhängigen, die Einzigen, die die *Möglichkeit* haben, die Herrschaft des Kapitals zu stürzen und die Herrschaft über die Produktionsmittel zu übernehmen, *ohne* daß dabei eine neue Herrschaft *über* die ArbeiterInnenklasse geschaffen wird, also tatsächlich alle *Klassen*herrschaft abzuschaffen. Wenn die Rede von einer klassenlosen Gesellschaft nicht eine leere Phrase bleiben soll, dann bleibt also nichts anderes übrig, als den - durchaus beschwerlichen - Kampf um die Umwandlung der reformistischen (ökonomistischen) Praxis der ArbeiterInnenklasse in eine wahrhaft politische - d.h. revolutionäre - Praxis aufzunehmen. Eine Aufgabe, die sich hinsichtlich der anderen Unterdrückungsverhältnisse - mit den notwendigen Änderungen - entsprechend stellt. Enttäuschung über das Verhalten von großen Teilen der ArbeiterInnenklasse, Ungeduld hinsichtlich des Tempos und Unzufriedenheit mit den Inhalten der stattfindenden Kämpfen sind zwar verständlich, dürfen aber nicht zum Verkennen der eigentlichen Ursache, des Klassenkampfes der herrschenden Klasse, führen. Dessen Wirkung ist nur zu überwinden durch die Aufnahme des proletarischen (ökonomischen, politischen, ideologischen, theoretischen...) Klassenkampfes. - Wer/welche nur Auswirkungen bekämpft, ändert nichts an den bestehenden Verhältnissen, allenfalls schafft er/sie nur neue Widersprüche.

-- die gesellschaftliche Wirklichkeit wird (im Rahmen der hegelianischen Marx-Interpretation von Lukács und der Frankfurter Schule) nicht als (komplex gegliedertes) *Ganzes*, sondern als *Totalität* begriffen; statt von einer *Einheit* der Widersprüche geht diese Vorstellung von der *Identität* der Widersprüche aus; die Widersprüche sind daher nicht *entscheidend*, sondern bloß *'Ausdruck'* eines einfachen Prinzips.[38]

-- bei Hegel ist dies der Weltgeist, bei Lukács und der RAF das Warenverhältnis; mit diesem einfachen Schema wird alles und daher nichts erklärt; eine "konkrete Analyse der konkreten Situation"[39] wird nicht geleistet; im Rahmen dieses Konzeptes kann schon die marxistische These von der relativen Autonomie der Überbauten nicht gedacht werden; die Überlagerung des Kapitalverhältnisses durch Rassismus und Patriarchat erst recht nicht.

-- da so die tatsächlichen Widersprüche (Bruchlinien) - als Ansatzpunkte für effektiven Widerstand! - nicht analysiert werden können, bleibt als einziger Ausweg der subjektivistische Sprung.

-- ebenfalls im Anschluß an Hegel werden (philosophische) Vernunft und (wissenschaftlicher) Verstand entgegengesetzt und ersterer letzterem vorgezogen; **die Wissenschaft wird** - aufgrund ihrer **Funktion**, die Realität (und - was geflissentlich übersehen wird: ihre Veränderungstendenzen!) zu erkennen - **als unkritisch, demgegenüber die Philosophie** - da sie nicht von den Tatsachen, sondern von den Ideen ausgeht - **als kritisch dargestellt**. "Die alte spiritualistische Verachtung für das Endliche und die irdische Welt wiedererstehen als Phi-

33 Zur Bewegungsorientierung der Front-Konzepts s.: Rote Armee Fraktion, *Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front* (1982), in: Redaktion, a.a.O. (FN 24), 116 - 122 (116 f., 120 f.): "Jetzt geht es darum, was insgesamt als *Möglichkeit quer durch alle Gegenden und Scenen schon lebt*, oft diffus und nur als ungefähre Vorstellung spürbar, auf neuer Stufe Kampf werden zu lassen, (...). Das heißt, (...) in einem offenen *strategischen Konzept* zu kämpfen, wo jeder, der aus dem Ernst der eigenen Lage, aus *seiner Geschichte* und seinem *subjektiven Prozeß* sich (...) in den *konkreten Kampf*, in den Zusammenhang der Politik der Guerilla stellt. Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse (...). Worin Leben nicht in einer weiteren Übergangsetappe, Sieg nicht als *Übernahme* des *Staates* vorgestellt ist, sondern der einheitliche Prozeß des Widerstands, *Gegenmacht* und der Umgestaltung zur Befreiung." (Hervorh. d. Verf.).

34 Dutschke/Krahl, a.a.O. (FN 9), 139 - Hervorh. d. Verf.

35 "(...): zeigen, daß hier der ganze Mensch mitgeht und seinen Willen zum Leben anmeldet, (...)." (Herbert Marcuse, *Das Problem der Gewalt in der Opposition*, in: ders., *Das Ende der Utopie*. Vorträge und Diskussionen in Westberlin 1967, Frankfurt am Main, 1980, 44 - 58 (57) zit. n. Juchler, a.a.O. (FN 4), 65, 102, FN 8, 117).

36 Rote Armee Fraktion, *Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes*, in: Redaktion, a.a.O. (FN 24), 31 - 40 (36, 37).

37 RAF, a.a.O. (FN 33), (117, 121).

38 S. dazu: Miriam Glucksmann, *Einwände gegen Goldmanns Positionen* (1969), in: alternative. Zeitschrift für Literatur und Diskussion (Westberlin), Vol. 71: *Literatursoziologie II: Lucien Goldmanns Methode - zur Diskussion gestellt*, April 1970, 74 - 87 (74).
Louis Althusser, *Widerspruch und Überdeterminierung. Anmerkungen für eine Untersuchung* (1962) und *Über materialistische Dialektik. Von der Ungleichheit der Ursprünge* (1963), in: ders., *Für Marx*, Suhrkamp-Verlag: Frankfurt am Main, 1968, 52 - 99 (58) und 100 - 167 (137 - 167).
Saül Karsz, *Theorie und Politik: Louis Althusser*, Ullstein-Verlag: Frankfurt am Main / [West]berlin / Wien, 1976, 149, 163.

39 W.I. Lenin, "Kommunismus" (1920), in: ders., *Werke*, Band 31, 153 (154, s.a. 153) in direkter Auseinandersetzung mit einer stark von Lukács beeinflußten Zeitschrift.

losophie der Revolution, besser der 'Revolte'. Es werden nicht etwa bestimmte historisch-gesellschaftliche Institutionen bekämpft (wie 'Profit', 'Monopol' oder auch 'sozialistische Bürokratie'). *Man/frau* bekämpft Gegenstände und Dinge." Genau in diesem Sinne konvergieren auch bei der RAF Theoriefeindlichkeit und eine Kritik des analytischen, zerlegenden (im Gegensatz zum 'organischen') Denken einerseits und die Forderung nach "vernünftigen" (Eva Haule) bzw. "sinnvollen Lösungen" (RAF-Erklärung vom Aug. 1992).[40]

-- Auf der Grundlage dieser Übernahme des hegelschen Idealismus ist es dann auch kein Wunder mehr, daß sich die RAF und Teile der Gefangenen die Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen im Wege der Durchsetzung 'neuer Werte' vorstellen.

-- Diese 'Strategie' steht schließlich im Kontext der Interpretation des Kapitalismus nicht als *eine* Art der Organisation des sozialen Zusammenhangs, sondern als 'Zerstörung des Sozialen'. Dadurch scheint der Imperialismus ständig am Zusammenbruch zu sein. In dieser Perspektive mag es vielleicht plausibel erscheinen, sich auf die Durchsetzung 'neuer Werte' beschränken zu wollen und dadurch dem Imperialismus den letzten Stoß zu geben.[41] In dieser Perspektive wird ideologischer Klassenkampf allenfalls dahingehend verstanden, "'bedrohte humanistische Werte' dem 'verdinglichten' Einfluß spätbürgerlicher 'Kunstindustrie' zu entreißen und dem 'Erbe' einzuverleiben."[42] In Anbetracht der tatsächlichen Stabilität und des tatsächlichen Kräfteverhältnisses ist eine solche Geringschätzung des revolutionären ideologischen Kampfes und die Geringschätzung der Schaffung einer Organisation, die ihn führt,[43] fatal.

Wenn diese Punkte in den folgenden Texten an der Frankfurter Schule kritisiert werden, dann können diese Texte unseres Erachtens also auch als Kritik an der RAF-Theorie nach dem Mai 72 - teils bis zum April 1992, teils erst ab dem April 1992 - gelesen werden.



40 Vgl. Lucio Colletti, *Von Hegel zu Marcuse*, in: *alternative*, Vol. 72/73: *Literatur und Revolution*. Beiträge aus Italien, Juni/Aug. 1970, 129 - 148 (128 f., 141 ff., 134). Zum Unterschied zwischen dem auch von Colletti vertretenen Ansatz der della Volpe-Schule und dem Althusser-Ansatz s.: Louis Althusser, *Für Marx*, a.a.O., 38 f.; Christian Lazzeri, Stichwort "*Widerspruch*", in: Georges Labica / Gérard Bensussan (Hg.), *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 8, Argument-Verlag: Hamburg, 1989, 1431 - 1436 (1432 f.); Waldemar Schmidt, *Probleme einer Metakritik der Anthropologie*, Germinal-Verlag: Bochum, 1980, 249 - 251 mit weiteren Nachweisen. Zum politischen Hintergrund von Hegelianismus und Anti-Hegelianismus s.: Otto Kallscheuer, "*Anti-Hegelianismus" in der Arbeiterbewegung*. Hypothesen zur Althusser- und della Volpe-Schule, in: alternative, Vol. 97, 1974, 164 - 174.

41 Vgl. Nicos Poulantzas, *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Athenäum: Frankfurt am Main, 1974, 196 (im Abschnitt "2. Der kapitalistische Staat und die Ideologien. I. Die historistische Auffassung der Ideologie"). Wenn wir uns hier in der Frage des ideologischen Klassenkampfs mit unserer Kritik an der RAF auf Poulantzas beziehen, wollen wir damit nicht bestreiten, daß sich die RAF in anderen Fragen durchaus in Übereinstimmung mit Poulantzas befand und teilweise noch befindet.

42 Gerhard Plumpe, *Ästhetik und juristische Ideologie*. Einführung zu Bernard Edelman: "Das bürgerliche Recht ergreift Photographie und Film", in: *alternative*, Vol. 118, Feb. 1978, 28 - 31 (29).

43 Vgl. dazu Poulantzas, a.a.O. (FN 41), 203 f.

Grundzüge der Kritischen Theorie

Der vorliegende Text befaßt sich mit der von Vertretern der Frankfurter Schule entwickelten Kritischen Theorie. Nach einem kurzen Hinweis auf die spezifische Denktradition dieser von vielen als marxistisch betrachteten Strömung, sollen einige ihrer zentralen Aspekte dargelegt und kritisiert werden.

Es muß aus Platzgründen verallgemeinert werden. Dies ist jedoch legitim, da die einzelnen Verteter der Kritischen Theorie zwar jeweils sehr individuelle Konzeptionen entwickelten, jedoch ausgehend von grundlegenden Gemeinsamkeiten. Eben diese elementaren Übereinstimmungen werden von uns, ausgehend von einer historisch-materialistischen Position, untersucht.

Zur Beantwortung der Frage, weshalb die Beschäftigung mit Philosophie für den revolutionären Kampf von großer Bedeutung ist, kann eine Notiz zur Einführung in die Philosophie von Antonio Gramsci herangezogen werden: "Man muß das Vorurteil zerstören, die Philosophie sei etwas sehr Schwieriges aufgrund der Tatsache, daß sie eine spezielle Tätigkeit einer bestimmten Kategorie von Wissenschaftlern ist, den professionellen Philosophen oder Systematikern. Man wird daher zeigen müssen, daß alle Menschen Philosophen sind, indem man die Grenzen und die Wesenszüge dieser {'spontanen'} 'Jedermanns'-Philosophie definiert, nämlich den Alltagsverstand und die Religion. Nachdem gezeigt ist, daß alle auf ihre Art Philosophen sind, daß es keinen normalen und intellektuell gesunden Menschen gibt, der nicht an einer bestimmten Weltauffassung teilhat, sei es auch unbewußt [...], geht man zum zweiten Moment über, zum Moment der Kritik und der Bewußtheit. Ist es vorzuziehen, 'zu denken' ohne Bewußtheit davon zu haben, auf zersetzte und zufällige Weise, ist es vorzuziehen an einer Weltauffassung teilzuhaben, die 'vorgegeben' ist von außen, von einer gesellschaftlichen Gruppe, oder ist es vorzuziehen, die eigene Weltauffassung bewußt und kritisch auszuarbeiten und im Zusammenhang mit dieser Arbeit des eigenen Verstandes, die eigene Tätigkeitswelt zu wählen, an der Hervorbringung der Universalgeschichte aktiv teilzuhaben?"[1]

Die Bedeutung der Philosophie besteht also darin, daß sie als ein System verallgemeinerter theoretischer Auffassungen von der Welt Orientierung innerhalb dieser vermittelt und somit zielgerichtetes Handeln ermöglicht. Jedes Individuum findet sich konfrontiert mit einer objektiv gegebenen, spezifisch strukturierten Umwelt (z. B. mit einer von verschiedenen Herrschaftsverhältnissen durchzogenen Gesellschaft). Um sich innerhalb dieser Strukturen bewegen zu können, muß Handlungsfähigkeit erworben werden; es muß eine Rezeption der äußeren Welt stattfinden. Diese individuelle Erklärung der Welt vollzieht sich ständig und meistens unbewußt. Sie findet ihren Ausdruck sowohl in der frühzeitlichen Naturmythologie als auch später in der Religion. Auch der von Gramsci erwähnte Alltagsverstand ist ein Versuch, die Welt durch Theoretisierung zu begreifen und somit handlungsfähig zu werden. Er ist "die 'Philosophie der Nichtphilosophen' [...], das heißt die *unkritisch* von den verschiedenen gesellschaftlichen Milieus aufgenommene Weltauffassung, in der sich die moralische Individualität des Durchschnittsmenschen entfaltet."[2] Im Gegensatz zum Alltagsverstand ist eine wissenschaftliche Philosophie nicht einfach eine *Sammlung*, sondern ein in sich folgerichtig aufgebautes *System* von Thesen, Tatsachenfeststellungen und Ideen. Es wird also nicht bei der Verkündung einer bestimmten Weltauffassung stehengeblieben, sondern versucht, die Richtigkeit der Position durch Schlußfolgerungen und letztlichen Vergleich mit der materiellen Realität zu begründen. Das Verhältnis der wissenschaftlichen Philosophie zu den Einzelwissenschaften besteht darin, daß sie sich permanent an deren Erkenntnissen orientieren muß, um nicht spekulativ zu werden, darauf aufbauend jedoch Fragen stellt, die jenseits des jeweiligen Forschungshorizontes liegen. So trägt die Feststellung, daß die Dialektik das Grundprinzip jeglicher Entwicklung ist, primär philosophischen Charakter. Sie wird bestätigt durch die Ergebnisse der modernen naturwissenschaftlichen Forschung, z. B. der Physik.[3]

Philosophie im wissenschaftlichen Sinn ermöglicht also die Herausbildung einer kohärenten Weltanschauung als Voraussetzung selbstbewußten Handelns. Daß sie unerläßlicher Bestandteil des revolutionären Kampfes ist, formulierte Marx in seiner Einleitung zur *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*:

"Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen, und sobald der Blitz des Gedankens gründlich in diesen naiven Volksboden eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation der Deutschen zu Menschen vollziehn."[4]

Die theoretischen Ursprünge

Die Marx-Rezeption der Frankfurter Schule ist stark beeinflußt von einer Denkrichtung deren bekanntester Vertreter wohl Georg Lukács ist. Seine 1923 erschienenen Studien über *Geschichte und Klassenbewußtsein*[5] bilden bis heute die klassischen Texte des linken Radikalismus. Mühelos lassen sich schon dort zentrale Topoi des im Rahmen der Frankfurter Schule geführten Diskurses identifizieren. Ausgehend von einer starken Beeinflussung durch Hegel thematisierte Lukács das Phänomen der Verdinglichung. In diesem Zusammenhang maß er dem Kapitel über den Fetischcharakter der Ware im ersten Band des *Kapital*[6] eine zentrale Bedeutung zu. Die dortigen Ausführungen bilden zwar nur den theoretischen Überbau der vorhergehenden Analysen von Ware und Arbeitskraft, wurden jedoch auch von Ernst Bloch und später der Frankfurter Schule ins Zentrum der marxschen Theorie gerückt. Im genannten Kapitel analysiert Marx das Phänomen, daß der gesellschaftliche Charakter des Warenwertes nicht erkannt, sondern als etwas der Ware immanentes aufgefaßt wird. Der Wert ist jedoch keine materielle Größe; er bezeichnet das Quantum der für die Produktion einer bestimmten Ware durchschnittlich notwendigen einfachen Arbeit. Da der Wert also gesellschaftlich konstituiert wird, kann er sich auch nur in einem gesellschaftlichen Verhältnis - dem Tausch und hier als Tauschwert - ausdrücken. Die Menschen tauschen ihre Produkte jedoch nicht selbstbewußt als Resultate eigener Arbeit, sondern als Gegenstände, denen sie einen natürlichen Wert zuschreiben. "Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen. [...] Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt." In dem 14 Seiten langen Kapitel über den Fetisch-

1 Gramsci, A.: **Gefängnishefte** (Kritische Gesamtausgabe, hrsg. v. Bochmann, K., Haug, W.F.); Hamburg, Berlin 1993, S. 1055/1056.

2 ebd., S. 1039 (Hervorh. i. O.).

3 Siehe hierzu Lenins grundlegende Schrift **Materialismus und Empiriokritizismus**; LW 14, 7ff.

4 MEW 1, 391

5 Lukács, G.: **Geschichte und Klassenbewußtsein.** Studien über marxistische Dialektik. In: ders, **Werke**, Bd. 2 Frühschriften II; Neuwied und Westberlin 1968.

6 MEW 23, 85ff.

charakter der Ware thematisiert Marx somit die Frage, warum originär menschliche Verhältnisse als dingliche wahrgenommen werden. Die starke Konzentration der Frankfurter Schule auf auf die dortigen Ausführungen bildete die Grundlage für deren Forschungen zur Ideologie, sowie für falsche theoretische Schwerpunktsetzungen, auf die weiter unten eigegangen wird.

Ebenso wie das Phänomen der Verdinglichung als eine Zentralkategorie der Kritischen Theorie erscheint, bleibt im Kreis um Horkheimer und Adorno die Rezeption der marxschen Theorie aus einer, früher von Lukács repräsentierten, hegelianisierenden Sicht erhalten. Besonders Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse praktizieren eine Rückführung von Marx auf Hegel, indem sie den historischen Materialismus als rein geistesgeschichtliches Produkt auffassen, also als die logische Konsequenz des Denkens, die Marx aus der hegelschen Philosophie gezogen habe. Diese Konstruktion einer einfachen Kontinuität ignoriert die Entwicklung der materiellen Bedingungen (deren Repräsentation ein spezifisches Denken ist) und vor allem den aufgrund dieser Umstände von Marx und Engels in den 1840er Jahren vollzogenen Bruch mit Hegel.

Idealistische Spekulation statt materialistischer Analyse

Ein zentrales Bestreben der Frankfurter Schule ist die Kritik der bestehenden Gesellschaft mittels eines neu zu etablierenden Begriffes von Theorie. In Abgrenzung zu den als affirmativ bezeichneten Einzelwissenschaften wird interdisziplinär gearbeitet, unter Zuhilfenahme der Soziologie, der Psychoanalyse und des historischen Materialismus. "Die isolierende Betrachtung einzelner Tätigkeiten und Tätigkeitszweige mitsamt ihren Inhalten und Gegenständen bedarf, um wahr zu sein, des konkreten Bewußtseins ihrer eigenen Beschränktheit. Es muß zu einer Konzeption übergegangen werden, in der die Einseitigkeit, welche durch die Abhebung intellektueller Teilvorgänge von der gesamtgesellschaftlichen Praxis notwendig entsteht, wieder aufgehoben wird."[7]

Die an die Wissenschaft gerichtete Forderung, die eigene Funktion im gesellschaftlichen Prozeß zu reflektieren, ist so richtig wie banal. Diese schlichte methodologische Notwendigkeit wird im Rahmen der kritischen Theorie allerdings zum Postulat einer vernunftgeleiteten Wissenschaft hypostasiert: "Die Selbsterkenntnis des Menschen in der Gegenwart ist [...] nicht die mathematische Naturwissenschaft, sondern die vom Interesse an vernünftigen Zuständen durchherrschte kritische Theorie der bestehenden Gesellschaft."[8] Die sich hier abzeichnende Affinität zum von der Aufklärung beeinflußten Idealismus erklärt auch den Charakter der Kritischen Theorie, die weniger wissenschaftliche Gesellschaftsanalyse als vielmehr spekulative Geschichtsphilosophie ist.

Die Frankfurter Schule bedient sich zwar eines marxistischen Vokabulars, bei näherer Betrachtung treten jedoch ihr Pseudomaterialismus und ihre im Wesen idealistische Dialektik zutage. So wird der in der *Deutschen Ideologie*[9] dargelegte historische Materialismus im Sinne einer (in der *Phänomenologie des Geistes*[10] formulierten) hegelschen Dialektik von Subjekt und Objekt aufgefaßt. Dialektik wird reduziert auf die Bewegungsform des die Umwelt erfassenden Denkens. Hier wird zurückgegangen hinter die von Engels erarbeitete Erkenntnis, daß Dialektik keine rein formale und unabhängige Form des Erkenntnisprozesses, sondern die geistige Widerspiegelung der Realität und somit von universeller Gültigkeit ist. In der *Dialektik der Natur* schreibt er in Abgrenzung zu Hegel: "Die Dialektik des Kopfs [ist] nur Widerschein der Bewegungsformen der realen Welt, der Natur wie der Geschichte."[11] Dialektik ist nicht einfach eine Denkform, die aus Gründen methodischer Zweckmäßigkeit anzuwenden ist, sondern bezieht sich als "Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft *und* des Denkens"[12] auf die materielle Realität. Die Frankfurter Schule ignoriert - wie auch in anderen Punkten - den fundamentalen Unterschied zwischen der hegelschen und der historisch-materialistischen Dialektikkonzeption und betreibt infolgedessen spekulative Geschichtsphilosophie. Die gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich aus hegelianisierender Sicht somit unter dem Gesichtspunkt eines Subjektes, dessen Bewegungsgesetz die Dialektik ist, also die Entäußerung des Subjekts und sein schließlicher Übergang in das Objekt, seine Verdinglichung. Bei Fortsetzung dieses Gedankenganges erscheint die gesellschaftliche Wirklichkeit, der historische Prozeß als das sich objektivierende Subjektive. Dies bedeutet einerseits eine sinnvolle Akzentuierung des subjektiven Faktors gegenüber dem Determinismus des damaligen offiziellen Marxismus. Andererseits erscheint hier das Konzept einer historistischen Geschichtsspekulation, in deren Rahmen "history is viewed as one all-embracing process, in which an historical subject realizes itself. This subject is no longer Hegel's Idea, but Man."[13] Geschichte ist folglich ein Prozeß der Selbstbewußtwerdung des Menschen, in dem das ihm inhärente Ziel realisiert wird. Aus der Sicht der Frankfurter Schule "this goal (nämlich das einer vernünftigen Gestaltung sozialer Beziehungen, d. Verf.) cannot be realized in the present society which is characterized, on the contrary, by its negation - the reification of human relations and the alienation of Man. But in spite of this, human beings still maintain a will and a struggle for a 'rational' organization of society, and it is through this will and this struggle, inherent in Man and human existence, that Man can discover the fact that human goals are negated in the prevailing conditions. Thus a knowlegde of society becomes at the same time a judgement or evaluation of it. In this way, Man and social reality (created by Man) reach self-knowlegde."[14]

Dieses von Hegel übernommene Dialektikverständnis ist verbunden mit einer Kritik der bestehenden Gesellschaft, die ausgeht von den Positionen der klassischen deutschen Philosophie. Unter ausgiebiger Bezugnahme auf Kant und Hegel wird die spätkapitalistische Realität dem Anspruch der ursprünglich progressiven bürgerlichen Ideen hinsichtlich der Konstituierung einer vernünftigen Ordnung gegenübergestellt: "Der Nachweis des Widerspruchs zwischen dem Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft und ihrem Dasein bringt die einseitige Bestimmung der Gerechtigkeit durch die Freiheit und dieser durch bloße Negation ins Bewußtsein und definiert die Gerechtigkeit positiv durch den Grundriß einer vernünftigen Gesellschaft."[15]

Der Sozialismus - Wissenschaft oder Utopie?

Im Bewußtsein der Unmöglichkeit einer Aufhebung dieser Diskrepanz zwischen Begriff und Gegenstand bezüglich der bürgerlichen Gesellschaft innerhalb dieser selbst wandte sich Horkheimer dem historischen Materialismus zu. Seine distanzierte Parteinahme für den Sozialismus beruhte auf der Hoffnung, die in der bürgerlichen Gesellschaft ad absurdum

7 Horkheimer, M.: **Traditionelle und kritische Theorie.** In: ders.: Traditionelle und kritische Theorie; Frankfurt/M 1992, S. 215/216.

8 ebd., S. 215.

9 MEW 3, 9ff.

10 Hegel, G.W.F.: **Phänomenologie des Geistes**; Stuttgart 1988.

11 MEW 20, 475.

12 MEW 20, 132 (Hervorh. d. Verf.).

13 Therborn, G.: **The Frankfurt School.** In: Stedman Jones, G. et al.: Western Marxism. A Critical Reader; London 1977, S. 96.

14 ebd.

15 Horkheimer, M.: **Materialismus und Metaphysik.** In: ders.: Traditionelle und kritische Theorie, a. a. O., S. 19.

geführten bürgerlichen Ideale würden in einer zukünftigen Gesellschaft realisierbar. Kernpunkt dieses Denkens ist in letzter Konsequenz das Bestreben nach Materialisierung des Ideellen respektive, wie oben formuliert, die Objektivierung des Subjektiven. An diesem Punkt, dem Insistieren auf der Idee als der Substanz des historischen Prozesses, wird der hegelsche Ursprung der Dialektik Horkheimers - und, nuanciert, der gesamten Frankfurter Schule - deutlich. "Zuerst müssen wir beachten, daß unser Gegenstand, die *Weltgeschichte*, auf dem geistigen Boden vorgeht. Welt begreift die physische und psychische Natur in sich; die physische Natur greift gleichfalls in die Weltgeschichte ein [...]. Aber der Geist und der Verlauf seiner Entwicklung ist das Substantielle,"[16] so Hegels Auffassung von der Geschichte, der auch die Frankfurter Schule unterschwellig verhaftet blieb. Horkheimers Auffassung der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft als Realisierung bürgerlicher Ideale zeugt vom hegelschen Ursprung seines Denkens. Die Erkenntnis objektiver Gesetzmäßigkeiten und daraus abzuleitendes Handeln tritt für ihn zurück hinter dem Wunsch der Realisierung einer Idee. Es geht also, wie oben schon erwähnt, um die Objektivierung (Realisierung) des Subjektiven (Idee). Mit einer solchen Überbewertung bzw. Verabsolutierung des Bewußtseins, des Subjektiven, haben sich Marx und Engels intensiv in der *Deutschen Ideologie* auseinandergesetzt und festgestellt, daß der historische Prozeß letztlich abhängig ist von den objektiven Bedingungen: "Diese vorgefundenen Lebensbedingungen der verschiedenen Generationen entscheiden auch, ob die periodisch in der Geschichte wiederkehrende revolutionäre Erschütterung stark genug sein wird oder nicht, die Basis alles Bestehenden umzuwerfen, und wenn diese materiellen Elemente einer totalen Umwälzung, nämlich einerseits die vorhandenen Produktivkräfte, andrerseits die Bildung einer revolutionären Masse, die nicht nur gegen einzelne Bedingungen der bisherigen Gesellschaft, sondern gegen die bisherige 'Lebensproduktion' selbst, die 'Gesamttätigkeit', worauf sie basierte, revolutioniert - nicht vorhanden sind, so ist es ganz gleichgültig für die praktische Entwicklung, ob die *Idee* dieser Umwälzung schon hundertmal ausgesprochen ist - wie die Geschichte des Kommunismus dies beweist."[17]

Das dargestellte Konzept eines philosophischen Historismus, von dem die Frankfurter Schule ausgeht, zieht verschiedene praktische Konsequenzen nach sich.

Der heute primär mit Hegel assoziierte, aber auch in der Soziologie verwandte Begriff der Totalität wird als philosophische Kategorie auf die Sozialwissenschaften übertragen. Er bezeichnet im Rahmen der Kritischen Theorie nicht mehr ein Netz sozialer Beziehungen, dessen einzelne Teile in Wechselwirkung zueinander stehen. Vielmehr steht Totalität nun für die Gesamtheit gesellschaftlicher Phänomene als Ausdruck eines ihnen gemeinsam zugrundeliegenden Prinzips. Dieses ist grundsätzlich die inhaltsleere Abstraktion, daß die gesellschaftliche Realität Produkt menschlichen Handelns ist: "There ist no room in the historicist conception of history for social totalities as structures of irreducible complexity, or for a discontinuous development of those complex structures. Society is always reducible to its creator-subject, and history is the continuous unfolding of this subject. At every given point in time, society is a unique manifestation of man. This means that the concept of a mode of production, which in any classical reading of Marx is the central concept of historical materialism, plays at most a quite subordinate role. Capitalism is not seen as one mode of production among others, but as a completely unique moment in the history [...] of Man."[18]

Historistisch interpretiert ändert sich auch der Charakter des historischen Materialismus, der ursprünglich als Wissenschaft entstanden war und nicht als philosophische Spekulation über die Bestimmung des menschlichen Seins. Im Rahmen der Kritischen Theorie "the scientific specifity of Marx's critique of political economy disappears. That critique is either regarded as philosophical critique (Horkheimer), or as an examination of political economy from the standpoint of the totality of social being (Marcuse), but not as a scientific operation. This is quite clearly different from Marx's own conception of his work and epistemology in general."[19]

Der junge Marx - das einzig Wahre

Das Festhalten der Frankfurter Schule an einer hegelschen Konzeption der Dialektik korrespondiert mit einer Marx-Rezeption, die sich vornehmlich auf die Werke des sogenannten 'jungen Marx' konzentriert.[20] Also auf die Phase des theoretischen Schaffens von Marx, in der dieser selbst noch deutlich unter dem Einfluß Hegels stand, und in der er sich intensiv mit der Kategorie der Entfremdung befaßte. In der *Deutschen Ideologie* wird dieses Phänomen erläutert: "Die soziale Macht, d.h. die vervielfachte Produktionskraft, die durch das in der Teilung der Arbeit bedingte Zusammenwirken der verschiedenen Individuen entsteht, erscheint diesen Individuen, weil das Zusammenwirken nicht freiwillig, sondern naturwüchsig ist, nicht als ihre eigne, vereinte Macht, sondern als eine fremde, außer ihnen stehende Gewalt, von der sie nicht wissen woher und wohin, die sie also nicht mehr beherrschen können, die im Gegenteil nun eine eigentümliche, vom Wollen und Laufen der Menschen unabhängige, ja dies Wollen und Laufen erst dirigierende Reihenfolge von Phasen und Entwicklungsstufen durchläuft."[21]

Nach Marx bedeutet Entfremdung also eine spezifische, sich unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise vollziehende Form der Vergegenständlichung, die jedoch aufhebbar ist im Zuge der Konstitution einer Gesellschaft, in der "die Gesetze ihres eignen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, [...] dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht [werden]."[22] Die Theoretiker der Frankfurter Schule betrachten nun fälschlicherweise die Bezeichnung 'entfremdet' als Synonym für 'materiell'. So geht Adorno geht in seinem 1966 erschienen Werk *Negative Dialektik* davon aus, daß Marx, wenn er von Naturgesetzen der Gesellschaft spricht, damit nicht den objektiven Charakter dieser Gesetze als materielle Zusammenhänge gemeint habe, sondern die Verdinglichung der kapitalistischen Produktionsweise.[23] Materiell und verdinglicht wird von Adorno synonym aufgefaßt. Marx dagegen unterschied schon in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten*[24] deutlich zwischen beiden Begriffen und wies auch in einem Brief an einen russischen Bekannten darauf hin, daß "jede neue Generation die von der alten Generation erworbenen Produktivkräfte vorfindet"[25], und diese deshalb als materiell zu bezeichnen seien.

Der ungerechtfertigten Ineinssetzung von materiellen und verdinglichten, also entfremdeten Verhältnissen entspricht auf einer anderen Ebene die Identifikation

16 Hegel, G.W.F.: **Vorlesungen zur Philosophie der Geschichte**; Stuttgart 1961, S. 57 (Hervorh. i. O.).

17 MEW 3, 38/39 (Hervorh. i. O.)

18 Therborn, G.: **The Frankfurt School**, a. a. O., S. 97.

19 ebd., S. 98.

20 Zur umstrittenen Relevanz der marxschen Frühschriften siehe: Oiserman, T. I.: **Der 'junge' Marx im ideologischen Kampf der Gegenwart**; Berlin 1976.

21 MEW 3, 34.

22 MEW 19, 226.

23 Adorno, Th.W.: **Negative Dialektik**; Frankfurt/M. 1966, S. 347.

24 MEW Ergänzungsband I, 465ff.

25 MEW 27, 452/453.

von Arbeit mit warenproduzierender Arbeit. Die Tatsache, daß Arbeit als "Aneignung des Natürlichen für menschliche Bedürfnisse, allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam"[26] ist, wird insbesondere von Herbert Marcuse übersehen. Er betrachtet die Arbeit allein unter dem Aspekt der Erzeugung einer Herrschaft der Dinge über die Menschen - also Entfremdung - und setzt sie in einen konstruierten undialektischen Gegensatz zur menschlichen Freiheit. Diese - in einer derartigen Abstraktion falsche - Entgegensetzung von Produzieren und Freiheit läßt Befreiung sowohl im historischen als auch im logischen Sinn unmöglich erscheinen. Die hier zugrunde liegende Entleerung des Arbeitsbegriffs bedingt eine ungesellschaftliche Auffassung der Produktivkraftentwicklung, die letztlich in einen - durchaus als reaktionär zu bezeichnenden - Technikskeptizismus mündet. Formalistisch wird bei Betrachtung der Produktivkraftentwicklung von deren sozialem Gehalt abstrahiert, so daß nicht die Handhabung von Technik innerhalb einer spezifischen Epoche, sondern die Technik an sich als negativ, ja gefährlich erscheint. Nach Horkheimer und Adorno "involviert Anpassung an die Macht des Fortschritts den Fortschritt der Macht, jedes Mal aufs neue jene Rückbildungen, die nicht den mißlungenen sondern gerade den gelungenen Fortschritt seines eigenen Gegenteils überführen. Der Fluch des unaufhaltsamen Fortschritts ist die unaufhaltsame Regression."[27] Die durch die technische Entwicklung ermöglichte und weiter zunehmende Beherrschung der Natur determiniert, nach Ansicht der Frankfurter Schule, aufgrund der so erzeugten sachlichen Zwänge, einen Prozeß zunehmender Entfremdung. Die "Kritik (der Frankfurter Schule, d. Verf.) an der Gesellschaft, die ein sich von Entfremdung emanzipierendes Bewußtsein anzielt, geht folglich von einer deutlichen Voraussetzung aus: von der Charakteristik der gesellschaftlichen Produktion als eines unhistorischen, naturhaften Prozesses, der zu wachsender Herrschaft der Sachwelt über die Menschenwelt führt. D. h., die eigentliche Ursache der Entfremdung, die Produktionsverhältnisse, genauer, die Funktionsweise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, werden ausgeklammert."[28] Mit dieser Akzentverschiebung von der Dialektik von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen hin zur Gegenüberstellung von Technikentwicklung und Mensch hat die Frankfurter Schule den Boden des historischen Materialismus hinter sich gelassen. Resultat ist die allseits bekannte Kritik an 'Technikgläubigkeit', die angesichts von Rüstungspolitik und Umweltzerstörung auch in linken Kreisen eine gewisse Relevanz besaß und besitzt. Noch 1933 hatte Horkheimer formuliert: "Der Materialismus fordert die Vereinigung von Philosophie und Wissenschaft."[29] Mit zunehmendem Alter vertrat er immer stärker idealistische Positionen[30] und konstruierte von dort aus den Gegensatz zwischen Wissenschaft und Philosphie, wobei er letzterer einen größeren Erkenntniswert zusprach. Bei Horkheimer erscheint diese Kritik an der als affirmativ aufgefaßten Wissenschaft als eine Kritik am streng rationalen Positivismus: "Die positivistische Philosophie, die das Werkzeug 'Wissenschaft' als den automatischen Verfechter des Fortschritts ansieht, ist so irreführend wie andere Glorifikationen der Technik. Die ökonomische Technokratie erwartet alles von der Emanzipation der materiellen Produktionsmittel. Platon wollte die Philosophen zu den Herren machen; die Technokraten wollen die Ingenieure zum Aufsichtsrat der Gesellschaft machen. Positivismus ist philosophische Technokratie."[31] Eine derart generalisierende Kritik an Wissenschaft und Technik verunmöglicht eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem von der Frankfurter Schule als Positivismus bezeichneten Denken.[32] Hier werden die Stärken einer wissenschaftlichen Vorgehensweise aufgegeben zugunsten von Hermeneutik und Moral

Die 'Ergänzung' des historischen Materialismus durch Freud

Eine zentrale Kategorie der Kritischen Theorie ist die Entfremdung. Zur Analyse dieses Phänomens bediente sich - neben allen anderen Theoretikern - vor allem Erich Fromm der von Sigmund Freud entwickelten Psychoanalyse. Ohne hier im einzelnen auf die sich daraus ergebenen Konsequenzen eingehen zu können, sei angemerkt, daß der im Rahmen der Psychoanalyse entwickelte Begriff des Menschen und seiner Triebstruktur durchaus problematisch ist. Den Ausgangspunkt individueller Entwicklung bildet eine anthropologische Konstante, die von Freud als 'Es' bezeichnet wird: "Die älteste dieser psychischen Provinzen oder Instanzen nennen wir das Es; sein Inhalt ist alles, was ererbt, bei Geburt mitgebracht, konstitutionell festgelegt ist, vor allem also die aus der Körperorganisation stammenden Triebe, die hier einen ersten uns in seinen Formen unbekannten psychischen Ausdruck finden." (In der zugehörigen Fußnote heißt es: "Dieser älteste Teil des psychischen Apparates bleibt durchs ganze Leben der wichtigste."[33]) Diese Konstruktion eines 'menschlichen Wesens', die sich in gewisser Weise auch die Frankfurter Schule zu eigen macht, bedeutet einen Rückschritt hinter die von Marx in der sechsten Feuerbachthese formulierte Erkenntnis, daß "das menschliche Wesen [...] kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum", sondern "in seiner Wirklichkeit [...] das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse"[34] ist. Eine solche 'Ergänzung' von Marx durch Freud[35] bedeutet, daß die Gesellschaftsanalysen der Frankfurter Schule die Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise auf die gegebene menschliche Triebstruktur thematisieren. Nach dieser Sicht wird 'der Mensch' in jeder bestimmten Epoche den objektiven Bedingungen entsprechend modifiziert und nicht jeweils neu geschaffen. Eine spezifische Produktionsweise und die aus ihr resultierende Gesellschaftsformation kann somit dem menschlichen Wesen

26 MEW 23 (Kapital Bd. I), 198.

27 Horkheimer, M., Adorno, Th.W.: **Dialektik der Aufklärung**; a. a. O., S. 42.

28 Bauermann, R., Rötscher, H.-J.: **Dialektik der Anpassung**; a. a. O., S. 28.

29 Horheimer, M.: **Materialismus und Metaphysik**; a. a. O., S. 31.

30 Die recht konsequente Verteidigung des Materialismus gegen metaphysische Angriffe in den 30er Jahren muß vor dem Hintergrund des erstarkenden Faschismus gesehen werden. Dessen Irrationalismus ließ unter seiner GegnerInnen das gemeinsame Beharren auf Rationalität hervortreten. In den 40er Jahren erfolgte eine neuerliche Differenzierung, und die Theoretiker der Frankfurter Schule nahmen eine zunehmend idealistische und dementsprechend antikommunistische Haltung ein. Zu den Wandlungen in der Geschichte der Frankfurter Schule siehe das ausführliche Werk von Wiggershaus, R.: **Die Frankfurter Schule.** Geschichte - Theoretische Entwicklung - Politische Bedeutung; München, Wien 1986.

31 Horkheimer, M.: **Gegensätzliche Allheilmittel.** In: ders.: **Zur Kritik der instrumentellen Vernunft**; Frankfurt/M 1985, S. 64.

32 Für eine - wenn auch offizielle - marxistische Kritik des Positivismus siehe: Schreiter, J.: **Zur Kritik der philosophischen Grundpositionen des Wiener Kreises**; Berlin 1977. Wessel, H.: **Philosophie des Stückwerks.** Eine Auseinandersetzung mit dem neupositivistischen 'kritischen Rationalismus'; Frankfurt/M 1971. Gedő, A. et al.: **Die philosophische Aktualität des Leninismus. Zur Aktualität der Leninschen Positivismus-Kritik. Positivistische 'Philosophie der Wissenschaft' im Lichte der Wissenschaft**; Frankfurt/M 1972.

33 Freud, S.: **Abriß der Psychoanalyse**; Frankfurt/M 1972, S. 9

34 MEW 3, 6

35 Die zahlreichen - sinnvollen - Versuche, mittels einer Integration psychoanalytischer Modelle in den historischen Materialismus noch bestehende blinde Flecken in der marxistischen Theorie zu beseitigen, müssen hier unberücksichtigt bleiben. Siehe dazu: Lichtman, R.: **Die Produktion des Unbewußten.** Die Integration der Psychoanalyse in die marxistische Theorie; Hamburg, Berlin 1990. Leuschner, U.: **Entfremdung - Neurose - Ideologie.** Eine Studie über Psychoanalyse und die Entfremdungstheorie von Karl Marx; Köln 1990. Zu der auch im Feminismus geführten Debatte über den Nutzen der Psychoanalyse siehe: Mitchell, J.: **Psychoanalyse und Feminismus.** Freud, Reich, Laing und die Frauenbewegung; Frankfurt/M 1976. Barret, M.: **Das unterstellte Geschlecht.** Umrisse eines marxistischen Feminismus; Westberlin 1983, S. 54-62. Zum allgemeineren Begriff des Menschen siehe: Schlosser, H.: **Marxistisch-leninistische Theorie der Persönlichkeit.** Tendenzen und Probleme; Bonn 1988.

adäquat sein oder ihm widersprechen. Diese Auffassung des Menschen korrespondiert im übrigen hervorragend mit der schon oben erwähnten Rezeption der marxschen Frühschriften. Der bis Anfang der 1840er Jahre von der Anthropologie Feuerbachs beeinflußte Marx stellte damals ebenfalls noch ein 'natürliches' menschliches Wesen den gesellschaftlichen Verhältnissen gegenüber.[36] Er beschrieb "die Entfremdung als die 'Entmenschung' der menschlichen Verhältnisse, als nicht der menschlichen Natur entsprechende Form der gesellschaftlichen Verhältnisse, in der 'das menschliche Wesen sich unmenschlich [...] vergegenständlicht.'"[37]

Eine Affinität zwischen Psychoanalyse und Frankfurter Schule besteht auch hinsichtlich der Auffassung von Gesellschafts- bzw. Kulturentwicklung. Der schon erwähnte, sich vor allem im Technikskeptizismus äußernde Geschichtspessimismus Horkheimers und Adornos steht in enger Beziehung zur von Freud formulierten These der auf Triebsublimierung und -verzicht beruhenden Kulturentwicklung: "Die Triebsublimierung ist ein besonders hervorstechender Zug der Kulturentwicklung, sie macht es möglich, daß höhere psychische Tätigkeiten, wissenschaftliche, künstlerische, ideologische, eine so bedeutsame Rolle im Kulturleben spielen. [...] Drittens endlich, und das scheint das Wichtigste, ist es unmöglich zu übersehen, in welchem Ausmaß die Kultur auf Triebverzicht aufgebaut ist, wie sehr sie gerade die Nichtbefriedigung (Unterdrückung, Verdrängung oder sonst etwas ?) von mächtigen Trieben zur Voraussetzung hat. Diese Kulturversagung beherrscht das große Gebiet der sozialen Beziehungen der Menschen; wir wissen bereits, sie ist die Ursache der Feindseligkeit, gegen die alle Kulturen zu kämpfen haben."[38] Aus dem hier Dargelegten wird ersichtlich, daß Psychoanalyse und Frankfurter Schule ein gewisses konservatives Moment bezüglich des Menschenbildes und der Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung gemeinsam ist. "Gerade die Bezugnahme auf Freuds metapsychologische Theorie weist aus, daß die 'kritische Theorie' den Ansatz zur Gesellschaftskritik festlegt, indem sie zunächst gesellschaftliche Fragen biologisiert, durch die Konzentration auf die Freudsche Lehre von der Triebstruktur des Menschen psychologisiert und anschließend mit Bezugnahme auf das menschliche Wesen gesellschaftliche Fragen individualisiert. Erst hier erfolgt ein Umschlag, der nun aus der psychologisierenden Sicht auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge zurückwirkt. In der Folge wird die gesellschaftliche Emanzipation als eine soziopsychologische Emanzipation ausgewiesen."[39]

Die Resultate - kritische Kontemplation und Resignation

Die weiter oben schon kurz angedeutete partielle Konvergenz von Positionen der Frankfurter Schule und der Junghegelianer der 1830er Jahre war latent immer vorhanden, trat aber erst in der Spätphase der Frankfurter Schule besonders deutlich zutage. Die geschichtspessimistische Auffassung der bestehenden Gesellschaft als eine industrielle, im wesentlichen unaufhebbar entfremdete, ließ etwaige Veränderungsversuche als unsinnig erscheinen: "Freilich, suspekt ist nicht die Darstellung der Wirklichkeit als Hölle, sondern die routinierte Aufforderung, aus ihr auszubrechen."[40] Dabei ermangelt die theoretische Entwicklung der Frankfurter Schule nicht einer gewissen Ironie. Ausgehend von einer kritischen, jedoch idealistischen Position erfolgt eine Rezeption des marxschen Werkes. Im Mittelpunkt steht 'der junge Marx', da sich in dessen Schriften noch deutliche Reminiszenzen an Hegel finden lassen. Dies bedeutet ein Pars pro toto und eine Uminterpretation zentraler Kategorien des historischen Materialismus. Mit einer derart hegelianisierten Theorie, in der die Totalität einer manipulierten Konsumgesellschaft eine differenzierte Analyse antagonistischer Verhältnisse ersetzt, mußte die Rettung im individuellen Rückzug auf eine Position der kritischen Kontemplation liegen. Nach Horkheimer und Adorno ist gesamtgesellschaftliche Befreiung illusorisch, einzig und allein der kritische Intellekt vermag sich über das Bestehende zu erheben und somit seine Freiheit zu realisieren: "Das Bestehende zwingt die Menschen nicht bloß durch physische Gewalt und materielle Interessen sondern durch übermächtige Suggestion. Philosophie ist [...] die Anstrengung, der Suggestion zu widerstehen, die Entschlossenheit zur intellektuellen und wirklichen Freiheit."[41] Diese individualistische Tendenz findet sich bei Horkheimer schon 1937, hier allerdings in einer Formulierung, der für sich genommen umstandlos zuzustimmen wäre: "Der Intellektuelle, der nur in aufblikkender Verehrung die Schöpferkraft des Proletariats verkündigt und sein Genüge darin findet, sich ihm anzupassen und es zu verklären, übersieht, daß jedes Ausweichen vor theoretischen Anstrengung, die er in der Passivität seines Denkens sich erspart, sowie vor einem zeitweiligen Gegensatz zu den Massen, in den eigenes Denken ihn bringen könnte, diese Massen blinder und schwächer macht, als sie sein müssen. Sein eigenes Denken gehört als kritisches, vorwärtstreibendes Element mit zu ihrer Entwicklung."[42] Im Kontext der weiteren Arbeiten Horkheimers erscheint diese Aussage nicht als eine berechtigte Kritik am Prolet- und Massenkult der damaligen kommunistischen Bewegung, sondern als Versuch, aus der Not eine Tugend zu machen und intellektuelle Isolierung zum Resultat geistiger Unabhängigkeit zu stilisieren. Hier erscheint die Konstruktion des Gegensatzes von kritischem Geist und träger Masse. Diese elitäre Vorstellung von der Rolle der 'kritischen Kritik' der Intellektuellen als Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung wurde von Marx und Engels in ihrer ersten gemeinsamen Arbeit (*Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik*) ausdrücklich zurückgewiesen.[43] Sie gehen dort ein auf eine bestimmte Sorte von Intellektuellen, die, über die Masse des Volkes schreibend, sich von diesem distanzieren und sich über es erheben: "Die kritische Kritik, so erhaben sie sich über die Masse weiß, fühlt doch ein unendliches Erbarmen für dieselbe. [...] Es versteht sich, und die Geschichte, die alles beweist, was sich von selbst versteht, beweist auch dies, daß die Kritik nicht Masse wird, um Masse zu bleiben, sondern um die Masse von ihrer massenhaften Massenhaftigkeit zu erlösen, also die populäre Redeweise der Masse in die kritische Sprache der kritischen Kritik aufzuheben."[44]

Die sich in der Spätphase der Frankfurter Schule immer deutlicher abzeichnende Nähe zum junghegelianischen Denken wurde letztlich auch von den Theoretikern selbst erkannt. Adorno bemerkte dazu: "Die gesellschaftliche Realität hat sich in einer Weise verändert, daß man fast zwangsläufig auf den von Marx und Engels so höhnisch kritisierten Standpunkt des Linkshegelianismus zurückgedrängt wird; einfach deshalb nämlich, [...] weil der Gedanke, daß man durch die Theorie und durch das Aussprechen der Theorie unmittelbar die Menschen ergreifen und zu einer Aktion veranlassen

36 siehe: **Ökonomisch-philosophische Manuskripte**; MEW, EB I, 465ff. Den dort zutage tretenden Dualismus von menschlichem Wesen und gesellschaftlichen Verhältnissen hatte Marx ein Jahr später mit der Formulierung seiner **Thesen über Feuerbach**, speziell der sechsten, überwunden (MEW 3, 5ff.).

37 Oiserman, T.I.: **Der 'junge' Marx im ideologischen Kampf der Gegenwart**; a. a. O., S. 19.

38 Freud, S.: **Das Unbehagen in der Kultur**. In: ders.: Abriß der Psychoanalyse, a. a. O., S. 92.

39 Bauermann, R., Rötscher, H.-J.: **Dialektik der Anpassung**; a. a. O., S. 46.

40 Horkheimer, M., Adorno, Th.W.: **Dialektik der Aufklärung**; a. a. O., S. 273.

41 ebd., S. 260.

42 Horkheimer, M.: **Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze**; Franfurt/M 1992, S. 231.

43 MEW 2, 3ff.

44 ebd., S. 9/11

kann, doppelt unmöglich geworden ist durch die Verfassung der Menschen."[45] Ihre Denunzierung der Wissenschaft und ihr Beharren auf idealistischen Positionen geben der Kritischen Theorie bezüglich politischer Handlungmöglichkeiten einen reaktionären Zug. Die Unfähigkeit hinter der 'Totalität der Verdinglichung' Widersprüche und emanzipatorische Kräfte wahrzunehmen, führt zu der Annahme manipulierter Massen, aus denen sich kraft eines kritischen Verstandes das einzelne Individuum erheben kann. Da die Perspektive kollektiver Befreiung im Diskurs der Frankfurter Schule als unwahrscheinlich sich darstellt, bleibt als letzte Rettung der subjektive Sprung, der zudem ein primär intellektueller Vorgang ist. "Thus critical theory's conception of politics [...] ends in a paradox. On the one hand, it presents itself as a mere component of a political praxis; on the other, it lacks any specific political anchorage."[46]

45 Zit. n.: Bauermann, R., Rötscher, H.-J.: **Dialektik der Anpassung**, a. a. O., S. 36. Adorno nimmt hier bezug auf die Festellung von Marx, daß, wenn eine Theorie materielle Gewalt werden soll, sie durch die Köpfe der Massen hindurch muß. "Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift." (Marx, K.: **Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung**; MEW 1, 385)

46 Therborn, G.: **The Frankfurt School**, a. a. O., S. 91.

Galvano della Volpe

Zur Frankfurter Schule

KRITIK EINES SPÄTROMANTISCHEN PARADOXES
(Über die "Dialektik der Aufklärung" von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno)

Das Paradox ist mit einfachen Worten folgendes: Insofern Aufklärung auf den wissenschaftlichen Kalkül des Nützlichen und damit auf die genaue Einschätzung der einem Zweck angemessenen Mittel reduzierbar ist, verkehrt sie sich (das ist die "Dialektik") in ihr Gegenteil, in Technik der Herrschaft und Unterdrückung mit ihren modernen, alten und neuen, funktionalen Mythen. "Als ... bloße Konstruktion von Mitteln ist Aufklärung so destruktiv, wie ihre romantischen Feinde es ihr nachsagen ... . Aufklärung vollendet sich und hebt sich auf ..." (1), so lautet die (zumindest in der Form hegelianisierende) Schlußfolgerung des ersten, dem "Begriff der Aufklärung" gewidmeten Teils. Und doch hindert diese These von (wie wir sehen werden) ziemlich brüchiger Konsistenz die Autoren nicht an der festen Überzeugung, daß "die Aufklärung ... sich auf sich selbst besinnen (muß), wenn die Menschen nicht vollends verraten werden sollen", und daß "an Aufklärung geübte Kritik ... einen positiven Begriff von ihr vorbereiten (soll), der sie aus ihrer Verstrickung in blinder Herrschaft löst." (2) (Hier und im ganzen Buch, das zuerst 1944 herausgegeben wurde, halten die Autoren vor allem das "monstrum horrendum" des Nazismus gegenwärtig.) Es ist jedoch eine Überzeugung oder Hoffnung, die, so edel sie ist, kein Fundament hat, wenn dieses in der oben ausgesprochenen extravaganten These bestehen soll. Der als Prämisse genommene Begriff der Aufklärung ist nämlich zu einseitig und arm. Wahr ist: das Kriterium der Berechnung des menschlichen und gesellschaftlichen Nutzens ist sicherlich eine Komponente dieser Ideologie, welche jegliches Prinzip dogmatischer Autorität, beginnend mit dem der religiös-kirchlichen Autorität, kritisiert und zurückweist und deshalb dem Individuum sagt (um die klassischen kantischen Formulierungen zu gebrauchen): *Sapere aude!* oder "Habe Mut, dich deines *eigenen* Verstandes zu bedienen", um dadurch aus dem Zustand der Unmündigkeit herauszutreten, usw. usw.; dies ist jedoch nicht die einzige Komponente; für sich oder abstrakt genommen, abstrahierend, und zwar von der weltlichen Pflichtenlehre, die sie begleitet, oder auch von der "Toleranz", der "Achtung" des menschlichen Individuums als Zweck und niemals Mittel, usw., ist jener Begriff selbst deformiert oder verstümmelt.

Mit anderen Worten, man wird der Aufklärung weder historisch noch philosophisch gerecht, wenn man den Baconschen und szientivischen Beitrag überbetont, der demnach darin besteht, die aufgeklärte Vernunft auf eine bloß "kalkulierende Vernunft" und auf die mit ihr mehr oder weniger synonyme "formalistische Vernunft", "Naturwissenschaft", "Technik", "statistische Erhebung" (beispielsweise von bei einem Pogrom Ermordeten) und so weiter zu reduzieren. Es ist aber evident, daß eine solche Verarmung des Begriffs der Auf klärung sich der (unglaublich) extremen *Allgemeinheit* seiner Bedeutung verdankt, für die die Aufklärung geradezu mit "List" des Odysseus beginnt ["Wie die Erzählung von den Sirenen die Verschränktheit von Mythos und rationaler Arbeit in sich beschließt, so legt die Odyssee insgesamt Zeugnis ab von der Dialektik der Aufklärung": siehe "Exkurs 1, Odysseus oder Mythos und Aufklärung" (3)] und - über Bacon und das Aufkommen der experimentellen Wissenschaft - mit Sade und Nietzsche endet: "Das Werk Sades, wie dasjenige Nietzsches ... steigert das szientivische Prinzip ins Vernichtende" (4) (siehe "Exkurs 11, Juliette oder Aufklärung und Moral"). Der alte Hegel jedoch (der Schutzheilige unserer Autoren) hatte (abgesehen auch von der historischen Unzweideutigkeit der "Phänomenologie" in dem Abschnitt über die kantische "Moralität", in welcher sich für ihn das aufklärerische Bewußtsein einer unmittelbaren Freiheit auflöst) auf die historische Substanz der Aufklärung weder in den "Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie" Verzicht getan, in denen es beispielsweise heißt: "Was daher in den französischen philosophischen Schriften ... bewunderungswürdig ist, ist die erstaunliche Energie und Kraft des Begriffs gegen die Existenz, gegen den Glauben, gegen alle Macht der Autorität seit Jahrtausenden" (5), noch in den "Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte", in denen sich die berühmten Seiten über die "Tugend" Robespierres usw. finden. So viel steht fest: die "Dialektik" unserer gebildeten Autoren schwebt über der Geschichte, schwebt. Das Ende ihres Fluges, wenn wir so sagen wollen, wäre die Überschreitung der bürgerlichen (mit der Aufklärung geborenen) Zivilisation oder auch ihre ideologische Widerlegung, aus Gründen, die jetzt nicht mehr schwer zu erraten sind: "Aufklärung hatte als bürgerliche längst vor Turgot und d'Alembert sich an ihr positivistisches

[szientivisches] Moment verloren. Sie war vor der Verwechslung der Freiheit mit dem Betrieb der Selbsterhaltung [oder der Anwendung der Kategorie des *Nützlichen*] nie gefeit".(6) "Je weiter aber der Prozess der Selbsterhaltung durch die bürgerliche Arbeitsteilung geleistet wird, um so mehr erzwingt er die Selbstentäußerung der Individuen, die sich an Leib und Seele nach der technischen Apparatur zu formen haben" (6a) ... . So bliebe das Verhältnis der Notwendigkeit zum Reich der Freiheit bloß quantitativ, mechanisch, und Natur, ... wurde Totalität und absorbierte die Freiheit ... Mit der Preisgabe des Denkens [Selbstreflexion oder Selbstbewußtsein], das in seiner verdinglichten Gestalt als Mathematik, Maschine, Organisation an den seiner vergessenden Menschen sich rächt, hat Aufklärung ihrer eigenen Verwirklichung entsagt." (7) Wie man sieht, handelt es sich um die soundsovielte spiritualistische, im Grunde romantische, Reaktion gegen die Technik und die moderne gesellschaftliche Organisation. Worum es diesen romantischen und folglich der bürgerlichen Welt, die sie aufs Korn nehmen, verhafteten Kritikern geht, ist tatsächlich die Versachlichung und Verdinglichung nicht so sehr des menschlichen Wesens, des wirklichen menschlichen Individuums, sondern eher des Denkens, des Selbstbewußtseins oder des Geistes: "Aufklärung", wiederholen sie Schopenhauer, "hat die klassische Forderung, das Denken zu denken ... beiseitegeschoben, weil sie vom Gebot, der Praxis zu gebieten, ablenke ... " (8) Und: "Die Verweisung des Denkens aus der [modernen *symbolischen*] Logik ratifiziert im Hörsaal die Versachlichung des Menschen in Fabrik und Büro" (9) - hier wird der Romantizismus konfus und verfährt kontaminierend. Die Verdinglichung des realen Individuums, des Menschen in der Fabrik und im Büro, läßt sich durchaus nicht mit der Dekadenz des Kultes von Geist und Innerlichkeit erklären, sondern, nach Marx, durch die Ökonomie und die Ethik der bürgerlichen Klasse, wobei die letztgenannte gerade durch die platonisierende oder idealistische und spiritualistische Auffassung des menschlichen Wesens konstituiert wurde, in deren Schutz der bürgerliche Besitzindividualismus und das Ideal seiner "heiligen Persönlichkeit" und die daraus folgende wirkliche Entäußerung des Menschen sich verbirgt. Es ist also alles genau umgekehrt: die bürgerliche ökonomische Struktur mit ihrem spiritualistischen aristokratischen kulturellen Überbau erklärt die Versachlichung des Menschen in Fabrik und Büro usw. und seine Entäußerung: jene Entäußerung, welche das "sich verhärtende" oder "sich versachlichende" selbstbewußte Denken (oder Geist) als "Mathematik, Maschine" usw. usw. nicht zu erklären vermag, abgesehen von der voraussehbaren Tatsache, daß die Wissenschaft und ihre Anwendungen (Früchte der angeblichen "Verhärtung" des Geistes) einen Teil dessen ausmachen werden, was das Positivere des bürgerlichen Vermächtnisses an die zukünftige Zivilisation sein wird. Denn nicht die Maschine, die Technik an sich, bedroht die Autonomie des menschlichen Individuums, sondern (und hier kommen wir auf den wichtigeren Punkt, der deutlicher hervortreten sollte) der Gebrauch, den die Menschen in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen einer die andere ausbeutenden und unterdrückenden Klasse davon machen. Die Technik ist in sich selbst optimal, insofern sie ein unerläßliches Instrument des fortgeschrittenen menschlichen Lebens ist, sie ist jedoch wesentlich ein gesellschaftliches Instrument und ihre größere oder geringere menschlich-erzieherische Wirksamkeit hängt letztlich von der größeren oder geringeren Menschlichkeit der Gesellschaft ab, welche sie anwendet. Und hier bietet sich die einzige Möglichkeit der dialektischen Entwicklung und der Verwirklichung des historischen moralischen Gehalts der Aufklärung (der "Achtung" vor dem realen menschlichen Individuum), über den unsere Autoren hinweggegangen sind. Obwohl sie sich davon unterscheiden wollen, reihen sie sich in eben jene Schar von "Kritikern der Zivilisation" ein, zu denen Huizingo, Ortega y Gasset und Jaspers gehören, um die bedeutenderen zu nennen. Ihnen allen gemeinsam ist nämlich ein gewisses aristokratisches Nicht-Ertragen können nicht nur der Technik, sondern auch (natürlich) der "Massen" (im allgemeinen) und ihrer "barbarischen" Kultur, die hinter der Technik der *mass-media* drängt.

"Die Regression der Massen heute" - so lamentieren unsere demokratischen Ästheten - "ist die Unfähigkeit, mit eigenen Ohren Ungehörtes hören, Unergriffenes mit eigenen Händen fassen zu können, die neue Gestalt der Verblendung, die jede besiegte mythische ablöst." (9a)

Unvermeidlich sind diese Kritiker dieser "Krise" oberflächlich, denn sie sind deren hauptsächliche (mehr oder weniger berühmten) Patienten. (10)

Abschließend noch eine Detailbeobachtung zu einer typischen "dialektischen" Vergewaltigung eines Grundgedankens Spinozas: "Commiseratio - sagen unsere brillanten Autoren - ist Menschlichkeit in unmittelbarer Gestalt, aber zugleich 'mala et inutilis' [vgl. Spinoza, Ethik], nämlich als das Gegenteil der männlichen Tüchtigkeit", der "römischen virtus". "Weibisch und kindisch nennt Clairwil [vgl. Sade] das Mitleid."(11)

Nun sagt Spinoza gerade an der zitierten Stelle, im Fünfzigsten Lehrsatz des vierten Teils: "Mitleid ist bei einem Menschen, der *nach der Leitung der Vernunft* lebt, an und für sich schlecht und unnütz"; (12) im Beweis erklärt er, daß "Mitleid ... Unlust (ist) [also ein besonderer 'Affekt' oder Passivität bzw. Irrationalität] und daher an und für sich schlecht" und "das Gute ...., das aus ihm folgt, daß wir nämlich den bemitleideten Menschen von seinem Leid zu befreien suchen ...., suchen wir *nach dem bloßen Gebot der Vernunft* zu tun ... ; und nur von dem, was wir nach dem Gebot der Vernunft tun, können wir *gewiß* wissen, daß es *gut* ist ... . Daher ist Mitleid bei einem Menschen, der nach der Leitung der Vernunft lebt, an und für sich schlecht und unnütz." Und er schließt die Anmerkung "Denn wer weder durch die Vernunft noch durch Mitleid bewegt wird, anderen Hilfe zu leisten, der wird mit Recht unmenschlich genannt, denn er scheint ... mit einem Menschen keine Ähnlichkeit zu haben." (13)

Was hat also der heilige Spinoza - für den ebenfalls derjenige, der sich bemüht, die anderen nach der Vernunft zu leiten, nicht aus Affekt, sondern menschlich und gütig handelt - mit dem römischen virtus und - geradezu unaussprechlich mit dem skrupellosen, verbrecherischen *Kalkül* der Lehrerin und Komplizin im Sadismus von "Juliette" zu tun? Wie kann man übersehen, daß Spinozas Vorbehalte gegen das "Mitleid" durch den ethischen Rigorismus seines Rationalismus bedingt sind, dem gegenüber das Gefühl des Mitleids nicht bestehen kann, es sei denn *faute-de-mieux*? Mißgriffe dieser Art lassen sich - in ernsthaften Untersuchungen - nur mit den Flügen einer unbefangen phantasierenden Dialektik erklären: das bestätigt im übrigen, was oben über das antiaufklärerische und antirationalistische Paradox dieser beiden spätromantischen Ideologen gesagt wurde.

Anmerkungen

(1) "Dialektik der Aufklärung", Amsterdam 1947, S. 56
(2) Ebd., S. 9 und S. 10
(3) Ebd., S. 58
(4) Ebd., S. 114
(5) Hegel, "Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie", Theorie-Werkausgabe Bd. 20, S. 291
(6) "Dialektik der Aufklärung", a.a.O. S. 55 (Sperrung G.d.V.)
(6a) Ebd., S. 43
(7) Ebd., S. 56
(8) Ebd., S. 38
(9) Ebd., S. 44
(9a) Ebd., S. 50
(10) In einem interessanten Aufsatz in den "Quaderni piacentini", vom Januar 1967 versucht Cesare Pianciola eine Verteidigung der beiden Autoren gegen meine (bereits Juni 1966 in "Rinascita", Rom, erschienene) Kritik: nachdem er unter anderem versichert hat, daß es "gewiß nicht 'die Maschine, die Technik an sich' ist, die, um die Sprache der philosophischen Anthropologie zu gebrauchen, das Menschliche am Menschen bedroht, und auch nicht der bloße, von dem kapitalistischen verschiedene Gebrauch, der es garantiert, wie Della Volpe voreilig

schließt", sieht er sich jedoch gezwungen, dem Verfasser dieses zuzugestehen, wieviel er ihm entnommen hat, als er anläßlich Horkheimers und Adornos in seiner Schlußbemerkung von einer "neuen emotionalen Tönung der utopistischen Hoffnung" (gesperrt von mir) spricht. Im Wesentlichen sind wir einig! Vgl. auch G.d.V., Marcuses Moralismus und Utopismus", in diesem Band S. 91-99
(11) "Dialektik der Aufklärung", a.a.O., S. 123
(12) Spinoza, "Ethik", übers. von Jakob Stern, hrsg. von Helmut Seidel, Röderberg Verlag 1972, S. 312 (Sperrung, G.d.V.)
(13) Ebd., S. 313

MARCUSES MORALISMUS UND UTOPISMUS

Da wir bei dem Thema Ideologie und Utopie sind, wollen wir die Leser noch auf Herbert Marcuse hinweisen, dessen letztes Buch "One-dimensional Man" (Boston 1964; Neuwied-Berlin 1967) den naiven und verwirrenden Untertitel "Studies in the *Ideology* of advanced industrial society" trägt. Gewiß zeigt dieses Buch (vielleicht das beste Marcuses) eine viel breitere und angespanntere Aufmerksamkeit auf die *Tatsachen* der gegenwärtigen bürgerlichen amerikanischen und amerikanisierten Kultur als das Buch von Horkheimer und Adorno, das fast ausschließlich auf das Phänomen der *mass-media* eingeht. Das wird schon gleich in den ersten Zeilen der Vorrede deutlich: "Dient nicht die Bedrohung durch eine atomare Katastrophe, die das Menschengeschlecht auslöschen könnte, ebensosehr dazu, gerade diejenigen Kräfte zu schützen, die diese Gefahr verewigen? ... (wir) stehen der Tatsache gegenüber, daß die fortgeschrittene Industriegesellschaft reicher, größer und besser wird, indem sie die Gefahr verewigt. Die Verteidigungsstruktur erleichtert das Leben einer größeren Anzahl von Menschen und erweitert die Herrschaft des Menschen über die Natur. Unter diesen Umständen fällt es unseren Massenmedien nicht schwer, partikulare Interessen als die aller einsichtigen Leute zu verkaufen. ... Und doch ist diese Gesellschaft als Ganzes irrational. Ihre Produktivität zerstört die freie Entwicklung der menschlichen Bedürfnisse und Anlagen, ihr Friede wird durch die beständige Kriegsdrohung aufrecht erhalten, ihr Wachstum hängt ab von der Unterdrückung der realen Möglichkeiten, den Kampf ums Dasein zu befrieden." (1) **Und so weiter, den Hauptaspekten der fortgeschrittenen Industriegesellschaft folgend: von den "neuen Formen der Kontrolle"** ("Eine komfortable, reibungslose, vernünftige demokratische Unfreiheit herrscht in der fortgeschrittenen industriellen Zivilisation, ein Zeichen technischen Fortschritts ... [In der Überflußgesellschaft] erzwingen die sozialen Kontrollen das überwältigende Bedürfnis nach Produktion und Konsumtion von unnützen Dingen; das Bedürfnis nach abstumpfender Arbeit, wo sie nicht mehr wirklich notwendig ist; das Bedürfnis nach Arten der Entspannung, die diese Abstumpfung mildern und verlängern; das Bedürfnis, solche trügerischen Freiheiten wie freien Wettbewerb bei verordneten Preisen zu erhalten, eine freie Presse, die sich selbst zensiert, freie Auswahl zwischen gleichwertigen Marken und nichtigem Zubehör" [2]) **bis zur "Abriegelung des Politischen"** ("Die neue technische Arbeitswelt erzwingt so eine Schwächung der *negativen* Position der arbeitenden Klasse ... . Mit dem technischen Fortschritt als ... Instrument wird Unfreiheit - im Sinne der Unterwerfung des Menschen unter seinen Produktionsapparat - in Gestalt vieler Freiheiten und Bequemlichkeiten verewigt" [32]) **und zur "Absperrung des Universums der Rede" oder "gesellschaftlichen Denkgewohnheiten'** ("Diese Art des Wohlergehens ... durchdringt die 'Medien', die zwischen den Herren und ihren Dienern vermitteln. Ihre Reklameagenten modeln das Universum der Kommunikation, in dem das eindimensionale Verhalten sich ausdrückt" [4]) **und schließlich zum "Triumph des positiven Denkens", also des neopositivistischen, szientistischen, mathematisierenden und formalistischen und damit antidialektischen** (oder dem "negativen" Denken entgegenstehenden) **und zugleich antihistorischen Denkens - kurz, der eigentlichen Philosophie der technologischen Welt und ihrer idealen oder vielmehr *ideologischen Garantie*:** "Aber dieses radikale Hinnehmen des Empirischen verletzt das Empirische [die Wirklichkeit, die Geschichte]; denn in ihm spricht das verstümmelte, 'abstrakte' Individuum sich aus, das nur das erfährt (und ausdrückt), was ihm (in einem wörtlichen Sinne) *gegeben* ist, das nur die Fakten und nicht die Faktoren hat, dessen Verhalten eindimensional und manipuliert ist" (5) (worauf die Macht in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft beruht). Wie schon gesagt, die *Fakten*, die die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft konstituieren, werden dargestellt und die dokumentarische Analyse ist nahezu erschöpfend (eine Reihe von Problemen haben wir hier auslassen müssen): und dennoch ist ihre Diagnose und "therapeutische" Einschätzung verworren und die Schlußfolgerungen vage und utopisch. Nehmen wir als Beispiel das zentrale Phänomen der fortschreitenden technischen Entwicklung: "Ich gab zu verstehen, daß sich erweiternde Automation mehr ist als ein quantitatives Anwachsen der Mechanisierung - daß sie ein Wandel im Charakter der grundlegenden Produktivkräfte ist. Es scheint, daß die bis zu den Grenzen des technisch Möglichen getriebene Automation mit einer Gesellschaft unvereinbar ist, die auf der privaten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft im Produktionsprozeß beruht. Fast ein Jahrhundert vor der Verwirklichung der Automation faßte Marx ihre sprengenden Aussichten ins Auge." (6) Nur läßt das von Marcuse gegebene Zitat aus den "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie", das seine These von der Automation als dem großen Katalysator der fortgeschrittenen Industriegesellschaft" belegen soll, die folgenden Marxschen Texte beiseite, die unseren Verfasser vollkommen dementieren: "Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch dadurch, daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum [vermittels des technologischen Fortschritts, der in der Automation kulminiert] zu reduzieren sucht*, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt. Es vermindert die Arbeitszeit daher in der Form der notwendigen, um sie zu vermehren in der Form der überflüssigen; setzt daher die überflüssige in wachsendem Maß als Bedingung - question de vie et de mort - für die notwendige ... . Die Schöpfung von viel disposable time außer der notwendigen Arbeitszeit ..., diese Schöpfung von Nicht-Arbeitszeit erscheint auf dem Standpunkt des Kapitals ... als Nicht-Arbeitszeit, freie Zeit [nur] für einige ... . [Das Kapital] ist so, malgré lui, instrumental in creating the means of social disposable time, um die Arbeitszeit für die gesamte Gesellschaft auf ein fallendes Minimum zu reduzieren, und so die Zeit aller frei für ihre eigne Entwicklung zu machen . . . . Je mehr dieser Widerspruch sich entwickelt, um so mehr stellt sich heraus, daß das Wachstum der Produktivkräfte nicht mehr gebannt sein kann an die Aneignung fremder surplus labour, sondern die Arbeitermasse selbst ihre Surplusarbeit sich aneignen muß ... . Es ist dann keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time das Maß des Reichtums." ("Grundrisse", Berlin 1953, S. 593, 595-596) Während also Marcuse heute utopistisch geradezu behauptet: "einmal zum materiellen Produktionsprozeß schlechthin geworden, würde Automation die ganze Gesellschaft revolutionieren" und "vollständige Automation im Reich der Notwendigkeit würde die Dimension freier Zeit als diejenige eröffnen, in der das private *und* gesellschaftliche Sein sich ausbilden würde" (7), hat Marx vor fast einem Jahrhundert exakt vorausgesehen, daß der Kapitalismus, in einen neuen extrem widersprüchlichen Prozeß versenkt, zum Zwecke des Profits - question de vie et de mort - auch die die Produktion alles Überflüssigen oder die Schöpfung neuer Bedürfnisse vermittelnde Automation beherrschen, gleichzeitig jedoch *malgré lui*

- in einer zukünftigen ökonomisch-*sozialen* Revolution - Instrument der Schaffung freier Zeit für alle sein würde.
Die Wahrheit ist, daß Marcuse in diesem Buch in der Methode unentschieden bleibt und deswegen im vorliegenden Fall (trotz der Hinweise von Marx) die klassenbezogene, also materialistisch-historische, Formulierung des Problems der kapitalistischen Produktivität nicht liefert und so, ohne es zu wollen, durch seinen soziologischen fideistischen und utopistischen Standpunkt gegenüber der Automation zur "Ideologie der fortgeschrittenen (hyperbürgerlichen) Industriegesellschaft", zu ihrer Stärkung und zur "Abriegelung" ihres politischen Universums beiträgt. (8) Richtig ist, daß ein solcher Standpunkt sich dann in einer Theorie der "Neubestimmung der Werte [vielmehr: der "Endursachen"] in *technischen Begriffen*, als Elemente(n) des technologischen Prozesses" entfaltet: "die geschichtliche Leistung von Wissenschaft und Technik hat die Übersetzung der Werte in technische Aufgaben ermöglicht die Materialisierung der Werte." (9) Zum Beispiel: "Berechenbar ist das Minimum an Arbeit, mit dem, und das Maß, in dem die Lebensbedürfnisse aller Mitglieder einer Gesellschaft befriedigt werden könnten - *vorausgesetzt*, daß die verfügbaren Ressourcen zu diesem Zweck verwandt wurden, ohne durch andere Interessen eingeschränkt zu sein und ohne daß die Akkumulation des Kapitals behindert würde, dessen es zur Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft bedarf. Mit anderen Worten: quantifizierbar ist der verfügbare Spielraum der Freiheit von Mangel."(10) Gewiß, die Hindernisse, die der Verwirklichung der Werte entgegenstehen sind "bestimmbare politische Hindernisse".(11) Marcuse kann es nicht verhehlen, daß die Antwort moralistisch und utopistisch ist: "... die ehemals metaphysischen Ideen der Befreiung (können) zum geeigneten Gegenstand der Wissenschaft werden. Aber diese Entwicklung konfrontiert die Wissenschaft mit der unangenehmen [sic!] Aufgabe, *politisch* zu werden - das wissenschaftliche Bewußtsein als politisches Bewußtsein anzuerkennen und das wissenschaftliche Unternehmen als politisches. Denn die Überführung der Werte in Bedürfnisse, der Endursachen in technische Möglichkeiten ist eine neue Stufe der Unterwerfung oppressiver, unbewältigter Kräfte der Gesellschaft und der Natur ... . Denn die technologische Neubestimmung und die technische Meisterung der Endursachen *ist* der Aufbau, die Entwicklung und Anwendung der (materiellen und geistigen) Ressourcen, *befreit* von allen *partikularen* Interessen, die die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse und die Entfaltung der menschlichen Anlagen behindern. Mit anderen Worten, sie ist das rationale Unternehmen des Menschen als Menschen, das der Menschheit. Die Technik kann so die geschichtliche Korrektur der verfrühten Identifikation von Vernunft und Freiheit herbeiführen, derzufolge der Mensch mit dem Fortschreiten der sich selbst perpetuierenden Produktivität auf der Basis von Unterdrückung frei werden und bleiben könne."(12) Und so ist "die von ihren ausbeuterischen Zügen befreite technologische Rationalität der einzige Maßstab und Wegweiser für die Planung und Entwicklung der verfügbaren Ressourcen für alle."(13) Andererseits müsse man zugestehen, daß "diese Korrektur niemals das Ergebnis des technischen Fortschritts selber sein" könne und daß sie "eine politische Umwälzung notwendig" mache. (14) Im Namen welcher Sache? Der (technologischen) "Wissenschaft" im Dienst der "Menschengattung", der "Menschheit", großgeschrieben, wie sie, mutatis mutandis, der treuherzige Marcuse des 19. Jahrhunderts, Auguste Comte, der weltliche Prophet und Papst, verheißen hat? Eine ziemlich vage politische Bedrohung für die Machthaber in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft.
Diese (heute) starke Strömung des (überholtesten) Utopismus ist sicherlich eine der zahllosen Bestätigungen *a contrario* der realistischen Grundthesen des historischen Materialismus: von der ökonomisch-klassenmäßigen Formulierung des Problems der menschlichen "Befreiung" bis zu der der historischen "Entwicklung" des Problems selbst, die auch wohlbekannt ist und von Marcuse explizit widerlegt wird ("Was folgt daraus? Daß 'Befreiung der inhärenten Möglichkeiten' die geschichtliche Alternative nicht mehr angemessen ausdrückt" [15]). Feststeht, daß die "Dialektik" und die "dialektischen Begriffe" des "negativen" Denkens, die er lebhaft gegen das "positive" Denken des gegenwärtigen Szientismus verteidigt, noch hegelianisch oder hegelianischen Typs sind (und darin vor allem unterscheidet sich der Philosoph Marcuse von dem - positivistischen - Philosophen Comte): "Das dialektische Denken versteht die kritische Spannung zwischen 'ist' und 'sollte sein' zunächst als einen ontologischen Sachverhalt, der der Struktur des Seins selbst zukommt ... . Die gegebene Wirklichkeit hat ihre eigene Wahrheit; die Anstrengung, sie als solche zu begreifen und über sie hinauszugehen, setzt eine *andere* Logik [die des 'sollte sein'], eine widersprechende Wahrheit voraus ... . Als geschichtlicher Prozeß schließt der dialektische Prozeß Bewußtsein ein: daß die befreienden Potentialitäten erkannt und erfaßt werden. Damit *schließt er Freiheit ein* ... die Freiheit, die ein notwendiges *Apriori* der Befreiung ist [sic]. Darin besteht Denkfreiheit in dem einzigen Sinne, in dem das Denken in der verwalteten Welt frei sein kann - als das Bewußtsein ihrer repressiven Produktivität und als das *absolute Bedürfnis*, aus diesem Ganzen auszubrechen."(16) Dennoch besteht Marcuse entschieden (und verdienstvollerweise) auf der historischen Verantwortung der Philosophie: jene methodische Unentschiedenheit, von welcher oben die Rede war, enthüllt sich schließlich als eine *Unentschiedenheit zwischen Hegel und Marx*.
Und die Schlußfolgerungen? Gesetzt, daß in die Bannformel ("die industrielle Gesellschaft" etc.) **unterschiedslos auch die sozialistische Sowjetgesellschaft einbezogen ist** ("Die totalitäre Tendenz dieser [technischen sozialen] Kontrollen scheint sich ... durchzusetzen ... dadurch, daß sie Ähnlichkeiten in der Entwicklung von Kapitalismus und Kommunismus hervorbringt" etc. etc.), **was wird in letzter Instanz dank dieser Politik der Wissenschaft zu erlösen bleiben, wenn nicht die, die an den äußersten, unerheblichsten Rändern der Geschichte leben?** Wenn die Volkssouveränität eine "Illusion" ist, weil "das 'Volk', früher das Ferment gesellschaftlicher Veränderung, ... 'aufgestiegen' (ist), um zum Ferment gesellschaftlichen Zusammenhalts zu werden", bleibt jedoch "unter der konservativen Volksbasis ... das Substrat der Geächteten und Außenseiter: die Ausgebeuteten und Verfolgten anderer Rassen ....", die Subproletarier, die "außerhalb des demokratischen Prozesses" existieren (17) - oder das *Lumpenproletariat* (i.O.dt.) seligen Marxschen Angedenkens . In dieser Verkleidung wäre das "Gespenst" "wieder da", wenngleich Marcuse nicht verbergen kann, daß die "ökonomischen und technischen Kapazitäten der bestehenden Gesellschaften ... umfassend genug (sind), um Schlichtungen und Zugeständnisse an die Benachteiligten zu gestatten, und ihre bewaffneten Streitkräfte hinreichend geübt und ausgerüstet (sind), um mit Notsituationen fertig zu werden."(18) Und so (Marcuse verhehlt es nicht) besitzt "die kritische Theorie der Gesellschaft ... keine Begriffe, die die Kluft zwischen dem Gegenwärtigen und seiner Zukunft überbrücken könnten; indem sie nichts verspricht [sic] und keinen Erfolg zeigt [sic] bleibt sie negativ" - rein negativ. "Damit will sie jenen die Treue halten, die ohne Hoffnung ihr Leben der Großen Weigerung hingegeben haben und hingeben."(19) Abschließend kann man leider sagen, daß Marcuse, sei es mit jener utopischen

"Politik der Wissenschaft" (die er auf eine ferne Zukunft zu vertagen scheint), sei es mit jener gegenwärtigen "großen Weigerung", ungewollt jener Fähigkeit, die gesellschaftliche Veränderung aufzuhalten, die für Marcuse der vielleicht charakteristischste Erfolg der fortgeschrittenen (hyper-bürgerlichen) Industriegesellschaft ist, seine ideologische Unterstützung gibt. (20)

Anmerkungen

* i.O. störi

(1) H. Marcuse, "Der eindimensionale Mensch, Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft", Neuheit/Berlin 1967, S. 11-12

(2) Ebd., S. 21 und S. 27

(3) Ebd., S. 52

(4) Ebd., S. 104 (Sperrung G.d.V.)

(5) Ebd., S. 196-197

(6) Ebd., S. 55 (Sperrung G.d.V.)

(7) Ebd., S. 57

(8) Nützlich und auch erbaulich ist, die Lektüre dieses Marcuse mit der des neuesten Galbraith, "The New Industrial State", 1967, Houghton Mifflin, Boston, zu verbinden: technisch bestätigt er Marcuse. Zum Beispiel über "soziale Kontrolle" und ihre ökonomischen Gründe: "High technology and heavy capital use cannot be subordinate to the ebb and flow of market demand ... They require planning: it is the essence of planning that public behavior be made predictable - that it be subject to control" : daher das "mental conditioning" der Verbraucher, dessen Ziel "acquiescence or belief" ist, so daß der consumer ein "newly configured automobile or a novel reverse-action laxative" haben muß. Die Ideologie, die die "Überproduktion" aufrechterhält: die "evangelistic imagery", die evangelischen Bilder des "kalten Krieges" mit seinen enormen militärischen Kosten und dem Raumfahrtwettlauf (auch die "unions", die Gewerkschaften, hegen die angenehme Vorstellung vom kalten Krieg). Die moralischen Fragezeichen: "Wenn das System, in der Produktion oder im Konsum, die Unterdrückung der Individualität erfordert, wie kann die menschliche Persönlichkeit gerettet werden?" Und "wie kann die Erziehung unverändert bleiben, wenn sie zu eng an die Räder des industriellen Systems gebunden ist?" Die abschließenden "reformistischen" Vorschläge: "the expansion of public services ... the emancipation of education" (ein Seitenblick auch auf "the assertion of the aesthetic dimension of life"). Kurz: *es ore tuo te judico*. Man braucht nur noch hinzuzufügen, daß der Verfasser der "Gesellschaft im Überfluß" einen guten Teil seines Optimismus verloren hat.

(9) Marcuse, a.a.O., S. 243

(10) Ebd. (Sperrung G.d.V.)

(11) Ebd.

(12) Ebd., S. 244-245

(13) Ebd., S. 262

(14) Ebd., S. 245

(15) Ebd., S. 265

(16) Ebd., S. 149, 158, 234, 264

(17) Ebd., S. 267

(18) Ebd., S. 267-268

(19) Ebd.

(20) Zu Marcuse vgl. auch die heftige, aber treffende Rezension seines früheren (hegelianischen) Buches "Vernunft und Revolution" (dt. Ausgabe Neuwied-Berlin 1962) durch Lucio Colletti (in "Paese sera" vom 4. März 1966). Er bemerkt darin, unter anderem, scharfsinnig: "Diese Zerstörung der Dinge - worunter dann der alte Marcuse ein wenig studentisch die Revolution versteht - realisiert Hegel vermittels seiner Dialektik ... Für Hegel freilich realisiert sich diese 'Zerstörung der Dinge' einfach durch seinen *Idealismus* und zwar indem er die Dinge so, wie sie sind, *denkt* (wobei sie, was nicht ungesagt bleiben sollte, nicht mehr Dinge, sondern nur noch *Vorstellungen* sind), während Marcuse dies alles vielmehr als eine Form des 'revolutionären und fortschrittlichen Humanismus' versteht." Siehe auch ebd. die Analyse des Verhältnisses Lukács-Marcuse.

Anmerkung der Hg.:

Die hier *kursiv* gesetzten Stellen sind im Original g e s p e r r t gedruckt. Die fetten Hervorhebungen stammen von den Hg.

Karl Marx und Friedrich Engels

Über die revolutionäre Rolle der Bourgeoisie

Auszug aus dem *Kommunistischen Manifest*

Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt.

Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose "bare Zahlung". Sie hat den heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die *eine* gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt.

Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt. Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt.

Die Bourgeoisie hat enthüllt, wie die brutale Kraftäußerung, die die Reaktion so sehr am Mittelalter bewundert, in der trägsten Bärenhäuterei ihre passende Ergänzung fand. Erst sie hat bewiesen, was die Tätigkeit der Menschen zustande bringen kann. Sie hat ganz andere Wunderwerke vollbracht als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen, sie hat ganz andere Züge ausgeführt als Völkerwanderungen und Kreuzzüge.

Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse, fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung der früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeosepoche vor allen anderen aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.

Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.

Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen untereinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur.

Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit dem sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde

gehn wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.
Die Bourgeoisie hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen. Sie hat enorme Städte geschaffen, sie hat die Zahl der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen in hohem Grade vermehrt und so einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrissen. Wie sie das Land von der Stadt, so hat sie die barbarischen und halbbarbarischen Länder von den zivilisierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisvölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht.
Die Bourgoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in *eine* Nation, *eine* Regierung, *ein* Gesetz, *ein* nationales Klasseninteresse, *eine* Douanenlinie.
Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Akkerbau, Dampfschifffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen - welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoß der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten.
Wir haben also gesehn: Die Produktions- und Verkehrsmittel, auf deren Grundlage sich die Bourgeoisie heranbildete, wurden in der feudalen Gesellschaft erzeugt. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung dieser Produktions- und Verkehrsmittel entsprachen die Verhältnisse, worin die feudale Gesellschaft produzierte und austauschte, die feudale Organisation der Agrikultur und Manufaktur, mit einem Wort die feudalen Eigentumsverhältnisse den schon entwickelten Produktivkräften nicht mehr. Sie hemmten die Produktion, statt sie zu fördern. Sie verwandelten sich in ebenso viele Fesseln. Sie mußten gesprengt werden, sie wurden gesprengt.

Philologischer Nachtrag zum 'Manifest der Kommunistischen Partei'

Die 1872 erschienene erste russische Ausgabe des *Kapitals* löste dort eine heftige Kontroverse über die zukünftig notwendige Entwicklung des Zarenreiches aus. Die russische Version folgt der deutschen Erstausgabe von 1867[1], in deren Vorwort es heißt: "Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten Land nur das Bild der eigenen Zukunft."[2] Im 24. Kapitel, wird die "ursprüngliche Akkumulation" behandelt, also die Konstituierung von Proletariat und kapitalistischer Klasse. Sowohl Resultat als auch Voraussetzung dieses Prozesses war die Auflösung traditioneller Sozialstrukturen auf dem Land und die infolgedessen einsetzende Agglomeration der Städte. "Ihre Geschichte (die der ursprünglichen Akkumulation, d. Verf.) nimmt in verschiedenen Ländern verschiedene Färbung an und durchläuft die verschiedenen Phasen in verschiedener Reihenfolge und in verschiedenen Geschichtsepochen. Nur in England, das wir daher als Beispiel nehmen, besitzt sie klassische Form."[3]

Der Hinweis half nichts; in Rußland wurde die zitierte Passage so interpretiert, daß sämtliche traditionellen Strukturen, und zwar in erster Linie die russische Dorfgemeinschaft, die Obschtschina, eine Art urkommunistische, auf Gemeinbesitz an Boden basierende Gesellschaftsformation, zerstört werden müßten, um die Entwicklung des Kapitalismus zu beschleunigen. Erst dann, so die Auffassung, sei eine sozialistische Perspektive denkbar.

Marx selbst war empört über diese schematische Geschichtsauffassung und änderte in der zwischen 1872 und 1875 erschienenen französischen Ausgabe die mißverständliche Passage. Dort spricht er vom *Kapital* als einer "Skizze", die allein für "Westeuropa" uneingeschränkte Gültigkeit habe. In der Vorrede zur russischen Ausgabe des *Kommunistischen Manifests* von 1882 gehen Marx und Engels nochmals auf die Frage der Beziehung zwischen allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und nationalen Besonderheiten ein:

"Das 'Kommunistische Manifest' hatte zur Aufgabe, die unvermeidlich bevorstehende Auflösung des modernen bürgerlichen Eigentums zu proklamieren. In Rußland aber finden wir, gegenüber rasch aufblühendem kapitalistischem Schwindel und sich eben erst entwickelndem bürgerlichem Grundeigentum, die größere Hälfte des Bodens im Gemeinbesitz der Bauern. Es fragt sich nun: Kann die russische Obschtschina, eine, wenn auch untergrabene Form des uralten Gemeinbesitzes am Boden, unmittelbar in die höhere des kommunistischen Gemeinbesitzes übergehn ? Oder muß sie umgekehrt vorher denselben Auflösungsprozeß durchlaufen, der die geschichtliche Entwicklung des Westens ausmacht ?

Die einzige Anwort hierauf, die heutzutage möglich, ist die: Wird die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen, so daß beide einander ergänzen, so kann das jetzige russische Gemeineigentum am Boden zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen."[4]

Das Beispiel verdeutlicht exemplarisch die Notwendigkeit, bei Bewertung historischer Texte sorgfältig vorzugehen und ihren Entstehungs- und Rezeptionskontext zu berücksichtigen sowie, sich ihren Charakter zu vergegenwärtigen. Wird als Text nur das betrachtet, was auf dem Papier steht, kommt es leicht zu gefährlichen Mißverständnissen und zur Wiederholung von Fehlern.

Das *Manifest der Kommunistischen Partei* wurde, begleitet von revolutionären Ereignissen, erstmalig im Februar 1848 in London veröffentlicht. Erst vier Jahre zuvor hatte Marx seine ökonomischen Studien begonnen und legte nun gemeinsam mit Engels seine historische Methode zum ersten Mal systematisch dar. Außerdem war das *Manifest* die erste große Auseinandersetzung mit früheren sozialistischen und kommunistischen Strömungen.

In erster Linie handelt es sich nicht um einen wissenschaftlichen Diskurs, sondern um Agitation. Zum Erscheinungszeitpunkt ging es vor allem um politische Wirkung, darum, auf die sich zuspitzenden Konflikte Einfluß zu nehmen. Die intendierte Organisierung des Proletariats zwang zu scharfen Formulierungen und bedingte die Kürze des Textes.

Der agitatorische Charakter des *Manifests* darf jedoch nicht den Blick auf dessen wissenschaftliche Grundlagen verstellen. Auf den 30 Seiten eröffnet sich die von Marx entwickelte historische Methode, mit der er durch die Anwendung der Prinzipien der Dialektik und des Materialismus erstmalig wirkliche Historizität und Kausalität in die menschliche Geschichte brachte.

Die Anwendung der Gesetze vom Kampf und der Einheit der Gegensätze, vom Umschlagen von Quantität in Qualität und umgekehrt etc. ermöglicht die Betrachtung der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Entwicklung und Widersprüchlichkeit. Durch die Aufdeckung der Konstitutionsbedingungen des Kapitalismus und seiner immanenten Gesetzmäßigkeiten wird auch die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit seiner Überwindung evident. Marx behandelt seinen Untersuchungsgegenstand nicht isoliert, faßt die bestehende Gesellschaftsformation nicht als statische und in sich geschlossene auf, sondern bettet sie ein in den historischen Kontext der Dialektik von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen. Die Erkenntnis, daß die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft historisch notwendig war, um die im Feudalismus existierenden Widersprüche aufzuheben bzw. ihnen eine andere Existenzform zu geben, fördert die Einsicht, daß auch die jetzige keinen geschichtlichen Endpunkt markiert, sondern vielmehr aus sich selbst heraus die Notwendigkeit ihrer Überwindung erzeugt. Diese wissenschaftliche Aufdeckung von gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten widerlegte endgültig die Auffassung, die Geschichte sei eine sinnlose Verkettung von Zufällen.

Dynamik, Veränderung ist also zentrales Moment einer dialektischen Geschichtsauffassung. Marx unterstreicht diesen Aspekt im *Manifest* durch eine Sprache, die weniger analysierend ist, als vielmehr selbstbewußt und aufrüttelnd. Die syntaktischen Konstruktionen sind einfach und kurz: "Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. (...) Die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst."[5] Durch die subtile Verknüpfung von schlichten Tatsachenfeststellungen und Prognosen über die zukünftige Gesellschaftsentwicklung erhält das *Manifest* eine erhebliche politische Sprengkraft, es verkündet den objektiv notwendigen Untergang der bürgerlichen Gesellschaft.

Im Dienst dieser politischen Intention steht eine Sprache und Wortwahl, die bezeichnenderweise häufiger Anstoß erregt als so manche im *Manifest* enthaltene theoretische Ungenauigkeit. Wenn es heißt: "Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsmittel, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation", so ist es nicht unwahrscheinlich, daß aufgeklärte WeltbürgerInnen den Vorwurf des Rassismus gegen Marx erheben.

Dieser Vorwurf beruht auf einem falschen Textverständnis. Zum einen fällt bei genauer Lektüre auf, daß Marx sich bei historischen Beschreibungen einer zeitgenössischen Sprache bedient. Es erscheint, als würden die Resultate der kapitalistischen Produktionsweise mit den Augen der Bourgeoisie betrachtet: "Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt" und "in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen."[6] Derartige Formulierungen sind kein opportunistisches Lob, sondern resultieren aus der wissenschaftlichen Erkenntnis, daß sich erst mit Etablierung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie auch die materiellen Bedingungen des Kommunismus entwickeln. Die folgenden Passagen im *Manifest* behandeln die zukünftige Rolle des Proletariats. Der Blick auf die bürgerliche Gesellschaft erfolgt hier aus einer anderen Perspektive, Sprache und Darstellungsweise haben dementsprechend einen anderen Charakter.

Zum anderen gibt Marx aus Gründen der politischen Wirkung an der zitierten Stelle eine polarisierte Darstellung der Konfrontation von bürgerlichen und vorbürgerlichen Gesellschaften. Der eine Pol wird als 'Zivilisation', der andere als 'Barbarei' bezeichnet. Spätestens hier wird die contradictio in adjecto, die im Begriff der "barbarischsten Nationen" steckt, evident. Marx wußte natürlich genau, was eine Nation ausmacht, und daß sie konstitutives Element der bürgerlichen Epoche ist. Zwischen 'Nation' und 'Barbarei' besteht also ein Gegensatz, beide Begriffe zu vereinigen bedeutet sprachliche Ungenauigkeit. Diese wurde zugunsten einer weiten Verbreitung und Popularisierung des Textes in Kauf genommen, ganz im Gegensatz zum *Kapital*, für das Marx eigens neue, exaktere Termini schuf. Hier - und auch an weiteren Punkten - stellt sich allerdings die Frage nach der Relation von Mittel und Zweck. Kritisierbar wäre Marx mit dem Argument, daß er, obwohl er sich über deren Charakter wahrscheinlich im klaren war, eine ideologisch präformierte Sprache verwendet. Er schreibt nicht nur allgemeinverständlich, sondern reproduziert das existierende Sprachsystem mitsamt seinen negativsten Implikationen. Er verbleibt nicht nur im gesellschaftlich vorgegebenen Sprachrahmen seiner Zeit (was entschuldbar wäre), sondern konserviert dessen Struktur selbstständig (was zu kritisieren ist). Fern von moralischen Beurteilungen wäre es für die zukünftige Forschung interessant, inwieweit der affirmative Sprachgebrauch im *Kommunistischen Manifest* (und anderen Texten[7]) tatsächlich zu dessen weiter Verbreitung beigetragen hat oder ob dies nicht eine Bewußtseinerweiterung bezüglich der Relevanz von Sprache und anderer Elemente des Überbaus behindert hat.

Die Gegenüberstellung von 'Zivilisation' und 'Barbarei' in der zitierten Passage des *Manifests der Kommunistischen Partei* soll also die historische Entwicklung und die daraus resultierenden Unterschiede zwischen beiden Epochen verdeutlichen. Diese Unterschiede sind bei einer materialistischen Betrachtungsweise, also der Konzentration auf die materiellen Bedingungen, auch objektiv feststellbar. Da die Produktionsverhältnisse die Grundlage jeder Gesellschaftsformation sind und in letzter Instanz alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens formen, ist das Kriterium für das jeweilige Entwicklungsniveau in der Sphäre der Produktion des gesellschaftlichen Lebens anzusiedeln. Dies ist die einzige Möglichkeit einer objektiven Bewertung historischer Entwicklungen. Die Frage, ob Menschen in früheren Epochen einfacher, glücklicher oder in größerem Einklang mit der Natur gelebt haben, ist zwar hilfreich zur Mystifizierung der guten alten Zeit, letztendlich jedoch subjektivistisch und für ernsthafte Analysen somit unnütz.

Diese Ablehnung des historischen Materialismus ist weit verbreitet und resultiert nicht selten aus einer berechtigten Kritik an dessen Ignoranz gegenüber Patriarchat und Rassismus als relativ eigenständige gesellschaftliche Antagonismen: "Wesentliche Grundlage marxistisch-leninistischer Befreiungskonzepte ist der bürgerlich-abendländische Fortschrittsgedanke. Nach ML-Auffassung ist der Kapitalismus mit seiner besonderen Form der Entwicklung der Produktivkräfte und der Konstituierung des Klassengegensatzes zwischen Lohnarbeit und Kapital (und der damit verbundenen Fortentwicklung patriarchaler Macht und sexistischer Arbeitsteilung - aber davon wird nicht so genau geredet) eine gesellschaftlich notwendige und damit eigentlich 'fortschrittliche' Entwicklungsstufe auf dem Weg zum Kommunismus. (...) Der männliche Glaube an die Fortschrittlichkeit der 'Entwicklung der Produktivkräfte' - innerhalb zu schaffender zentralistischer Nationalstaaten - ist nicht zu trennen vom Glauben an die Fortschrittlichkeit des patriarchalen Aufklärungs-Bürgertums im kolonialen Europa. Dieser 'Fortschritt' beruhte im wesentlichen auf der Ausplünderung und Zerstörung von Reproduktionsstrukturen in nichtkapitalistischen Gesellschaften in den Drei Kontinenten und auf der Neuorganisierung von Gewalt- und Aneignungsformen gegenüber Frauen und ihrem reproduktiven und Arbeitsvermögen."[8]

Das Zitat dokumentiert exemplarisch eine *reaktionäre Kritik* am historischen Materialismus. Zum einen wird in wissenschaftlich nicht zulässiger Weise ein äußerer Standpunkt eingenommen, zum anderen wird der objektive Fortschrittsbegriff des Marxismus subjektiv, also moralisch-wertend aufgefaßt. Von diesem Blickwinkel aus muß dessen Terminologie als eurozentristisch erscheinen. In der Konsequenz ist es naheliegend den historischen Materialismus in toto zu verwerfen. Die falsche Handhabung eines Werkzeuges ist jedoch kein Beweis für die Untauglichkeit desselben.[9] Marx und Engels entwickelten den historischen Materialismus nicht als ein weltanschauliches Dogma, sondern als Wissenschaft, mit deren Hilfe die Realität zu erklären ist.

---

1 Diese Ausgabe liegt auch Band 23 der MEW zugrunde. Die dort veröffentlichte vierte Auflage von 1890 ist, neben techischen Korrekturen, von Engels lediglich um Bemerkungen u.a. aus anderssprachigen Ausgaben erweitert worden.

2 MEW 23, 12

3 MEW 23, 744

4 MEW 4, 576

5 MEW 4, 467/68

6 MEW 4, 464, 467

7 Als ein weiteres Beispiel siehe Engels' Rezension der von Marx verfaßten Arbeit *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, MEW 13, 468. Um den Text wenigstens in der reaktionären Zeitschrift *Das Volk* abdrucken zu können - Marx und Engels hatten lange Zeit enorme Probleme, sich eine Öffentlichkeit zu schaffen - beginnt er aus taktischen Gründen folgendermaßen: "Auf allen wissenschaftlichen Gebieten haben die Deutschen längst ihre Ebenbürtigkeit, auf den meisten ihre Überlegenheit gegenüber den übrigen zivilisierten Nationen bewiesen."

8 Rote Zora: **Mili's Tanz auf dem Vulkan.** Von Pirouetten, Schleifen, Einbrüchen, doppelten Saltos und dem Versuch, Boden unter die Füße zu kriegen; o.O. Dezember 1993, S.20/21.

9 Die Zurückweisung eines äußeren Standpunktes darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine immanente Kritik natürlich auf viele noch ungeklärte Aspekte in der marxistischen Theorie stößt. So haben Feministinnen recht mit dem Hinweis auf die systematische Vernachlässigung des als Reproduktionssphäre bezeichneten häuslichen bzw. familiären Bereiches (es gibt auch noch die ökonomische Reproduktion des Kapitals selbst). "Nach der materialistischen Auffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte: die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens (MEW 21, 27). Beide Bereiche stehen in dialektischer Beziehung zueinander, sind also analytisch zu trennen, bilden in realiter jedoch eine polarische Einheit. Im Laufe der Entwicklung des Marxismus fand eine zunehmende Identifizierung von materieller Basis und ökonomischer Produktion statt. Die Fabrikhalle wurde zur gesamten Welt. Durch diese Verabsolutierung eines Einzelaspektes entstand ein vulgärer Ökonomismus, der nur wahrnahm, was in den Kategorien von Mehrwert und Lohnarbeit faßbar war. Bei Beseitigung dieser analytischen Verkürzungen ist es prinzipiell möglich, auch andere Aspekte der objektiven Realität - Patriarchat, Rassismus - zu theoretisieren und nicht von den Prinzipien der Dialektik und des Materialismus abzuweichen. Siehe dazu den Hinweis auf den marxistischen Basisbegriff in Kapitel V (Kritik von Pro Kommunismus an den Texten der Kommunistischen Brigaden und der CCC-Gefangenen) dieser Broschüre.
Eine weitere bisher ungeklärte Frage ist die nach der Entstehung von Ideologien bzw. von Bewußtsein, also die Konstitution des Subjektes durch die objektiven Bedingungen. Zwar sind beide Ebenen intensiv analysiert, der Prozeß der Transformation von Objektivität in Subjektivität ist jedoch weitgehend unklar. Siehe dazu z.B.: Richard Lichtman: **Die Produktion des Unbewußten.** Die Integration der Psychoanalyse in die marxistische Theorie; Hamburg, Berlin 1990. Udo Leuschner: **Entfremdung, Neurose, Ideologie.** Eine Studie über Psychoanalyse und die Entfremdungtheorie von Karl Marx; Köln 1990. Herta Schlosser: **Marxistisch-leninistische Theorie der Persönlichkeit.** Tendenzen und Probleme; Bonn 1988.
Eine immanente Kritik findet also zahlreiche Probleme und ist wissenschaftlich redlich.

Unter Anwendung der Prinzipien der Dialektik wird die Gesellschaft - also auch die in ihr existierenden Unterdrückungsverhältnisse - aus der Analyse der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse begriffen. Dies erfordert zuerst eine von moralischer Wertung befreite Anerkennung von Tatsachen. Klagen über die "Ausplünderung und Zerstörung von Reproduktionsstrukturen in nichtkapitalistischen Gesellschaften" verklären diese als gegenüber dem Kapitalismus lebenswertere, weil ursprünglichere. Der Subjektivismus verbirgt sich hier hinter einer aufklärerischen Argumentation, die vor der Abwertung anderer Gesellschaften und Lebensweisen warnt. Der romantische Wunsch, back to the roots, zur Natur, zu gelangen, erscheint als Kritik des "männliche(n) Glaube(ns) an die Fortschrittlichkeit" der Produktivkraftentwicklung.

Diese rückwärtsgewandte Gesellschaftskritik wird im 'Kommunistischen Manifest' ebenfalls kritisiert: "In den Ländern, wo sich die moderne Zivilisation entwickelt hat, hat sich eine neue Kleinbürgerschaft gebildet, die zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie schwebt (...). In Ländern wie Frankreich, wo die Bauernklasse weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, war es natürlich, daß Schriftsteller, die für das Proletariat gegen die Bourgeoisie auftraten, an ihre Kritik des Bourgeoisregimes den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Maßstab anlegten und die Partei der Arbeiter vom Standpunkt des Kleinbürgertums ergriffen. Es bildete sich so der kleinbürgerliche Sozialismus. (...)

Seinem positiven Gehalte nach will jedoch dieser Sozialismus entweder die alten Produktions- und Verkehrsmittel wiederherstellen und mit ihnen die alten Eigentumsverhältnisse und die alte Gesellschaft, oder er will die modernen Produktions- und Verkehrsmittel in den Rahmen der alten Eigentumsverhältnisse, die von ihnen gesprengt wurden, gesprengt werden mußten, gewaltsam wieder einsperren. In beiden Fällen ist er reaktionär und utopistisch zugleich.

Zunftwesen und patriarchalische Wirtschaft auf dem Lande, das sind seine letzten Worte."[10]

Es kann also nicht darum gehen, die Vergangenheit zu idealisieren und objektive geschichtliche Gesetze zu leugnen, sondern die bisherigen Mängel des historischen Materialismus aufzudecken und vernachlässigte Aspekte zu integrieren. Die Erarbeitung einer materialistischen Patriarchatskritik durch sozialistische Feministinnen kann dazu beitragen.

Abschließend soll exemplarisch auf einen Schwachpunkt der Darstellung des historischen Prozesses eingegangen werden. Der Mangel des hohen Abstraktionsgrades und der Beschränkung auf geschichtliche Grundtendenzen liegt in dieser Beschränkung selbst. Um seine Ausführungen möglichst stringent zu gestalten verzichtete Marx auf Details und Einschränkungen. Dies führt beim Lesen des 'Manifests' zum Eindruck eines gewissen Geschichtsdeterminismus und einer etwas schematischen Auffassung der Beziehungen zwischen Basis und Überbau. In Formulierungen wie: "Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen wird eine Weltliteratur", wird auf die Rolle des Überbaus und seine relative Autonomie nicht eingegangen, der ökonomische Faktor scheint der einzig bestimmende. Nur so konnte die - erwiesenermaßen falsche - These von der zwangsläufigen Homogenisierung der nationalen Literaturen zustandekommen Derartige Formulierungen finden sich nicht nur im 'Manifest der Kommunistischen Partei'. Engels hatte die Jahre vor seinem Tod damit zu tun, entsprechende Mißverständnisse auszuräumen, die aus einer oberflächlichen Lektüre seitens KommunistInnen in aller Welt enstanden waren. So schrieb er 1890 in einem Brief an einen Berliner Studenten: "Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in *letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. (...) Daß von den Jüngeren zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite gelegt wird, als ihr zukommt, haben Marx und ich teilweise selbst verschulden müssen. Wir hatten, den Gegnern gegenüber, das von diesen geleugnete Hauptprinzip zu betonen, und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen."[11]

Diese recht starke Betonung des 'Hauptprinzips' findet sich, wie erwähnt, auch im 'Manifest' und kann - bei oberflächlicher Lektüre - zu Mißverständnissen führen, wie sie noch immer bei einigen vulgärmaterialistischen 'KommunistInnen' bestehen, die versuchen, sämtliche Phänomene auf die ihnen zugrundeliegende ökonomische Bewegung zu reduzieren.

10 MEW 4, 484/85
11 MEW 37, 463, 465

Lucio Colletti

Von Hegel zu Marcuse

1. Hegel und die Verwirklichung der Philosophie

Hegels Philosophie basiert auf drei Behauptungen. Erstens, die Philosophie ist immer Idealismus: "Der Satz, daß das Endliche ideell ist, macht den Idealismus aus. Der Idealismus der Philosophie besteht in nichts Anderem als darin, das Endliche nicht als ein wahrhaft Seiendes anzuerkennen. [...] Die Philosophie ist es so sehr als die Religion; denn die Religion anerkennt die Endlichkeit ebensowenig als ein wahrhaftes Sein, als ein Letztes, Absolutes oder als ein Nicht-Gesetztes, Unerschaffenes, Ewiges."[1] Zweitens, das Problem der Philosophie besteht darin, das Prinzip des Idealismus zu verwirklichen: "Jede Philosophie ist wesentlich Idealismus oder hat denselben wenigstens zu ihrem Prinzip, und die Frage ist dann nur, inwiefern dasselbe wirklich durchgeführt ist."[2] Drittens, die Verwirklichung des Idealismusprinzips bezieht die Aufhebung des Endlichen und die Auflösung der Welt mit ein, denn: "Diese Durchführung hängt zunächst davon ab, ob neben dem Fürsichsein nicht noch das endliche Dasein selbständig bestehen bleibt."[3]

Die erste Behauptung bedarf keiner Erklärung. Das Prinzip des Idealismus ist die Idee, das Unendliche oder der christliche Logos. Die zweite wird am Schluß dieses Paragraphen erklärt. Schwieriger zu verstehen ist die dritte, auf die man in den Hegelstudien auch äußerst selten hingewiesen hat: (a) warum nämlich der Idealismus, um sich zu verwirklichen, das Endliche aufheben und die Welt auflösen muß; (b) wie diese Auflösung stattfindet.

Punkt (a) ist leicht zu beantworten. Das Prinzip des Idealismus schließt die Aufhebung des Endlichen ein, weil, solange das Endliche besteht, das Unendliche nicht zu erfassen ist. "Das Unendliche so gestellt", sagt Hegel, "ist Eines der beiden; aber als nur eines der beiden ist es selbst endlich, es ist nicht das Ganze, sondern nur die Eine Seite; es hat an dem Gegenüberstehenden seine Grenze; es ist so das endliche Unendliche. Es sind nur zwei Endliche vorhanden."[4] In der *Enzyklopädie* heißt es: "Der Dualismus, welcher den Gegensatz von Endlichem und Unendlichem unüberwindlich macht, macht die einfache Betrachtung nicht, daß auf solche Weise sogleich das Unendliche nur das Eine der Beiden ist, daß es hiermit zu einem nur Besonderen gemacht wird, wozu das Endliche das andere Besondere ist. Ein solches Unendliches, welches nur ein Besonderes neben dem Endlichen ist, an diesem eben damit seine Schranke, Grenze hat, ist nicht das, was es sein soll, nicht das Unendliche, sondern ist nur endlich. In einem solchen Verhältnisse, wo das Endliche hüben, das Unendliche drüben, das erste diesseits, das andere jenseits gestellt ist, wird dem Endlichen die gleiche Würde des Bestehens und der Selbständigkeit mit dem Unendlichen zugeschrieben; das Sein des Endlichen wird zu einem absoluten Sein gemacht, es steht in solchem Dualismus fest für sich. Vom Unendlichen sozusagen berührt, würde es vernichtigt; aber es soll ein Abgrund, eine unübersteigbare Kluft zwischen beiden sich befinden, das Unendliche schlechthin drüben und das Endliche hüben verharren."[5]

Damit der Leser diesen Text vollkommen verstehe, eine kurze Erklärung. Das Unendliche als "Eines der Beiden", d.h. das falsche Unendliche, ist das Unendliche des Verstandes. Das Unendliche als Ganzes ist das Unendliche der "Vernunft". "Die Hauptsache ist", behauptet Hegel, "den wahrhaften Begriff der Unendlichkeit von der schlechten Unendlichkeit, das Unendliche der Vernunft von dem Unendlichen des Verstandes zu unterscheiden."[6]

Der "Verstand" ist das Prinzip des Nicht-Widerspruchs, das Prinzip der Ausschließung oder der Trennung der Entgegengesetzten. Die Vernunft ist das Prinzip des dialektischen Widerspruchs oder des Zusammenfallens der Entgegengesetzten. Ersterer ist das logische Allgemeine, dessen besonderer oder realer Gegenstand außerhalb seiner selbst steht. Letztere ist die Einheit von Endlichem und Unendlichem im Unendlichen, die Einheit von Sein und Denken im Denken, d.h. "Selbstheit" und "Andersheit", Tauto-Heterologie oder Dialektik.

Die Stelle der *Enzyklopädie,* die wir oben zitiert haben, zeigt auf, welche Mängel Hegel dem "Verstand" zuschreibt: 1. Er läßt das Endliche bestehen, hebt es nicht auf, sondern macht es zu einem "festen Sein". 2. Er macht des Unendliche endlich. 3. Er setzt das Endliche "diesseits", das Unendliche "jenseits", d.h. das Endliche wird dadurch zur wirklichen oder irdischen Existenz und das Unendliche zu etwas Abstraktem oder Idealem.

Der Kernpunkt ist, daß der "Verstand" das Prinzip des Nicht-Widerspruchs, der gesunde Menschenverstand, der Standort des Materialismus (Empirismus) und der Wissenschaft ist. Alles, was die Philosophie oder der Idealismus behauptet, d.h. daß das Endliche "nicht ist" und das Unendliche "ist", wird vom Verstand umgekehrt dargestellt. Der Materialismus und die Wissenschaft sind also die Unphilosophie, d.h. die Antithese oder Verneinung der Philosophie.

Und nun zum Problem der traditionellen, d.h. der vorkritischen Metaphysik (Descartes, Leibniz, Spinoza), die ebenfalls diese Methode des Nicht-Widerspruchs anwendet. Hegel behauptet, daß das Prinzip dieser Philosophie das Unendliche, das Absolute sei; daß diese Philosophie folglich wahre Philosophie oder Idealismus sei. Ihr Fehler liege aber in der Methode. Der Inhalt jener Metaphysik sei zwar richtig, die Form jedoch falsch.[6a] Die Substanz sei "philosophisch", die Methode trocken "wissenschaftlich". Daraus folge, daß die Anwendung des Prinzips des Nicht-Widerspruchs die herkömmliche Metaphysik hindere, den Idealismus zu verwirklichen.

Das Argument, auf das sich Hegel oft bezieht, ist das Vorgehen der metaphysischen Gottesbeweise. Ein gutes Beispiel liefern die kosmologischen Gottesbeweise. Ausgangspunkt für ihre Verfechter, sagt Hegel, "ist allerdings die Weltanschauung, auf irgendeine Weise als ein Aggregat von Zufälligkeiten [...] bestimmt"[7], d.h. eine Anhäufung wertloser Sachen. Indem sie aber prinzipiell davon ausgingen, daß die Welt nur Vergänglichkeit und Unwert darstelle, und daß Gott, Gott allein die wahrhafte Wirklichkeit sei, verfälsche die von ihnen angewandte Methode tatsächlich den Sinn ihrer Beweise. Sie schlössen von der Existenz der Welt auf die Gottes und behaupteten, daß die Existenz des Weltalls die seines Schöpfers beweisen könne. Sie nähmen aber freilich nicht wahr, daß ihr Syllogismus die Welt, die das Nichts sei, zum Grund des Gottesbeweises und Gott, der das Ganze sei, zu einer Folge oder etwas Mittelbarem mache. Die Schöpfung, die die Nachfolge ist, stehe an erster Stelle, der Schöpfer an zweiter. Jacobi habe jenen Beweisen "den gerechten Vorwurf" gemacht, daß damit "Bedingungen (die Welt) für das Unbedingte aufgesucht werden, und das Unendliche (Gott) auf solche Weise als begründet und abhängig vorgestellt werde."[8]

Mit anderen Worten: "die metaphysischen Beweise vom Dasein Gottes sind darum mangelhafte Auslegungen und Beschreibungen der Erhebung des Geistes von der Welt zu Gott, weil sie das Moment der Negation, welches in dieser Erhebung enthalten ist, nicht ausdrücken oder vielmehr nicht herausheben, denn darin, daß die Welt zufällig ist, liegt es selbst, daß sie nur ein Fallendes, Erscheinendes, an und für sich Nichtiges ist. Der Sinn der Erhebung des Geistes ist, daß der Welt zwar Sein zukomme, das aber nur Schein ist, nicht das wahrhafte Sein, nicht absolute Wahrheit, daß diese vielmehr jenseits jener Erscheinung nur in Gott ist, Gott nur das wahrhafte Sein ist. Indem diese Erhebung Übergang und Vermittlung ist, so ist sie ebensosehr Aufheben des Überganges und der Vermittlung, denn das, wodurch Gott vermittelt scheinen könnte, die Welt, wird vielmehr für das Nichtige erklärt; nur die Nichtigkeit des Seins der Welt", so schließt Hegel, "ist das Band der Erhebung, so daß das, was als das Vermittelnde ist, verschwindet, und damit in dieser Vermittlung selbst die Vermittlung aufgehoben wird."[9]

Wie man den Ausführungen entnehmen kann, ist der "Verstand", das Prinzip des Nicht-Widerspruchs derart eng mit dem Materialismus verbunden, daß er, selbst auf metaphysische oder idealistische Voraussetzungen angewandt, den Sinn der Philosophie verkehrt und sie zwingt, das Gegenteil von dem zu behaupten, was sie meint. Das Endliche, das das Nichts ist, wird vom Verstand verfestigt: wird zu einem "festen Sein" oder einem Gegebenen. Das Unendliche, das die wahrhafte Wirklichkeit ist, wird zu etwas Begründetem und Abhängigem. Das Endliche, das Negative, schlägt ins Positive, d.h. in die wahre Existenz um; das Unendliche hingegen, die wahrhafte Wirklichkeit, wird zu etwas Unwirklichem oder Negativem, d.h. zu etwas Abstraktem oder Gedanklichem.

Verstand und Vernunft kennzeichnen dann zwei verschieden Logiken. "Im gewöhnlichen Schließen", sagt Hegel, "erscheint das Sein des Endlichen als Grund des Absoluten; darum weil Endliches ist, ist das Absolute. Die Wahrheit aber ist, daß darum, weil das Endliche [...] nicht ist, das Absolute ist. In jenem Sinne lautet der Satz des Schlusses so: Das Sein des Endlichen ist das Sein des Absoluten; in diesem Sinne aber so: Das Nichtsein des Endlichen ist das Sein des Absoluten."[10] Ziehen wir ein erstes Resumé. Sämtliche 'wahren' Philosophien sind Idealismus oder gehen wenigstens von seinem Prinzip aus. Der Materialismus und die Wissenschaft sind Unphilosophie. Schließlich kommt es aber darauf an, wieweit eine Philosophie dieses Prinzip durchführt, nämlich den Idealismus verwirklicht.

Bedingung dieser Verwirklichung ist die Aufhebung des Endlichen, die Auflösung der Welt. (Wir werden später darlegen, wie Hegel dies gelingt). Mit der Aufhebung des Endlichen geht das Unendliche (d.h. der Geist oder Gott), das die "intellektualistische" Metaphysik ins "Jenseits" versetzt, vom Jenseits ins Diesseits über, es wird also existent und wirklich. Das ist die Verwirklichung der Philosophie. Sie bedeutet das Immanentwerden der Transzendenz, die "Verweltlichung des Christentums"[11], die Menschwerdung oder Verwirklichung des göttlichen Logos. Mit anderen Worten, der Unterschied zwischen alter und neuer Metaphysik ist der zwischen gemeiner und spekulativer Theologie, zwischen Theismus und Philosophie, zwischen vorkritischer Metaphysik und absolutem Idealismus.

Feuerbach hat den Kern des Problems erfaßt. Die spekulative Theologie, sagt er am Anfang seiner *Vorläufigen Thesen zur Reform der Philosophie*, unterscheide sich dadurch von der gemeinen, "daß sie das von dieser [...] in das Jenseits entfernte göttliche Wesen ins Diesseits versetzt, d.h. vergegenwärtigt, bestimmt, realisiert."[12] Und er fährt in *Grundsätzen der Philosophie* fort: "...daß sie (die spekulative Theologie) den Gott, welcher im Theismus nur ein Wesen der Phantasie, ein ferngehaltenes, unbestimmtes, nebuloses Wesen ist, zu einem gegenwärtigen, bestimmten Wesen gemacht [...] hat."[13]

2. Die linkshegelianische Schule

Die "Verwirklichung" der Philosophie (von Hegel) ist das zentrale Problem der Linkshegelianer (Feuerbach und Marx ausgenommen). Entscheidend ist hier aber, daß das Problem ein politisches wird. Es ist das Problem der liberal-radikalen Revolution in Deutschland. In Hegels Philosophie, so erklärten die Linkshegelianer, bestehe ein Widerspruch zwischen 'Prinzipien' und 'Folgerungen'. Die Prinzipien seien revolutionär, die Folgerungen aber konservativ. Dies liege daran, daß der Höhepunkt Hegelschen Denkens mit der Restaurationszeit zusammenfiel. "So fiel er selbst seinem eigenen Ausspruch anheim, daß jede Philosophie nur der Gedankeninhalt ihrer Zeit ist. Andererseits wurden zwar seine persönlichen Meinungen durch das System geläutert, aber nicht ohne auf die Konsequenzen desselben zu influieren. So wäre die Religions- und Rechtsphilosophie unbedingt ganz anders ausgefallen, wenn er mehr von den positiven Elementen, die nach der Bildung seiner Zeit in ihm lagen, abstrahiert und dafür aus dem reinen Gedanken entwickelt hätte. Hierauf lassen sich alle Inkonsequenzen, alle Widersprüche in Hegel reduzieren. Alles, was in der Religionsphilosophie zu orthodox, im Staatsrecht zu pseudohistorisch erscheint, ist unter diesem Gesichtspunkt zu fassen. Die Prinzipien sind immer unabhängig und freisinnig, die Folgerungen - das leugnet kein Mensch - hier und da verhalten, ja illiberal."[14]

Diese Stelle stammt aus der Jugendschrift *Schelling und die Offenbarung*, die Engels 1842 unter dem Decknamen Oswald als Wortführer des Berliner Dok-

torclubs veröffentlichte. Hier sind alle wesentlichen Züge der Hegelinterpretation nachweisbar, wie sie damals bei den Linkshegelianern gängig waren: (a) die Entdeckung eines angeblichen Widerspruchs bei Hegel zwischen revolutionären Prinzipien und konservativen Folgerungen; (b) die These, daß alle 'Inkonsequenzen', alle 'Widersprüche' der hegelschen Religions- und Staatsphilosophie nicht in seinem Denken begründet, sondern vielmehr der Preis seien, den er seiner Zeit, der Restaurationsperiode, gezahlt habe, d.h. das Ergebnis eines persönlichen Kompromisses, mit dem Hegel die Kluft zwischen der Kühnheit seiner Prinzipien und der Rückständigkeit der deutschen Lage zu überbrücken glaubte.
Wir können dieses Problem hier nicht eingehender behandeln. Wesentlich an der Interpretation der Linkshegelianer ist, daß die berühmte hegelsche Identität von Wirklichem und Vernünftigem nicht als Konsekration oder Bejahung einer schon vorhandenen Situation angesehen wird, sondern vielmehr als zu verwirklichendes Programm. Die hegelsche Identität bedeutet in dieser Interpretation, daß das Vernünftige wirklich werden muß. Alles, was ist und der Vernunft nicht entspricht, scheint zu sein, aber im Grunde ist es nicht: man muß es auf den Kopf stellen, um Platz für eine neue Wirklichkeit zu schaffen. Formal ist das Problem dasselbe, wie bei Hegel: es geht darum, die Philosophie zu verwirklichen, die Idee in die Tat umzusetzen. In Wirklichkeit aber wird alles in Begriffe der politischen Revolution überführt. Das Programm der Verwirklichung des christlichen Logos, der Menschwerdung Gottes, ist zum Programm der liberal-radikalen Revolution geworden.
Ganz kurz ein Wort zum Schicksal dieser Auslegung. Vom jungen, noch linksliberalen Engels übernommen, wurde diese Interpretation - mit der berühmten These über den Widerspruch zwischen revolutionärer, dialektischer Methode und idealistischem, konservativen System bei Hegel - 1888 im *Ludwig Feuerbach* weitergeführt. Von Engels übernahmen sie Plechanov und Lenin; sie wurde dann zum festen Bestandteil des russischen "dialektischen Materialismus".
Die Auslegung des Doktorclubs bzw. der Jugendschrift Engels war zuvor aber schon auf anderen Wegen nach Rußland gelangt. Sie spielte eine entscheidende Rolle im Denken der "demokratischen Revolutionäre" (Belinskij, Herzen und Cernisevskij), deren Einfluß auf Plechanov und Lenin bekannt ist. Die oben erwähnte Stelle des jungen Engels wurde Belinskij durch eine fast wörtliche Abschrift seines Freundes, des Kritikers Botkin, bekannt und gefiel ihm ungemein.[15] Herzen selbst hat die Schrift über *Schelling und die Offenbarung* im selben Jahr 1842 kommentiert. Hegel, schreibt Herzen, habe das "Heldentum der Konsequenz", die Fähigkeit gefehlt, die Folgen seines Denkens, die offensichtlichen Ergebnisse seiner Prinzipien anzunehmen. Er habe darauf verzichtet, weil er "das Bestehende liebte und achtete"; "er sah, daß er den Schlag nicht aushalten würde und wollte darum nicht selbst schlagen." Vorerst konnte es ihm genügen, überhaupt so weit gekommen zu sein. Aber seine Prinzipien "waren ihm (Hegel) treuer als er sich selbst, treuer ihm, dem von seiner zufälligen Person, Epoche u.a. losgelösten Denker."[16]
Wir werden später auf die von der linkshegelianischen Schule abweichenden Hegelauslegung Feuerbachs und des jungen Marx eingehen.[17] Hier nur soviel, daß Marx sowohl in seiner Doktorarbeit als auch in seinen Ökonomisch-philosophischen Manuskripten von 1844 den Versuch energisch abgelehnt hat, die hegelsche Philosophie und ihren angeblichen Widerspruch zwischen 'Prinzipien' und 'Folgerungen' als Ergebnis des Kompromisses zu erklären, den Hegel mit dem preußischen Staat abgeschlossen haben soll. "Auch in betreff Hegels ist es bloße Ignoranz seiner Schüler", schreibt Marx in einer Anmerkung zur Doktorarbeit, "wenn sie diese oder jene Bestimmung seines Systems aus Akkomodation und dergleichen, mit einem Worte moralisch erklären. [...] Daß ein Philosoph diese oder jene scheinbare Inkonsequenz aus dieser oder jener scheinbaren Akkomodation begeht, ist denkbar. Er selbst mag dieses in seinem Bewußtsein haben. Allein was er nicht in seinem Bewußtsein hat, ist, daß die Möglichkeit dieser scheinbaren Akkomodation in einer Unzulänglichkeit oder unzulänglichen Fassung seines Prinzips selber ihre innerste Wurzel hat. Hätte also wirklich ein Philosoph sich akkomodiert, so haben seine Schüler aus seinem inneren wesentlichen Bewußtsein das zu erklären, was für ihn selbst die Form eines exoterischen Bewußtseins hatte. Auf diese Weise ist, was als Fortschritt des Gewissens erscheint, zugleich ein Fortschritt des Wissens. Es wird nicht das partikulare des Philosophen verdächtigt, sondern seine wesentliche Bewußtseinsform konstruiert, in eine bestimmte Gestalt und Bedeutung erhoben und damit zugleich darüber hinausgegangen."[18]
Der Auslegung von Feuerbach und Marx wurde dagegen in der Hegelforschung fast keine Bedeutung zugemessen. Selbst Lukács' Monographie *Der junge Hegel*, in der Feuerbachs Schriften um 1839-43 und Marx' *Manuskripte* (nicht aber *Kritik des Hegelschen Staatsrechts*) mehrmals zitiert werden, nimmt ihre Auslegungen nur auf, um sie in einem anderen Argumentationszusammenhang einzubringen. Er nimmt sie gewissermaßen nur auf, um ihre Wirksamkeit abzuschwächen und sie leichter "verdauen" zu können. Außer in der Frage der "Dialektik der Materie", über die noch zu sprechen sein wird, folgt Lukács' Monographie der von den Linkshegelianern eingeschlagenen Richtung - für Lukács um so unvermeidlicher, als diese Auslegung oder zumindest ihr Kernpunkt (der Widerspruch zwischen "Methode" und "System"), wie bereits erwähnt, über Engels' *Ludwig Feuerbach* ebenfalls zur Interpretationsrichtung des "dialektischen Materialismus" geworden war.
Sämtliche oben erwähnten Motive, einschließlich des Atheismus Hegels und der "diplomatischen" Doppeldeutigkeit seines Denkens[19] (religiös in der "exoterischen", atheistisch und revolutionär in der "esoterischen" Form) - ein gängiges Motiv des Doktorclubs, insbesondere von Heine vertreten -, sind von Lukács in seiner Monographie geschickt wiederaufgenommen und verwertet worden und so, mehr oder weniger, zur coterie der französischen Neu-Hegelianer gelangt. Bei Lukács wird schließlich die Zurückgebliebenheit Deutschlands, auf die B. Bauer und Runge hingewiesen hatten, zum Schlüssel für das Verständnis des Hegelschen Werkes.
Vernunft und Revolution von Marcuse folgt gänzlich dieser Perspektive. Hegel ist der philosophische Gegenpol Robespierres[20] ("Robespierres Vergötzung der Vernunft zum Höchsten Wesen ist das Gegenstück zur Glorifizierung der Vernunft in Hegels System"). Hegels Philosophie ist die Philosophie der Revolution, denn die Identität zwischen Wirklichem und Vernünftigem ist so zu verstehen, daß die Vernunft sich verwirklichen muß und daß "die 'unvernünftige' Wirklichkeit so verändert werden (muß), daß sie mit der Vernunft zur Übereinstimmung gelangt."[21] Nach Hegel habe die französische Revolution reason's ultimate power over reality zum Ausdruck gebracht. "Die in dieser Feststellung enthaltenen Folgerungen", schreibt Marcuse, "führen mitten ins Zentrum seiner Philosophie. [...] Was die Menschen für wahr, gerecht und gut halten, sollte in der tatsächlichen Organisation ihres sozialen und individuellen Lebens verwirklicht werden."[22]
Eine ähnliche Bedeutung hat bei Marcuse das Argument des 'Kompromisses'. Die von Hegel verkündete 'Versöhnung' von Vernunft und Wirklichkeit geht nicht aus dem Prinzip seiner Philosophie selbst hervor, sondern ist das Ergebnis einer subjektiven Akko-

modation. "Jedoch wird der radikale Sinn der grundlegenden idealistischen Begriffe allmählich aufgegeben, und sie werden in ständig wachsendem Maße dazu gebracht, sich der herrschenden gesellschaftlichen Form anzupassen. [...] Die besondere Form, die die Versöhnung von Philosophie und Wirklichkeit in Hegels System annahm, war jedoch bedingt durch die reale Lage Deutschlands während der Periode, in der er sein System ausarbeitete."[23]

Marcuse nimmt nicht nur die Idee des "Kompromisses" wieder auf, er weist ihr noch größere Bedeutung zu, ohne daß sie ihren psychologischen Charakter damit verlöre. Der Konflikt, der Widerspruch zwischen der "Bereitschaft, sich mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit (Deutschlands) auszusöhnen" und dem "kritischen Rationalismus" oder dem Drang nach Revolution, der Hegels Philosophie zugrunde liegt, ist nicht mehr nur Kennzeichen seines Denkens, sondern Kennzeichen des gesamten deutschen Idealismus. Diese "Bereitschaft" zur Versöhnung habe der Protestantismus der deutschen Kultur eingeflößt.[24] Soweit die allgemeinen Grundlinien der Hegelauslegung von Marcuse. Hätte es dabei sein Bewenden, so brauchten wir uns hier nicht damit zu beschäftigen. Neu und wichtig aber bei Marcuse ist - der linkshegelianischen Schule und selbst dem "dialektischen Materialismus" gegenüber - die Wiederentdeckung eines Hauptmotivs bei Hegel: die Zerstörung des Endlichen und die Aufhebung der Welt. Die "soziale Rolle" der Philosophie Marcuses hat hier Wurzeln.

3. Der dialektische Materialismus und Hegel

[...]

4. Hegel und die Dialektik der Materie

[...]

5. Vernunft und Revolution bei Marcuse

Und nun endlich zu Marcuse. Zunächst seien die Grundelemente seiner Hegelinterpretation genannt:

1. Die Auslegung der Hegelschen Vernunft als subjektive raison, als Vernunft des empirischen Individuums und nicht als Vernunft des christlichen Logos; daher - wie bei der linkshegelianischen Schule, vor allem bei Bruno Bauer - die Interpretation Hegels unter dem Gesichtspunkt des subjektiven Idealismus (Fichte): Die Vernunft ist das Ich; das "Ich" und die "Masse" usw. Die Auslegung der Hegelschen Verwirklichung des christlichen Logos erscheint als politisches Programm, mit dessen Hilfe "Ideale" realisiert werden sollen bzw. alles, was die Vernunft den Menschen vorschreibt. (Das Grundprinzip des Hegelschen Systems liegt demnach in der Erkenntnis, daß das, "was die Menschen für wahr, gerecht und gut halten, in der tatsächlichen Organisation ihres sozialen und individuellen Lebens verwirklicht werden sollte." Vgl. dagegen den Brief von Marx an Ruge vom September 1843: "Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder!").

2. Die Einfügung des Hegelschen Motivs der Zerstörung des Endlichen in diesen liberal-radikalen Begriff von Revolution (es wurde übrigens von der ganzen Auslegungstradition, Stirner und Bakunin vielleicht ausgenommen, vergessen). Während dieses Motiv aber an die Transsubstantiation oder Immanentwerdung Gottes gebunden ist, nimmt es allmählich bei Marcuse, da die theologische Bedeutung entfällt, eine wörtliche bzw. säkulare Bedeutung an.

Daher die Antithese, die im Mittelpunkt von *Vernunft und Revolution* sowie von *Der eindimensionale Mensch*[43] steht: der Gegensatz von 'positivem' und 'negativem Denken'. Ersteres entspricht dem 'Verstand', d.h. dem Prinzip des Nicht-Widerspruchs als (materialistischem) Prinzip des gesunden Menschenverstandes und der Wissenschaft. Letzteres entspricht der dialektischen und philosophischen 'Vernunft'. Das 'positive' Denken ist dasjenige, das das Dasein der Welt, die Autorität und die Realität des 'Gegebenen' anerkennt. Das 'negative' Denken dagegen negiert die 'Gegebenheiten'. Das Endliche außerhalb des Unendlichen hat keine wahrhafte Wirklichkeit. Die Wahrheit des Endlichen ist seine Idealität ("Der Satz, daß das Endliche ideal ist, macht den Idealismus aus", hatte Hegel behauptet). Die 'Gegebenheiten', insofern sie außerhalb des Denkens sind und sich der Vernunft widersetzen, sind nicht die Wirklichkeit, sondern die Unwahrheit. Die Wahrheit ist die Verwirklichung der Vernunft: sie ist die Idee oder Philosophie, die sich in Realität verwandelt. "Für Hegel", schreibt Marcuse, "besitzen die Tatsachen in sich selbst keine Autorität. [...] Alles, was gegeben ist, muß vor der Vernunft gerechtfertigt werden, die allein in der Totalität der Inhalte von Natur und Mensch besteht."[44]

Im Gegensatz zu Hegel stehen, Marcuse zufolge, Hume und Kant: "Sollte Hume akzeptiert werden, dann müßte der Anspruch der Vernunft, die Wirklichkeit zu organisieren, zurückgewiesen werden. Denn wie wir gesehen haben, beruhte dieser Anspruch auf der Fähigkeit der Vernunft, Wahrheiten zu gewinnen, deren Gültigkeit nicht aus Erfahrung abgeleitet war und die in der Tat gegen die Erfahrung stehen konnten [...]. Dieses Ergebnis der empiristischen Untersuchungen untergrub nicht nur die Metaphysik. Sie schränkte die Menschen auf die Grenzen des 'Gegebenen' ein, auf die bestehende Ordnung der Dinge und der Ereignisse. [...] Das Resultat war nicht nur Skeptizismus, sondern Konformismus. Die empiristische Beschränkung der menschlichen Natur auf die Erkenntnis des 'Gegebenen' beseitigte nicht nur den Wunsch, das Gegebene zu transzendieren, sondern auch den, an ihr zu verzweifeln."[45]

Und weiter: "Die Verwirklichung der Vernunft ist bei Hegel keine Tatsache, sondern eine Aufgabe. Die Form, in der die Objekte unmittelbar erscheinen, ist noch nicht ihre wahre Form. Was einfach gegeben ist, ist zunächst negativ, ein anderes als seine wirklichen Möglichkeiten. Es wird wahr nur im Prozeß der Überwindung dieser Negativität, so daß die Geburt der Wahrheit den Tod des gegebenen Zustands des Seins erfordert. Hegels Optimismus beruht auf einer destruktiven Auffassung des Gegebenen. Alle Formen werden von der auflösenden Bewegung der Vernunft ergriffen, welche sie aufhebt und verändert, bis sie ihrem Begriff adäquat sind."[46] Hegels Philosophie ist in der Tat "eine negative Philosophie". "Sie ist ursprünglich durch die Überzeugung motiviert, daß die gegebenen Tatsachen, die dem gesunden Menschenverstand als der positive Index von Wahrheit erscheinen, in Wirklichkeit die Negation der Wahrheit sind, so daß die Wahrheit nur durch deren Zerstörung hergestellt werden kann."[47]

Ein glänzendes Beispiel von Inkonsequenz! Die alte spiritualistische Verachtung für das Endliche und die irdische Welt wiedererstehen als Philosophie der Revolution, besser: der 'Revolte'. Es werden nicht etwa bestimmte historisch-gesellschaftliche Institutionen bekämpft (wie 'Profit', 'Monopol' oder auch 'sozialistische Bürokratie'). Man bekämpft Gegenstände und Dinge. Wir sind von der repressiven Gewalt der 'Gegebenheiten' belastet. Wir ersticken in der Sklaverei, daß wir das Dasein der 'Dinge' anerkennen müssen. "Sie sind da - grotesk, eigensinnig, riesig, und [...] ich bin inmitten von namenlosen Dingen. Allein, ohne Worte, ohne Verteidigung sind sie rings um mich, sie sind unter mir, hinter mir, über mir. Sie fordern nichts, sie drängen sich nicht auf: sie sind da."[48]

Vor diesem Schauspiel der Dinge ergreift und Entrüstung, die zum *Ekel* wird. Es ist leicht zu sagen: die Wurzeln eines Baumes! "Da saß ich nun, ein wenig vornübergebeugt, den Kopf nach unten, allein dieser schwarzen und knotigen Masse

gegenüber, die ungeschlacht war und mir Angst einjagte." Da ist Absurdität, die zum Himmel nach Rache schreit: "... monströse, weiche Masse, ungeordnet, nackt, von einer erschreckenden und obszönen Nacktheit."[49] Es ist keineswegs absurd, daß Roquentin seine kleinbürgerliche débauche durch die öffentlichen Anlagen spazieren trägt, als Konsul oder sogar als Laval; absurd sind die Wurzeln eines Baumes. "Die Absurdität war nicht eine in meinem Kopfe entsprungene Idee, auch keine Einflüsterung - sie war die lange tote Schlange zu meinen Füßen, diese Schlange aus Holz. Schlange oder Tatze oder Wurzel oder Geierklaue, ganz gleich. Und ohne es klar zu formulieren, begriff ich, daß ich den Schlüssel der Existenz, den Schlüssel meines Ekels, meines eigenen Lebens gefunden hatte."[50]

Das Manifest dieser Zerstörung der Dinge - und das versteht Marcuse unter 'Revolution' - findet er in den Schriften Hegels. Die Befreiung von der Knechtschaft des 'Gegebenen' fällt mit der Nacht und dem Nichts, von denen in Hegels Jugendschrift *Differenz* die Rede ist, zusammen. "Hier in seinen ersten philosophischen Schriften", so hebt Marcuse hervor, "betont Hegel absichtlich die negative Funktion der Vernunft, ihre Zerstörung der verfestigten und sicheren Welt des gesunden Menschenverstandes. Vom Absoluten ist die Rede als von der 'Nacht' und dem 'Nichts', um es von den klar definierten Gegenständen des Alltagslebens abzuheben. Die Vernunft bedeutet ein 'absolutes Negieren' der Welt des gesunden Menschenverstandes."[51]

Es handelt sich offensichtlich um alte, romantische Motive. In der Schrift *Differenz* findet man überall Anklänge an Schelling. Da Marcuse aber aus der Schule Heideggers kommt, kann man doch wohl annehmen, daß diese Erhebung der Nacht und des Nichts (eben dort, wo man gewöhnlich die 'Sonne der Zukunft' erwartet) auch gewisse Anklänge an *Was ist Metaphysik?* enthält. Heidegger ist ein Meister der 'Nichtung'. Auch wenn die 'Nichtung' keine 'Vernichtung' und auch keine 'Verneinung'[51a] ist, überrascht diese philosophische 'Revolution': Sie versetzt nicht nur die 'authentische' und nicht mehr entfremdete Existenz in die "helle Nacht des Nichts", sondern, als wäre sie unzufrieden und einer pedantischen Wut verfallen, besteht sie auf der Feststellung, daß "das Nichts selbst vernichtet."

6. Die idealistische Wendung gegen die Wissenschaft

Es ist müßig, hier noch weiter zu insistieren. Die Bedeutung von Marcuses Auffassung wurzelt in der sogenannten 'Kritik der Wissenschaft'. Das Entgegensetzen von 'positivem' und 'negativem' Denken, von Nicht-Widerspruch und dialektischem Widerspruch, ist vor allem der Gegensatz von Wissenschaft und Philosophie. "Für ihn (Hegel)", sagt Marcuse, "ist die Unterscheidung zwischen Verstand und Vernunft identisch mit der zwischen gesundem Menschenverstand und spekulativem Denken, zwischen undialektischer Reflexion und dialektischer Erkenntnis. Die Operationen des Verstandes bringen die gewöhnliche Art von Denken hervor, die sowohl im Alltagsdenken als auch in der Wissenschaft herrscht."[52]

Diese romantische Hegelsche Kritik des 'Verstandes' tauchte um die Jahrhundertwende mit der sogenannten "idealistischen Wendung gegen die Wissenschaft"[53] wieder auf. Hinsichtlich ihrer kritisch-negativen Bestandteile treffen sich, wie Croce richtig bemerkt hat, diese beiden Einstellungen und decken sich. In *Logica come scienza del concetto puro* schreibt er in bezug auf Bergsons Kritik der Wissenschaft: "Alle diese kritischen Revolten gegenüber der Wissenschaft kommen demjenigen nicht neu vor, der die Kritiken Jacobis, Schellings, Novalis' und anderer Romantiker kennt, vor allem die schöne Kritik, die Hegel am abstrakten (d.h. empirischen und mathematischen) Verstand übte. Alle seine Werke, von der *Phänomenologie des Geistes* bis zur *Wissenschaft der Logik*, durchzieht diese Kritik, die dann anhand von Beispielen in den Anmerkungen zu den Paragraphen der Naturphilosophie weiter ausgeführt ist."[54]

Es ist nicht möglich, sich hier ausführlich zur Tragweite dieser "idealistischen Wendung" gegen die Wissenschaft zu äußern. "Entsteht die Wissenschaft, vergeht das Denken"[55] - lassen wir Heidegger seine Meinung, über ihn macht man sich ohnehin keine Illusionen mehr. Aber die gleiche Ware wird heute auf seiten der Linken verkauft. Horkheimer und Adorno: "Wissenschaft selbst hat kein Bewußtsein von sich, sie ist ein Werkzeug. Aufklärung aber ist die Philosophie, die Wahrheit mit wissenschaftlichem System gleichsetzt. Der Versuch, diese Identität zu begründen, den Kant noch aus philosophischer Absicht unternahm, führte zu Begriffen, die wissenschaftlich keinen Sinn ergeben [...]. Der Begriff des Sichselbstverstehens der Wissenschaft widerstreitet dem Begriff der Wissenschaft selbst [...]. Mit der von Kant als Resultat vollzogenen Bestätigung des wissenschaftlichen Systems als Gestalt der Wahrheit, besiegelt der Gedanke seine eigene Nichtigkeit, denn Wissenschaft ist technische Übung, von Reflexion auf ihr eigenes Ziel so weit entfernt, wie andere Arbeitsarten unter dem Druck des Systems."[56]

Es muß hervorgehoben werden, daß diese Kritik der Wissenschaft sich auch als Kritik der Gesellschaft versteht. Der wissenschaftliche Verstand ist die Denkweise, die sowohl in der Praxis als auch im Alltagsleben üblich ist. Die Allgemeingültigkeit der Wissenschaft, d.h. die Universalität ihrer Aussagen, fällt völlig mit der Unpersönlichkeit und Anonymität des Lebens in der Gesellschaft zusammen. Alle diese Ansätze sind im Keim schon bei Bergson zu finden. Unser Intellekt, sagt er in *Schöpferische Entwicklung*, ist eine "wesentlich praktische", "mehr zu Vorstellung von Dingen und Zuständen als von Veränderungen und Akten gemachte(n) Funktion". "Dinge aber und Zustände sind bloße Ansichten, die unser Geist vom Werden aufnimmt. Es gibt keine Dinge, es gibt nur Handlungen." Wenn "ein Ding das Ergebnis einer vom Verstande vollzogenen Verdichtung (ist), und (es) nie andere Dinge geben (kann), als die der Verstand geformt hat"[57], bedeutet daß, daß die natürliche Welt, die die Wissenschaft uns als Wirklichkeit darstellt, in der Tat nur ein Kunstgriff ist. Die Materie ist das Produkt des Verstandes. Die 'Dinge' sind das Resultat unserer Neigung zum - 'Verdinglichen', d.h. die Welt zu 'befestigen', um in ihr praktisch zu handeln und sie zu verändern. Diese ursprüngliche Zusammengehörigkeit von Wissenschaft und Materialismus ist gewissermaßen überlagert von der von Materialismus und Gesellschaft, Wissenschaft und zugehörigem Leben. Um auf die Welt zu wirken, verdinglichen wir, aber diese Verdinglichung ist zugleich auch Mittel zur intersubjektiven Verständigung. Die echte oder persönliche und die soziale oder unpersönliche Existenz sind auf zwei verschiedene Subjekte zurückzuführen: das eine 'wesentlich', das andere 'oberflächlich' und 'scheinbar' - "zwei verschiedene Ichs, eines gleichsam als nach außen gerichtete Projektion des anderen, seine räumliche und sozusagen soziale Repräsentation."[58] Die Verräumlichung oder Materialisation der Wirklichkeit, sagt Bergson, ist schon eine Anleitung zum sozialen Leben. "Meistenteils leben wir uns selbst gegenüber äußerlich und gewahren nur das entfärbte Phantom unseres Ichs, einen Schatten, den die reine Dauer in den homogenen Raum wirft. Unsere Existenz spielt sich also mehr im Raum als in der Zeit ab: wir leben mehr für die äußere Welt als für uns." "Diese Anschauung eines homogenen Mediums [...] erlaubt uns, unsere Begriffe im Verhältnis zueinander zu exteriorisieren und enthüllt uns die Objektivität der Dinge, und so bedeu-

tet sie durch ihre doppelte Wirksamkeit, indem sie einerseits die Sprache begünstigt und andererseits uns eine von uns selbst scharf unterschiedene Welt darbietet, deren Perzeption allen Intelligenzen gemeinsam ist, eine Ankündigung und Vorbereitung des sozialen Lebens."[59]
Alles wesentliche künftiger irrationaler Gesellschaftskritik ist hier schon, wie ersichtlich, vorweggenommen: die Wissenschaft als Verdinglichung und die Gesellschaft als entfremdete Existenz.
Über die Ausarbeitung und die Entwicklung dieser Thesen durch die verschiedenen Strömungen des deutschen Irrationalismus, u.a. der Lebensphilosophie zu sprechen, ist hier nicht möglich. Es sei lediglich auf die entscheidende 'Wende' hingewiesen, die Lukács' berühmtes Buch von 1923 einleitete. Wie der Verfasser in einer selbstkritischen Erklärung vom September 1962[59a] und dann in seiner Einleitung zur jüngsten italienischen Ausgabe zugegeben hat, basiert *Geschichte und Klassenbewußtsein* auf der Verwechslung der Marxschen Entfremdungstheorie ('Fetischismus', 'Verdinglichung') mit der Hegelschen. Der kapitalistische Fetischismus ist in diesem Werk in den Termini der Hegelschen Kritik analysiert worden. Der 'Fetisch' ist nicht das Kapital oder die Ware, sondern der natürliche Gegenstand, der außerhalb des Denkens liegt. Die vom Kapital bewirkte Trennung zwischen dem Arbeiter und den objektiven Arbeitsbedingungen wird mit der vom 'Verstand' getroffenen Unterscheidung zwischen Subjekt und Objekt verwechselt. Die Folge ist, daß - wie Lukács selbst dann bemerkt hat - ein historisch-gesellschaftliches Problem in ein ontologisches verwandelt wird. Die kapitalistische 'Verdinglichung' wird auf diese Weise zum Produkt des materialistischen Verstandes und der Wissenschaft, deren analytische Anschauung der Wirklichkeit als "positivistisch und bürgerlich" ausgegeben wird. Während das Proletariat mit der philosophischen Vernunft gleichgesetzt wird, die zusammenbringt bzw. wie man heute sagt 'totalisiert', was der Verstand und der gesunde Menschenverstand Tag für Tag zu unterscheiden pflegen.
Aus dieser Verwechslung ergab sich, daß *Geschichte und Klassenbewußtsein* unter der 'revolutionären' Form einer Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft die verschleiernden Inhalte idealistischer Wissenschaftskritik präsentierte. Aus der Schule von Rickert und Lask stammend und nicht wenig durch Simmels (des deutschen Bergson) *Philosophie des Geldes* beeinflußt, bezog Lukács letzten Endes den Marxismus in den Bereich der idealistischen Wendung gegen die Wissenschaft ein, die um die Jahrhundertwende aufkam und deren ferne Voraussetzungen, wie wir festgestellt haben, eben in Hegels Kritik des 'Verstandes' liegen.
Der 'Fetisch' ist der natürliche Gegenstand, den die Wissenschaft erforscht. Die 'Verdinglichung' (oder, wie Bergson sagt, "*le chosisme*") ist das Produkt des wissenschaftlichen Verstandes, der die fließende und "lebendige" Wirklichkeitseinheit zerschneidet und zerstückelt (der berühmte *morcelage!*) und sie zu "scheinbaren" Gegenständen neu zusammensetzt, die zum praktisch-technischen Handeln nützen sollen. Kurzum, die Entfremdung ist die Wissenschaft, die Technik. Nachdem Lukács diese Thesen aufgenommen hatte, vertrat er sie seinerseits mit großer Überzeugungskraft. Die alte Aversion des philosophischen Spiritualismus gegenüber der Produktion, der Technik, der Wissenschaft - in einem Wort: der Abscheu vor den Maschinen - verbarg sich hinter der Anziehungskraft einer Kritik der modernen bürgerlichen Gesellschaft.
Hier liegt der Kern der Marcuseschen Philosophie. Die Oppression ist die Wissenschaft. Die Verdinglichung besteht in der Anerkennung der Existenz von Dingen, die außerhalb von uns liegen. Die Dialektik von 'hier' und 'jetzt', d.h. die Dialektik des alten Skeptizismus, mit der Hegel am Anfang der *Phänomenologie* die sinnliche Gewißheit von der Existenz der äußeren Gegenstände zerstört, erscheint Marcuse als die Befreiung des Menschen: "Die ersten drei Abschnitte der Phänomenologie sind eine Kritik des Positivismus und mehr noch der 'Verdinglichung'. [...] Wir entlehnen den Begriff der 'Verdinglichung' der Marxschen Theorie, wo er die Tatsache bezeichnet, daß in der Welt des Kapitalismus alle Beziehungen zwischen Menschen als Beziehungen zwischen Dingen erscheinen. [...] Hegel stieß innerhalb der Philosophie auf die nämliche Tatsache. Der gesunde Menschenverstand und das traditionelle wissenschaftliche Denken nehmen die Welt als eine Totalität von Dingen hin, die mehr oder weniger *per se* existieren und suchen die Wahrheit in Gegenständen, die als unabhängig vom erkennenden Subjekt aufgefaßt werden. Das ist nicht nur eine erkenntnistheoretische Haltung, sondern geht durch die Praxis der Menschen hindurch und führt sie dazu, sich dem Gefühl zu überlassen, daß sie nur dann sichergehen, wenn sie objektive Tatsachen kennen und handhaben."[60]
Das läuft auf eine undifferenzierte Anklage gegen Wissenschaft und Technik oder, um Marcuses Ausdruck zu benutzen, gegen die "Industriegesellschaft" hinaus. Das gleiche Motiv bildet die Grundlage von Husserls 'Krisis' (ganz zu schweigen von Horkheimers und Adornos Angriffen auf Bacon und Galilei). Von diesem Motiv hat in den letzten Jahrzehnten die ganze Publizistik der sogenannten 'Krisis der Kultur' ihren Ausgang genommen (so u.a. Jaspers' *Vom Ursprung und Ziel der Geschichte*). Das "Böse" ist weder eine bestimmte gesellschaftliche Organisation noch ein gewisses System von gesellschaftlichen Beziehungen, sondern die Industrie, die Technik, die Wissenschaft. Es ist nicht das Kapital, sondern die Maschine als solche. Marcuse - das soll niemand verletzen - ist der Nachfahre eben derselben Denktradition, der er heute Angst einflößt.

7. Schlußfolgerung

In Marcuses Buch *Der eindimensionale Mensch* gibt es eine kurze Bemerkung, in der der Autor sich von Marx distanziert. Damit wollen wir unsere Ausführungen beschließen: "Die klassische Marxsche Theorie stellt sich den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als eine Revolution vor: das Proletariat zerstört den *politischen* Apparat des Kapitalismus, behält aber den *technischen* Apparat bei und unterwirft ihn der Sozialisierung. In der Revolution gibt es eine Kontinuität: befreit von irrationalen Schranken und Zerstörungen, erhält und vollendet sich die technologische Rationalität in der neuen Gesellschaft."[61]
Dieser Analyse stimmt Marcuse nicht zu, weil er nämlich der Meinung ist, daß die Wurzeln des Bösen eben im technologischen Apparat als solchem liegen. Er hat aber sicherlich recht, wenn er in ihr das Wesentliche der Marxschen Theorie sieht.
Die kapitalistische Entwicklung ist die Entwicklung der Großindustrie. Nach Marx ist diese Entwicklung im Kapitalismus von einer Reihe sehr negativer Erscheinungen nicht zu trennen: Ausbeutung, Lohnarbeit, Bildung der "industriellen Reservearmee" usw. In dieser Situation werden trotzdem, Marx' Meinung nach, die Voraussetzungen für die Befreiung des Menschen geschaffen: riesiger Zuwachs der Arbeitsproduktivität (wenn auch in der Form der "Intensivierung" der Ausbeutung der Arbeitskraft); Auflösung der lokalen und nationalen Grenzen und Vereinheitlichung der Welt (wenn auch in der Form des Welt-"Marktes"); Sozialisierung des Menschen, d.h. Wiederherstellung der Verbindung mit seiner Gattung (wenn auch vorerst nur durch die Herausbildung des Fabrikproletariats). "Die Bourgeoisie", heißt es im *Manifest*, "hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum

großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. [...] An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander."[62]

Den Sinn dieser Theorie hat Marx in der bekannten Formel zusammengefaßt: Widerspruch zwischen modernen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen; zwischen dem sozialen Charakter der industriellen Produktion und der noch privaten Art der kapitalistischen Aneignung.

Diese Formel ist durch allzu häufigen Gebrauch entschärft worden. Immerhin läßt sich auch heute noch auf zwei wichtige Bedeutungen verweisen. Erstens, Art und Charakter der an der Veränderung und Befreiung der modernen Gesellschaft interessierten Kräfte sind bei Marx nicht aus dem reinen 'Ideal' der philosophischen Vernunft (die dann sowieso immer die 'Vernunft' oder das 'Ideal' von Hinz und Kunz sind) abgeleitet, sondern entstammen einer wissenschaftlichen Analyse der modernen Gesellschaft selbst. Sie resultieren also nicht aus einem apriorischen Ausklammern des erforschten Objekts (der sogenannten 'Zerstörung' des Endlichen), sondern aus der Erkenntnis der Rolle, die die Arbeiterklasse im modernen Produktionsprozeß spielt. "Wir (wollen) nicht dogmatisch die Welt antizipieren", schrieb Marx an Ruge, "sondern erst aus der Kritik der alten Welt die neue finden. Bisher hatten die Philosophen die Auflösung aller Rätsel in ihrem Pulte liegen, und die dumme exoterische Welt hatte nur das Maul aufzusperren, damit ihr die gebratenen Tauben der absoluten Wissenschaft in den Mund flogen."[63] Das heißt, daß die Lösung nicht von irgendeinem außerhalb stehenden deus ex machina erwartet, sondern in den wirklichen historischen Kräften, die in dieser Gesellschaft vorhanden sind, aufgesucht wird. Zweitens, eben diese Funktion im modernen Produktionsprozeß macht die Arbeiterklasse (vom einfachen Hilfsarbeiter bis zum Ingenieur) zu dem historischen Akteur, über den die neue Gesellschaft die alte beerben kann: die modernen Produktivkräfte, die innerhalb dieser Gesellschaft entstanden sind, d.h. die Wissenschaft, die Technik, die Industrie, die kritische Denkweise und die experimentelle Lebensweise.

Für Marx - und das hat Marcuse richtig gesehen - gibt es eine Kontinuität in der Revolution. Ich würde sagen, daß damit der Unterschied zwischen der Revolution als wirklichem, historischem Ereignis und dem prometheischen Versuch der "Großen Weigerung" gefaßt ist. Die Revolution ist ein konkretes Ereignis: sie entsteht aus der Geschichte und strebt wieder nach wirklichen, geschichtlichen Bedingungen. Sie ist die Befreiung der von der historischen Entwicklung akkumulierten Kräfte. Sie ist, auf höherer Ebene, die Wiedergewinnung all dessen, was die Menschheit im Laufe ihrer Geschichte erreicht hat, abgerungen der Natur und den irrationalen Einreden des Mythos.

Die "Große Weigerung" Marcuses hingegen ist eben durch ihre Ungeschichtlichkeit gekennzeichnet. Sie ist eine totale Verneinung des Bestehenden. Da Marcuse diagnostiziert hat, daß die Technologie das entscheidende Medium der Verdinglichung ist, kann er die Befreiung nur vor oder nach der Geschichte suchen. In beiden Fällen außerhalb des gesunden Menschenverstandes.

"... daß Schrecken und Zivilisation untrennbar sind" - "Im Zeichen des Henkers vollzog sich die Entwicklung der Kultur" - "Man kann nicht den Schrecken abschaffen und Zivilisation übrigbehalten"[64] - solche Aphorismen Horkheimers und Adornos machen die "Große Weigerung" Marcuses begreiflich. Sogar ein kaum kultivierter Geschmack könnte diese Sätze anders verstehen. Ein Leser, der sich auskennt, entdeckt bald ihren Heideggerschen Ursprung ("Der Mensch irrt. Die Irre, durch die der Mensch geht, ist nichts..."[65]). Man sollte sie mit Nachsicht betrachten. Es sind die letzten "Blumen des Bösen", jenes alten Spiritualismus, der die Dinge zu zerstören strebte. Es ist der Schwanengesang zweier alter Herren, die etwas nihilistisch und altmodisch mit der Geschichte streiten.

Aus dem Italienischen von Luigi Forte

Anmerkungen:

1. G.W.F. Hegel: Die Wissenschaft der Logik, Glockner Ausgabe, 1936, S. 181
2. ebd., S. 181.
3. ebd., S. 188.
4. ebd., S. 166.
5. G.W.F. Hegel: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften. Hamburg 1959, S. 113.
6. G.W.F. Hegel: Die Wissenschaft der Logik, a.a.O., S. 158.
6a. ebd. S. 317-318, An dieser bedeutungsvollen Stelle erklärt Hegel den Unterschied zwischen Jacobis und Kants Kritik an der vormaligen Metaphysik. Jacobi kritisiert die "intellektuelle" Methode; Kant die Inhalte, d.h. die Objekte der vormaligen Metaphysik. Hegel sieht sich auf der Seite Jacobis.
7. G.W.F. Hegel: Enzyklopädie, a.a.O., S. 75.
8. ebd., S. 76.
9. ebd., S. 75-76.
10. G.W.F. Hegel: Die Wissenschaft der Logik, a.a.O., S. 551.
11. L. Michelet: Entwicklungsgeschichte der neuesten deutschen Philosophie. Berlin 1843, S. 304 ff.
12. L. Feuerbach: Philosophische Kritiken und Grundsätze. Stuttgart 1969, S. 222-223.
13. ebd., S. 253.
14. MEGA (Marx-Engels Gesamtausgabe), Bd. II/I, S. 184. Die Wiederentdeckung dieser Jugendschriften Engels' ist Gustav Meyer zu danken, der eine umfangreiche Biographie Engels' veröffentlicht hat (F. Engels. Eine Biographie. 2 Bd., Den Haag 1934).
15. Vgl. MEGA, I, 2, Einleitung, S. XLVII-XLIX.
16. A.I. Herzen: Gesamtausgabe der Werke, Bd. III, S. 43.
17. Über den Unterschied zwischen Feuerbach, Marx und den Junghegelianern vgl. M.G. Lange: L. Feuerbach und der junge Marx. In: L. Feuerbach. Kleine philosophische Schriften. Leipzig 1950.
18. MEGA, I 1/1, S. 63-64. Das Problem wird auch von K. Rosenkranz: Hegels Leben, Berlin 1844, S. 382 f, angeschnitten.
19. Heines Werke, Elster Ausgabe, Bd. IV, S. 148 ff: "... Ich habe hinter dem Maestro gestanden, als er sie (die Musik des Atheismus, G.L.) komponierte; freilich in sehr undeutlichen und verschnörkelten Zeichen, damit nicht jeder sie entziffere - ich sah manchmal, wie er sich ängstlich umschaute, aus Furcht, man verstände ihn ... Als ich einst unmutig war über das Wort: 'Alles, was ist, ist vernünftig', lächelte er sonderbar und bemerkte, es könnte auch heißen: 'Alles, was vernünftig ist, muß sein.'" Diese Stelle, die sich auf eine imaginäre Begegnung zwischen Heine und Hegel bezieht, wird von G. Lukács der in seinem Buch Der junge Hegel zitiert.
20. H. Marcuse: Vernunft und Revolution, Neuwied [2]1968, S. 16.
21. ebd., S. 18.
22. ebd., S. 18.
23. ebd., S. 23.
24. ebd., S. 24 ff.
[...]
43. H. Marcuse: Der eindimensionale Mensch. Neuwied, Berlin 1967, Kap. V und VI.
44. H. Marcuse: Vernunft und Revolution, a.a.O., S. 35.
45. ebd., S. 28-29.
46. ebd., S. 34.
47. ebd., S. 34.
48. J.P. Sartre: Der Ekel. Übersetzt von H. Wallfisch. Reinbek 1963, S. 133 ff.
49. ebd., S. 135, 136.
50. ebd., S. 137.
51. H. Marcuse: Vernunft und Revolution, a.a.O., S. 53.
51a. M. Heidegger: Was ist Metaphysik? Frankfurt 1949, S. 31.
52. H. Marcuse: Vernunft und Revolution, a.a.O., S. 49-50.
53. Dieser Ausdruck wurde ursprünglich im positiven Sinne gebraucht. Er wurde dann von F. Lombardi - im Sinne eines regressiven Phänomens - verwendet, und zwar in seinem Buch *Il senso della storia*, Florenz 1965, S. 137 ff., in dem der Autor sich häufig auf Bergson und Husserl bezieht. Vgl. auch F. Lombardi. *Filosofia e società*, Florenz 1967, S. 149 ff., sowie seine Einleitung zur Neuauflage von *Il mondo degli uomini*, Florenz 1967.
54. B. Croce: Logica come scienza del concetto puro. Bari 1942, S. 359.
55. M. Heidegger: Über den Humanismus. Frankfurt 1949, S. 39.
56. M. Horkheimer, Th. W. Adorno, Die Dialektik der Aufklärung, Frankfurt 1969, S. 92
57. H. Bergson: Schöpferische Entwicklung. Übersetzt von G. Kantorowicz. Jena 1921, S. 252, 253.
58. H. Bergson: Zeit und Freiheit. Übersetzt von P. Fohr. Meisenheim 1949, S. 191, 194.
59. ebd., S. 191, 194.
59a. I. Fetscher: Der Marxismus. Bd. I, München 1962.
60. H. Marcuse: Vernunft und Revolution, a.a.O., S. 106.
61. H. Marcuse: Der eindimensionale Mensch, a.a.O., S. 42.
62. K. Marx, MEGA, Bd. IV, Berlin 1964, S. 466.
63. K. Marx: Briefe aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern. MEGA, Bd. I, S. 344.
64. M. Horkheimer, Th.W. Adorno: Dialektik der Aufklärung, a.a.O., S. 227.
65. M. Heidegger: Vom Wesen der Wahrheit. Frankfurt 1949, S. 22. Vgl. dort auch die Auffassung der Geschichte als "Irrtum".

Friedrich Engels

Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk

("The Labour Standard" Nr. 1 vom 7. Mai 1881, Leitartikel)

Das ist nun während der letzten fünfzig Jahre der Wahlspruch der englischen Arbeiterbewegung gewesen. Er leistete gute Dienste zur Zeit des Aufstiegs der Trade-Unions nach Aufhebung der schändlichen Antikoalitionsgesetze von 1824; noch bessere Dienste leistete er zur Zeit der ruhmreichen Chartistenbewegung, als die englischen Arbeiter an der Spitze der europäischen Arbeiterklasse marschierten. Aber die Zeit bleibt nicht stehen, und gar viele Dinge, die vor fünfzig und selbst noch vor dreißig Jahren wünschenswert und notwendig waren, sind nun veraltet und würden völlig fehl am Platze sein. Gehört das altehrwürdige Losungswort auch zu diesen Dingen?
Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk? Aber was ist ein gerechter Tagelohn, und was ist ein gerechtes Tagewerk? Wie werden sie bestimmt durch die Gesetze, unter denen die moderne Gesellschaft existiert und sich entwikkelt? Um hierauf eine Antwort zu finden, dürfen wir uns weder auf die Wissenschaft von der Moral oder von Recht und Billigkeit berufen, noch auf irgendwelche sentimentalen Gefühle von Humanität, Gerechtigkeit oder gar Barmherzigkeit. Was moralisch gerecht ist, ja selbst was dem Gesetz nach gerecht ist, kann weit davon entfernt sein, sozial gerecht zu sein. Über soziale Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit wird durch eine einzige Wissenschaft entschieden - durch die Wissenschaft, die sich mit den materiellen Tatsachen von Produktion und Austausch befaßt, die Wissenschaft von der politischen Ökonomie.
Was wird nun nach der politischen Ökonomie ein gerechter Tagelohn und ein gerechtes Tagewerk genannt? Einfach die Lohnhöhe und die Dauer und Intensität einer Tagesarbeit, die durch die Konkurrenz des Unternehmers und des Arbeiters auf dem freien Markt bestimmt werden. Und was sind sie, wenn sie derart bestimmt werden?
Ein gerechter Tagelohn ist unter normalen Bedingungen, die Summe, die erforderlich ist, dem Arbeiter die Existenzmittel zu verschaffen, die er entsprechend dem Lebensstandard seiner Stellung und seines Landes benötigt, um sich arbeitsfähig zu erhalten und sein Geschlecht fortzupflanzen. Die wirkliche Lohnhöhe mag, je nach den Schwankungen des Geschäftsganges manchmal über, manchmal unter diesem Satze liegen; unter normalen Bedingungen sollte dieser Satz jedoch den Durchschnitt aller Lohnschwankungen bilden.
Ein gerechtes Tagewerk ist diejenige Dauer des Arbeitstages und diejenige Intensität der tatsächlichen Arbeit, bei denen ein Arbeiter die volle Arbeitskraft eines Tages verausgabt, ohne seine Fähigkeit zu beeinträchtigen, am nächsten Tag und an den folgenden Tagen dieselbe Arbeitsmenge zu leisten.
Der Vorgang kann demnach folgendermaßen beschrieben werden: Der Arbeiter gibt dem Kapitalisten die volle Arbeitskraft eines Tages, das heißt, so viel er geben kann, ohne die ununterbrochene Wiederholung des Vorgangs unmöglich zu machen. Im Austausch erhält er gerade so viel und nicht mehr an Existenzmitten, wie nötig sind, um die Wiederholung desselben Geschäfts jeden Tag zu ermöglichen. Der Arbeiter gibt so viel, und der Kapitalist so wenig, wie es die Natur der Übereinkunft zuläßt. Das ist eine sehr sonderbare Sorte von Gerechtigkeit.
Wir wollen aber etwas tiefer in die Sache eindringen. Da nach den politischen Ökonomen Lohn und Arbeitszeit durch die Konkurrenz bestimmt werden, scheint es die Gerechtigkeit zu verlangen, daß beide Seiten zu den gleichen Bedingungen denselben gerechten Ausgangspunkt haben. Aber das ist nicht der Fall. Wenn der Kapitalist mit dem Arbeiter nicht einig werden kann, kann er es sich leisten, zu warten, und von seinem Kapital zu leben. Der Arbeiter kann das nicht. Er hat nur seinen Lohn zum Leben und muß daher Arbeit annehmen, wann, wo und zu welchen Bedingungen er sie bekommen kann. Der Arbeiter hat keinen gerechten Ausgangspunkt. Durch den Hunger ist er außerordentlich benachteiligt. Und dennoch ist das nach der politischen Ökonomie der Kapitalistenklasse der Gipfel der Gerechtigkeit.
Aber das ist noch das wenigste. Die Anwendung von mechanischer Kraft und Maschinerie in neuen Gewerben und die Ausbreitung und Vervollkommnung der Maschinerie in Gewerben, in denen sie sich bereits durchgesetzt hat, verdrängen immer mehr "Hände" von ihrem Arbeitsplatz; und das geschieht in weit schnellerem Tempo, als die überflüssig gewordenen "Hände" von den Fabriken des Landes aufgesogen und beschäftigt werden können. Diese überflüssigen "Hände" stellen dem Kapital eine richtige industrielle Reservearmee zur Verfügung. Bei schlechtem Geschäftsausgang mögen sie hungern, betteln, stehlen oder ins Arbeitshaus gehen; bei gutem Geschäftsgang sind zur Hand für die Ausdehnung der Produktion; und solange nicht auch der allerletzte Mann, die letzte Frau und das letzte Kind Arbeit gefunden haben söllten - was nur in Zeiten stürmischer Überproduktion der Fall ist-, solange wird die Konkurrenz dieser Reservearmee die Löhne niedrig halten und durch ihre bloße Existenz die Macht des Kapitals in seinem Kampf gegen die Arbeiter verstärken. In dem Wettlauf mit dem Kapital sind die Arbeiter nicht nur benachteiligt, sie haben eine ans Bein geschmiedete Kanonenkugel mitzuschleppen. Aber das ist nach der kapitalistischen politischen Ökonomie Gerechtigkeit.
Nun wollen wir untersuchen, aus welchem Fonds das Kapital diese so überaus gerechten Löhne zahlt. Aus dem Kapital natürlich. Aber Kapital produziert keine Werte. Arbeit ist, abgesehen vom Grund und Boden, die einzige Quelle des Reichtums; Kapital ist nichts weiter als aufgehäuftes Arbeitsprodukt. Hieraus folgt, daß der Arbeitslohn aus der Arbeit gezahlt wird und daß der Arbeiter aus seinem eigenen Arbeitsprodukt entlohnt wird. Entsprechend dem, was man gewöhnlich Gerechtigkeit nennt, müßte der Lohn des Arbeiters aus dem Produkt seiner Arbeit bestehen. Aber das würde nach der politischen Ökonomie nicht gerecht sein. Im Gegenteil, das Arbeitsprodukt des Arbeiters geht an den Kapitalisten, und der Arbeiter erhält davon nicht mehr als die bloßen Existenzmittel. Und das Ende dieses ungewöhnlich "gerechten" Wettlaufs der Konkurrenz ist somit, daß das Arbeitsprodukt derer, die arbeiten, unvermeidlich in den Händen derer angehäuft wird, die nicht arbeiten, und in ihren Händen zu dem mächtigsten Mittel wird, eben die Menschen zu versklaven, die es hervorgebracht haben.
Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk! Mancherlei wäre auch über das gerechte Tagewerk zu sagen, dessen Gerechtigkeit auf genau der gleichen Höhe steht wie die Löhne. Aber das müssen wir uns für eine andere Gelegenheit aufsparen. Aus dem Dargelegten geht ganz klar hervor, daß sich das alte Losungswort überlebt hat und heutzutage kaum noch Stich hält. Die Gerechtigkeit der politischen Ökonomie, wie sie in Wirklichkeit die Gesetze fixiert, die die bestehende Gesellschaft beherrschen, diese Gerechtigkeit ist ganz auf der einen Seite -auf der des Kapitals. Begrabt darum den alten Wahlspruch für immer, und ersetzt ihn durch einen anderen:

Besitzer der Arbeitsmittel - der Rohstoffe, Fabriken und Maschinen - soll das arbeitende Volk selbst sein.

Friedrich Engels

Das Lohnsystem

("The Labour Standard" Nr. 3 vom 21. Mai 1881, Leitartikel)

In einem früheren Artikel untersuchten wir den altehrwürdigen Wahlspruch "Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!" mit dem Ergebnis, daß der gerechteste Tagelohn unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen unvermeidlich gleichbedeutend ist mit der allerungerechtesten Teilung des vom Arbeiter geschaffenen Produkts, da der größere Teil dieses Produkts in die Tasche der Kapitalisten fließt, während der Arbeiter gerade mit soviel vorliebnehmen muß, wie er benötigt, sich arbeitsfähig zu erhalten und sein Geschlecht fortzupflanzen.
Das ist ein Gesetz der politischen Ökonomie oder, mit anderen Worten, ein Gesetz der gegenwärtigen ökonomischen Organisation der Gesellschaft, das mächtiger ist als alle ungeschriebenen und geschriebenen Gesetze Englands zusammen, das Kanzleigericht eingeschlossen. Solange die Gesellschaft in zwei feindliche Klassen geteilt ist: auf der einen Seite die Kapitalisten, die die Gesamtheit der Produktionsmittel - Grund und Boden, Rohstoffe, Maschinen - monopolisieren; auf der anderen Seite die Arbeiter, die arbeitende Bevölkerung, die jeglichen Eigentums an den Produktionsmitteln beraubt sind und nichts anderes besitzen als die eigene Arbeitskraft - solange diese gesellschaftliche Organisation besteht, wird das Lohngesetz allmächtig bleiben und jeden Tag aufs neue die Ketten schmieden, die den Arbeiter zum Sklaven seines eigenen vom Kapitalisten monopolisierten Produkts machen.

Karl Marx

Auszug aus der *Kritik des Gothaer Programms*

3. "Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrags".
"Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut"! Soll wohl heißen ihre "Verwandlung in Gemeingut". Doch dies nur nebenbei.
Was ist "Arbeitsertrag"? Das Produkt der Arbeit oder sein Wert? Und im letzteren Fall, der Gesamtwert des Produkts oder nur der Wertteil, den die Arbeit dem Wert der aufgezehrten Produktionsmittel neu zugesetzt hat?
"Arbeitsertrag" ist eine lose Vorstellung die Lassalle an die Stelle bestimmter ökonomischer Begriffe gesetzt hat.
Was ist "gerechte" Verteilung?
Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung "gerecht" ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige "gerechte" Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus dem ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über "gerechte" Verteilung?
Um zu wissen, was man sich bei dieser Gelegenheit unter der Phrase "gerechte Verteilung" vorzustellen hat, müssen wir den ersten Paragraphen mit diesem zusammenhalten. Letzterer unterstellt eine Gesellschaft, worin "die Arbeitsmittel Gemeingut sind und die Gesamtarbeit genossenschaftlich geregelt ist", und aus dem ersten Paragraphen ersehen wir, daß "der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern gehört".
"Allen Gesellschaftsgliedern"? Auch den nicht arbeitenden? Wo bleibt da "der unverkürzte Arbeitsertrag"? Nur den arbeitenden Gesellschaftsgliedern? Wo bleibt da "das gleiche Recht" aller Gesellschaftsglieder?
Doch "alle Gesellschaftsglieder" und "das gleiche Recht" sind offenbar nur Redensarten. Der Kern besteht darin, daß in dieser kommunistischen Gesellschaft jeder Arbeiter seinen "unverkürzten" Lasalleschen "Arbeitsertrag" erhalten muß.
Nehmen wir zunächst das Wort "Arbeitsertrag" im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag das *gesellschaftliche Gesamtprodukt*.
Davon ist nun abzuziehen:
Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel.
Zweitens: zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion.
Drittens: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse etc.
Diese Abzüge vom "unverkürzten Arbeitsertrag" sind eine ökonomische Notwendigkeit, und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar.
Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt, als Konsumtionsmittel zu dienen.
Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab:
Erstens: die allgemeinen, nicht direkt zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten.
Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutendste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maß, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.
Zweitens: was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc.
Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwikkelt.
Drittens: Fonds für Arbeitsunfähige etc., kurz, für, was heute zur sog. offiziellen Armenpflege gehört.
Erst jetzt kommen wir zu der "Verteilung", die das Programm, unter Lassalleschen Einfluß, bornierterweise allein ins Auge faßt, nämlich an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird.
Der "unverkürzte Arbeitsertrag" hat sich unterderhand bereits in den "verkürzten" verwandelt, obgleich, was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsglied zugut kommt.
Wie die Phrase des "unverkürzten Arbeitsertrags" verschwunden ist, verschwindet jetzt die Phrase des "Arbeitsertrags" überhaupt.
Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit *als Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene

sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren. Das Wort "Arbeitsertrag", auch heutzutage wegen seiner Zweideutigkeit verwerflich, verliert so allen Sinn.

Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent - nach den Abzügen - exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundsoviel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat an Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück.

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andrerseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehn kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht.

Das *gleiche Recht* ist hier daher immer noch - dem Prinzip nach - das bürgerliche Recht, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warentausch nur *im Durchschnitt*, nicht für den einzelnen Fall existiert.

Trotz dieses Fortschritts ist dieses *gleiche Recht* stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen *proportionell*; die Gleichheit besteht darin, daß an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies *gleiche* Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. *Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.* Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehn; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedne Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer *bestimmten* Seite faßt, z.B. im gegebnen Fall sie *nur als Arbeiter* betrachtet und weiter nichts in ihnen sieht, von allem andern absieht. Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andre nicht; einer hat mehr Kinder als der andre etc.etc. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein.

Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein also die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.

In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!

Ich bin weitläufiger auf den "unverkürzten Arbeitsertrag" einerseits, "das gleiche Recht", die "gerechte Verteilung" andrerseits eingegangen, um zu zeigen, wie sehr man frevelt, wenn man einerseits Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jetzt aber zu veraltetem Phrasenkram geworden, unsrer Partei wieder als Dogmen aufdrängen will, andrerseits aber die realistische Auffassung, die der Partei so mühvoll beigebracht worden, aber Wurzeln in ihr geschlagen, wieder durch ideologische Rechts- und andre, den Demokraten und französischen Sozialisten so geläufige Flausen verdreht.

Abgesehen von dem bisher Entwickelten war es überhaupt fehlerhaft, von der sog. *Verteilung* Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen.

Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst; letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst. Die kapitalistische Produktionsweise z.B. beruht darauf, daß die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft, sind. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedne Verteilung der Konsumtionsmittel. Der Vulgärsozialismus (und von ihm wieder ein Teil der Demokratie) hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen, die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen. Nachdem das wirkliche Verhältnis längst klargelegt, warum wieder rückwärtsgehn?

Rolf Nemitz

Ideologie als "notwendig falsches Bewußtsein" bei Lukács und der Kritischen Theorie*

1. Entstehungsbedingungen von "Geschichte und Klassenbewußtsein"

Auch wenn man bezweifeln wollte, "daß Lukács neben Lenin und Gramsci der hervorragendste Philosoph war, der in unserem Jahrhundert aufgetreten ist" (Siemek 1977, 59) - zu den einflußreichsten gehört er ganz gewiß. Seine Studien über "Geschichte und Klassenbewußtsein" aus dem Jahre 1923 "sind der locus classicus vieler Themen, die bei der seit dem Verfall der Zweiten Internationale andauernden Debatte über das Wesen des Marxismus im Zentrum stehen" (McDonough 1977, 33).

Für den "linken Radikalismus" ist "Geschichte und Klassenbewußtsein" bis heute der klassische Text. Lukács' Einfluß auf die beiden hierzulande wirksamsten marxistischen Strömungen, die "Frankfurter Schule" und den in den sozialistischen Ländern vorherrschenden Marxismus, dürfte schwerlich zu überschätzen sein. Adorno spricht von "Geschichte und Klassenbewußtsein" als dem Werk, in dem Lukács "als dialektischer Materialist die Kategorie der Verdinglichung" - ein Zentralbegriff der Kritischen Theorie - "erstmals auf die philosophische Problematik prinzipiell anwandte" (Adorno 1961, 152); Alfred Schmidt beruft sich bei seiner Kritik an Engels' Auffassung der Naturdialektik ausdrücklich auf dieses Buch (Schmidt 1971, 57; vgl. auch 66); Helmut Reichert erwähnt zwar in seiner Untersuchung des Kapitalbegriffs bei Karl Marx (Reichert 1970) Lukács mit keinem Wort, seine Auffassung des Marxismus als "Methode auf Widerruf", seine Interpretation des "Kapital" als einer Dialektik von Subjekt und Objekt sind jedoch, wie die ganze hegelianisierende Marx-Interpretation der "Frankfurter Schule", nichts weiter als Aufnahme und Ausführung der wichtigsten Theoreme aus "Geschichte und Klassenbewußtsein". Obwohl Lukács, "der zweifellos berühmteste aller marxistischen Theoretiker nach Lenin, ... von den Theoretikern des 'offiziellen' Marxismus unermüdlich kritisiert, angegriffen und verstoßen wurde" (de la Vega 1977, 121), ist dieser "offizielle Marxismus", zumindest in der DDR, ohne den Einfluß des späten Lukács kaum zu denken. In der sowjetischen Besatzungszone erlangte er "auf literaturtheoretischem und philosophischem Gebiet eine Geltung, wie sie kaum jemals ein Literaturwissenschaftler zuvor besessen hatte." (Mittenzwei 1975, 86). Doch auch der frühe Lukács ist hier nicht ohne Wirkung geblieben. Dies betrifft nicht zuletzt seine Ideologietheorie. Wenn beispielsweise Richard Sorg (1976) den Warenfetischismus als Grundlage der Ideologietheorie von Marx und Engels ansieht und sich dabei auf die führenden DDR-Philosophen Wolfgang Eichhorn I und Erich Hahn berufen kann (Eichhorn/Hahn 1967/68), so steht dies, obwohl er den Namen nicht nennt, unübersehbar in der Tradition von "Geschichte und Klassenbewußtsein".

Auf die meisten heutigen Leser wird "Geschichte und Klassenbewußtsein" den Eindruck einer abstrakt-philosophischen Abhandlung machen. Für Lukács und seine Zeitgenossen war das Buch, geschrieben kurz nach dem Sieg der Rätererevolution in Rußland und ihrer verheerenden Niederlage in Westeuropa, eine Verarbeitung der Erfahrungen der Revolutionsjahre. Geboren 1885 in Budapest als Sohn eines geadelten Bankdirektors, Schüler Simmels, Mitglied des "Max-Weber-Kreises", international angesehener Autor auf dem Gebiet der Philosophie und Ästhetik, führenden verschiedenen Zirkeln der oppositionellen ungarischen Intelligenz, tritt er Ende 1918 der eben gegründeten winzigen KP Ungarns bei, wird ins ZK kooptiert, nach der verhängnisvollen Vereinigung der Partei mit der Sozialdemokratie und dem Sieg der Revolution im März 1919 Volkskommissar für das Unterrichtswesen und nach Kontroversen über seine Kulturpolitik als politischer Kommissar zur Armee versetzt. Nach dem Sturz der Räteregierung im August 1919 versucht er mit einem Genossen, die illegale Arbeit in Budapest aufzubauen, muß vor dem gegenrevolutionären Terror nach Wien fliehen, wird dort aufgrund eines Auslieferungsbegehrens verhaftet und kommt, nach einer Protestkampagne prominenter deutscher Intellektueller (darunter Richard Dehmel, Paul Ernst, Bruno Frank, Alfred Kerr, Heinrich und Thomas Mann, Ernst Bloch) Ende 1919 wieder frei. In Wien wird er führendes Mitglied der "mühsam um ... die Überwindung des Status eines bloßen Emigrationsclubs ringenden kleinen KPU" (Kammler 1974, 142). In den erbitterten Fraktionskämpfen lehnt er, als einer der Exponenten der Landler-Fraktion, "die auf einen baldigen erneuten Revolutionsversuch in Ungarn gerichtete Perspektive des Sinowjew-Schützlings Bela Kun entschieden" ab (ebd.). Er arbeitet maßgeblich mit in der von Gerhard Eisler (dem Bruder des Komponisten) geleiteten Zeitschrift "Kommunismus. Zeitschrift der Kommunistischen Internationale für die Länder Südosteuropas" und ist hier "zuvörderst an dem Versuch beteiligt, eine theoretische Plattform für die starke linkskommunistische Strömung der Komintern zu schaffen. ... Damit gerät er ... in Gegensatz zur Politik der Komintern, die vor allem nach der fehlgeschlagenen 'März-Aktion' in Deutschland 1921 entschieden gegen die linkskommunistischen Elemente in der 3. Internationale vorging, und die sich im Fraktionskampf der KPU letzten Endes ... entschieden hinter Bela Kun stellte" (ebd., 142f). "Das harte Eingreifen des EKKI (= Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale) in den Fraktionskampf der KPU seit dem Sommer 1921, das die Auflösung der Publikationsorgane der Partei und zugleich der einer linkssektiererischen Linie bezichtigten Zeitschrift 'Kommunismus' implizierte und das Wiener Emigrationszentrum der ungarischen KP praktisch liquidierte, bedeutet für Lukács de facto den Abschluß einer Phase der theoretisch-praktischen Aktivität, deren Credo und Fazit er in 'Geschichte und Klassenbewußtsein' vorlegte" (ebd. 143). "Das Werk löst sogleich eine lebhafte Diskussion aus. In der Ungarischen KP kommt es zu heftigen Debatten, in deren Folge sich namhafte Angehörige der Landler-Fraktion in einem Brief an die Komintern von dem Buch distanzieren, weil die Fraktion ein öffentliches Auftreten gegen Lukács untersagt hatte ... 'Geschichte und Klassenbewußtsein' wird zu einem der zentralen Angriffspunkte in den Auseinandersetzungen innerhalb der Kommunistischen Internationale um revisionistische Tendenzen in der kommunistischen Weltbewegung." (Rosenberg 1975, 405f). Auf dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale Mitte 1924 wird Lukács' Position heftig kritisiert. Deborin veröffentlicht eine Kritik an "Geschichte und Klassenbewußtsein" (Deborin 1969).

Politische Brisanz gewannen Lukács' Ansichten durch die Kritik am Leninschen Parteikonzept, an der Mitarbeit in Parlamenten und Gewerkschaften und an der Kooperation mit dem linken Flügel der "zentristischen" Arbeiterparteien (wie USPD), womit er in den Auseinandersetzungen der Dritten Internationale mitten im Lager des "Links"-Kommunismus stand. Es ist interessant, daß Lenin in einer Kritik am "linken Radikalismus" der Zeitschrift "Kommunismus" Lukács ausgerechnet seiner Methode wegen kritisierte - einen Autor, der mit der Behauptung, "Orthodoxie in Fragen des Marxismus bezieht sich ... ausschließlich auf die *Methode*" (171), berühmt geworden ist: "Der Artikel von G.L. ist ein sehr radikaler und sehr schlechter Artikel. Der Mar-

xismus darin ist ein Marxismus der bloßen Worte ... Es fehlt eine konkrete Analyse ganz bestimmter historischer Situationen. Das Wesentlichste (die Notwendigkeit, alle Arbeitsgebiete und Einrichtungen, durch welche die Bourgeoisie ihren Einfluß auf die Massen ausübt usw., zu erobern und erobern zu lernen) bleibt unberücksichtigt." (LW 31, 153f) Im selben Artikel kritisiert er Lukács' Gegner Bela Kun mit ähnlicher Argumentation: "Gen. B.K. übt Kritik auf Grund von Zitaten aus Marx, die sich auf eine der jetzigen ganz unähnliche Situation beziehen ... Er umgeht das, worin das innerste Wesen, die lebendige Seele des Marxismus besteht: die konkrete Analyse einer konkreten Situation." (LW 31, 154). Überhaupt erscheint der "linke Radikalismus" in Lenins Darstellung weniger als eine bestimmte politische Position als vielmehr als Effekt der Übertragung einer theoretischen Arbeitsweise mit begrenzter Leistungsfähigkeit auf eine Situation, in der etwas anderes gebraucht wird: statt der Verteidigung allgemeiner Wahrheiten des Marxismus (die zuweilen nötig sein kann) die konkrete Analyse. Die Notwendigkeit, den "linken Radikalismus" zu bekämpfen, folgt aus seinem "operativen Ideologiebegriff" (s. Kapitel 2 dieses Bandes; gemeint ist der Band, dem wir diesen Aufsatz entnommen haben, Anm. d. Hg.). Seine These, in unserer Sprache: Der "linke Radikalismus" verhindert den Bruch mit der ideell vermittelten Vergesellschaftung von oben und die Herausbildung einer horizontalen Vergesellschaftung in der Perspektive des Abbaus aller ideologischen Mächte. "Solange es sich darum handelte (und insoweit es sich noch darum handelt), die Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen, solange und insoweit tritt die Propaganda an die erste Stelle; sogar Zirkel mit allen dem Zirkelwesen eigenen Schwächen sind hier nützlich und zeitigen fruchtbare Ergebnisse. Wenn es sich um die praktische Aktion der Massen, um die Verteilung ... von Millionenarmeen, um die Gruppierung *aller* Klassenkräfte einer gegebenen Gesellschaft *zum letzten und entscheidenden Kampf* handelt, so kann man allein mit propagandistischer Gewandtheit, allein mit der Wiederholung der Wahrheiten des 'reinen' Kommunismus nichts mehr ausrichten." (LW 31, 81) "Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen ... Damit ... wirklich die ganze Klasse, damit wirklich die breiten Massen der Werktätigen und vom Kapital Unterdrückten zu dieser Position gelangen, dazu ist Propaganda allein, Agitation allein zuwenig. Dazu bedarf es der eigenen politischen Erfahrung dieser Massen. Das ist das grundlegende Gesetz aller großen Revolutionen ... Konnte die erste historische Aufgabe (die Gewinnung der klassenbewußten Vorhut des Proletariats für die Sowjetmacht und die Diktatur der Arbeiterklasse) nicht ohne den vollen ideologischen und politischen Sieg über den Opportunismus und Sozialchauvinismus gelöst werden, so kann die zweite Aufgabe, die nun zur nächsten wird und die in der Fähigkeit besteht, die *Massen* heranzuführen an die neue Position, die den Sieg der Vorhut in der Revolution zu sichern vermag - so kann diese nächste Aufgabe nicht erfüllt werden, ohne daß man mit dem linken Doktrinarismus aufräumt" (LW 31, 80f).

2. Kern des Ideologischen: das verdinglichte Bewußtsein

Im Zentrum von Lukács' Überlegungen über die Möglichkeiten der Revolution nach ihrem Scheitern stehen die "Ideologienprobleme des Kapitalismus" (258). Mit einer Reihe anderer kommunistischer Theoretiker war er - in Reaktion auf den Ökonomismus der Zweiten Internationale - zu der Auffassung gelangt, daß hier die Ursachen für die unerwartete Stabilität des westlichen Kapitalismus zu suchen seien. Eugen Varga, führender Wirtschaftspolitiker und Ökonom der ungarischen Räterepublik (später der Kommunistischen Internationale): "Bei der unvoreingenommenen geistigen Durchdringung des Verlaufes der ungarischen Rätediktatur ergab es sich im allgemeinen, daß der Ideologie in revolutionären Zeitläufen eine viel größere Bedeutung zugestanden werden muß, als ein großer Teil der Marxisten glaubt." (z.n. Kammler 1974, 148). Anton Pannekoek, Revolutionstheoretiker der Fraktion des "linken Radikalismus", leitete die Notwendigkeit der "radikalen" Taktik für Westeuropa "in erster Linie aus der spezifischen ideologischen Struktur des westeuropäischen Proletariats" ab: "die langandauernde, intensive Vorherrschaft einer hochentwickelten und differenzierten bürgerlichen Kultur habe im Gegensatz zu Rußland - zu einer schwer zu überwindenden Verankerung bürgerlich-ideologischer Strukturen im Bewußtsein des Proletariats geführt." (Kammler 1974, 164). In Deutschland befaßten sich Rosa Luxemburg und Karl Korsch mit dem Problem. In Italien war Gramsci zu vergleichbaren Überlegungen gekommen (s. Kapitel 4 dieses Bandes; gemeint ist der Band, dem wir diesen Aufsatz entnommen haben, Anm. d. Hg.). Lukács sieht die Ursache für die Schwierigkeiten der Revolution darin, daß großen Teilen der arbeitenden Klassen der Kapitalismus als naturgegeben unveränderlich erscheint; sie erkennen nicht dessen "historischen, d.h. transitorischen, vorübergehenden Charakter" (186). Im Kampf gegen diese "Verewigung des Kapitalismus" (183) besteht für Lukács die Aufgabe revolutionärer Theorie im "Zerreißen der Ewigkeitshülle" (187). In den Begriffen von Roland Barthes (1964) könnte man dies so ausdrücken: Der beständigen "Denomination", "Entnennung" des Kapitalismus hat der Theoretiker das fortwährende Benennen entgegenzusetzen. Bei Lukács' Analyse des "Entnennungs"-Vorgangs spielt der Ideologie-Begriff allerdings keine besondere Rolle. Er hat, überwiegend in adjektivischen Wendungen wie "ideologische Gebilde" (183), "ideologische Fragen" (254) usw. verwandt, verschiedene Bedeutungen, die Lukács vermutlich im damaligen internationalen Marxismus vorgefunden hat. Man kann drei Verwendungsweisen unterscheiden.

Lukács redet von "einem ideologischen Kampfe um das Bewußtsein, um Verhüllung oder Aufdeckung des Klassencharakters der Gesellschaft" (233). Ideologie ist hier die zwischen den Klassen umkämpfte Art und Weise, in der die Produktionsverhältnisse gedacht werden. Die "ideologische Geschichte der Bourgeoisie ist ... nichts anderes, als ein verzweifelter Kampf gegen die Einsicht in das wahre Wesen der von ihr geschaffenen Gesellschaft, gegen das wirkliche Bewußtsein ihrer Klassenlage." (241) Sie habe ein "ideologisches Bedürfnis" (182), ihre eigene "Produktionsordnung ... so aufzufassen, als wäre sie von zeitlos geltenden Kategorien geformt" (182), und verwende hierzu das "Erkenntnisideal der Naturwissenschaften" als "ideologisches Kampfmittel" (182). Durch Theorie und Praxis des Proletariats werde die Bourgeoisie "ideologisch in eine bewußte Defensive gedrängt. Der dialektische Widerspruch im 'falschen' Bewußtsein der Bourgeoisie verschärft sich, das 'falsche' Bewußtsein wird zu einer Falschheit des Bewußtseins." (240) Da "das Schicksal der Revolution ... von der ideologischen Reife des Proletariats, von seinem Klassenbewußtsein" abhänge (245), gehe es, in einer "ideologischen Krise" um "die ideologische Überwindung des Kapitalismus" (255). Ideologische Reife" wird hier mit "Klassenbewußtsein" gleichgesetzt. Ist demnach Klassenbewußtsein eine Ideologie? Lukács schließt sich dem bei Lenin beobachteten Sprachgebrauch an, wenn auch, wie die Anführungszeichen signalisieren, mit Vorbehalten: "Für das Proletariat ist seine 'Ideologie' keine Flagge, unter der es kämpft, kein Deckmantel der eigentlichen Zielsetzungen, sondern die Zielsetzung und die Waffe selbst." (245).

Der "ideologische Kampf" um das Bewußtsein von den Produktionsverhältnissen hat verschiedene Orte. "Jedoch ob diese Verewigung des Kapitalismus von der ökonomischen Basis oder von den ideologischen Gebilden aus ... geschieht, läuft im Wesen der Sache auf dasselbe hinaus." (183) Hier finden wir, mit dem Hinweis auf die "ideologischen Gebilde", einen zweiten Ideologie-Begriff, der in seinem Gegensatz zur "Basis" anscheinend den "Überbau" meint und hier vor allem, wie aus anderen Stellen hervorgeht, die Bereiche von Wissenschaft und Kultur: so spricht er vom "theoretischen und praktischen Verhalten des Proletariats zu rein ideologischen Fragen, zu den Fragen der Kultur" (254). Auch hier ist der Rückgriff auf den Sprachgebrauch unschlüssig. An einer Stelle hält er es für nötig, die Anführungszeichen durch das distanzierende "sogenannt" zu ergänzen: die Vulgärökonomie erweise sich als unfähig, "den Zusammenhang der sogenannten 'ideologischen' Formen der Gesellschaft mit ihrer ökonomischen Grundlage... zu begreifen" (207).

Schließlich gibt es eine Reihe von Formulierungen, in denen die distanzierende Verwendung eines neutralen Ideologie-Begriffs in eine rein pejorative umschlägt, so wenn er davon spricht, daß die Hegel-Epigonen die geschichtlichen Ereignisse "mit ihren rein ideologischen Konstruktionen" (207) nicht treffen können. Auch hier sichert er sich häufig durch Anführungszeichen und Adjektive ab. Über das Kleinbürgertum heißt es: "Seine eigenen Ziele, die eben ausschließlich in seinem Bewußtsein existieren, müssen ... immer ausgehöhltere, vom gesellschaftlichen Handeln immer losgelöstere, rein 'ideologische' Formen werden." (234). Und über das Proletariat: "Jede unprinzipielle oder prinzipienlose Taktik des Proletariats erniedrigt den historischen Materialismus zur bloßen 'Ideologie'" (245). Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen diesen Verwendungsweisen des Ideologie-Begriffs wird von Lukács nicht gestellt. Seine Kritik erschöpft sich in distanzierendem Signalement. Auf diesem Wege werden wir also keine Einsicht in seine Theorie des Ideologischen bekommen. Wir müssen uns seiner Hauptkategorie zuwenden, in der er das Ideologische theoretisch faßt: es ist dies das "ideologische Phänomen der Verdinglichung" (269).

Ausgehend von der Problembestimmung, "daß das Bewußtsein des Proletariats der Verdinglichung vorläufig noch erlegen ist" (252), entwickelt Lukács seine Analyse des Ideologischen als Theorie der Verdinglichung. Das Kernstück dieser Theorie stellt er als einfaches Referat der Marxschen Untersuchung des Fetischcharakters der Ware dar. Mit seiner Einschätzung, daß es "kein Problem dieser Entwicklungsstufe der Menschheit" gebe, "dessen Lösung nicht in der Lösung des Rätsels der Warenstruktur gesucht werden müßte" (257), steht er am Beginn jener Tradition in der Marx-Rezeption, wonach in diesem Kapitel und vor allem im letzten Abschnitt über den "Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis" "die ausdrücklichste und genaueste Formulierung des theoretischen und geschichtlichen Standpunktes der ganzen materialistischen Gesellschaftslehre" (Korsch 1969, 101) gesehen werden muß.

Lukács will auf die Probleme hinweisen, "die sich aus dem Fetischcharakter der Ware, als Gegenständlichkeitsform einerseits und aus dem ihr zugeordneten Subjektverhalten andererseits ergeben; deren Verständnis uns erst einen klaren Blick in die Ideologienprobleme des Kapitalismus und seines Untergangs ermöglicht." (258) Das "Wesen der Warenstruktur" beruhe darauf, "daß ein Verhältnis, eine Beziehung zwischen Personen den Charakter einer Dinghaftigkeit" erhält (257). Damit erscheinen die gesellschaftlichen Verhältnisse als natürlich und unveränderbar. In diesem von Marx analysierten Vorgang sieht Lukács den Grund für die "Verewigung des Kapitalismus" (183). Was dies für die Tätigkeit der Menschen in der Praxis des Tauschens, Kaufens und Verkaufens bedeutet, wird von Lukács nicht näher untersucht, ihn interessieren vor allem die Auswirkungen auf den Arbeitsprozeß. An der Ware selbst interessiert ihn vor allem, daß sie zur "Universalkategorie des gesamten gesellschaftlichen Seins" (260) geworden sei. Zunächst fällt hierbei eine Totalisierung des Erklärungsanspruchs der Warenanalyse auf, wie sie bei Marx nirgends zu finden ist. Dort hatte es noch bescheiden geheißen, das "Rätsel des Warenfetischs" sei der Zugang zum "Rätsel des Geldfetischs" (MEW 23, 108); bei Lukács gibt es überhaupt kein Problem dieser Gesellschaftsformation, das nicht letzten Endes durch Bezug auf die Ware gelöst werden könnte, das "Rätsel des Warenfetischs" wird zum Welträtsel. Von der Koexistenz kapitalistischer und vorkapitalistischer Formen ist keine Rede; die vielfältigen Zusammenhänge, in denen die Menschen sich, auch im Kapitalismus, nicht als Warenbesitzer gegenübertreten, in Kirche, Familie, Schule, Vereinen usw., werden keines Gedankens für wert befunden. Die Fiktion eines Kapitalismus mit einer "einheitlichen Wirtschaftsstruktur", die "eine - formell - einheitliche Bewußtseinsstruktur" für die Gesamtheit der Gesellschaft hervorgebracht (275) habe, die Unterstellung, die theoretischen Abstraktionen im "Kapital" erfaßten vollständig die empirische Wirklichkeit, muß für die Analyse des Alltagsbewußtseins gravierende Folgen haben. Die Frage nach dessen Heterogenität und Widersprüchlichkeit (der Gramsci besondere Aufmerksamkeit widmete, s. Kapitel 4 dieses Bandes; gemeint ist der Band, dem wir diesen Aufsatz entnommen haben, Anm. d. Hg.), kann im Rahmen von Lukács' "Kapital"-Interpretation, die die durch theoretische Anstrengung gewonnenen Wirklichkeitsaspekte zur Fülle des wirklichen Lebens verabsolutiert, nicht einmal gestellt werden.

Methodisch schlägt Lukács einen der Marxschen Analyse ganz entgegengesetzten Weg ein. Marx konzentriert seine analytischen Anstrengungen auf die "einfache, einzelne oder zufällige Wertform" (MEW 23, 63); auf das "Element" und den "Keim" (MEW 23, 85) der entwickelteren Formen. Wenn Lukács sagt, daß die Ware "nur als Universalkategorie des gesamten gesellschaftlichen Seins (...) in ihrer unverfälschten Wesensart begreifbar" sei (260), behauptet er damit, daß erst die Untersuchung der durchgesetzten Form zum Kern des Problems vorstoßen könne. Das Problem, was das "Unzulängliche" (MEW 23, 76) und die "Mängel" (MEW 23, 78) der einfachen Formen sind, die zur Produktion der komplizierteren Formen drängen, liegt außerhalb seines Gesichtskreises. Ihn interessiert das "verdinglichte Bewußtsein" (268) nur als Resultat, nicht in seinem notwendigen Gewordensein. Was bedeutet das für eine Theorie des Alltagsbewußtseins? Daß nicht nur die Widersprüchlichkeiten im Bewußtsein, die durch die Koexistenz und Überlagerung sehr unterschiedlicher Lebenspraxen entstehen, nicht erfaßt werden können, sondern genausowenig die Widersprüche im gewissermaßen reinen Wertform-Bewußtsein.

Im Lichte von Lukács' Marx-Lektüre stellt sich die Entwicklung des Arbeitsprozesses dar als Zerreißen einer unmittelbaren Einheit von Subjekt und Objekt des Arbeitsprozesses.

"Der Mensch erscheint weder objektiv noch in seinem Verhalten zum Arbeitsprozeß als dessen eigentlicher Träger, sondern er wird als mechanisierter Teil in ein mechanisches System eingefügt, das er fertig und in völliger Unabhängigkeit von ihm funktionierend vorfindet, dessen Gesetzen er sich willenlos zu fügen hat. Diese Willenlosigkeit steigert sich noch dadurch, daß mit zunehmender Rationalisierung und Mechanisierung des Arbeitsprozesses die Tätigkeit des Arbeiters immer stärker ihren Tätigkeitscharakter verliert und zu einer kontemplativen Haltung wird." (263f).

Wenn man sich den taylorisierten Arbeitsprozeß, den Lukács vor Augen hatte, konkret vorstellt, wirkt diese Behauptung zynisch, bestenfalls weltfremd. Die Behauptung vom "kontemplative(n) Verhalten einem mechanisch-gesetzmäßigen Prozeß gegenüber, der sich unabhängig vom Bewußtsein, unbeeinflußbar von ei-

ner menschlichen Tätigkeit abspielt, sich also als fertiges geschlossenes System offenbart" (264), wird durch jeden Streik, ja, jede Streikdrohung widerlegt. Wie kommt er darauf?

Lukács stellt die Arbeiter in der kapitalistischen Produktion dar wie die von der materiellen Produktion des Lebens abgetrennten Intellektuellen mit ihrem anschauenden Denken (s. Kapitel 1 dieses Bandes; gemeint ist der Band, dem wir diesen Aufsatz entnommen haben, Anm. d. Hg.). Die erste Feuerbachthese, mit der sich Marx gegen die Kopfprodukte bürgerlicher Intellektueller wie Feuerbach wandte - "Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus ... ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis; nicht subjektiv" (MEW 3, 5) - wird von Lukács anscheinend auf "die" Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft, vor allem die Arbeiter bezogen. Für ihn ist das anschauende Denken der Intellektuellen und das Für-Ewig-Halten des Kapitalismus durch die Arbeiter ein und dasselbe verdinglichte Bewußtsein. Eine spezielle Problematik des von der materiellen Produktion abgetrennten Denkens gibt es hier nicht, weil auch die Arbeiter als von dieser Produktion abgetrennt gedacht werden.

Der Kern dieses Problems liegt in Lukács' Gegenüberstellung der Ware "als Gegenständlichkeitsform einerseits und ... dem ihr zugeordneten Subjektsverhalten andererseits" (258). Damit verschwindet aus der Marxschen Wertformanalyse, daß diese Form" sozialer Praxis, Praxisform" (Haug 1976a, 159) ist. Wieder betrachtet Lukács die Sache vom Effekt her, der Ware auf der einen, dem Warenbesitzer auf der anderen Seite. Er verfehlt systematisch den Kern, nämlich die starre und selbständige Form, die die Tätigkeit hier gegenüber den Individuen annimmt, ohne doch etwas anderes zu sein als Tätigkeit, Praxis. Also nicht Gegenstand ("Objekt") auf der einen, "Subjekt" auf der anderen Seite, sondern eine den "Subjekten" fix und fertig gegenüberstehende Zwangsform, in der sie ihre Praxis zu organisieren haben. In dieser starren Form verhalten sich die Individuen keineswegs kontemplativ, ja, die Entwicklung dieser Form bedeutet geradezu eine Explosion von Subjektivität; in der einfachen Form des Verkaufens etwa die Künste des Beschwatzens, Überlistens, Sich-Einfühlens, Seinen-Vorteil-Wahrnehmens usw. Zwischen Warenbesitzer und Ware herrscht alles andere als ein kontemplatives Verhältnis - im Gegenteil, sie treibt ihn um. Als natürlich und gegeben erscheint in dieser Praxisform nur diese selbst; sie selbst ist nicht Gegenstand der Tätigkeit.

Das alltägliche Bewußtsein, soweit es durch die Warenstruktur bestimmt ist, erscheint bei Lukács nicht als das eine bestimmte Tätigkeit regulierende Bewußtsein, als "objektive Gedankenform" einer bestimmten Form menschlicher Praxis (MEW 23, 90; vgl. hierzu Haug 1976a, 174ff), sondern als Bewußtsein eines Subjekts gegenüber einem Objekt, als kontemplativ. Er hat freilich recht, was das Verhältnis des Individuums zum Gesamtzusammenhang dieser einzelnen Praxen betrifft; und insoweit dies in die individuelle Praxis hineinspielt, verhält sich das Individuum "anschauend". Ein "Preisrutsch" auf dem Markt wird im durchschnittlichen Fall eine hektische, ganz und gar nicht kontemplative Aktivität der Käufer und Verkäufer auslösen, in der sie versuchen, diesen Vorgang zu ihrem Vorteil zu kontrollieren, dies aber eingebettet in ein kontemplatives Verhalten gegenüber einem Schicksal, in das man sich schicken muß, das man ausnutzen, aber nicht beherrschen kann. Diese Andeutungen müssen hier genügen; sie dienen nur zur Illustration unserer Kritik an der Methode. Der "Schein der Einerleiheit" (MEW 23, 534), den sie produziert, eliminiert die Widersprüche des Alltagsbewußtseins, auf die es in der Perspektive seiner massenhaften Verwissenschaftlichung ankommt.

In der verdinglichten Keimform liegt für Lukács schon das verdinglichte Ganze. "Eine solche Wirkung der inneren Organisationsform des industriellen Betriebes wäre aber ... unmöglich, wenn sich in ihr nicht der Aufbau der ganzen kapitalistischen Gesellschaft konzentriert offenbaren würde." (265) Man lese hierzu die genau entgegengesetzten Darlegungen von Marx über die Teilung der Arbeit innerhalb der Fabrik und innerhalb der Gesellschaft (MEW 23, 371ff). Der Gegensatz zwischen planmäßiger, wenn auch despotischer Vergesellschaftung der Arbeit innerhalb des kapitalistischen Unternehmens und der planlosen Vergesellschaftung all dieser Arbeiten auf dem Markt wird unterschlagen, damit auch die entsprechend widersprüchlichen Bewußtseinsformen. In seinem Vorwort zur Neuauflage von "Geschichte und Klassenbewußtsein" im Jahre 1968 hat Lukács diesen Fehler sehr scharf kritisiert: "Es wird zwar versucht, alle ideologischen Phänomene aus ihrer ökonomischen Basis verständlich zu machen, aber die Ökonomie wird doch eingeengt, indem ihre marxistische Fundamentalkategorie, die Arbeit als Vermittler des Stoffwechsels der Gesellschaft mit der Natur aus ihr herausfällt ... Es verschwindet aber damit zugleich auch jene Wechselwirkung, die zwischen der echt materialistisch betrachteten Arbeit und der Entwicklung der arbeitenden Menschen obwaltet." (Lukács 1968a, 19) Der Keim der "forschenden, 'experimentierenden' Erfahrungsgewinnung" im Arbeitsprozeß (Holzkamp 1973, 130), die Entfaltung von Kooperationsbeziehungen, all das, worauf es in der Perspektive eines Abbaus der ideologischen Mächte durch die bewußte Selbst-Vergesellschaftung der Produzenten ankommt, fallen in "Geschichte und Klassenbewußtsein" den falschen Abstraktionen zum Opfer.

In "Geschichte und Klassenbewußtsein" treten an die Stelle eines gemeinschaftlichen Lebensprozesses die "rationell verdinglichte(n) Beziehungen" (266) isolierter Warenbesitzer. "Freilich ist die so entstehende Isolierung und Atomisierung ein bloßer Schein." (266) Was ist damit gemeint?

"Die Bewegung der Waren am Markte ... setzt als Grundlage der Kalkulation eine strenge Gesetzlichkeit alles Geschehens voraus. Diese Atomisierung des Individuums ist also nur der bewußtseinsmäßige Reflex dessen, daß die 'Naturgesetze' der kapitalistischen Produktion sämtliche Lebensäußerungen der Gesellschaft erfaßt haben, daß - zum ersten Male in der Geschichte - die ganze Gesellschaft, wenigstens der Tendenz nach, einem einheitlichen Wirtschaftsprozesse untersteht, daß das Schicksal aller Glieder der Gesellschaft von einheitlichen Gesetzen bewegt wird." (266)

Um herauszufinden, was es mit dem "bloßen Schein" der verdinglichten Beziehungen auf sich hat, ist es nützlich, von den falschen Verabsolutierungen und Widerspruchseliminierungen einmal abzusehen. (Wieso setzt Kalkulation eine strenge Gesetzlichkeit *allen* Geschehens voraus? Warum scheitern Kalkulationen so oft, wo sie sich doch angeblich auf eine strenge Gesetzlichkeit beziehen? Wieso haben die "Naturgesetze" der kapitalistischen Produktion *sämtliche* Lebensäußerungen erfaßt? Wieso ist "das" Individuum atomisiert - was ist mit den Mitgliedern einer Familie, eines Vereins, einer Gewerkschaft usw.?) Wenn wir auch noch die unerklärte Merkwürdigkeit übergehen, daß der "bewußtseinsmäßige Reflex" eines Vorgangs genau dessen Gegenteil enthalten soll, so läßt sich als Behauptung festhalten, daß die Isolierung "des" Individuums (also der Individuen, soweit sie sich zueinander als Warenbesitzer verhalten) deswegen ein "bloßer Schein" sein soll, weil in Wirklichkeit alle Individuen von einheitlichen Gesetzen bewegt werden. Aber ist die Form, in der sich diese einheitlichen Gesetze (gemeint ist hier wahrscheinlich das Wertgesetz) durchsetzen, nicht gerade die des Austauschs zwischen Privatleuten, wenn man so will von isolierten und atomisierten Individuen? Ist dieser Austausch ein "bloßer Schein", "bewußtseinsmäßiger Reflex"? Lukács versucht, die Frage mit dem Hinweis auf die *Notwendigkeit* "bloßen Scheins" zu beantworten:

"Aber dieser Schein ist als Schein notwendig; d.h. die unmittelbare, praktische wie gedankliche Auseinandersetzung des Individuums mit der Gesellschaft, die unmittelbare Produktion und Reproduktion des Lebens ... kann sich nur in dieser Form der rationellen und isolierten Tauschakte zwischen isolierten Warenbesitzern abspielen." (268f).

Selbst wenn man von dem Irrtum absieht, daß die Produktion des Lebens sich nicht nur in Tausch-, sondern zumindest auch in Produktions- und Konsumtionsvorgängen abspielt, bleibt die Frage, wie Lukács seine Behauptung vom Scheincharakter dieser Atomisierung zwischen den Warenbesitzern aufrechterhalten und zugleich von der Realität dieser Atomisierung reden kann. Das geht eigentlich nur, wenn man davon ausgeht, daß das Leben der Warenbesitzer für sie nur etwas Privates und ihre Gesellschaftlichkeit etwas ihren Handlungen notwendig Äußerliches ist, und daß die Privatheit ihrer Handlungen zwar notwendig, aber weniger real ist als deren Gesellschaftlichkeit. Darin wird verkannt, daß die Beziehungen der Privatleute, die ja keine Robinsons sind, sowohl privat als auch gesellschaftlich sind (worin der Grundwiderspruch dieser Produktionsweise besteht), daß diese Privatheit etwas der Gesellschaftlichkeit nicht Äußerliches ist, sondern die reale Form ihrer Durchsetzung. In der Wendung vom "notwendig falschen Bewußtsein" kaschiert der Verweis auf die Notwendigkeit die Objektivität des Privaten und damit die Richtigkeit des entsprechenden Bewußtseins; es ist nicht "notwendig falsches", sondern ein "praktisch richtiges Bewußtsein". Zugleich enthebt er der Mühe, zu bestimmen, *in welcher Hinsicht* dieses Bewußtsein falsch ist. Lukács verabsolutiert damit diese Hinsicht - nämlich das Begreifen des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs - zur einzigen Realität, der gegenüber alles andere bloßer Schein und Bewußtseinsreflex ist. Der Fetischcharakter der Ware wird so primär als Vorgang der Bewußtseinsverfälschung, als das Nicht-Durchschauen des gesellschaftlichen Charakters der Warenform begriffen, statt als wirkliches Beherrschtwerden der Warenproduzenten durch die Dinge, die sie selbst gemacht haben. Ja, das ganze "Kapital" von Marx wird gelesen als eine Theorie über die Entstehung von falschem Bewußtsein, nicht als Theorie über die Bewegungsgesetze des praktisch-tätigen Lebens im Kapitalismus, es wird umakzentuiert von einer Theorie über die Widersprüche einer verkehrten Vergesellschaftung des Menschen in eine Theorie des eigentlich falschen Bewußtseins von dieser Gesellschaft.

Dem kommt der Rückgriff auf zwei philosophische Richtungen entgegen: auf die Lebensphilosophie mit ihrem Gegensatzpaar von organischem, irrationalem Ganzem und mechanischen, rationalen Teilen und auf die Hegelsche Philosophie mit ihrer Dialektik von Subjekt und Objekt. Die "Übersetzung" des Verhältnisses von Privat und Gesellschaftlich in das Verhältnis von Teil und Ganzem verhindert die Erkenntnis der Widersprüchlichkeit des Privaten (das zugleich gesellschaftlich ist), zugleich ermöglicht sie, wo immer etwas zerlegt, zerteilt, gegliedert, analysiert wird, von der Arbeitsteilung in der Fabrik bis hin zur Entwicklung der Wissenschaften, darin die Warenstruktur und Entfaltung der Privatheit zu sehen. Die hegelianisierende Interpretation der gesellschaftlichen Verhältnisse als Subjekt-Objekt-Dialektik steht ganz im Mittelpunkt von Lukács' Interesse. Das verdinglichte Bewußtsein, der Kern der kapitalistischen Ideologie, wird, wie wir gesehen haben, als ein anschauendes Verhältnis von Subjekt und Objekt gefaßt, das "Kapital" als die Theorie gelesen, die erklärt, daß diese Kontemplation etwas historisch Besonderes, nichts Ewiges darstellt. Die Marxsche Forderung, von der Tätigkeit auszugehen, versucht Lukács durch die Annahme einer ursprünglichen Subjekt-Objekt-Einheit einzulösen. Damit kann abgebildet werden, daß es ihre eigenen Bewegungen sind, die den Menschen fetischartig, wie ein fremdes Objekt gegenübertreten und sie beherrschen. Zugleich aber wird die Perspektive, daß die Menschen nicht von ihren eigenen Produktionen beherrscht werden, verbaut. Der emphatische Anspruch, daß alles Subjekt werden solle, läßt alle Anstrengungen, Widerstände, jeden Arbeitsprozeß und jede Tätigkeit, worin man sich an einem Gegenstand abarbeiten muß, als Form der Entfremdung erscheinen, jede Vergegenständlichung als Verdinglichung (vgl. hierzu ausführlich seine eigene Kritik, Lukács 1968a). Immerhin erkennen wir im Mythos der Einheit und Spaltung des Subjekt-Objekts die Perspektive des radikalen Abbaus der ideologischen Kontemplations-Struktur, wenn auch in einer abstrakten, widerspruchsfeindlichen Form, die alle Ansatzpunkte innerhalb der entfremdeten Verhältnisse, dieser Verhältnisse Herr zu werden durch Selbst-Vergesellschaftung der Produzenten, systematisch verfehlt.

3. Durchsetzung des Ideologischen: "expressive Totalität"

Die Analyse der Ware als "Urphänomen der Verdinglichung" (269) bildet nur den Ausgangspunkt von Lukács' Theorie. Sein Hauptinteresse gilt den Auswirkungen dieses Prozesses. Er stellt sie dar als "Steigerung der verdinglichten Bewußtseinsstruktur als Grundkategorie für die ganze Gesellschaft" (275), wobei sie "immer abgeleitetere, immer verdinglichte Stufen" (280) erreicht. Von den unteren Stufen Staat, Recht und Verwaltung schreitet Lukács zur Analyse der neuzeitlichen Wissenschaft und Philosophie fort: "Aus der verdinglichten Struktur des Bewußtseins ist die moderne kritische Philosophie entstanden." (287).

Die Beziehungen zwischen diesen Stufen stellt Lukács als "strukturelle Ähnlichkeit" (270) oder "strukturelle Analogie" (273) dar, jede Stufe als Ausdruck der Warenstruktur, dem "Urbild aller Gegenständlichkeitsformen und aller ihnen entsprechenden Formen der Subjektivität in der bürgerlichen Gesellschaft" (257). "So wie das kapitalistische System sich ökonomisch fortwährend auf erhöhter Stufe produziert und reproduziert, so senkt sich im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus die Verdinglichungsstruktur immer tiefer, schicksalhafter und konstitutiver in das Bewußtsein der Menschen hinein." (268) Es handelt sich um eine "Potenzierung der Verdinglichung" (268). Die Analyse der Zusammenhänge zwischen diesen Formen geht an keiner Stelle über die hier zitierten Bestimmungen hinaus. Steigerung, Ausdruck, Strukturähnlichkeit, Stufen: das sind die Kategorien, in denen Lukács den Verdinglichungsprozeß abbildet. Warum es überhaupt zur Herausbildung eigener "Stufen" (wie eines speziellen Rechts, Staats, von Philosophie und Wissenschaft) kommt, wird nicht analysiert, an die Stelle der Untersuchung des Entstehens und der Widersprüche dieser Formen tritt ein quantifizierendes Denkmuster. Der Verdinglichungsprozeß muß sich immer mehr "steigern" (268), führt zu einer "immer stärker" verdinglichten Behandlung aller Fragen (274). Der "Unterschied, daß der Arbeiter der einzelnen Maschine, der Unternehmer dem gegebenen Typus der maschinellen Entwicklung, der Techniker dem Stand der Wissenschaft und der Rentabilität ihrer technischen Anwendung gegenüber so stehen muß, bedeutet eine bloß quantitative Abstufung und unmittelbar keinen qualitativen Unterschied in der Struktur des Bewußtseins." (273) Die Verdinglichung produziert eine "einheitliche Bewußtseinsstruktur", die sich darin äußert, "daß die Bewußtseinsprobleme der Lohnarbeit sich in der herrschenden Klasse verfeinert, vergeistigt, aber eben darum gesteigert wiederholen." (275) Wir haben hier dasselbe, alle Unterschiede, Gegensätze und Widersprüche erschlagende Verfahren vor uns, das wir schon bei der Analyse der Warenstruktur kennen gelernt haben: das Moment des selbstverständlichen Sich-Bewegens in vorgefundenen Bedingungen, die die Menschen produziert haben, die ihnen aber als fremde gegenübertreten, wird zum allein Bestimmenden verabsolutiert und als die ganze Wirklichkeit unterstellt. Immer auf der Suche nach dem

Verdinglichungs- und Verewigungseffekt, werden Lukács die konkreten Differenzen gleichgültig:

"Jedoch ob diese Verewigung des Kapitalismus von der ökonomischen Basis oder von den ideologischen Gebilden aus, ob naiv-unbekümmert oder kritischverfeinert geschieht, läuft im Wesen der Sache auf dasselbe hinaus." (183).

Die relative Autonomie verschiedener Instanzen ist reiner (wenn auch notwendiger) Schein:

"Es entstehen 'isolierte' Tatsachen, isolierte Tatsachenkomplexe, eigengesetzliche Teilgebiete (Ökonomie, Recht usw.), die schon in ihren unmittelbaren Erscheinungsformen für eine solche [arbeitsteilige] wissenschaftliche Erforschung weitgehends vorgearbeitet zu sein scheinen." Die "Dialektik, die allen diesen isolierten und isolierenden Tatsachen und Teilsystemen gegenüber die konkrete Einheit des Ganzen betont", enthüllt "diesen Schein als einen - allerdings von dem Kapitalismus notwendig produzierten - Schein" (177).

Die Universalkategorie, mit der Lukács die Verbindung zwischen den isolierten Tatsachen und so die "konkrete Einheit des Ganzen" oder "Totalität" zeigen will, ist die Kategorie "Ausdruck".

Die Sozialdemokratie ist für Lukács "ideologischer Ausdruck" der "kleinbürgerlich gewordenen Arbeiteraristokratie" (204). "Der literarische, der wissenschaftliche Ausdruck eines Problems erscheint als Ausdruck einer gesellschaftlichen Ganzheit, als Ausdruck ihrer Möglichkeiten, Grenzen und Probleme." (207) Das "ganze Dasein der bürgerlichen Klasse und als ihr Ausdruck die bürgerliche Kultur" sei "in die schwerste Krise geraten." (242) Der Marxismus ist "der ideologische Ausdruck der sich befreienden Proletarierklasse." (435)

Die Stelle der "Ausdrucks"-Beziehungen kann auch durch die Widerspiegelungs- und die Wesen-Erscheinungs-Beziehung vertreten werden.

Besondere Aktivitäten von seiten der herrschenden Klasse zur Integration der Beherrschten scheinen nicht notwendig zu sein, da die freiwillige Unterwerfung sich als blinder Effekt, durch den "Ausdruck" der Verdinglichung im Bewußtsein aller Gesellschaftsmitglieder von selbst herstellt. Die freiwillige Unterwerfung unter die Staatsmacht erklärt Lukács damit, daß eine ursprüngliche gesellschaftliche Funktion von Recht und Staat

"ein entsprechendes ideologisches Abbild im Denken und Fühlen der in dem Herrschaftsbereich der Gewalt einbezogenen Menschen findet. Das heißt, die Gewaltorganisationen sind mit den (wirtschaftlichen) Lebensbedingungen der Menschen so sehr im Einklang oder repräsentieren eine derartig unüberwindlich scheinende Überlegenheit ihnen gegenüber, daß diese sie als Naturmächte, als notwendige Umwelt ihres Daseins empfinden, daß sie sich ihnen demzufolge freiwillig unterordnen." (433).

Diese "völlige Reduktion einer Struktur auf eine andere, die dann als absoluter Bezugspunkt, als der Originaltext zu mehreren Übersetzungen erscheint" (Althusser/Balibar 1972, 335), hat Louis Althusser "Theorie des Ausdrucks", "Theorie der expressiven Totalität (in der jeder Teil eine pars totalis ist, die das Ganze, welches ihr persönlich innewohnt, unmittelbar zum Ausdruck bringt)" (Althusser/Balibar 1972, 17) genannt, und den Bruch mit diesem Denkmodell ins Zentrum seiner Kapital-Rezeption gestellt. Er bekämpft diese Konzeption, weil sie unpraktisch ist, weil sie in allen Lebensäußerungen immer nur die eine Praxis (und die eine Verdinglichung) wiedererkennt, unfähig zur konkreten Analyse einer konkreten Situation. "Es gilt zu erkennen, daß es keine Praxis im allgemeinen, sondern nur verschiedene Praxisformen gibt" (Althusser/Balibar 1972, 76). Für eine Theorie des Alltagsbewußtseins ist diese Tatsache fundamental. Die philosophische Abstraktion "Praxis" (oder "Subjekt-Objekt") erlaubt nicht, den Vorgang abzubilden, daß die Menschen keineswegs in "der" Praxis, sondern in sehr verschiedenen Praxen leben, als Käufer, Klassenkämpfer, Konsumenten, Kirchgänger, und diese Praxen zunächst durch "private Weltanschauungen" (Haug 1975, 662) integrieren. Nur bei Unterscheidung verschiedener Praxisformen in verschiedenen Instanzen läßt sich ideologische Arbeit als besondere Tätigkeit darstellen, etwa das Aufgreifen und Umarbeiten objektiver Gedankenformen zu Weltanschauungen (vgl. Nemitz 1977), das Hochholen und Zurücksenden von Elementen des Alltagsbewußtseins durch die Ideologen in den verschiedenen ideologischen Instanzen (vgl. Elfferding 1979) usw.

Althusser verbindet seine Kritik an der egalisierenden Praxiskonzeption mit einer des genetischen Denkens, das danach fragt, wie die verschiedenen Praxisformen auseinander hervorgegangen sind (Althusser/Balibar 1972, 84, 87). Dieses genetische Denken ist für ihn identisch mit dem "Ausdruckismus", demzufolge ein zugrundeliegendes Wesen sich in verschiedenen Erscheinungsformen herumtreibt, in denen es nichts als immer dieses selbe Wesen zu erkennen gelte. Wir haben allerdings gesehen, daß Lukács die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Praxen alles andere als genetisch denkt, genetisch verstanden im strengen Sinn einer Rekonstruktion des lebensnotwendigen Entwicklungszwangs, durch den aus einer bestimmten Praxisform aufgrund ihrer inneren Widersprüche eine neue Form hervorgehen muß. Eine solche Fragestellung liegt völlig jenseits von Lukács' Horizont. An die Stelle genetischer Rekonstruktion tritt bei ihm ein Emanationsdenken, ein Diffusionsmodell der immer verdinglichteren Verdinglichung, die keinerlei qualitativ neue Praxis- und Gedankenformen hervorbringt, sondern bloß quantitative Abstufungen immer Desselben.

4. Intellektuellentätigkeit: Ideologiekritik ohne Subjekt

Die Frage, wie es angesichts dieses geschlossenen Universums einheitlich verdinglichten Bewußtseins zur Erkenntnis und zum befreienden Handeln kommen kann, liegt auf der Hand. Die Antwort von Lukács ist durch das Ausdrucks-Modell bestimmt: Was das politische Handlungsfeld betrifft, liefert dieses Modell einen Schlüssel zu seiner "linksradikalen" Position in der Dritten Internationale. Auch die kommunistische Partei ist für ihn Ausdruck, "der organisatorische Ausdruck des revolutionären Willens des Proletariats", sie stellt "den reinen Ausdruck des Klassenkampfes" dar (Lukács 1968b, 107), ist "Trägerin des Massenbewußtseins des Proletariats, Gewissen, seiner geschichtlichen Sendung" (214). Konkrete Probleme der politischen Praxis einer Arbeiterpartei können mit diesem Ausdrucksmodell gar nicht untersucht werden, es kann nur gefragt werden, ob in einer Aktion das Klassenbewußtsein auch unverfälscht und gewissenhaft genug zum Ausdruck kommt. Das Ausdrucksdenken verhindert das Studium der Schwierigkeiten des Sich-selbstVergesellschaftens der Massen auf den verschiedenen Handlungsebenen und führt zu einer "spekulativen Harmonisierung des revolutionären Prozesses" (Kammler 1974, 217).

"Die Erkenntnis wird zum Handeln, die Theorie zur Parole, die der Parole gemäß handelnde Masse gliedert sich immer stärker, bewußter und standhafter den Reihen der organisierten Vorkämpfer ein. Aus den richtigen Parolen erwachsen organisch die Voraussetzungen und Möglichkeiten auch der technischen Organisation des kämpfenden Proletariats." Mag die Politik der Partei "mit der augenblicklichen empirischen Wirklichkeit nicht immer im Einklang sein, mögen ihre Parolen in solchen Momenten unbefolgt bleiben, der notwendige Gang der Geschichte wird ihr nicht nur eine Genugtuung bringen, sondern die moralische Kraft des richtigen Klassenbewußtseins, des richtigen, klassenmäßigen Handelns wird auch - praktisch-realpolitisch - ihre Früchte tragen." (215)

Althusser, für den die wissenschaftliche Revolution von Marx darin besteht, daß er "den 'ideologischen' und universalen Begriff der Feuerbachschen 'Praxis' durch eine konkrete Auffassung der spezifischen Unterschiede ersetzt, die es gestattet, jede besondere Praxis in den spezifischen Unterschieden der sozialen Struktur zu situieren" (Althusser 1968, 178f), sieht den Skandal dieses Ausdrucksdenkens vor allem darin, daß damit auch die revolutionäre wissenschaftliche Tätigkeit als eine besondere Praxisform verschwindet und zum bewußtlosen Ausdruck der historischen Entwicklung wird. Für Lukács ist die marxistische Theorie "nichts als der gedankliche Ausdruck des revolutionären Prozesses selbst" (173). Für den Vorgang, daß diese Theorie nicht von "der" Wirklichkeit einfach ausgeschwitzt wird, auch nicht von "dem" Proletariat, sondern von einzelnen Intellektuellen und Intellektuellengruppen in wechselndem, oft spannungsreichem Verhältnis zur Arbeiterbewegung erarbeitet wurde, ist Lukács absolut blind. Althusser hat die Konzeption, "welche die Erkenntnis des Realobjekts als realen Bestandteil dieses Realobjekts denkt"

(Althusser/Balibar 1972, 47), "Empirismus" genannt, "Historizismus" die damit oft verbundene Vorstellung, daß es im Laufe der Geschichte zu einem Punkt komme, an dem Geschichte "jene besondere und außergewöhnliche Gegenwart produziert habe, in der die wissenschaftlichen Abstraktionen bereits im Zustand empirischer Realitäten und die Wissenschaft (einschließlich der wissenschaftlichen Begriffe) - so wie die Wahrheiten aus offenem Himmel - in Form sichtbarer Erfahrungen existieren" (Althusser/Balibar 1972, 165). In diesem Sinne ist Lukács' Theorie-Begriff sowohl "empiristisch" als auch "historizistisch".

Doch bei Lukács ist es nicht einfach "die Wirklichkeit", die im Laufe ihrer Geschichte ihre eigene Erkenntnis gleich mitliefert, sondern er sieht "das Proletariat als Subjekt des Denkens der Gesellschaft" (212). Allerdings zeigt der Blick auf die Wirklichkeit der arbeitsteiligen Produktion von Wissenschaft sehr rasch, daß die Rede von der Arbeiterklasse als einem Subjekt wissenschaftlicher Erkenntnis eine Fiktion ist. Lukács versucht diesen Widerspruch zwischen Theorie und Wirklichkeit mit seiner berühmt gewordenen Differenzierung von "empirischem" (bzw. "psychologischem") und "zugerechnetem Klassenbewußtsein" zu lösen. Während, das empirische Klassenbewußtsein betrachtet, "das Bewußtsein des Proletariats der Verdinglichung vorläufig noch erlegen ist" (252), sei es Subjekt der Erkenntnis, was sein "zugerechnetes Klassenbewußtsein" betrifft. Im Rückgriff auf den Max Weberschen "Idealtypus" soll "zugerechnetes Klassenbewußtsein" die "rationell angemessene Reaktion .... die ... einer bestimmten typischen Lage im Produktionsprozeß zugerechnet wird" (223f.), bezeichnen.

"Indem das Bewußtsein auf das Ganze der Gesellschaft bezogen wird, werden jene Gedanken, Empfindungen usw. erkannt, die die Menschen in einer bestimmten Lebenslage haben würden, wenn sie diese Lage, die sich aus ihr heraus ergebenden Interessen sowohl in bezug auf das unmittelbare Handeln wie auf den - diesen Interessen gemäßen - Aufbau der ganzen Gesellschaft vollkommen zu erfassen fähig wären; die Gedanken usw. also, die ihrer objektiven Lage angemessen sind." (223)

Gerade die äußerste Verdinglichung, in der der Arbeiter lebt, sei es, die ihn zur Erkenntnis des Gesamtzusammenhangs, der "Totalität" befähige:

"Die rein abstrakte Negativität im Dasein des Arbeiters ist also nicht nur die objektiv typischste Erscheinungsform der Verdinglichung ... sondern - eben deshalb - subjektiv der Punkt, wo diese Struktur ins Bewußtsein gehoben und auf diese Weise praktisch durchbrochen werden kann." (357).

Zum Umschlag des vorläufig nur zugerechneten Klassenbewußtseins ins empirische komme es in der Krise. Wenn es bei Lukács etwa heißt, daß "die gegenwärtige Krise das richtige Handeln aus dem Gang der Geschichte ablesbar macht" (254), daß in der Krise die "Einheit des Gesamtprozesses ... in handgreifliche Nähe gerückt" sei (250), ist hier die von Althusser kritisierte "historizistische" Vorstellung vom Moment der Offenbarung am Werk, in dem das verborgene Wesen unmittelbar in die Erscheinung tritt, und die Wahrheiten einem zufliegen wie die gebratenen Tauben im Schlaraffenland.

Lukács weiß aus eigener politischer Erfahrung, daß Krise nicht automatisch Klassenbewußtsein bedeutet. Er versucht den Widerspruch zwischen "historizistischem" Offenbarungsdenken und Revolutionserfahrungen auf folgende Weise zu lösen:

"Aus der Krise das Kapitalismus kann nur das Bewußtsein des Proletariats den Ausweg zeigen. Solange dieses Bewußtsein nicht da ist, bleibt die Krise permanent, kehrt zu ihrem Ausgangspunkte zurück, wiederholt die Situation, bis endlich nach unendlichen Leiden, nach schrecklichen Umwegen der Anschauungsunterricht der Geschichte den Bewußtseinsprozeß im Proletariat vollendet und ihm damit die Führung der Geschichte in die Hände gibt. Das Proletariat hat aber hier keine Wahl. Es muß, wie Marx sagt, nicht nur 'gegenüber dem Kapital', sondern auch 'für sich selbst' zur Klasse werden; d.h. die ökonomische Notwendigkeit seines Klassenkampfes zum bewußten Wollen, zum wirksamen Klassenbewußtsein erheben." (251).

In solchen und ähnlichen Formulierungen - "das Proletariat kann sich seinem Beruf nicht entziehen. Es handelt sich nur darum, wieviel es noch zu leiden hat, bis es zur ideologischen Reife, zur richtigen Erkenntnis seiner Klassenlage, zum Klassenbewußtsein gelangt" (252) - spielt die in der Dritten Internationale damals noch ungebrochene Hoffnung auf die Weltrevolution (die erst Jahre später mit der von Varga ausgearbeiteten Theorie von der "relativen Stabilisierung des Kapitalismus" zu Grabe getragen wurde) die entscheidende Rolle.

Die konkreten, praktischen Probleme der Entwicklung von Klassenbewußtsein finden in "Geschichte und Klassenbewußtsein" auf keiner der 350 Seiten irgendeine Erwähnung. Das Proletariat erscheint hier in rein erkenntnistheoretischer Funktion: Ausgehend von der Frage nach der Überwindung der kontemplativen, verdinglichten Gegenüberstellung von Subjekt und Objekt, Denken und Sein, Geist und Materie usw., fungiert hier das Proletariat als die Klasse, von deren Standpunkt aus das Begreifen des gesellschaftlichen Zusammenhangs, der "Totalität", in kommunistischer Perspektive möglich ist. Der Bruch zwischen Marx und Hegel wird auf diesen Standpunktwechsel reduziert. Hegel war es unmöglich, "das identische Subjekt-Objekt in der Geschichte selbst aufzufinden und aufzuzeigen" (329), er muß deshalb "in die kontemplative Dualität von Subjekt und Objekt" (330) zurückfallen, Marx entdeckt "das methodisch geforderte Subjekt-Objekt" (328) im Proletariat, für Lukács ist deshalb die Aufhebung der verdinglichten Subjekt-Objekt--Dualität im Proletariat gegeben. Er verwandelt die wissenschaftstheoretische Frage nach der "Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie" (vgl. Haug 1972) zunächst in eine erkenntnistheoretische: statt wissenschaftstheoretisch zu analysieren, wie Marx seine Erkenntnisse produziert hat und worin jeweils ihr Wissenschaftscharakter besteht, versucht er erkenntnistheoretisch mit der Frage nach der "Entstehung der Erkennbarkeit eines Gegenstandes" (185) "von außen die Bedingungen der Möglichkeit *a priori* zu reflektieren, die die Möglichkeit der Erkenntnis *garantieren* sollen" (Althusser/Balibar 1972, 71). Die erkenntnistheoretische Bestimmung des Proletariats als Garanten eines nicht-kontemplativen, nichtverdinglichten Denkens verwandelt er dann in eine politische: das Proletariat als das behauptete wirkliche Subjekt der Erkenntnis, wenn auch nur im Modus der "objektiven Möglichkeit" (223), mit "zugeschriebenem Klassenbewußtsein".

Im Dunkeln bleibt, wer da zuschreibt: der Intellektuelle. Der Vorgang, daß ein Philosoph großbürgerlicher Herkunft sich den revolutionären Arbeitern anschließt und seine Erfahrungen unter Hinzuziehung seiner philosophischen Kenntnisse theoretisch verarbeitet, das Produkt dieser Arbeit, das Buch "Geschichte und Klassenbewußtsein", wieder in die politischen Auseinandersetzungen einspeist, die Ablehnung auf die dieses Buch bei den eigenen, die Zustimmung, auf die es bei den anderen stößt - dieser Vorgang ist in Lukács Konzeption nicht denkbar. Revolutionäre Theorie, die mit dem verdinglichten Bewußtsein bricht, ist, ganz in wissenssoziologischer Manier (siehe Kapitel 7 in diesem Band; gemeint ist der Band, dem wir diesen Aufsatz entnommen haben, Anm. d. Hg.), Ausdruck einer Klasse, der Theoretiker ein Lautsprecher der Revolution. Nicht er spricht: es spricht durch ihn hindurch. Er leiht dem Denken des Proletariats nur seine Stimme. Nicht er drückt etwas aus: die Geschichte drückt sich durch ihn hindurch aus, so wie die Gottheit im Orakel aus dem Mund des Priesters spricht. Dieses Nicht-Denken der theoretischen Praxis ist von unheimlicher Zweideutigkeit: Indem der Intellektuelle bescheiden hinter dem Gang der Geschichte zurücktritt, wird seine Stimme zum Organ einer unumstößlichen Wahrheit.

Dieses Schweigen über die Funktion der Intellektuellen und ihre Praxis wird noch vernehmbarer, wenn wir mit Lukács den Gedanken vom Proletariat als dem Garanten des nicht-kontemplativen Denkens zu Ende verfolgen: Das Denken der Totalität, das Begreifen des gesellschaftlichen Zusammenhangs ist für ihn nichts anderes als die Revolution selber.

"Die Selbsterkenntnis des Arbeiters als Ware ist aber bereits als Erkenntnis praktisch. D.h. diese Erkenntnis vollbringt eine gegenständliche, strukturelle Veränderung am Objekt ihrer Erkenntnis." (353)

"Erst wenn das Bewußtwerden den *entscheidenden Schritt* bedeutet, den der Geschichtsprozeß seinem eigenen ... Ziele entgegen tun muß; ... wenn eine geschichtliche Situation gegeben ist, in der die richtige Erkenntnis der Gesellschaft für eine Klasse zur unmittelbaren Bedingung ihrer Selbstbehauptung im Kampfe wird; wenn für diese Klasse ihre Selbsterkenntnis zugleich eine richtige Erkenntnis der ganzen Gesellschaft bedeutet; wenn demzufolge für eine solche Erkenntnis diese Klasse zugleich Subjekt und Objekt der Erkenntnis ist und auf diese Weise die Theorie *unmittelbar und adäquat* in den Umwälzungsprozeß der Gesellschaft eingreift: wird die Einheit von Theorie und Praxis, die Voraussetzung der revolutionären Funktion der Theorie möglich." (172f) Für "das Proletariat und *nur* für das Proletariat" sei "richtige Einsicht *in das Wesen der Gesellschaft* ein Machtfaktor allerersten Ranges, ja vielleicht die Waffe der Entscheidung schlechthin" (243).

Indem die Frage, wie man dafür sorgen könnte, daß die Theorie von den Massen ergriffen wird, wie, um mit Gramsci zu sprechen, die Arbeitenden sich als "kollektiver Intellektueller" organisieren können, nicht gestellt, sondern statt dessen die unumstößliche Notwendigkeit dieses Prozesses behauptet wird, wird das Verhältnis von Theorie und Praxis einseitig zur Theorie hin aufgelöst: das Begreifen des Ganzen ist dann schon seine Revolutionierung. Das Denken des Warenfetischs scheint dann die sachliche Gewalt, die er über die Menschen hat, aufzulösen.

Aber natürlich ist Lukács' Theorie eine bestimmte theoretische Praxis eines bestimmten Intellektuellen, auch wenn sie dies dementiert. Sie kann als Vorschlag für revolutionäre theoretische Praxis gelesen werden, für eine Praxis mit der Eigentümlichkeit, daß sie ihren Namen nicht nennen darf. Lukács' Ausgangsfrage war: wie kann die Ohmacht der Theorie gegenüber der Wirklichkeit beseitigt werden, das kontemplative interpretieren, ohne etwas zu verändern. In der Marxschen Theorie findet er, was er sucht: die Theorie, die anscheinend zugleich Praxis ist, das Subjekt-Objekt-Proletariat, das, die Wirklichkeit erkennend, sich selbst erkennt. Aber es ist eine besondere Lesart des "Kapital", eine Methode, die Marx mit den Worten kritisiert hat:

"Es ist in der Tat viel leichter, durch Analyse den irdischen Kern der religiösen Nebelbildungen zu finden, als umgekehrt, aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln. Das letztre ist die einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode." (MEW 23, 393)

Die Ausdrucks-Kategorie organisiert, in der Form der Selbstverleugnung, eine theoretische Tätigkeit, die man "identifizierenden Reduktionismus" nennen könnte. Statt die "verhimmelten Formen" aus den wirklichen Lebensverhältnissen, von unten nach oben, zu entwickeln, werden umgekehrt die religiösen, philosophischen, literarischen usw. "Nebelbildungen" auf den immergleichen "irdischen Kern" - die Verdinglichung, den Warenfetisch - zurückgeführt. Das "Kapital" wird gewissermaßen rückwärts gelesen. Kaschiert wird dies dadurch, daß formal von "unten" nach "oben" fortgeschritten wird, aber, wie wir gezeigt haben, ohne daß die Notwendigkeit der neuen Form tatsächlich rekonstruiert wird. Daß dies Neue aus dem Alten hervorgegangen ist, dafür reicht der reduktionistische Nachweis einer Strukturanalogie. Es ist dieser Reduktionismus, den Lukács für die Theorie hält, die zugleich Revolution ist, indem sie die "Ewigkeitshülle der Kategorien" und damit zugleich ihre "Dinghaftigkeitshülle" (187) zerreißt. Wir schlagen vor, dieses reduktionistische Herangehen an die Phänomene des Ideologischen, das annimmt, daß die Stabilität des Kapitalismus in seinem Nicht-Durchschautwerden, die Revolution also im "Entschleiern" besteht, als "reduktionistische Ideologiekritik" zu bezeichnen.

5. Ausblick auf die Ideologiekritik der "Frankfurter Schule"

Im Zentrum der Kritischen Theorie steht die Kritik von Ideologie. Mag die Sensibilität ihrer Analysen - organisiert durch "die geheimeren Hoffnungen" auf eine "Resurrektion der gefallenen Natur" (Habermas 1968, 54) - auch zuweilen in Empfindungslosigkeit gegenüber den Unterschieden, auf die es ankommt, umschlagen, so war sie doch vor der Studentenbewegung die unüberschreitbare Möglichkeit, im Rahmen der postfaschistischen westdeutschen bürgerlichen Gesellschaft ohne eine soziale Bewegung den Widerstand gegen diese Gesellschaft zu denken. Unbeirrbar lehrt sie, die Formen der Herrschaft auch noch im Entlegensten zu entziffern, und ist bis heute die wirksamste Form kritischer Denk- und Kunstpraxis hierzulande. Dem Reichtum vor allem ihrer ästhetischen und philosophischen Analysen können wir hier nicht gerecht werden, nur den Punkt benennen, an dem die Kritik an Lukács auch - und erst recht - sie treffen muß.

Der Unterschied ist unübersehbar. Das Versagen der Arbeiterparteien vor dem deutschen Faschismus, dem Stalinismus, die Massenintegration durch Konsum im amerikanischen Exil und im Deutschland der Nachkriegszeit waren ihr Beweis für das Abdanken der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt. (Wenn man sich die spekulative Form der Hoffnung des frühen Lukács auf das Proletariat vergegenwärtigt, nimmt dieser Umschlag in Enttäuschung nicht wunder; hier wäre zu fragen, wie Lukács unter extrem wechselnden politischen Bedingungen sein Engagement hat stabilisieren können.) Auf die erheblichen Unterschiede in ästhetischen und philosophischen Fragen, vor allem zum späteren Lukács, kann hier nicht eingegangen werden (vgl. Adorno 1961). Jedoch kann unsere Kritik an Lukács' *Methode* auch Gültigkeit für die Kritische Theorie beanspruchen. Auch für sie ist Ideologie "notwendig falsches Bewußtsein" (vgl. Institut für Sozialforschung 1956; Schnädelbach 1969). Sie denkt den Zusammenhang sozialer Formen als Ausdrucksbeziehung, die Analyse ist reduktionistisch. Sie kennt den "historizistischen" Moment absoluter Wahrheit, wo Wesen und Erscheinung ineinanderfallen und Wissenschaft überflüssig wird. Sie verleugnet jedoch nie die Tatsache, daß sie sich intellektueller Anstrengung verdankt. Der Intellektuelle tritt aus der Anonymität des Schweigens über die theoretische Praxis heraus und nimmt die leere Stelle des Proletariats ein, wo er freilich auch bei Lukács längst gewesen ist. Zur Vorstellung von Ideologie als blind sich objektivierendem Geist tritt, unter dem Eindruck faschistischer Propaganda und kapitalistischer Kulturindustrie, eine Theorie der Manipulation, ohne daß das Verhältnis zwischen beiden theoretisch geklärt würde.

Den Bruch mit dem Modell "expressiver Totalität" vollzieht Habermas (vgl. Habermas 1968). Er hält an der Frage fest, wie Herrschaft durch freiwillige Zustimmung stabilisiert wird, denkt jedoch die radikale Differenz der gesellschaftlichen Instanzen. In unersättlicher, oft gewalttätiger Einverleibung der jeweils neuesten sozialwissenschaftlichen Theorien und der philosophischen Tradition arbeitet er ein Gesellschaftsmodell aus, das statt von den klassischen Kategorien *Produktivkräfte* und *Produktionsverhältnisse* von den Instanzen *Arbeit und Interaktion* ausgeht (vgl. Tuschling 1979). Das wirft tausend Probleme auf, die hier nicht diskutiert werden können. In unserem Zusammenhang ist wichtig, daß dies mit einer Abkehr vom Basis-Überbau-Modell einhergeht. Infolge der "Dauerregulierung des Wirtschaftsprozesses durch staatliche Intervention" "stehen Gesellschaft und Staat nicht länger in einem Verhältnis, das die Marxsche Theorie als das von Basis und Überbau bestimmt hatte." (Habermas 1968, 75). Da Habermas sich das Verhältnis von Basis und Überbau nur als Ausdrucksverhältnis vorstellen kann, vollzieht er den Bruch mit der "expressiven Totalität" zugleich als Bruch mit der Basis-Überbau-Konzeption. Dabei hätte es nie einen Staat gegeben, wenn die Basis sich jemals "selbstregulierend" (ebd.) hätte erhalten können. Interessant ist auf jeden Fall, daß Habermas' Abbildung von Gesellschaft als gegliedertem Ganzen von beeindruckender Leistungsfähigkeit in der Erzeugung ideologietheoretisch relevanter Fragestellungen ist. Eine Kritik an seinen Erklärungen wäre nur als konkurrierende Interpretation der von ihm herausgestellten Phänomene fruchtbar. Seine Leitvor-

stellung allerdings, der "herrschaftsfreie Diskurs" kann auf dem Boden des in diesem Band Entwickelten theoretisiert werden als Verewigung der Perspektive ideologischer Vergesellschaftung: durch Werte, deren Inhalt zwar zur Disposition gestellt wird, nicht aber ihre verhimmelte Form.

Literaturverzeichnis

Adorno, Th. W., 1961: Erpreßte Versöhnung. In: Noten zur Literatur II. Frankfurt/M., S. 152 - 187

Althusser, L., 1968: Für Marx, Frankfurt/M.

Althusser, L. und Balibar, E., 1972: Das Kapital lesen. 2 Bde. Reinbek bei Hamburg

Barthes, R., 1964: Mythen des Alltags, Frankfurt/M.

Deborin, A., 1969: Lukács und seine Kritik des Marxismus. In: Deborin, A. und Bucharin, N.: Kontroversen über über dialektischen und mechanistischen Materialismus. Frankfurt/M., S. 189 - 219

Eichhorn I, W. und Hahn, E., 1967/68: Zur Theorie und Erforschung des sozialistischen Bewußtseins. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 8/1967, S. 901-921

Elfferding, W. 1979: Eine bürgerliche Lehre aus dem Holocaust. Zur Kritik der Von-unten-nach-oben-nach-unten-Kultur. In: Das Argument 115, S. 390 - 395

Habermas, J., 1968: Technik und Wissenschaft als Ideologie. Frankfurt/M.

Haug, W.F., 1972: Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie. In: Das Argument 74, S. 561 - 585.

ders., 1975: Wider den bloß verbalen Materialismus. In: Das Argument 92, S. 650 - 701

ders., 1976a: Vorlesungen zur Einführung ins *Kapital*. Köln, 2. Aufl.

Holzkamp, K., 1973: Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Frankfurt/M.

Institut für Sozialforschung 1959: [diese Fundstelle fehlt im Literaturverzeichnis des Originals. In Bibliothekskatalogen haben wir folgende Veröffentlichung gefunden: Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main, *Ein Bericht über die Feier seiner Wiedereröffnung, seine Geschichte und seine Arbeit*, Selbstverlag: Frankfurt am Main, 1952]

Kammler, J., 1974: Politische Theorie von Georg Lukács. Struktur und historischer Praxisbezug bis 1929 Darmstadt und Neuwied

Korsch, K., 1969: Karl Marx. Frankfurt/M-Wien, 2. Aufl.

Lenin Werke in 40 Bänden, 2 Registerbände. Berlin/DDR 1961 ff. (zit. LW)

Lukács, G., 1968a: Vorwort zu: Georg Lukács Werke Bd. 2, Frühschriften II. Neuwied und Berlin/West, 1968

ders., 1968b: Die moralische Sendung der kommunistischen Partei. In: Georg Lukács, Werke Bd. 2, Frühschriften II. Neuwied und Berlin/West, 1968, S. 105 - 111

ders., 1968c: Geschichte und Klassenbewußtsein. In: Georg Lukács, Werke Bd. 2, Frühschriften II. Neuwied und Berlin/West, 1968, S. 161 - 517

Marx/Engels Werke, 1958 ff. Berlin/DDR (zit. MEW)

McDonough, R., 1979: Ideology as False Consciousness: Lukács, In: Hall, S. u.a., 1977: On Ideology. Working Papers in Cultural Studies 10. Birmingham, S. 33 - 44 (Zit.-Übers. v. Verf.)

Mittenzwei, W., 1975: Gesichtspunkte. Zur Entwicklung der literaturtheoretischen Position Georg Lukács'. In: ders. (Hg.): Dialog und Kontroverse mit Georg Lukács. Der Methodenstreit deutscher sozialistischer Schriftsteller, Leipzig, S. 9 - 104

Nemitz, R., 1977: Technik als Ideologie. In: Das Argument 103, S. 360 - 381

Reichelt, H., 1970: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx. Frankfurt/M.

Rosenberg, J., 1975: Das Leben Georg Lukács' - Eine Chronik. In: Mittenzwei, W. (Hg.): Dialog und Kontroverse mit Georg Lukács. Der Methodenstreit deutscher sozialistischer Schriftsteller. Leipzig, S. 396 - 428

Schmidt, A., 1971: Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx. Überarbeitete, ergänzte und mit einem Postscriptum versehene Neuausgabe. Frankfurt/M.

Schnädelbach, H., 1969: Was ist Ideologie? Versuch einer Begriffserklärung. In: Das Argument 50, S. 71 - 92

Siemek, M.J., 1977: Dialektik als Epistemologie der Praxis. In: Waldenfels, B. u.a. (Hg.), 1977: Phänomenologie und Marxismus, 4 Bde. Frankfurt/M., S. 59 - 94

Sorg, R., 1976: Ideologietheorien. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem Bewußtsein und sozialer Realität. Köln

Tuschling, B., 1979: Die "offene" und die "abstrakte" Gesellschaft. Habermas und die Konzeption von Vergesellschaftung der klassisch-bürgerlichen Rechts- und Staatsphilosophie. Argument-Sonderband AS 25/26. Berlin/West

Vega, R. de la, 1977: Ideologie als Utopie. Der hegelianische Radikalismus der Marxistischen "Linken". Marburg

* In diesem Kapitel werden Zitate aus Lukács 1968c, "Geschichte und Klassenbewußtsein" durch einfache Angabe der Seitenzahl in Klammern ausgewiesen.

Stuart Hall

Ideologie und Ökonomie - Marxismus ohne Gewähr

Vorbemerkung der Herausgeber:
Der folgende Text diskutiert folgende Passage aus dem zweiten Abschnitt des Ersten Bandes des *Kapitals*:
"Die Konsumtion der Arbeitskraft, gleich der Konsumtion jeder andren Ware, vollzieht sich außerhalb des **Marktes oder Zirkulationssphäre**. Diese geräuschvolle, auf der **Oberfläche** hausende und aller Augen zugängliche Sphäre verlassen wir daher, zusammen mit Geldbesitzer und Arbeitskraftbesitzer, um beiden nachzufolgen in die **verborgene** Stätte der **Produktion**, (...). Das **Geheimnis** der Plusmacherei muß **sich** endlich **enthüllen**." In der "Sphäre der Zirkulation oder des Warentauschs, innerhalb derer Schranken der Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt," vollbringen alle, "weil so jeder nur für sich und keiner für den andren kehrt, (...), infolge einer prästabilierten Harmonie der Dinge (...), nur das Werk **ihres wechselseitigen Vorteils**, des Gemeinnutzens, des Gesamtinteresses. Beim Scheiden von dieser Sphäre der einfachen Zirkulation (...) verwandelt sich (...) die Physiognomie unsrer dramatis personis. Der ehemalige **Geldbesitzer schreitet voran** als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andere scheu, widerstrebsam, wie jemand der seine eigne Haut zu Markt getragen und nun nichts andres zu erwarten hat als die - Gerberei." (MEW 23, 189 - 191 - unsere Hervorh. Zur Frage des Verhältnis von "Oberfläche" und 'Verborgenem' ['Wesen und Erscheinung'] bei Marx siehe außerdem: Louis Althusser / Etienne Balibar, *Das Kapital lesen*, Reinbek bei Hamburg, 1972, 18 - 32, 42 - 55].
Stuart Hall stellt sich nun folgende Frage, ist die Marktideologie, die die Widersprüche des Produktionsprozesses ignoriert, eine "Verzerrung" der Wirklichkeit bzw. - wie Lukács sagt - "falsches Bewußtsein"?

[...]

3. "Falsches Bewußtsein" oder Pluralität der ökonomischen Diskurse?
Nehmen wir zum Beispiel das äußerst heikle Gebiet der "Verzerrungen" der Ideologie und die Frage des "falschen Bewußtseins". [...]. Der Ausdruck "Verzerrungen" wirft unmittelbar die Frage auf, weshalb Leute, die ihr Verhältnis zu ihren Existenzbedingungen in den Kategorien einer verzerrten Ideologie leben, nicht erkennen können, daß sie verzerrt ist, während wir es mit richtig gebildeten Begriffen können. Sind die "Verzerrungen" einfach Unwahrheiten? Sind es absichtlich geförderte Fälschungen? Wenn ja, durch wen? Funktioniert Ideologie wirklich wie bewußte Klassenpropaganda? [...] Offensichtlich sind die Ausdrücke, so wie sie sind, hilflos. Sie lassen sowohl die Massen als auch die Kapitalisten wie erklärte Deppen aussehen. Sie ziehen zudem eine merkwürdige Sichtweise der Bildung alternativer Bewußtseinsformen nach sich. Man muß annehmen, daß diese dann entstehen, wenn den Leuten die Schuppen von den Augen fallen, oder wenn sie, wie aus einem Traum erwacht, das Licht erblicken, das durch die Transparenz der Dinge unmittelbar auf ihre essentielle Wahrheit, deren verborgene strukturelle Prozesse strahlt. Dies ist eine Darstellung der Entwicklung des Arbeiterklassenbewußtseins, die auf dem recht wunderlichen Modell des Heiligen Paulus und der Straße von Damaskus beruht.
[...] ein ideologischer Vorgang [...] "verschleiert, verbirgt, versteckt" - die Ausdrücke kommen alle im Text vor - ein anderes Set von Verhältnissen, die *nicht* an der Oberfläche erscheinen, sondern die "in der verborgnen Stätte der Produktion" (MEW 23, 189) versteckt sind (dort, wo Besitz und Eigentum hausen, wo die Ausbeutung der Arbeitskraft und die Enteignung von Mehrwert vor sich gehen). Die ideologischen Kategorien "verbergen" diese darunterliegende Realität [...].
Wie steht es nun mit den "Verzerrungen" der bürgerlichen Politischen Ökonomie als einer Ideologie? Eine Lesart ist, daß sie, da Marx die bürgerliche Politische Ökonomie "verzerrt" nennt, "falsch" sein muß. Diejenigen, die ihr Verhältnis zum ökonomischen Leben ausschließlich in deren Denk- und Erfahrungskategorien leben, haben somit per definitionem ein "falsches Bewußtsein". Hier müssen wir wiederum auf der Hut sein vor zu schnellen Schlußfolgerungen. Zum einen macht Marx einen wichtigen Unterschied zwischen "vulgären" Versionen der Politischen Ökonomie und fortgeschritteren Versionen wie derjenigen von Ricardo, von der er deutlich sagt, daß sie "wissenschaftlichen Wert" habe. Was kann er aber nun in diesem Kontext "falsch" und "verzerrt" meinen?
Er kann nicht meinen, daß der Markt nicht existiere. Der ist in der Tat *allzu wirklich*. In bestimmter Hinsicht ist er gerade das Lebenselexier des Kapitalismus. Ohne ihn hätte der Kapitalismus niemals den Rahmen des Feudalismus gesprengt; und ohne seine unablässige Kontinuität würde die Zirkulation des

Kapitals zu einem plötzlichen und katastrophalen Stillstand kommen. Ich denke, diese Worte machen nur Sinn, wenn wir an eine Darstellung des aus einer Wechselbeziehung zahlreicher Momente bestehenden ökonomischen Kreislaufes denken, die vom Standpunkt *eines* einzigen dieser Momente erfolgt.

Wenn wir in unserer Erklärung nur ein Moment hervorheben und nicht das differenzierte Ganze oder "Ensemble" berücksichtigen, dessen Teil es ist, oder wenn wir, um den ganzen Prozeß zu erklären, Denkkategorien verwenden, die nur einen dieser Momente zugehören, dann riskieren wir eine "einseitige" Darstellung, wie es Marx (im Anschluß an Hegel) nennen würde.

Einseitige Erklärungen sind immer eine Verzerrung. Nicht im Sinne einer Lüge über das System, aber in dem Sinne, daß eine "Halb-Wahrheit" nicht die ganze Wahrheit von irgend etwas sein kann. Mit solchen Vorstellungen wird man immer nur einen Teil des Ganzen repräsentieren. Man wird damit eine Erklärung produzieren, die nur *teilweise* adäquat - und in diesem Sinne "falsch" - ist. Wenn man ferner nur Marktkategorien und -konzepte verwendet, um den kapitalistischen Kreislauf als ganzen zu verstehen, dann kann man viele seiner Aspekte buchstäblich nicht sehen. In diesem Sinne verdunkeln und mystifizieren die Kategorien des Marktes unser Verständnis des kapitalistischen Prozesses: das heißt, sie befähigen uns nicht dazu, Fragen über sie zu sehen und zu formulieren, denn sie machen andere Aspekte unsichtbar.

Hat die Arbeiterin, die ihr Verhältnis zum Kreislauf der kapitalistischen Produktion ausschließlich in den Kategorien eines "gerechten Preises" oder eines "gerechten Lohnes" lebt, ein "falsches Bewußtsein"? Ja, wenn wir damit meinen, das es in ihrer Lage etwas gibt, das sie mit den von ihr verwendeten Kategorien nicht begreifen kann; etwas von dem Prozeß als ganzem, das systematisch verborgen bleibt, weil die verfügbaren Begriffe ihr nur den Zugriff zu einem seiner vielen Momente erlauben. Nein, wenn wir damit meinen, das sie sich vollkommen darüber täuscht, was im Kapitalismus vor sich geht.

Die Falschheit entsteht daher nicht aus der Tatsache, daß der Markt eine Illusion, ein Trick, eine Taschenspielerei wäre, sondern sie besteht nur im Sinne einer *inadäquaten* Erklärung des Prozesses. Dabei wird ferner an die Stelle des ganzen ein Teil des Prozesses gesetzt - ein Verfahren, das in der Linguistik als "Metonymie" und in der Anthropologie, Psychoanalyse und (in einer speziellen Bedeutung) in Marx' Werk als *Fetischismus* bekannt ist. Die anderen dabei "verlorengegangenen" Momente des Kreislaufs jedoch sind unbewußt, nicht im Freudschen Sinne als vom Bewußtsein verdrängte, sondern in dem Sinne, daß sie unsichtbar sind bei den gegebenen Begriffen und Kategorien, die wir verwenden.

Dies ist auch hilfreich, um die sonst extrem verwirrende Terminologie im *Kapital* zu erklären, soweit sie das betrifft, was "an der Oberfläche erscheint" (von dem manchmal gesagt wird, es sei "bloße Erscheinung", das heißt nicht wichtig, nicht die wirkliche Sache), und was "darunter verborgen" und in die Struktur eingebettet ist, weil es nicht auf der Oberfläche liegt. Entscheidend ist jedoch, daß - wie das Beispiel Tausch/Produktion deutlich macht - "Oberfläche" und "Erscheinung" nicht falsch oder illusorisch im gewöhnlichen Wortsinn bedeutet. Der Markt ist nicht mehr oder weniger "wirklich" als andere Aspekte, zum Beispiel die Produktion. Die Produktion ist in Marx' Terminologie nur das, womit wir die Kreislaufanalyse beginnen sollten: "... der Akt, worin der ganze Prozeß sich wieder verläuft." (Grundrisse, 15). Aber die Produktion ist vom Kreislauf nicht unabhängig, denn die gemachten Profite und die auf dem Markt gekaufte Arbeitskraft müssen in die Produktion zurückfließen. "Wirklich" drückt deshalb nur einen gewissen theoretischen Primat aus, den die marxistische Analyse der Produktion einräumt. In jedem anderen Sinn ist der Austausch auf dem Markt ein ebenso realer, materieller Vorgang und absolut "wirkliches" Erfordernis für das System - wie die anderen Teile auch: alle sind "Momente des Akts" (Grundrisse, 15).

Auch die Ausdrücke "Erscheinung" und "Oberfläche" selbst stellen ein Problem dar. Erscheinungen können etwas konnotieren, das "falsch" ist, Oberflächenformen scheinen nicht so tief zu gehen wie "Tiefenstrukturen". Diese sprachlichen Konnotationen haben den unglücklichen Effekt, daß sie uns die verschiedenen Momente in der Form mehr/weniger real, mehr/weniger wichtig anordnen lassen. Aber von einem anderen Standpunkt aus ist das, was an der Oberfläche ist, was fortwährend erscheint, gerade dasjenige, was wir fortwährend sehen, dem wir täglich begegnen, was wir ganz selbstverständlich als die offensichtliche und manifeste Form des Prozesses annehmen. Es ist dann nicht überraschend, daß wir spontan das kapitalistische System *denken* im Sinne der Teilstücke, die uns ständig beschäftigen und die so manifest ihre Präsenz bekunden. Was kann die Abpressung von "Mehrarbeit" als ein Begriff ausrichten gegen so handfeste Tatsachen wie die Lohntüte, die Ersparnisse auf der Bank, die Groschen im Automaten, das Geld in der Ladenkasse? [...].

In einer Welt, die vom Geldverkehr durchtränkt und allerorts durch Geld vermittelt ist, ist die Erfahrung des "Marktes" für jeden *die* unmittelbare, alltägliche und universelle Erfahrung des ökonomischen Systems. Es ist deshalb nicht überraschend, daß wir den Markt für ganz selbstverständlich nehmen, nicht fragen, was ihn ermöglicht, worauf er gründet oder was er voraussetzt. Es sollte uns nicht wundern, wenn die Massen der arbeitenden Menschen nicht über die Begriffe verfügen, um an einer anderen Stelle des Prozesses einen Einschnitt zu machen, eine andere Anordnung von Fragen zu entwerfen, und an die Oberfläche zu bringen oder zu enthüllen, was die überwältigende Faktizität des Marktes fortwährend unsichtbar macht. [...] wir [haben] aus diesen fundamentalen Kategorien [...] alltägliche Wörter, Redewendungen und idiomatische Ausdrücke im praktischen Bewußtsein gefunden [...]. Auf diese Weise sehen wir [...] im Konkurrieren um Marktvorteile die "Repräsentation" von etwas Natürlichem, Normalem und Universalem in der menschlichen Natur selbst.

Ich möchte nun versuchen, einige Schlüsse aus der "Re-Lektüre" der Passage von Marx zu ziehen, die ich vor dem Hintergrund der neueren Kritiken und der vorgebrachten neuen Theorien angeboten habe.

Die Analyse wird nicht mehr durch die "Unterscheidung" zwischen dem "Wirklichen" und dem "Falschen" organisiert. Die verdunkelnden und mystifizierenden Effekte einer Ideologie werden nicht länger als das Produkt einer Täuschung oder einer magischen Illusion betrachtet, noch werden sie einfach einem falschen Bewußtsein zugeschrieben, in das unsere armen, umnachteten, theorielosen Proletarier auf ewig eingekerkert wären. Die Verhältnisse, in denen die Leute leben, sind immer die "wirklichen Verhältnisse", und die Kategorien und Begriffe, die sie verwenden, helfen ihnen, diese gedanklich zu erfassen und zu artikulieren. [...]. Auch haben wir die Unterscheidung "wahr" und "falsch" verworfen und durch andere, genauere Ausdrücke wie "partiell", "adäquat" oder "einseitig" und "in seiner differenzierten Totalität" ersetzt. Zu sagen, daß ein theoretischer Diskurs uns ein konkretes Verhältnis im Denken erfassen läßt, bedeutet, daß der Diskurs uns einen vollständigeren Begriff liefert von den verschiedenen Beziehungen, aus denen dieses Verhältnis sich zusammensetzt, und von den vielfältigen Bestimmungen, die dessen Existenzbedingungen bilden. Das bedeu-

tet, daß unser Zugriff konkret und vollständig ist, statt eine dünne, einseitige Abstraktion zu sein. Einseitige Erklärungen, die partielle, den Teil-für's-Ganze nehmende Erklärungstypen sind, die lediglich erlauben, ein Element (den Markt z.B.) zu abstrahieren und zu erklären, sind *genau auf dieser Grundlage* inadäquat; und nur insofern können sie als "falsch" betrachtet werden. Obgleich der Ausdruck strenggenommen irreführend ist, wenn wir dabei so etwas wie eine einfach Alles-oder-Nichts-Unterscheidung zwischen dem Wahren und dem Falschen oder zwischen Ideologie und Wissenschaft im Kopf haben. [...]





Desch

Vom Protest zum Widerstand - aber wie?

Vorbemerkung der Hg.:
Der folgende Text ist ein für diese Veröffentlichung - in den Teilen 2. und 4 leicht sowie in den Teilen 6. bis 8. stärker - überarbeiteter Auszug aus einem längeren Papier zur Frage des Humanismus von Anfang '92. Die neue RAF-Politik spielt deshalb in dem Text keine Rolle. Er geht zurück auf einen humanismuskritischen Artikel des Verfassers in der Berliner PROWO und einer - den Humanismus verteidigenden Antwort - von Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter und Michi Dietiker in der Frankfurter SWING. Da sich die drei genannten Autoren in ihrer Antwort auf Horkheimer bezogen, versucht der Verfasser des vorliegenden Textes, der sich seinerseits auf den Ansatz des französischen, kommunistischen Philosophen Althusser bezieht, nachzuweisen, daß auf der theoretischen Grundlage der Frankfurter Schule keine revolutionäre Politik möglich ist. Der Verfasser bezeichnet das folgende Zitat aus dem *Historischen Wörterbuch der Philosophie* als - wenn auch selbst im Rahmen der humanistischen Ideologie formulierte - "prägnante Zusammenfassung der Positionen der Frankfurter Schule":
"Die Ambiguität gesellschaftlichen Fortschritts und nicht in erster Linie die kapitalistischen Umstände stehen einer wirklichen Humanisierung entgegen (...). Jedes provozierende Moment in der Frage nach der Revolution entfällt in den späteren Schriften; die Kritische Theorie hält an den Idealen der bürgerlichen Gesellschaft fest, die (und da sie), obgleich von ihr desavouiert, (noch) nicht in der marxistischen Ideologie bzw. einem revolutionären Ansatz aufhebbar sind." (R. Romberg, Abschnitt "*II.*" des Artikels "*Humanismus, Humanität*" in: Joachim Ritter (Hg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. Band 3. Wissenschaftliche Buchgesellschaft / Schwabe & Co.: Darmstadt/Basel, 1974, Sp. 1219 - 1225 [Sp. 1222 f.]).

> "Me-ti sagte von einem Arbeiter, den einige gut nannten: Harmlosigkeit ist nicht Güte."

B. Brecht 1934 ff., 478 (Verurteilung der Ethik*en*)[1]

> "Die Klassiker*Innen*[2] stellten keine Satzungen auf, welche das Töten verboten. Sie waren die mitleidigsten aller Menschen, aber sie sahen Feinde der Menschheit[3] vor sich, die durch Überredung nicht zu besiegen waren. Das ganze Sinnen der Klassiker*Innen* war darauf gerichtet, solche Verhältnisse zu schaffen, daß das Töten niemandem*/r* mehr Nutzen bringen konnte. Sie kämpften gegen die Gewalt, die zuschlägt, und gegen die Gewalt, die die Bewegung hindert, sie zögerten nicht, der Gewalt die Gewalt entgegenzustellen."

B. Brecht 1934 ff., 553 (Über das Töten)

1. Antiimperialistischer Widerstand mit Max Horkheimer

[...]

2. Kritik der Kritischen Theorie

Eine wichtige Ausgangsthese der Frankfurter Schule ist folgende: "Eingespannt in die herrschende Produktionsweise löst die Aufklärung, die zur Unterminierung der repressiv gewordenen Ordnung strebt, sich selber auf." Die Aufklärung schlägt also - nach Ansicht der Kritischen Theorie - in ihr Gegenteil um.[4]
Damit können wir schon zwei grundlegende Fehler erkennen: 1. Die "herrschende Produktionsweise" ist nicht erst im Laufe ihrer Existenz "repressiv ***geworden***", sondern war es von Anfang an. 2. Die Aufklärung strebt(e) nicht zur "Unterminierung" der jetzigen, sondern der vorhergehenden Produktionsweise.
Damit erwartet die Kritische Theorie von der Aufklärung etwas, was sie weder wollte noch kann. Dies hat zwei reaktionären Folgen - eine wissenschaftstheoretische und eine politische.

Zunächst die wissenschaftstheoretische:

Indem die Kritische Theorie dies macht, verwirft sie - enttäuscht - die Aufklärung insgesamt und mit ihr auch ihre wissenschaftliche Erkenntnisse befördernde Seite.[5] Dies geschieht indem sie die analytische Wissenschaftstheorie von Karl Popper als "positivistisch" verwirft. Damit schließt jene eine marxistische Kritik an der analytischen Wissenschaftstheorie (s. dazu Anm. 4) aus und formuliert ihre Kritik an dieser aus der Sicht der *Hermeneutik*[6]. Letztere postuliert unter Berufung auf das (Kunst-, Rechts-, etc.) Gefühl ein "Verstehen" (s. dazu Anm. 5), das (als interpretatorisches Verfahren) von dem kausalen Erklären der Naturwissenschaften zu unterscheiden sei.[7] Die Hermeneutik ***konvergiert*** insofern ***mit dem Historizismus*** (s. Anm. 6), dem es darum geht, die als Ideen-, (Einzel)ereignis- und Personengeschichte verstandene Vergangenheit in einem mythischen und "schöpferischen Akt" des "Verstehens" nachzuvollziehen statt wissenschaftlich zu analysieren[8]. Die "Ablaufgesetze des Geschichtsprozesses" werden relativistisch für "unerkennbar" erklärt.[9]
Dies verweist wiederum auf den Einfluß Georg Lukács' auf die Kritische Theorie, der seinerseits vom Historizismus und der Lebensphilosophie beeinflußt war und selbst - in der Tradition der Romantik"[10] - Wissenschaft (und Industrie), dem zerlegenden, analytischen Denken, einen "viewpoint auf totality" entgegensetzte.[11]
Damit erweist sich die Kritische Theorie nicht nur mit ihren politischen Konsequenzen (s. dazu zusammenfassend unten S. 166), sondern auch in ihrer wissenschaftstheoretischen Position in der Nähe der "junghegelianischen Bewegung der 'reinen Kritik'"[12]. Denn schon Marx mußte an den "wahren Sozialist(inn?)en" kritisieren, daß deren "Tätigkeit gegenüber den 'unwissenschaftlichen' Franzos(inn?)en und Engländer(inne?)n" vor allem darin besteht, "die Oberflächlichkeit oder den 'rohen' Empirismus dieser Ausländer(innen?) gehörig der Verachtung des deutschen Publikums preiszugeben" bzw. sie in einen "willkürlich Zusammenhang mit der deutschen Philosophie (zu bringen). (...). Der wahre Sozialismus, (...), ist vor allem selbst wieder eine esoterische Wissenschaft: seine theoretische Literatur ist nur für die, die in die Mysterien des 'denkenden Geistes' eingeweiht sind."[13]

Und nun die politische Konsequenz der Haltung der Frankfurter Schule zur Aufklärung:

Die Kritische Theorie lehnt es zwar ab, "umstandslos (...) beim Individuum (anzusetzen)".[14] 'Mit Umständen' macht sie dies umso mehr:
Zu diesem Zwecke geht sie von Freuds problematischer[15] Schrift über das "Unbehagen in der Kultur" aus. Dort stellt Freud die These auf, daß Kulturentwicklung und Triebsublimierung eins seien.[16] Im Rahmen der "kritischen Theorie des Subjekts"[17] wird daraus mit erschreckender Offenheit die Meinung, daß früher alles besser gewesen sei (eine in der Tat sehr "kritische" Position, die den ideologischen Konsens der BRD-Gesellschaft massiv erschüttert!).
In diesem Kontext will die Kritische Theorie die freudschen Psychoanalyse nicht als Naturwissenschaft verstehen - was umstritten ist - und macht aus ihr stattdessen eine "Ideologiekritik"[18] - was falsch ist[19]. (Helmut Dahmer spricht sogar von "Freuds naturwissenschaftlicher *Verkleidung* der psychoanalytischen

---

1 Hervorh. d. Verf.

2 Die *kursiv* gesetzten weiblichen Formen sind hier und im folgenden vom Verf. eingefügt.

3 Diesem Begriff kann - wie die anderen Zitate zeigen - bei Brecht keine theoretische Bedeutung zu gesprochen werden. S. Anm. 1.

4 Max Horkheimer / Theodor Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt am Main, 1978, 85 zit. n. Schmidt 1980, 18, der die Problematik dieser These ignoriert (s. dazu Anm. 2 zur Metatheorie der Frankfurter Schule).

5 Vgl. bspw. Theodor W. Adorno, *Negative Dialektik*, Frankfurt am Main, 1975, 9, 10 zit. n. Schmidt 1980, 19, wo Adorno sich gegen die "Trennung von reiner Philosophie und Sachhaltigem oder Formalwissenschaftlichem" wendet, ohne zu sagen, welche Alternative er vorschlägt. S. demgegenüber zur Position von Althusser zu dieser Frage: Anm. 3.

6 Jäger 1977, 168 f., FN 2.

7 Beyer 1976, 518.

8 Johann Gustav Droysen zit. n. Wehler 1974, 10 (wobei Wehler 1971, bes. 16 f., s.a. 19, 22 f., 25 f. seine zutreffend Kritik am Historizismus dadurch dementiert, daß er sich selbst auf die Kritische Theorie bezieht).

9 Schröder 1976, 522. Zum Relativismus der Lebensphilosophie vgl. auch Lefebvre 1984, 499.

10 Stedman Jones 1971, 19 ff., zur Kritik s.: ebd., 22, 35- 37.

11 Stedman Jones 1971, 57.

12 Schmidt 1980, 39.

13 Marx/Engels 1845/46, 441 f.

14 Theodor W. Adorno, *Psychoanalyse und Soziologie*, in: *Festschrift für Max Horkheimer*, Frankfurt, 1955, 11 - 45 (22) zit. n. Wehler 1974, 22, 154, FN 20, 147, FN 11.

15 S. dazu Althusser 1976, 100.

16 Sigmund Freud, *Das Unbehagen in der Kultur* (1930), in: *Studienausgabe*, Bd. 9, 191 - 270 (227) zit. n. Blasius 1977, 390.

17 Blasius 1977, 403.

18 Dahmer 1982, 8, 12 (zu Dahmers Buch s. Anm. 7). Zustimmend Blasius 1977, 385.

19 Nach Ansicht von Michael Tort ist es dagegen richtig, die Psychoanalyse als Teildisziplin des Historischen Materialismus zu betrachten (s. dazu Schmidt 1980, 435 - 450 [hier 445 bei FN 2] mit weiteren Nachweisen).

Ideologiekritik".[20]) Unter dem Stichwort der "Verdinglichung"[21] übt die Frankfurter Schule - hier v.a. in Person von Marcuse, den ja manche als *'linken'* Flügel der Kritischen Theorie betrachten, behandelt - dann ihre "Ideologiekritik"[22]:

-- Aus der freudschen Kritik der bürgerlichen Subjekt-Ideologie[23] wird bei der Frankfurter Schule das Einklagen von Subjektivität: Dabei weitet sie die eh schon verfehlte These, daß "die Freudschen Begriffe (...) eine hinter uns liegende Vergangenheit (*beschwören* [sic!])" dahingehend aus, daß dieses Beschwören auch hinsichtlich "eine(r) neu zu gewinnende(n) Zukunft" gelten solle.[24]

-- Diese "*neu* (meint: erneut, d. Verf.) zu gewinnende", also schon einmal vorhanden gewesene und dann verloren gegangene, "Zukunft" ist also ein Schritt zurück in die Vergangenheit. Denn: "Fortschritt" ist abzulehnen, da er "in Wirklichkeit Repression" bedeute.[25]

Worin äußert sich diese "Repression" oder - wie es an anderer Stelle[26] auch heißt - "Regression" nun?

-- Die gute, "freie Konkurrenz" sei übergegangen[27] in eine "Machtkonzentration in den Händen einer allgegenwärtigen technischen, kulturellen und politischen Verwaltung, sich automatisch erweiternde Massenproduktion und -konsumtion, Unterwerfung ehedem privater, antisozialer[28] Dimensionen des Daseins unter methodische Schule, Manipulation und Kontrolle,"[29] "*totale* Bürokratisierung"[30] (s. dazu auch Anm. 9 und 17). Diese äußere sich in so schrecklichen Dingen wie der "Antenne auf jedem Dach, d(em) Transistorgerät an jedem Strand, d(er) Musikbox in jeder Bar und jedem Restaurant"[31]. Mitfühlend klagen nicht nur Frankfurter Schule-Professoren, sondern auch Autonome wie Detlef Hartmann über "einen durchorganisierten Freizeitpark oder (...) den Flippersalon".[32] Und auch Kanzler Kohl will bekanntlich nicht, daß die BRD ein "kollektiver Freizeitpark" ist/wird...

Ja, selbst "Ketten von Verkehrszeichen" sind in dem Welt*bild* von Hartmann "***kognitive*** Verstärker dieser ***Gewalt***" ***(sic!)***. Wer/welche so von den Verkehrszeichen drangsaliert wird, dem/der macht schon ein so "banale(s) Ereignis" wie die "ersten Tage auf der Wiese in den Alpen" Angst.[33]

-- Vor allem aber zeige sich die Regression der modernen Welt darin, daß das "Ichideal" durch das "Gruppenideal" ersetzt werde.[34] Zu bedauern ist dabei insbesondere die "schwache (Stellung des) Vaters" in der heutigen Familie. Die Freiheit von der väterlichen Autorität sei "mehr ein Preisgeben als ein Segen: das Ich, das sich ohne viel Kampf entwickelt hat, erscheint als eine ziemlich schwache Wesenheit, wenig geeignet, ein Selbst mit den anderen und gegen sie zu werden, den Mächten (der Moderne, d. Verf.) wirksamen Widerstand entgegenzustellen".[35] Dem Lob der "patriarchalen Großfamilie" kann sich eine Vertreterin des Bielefelder Ansatzes wie Veronika Bennholdt-Thomsen anschließen: Denn in der patriarchalen Großfamilie war wenigstens "klar (...) geregelt", wann "Frauen (...) geschlagen, vergewaltigt und eingesperrt (werden)". Schlimm sei erst, daß diese Gewalt in der Moderne "regellos" werde. Denn erst jetzt würden "Frauen ohne sichtbaren und von ihnen nachvollziehbaren Anlaß gewalttätig (...) traktier(t)".[36]

-- Da also die "vaterlose Gesellschaft" zu Aggressivität führt,[37] ist auch klar, was die Ursache für den Faschismus ist: eben die "vaterlose Gesellschaft". "Denn Arbeitslosigkeit, Verfall der politischen Autorität und eine um sich greifende Zukunftsangst aktualisierten das Kindheitstrauma der Weltkriegsgeneration (des ersten Weltkrieges, Anm. d. Verf.). Die Erinnerung an den Verlust des realen Vaters setzte den Wunsch nach einer starken Führerpersönlichkeit frei; (...)."[38]

-- Optimistisch stimmt Marcuse aber, daß "wie *man* allerdings auch erwarten sollte, (...) die Frauen menschlichen Argumenten im allgemeinen noch zugänglicher sind als die Männer; was daran liegt, daß die Frauen noch nicht ganz in den repressiven Produktionsprozeß eingespannt sind."[39]

-- Zu beklagen ist aber nicht nur die abnehmende Macht des Vaters, sondern auch "der Verfall individuellen und familiären Unternehmertums, traditioneller, 'ererbter' (sic!) Fähigkeiten und Berufe" sowie "das Bedürfnis nach Allgemeinbildung" und "die immer lebenswichtiger und umfassender werdende Funktion von (...) Arbeitnehmerorganisationen"[40] ('die immer wichtiger werdende Funktion der Gewerkschaften ist zu bedauern'; schreibt Marcuse! Is' wirklich nicht von Möllemann). Adorno assistiert ihm mit dem Wunsch, "daß das Ideal freien und gerechten Tauschs, bis heute bloß Vorwand, verwirklicht" werde.[41] Demgegenüber hat Marx "im 'Kapital' nicht zuletzt den Nachweis erbracht (...), daß die gesellschaftliche Handhabung des Tauschprinzips", wie sie real erfolgt, "notwendig aus jenem 'Ideal freien und gerechten Tauschs' hervorgeht und keineswegs dazu im Gegensatz steht; (...)."[42]

-- Weiter ist die "Entstehung von *Massen*"[43] zu beklagen. Massen werden nicht (auch) als u.U. revolutionäre Massen betrachtet, sondern ausschließlich anhand der Beispiele Kirche und Heer. Deshalb bedeuten "Massen" für die Frankfurter Schule immer "Regression zu einer primitiven Seelentätigkeit".[44] Nur konsequent ist es daher, die vermeintliche Tatsache ***zu kritisieren*** (sic!), daß "die Massen unausgesetzt die Politik der Führung (bestimmen)" und "die Führung (...) den (...) Massen willfährt. Das Entstehen und die Mobilisierung von Massen erzeugt autoritäre Herrschaft in demokratischer Form."[45]

Die politische Konsequenz dieses Welt*bildes*, in dem Veronika Marcuse-Hartmann vom "Transistorgerät" total 'verdinglicht' und manipuliert wird, sowie der *realen Distanz* zu den Massen ist klar - da kann man/frau gar nichts machen[46]: ***Denn in Anbetracht der behaupteten "totalen, alle Beziehungen und Regungen erfassenden Gesellschaft"[47] muß -***

---

20 Dahmer 1982, 12 - Hervorh. d. Verf.

21 Dahmer 1982, 8, 13; Groh 1976, 423, s.a. 427; Marcuse 1965, 98, s.a. 104.

22 Blasius 1980, 11 ; Dahmer 1982, 392, FN 72.

23 S. dazu Althusser 1976, 91, 97 - 106.

24 Marcuse 1965, 105 (Hervorh. + Anm. d. Verf.). Vgl. auch Blasius 1977, 383: Die Psychohistorie könne "einen Beitrag zum Problem der Gefährdungen von Subjektivität leisten". Zum vergangenheitsorientierten Individualismus der Frankfurter Schule s. auch Anm. 8.

25 Marcuse 1965, 85, s.a. 102. So auch: Horkheimer/Adorno, a.a.O. (FN 4), 30, 35 zit. n. Schmidt 1980, 30.

26 Marcuse 1965, 104, s.a. 92.

27 Wenn Lenin wüßte, welch' Blüten seine verfehlte Monopol-/Imperialismus-Theorie heute treibt, würde er sich wohl ob dieser Konsequenzen wenigstens nachträglich in den Arsch beißen.

28 [Dieser Begriff ist bei der Frankfurter Schule positiv besetzt. So fordert Marcuse 1965, 102 bspw. die "Befreiung vom Gesellschaftlichen". S. auch u. S. 155, Anm. d. Verf.]

29 Marcuse 1965, 88.

30 Marcuse 1965, 92 - Hervorh. d. Verf. Der Totalitarismus-Begriff wird hier 'verbessert', indem er nicht nur auf Stalinismus und Faschismus, sondern gleich auch noch auf den bürgerlich-rechtsstaatlichen Parlamentarismus, angewandt wird. Denn: "(...) totalitär wird hier neu bestimmt und bedeutet nicht nur die terroristische, sondern auch pluralistische Aufhebung aller wirksamen Opposition durch die bestehende Gesellschaft" (Marcuse 1965, 90).

31 Marcuse 1965, 92.

32 Hartmann 1989, 57 f.

33 Hartmann 1989, 57 f.

34 Marcuse 1965, 92.

35 Marcuse 1965, 93.

36 Bennholdt-Thomsen 1987, 26.

37 Marcuse 1965, 96.

38 Alexander und Margarete Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern.* Grundlagen kollektiven Verhaltens, München, 1967, 76 f. zit. n. Blasius 1977, 401, 384, FN 8. Ähnlich Blasius 1977, 398 ff. selbst m.w.N.

39 Marcuse 1967, 131.

40 Marcuse 1965, 95.

41 Adorno, a.a.O. (FN 5), 149, 150 zit. n. Schmidt 1980, 20.

42 Schmidt 1980, 201.

43 Marcuse 1965, 89 - Hervorh. i.O.

44 Marcuse 1965, 91.

45 Marcuse 1965, 105.

46 Ähnlich auch die Kritik von Schmidt 1980, 35 ("völlige Resignation vor der Übermacht der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse"), der aber in dieser Formulierung wiederum den subjektivistischen Ausweg, den die Kritische Theorie nach seiner eigenen zutreffenden Beschreibung (Schmidt 1980, 37 unten, 39 oben) zu nehmen versucht, nicht berücksichtigt.

47 Adorno/Horkheimer, a.a.O. (FN 4), zit. n. Schmidt 30. Vgl. Kratz/Verhorst 1978, 194, 203 f.

immanent gedacht - ***in der Tat bezweifelt werden, daß die "Personen, die nichts mehr sind als Bestandsstücke der Maschinerie, ... überhaupt noch als Subjekte***[48] ***handeln können", bzw. daß "von ihrem Handeln etwas abhinge"***[49]. Von dem, was Adorno und Horkheimer den "***Übergang ... zum menschlicheren Zustand***" nennen, sagen sie, das es "***nicht geschehen (kann)***"![50]
Allerdings findet die Kritische Theorie dann doch noch einen subjektivistisch-individualistischen Ausweg, indem sie in der "Macht der Negation" (schöne Grüße an Trampelmann und alle anderen GenossInnen von der "Radikalen Linken"!) die adäquate politische Strategie sieht. Es gehe darum, "einen persönlichen, privaten Bereich mit seinen eigenen individuellen Bedürfnissen und Anlagen aufzubauen und abzuschirmen".[51]
In Anbetracht dieser kruden Strategie "entbehrt (es) deshalb nicht einer gewissen Komik, wenn zur Beruhigung besorgter Gemüter noch eigens betont wird, daß es 'Kritischer Theorie' keineswegs um Revolution zu tun sei"[52]. Horkheimer erscheint denn auch "die fragwürdige Demokratie bei allen Mängeln immer noch besser" als "die Diktatur, die ein Umsturz heute bewirken muß"[53]. Die Kritik der Frankfurter Schule "besitzt somit allenfalls eine moralische Dimension, welche die bestehenden Machtstrukturen nicht in Frage zu stellen vermag"[54].
Dieser moralische Protest, der bei Marcuse durchaus auch illegal sein darf, ist natürlich wegen der "Totalität" - immanent hat das alles schon seine Logik - nur den "von der allgemeinen Praxis Eximierten"[55] möglich. Lukács konnte diese "'absolutely' miserable and excluded"[56] Stellung mit einer gewissen Plausibilität noch dem Proletariat zuschreiben.[57] Aufgrund der sozialstaatlichen Integration konnte die Kritische Theorie später die Rolle des "external Negation Subject"[58] nur noch folgenden Gruppen zuweisen:
-- den Kritischen Theoretik*ern*[59] selbst
-- den Privilegierten[60]
-- den Randgruppen[61] -
und fertig ist das autonome, äh, Kritische Mondgesicht, äh, ('Revolutions')-Theorie. (Dieser äußere Standpunkt der "Eximierten" ist aber ein rein imaginärer, denn es gibt kein Außen[62] [s. dazu auch Anm. 10 zum subjektiven Bruch]. - Diese These ist aber gerade nicht - wie bei der Frankfurter Schule - im Sinne einer totalen Herrschaft zu verstehen. Vielmehr beinhaltet meine These, daß auch die *Widersprüche* immer schon *innen* sind.[63] Deshalb kann überhaupt nur die Revolution als möglich gedacht werden: "Da jede gesellschaftliche Entwicklung immer schon in Konflikten verläuft, ist eine Praxis der Veränderung nicht nur ein voluntaristisches Ideal."[64])
Soweit der angesprochene moralische Protest "nicht nur als reiner Widerstand des Denkens gemeint ist, (...) kann dies" - wie bei Marcuse (und das brachte ihm das erwähnte Prädikat "links" ein) - "nur eines bedeuten: die Rechtfertigung der spontan aufflackernden rebellischen Aktion," - auf autonom-Sprech: Riot - "die freilich auf eine genuin politische Dimension zu verzichten hätte, gleichsam die Ehrenrettung des Anarchismus."[65]
Somit erweist sich, daß die notwendige Folge, davon
++ Protest moralisch zu formulieren
und
++ eine humanistische Kritik an der angeblichen 'totalen Verdinglichung' *der Menschen* zu vertreten,
ist, daß
++ Widerstand *theoretisch* unmöglich ist[66],
und
- *praktisch* nur möglich ist, wenn mit den eigenen theoretischen Voraussetzungen (der These von der angeblichen Totalität der Herrschaft) gebrochen wird.

3. Antiimperialistischer Widerstand mit der Althusser-Schule?

[...].

4. Seit Ostern 1968 nichts Neues? - Anmerkungen zur Frankfurter Armee Fraktion

Ulrike Meinhof schrieb 1968 in der KONKRET: "Die Grenze zwischen verbalem Protest und physischem Widerstand ist bei den Protesten gegen den Anschlag auf Rudi Dutschke in den Osterfeiertagen erstmalig massenhaft, von vielen, nicht nur einzelnen, über Tage hin, nicht einmal, sondern vielerorts, nicht nur in Berlin, tatsächlich, nicht nur symbolisch - überschritten worden. Nach dem 2. Juni (1967, d. Verf.) wurden Springerzeitungen nur verbrannt, jetzt wurde die Blockierung der Auslieferung versucht. Am 2. Juni flogen nur Tomaten und Eier, jetzt flogen Steine. Im Februar (1968, d. Verf.) wurde ein mehr amüsanter und lustiger Film über die Verfertigung von Molotowcocktails gezeigt, jetzt hat es tatsächlich gebrannt. Die Grenze zwischen Protest und Widerstand wurde überschritten, dennoch nicht effektiv, dennoch wird sich das, was (herrschenderseits, Einf. d. Verf.) passiert ist, wiederholen können; Machtverhältnise sind nicht verändert worden. Widerstand wurde geübt. Machtpositionen wurden nicht besetzt."[67] Und so ist es die letzten 25 Jahre im Prinzip geblieben - mal mehr, mal weniger, z.Z. eher ganz wenig. Ich werde das gleich noch genauer ausführen. Aber zunächst noch ein weiteres Zitat von Ulrike Meinhof: "Das progressive Moment einer Warenhausbrandstiftung liegt nicht in der Vernichtung von Waren, es liegt in der Kriminalität der Tat, im Gesetzesbruch. (...). Hat also eine Warenhausbrandstiftung dies progressive Moment, (...), so bleibt zu fragen, ob es ***vermittelt*** werden kann, in ***Aufklärung*** umgesetzt werden kann."[68]
Und auch diese Fragestellung ist der BRD-Linken die letzten 25 Jahre erhalten geblieben. Es gab immer wieder den "progressive(n) (...) Gesetzesbruch" und es gab immer wieder die Frage nach der 'Vermittelbarkeit' (s. dazu Anm. 11): Mal ließ sich der Gesetzesbruch besser 'vermitteln' - bei Heidelberg (US-Army-Computer), bei Schleyer (auch bei dem nächsten, wenn es denn *der* nächste gewesen wäre), bei Herrhausen, bei vielen Sachanschlägen der RZ -, mal schlechter - bei Pimental und Braunmühl bspw.; mal mit Ansätzen von Machtpositionen (vielleicht Anfang der 80er in der HausbesetzerInnenbewegung in Westberlin), mal weniger (bspw. nach einer staatlichen Doppelstrategie von Räumungen und Teillegalisierungen).
Ich komme jetzt noch einmal auf den Abschnitt zur Kritischen Theorie zurück und versuche
++ eine Kontinuität[69] - milde formuliert - unzureichender revolutionärer Politik

---

48 Die Problematik des Subjekt-Begriffs lasse ich an dieser Stelle außer Acht.

49 Theodor W. Adorno, Minima Moralia, Frankfurt am Main, 1978, 7 und 176 zit. n. Schmidt 1980, 35 f. Vgl. Kratz/Verhorst 1978, 193.

50 Horkheimer/Adorno, a.a.O. (FN 4), 1985 zit. n. Schmidt 1980, 37 - Hervorh. d. Verf.

51 Marcuse 1965, 94. Zum vergangenheits-orientierten Individualismus der Frankfurter Schule s. auch Anm. 8.

52 Schmidt 1980, 38, der damit auf eine Äußerung von Ivo Frenzel anspielt.

53 Max Horkheimer, *Traditionelle und kritische Theorie*. Vier Aufsätze. Frankfurt am Main, 1977, 9 zit. n. Schmidt 1980, 497.

54 Schmidt 1980, 497.

55 Horkheimer/Adorno, a.a.O. (FN 4), 185 zit. n. Schmidt 1980, 37.

56 Therborn 1970/71, 115.

57 Nemitz 1979, 46, 59.

58 Therborn 1970/71, 115; vgl. Nemitz 1979, 59

59 Schmidt 1980, 37.

60 Marcuse 1967, 128.

61 Marcuse 1967, 128.

62 S. dazu ausführlich: Schulze/Wiegrefe 1991, 57 f.

63 Althusser 1972a, 97, FN 2.

64 Balibar 1984, 629.

65 Manfred Clemenz, *Theorie als Praxis?* Zur Philosophie und Soziologie Theodor W. Adornos, in: *Kritik und Interpretation der Kritischen Theorie*, Gießen, 1975 zit. n. Schmidt 1980, 39.

66 Schmidt 1980, 37.

67 Meinhof 1968a, 138 f.

68 Meinhof 1968b, 154, 155 - Hervorh. d. Verf.

69 Diese Kontinuitätslinie will ich nicht in reaktionärer Absicht aufzeigen, um die Kritische Theorie für die RAF verantwortlich zu machen (das wäre eine ungesellschaftliche These). Vielmehr wäre die RAF, wenn es

<Frankfurter Schule - "antiautoritärer" APO-Flügel (Dutschke/Krahl) - RAF>, die mich in dieser Kapitelüberschrift zu der Polemik von der "Frankfurter Armee Fraktion" verleitet hat,
und
++ eine Veränderung (Verbesserung) dahin, den Worten zumindest Taten folgen zu lassen,
aufzuzeigen. Bleibt nur die - weiter unten wieder aufzugreifende Frage -, ob es die richtigen Worte waren, denen die Taten folgten. (Die Frage "Vom Protest zum Widerstand - aber wie?" untersuche ich deshalb am Beispiel der RAF, weil sie den Schritt vom Protest zum Widerstand in der BRD *militärisch am weitesten* gegangen ist. Ich will untersuchen, ob die RAF auch *politisch* über den Schritt "vom - zum" hinausgekommen, ob sie also beim Widerstand angekommen ist. Wir erinnern uns also an Ulrike Meinhofs Definition: "Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht."[70])

Marcuse 1967, 128, 130:
"Sie haben hier eine Opposition, die offenbar nichts zu tun hat mit der 'klassischen revolutionären' Kraft; ein Alpdruck - aber ein Alpdruck, der der Wirklichkeit entspricht. Ich glaube, daß diese so ganz unorthodoxe Konstellation der Opposition ein treuer Reflex der autoritär-demokratischen Leistungsgesellschaft ist, der 'eindimensionalen Gesellschaft', wie ich sie zu beschreiben versucht habe, und deren Hauptmerkmal die Integration der beherrschten Klasse auf einem sehr materiellen, sehr realen Boden ist, nämlich auf dem Boden gesteuerter und befriedigter Bedürfnisse, die ihrerseits den Monopolkapitalismus reproduzieren - ein gesteuertes und unterdrücktes Bewußtsein. Resultat dieser Konstellation ist: keine subjektive Notwendigkeit radikaler Umwälzung, deren objektive Notwendigkeit immer brennender wird. Unter diesen Umständen konzentriert sich die Opposition wieder auf die Außenseiter innerhalb des Bestehenden, nämlich erstens auf die Gettos, die 'Unterprivilegierten', deren vitale(n) Bedürfnisse selbst der hochentwickelte Spätkapitalismus nicht befriedigen kann und nicht befriedigen will. Zweitens konzentriert sich die Opposition am entgegengesetzten *Pol* (sic!, Ich werde darauf zurückkommen. Anm. + Hervorh. d. Verf.) der Gesellschaft, auf die Privilegierten, deren Bewußtsein und deren Instinkte die gesellschaftliche Steuerung durchbrechen oder sich ihr entziehen können. Ich meine diejenigen Schichten der Gesellschaft, die auf Grund ihrer Position und Erziehung noch Zugang zu den Tatsachen (...) - Zugang zum Gesamtzusammenhang haben. Es sind Schichten, die noch ein Wissen und Bewußtsein haben von dem ständig sich verschärfenden Widerspruch und von dem Preis, den die sogenannte Gesellschaft ihren Opfern abverlangt. (...). Das (nämlich die Stärkung des/r Gegnerin, d. Verf.) geschieht sowieso bei jeder (also nicht nur der gewaltsamen, d. Verf.) Aktivierung der Opposition, und es handelt sich darum, diese Stärkung des Gegners zu einem Durchgangsstadium zu machen. Dann aber hängt die Bewertung der Situation ab von dem Anlaß der Konfrontation und besonders von dem Erfolg einer systematisch durchgeführten ***Aufklärungs***arbeit und von der Organisierung der Solidarität." (vgl. zu diesem Schluß oben in diesem Abschnitt S. das zweite Zitat von Ulrike Meinhof. Fällt Euch 'was auf?).

Dutschke/Krahl 1967, 139:
"Durch die globale Eindimensionalisierung *aller* ökonomischen und sozialen Differenzen ist die damals berechtigte und marxistisch richtige Anarchismus**kritik**, die des ***voluntaristischen Subjektivismus***, daß Bakunin sich hier auf den revolutionären Willen *allein* verlasse und die ökonomische Notwendigkeit außer acht lasse, heute ***überholt***. Wenn die Struktur des integralen Etatismus durch alle seine institutionellen Vermittlungen hindurch ein gigantisches System von Manipulation darstellt (ja, wenn..., ja wenn das Wörtchen "wenn" nicht wär'... Und wieso überhaupt "darstellt" und nicht "ist"?! Hatten die beiden etwa doch Zweifel, ob dieses einfache Schema richtig ist? Anm. d. Verf.), so stellt diese eine neue Qualität von Leiden der Massen her, die nicht mehr aus sich heraus fähig sind, sich zu empören. Die Selbstorganisation ihrer Interessen, Bedürfnisse, Wünsche ist damit geschichtlich unmöglich geworden. (Diese Rehabilitierung des *Anarchismus für sich selbst* einerseits und diese *Verneinung der Selbstorganisation für die Massen* andererseits ist m.E. die theoretische Ursache für die noch heute bei Autonomen vorhandene Ambivalenz vom Kult der *Selbstorganisation für die Szene* und *Verachtung der 'Normalos'*, also der Massen. Anm. d. Verf.). (...). Die Möglichkeit zu qualitativer, politischer Erfahrung ist auf ein Minimum reduziert worden. Die revolutionären Bewußtseinsgruppen, die auf der Grundlage ihrer spezifischen Stellung im Institutionswesen eine Ebene von ***aufklärenden*** (Hervorh. d. Verf.) Gegensignalen durch sinnlich manifeste Aktionen produzieren können, benutzen eine Methode politischen Kampfes, die sie von den traditionellen Formen politischer Auseinandersetzung prinzipiell unterscheidet. Die Agitation in der Aktion, die sinnliche Erfahrung der ***organisierten Einzelkämpfer*** (Hervorh. d. Verf.) in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Exekutivgewalt bilden die mobilisierenden Faktoren in der Verbreiterung der radikalen Opposition und ermöglichen tendenziell einen Bewußtseinsprozeß für agierende Minderheiten innerhalb der passiven und leidenden Massen, denen durch ***irreguläre Aktionen die abstrakte Gewalt des Systems zur sinnlichen Gewißheit*** werden kann (Hervorh. d. Verf.). Die 'Propaganda der Schüsse' (Che) in der Dritten Welt muß durch die 'Propaganda der Tat' in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler (= ländlicher, d. Verf.) Guerilla-Tätigkeit möglich macht (Der rassistische Gehalt dieses Satzes läßt sich kurz so zusammenfassen: Schüsse von und für die Neger, Aktionen, die keine Schüsse sind, von und für die Weißen.[71] Anm. d. Verf.). ***Der*** städtische Guerillo (Hervorh. d. Verf.) ist der Organisator schlechthinniger Irregularität als Destruktion des Systems repressiver Institutionen."

RAF 1972b, 36 (vgl. Anm. 12 zu den frühen RAF-Schriften):
"Mit der Einführung des 8-Stundentages hat der 24-Stundentag der Herrschaft des Systems über den Arbeiter (und was war schon vorher mit den Arbeiterinnen? Frage d. Verf.) seinen Siegeszug angetreten - mit der Schaffung von Massenkaufkraft und 'Einkommensspitzen' hat das System den Siegeszug über die Pläne, Bedürfnisse, Alternativen, Phantasie, Spontaneität, kurz: den ***ganzen Menschen*** (Hervorh. d. Verf.) angetreten! Das System hat es in den Metropolen geschafft, die Massen so tief in seinen Dreck zu ziehen, daß sie daß Gefühl für ihre Lage als Ausgebeutete und Unterdrückte, als Objekte des imperialistischen Systems weitgehend verloren zu haben scheinen, so daß sie für's Auto, ein paar Plünnen, 'ne Lebensversicherung und 'nen Bausparvertrag jedes Verbrechen (sic! Anm. d. Verf.) des Systems billigend in Kauf nehmen, sie sich was anderes als ein Auto, eine Ferienreise, ein gekacheltes Bad kaum noch vorstellen und wünschen können. Daraus folgt aber, ***daß das revolutionäre Subjekt jedeR ist*** (Hervorh. d. Verf.), der/die sich aus diesen Zwängen befreit und seine Teilnahme an den Verbrechen des Systems verweigert. Daß jedeR, der/die im Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt seine politische Identität findet, jedeR, der/die sich verweigert, jeder, der/die nicht mehr mitmacht: revolutionäres Subjekt ist - Genosse/in."
"Der alte Anarchismus-Vorwurf ist nicht mehr zu gebrauchen - nicht in der Form, wie ihn Marx, Engels, Lenin, Rosa Luxemburg aus der Sozialdemokratie rausgeteufelt haben - zu recht. Nicht in der Form, wie Blanqui, Bakunin, Most, Kropotkin ihn entwickelt und verstanden haben - unreife Ideen in einer unreifen Situation. (...) Ob der Herrschaftsbegriff der alten AnarchistInnen ein Vorgriff war auf die erst durch die Entfaltung des Imperialismus entfaltete Herrschaft des Kapitalismus über ***den Menschen*** (sic! Anm. + Hervorh. d. Verf.) - (...) - man/frau müßte das untersuchen - es kann sein."

RAF 1982, 117, 121:
"Der ***Sprung*** ist das ***Innere***, lebendige, in konkreten Personen (nicht etwa Massen, Anm. d. Verf.) verkörperte Moment der Veränderung der Bedingungen für den Kampf hier: (...). Es ging sieben Jahre lang darum, in dieser politischen Wüste, in der alles nur Schein, Ware, Verpackung, Lüge und Betrug ist, ***DEN GEIST UND DIE MORAL***, die Praxis und die politische Orientierung des unwiderruflichen Bruchs und der Zerstörung des Systems hereinzubringen. (...). Also die Strategie, die ihre Wurzel hier hat. Im existentiellen Hunger nach einem anderen Leben, in der Erfahrung der ***Totalität des imperialistischen Zentrums***, (...). Diese Politik (der RAF, d. Verf.) (...) stellt nicht noch eines dieser sich ablösenden ideologischen Modelle (sic!) auf (...)." Sie ist vielmehr ein "Signal der Utopie (...), die ***Wiederherstellung (?!) der vollen Dimension (?!) des (?!) Menschen*** (...)." (Hervorh. + Anm. d. Verf.)

Eva Haule 1989a:
"Mit wem will ich diese große politische Auseinandersetzung? - (...) mit allen, die das aus ihrer existentiellen Erfahrung (***subjektiv, moralisch, materiell...wie auch immer***) ***spüren*** und begreifen, daß wirklich (?!) Schluß sein muß mit der Zerstörung im System und das es dagegen darum geht, eine grundsätzlich andere(?!), an ***den Menschen*** orientierte gesellschaftliche Realität durchzusetzen - (...)." (Hervorh. + Anm. d. Verf.)

Eva Haule 1989b:
"Der Kampf um ***Menschenwürde*** ist politisch, die menschlichen Ziele sind die revolutionären und sie können niemals Gegenstand eines Deals, eines Kuhhandels mit der Macht sein. Sie müssen erkämpft werden - so ist es hier und so ist es überall auf der Welt, wo Menschen ihre Selbstbestimmung und ***Würde zurückerobern***." (Hervorh. d. Verf.)

Eva Haule 1989c:
"Das (die Haftbedingungen, d. Verf.) ist nur ein besonders zugespitzter Bereich, wo Menscheninteressen frontal zusammenstoßen mit denen von Staat und Kapital. Sie erfaßt jetzt (?!) alle gesellschaftlichen Bereiche, jedeR, der/die für menschenwürdige Lebensbedingungen - im umfassenden Sinn, aber jeweils konkret im Widerstand ist, ist damit konfrontiert. (...) - für die Entwicklung einer politischen Kraft, die in der Lage ist, sich, ***die (?!) menschlichen Ziele*** gegen den technokratisch-faschistischen Apparat durchzusetzen, den die kapitalistische Macht hier und in Westeuropa aufrichten will. (...). Wie können die Interessen der Menschen gegen diese Macht durchgesetzt werden? (...). Nicht Abgrenzung, ***hohle Parolen***, ideologische Modelle (sic!) ... stehen im Zentrum, sondern die Menschen." (Hervorh., Anm. + Frage d. Verf.). (Nun bin ich ja kein Humanist und unter **dem** *humanistischen Gesichtspunkt*[72] habe ich deshalb auch nichts dagegen, aber den Zusammenhang möchte ich schon verstehen: "die Menschen" sollen "im Zentrum" stehen; ansonsten gilt aber weiterhin "entweder mensch oder schwein"[73] - und die Schweine-Menschen stehen dann ganz anders "im Zentrum" der Politik bzw. der Zielscheibe?! Wie war das noch mit den "hohle(n) Parolen"?!).

"Me-ti empfahl äußerste Vorsicht bei der Anwendung des Begriffs *Volk*. (...). Für gewöhnlich schlug er die Bezeichnung *Bevölkerung* vor, da sie nicht das künstlich Einheitliche hat, das das Wort *Volk* vortäuscht."

B. Brecht 1934 ff., 534 (Volk)[74]

Lutz Taufer 1991, 32:
"Strategie der Tupamaros war es, zusammen mit ***dem Volk*** (sic! Anm. d. Verf.) den Prozeß der Macht von unten zu ***erlernen*** (Hervorh. d. Verf.), zu akkumulieren. Das Richtige zu tun. Und im und aus dem Alltäglichen ***der Menschen*** (Hervorh. d. Verf.) das Bewußtsein ihrer Geschichtsmächtigkeit reifen zu lassen. (...) Guerilla, bewaffneter Kampf, das war für sie immer eine Taktik im Kampf für die soziale Revolution gewesen. Wir sind damit gescheitert, der Kampf geht weiter, so Rosencof sinngemäß im Interview (clockwork 25, 5.7.91). (...) In der Bundesrepublik gehen die revolutionären Uhren anders. Um Lichtjahre von jenem Selbstverständnis der 70er Jahre, wonach der strategische Prozeß ein gesellschaftlicher und die bewaffnete Aktion darin ein taktisches Instrument ist, ein Katalysator, ein Exempel, wird die bewaffnete Aktion nicht mehr als 'Exempel' gedacht, als Beispiel, das auf soziale Verallgemeinerung hin konzipiert ist, sondern als die strategische Verallgemeinerung an und für sich. (...). Der Stoffwechsel (die Akkumulation) findet nicht statt zwischen der politischen Initiative und Teilen der Gesellschaft, er verläuft in einem parapolitischen Raum, neben der Gesellschaft, zwischen Staatsschutz und RevolutionärInnen. So wiederholt sich darin die vom Kapital geprägte Mentalität und Entwicklung unserer Zeit: die Versteppung des Sozialen".

autonomus marxistus 1990a = 1990b, 28:
"Die Verwendung des Begriffs ("Front", d. Verf.) erfolgt aber so substanzlos, daß es nicht verwundert, daß in Andreas Text (gemeint ist die Aussage von Andrea Sievering in Stammheim, Anm. d. Verf.) nie klar wird, wer/welche sich jenseits der Fronten gegenübersteht: gesellschaftliche Lager oder Klassen, oben und unten, Männer und Frauen? Was sich durch die gesamte Aussage zieht, ist die Konfrontation zwischen einer manchmal quasi-mythisch erscheinenden 'Macht' (manchmal als imperialistisch bezeichnet) und andererseits den 'Menschen' (manchmal auch als ganze bezeichnet) oder auch dem 'revolutionären *Pol*'. Diese Begriffe und Bilder sind bezeichnend für die Unfähigkeit oder den Unwillen zur Analyse gesellschaftlicher Zustände. (Imperialistische) Macht und (ganzer) Mensch sind das Gegensatzpaar aus StarWars und ähnlichen Trivialmythen; ein 'revolutionärer Pol' ist zwar eine originelle Neuerfindung (in Italien gab schon die 'revolutionären Kerne', auch in der westdeutschen Linken war einmal die Focustheorie[75] sehr angesagt,

diese Kontinuitätslinie gibt, - bei aller Schärfe der folgenden Kritik an der RAF - noch das Beste, wozu die Kritische Theorie beigetragen hat.

70 Meinhof 1968a, 138, 140.

71 Daß dieser eurozentristische Rassismus kein Zufall ist, zeigt die Position von Dutschke zum Stalinismus. Der soll nämlich folgende Ursache gehabt haben: "Die Renaissance und der Humanismus haben sich dort nie (!) durchsetzen können. Keine Subjektivität, keine Individualität und keine Freiheit, allein Religion, aber keine Philosophie, um mit Hegel zu sprechen, konnte sich institutionalisieren." (Rudi Dutschke, *Aufrecht gehen*, zit. n. Stark 1983, 62 - Anm. d. Verf.). Wolf 1983, 62 hat dazu angemerkt, daß die Aufklärung nach "Petersburg eher und nachhaltiger kam als nach Potsdam oder Garmisch".

72 S. im übrigen die Kritik an dieser Billig-'Analyse' des revolutionären Kampfes durch Schulze/Wiegrefe 1991, 54, 57 f.

73 Meins 1974, 184.

74 Hervorh. i.O.

75 ["Der 'foquismo' besagt, daß der Einsatz eines kleinen Kerns ('foco') revolutionärer KämpferInnen auf dem Lande als Funke für eine Massenrebellion der BäuerInnen wirken wird. Die Erfahrung des Kampfs

für den Focus gilt übrigens sinngemäß ähnliches wie für einen Pol). Ein Pol ist schlicht ein (gedachter) Punkt. Es ist wirklich zu fragen, welche Rolle ein Pol in den realen (Klassen)Kämpfen hier und weltweit spielen soll. Ist er eine neue *Avantgarde*?" (Hervorh. d. Verf.)

Die dumme und falsche Polemik der letzten Frage weist uns den Weg, auf dem wir finden können, wie es sich (vielleicht) tatsächlich mit der RAF verhält. Die RAF ist nicht zu kritisieren, weil sie Avantgarde sein *will* (*wollte?*), schon gar nicht, weil sie Avantgarde *ist* (diese Kritik ginge schon von einer wirklichkeitswidrigen Voraussetzung aus), sondern weil sie ihren richtigen "Anspruch"[76] nicht hat realisieren können - ***weil sie nicht Avantgarde ist.***

Die RAF ist also nicht zu kritisieren, weil ihr "Leninist*Inn*en mit Knarre" (was sowieso ein weißer Schimmel ist, denn LeninistInnen sollten immer die Möglichkeit haben, sich eine zu verschaffen, auch wenn sie sie nicht immer einsetzen[77]) angehören, so eine Kritik von der "883"[78], sondern weil sie Lenin durch die Brille der Frankfurter Schule gelesen hat. Lenin durch die Brille der Frankfurter Schule lesen bedeutet:

-- Die verfalls- und verschwörungstheoretischen Fehler (bspw. 'Fäulnis'-These) von Lenins Imperialismus-Theorie durch den ***heimlichen Leninismus***, den Kulturpessimismus, der Kritischen Theorie noch zu verstärken.

-- Die leninistische Realpolitik aufgrund des ***offenen Anti***-Leninismus der Kritischen Theorie zu liquidieren und durch Dutschke/Krahls "voluntaristischen Subjektivismus (... des) organisierten Einzelkämpfer(s)" zu ersetzen.

Die Konsequenz: Die Herrschaft ist im Prinzip total ("der 24-Stundentag der Herrschaft des Systems über den Arbeiter", "das Gefühl für ihre Lage als Ausgebeutete (...) verloren (...) haben" [RAF]). Sie kann aber von einzelnen bzw. von jedem/r - das läuft auf das Gleiche hinaus -, der/die "auf der Grundlage ihrer spezifischen Stellung im Institutionswesen" (Dutschke/Krahl) "noch Zugang zu den Tatsachen" (Marcuse) hat, durchbrochen werden. Dies sind die "revolutionäre(n) Pol(e)" (Sievering), die durch die "irreguläre Tat" (Dutschke/Krahl) ein "Exempel" (Taufer) statuieren, das "Aufklärung" bewirkt (Meinhof, Marcuse ...). Diese "Aufklärung" bewirkt "Bewußtseinsproze(sse)" (Dutschke/Krahl), wirkt "mobilisierend" (Dutschke/Krahl), bewirkt "soziale Verallgemeinerung" (Taufer). "Daraus folgt aber, daß das revolutionäre Subjekt jede*R* ist, der*/die* sich aus diesen Zwängen befreit (...)." (RAF). "Jeder kann anfangen. Er braucht auf niemanden zu warten."[79] - beginnend zunächst mit einem reinen Erkenntnis- bzw. Willensakt - [s. dazu unten Anm. 13 sowie Abschnitt 7. e)],und alle bzw. keineR[80] können/kann mitmachen. Auch hier zeigt sich wieder, daß die Rede von "jede*R*", "alle" und "dem Menschen" politisch handlungsunfähig macht. Denn die These, daß ***eh*** alle anfangen ***können***, verhindert schon die banale Überlegung, wie Widerstand organisiert werden muß, damit zumindest ***einige*** tatsächlich anfangen können (s. dazu Anm. 14 zum Verhältnis von "klammheimlicher Freude" und realem Widerstand).

Der Grundfehler dieses Ansatzes läßt sich vielleicht so charakterisieren: Die Avantgarde wird nicht wie bei Lenin dahingehend bestimmt, daß sie den Massen einen "***Schritt***" voraus ist, sondern dahingehend, daß sie den Massen eine "***Erkenntnis***" bzw. eine "Idee" voraus ist. Die Konsequenz: Die Massen müssen über diese Erkenntnis - durch spektakuläre Aktionen (bei Dutschke/Krahl eher peacenik-mäßig, bei der RAF militant) aufgeklärt werden (RAF: "Die Bomben gegen den Unterdrückungsapparat schmeißen Bomben auch in das Bewußtsein der Massen."[81]). Revolutionärer Kampf wird als Lernprozeß konzipiert, indem Moral verbreitet und über die "Verbrechen des Systems" (RAF) aufgeklärt wird. Und innerhalb dieses Ansatzes reduziert sich die Debatte auf die kreisförmige Diskussion, ob denn eine Aktion nun 'aufklärerisch' bzw. 'vermittelbar' war oder nicht - von Meinhof/Marcuse bis Lutz Taufer, der die heute draußen bewaffnet Kämpfenden kritisiert, weil sie ihre "Aktionen nicht mehr" - wie in Uruguay und in den 70er Jahren auch hier - als "'Exempel', (...) auf soziale Verallgemeinerung hin konzipier(en ...), sondern als strategische Verallgemeinerung an und für sich". Mir ist dabei allerdings nicht klar, ob von dieser 'Exempel'-Strategie tatsächlich abgewichen wurde. Und - und das ist das wichtigere - von der er selbst sagt, daß sie zumindest in Uruguay "gescheitert" sei. - Meine Zweifel, ob von der ursprünglichen Strategie tatsächlich abgewichen wurde, resultieren aus folgendem: Ich habe den Eindruck, daß auch heute die RAF ihre Aktionen, mehr darauf hin konzipiert, die berühmte "klammheimliche Freude"[82] zu ernten (und nach Herrhausen hat die RAF diese Freude zumindest bei einigen StudentInnen des Fachbereiches Politische Wissenschaft der FU Westberlin, die die völlig unselbständige, untertänige Parole "RAF, wir danken Dir" sprühten, geerntet) als effektiven Widerstand zu leisten (s. dazu Anm. 14) (bei Herrhausen allerdings fiel wohl beides zusammen[83]).

Nun war ja aber - und das sollte vielleicht zu denken geben - des Göttinger Mescalero' Buback-Nachruf entgegen aller seinerzeitigen Staatsschutzpropaganda gar keine 'Werbung für eine terroristische Vereinigung', sondern eine Kritik an der RAF von einem anarcho-pazifistischen Standpunkt aus. Dieser Göttinger Mescalero trug sich bekanntlich mit dem Problem, daß er sich über Bubacks Tod freute, obwohl ihm sein gutes, revolutionäres (ha, ha: "um der Machtfrage willen" schreibt er und dann setzt er hinzu: "o Gott!"[84]) Gewissen sagte, daß er sich nicht freuen dürfe ("Diese Überlegungen allein haben ausgereicht, ein inneres Händereiben zu stoppen."[85], denn: "Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert sein. (...). Damit die Linken, die so handeln, nicht die gleichen Killervisagen wie die Bubacks kriegen. Ein bißchen klobig, wie? Aber ***ehrlich*** (sic!) gemeint..."[86] - Na dann ... - wenn es ehrlich gemeint ist, dann ist ja gut. Dann kann man/frau auch gar nichts gegen den Ausgangspunkt des Textes des Mescalero sagen: "(...), stringente Argumentation, Dialektik und Widerspruch - das ist mir alles piep-egal." Is' halt "ehrlich gemeint".

Nun haben wir es allerdings mit dem Phänomen zu tun, daß trotz "klammheimliche(r) Freude" die Aktionen der RAF keine "Exempel", keine Beispiele für andere sind, sondern vereinzelt bleiben. Denn der moralische Revolutionspädagogismus *kann nicht* funktionieren, wie ich gleich zeigen werde.

---

würde die politische Vorhut und die BäuerInnenschaft proletarisieren, wobei die Guerilla als Ersatz für die leninistische Partei handeln würde." (Redaktion 1988, 13, FN 10.]. Anm. d. Verf.]

76 "Die revolutionäre Partei kann nur dann Avantgarde sein, wenn das Proletariat diesen Anspruch akzeptiert - deshalb sprechen wir vom Avantgardeanspruch. Der Test findet in der Praxis statt. Nur wenn die Partei die Revolution wirklich voranbringt, wird sie tatsächlich Avantgarde sein." (o. Verf. 1988c, 45.)

77 Zu den Bedingungen, unter denen Lenin selbst den Einsatz von Knarren bspw. befürwortet bzw. abgelehnt hat, s.: Lenin 1906a, 155; Lenin 1906b, 204 f., 206 f.

78 o. Verf. 1971b.

79 Kollektiv RAF 1971, 94.

80 In diesem Rahmen gibt es immer nur die Alternative 'alle oder keineR' / 'alles oder nichts'. Denn es wird ja nicht einmal von "den Menschen' (Plural), sondern von der "Herrschaft des Kapitals (die Verwendung dieses Begriff weist diesen Satz als die elaborierte Variante des gleichen Ansatzes aus, Anm. d. Verf.) über den Menschen" (Singular) ausgegangen. Es gibt in diesem Rahmen also keine unterschiedlichen Menschen, die u.U. auch unterschiedlich handeln, sondern nur "den" - einheitlichen - "Menschen".

81 Kollektiv RAF 1971, 112.

82 Mescalero 1977, 168.

83 "Denn diese (erfolgreiche Sachbeschädigungen, d. Verf.) sind für den Staat und das Kapital (...) wesentlich verlustreicher (Störung des 'geordneten' (Produktions)ablaufs, Vernichtung von Forschungsergebnissen etc.) als getötete Führungskräfte, die in aller Regel ohne Verluste ausgewechselt werden können. Ausnahmen bilden z.B. Personen wie Alfred Herrhausen, einer der brillantesten StrategInnen des Kapitals." (Berliner GenossInnen 1991, 28).

84 Mescalero 1977, 171.

85 Mescalero 1977, 169.

86 Mescalero 1977, 170 f. - Anm. + Hervorh. d. Verf.

5. Die RAF - eine bürgerlich-patriarchale KünstlerInnenvereinigung

Zunächst aber noch eine Zwischenbemerkung dazu, wie die RAF sich das Massenbewußtsein in den Metropolen vorstellt(e):

Auf das ihr entgegengehaltene Mao-Zitat, "Wenn das Bewußtsein der Massen noch nicht geweckt ist, und wir dennoch einen Angriff unternehmen, so ist das Abenteurer*Innentum*,"[87] antwortete die RAF: Maos Position habe die chinesische Situation zur Voraussetzung gehabt, in der - nach Maos eigenen Worten - das Bewußtsein der Massen ein **"weißes Blatt Papier"** gewesen sei[88] (eine Position, die außer acht läßt, daß die chinesischen KommunistInnen vermutlich auch erst einen hartnäckigen ideologischen Klassenkampf zur Veränderung des mutmaßlich zuvor pro-feudalistischen Bewußtseins der Massen führen mußten). In den imperialistischen Metropolen sei das Bewußtsein der Massen dagegen kein "weißes Blatt Papier", sondern "immunisiertes Bewußtsein": "In den Metropolen (...) haben die jahrzehntelange konterrevolutionäre Propaganda, Erziehung, Wissenschaft (sic, Anm. d. Verf.) und Kunst jeden einzelnen Satz der marxistischen Lehre vorgenommen, haben ihn vulgarisiert, verballhornt, verlogen, verzerrt und oft in sein Gegenteil verkehrt, haben sie jeden zentralen Begriff der revolutionären Theorie mit negativen Affekten besetzt (Wie ist 'ihnen' das bloß gelungen?!, Frage d. Verf.) und damit für die revolutionäre Propaganda und Agitation in den Massen unbrauchbar gemacht, (... etc.)."[89] Dieses "immunisierte Bewußtsein" der Massen in den Metropolen soll nun dadurch "aufgebrochen werden", daß die RAF ihre "Bomben gegen den Unterdrückungsapparat" - wie schon erwähnt - auch "in das Bewußtsein der Massen" schmeißen will.

Dieser militärisch-aufklärerische Subjektivismus (**alle haben ein "immunisiertes Bewußtsein", nur wir selbst nicht**, und deshalb können wir "das falsche Bewußtsein zur Aufrechterhaltung der Anpassung zur Einhaltung des mühsam erworbenen seelischen Gleichgewichts in der Unterdrückungssituation"[90] durch 'richtiges' Bewußtsein ersetzen) entspricht fast wörtlich der u.a. von Brecht kritisierten - subjektivistischen, bürgerlich-patriarchalen Kunstideologie: "Das **Künstl*ER*individuum** ist dort 'frei' und 'allmächtig': das **weiße Blatt**, die Leinwand fürs Malen, der Film, all das wird zur Projektionsfläche für Visionen, Bildfindungen, die unabhängig von allen vorhandenen Bildern-Bilddramaturgien-Lebensentwürfen quasi aus der 'Tiefe', der 'Substanz' des 'Künstl*ER*s' emporsteigt. Vorgegebenes/Vorhandenes wird - wenn überhaupt - nur als **Äußerliches** begriffen, **dem alle unterworfen sind, nur nicht '*DER* Künstl*ER*'** im Prozeß des 'Schöpfungsaktes'. Das Künstl*ER*individuum nimmt sozusagen eine Position außerhalb der Ideologien ein - und nur diese."[91]

Revolutionäres (Kunst)verständnis geht dagegen von der "Determiniertheit der Kunst einerseits" und andererseits von den "Einsatzstellen für Subversion, Widerstand und Revolte andererseits (aus, d. Verf.), die aufgespürt werden müssen, um so die Steine des ideologischen Gebäudes gegen dieses Gebäudes selbst richten zu können. Also: die widersprüchliche Position des Innen und tendenziell Außen muß als Faktizität begriffen werden. (...). Die Wahl zwischen 'Innen' + 'Außen' muß immer wieder neu gewählt werden, und nur durch ein Verweben dieser beiden Positionen kann eine neue 'Schrift' entstehen (...)."[92] [vgl. dazu unten hinsichtlich revolutionärer Politik unter 7.d) und g)].

6. Der Klassenkampf - ein Lernprozeß?

a) (überraschende?) Parallelen

Die in Abschnitt 4. und 5. behandelte aufklärerische Konzeption des revolutionären Kampfes (s. bes. S. 168) teilt die RAF nicht nur mit dem "antiautoritären" Flügel der APO und dieser mit der Georg Lukács[93] und der Frankfurter Schule. Vielmehr wurde diese Konzeption - mit einer unwesentlichen Nuance - auch vom 'autoritären' Flügel der APO und daher der DKP/SED geteilt.

Alldiesen Ansätzen **liegt ein teleologisches** (von *telos* [gr.] = Ziel], **geschichtsdeterministisches Verständnis der Entstehung von "Klassenbewußtsein" zugrunde.** Dies soll im Folgenden vor allem anhand der **Frankfurter Schule-Anhänger** Michael Vester[94], Dieter Groh[95] und Dirk Blasius[96] (zu den Unterschieden zwischen den dreien s. Anm. 15) gezeigt und kritisiert werden. Dabei wird allerdings auch der Nachweis der genannten Übereinstimmung mit dem traditionalistischen Ansatz nicht zu kurz kommen.

b) Die 'Analyse' der Lernprozeßtheoretiker

Vester, Groh und Blasius betrachten - im Anschluß an den schon in Anm. 2 erwähnten britischen, sozialistisch-humanistischen Historiker E.P. Thompson - (revolutionäres) Klassenbewußtsein als Ergebnis eines Lernprozesses.

Zwar versuchen sich die Lernprozeßtheoretiker von der traditionalistischen, geschichtsdeterministischen Auffassung, die von einem "gesetzmäßigen Aufstieg von der Klasse an sich zur Klasse für sich" (bspw. der DDR-Wissenschaftler Hartmut Zwahr) spricht,[97] abzugrenzen.[98]

Der Erklärung der genannten Frankfurter Schule-Anhänger für die Entstehung (revolutionären) Klassenbewußtseins liegt aber ein nicht weniger deterministisches Geschichtsbild zugrunde:

So faßt Michael Vester "die Geschichte" als "langen, kollektiven Lernprozeß" auf.[99]

Das Resultat dieses Lernprozesses seien Klassen und Klassenbewußtsein ("Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß"[100]).

Die Auffassung, daß pauschal "die Geschichte" zu Klassenbewußtsein führt, ist nur auf der Grundlage der Annahme möglich, daß aus Erfahrung generell gelernt wird: Geschichte = Lernprozeß = "kumulative Erfahrung"[101].

Das weist daraufhin, daß Vester seinem Lernbegriff den empiristischen Erfahrungs-Begriff von E.P. Thompson u.a. zugrundelegt:[102]

Diese - sozialistisch-humanistische - Richtung schätzt theoretische Fortschritte (bspw. in der Geschichtswissenschaft) gering.

Dies geht so weit, daß ein BRD-Herausgeber eines Werkes von E.P. Thompson

---

87 S. Kollektiv RAF 1971, 97.

88 Kollektiv RAF 1971, 98 - Hervorh. d. Verf.

89 Kollektiv RAF 1971, 99.

90 Kollektiv RAF 1971, 112.

91 Schöttler-Boll 1983, 37 - Hervorh. d. Verf.

92 Schöttler-Boll 1983, 38.

93 "Anschauungsunterricht der Geschichte" (zit. bei Nemitz 1979, 56); "Lernprozeß des proletarischen Klassenbewußtseins" (Dannemann/Erdbrügge 1978, 148 in Bezug auf Lukács *Geschichte und Klassenbewußtsein*).

94 Zur **Frankfurter Schule**: Vester 1970, 438, 441, 443, 444 et passim; Vester 1980, 15 (Bezug auf Negt/Kluge). Vgl. Lindenberger 1988, 187, FN 25 (zu Negt/Kluge); Schöttler 1988a, 126, FN 71. Zum **Lernprozeß**: Vester 1970 (Titel et passim).

95 Zur **Frankfurter Schule**: Groh 1976, 415, FN 3 (Bezug auf Negt/Kluge), 425, 427 (kritische Theorie); Groh 1980, 28 ("Erkenntnisinteresse"). Vgl. Lindenberger 1988, 187, FN 25 (zu Negt/Kluge); Schöttler 1988a, 176, 197, FN 101 (Grohs "Kritische Geschichtswissenschaft" stehe "unter dem geschichtsphilosophischen Einfluß der Frankfurter Schule"); Schöttler 1988b, 34, FN 29 (zu Groh, Thompson, Frankfurter Schule). Zum **Lernprozeß**: Groh 1976, 416, s.a. 422, 424.

96 Zur **Frankfurter Schule**: Blasius 1977, 389 f., 391 - 393, 401 - 403; Blasius 1980, 11 ("ideologiekritische Perspektive"). Zum **Lernprozeß**: Blasius 1977, 396, FN 71 (mit Bezug auf Groh und Thompson).

97 Zwahr 1978, 318.

98 Vester 1983, 14; Groh 1980, 16, s.a. 15 und 17.

99 Vester 1970, 18: "Dieses Buch ist ein Versuch, die Geschichte (...) als einen langen kollektiven Lernprozeß zu verstehen."

100 Vester 1970, Titel. Vester 170, 32 f. scheint - im Anschluß an die in Anm. 16 zitierte subjektivistische Klassen-Definition von Thompson - die "Klassen" und "Klassenbewußtsein" synonym zu verwenden.

101 Institut 1980, 10 (Vorwort zu einem von Vester herausgegebenen Thompson-Werk).

102 Vgl. Vester 1970, 22 ("vom Stoff vorgegebene[s] Gliederungsprinzip"), 30 (Bedeutung von Theorien "in ihrer eigenen geschichtlichen Situation ").

gleich gegen den "kalten, abstrahierenden Blick" der Wissenschaft wettert.[103]
Stattdessen sei es notwendig von den "Erfahrungen" auszugehen, die - so E.P. Thompson - in ihren eigenen Begriffen "gültig" seien:
"Das Material muß durch ihn/*sie* (den/die HistorikerIn, d. Verf.) sprechen."
Die sich daraus ergebende 'wissenschaftliche' Methode sei das "listening", die "emphatische Fähigkeit (...) zuzuhören".[104]
(Nebenbei bemerkt: Die thompson'sche Methode des "listening" verweist einmal mehr auf die Nähe des 'linken' 'Anti-Positivismus' zur Hermeneutik und zum Historizismus,[105] s. dazu Anm. 2 und 3. Mit dem Bezug auf "emphatische Fähigkeit(en)" des/r HistorikerIn endet der Empirismus im subjektivistischen Relativismus: Unfreiwillig bestätigt dies auch Dieter Groh: "Edward Thompson ist aufgrund seiner hochtrainierten Sensibilität (sic!) für den historischen Kontext und seiner politischen Parteinahme (sic!), (...), vor diesen Gefahren ("Verlust jeglicher übergreifender Forschungsperspektive" etc., d. Verf.) gefeit, nicht aber wären es seine 'Nachfolger*Innen*'."[106] Denn der Empirismus kann keinen Maßstab für den Umgang mit unterschiedlichen Erfahrungen bzw. mit unterschiedlichen Meinungen über die gleichen Erfahrungen angeben:[107] "(...); wo, außer in der Kompetenz des/*r* Historikers/*in*, findet man eine Instanz, die vor 'falschen' Evidenzen (und deren Reproduktion als historische Erkenntnis) schützt?".[108] Die Proklamation der Evidenz vermeintlich sicherer Erfahrung[109] entzieht so die je eigene Position der kritischen Überprüfung im wissenschaftlichen Diskurs[110].)
Auf der Grundlage dieses empiristischen Erfahrungsbegriffs ist es Michael Vester nicht möglich zu erkennen, daß es von dem - zur Verarbeitung von Erfahrungen zur Verfügung stehenden - theoretisch-begrifflichen Instrumentarium abhängt, ob gemachte Erfahrungen klassenkämpferisch oder nicht verarbeitet werden.
Vielmehr steht für ihm - aufgrund Thompsons These, daß Erfahrung in ihren eigenen Begriffen gültig sei - immer schon fest, daß aus Erfahrung das 'Richtige', nämlich revolutionäres Klassenbewußtsein, gelernt wird (s. dazu auch Anm. 17): "die Mängel einer Kampfstrategie werden praktisch an Mißerfolgen erfahren; das bewegt eine Arbeiter*Innen*intelligenz zur Ausarbeitung neuer Antworten auf die offenen Fragen; die neue Strategie wird nun (...) verbreitet, rezipiert und schließlich in einem neuen Kampfzyklus praktisch erprobt."[111]
[Auch Thompson selbst **unterstellt** geschichtsdeterministisch, daß "Männer und Frauen" ihre Erfahrungen **immer** so verarbeiten, daß sie dadurch zum "Subjekt" der Geschichte werden.[112] Denn nach Thompson kehren im Begriff der Erfahrung "Männer und Frauen (...) wieder als **Subjekte** (...), die als Personen ihre determinierenden Stellungen und Verhältnisse im Produktionsprozeß (...) erfahren und die dann diese Erfahrung 'handhaben' (...) **und die dann** (...) **ihrerseits auf ihre determinierende Situation handelnd einwirken.**"[113] Also: Erfahrung - Handhabung - Einwirkung, wobei allerdings gerade die "Handhabung" ungeklärt bleibt.]
Die genannte Vorstellung Vesters entspricht der Beschreibung des Bewußtseins die Hegel in der "Phänomenologie des Geistes" gibt:
Das Bewußtsein wird "durch die Aufhebung seiner früheren Gestalten immer reicher (...), bis es schließlich in das absolute Wissen einmündet. Die Widersprüche im Entwicklungsprozeß des Bewußtseins scheinen zunächst durchaus komplex zu sein," - bei Vester "Mängel", "Mißerfolge" - "doch erweist sich diese Komplexität letztlich als die einer 'kumulativen Verinnerlichung,' denn während des ganzen Durchgangs durch seine verschiedenen Gestalten (...) stellt das Bewußtsein (...) immer nur sein Wesen unter Beweis."[114]
Aufgrund dieser Vorstellung gibt es für Vester immer nur eine **Lehre** aus den gemachten Erfahrungen:
Bspw.: "Die Laisser-faire-Politik der Regierung lehrte die Aussichtslosigkeit protektionistischer Petitionen und verwies auf den Weg der Selbsthilfe."[115] Aus der Ignoranz der Regierung gegenüber den Petitionen für eine protektionistische Politik könnte aber auch 'gelernt' werden, daß es nur noch *größerer* Anstrengungen bedürfe, um *mehr* Unterschriften zu sammeln und so die Regierung doch noch zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen. Und: Ein solcher Mißerfolg kann auch zu Resignation führen. Und schließlich besteht noch die Möglichkeit, aus einer solchen Erfahrung zu 'lernen', daß das, was sich praktisch durchsetzt (also die Laisser-faire-Politik), schon richtig sein wird. **Wieso aus der gemachten Erfahrung das eine und nicht das andere 'gelernt' wurde, kann Michael Vester nicht erklären.** [Die an dieser Stelle notwendigen, distanzierenden Anführungszeichen machen schon deutlich, daß es nicht möglich ist, komplexe politische Prozesse als einfachen Lernprozeß zu betrachten. S. dazu unten unter 7. a) genauer.]
Wenn der reale, historische Prozeß ('ausnahmsweise') nicht so glatt abläuft, wie es das obige einfache Schema (alte Strategie - Mißerfolge - neue Strategie - neuer Kampfzyklus) unterstellt, dann liegt dies nach Vester an der Unterdrükkung, die die herrschende Klasse ausübt ("strenge Reglementierung der Freiheiten der Korrespondenz, der Rede, der Presse, der Versammlung und der Verbandsbildung").[116] Dies erklärt aber gar nichts, denn: Daß eine herrschende Klasse versucht, ihre Macht aufrecht zu erhalten, ist keine Ausnahme, sondern die Regel. **Deshalb könnte der Nachweis, daß die ArbeiterInnenklasse aus den von ihr gemachten Erfahrungen 'lernt', nur darin besteht, daß gezeigt wird, daß sie derartige Schwierigkeiten überwindet.**
Genau dies *nimmt* M. Vester *an* - allerdings *ohne es nachzuweisen*. Er geht davon aus, daß sich am Ende - wenn auch vielleicht über den Umweg der hegelschen "List der Vernunft"[117] - immer der Sinn der Geschichte[118] durchsetzt:
"Der Weg der sozialen Bewegung geht auch heute noch durch viele Täuschungen und Selbsttäuschungen hindurch, (...). Der Sinn politischen Engagements erweist sich meist erst nachträglich." Es "scheint" - lt. M. Vester - nur so, "daß der geschichtliche Prozeß in der ständigen Wiederholung von emanzipatorischen Hoffnung und niederdrückender Enttäuschung" abläuft. Tatsächlich zeige sich, daß "subjektiv als Mißerfolge empfundene Resultate in größerem historischen Zusammenhang emanzipatorische Bedeutung haben können. (...). Wenn auch Geschichte nicht als geradliniger Fortschritt mehr verstehbar ist, so ist doch die Vorstellung einer auf Umwegen oder eben 'zyklisch', d.h. kämpfend-lernend, voranschreitenden Befreiung noch

103 Puls 1979, 7.

104 S.: Groh 1980, 23; Johnson 1978, 39 f. m.w.H.; Kittsteiner 1981, 117 f.; Lindenberger 1988, 175; Schrader 1980, 479.

105 Vgl. Breuer 1980, 593; Lindenberger 1988, 175. Zu den konservativen politischen Folgen s.: Bommes 1982, 77, Johnson 1980, 43 (Vertauschung von Ziel und Analyse / Identifikation und Kritik); Bommes 1982, 98 f., Stedman Jones 1988a, 304 f. (Vereinnahmbarkeit des rückwärtsgewandten Populismus durch Konservative: "Jahr des kulturellen Erbes"), Bommes 1982, 85, FN 11, 100 f. (Vereinnahmbarkeit des Regionalismus durch neu-rechten Rassismus).

106 Groh 1980, 27 f. Anm. d. Verf.

107 Johnson 1978, 42.

108 Berking 1981, 108. Vgl. Lindenberger 1988, 179.

109 Schrader 1980, 480, 483.

110 Breuer 1980, 593; 594.

111 Vester 1970, 19. Zum praktizistischen Wahrheits-Begriff von Vester (Theorie wird "praktisch erprobt") s. auch: Vester 1970, 22, 25.

112 Kittsteiner 1981, 116 f.; Schöttler 1988b, 17.

113 E.P. Thompson zit. n. Kittsteiner 1981, 116 - Hervorh. d. Verf.

114 Brackmann et al. 1978, 276 f.

115 Vester 1970, 26.

116 Vester 1970, 22.

117 S. dazu die Kritik bei Schöttler 1988b, 17, 19; Stedman Jones 1988a, 307. Vgl. dazu die Kritik an einer Interpretation des Stalinismus als "Umweg der Geschichte" oder "List der Vernunft" bei Schöttler 1978, 54 f.

118 Vgl. Vester 1970, 22 ("historisches Sinnverständnis"), 29 ("historisch (?!) sinnvolle Zielsetzungen"), 30 ("Historisches Sinnverständnis").

denkbar." Abschließend stellt Michael Vester zu diesen Überlegungen die "These (auf, Erg. d. Verf.), daß kurzfristige Mißerfolge in langfristigen Fortschritten ihre Aufhebung erfahren".[119]
Wir müssen deshalb festzuhalten, daß sich Vester nicht darauf beschränkt,
++ die Position zu vertreten, es sei *möglich*, daß auf Niederlagen der ArbeiterInnenbewegung auch Siege folgen
und
++ die Auffassung zurückzuweisen, die Geschichte sei dahingehend prä-determiniert, daß sie ein Kreislauf von Hoffnung und Enttäuschung ohne Fortschritt ist.
Vester beschränkt sich also nicht darauf, die These zu vertreten, daß der historische Prozeß prinzipiell offen ist und sein jeweiliger Stand konkret wissenschaftlich untersucht werden kann/muß. Vielmehr geht es Vester seinerseits um - eine dem negativen Geschichtsdeterminismus entgegengesetzte - Sinnproduktion.
Geschichte ist für ihn also - da ja aus Erfahrung gelernt wird - ein Prozeß "'zyklisch' (...) voranschreitende(r) Befreiung". Siege und Niederlage der ArbeiterInnenbewegung sind für ihn nicht einfach Siege und Niederlagen, sondern deren 'historischer Sinn' liegt darin, daß sie (als Momente einer hegelschen Totalität, s. dazu Anm. 18) in "langfristigen Fortschritten ihre *Aufhebung* erfahren"; darin, daß sie "**dem** historischen Trend"[120] zur Durchsetzung verhelfen.
Bei Michael Vester entspricht so die Entwicklung vom "Proletariat als Objekt" zum "Proletariat als Subjekt" - so die Überschriften der beiden Teile seines Werkes[121] - dem zwahr'schen "gesetzmäßigen Aufstieg von der Klasse an sich zur Klasse für sich".
An anderer Stelle beschreibt Vester die Geschichte als "U-*Kurve* der Entfremdung".[122] Diese Kurve führt von einem nicht entfremdeten Ursprung über eine Phase der "kapitalistischen Entfremdung (...), durch welche die alten sozialen Bewegungen hindurch **mußten,**" ***zurück*** ***"zu den*** nicht-entfremdeten, phantasievollen und sehr vielseitigen ***Anfängen***".[123] Die "große historische Leistung" der ArbeiterInnenklasse besteht in diesem historischen Rundumschlag darin, "daß sie die vom Kapitalismus in Frage gestellte Dorfgemeinschaft, die ja auf uralte stammesgeschichtliche Kulturleistungen (...) zurückgeht, nach einer Periode der Verunsicherung und des Übergangs wiederhergestellt" habe.[124] Da Vester den Begriff der Entfremdung nicht auf den Begriff der Ausbeutung bezieht (s. dazu Anm. 19), finden wir also auch hier den Idealismus der hegelianischen Geschichtsphilosophie / Dialektik wieder: ursprüngliche Einheit - Aufspaltung in zwei Seiten eines Widerspruchs (Entfremdung) - Heraufreinigung zu einer höheren Einheit (s. dazu Anm. 20). Da die Einheit ***als ursprünglich*** gesetzt wird, ist sie (bzw. entsprechend: das Klassenbewußtsein) in diesem Prozeß latent immer vorhanden - auch ohne empirische Existenz.[125]
In ähnlicher Weise spricht auch Dirk Blasius von einem "***Einholen der in*** Klassen***bahnen verlaufenden*** Verlust***geschichte*** von individueller Autonomie, Spontaneität und Kreativität"[126]. Also auch hier wieder: ursprüngliche Autonomie, Kreativität etc. - Verlust / Entfremdung - neue Einheit ("Einholen der (...) Verlustgeschichte").
Dieter Groh schließlich expliziert zwar die diesem Ansatz - impliziten geschichtsphilosophischen Annahmen nicht und bezieht sich - im Unterschied zu Vester - auch nicht auf den Begriff den Entfremdung, aber auch er scheint die Entstehung von Klassen(bewußtsein) als Prozeß der Entfaltung eines einfachen, hegelianischen Prinzips zu verstehen, wenn er von einem "**Sichherausformen** einer Klasse"[127] spricht. Auch ansonsten übernimmt er alle Voraussetzungen von Vesters Ansatz:
Auch Groh betrachtet die Geschichte als Lernprozeß (s. Anm. 21). Er nimmt an, daß aus Erfahrung "Interaktionsmuster (entstehen), die Gruppenverhalten prägen, das sich wiederum als politisches Verhalten artikulieren kann." Dieser Umsetzungsprozeß von "Erfahrungen" in "politisches Verhalten" verlaufe "nicht linear, sondern in Zyklen".[128] Eine konkrete Erwähnung finden dann bei ihm allerdings ausschließlich: "soziale und politische Protestfälle; Streikagitation, Streiks und Streikwellen gleich welcher Motivierung" etc.[129] Das Verhältnis von Lernprozessen und politischen Aktionen wird dabei von Groh als Ausdrucks-Verhältnis verstanden (erste drückten sich in letzten aus).[130] Auch hier haben wir also den doppelten Hegelianismus von evolutionärer Aufwärtsentwicklung (dem nur "soziale und politische Protestfälle" etc., aber nicht die gegenteiligen Verhaltensweisen der ArbeiterInnen ins Auge fallen) und expressivem Kausalitätsmodell (politisches Bewußtsein und politische Aktionen als "Ausdruck" der "Erfahrungen" im Produktionsprozeß, zu diesem Modell s. Anm. 22).
Zu erwähnen ist noch die Kehrseite dieses expressiven Kausalitätsmodell: Während sich also einerseits Erfahrung in Klassenbewußtsein ausdrücken soll, soll dieser Ansatz umgekehrt die Möglichkeit bieten, den "unter der Oberfläche verborgenen Sinn" der Erfahrungen (Erscheinungen) freizulegen (zu "decodieren").[131] Im Rahmen dieser zirkulären Argumentation ist damit die Entstehung von Klassenbewußtseins immer schon der *vorab* festgelegte "Sinn" aller konkreten Erfahrungen. Denn erstes wird ja als Ausdruck von letzteren betrachtet, so daß - umgekehrt - als "Sinn" der Letzteren die Herbeiführung von Klassenbewußtsein zu "decodieren" ist.
Wir sehen also, daß bei dem Frankfurter Schule-nahen Ansatz - nicht anders als bei dem traditionalistischen Ansatz von H. Zwahr u.a. - die "geschichte der arbeiter*Innen*bewegung und der proletarischen praxis" als "abgesteckte ***bahn***" (s. oben insb. das Zitat von Blasius) gedacht wird. Diese Bahn verbindet "einen ausgangspunkt" - die unentfremdeten Ursprünge - "mit einem endpunkt (bzw. mit einem strategischen ziel)" - die Rückkehr zu den genannten Ursprüngen - "'Endstation, alles aussteigen!', wie Lenin ironisch sagte."[132] So ist es denn kein Wunder, daß sich der Vertreter des erstgenannten Ansatzes, Dirk Blasius, zustimmend auf den 'Traditionalisten' H. Zwahr beziehen kann,[133] während sich umgekehrt der an der DKP-Theorie vom "Staatsmonopolkapitalismus" orientierte Autor Klaus Dörre seinerseits sich nicht nur auf H. Zwahr, sondern auch auf den 'undogmatischen' E.P. Thompson bezieht[134].

b) Die strategische(n) Schlußfolgerung(en)

Da also das Verständnis von der Entstehung von Klassenbewußtsein bei 'Undogmatischen' und 'Orthodoxen' ähnlich, nämlich geschichtsdeterministisch, ist, ist auch die politische Strategie ähnlich. Der Unterschied zwischen beiden Strategien beschränkt sich auf die Differenz zwischen einer eher "auto- oder hetero-pädagogischen" Konzeption des Klassenkampfes: "also zwischen der vor-

119 Vester 1970, 35 f.

120 Vester 1983, 18.

121 "Erster Teil. DAS PROLETARIAT ALS OBJEKT. Die Erfahrung der agrarisch-industriellen Revolution" (Vester 1970, 41 ff.). "Zweiter Teil. DAS PROLETARIAT ALS SUBJEKT. Praxis und Theorie der englischen Arbeiterbewegung 1792 - 1848" (Vester 1970, 111 ff.). Beide Hervorh. d. Verf.

122 Vester 1983, 19 - Hervorh. d. Verf.

123 Vester 1983, 19 - Hervorh. d. Verf.

124 Vester 1983, 4.

125 So die Kritik von Stedman Jones 1970, 11, FN 1; 16 f. an Lukács' Kategorie des "zugerechneten Klassenbewußtseins".

126 Blasius 1977, 403 - Hervorh. d. Verf.

127 Groh 1980, 17.

128 Groh 1976, 422. Ähnlich Groh 1980, 15.

129 Groh 1976, 416.

130 Groh 1976, 422: "Lernprozesse, die (...) letztlich in politischen Aktionen ihren Ausdruck finden".

131 Groh 1980, 23 f., s.a. 25.

132 Pêcheux 1978a, 64, s.a. 61 - Hervorh. i.O.

133 Blasius 1980, 111, 187, FN 2 f.

134 Dörre 1987, 105, FN 111.

stellung, daß die zeit und die erfahrung im innern der arbeiter*Innen*bewegung selbst automatisch für die revolution arbeiten, und der vorstellung, daß man revolutionäre theorie von außen her an die arbeiter*Innen*bewegung herantragen müsse, um diese auf 'den richtigen weg zu bringen'."[135]
Daher soll die subjektive Entscheidung zur Auflehnung (Revolution) durch (Selbst- oder Fremd)-"***Aufklärung*** und Belehrung des Proletariats" herbeigeführt werden.[136]
Gemäß der 'undogmatischen' Variante soll die spektakuläre Aktion den ***aufklärerischen*** Effekt verstärken oder überhaupt erst erzeugen. Sie ist - bei Dutschke/Krahl - der "voluntaristische ***Subjektivismus*** (...) organisierter Einzelkämpfer*Innen*".[137] [Auch wenn sich seit 1967 die Radikalität der Aktions*formen* gesteigert hat (die von Dutschke/Krahl damals für die Metropolen abgelehnten Schüsse, sind inzwischen auch hier gefallen), kommt es auch heute bei Szene-Diskussionen über die Sinnhaftigkeit von Aktionen weniger auf deren Effektivität für den revolutionären Prozeß, als vielmehr darauf an, ob sie die ***subjektive*** 'Wut im Bauch' zum Ausdruck bringen.] - Die Aufklärungsmethoden des heteropädagogischen Ansatzes haben demgegenüber einen eher altbackenen Charme.
Diese Ähnlichkeit ist kein Zufall: Denn die Alternative von Spontaneismus und Dogmatismus ist darin "komplementär, daß sie sich einem Subjektkonzept verdankt, welches einmal 'empiristisch', einmal 'transzendental' als Ermöglichungsgrund und Antizipation des geschichtlichen Prozesses gefaßt ist."[138]
Der Linksradikalismus bezieht sich - **'empiristisch'** - auf die spontane **Aktion** von Individuen, die "Orthodoxie" bezieht sich - **'transzendental'** - auf den vermeintlich zwangsläufigen **Gang der Geschichte** in Richtung Kommunismus, der von der Arbeit***ER***klasse als Subjekt der Geschichte exekutiert werde.
Beide unterstellen metaphysisch, "daß 'die Gesellschaft', oder zumindest das, was sie für ihr lebendiges und dynamisches Element halten (...), von Natur aus zum Sozialismus strebt und ihn herbeiruft, sei es
++ weil die Arbeit***ER***klasse (so, wie Partei und Gewerkschaft sie vertreten) eine zentrale Stellung hat,
oder
++ (wenn man*/frau* 'Abschied vom Proletariat' genommen hat) weil das Streben nach Selbstverwaltung angeblich allen 'Subjekten' (...) gemeinsam ist (...)."[139]
Der zentrale Schwachpunkt jeder aufklärerischen (sei es nun auto- oder heteropädagogischen) Konzeption des revolutionären Kampfes besteht nun aber darin, daß es **nicht ausreicht**, den Frauen, Schwarzen und ArbeiterInnen zu sagen, daß der Kapitalismus, das Patriarchat und der Rassismus 'böse' sind - das wissen sie im Zweifelsfall selbst. Die Ursache für den Mißerfolg revolutionärer Politik ist also nicht allein darin zu suchen, daß nicht genug "Aufklärung"[140] - sei es in der biederen DKP/SEW-Variante, sei es in der linksradikalen Variante á la Focus-Theorie - betrieben würde. **Vielmehr lassen sich Gründe dafür angeben, daß gerade eine solche (selbst- oder fremd)-aufklärerische Konzeption von Politik den von ihr angestrebten revolutionären Erfolg verfehlen *muß*:**

7. Wider eine aufklärerische (pädagogische) Konzeption des revolutionären Kampfes!

a) Zur Spezifik des Politischen

Der Begriff des Lernprozesses ist - ohne daß die Vertreter dieses Ansatzes auf eine spezifische Definition Bezug nehmen würden - der pädagogischen Diskussion entliehen und von dort auf den politischen Prozeß **übertragen** worden. Dies wäre dann unproblematisch, wenn dabei (bzw. in Definition dieses Begriffs) nachgewiesen werden würde, daß dieser Begriff dem politischen Prozeß adäquat ist. Dieser Nachweis erfolgt aber nicht. Stattdessen wird dieser Begriff im Sinne seines ursprünglichen Bedeutungsfeldes verwandt. Thompson sieht den Prozeß der Bildung von Klassenbewußtsein im unmittelbaren Kontext von "elementaren Unterricht in Lesen, Schreiben und Rechnen" sowie "geistiger Bildung".[141] So zeigt sich, daß mit dem Begriff "Lernprozeß" die Entstehung (revolutionären) Klassenbewußtseins auf die Akkumulation von Wissen ("kumulative Erfahrung"[142]) reduziert wird (s. dazu Anm. 23).
Sicherlich sind ein bestimmtes Wissen und bestimmte Kulturfertigkeiten Voraussetzung für *bestimmte* Formen politischen Engagements. Trotzdem läßt sich nicht sagen, daß der gesamte politische Prozeß / die Produktion politischer Überzeugungen nur in derartiger Weitergabe und Aneignung von Wissen und Fertigkeiten besteht. Bei Demonstrationen, Wahlkämpfen, Streiks, Aufständen etc. spielen noch jede Menge Elemente (Gemeinschaftsgefühl etc.), die sich mit einer solchen beschränkten pädagogischen Sichtweise nicht analysieren lassen, eine wichtige Rolle.
Dabei ist dann zu beachten, daß (politische) "Überzeugungsbildung (...) Aussagen, Werturteile, Normen etc. (...) nicht bzw. nicht 'in erster Linie' nach ihrer objektiven Adäquanz (Wahrheit), sondern nach ihrer subjektiven Funktionalität ('Sinnhaftigkeit'), (...) beurteilt (werden)."[143] Auch Frigga Haug betont, daß 'Lernen' aus 'Erfahrung' durchaus nicht zur Entstehung revolutionären Bewußtseins führen müsse, sondern auch zur Einrichtung in den bestehenden Verhältnissen führen könne und z.Z. auch häufig führe.[144]
Mit der Annahme einer letztlich unproblematischen Umsetzung von "Erfahrung" in Klassenbewußtsein wird eine differenzierte Analyse von Bewußtseinsprozessen verhindert. Denn alles, was der angenommen (pädagogischen) Bahn nicht entspricht, *muß* tendenziell ignoriert werden. Denn tatsächliche 'Rückfälle' - also nicht bloße 'Umwege' - des Bewußtseins haben im Rahmen der Unterstellung eines kumulativen (sich anhäufenden) Charakters von "Erfahrung"/"Lernprozessen" keinen Platz. So kann im Rahmen dieses Ansatzes das 'Abhandenkommen' von einmal entstandenem Klassenbewußtsein nicht analysiert werden: "Wenn die [englische, d. Verf.] Arbeiter*Innen*klasse gemäß seinem [Thompsons, d. Verf.] Verständnis 1832 '*made*' war, was wurde dann in den folgenden Jahrzehnten des Übergangs zu einer integrierten, domestizierten und reformistisch orientierten Bewegung aus dieser 'Klasse', als ihr das Klassenbewußtsein offensichtlich abhanden kam?"[145]
Im Gegensatz zur hier kritisierten Auffassung vom Lernprozeß setzt der **Begriff "politischer Prozeß"** nicht geschichts*philosophisch* die Entstehung von Klassenbewußtsein *voraus*, sondern läßt offen, ob aus gemachten Erfahrungen Resignation oder Widerstand resultieren.[146] Denn ein politischer Prozeß produziert *Politik* (herrschende **oder** wi-

---

135 Pêcheux 1978a, 64.

136 So die Kritik von Neusüss 1972, 64 (Hervorh. d. Verf.) an der Konzeption der Stamokap-TheoretikerInnen (StamoKap-Theorie: DKP/SEW/SED-Analyse des Gegenwartskapitalismus als Staatsmonopolkapitalismus. S. kritisch dazu: Heinrich 1990). Vgl. für den 'undogmatischen' Ansatz die Hinweise von Thompson 1963, 807 auf die "AutodidaktInnen" und von Vester 1963, 10 auf die "autodidaktische(n) ArbeiterInnen". Vgl. auch Thompsons (1963, 23) Lob für "die feste Entschlossenheit, **Ideen zu verbreiten**" (Hervorh. d. Verf.).

137 Dutschke/Krahl 1967, 139 - Hervorh. d. Verf. Vgl. dazu: Kraushaar 1987.

138 Plumpe / Cl. Kammler 1980, 201.

139 Balibar 1981, 361 - Hervorh. d. Verf.

140 S.a. die Kritik: PIT 1980, 503 f.

141 Thompson 1963, 807 f.

142 Institut 1980, 10.

143 Krauss 1987, 111.

144 F. Haug 1990, 176 f.

145 Lindenberger 1988, 175.

146 Vgl. PROWO 1989, 184: "Notwendig ist eine soziale *Analyse*, die erklärt, *unter welchen Bedingungen* (...) diese Niederlagen in Resignation und nicht in (...) Widerstand oder Bewußtseinsentwicklung umschlagen." (Hervorh. d. Verf.).

derständige); ein Lernprozeß produziert dagegen *Wissen* (was von den Lernprozeßtheoretikern - wie gezeigt - *per se* mit widerständiger Handlung[sfähigkeit] identifiziert wird). So wird mit der Zurückweisung der ideologischen Betrachtung der Geschichte als Lernprozeß ein Feld für die *wissenschaftliche* Untersuchung der politischen Verarbeitungsfähigkeit der je unterschiedlichen politischen Kräfte in den jeweiligen konkreten Situationen[147] eröffnet.
Daher ist der oben zitierten Auffassung von Groh, daß sich Lernprozesse in Politik ausdrückten[148], entgegenzuhalten, daß es "not consciousness (or ideology) (is) that produce politics, but politics that produce consiousness". Denn es ist die diskursive Struktur der politischen Sprache, welche überhaupt erst (Klassen)-'Interesse(n)' schafft[149]. Demgegenüber könnte man/frau zwar sagen, daß "die Umstände" - politics - "ebensosehr die Menschen" - bzw. deren Bewußtsein - "wie die Menschen die Umstände machen".[150] Aber "jene 'Umstände'" stellen dabei "den ausschlaggebenden Faktor dar".[151] Denn die "Summe von Produktivkräften, Kapitalien und sozialen Verkehrsformen" werden **von jedem "Individuum und jede(r) Generation als etwas Gegebenes vorgef(u)nde(n)"**[152]. "Die Menschen machen ihre eigene Geschichte" also nur insofern als sie sie "nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen (machen). Die Tradition aller Toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden."[153] Wissenschaftlich betrachtet, bleibt also von dem aus Erfahrung gespeisten freien Willen des freien Lern-Subjekts nichts übrig; das, was aus Erfahrung 'gelernt' wird, ist immer schon von den politischen Umständen vorgeprägt. Diese sind es also, die der differenzierten Untersuchung bedürfen.

b) Zur Kritik des empiristischen Erfahrungsbegriffs: "All experience ist penetrated by cultural and ideological categories"[154]

Wie schon mehrfach erwähnt, unterstellen die Lernprozeßtheoretiker eine letztlich unproblematische Umsetzung von Erfahrung in Klassenbewußtsein.
Diese Unterstellung ist aber nicht haltbar. Denn revolutionäres Bewußtsein entsteht nicht durch die bloße Erfahrung von Unterdrückung ("There are no simple rules of translation form social to the political."[155]). "Bewußtsein kann nicht auf Erfahrung bezogen werden, ohne daß eine besondere Sprache dazwischentritt, die das Verständnis dieser Erfahrungen organisiert. Es ist wichtig zu betonen, daß *mehr als eine* Sprache imstande ist, denselben Erfahrungsgehalt zu artikulieren.[156] Die Klassensprache war nicht bloß eine Verbalisierung von Wahrnehmungen oder das Bewußtwerden existentieller Tatsachen, wie es bestimmte marxistische oder soziologische Traditionen angenommen haben. Sie war auch nicht bloß die Artikulation der kumulierten Erfahrungen einer besonderen Form von Klassenverhältnissen, sondern sie wurde innerhalb einer komplexen Rhetorik metaphorischer Assoziationen, kausaler Folgerungen und phantasievoller Konstruktionen aufgebaut und geprägt."[157] Hier gilt also ein ähnlicher Einwand wie gegen den Empirismus: "(...) wenn man*/frau* in bestimmten elementaren Lebenssituationen etwas lernt, so lernt man*/frau* eben nicht eigentlich aus der 'Erfahrung', sondern aus der Verarbeitung der **Erfahrung**, d.h. aufgrund einer Konfrontation mit Begriffen, die dieser Erfahrung **überhaupt** erst einen 'Sinn' geben. Wo aber diese Begriffe und Gedanken herkommen, die somit die Erfahrung strukturieren, ist natürlich eine wichtige und offene Frage, aber sie kommen ganz sicher nicht aus dem Innern des betreffenden Individuums."[158] Letzteres ist aber genau die Position der Vertreter der These vom Lernprozeß: "Die Aufgabe des*/r* Sozialhistorikers*/In* sei es vor allem, so Thompsons methodologische Prämisse, sich (...) in die Handlungen der geschichtlichen Akteure **hineinzu*fühlen***, ihre ***Innen*seite** sich zu eigen zu machen, (...)."[159] "Geschichte 'von unten' zu schreiben', bedeutet aber auch Geschichte 'von **innen**' zu schreiben, die subjektiven Erfahrungen und Leiden der von ihr Betroffenen und sie Gestaltenden wahrzunehmen, ja sie sich in einem *Prozeß nachträglicher sympathisierender Identifikation* anzueignen."[160]

c) Die Teleologie des Lernprozesses
Die Vorstellung über die Herausbildung von Klassenbewußtsein als Lernprozeß unterstellt - wie bereits erwähnt - ein Ziel (nämlich das Ende von M. Vesters "U-Kurve": die Rückkehr zu den "nicht-entfremdeten [...] Anfängen"). Eine solche *teleologische* Auffassung ist eine ideologische Vorstellung, denn daß die Geschichte ein Ziel hat, kann wissenschaftlich nicht bewiesen werden:
Denn "auch jene marxistischen Konzeptionen", die einen Sinn in der Geschichte erblicken wollen, können dies nur, indem sie die Ansicht vertreten, daß "jede Epoche ihren Sinn in der darauffolgenden findet, in deren wesentlichem Prinzip dasjenige der jeweils vorangegangenen 'aufgehoben' ist, bis schließlich der geschichtliche Prozeß (...) zu seinem Höhepunkt und Abschluß kommt". Bei Hegel ist dieser Abschluß die bürgerliche Gesellschaft[161], bei den erwähnten marxistischen Konzeptionen der Kommunismus, oder - in der stalinschen Variante faktisch nur - der realsozialistische "Staat des ganzen Volkes". Die Geschichte ist aber nie zu Ende, auch nicht im Kommunismus.[162] Idealismus bleibt eben Idealismus, auch wenn er 'umgedreht' wurde, also seine *Richtung* geändert wurde.[163]
Die erwähnten marxistischen Konzeptionen gelangen entweder dahin, "das Proletariat in die Rolle des Hegelschen 'Weltgeistes' einzusetzen, also den Sinn der Geschichte in der Emanzipation des Proletariats zu erblicken, oder aber die Entwicklung der Produktivkräfte als bewegendes Moment und Sinn des historischen Prozesses (zu) hypostatisieren. Indes läßt sich ein durchgängiger Sinn der Geschichte immer nur *retrospektiv*, vom Standpunkt der" - jeweils - "gegenwärtigen Epoche aus konstruieren, welche dann als das 'Produkt' der abgelaufenen Prozesse erscheint". Für den/die GesellschaftswissenschaftlerIn "ergibt sich aus dieser Betrachtungsweise (folgen)der entscheidende(r) Nachteil": Der/die WissenschaftlerIn ist angehalten, "die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse als absolutes Faktum hinzunehmen (...), weil auf sie sich der Geschichtssinn bezieht". Daher vermag der/die WissenschaftlerIn "die aktuellen *Tendenzen* nicht zu begreifen," da er*/sie* diese Tendenzen "bloß dem vorgegebe-

---

147 Daß es genau darauf an kommt, gesteht Vester am *Ende* seines Buches zu - allerdings ohne seinen Ausgangspunkt zu revidieren: "Die Massen und Führer, *die ihre Mißerfolge nicht begrifflich verarbeiten und relativieren konnten*, gaben daher die Endziele auf und wandten sich für mehr als vier Jahrzehnte dem sozialen Flügel des politischen Liberalismus und der ökonomischen Tagespraxis zu." (Vester 1970, 387 - Hervorh. d. Verf.).

148 S. oben bei FN .

149 Stedman Jones 1983b, 19, 22.

150 Marx/Engels 1845/46, 38.

151 Schmidt 1980, 172.

152 Marx/Engels 1845/46, 38 - Hervorh. d. Verf.

153 Marx 1851/52, 115.

154 Hall 1981, 383.

155 Stedman Jones 1982/83, 242.

156 [Vgl. Elfferding 1983, 17: "Der entscheidende, das marxistische Denken umwälzende Gedanke in *Was tun?* ist, daß sich Politik nie einfach aus der Klassenbestimmung ergibt, sondern daß - umgekehrt - ein und dieselbe Klassenbestimmung mit verschiedenen, ja einander entgegengesetzten Politiken artikuliert sein kann." (Hervorh. i.O.). Anm. d. Verf.]

157 Stedman Jones 1983a, 143 f. - Hervorh. d. Verf. Vgl. Stedman Jones 1988a, 307.

158 Stedman Jones 1988a, 308.

159 Groh 1980, 7 - Hervorh. d. Verf.

160 Groh 1980, 16 - Hervorh. d. Verf.

161 Schmidt 1980, 490 - Hervorh. i.O.

162 Vgl. Balibar 1984, 629: Die Geschichte habe "kein absolutes Ende. Unter den MarxistInnen vertritt Mao dies Position am konsequentesten, wenn er sagt, daß der Kommunismus nicht das Ende der antagonistischen gesellschaftlichen Widersprüche darstellt, sondern nur ihre Verschiebung, ihren Terrainwechsel (...)."

163

nen Sinn unterordnen kann, den sie bestätigen müssen, um nicht als *Un-Sinn* zu erscheinen". Weil der Un-Sinn den Sinn gefährdet, muß er - im Rahmen dieser Konzeption - zurückgewiesen werden. Und "zwar nicht dadurch, daß *man/frau* die Differenz zum Sinn auf theoretischem Niveau konstatiert, sondern durch massive Intervention in den gesellschaftlichen Bereich selbst, welche jede radikale Opposition zu vernichten bestrebt sein muß. (...). Prinzipiell in der gleichen Situation befindet sich eine marxistische Geschichtskonzeption, die an der Sinnkategorie festhält, (...); denn auch in diesem Fall verhindert die Unterordnung der historischen Bewegung unter den Sinn der Befreiung des Proletariats, die kausalen gesellschaftlichen Zusammenhänge in einem konkreten geschichtlichen Augenblick tatsächlich zu begreifen, um in genauer Kenntnis der aktuellen Konjunktur politisch intervenieren zu können, (...)."[164]

Die Vorstellung von einem Lernziel bzw. Ziel der Geschichte schwächt also - entgegen ihrem eigenen Anspruch, "Raum für Initiative und Kreativität der Masse der Menschen" schaffen zu wollen[165] - den Kampf ab. Denn sie unterstellt einen "a priori auf den Sieg der Vernunft oder den Triumph der klassenlosen Gesellschaft angelegten Proze(ß): sie beinhaltet (...) eine lineare Aufwärtsentwicklung, (...) den Mythos des Fortschritts, mit dem die Massen ideologisch beim jeweiligen" - als notwendige Etappe auf dem Weg des Fortschritts dargestellten - "'System' gehalten werden."[166] So läuft "(...) das Vertrauen auf die immanente Fortschrittlichkeit und Finalität des Prozesses letzten Endes auf eine Apologie des Bestehenden hinaus. Jede Erscheinung ist ein notwendiges Moment in der Verwirklichung des Wesens."[167] "Den Sinn der Geschichte zu konstruieren, bringt immer auch das Risiko mit sich, die Geschichte in einer 'amtlichen Ewigkeit' zu fixieren."[168]

d) Zur Kritik des 'Ausdruckismus'[169]

Aber von den hier einer Kritik unterzogenen Ansätzen wird nicht nur ein Ziel der Geschichte behauptet, sondern dieses Ziel ist - ganz hegelianisch - bereits im Ursprung der Geschichte (M. Vesters "nicht-entfremdeten [...] Anfängen") keimhaft angelegt. Gareth Stedman Jones bezeichnet ein solches Verständnis von Klassenbewußtsein als "essentiell" - von Essenz = Wesen oder Geist einer Sache - also das revolutionäre Klassenbewußtsein als Wesen/Geist der ArbeiterInnenklasse. Das Verhältnis zwischen Klasse und Bewußtsein wird dabei als Ausdrucksverhältnis (expressiv) gefaßt. Stedman Jones schreibt: "What has been problematic has been the way in which these two types of evidence (nämlich "experience" und "consciousness", d. Verf.) have been connected. (...). Philosophical assumption - explicite or unwitting - has supplied the missing links by interjecting terms like 'experience' or 'consciousness', tying the two poles together in a way which seems intuitively obvious. What these terms suggest is that the relationship betwen the two sorts of evidence is one simple expression. The stronger term 'consciousness', in its usage by social historians, is Hegelian in origin. It assumes an objective and necessary process in which what is latent will be made manifest, (...). Both concepts imply that language is a simply medium thought which 'experience' finds expression - (...). What this approach cannot acknowledge is all the criticism which has been levelled at it since the broader signifiance of Saussure's work[170] was unterstood - the materiality of language itself, (...). We cannot therefore decode political language to reach a primal and material expression of interest since it is the discursive structure of political language which conceives and defines interest in first place. What we must therefore do is to study the production of interest, identification, grievance and aspiration within political languages themself."[171]

Und Stuart Hall wendet ein, daß das revolutionäre Klassenbewußtsein durchaus nicht ist "only waiting to 'speak out'". "But the whole record of socialism, up to and especially in the present moment, is against too-simple 'populism'. A non-reductive Marxist theory must entail facing up to all that is involved in saying that **socialism has to be constructed by a real political practice**, not merely 'rediscovered' in a recuperative historical reflection."[172] Und "Social alliances do **not simply happen,** they are brough into being and re-created by the **construction** and periodic reconstruction of a common political discourse."[173]

e) Das 'falsche Bewußtsein' ist 'entsprechendes' Bewußtsein

Die ideologische Hegemonie der Herrschenden ist nicht eine Frage des 'falschen Bewußtseins' der Beherrschten.[174] Denn Ideologien sind weder nur falsch noch reines Bewußtsein.

Das herrschende Bewußtseins ist vielmehr (der Situation) entsprechendes (Marx)[175] und damit "praktisch richtiges"[176] Bewußtsein: "Abwarten und Orientierungslosigkeit (der unterdrückten Massen, d. Verf.) nicht aus Mangel an Einschätzungsvermögen, sondern aus realistischer Einschätzung schwieriger Kampfbedingungen, aus enttäuschter Hoffnung."[177]

Im übrigen haben **Ideologien** - auch die, von denen die Unterdrückten beherrscht werden - **materiellen Charakter** in Form von schulischen, juristischen, religiösen Apparaten, Sozialversicherungen etc. und deren Praxen.[178] Auch die Unterdrückten sind deshalb nie 'außen', sondern schon immer 'innen', im Staat.[179]

Revolutionäres Bewußtsein entsteht also gerade nicht dadurch, daß diejenigen, die versuchen, zu solchem beizutragen, sich darauf beschränken, 'falsches' durch 'richtiges' Bewußtsein ersetzen zu wollen. Vielmehr müssen sie sich zur Realisierung ihrer Absicht mit dem ganzen Komplex von Staatsinterventionismus, Materialität von Ideologien, Zugeständnissen der Herrschenden auseinandersetzen und eine adäquate Antwort entwickeln ***und praktizieren*** (vgl. dazu auch Anm. 13).[180] "Die Philosophen haben die

164 Schmidt 1980, 490 ff. - Hervorh. i.O.

165 Thompson ___, ___.

166 Thieme 1981, 43.

167 Vgl. Schöttler 1978, 55.

168 Pêcheux 1984, 98.

169 Nemitz 1979, 53.

170 S. bspw. Ferdinand de Saussure, *Allgemeine Sprachwissenschaft* hrsg. von Ch. Bally, Berlin, 1967[2]. Anm. d. Verf.

171 Stedman Jones 1983c, 19 f., 22.

172 Hall 1981, 384 - Hervorh. i.O. Vgl. dazu auch die Kritik von Gellner 1983, 76 - 78 an der These von Hegel: "Völker können ohne Staat ein langes Leben fortgeführt haben, ehe sie dazu kommen, diese ihre **Bestimmung zu erreichen.**" (Hervorh. d. Verf.) Im Gegensatz zu Hegels Ansicht könne auch hier nicht von einem Manifestwerden des Latenten gesprochen werden. Der Nationalismus bedeute "im Gegenteil die Kristallisierung **neuer** Einheiten, die für **die** nun vorherrschenden Verhältnisse geeignet sind. (...)." (Gellner 1983, 77).

173 Stedman Jones 1982/83, 253 - Hervorh. d. Verf. Über einige seiner Aufsätze schreibt Stedman Jones: "In the later essays, 'class' is treated as a discursiv rather than as an ontologic reality, the central effort being to explain languages of class from the nature of politics rather than the character of politics from the nature of class." (Stedman Jones 1983b, 8).

174 S.a. Plumpe / Cl. Kammler 1980, 205: Eine "ideologiekritische' Haltung, die sich auf Themen wie "'wahr' / 'falsch', 'Manipulation'", 'Schein' etc. beschränkt, vernachlässige "die Umstände des **objektiven** Funktionierens von Ideologie im Verhältnis zu diskursiven und nicht diskursiven Praxisformen" (Hervorh. d. Verf.).

175 "Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die ***reale Basis***, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und ***welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen***." (Marx 1859, 8 - Hervorh. d. Verf.).

176 Nemitz 1979, 50.

177 Wiethold 1985a, 28.

178 Althusser 1969/70, 119 - 123; 136 - 149; Balibar 1978, 152 f., 160, 161; Balibar 1987, 209, 211 f.; PIT 1980, 502; Red. Alternative 1974, 269; Stedman Jones 1971, 43.

179 Balibar 1978, 152; Ladeur 1978, 178, vgl. 190 f., 347.; Schulze/Wiegrefe 1991, 57 f.

180 Althusser 1978, 129 f. schreibt ironisch: "Als altmodische MarxistInnen meinten wir noch, daß eine solche Verwirklichung (des "objektiven Interesses" des Proletariats, ein Begriff den Althusser in Frage stellt, Anm. d. Verf.) durch so etwas wie den **Klassenkampf**" - Praxisform! - "und seine Komplikationen (Eingriffe des Staates, Einfluß der herrschenden Ideologie, Zugeständnisse der Bourgeoisie usw.) zustände käme. Aber weit gefehlt. Sie erfolgt durch das Bewußtsein. (...). Kein Grund zur Sorge, oder zweifelt ihr etwa an der Allmacht (...)

Welt nur verschieden *interpretiert*, es kommt drauf an sie zu *verändern*."[181]
Revolutionäres Bewußtsein unterscheidet sich gerade dadurch von reformistischem, daß es nicht meint, eine Wirkung ohne ihre Ursache (also bspw. die 'soziale Ungleichheit' ohne das Privateigentum an den Produktionsmitteln) beseitigen zu können.[182] Was ist nun die *Ursache* der ideologischen Hegemonie der Herrschenden? Das herrschende Bewußtsein ist nicht (nur) deshalb herrschendes Bewußtsein, weil es Lüge ist. Vielmehr kann es nur herrschen, weil seine 'Lügen' mit "vergesellschaftende(n) Elementen" verknüpft sind. Daß heißt aber, daß es eine hegemonie-fähige, revolutionäre Praxis nur gibt, wenn "die vergesellschaftende Elemente aus ihrer ideologischen Anordnung herausgelöst und umorganisiert" werden. D.h. "die ideologisch durchregelten Praxen so umorganisier(en), daß der Effekt nicht der Zustimmung, sondern eines Bruchs mit den bürgerlichen Produktionsverhältnissen entsteht."[183] Daß es dafür nicht ausreicht, einzelne Elemente der herrschenden Ordnung auszutauschen oder umzukehren, sondern daß die Struktur dieser Ordnung, die Basis selbst verändert werden muß, ist schon in der "Internationale" formuliert ("die Welt ihre Basis verändern wird")...[184]
Soweit die hier kritisierten Konzeptionen die Existenz und Notwendigkeit einer revolutionären Avantgarde nicht verbaliter verwerfen (wie teilweise der auto-pädagogische Ansatz), müssen sie (aufgrund ihrer Ignoranz gegenüber der Materialität von Ideologien) die Avantgarde so bestimmen, daß die Avantgarde im Gegensatz zu den Massen über das 'richtige' Bewußtsein verfügt.[185] **Denn die Avantgarde hat - nach diesen Konzeptionen - ja nicht einen spezifisch politischen Prozeß, sondern einen Lernprozeß voranzutreiben, also Aufklärung zu betreiben.** Bei Lenin ist demgegenüber die Avantgarde dahingehend bestimmt, daß sie den Massen nicht eine **Idee**, sondern einen ***Schritt*** voraus ist[186].

f) Immunisierung gegen Kritik

Wenn nun das Lernziel ("Klasse für sich" [Zwahr] bzw. die 'Rückkehr zu den unentfremdeten Anfängen' [Vester]) nicht erreicht wird, dann kann dies nach dieser hegelianischen Vorstellung nicht an Schwächen in der ArbeiterInnenbewegung bzw. der Linken liegen (denn "an sich" ist ja alles klar), sondern nur an **äußeren Hindernissen**. So erklärt bspw. M. Vester das gegenwärtige Fehlen von "kämpferischen und über den Kapitalismus hinausweisenden Potenzen" mit der "über hundertjährigen Erfahrung der Repression, der Disziplinierung und der Integration der Arbeiter*Innen*bewegung".[187] Und hinsichtlich des Chartismus erklärt Vester den "Verlust offensiver Perspektiven" u.a. damit, daß das "Establishment die Entwicklung eines Kommunikationsystems, in denen diese Erfahrungen sich artikulieren und realisieren konnten, ständig unterbrach"[188]. Die Tatsache, daß die Herrschenden versuchen, ihre Macht zu erhalten, erklärt aber noch nicht, wieso die Beherrschten keine effektiveren Mittel entwickeln, um sich trotzdem durchzusetzen.
Deshalb bedeutet die Zurückweisung der ideologischen These vom Lernprozeß, den Blick auf innere Schwächen der Linken / der ArbeiterInnenbewegung, die gemachten Erfahrungen *adäquat* zu verarbeiten, - damit auf die-Möglichkeit, diese Schwächen zu beheben (!) - frei zu machen. Gegen eine Sichtweise wie der Vesters, die oft mit dem Begriff der sozialen Kontrolle gefaßt wird (dieser Begriff bezeichnet die Fähigkeit der Herrschenden zur 'Manipulation' des Bewußtseins der Beherrschten - vorzugsweise durch Umstrukturierungen im "Freizeit"-Bereich [Fernsehkonsum, Massen-Zuschauersport etc.] ist schließlich folgendes einzuwenden:
++ Sie verschiebt die gesellschaftliche Basis (als Ort / Ursache von Herrschaft) von der Produktionssphäre in die Konsumtionssphäre.[189]
++ Sie unterstellt *bewußt*-manipulativen Eingriffe auch dort, *wo* bspw. veränderte Freizeit-Gewohnheiten *nur die Folge* veränderter Produktionsbedingungen (bspw. Arbeitszeiten) oder gar im Interesse der ArbeiterInnenklasse sind.[190]
++ Sie blendet Widerstand gegen Herrschaft bzw. "soziale Kontrolle" entweder aus (These von der 'Totalität') oder aber betrachtet ihn, wenn, dann gleich als außergewöhnlich (= revolutionäre Situation), während tatsächlich der Klassenkampf / Widerstand permanent ist, ohne notwendigerweise revolutionär zu sein.[191]

g) Gegenidentifizierung mit einer proletarischen oder revolutionären Pädagogik als Integration

Wie vorstehend gezeigt, kann ausgehend von einer **pädagogischen** Konzeption des (ideologischen) Klassenkampfes gerade kein revolutionäres Klassenbewußtsein entwickelt werden. Diese These soll im folgenden unter Rückgriff auf Michel Pêcheux' Begriff der "Gegenidentifizierung" weiter begründet werden.
(Vester betont bspw. die Bedeutung des "Aufbau(s) einer *Gegen*öffentlichung und einer *Gegen*organisation"[192] für die Entstehung von Klassenbewußtsein. Dies ist in einer Weise sicherlich richtig. Was dabei aber zu kurz kommt, ist, daß eine bloße Umkehrung der bürgerlichen Institutionen etc. eben in der Tat nur 'dagegen' ist, aber noch keine eigenständige revolutionäre Praxis bedeutete. Vgl. dazu den Unterschied zwischen einer sozialdemokratischen oder stalinistischen Staatspartei einerseits und der leninischen Avantgardepartei-Konzeption andererseits.)
Der Begriff der **"Gegenidentifizierung"** ist dabei **so definiert,** daß mit ihm ein Integrationseffekt beschrieben wird, der darin besteht, **"daß mit ihr (der Gegenidentifikation, d. Verf.) der Arbeiter*Innen*klasse scheinbar eine Identität angeboten (wird), mit der sie sich vom Bürger*Innen*tum abgrenzen kann, letztlich aber doch wieder nur in dessen Kulturhegemonie integriert wird."**[193] Es handelt sich also um einen **(scheinbaren) Freiraum innerhalb der herrschenden ideologischen Mechanismen.**
Folgenden These soll also nachstehend begründet werden: Die Auffassung, die Entstehung von (revolutionärem) Klassenbewußtsein sei ein "*LERN*prozeß", läßt sich sinnvoll mit dem Begriff der "Gegenidentifizierung" analysieren und kritisieren. Damit wird gezeigt, daß diese Auffassung - entgegen ihrem eigenen Anspruch - gerade nicht dazu beiträgt, ein solches, nämlich revolutionäres, Bewußtsein zu entwickeln. Um diese These zu begründen, müssen zunächst jene erwähnten herrschenden ideologischen Mechanismen beschrieben werden.
In der bürgerlichen Ideologie wird die Gesellschaft als "Körper" mit unterschiedlichen "Körperfunktionen" (*SCHULE*, Wirtschaft etc.) vorgestellt. Diese Vorstellung hat zwei Effekte:
++ Die gesellschaftlichen Verhältnisse erscheinen in dieser biologischen Metapher als natürlich und damit unveränderlich.
++ Diese **Regionalisierung** der Gesellschaft in einzelne Apparate ("Körperteile") verschleiert gesellschaft-

der Ideen über das Bewußtsein? Was für vulgäre MaterialistInnen ihr doch seid." (Hervorh. d. Verf.).

181 Marx 1845, 7.

182 Althusser 1963, 137, FN 29.

183 PIT 1980, 504.

184 Althusser 1963, 137, FN 29.

185 So auch die Kritik von PIT 1980, 504.

186 Lenin zit. n. Althusser 1967b, 65 und 1977c, 45.

187 Vester 1980, 15.

188 Vester 1970, 392.

189 Stedman Jones 1977, 66, 73 f.

190 Stedman Jones 1977, 67 - 74.

191 Stedman Jones 1977, 66.

192 Vester 1970, 114.

193 Hauk 1986, 75 - Hervorh. d. Verf.

liche **Zusammenhänge** und den Klassencharakter des Staates.[194]
Deshalb kann (revolutionäres) Klassenbewußtsein nicht dadurch entstehen, daß der *bürgerlichen* **Pädagogik** eine *proletarische* Pädagogik (Entstehung von revolutionärem Klassenbewußtsein = Lernprozeß) entgegengesetzt wird. (Entsprechendes gilt auch für die Philosophie, den Staat, die Ästhetik, das Recht etc.[195] "Vielleicht auch eine 'materialistische Metaphysik'?"[196]). Denn durch eine solche pädagogische Konzeption des ideologischen Klassenkampfes werden gerade die herrschaftsstabilisierenden Wirkungen dieser Regionalisierung aufrechterhalten; (revolutionäres) Klasssenbewußtsein entsteht also gerade nicht. Vielmehr kommt es für RevolutionärInnen darauf an, ent-identifizierend und ent-regionalisierend zu denken und zu wirken und dabei die Bereichstrennungen zu untergraben.[197]
Also - um ein anderes Beispiel als die Pädagogik zu nehmen: Revolutionäres Bewußtsein (die Absicht, den revolutionären Prozeß bis zum Kommunismus voranzutreiben) entsteht weder durch Identifikation mit dem bürgerlichen Staat noch durch Gegenidentifikation mit dem proletarischen Staat, sondern nur wenn dieser als nur *transitorisch* (überwindend) notwendig - also unter dem Primat des Klassenkampfes für eine klassen- und deshalb staatslose Gesellschaft - gedacht wird.[198]
Oder - um ein Beispiel zu nehmen, in dem das ent-identifizierende Denken *erstens* erfolgreicher war als in der Staatsfrage und *zweitens* sich in der Tat gezeigt hat, daß revolutionäres Bewußtsein nicht durch eine Gegen-Pädagogik, sondern durch eine ent-identifizierende politische Praxis entsteht: Während des I. Weltkrieges bspw. forderten die herrschenden Ideologien die Identifizierung der Massen mit den Kriegszielen der jeweiligen nationalen Bourgeoisie ('Im Krieg sind alle Deutschen [Französ*Innen*, Engländer*Innen* ... etc.] gleich.'). Die Sozialdemokratie nahm keine (offene) Identifizierung mit dem imperialistischen Krieg, sondern eine Gegenidentifizierung mit dem Frieden bzw. dem Pazifismus vor. *Umso leichter* fiel ihr die Zustimmung zu den Kriegskrediten für ihre jeweilige nationale Regierung - selbstverständlich im Namen der 'Verteidigung des Friedens' und der 'Ablehnung jeder Annektionspolitik'. Allein die Bolschewiki propagierten ent-identifizierend die Umwandlung des imperialistischen Weltkrieges in einen revolutionären BürgerInnenkrieg.[199]
Nicht nur den 'Verteidigungskrieg', sondern auch Begriffe wie "freier Volksstaat", "gerechte Verteilung" etc. unterzog Lenin einer ent-identifizierenden Kritik (Jeder Staat ist ein *Unterdrückungs*instrument einer Klasse [eines Teils des 'Volkes'] und deshalb weder "Volks-" noch "frei". Eine Verteilungsweise ist weder *an sich* gerecht noch ungerecht, sondern sie entspricht oder widerspricht der jeweils gegebenen Produktionsweise. Die private Aneignung von Mehrwert ist *nicht 'ungerecht', sondern* die der kapitalistischen Produktionsweise *entsprechende* Verteilung.) Aufgrund dieser Kritiken bezeichnet Elisabeth Roudinesco **Lenin** in Bezug auf die Führung der Massen als "Anstifter einer Politik, der es **an den Gewißheiten des Meisters** und **dem Wissen des Pädagogen mangelt**."[200]
"Damit deutet sich die Möglichkeit einer Politik an, die weder der 'reinen' Spontaneität' vertraut noch auf die Instanz einer (Staats-)Partei setzt, die sich des 'Weltgeistes' inne wähnt."[201] "Ansätze zu gesellschaftlichen Veränderungen nicht zu denken als die Tat eines Subjektes, das sich die neue Gesellschaft erst ausdenkt und sie dann in die Wirklichkeit umsetzt, finden sich in der Tat bei Lenin. Und die späten Arbeiten Althussers kreisen um dasselbe Thema: wie gesellschaftliche Veränderung zu denken ist, ohne daß wir das hegelsche absolute Wissen, in welcher Form auch immer, und sei es auch als Wissen der Partei, voraussetzen."[202]

8. Lenin: Pädagoge oder Revolutionär?

Die vorstehend zitierten Auffassungen zu Lenins Konzeption der Führung mögen zunächst überraschen. Denn im Gegensatz dazu wurde die von Lenin u.a. in *Was tun?* vertretene Vorstellung des 'von-außen-Hineintragens' der sozialistischen Theorie häufig als voluntaristische, hetero-pädagogische Ambition gegenüber dem Proletariat
++ von den einen 'angewandt' ([Prä- und Post]stalinistInnen)
und
++ von den anderen kritisiert (Spontis).
Komplementär dazu verhält sich Lukács Interpretation von Lenins *Die große Initiative* im Sinne eines Vertrauens auf einen hegelianischen Selbstlauf der Geschichte (s. dazu Anm. 24).
Lenin gibt für beide Interpretationen aufgrund verschiedener begrifflicher Mängel sicherlich Anlaß. Trotzdem führt eine genaue Lenin-Lektüre zu einem anderen Ergebnis - nämlich, daß Lenin im Rahmen der gleichen, nicht-pädagogischen Konzeption einmal die subjektiven Bedingungen (*Was tun?*) und einmal die objektiven Bedingungen (*Die große Initiative*) stärker betont; dies allerdings jeweils in einer Sprache, die die genannten Fehlinterpretationen begünstigen.

a) Die Frage der Intelligenz: Belehren oder verschmelzen?

Die erste Unklarheit betrifft die Frage der Rolle der Intelligenz (gegenüber [?] dem Proletariat). Lenin zitiert in *Was tun?* zustimmend die Auffassung des SPD-Chefideologen Kautsky, daß die sozialistische Theorie von Vertretern der "bürgerlichen Intelligenz" "von außen" in das Proletariat "hineingetragen" worden sei.[203] Die Formulierung spricht sicherlich - wie auch einige andere Formulierungen[204] - für die hetero-pädagogische Interpretation. Allerdings wendet sich Lenin in *Was tun?* bspw. gegen das pädagogische Projekt einer besonderen "Literatur für Arbeiter", und er betont die Wichtigkeit der Mitwirkung der ArbeiterInnen *selbst* an der Ausarbeitung der sozialistischen Theorie.[205] Und schon vor *Was tun?* hatte Lenin im Gegensatz zu einem solchen "getrennt"-Denken "geltend gemacht, Sozialismus und Arbeiterbewegung zu einer **einheitlichen** (...) Bewegung zu *verschmelzen*."[206]
Deshalb besteht für Lenin "die Rolle der 'Intelligenz' darin (...), besondere intellektuelle Führer*Innen* überflüssig zu machen".[207] Dies bedeutet für Lenin auch, gegnerische politische Positionen als solche ernst zu nehmen und nicht wegpädagogisieren zu wollen: "Unstreitig ist es für den*/die* Agitator*In* in Volksversammlungen nützlich, wenn er*/sie* außer 'politischen' auch 'pädagogische' Gesichtspunkt berücksichtigt, sich in die Lage seiner*/ihrer* Zuhörer*Innen* versetzt, mehr erklärt als wettert usw. Extreme sind immer von Übel, aber hätten wir zu wählen, so zögen wir die enge und unduldsame Bestimmtheit der weichen und nachgiebigen Verschwommenheit vor. (...) das Leben wird zeigen, daß die be-

194 Pêcheux 1978a, 62 f. 1978b, 65.

195 Chr. Kammler et al. 1978, 15, bei und in FN 42; Plumpe 1977.

196 Diese Frage wurde von Wolfgang Fritz Haug, *Wider den bloß verbalen Materialismus*, in: *Das Argument*, Vol. 92, 1975, 667 zit. n. Kolkenbrock-Netz/Schöttler 1977, 160, FN 32 aufgeworfen.

197 Pêcheux 1978b, 65 f.

198 Pêcheux 1978b, 65. Vgl. Balibar 1976, 22 f., 37 f., 105, 124, 130; W.F. Haug 1979b, 179; PIT 1980, 50f.

199 Pêcheux 1978a, 63 f.

200 Elisabeth Roudinesco, *pour une politique de la psychoanalyse*, paris, 1977, 63 zit. n. Pêcheux 1978b, 66 - Hervorh. d. Verf.

201 Plumpe / Cl. Kammler 1980, 215.

202 Wolf 1982, 209.

203 Lenin 1902, 394 f.

204 Bspw.: "(...) der revolutionäre Arbeiter (...) wird (...) sagen: (...): wir wollen all das wissen, was auch die andere wissen, (...). Dazu ist es notwendig, daß die Intellektuellen uns weniger das wiederholen, was wir schon selber wissen, dafür uns aber mehr davon vermitteln, (...), was wir aus unserer Fabrikerfahrung und 'ökonomischen' Erfahrung nie lernen können, nämlich politisches *Wissen*." (Lenin 1902, 428., 429, 430, s.a. 436 - Hervorh. d. Verf.).

205 Lenin 1902, 395, FN *.

206 Lenin 1899b, 251 - fette Hervorh. d. Verf., kursive i.O.

207 LW 1, 302 - *Was sind "Volksfreunde"?* (1894), 119 - 338 (302) zit. n. Labica 1985, 1383.

stimmten und scharfen Äußerungen (...) durchaus gerechtfertigt sind (...)."[208]

b) Die Frage der Klassenlage der Intellektuellen

Das zweite Problem betrifft die Frage der Klassenlage der Intellektuellen. In *Was tun?* spricht Lenin - in Anschluß an Kautsky - eindeutig von Vertretern der "bürgerliche(n) Intelligenz". Diese Begrifflichkeit / diese Vorstellung des "von außen" steht sicherlich einem Verschmelzen von sozialistischer Theorie und proletarischer Klasse entgegen. An anderer Stelle hatte Lenin allerdings durchaus erkannt, daß diese klassenmäßige Zuordnung der Intelligenz durchaus nicht so einfach ist: So bezog sich Lenin bspw. auf die "Arbeiterintelligenz": "Arbeiter, die (...) sogar selbständig sozialistische Theorien ausgearbeitet haben. Jede lebensfähige Arbeiter*Innen*bewegung hat solche Führer*(Innen?)* aus der Arbeite*rInnen*klasse hervorgebracht, (...)."[209] Und: "Der Kapitalismus erhöht auf allen Gebieten der Volksarbeit mit besonderer Schnelligkeit die Zahl der Angestellten, seine Nachfrage nach Angehörigen der Intelligenz wird immer größer. Diese letztere nimmt unter den anderen Klassen eine eigenartige Stellung ein, sie schließt sich teilweise - ihren Verbindungen, ihren Anschauungen usw. nach - der Bourgeoisie an und teilweise - in dem Maße, wie der Kapitalismus den*/die* Intellektuelle*N* immer mehr und mehr seiner*/ihrer* selbständigen Stellung beraubt (...) - den Lohnarbeiter*Innen*."[210] Diese Überlegung wurde aber von Lenin in seinen späteren Schriften nicht genauer ausgearbeitet. Dies geschah erst durch Antonio Gramsci: "Die Daseinsweise des*/r* neuen Intellektuellen" - im Unterschied zu den "alten" (Klerus, RichterInnen, AnwältInnen, PhilosophInnen etc.)[211] - "kann **nicht** mehr in der Redegewandtheit bestehen, dieser **äußerlichen** und oberflächlichen Anregerin von Empfindungen und Leidenschaften, **sondern im aktiven Eingreifen** in das praktische Leben als Erbauer*In*, Organisator*In* mit 'anhaltender Überzeugungskraft' und nicht als Redner*In* schlechthin - aber trotzdem dem abstrakten mathematischen Geist überlegen; von der Technik-Arbeit gelangt er*/sie* zur Technik-Wissenschaft und zur historischen humanistischen Konzeption, ohne die man*/frau* 'Spezialist*In*" bleibt und nicht 'Leiter*In*' (Spezialist*In* + Politiker*In*) wird."[212] Im Zuge der Automatisierung der Produktion ist diese Herausbildung von Intellektuellen *in* der Arbeiterklasse noch deutlicher geworden: "Im *Kernbereich der Produktion* erschienen 'Angestellte', vorwiegend WTI." (WTI = Wissenschaftlich-technische Intelligenz).[213]

c) Die Frage des Spontaneismus / Ökonomismus

Wenn Lenin in "Was tun?" schließlich auf die Notwendigkeit von proletarischen Kämpfen "außerhalb des ökonomischen" Bereiches verweist,[214] stellt sich Lenin dann außerhalb der Bewegung / des politischen Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen? Nein, Lenin weist damit nur darauf hin, daß sich die spontanen ökonomischen Kämpfe der ArbeiterInnenklasse nicht im Selbstlauf zur "Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zum gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System"[215] entwickeln. "Lenin ist kein 'Subjekt', das eine 'Idee im Kopf' hätte, 'die er verfolgt' und die er von außen durchsetzen will: Er ist der Führer einer Organisation des Klassenkampf, einer Avantgarde der Volksmassen, und insofern er eine 'richtige Linie' definiert - 'einen Schritt den Massen voraus, aber auch nur einen Schritt' - denkt er lediglich darüber nach (réfléchit), wie er *ein Kräfteverhältnis* verändern (infléchit) kann, *in das er selbst einbezogen und an dem er selbst aktiv beteiligt ist.* (...) die Praxis Lenins: sie ist praktisch, aber nicht pragmatisch."[216] Dies unterscheidet die leninsche Konzeption des revolutionären Kampfes von einer hetero-pädagogischen Ambition gegenüber dem Proletariat:

Die TrägerInnen einer solchen Ambition handeln - im Gegensatz zu Lenin - in der Tat "aufgrund einer Vorstellung, die sie im Kopf haben". Deren politische Praxis ist pragmatisch: Sie betrachten die politische Situation bzw. das Proletariat genauso wie einE AutoschlosserIn einen Motor: Er/sie "weiß dabei ganz genau, daß der Motor schon vorher existiert hat und nur darauf wartet, daß er*/sie* seine*/ihre* Arbeit zu Ende führt, um wieder zu laufen: Er*/sie* steht in einem völlig äußerlichem Verhältnis zu ihm. Dasselbe gilt für den*/die* Chirurgen*/In*: Auch wenn sich die Dinge hier komplizierter verhalten, so ist er*/sie* jedenfalls kein Teil des*/r* Kranken. Der Politiker Lenin betrifft uns dagegen auf ganz andere Weise, (...) der Politiker Lenin (steht) als Arbeiter*Innen*führer durchaus *innerhalb* der Situation, *in* der er handeln muß, um *auf* sie einwirken zu können."[217] D.h.: Nicht nur das sozialistische 'Bewußtsein', sondern die Intellektuellen selbst mußten in die ArbeiterInnenbewegung hinein - "organische Intellektuelle des Proletariats" (Gramsci) (dies ist einer der Begriffe, die Lenin fehlten) werden.

d) Die dem Proletariat "zufallende Aufgabe"

Genauso wenig, wie also *Was tun?* im Sinne eines hetero-pädagogischen Voluntarismus interpretiert werden, kann Lenins Position aus *Die große Initiative* im Sinne eines Vertrauens auf den Selbstlauf der Geschichte[218] interpretiert werden. Lenin spricht dort zwar, von der Aufhebung aller Klasse als der dem Proletariat "zufallende Aufgabe". Lenin schreibt dies aber in dem Kontext der Feststellung, daß die "Fähigkeit" zur Aufhebung der Klassen **"nicht *an sich* gegeben** (ist), sondern (...) *nur* aus den materiellen Bedingungen der kapitalistischen Großproduktion" erwächst. Im Folgenden nennt er die Gründe, wieso das Proletariat "imstande" ist, die ihm - und eben keiner anderen (vorkapitalistischen, unterdrückten) Klasse! - "zufallende Aufgabe" zu lösen.[219] Damit behauptet Lenin *keinesfalls, daß garantiert* sei, daß das Proletariat seine Fähigkeit (sein imstande sein) auch tatsächlich *nutzt*.

Die unterschiedlichen Nuancierungen, die eine voluntaristische Interpretation von *Was tun?* und eine deterministische Interpretation von *Die große Initiative* nahe legen, weisen allerdings darauf hin, daß Lenin das Problem noch in der Begrifflichkeit der beiden Alternativen stellt, die er kritisiert:

Demgegenüber überwindet Althusser die pädagogische Begrifflichkeit aus *Was tun?*: Es versteht sich, daß das Verschmelzen von ArbeiterInnenbewegung und Marxismus "nicht das Ergebnis eines *Unterrichts* war, den einzelne 'Intellektuelle' Marx und Engels der Arbeiter*Innen*bewegung gegeben hätten, wobei diese jene Ideologie akzeptiert hätte, (...): Man müßte dann nämlich erklären, wie bürgerliche Intellektuelle ein derartiges Wunder vollbringen könnten; eine maßgeschneiderte Theorie für das Proletariat. Sie ist auch nicht (...) von außen in die Arbeiter*Innen*bewegung 'hineingetragen' worden, denn Marx und Engels hätten ihre Theorie nicht entwickeln können, wenn sie sie nicht auf theoretische Klassenpositionen begründet hätten, die eine unmittelbare Folge ihrer

---

208 Lenin 1905, 182.

209 Lenin 1899b, 275.

210 Lenin 1899a, 195 - Hervorh. getilgt.

211 Gramsci 1930 - 32a, 224.

212 Gramsci 1930 - 32b, 232 - Hervorh. d. Verf. Von einer Kritik an Gramscis "historische(n) humanistische(n) Konzeption" sehe ich *hier* ab.

213 Springer 1986, 20 - Hervorh. i.O. Vgl. Andresen/Woll 1988; Deppe 1988; Meretz 1989, 99 ff.; o. Verf. 1991; Schulze 1989, 6; Wiethold 1985b.

214 Lenin 1902, 436, vgl. 426.

215 Lenin 1902, 385.

216 Althusser 1967, 64 f.

217 Althusser 1967, 64.

218 Wobei sich die Komplementarität beider Fehlinterpretationen auch daran zeigt, daß bei Lukács dieses Vertrauen auf den Lauf der Geschichte durchaus mit hetero-pädagogischen Ambitionen zusammenfällt. S. Anm. 24.

219 Lenin 1919, 411.

organischen Zugehörigkeit zur Arbeite*rInnen*bewegung ihrer Zeit waren. In Wirklichkeit wurde die marxistische Theorie zwar von Intellektuellen mit einem ungeheuren Wissen konzipiert, aber *innerhalb der Arbeiter*Innen*bewegung und aus ihrem Innern heraus*. (...). Das hat Marx getan: er ist zum 'organischen Intellektuellen des Proletariats' (Gramsci) geworden, indem er in dessen Organisationen kämpfte, und erst auf den politischen und theoretischen Positionen des Proletariats hat er das Kapital 'begreifen' können. Die **falsche Frage** der *äußeren Injektion* der marxistischen Theorie wird somit zur Frage der *Verbreitung*" - und Weiterentwicklung! - "*einer Theorie innerhalb der Arbeiter*Innen*bewegung, die innerhalb der Arbeiter*Innen*bewegung konzipiert wurde*. Natürlich ist diese 'Verbreitung' das Ergebnis eines sehr langen Klassenkampfes mit zahlreichen Zwischenfällen - und sie geht auch heute noch weiter, trotz dramatischer Spaltungen, (...)."[220]

Mit dieser Beseitigung des o.g. begrifflichen Mangels bei Lenin ist es möglich,

-- die *auto-pädagogischen Illusionen zu verwerfen, ohne* die Vorstellung zu vertreten, revolutionäres Klassenbewußtsein entstehe durch eine Belehrung des Proletariats von außen

und

-- den *hetero-pädagogischen Voluntarismus zurückzuweisen, ohne* die Notwendigkeit einer Theorie, die nicht nur die spontanen Kämpfe reproduziert, als Voraussetzung revolutionären Klassenbewußtseins zu bestreiten.

Wie entsteht nun diese revolutionäre Theorie? Dort, wo die Lernprozeßtheoretiker den Automatismus 'Erfahrung - Handhabung - Einwirkung' *unterstellen*, *untersucht* Gareth Stedman Jones genauer, *wie* die 'Handhabung' von Erfahrungen erfolgen muß bzw. nicht erfolgen darf, damit revolutionäres Bewußtsein entsteht.[221] Für Stedman Jones ist revolutionäres Klassenbewußtsein nicht keim- bzw. substanzhaft in der ArbeiterInnenklasse 'an sich' vorhanden, sondern das Ergebnis eines im Medium Sprache erfolgenden theoretischen Produktionsprozesse.[222] Bei der Erarbeitung einer entsprechenden politischen Sprache, der entsprechenden politischen Begriffe, mit denen die gemachten Erfahrungen erst u.U. revolutionär verarbeitet werden können, setzt nach Gareth Stedman Jones die Aufgabe einer revolutionären Partei an. Dies aber gerade nicht im Sinne einer (hetero)-pädagogische Ambition der Partei gegenüber dem Proletariat. Denn es sind oft "the masses who have to *educate the party*".[223] Unter diesem Gesichtspunkt kritisiert auch Stedman Jones das, was er das "Kautsky-Lenin-Schema" nennt (zu Berechtigung dieser Identifizierung s. obige Ausführungen). Dieses Schema sei partiell richtig, soweit es "stresses that bourgeois intellectualls are by definition the possessors of previous scientific accumulations, and must therefore be the *initial* bearers of Marxist theory 'to' the working classs". Aber das Schema versäume "to stress that the historical perconditions and materials of this theory are the real struggels of the nascent working class itself, without which it would be impossible for historical materialism to have been forged."[224] Deshalb ist nach Stedman Jones von "a dialectical relationship between party and class"[225] auszugehen.

Damit sind wir nun auch an der Grenze dieses Textes angelangt. Denn die Frage, 'Was heißt nun das für die politische Praxis?', läßt sich *auf der Ebene dieses Textes* nicht weiter beantworten. Vielmehr verweist das Konzept der Verschmelzung - die "Begegnung einer Theorie und einer Praxis, einer Wissenschaft und einer Klasse" - auf die Notwendigkeit, "in jeder gesellschaftlichen Formation, in jedem nationalen Kontext die Bedingungen zusammenzubringen für eine angemessene und damit produktive Begegnung zwischen Marxismus und der jeweiligen konkreten Situation" und unsere "*eigene* Strategie auszuarbeiten"[226] (wozu auch gehört den Klassen[bewußtseins]reduktionismus dieses Textes im Sinne einer revolutionären Strategie gegen die *triple oppression* zu überwinden). Denn die "richtige revolutionäre Theorie (ist) ihrerseits kein Dogma (...), sondern (nimmt) nur im engen Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültige Gestalt an."[227] ...weshalb die revolutionäre Theorie, recht eigentlich bedacht, nie "endgültig", sondern immer in Bewegung sein wird. In diesem Sinne noch einmal das Wort an Brecht:

> "Also für Neuerungen, gegen Erneuerung."
> **B. Brecht**[228]

220 Althusser 1976, 166 - kursive Hervorh. i.O., fette Hervorh. d. Verf.

221 S. bspw. Stedman Jones (1983a) Untersuchung über den Chartismus.

222 Stedman Jones 1983a, 143 f.; 1983b, 19 f., 22; 1988, 307 f.

223 Stedman Jones 1971, 43 - Hervorh. ___

224 Stedman Jones 1971, 46.

225 Stedman Jones 1971, 49.

226 Labica 1985, 1362, 1364.

227 Lenin 1920a, 9.

228 B. Brecht, *Schriften zur Literatur*, Bd. 1, Frankfurt am Main 1967, 140 (diese Brecht-Ausgabe konnte ich nicht ausfindig machen; sie ist aber offensichtlich nicht identisch mit der Ausgabe "Schriften zur Literatur und Kunst, Bd. 1") zit. n. Plumpe 1977, 218, 221, FN 93. Vgl. Fülberth 1989, 1: *'Nicht 'bewahren und erneuern', nicht 'erneuern' - sondern: umgründen'*.

Anmerkungen

Anmerkung 1
zum A-Humanismus Brechts

Zu Brechts A-Humanismus s. bspw. Brecht 1938/42, 11: "lese Lukács' *Marx und das Problem des ideologischen Verfalls*. wie 'der mensch' sich einbaut auf allen vom proletariat geräumten positionen." S.a. Brecht 1934 ff., 441 f. (Kritik des Satzes "Gemeinnutz geht vor Eigennutz"), 477 (kein normativer, universeller Begriff von Sittlichkeit, sondern Ableitung der "Sittlichkeit (...) von den Interessen unseres Kampfes gegen die Unterdrücker*Innen* und Ausbeuter*Innen*." Die kursiv gesetzten weiblichen Formen sind hier und im folgenden vom Verf. eingefügt.

Anmerkung 2
zur Metatheorie der Frankfurter Schule

Waldemar Schmidt stellt folgende These auf: "Während Horkheimer und Adorno in ihren metatheoretischen Erwägungen durchgängig das Bestreben um eine dialektische Position erkennen lassen, sind ihre Analysen der realen gesellschaftlich-politischen Verhältnisse demgegenüber durch eine bemerkenswerte Diskrepanz gekennzeichnet".[229] Nun sind die Real-Analysen der Frankfurt Schule in der Tat flach, das gilt aber für ihre Metatheorie - wie im Haupttext gezeigt wird - genauso. Deshalb handelt es sich nicht um eine Diskrepanz, sondern um eine - vielleicht in der Tat "bemerkenswerte" - Übereinstimmung. Schmidts Lob für die Metatheorie der Frankfurter Schule ist von dem Bestreben gekennzeichnet, die in der Tat - aber *nur punktuell* - bestehenden Übereinstimmungen von Kritischer Theorie und Althusser *herauszuarbeiten*.[230] Damit versucht Schmidt den *Bedingungen* einer Althusser-Rezeption in der BRD, die aufgrund der Dominanz der Kritischen Theorie in der Linken Rezeptionsblockaden sind, gerecht zu werden.[231] Dies gelingt Schmidt aber insoweit nur um den Preis der wissenschaftlichen Redlichkeit (was nicht gerade zu einer Verbesserung der erwähnten Rezeptionsbedingungen beitragen dürfte). Diese Unredlichkeit zeigt sich u.a. darin, daß Schmidt zwar zu dem richtigen Ergebnis kommt, daß Althusser - indem er zeigt, daß die "existierenden Machtverhältnisse" immer so instabil sind, daß "die materiellen Bedingungen einer revolutionären Bewegung latent vorhanden" sind - "in theoretischer und politischer Hinsicht (...) der 'Kritischen Theorie' eindeutig überlegen" ist.[232] In dem der Metatheorie der Frankfurter Schule gewidmeten Abschnitt seiner Arbeit gewichtet Schmidt aber - wie schon erwähnt - die Gemeinsamkeiten von Kritischer Theorie und Althusser zu stark und unterläßt insoweit notwendige Kritik. Dabei ordnet er den Subjektivismus der Frankfurter Schule einseitig H. Marcuse zu. Daß dies unzutreffend ist, zeigen schon die von Schmidt selbst angeführten Zitate: das Objekt sei "nur in seiner Verflechtung mit Subjektivität zu erkennen";[233] die Frankfurter Schule-Kritik an der Entindividualisierung[234] und schließlich - als subjektivistischer Ausweg aus der 'totalen Verdinglichung': das "kritisch reflektierendes Subjekt"[235] sowie der "Gedanke" (sic!) des Kritischen Theoretikers als "verändernde(s)" Potential und Alternative zu Aktionen der integrierten Massen[236]. Indem Schmidt diese Zitat auf einmal außer Acht läßt, gliedert er den Subjektivismus - gleichermaßen wie er mit Marcuse verfährt[237] - aus der Kritischen Theorie aus. Daß die Kritische Theorie (und auch der Humanist Satre) aus ihrer Sicht zurecht Vorbehalte gegenüber der Althusser-Schule haben, bestätigt dagegen Peter Schöttler.[238] Der Abschnitt zur Metatheorie der Frankfurter Schule bei Schmidt muß also entsprechend kritisch gelesen werden.

Anmerkung 3
zum Verhältnis von Parteilichkeit, Wissenschaft und Philosophie bei Althusser

Bei Althusser gibt es - genauso wenig wie bei Marx und Lenin[239] und anders als bei Stalin, aber den 'Linkskommunisten' Lukács und Bogdanow[240] - keine Parteilichkeit in der Wissenschaft. Vielmehr sagt Al-

229 Schmidt 1980, 28.

230 Schmidt 1980, 10, 16 ff., 23 f., 27, 184 (mit einer völlig falschen Beschreibung Position der Kritischen Theorie), 492.

231 Vgl. Schmidt 1980, 5.

232 Schmidt 1980, 496.

233 Schmidt 1980, 26.

234 Schmidt 1980, 29 ff.

235 Schmidt 1980, 39 oben.

236 Schmidt 1980, 37 unten.

237 Schmidt 1980, 41, FN 1.

238 Schöttler 1988a, 162, 165, 176, 197, FN 101. Vgl. auch Altvater/Kallscheuer 1979a, 22 f.

239 "(...) die Existenz eines von dem Widerspiegelnden unabhängigen Widergespiegelten (die *Unabhängigkeit der Außenwelt vom Bewußtsein*) ist die Grundthese des Materialismus. Die Festellung der Naturwissenschaft, daß die Erde vor der Menschheit existiert hat, ist eine *objektive* Wahrheit. (...) Die objektive, d.h. vom Menschen und von der Menschheit unabhängig Wahrheit anerkennen, heißt auf diese oder jene Weise die absolute Wahrheit anerkennen" - auch wenn die "Frage nach dem Verhältnis zwischen absoluter und relativer Wahrheit" zu untersuchen ist. (Lenin 1908/09, 117 - Hervorh. d. Verf.).

240 Zu Stalin und Bogdanow s.: Bras 1985, 1083. Zu Lukács s.: Dannemann/Erdbrügge 1978, 143; Nemitz 1979, 57; Poulantzas 1968,

thusser, "daß die Ideologie als System von Vorstellungen sich von der Wissenschaft darin unterscheidet, daß die praktisch-gesellschaftliche Funktion sich gegen die theoretische Funktion (oder Erkenntnisfunktion) durchsetzt."[241] D.h.: Die Wissenschaften sind dadurch definiert, daß sie (eben: *objektive*) Erkenntnisse über einen spezifischen Gegenstand produzieren.[242] Die Philosophie hat demgegenüber keinen *eigenen* Gegenstand; sie produziert deshalb keine Erkenntnisse (über einen Gegenstand), sondern der Erkenntnis dienliche bzw. nicht-dienliche, materialistische bzw. idealistische *Thesen*.[243]

Davon ausgehend schreibt Althusser, gegen den stalinistischen Versuch der '*Anwendung*' des dialektischen Materialismus (marxistische Philosophie) auf die Wissenschaften (bspw. auf die Biologie: Lyssenko-Affaire[244]), aber auch gegen bürgerliche Versuche, der Ausbeutung der Wissenschaften / von wissenschaftlichen Krisen für ideologische Zwekke gerichtet: Die (marxistische) Philosophie dürfe/könne auf die Wissenschaften nicht "angewandt" werden; sie dürfe den Wissenschaften nicht die Antworten vorschreiben oder deren Antworten prüfen.[245] Vielmehr kann sie nur die richtigen *Fragen* stellen (Thesen produzieren) und damit ein Feld für wissenschaftliche Untersuchungen eröffnen[246] und sich ihrerseits von den Wissenschaften ggf. berichtigen lassen[247]. Die marxistische Philosophie produziert also keine Erkenntnisse, sondern "Thesen *für* die Erkenntnis, deren *richtige* systematische Anordnung und Ausrichtung" entscheidend ist.[248]

Mit ihren Thesen zieht die (marxistische) Philosophie "Demarkationslinien" zwischen Wissenschaften und Ideologien.[249] Sie mache sie, indem sie für den Materialismus bzw. materialistische Tendenzen und gegen den Idealismus bzw. idealistische Tendenzen Partei ergreift.[250] Diese Verbindung von materialistischer Philosophie und Wissenschaft ergibt sich aus der These des Materialismus, daß das Sein das Primat über das Bewußtseins hat. Daher kann der Materialismus die Möglichkeit objektiver Erkenntnis (die Re-Produktion des Seins im Bewußtsein[251]) anerkennen.[252]

S. zum Ganzen auch: Kolkenbrock-Netz 1986.

Literatur speziell zu dieser Anmerkung:

Althusser 1963/65: Louis Althusser, *Marxismus und Humanismus* (1963/65), in: ders., *Für Marx*, Suhrkamp-Verlag: Frankfurt am Main, 1968, 168 - 202 (frz. Originalausgabe: Maspero: [Paris?], 1965).

Bras 1985: Gérard Bras, Stichwort "*Proletarische / Bürgerliche Wissenschaft*" (1985), in: Bensussan/Labica, Band 6, 1987, 1083 - 1085.

Butterwege 1976: Christoph Butterwege, *Zur Typologie sozialdemokratischer Parteihistographie*, in: *SOPO*. Sozialistische Politik (Verlag das europäische: Westberlin), Vol. 36/37, Dez. 1976, 139 - 166.

Kolkenbrock-Netz 1986: Jutta Kolkenbrock-Netz, *Aufgewackte Wissenschaftler - Schlummernde Philosophen. Zu Louis Althusser: "Philosophie und Spontane Philosophie' der Wissenschaftler"*, in: kultuR-Revolution, Vol. 13, Okt. 1986, 8 - 10.

Lecourt 1973: Dominique Lecourt, *Lenins philosophische Strategie*. Von der Widerspiegelung (ohne Spiegel) zum Prozeß (ohne Subjekt), Ullstein: Frankfurt am Main / [West]berlin / Wien, 1975 (frz. Originalausgabe: Maspero: [Paris?], 1973).

Lecourt 1976: ders., *Proletarische Wissenschaft?* Der "Fall Lyssenko" und der Lyssenkismus (Reihe Positionen Band 1 hrsg. von Peter Schöttler), VSA: Westberlin, 1976 (frz. Originalausgabe: Maspero: Paris, 1976).

Lenin 1908/09: W.I. Lenin, *Materialismus und Empiriokritizismus*. Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie (1908/09), in: LW 14 (1987[10]), 7 - 368.

Lenin 1915a: ders., Konspekt zu Hegels "Vorlesung über die Geschichte der Philosophie" (1915), in: LW 38 (1981[7]), 231 - 294.

Lenin 1915b: ders., *Zur Frage der Dialektik* (1915), in: ebd., 338 -344.

Poulantzas 1968: Nicos Poulantzas, *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Athenäum: Frankfurt am Main, 1974 (frz. Originalausgabe: 1968).

Anmerkung 4

zur marxistischen Kritik der analytischen Wissenschaftstheorie ('Positivismus')

Eine marxistische Kritik des 'Positivismus' setzt bei den Gemeinsamkeiten von 'Positivismus' und Antipositivismus an.[253] Als Beispiel nehme ich die Geschichtswissenschaft: Bei den drei vorherrschenden Strömungen derselben (Historizismus / "Positivismus" / sozialistisch-humanistische Geschichtsschreibung von E.P. Thompson u.a.) handelt es sich letztlich um empiristische Tendenzen - auch wenn sich letzterer seinerseits gegen "die Orthodoxie der empirischen Wirtschaftshistoriker" wendet[254]. Das Motto des Empirismus: "Lassen wir die Fakten sprechen."[255] - nur, daß Fakten nicht sprechen können! - Allen Empirismen gemeinsam ist, daß sie "(an)nehm(en) (...), daß das Denken (eine Hypothese oder eine provisorische Konzeption des Wirklichen) in eine direkte Beziehung mit dem Wirklichen in Form von 'Fakten' über die Vergangenheit gebracht werden kann. Das Problem ist, daß diese Operation einfach *nicht möglich ist*. Um einen solchen Vergleich stattfinden lassen zu können, müssen die Gegenstände von gleicher Art sein: Damit dies der Fall ist, müssen 'Tatsachen' bereits in Kategorien transformiert sein. In dasselbe Medium, in dem die Theorie ist."[256] Oder in den Worten von Stedman Jones: "Wie jede andere 'Sozialwissenschaft' ist auch die Geschichtswissenschaft ein rein intellektueller Prozeß, der in der Gegenwart und im Kopf stattfindet. Die Tatsache, daß das 'Vergangene' in gewisser Weise 'geschehen' ist, bedeutet für sich genommen noch nicht viel, da das Vergangene mit der Geschichte keineswegs identisch ist. Erstens untersucht oder rekonstruiert der/die Historiker/in nicht die Vergangenheit selbst, sondern deren Überreste, die bis in die Gegenwart reichen (...). Zweitens und vor allem ist die Arbeit des/r Historikers/in eine aktive Tätigkeit, die festlegt, welche Überreste überhaupt historische Bedeutung besitzen und worin diese Bedeutung besteht."[257]

S. zur marxistischen Kritik des Empirismus und der marxschen Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten auch:
Schmidt 1980, 211 ff., bes. 222 ff. mit weiteren Nachweisen
sowie
Althusser 1963, 124 - 137 [dazu seine teilweise Selbstkritik: *Elemente der Selbstkritik* (1972); in: ders., *Elemente der Selbstkritik*, VSA-Verlag, Westberlin 1975, 33 - 96 (53 - 83)].
und
Karl Marx, *Einleitung* (zur Kritik der Politischen Ökonomie), in: MEW (1985[10]) 13, 615 - 642 (631 f.).

Anmerkung 5

zum hermeneutischen "Verstehen"

Die Frage des "Verstehens" ist keine spezifische Problematik der historizistischen Strömung in der **Geschichtswissenschaft**. Auch in der **Psychologie** fordert der Antipositivismus das einfühlende "Verstehen".[258]

Entsprechendes gilt für die deutsche **Rechtswissenschaft**: Das Recht(sgefühl) steht über dem positiven Gesetz.[259] Auch im Faschismus, dem "deutschen Rechtsstaat Adolf Hitlers" (Carl Schmitt[260]), wurde diese Doktrin beibehalten,[261] bspw. zur Rechtfertigung des blutigen sog. "Röhm-Putsches" Hitlers ("Der Führer schützt das Recht" [noch einmal Carl Schmitt[262]]). Auch in der BRD wurde diese Linie, bei Vermeidung der "Exzesse" des NS,[263] beibehalten. Auch heute kommt es nicht auf die Interpretation der jeweils konkret einschlägigen Normen an. Vielmehr ist es nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichtes die Aufgabe des Justiz, "**Wertvorstellungen, die** der verfassungsmäßigen Rechtsordnung immanent, aber ***in den Texten der geschrieben Gesetze nicht*** oder nur unvollkommen ***zum Ausdruck gelangt sind***, in einem Akt bewertenden Erkennens, dem auch willentliche Elemente nicht fehlen, ans Licht zu bringen".[264] Dabei hat das Bundesverfassungsgericht mehrfach darauf hingewiesen, "daß seine Entscheidungen mit den herkömmlichen Auslegungsmitteln nicht zu vertreten gewesen wären".[265] Auch hier - in der Rechtswissenschaft - gibt es den Versuch eines 'links'-gewendeten Antipositivismus: So plädiert der gewerkschaftsnahe Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler dafür, "die wünschbaren, den Interessen der Lohnabhängigen entsprechenden Rechtsinhalte im Wege gängiger dogmatischer Argumentation" zu begründen.[266] In ähnlicher Weise will der Verfassungsrechtler Gerhard Stuby die "freiheitlich demokratische Grundordnung" in Umkehrung der herrschende Meinung nicht als anti-sozialistisch, sondern als antifaschistisch begreifen.

S. schließlich zur Kritik der spiritualistischen Kritik des "Positivismus" in den **Naturwissenschaften**: Schmidt 1980, 213 f. mit weiteren Nachweisen.

Literatur spez. zu dieser Anmerkung:

Bäumlin/Ridder 1984: Richard Bäumlin / Helmut Ridder, (Kommentierung zur Art. 20 Abs. 1 - 3 GG) *III. Rechtsstaat*, in: Richard Bäumlin et al., *Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*. Band 1. Art. 1 - 20 (Reihe Alternativkommentare hrsg. von Rudolf Wassermann), Luchterhand Verlag: Neuwied/Darmstadt, 1984, 1288 - 1338.

BVerfGE: ...

Erd 1975: Rainer Erd, *Antikapitalistische Gewerkschaftspolitik als Rechtsprogramm* I., in: *Kritische Justiz* (EVA: Köln) 1975, 46 - 57.

Hase 1973: Friedhelm Hase, *Herrn Gerd Temmings Abschied vom Rechtsstaat*, in: *Kritische Justiz* 1973, 212 - 218.

Hase 1975: ders., *(Antikapitalistische Gewerkschaftspolitik als Rechtsprogramm)* III., in: *Kritische Justiz* 1975, 64 - 69.

Hase/Ruete 1983: ders. / Matthias Ruete, *Dekadenz in der Rechtsentwicklung?* Rationalität und Allgemeinheit des Gesetzes in der Rechtstheorie Franz Neumanns, in: *Leviathan*. Zeitschrift für Sozialwissenschaft (Opladen) 1983, 200 - 213.

Maus 1986: Ingeborg Maus, *Rechtstheorie und politische Theorie im Industriekapitalismus*, Wilhelm Fink Verlag: München, 1986.

Mückenberger 1975: Ulrich Mückenberger, *(Antikapitalistische Gewerkschaftspolitik als Rechtsprogramm)* II., in: *Kritische Justiz* 1975, 57 - 64.

Müller 1979: Ingo Müller, *Gesetzliches Recht und übergesetzliches Unrecht*. Gustav Radbruch und die Kontinuität der deutschen Staatsrechtslehre, in: *Leviathan* 1979, 308 - 338.

Ridder 1977: Helmut Ridder, *Vom Wendekreis der Grundrechte*, in: *Leviathan* 1977, 467 - 521.

Ridder 1979: ders., *"Das Menschenbild des Grundgesetzes"*. Zur Staatsreligion der Bundesrepublik Deutschland, in: *Demokratie und Recht* (PRV: Köln) 1979, 123 - 134.

Römer 1977: Peter Römer, *Kleine Bitte um ein wenig Positivismus*. Thesen zur neueren Methodendiskussion, in: ders. (Hg.), *Der Kampf um das Grundgesetz*. Über die politische Bedeutung der Verfassungsinterpretation. Referate und Diskussionen eines Kolloquiums aus Anlaß des 70. Geburtstags von Wolfgang Abendroth (Abendroth-Festschrift II), Syndikat: Frankfurt am Main, 1977, 98 - 132.

Rühl 1984: Ulli F. H. Rühl, *Bemerkungen zu Ladeurs "Vorüberlegungen zu einer ökologischen Verfassungstheorie"*, in: *Demokratie und Recht* 1984, 297 - 306.

Schlothauer 1977: Reinhold Schlothauer, *Die Verhängung des permanenten Ausnahmezustandes im Wege der Verfassungsinterpretation*. Zur gegenwärtigen Diskussion über Methoden der Verfassungsauslegung, in: *Leviathan* 1977, 535 - 551.

Schöttler 1980: Peter Schöttler, *Friedrich Engels und Karl Kautsky als Kritiker des "Juristen-Sozialismus"*, in: *Demokratie und Recht*, 1980, 3 - 25 (eine frühere, längere Fassung erschien auf ndl. in: *Recht en Kritiek* [Nijmegen], 1977, Nr. 2 + 3]

Anmerkung 6

zur Konvergenz von Hermeneutik und Historizismus

S. Schöttler 1988a, 173: "(...) philosophisch-**hermeneutische** Einfärbung der bundesdeutschen Historie (...). In der Tat ist auffällig, daß (...) von deutschen HistorikerInnen nach wie vor fast ausschließlich in einem erkenntnis-theoretischen Rahmen diskutiert wird, wie er (...) durch die Fragestellung des **Historismus** abgesteckt ist." und Beyer 1976, 517, 518: Die Hermeneutik fand "in der Lebensphilosophie und neuerdings im Existentialismus erhebliche (...) Aufmerksamkeit. (...). Den modernen Zug der Hermeneutik (...) hatte Dilthey" - ein Vertreter der Lebensphilosophie und des Historizismus - "eingebracht." (Hervorh. getilgt).

196, FN 5. Für eine Kombination von Frankfurter Schule-"Erkenntnisinteresse" und stalinistischer Parteilichkeit s.: Butterwege 1976, 140 f.

241 Althusser 1963/65, 181.

242 Vgl. Althusser 1967, 20 f., 23 f., 31 f., 103 - 107.

243 Althusser 1967, 19 - 24.

244 S. dazu Lecourt 1976, im hiesigen Zusammenhang bes. 119.

245 Althusser 1963, 108 - 110.

246 Lecourt 1973, 31. Vgl. Louis Althusser, *Antwort an John Lewis* (1972), in: Horst Arenz / Joachim Bischoff / Urs Jaeggi (Hg.), *Was ist revolutionärer Marxismus?* Kontroverse über Grundfragen marxistischer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis, VSA-Verlag: Westberlin, 1973, 35 - 76 (58 ff.).

247 Vgl. Lenin 1915a, 253: "Hegels Logik darf man in ihrer gegebenen Form nicht anwenden; (...). Man muß (...sie) von der *Ideenmystik* reinigen; (...)." (Hervorh. i.O.). Lenin 1915b, 338: "Die Richtigkeit (...) der Dialektik muß an Hand der Geschichte der Wissenschaft geprüft werden."

248 Kolkenbrock-Netz/Schöttler 1977, 137 - Hervorh. i.O.

249 Althusser 1967, 11 ff.; Karsz 1976, 75; Kolkenbrock-Netz/Schöttler 1977, 134 f.

250 Karsz 1976, 82.

251 Marx 1857, 632.

252 Lecourt 1973, 32; Plumpe 1977, 207 f.

253 Etienne Balibar, *Marxismus, Rationalismus, Irrationalismus* und *Soziale Krise und ideologische Krise*, in: alternative, Vol. 116, Okt. 1977, 225 - 232 (231 f.) und Vol. 118, Feb. 1978, 18 - 23 (21 f.: Abschnitt "Im Irrationalismus den Positivismus bekämpfen").)

254 Thompson 1963, 11.

255 Jean Ellenstein, *Geschichte des 'Stalinismus'*, Westberlin, 1977, 54 zit. n. Schöttler 1978, 54, 51 (vgl. dagegen Stedman Jones' 1988a, 292 Kritik an dem Versuch, "die Quellen (...) für sich selbst sprechen zu lassen").

256 Johnson 1978, 42. S.a. Stedman Jones 1988a, 292. Vgl. schließlich für die psychologische Methodendiskussion die Kritik von Michael Jäger an Theo Herrmann: "Der *theoretische Widerspruch*" in der analytischen Wissenschaftstheorie "lautet, daß Empirie (Beobachtbarkeit) 'die' entscheidende Prüfinstanz der Theorie, Maßstab ihrer Wissenschaftlichkeit sein soll, aber zugleich bekannt ist, daß jede Empirie selber schon 'theoriegetränkt' ist." (Jäger 1977, 147 f., 153, 158 ff., hier: 158 - Hervorh. i.O.).

257 Stedman Jones 1976, 44 f.

258 Jäger 1977, 143.

259 S. Beyer 1976, 517.

260 im Eingangsbeitrag zum "Nationalsozialistischen Handbuch für Recht und Gesetzgebung". Auch Heinrich Lange veröffentlichte 1934 ein Buch mit dem Titel "Vom Gesetzesstaat zum Rechtsstaat". Beide zit. n. Bäumlin/Ridder 1984, Randziffer 24.

261 Müller 1979, 319 ff.; Maus 1986, 43 f.

262 zit. n. Ridder 1977, 471.

263 Vgl. Ridder 1979, 130, 127. Deshalb ist die juristische Entwicklung in der BRD nicht schlicht "irrational" oder im Sinne der Erfahrungen im Faschismus schlicht "willkürlich" (Hase/Ruete, 213; insoweit zustimmend: Rühl 1984, 297). Vielmehr ist dies die Rationalität der Herrschaftsstabilisierung im sich nicht mehr spontan selbst reproduzierenden, entwickelten Kapitalismus (Hase/Ruete 1983, 212; Ladeur 1978, 159 f., 225, FN 2, 232; vgl. differenzierend: Rühl 1984, 298 f.; s.a.: Hase 1973, 215 f.)

264 BVerfGE 34, 269 (287) - Soraya-Beschluß.

265 Schlothauer 1977, 543 unter Hinweis auf bspw. BVerfGE 32, 54/74.

266 W. Däubler, *Gesellschaftliche Interessen und Arbeitsrecht*. Zum Selbstverständnis der Arbeitsrechtswissenschaft, Köln, 1974, 51 zit. n. Römer 1977, 93, 97, FN 19. Zur Kritik an Däubler s.: Erd 1975; Mückenberger 1975; Hase 1975; Römer 1977, 92 ff.; Schöttler 1980, 23 f.

Anmerkung 7
zu Helmut Dahmer
Dahmer muß in seiner "Vorbemerkung zur Neuauflage" zugeben, daß sein Buch in den "angelsächsischen Ländern (...) keinen Eingang (fand). Ebensowenig fand es in Frankreich, wo das Feld der Psychoanalyse vor allem von der Lacan-Schule besetzt ist, einen Verleger." (Dahmer 1982, 7). Trotz dieser Wichtigkeit Lacans beschränkt sich Dahmers Auseinandersetzung mit Lacan auf folgende 5 1/2 zeilige Fußnote: "Auch Jacques Lacans linguistisch orientierte Reformulierung der Freudschen Theorie bricht mit deren szientistischem Mißverständnis, enthistorisiert (sic!, s. oben S. 164 die Anm. zum Historizismus, Anm. d. Verf.) aber zugleich das Original. Nach solcher 'Ent-stellung' (S.M. Weber, 1978) antwortet die Psychoanalyse nicht mehr auf soziologische Fragen (was freilich den Lacanismus einer Ideologiekritik nicht entzieht)." Dahmer 1982, 332, FN 72). Diese Kritik wird aber von Dahmer in dem Buch nirgends entfaltet; die Bedeutungsnuance von "Ent-stellung" geht dadurch verloren, daß der Bindestrich zufällig am Zeilenende steht, so daß Weber als Lacan-Kritiker erscheint. Geschwiegen wird von Dahmer zum wissenschaftlich fragwürdigen Status der Soziologie (s. dazu Stedman Jones 1976); verschwiegen die marxistische Rezeption Lacans durch die Althusser-Schule.

Anmerkung 8
zum vergangenheits-orientierten Individualismus der Frankfurter Schule
Marcuse 1965, 85, 105: " Die Entwicklung der *gegenwärtigen* Gesellschaft hat das Freudsche Modell durch ein *soziales* Atom ersetzt, dessen seelische *Struktur nicht mehr* die Qualität aufweist, die Freud [angeblich!, Anm. d. Verf.] dem psychoanalytischen Gegenstand zusprach. (...). Die Psychoanalyse kann (...) dazu beitragen, private Autonomie (...) wiederherzustellen. Die Politik der Massengesellschaft beginnt zu Hause mit der Verminderung des Ich und seiner Unterwerfung unter das kollektive Ideal. Der Widerstand gegen diesen Trend kann ebenfalls zu Hause beginnen: (...). Was veraltet ist, ist deswegen nicht falsch." (Hervorh. d. Verf.).

Anmerkung 9
zur Bürokratie-Kritik von Dirk Blasius
Von einer kapitalismus-indifferenten "Bürokratie"-Kritik geht auch Blasius in seiner "Sozialgeschichte des Irrenhauses" aus (Blasius 1980, 11, 90 ff.). So weist er die These vom Bestehen eines Zusammenhanges zwischen der im 19. Jh. steil ansteigenden Zahl von Einweisungen in Irrenhäusern und den neuen Arbeits-/Persönlichkeitsanforderungen in der entstehenden Industrie explizite zurück. Vielmehr sei es die "staatliche Verwaltung" (90) bzw. die "Bürokratie" (91), die die Psychiatrie "mißbrauch(t)" habe (110). Des weiteren ist er in seiner Psychiatrie-Kritik hemmungslos patriarchal: So empfiehlt er als Alternative zur "(b)ürokratischen 'Anstaltsfürsorge'" die "familiäre Solidarität" (111); wohlwissend, daß die damit verbundene Arbeit unter HERRschenden Bedingungen vor allem von Frauen zu leisten ist (147) - und zwar kostenlos. Außerdem sind in zwei von drei ausführlich geschilderten Fällen (alle aus dem vergangenen Jh.), mit denen er seine Psychiatrie-Kritik exemplifiziert, *Männer* in eine Anstalt eingewiesen wurden, die zuvor in Konflikt mit ihren Ehefrauen gelegen hatten. Der eine hegte im Rahmen seiner "krankhaften Ideen" "Eifersuchtsgedanken gegen seine Frau", die er deshalb "mit Erstechen, Erschießen bedroh(te), so daß sie schon flüchten mußte" (121). Dieser Fall erregte Aufsehen, weil seine Frau selbst gegen die Einweisung war und die lokale Öffentlichkeit mobilisierte (121 ff.) Der andere Mann war ebenfalls "ohne Zweifel psychisch krank". Dieser Fall erregte Aufsehen, weil die Ehefrau in einem Strafprozeß beschuldigt wurde, das Vermögen des Mannes an einen Geliebten veruntreut und die Entmündigung ihres Mannes aus eben diesen "niederen Motiven" betrieben zu haben. Die Staatsanwaltschaft stütze ihre Prozeßstrategie gegen die Frau im wesentlichen auf die seinerzeitigen Zustände in der Psychiatrie (124 ff.). Mit dieser Sichtweise, in der arme Männer als Opfer ihrer Ehefrauen erscheinen bzw. bedrohte Ehefrauen als guter Leumund für ihre kranken Männer genutzt werden, wird einer ernsthaften Kritik der Psychiatrie (deren Opfer bekanntlich v.a. Frauen sind!) wohl kaum ein Gefallen getan...

Anmerkung 10
zum subjektiven Bruch ('nur von außen')
"(...) wir sind der Ansicht, daß es einem beachtlichen Teil der Szene gar nicht um die Revolution geht, sondern darum, ihre Lebensvorstellung und Lebensweise ***hier*** durchzusetzen. Um es mal in einem beliebten Bild auszudrücken: viele wollen eben nicht wirklich die ganze Bäckerei, das heißt, sie wollen vor allem nicht backen, sie wollen vielmehr alle Stücken der Torte und das Recht, sich in der Öffentlichkeit damit zu bewerfen. (...). ***Gerade die ständige Betonung des 'subjektiven Bruchs' mit dem System ist ein Ausdruck davon, daß der Bruch eben nicht vollzogen ist. Das hat einen einfachen Grund: der subjektive Bruch ist eine individuelle Entscheidung zu kämpfen. Er hebt die objektive Integration ins kapitalistische System nicht auf. Der Kapitalismus zeichnet sich eben gerade dadurch aus, daß er alle Bereiche des Lebens in Warenwirtschaft und Kapitalverwertung einbezieht*** - auch den gesamten" - das ist als IST-Beschreibung (aber nicht als *kapitalismus-immanente Möglichkeit*) deutlich übertrieben (s. unbezahlte Hausfrauenarbeit) - "Reproduktionsbereich, auch alle Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen, übrigens auch alle DiebInnen und EinbrecherInnen. Alle Vorstellungen man/frau könnte mit Verweigerung der Lohnarbeit, Diebstahl und dergleichen 'irgendwie außerhalb des Systems' leben, sind schlicht und einfach falsch und müssen überwunden werden." (o. Verf. 1968a, 2 - Hervorh. d. Verf.)

Anmerkung 11
zur Kategorie der "Vermittlung"
Mit Recht wurde schon darauf hingewiesen, daß die "Massenferne der revolutionären Linken keine Frage der 'politischen Vermittelbarkeit' (... ist). Denn schon die - manchmal realisierbare - Notwendigkeit, eine 'Aktion politisch zu vermitteln' (...), verweist darauf, daß in der Sache bereits der Wurm d'rin ist, daß sich die Aktion nicht organisch aus der jeweiligen politischen Situation ergibt."[267] Was hier mehr beschrieben als analysiert wird, hat auch einen theoretischen Grund: Denn - wen/welche wird es noch wundern? - auch der Begriff der "Vermittlung" ist - im hier gemeinten Sinne, von dem der Alltagssinn allerdings nur ein Unterfall ist, s.u. - ein aus der idealistischen Philosophie nicht nur Hegels übernommener Begriff. Dabei gibt es mehrere Bedeutungsvarianten. Die in unserem Fall einschlägige ist die folgende: Vermittlung ist "die Herstellung oder *Annahme* (sic!) eines Mittleren (einer Mitte oder eines Mittels) zum Zweck der Verbindung oder Vereinigung von Wesenheiten, Möglichkeiten, Begriffen, die einander entgegengesetzt sind oder ausschließen, zwischen denen also an sich (???) keine Beziehung, kein Zusammenhang zu bestehen scheint (???)."[268] Damit ist - außer für die idealistische Philosophie - klar, daß es eine 'Vermittlung' *theoretisch nicht* und *praktisch nur zufällig* geben kann. Aber die idealistische Philosophie schafft es sogar - und damit sind wir bei der zweiten Bedeutungsvariante - "zwischen Gott und Menschen"[269] zu vermitteln. Und zwar liegt die Vermittlung hier in der Person Jesu[270] bzw. in dem "Opfer", das er "f(ür) d(ie) M(enschen)" auf sich genommen haben soll[271] (vulgo: Kreuzigung). Mit der dritten Bedeutung nähern wir uns dem Alltagsverstand (wir erinnern uns wie die UNO im Konflikt zwischen Irak und Kuwait 'vermittelt' hat): "Sie (die Vermittlung zwischen Staaten, d. Verf.) kann sowohl friedlich oder freundlich als auch kriegerisch oder bewaffnet sein, *sollte* (sic!) jedoch von Rechts wegen nur in der ersten Art stattfinden (...)."[272] Und schließlich die letzte und banalste Bedeutung: "Ausgleichung zwischen entgegengesetzte Meinungen, deren jede irgend ein Äußerstes für das einzig Wahre hält, während die Wahrheit eigentlich in der Mitte von beiden liegt, als Synthese zwischen These und Antithese".[273] In der Mitte liegt eben holdes Bescheiden, wie schon ein bekannter Humanist sagte - oder waren es die BRD-Ministerpräsidenten in ihrem "Extremisten"-Beschluß? - Diese Ausführungen bestätigen ein weiteres Mal die Humanismus-Kritik von Nicole-Edith Thevenin, die sich gegen die Ansicht wendet, es reiche aus, bloß 'den Menschen' und das 'Soziale' zu *verknüpfen* (bzw. zu 'vermitteln') um "den Begriff des Menschen von seinem idealistischen Gehalt" zu lösen.[274] Denn die Kategorie der 'Vermittlung' ist selbst idealistisch.

Literatur speziell zu dieser Anmerkung:
Johannes Hoffmeister (Hg.), *Wörterbuch der philosophischen Begriffe*, Verlag von Felix Meiner: Hamburg, 1955.
Wilhelm Traugott Krug, *Allgemeines Handwörterbuch der philosophischen Wissenschaft* nebst ihrer Literatur und Geschichte. Vierter Band. St - Z. (= 1832/38a) und Fünfter Band. Supplement. (= 1832/38b). Leipzig. 1832 - 1838², hier zit. n. dem Faksimile-Nachdruck: Friedrich Frommann Verlag (Günther Holzboog): Stuttgart-Bad Canstatt, 1969.
Nicole-Edith Thevenin, *Über die 'Antwort an John Lewis' oder die Augen und die Erinnerung*, in: Etienne Balibar et al., *Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik*. Diskussion in der KPF, VSA: Westberlin, 1976, 60 - 87 (frz. Erstveröffentlichung in: *La Nouvelle Critique*, Nr. 73, 1974, 29 - 38).

Anmerkung 12
zu den
frühen RAF-Schriften
In den frühen Schriften der RAF war die humanistische Problematik noch nicht *so* deutlich präsent wie in den Schriften ab Mitte '72. Die Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse hatte zwar noch/schon Anklänge an die APO bzw. *spätere* RAF-Texte.[275] *Aber* sie war differenzierter,[276] weniger totalisierend. Auch mit ihrer Randgruppen-Orientierung (insbesondere in der Erklärung zur Befreiung von Andreas Baader[277]) knüpfte schon die frühe RAF an die Kritische Theorie an. Ein Jahr später erkannte die RAF aber immerhin den zentralen Schwachpunkt der StudentInnenbewegung, auf sie die sich ansonsten erfreulicherweise anders als die ML-Sekten positiv bezog[278] - allerdings ohne dauerhafte und hinreichend deutliche Konsequenzen daraus zu ziehen: "Gewiß war das Pathos übertrieben, mit dem sich die StudentInnen, die sich ihrer psychischen Verelendung (?!) bewußt geworden waren, mit den ausgebeuteten Völkern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens identifizierten; stellte der Vergleich zwischen der Massenauflage der 'Bild'-Zeitung hier und dem Massenbombardement auf Vietnam eine grobe Vereinfachung dar; (...); war der Glaube, selbst das revolutionäre Subjekt zu sein - soweit er unter Berufung auf Marcuse verbreitet war -, gegenüber der tatsächlichen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft und den sie begründenden Produktionsverhältnissen ignorant."[279] Die humanistische Problematik kam bei der RAF vielmehr erst ab Ende 1972 zum vollen Durchbruch, nachdem der proletarische Ansatz von 1971/72 durch das Scheitern der Mai-Offensive widerlegt schien.
Karl Heinz Roth sieht diesen Bruch - wenn auch nicht unter dem Gesichtspunkt der Humanismus-Problematik - ebenfalls[280] und empfahl der RAF die Beibehaltung/Rückkehr zur anfänglichen Randgruppen-Strategie[281]. Er läßt aber in diesem Zusammenhang - auch wenn er es anderer Stelle durchaus sieht[282] - außer Acht, daß die objektiven Voraussetzungen dafür zu diesem Zeitpunkt entfallen waren. Da Roths Kritik[283] gleichermaßen wie die RAF-Politik ab Mitte/Ende '72 von einem humanistischen Standpunkt ausgeht und die antiimperialistische Strategie bekanntlich nicht erfolgreicher war als die vorhergehende, zeigt sich also auch hier, daß das Ausweichen auf das Feld der humanistischen Ideologie die "konkrete Analyse der konkreten Situation" (Lenin) und damit das Entwickeln einer besseren Strategie verhindert. Stattdessen wurde einfach postuliert, daß jeder (Mensch) anfangen kann (s. dazu oben S. 168).

Anmerkung 13
zum Voluntarismus des Bewußtseins
Der *Voluntarismus des Bewußtseins* der RAF verweist einmal mehr auf Lukács, für den "consciousness is itself a partice which alters its object"[284] - und zwar aufgrund dessen, daß er - im Widerspruch zur marxschen Unterscheidung zwischen Sein und Bewußtsein - beide (als Teil einer hegelianischen Totalität, s. dazu unten Anm. 18) als identisch setzt.[285] Damit ist für Lukács schon das Denken der Totalität die Revolution.[286] Dieser undifferenzierte Praxis-Begriff, der nicht zwischen verschiedenen Praxisarten (bspw. wissenschaftlicher und politischer unterscheidet), ermöglicht es bei Lukács dem "subjektiven Willen Wunsch oder Entschluß" sich dem "objektiven Sachzusammenhang der Tatsachen" aufzuzwingen.[287] Bei Lukács geht diese Vergeistigung der Macht (die Machtfrage als Bewußtseinsfrage)[288] soweit, daß er - anders als die RAF - "neglects the political apparatus of capital *par excellence*: the state" und die Notwendigkeit diesen zu zerschlagen [vgl. auch Abschnitt 7.a)].[289]

Anmerkung 14
zum Verhältnis von "klammheimlicher Freude" und realem Widerstand
Mit der Konzipierung ihrer Aktionen auf das Auslösen "klammheimlicher Freude" bewirkt die RAF, daß auch denjenigen 'RevolutionärInnen' (und ich muß mich insoweit bei denen mit Anführungsstrichen eingruppieren), die selbst nichts oder zumindest nicht viel auf die Reihe kriegen , ab und an ein warmes Gefühl ums Herz bekommen. Damit ist die objektive Wirkung der Aktionen der RAF unter den gegebenen Bedingungen *insofern* konterrevolutionär. Denn sie bewirken Zufriedenheit mit einem unbefriedigenden Zustand, nämlich warme Herzen bei nicht entwickeltem Widerstand. Daraus ergibt sich zwangsläufig die weitere Frage, ob die gleichen oder ähnliche Aktionen, eingebettet in eine andere strategische Konzeption und damit auch eingebettet in ein anderes praktisches Umfeld, einen anderen politischen Effekt haben könnten. Das weiß ich nicht so genau. Aber auch zu dieser Frage, haben sich andere Leute schon Gedanken gemacht (S. Berliner GenossInnen 1991, 26 r. Sp. Mitte - 27 li. Sp. Mitte, 29 r. Sp. Mitte - 30 r. Sp. oben, 33 r. Sp. Mitte - 34 li. Sp. unten).

Anmerkung 15
zu den internen Differenzen zwischen den Lernprozeß-Theoretikern
Die Interpretation der Entstehung von (revolutionärem) Klassenbewußtsein (= die Klasse als Subjekt) als Lernprozeß wurde bisher am weitesten von Michael Vester ausgearbeitet, so daß er der Hauptbezugspunkt für die folgenden Ausführungen ist. Auf Dirk Blasius wird nur hinsichtlich zweier Details eingegangen.

---

267 Berliner GenossInnen 1991, 26.
268 Hoffmeister 1955, 664 - Hervorh. + Anm. d. Verf.
269 Krug 1832/38a, 377.
270 Hoffmeister 1955, 664.
271 Krug 1832/38a, 377.
272 Krug 1832/38a, 377.
273 Krug 1832/38b, 422.
274 Thevenin 1974, 81.
275 S. RAF 1970, passim; RAF 1971, 11, li. Sp. 12; Kollektiv RAF 1971, passim.
276 S. bspw. zum Reformismus/Sozialdemokratismus RAF 1971, 11 f.; RAF [April] 1972a, 23 einerseits und RAF [Nov.] 1972b, 38.
277 RAF 1970.
278 RAF 1971, 8.
279 RAF 1971, 8 - Anm. d. Verf.
280 Roth 1980, 266, 267 f., 270, li. Sp. unten.
281 Roth 1980, 267, li. Sp. unten, 269, li. Sp.
282 Roth 1980, 266 f.
283 Roth 1980, 270, r. Sp. oben.
284 Stedman Jones 1971, 45.
285 Dannemann/Erdbrügge 1978, 144.
286 Nemitz 1979, 57.
287 Dannemann/Erdbrügge 1978, 143.
288 Stedman Jones 1971, 43.
289 Stedman Jones 1971, 44 - Hervorh. i.O.

Dies ist es legitim, obwohl Dieter Groh dem Michael Vester vorwirft, seinem "selbstgestellten theoretischen Anspruch" - nämlich gerade den "zyklischen" Charakter der Subjektbildung zu beachten[290] - nicht gerecht zu werden. Dabei ignoriert Groh allerdings geflissentlich folgendes:
1. Die Rede - und auch Grohs *eigene Rede* - davon, daß Lernprozesse "in Zyklen" verliefen,[291] bedeutet noch nicht viel. Denn auch der Traditionalist Hartmut Zwahr spricht von einem "*komplizierten Wechselverhältnis* zwischen der Formierung der Klasse an sich und für sich"[292]. Die "Zyklen" des einen und das "komplizierten Wechselverhältnis" des anderen sind dabei nichts anderes als die hegelsche "List der Vernunft", mit der sich der voraus*gesetzte* Sinn der Geschichte eh durchsetzt.[293]
2. Das Problem von M. Vesters Ansatz liegt - wie im folgenden zu zeigen sein wird - *nicht erst auf der Ebene der Realisierung* seines Anspruches. Vielmehr sind die - von Groh zu Recht kritisierten - Schematismen bereits im - von Dieter Groh geteilten![294] - Ausgangspunkt von Vesters Arbeit enthalten.
Im übrigen wird von keinem der drei vorgenannten Autoren eine Definition des Begriffes Lernprozeß gegeben; geschweige denn, daß sie die *unterschiedlichen* pädagogischen Konzeptionen von Lernprozessen erörtern. Ebenso wenig begründen sie, die Übertragung dieses Begriffs aus der pädagogischen Diskussion auf (bestimmte oder alle[?]) historisch-politische Prozesse.

Anmerkung 16
zum subjektivistischen Klassenbegriff von E.P. Thompson
Die Definition des Klassenbegriffs durch E.P. Thompson ist kulturalistisch (subjektiv) und humanistisch:[295] "Unter *Klasse* verstehe ich ein historisches Phänomen, das eine Reihe von Ereignissen vereint, die in der Erfahrung und im **Bewußtsein ungleichartig** und scheinbar zusammenhanglos existieren. (...). Ich betrachte *Klasse* **nicht** als eine **'Struktur' oder gar als eine 'Kategorie'**, sondern als etwas, das sich unter **Menschen**, in ihren Beziehungen abspielt (...). Eine Klasse formiert sich, wenn **Menschen aufgrund gemeinsamer Erfahrungen** (...) die **Identität** ihrer Interessen **empfinden und artikulieren**, und zwar sowohl untereinander als auch gegen andere, deren Interessen von ihren verschieden (und gewöhnlich entgegengesetzt) sind, (...) Klassenbewußtsein ist die Art und Weise, wie man diese Erfahrung **kulturell** interpretiert und vermittelt: **verkörpert** in Traditionen, Wertsystemen, Ideen und institutionellen Formen."[296] Nach marxistischer Auffassung sind Klassenverhältnisse dagegen Verhältnisse zwischen Menschen**gruppen in Bezug auf *Dinge* (Produktionsmittel)**.[297] Klassen bestehen - wie alle Elemente der objektiven Realität - unabhängig davon, ob sie sich selbst als solche auffassen.

Anmerkung 17
zur Rechtfertigung des spontanen Bewußtseins durch M. Vester
Vester bewirkt diese Rechtfertigung, indem er sich von solchen "sich 'marxistisch' nennenden Theorien (abgrenzt, Erg. d. Verf.), die sich einen eigenen homo oeconomicus konstruieren, dessen 'richtiges' Bewußtsein aus der jeweiligen Stellung zu den Produktionsmittel abzuleiten ist, während die reale Ableitung, die die Menschen selbst vollziehen, als durch einen 'kulturellen Überbau' deformiert, als 'falsch' oder gar unwirklich erscheint, wenn sie von ihrem Vorbild abweicht."[298] Dies hindert Vester allerdings nicht, selbst bestimmte Bewußtseinsformen auf 'Manipulation'[299] oder "Indoktrination durch das System bürgerlicher Volksbildung"[300] zurückzuführen. Was Vester bei seiner Verteidigung des spontanen Bewußtseins genauso wie die von ihm Kritisierten übersieht, ist das Spezifische von Ideologien. Diese sind nämlich *per definitionem* keine Wissenschaften (in der Funktion von ersteren überwiegt der pragmatische Aspekt, während in der Funktion der letzteren der Erkenntnisaspekt überwiegt[301]). Deshalb stellt sich die Frage, ob jene wahr oder falsch sind, gar nicht erst. Das spontane bzw. ideologische Bewußtsein ist also weder wahr noch kann es (allein) dadurch, daß es als falsch "entlarvt"[302] wird, geändert werden.

---

290 S. Schöttler 1988b, 35, FN 31 sowie Groh 1976, 422 bei und in FN 20.
291 Groh 1976, 422.
292 Zwahr 1978, 16, s.a. 17 - Hervorh. d. Verf.
293 S. dazu die Kritik bei Schöttler 1988b, 17, 19; Stedman Jones 1988a, 307. Vgl. dazu die Kritik an einer Interpretation des Stalinismus als 'Umweg der Geschichte' oder "List der Vernunft": Schöttler 1978, 54 f.
294 Groh 1976, 422, in und bei FN 20.
295 Johnson 1978, 431.
296 Thompson 1963, 7 f. - *kursive* Hervorh. i.O., **fette** Hervorh. d. Verf. Ein Teil des Zitates ist - in etwas anderer Übersetzung - auch bei Johnson 1978, 43 angeführt.
297 Althusser 1975, 83.
298 Vester 1970, 31.
299 Vester 1970, 22.
300 Vester 1970, 390.
301 Althusser 1963, 181; vgl. Schmidt 1980, 342 - 344.
302 Vorwort der Herausgeber, in: Vester 1970, 14.

Anmerkung 18
zur hegelschen Totalität
Bei Hegel liegen "zwar auf den ersten Blick immer eine Fülle von konkreten Bestimmungen und Widersprüchen vor(...), die aber nie eine wirkliche Komplexität bilden, weil sie immer wieder zurückgeführt werden auf eine einziges Zentrum, einfaches Prinzip, (...)"[303]; die Widersprüche sind nur Momente der Totalität,[304] so daß für Hegel "schon die ersten Spuren des Geistes virtualiter die ganze Geschichte" enthalten[305]. Bei Hegel wird in diesem Sinne von der Vergangenheit immer *nur* das aufgehoben, "was zur Bestätigung der Gegenwart dient", und die Gegenwart wird "lediglich als Vergangenheit in Vollendung betrachtet".[306] Dieses Totalitäts- und Geschichtsverständnis wurde von Georg Lukács und der Kritischen Theorie übernommen.[307]
Althusser lehnt eine solche totalisierende Geschichts- und Gesellschaftsauffassung ab.[308] Im Gegensatz zu einer solchen Auffassung betont Althusser die Zentralität der marxistischen Kategorie des Widerspruchs[309] ("Primat des Widerspruchs über die Widersacherinnen"[310]). Anders als bei Hegel und in Anknüpfung an eine Überlegung von Lenin[311] geht Althusser nicht von einer "Identität", sondern von der bloßen "Einheit der Widersprüche" aus.[312] Die Widersprüche sind bei Althusser nicht bloß Ausdruck eines einfachen geschichtlichen Prinzips[313] (expressiv), sondern tatsächlich entscheidend (dezisiv)[314]. Aufgrund dessen kann der gelegentlich erhobene Vorwurf, Althusser vertrete aufgrund seiner Kritik an der Subjekt-Ideologie bzw. seiner Auffassung von Geschichte als "Prozeß ohne Subjekt"[315] eine negativ-deterministische Position ([Dominanz] der Struktur [über die Subjekte] sei unveränderlich), zurückgewiesen werden. Denn Althusser vertritt die These, "daß in jedem historischen Moment unterschiedliche Tendenzen bestehen, wobei es von dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, d.h. von der Konjunktur des Klassenkampfes" - aber nicht nur, wie schon Althusser hätten wissen können - "abhängt, welche dieser Tendenzen sich schließlich durchsetzt. Was daher die gesellschaftlichen TrägerInnen betrifft, die Althusser zufolge nur unter der Determination durch ihre Existenzbedingungen funktionieren, so ist ***aufgrund der differentiellen Struktur dieser Bedingungen eine eindeutige Festlegung des individuellen Handelns undenkbar***, d.h. die Determinierung des Individuums ist in dem Maße widersprüchlich, wie es die gesellschaftlichen Verhältnisse sind."[316] Deshalb müssen Veränderungswünsche nicht voluntaristisch von außen an die Verhältnisse herangetragen werden.317 In der Tat geht es also bei Althussers Theorie des Widerspruchs um "crucial political consequences of the difference between the scientific conception of the social formation as a complex totality, and the ideological notion which produce a simple totality".[318]
Literatur speziell zu dieser Anmerkung:
Louis Althusser, *Bemerkung zu einer Kategorie: "Prozeß ohne Subjekt und ohne Ende/Ziel"* (o.J., um 1972), in: 89 - 94.
Hegel
W.I. Lenin, *Zur Frage der Dialektik* (1915), in: LW 38 (1981[7]), 338 -344.
Uwe Rosenfeld, *Mangel an Sein.* Identität als ideologischer Effekt, Focus-Verlag: Gießen, 1984.
Peter Schöttler, *Vorwort: Widerruf oder Berichtigung?* (1975), in: Louis Althusser, *Elemente der Selbstkritik*, VSA-Verlag, Westberlin 1975, 7 - 32.

Anmerkung 19
zur Kategorie der "Entfremdung"
Louis Althusser schreibt, die Kategorie Entfremdung könne, "einen *provisorischen* Nutzen haben, jedoch nur unter einer *doppelten unabdingbaren Voraussetzung*: 1) Sie muß von *jeder* Philosophie der Verdinglichung (...), die nur eine anthropologische Variante des Idealismus ist, 'abgeschnitten' werden, und 2) die Entfremdung *muß gedacht werden unter dem Begriff der Ausbeutung*. Unter diesen beiden Voraussetzungen kann die Kategorie Entfremdung *zunächst* einmal (denn sie verschwindet im erreichten Resultat) wegführen von einer rein rechnerischen, d.h. ökonomistischen Konzeption des Mehrwerts: um die Vorstellung einzuführen, daß bei der Ausbeutung der Mehrwert nicht trennbar

---

303 Brackmann et al. 1978, 277.
304 Brackmann et al. 1978, 279.
305 Hegel 1840, 45.
306 Karsz 1976, 111 - Hervorh. d. Verf.
307 Dannemann/Erdbrügge 1978, 142, 144; Kratz/Verhorst 1978, 197.
308 S. dazu: Schmidt 1980, 495 f.
309 Rosenfeld 1984, 17.
310 Althusser 1972, 49, FN 12.
311 Vgl. Lenin 1915b, 338 f.
312 Brackmann et al. 1978, 284; Karsz 1976, 149. Vgl. Althusser 1963, 137 - 167 und Kimmerle 1978, 21.
313 S. Althusser 1962, 68.
314 Karsz 1976, 163.
315 S. Althusser o. J.
316 Schmidt 1980, 494 - Hervorh. d. Verf.
317 Vgl. Balibar 1984, 629.
318 o. Verf. 1971a, 2. Leider wird auch hier - wie bei verschiedenen anderen Übersetzungen von Althussers Termini - nicht beachtet, daß Althusser das Wort "Totalität" nur dann verwendet, wenn er sich auf die von ihm kritisierte Auffassung bezieht. Im Rahmen seiner eigenen Auffassung des gesellschaftlichen Zusammenhangs verwendet er dagegen den Begriff des "Ganzen". Vgl. Schöttler 1975, 17, 19.

ist von den konkreten und materiellen Formen seiner Abpressung." (Althusser 1972, FN 32, S. 69 f. - Hervorh. d. Verf.).

Anmerkung 20
zur hegelschen Synthese
"Hegel geht von einer ursprünglichen Einheit aus, die sich in zwei widersprechende Teile, die die Momente der Einheit bilden, trennt. In dieser ihrer Entfremdung bleibt die Einheit aber trotzdem sie selbst, sie ist gewissermaßen die Einheit in zerrissenem Zustand. Schließlich hebt sie diese ihre Entfremdung (Negation) wieder auf, kehrt zur ursprünglichen Einheit zurück, die jedoch eine Einheit höherer Ordnung ist, bereichert durch ihre Negation, ihre Entwicklung durch die Negativität hindurch."[319] Daraus ergibt sich in Hegels Dialektik folgendes einfaches Schema: ursprüngliche Einheit - Aufspaltung in zwei Seiten eines Widerspruchs (Entfremdung) - 'Heraufreinigung' (Hegel) zu einer höheren Einheit (Synthese).[320] Beispiel: In der Antike war das Seiende auch das Gute; später wurden Sein und Sollen gegenübergestellt; bei Hegel kommt es zur *Synthese* auf höherem Niveau ('Heraufreinigung'): Der Staat wird als "Wirklichkeit der sittlichen Idee" betrachtet.[321]
Literatur speziell zu dieser Anmerkung:
Louis Althusser, *Widerspruch und Überdeterminierung. Anmerkungen* für eine Untersuchung, in: ders., *Für Marx*, Suhrkamp-Verlag: Frankfurt am Main, 1968, 52 - 99 (frz. Originalausgabe: Maspero: [Paris?], 1965).
G. Bien, Artikel "*Moralität, Sittlichkeit*", in: Joachim Ritter / Karlfried Gründer (Hg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie.* Band 6, Wissenschaftliche Buchgesellschaft / Schwabe & Co: Darmstadt/Basel, 1984, Sp. 184 - 192.

Anmerkung 21
zu Geschichte und Lernprozeß bei Dieter Groh
Groh 1970, 416 schreibt, "die Entstehung einer Klasse und von Klassenbewußtsein" fände "im *Laufe*(?) von Lern- und Erfahrungsprozessen" (Hervorh. + Anm. d. Verf.) statt. Hier stellt sich die Frage, ob Groh im Gegensatz zu Vester vielleicht nur einen bestimmten Teilprozeß o.ä. der Geschichte als Lernprozeß betrachtet. Dies kann aber ausgeschlossen werden, da dann Groh mit seinem Ansatz gar nichts erklären, sondern zirkulär argumentieren würde: Daß Klassenbewußtsein aus Lernprozessen entsteht, wäre mit einer solchen Definition des Begriffes "Lernprozesse" immer schon vorweggenommen (die Prozesse, die Klassenbewußtsein bewirken, werden Lernprozeß genannt). Daher und da Klassen und Klassenbewußtsein in der Tat "im Laufe" der Geschichte entstehen, muß hier angenommen werden, daß Groh ebenso wie Vester "die Geschichte" als Lernprozeß betrachtet.

Anmerkung 22
zum Modell der expressiven Kausalität ('Ausdruckismus')
Im Rahmen des hegelschen expressiven Kausalitätsverständnisses werden alle Elemente des Ganzen als bloßer 'Ausdruck' der Totalität und damit als partielle Realisierung ihres "Wesens" begriffen.[322] Dieser Auffassung gegenüber steht das marxistische, strukturale Kausalitätsverständnis in der Interpretation Louis Althussers. Nach Althussers Auffassung müssen die verschiedenen Ebenen der Gesellschaft als relativ autonom betrachtet werden; sie lassen sich also nicht aufeinander reduzieren bzw. in ein Ausdrucks-Verhältnis zueinandersetzen. Vielmehr muß jeweils die *spezifische* Funktionsweise der unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen untersucht werden, wenn die Ursachen deren Effekte erkannt werden sollen.[323]

Anmerkung 23
zur Nutzlosigkeit des Lernprozeß-Schemas
Bemerkenswert ist, daß Vester am Ende seines fast 500 Seiten dicken Buches implizite die völlige wissenschaftliche Nutzlosigkeit dieses Lernprozeß-Schemas zugeben muß: "Der Zyklus von Apathie und Engagement verlief in sich häufig (?!) widersprüchlich: (...) Mißerfolge führten zunächst zu Steigerungen und dann erst zu Auflösungen solidarischer Verbindungen."[324] "Die Erfahrungen der Unterklassen mit dem Kapitalismus und der eigenen Gegenpraxis hatten kaum verarbeitet werden können, (...)."[325] "(...), so erklärt dies noch nicht, warum so wenig von dem früheren revolutionären Willen über die Niederlagen hinweggerettet wurde und ob dieser Verlust wirklich unvermeidbar war."[326] Wo er Recht hat, hat er Recht.

---

319 Brackmann et al. 1978, 278; S.a.: Althusser 1962, 66 f.; Althusser 1963, 140 sowie Kimmerle 1978, 24: die "Eigenart der Hegelschen Dialektik (ist, Erg. d. Verf.), daß sie von einem einfachen Widerspruch ausgeht". Ausführlich dazu: Brackmann et al. 1978, 276 - 280.
320 Althusser 1963, 141 f., 144, 140 f.; Brackmann et al. 1978, 278. Vgl. Kimmerle 1978, 20 f. (zur Aufhebung des Gegensatzes von Freiheit und Notwendigkeit bei Hegel); 22 (zur Negation des "endlichen Wissens" durch das "absolute Wissen" ['Heraufreinigung'] bei Hegel).
321 Bien 1984, Sp. 187 - 191, bes. 191 (dort auch bei FN 44 das Hegel-Zitat "heraufreinigt").
322 Brackmann et al. 1978, 282, 279.
323 S. dazu: Althusser 1962, 78 f.; Althusser 1968, 122 f.
324 Vester 1970, 384.
325 Vester 1970, 392.
326 Vester 1970, 392.

Anmerkung 24
zu Lukács' Lenin-Interpretation

Lukács schreibt in seiner Rezension zu Lenins Schrift "Die große Initiative": "Aber Illusionslosigkeit bedeutet für den/die wahren Revolutionär.in niemals Verzagtheit und Verzweiflung, sondern einen durch Erkenntnis befestigten Glauben (sic!) an die weltgeschichtliche Sendung (sic!) des Proletariats; einen Glauben, der durch die Langsamkeit und die oft mehr als widrigen Umstände seiner Verwirklichung niemals erschüttert werden kann; der all dies auf sich nimmt und durch alle diese Störungen und Hemmungen hindurch sein Ziel (...) nicht aus den Augen verliert."[327]

Zwar ist auch Lenins Schrift stark - wohl zu stark - von einem optimistischen Pathos geprägt - aber: Wo Lukács an die "weltgeschichtliche Sendung des Proletariats" vorrangig - durch "Erkenntnis" nur "befestigt" - "glaub(t)", benennt Lenin präzise die schwierigen Aufgaben[328] sowie die Arbeiten, die - "und nur sie" -, wenn sie erledigt werden, "zur unwiderruflichen Festigung des Kommunismus" führen[329]. Wo Lukács die "sozialdemokratischen Defätist.innen" wegen deren **Ungläubigkeit** kritisiert,[330] erkennt Lenin, daß es sich um einen schweren, intensiven **Klassenkampf** handelt[331]. Wo Lukács deshalb "Bewußtmachen durch **Aufklärung und Propaganda**" zum "entscheidende und wesentliche Mittel" erklärt,[332] schreibt Lenin: "Eine solche Arbeit (wie die freiwilligen **Arbeitseinsätze von KommunistInnen**, d. Verf.) - und nur sie - überzeugt den/die Bäuer.in endgültig davon, daß wir recht haben, (...)."[333] Lenin will, daß die KommunistInnen *praktisch* einen Schritt voran gehen; Lukács "Bewußt(sein)" schaffen...



---

327 Lukács 1920, 220.
328 S. bspw. Lenin 1919, 412 f.
329 Lenin 1919, 424.
330 Lukács 1920, 219.
331 Lenin 1919, 410.
332 Lukács 1920, 226 - Hervorh. d. Verf.
333 Lenin 1919, 424.

Literaturverzeichnis (weitere Literaturhinweise in den Anmerkungen):

1. Texte von und zur RAF

a) Texte von Ulrike Meinhof, der RAF und Gefangene aus der RAF

Baader et al. 1976: Andreas Baader / Gudrun Ensslin / Ulrike Meinhof / Jan Raspe, *Erklärung zur Sache* (Teil b. Geschichte der BRD), in: Redaktion 1988, 70 - 87.

Haule 1989a: Eva Haule, *"Eine andere Auseinandersetzung - die Fragen sind jetzt andere"*. Ein Brief von Eva Haule, Gefangene aus der RAF und inhaftiert in Stammheim, datiert vom 16. März, in: *taz*, 14.04.1989.

Haule 1989b: dies., *Grußadresse von Eva Haule zur Demonstration am 29.4.89*, in: *ak. Arbeiterkampf / Zeitung des Kommunistischen Bundes* (Hamburg), Nr. 306, 02.05.1989.

Haule 1989c: dies., *Erklärung von Eva Haule*, in: *ak* 308, 26.06.1989, 36.

Kollektiv RAF 1971: Kollektiv Rote Armee Fraktion, *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa* (1971), in: Bittermann 1987, 47 - 125.

Meinhof 1968a: Ulrike Meinhof, *Vom Protest zum Widerstand*, in: Meinhof 1988, 138 - 141 (Nachdruck aus: KONKRET 5/1968).

Meinhof 1968b: dies., *Warenhausbrandstiftung*, in: Meinhof 1988, 153 - 156 (Nachdruck aus: KONKRET 4/1968).

Meinhof 1988: dies., *Die Würde des Menschen ist antastbar* (Wagenbach Taschenbücherei 62), Verlag Klaus Wagenbach: Westberlin, 1988.

Meins 1974: Holger Meins, [*das einzige, was zählt ist der kampf.* (Brief vom 01.11.1974 an Manfred Grashof)], in: Pieter Bakker Schut (Hg.), *das info. briefe von gefangenen aus der raf aus der diskussion 1973 - 1977*. Neuer Malik Verlag: o.O. (Kiel), 1987, 183 - 186.

RAF 1970: *Erklärung zur Befreiung von Andreas Baader. Die Rote Armee aufbauen*, in: Redaktion 1988, 4.

RAF 1971: Rote Armee Fraktion, *Das Konzept Stadtguerilla*, in: Redaktion 1988, 5 - 13.

RAF 1972a: dies., *Stadtguerilla und Klassenkampf*, in: Redaktion 1988, 15 - 27.

RAF 1972b: dies., *Die Aktion des Schwarzen September. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes*, in: Redaktion 1988, 31 - 40.

RAF 1982: dies., *Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front*, in: Redaktion 1988, 116 - 122

Taufer 1991: Lutz Taufer, *Suche nach der Strategie des Glücks*. Gedanken nach einem Gespräch mit Louis Rosadilla, in: *ak* 337, 16.12.1991, 32 - 33.

b) über die RAF

autonomus marxistus 1990a und b: autonomus marxistus, *Einige kritische und polemische Anmerkungen zur Aussage von Andrea Sievering in Stammheim*, in: *PROWO*. Projekt Wochenzeitung (Westberlin), Nr. 6, 27.09.1990b, 10 (gekürzter Nachdruck aus: *interim*. Wöchentliches Berlin-Info (Westberlin), Nr. 116, 20.09.1990a, 25 - 32).

Berliner GenossInnen 1991: Berliner GenossInnen, *Wie offen ist Hanna Cashs "Beitrag zu Diskussion mit den Gefangenen und der RAF"?* Reaktion auf "Auf ins Offene" (ak-Beilage von Hanna Cash im ak Nr. 329 v. 8.4.91), in: *interim*, Nr. 150, 06.06.1991, 25 - 35.

Bittermann 1987: Klaus Bittermann (Hg.), *Die alte Straßenverkehrsordnung*. Dokumente der RAF. Verlag Klaus Bittermann: (West)berlin, 1987[3].

Kraushaar 1987: Wolfgang Kraushaar, *Autoritärer Staat und Antiautoritäre Bewegung*, in: Linke Liste FfM 1988, 140 - 147 (Nachdruck aus: *1999* (Hamburg), 3/1987, 76 ff.)

Mescalero 1977: Ein Göttinger Mescalero, *Buback - ein Nachruf* (1977), in: Linke Liste FfM 1988, 168 - 171 (Nachdruck aus: Peter Brückner et al. (Hg.), *Buback - ein Nachruf*).

o. Verf. 1971b: o. Verf., *Leninisten mit Knarre*, in: *883* (Westberlin), Vol. 86, 06.12.1971 = ??? (Hg.), *Ich hasse zu hassen*, Westberlin, 1988, 141 - 152.

Redaktion 1988: Redaktion (Hg.), Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. *Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF)*. GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte: Köln, 1988[4].

Roth 1980: Karl Heinz Roth, *Die historische Bedeutung der RAF*, in: Linke Liste FfM 1988, 265 - 272 (Nachdruck aus: Bittermann 1987[3], 175 - 198).

2. sonstige linksradikale Literatur

Bennholdt-Thomsen 1987: Veronika Bennholdt-Thomsen, *Migration und Hausfrauisierung: Frauen aus der Türkei kommen in die Bundesrepublik*, in: dies. et al., *Frauen aus der Türkei* kommen in die Bundesrepublik. Zum Problem der Hausfrauisierung. Edition CON / Periferia: Bremen/Münster, 1987, 14 - 32.

Dutschke/Krahl 1967: Rudi Dutschke / Hans-Jürgen Krahl, *Organisationsreferat* (1967), in: Linke Liste FfM 1988, 137 - 139 (Nachdruck aus: *Diskus* (Frankfurt/M.) 1980).

Hartmann 1989: Detlef Hartmann, *Leben als Sabotage*. Zur Krise der technologischen Gewalt, Verlag Schwarze Risse: (West)berlin, 1989[3].

3. Frankfurter Schule-(nahe) Texte sowie Texte von und zu E.P. Thompson

a) allgemeine Frankfurter Schule-(nahe) Texte

Dahmer 1982: Helmut Dahmer, *Libido und Gesellschaft*. Studien über Freud und die Freudsche Linke (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 345), Suhrkamp: Frankfurt am Main, 1982[2erw.].

Marcuse 1965: Herbert Marcuse, *Das Veralten der Psychoanalyse*, in: ders., *Kultur und Gesellschaft 2* (edition suhrkamp 135), Suhrkamp: Frankfurt am Main, 1965, 85 - 106 + 180 f.

Marcuse 1967: ders., *Das Problem der Gewalt in der Opposition* (1967), in: Linke Liste FfM 1988, 128 - 132 (Nachdruck aus: *Das Ende der Utopie*, Frankfurt am Main, 1980).

Wehler 1971: Hans-Ulrich Wehler, *Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Psychoanalyse*, in: ders. (Hg.), *Geschichte und Psychoanalyse* (Ullstein Buch 3032), Ullstein Verlag: Frankfurt am Main / (West)berlin / Wien, 1974[2], 7 - 26 + 141 - 156 (1. Aufl.: Kiepenheuer & Witsch: Köln, 1971 ohne Bibliographie).

b) Texte der Frankfurter Schule-nahen Lernprozeß-Theoretiker (die sich gleichzeitig auf E.P. Thompson beziehen)

Blasius 1977: Dirk Blasius, *Psychohistorie und Sozialgeschichte*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (Bonn), 1977, 383 - 403.

Blasius 1980: Dirk Blasius, *Der verwaltete Wahnsinn*. Eine Sozialgeschichte des Irrenhauses (Fischer-Taschenbücher 6726: Bücher des Wissens), Fischer Taschenbuch Verlag: Frankfurt am Main, 1980.

Groh 1976: Dieter Groh, *Basisprozesse und Organisationsprobleme*. Skizze eines sozialgeschichtlichen Forschungsprojektes, in: Ulrich Engelhardt / Volker Sellin / Horst Stuke (Hg.), *Soziale Bewegung und politische Verfassung*. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Festschrift für Werner Conze (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte = Neue wissenschaftliche Bibliothek 53), Klett Verlag: Stuttgart, 1976, 415 - 431.

Groh 1980: ders., *Zur Einführung*, in: Edward P. Thompson, *Plebejische Kultur und moralische Ökonomie*. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Ullstein-Verlag: Frankfurt am Main / Wien / (West)berlin, 1980, 5 - 31.

Vester 1970: Michael Vester, *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß*. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792 - 1848 (Veröffentlichungen des Psychologischen Seminars der TU Hannover hrsg. von Peter Brückner, Alfred Krovoza und Thomas Leithäuser), Europäische Verlagsanstalt: Frankfurt am Main, 1970 (überarbeitete Diss. TU Hannover, 1968).

Vester 1980: ders., *Edward Thompson und die 'Krise des Marxismus'*, in: Thompson 1978, 13 - 38.

Vester 1983: ders., *Proletariat und neue soziale Bewegungen*, in: Peter Grottian / Wilfried Nelles (Hg.), Großstadt und neue soziale Bewegungen (Reihe Stadtforschung aktuell Band 1 hrsg. von Helmuth Wollmann / Gerd-Michael Hellstern), Birkhäuser Verlag: Basel/Boston/Stuttgart, 1983, 1 - 21

c) weitere Literatur von und zu E.P. Thompson

Berking 1981: Helmuth Berking, *Lektüre - Erfahrungen in einer Zeit, in der die Vernunft mit den Zähnen knirscht*, in: *Ästhetik und Kommunikation* (Westberlin), Vol. 43: Zivilisationskritik, März 1981, 106 - 111.

Bommes 1982: Michael Bommes, *Gelebte Geschichte. Probleme der Oral History*, in: *LiLi*. Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik. Eine Zeitschrift der Universität Gesamthochschule Siegen (Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen), Heft 47: Sprachgeschichte und Sozialgeschichte, 1982, 74 - 103.

Breuer 1980: Stefan Breuer, *Elend der Theorie?*, in: *Leviathan*. Zeitschrift für Sozialwissenschaft (Westdeutscher Verlag: Opladen), 1980, 589 - 595.

Institut 1980: Institut für sozialhistorische Forschung, *Vorrede* (1980), in: Thompson 1978, 7 - 12.

Kittsteiner 1981: Heinz-Dieter Kittsteiner, *Sturz in den Ärmelkanal*. Bemerkungen zu zwei Büchern von E.P. Thompson, in: *Berliner Hefte* (Verlag Kantstraße: Westberlin), Nr. 18, 1981, 109 - 121.

Lindenberger 1988: Thomas Lindenberger, *Das "empirische Idiom": Geschichtsschreibung, Theorie und Politik in The Making of the English Working Class*, in: *PROKLA*. Probleme des Klassenkampfs. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik, Vol. 70, März 1988, 167 - 189.

Puls 1979: Detlev Puls, *Vorwort des Herausgebers*, in: ders. (Hg.), *Wahrnehmungsformen und Protestverhalten*. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert (edition suhrkamp 948), Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main, 1979, 7 - 10.

Schrader 1980: Fred E. Schrader, *"Logik der Sozialgeschichte" - Zur Diskussion um Edward P. Thompson*, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (Westberlin), Dez. 1980, 478 - 488.

Thompson 1963: Edward P. Thompson, *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*. Zwei Bände (edition suhrkamp es 1170 Neue Folge Band 170), Suhrkamp-Verlag: Frankfurt am Main, 1987 (engl. Originalausgabe: Victor Gollancz, 1963).

Thompson 1978: ders., *Das Elend der Theorie*. Campus: Frankfurt am Main / New York, 1980 (brit. Originalausgabe: Merlin Press: London, 1978).

4. Texte marxistischer Klassiker

Brecht 1934 ff.: Bertolt Brecht, *Me-ti / Buch der Wendungen* (1934 ff.), in: ders., *Gesammelte Werke*. , Band 12. Prosa 2, (werkausgabe edition suhrkamp SV), Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main, 1967[1], 1968, 417 - 585.

Brecht 1938/42: ders., *Arbeitsjournal 1938 bis 1942*, Frankfurt am Main, 1974, 11 zit. n. Gérard Bensussan, Stichwort "*Mensch*", in: Bensussan/Labica 1986, Band 5, 877 - 880 (879).

Gramsci 1930-32a: Antonio Gramsci, [*Die Herausbildung der Intellektuellen*] (1930 - 32), in: ders., *Zu Politik, Geschichte und Kultur*. Ausgewählte Schriften, hrsg. von Guido Zamis, Röderberg-Verlag: Frankfurt am Main, 1986[2], 222 - 230.

Gramsci 1930-32b: ders., *Intellektuelle. Traditionelle Intellektuelle* (1930 - 32), in: ebd., 230 - 232.

Lenin 1899a: W.I. Lenin, *Rezension*. Karl Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik (1899), in: LW 4 (1986[9]), 187 - 198.

Lenin 1899b: ders., *Eine rückläufige Entwicklung in der russischen Sozialdemokratie* (1899), in: ebd., 249 - 279.

Lenin 1902: ders., *Was tun?* Brennende Frage unserer Bewegung (1902), in: LW 5 (1978[8]), 355 - 551.

Lenin 1905: ders., *Anmerkung zu M.N. Pokrowskis Artikel "Die berufstätige Intelligenz und die Sozialdemokraten"* (1905), in: LW 8 (1977[7]), 182.

Lenin 1906a: ders., *Zu den jüngsten Ereignissen* (1906), in: LW 11 (1972[3]), 153 - 155.

Lenin 1906b: ders., *Der Partisanenkrieg* (1906), in: ebd., 202 - 213.

Lenin 1919: ders., *Die große Initiative*. (Über das Heldentum der Arbeiter im Hinterland. Aus Anlaß der "kommunistischen Subbotniks"), in: LW 29 (1984[9]), 397 - 424.

Lenin 1920: ders., *Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus* (1920), in: LW 31 (1978[7]), 1 - 106.

LW: W.I. Lenin, *Werke*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Dietz-Verlag: Berlin/DDR, Bd. 1 ff. (im Literaturverzeichnis zit. n. Band, Jahr und Auflage).

Marx 1845: Karl Marx, [Thesen über Feuerbach (1845)], in MEW 3 (1983[7]), 5 - 7.

Marx 1851/52: ders., *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* (1851/52), in: MEW 8 (1982[7]), 111 - 207.

Marx/Engels 1845/46: ders. / Friedrich Engels, *Die deutsche Ideologie*. Kritik der neusten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten (1845/46), in: MEW 3 (1983[7]), 9 - 530.

MEW: Karl Marx / Friedrich Engels, *Werke*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz-Verlag: Berlin/DDR, Bd. 1 ff. (im Literaturverzeichnis zit. n. Band, Jahr und Auflage).

5. Literatur des und zum Althusser-Ansatzes

a) Althusser, Balibar, Pêcheux

Althusser 1963: Louis Althusser, *Über materialistische Dialektik*. Von der Ungleichheit der Ursprünge (1963), in: ders., *Für Marx*, Suhrkamp-Verlag: Frankfurt am Main, 1968, 100 - 167 (frz. Originalausgabe: Maspero: [Paris?], 1965).

Althusser 1966: ders., *Lineare und strukturale Kausalität*, in: *alternative* (Westberlin), Vol. 54, 1967, 120 - 123 (Auszug aus der frz. Erstauflage von: ders. et al., *Lire Capital II*, Maspero: Paris, 1966, 164 - 169).

Althusser 1967: ders., *Philosophie und spontane Philosophie der Wissenschaftler* (1967) (Schriften 4 hrsg. von Peter Schöttler und Frieder Otto Wolf), Argument-Verlag: [Wes]berlin, 1985, 11 - 150.

Althusser 1969/70: ders., *Ideologie und ideologische Staatsapparate* (Anmerkungen für eine Untersuchung) (1969/70), in: Althusser 1977, 108 - 153.

Althusser 1972: ders., *Anmerkung zur "Kritik des Personenkults"*, in: Horst Arenz / Joachim Bischoff / Urs Jaeggi (Hg.), *Was ist revolutionärer Marxismus?* Kontroverse über Grundfragen marxistischer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis, VSA-Verlag: Westberlin, 1973, 95 - 109.

Althusser 1975: ders., *Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein?* (1975), in: Althusser 1977, 51 - 88 = *SOPO*. Sozialistische Politik (Verlag das europäisches buch: Westberlin), Vol. 34/35, Mai 1976, 7 - 36.

Althusser 1976a: ders., *Über Marx und Freud*, in: Althusser 1977, 89 - 107.

Althusser 1976b: ders., *Anmerkung über ideologisches Staatsapparate* (1976), in: Althusser 1977, 154 - 168.

Althusser 1977: ders., *Ideologie und ideologische Staatsapparate* (Reihe POSITIONEN 3 hrsg. von Peter Schöttler), VSA-Verlag: Hamburg/Westberlin, 1977.

Althusser 1978: ders., *Wie es in der FKP nicht weitergehen kann*, in: ders., *Die Krise des Marxismus* (Reihe POSITIONEN 6 hrsg. von Peter Schöttler), VSA: Hamburg, 1978, 80 - 146.

Balibar 1976: Etienne Balibar, *Über die Diktatur des Proletariats*. Mit Dokumenten des 22. Parteitages der KPF (Reihe POSITIONEN 2 hrsg. von Peter Schöttler), VSA: Hamburg / (West)berlin, 1977 (Originalausgabe: Maspero: Paris, 1976) (auszugsweise in: *SOPO*, Vol. 36, Aug. 1976, 130 - 139).

Balibar 1978: ders., *Fragen zur 'Partei außerhalb des Staates'*, in: Altvater/Kallscheuer 1979b, 148 - 163.

Balibar 1981: ders., *Die Krise der Parteiform in der Arbeiterbewegung* (1981), in: *Das Argument*, Vol. 133, Mai/Juni 1982, 347 - 362.

Balibar 1984: ders., Stichwort "*Klassenkampf*" (1984), in: Bensussan/Labica 1986, Band 4, 626 - 636.

Balibar 1987: ders., *Vom Klassenkampf zum Kampf ohne Klassen* (1987), in: ders. / Immanuel Wallerstein, *Rasse Klasse Nation*. Ambivalente Identitäten, Argument-Verlag: Hamburg / (West)berlin, 1990, 190 - 224.

Pêcheux 1978a und b: Michel Pêcheux, *Zu rebellieren und zu denken wagen!* (1978), in: *kultuRRevolution*, Vol. 5, Feb. 1984 (a), 61 - 65 und Vol. 6, Juni 1984 (b), 63 - 66.

Pêcheux 1984: ders., *Metapher und Interdiskurs*, in: Jürgen Link / Wulf Wülfing (Hg.), *Bewegung und Stillstand in Metaphern und Mythen*. Fallstudien zum Verhältnis von elementarem Wissen und Literatur im 19. Jahrhundert (Sprache und Geschichte Band 9 hrsg. von Reinhart Koselleck / Karlheinz Stierle), Klett-Cotta: Stuttgart, 1984, 93 - 99.

c) Kritisches Wörterbuch des Marxismus

Bensussan/Labica 1983 ff.: Gérard Bensussan / Georges Labica (Hg.), *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Band 1 - 8. Dt. Fassung hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, Argument-Verlag: [West]berlin, 1983 - 1989.

Lefebvre 1984: Jean-Pierre Lefebvre, Stichwort "*Historismus, Historizismus*" (1984), in: Bensussan/Labica, 1985, Band 3, 496 - 500.

Labica 1985: Georges Labica, Stichwort "*Verschmelzung*" (1985), in: Bensussan/Labica 1989, Band 8, 1380 - 1384.

d) bundesdeutsche Althusser-Rezeption

Brackmann et al. 1978: Theo Brackmann / Steffen Kratz / Beate Verhorst, *Louis Althusser*, in: Kimmerle 1978b, 290 - 290.

Hauk 1986: Gerhard Hauk, *"Armeekorps auf dem Weg zur Sonne". Einige Bemerkungen zur kulturellen Selbstdarstellung der Arbeiterbewegung*, in: Dietmar Petzina (Hg.), *Fahnen, Fäuste, Körper*. Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung, Klartext-Verlag: Essen, 1986, 69 - 89 und 135 - 138.

Chr. Kammler et al. 1978: Christiane Kammler / Gerhard Plumpe / Peter Schöttler, *Philosophie der Ideologie oder Theorie des ideologischen Klassenkampfs*, in: *alternative* (Westberlin), Vol. 118, Feb. 1978, 2 - 15.

Kimmerle 1978a: Heinz Kimmerle, *Voraussetzungen*, in: Kimmerle 1978b, 7 - 31.

Kimmerle 1978b: ders. (Hg.), *Modelle der Materialistischen Dialektik*. Beiträge der Bochumer Dialektik-Arbeitsgemeinschaft, Martinus Nijhoff: Den Haag (Niederlande), 1978.

Kolkenbrock-Netz/Schöttler 1977: Jutta Kolkenbrock-Netz / Peter Schöttler, *Für eine marxistische Althusser-Rezeption in der BRD* (1977), in: Thieme 1982, 121 - 164 [Nachdruck aus: Sandkühler 1977, 43 ff.]

Kratz/Verhorst 1978: Steffen Kratz / Beate Verhorst, *Frankfurter Schule (Adorno und Marcuse)*, in: Kimmerle 1978b, 185 - 209.

Ladeur 1978: Karl-Heinz Ladeur, *Rechtssubjekt und Rechtsstruktur*. Versuch über die Funktionsweise der Rechtssubjektivität, Focus-Verlag: Gießen, 1978.

Plumpe 1977: Gerhard Plumpe, *Ist eine marxistische Ästhetik möglich?*, in: Sandkühler 1977, 191 - 221.

Plumpe / Cl. Kammler 1980: ders. / Clemens Kammler, *Wissen ist Macht*. Über die theoretische Arbeit Michel Foucaults, in: *Philosophische Rundschau*. Eine Zeitschrift für philosophische Kritik (Tübingen) 3/4-1980, 185 - 218.

Red. Alternative 1974: Redaktionskollektiv Alternative, *Ideologischer Staatsapparat 'Schule'*. Aspekte aus Althussers Projekt einer Überbautheorie, in: *alternative*, Vol. 99, Dez. 1974, 265 - 272.

Schmidt 1980: Waldemar Schmidt, *Probleme der Metakritik der Anthropologie*. Über Althussers Versuch einer ahumanistischen Neuinterpretation der marxistischen Theorie (Schriftenreihe zu Fragen der materialistischen Dialektik Bd. 1 hrsg. von Heinz Kimmerle), Diss. Ruhr-Universität Bochum, Germinal-Verlag: Bochum, 1980.

Schöttler 1978: Peter Schöttler, *Rechte oder linke Stalinismus-Kritik*, in: *alternative*, Vol. 118, Feb. 1978, 51 - 59.

Schöttler 1988a: ders., *Sozialgeschichtliches Paradigma und historische Diskursanalyse*, in: Jürgen Fohrmann und Harro Müller (Hg.), *Diskurstheorien und Literaturwissenschaft* (suhrkamp taschenbuch materialien 2091). Suhrkamp: Frankfurt am Main, 1988, 159 - 199 = Peter Schöttler, *Historians and Discourse Analysis*, in: *History Workshop*. a journal of socialist and feminist historians (London), Issue 27, Spring 1989, 37 - 65.

Schöttler 1988b: ders., *Einleitung*, in: Stedman Jones 1988b, 9 - 41.

Schöttler-Boll 1983: Doris Schöttler-Boll, in: Gespräch zwischen Doris Schöttler-Boll und Marianne Schuller. *Frauen und Kunst*. Dekonstruktion von Frauen/Bildern, in: *MOZ* 6-7/1983, 37 - 40.

Thieme 1981: Klaus Thieme, *Die Marx-Interpretation Louis Althussers*, in: Thieme 1982, 5 - 93.

Thieme 1982: ders., *Althusser zur Einführung* (SOAK-Einführungen 9), SOAK Verlag: Hannover 1982.

Wolf 1982: Frieder Otto Wolf, in dem Streitgespräch zwischen Hildegard Brenner, Peter Krumme, Hans Thies Lehmann und Frieder O. Wolf, *Der Ort der Theorie*, in: *alternative*, Vol. 145/146, Dez. 1982, 202 - 211.

Wolf 1983: ders., *'Materialismus' als Mechanismus der Verdrängung: Zur systematischen Blockierung des Stalinismus-Syndroms*, in: *MOZ* 8/1983 (Aug.), 62 - 63.

e) Stedman Jones

Stedman Jones 1971: Gareth Stedman Jones, *The Marxism of the Early Lukács*, in: Stedman Jones et al. 1977, 11 - 60 (Nachdruck aus: *New Left Review*, Vol. 70, Nov./Dec. 1971, 27 - 64).

Stedman Jones 1976: ders., *Von der historischen Soziologie zur theorieorientierten Geschichtswissenschaft*, in: Stedman Jones 1988b, 43 - 59 (dt. Übersetzung von: *From Historical Sociology to Theoretical History*, in: *British Journal of Sociology*, 1976, 295 - 305).

Stedman Jones 1977: ders., *"Klassenbewußtsein" oder "soziale Kontrolle"? Zur Kritik neuerer Trends in der Sozialgeschichte der "Freizeit"*, in: Stedman Jones 1988b, 61 - 76 (dt. Übersetzung von: *Class Expression versus Social Controll. A Critique of Recent Trends in Social History of "Leisure"*, in: *History Workshop*, Nr. 4, 1977 163 - 170).

Stedman Jones 1982/83: ders., *Why is the Labour Party in a Mess?*, in: Stedman Jones' 1983b, 239 - 256 (zuvor in einer kürzeren Fassung u.d.T. "Why the Labour Party is in a mess?", in: New Socialist, 3, Jan./Feb. 1982).

Stedman Jones 1983a: ders., *Sprache und Politik des Chartismus*, in: Stedman Jones 1988, 133 - 229 (dt. Übersetzung von Stedman Jones, *Rethinking Chartism*, in: Stedman Jones 1983c, 90 - 178).

Stedman Jones 1983: ders., *Introduction*, in: Stedman Jones 1983c, 1 - 24.

Stedman Jones 1983c: ders., *Languages of Class*. Studies in English Working Class History 1832 - 1982, Cambridge, 1983.

Stedman Jones 1988a: ders., in: Peter Schöttler, *Interview mit Gareth Stedman Jones*, in: Stedman Jones 1988b, 277 - 317.

Stedman Jones 1988b: ders., *Klassen, Politik und Sprache*. Für theorieorientierte Sozialgeschichte. Hrsg. von Peter Schöttler, Westfälisches Dampfboot: Münster 1988.

Stedman Jones et al. 1977: ders. et al., . *Western Marxism. A Critical Reader*. Edited b New Left Review, NLB: London 1977.

f) weitere englisch-sprachige Althusser-Rezeption

Therborn 1970/71: Göran Therborn, *The Frankfurt School* (1970/71), in: Gareth Stedman Jones et al. 1977, 83 - 139.

Hall 1981: Stuart Hall, *In Defence of Theory*, in: Raphael Samuel (ed.), *People's History and Socialist Theory*, Routledge & Kegan Paul: London, 1981, 378 - 385.

Johnson 1978: Richard Johnson, *Edward Thompson, Eugene Genovese und sozialistisch-humanistische Geschichtsschreibung*, in: *Das Argument*, Vol. 119, Jan./Feb. 1980, 39 - 49 (gekürzte Übersetzung aus: *History Workshop*. A Journal of Socialist Historians, Issue 6, 1978, 79 - 100).

o. Verf. 1971a: o. Verf., *editorial*, in: *theoretical practice* (London), Nr. 2, April 1971, 1 - 4.

g) Sonstiges zu Althusser

Altvater/Kallscheuer 1979a: Elmar Altvater / Otto Kallscheuer, *Reaktionen auf eine Provokation*. Wie die Linke in Italien die Krise des Marxismus diskutiert, in: Altvater/Kallscheuer 1979b, 7 - 40.

Altvater/Kallscheuer 1979b: dies. (Hg.), *Den Staat diskutieren*. Kontroversen über eine These von Louis Althusser, Verlag Ästhetik und Kommunikation: (West)berlin, 1979.

Sandkühler 1977: Hans Jörg Sandkühler (Hg.), *Betr.: Althusser*. Kontroversen über den Klassenkampf in der Theorie, Pahl-Rugenstein-Verlag: Köln, 1977.

6. Argument-Texte

Elfferding 1983: Wieland Elfferding, *Klassenpartei und Hegemonie. Zur impliziten Parteientheorie des Marxismus*, in: ders. / Michael Jäger / Thomas Scheffler, *Marxismus und Theorie der Partei* (Argument-Sonderband AS 91), Argument-Verlag: (West)berlin, 1983, 7 - 35.

F. Haug 1990: Frigga Haug, *Sozialisation als Vergesellschaftung*, in: dies., *Erinnerungsarbeit*, Argument-Verlag: Hamburg, 1990, 175 - 183.

W.F. Haug 1979: Wolfgang Fritz Haug, *Umrisse zu einer Theorie des Ideologischen*, in: Projekt Ideologie-Theorie (Hg.), *Theorien über Ideologien* (Argument-Sonderband AS 40), Argument-Verlag: (West)berlin, 1979[1], 1986[3], 178 - 204, 217 - 218.

Jäger 1977: Michael Jäger, *Eine Psychologie der Persönlichkeit und ihre Rechtfertigung durch die Analytische Wissenschaftstheorie*. Auseinandersetzung mit Theo Herrmann, in: *Forum kritische Psychologie*, Vol. 2 = Argument-Sonderband AS 15, 1977, 142 - 170.

PIT 1980: Manfred Behrens et al. (Projekt Ideologie Theorie), *Klassencharakter und ökonomische Determination des Ideologischen. Ein Beitrag zur Diskussion*, in: *Das Argument*, Vol. 122, Juli/Aug. 1980, 490 - 506.

7. Texte zur Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenklasse

Andresen/Woll 1988: Sünne Andresen / Ellen Woll, *Kappt die Automationsarbeit das Patriarchat?*, in: *Perspektiven*. Zeitschrift für sozialistische Theorie (Marburg), Nr. 4: Feminismus / Marxismus, Nov. 1988, 39 - 49.

Deppe 1988: Frank Deppe, *Der "organische Intellektuelle" bei Gramsci*, in: *Perspektiven*. Sonderheft 1/1988: Antonio Gramsci, 43 - 57.

Meretz 1989: Stefan Meretz, *ArbeiterInnenklasse und Intelligenz*. Ein Beitrag zur Diskussion über altes und linkes Denken in studentischer Politik, in: *Konsequent*. Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis (Westberlin), 4/1989, 99 - 104.

o. Verf. 1991: o. Verf., *Moderner Kapitalismus - ArbeiterInnenklasse - politisches Subjekt*. Einige kritische Anmerkungen zu den Thesen der Grundsatzkommission der PDS, in: *PROWO*, Nr. 11, 01.02.1991, 9.

Schulze 1989: Detlef Schulze, *Perspektive Avantgarde*. Wider die Neigung, mit dem alten Denken das linke Denken ganz aufzugeben. Replik auf Tobias Oswalds Kritik der GO-Politik, in: *Konsequent* 3/1989, 5 - 9.

Springer 1986: Michael Springer, *Wissenschaft, Technik, Intelligenz*, in: *Düsseldorfer Debatte* 1/1986, 13 - 23.

Wiethold 1985a: Franziska Wiethold, *Die Balance des Widerspruchs*. Arbeiterbewußtsein und Krise, in: *Düsseldorfer Debatte* 2/1985, 21 - 30.

Wiethold 1985b: dies., *Stabilität und Wankelmut*. Mythen um den Kern der Arbeiterklasse und die Intelligenz, in: *Düsseldorfer Debatte* 11/1985, 3 - 19.

8. weitere Veröffentlichungen im PROWO-Zusammenhang

Fülberth 1989: ders., *Nicht "bewahren und erneuern", nicht "erneuern" - sondern: umgründen"*. Alternativentwurf zum überarbeiteten Text "Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP", o.O. (Marburg), o.J. (1989), auszugsweise veröffentlicht in: PROWO. Projekt Wochenzeitung / Zeitung für die Westberliner Linke (Westberlin), Null-Nummer 3, 01.09.1989, 14.

Heinrich 1990: Michael Heinrich, *Braucht die Linke noch eine Kapitalismuskritik?* Zur Praxisrelevanz des Marxismus, in: *PROWO*, Nr. 19, Nov. 1991, 4.

PROWO 1989: ProWo-Redaktion, *Zum Entwurf einer politischen Grundlage für den Kreis Radikale Linke* (1989), in: Kongreßvorbereitungsgruppe (Hg.), *Die Radikale Linke*. Reader zum Kongreß vom 1.-3. Juni 1990 in Köln. Konkret Literatur Verlag: Hamburg, 1990, 184 - 186.

Schulze/Wiegrefe 1991: ders. / Carsten Wiegrefe, *"Der Staat sind wir alle" (Antje Vollmer)?!* BRD-Linke zwischen Staatstragenheit und Selbstisolierung, in: Thomas Klein / Vera Vordenbäumen / Carsten Wiegrefe / Udo Wolf (Hg.), *Keine Opposition. Nirgends?* Linke in Deutschland nach dem Sturz des Realsozialismus, Ch. Links Verlag: Berlin, 1991, 54 - 68.

9. DDR-Veröffentlichungen

Beyer 1976: Wilhelm Raimund Beyer, Stichwort *"Hermeneutik"*, in: Klaus/Buhr 1976, 517 - 519.

Klaus/Buhr 1976: Georg Klaus / Manfred Buhr (Hg.), *Philosophisches Wörterbuch*. Band 1 und 2, Verlag Das europäische Buch: Westberlin, 1987[12] (DDR-Originalausgabe: Leipzig, 1976).

Schröder 1976: Winfried Schröder, Stichwort *"Historismus"*, in: Buhr/Klaus 1976, 521 - 523.

Zwahr 1978: Hartmut Zwahr, *Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse*. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution (Schriftenreihe des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaft der DDR Band 56), Akademie-Verlag: Berlin/DDR, 1978.

10. sonstige Literatur

Dannemann/Erdbrügge 1978: Rüdiger Dannemann / Wolfgang Erdbrügge, *Georg Lukács und Karl Korsch*, in: Kimmerle 1978b [s. 5.a)],135 - 160.

Dörre 1987: Klaus Dörre, *Risikokapitalismus. Zur Kritik von Ulrich Becks "Weg in eine andere Moderne"* (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung hrsg. von Wolfgang Abendroth / Frank Deppe / Georg Fülberth / Gerd Hardach Band 69), Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft: Marburg, 1987.

Krauss 1987: Hartmut Krauss, *Der Prozeß der Überzeugungsbildung als persönlichkeits-psychologischer und pädagogischer Problemgegenstand*, in: Georg Auernheimer / Hans-Jörg Ledig / Claus Schoendorf / Gundolf Twelsiek (Hg.), *Studien zur Tätigkeitspsychologie IV*. Materialien zur 4. Arbeitstagung über die Tätigkeitstheorie A.N. Leontjews vom 12. - 14.6.1987 in Marburg, Institut für Erziehungswissenschaft am FB 21 der Philipps-Universität: Marburg, o.J., 103 - 129.

Linke Liste FfM 1988: Linke Liste Universität / Frankfurt (Hg.), *Die Mythen knacken*, o.O. (Frankfurt am Main), 1988[2].

Lukács 1920: Georg Lukács, *Die moralische Sendung der Kommunistischen Partei* (1920), in: ders., *Taktik und Ethik*. Politische Aufsätze I 1918 - 1920 hrsg. von Jörg Kammler / Frank Benseler, Luchterhand: Darmstadt/Neuwied, 1975, 219 - 227.

Neusüss 1972: Christel Neusüss, *Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals*, Erlangen, 1972.

o. Verf. 1988a-c: o. Verf., *'Ich sag', wie's ist"*, Teil I (S. 1 - 23), in: *interim*, Nr. 26, 28.10.1988 (a) (umschlagt: intergalaxis); Teil II (S. 24 - 37), in: *interim*, Nr. 27, 02.11.1988 (b); Teil III (S. 38 - 53), in: *interim*, Nr. 28, 11.11.1988 (c).

Stark 1983: Georg Stark, *Woher kommt die "Abweichung"?*, in: *MOZ* 8/1983 (Aug.), 62.

VIII. Antiimperialistische Kritiken an der neuen Politik

"(...) für den aufbau einer neuen internationalistischen front, von der die in westeuropa ein teil ist."
Rolf Heißler, Brief vom Jan. 1993

"Der Anarchismus war nicht selten eine Art Strafe für die opportunistischen Sünden der Arbeiterbewegung. (...) Grundsätze und Ziele sind zwei verschiedene Dinge. In Bezug auf die Ziele können auch die Anarchisten mit uns übereinstimmen, (...)."
Lenin, *Werke*, Bd. 31, 17 und Bd. 32, 492

Joëlle Aubron

Brief vom 12. Juni 1992

bist du in der lage, dir einen begriff davon zu machen, wie mein gemütszustand nach der erklärung der raf und der diskussion, die anfängt, war? ich weiss es nicht, du mußt es mir sagen und vielleicht bin ich zu schnell. jean-marc (rouillan,anm.d.ü.) sagt, daß ich immer zu viel auf einmal sagen will, und übrigens, weil ich nicht den raum habe, mich auszulassen, rede ich verkürzt. aber eigentlich ist es eine "reaktion mit noch erhitztem gemüt"; welches sind heute die wichtigen achsen.
in interim habe ich einen text gefunden und übersetzt, der "von einer revolutionären strömung" unterschrieben ist. und wenn da auch die kritik an der internationalen analyse der raf-erklärung fehlt - oder vielmehr die kritik an dem fehlen dieser analyse, finde ich den rest der formulierten kritik berechtigt.
ich weiss, daß eva einen brief an die frauen in hamburg geschickt hat.(1) ich hoffe, daß ich ihn bald habe, denn ich erwarte viel davon - genau, wie eva das an jean-marc geschrieben hat, um "...die konfrontation zu klären.... wie im allgemeinen für die kontinuität des politischen prozesses hier und in westeuropa."
selbst wenn ich inzwischen die ganze erklärung kenne, so ändert das nichts an meiner kritik. was ich unterstreichen will: wie auch immer mein ärger über den politischen inhalt ist, ich denke, daß die "waffenruhe" von der revolutionären bewegung in der brd als arbeitsmöglichkeit begriffen werden kann.
und jetzt folge ich also der auseinandersetzung mit grossem interesse. natürlich bin ich auch beunruhigt, weil die erklärung durch ihre verworrenheit gefahr läuft, anlaß zu sterilen abrechnungen zu geben. wie in der letzten nummer von interim (nr. 195). da ist ein text, der, so weit ich ihn verstehe, mir überhaupt nicht gefällt. die alten geschichten mit der kritik der gefangenen aus der grapo, eine sogenannte kommunistische brigade, die, das weiß ich von woandersher, sich in einem anderen text auf frederic oriach bezieht, ein französischer militanter, der auch intelligente sachen zu sagen hat, wenn er nicht gerade davon besessen ist, über uns herzuziehen. aber gut, das, ich bin fatalistisch, gehört zu den risiken einer diskussion.
sobald ich mit meiner post weitergekommen bin, will ich den text übersetzen, der in der taz veröffentlicht wurde und der an die erklärung anknüpft, über die wir bei deinem besuch gesprochen haben: vor allem zitate aus alten raf-texten. das alles, um dir zu sagen, daß ich sehr aufmerksam verfolge, wie die diskussion läuft.
übrigens hat jean-marc vorgeschlagen, eine broschüre in französisch mit zwangsläufig nicht zu vielen exemplaren zu machen. wie immer gibt es das problem, wer von 'uns' daran interessiert ist, das zu machen und innerhalb einer nicht zu langen zeit. ich werde "überall" die frage stellen. aber ich glaube, daß es wichtig ist, daß die französischen militanten, die daran interessiert sind, sich eine vorstellung von dieser diskussion machen können.
selbst wenn ich den text über den kampf der hafenstrasse (2) sehr interessant fand, denke ich, daß du danebenliegst, was meinen gebrauch des begriffs "politische lösung" angeht. ich beziehe mich auf die italienische begriffsbestimmung. da ist "politische lösung" eine version des italienischen staates und einiger gefangener, die abgeschworen haben, um die frage der politischen gefangenen zu "lösen", und darüber hinaus die guerilla aus der politischen landschaft italiens zu entfernen. d.h. während die gefangenen geiseln des staates sind, ausgehend von dem niveau der politisch-gesellschaftlichen konfrontation, deren fortgeschrittenster ausdruck auf dem terrain des revolutionären krieges die guerilla ist, löst die verhandlung mit dem staat diesen zusammenhang auf, verkauft die guerilla, und hilft damit bei der befriedung der imperialistischen zentren und damit erzeugt das auch den mangel an radikalen politisch-sozialen perspektiven, während die härte des klassenkampfs immer gewaltsamer diese zentren durchquert.
natürlich ist aus verschiedenen gründen, unter anderem, weil die raf nicht für sich beansprucht, avantgarde zu sein, die verhandlung mit dem staat wegen der freilassung der gefangenen in der brd nicht zu vergleichen mit der italienischen bedeutung der "politischen lösung". aber ob die raf für sich beansprucht, avantgarde zu sein oder nicht, ändert nicht viel daran, daß sie 20 jahre lang das höchste niveau der konfrontation mit dem staat bedeutet hat. und die bedeutung also, die die "deeskalation" in dem zusammenhang haben kann, wo das kräfteverhältnis günstig für die bourgeoisie ist, wo letztere gleichzeitig eine politische herrschaftskrise erlebt, egal übrigens wie schwach das revolutionäre lager ist.
gut, aber eigentlich sehe ich es so, daß es nicht sehr interessant ist, darüber lange zu diskutieren. ich gehe davon aus, daß die waffenruhe existiert, daß sie den problemen entspricht, die sich angesichts der schwierigkeit von perspektiven heute stellen, und daß man also damit (der waffenruhe) arbeiten muss.
einesteils gibt es das problem der gefangenen und also die mehr oder weniger unvermeidlichen versuche von seiten des staates, "die spreu vom weizen zu trennen". das, was er mit den prozessen auf der grundlage von aussagen der aussteiger aus der ehemaligen ddr machen will. gleichzeitig will er versuchen, die "spreu" zu normalisieren über haftbedingungen, die von der negation des politischen gekennzeichnet sind. was er bis heute aufgrund des widerstandes und des zusammenhangs der gefangenen nicht vollenden konnte, aber auch aufgrund seiner eigenen widersprüche, wo er immer den ausnahmezustand der konfrontation verwalten mußte - also die sonderhaftbedingungen.... all das ist also der job der mobilisierung für die freilassung aller und die frage, wie man mit der staatlichen linken (grüne etc.) umgeht.
auf der anderen seite gibt es das problem, daß die revolutionäre bewegung ziemlich solide sein muss, um nicht das kind mit dem bade auszuschütten (ein französischer ausdruck, der bedeutet, daß man unter dem vorwand, falsche orientierungen infrage zu stellen, vergißt, die schritte, die gemacht wurden, zu bewahren).
das würde in diesem fall im zusammenhang damit stehen, daß das erbe der kämpfe und erfahrungen, die irrtümer aber auch die schritte, die gemacht wurden, gering geschätzt wird, während genau aus diesem erbe die neue revolutionäre qualität entsteht und entstehen wird. die ist noch embryonal, aber trotzdem objektiv und subjektiv radikale kritik der alten revolutionären bewegung, die mit dem revisionismus zusammengebrochen ist.
ich weiß nicht, ob es mir gelingen wird, in diesem brief wirklich auf alles zu antworten, was der text über die internationale situation an gedanken bei mir auslöst, und die diskussion um diese veränderungen. meine gefühle und gedanken sind gemischt beim lesen dieses briefs, manchmal bin ich vollkommen einverstanden damit, ein anderes mal nicht. und ich will vor allem dahin kommen, einen guten anfang zu finden. vielleicht ist es das, daß ich dir sage, was ich unter dieser neuen noch embryonalen qualität verstehe.(3)
denn die politik des bewaffneten kampfs in den zentren hat sich zum teil als kritik der alten schemata des revolutionären prozesses konstituiert. deswegen trugen diese politische strategie und das neue internationale verhältnis noch den stempel der alten schemata. so waren insbesondere die kämpfenden organisationen, die in den imperialistischen zentren aktiv wa-

ren, objektiv - aber auch subjektiv - in die "zwangsjacke" der ost/westkonfrontation eingezwängt.
die stärke der subjektiven prägung hängt auch von der des revisionismus in jedem land ab. so habe ich den eindruck, daß in den ländern, wo der revisionismus in der arbeiterklasse ziemlich eingepflanzt ist (wie italien oder frankreich im gegensatz zur brd und der integration der arbeiterklasse in das sozialdemokratische modell, das dort vorherrscht) die revolutionäre politik gezwungen war, mehr abstand von den alten schemata des prozesses zu nehmen. dieses alte schema ist das, was in dem brief beschrieben wird mit "die offensive aller möglichen befreiungskräfte in eine strategische offensive gegen das imperialistische system insgesamt einmündete, das, seiner zentralpotenz beraubt, dem würde nicht standhalten können."
aufpassen, ich will nicht sagen, daß diese konzeption total fehlte und deshalb spreche ich von der zwangsjacke der ost/west-konfrontation. aber genau von diesem ausgangspunkt aus, der zwangsjacke also, sehe ich den zusammenbruch des sowjetischen blocks als positiv an, denn er "macht frei" von dem "weltweiten politischen koordinatenkreuz". und das genau in einem moment, wo in dem für sie günstigen kräfteverhältnis, das die bourgeoisie errungen hat, der bruch zwischen den nutzniessern des systems und den ausgegrenzten quer durch die ganze welt geht. auf der einen seite ist es die integration der abhängigen bourgeoisien in die imperialistische bourgeoisie (es fehlt nicht an beispielen dafür, wie die anwendung der iwf-pläne, der golfkrieg, der von der uno gedeckt wird, nicht nur von den 5 ständigen mitgliedern des sicherheitsrates, sondern von allen, ausgenommen einige wenige länder, etc.) auf der anderen seite die allgemein verbreitete ausgrenzung nicht nur der mehrheit der bevölkerungen im trikont, sondern auch in den zentren.
trotzdem stimme ich mit dir überein, daß der zusammenbruch des "sowjetischen modells" oder seine damalige ablehnung mit dem iranischen beispiel das zeichen sind für die notwendigkeit, glaubwürdige perspektiven für eine menschliche zukunft zu entwerfen, und diese perspektiven müssen auch, wie el nato sagt, von konkreten und unmittelbaren bedürfnissen ausgehen.
aber diesen letzten punkt finde ich auch positiv. ich mag keine prozesse mit "zukunftsmusik". und ich sehe es seit langem so, daß diese ideale fixierung auf eine zukunft ohne ende eine der charakteristiken des revisionistischen modells ist. sie ist die negation des lebens, aber sie steht auch im widerspruch zum dialektischen materialismus. es hat mir gut gefallen, daß du marx zitiert hast: "die menschen machen ihre geschichte selbst, aber sie machen sie nicht aus freien stücken..." es geht also nicht darum, schöne worte zu predigen. das ist nicht möglich, und das gegenteil zu glauben, öffnet genau die tür für bürokratische abweichungen - da gibt es "die, die bescheid wissen und die, die zuhören". das ist eine karrikatur des verhältnisses avantgarde/massen, die vom revisionismus entwickelt wurde. noch einmal: das leidet unter dem mangel an dialektik.
aber, um auf die neue revolutionäre qualität als wesentliche hinterlassenschaft dieser letzten 25 jahre zurückzukommen, werde ich schon grob 3 elemente zitieren:
die radikale infragestellung der linearen prozesse der akkumulation der kräfte im langdauernden revolutionären krieg; der angriff auf das herz des staates als unmittelbares und dialektisches moment des aufbaus des revolutionären pols, das neue internationale bewußtsein über die dimension des kampfes. der angriff in den zentren ist nicht nur solidarische unterstützung der kämpfe, die sich hier und da in den abhängigen ländern ereignen, er ist zugleich notwendigkeit für hier und für dort. der klassenkampf ist unabtrennbar international. und wenn wir daran zweifeln würden, dann ist es gerade die kapitalistische produktionsweise und ihre weltweite verwurzelung, die uns das beweist, jetzt geht es darum, und da liegt die dringende und vitale schwierigkeit, die gelöst werden muss, "den bonus zu optimieren" und andere, die ich nicht zitiert habe, weil ich faul bin.
so kommt man immer auf das problem der neuen politischen bestimmung zurück, die eine anstrengung zur neu-definition von perspektiven erfordert, wie die strukturen der organisierung und der klasse. d.h., wie können die errungenschaften dieses jahrhunderts potenziert werden, unter anderen von den sackgassen auszugehen, denn diese sind mit ihrem misslingen genau die erfahrungen und beweise in vivo, daß der revolutionäre prozeß niemals ein rezept ist, sondern im gegenteil von der bewegung ausgeht. und genau das ist im wesentlichen der kommunismus, es geht nicht darum, einen idealen zustand zu erreichen, sondern darum, daß das leben und seine bewegung im zentrum der gesellschaft stehen, statt einer vergegenständlichung der gesellschaftlichen verhältnisse, wo die individuen immer mehr konsumenten sind und nur über die warenwerte definiert werden.

(1) joëlle meint einen brief von eva haule vom 9. april 1992 an die frauen in hamburg, die einen aufruf zur freiheit für alle politischen gefangenen geschrieben haben, veröffentlicht u.a. im angehörigen info nr. 88.

(2) joëlle meint damit einen brief von eva haule von 1991 an die hafenstraße.

(3) joëlle bezieht sich hier auf einen brief von lutz tauler vom 21.12.1991 an leute in tübingen.

Nathalie Ménigon

Brief vom 14. Juni 1992

... wie ich dir gesagt habe, als wir uns das letzte mal gesehen haben, die "waffenruhe" ("trève" im französischen, anm. d.ü.) ist nicht das problem.
ich war in dem augenblick entrüstet über die politische inhaltslosigkeit der erklärung und auch über das, was mich auf einer anderen ebene beschäftigt hat. die waffenruhe ist also eine notwendigkeit. wir stimmen, denke ich, in diesem punkt überein. tatsächlich ist das einzige, was aus diesem text gezogen werden kann, die aufforderung zur diskussion, und zwar wegen des mangels an konkreter perspektive. so ist das wichtige diese diskussion in der deutschen revolutionären bewegung und all derer, die in europa teil der revolutionären geschichte sind.
im moment ist das wichtige, die entwicklung dieser diskussion zu verstehen und wo sie steht. und auch, was uns auch betrifft, die diskussion nicht mit kritik zu stören und so den diskussionsprozess, der in gang gekommen ist, zu begreifen. und zwar aus dem verständnis und der überzeugung, dass das konzept der einheit der revolutionäre keine leere hülse ist, sondern im gegenteil schon realität und eine kraft, die aufgebaut wird. so muss die kritik, die wir üben, positiv sein für alle, aus der erkenntnis, dass "zusammen kämpfen" auch heisst, zusammen zu überlegen.
du musst wissen, dass meine erste reaktion fast immer aus dem bauch kommt, emotional ist. wie eva (haule, anm. d.ü.), die geschrieben hat, dass sie tage damit verbracht hat, sich an den kopf zu schlagen. ich selbst habe mich erschlagen gefühlt von der politischen schwäche, die diese erklärung gezeigt hat. jetzt, wo ich viel ruhiger bin, beschäftige ich mich rationaler damit, was die breite diskussion bringen wird. und deshalb habe ich natürlich das bedürfnis, diese diskussion zu verfolgen. auch da, wo es um die mobilisierung zur freilassung aller gefangenen geht.
in dem zusammenhang: es ist klar, dass, wie du sagst, wenn die regierung auf ihrer position beharrt: freilassung nur unter der bedingung des abschwörens, aufgrund von juristischen prozeduren, muss die mobilisierung stärker und schärfer werden.

Christian Klar

KONKRET-Leserbrief

Der Kopf mag ja rund sein und uns damit der Gefahr aussetzen, daß sich die Gedanken in beliebige Richtung wenden, aber vorne auf dem Kopf sitzt auch eine Nase, die hilft, vorwärts und rückwärts zu unterscheiden. Er enthält eine kleine Leinwand hinter der Stirn, auf die der Verstand Visionen wirft, und er besitzt Augen, um den Blick kühl über Kimme und Korn zu führen.
Allerdings beherbergt der Kopf, wie weit man das Teil auch ausräumt, nicht das Herz, das noch in den ärgsten Zeiten gegen Kleinmut und links-deutsche Einseiferei revoltieren könnte.
Christian Klar
Stammheim

Erklärung im Stammheimer Prozeß: "Die Situation der Gefangenen ist wie gehabt"

anfang des jahres kam die koordinierungsgruppe für terror, die in wiesbaden alle die repressionsapparate und dienste zusammenführt, die seit der alten gestapo getrennt bleiben sollten, mit einer sache raus, die als eine neue haltung des apparats in der gefangenenfrage gelten soll. der damalige bundesjustizminister präsentierte das für die öffentlichkeit, und seitdem hieß das "kinkelinitiative". daran kam anfangs auch optimismus auf - was die lage der gefangenen angeht - als auch allgemeiner: erwartung auf eine rücknahme der kriminalisierung und unterdrückung der linken, radikalen, oppositionellen bewegungen im land. inzwischen sind 8 monate vergangen. es ist hier nicht sache, ins einzelne zu gehen. wer nicht tägliche, hautnahe erfahrungen macht, liest jedenfalls zeitung und sieht die tv-bilder.
aber kurz zum bereich knäste und prozesse. daß dieser prozeß hier überhaupt angesetzt wurde und weitere in der art folgen werden, sagt schon entscheidendes. die situation der gefangenen ist wie gehabt. die verweigerung der zusammenlegung und die handhabung der freilassungen bzw. die ablehnungen sogar gegenüber weiteren schwer kranken - das alles ist keine neue haltung, vielmehr ist aus einer mehrmonatigen entwicklung ein geiselkalkül mit ganz neuem ehrgeiz herausgekommen: im angeschlagenen rhythmus haben sie sich errechnet, das geiselmaterial reicht ihnen für die nächsten 10 jahre (selbst)disziplinierung militanter politik in deutschland? derweil ist in den letzten monaten eine ganz andere initiative fett geworden, nochmal eine "kinkel-initiative", diesmal eine echte: in konsequenten schritten wurden verbliebene hindernisse aus dem weg geräumt, um auch deutsches militär in die startpositionen zu bringen für das kommende blutige rennen der imperialistischen mächte um die neuaufteilung der einflußregionen. zwischen erster und zweiter sache besteht natürlich ein zusammenhang. fürs aufschwingen zur weltmachtfähigkeit, die neue dominierung und verwüstung anderer europäischer und vieler außereuropäischer völker heraufbeschwört, soll die organisation in deutschland, die aus den vergangenen 22 jahren die größte internationalistische ausstrahlung und moralische achtung besitzt, an die gefangenenfrage gefesselt werden.
aber die westliche weltpolizeitendenz, die politik der verwüstungen, um platz zu schaffen für erweiterte machtpositionen und neue booms der weltmarktfürsten und die tatsache, daß seit den pogromen in rostock der rassismus zur offiziellen deutschen staatsideologie erklärt ist, diese entwicklungen bringen mich zu der meinung, daß die neue aufbrechende und sich organisierende linke hier im land ihre strategie entwickeln sollte, ganz ohne sich von den drohungen des apparats beeindrucken zu lassen, daß er ja gefangene in der hand hat.
zum prozeß hier: er ist auf die gelaufenen kronzeugengeschäfte aufgebaut. im sozusagen rechtlichen bedeutet das nur, daß die staatsschutzjustiz sich ein weiteres mal als institution selbst auf den begriff bringt: alles ist recht, was nur ihre rolle als bloßes instrument zur ausmerzung revolutionärer opposition schmiert. aber es gibt da einen wichtigen punkt. das modell ist die westliche medienmaschine, wie sie 1991 für die bevölkerungen der reichen zentren eine scheinwirklichkeit in die wohnstuben projizierte, bis der konsens so weit geschaffen war, die golfintervention durchzuführen. in derselben herrschaftstechnik läuft das mit der präsentierung von sogenannten kronzeugen. die paar kriminalistischen informationen sind ganz zweitrangig. die hauptsache ist die ausgedehnte inszenierung von scheinwirklichkeit für die staatliche politik, tatsächliche geschichte zu usurpieren, damit sie nicht von unten für die zukunft angeeignet wird. der apparat mästet sich am kollaborateur. aber in der sache authentisches kann der nicht mehr vermitteln. er selbst ist aufgelöst in den zwängen der inneren rechtfertigung, von rückversicherungen und für die erfüllung des eigenen beitrags zu dem geschäft, das ihm den lohn bringen soll.
schließlich zur geldaktion in zürich: man müßte nicht groß darüber reden, wenn es

bei dieser aktion nicht opfer unter unbeteiligten gegeben hätte.
grundsätzlich vorweg noch gesagt: daß für die bedürfnisse revolutionärer bewegungen das geld aus den tresoren des kapitals herausgeholt wird, ist natürlich gerechtfertigt. damit werden die scheine aus dem kreislauf der ausbeutung und versklavung rausgenommen und gerechten zwecken übergeben.
es geht hier um die geldbeschaffungsaktion im november 1979 in der züricher innenstadt. der ausgangspunkt der probleme ist gewesen, daß der abgang nach der bank nicht ausreichend überlegt aufgebaut worden ist, dann muß nur noch ein zufall dazukommen, und die bedingungen sind da, in denen aktivbürger sich ermutigt fühlen, hilfskraft für die b. zu spielen. solche leute haben schließlich auch mobilisierte polizei an die raf-gruppe rangeführt. bis dahin war noch kein mensch verletzt worden. aber zwei der polizisten lösten dann an zwei verschiedenen orten die schußwechsel aus, in deren zusammenhang eine passantin tödlich getroffen wurde und eine zweite frau schwer verletzt. allerdings anders als die anklageschrift monströs zeichnet, hat es von der raf-gruppe an keiner stelle der flucht absichtliche schüsse gegen das leben ziviler personen gegeben, auch gegen keine der beiden frauen! aus den objektiven hinweisen ist nicht mal gewiß, ob der tod der passantin oder die verletzung der pkw-besitzerin durch polizeikugeln oder durch kugeln aus den waffen der raf-gruppe verursacht wurden. und nach den eigenen rekonstruktionen später gab es nur wahrscheinlichkeiten, gefolgert aus dem standort der personen und aus den schußrichtungen. aber das alles soll nicht die verantwortung unklar machen. die liegt schon mal darin, daß es die eigene aktion gewesen ist. und besonders darin, als den gefechten mit polizisten nicht mehr auszuweichen war, die waffen zum teil mit einem mangel an umsicht eingesetzt worden sind, zum teil auch mit schlimmer rücksichtslosigkeit, die in solcher umgebung nicht sein darf. es gehört zur grundsätzlichen verantwortlichkeit, daß der einsatz der waffen, wenn dem schon nicht mehr ausgewichen werden kann, dann so geschieht, daß keine unbeteiligten gefährdet werden.
das sind prinzipien aus dem wesen der revolutionären linken - um sich als einzelner und als organisation immer wieder dahinzuschaffen, es auch umzusetzen, muß die (selbst)erziehung bewaffnet kämpfender linker organisationen sein.

Karl-Heinz Dellwo

Erklärung von Ende Okt. 1992

die bundesjustizministerin hat bernd rößner 'strafausstand' gewährt. das ist der ersatz für eine entscheidung des bundespräsidenten, die trotz fester zusagen nicht gekommen ist. statt einer politischen entscheidung liegt nun eine vor, die die notwendigkeit einer politischen antwort des staates auf die gefangenenfrage, aber auch auf die raf, unterschleichen will. an der staatlichen haltung uns gegenüber hat sich damit nichts geändert. diese entscheidung macht politisch nichts auf.
im januar '92 war der damalige justizminister kinkel mit der erklärung an die öffentlichkeit getreten, von seiten des staates politische bewegung in das verhältnis zu uns reinzubringen. eine 22jährige konfrontation hat ganz einfach auch ihre faktische evidenz geschaffen, der nur noch dummköpfe ihren politischen gehalt bestreiten können. das war durchaus neu, gehörte es doch zur politischen schizophrenie dieser jahre, das politische dieser situation im interesse ideologisch-propagandistischer positionen wegzubeten. es kam allerdings schon jahre zu spät.
wir hatten 1989 in unserem damaligen hungerstreik um zusammenlegung bereits versucht, die politisch und auch militärisch festgefressene situation zu öffnen und eine neue entwicklung zu ermöglichen. die raf hatte, wie ihr nicht-militärisches verhalten bewies, diesen versuch mitgetragen. vom staat allerdings war das nur als unsere schwäche ausgelegt worden, wieder einmal lehnten sie sich zurück, wieder einmal sahen sie sich kurz vor dem großen sieg. so traten sie nach dem abbruch des hungerstreiks auch nur nach: die verweigerung der zusammenlegung wurde festgeklopft, neue kampagnen gegen uns oder unsere anwälte inszeniert, neue zellenrazzien und das einleiten neuer prozesse. nach außen weiter der alte repressionsbetrieb. das ergebnis war die fortsetzung der militärischen konfrontation.
kinkel dann am jahresanfang, 'mit den sicherheitsbehörden abgestimmt', schien endlich ein anzeichen dafür zu sein, daß auch der staat sich der politischen realität stellen will. allerdings kam kurz nach dieser 'initiative' von den gleichen 'sicherheitsbehörden' die erste rücknahme: die baw zog ihren selbstproduzierten "kronzeugen" nonne aus der tasche und versuchte, jedes politische vorgehen zu durchkreuzen.
auch ansonsten blieb die 'kinkel-initiative' ihren realitätsbeweis schuldig. wäre sie ernst gemeint gewesen, hätten ihr schritte zur zusammenlegung folgen müssen. im vollständigen fehlen dessen war bereits ausgedrückt, daß auch die 'kinkel-initiative' weiter auf der prämisse der zerstörung der gruppe basierte. daran wird sich natürlich nichts entwickeln.
im april kam dann die erklärung der raf, angriffsoperationen auszusetzen zugunsten der einleitung eines politischen prozesses. die gefangenen haben das durch die erklärung von irmgard möller bekräftigt. diesen schritt der raf muß man eindeutig als versuch sehen, aus der illegalität heraus das neu in gang zu setzen, womit die gefangenen 1989 gegen die dumpfe haltung der macht gescheitert waren. mit weiteren erklärungen hat die raf inzwischen ihre entscheidung bekräftigt und vertieft. damit war auch die frage des bewaffneten kampfes offen gemacht und eine situation hergestellt, wie es sie zuvor noch nie gegeben hat.
die unmittelbaren öffentlichen reaktionen darauf - läßt man politiker wie däublergmelin oder penner beiseite, ebenso die csu, von der nichts anderes zu erwarten ist - waren teilweise von der erkenntnis getragen, daß es auf diesen qualitativen schritt der raf eine entsprechende antwort geben muß. gekommen ist sie nicht.
stattdessen wurde nur taktiert. während v. stahl z.b. öffentlich erklärte, die gefangenen müßten nicht abschwören oder ihre geschichte denunzieren, versuchte der zuständige olg-senat günter sonnenberg im anhörungsverfahren dazu zu zwingen. gegen die sofortige freilassung von bernd rößner wurden immer neue schwierigkeiten geschaffen. wurde der raf-schritt im april in den öffentlichen stellungnahmen noch begrüßt, erklärte die neue bundesjustizministerin unter ausschluß der öffentlichkeit im august den anwälten: 'es wird keine politische entscheidung geben', 'keine zl', und: 'machen sie den gefangenen keine hoffnungen' . verbunden war das mit dem verlangen, daß das nicht öffentlich wird. eine vollständige absage, aber ohne politische kosten - wie immer die strategie des maximalen profits! darüber hinaus zieht die baw nicht nur ihre neuen verfahren durch, die ein neues aggressives moment in die situation bringen; sondern sie führt sie auch mit der öffentlich dargelegten absicht, die freilassung von bestimmten gefangenen auf mindestens die nächsten zehn jahre zu verhindern. als könnte das aufgehen!
das war die staatspolitische antwort auf die raf-erklärung, und sie hat nur ein 'signal': das alte wird fortgesetzt, nur diesmal unter dem schein von 'normalisierung' der situation. während die raf raum und zeit für eine entwicklung außerhalb des auch staatlicherseits festgefressenen kriegsverhältnisses ge-

öffnet hat, wird der raum von staatsseite wieder zugemacht und die zeit verspielt. während raf und gefangene einen prozeß politischer diskussion angestoßen haben, in dem auch selbstkritisch über unsere geschichte reflektiert wird, wird von der staatsseite die eigene vergangenheit tabuisiert. aber 22 jahre ausnahmezustand und ausnahmesituation auf allen gebieten gegen uns werden nicht durch ein übergleiten in einen scheinnormalen zustand aufgehoben.
wir hatten keine irrationalen oder unerfüllbaren anforderungen gesetzt. uns war klar, daß es ein längerer prozeß ist, an dessen ende die freiheit der politischen gefangenen steht und eine lösung für darüber hinausgehende fragen. in der erklärung von irmgard möller stand, daß niemand von uns davon ausgeht, daß die freiheit aller gefangenen von heute auf morgen umgesetzt werden kann, aber es muß für alle und alles eine perspektive in einem überschaubaren zeitraum geschaffen werden.
sofort möglich für den apparat und die politik war die freiheit aller haftunfähigen gefangenen, das einleiten bei denen, die über 15 jahre inhaftiert sind, und jener widerstandsgefangenen, die schon jetzt zwei drittel ihrer haft hinter sich haben. für die anderen als übergangslösung zu ihrer freiheit die zl. zu den notwendigen schritten von staatsseite gehört auch die mehrfachanrechnung der isolationshaft. nichts ist gelaufen.
trotz dessen haben wir noch auf die angekündigte entscheidung zu bernd rößner gewartet, um danach für alle, die über 15 jahre in haft sind, entlassungsanträge zu stellen. das sind in lübeck: irmgard möller, hanna krabbe, christine kuby; hier in celle lutz taufer, knut folkerts und ich. in bochum betrifft es stefan wisniewski. verbunden damit war die bereitschaft zu den anhörungen, und es ist auch klar, auf was wir uns dort einlassen und auf was nicht: keiner von uns wird nach seiner freilassung zum bewaffneten kampf zurückkehren. wir hatten das im april bereits gesagt: aus den tiefgreifenden globalen und innergesellschaftlichen umbrüchen ist eine einfache fortsetzung der politik und praxis der 70er und 80er jahre unmöglich. der schritt der raf war überfällig und hat die suche nach der neubestimmung systemoppositioneller politik erleichtert.
keiner von uns aber wird in diesen anhörungsverfahren eine auseinandersetzung über unsere geschichte, unser selbstverständins oder das, was ein emanzipatorischer prozeß -individuell wie auch gesellschaftlich - in der zukunft sein kann, führen. diese auseinandersetzung ist öffentlich, und wir suchen darin eine neue grundlage für die zukunft. wir werden uns mit diesen gesellschaftsverhältnissen nicht versöhnen. wir wollen auf anderer ebene gegen die kapitalistischen verhältnisse für deren fundamentale umwälzung weiter kämpfen, die lebensverhältnisse hier und im trikont lassen für uns nichts anderes zu.
an der entlassungsfrage bernd rößner hätte sich eine politische zäsur auf der staatsseite artikulieren können. nach dem inhalt der nun getroffenen entscheidung können wir nur noch feststellen, daß sie diese politische bedeutung nicht mehr hat. denn die jetzige entscheidung besagt, daß die weitere behandlung aller fragen nicht nur der form, sondern auch dem inhalt nach an die justiz abgegeben worden ist. jene wird aus ihrer ideologischen und normativen fixierung heraus erst recht nicht die entscheidung treffen, zu denen die politik offensichtlich nicht willens ist.
natürlich soll jede/r raus, die/der raus kann. irmgard möller sitzt im 21. haftjahr. 17 jahre nach dem völkerrechtswidrigen vietnamkrieg vollstreckt die bundesregierung immer noch die rache an denen, die auf seiten dieses vom imperialistischen genocid bedrohten volkes gegen diesen krieg gekämpft haben. das steht symbolhaft für die zustände hier: die vom system gehaltene vergangenheit wütet in ihrer logik und in ihrem sinngehalt immer weiter fort. mit nichts gibt es einen bruch. so kann alles auch immer neu wiederkommen: dafür steht auch der namensgeber der 'kinkel-initiative', der, kaum zum außenminister geworden, seinen vietnamkrieg in kurdistan mitführt. so setzt sich auch im innern die logik ihrer staatsschutzdemokratie fort. so können wir auch nur feststellen: wie jedesmal in der vergangenheit, so ist auch dieser versuch von ihnen, eine andere entwicklung einzuleiten, gemeinsam von politik und apparat substantiell aufgefressen worden.
wir werden das mit den anhörungsverfahren weitermachen, aber wir sagen auch: es gibt grundsätzlich gegenüber den gefangenen und der raf von seiten des staates keine offene politische situation mehr. sie hängen immer noch der absicht nach, uns als gruppe politisch zu zerstören.
wir sagen aber auch: auch wenn alles eine neubestimmung erfahren muß - die geschichte im bewaffneten kampf ist teil unseres lebens. er selber ist teil des weltweiten aufbruchs ab mitte der 60er jahre. es wird niemanden gelingen, diese geschichte auszulöschen und unseren zusammenhang zu sprengen. unsere entscheidung, daß jetzt die entwicklung eines politischen prozesses auf neuer grundlage für uns priorität hat, ist eine kollektive, und so muß auch damit umgegangen werden. alles andere wird nicht aufgehen.

celle, ende oktober

Rolf Heißler

Brief vom Januar 1993

das jahr 92 begann mit dem lancieren der kgt-initiative in die öffentlichkeit, deren kern das in aussicht-stellen der freilassung einiger politischer gefangener war unter dem vorbehalt, daß die raf auf operationen verzichtet, und mit dem ziel, daß sich an unserem kampf um unser leben gegen die menschenzerstörerischen bedingungen keine politischen prozesse mehr entwickeln, um so der guerilla das wasser abzugraben. sie war und ist die umsetzung der lochte-these: ohne gefangene keine raf, die von bestimmten liberalen und 'linken' kreisen übernommen wurde.
dem staat ging es nie um eine 'politische Lösung' in der frage der guerilla und der gefangenen, wie, aus welchen gründen auch immer, von vielen behauptet und gehofft wurde. deswegen ist es auch falsch, wenn jetzt noch immer davon gesprochen wird, die 'kinkel-initiative' sei gescheitert oder tot, im gegenteil, sie steht in vollster blüte und erntet ihre ersten erfolge, wenn wir es weiter so laufen lassen. der staat setzte auf spaltung und entsolidarisierung, indem die von ihm festgelegten kriterien für eine freilassung nicht auf alle zutrafen.
die ständigen kriminalisierungsversuche schränkten unsere kommunikation in unerträglicher weise ein und verunmöglichten, zu einer gemeinsamen Analyse der situation zu kommen. trotzdem ging das staatliche kalkül der kgt-initiative nicht auf, niemand von uns ließ sich zur distanzierung von bewaffneter politik und/oder der eigenen geschichte um der freilassung willen erpressen. um so überraschter war der staat von der april-erklärung der raf. sie nahm nicht nur die eskalation bedingungslos zurück, sondern bewertete auch die 'kinkel-initiative' als anzeichen für fraktionen im Apparat, als ob noch kein jahr zuvor die kgt nicht als das mittel der koordinierung und zentralisierung der bekämpfung installiert worden wäre, und für die mögliche eröffnung des politischen raums, als ob der imperialismus/kapitalismus diesen einer fundamentalopposition je freiwillig zugestanden hätte oder zugestehen würde.
zudem verknüpften die genossinnen die neubestimmung revolutionärer politik fatalerweise mit der gefangenenfrage, sie sagten nicht, wir wollen jetzt alle gefangenen frei haben, sondern gestanden dem staat unser festhalten als geiseln und rückversicherung gegen bewaffnete politik zu. dieses papier wie auch die folgenden signalisierten dem staat nur eines: die raf in ihrem derzeitigen zustand der desorientierung ist mit sich selbst beschäftigt, damit handlungsunfähig und braucht nicht mehr ernst genommen zu werden. wir können mit den gefangenen machen, was wir wollen. und das haben sie im verlauf des jahres zur genüge getan.
das haben wir durch unsere erklärung vom 15.04.92 auch noch gestützt. wir bezeichneten die entscheidung der raf als richtig - richtig dagegen ist aufgrund der umbrüche und der stagnation in den letzten jahren lediglich eine phase des strategischen rückzugs, aber ob die genoss-inn-en ihren schritt genauso sehen, ist nach ihren erklärungen mehr als fraglich. diskussion wurde zum ziel erklärt, nicht als mittel des kampfes um den gemeinsamen politischen prozeß gesehen, der tägliche praktische antworten gegen die eskalation finden und zugleich konzentrierte und kontinuierliche Arbeit an neuen strategien und organisierung bedeuten muß - und darüber hinaus unterwarfen wir uns gleichfalls den vom staat festgelegten kriterien für unsere behandlung. diesen fehler haben wir nicht korrigiert, sondern er setzt sich ausgeweitet in der erklärung von karlheinz dellwo fort. ob die inquisitorischen 'anhörungen', die ablehnung der freilassung der haftunfähigen, die 'strafaussetzung' bei bernd (d.h. der staat hält sich die option offen, ihn wieder der schleichenden vernichtung auszusetzen) oder die kronzeugenprozesse (gleich versuche der legalisierung der todesstrafe über das konstrukt der 'schwere der schuld'), die fortdauernde verweigerung unserer zl, von gesprächszusammenführungen und damit der diskussion, die staatliche botschaft an uns ist unmißverständlich, als politisch handlungsfähige subjekte wollen sie uns nicht über/leben lassen, was sie hinter ein paar freilassungen vor der öffentlichkeit zu verstecken versuchen.
doch dies werden wir nicht zulassen. die neubestimmung revolutionärer politik ändert an der legitimität unseres kampfes und unserer ziele genauso wenig wie an der illegalität ihrer maßnahmen gegen uns seit über zwei jahrzehnten. ihre lobpreisung unserer bekämpfung in den letzten wochen dient nicht der behinderung der von ihnen hochgezüchteten und begünstigten rechten, sondern zielt ausschließlich auf die nachträgliche rechtfertigung ihres menschenrechtswidrigen vorgehens gegen uns. der revolutionäre kampf hier muß sich aus der gesamten internationalen situation bestimmen und politisch und praktisch das niveau erreichen, das der weltweiten auseinandersetzung zwischen imperialismus und befreiung entspricht. das durch den zusammenbruch der realsozialistischen staaten entstandene vakuum können nur die revolutionären und basisbewegungen durch internationale zusammenarbeit und praktische solidarität füllen. der kampf um befreiung der politischen gefangenen weltweit ist eines der konkreten politischen felder für den aufbau einer neuen intenationalistischen front, von der die in westeuropa ein teil ist. nur in globalen bezügen kann der revolutionäre prozess neu entwickelt werden.
damit keine mißverständnisse entstehen: wir halten die freilassung von uns und d.h. auch von denen in celle und lübeck für überfällig, das wollen wir auch für sie. aber wir teilen nicht die aussagen, die sie dazu machen. der von ihnen eingeschlagene weg läßt sich gegen revolutionäre politik und damit auch konkret gegen uns mißbrauchen. und zusätzlich, wenn man dem staat den kleinen finger reicht, will er die ganze hand, versucht er, die totale unterwerfung zu erzwingen. die auswirkung des fehlers vom april und dessen fortführung durch sie werden die genoss-inn-en zu spüren bekommen.
für uns steht aufgrund der erfahrungen in diesem jahr fest, der staat hält unverändert an seiner jahrzehntelangen vernichtungsstrategie fest. das ist nichts neues, sondern unsere wirklichkeit vom ersten tag unserer Gefangenschaft an. wir werden weiter kämpfen um unser leben und für unsere zl mit dem ziel unserer freiheit. unsere forderungen liegen seit 89 auf dem tisch, und daran halten wir unverändert fest.

januar, 1993

Heidi Schulz

Auszug aus einem Brief vom Januar 1993

wir brauchen einen klaren ausgangspunkt für die entwicklung der nächsten zeit, deswegen ist es notwendig, einen schlußstrich unter die kampagne, die seit anfang 92 gegen uns und revolutionäre politik überhaupt läuft, zu ziehen. das ist längst überfällig, um die ganze verwirrung - zu dem ziel: freiheit - zu beenden.
eine verwirrung und desorientierung, die die wurzeln von allen bestimmungen revolutionärer politik anfrisst, weil sie angefangen hat, das klare antagonistische verhältnis zum staat, gegen unterdrückung und machtpolitik aufzulösen: dass wirkliche veränderung - wirkliche schritte nie mit ihm, sondern gegen seine politik erkämpft werden können. das hat sich in diesem jahr vermischt, weil aus richtigen gedanken eine falsche Haltung geworden ist.
so berechtigt und richtig der gedanke war, der staatlich propagierten linie der sogenannten kinkelinitiative kein plattes "nein" "entgegenzuhalten", sondern sie mit der forderung nach freiheit aller revolutionären gefangenen zu konfrontieren, die nach 20 jahren vernichtungshaft längst überfällig ist. wie die frauen in lübeck das benannt haben, freiheit für alle, in einem überschaubaren zeitraum! und dass darin als erster schritt die freilassung der haftunfähigen - bernd, isabel, ali ansteht, sowie dass angelika und ute nicht wieder eingeknastet werden, und die freilassung derer, die seit 15, 17 und 20 jahren im knast sind, laufen muß. so richtig diese konkrete bestimmung war, so falsch wurde es, als daraus eine entpolitisierte haltung geworden ist, die trotz aller gegenteiliger staatlicher entscheidungen, wie z.b. bernds "gnadenentscheidung" fallen zu lassen, den eindruck vermittelt, es gäbe eine grundlage, sich auf die "formaljuristischen verfahren" einzulassen und sich mit dem staat zu einigen, aus der situation von wenigen bestimmt und das noch in dem ganzen (vom staatlichen abschwörinteresse bestimmten) alten rahmen wie er bei solchen (anhörungs)verfahren schon immer war - wie es sich in der erklärung von karlheinz ausdrückt. eine haltung, die nicht mehr von der realen wirklichkeit ausgeht, sondern von der reformierbarkeit dieses staates, die den eindruck erweckt, man könnte mit diesem staat einig werden. als wären die anhörungsrituale - das ganze formaljuristische vorgehen zu ihrer freilassung kein abschwörritual. der irrtum auch, als ginge es dabei um die form und das mittel "bewaffnet zu kämpfen", während es in wirklichkeit um das politische fallenlassen von revolutionären, antagonistischen inhalten und politik geht - das ist der knackpunkt, und die loslösung davon soll der preis sein, den jeder individuell zu zahlen hat, um raus zu kommen. sonst würden die neuen prozesse gegen viele von uns nicht angestrengt, die eben mit der 'schwere der schuld' suggerieren sollen, es hätte nicht jede/r die gleiche politische verantwortung in der praxis und politik von 22 jahren antagonistischer politik; eine differenzierung, die eben "eine lösung für alle" verhindern soll.
dazu gehört: eine eindimensionale sichtweise, die nur unsere fehler und schwächen sehen will und losgelöst von der dialektik "von revolution und konterrevolution", losgelöst von den konkreten herrschaftsprojekten und bekämpfungsstrategien gegen revolutionäre politik und jeden widerstand, führt natürlich nicht zur weiterentwicklung von revolutionären erfahrungen, zu lernprozessen aus der authentischen geschichte von 22 jahren kampf, zu neubestimmungen auf dieser geschichtlichen grundlage, sondern zu ihrer negation, zur negation all dessen, was erkämpft worden ist. das ist dann nicht mehr die trennungslinie zu kapitalistisch-imperialistischer herrschaft, sondern ein schlußstrich zu revolutionärer politik zu setzen.
das aus einer enttäuschung über viele "niederlagen" und rückschläge - die aber auch eine frage nach der praxis und politik an alle anderen kräfte ist - nicht mehr wahrhaben zu wollen, und daraus auch nur noch von der eigenen situation auszugehen und sich in "modifizierter" form auf die staatlichen kalküle einzulassen, um wenigstens die eigene freilassung zu erreichen, ist selbstbetrug. so wird alles - jeder vorschlag, jeder inhalt, jedes ziel zum objekt ihrer strategie. und es wird auch so nicht laufen, weil die logische konsequenz daraus ist, dass die staatsschutz-apparate "nicht nur" eine verklausulierte distanzierung zur geschichte dieser 22 jahre verlangen, sondern natürlich eine, "die in die zukunft weist" - die den ganzen klassenantagonismus leugnet zugunsten einer reformistischen haltung von sogenannter (nicht wirklicher) "fundamentalopposition", die verhindern soll, dass eine neubestimmung - aufgrund der tatsächlich zugespitzten gesellschaftlichen wie internationalen verhältnisse - von antagonistischer revolutionärer politik möglich wird.
genau daraus bestimmt war der "politisch teil" der kgt-initiative und der umgang im konkreten - gegen wirkliche schritte: die bedingungslose freilassung der haftunfähigen und derer, die schon am längsten in der vernichtungshaft sind, sowie die zusammenlegung als übergang für die anderen, als erste schritte für die freiheit aller zu unterlaufen, zu verhindern.
und in diesen staatsschutz-manövern, die schließlich in einigem das denken verhindert und gelähmt haben, ist uns selbst der klare politische blick über weite strecken verloren gegangen, die klarheit, mit der zu anfang noch die "kinkelinitiative" gesehen wurde, als ein versuch, um der mobilisierung zur freiheit aller revolutionären gefangenen, die seit dem streik 89 in vielen diskussionen teil war, dass diese forderung die einzige politische und legitime antwort gegen jahrzehntelange vernichtungshaft ist, - zuvorzukommen, zu desorientieren, zu neutralisieren. um zu verhindern, dass gegen das staatliche vernichtungskalkül eine kraft hochkommt, die die freiheit auf die tagesordnung setzt.
sie haben dabei genau in dem (politischen) loch operiert, das mit dem ende der 80er jahre eigentlich für alle deutlich war, und das von einer gesamtlinken neuformierung hätte gefüllt werden müssen, dass aufgrund der grundlegend veränderten internationalen wie gesellschaftlichen verhältnisse, eine bestimmung von revolutionärer politik notwendig ist, die diese neuen verhältnisse sowohl analytisch auf den politischen begriff bringt wie auch einer praxis, die dazu in der lage ist, die realen, die zugespitzten und umfassenden gesellschaftlichen widersprüche in eine revolutionäre verändernde richtung zu orientieren, also auch inhaltlich und in zielbestimmung, die eine entwicklung möglich macht gegen die zersplitterung und perspektivlosigkeit in den linken zusammenhängen, für eine neuformierung, die zu einer gemeinsamen verändernden kraft gegen den grossdeutschen machtrausch in der lage ist und gegen die zerstörung von jedem gesellschaftlichen politisch-sozialen lebensraum authentische politische räume durchsetzt. eine neuorientierung, für die wir im streik 89 auch um eine "politische diskussion mit gesellschaftlichen gruppen" gekämpft haben, für eine politische diskussion eben mit allen, die hier grundlegende veränderung wollen.
[... der Mittelteil dieses Briefes ist in dieser Broschüre in Kap. III abgedruckt ...]
und ich denke, dass die freiheit nur als integraler bestandteil der kämpfe gegen die ganze reaktionäre rechtsentwicklung möglich ist, durchzusetzen, weil die faschisierung von oben und unten zurückgedrängt werden muss, um rationale lösungen an vielen brenn- und schnittpunkten, um einen politischen umgang mit politischen "konflikten" und reale veränderungen durchsetzen zu können, möglich zu machen.

so denke ich auch, dass der kampf für unsere zusammenlegung und freiheit jetzt nur integriert sein kann in den gesellschaftlichen klärungsprozess gegen die reaktionäre entwicklung als kampf gegen staatliche unterdrückung, integriert in den prozess der neuformierung des revolutionären projekts. darum geht es uns und in dem prozess werden wir teil sein, so gut wir können.

gemeinsam im kampf gegen reaktion, faschisierung, rassismus, mit den revolutionären kräften weltweit, werden wir die freiheit, unserer aller freiheit durchsetzen.

anfang januar 1993

Dokumentation

Lutz Taufer, *Gesellschaft oder Isolation* (Feb. 1994)

Lutz Taufer

Gesellschaft oder Isolation

"In der RAF war immer auch etwas Emanzipatorisches"

Wir wurden in den letzten Wochen oft gefragt, welches denn nun die politischen Differenzen seien. Das ist in der Tat nicht so ohne weiteres zu entschlüsseln, nicht zuletzt deshalb, weil es eine zu verbindlichen Resultaten, also zu gemeinsamen Grundlagen kommende Diskussion so gut wie nie gegeben hat und so Aussagen über ein Hierhin oder Dorthin allenfalls in Ansätzen vorhanden sind.

Es wäre besser gewesen, schneller etwas zu sagen. Aber erstens hat diese Spaltung erstmal umgehauen; zweitens wollte ich einen Beitrag, der etwas erklärt statt zu polemisieren, einen Fehler, den ich in früheren Texten ab und zu gemacht und so sicher meinen Teil zur Eskalation beigetragen habe; an den tatsächlichen oder vermeintlichen Fehlern von andern hochzuklettern, das ist schnell in die Tasten gehauen, das andere braucht Zeit; drittens sind die Arbeitsmöglichkeiten – im Knast und nach fast 20 Jahren Knast – andere als draußen. Der Mangel an sinnlicher Gewißheit über die Zustände und Veränderungen draußen macht die Arbeit nicht leichter. Schließlich: Wenn ich was nachlesen will, greife ich nicht hinter mich ins Regal, sondern brauche bis zu drei Tagen, bis ich zu meinen Bücherkartons auf der Kammer vorgedrungen bin.

Inhaltlich ist das erste Problem, selbst zu verstehen, wie die Entwicklung war, das zweite, dies anderen zu vermitteln. In dem, was die Gefangenengruppe real war, sowohl in ihren beispielhaften Stärken (und antizipiert hat sie vor allem etwas in ihrem Kampf ums Überleben und um ein Recht auf Existenz, aus elendesten Bedingungen heraus: von den heutigen Kämpfen, vom Kämpfen auf der heutigen und zukünftigen Höhe des Umwälzens), als auch in ihren Schwächen (in denen sie von den Schwächen der Metropolenlinken soweit gar nicht entfernt war), wurde sie häufig idealisierend und so distanziert wahrgenommen. Der Versuch, die zum jetzigen Bruch führende Entwicklung zu verstehen, ist auch immer ein Versuch gegen massiv verankerte Bilder. Schließlich ein letzter Punkt: Es sieht so aus, daß wesentliche Teile gruppeninterner Festlegung (Diskussion?) an uns vorbeigelaufen sind in den letzten Jahren – warum, wissen wir nicht –, und mir deshalb stellenweise konkretes Wissen fehlt. Dies betrifft ganz besonders die heftige Auseinandersetzung um die Einstellung der gezielt tödlichen Angriffe, die es offenbar zwischen den Illegalen und einigen Gefangenen 90/91 gegeben hat. Die Konfliktlinien, die sich da vermutlich schneiden, scheinen ein Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung, die folgen sollte.

1977 – Front

Ein erster Konflikt bricht auf, als 1977 ein palästinensisches Kommando ein Flugzeug mit deutschen Mallorca-Touristen nach Mogadischu entführt. Eine Solidaritätsaktion palästinensischer Genossinnen und Genossen mit Gefangenen aus der RAF, deren Freilassung im Tausch gegen die Urlauber sie fordern. Die Entführung wird von Gefangenen aus der RAF kritisiert. Eine Kritik, die sich zu diesem Zeitpunkt auf weitgehend politisch-moralischem Niveau bewegt. „Die politisch-militärische Aktion der Stadtguerilla richtet sich nie gegen das Volk." Eine Gewißheit, konstitutiv für die RAF, die es dir ermöglicht, selbst diesen Schritt zu tun. Ein unbefangenes Verhältnis zur Gewalt hatten wir, die wir nicht zuletzt vom Entsetzen über Auschwitz herkamen, nicht. Auch einer der Gründe, weshalb Andreas Baader in seinem obigen Imperativ die revolutionäre Aktion als politisch-militärisch bestimmt, das Politische mit dem Militärischen eng verknüpfend und doch in einer deutlichen Prioritätenfolge: Primat hat das Politische. Hier wird sich in den 80er Jahren, ausgehend von der Front-Ideologie, ein Bedeutungswandel vollziehen – die militärische Aktion wird zum Begriff des Revolutionären schlechthin, daneben gibt es auch noch politische Initiativen. Die Gründe für diese „Entpolitisierung" der militärischen Aktion liegen letzten Endes darin, daß das Politikbild, in dessen Rahmen wir uns in der ersten Hälfte der 70er Jahre bewegen (weltweiter Aufstand gegen das US-imperialistische System), in der zweiten Hälfte der 70er Jahre verschwimmt, ohne daß neue Grundlagen sich in ausreichender Deutlichkeit entwickeln. Die Vehemenz, mit der die Gefangenengruppe zwischen 88 und 92 „die große politische Auseinandersetzung" (Eva Haule) fordern wird, ist Spiegel dieses schon fast als schmerzhaft empfundenen Mangels an Klarheit – die Einteilung der Welt in gut und böse, wie wir sie 1993 dann erleben, Ausdruck des Aufgebens dieser in der Tat schwierigen Suche. – 1977 kritisierten wir die Entführung der Urlaubermaschine weitgehend moralisch. Ohne eine tatsächliche Vorstellung zu haben von den sich hinter unserem Rücken vollziehenden tiefgreifenden Veränderungen auf allen Ebenen, war da indes doch eine Befangenheit aufgekommen gegenüber dem bisherigen Politikbild. Eine Stagnation war eingetreten. Die Hoffnungen, die wir an den „Sieg des Vietcong" als dem Anfang vom Ende des US-imperialistischen Systems geknüpft hatten, waren zumindest diffus geworden. Kompromißlos solidarisch mit den RAF-Gefangenen, wie diese Aktion war, konnte der in dieser Urlauberentführung zum Ausdruck kommende Bruch mit der Metropolengesellschaft schlechthin – also mit jenem Volk, das für Andreas Baader (und alle anderen) bei der politischen Konzeption des Militärischen nicht aus dem Blickfeld geraten darf – den Versuch, die bisherige Politik, wie auch immer, zu ändern, von vornherein aussichtslos machen.

Tatsächlich könnten wir diese eine Aktion als einen Punkt sehen, in dem sich wesentliche Entwicklungen kreuzen. Sie ist eingebettet in das Politikbild der 60er und 70er Jahre. Der weltweite Aufstand gegen US-Imperialismus, Kolonialismus und vermeintlich delegitimierten Spätkapitalismus – in Lateinamerika etwa gab es in so gut wie jedem Land mindestens eine Guerilla – eine über viele Jahrzehnte hinweg sich aufbauende Woge, war immerhin von solcher Wucht, daß dieser Irrtum, das imperialistische System jetzt, in gemeinsamer Front, kippen zu können, unbedingt begangen werden mußte. Die Aktion kommt aber zu einem Zeitpunkt, da diese historische Welle bereits am Auslaufen ist. So stellt sich die Frage nach deren politischen Folgen nochmal ganz besonders. – Ein zweites Moment ist 77 der grundsätzliche Einbruch der von 68 herkommenden „Neuen Linken". In ihrem politischen Selbstverständnis noch sehr stark auf den Staat und seine Institutionen fixiert, erlebt sie einen Zusammenbruch ihrer Widerstandskraft in dem Augenblick, wo der Staat zum Angriff übergeht und die Rückzugsmöglichkeit auf das Terrain einer eigenen revolutionär-subjektiven Kultur nicht mehr vorhanden ist. Ende der 80er schließlich sollten andere kommen. Nie wäre es ihnen eingefallen, einen „Marsch durch die Institutionen" zu propagieren. Während die 68er-Generation noch „maschinenstürmerisch" gegen den vermeintlich seinem Ende zugehenden Spätkapitalismus und seine Kultur der Eindimensionalität und Zerstörung anrennt in der Hoffnung, Entfremdung, Kaputtheit und Destruktivität aus dieser Welt hinaustreiben zu können, werden, etwa mit dem Häuserkampf in Berlin, andere kommen, die im schnell wuchernden Dschungel sozialer und kultureller Rebarbarisierung lernen, lernen müssen, sich durchzukämpfen. – Dieser Mentalitätswandel wiederum spiegelt eine entscheidende Veränderung im politisch-ökonomischen Bereich. Die Epoche des Keynesianismus geht zu Ende und damit die Möglichkeit, sich auf den Staat als einen politischen Aktivisten, nicht zuletzt über das Ökonomische zu beziehen; die Ära des Neoliberalismus, Reich des Chaos, beginnt und mit ihr jene Militanz, die von ihrem selbstverständlichen Recht auf Existenz diesseits weltmarktdiktierter Rentabilitätsnormen fürs Leben ausgeht.

Auf sie wird sich das Front-Konzept der 80er Jahre beziehen, ohne sich allerdings von den politischen Denkgewohnheiten der 70er Jahre emanzipiert zu haben. In diesem Kampf der Militanten um Existenz ist eine Verwandtschaft zu spüren. Wer anders hat diesen Kampf geführt und erlitten, wenn nicht die Gefangenen aus der RAF in den Vernichtungsabteilungen der Gefängnisse?! Und dennoch wird die Frage der Verbreiterung und Vertiefung, die sich nach dem Verlust der – tatsächlichen oder vermeintlichen – Bündnispartner in Gestalt der Trikont-Befreiungsbewegungen neu stellt, nicht im Hineinkommen in diese radikale Subjektivität und ihre objektiven Hintergründe beantwortet, die doch weit mehr authentisch Metropole ist als 68 – nein, es wird versucht, die Militanten dort, bei ihren zweitrangigen politischen Geschichten in der Gesellschaft abzuholen, um sie „zur Front", zum Eigentlichen, zum Militärischen zu bringen. Darauf läuft es de facto hinaus, auch

wenn das im Front-Papier weit weniger eng angelegt ist. Wieviele sind seither bei der militärischen Aktion angekommen? Und wieviele wurden nur abgeholt, ohne je anzukommen? Auf Teufel komm raus werden politische Vorstellungen strapaziert, die mit dem Wechsel im globalen politisch-ökonomischen Dispositiv obsolet geworden sind. Jene weltweite, in Jahrzehnten der Kämpfe herangewachsene Aufstandsbewegung der 60er und 70er wird als „weltweite Front gegen das imperialistische Gesamtsystem", als „westeuropäische Front" voluntaristisch imitiert. Ist das zweite der Versuch, die Frage der Verbreiterung und Vertiefung konkret zu organisieren, was aber nie über ein paar wenige Genossinnen und Genossen in Frankreich (Action Directe), evtl. Belgien (CCC) und Spanien (GRAPO) hinauskommt, so ist das erste die abstrakte Lösung in Gestalt eines Traumpartners Trikontmassen. In dieser Form wird der – heute mehr denn je notwendige – Internationalismus zur maximal möglichen Entfernung von den Notwendigkeiten und Möglichkeiten im eigenen Land. Und in dieser Verdinglichung und Widersprüchlichkeit zwischen Altem, von dem man sich nicht trennen will und Neuem, dessen immanente Möglichkeiten zu bewältigen in der Tat eine ungeheure Schwierigkeit ist, wird die Suche nach Möglichkeiten, die 77 eingetretene politische Isolation zu überwinden, konterkariert: Diese „Front" hat mit breitem Bündnis, mit Offenheit und der Suche nach neuen Verbindungen, wie sie Ende der 80er Jahre für kurze Zeit trotzdem ausbrechen sollten und wie sie heute angesichts faschistischer Gefahr unbedingt notwendig wären, herzlich wenig zu tun. Im Gegenteil – die Antiimpis kommen.

Das Front-Konzept beschränkte sich ganz bewußt auf die militanten, radikalen Teile der Linken, auf marginalisierte Bereiche der Gesellschaft. Was nicht unbedingt ein Fehler hätte sein müssen. Selbstverständlich spielen und haben Minderheiten in allen Revolten und revolutionären Prozessen ein wichtige Rolle gespielt. Aber die Frage war ja nicht, Gesellschaft oder Minderheit, die Frage war, Gesellschaft oder Getto. Will sagen: Selbstverständlich muß eine Minderheit nicht nur um eigene Identität und Konstituierung kämpfen, sie muß auch darum kämpfen, über den eigenen Bereich Wirkung in andere Sektoren, innergesellschaftlich wie international, zu entfalten und von dort Herausforderungen annehmen. Sonst schmort sie doch im eigenen Saft! Die Gettos wurden schon immer aufgerieben, sie sind der Ort des Untergangs. Als Minderheit(en) über den eigenen Bereich hinaus Fuß fassen, Orientierung sein, Hoffnungen wecken, ist schlicht und einfach eine Frage des Überlebens.

Das Ziel des Front-Papiers ist „zusammen kämpfen". Das klingt gut. Die Vorstellungen indes waren schon nach politisch und militärisch auseinandergefallen und so mündete diese wichtige Initiative zur Überwindung des nur bewaffneten Kampfs in einer noch verbohrteren Geringschätzung des politischen, sprich: unbewaffneten Handelns.

Auf die Front-Zeit zurückblickend schrieb ein Gefangener 1989:

„Ausgegangen waren Lutz und ich davon, daß es in den Aufbrüchen seit den 80ern einen zentralen Unterschied gibt zu denen der Mitte der 60er, wo ein regelrecht ‚kulturrevolutionärer' Motor drin war, diese Bewegung hatte eine sehr starke gesellschaftsverändernde politisch-kulturelle Dynamik. Lutz meinte, das fehlt in den ganzen Jahren total und macht wesentlich die Schwäche aus ...

Man muß es so sehen – worum es in den ganzen Jahren bis 86 ging, war der Versuch und die Anstrengung, die ganze Situation überhaupt mal dahin zu wenden, daß neue Entwicklungen in Gang gesetzt werden können.

‚Eine grundsätzlich neue Situation schaffen', haben wir gesagt, indem die Anstrengung gemacht wird, hier 'ne Kraft zu entwickeln, die die Walze anhält, eine Umkehrung der reaktionären Entwicklung in Gang bringt – durch das Festsetzen realer Momente von Gegenmacht, Gegengewalt für den revolutionären Prozeß ...

das ist richtig, 'ne Kritik auch an uns, finde ich, was in der ganzen Phase gefehlt hat: Die Genossen von AD haben als zentrale Sache immer die Dialektik von Aufbau und Zerstörung gesagt – Aufbau heißt für uns als erstes die Beziehungen als Lebens- und Kampfstrukturen und sie als ‚Keim' der neu zu schaffenden gesellschaftlichen politischen und kulturellen Realität. Eine subjektive politische Kraft, die in der Lage ist, die reaktionäre Entwicklung hier umzudrehen. Und klar, das ist nur möglich, wenn dieser Emanzipationsprozeß, auf den wir aus sind, Wirklichkeit ist.

In dem Sinn wurde da nichts ‚aufgebaut'. Und jetzt ist total klar, es wird entweder eine Bewegung aus beidem oder es wird hier gar nichts. Das ist zwar grundsätzlich schon immer klar gewesen, aber jetzt ist es raus. Und es waren Erfahrungen, die durchgemacht werden mußten von allen."

Das Front-Konzept konnte nur laufen lernen, wenn die einzelnen (Individuen, Gruppen, Sektoren) möglichst eigeninitiativ sich entwickelten. Quer dazu lag die verdinglichte, funktionalistische Vorstellung von „zusammen kämpfen", wie sie aus dem Front-Papier sprach. Denn ein Zusammenfließen relativ autonomer Initiativen in dieser oder jener Kampagne oder Offensive konnte sich nicht allein über einen gemeinsamen Feind oder gar über die gemeinsame Bekämpfung seiner „Projekte" und Aktionen entwickeln. Einer der ideologischen Parameter der Frontzeit hieß: Strategie gegen ihre Strategie. Es brauchte eine gemeinsame politische Kultur, eine spürbare andere Welt, um das herrschende Realitätsmonopol in seiner alles und jedes erfassenden Bedrohlichkeit aufzubrechen und so nicht zuletzt subjektive Spielräume und Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, um mit anderen zusammen zu kommen. Zwar ist Solidarität eine subjektive Kategorie, aber auch eine objektive. Die Zeiten der homogenen Arbeiterklasse und ihrer Kultur sind vorbei und so werden wir an die Stelle des zusammenführenden Effekts des Industrialismus eine Kultur setzen müssen, die das „zusammen kämpfen" trotz ökonomisch und anderweitig bewirkter Zersplitterung unmittelbarer Interessenlagen möglich macht. Das mit der Spaltung gegebene Signal von Abschottung und „neuer Klarheit" scheint in die entgegengesetzte Richtung zu gehen. Wenn es heute viele gibt, die sich in die je eigene kleine Gruppe zurückziehen, dann nicht zuletzt, weil außerhalb dieser Gruppe der Kältetod droht.

Das ideale Ziel der illegalen Aktion (vermeintlich) vor Augen, war für manche der erste Schritt dahin konspirativ-defensives statt politisch-offenes und so offensives Verhalten. Ein Beispiel nur. Die Politik des Staatsschutzbunkers unter der Rebmannschen Richtlinie „soldatische Härte" bestand Mitte der 80er u.a. darin, Leute, die öffentlich gegen Isolationsfolter und für Zusammenlegung eintraten, die das „Kommunikationsverbot mit den RAF-Gefangenen" (Rebmann) durch Briefeschreiben in Frage stellten, zu bedrohen oder gar wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung für Jahre in den Knast zu schicken. Zwar gab es darauf eine *politische* Reaktion – im Rahmen einer bundesweit anlaufenden Gruß- und Infopaketaktion erlebten die Gefangenen Solidarität aus den verschiedensten linken und alternativen Bereichen –, aber nicht selten wurde diese Möglichkeit politischen Zusammenkommens und Ausweitens von Aktiven durch sektiererisch-konspirative Tuerei konterkariert. Eine Genossin aus dem Bereich der ehemaligen Hamburger JobberInnen-Initiativen schrieb mir vor kurzem:

„Ach, absurde Geschichten sind da gelaufen: eine Zeitlang hatten wir den Laden für, ich glaub das ‚Info-Paketetreffen', zur Verfügung gestellt und dabei mitgekriegt, daß Leute, die in den Laden geguckt haben oder gar reingekommen sind, sehr unfreundlich behandelt wurden. Wir mußten dann erstmal ne Runde erzählen, daß wir ne offene Arbeit machen, daß wir wollen, daß sich Leute für uns interessieren und in den Laden gucken, und daß es sich dabei i.d.R. keineswegs um Bullen handelt ... Realsatire."

Ich denke, wo der Begriff „revolutionär" oder auch nur „politisch" nicht nur abstrakt bleibende Bekundung radikaler Moral sein sollte, gibt es einige elementare Kriterien, an denen ein solcher Anspruch überprüft werden muß. Zum Beispiel die Frage der politischen Ausweitung. Aus der Geschichte unseres Gesamtzusammenhangs habe ich aber den Eindruck, daß Handlungsmöglichkeiten uns oft nicht deshalb fehlen, weil der Staat sie uns aus den Händen schlägt, sondern weil wir die Hände nie danach ausgestreckt haben.

Front-Hungerstreik 1984/85

Den letzten Ausschlag für das politische Auflaufen des Projekts „zusammen kämpfen" gab die Situation resp. die Politik der Gefangenen nach dem HS 84/85. Wenn heute in anklagender Weise davon die Rede ist, der Kampf draußen solle sich doch unabhängig von der Lage der Gefangenen entwickeln, ist das eine richtige, aber späte Einsicht. Die Praxis aus 20 Jahren sieht nun wirklich anders aus!

So auch 84/85.

Vor dem Hungerstreik hatte es, im besten Sinn des Frontpapiers, zwischen drinnen und draußen eine Diskussion mit

dem Ziel gegeben, das alte Verhältnis unselbständiger – und so materiell ineffizienter – Solidarität mit den Gefangenen aufzulösen zugunsten eigeninitiativen Handelns und Denkens. Und so erreichte die Front in dieser Zeit ihren Höhepunkt und zugleich ihre Grenzen. Während die Gefangenen drinnen kämpften, gab es draußen eine Vielfalt von Initiativen und Aktionen. Noch nie hatte es aus und in unserem Zusammenhang eine solche konzertierte Dichte befreiend wirkender, phantasievoller, radikaler Initiativen gegeben. Leute, Gruppen, die – wie an ihren Erklärungen und Texten abzulesen – aus den verschiedensten Bereichen kamen, insbesondere aus den militanten Bewegungen, hatten eigeninitiativ dazu beigetragen, daß zum ersten Mal eine Vorstellung mit Händen zu greifen war, wie diese Front sich in der Praxis entwickeln könnte. Indes wurde diese HS-Kampagne von Gefangenen am Ende als Niederlage definiert, nachdem es nicht gelungen war, die Zusammenlegung durchzusetzen. Wäre diese Kampagne nicht gebunden gewesen an die existentiell bedrohliche Situation von Gefangenen, sie wäre anders eingestuft worden. Aufgenommen worden wäre sie als eine Entwicklung, die zwar ihr unmittelbares Ziel nicht erreicht hatte, die jedoch als richtungsweisend unbedingt hätte festgehalten werden müssen. Aber aus der pessimistischen Sicht von Niederlage und Einkreisung ist es schwer möglich, in Fortsetzung der Zusammenarbeit drinnen/draußen ein Bewußtsein über eigene Möglichkeiten der Stärke, über diese Perspektive „zusammen kämpfen" zu verdichten; ein kollektives und konsolidiertes Selbstbewußtsein zu verschaffen über politische Kraft, wie sie sich entfalten kann, wo – wie gerade gehabt – vor dem Hintergrund eines mehr oder weniger gemeinsamen politisch-kulturellen Selbstverständnisses zahlreiche autonome Vorstöße auf ein gemeinsames Ziel hin unternommen werden, ohne daß dies aus dem Innern einer strammen Organisierung oder autoritär fabrizierten Einheit kommt. Mein Vorschlag 1985, nach Streikende, war, einen solchen Selbstbewußtwerdungsprozeß zu unterstützen, nicht zuletzt auch, um vom Bewußtseinshorizont der vermutlich eher vereinzelten Aktion zu einem Bewußtsein gemeinsamer Effizienz und Kultur zu kommen. Wie anders konnte Aktionismus überwunden werden?! Länger denn je bestanden draußen nach diesem Streik die Gruppen, intensiv wurde über Organisierung und Kampfmöglichkeiten diskutiert – wenn aber von einer Gefangenen in einer doch dramatischen Erklärung den Leuten draußen gesagt wurde, wir sollten alle umgebracht werden, sprich: schnelles Handeln ist unbedingt notwendig, hat das sicher nicht dazu beigetragen, vom aktionistischen Denken wegzukommen.

Ich hatte damals in meinem „Pimental-Brief" vom 27.10.85 geschrieben:

„... daß man Entfremdung nicht bekämpfen kann, man kann ihr nur das eigene, nicht-entfremdete Projekt entgegenstellen und gegen den Imperialismus durchsetzen. Das wären die politics, die, wie Mao sagt, das Kommando übernehmen müssen. Die Offensive von Macht, Gesellschaftlichkeit und Moral von unten. Das militaristische und politisch defensive Bewußtsein der letzten Monate und Jahre, das jetzt beginnt, sich in Aktionen umzusetzen, liegt quer dazu ...

Natürlich ist die Situation in den Metropolen eine ziemlich andere, geht es nicht darum, daß wir das Proletariat organisieren oder so etwas. Aber es geht darum, einen Weg in die Gesellschaft zu öffnen – und die Aktion (gemeint ist die Erschießung des US-Soldaten Pimental) ist ein dicker Brocken auf diesem Weg. Und es geht darum, uns selbst ernst zu nehmen. Wir haben im Winter (gemeint ist der HS) eine erste Erfahrungsgrundlage und solide Ahnung von dem erkämpft: Macht, Struktur und Moral von unten. Darin steckt Orientierungs- und Beispielkraft, selbst bis in die reformistische Linke hinein. Wo ist das Bewußtsein von dieser Erfahrung, ihr ‚Geist'? ... Im Winter zeigte sich der Ansatz zu einer räteähnlichen Struktur, wie ich's mal genannt habe – Zusammenkommen aus den verschiedensten Bereichen und Bewußtseinen. Es war die praktische Umsetzung zu der grundsätzlichen und wichtigen Idee vom Mai 82. Von da aus müssen wir den nächsten Schritt tun. Weltweit – das führt weltweit davon weg. Im Winter zeigte sich die Möglichkeit dorthin: wir können das Subjekt sein."

Nein, räteähnliche Struktur war wohl eine agitatorische Übertreibung. Aber was 84 und 85 in Bewegung gekommen war, zu bestätigen, statt es wieder davontreiben zu lassen, wäre schon Sache gewesen. Nach dem Hungerstreik gab es eine kontroverse mit dem PCE/R. Die spanischen Genossinnen und Genossen hatten unseren Streik solidarisch begleitet und analysiert, und so kamen sie – genaue Beobachter der Mobilisierung, wenn auch durch eine marxistisch-leninistische Brille – zu der Forderung an uns, wir sollten eine Arbeiterpartei gründen. So ungenau dieser Vorschlag, steckte doch ein richtiger Kern darin: Hier, nach dieser Mobilisierung, mußte etwas transformiert werden aus dem Bereich des eher spontan-zufälligen in den Bereich des kontinuierlichen, strukturierten, verknüpften und so identifizierbaren. Neben Heidi Schulz, die sich mit Vorschlag und Kritik des PCE/R auseinandersetzte, hatte ich mich dazu mit dem wechselnden Verhältnis von Partei und Klasse bei Marx und Lenin befaßt und machte daraus den Vorschlag, hier, in einigen Städten zu Gruppen, Zentren zu kommen, die nach einer Phase eines wechselseitigen Lernprozesses zumindest einen Teil jener Orientierung und Verantwortung übernehmen, die ansonsten einseitig bei RAF und Gefangenen lag und zu einer grundsätzlichen Schieflage führte. Um jenen „Aneignungsprozeß" ging's mir also, von dem Eva Haule schrieb (taz 14.4.89), notwendig, „um selbständig revolutionäre Politik entwickeln zu können." Der Vorschlag wurde nicht zur Kenntnis genommen.

Wenn dieser Konstituierungsprozeß nicht gelaufen ist, hat das – von den Gefangenen aus – vor allem zwei Gründe: ideologische. Zur Gegenmacht kommen hieß „zur Front kommen" und dies wiederum zur bewaffneten Aktion kommen. Da war nichts von einem „Keim" neuer Gesellschaftlichkeit, in der das Realitätsmonopol des Kapitalismus sinnlich gewiß durchbrochen ist im kollektiven Selbstbewußtsein der gerade erzeugten Bewegung. Ein Bewußtsein jedoch, das sich an den Gegner veräußert, das die Bedeutung des eigenen Tuns ausschließlich an der Reaktion der Gegenseite glaubt ablesen zu müssen, ist nicht frei. Und somit auch nicht in der Lage, über das Vorgefundene hinauszugreifen, über das Bestehende hinauszubauen, mit einem Wort: revolutionär zu sein. „Strategie gegen ihre Strategie" – das konnte nie und nimmer strategiefähig werden. Zweitens: Die Gefangenen und ihr existentielles Interesse treiben den Prozeß zwar immer wieder voran, lenken ihn darin aber gleichzeitig von einer eigenständigen Entwicklung ab. Sie ziehen sich damit den Boden unter den Füßen weg. So wurde die Mobilisierung des HS 84/85 unterschätzt, weil sie die ZL nicht gebracht hat; die Mobilisierung zum Streik 89 hingegen, obschon auf deutlich humanitär-bürgerrechtlichen Grundlage, aber in die Gesellschaft hineinreichend und so zum ersten mal Risse im Staatsschutzblock der Macht bewirkend, wird überschätzt. Die Rede ist von einer „neu entstehenden revolutionären Bewegung" (Eva Haule und andere).

Es kam eine andere Diskussion. Nicht die emanzipative, sondern die autoritäre. Die RAF hatte 1985 einen GI der US-Armee erschossen, um an seinen Ausweis zu kommen. Es kam zu einem heftigen Streit darüber. Einige von uns hatten zu Zeiten des Vietnamkriegs hier stationierten GIs bei der Desertion nach Schweden geholfen. Die Ursache für die Schärfe dieser Auseinandersetzung lag aber auch in den bis dahin offen nicht angesprochenen Problemen, die einige Gefangene mit jenen harten Aktionen der RAF während des Hungerstreiks 84/85 hatten. Wäre etwa – gleich in den ersten Hungerstreiktagen – die Autobombe auf dem US-Stützpunkt in Oberammergau hochgegangen und hätte es dabei womöglich eine Reihe von Toten gegeben, die Gefangenen hätten ihren Streik gleich in der ersten Woche wieder abbrechen können. Von denen, die die Erschießung des Soldaten verteidigten (und damit eine bestimmte Vorstellung, wie revolutionäre Politik sich weiterentwickeln sollte), um sie hernach, nachdem die Autorität RAF sich kritisch damit auseinandergesetzt hatte, ebenfalls zu kritisieren, wurde diese Debatte in einer Art und Weise geführt, die vermutlich jenes zusammen-kämpfen, wie es Monate zuvor zum ersten mal sichtbar geworden ist, strategisch beschädigte. Man/frau schlug sich gegenseitig Wunden, die späteres Zusammenarbeiten völlig blockierten.

Vor allem verlangten die Verteidiger der Pimental-Aktion ein Verständnis von Einheit, das jeden kritischen und damit lernbereiten Blick aufs eigene Tun und Denken moralisch verdächtigte und auf diese Weise jenem Geist des Zusammen-Kämpfens – von einer gemeinsamen revolutionär-militant-kulturellen Grundlage ausgehend, ansonsten aber autonom denkend und handelnd – entgegengesetzt war. Dort war es ein Zusammenwirken, das sich aus den verschiedensten Quellen speiste, und insofern eine Vorahnung dessen, was heute für revolutionär-emanzipative Prozesse überhaupt zur Heraus-

forderung wird – hier ein Versuch, diese Entwicklung ins Korsett verdinglichter Front-Vorstellungen zu zwingen.

„*Aber es gab keine politische Diskussion, keine Auseinandersetzung um die wesentlichen Fragen, und so konnten die bereits im Ansatz präformierten Grenzen und Fehler auch nicht erkannt und überwunden werden. Statt dessen führte das zu immer stärkerer Verdinglichung des politischen Bewußtseins: Revolutionäre Politik war nur noch als bewaffneter Angriff denkbar, die militärische Aktion wurde zum nicht mehr hinterfragbaren Fetisch, Illegalität wurde zu einem Mythos, zur Verkörperung des ‚Bruchs', zur Voraussetzung von Kollektivität schlechthin...*" (Michael Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter: Über das Schleifen von Messerrücken, konkret 11/92)

Ähnlich wie die RAF in ihren ersten Jahren gegenüber der 68er-Revolte bzw. ihren Ausläufern standen wir Mitte der 80er spätestens vor der Situation, ein Verhältnis zu einer Revolte, zu einer Bewegung massenhafter Militanz zu gewinnen. Eine Wiederholung jener Avantgarde, wie sie seit 77 als zumindest ungeklärte Frage im Raum stand, hätte dies nicht sein dürfen. Die Mobilisierung des Jahres 84/85 wäre der Ort gewesen, um das, was RAF und Gefangene tatsächlich antizipiert hatten, nämlich eine bestimmte Art zu kämpfen, Guerillamentalität, mit den Erfahrungen und Vorstellungen anderer, etwa Autonomen, zu etwas Gemeinsamem oder Wechselseitigem weiterzuentwickeln. Denn ohne das bleiben die selbstverständlich notwendigen Klassen- und sonstigen Analysen, Strategiedebatten, Internationalismus Totgeburten, „unbewaffnete Propheten" (Gramsci), ideologische Glasperlenspiele. Avantgarde im Kontext RAF sollte aber zur ewig tragischen Schönheit werden. Ja, wir waren wirklich Avantgarde. Gab es dieses Vorangehen im orientierenden, beispielgebenden, politische Bewegung erzeugenden Sinn, nicht zuletzt im Kampf der Gefangenen, so wurde irgendwann der Versuch aufgegeben, *darin* mit anderen zusammenzukommen, um an diese Stelle anderes zu schieben: Kampf gegen die Nato, westeuropäische Front, Gesamtsystem, etc., in dem das, was RAF ist, nicht mehr wiederzuerkennen war, aus sich heraus bei anderen nichts mehr auslöste, und ihnen deshalb oft mit autoritären Methoden aufs Auge gedrückt werden mußte. Darin kommen die, die diesen Weg seit langen Jahren, immun gegen jedes Argument oder Beispiel, unbeirrbar gehen, dann am Ende doch mit Linken draußen zusammen. Mit jenen und jenen Momenten, *gegen die* RAF 1970 einen anderen Versuch unternommen hatte. Der Klärungsprozeß, nach dem 1989 gerade von diesen Gefangenen laut gerufen wurde, hätte spätestens zu jenem Zeitpunkt geführt werden müssen. 89 war das, was zwischen 84 und 86 damit noch hätte bewirkt werden können, nicht mehr zu erreichen. So fruchtbar eine solche Debatte damals hätte sein können, so unwirklich und unwirksam der Versuch eines antiimperialistischen Kongresses 1986 in Frankfurt, in dessen Verlauf eine grundsätzlich richtige, nicht zuletzt internationalistische Absicht, auf den dogmatischen Hund gebracht wurde.

Wenn die Mobilisierung zum HS 89 vorwiegend bürgerrechtlich-humanitären Charakter haben sollte, wie Christian Klar das in der taz vom 13.6.89 kritisch anspricht, dann erstens als Abgrenzung/Distanz zu einer politischen Gewalt, die selbst in Teilen der radikalen Linken auf heftigen Widerspruch gestoßen war und zweitens, weil die Chance eines emanzipatorisch-aufbauenden Prozesses, in unseren Zusammenhängen schon immer unterbelichtet, spätestens in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ungenutzt geblieben war und so das politische Gewicht fehlte, das der HS-Mobilisierung 89 einen deutlicheren Charakter hätte geben können.

Zwei Befriedungsinitiativen. Die erste läuft – sicher nicht zufällig – nach dieser mißglückten Möglichkeit, 87/88, ist mit dem Namen der grünen Politikerin Antje Vollmer verbunden, Amnestie und Dialog werden propagiert. Die zweite, Kinkel-Initiative, kommt 1992 in einer vergleichbaren Situation.

Hungerstreik 1989 – Die Diskussion

Wenn der Hungerstreik 89 anders war, Ausgangspunkt für die Entwicklung der Jahre danach, hatte das mehrere Gründe. Da ist viel hineininterpretiert worden. Etwa das Kalkül der Gefangenengruppe, sich einem liberalen Spektrum anzudienen. Hat es nicht gegeben! Es war aber erstens klar, daß ein Hungerstreik, in dessen Verlauf es „gezielt tödliche Aktionen" gegeben hätte, zur Zusammenlegung nicht geführt hätte. Und zweitens, daß nach allem, wie die Verhältnisse in der antiimperialistischen Scene waren, die von dort zu erwartende Mobilisierung nicht hinreichen würde, die Zusammenlegung durchzusetzen. So hatten wir etwa die Enttäuschung erlebt, daß die, die sich auf uns bezogen, im Lauf der Berliner Anti-WWG-Kampagne 1988, wichtiges Ereignis internationaler Solidarität mit den Völkern des Trikonts, kaum präsent waren. Obschon es zu dieser Kampagne eine breite, militante und phantasievolle Mobilisierung bis rein in die Berliner Bevölkerung gegeben hatte, die tagelang Straßen, Plätze und Medien beherrschte, war von jenen, die doch jahrelang von weltweiter resp. europäischer Front gegen den Imperialismus gesprochen hatten, nichts zu spüren.

Neben solchen und anderen enttäuschenden Erfahrungen zeigten sich damals aber auch neue positive Ansätze. In drei am 8.8.88 in der taz veröffentlichten Erklärungen machte die Gruppe der Gefangenen aus der RAF deutlich, die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Gruppen zu wollen, vorausgesetzt, sich dabei, von den äußeren Bedingungen her, als Gruppe verhalten zu können. Im Oktober 88 brachte ein Aufruf für Zusammenlegung, veröffentlicht vom Hamburger Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße, solidarische Unterstützung bis rein in Betriebe und Gewerkschaften, wobei mehr als einmal die Mut- und Initiativlosigkeit der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre angegriffen wurde. Möglicherweise Reaktionen jenes auch in gewerkschaftlichen Kreisen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ebenfalls durchschlagenden Bewußtseins, gegen das „Wolfsgesetz der neoliberalen und neokonservativen Gesellschaftsoptionen" einen „offenen Dialog und neue Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen und Gruppen" (ein IG-Metaller) zu suchen, ein Bewußtsein, dem die IG Metall mit ihrem „Zukunftskongreß" November 88 Rechnung tragen mußte. Nein, „zur Front" wären diese nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch beunruhigten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht gekommen! Die umfassendste Veranstaltungsreihe, initiiert und durchgeführt vor allem von der Angehörigengruppe, aber auch bereits zuvor vom holländischen Rechtsanwalt Pieter Bakker-Schut gelegentlich des Erscheinens seines „Stammheim"-Buchs, zeigte ein starkes Interesse an den Gefangenen und einer grundlegenden Änderung ihrer Situation. Auch in kleineren Orten, deren Lage wir erst auf dem Atlas suchen mußten, war ein zu deutliches Interesse vorhanden, als daß wir nicht politisch drüber hätten nachdenken müssen. Dies sind kurz gesagt die Gründe, weshalb die von Helmut Pohl 1989 veröffentlichte HS-Erklärung offener angelegt war als andere.

Der Hungerstreik war dann auch in mehrerer Hinsicht ein Einschnitt. Eine breite Solidarisierung, von den radikalen Linken über sich bis dahin abgrenzende linke Gruppen bis hin zu gewerkschaftlichen und kirchlichen Kreisen bewirkte zum ersten Mal ein Aufbrechen des Staatsschutzblocks, ohne indes an der harten Haltung der Entscheidungsträger etwas ändern zu können. Als Resümee schreibt Christian Klar am 13.6.89 in der taz:

„*Das bis dahin Erkämpfte ist nicht gar so wenig. Halten wir das fest. Weil darin überhaupt Momente der neuen Aufbrüche liegen. Es startete eine tiefe Wirkung der Mobilisierung in die Gesellschaft rein. Die Gleichschaltung der vergangenen Jahre ist aufgebrochen. Wirkliche Beziehungen zu ausländischen gefangenen Genoss-innen und zu kämpfenden sozialen Gefangenen wachsen ... gegen die selektierende und vernichtende Knastmaschine, Beziehungen, in denen jeder in ersten Schritten von sich ausgeht hin zu gemeinsamer Perspektive befreiender Ziele. Und schließlich ist eine Mobilisierung angeschoben, die erstmals, und das ist mehr als bloße Vermutung, jetzt auch ohne sofortige neue Hungerstreiks die Schritte zum Ziel hin weitertreibt.*"

„Neue Aufbrüche"? „Ohne weitere Hungerstreiks zum Ziel hin"? Etwas war geschehen!

Zum ersten Mal hatte der fast 20 Jahre bestehende monolithische Block der politischen Klasse, des Staatsschutzbunkers und der Medien Widersprüche gezeigt: „Die Gleichschaltung der vergangenen Jahre ist aufgebrochen." Zum Ende des Streiks hatte es eine Reihe von Gesprächen gegeben: Brigitte Mohnhaupt und Helmut Pohl mit Kinkel; Helmut Pohl mit

Kruse (dem damaligen Vorsitzenden der evangelischen Bischofskonferenz), mit Enzensberger, ein bei Däubler-Gmelin angefragtes Gespräch wurde von dieser abgelehnt; die Frauen in Nordrhein-Westfalen sprachen mit einem Justizstaatssekretär; die Frauen in Lübeck mit Klingner und Engholm; wir in Celle mit einem Abteilungsleiter aus dem (damals noch) CDU-Justizministerium.

In Gang gesetzt worden waren diese Widersprüche von einer bis dahin nicht gekannten Solidarisierung, an der sich linke, alternative, gewerkschaftliche, christliche, humanitäre Tendenzen beteiligten, die sich bis dahin bei den Hungerstreiks meist außen vor gehalten hatten. Ein Verhältnis, das sich bis dahin oft in Distanzierung, wo nicht Denunziation erschöpft hatte, war im Lauf des Hungerstreiks – nicht zuletzt aus den bereits genannten Gründen – umgeschlagen in die Suche nach Diskussion und Dialog. Und dies nicht nur immer in der Absicht, den bewaffneten Kampf Knall auf Fall abzuwürgen:

„Wir wollen diese Diskussion nicht nur um ihrer selbst willen, sondern weil die Erfahrungen der Leute, die in den bewaffnet kämpfenden Gruppen waren, für den jetzt angestoßenen Prozeß für uns genauso ein Stück Geschichte und Erfahrungen der westdeutschen Linken bedeuten wie die Erfahrungen der Linken, die in den Gewerkschaften aktiv sind, die in die Grünen gegangen sind, um dort radikale Politik zu machen, die kommunistische Organisationen gegründet haben, manchmal sogar darin geblieben sind oder die in den sozialen Bewegungen arbeiten." (Radikale Linke, „Brief an die politischen Gefangenen", Juli 1989)

Hier dürfte seinen Ursprung haben, wovon Helmut Pohl am 27.8.93 in der taz schreibt: von einer Neuzusammensetzung der Umwälzungspolitik, die heute über das linksradikale Spektrum hinausreichen könnte. Ja, in der Gruppe taucht die Einschätzung auf, es gäbe eine „neu entstehende revolutionäre Bewegung". Wo aber 1993, ausgedrückt etwa in Helmut Pohls Erklärung, das Gewicht auf unserer seit 20 Jahren richtigen Politik liegt, der gegenüber, angesichts der kapitalistischen Durchbrüche, Teile der Gesellschaft, in Erkenntnis der eigenen Lage, ihre Isolation aufgeben könnten oder sollten, sprechen die Texte der Jahre 1989 bis 1992 – unter dem Eindruck von Hoffnung – eine andere Sprache: Offenheit, kritischer Blick auf das Eigene, nicht zuletzt als Möglichkeit, Zugang zu anderen Tendenzen zu bekommen.

„Das stimmt wirklich in einem umfassenden Sinn, daß die ganze Phase der Kämpfe seit '80 vor zwei bis drei Jahren abgeschlossen war und etwas Neues angefangen hat ... Jetzt wird – und muß auch – alles auf einer neuen Grundlage weitergehen, und es wäre total viel verschenkt, wenn diese wichtigsten Erfahrungen, die in den letzten 20 Jahren im revolutionären Kampf hier gemacht wurden, nicht offen in die Diskussion gebracht würden. Na, einfach: Es ist viel zu lernen, und eine sich neu entwickelnde revolutionäre Bewegung braucht ein Bewußtsein davon, sonst hängt sie geschichtslos, bodenlos in der Luft. Außerdem hab' ich wieder gesehen, wie sehr wahr das ist: aus den Fehlern lernen, sich weiterbringen – so läuft's. Unsere Geschichte. Also so will ich das jetzt auch: unsere Erfahrungen offen in die Auseinandersetzungen bringen und offen sein für alle ernsten Fragen – egal, wie kritisch sie sind. Das ist auch ganz klar ein Stück für den Aneignungsprozeß, um selbständig revolutionäre Politik entwickeln zu können." (Eva Haule, taz, 14.4.89)

1989 gibt es aus der Gefangenengruppe eine ganze Reihe engagierter Appelle für eine Diskussion zwischen drinnen und draußen, ja sogar „ausgehend von den – noch so schmalen – Möglichkeiten der kleinen Gruppe, und dazu Initiative auch der einzelnen." (Christian Klar, taz, 13.6.89) Nein, eine neue revolutionäre Bewegung war da gewiß nicht im entstehen, aber wie nach dem HS 84/85 gab es angesichts der Solidaritätssignale aus den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft Gründe genug, politisch darüber nachzudenken und praktisch sich etwas einfallen zu lassen. Wenn Gefangene aus RAF und Widerstand in dieser nachdrücklichen Weise von offener und öffentlicher Diskussion reden, ist das erstens ein Politikum und zweitens werden Erwartungen geweckt. Bevor aber aus dem Knast auch nur ein nennenswerter Diskussionsanstoß kommt, lesen wir bereits wenige Monate später in einer Erklärung von Helmut Pohl:

„Ich habe mich mit ein paar Gefangenen verständigt, und wir glauben, die meisten denken so, daß es längst Zeit ist, unter der Geschichte nach dem Hungerstreik einen Schlußstrich zu ziehen. ... Heute hat sich nach unserem Eindruck draußen alles zum Thema ‚Diskussion' hin verschoben, und die Zusammenlegung rutscht in den Hintergrund. Für uns aber steht die Zusammenlegung im Zentrum." (10.11.1989, Angehörigeninfo 27)

Um wenige Wochen vor der Kinkel-Initiative zu lesen:

„Das ist ganz einfach das konkrete Problem momentan, nicht nur für uns, wie man eine Diskussion in Gang bringt, oder vielleicht besser: eine politische Strukturierung an einer inhaltlichen Klärung der Auseinandersetzungen, die auf uns zugeflogen kommen, die man gar nicht raustüfteln muß." (Helmut Pohl, Brief, Oktober 91, in: ak drinnen & draußen, Celle, Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992, Juli 1992)

Es geht mir nicht darum, anderen, vielleicht gar Helmut Pohl, Inkonsequenz nachzuweisen. Sich einzureden, man selbst habe alles klar, halte ich in diesen Zeiten schon für den Beginn des Irrtums. Aber ich denke, das Hin- und Herpendeln zwischen Diskussion als Metapher für Klarheit, Perspektive, Verständigung und Verbindung mit anderen (weil natürlich jenes Bedürfnis nach gemeinsam entwickelter Kraft mit anderen Sektoren, Klassen, unterdrückten Völkern, wie es in den Gefangenentexten 89-92 zum Ausdruck kommt, das Urpolitische ist) – und Kampf, sich entscheiden, als Metapher für revolutionäre Subjektivität (die in der Tat von RAF und Gefangenen in einer Dimension verwirklicht worden ist wie sonst von kaum einer Gruppe der Linken seit 68) – das Erste als Ausdruck der Möglichkeit, das Zweite als Ausdruck des Willens – dieses Hin- und Herpendeln zwischen zwei Polen zu überwinden, scheinbar gegensätzlich, tatsächlich aber nur in wechselseitiger Durchdringung zu einer anderen Wirklichkeit führend, wäre ein wichtiger Schritt gewesen. Wo aber das Revolutionäre identisch ist mit einem „nicht hinterfragbaren Fetisch" militärische Aktion, bringt sich jene revolutionäre Subjektivität um ihre politischen Möglichkeiten und so, früher oder später, auch um. In der revolutionären Subjektivität der RAF steckten ursprünglich auch andere Möglichkeiten. Das nicht gesehen, nicht darum gekämpft zu haben, ist die Niederlege.

1990 legte Karl-Heinz Dellwo der Gefangenengruppe einen ausgearbeiteten Vorschlag für einen Kongreß vor. Nicht ein Kongreß linker Experten und Spezialisten, sondern ein Forum, vielleicht als Ausgangspunkt für eine permanente Struktur der Verknüpfung und Auseinandersetzung, ein Kongreß, auf dem verschiedene Gruppen der Linken, der Frauenbewegung, der Autonomen, der Alternativen usw. ein Resümee ihrer Erfahrungen ziehen. (Der Vorschlag wird in der Gruppe ignoriert.) Die Linke in Lateinamerika hat das schon lange erkannt, sie hat sich Strukturen des Austauschs und gemeinsamer Suche geschaffen.

Es waren nicht viele, die zu dieser „großen politischen Auseinandersetzung" beitrugen. Michael Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter; Eva Haule mit einer sogenannten Zusammenfassung der Diskussion in der Gefangenengruppe (die nie gelaufen ist); die Illegalen, wir hier in Celle. In der vom Celler ak drinnen & draußen Juli 92 herausgegebenen Sammlung von „Texten von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992" ist die offene Suche jener Zeit spürbar. Hält man diese Texte (bei denen im großen und ganzen jene fehlen, die dann im Herbst 93 die Spaltung organisieren sollten), neben Beiträge aus 93, ist auf den ersten Blick zu sehen, was da wo abgebrochen ist. Und wenn die beiden Erklärungen der RAF aus 92 mit der eigenen Geschichte kritisch umgehen, was ich nach all den Jahren der krampfhaften nicht-Diskussion als wirklich befreiend empfunden habe, wenn in diesen Erklärungen die Einstellung der Angriffe auf Repräsentanten usw. mitgeteilt wird, kann man nun wirklich nicht behaupten, dies sei das eine, was die abgespaltenen Gefangenen gewollt hätten, ginge in eine ganz andere Richtung.

Wenn die politische Auseinandersetzung mit draußen und der Umgang mit der veränderten Situation nicht in die Gänge kommt, hat das verschiedene Gründe. Nach 89 wurden einschneidende Veränderungen sichtbar, in Deutschland, Europa, weltweit. Stichwortartig: der Zusammenbruch des Realsozialismus und des globalen Ost-West-Kräfteverhältnisses, von dem auch die Prozesse im Süden tangiert waren; die deutsche Vereinigung samt anschließender Kolonisierung Ostdeutschlands; der Golfkrieg und das dabei sichtbar werdende Umschlagen der inneren Verfassung Deutschlands in eine neue Qualität, insbesondere das Abtreten der von 68 herkommenden undogmatischen

„neuen Linken" als politischer Faktor im Land; das mehr und mehr ins Chaos taumelnde neoliberale Experiment; nicht zuletzt eine große Gefahr von Faschismus – kurz: Es gab in der Restlinken den Eindruck, gegen eine solche Entwicklung Kräfte sammeln zu sollen, und dies hinein bis in gewerkschaftliche und bürgerliche Kreise. Die Stimmung des Mobilisiertseins, wo nicht Aufbruchs nach dem HS 89 verwandelte sich indes schnell in ihr Gegenteil, Gefühle der Ohnmacht, der Niederlage, der Depression machten sich breit. Zu tief der Einbruch, zu überholt die Denkweise, aus der der neue Versuch gestartet werden sollte. Jene oben mit ihrem „Brief an die politischen Gefangenen" zitierte „Radikale Linke", die ihren Ausgangspunkt nicht zuletzt im HS 89 hatte, festgelegt indes auf die „Kraft der Negation", gibt ihren Geist bald wieder auf. Ein Teil wird sich, so die Mitteilung eines bekannten Hamburger Gründungsmitglieds, schnell in Richtung Bündnis 90/Grüne und PDS verziehen, ein anderer Teil sollte mit Diskussionsbeiträgen erst 1992 rüberkommen, als sich die Chance bot, die Kraft der Negation an RAF und Gefangenen auszuprobieren. „Und Heuchler waren die, die sich brüsteten, sie hätten immer schon so gedacht, wie sie jetzt dachten, und die von anderen eine Eindeutigkeit und Militanz verlangten, die sie selbst nie praktiziert hatten. Genau die hatte ich damals ankommen sehen, das Wort Revolution auf den Lippen." (Alejo Carpentier, Le Sacre du Printemps, Frankfurt, 1993)

Ein weiterer Grund: die Unmöglichkeit, zusammenzukommen und zusammen zu reden. Die Spaltung ist auch ein Produkt der Isolation. Aber diese Situation der Gefangenen erklärt nicht, weshalb ein Dutzend ehemaliger Gefangener draußen – die größte Zusammenlegung, die es je gab – nie in die Initiative gekommen ist.

Ein viertes Moment hängt auch zusammen mit einer Orientierung, wie sie Ende der 60er/Anfang der 70er kurz und knapp so benannt wurde: Die Aktion eint, Worte spalten. Ulrike Meinhof, 1974: „Man ist eine Gruppe von Genossen, die sich entschlossen hat, zu handeln, die Ebene der Lethargie, des Verbalradikalismus, der immer gegenstandsloser werdenden Strategiediskussionen zu verlassen." Richtig. Denn es war eine Situation, die international wie in Europa wie innergesellschaftlich in Kämpfen und Auseinandersetzungen eine Fülle von Erfahrungen, Wissen, „revolutionäre Bestimmungen" hervorgebracht hatte, was sich in einem lebendigen Prozeß ständig weiterentwickelte und sich zu einem Teil in den frühen RAF-Texten und im alten Info wiederfindet. Das Konzept Stadtguerilla entstand in dieser Situation – es war nicht vorstellbar ohne die Revolte von 68 und die Bewegung gegen den US-Völkermord in Vietnam, wie ja auch das Front-Konzept der 80er Jahre ohne die militanten Bewegungen der ausgehenden 70er/beginnenden 80er überhaupt nicht hätte ersonnen werden können. Realitätsfern deshalb der heutige Vorwurf an die Illegalen, sie hätten kein Konzept, als ob revolutionäre Politik das aufgesetzte Produkt von ganz wenigen sein könnte – eine Vorstellung, die doch gerade am Front-Konzept gescheitert ist.

An dieser Stelle noch ein anderer Aspekt zu Diskussion überhaupt. Eine ganze Reihe von Leuten draußen hatte in den letzten beiden Jahren den Eindruck, vor allem die Celler verträten heute eine „Position", die von der, die sie die Jahre davor vertreten hatten, erheblich abweicht und sie verkünden dies im alten Avantgardestil nach draußen. Einige sind darüber sauer. Wo dies nicht nur Zuschauerhaltung ist, ist darin mit Sicherheit ein Moment von Emanzipation. Es hat, nach der Spaltung, eine Reihe von Texten und Haltungen gegeben, in denen deutlich wird: Wir wollen eine inhaltliche Diskussion, weil wir uns nur so als Subjekt in dieser Auseinandersetzung verhalten können.

Celle war nie „Front" im hinreichend bekannten Tenor. Ich glaube nicht, daß es auch nur einen Brief von mir gibt, der diese doktrinäre Front-Ideologie bedient. Es hat von uns von Anfang an Kritik, aber keinen Bruch gegeben, denn tatsächlich hatte das Front-Konzept einiges für sich – wäre die Grundidee von einem offenen, emanzipativen Geist getragen worden, hätte daraus etwas anderes werden können. Das war nicht der Fall, die eingangs zitierte Selbsterkenntnis eines der Front-Ideologie ganz besonders verpflichteten Gefangenen über das Fehlen eines Keims neuer Gesellschaft kam zu spät. Auch wurden Möglichkeiten der Verbreiterung und Vertiefung, die sich immer wieder boten, nicht ausgefüllt. Unsere Widersprüche und Vorschläge, die wir hatten, haben wir *in der Regel nicht verheimlicht*, unsere Kritik aber auch nicht in öffentlich-systematischer Form vorgelegt. Dies war wohl ein Fehler. Schlimmer als es jetzt ist, hätte es dadurch auch nicht werden können. Wenn also die beiden letzten Jahre bei einigen wie ein unvermittelter „Positionswechsel" ankommen, mag das für die bis dahin fehlende deutliche und systematische Darstellung zutreffen.

Insgesamt gibt es bei den abgespaltenen Gefangenen als auch bei uns hier den Eindruck wechselseitiger Mißachtung über eine längere Zeit. Auch draußen gibt es dieses Gefühl. Auch deshalb hätte ich es gut gefunden, wenn es, von der Spaltung als der inzwischen nötigen Distanz ausgehend, dennoch zu einer Diskussion gekommen wäre. Ich betrachte es nicht für ein Epochendrama, wenn eine Gruppe (oder Teile daraus), die über 20 Jahre unter diesen Bedingungen zu leben und zu kämpfen gezwungen waren, in einer Weise reagiert, die inakzeptabel ist. Diese Frage entscheidet sich eher daran, wie nach einer gewissen Frist damit umgegangen wird. Ich finde Leute, die heute versuchen, sich an diesem Debakel zu mästen, sagen nur etwas über sich selbst. Was soll die Klassenanalyse, wenn ein Teil draußen noch nicht einmal in der Lage oder auch nur bereit ist, sich in die Situation hineinzudenken, die doch seit 20 Jahren so unübersehbar extrem ist? Wo sich welche aber noch nicht mal in die Situation von Gefangenen versetzen können, welchen Zugang – außer einem ideologisch gesteuerten – mochten sie zum Alltag jener Klasse gehabt haben, von der sie so gerne reden? Ich bin skeptisch gegenüber „Positionen", insbesondere, wo sich das im Ablegen von politischen Bekenntnissen (für Internationalismus, gegen Patriarchat) erschöpft. Ob das Projekt eines internationalen Kampftags für Gefangene richtig oder falsch ist, wird sich erst hinter den Forderungen und Überschriften entscheiden. Wenn welche mit jener radikalen und findigen Guerillamentalität diesen Kampf beginnen, könnte etwas darüber hinaus Impulsgebendes daraus werden. Wenn es im sektiererischen Stil beackert würde, sollten wir es lieber gleich vergessen.

Ich hatte einen Entwurf dieses Textes mit einigen FreundInnen draußen diskutiert. Einer sagte mir dabei: Wenn du vom Kampf um Würde schreibst, können wir draußen das so direkt nicht nachvollziehen. Ich reagierte spontan und heftig: Doch, hier mußt du deine Würde tagtäglich verteidigen, und vor allem im Trakt und in der Isolation war das ein Kampf, der jeden Tag sehr deutlich spürbar an deinen Kräften zehrte. Auseinandersetzungen, ob sie und wie sie mit Gefangenen und untereinander laufen, haben andere Bedingungen als draußen.

Das Desaster – Die politische Leere

1992. Die Vehemenz, mit der Klärungsprozesse gefordert werden, ohne zu Resultaten zu kommen, entspricht der politischen Leere des Jahres 1992. Die alten, seit 20 Jahren gültigen Gewißheiten sind erschüttert, neue nicht in Sicht. In dieser Krisenzone – in der die Gefahr eines letzten Stillstands ebenso gegeben ist wie die Chance, neue Ufer zu erreichen – wird erstens von fast allen fast alles gedacht und gesagt, was 20 Jahre lang von fast niemandem gesagt wurde, und zweitens wird der Staat initiativ. Wobei zweitrangig ist, welche Ziele er mit dieser Initiative verfolgt. Entscheidend ist, *daß* er die Initiative in die Hand bekommt. Und so wird aus dieser Kinkel- und/oder KGT-Initiative eine Köpfe-füllende monströse Angelegenheit. Wohl wissend um den inneren Zustand der Gruppe fordert der Verfassungsschutz die Zusammenlegung, lange vor 1992 (die Gefangenen sollen sich zerstreiten) und identifizieren Gefangene die Kinkel-Initiative sofort als Spaltungsmanöver. Weshalb sollte sich diese Gefangenengruppe, 20 Jahre lang auf Leben und Tod zusammen kämpfend, von einer solchen Initiative spalten lassen?

Nein, es ist nicht der Knast, der nicht mehr auszuhalten ist. Wir haben in fast 20 Jahren gelernt, auch extremste Situationen mit Sinn und Leben und Kampf zu füllen, weshalb sollte das jetzt plötzlich abbrechen? Wenn 1993/94, in der Spaltung, jene Mentalität politischer Auseinandersetzung, aus der 1985 die Pimental-Debatte geführt wurde, in aller Unbefangenheit neu aufgelegt wird, offenbart sich hier, wenn auch in zugespitzter Form, die vermutlich unabänderliche Kontinuität einer bleischweren Unbeweglichkeit, in der das Bewußtsein, das Menschen, Dinge, sich selbst in deutlich spürbarer Bewegung hält, kurz: revolutionäre Identität, schon lange zur „Position", zu Festgesetztem, geronnen ist. Der Raum, in dem

„RAF" zu suchen begonnen hatte, war aber ein anderer gewesen. Dorthin als Gruppe zurückzukehren, war unser Versuch der vergangenen Jahre. *Danach* soll fragen, wer uns kritisiert. Ja, dies wäre ein Sich-Auseinandersetzen auf völlig anderer Ebene, wäre es doch immer sofort auch eine Frage der oder des Kritisierenden an sich selbst. „Position" indes, Begriff von 92 und danach, ist das, was übrigbleibt, wo die Frage revolutionärer Subjektivität außen vor gelassen wird. Der Verlust liegt in einer Politik, die es schon lange aufgegeben hat, *diese* Emanzipation auf *allen* Ebenen des Denkens und Handelns, von Praxis und Theorie anzustreben, zu organisieren, aufleben zu lassen. Als dieser Raum spätestens mit der verdinglichten Vorstellung von „zusammen kämpfen" verlassen wird, wird aus strategischem Defizit politische Orientierung, von nun an sieht alles anders aus, die Spaltung ist da nur die Endmoräne.

Wären jene Energien, die noch 1993/94 für eine Spaltung zur Verfügung stehen, die Jahre zuvor genutzt worden, um den emanzipativ-suchenden Weg der Illegalen, einiger Gefangener, von Leuten draußen mitzugehen statt sich auf das Herausgeben von Diskussionsappellen zu verlegen – ich bin mir sicher, das Jahr 1992 wäre zu diesem Desaster nicht geworden. Ob Gefangene rausgekommen wären, darüber will ich nicht spekulieren. Aber es wäre Erinnerungsarbeit gelaufen, inhaltliche Substanz beschafft worden, ein neues Netz von Verbindungen wäre entstanden. Beides auf der Höhe der Zeit: möglichst breites Sammeln von Kräften gegen die Gefahr von Faschismus, bei gleichzeitiger und immanenter Entwicklung einer radikalen Perspektive, radikal im originären Sinn, den Verhältnissen und ihren objektiven Verankerungen auf den Grund gehend. Daraus ist nichts geworden und so ist die inhaltsleere Härte, wie sie aus den Spaltungstexten spricht, tatsächlich Orientierung in eine Richtung, wie sie Eva Haule nach der April-Erklärung der RAF zutreffend kritisiert:

„Jetzt schrieb mir grade jemand aus Berlin, daß die Entscheidung der RAF und was wir Gefangene dazu gesagt haben, bei manchen Leuten ‚Gefühle der Ohnmacht und Niederlage' ausgelöst habe und sie nur noch alles ‚zusammenbrechen' sehen. Das kann ich mir einerseits erklären, so wie die Lage der Linken ist und weil ich weiß, daß für viele hier mit der RAF und ihren Aktionen eine ganze Menge vor allem emotional verbunden war, Hoffnungen, ‚der Kampf geht weiter' ... alles das. Aber andererseits sind diese Reaktionen politisch völlig leer und das Denken, das sich darin ausdrückt, darf uns heute nicht mehr ausreichen." (Brief, 25.4.92)

Nach der Erklärung der RAF vom 10.4.92, in der sie die Einstellung der Angriffe mitteilt, bestätigt Irmgard Möller im Namen aller Gefangenen:

„Wir sehen auch heute noch um vieles deutlicher, als es schon Mitte der 80er zu erkennen war und im Hungerstreik 89 von uns das erste Mal angepackt und in eine Praxis umgesetzt wurde, daß die globalen und innergesellschaftlichen Umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache Fortsetzung der Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre unmöglich machen."

Und wenn Hanna Krabbe im Fernsehinterview der Lübecker Gefangenen vom 16.5.92 die Frage aufwirft, ob Gewalt – angesichts heutiger gesellschaftlicher Zustände – überhaupt noch die Funktion haben kann, „gesellschaftliche Widersprüche aufzubrechen, sichtbar zu machen und zuzuspitzen", wenn es in der Gefangenengruppe niemanden gegeben hat, der Irmgard Möllers Erklärung widerspricht, ist das eine authentische Auskunft darüber, wo sich die Gruppe Frühjahr 1992, dem Zeitpunkt also, als sich die Reaktionen auf die Kinkel-Initiative herausbilden, befand. Dieser Satz wird auch dann nicht falsch, wenn es – intern – auf die April-Erklärung der RAF selbst Kritik gegeben hat, die indes von ähnlich diskussionsfernem Zuschnitt war wie gewisse Spaltungstexte.

Und folglich setzen auch alle Gefangene an der Kinkel-Initiative ein. Skeptisch zwar, im Bewußtsein oder zumindest mit dem Appell verknüpft, um Freilassung resp. Zusammenlegung kämpfen zu müssen, aber grundsätzlich verworfen wurde sie von niemandem. Entgegen heutiger Legende kommen doch recht weitgehende Vorschläge, wie auf die justiz-institutionelle Ebene eingegangen werden soll.

In der Pressemitteilung der VerteidigerInnen der politischen Gefangenen in der BRD vom 24.2.92, abgestimmt mit den Gefangenen, wird gesagt, Kinkel habe damit „eine neue Position in der öffentlichen Diskussion" eingenommen, „sich damit der politischen Realität genähert." In ihren Beiträgen zu den 1.-Mai-Demos in Stuttgart und Frankfurt fordern ehemalige Gefangene „vor dem Amtswechsel von Kinkel", daß „eine Entscheidung getroffen wird für die Freiheit aller politischen Gefangenen" und daß die Regierung jetzt Kontakt zu den Gefangenen aufnehmen solle (clockwork 129a, 22.5.92). Im Angehörigen-Info vom 28.2.92 bekräftigt Eva Haule die Haltung, „auf den Punkt zu gehen, an dem wir einhaken und mit dem, was *wir* wollen, weiterkommen zu können statt nur die ‚Counterschnute' zu ziehen und sich zurückzulehnen." Bei diesem Appell sollte es – von der oben bereits erwähnten „Zusammenfassung" einer nie dagewesenen gruppeninternen Diskussion abgesehen – dann aber auch bleiben. Wenn Wochen nach der Kinkel-Initiative sich die Anfragen von draußen häufen, was die Gefangenen denn nun wollten, konkret: nach einer grundsätzlichen Orientierung, einer Erklärung der Gefangenengruppe geradezu gerufen wurde, um draußen handlungsfähig zu werden, wird das mit dem Hinweis auf fehlende Zusammenlegung resp. Diskussionsmöglichkeit ausdrücklich abgelehnt. Das alte Muster. Wieder ist es die Situation der Gefangenen, die zum politischen Angelpunkt gemacht wird – vorgeschobenerweise, denn Hungerstreikerklärungen waren ja auch machbar, nicht zuletzt diese Spaltung. Wenn im April die RAF etwas sagt, dann nicht zuletzt deshalb, um dieses Vakuum zu füllen.

Trotz dieser weitgehend übereinstimmenden Wahrnehmung der Kinkel-Initiative vom Januarbeginn 1992 gab es also erhebliche Unterschiede in der Frage, wie praktisch darauf zu reagieren ist. Verweigerung hielten wir hier stets für die letzte aller Möglichkeiten. Möglicherweise kommt hier aber wieder jenes andere Moment zum tragen: Wer davon ausgeht, daß die Situation so ist, daß Teile der Gesellschaft, über die Linke hinaus, in welcher Form auch immer, sich unserer Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre zuwenden könnten, wer davon überzeugt ist, daß „widerständische" Auseinandersetzungen auf uns zugeflogen kommen könnten, der wird vermutlich von einem real (oder potentiell) erheblich stärker zu unseren Gunsten existierenden Kräfteverhältnis ausgehen (so jedenfalls die Skizze, wie sie sich aus der Erklärung Helmut Pohls vom 27.8.93 ergibt) – während welche, die wie wir eine solche Einschätzung unmittelbarer Möglichkeiten nicht hatten, eher davon ausgingen, uns ins Zeug legen zu müssen, um das politische Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten zu verschieben. Vor einem Jahr hatte ich in „Gesellschaft oder Getto" davon gesprochen, daß Kinkel Januar 1992 der Öffentlichkeit den Gedanken der Freilassung von RAF-Gefangenen in den Kopf gesetzt hatte, „eine neue Position in der öffentlichen Diskussion", und daß es darum gegangen wäre, diese Situation für uns weiterzuziehen und auszubauen, den Gedanken einer Freilassung offensiv zu vertreten, der öffentlichen Position Kinkels und anderer die eigene Kampagne entgegenzusetzen. Wie konnten wir, die wir eben noch von der „großen politischen Auseinandersetzung" mit allen gesellschaftlichen Gruppen geredet hatten, dies an unsere Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte delegieren, wo eben jene gesellschaftliche Gruppen über uns sprachen?!

„Nach der Entscheidung der RAF und den endlich möglich gewordenen öffentlichen Stellungnahmen der Gefangenen aus der RAF in Fernseh- und Zeitungsinterviews gibt es immer mehr Interesse in der Öffentlichkeit, über die Gefangenen zu sprechen." (Vorbereitungsgruppe Demonstration am 20.6.1992, Mitteilung an die Presse, Bonn, 16.6.1992)

Bereits Mitte Januar legt Karl-Heinz Dellwo den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der Gefangenengruppe vor. Er beginnt mit einer skeptischen Einschätzung der Kinkel-Initiative: Bereits während des HS 89 hatten RAF und die Gefangenen „die politische Situation grundsätzlich aufgemacht ... von oben kamen nur Reaktionen, den Krieg bis zum ‚Endsieg' fortzusetzen."

„Verschärfung der Haftbedingungen, bundesweite Zellenrazzien, Anwaltsverfolgung, Hetzkampagnen, draußen weiter Repressionsbetrieb gegen Linke und als Abschluß: ein halbes Dutzend neuer anklagen gegen Gefangene, die teilweise schon über 10 Jahre im Gefängnis sitzen, teilweise bereits zu mehrfach lebenslänglich verurteilt wurden oder kurz vor dem Ende langer Haftstrafen stehen. Gegen die Illegalen neue Fahndungsoffensiven und die alten Illusionen ...

Abschwören ist kein Weg. Auch die acht werden nicht abschwören. Und es wäre

auch kein Weg, zu denken, alle Gefangene müßten diese langen Strafen absitzen und sie könnten einzelne Gefangene bis weit übers Jahr 2000 im Gefängnis halten und von unserer Seite gäbe es keinen Kampf mehr."

Insgesamt dreimal werden in dieser zweiseitigen Vorlage die geplanten Kronzeugenprozesse als Hindernis angeführt, um zu einem politischen Umgang mit der Lage zu kommen. So auch in allen Interviews 1992. Aber diese oder irgendeine andere Erklärung wird grundsätzlich abgelehnt. Vielleicht hatte dieses Nein Gründe in einer von diesen Gefangenen erwarteten Einstellungserklärung der RAF, von der sie sich möglicherweise mehr politische Schubkraft für Freilassung/Zusammenlegung versprachen als von einer eigenen Erklärung. Ich weiß es nicht.

Die RAF berichtet in ihrer Erklärung vom 2.11.93, daß es jenen Gefangenen, die von ihr die Einstellung der gezielt tödlichen Angriffe verlangt hatten, um eine Gesamtlösung gegangen sei. Eva Haule schreibt am 25.4.92 in „Sandkörner" (Reader zum Forum 1, Anti-WWG, München, 1992):

„So sind wir 89 in den Streik. Wäre die ZL und die freie Kommunikation erreicht worden, hätte das damals schon ein Aussetzen der Kommandoaktionen bedeutet; denn in der Diskussion, die wir 89 wollten, sollte es um neue gemeinsame Grundlagen für die gesamte revolutionäre Bewegung gehen; was die Priorität des politischen Prozesses einschließt und daß er offen ist für eine grundsätzliche Klärung aller Fragen ... für uns ist ***jetzt*** *die politische Zeit, in der unsere Freiheit erkämpft werden kann, in der auch der Schritt der RAF richtig und dafür eine Voraussetzung ist – anders wäre ‚Freiheit' bloß ein schöner Traum."*

Wie bereits gesagt, wissen wir nicht, worum damals der Streit ging. Aber eine solche Erklärung wie diese fällt ja nicht vom Himmel. Es ist ein Gedankengang, eine Logik, die der Erklärung von Irmgard Möller vom 10.4.92 weit näher sind als den 1993 im nachhinein entwickelten Legenden: Da die Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre nicht mehr so einfach fortgeführt werden kann, Suche nach neuen Grundlagen und Einstellung der Angriffe, damit die Freilassung nicht nur ein Traum bleibt, sondern eine realistische Perspektive bekommt. 1993 sollte der Vorwurf, die Situation der Gefangenen an den bewaffneten Kampf gebunden zu haben, einer der Hauptgründe für die Spaltung sein. Aber selbst wenn diese Haltung nicht von allen Gefangenen geteilt wurde – wovon ich ausgehe –, wie Helmut Pohl jene Einstellung, wie sie von ihm und einigen anderen Gefangenen von den Illegalen gefordert wird, begründet, wird das ganze dann tatsächlich fragwürdig. Nein, um eine Aufgabe des Kampfs sei es nicht gegangen. Aber Freilassung aller! Wie hätte dieser Vorstellung zufolge der gemeinsame Kampf von Illegalen und – dann – ehemaligen Gefangenen ausgesehen? Die ex-Gefangenen hätten den bewaffneten Kampf in der Theorie richtig gefunden – und die Illegalen hätten ihn in der Praxis geführt. Denselben Widerspruch hatten wir bereits vor 25 Jahren. Auch damals gab es welche, allerdings in anderen Dimensionen, die den bewaffneten Kampf richtig fanden. Sie liefen durch die Straßen von Berlin, Frankfurt, Hamburg und München und riefen zu Tausenden: „Für den Sieg des Vietcong!" Und dann gab es damals welche, die dazu in einer bestimmten Weise Nein gesagt haben. Sie sprachen von revolutionärer Identität, von der Einheit von Sagen und Tun. Das war der Beginn der RAF. Wer für sich selbst den bewaffneten Kampf beendet, wer inhaltlich nichts dazu beiträgt, eine solche Zäsur inhaltlich zu bewältigen und für andere begreifbar zu machen, wer sich nicht darum bemüht, zumindest in Gestalt erkennbarer Suche nach weiterführenden Perspektiven deutlich zu machen, daß es nicht um „Aufgabe des Kampfs" geht, sollte nicht spalten. Ich finde es nicht korrekt, bei anderen draußen einen Eindruck stehen zu lassen, der dazu beitragen könnte, daß sie ihr Leben aufs Spiel setzen.

Ich kann mir vorstellen, daß die Illegalen durchaus damit einverstanden waren, wenn die Gefangenen jetzt versuchen, rauszukommen. Ich kann mir auch vorstellen, daß sie bereit waren, den Kampf alleine weiterzuführen. Keine/r der bisher entlassenen RAF-Gefangenen ist in die Illegalität zurückgegangen. Aber nach allem, was ich in ihren Erklärungen ab April 1992 gelesen und gespürt habe, kann ich mir nicht vorstellen, daß sie sich diese Einstellung, eine solche Zäsur anders denken konnten als auf der Grundlage einer inhaltlichen Durcharbeitung und ihrer Vermittlung. Sie wollten nicht nur den formalen Schritt, sie wollten einen inhaltlichen, sich als Subjekt zur eigenen Geschichte verhalten. Das Problem ist doch nicht, daß die Illegalen diesen Weg eingeschlagen haben, sondern daß zuviele zurückgeblieben sind, um im ihnen geeignet erscheinenden Augenblick den Daumen nach unten zu drehen.

Das Problem ist doch, daß der größte Teil der Gefangenengruppe sich diesem notwendigen Prozeß verweigert hat und deshalb *jede* Einstellungserklärung, ohne einen gemeinsamen Begriff der Situation zur Grundlage zu haben, in der Luft hängen mußte. Was für eine revolutionäre Identität, die in wenigen Sätzen dem Rest der Welt mitteilen will, Mitte der 80er Jahre sei eine Phase zu Ende gegangen – um diese dann über eine Formel von der Legitimität des bewaffneten Kampfs wegzutippen wie ein langweilig gewordenes Fernsehprogramm! Und dies bei all den Toten! Warum ausgerechnet einzelne Feministinnen, die doch über die Wechselbeziehung von Subjektivem und Objektivem etwas wissen, damit Probleme haben, wenn die Illegalen auf einem bewußten Verhalten zu ihrer eigenen Geschichte bestehen, wenn sie nein sagen zu einem Subjekt-Objekt-Verhältnis der geschilderten Art, hat sich mir nicht erschlossen. Es fällt mir schwer, mir nach fast 20 Jahren Abwesenheit aus dieser Gesellschaft ein Bild von der Frauenbewegung zu machen (und vom Ablegen parolenhaft-entfremdeter Bekenntnisse halte ich schon gar nichts!), aber wenn ich das doch richtig verstanden habe, war da die Rede von starken Frauen, die sich auf eigene Identität, auf eigene Kraft, auf eigene, bewußt gemachte Geschichte verlassen. Ich habe das Gefühl, wenn solche emanzipative Kraft in den letzten Jahren in unserem Zusammenhang wirksam geworden wäre, wären die Jahre 92 und 93 anders verlaufen!

In der zweiten Hälfte 93 schließlich die Illusion, diese politische Leere durch die bekannte Schuldzuweisung zu füllen. Nochmal: Wir haben niemandem ein Angebot gemacht und hatten dies auch nicht vor. Wo jemand wie Ströbele davon spricht, daß im Fall einer ausbleibenden Deeskalation in der Gefangenenfrage die Möglichkeit einer erneuten Eskalation bewaffneter Aktion wahrscheinlich ist, kann dies gelesen werden als konkrete Drohung, als konkretes Angebot – oder es kann genommen werden als das, was es für Reuter war: die Lageeinschätzung eines früheren aktiven RAF-Anwalts, Kenner der Sachlage, der die Entwicklung verfolgt und der bei Bubis und Reuter formell ausdrücklich als Vertreter einer politischen Gruppierung auftritt, die weder RAF noch Celler Gefangene noch Gefangene aus der RAF und Widerstand heißt – noch sonst irgendwie mit uns in Verbindung gebracht werden kann. Und so war damit auch kein Risiko verbunden. Wir haben niemanden beauftragt, mit dem Verfassungsschützer Benz Kontakt aufzunehmen. Von Reuter/Bubis wußte er nichts. Eine Vermittlung welcher Art auch immer durch ihn hat nicht stattgefunden und war auch nicht beabsichtigt. Im Kontrast zu den von Brigitte Mohnhaupt und anderen, zu den im „Spiegel" und im Angehörigen-Info aufgetischten umfangreichen Einzelheiten und Abläufen, die wir dort erstmalig nachlesen, erfahren konnten wie jede/r andere auch, mag diese Mitteilung dürftig erscheinen. Aber sie entspricht dem Begriff dessen, was gewesen ist. Daß andere Gefangene sich aber auch davon überfahren fühlen, kann ich nachvollziehen. Im umgekehrten Fall wäre mir das vermutlich genauso gegangen. Auch wenn diese, von uns selbst als peripher und aller Wahrscheinlichkeit nach als nicht besonders effektiv empfundene Initiative nicht gerade ein unerklärlicher Ausbruch aus einem lebendigen Kollektiv war – Alleingang war es allemal. Ein Gespräch mit Bubis würde ich auch heute noch führen, er aber vermutlich nicht mehr mit RAF-Gefangenen. Er hat in den letzten beiden Jahren einen engagierten Antifaschismus vertreten. Als der bekannteste Repräsentant der deutschen Jüdinnen und Juden teilt er bei seinem outing zum Vorgang selbst eine Auffassung mit, die mit der öffentlichen Meinung übereinstimmen könnte. Das ist gut so. Die Möglichkeit eines Kontakts zu bürgerlichen AntifaschistInnen dürfte mit dem, wie das jetzt gehandhabt wurde, auf lange Zeit verbaut sein. Schließlich: wenn im Papier der Tübinger Gruppe die Frage aufgeworfen wird, ob in der oben erwähnten Lageeinschätzung ein Widerspruch steckt, kann ich das nur mit ja beantworten.

1991 beschäftigten mich zwei Fragen: Perspektive für die Gefangenen; politische Perspektive, wie kann dieser Sinn, wie er trotz allem in den letzten 20 Jahren steckt, heute und morgen wieder lebendig wer-

den. Zum ersten Punkt vertrat ich die Auffassung, daß die Zusammenlegung ein Ziel für erste Knastjahre sein kann, daß es aber keinen Sinn macht, nach 10, 15, 20 Jahren für Zusammenlegung zu kämpfen. Perspektivisch jedenfalls. Politisch schief vor allem deshalb, weil das sich Abfinden mit der Tatsache der Gefangenschaft, ja, des Gefängnisses überhaupt, etwas zutiefst unrevolutionäres, defensives, ja, resignatives hat. Zur politischen Einschätzung kommen, daß eine Freilassungskampagne zu diesem oder jenem Zeitpunkt aussichtslos ist, ist das eine, ob Gefangenschaft in Frage gestellt oder hingenommen wird, das andere. Vor allem sagt es etwas aus über das Verhältnis zum kapitalistischen Zwangssystem überhaupt. Es hat ja wohl auch in der Frauenbewegung, um das, worum es mir geht, an einem Beispiel zu verdeutlichen, nie eine Diskussion darüber gegeben, statt für Frauenbefreiung und gegen Patriarchat nur für Frauenhäuser zu kämpfen, da die Abschaffung des Patriarchats angesichts heutiger Verhältnisse erstmal nicht durchsetzbar sei. Die Frage, die uns vor einiger Zeit mal erreichte, ob wir's denn im Knast nicht mehr aushalten, ist so sinnvoll wie die Gegenfrage, ob ihr's denn im Kapitalismus nicht mehr aushaltet.

Gleichzeitig bemühte ich mich, zu der 1989 angesagten „großen politischen Auseinandersetzung" etwas beizutragen. Deshalb mein Austausch mit Tupamaros und anderen, deshalb inhaltliche Beiträge. Ich bin der Auffassung, wenn von einer solchen Zäsur die Rede ist, muß Nachforschen einsetzen. In beiden Momenten – Bruch mit dem von manchen verinnerlichten Knast; bewußt gemachte und vermittelte Zäsur – steckt ein emanzipatives Moment: durchbrechen eines verdinglichten, oft in erstarrten Formeln und Denkmustern steckengebliebenen Politikverständnisses. Von einem Hinter-sich-lassen solchen Entfremdungsstresses sei es beim Absender, sei es beim Empfänger – verspreche ich mir das Freiwerden enormer Energiemengen, die ansonsten dafür verbraucht werden, labile ideologische Konstrukte in Schach zu halten. Die beiden letzten Jahre sind ein trauriges Beispiel dafür.

Ich denke, ein solcher oder ähnlicher, weniger spektakulärer, dafür inhaltlich aufbauender und vermittelnder Prozeß hätte mehr gebracht; die Erklärung, gezielt tödliche Angriffe einzustellen, hätte drinnen und draußen eine gemeinsame politische Grundlage gehabt. So aber öffnet diese politische Leere dem Taktieren untereinander Tür und Tor.

Vom Kampf zweier Linien zu sprechen, scheint mir etwas voreilig. Darunter verstehe ich doch etwas anderes. Da ist viel zu wenig herausgearbeitet. Solche spektakuläre Interpretationen befriedigen wohl eher das Bedürfnis nach flinker Einordnung, einen aufklärenden Beitrag kann ich darin nicht erkennen. Es wäre eine weitere deprimierende Erfahrung, würde diese unsere Geschichte zum Steinbruch, aus dem auf die Schnelle Brocken herausgebrochen werden, um die jeweilige „Position" zu untermauern. Dennoch ist heute festzuhalten, daß es seit langem auseinanderstrebende Tendenzen gibt, in sich selbst jeweils nicht ohne Widersprüche, von persönlichen Animositäten überlagert und zur Dimension eines Bruchs nicht zuletzt dadurch gebracht, daß die Freiheit, mit Konflikten eher vertrauensvoll als verbissen umzugehen, zu wenig vorhanden war.

Wir hier in Celle haben seit Mitte der 80er Jahre in Richtung einer emanzipatorischen Gegenmacht gesucht. Will sagen: Befreiung braucht die Mobilisierung und Organisation von Aktionskraft, aber ohne die Mobilisierung und Organisation von Zuneigung zur eigenen Kraft, zu Talenten und Bedürfnissen wird das im subjektiven über Aktionismus nicht hinauskommen. Selbst wo man einen weitgehend „militärischen" Standpunkt einnehmen wollte: daß dies kriegsentscheidend ist, hatte – in seinem Klasseninteresse verallgemeinernd – bereits ein Clausewitz einer revolutionären Armee seiner Zeit abgeguckt. Bewaffneter Kampf ist indes eine autoritäre Angelegenheit, und je ungleicher das Kräfteverhältnis, desto größer die Gefahr solcher Verkürzung der Perspektiven. Zeit und Kraft für lange Entwicklungswege ist da so gut wie nie. Aber auch daraus könnte noch etwas rausgeholt werden in einer Epoche, wo das Zeitgefühl verschwimmt angesichts von Zuständen, die in jedem Punkt schon fertig zu sein scheinen, unkorrigierbar kontrolliert und beherrscht – und so beginnen und beenden, unterbrechen und neu anfangen, wovon das Zeitgefühl lebt, sinnlos erscheinen. Guerillamentalität! Zulange haben wir uns in diesem Widerspruch zwischen Sehnsucht nach Befreiung und Zwang zur Härte bewegt, als daß uns das nicht alle verändert hätte. Davon spricht unser Alleingang nicht weniger als die Art und Weise, wie diese Spaltung vollzogen wurde. Es wäre nicht der erste revolutionäre Krieg, der sich durch sich selbst seines ursprünglichen Ziels beraubt. Lenin spricht am Ende des Bürgerkriegs vom verschwinden der Arbeiterklasse. Womit er nicht deren physische Dezimierung und Zerstreuung in alle Heimatdörfer meinte, er spricht, mit Blick auf die Barbarei dieses Kriegs, vom Verlust jenes einzigartigen, kämpferischen und Talente freisetzenden Klassen-Selbstbewußtseins, das Herz und Verstand jenes emanzipatorischen Sozialismusprojekts hätte werden können, das er, ausgerechnet im streß des Revolutionssommers '17, in „Staat und Revolution" und benachbarten Überlegungen entworfen hatte. Die Partei sollte da doch ein ganz und gar un-leninistisches Gewicht haben! Nein, für *diesen* Lenin war Antiimperialismus und Sozialrevolution ganz gewiß kein Gegensatz. Ganz im Gegenteil! Wenn ich mal davon geredet habe, daß wir alte eingefahrene Denk- und Kontroversenmuster überwinden sollten, wäre dies ein Beispiel. Aber auch Marx! In seinem Begriff der Pariser Kommune hat er, strategisch denkend, dem Emanzipatorischen unmißverständliche ja geradezu demonstrativ Vorrang gegeben vor den militärischen Defiziten, obwohl sie ihm den schlaf geraubt hatten.

In den Auseinandersetzungen der Jahre 1992/93 scheinen die Gewichte anders gelagert zu sein. Denkbar schlechte Voraussetzungen für den Umgang mit dieser Kinkel-Initiative. Denn sie drückt weniger auf das militärische als auf das emanzipatorische Moment. Das, wie unsere Geschichte nun mal gelaufen ist, eher bei den Gefangenen lag, wenn auch in sehr widersprüchlicher Weise, als bei den bewaffnet Kämpfenden, egal ob den von 75, 77 oder 85. Im Konflikt einiger Gefangener mit den Illegalen 90/91 taucht es auf Seiten der RAF auf, findet seinen Ausdruck in den April- und August-Texten 92, um von jenen, die sich einen klaren Blick nur noch über Kimme und Korn vorstellen können, intern sofort als „Müsli" denunziert zu werden.

Wenn es von Seiten des Staats keine politische Antwort gab, dann vor allem deshalb, weil sie glaubten, mit der Figur Steinmetz endlich der militärischen Lösung nahe gekommen zu sein. Dies ist das eine. Das andere ist, daß die seit Januar 92 vom Staatsschutzbunker noch einmal mit besonderer Inbrunst gelegte Eskalationsspur gewiß kein Fremdkörper in der gegenwärtigen Politik von Staat und Kapital ist. Mölln, Bad Kleinen, Solingen gehören zusammen. Von allem andern gar nicht zu reden. An dieser Figur Steinmetz fällt jedenfalls auf, daß sie überall hinfließen will. Und darin ist sie sicher auch Produkt jener politischen Leere, von der oben die Rede war. Nicht daß aus solcher politischen Leere zwangsläufig Verrat kommen müßte, aber dem Verrat vorbeugende Identität kommt aus Verdinglichung und Fetisch nicht.

Ich denke, die politische Vorstellung, wie sie beispielhaft in der Erklärung Helmut Pohl 27.8.93 sichtbar wird: Teile der Gesellschaft könnten sich der seit 20 Jahren richtig antizipierenden RAF-Politik anschließen, nachdem sie im heutigen kapitalistischen Durchmarsch ihre Lage erkannt haben, und zwar ohne daß es von unserer Seite aus nennenswerte Austauschanstrengungen braucht, da die Auseinandersetzungen auf uns zugeflogen kommen – solch ein Szenario ist so realitätsverträglich wie das der weltweiten resp. westeuropäischen Front der 80er Jahre. Umgekehrt wird ein Schuh draus! Die praktische Initiative muß auf die Menschen zufliegen, die in dieser Welt mehr denn je Grund haben, ihre Lage zu begreifen (mehr denn je aber, nicht zuletzt in ihrer oft zugespitzten Vereinzelung, Schwierigkeiten damit haben dürften), und die so in der revolutionären Initiative etwas wiedererkennen von ihrem Bedürfnis, von ihrem Traum nach Würde und Existenz (wozu heute auch der Wunsch gehört, zurückzuschlagen) – jede Initiative ein Moment, aus dem sich nach und nach das Puzzle einer revolutionär-emanzipativen Gegenmacht und -wirklichkeit herausstellt. Ja, es mag sein, daß RAF Hoffnungen auf sich gezogen hat (aber auch Ängste), aber eine revolutionäre Strategie, die diesen Namen verdient, muß doch darauf aus sein, den Menschen Hoffnungen auf sich selbst zu machen! Wo bewaffnete Aktion und revolutionärer Kampf zum Synonym werden, ist die Niederlege vorprogrammiert – sowohl politisch als auch militärisch.

Konkret – auch um das, was von uns und an uns in den letzten Jahren gelaufen ist, einordnen zu können – am wichtigsten scheint mir aktuell eine möglichst breite

Front gegen die Gefahr von Faschismus. Eine Frage, die unausweichlich auf uns zukommen wird, spätestens dann, wenn es in dieser Entwicklung einen noch bedrohlicheren Sprung geben wird. So jedenfalls die Erfahrungen aus der Geschichte. Das von Spaltung und Zensur ausgehende Signal geht in die falsche Richtung. Diese Faschisierung ist aber nur der unverstellte Klartext des neoliberalen Wolfsgesetzes. Antifaschistischer Kampf ist notwendig, soweit ich das von hier sehen kann, hat er eine Kraft und eine Wirkung entwickelt, die ihn legitimiert, aber doch ist er ohne Schutzwirkung gegenüber der Zerstörungsdynamik des neoliberalen Totalitarismus. Die Diskussion über bewaffnete Aktionen, wie sie in den letzten zwei Jahren weitgehend geführt wurde, halte ich nicht für einen Beitrag zur Lösung dieser Frage, sondern für einen Beitrag zu ihrer Verdrängung.

Wir hier haben das Gewicht unserer Arbeit in den letzten Jahren schwerpunktmäßig auf die Suche nach einer Überwindungsperspektive gelegt: das 77-Seiten-Papier von Karl-Heinz Dellwo, ursprünglich für die gruppeninterne Diskussion bestimmt, in Ausschnitten jetzt in der berliner Zeitschrift ARRANCA! (Nr. 3, Winter 92/93) veröffentlicht; mein Austausch mit Tupamaros (Lutz Taufer, „Auf der Suche ...“, ak 337, 16.12.91), der Beitrag im PIZZA-Sammelband Frühjahr 1992 (Lutz Taufer, „Gedanken gegen die Mauern“, in: PIZZA (Hg.), ODRANOEL. Die Linke – Zwischen den Welten. VLA), Diskussionen und Auseinandersetzungen mit Linken und Alternativen aus den verschiedensten Bereichen, aus Ost- und Westdeutschland. Es ist sicher richtig, daß Gefangene nach dieser langen Zeit des Abgeschottetseins von jeder sinnlichen Erfahrbarkeit der stark veränderten Gesellschaft draußen sich bei einer solchen Arbeit in einzelnen Punkten vertun können. Unser grundsätzliches Anliegen sehe ich aber durch die Entwicklung der letzten Monate eher noch einmal bekräftigt. Auf jeden Fall war diese Arbeit sinnvoller als die An- und Absage von Diskussionen, denen dann aber keine eigene Vorgabe folgte.

Nicht zuletzt ging es uns darum, zwischen der Realpolitik „Zusammenlegung durchsetzen“ und der Irrealpolitik einer weltweiten Front zu einem Maß zu finden, das unseren Möglichkeiten und Kräften entspricht und so Entwicklungsmöglichkeiten in sich trägt.

Was uns in den letzten Jahren umgetrieben hat, könnte in den Sätzen aus dem PIZZA-Beitrag skizziert sein:

„Widerstand ist Abwehrkampf, Negation von bestehendem schlechten. Widerstand ist nicht revolutionär, denn er führt der Gesellschaft nicht jenes positive zu, dessen Möglichkeit er mit seiner radikalen Kritik am Bestehenden behauptet.“

Die Suche nach einer Überwindungsperspektive wird allerdings in dem Maß subjektiv als sinnlos und abgehoben erscheinen und objektiv auch sein, wo die Alltagskämpfe ums Überleben und für eine selbstbewußte Kultur der Existenz diesseits der Selektionsrampe Weltmarktrentabilität nicht geführt werden. Damit ist aber schon die Unmöglichkeit benannt, unseren Kampf hier anders als mit international-solidarischer Wirkung zu entwerfen. Warum Auschwitz im US-Krieg gegen Vietnam wiedererkennbar gewesen sein soll, die nicht weniger massenhafttödlichen ökonomischen Vernichtungsfeldzüge des westlichen Kapitals gegen die allermeisten Trikont-Länder Ausdruck eines Demokratisierungsprozesses sein sollen, ist nicht nachzuvollziehen. Bei jenen, die so reden, scheint mir das demokratische Heute nicht weniger ideologisch-entäußert zu sein wie ehedem das revolutionäre. Wenn die Aufstände gerade in den als jahrzehntelang „stabil“ und „demokratisch“ geltenden Ländern Lateinamerikas wie Mexico und Venezuela zunehmen, ist das ein deutliches Zeichen. Auch hier bei uns wächst die Bedrohung von Leben und Existenz. Ohne die Erfahrungen aus all diesen Kämpfen, ohne ihre wechselseitige Annäherung und Vermittlung, wird aber eine Überwindungsstrategie kaum zu gewinnen sein. Der im Bild der One-World suggerierte Endsieg hat so nicht stattgefunden. Ratlosigkeit in globalperspektivischer Hinsicht breitet sich aus. Dies zu sagen heißt nicht, die zu unterschätzen, die trotzdem versuchen, die kapitalistische Katastrophe zu verwalten und jene, die so uneinsichtig sind, noch immer wie Menschen leben zu wollen, in Schach zu halten.

Es gibt draußen welche, die die Einstellung der Angriffe, das damit verbundene Aufknoten unserer Geschichte sowie – kaum vermittelt – Andeutungen, wonach in der Gesellschaft heute etwas anderes möglich sein soll, als Messer in den Rücken empfinden. „Links“ steht mit dem Rücken zur Wand – so sehr die Kämpfe ums Überleben im Alltag ohne Militanz kaum noch vorstellbar sind, so sehr sie auch ganz subjektiv Überlebensbedingung sind, an der grundsätzlichen Situation ist damit allein nichts zu ändern. Ich denke aber, auch wenn eine revolutionäre Perspektive nicht in Sicht ist, haben die Recht, die Widerstand leisten. Das war ursprünglich Selbstverständnis von „RAF“, um nach und nach dem verbalradikalen Lippenbekenntnis zu weichen.

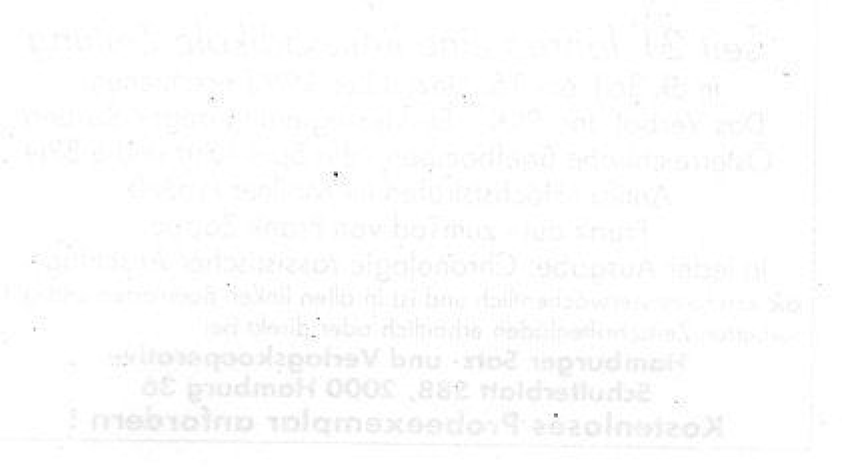
Wenn wir etwas antizipiert haben, dann diese revolutionäre Subjektivität. Es hat in dieser Gruppe harte Auseinandersetzungen gegeben, auch hier in Celle gab es die. Wie sollte das anders sein, wir sind nicht vom Mond gefallen. Positiv- wie Negativmythen haben dazu beigetragen, Konflikte, die bei einer so langen Zeit und unter derart extremen Bedingungen ganz natürlich, ja, ich würde sagen, notwendig sind, nicht immer in konstruktiver Weise regulieren zu können. Also wurden sie akkumuliert. Aber wenn es diese Gruppe mehr als zwei Jahrzehnte gegeben hat, dann aus einer Reihe von Kämpfen ums Überleben als politisch freibleibende Menschen, aus Bedingungen heraus, die denen draußen heute sehr viel verwandter sind als noch vor 20 Jahren. Die Erfahrungen, die wir erkämpft haben, waren und sind verschlungen in eine Wirklichkeit, die immer wieder so unüberwindbar schien wie die heutige Wirklichkeit draußen. Es gab im Hochsicherheitstrakt und in den Isolationszellen keine Möglichkeit, sich lange Illusionen über die eigene Situation zu machen. Als Gefangene hatten wir nie den Reichtum an Möglichkeiten zum Kämpfen und zum Leben, den es draußen solange gab und der inzwischen dramatisch zu schrumpfen scheint. Wir hatten keinen gemeinsamen Ort wie eine Arbeiterbewegung die Fabrik oder die Gewerkschaft oder eine Hausbesetzerbewegung den Kiez – und unter dem existentiellen Druck der Vernichtungshaft hatte wir auch nicht immer den Luxus endloser Zeit, eine präzise Klassenanalyse anzufertigen, bevor wir einen Hungerstreik begannen. Entsprechende Forderungen, wie sie 92 uns hier erreichten, haben mich doch eher melancholisch gestimmt. Es gab keine hinreichend vorhandene Ressourcen, auf welcher subjektiven und objektiven Ebene auch immer, sie waren dschungelmäßig, äußerst dürftig und beschwerlich. Trotzdem hat sich die Gefangenengruppe in ihrem Kampf der Wirklichkeit präziser angenähert als viele andere. Sie hat gekämpft auf einem Terrain, auf dem das System in jedem noch so kleinen Detail die Initiative zu haben scheint, in einer Situation der scheinbar erdrückenden Übermacht des Gegners; an einem unausweichlich feststehenden, unentrinnbar öden und engen Ort, nach einer Zeiteinteilung, die den eigenen Lebens- und Arbeitsrhythmus zerstückelt; nach objektiven Bedingungen für emotionales und intellektuelles Leben, wie sie unter sensorischer Deprivation und sozialer Isolation schlechter kaum vorstellbar waren und, bei Birgit Hogefeld, noch heute so sind. Wir waren hier in der elendigen Situation einer Guerilla, die mit nichts in der Hand beginnt und lange, lange Zeit über diese erbärmlichen Bedingungen nicht hinauskommt – und die deshalb gar keine andere Wahl hat als unterzugehen, und das heißt auch, individuell unterzugehen, oder ein Maximum an Erfindungsreichtum, Flexibilität, Kraft und Risikobereitschaft zu entfalten. Wir hatten nicht die Möglichkeit, auf Zwangsernährung und Isolationshaft mit Transparenten oder dem Aufstellen „richtiger Forderungen“ reagieren zu können. Wie Robinson auf seiner Insel waren wir gezwungen, ständig neue Lösungen zu erfinden. In der politischen Aussage hat es, nicht zuletzt aufgrund dieser Bedingungen, Fehler gegeben. Gut, daß es immer wieder ein paar gibt, die die dahinter sich verbergenden moralischen Abgründe aufdecken. Wir waren in unserem Kampf auf der Höhe der Zeit. Wenn wir dabei an eine Grenze gestoßen sind, dann die, daß unsere Art und Weise, zu kämpfen, eine Vorahnung gewissermaßen, vertieft und verbreitert, aufgehoben sein könnte im Kämpfen, Handeln, nachdenken und suchen auf neuer ebene. Denn die alltägliche Dimension von Austilgung und Selbstaustilgung, von Deprivation und Enteignung hat die abhängigen Teile der Gesellschaft draußen längst erreicht.

Als normative Kraft des *Tat*-Sachen-Schaffens gingen die Gefangenen immer wieder voran, zusammen kämpfend und doch erstmal allein und auf eigene Faust, und darin waren sie Avantgarde im besten Sinn. Da entstand Nähe, erlebt wurde die Geburt menschlicher Beziehungen über Hunderte von Kilometern hinweg, und so von Kraft. Die Furcht vor einer unklaren, offenen Situation – offen im Negativen

wie im Positiven –, verwarf sich im Sprung in die Solidarität. Jene, die uns – die letzten beiden Jahre nicht zum ersten Mal – die Klarheit der Klassikerinnen und Klassiker vorhalten, übersehen dabei, daß es diese, ohne die schon fast natürliche Solidarität der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, gar nicht gegeben hätte. Ja, gewiß, Solidarität ist naiv. Aber in dieser Scham vor solcher Einfachheit, in der manche Linke jener Metropolengesellschaft und der Logik des Wolfsgesetzes ähnlicher sind als ihnen recht ist, verbirgt sich schließlich ein Bedürfnis nach Gesellschaftlichkeit von Vereinzelten, die nicht mehr wissen, wie sie das anstellen sollen. Ungewiß, wie heute nun mal alles ist, braucht eine solche Situation der Krise und des Übergangs eine Solidarität, die Kraft und Selbstbewußtsein genug hat, auch mal alleine zu gehen, ohne auf die ewige Krücke der moralisierenden Abgrenzung angewiesen zu sein. Im ungewissen der einfachen Negation Priorität zu geben – diese endlose und so müde machende Geschichte des Herummanövrierens in der Sackgasse von Ausgrenzung und Abgrenzung – schafft keine Klarheit. Wenn wir Ohnmachtsgefühle (ab und zu) lindern wollen, mag es genügen, hier und da eine bewaffnete Aktion zu machen. Wo wir aber die Ohnmachtssituation aufbrechen wollen, müssen wir alle die politisch-ökonomisch-kulturelle Schranke durchbrechen, die uns heute stärker denn je gesetzt ist, ja, uns einzukreisen droht. Mag sein, daß unsere Suche nach dem, womit die Gesellschaft schwanger geht – nicht nur nach Marx conditio sine qua non jeden revolutionären Prozesses, manchen allerdings untrügliches Zeichen für reformistische Dekadenz – angesichts der realexistierenden Kraft und Bewußtseinslagen von uns Linken sowie der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung nicht vermittelt ist. Trotzdem möchte ich auf Gramscis Warnung hinweisen, die konjunkturellen Entwicklungen nicht mit den organischen zu verwechseln.

IX. Anhang

1. Quellenverzeichnis
2 Hinweis auf weiterführende Literatur



Quellenverzeichnis:

I. Für eine neue revolutionäre Praxis!

1. Vorwort

Originalbeitrag

2. Einleitung: *triple oppression* und bewaffneter Kampf

Originalbeitrag

3. Für eine produktive Debatte zwischen Antiimperialistinnen, Feministinnen und Kommunistinnen! Zusammenfassungen der Texte (abstracts)

Originalbeitrag

II. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit I:

Kommunistische Kritiken an der alten Politik der RAF

1. Gefangene aus der PCE(r) und der GRAPO, *Zwei unvereinbare Linie in der europäischen revolutionären Bewegung* (1986)

aus: *Knipselkrant* (Amsterdam, Niederlande), Nr. 9, 1986, S. 440 - 454.

2. Frédéric Oriach, *Der bewaffnete Kampf als strategische und taktische Notwendigkeit des Kampfes für die Revolution*

aus: o. Hg., *Texte 1984-85*, International Institute DOCOM, Groningen/Nederland, o.J., S. 1 - 9.

3. o. Verf., *Für den Kommunismus!* (Papier vom Widerstands-Kongreß 1986)

Der Text "*Für den Kommunismus!*" wurde 1986 im *Arbeiterkampf*. Zeitung des Kommunistischen Bundes (Hamburger Satz- und Verlagskooperative) AK 270, 05.05.1986, S. 38 - 39 und jüngst erneut in der Broschüre der Kommunistischen Brigaden, *Beitrag für die Debatte in der revolutionären Bewegung Europas*. 1. Ausgabe, Amsterdam/Niederlande, 1991, S. 41 - 45 veröffentlicht.

III. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Weißen und People of Color:

Antirassismus ist mehr als Antifaschismus und traditioneller Antiimperialismus!

1. Christian Klar, *Brief vom Jan. 1992*

aus: *Clockwork 129a*. Informationen über 129a-Verfahren und andere politische Prozesse, Nr. 32, 28.05.1993, S. 2.

2. Heidi Schulz, *Auszug aus einem Brief vom Jan. 1993*

Der Brief wurde von der *Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen* (c/o Weißes Haus, Heddernheimer Landstraße 155, 60439 Frankfurt am Main - Heddernheim) veröffentlicht.

3. Lutz Taufer, Auszug aus dem Text "*Ghetto oder Gesellschaft*" (Jan. 1993)

Der Brief wurde von der *Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen* (c/o Weißes Haus, s. III.2.) veröffentlicht.

4. RAF, *Auszug aus der Weiterstadt-Erklärung* (April 1993)

aus: *interim*. Wöchentliches Berlin-Info, Nr. 235, 08.04.1993, S. 11 - 17 (11 f., 17).

5. einige Frauen aus der *radikal*, *Gegen das organisierte Deutschtum!* (Herbst 1992)

aus: *radikal*, Nr. 146, Nov. 1992, S. 37 - 42.

6. Frauen aus verschiedenen politischen Bereichen, *Zur Politik der Frauen aus dem antirassistischen Zentrum und grundsätzliche Überlegungen zur antirassistischen Politik* (März 1992)

aus: *interim*, Nr. 184/185, 19.03.1992, S. I - VI (I, III - VI).

IV. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen I:

Feministische Kritiken an der alten und neuen Politik

1. Schweizer Feministinnen, *Ein Stein in der Sonne* (1990)

aus: *radikal*, Nr. 141, Teil I, Nov. 1990, S. 6 - 10.

2. Frauen aus der *radikal*, Stellungnahme zu "*Ein Stein in der Sonne*"

aus: *radikal*, Nr. 141, Teil I, Nov. 1990, 10 - 14. Bei beiden Texten (III.1. und III.2.) haben wir am Anfang einige Absätze ausgelassen, die sich auf die damals aktuelle Situation bezogen.

3. Sterin, *Die inhaltliche Debatte weiterentwickeln* (Okt. 1992)

aus: *interim*. Wöchentliches Berlin-Info (Berlin), Nr. 210, 08.10.1992, S. 17 - 19.

4. Frauen/Lesben aus Gießen, *Eine feministische Kritik* (Feb. 1993)

aus: *interim*, Nr. 229, 25.02.1993, S. 23 - 27.

3. deutsche Lesben aus dem linksradikalen Frauen-/Lesben-Spektrum, Stellungnahme zur "*Feministischen Kritik*" (Mai 1993)

aus: *interim*, Nr. 239, 06.05.1993, 30 - 33.

V. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen II:

Zur kommunistischen Debatte über das Patriarchat

1. Stellungnahme der Kommunistischen Brigaden

aus: Kommunistische Brigaden, *Beitrag für die Debatte in der revolutionären Bewegung Europas*. 1. Ausgabe, Amsterdam/Niederlande, 1991, 20 - 21 (Abschnitt "Patriarchatsdiskussion").

2. Stellungnahme der belgischen CCC-Gefangenen

aus: Bertrand Sassoye / Pierre Carette / Pascale Vandegeerde / Didier Chevolet, *An die Militanten der "Internationalen Infoläden"* (Antwort auf den offenen Brief vom Sommer 1990) An alle Genossinnen und Genossen. Oktober 1991, fotokopierte deutsche Übersetzung ohne Ort und ohne Jahr, S. 1 - 14, 20 - 22.

3. Kritik von Pro Kommunismus an diesen beiden Texten

Der Text ist eine Neufassung und basiert auf den "Thesen aus und zur Position der Kommunistischen Brigaden und der CCC-Gefangenen zum Patriarchat". Er erscheint hier erstmals; ältere Versionen kursierten bisher nur als fotokopiertes Diskussionspapier, u.a. in der Sammlung verschiedener Texte von Pro Kommunismus sowie weiterer Diskussionspapiere "Beiträge zur Politik der westeuropäischen Guerilla. Diskussionsbeiträge und Dokumente", Berlin, 1992 (unpaginiert).

VI. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit II:

Kommunistische Kritiken an der neuen Politik der RAF

1. ZK der PCE(r), *Strategische Neuorientierung oder Das Ende des bewaffneten Kampfes* (Juni 1992)

Der Text wurde von der *interim* (s. Nr. 205, 27.08.1992, S. 2) in ihre in verschiedenen Berliner Info-Läden zur Verfügung stehenden Ordner mit von ihr nicht veröffentlichten Texten aufgenommen. Eine etwas andere Übersetzung des Textes erschien in der *Agitare Bene*. Monatliche Zeitung aus Köln, Nr. 60, Nov. 1992, S. 32 - 35.

2. Gefangene aus den CCC, *Eine nicht zu rechtfertigende Erklärung* (Okt. 1992)

Der Text wurde von der *interim* (s. Nr. 233, 25.03.1993, S. 2) in ihre in verschiedenen Berliner Info-Läden zur Verfügung stehenden Ordner mit von ihr nicht veröffentlichten Text aufgenommen. Später erschien der Text in: Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation* zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand, Selbstverlag: Köln, 1993, 31 - 36.

3. Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, "*... sag mal wo leben wir denn?*" (Mai 1992)

aus: *AK* 343, 03.06.1992, S. 11 und 13.

2. Michi Dietiker / Ali Jansen / Bernhard Rosenkötter, *Über das Schleifen von Messerrücken* (Juli 1992)

aus: *interim*, Nr. 210, 08.10.1992, S. 20 - 25.

VII. Kritische Theorie: Die Totalität eliminiert die gesellschaftlichen Antagonismen.

Die theoretischen Ursachen der Defizite der alten und neuen Politik

1. Herausgeber-Kollektiv, *Frankfurter oder Rote Armee Fraktion? - Zur Kritik des Einflusses der Kritischen Theorie auf die RAF*

Originalbeitrag des Herausgeberkollektivs.

2. Galvano della Volpe, "*Kritik eines spätromantischen Paradoxes* (Über die 'Dialektik der Aufklärung' von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno)" und "*Marcuses Moralismus und Utopismus*"

aus: ders., *Für eine materialistische Methodologie* (Internationale Marxistische Diskussion 43), Merve Verlag: [West]berlin, 1973, S. 117 - 122 und 123 - 129.

3. Karl Marx und Friedrich Engels, *Über die revolutionäre Rolle der Bourgeoisie*. Auszug aus dem *Kommunistischen Manifest*

Karl Marx / Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, aus: ebd., Band 4 (1983[10]), S. 459 - 493 (hier S. 464 - 467).

4. Lucio Colletti, *Von Hegel zu Marcuse*

aus: *alternative*. Zeitschrift für Literatur und Diskussion (Alternative Verlag: [West]berlin), Vol. 72/73: *Literatur und Revolution*. Beiträge aus Italien, Juni/Aug 1970, 129 - 135 und 141 - 148 (wir haben die Abschnitte "3. Der dialektische Materialismus und Hegel" [S. 135 - 137] und "4. Hegel und die Dialektik der Materie" [137 - 141] ausgelassen).

5. Friedrich Engels über die Parole "Ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagewerk"

Friedrich Engels, *Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk* (1881) und die ersten beiden Absätze von *Das Lohnsystem* (1881) aus: Karl Marx / Friedrich Engels, *Werke* hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 19. Dietz-Verlag: Berlin/DDR, 1962[8], S. 247 - 251.

6. Karl Marx über die Forderung nach "gerechter Verteilung des Arbeitsertrags"

Abschnitt 3. aus Karl Marx, [Kritik des Gothaer Programms (1875)], aus: ebd., S. 11 - 32 (hier: 18 - 22).

7. Rolf Nemitz, *Ideologie als "notwendig falsches Bewußtsein" bei Lukács und der Kritischen Theorie*

aus: Projekt Ideologie-Theorie, *Theorien über Ideologie* (Argument-Sonderband AS 40), Argument-Verlag: [West]berlin, 1979[1], 1986[3], 39 - 60.

8. Stuart Hall, *Ideologie und Ökonomie - Marxismus ohne Gewähr*

aus: Projekt Ideologie Theorie (Hg.), *Die Camera Obscura der Ideologie* (Argument-Sonderband AS 70), Argument-Verlag: [West]berlin, 1984, 97 - 121. Wir dokumentieren mit den Seiten 109 - 114 einen Auszug aus dem Abschnitt 3. "Falsches Bewußtsein' oder Pluralität der ökonomischen Diskurse?".

9. Desch, *Vom Protest zum Widerstand - aber wie?*

Der Text ist das XI. Kapitel einer umfangreichen, unveröffentlichten Stellungnahme des Verfassers insbesondere zur Bedeutung des Humanismus für revolutionäre Politik. Dieser Text antwortet auf eine in der SWING (Frankfurt am Main) im März 1992 veröffentlichte Kritik ("*Ein moralischer Appell oder die hohe Kunst am fliegenden Trapez*") von Ali Jansen / Michi Dietiker / Bernhard Rosenkötter an einem Artikel des Verfassers in der PROWO, Nr. 20, Dez. 1991, S. 6 ("*Sozialistischer Humanismus*", *autonomer Humanismus oder gar kein Humanismus?*). Der kurze Abschnitt XI.1. des Textes von Desch ("Antiimperialistischer Widerstand mit Max Horkheimer?") bezieht sich direkt auf den (den LeserInnen dieser Broschüre nicht unbedingt bekannten) Artikel in der SWING. Wir lassen ihn hier weg. Aus Platzgründen weggelassen ist der (ein knappes Fünftel des Kapitels XI. ausmachende) Abschnitt XI.3 ("Antiimperialistischer Widerstand mit der Althusser-Schule?"), in dem der Verfasser den französischen kommunistischen Philosophen Louis Althusser (s. bspw. dessen Werke: *Für Marx*, Suhrkamp-Verlag: Frankfurt am Main, 1968 sowie *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, VSA: Hamburg/[West]berlin, 1977) statt der Frankfurter Schule als revolutionären theoretischen Bezugspunkt empfiehlt.

VIII. antiimperialistische Kritiken an der neuen Politik

1. Brief von Nathalie Ménigon, Gefangene aus der AD, vom 14.06.1992

aus: "Briefe von Joëlle Aubron, Georges Cipriani, Nathalie Ménigon, Jean Marc Rouillan, Gefangene aus action directe, zur Raf-Erklärung vom 10.4.92" Ende 1992 herausgegeben von der *Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen* (c/o Weißes Haus, Heddernheimer Landstraße 155, 60439 Frankfurt am Main - Heddernheim) (unpaginiert).

2. Brief von Joëlle Aubron vom 12.06.1992

aus: "Briefe von Joëlle Aubron, Georges Cipriani, Nathalie Ménigon, Jean Marc Rouillan, Gefangene aus action directe, zur Raf-Erklärung vom 10.4.92" Ende 1992 herausgegeben von der *Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen* (c/o Weißes Haus, siehe VII.1.) (unpaginiert).

3. KONKRET-Leserbrief und Prozeßerklärung von Christian Klar (Herbst 1992)

a) Leserbrief aus: *Konkret*. Politik & Kultur (Gremlizas Verlag: Hamburg), Nov. 1992, S. 7.

b) "*Die Situation der Gefangenen ist wie gehabt*", aus: *Angehörigen-Info* (GNN-Verlag: Hamburg), Nr. 101, 10.09.1992, S. 1 und 2.

4. Erklärung von Karl-Heinz Dellwo vom Okt. 1992

aus: *Angehörigen-Info*, Nr. 106, 20.11.1992, S. 2 - 3.

5. Brief von Heidi Schulz vom Jan. 1993 mit Kritik an der Erklärung von Karl-Heinz Dellwo

Der Brief wurde von der *Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen* (c/o Weißes Haus, s. VII.1.) veröffentlicht.

6. Brief von Rolf Heißler vom Jan. 1993 mit Kritik an der Erklärung von Karl-Heinz Dellwo

Der Brief wurde von der *Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen* (c/o Weißes Haus, s. VII.1.) veröffentlicht.

Dokumentation

Lutz Taufer, Gesellschaft oder *Isolation?* "In der RAF war auch immer etwas Emanzipatorisches" -

Teil 1, aus AK 363, 09.02.1994, 16 - 18, Teil 2, aus: AK 364, 09.03.1994, 36 - 37.

IX. Anhang

1. Quellenverzeichnis

Originalbeitrag

2 Hinweis auf weiterführende Literatur

Originalbeitrag

Text auf der rückwärtigen Umschlagseite

aus Ingrid Strobls Prozeßerklärung aus: *Clockwork 129a*, Nr. 2, 16.02.1989, S. 2 - 3.

3. weiterführende Literaturhinweise:

Anschriften von in diesem Literaturverzeichnis häufig zitierten Zeitschriften:

Agitare Bene, c/o AL, Bobstr. 6, 50676 Köln

AK, Schulterblatt 58B, 20357 Hamburg

Arranca!, Crellestr. 22, 10827 Berlin

Interim, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Perspektiven, Methfesselstr. 5, 10965 Berlin

Swing, c/o Archiv für Zeitgeschichte, Hinter der schönen Aussicht 11, 60311 Frankfurt am Main

I. Zur RAF

1. Literatur zur alten Politik der RAF

a) Die wichtigen alten Texte der RAF und der Gefangenen aus der RAF sind leicht zugänglich in folgenden Veröffentlichungen:

Redaktion (Hg.), Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. *Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF)*, GNN-Verlag: Köln 1988[4].

Klaus Bittermann (Hg.), *Die alte Straßenverkehrsordnung.* Dokumente der RAF (Critica Diabolis) Edition Tiamat: [West]berlin, 1987[3].

Pieter Bakker Schut (Hg.), *Das Info.* Briefe von Gefangenen aus der RAF aus der Diskussion 1973-1977, Neuer Malik Verlag: Kiel, 1987.

Oliver Tolmein, *Stammheim vergessen.* Deutschlands Aufbruch und die RAF, Konkret Literatur Verlag: Hamburg, 1992.

b) historische Einführungen ins Thema:

Pieter Bakker Schut, *Stammheim.* Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung. Der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion, Neuer Malik Verlag: Kiel, 1986, bes. 13 - 26, 33 - 36.

Oliver Tolmein / Detlef zum Winkel, *nix gerafft.* 10 Jahre deutscher Herbst und der Konservatismus der Linken, Konkret Literatur Verlag: Hamburg, 1987.

Karl-Heinz Weidenhammer, *Selbstmord oder Mord?* Todesermittlungsverfahren Baader, Ensslin, Raspe, Neuer Malik Verlag: Kiel, 1988.

c) wichtige Diskussionsbeiträge zur alten Politik der RAF, die wir in unserer Broschüre nicht dokumentieren:

Karl-Heinz Roth, *Über die historische Bedeutung der RAF*, in: Klaus Bittermann (Hg.), *Die alte Straßenverkehrsordnung*, [West]berlin, 1987[3], 175 - 198 (Nachdruck aus: ders. / Fritz Teufel, Kaut sie!, Tübingen, 1978/79).

Autonome FIM (Lupus), *Bestimmung sozialer und gesellschaftlicher Bedingungen aus sozialrevolutionärer Sicht*, in: o. Hg., Von sozialen Bewegungen zur sozialen Revolution. *Libertäre Tage* von Don. 16.4. - Mon. 20.4. in Frankfurt Fachhochschule, o.O. (Frankfurt am Main), o.J. (1987), Themenblock 1.2., 2 - 27 = *Schwarzer Faden*, Vol. 23, 1/1987 = [gekürzt] taz, 18.04.1987.

Christian Geissler (k), *Prozeß im Bruch*, Edition Nautilus: Hamburg, 1992, s. dort (als perspektivischen Beitrag) besonders den Text "Winterdeutsch", S. 207 - 276.

Kommunistische Brigaden, *Beitrag für die Debatte in der revolutionären Bewegung Europas*, 1. Ausgabe, De Roodboek Uitgeverij: Amsterdam, 1991, 22 - 25 (Abschnitt "Front als taktisches Moment").

d) als umfassende Dokumentation der Debatte in den 70er und 80er Jahren:

Linke Liste Universität / Frankfurt (Hg.), *Die Mythen knacken.* Materialien wider ein Tabu. Neue Linke. RAF. Deutscher Herbst. Amnestie, Selbstverlag: Frankfurt am Main, 1988[2]. (dort S. 97 - 127 auch noch einmal verschiedene Texte der RAF sowie das SPIEGEL-Interview der Gefangenen aus der RAF vom Jan. 1975 sowie die Erkläung der Gefangenen aus der RAF zu '77; außerdem S. 265- 272 o.g. Roth-Text).

2. Literatur zur neuen Politik der RAF, eines Teils der Gefangenen und des größten Teils des ehemaligen antiimperialistischen Widerstandes

Karl-Heinz Dellwo, *Mitten im Nebel* (1990/91), in: *Arranca!*, Nr. 3, Winter 1993/94, 18 - 23

Lutz Taufer, *Wird Zeit, daß wir rauskommen*, in: PIZZA (Hg.), *Odranoel.* Die Linke - zwischen den Welten, Verlag Libertäre Assoziation: Hamburg, 1992.

Lutz Taufer, *Brief an die Tübinger Initiative für die Zusammenlegung*, in: *interim*, Nr. 180, 13.02.1992, 32 - 37.

RAF, *an alle, die auf der suche nach wegen sind, wie menschenwürdiges leben hier und weltweit an ganz konkreten fragen organisiert und durchgesetzt werden kann*, in: AK Drinnen & Draußen (Hg.), *"Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß"* (Lukács). Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahre 1988 bis 1992, GNN-Verlag, Köln, 1992, 80 - 81.

Irmgard Möller, *Erklärung zur RAF-Erklärung vom April 1992*, in: *interim*, Nr. 190, 23.04.1992, 9 = AK Drinnen & Draußen (Hg.), *"Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß"* (Lukács). Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahre 1988 bis 1992, GNN-Verlag, Köln, 1992, 83.

Oliver Tolmein, *Alle 40 müssen raus* [Abschrift des NDR-Fernseh-Interviews vom 15.05.1992], in: *AK* (Hamburger Satz- und Verlagskooperative), Nr. 343, 03.06.1992, 14 - 15.

o. Verf., *"Sie wollen uns auslöschen"*. Konkret-Gespräch mit Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer, in: *Konkret.* Politik & Kultur (Gremlizas Verlag: Hamburg), 6/1992, 10 - 19 (s. dazu die kritische Stellungnahme von Georg Fülberth, *Auf Messers Rücken*, in: Konkret 8/1992, 31 - 32).

Rote Armee Fraktion, *"... wir sind an eine Grenze gestoßen ..."*. Grußadresse der RAF an die Teilnehmerinnen des WWG, in: *AK.* Analyse & Kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis (Hamburger Satz- und Verlagskooperative), Nr. 345, 26.08.1992, 37 = *interim*, Nr. 201, 09.07.1992, 14 - 18.

Rote Armee Fraktion, *Wir müssen das Neue suchen.* konkret dokument (Sonderdruck), Gremlizas Verlag: Hamburg, 1992 (für 2 DM beim Verlag zu bestellen: Schulterblatt 58 C, 20357 Hamburg) = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand*, Köln, 1993, 20 - 30.

Karl-Heinz Dellwo, *Keine Rückkehr zum bewaffneten Kampf*, in: *AK*, Nr. 348, 19.11.1992 = [gekürzt] taz, 07.11.1992. 10 = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand*, Köln, 1993, 44 - 45.

o. Verf., *Kommunikationsprojekt Celle "Power durch die Mauer"* (Interview mit dem "AK Drinnen und Draußen" in der Zeitschrift *Brennpunkt*, Okt./Nov. 1992), nachgedruckt in: *Angehörigen-Info* (GNN-Verlag: Hamburg), Nr. 111, 28.01.1993, 2 - 4.

Lutz Taufer, *Gesellschaft oder Ghetto*, Anfang 1993 veröffentlicht von der *Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen* (c/o Weißes Haus, Heddernheimer Landstraße 155, W-60439 Frankfurt am Main - Heddernheim), später nach gedruckt in: Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand*, Köln, 1993, 87 - 91 = *Arranca!*, Nr. 3, Winter 1993/94, 24 - 30.

o. Verf., *Das Neue zu denken erlernen*, in: *Swing.* Autonomes Rhein-Main Info, Nr. 49, Feb. 1993, 42 - 43.

Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen (Hg.), *"Die Würde des Menschen ist antastbar"* (Ulrike Meinhof). Beiträge von der Veranstaltung am 29.1.93. in Hamburg, Selbstverlag: Hamburg 1993.

Rote Armee Fraktion / Kommando Katharina Hammerschmidt, *"wir haben den druck jetzt neu gesetzt"*, in: *AK*, Nr. 353, 07.04.1993, 5 - 6 = *interim*, 235, 08.04.1993, 11 - 17.

3. Kritiken an der neuen Politik

a) Folgende (Grundsatz- oder Detail)-Kritiken an der neuen Politik werden von uns nicht in der Broschüre dokumentiert - teils aus Platzgründen (wir verweisen insbesondere auf die von uns fett hervorgehobenen Texte); teils, da deren wesentlichen Argumente auch in den hier aufgenommenen Beiträgen enthalten sind:

o. Verf., *Das kann doch nicht alles gewesen sein!* Gedanken aus Diskussionen in Berlin (West), in: *interim*, Nr. 190, 23.04.1992, 10 - 11.

ein Genosse, *Brief an die Genossinnen und Genossen, die im bewaffneten Kampf der RAF stehen*, in: ebd., 12 - 13.

Pepone, RAZ/RZ-Debatte. *Wenn das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird...*, in: interim, Nr. 191, 30.04.1992, 9 - 13.

VERS. Von einer revolutionären Strömung, *Liebe Genossinnen* [Offener Brief an die RAF und die Gefangenen aus RAF und Widerstand], in: ebd., 17 - 19.

ein Teil des Widerstands in der BRD [= Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah], *22 Jahre bewaffneter Kampf der RAF in der BRD*, ebd., 20 - 21.

Reim, *Zur Neubestimmung revolutionärer Politik*, in: interim, Nr. 194, 21.05.1992, 21.

Wilma, *Zum Brief der RAF in der interim 189*, in: ebd., 22 - 23.

Frauen und Männer aus dem radikalen linken Widerstand, *Fragen in den "offenen Raum"*, in: ebd., 24 - 25.

Menschen aus dem Widerstand [= Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah], *Zur Erklärung der RAF*, in: interim, Nr. 195, 28.05.1992, 13 - 14.

ProKo. Pro Kommunismus, *Einige Überlegungen und Vorschläge zum Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen*, in: ebd., 16 - 19.

ders., *Elemente für einen revolutionären Neuanfang*, in: ebd., 19 - 20.

ders., *Wider den Praktizismus!* (Der Text wurde von der *interim* [s. Nr. 195, 2] in ihren Ordner mit unveröffentlichten Texten aufgenommen).

ein Teil des Widerstandes in der BRD, *Zum RAF-Papier*, in: interim, Nr. 196, 04.06.1992, 15 - 17.

Pro Kommunismus, *Alt, aber nicht veraltet. Thesen zur Diskussion vom 31.03.1992*, in: *interim*, Nr. 197, 11.06.1992, 31 - 34.

o. Verf., *Anmerkungen zum KONKRET-Interview der Celler Gefangenen*, in: *interim*, Nr. 198, 18.06.1992, 12.

G. Fliegenfänger, *Zur Erklärung der Rote-Armee-Fraktion!*, in: *Land unter.* Zeitung aus Schleswig-Holstein, Nr. 7, Juni 92, 41 - 43.

Autonome Kommunisten, *Anmerkungen zur Debatte zwischen der RAF, den Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand und Genossinnen, die 'noch' legal leben*, in: interim, Nr. 200, 02.07.1992, 29 - 31 = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand*, Köln, 1993, 73 - 75.

Revolutionäre Gruppe Ausbruch / Zürich, *Offener Brief*, Teil I, in: interim, Nr. 204, 13.08.1992, 26 - 30, Teil II, in: *interim*, Nr. 205, 27.08.1992, 30 - 33.

o. Verf., *Kinkel in Tutzing*, in: *Ohm* (Hamburg), Nr. 4, Aug./Sept. 1992, 10 ff.

Interim-Redaktion, [*Stellungnahme zur August-Erklärung der RAF*], in: *interim*, Nr. 206, 10.09.1992, 2.

Pro Kommunismus, Anmerkungen zur RAF-Erklärung vom August 1992. *Die inhaltliche Debatte weitertreiben!*, in: interim, Nr. 208, 24.09.1992, 16 - 24.

Kreis für die politischen Gefangenen / Hamburg, *Bernd Rössner kommt raus!* Freiheit für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand?!, in: interim, Nr. 217, 26.11.1992, 30 - 31.

Joelle Aubron, *Brief vom 14.12.1992*, in: Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand*, Köln, 1993, 37 - 38.

Radikal Brechen. Zeitung für die antiimperialistische und autonome Bewegung (Frankfurt am Main), Nr. 9, Feb. 1993: Zur Auflösung von RZ und zur RAF-Erklärung vom 10.4.92: *Die Debatte über alle grundlegenden Fragen der Revolution endlich beginnen!*

o. Verf., *Die KGT-Initiative - ein Vergleich*, von der *interim* (s. Nr. 234, 2) in ihren Ordner mit unveröffentlichten Texten verbannt.

ders., *die interim, die RAF und die Hausarbeit*, in: *interim*, Nr. 235, 08.04.1993, 18 - 20.

Gruppe Dak dynamisch - ausdauernd - kommunistisch, *Heute noch Revolutionärin sein?* Für die Freiheit der Gefangenen aus RAF und Widerstand ohne Unterwerfung unter das Staatskalkül kämpfen! Für eine eigenständige revolutionäre Praxis!, in: interim. Nr. 239, 06.05.1993, 34 - 35.

Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah, *Erklärung vom 05.09.1993*, = interim, Nr. 252, 09.09.1993 (falsch datiert mit: "19. September"), 28 - 31 = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand*, Köln, 1993, 91 - 94.

ein Mann aus Berlin, *Offener Brief an die RAF*, in: *Swing*, Nr. 56, Nov. 1993, 47 - 54 = interim, Nr. 263, 12 - 19 = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand*, Köln, 1993, 45 - 53.

Militante aus dem antiimperialistischen Widerstand [= Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah], *Erklärung vom Nov. 1993*, in: *interim*, Nr. 263, 20.

Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah, *Erklärung vom 13.12.1993*, in: interim, Nr. 268, 16.12.1993, 31 - 33.

sowie als bisher umfassendste Auseinandersetzung mit der neuen Politik:

o. Verf., Offener Brief von Rosa Luxemburg an die RAF, die RZ sowie die autonome und antiimperialistische Bewegung. Eine Polemik, Teil I, in: Interim, Nr. 243, 03.06.1993, 27 - 31 = AK, Nr. 355, 09.06.1993, 33 - 35 = *Swing.* autonomes Rhein-Main-Info, Okt. 1993, Vol. 55, 26 - 33 (mit red. Vorbemerkung), Teil II, in: AK, Nr. 356, 07.07.1993, 27 - 28 = *Swing*, Nr. 57, 1994 (angekündigt); Teil I und II in: Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand*, Köln, 1993, 12 - 19.

b) Antworten auf die Kritiken an der neuen Politik sind uns leider nur in Form von persönlichen Angriffen auf die Kritikerinnen bekannt:

Rico Prauss, *Brief vom 02.05.1992*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 94, 05.06.1992, 2 - 3.

Knut Folkerts, *Brief vom 07.01.1993*, (mit sinnentstellenden Fehlern) in: *Angehörigen-Info*, Nr. 113, 24.02.1993.

Karl-Heinz Dellwo, [Brief vom 29.04.1993], in: *interim*, Nr. 243, 03.06.1993, 32 = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand*, Köln, 1993, 11 (s. dazu: den Brief der Verfasserinnen der "Feministischen Kritik", in: ebd. sowie Anton, Fritz und Jenny, *So nicht!* Stellungnahme zum in der INTERIM Nr. 243, Seite 32 veröffentlichten Brief von Karl-Heinz Dellwo an die Gruppe "Freiheit für die politischen Gefangenen" Berlin, in: *interim*, Nr. 245, 17.06.1993, 22 - 23).

c) S. zur Debatte über die neue Politik außerdem die Broschüren:

Gruppe "Freiheit für die politischen Gefangenen", *"Aber in den 80ern lief es ganz anders... und was Jetzt?"*. Diskussion über die RAF-Erklärung vom August 1992, Selbstverlag: Berlin, 1992.

o. Hg., *Debatte auf Radio Dreyeckland vom 14.6.1992*, ohne Verlags-, Orts- und Jahresangabe.

AK Drinnen & Draußen (Hg.), *"Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß"* (Lukács). Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahre 1988 bis 1992, GNN-Verlag, Köln, 1992.

Gruppe "Kein Friede", *Die Mühen der Ebene*, Selbstverlag: Frankfurt am Main, 1992.

d) Einen knappen und präzisen Überblick über die bisherige Debatte gibt:

P., Berlin, *Kampf zweier Linien.* Anderthalb Jahre "Kinkel-Initiative" - eine Bilanz ihrer Wirkung "drinnen und draußen", in: *AK*, Nr. 358, 22.09.1993, 14 - 15 = Swing, Nr. 56, Nov. 1993, 39 - 42 = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation zur Auseinandersetzung RAF<->politische Gefangene<->Widerstand*, Köln, 1993, 3 - 5.

4. Die Debatte über die "Feministische Kritik"

Gregor, *An die Frauen aus Gießen, die den Text geschrieben haben, der in der Interim Nr. 229 vom 25.2.93 abgedruckt ist!*, in: interim, Nr. 231, 11.03.1993, 3 - 5.

Anna und Arthur, *Zu Gregors Kritik an den Frauen aus Gießen (interim 231)*, in: interim, Nr. 232, 18.03.1993, 32.

Gregor, *An Anna und Arthur wg. der Diskussion um den Text der Frauen aus Gießen aus Interim 229!*, in: interim, Nr. 233, 25.03.1993, 33 - 34.

VERS. Von einer revolutionären Strömung, *Zur Diskussion über die feministische Kritik in der Interim 229 am neuen Kurs von RAF sowie Teilen der Gefangenen und des Widerstandes*, in: interim, Nr. 235, 08.04.1993, 20 - 21.

ProKo, *Kritisches zur Kritik von Gregor*, von der interim (s. Nr. 238, 2) in ihren Ordner mit unveröffentlichten Texten gepackt.

Gregor, *Nochmal- zum letzten Mal: Zu der Diskussion über das Papier der Gießnerinnen (Interim 229, 231, 232, 233) und der daran anschließenden Kritik von "VERS" am "neuen Kurs der RAF sowie Teilen der Gefangenen" (Interim 235) sowie zur der Langfassung der Kritik von einem von "VERS" außerhalb dieser Zeitung*, in: interim, Nr. 236, 15.04.1993, 30 - 32 (am Ende des Textes mit einem Vorschlag für eine Amnestie-Kampagne).

Anton und Fritz, *Stellungnahme zur Amnestie-Forderung*, in: interim, Nr. 238, 30 - 31.

S. dazu schließlich auch den Brief von Karl-Heinz Dellwo und dazu die Stellungnahmen der Verfasserinnen der "Feministischen Kritik" (beides in interim 243) sowie von Anton, Fritz und Jenny (interim 245).

5. Literatur zur Spaltung des Gefangenen-Kollektivs

a) aktuelle Texte

Helmut Pohl, *Erklärung vom August 1993*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 127, 09.09.1993 = *AK*, Nr. 358, 22.09.1993, 15 = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation zur Auseinandersetzung RAF<->politische Gefangene<->Widerstand*, Köln, 1993 (im folgenden zitiert als AB-Doku), 43.

Birgit Hogefeld, *Brief an Helmut Pohl zu dessen Erklärung*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 129, 07.10.1993, 3 - 4 = *AK*, Nr. 359, 20.10.1993, 2 = [unter der Überschrift "Es wir keine Neuauflage der Kinkel-Initiative geben"] taz, 27.08.1993, S. 10 = AB-Doku, 65.

Rolf Heißler, *Brief an Birgit Hogefeld vom 10.10.1993*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 131, 04.11.1993, 2 - 3 = [unter der Überschrift "Realität wird nicht wahrgenommen"] *Clockwork 129a*. Informationen über 129a-Verfahren und andere politische Prozesse (Mainz), Nr. 33/34, 16.11.1993, 5.

Brigitte Mohnhaupt, *Erklärung von Ende Oktober 1993*, in: *AK*, Nr. 360, 16.11.1993, 18 = *Angehörigen-Info*, Nr. 131, 04.11.1993 = [unter der Überschrift "Sinn und Inhalt unserer Politik sind Teil unseres Lebens"] *Clockwork 129a*, Nr. 33/34, 16.11.1993, 2 = *Frankfurter Rundschau*, 28.10.1993, 5 = [auszugsweise] taz, 29.10.1993, 3= *interim*, Nr. 260, 04.11.1993, 31 = Ab-Doku, 54.

Karl-Heinz Dellwo, *"Von der Freiheit weiter denn je entfernt"*. [Brief von Anfang Oktober], in: taz, 01.11.1993, 12 = *interim*, Nr. 260, 32 - 33 = AB-Doku 59 - 60.

ders., *Die Simulation einer Wirklichkeit*, in: taz, 01.11.1993, 12 = *interim*, Nr. 260, 32 = AB-Doku, 59.

Christian Klar, *Erklärung vom 16.10.1993*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 131, 04.11.1993, 3 - 5 = [unter der Überschrift "... wir sind in einen Film geraten"] *Clockwork 129a*, Nr. 33/34, 16.11.1993, 1 - 2 = AB-Doku, 55 - 56.

Eva Haule, *Erklärung vom 23.10.1993*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 131, 04.11.1993, 5 - 6.

Sigrid Happe und Gabi Hanka, *Erklärung vom 25.10.1993*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 131, 04.11.1993 mit einer "Richtigstellung" im *Angehörigen-Info*, Nr. 132, 19.11.1993, 10 = AB-Doku, 56 - 57.

Rote Armee Fraktion, *Es gab keine Geheimverhandlungen* (02.11.1993), in: AK 360, 16.11.1993, 17, 19 = *Frankfurter Rundschau*, 06.11.1993, 10 = *interim*, Nr. 261, 11.11.1993, 22 - 24 = AB-Doku, 61 - 63.

Helmut Pohl, *Ohne uns!* (Brief an Birgit Hogefeld von Anfang November 1993), in: *Clockwork 129a*, Nr. 33/34, 16.11.1993, 3, 8 = *Angehörigen-Info*, Nr. 132, 19.11.1993, 11 - 12 = AB-Doku, 66.

Heidi Schulz, *... weil die RAF immer für Aufrichtigkeit stand* (Brief an Birgit Hogefeld vom 01.11.1993), in: *Clockwork 129a*, Nr. 33/34, 16.11.1993, 4 - 5 = *Angehörigen-Info*, Nr. 132, 19.11.1993, 8 - 10.

Eva Haule, *Tauschhandel wird es mit uns nicht geben* (Prozeßerklärung vom 04.11.1993), *Clockwork 129a*, Nr. 33/34, 16.11.1993, 6 - 7 = *Angehörigen-Info*, Nr. 132, 19.11.1993, 3 - 5.

Manuela Happe, *Brief an Birgit Hogefeld vom 01.11.1993*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 132, 19.11.1993, 7 - 8.

Rolf Heißler, *Wie die RAF ihre neue Politik betreibt*. Fragment, in: AB-Doku, 63 - 64.

Rolf Heißler, *Brief vom 16.11.1993*, in: *Ab-Doku*, 58.

Norbert Hofmeier, *Brief an Irmgard Möller, Hanna Krabbe und Christine Kuby*, in: interim, Nr. 262, 18.11.1993, 23 - 24.

Tübinger Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen - jetzt, *Stellungnahme zu den Auseinandersetzungen unter den Gefangenen aus der RAF sowie der RAF selbst, wie sie in den Erklärungen vom 28.10.93 (Brigitte Mohnhaupt in der FR), 1.11.93 (Karl-Heinz Dellwo in der taz) und 6.11.93 (RAF in der FR) zum Ausdruck kommen*, in: *interim*, Nr. 263, 25.11.1993, 21 - 25 = AB-Doku, 68 - 72.

Mikesch, *Offener Brief an die RAF und alle Gefangenen aus der RAF*, in: interim, Nr. 264, 2.12.1993, 30 - 33 = AB-Doku, 75 - 78.

Leute, die "seit April '92 bereits die sog. 'Neubestimmung' kritisieren", *Für den Bruch mit diesEN HinterlassenschafTEN! Für eine neue revolutionäre Entwicklung!*, in: *interim*, Nr. 265, 09.12.1993, 13 - 17.

Oliver Tolmein, *Ende des Kollektivs*, in: *Konkret*, 1/1994, 28 - 31.

P. und D., Berlin, *Ende oder Neuanfang?* Zur Diskussion zwischen "drinnen und draußen" nach dem Bruch zwischen der RAF und der Mehrheit der Gefangenen, in: AK 362, 12.01.1994, 27 - 28.

Herman L. Gremliza, *Hoffnungsträger*, in: AK 363, 09.02.1994, 29.

RAF, *Erklärung vom 06.03.1994*, in: *interim*, Nr. 279, 24.03.1994, 8 - 16 (zuvor auszugsweise unter der Überschrift "ein neuer anlauf ist sicher notwendig" in: *Junge Welt*, 17.03.1994, 6).

b) Zum Verständnis dieser Kontroverse müssen die Nachbereitungspapiere zu Bad Kleinen mitberücksichtigt werden:

Gruppe "Freiheit für die politischen Gefangene" (Berlin), *Versuch einer vorläufigen Einschätzung der Umstände der Erschießung von Wolfgang Grams und der Verhaftung von Birgit Hogefeld*, in: *interim*, Nr. 249, 29.07.1993, 26.

Fritz, *Zur "Einschätzung" der Gruppe "Freiheit..." zu Bad Kleinen. Reisende soll man/frau nicht aufhalten*, in: *interim*, Nr. 250, 12.08.1993, 15.

Rote Armee Fraktion, *"Nehmt das nicht hin!"*, *AK*, Nr. 357, 25.08.1993, 11(vgl. dazu die von der interim [s. Nr. 248] in ihren, in Berliner Info-Läden zur Verfügung stehenden, Ordner mit unveröffentlichten Texten gepackte Stellungnahme von Pro Kommunismus, *Jammernde Armee Fraktion*).

Birgit Hogefeld, *Stellungnahme zum "Spitzel Klaus S."*, in: *AK*, Nr. 357, 25.08.1993, 13 - 14 = [unter der Überschrift "Der Verrat des Klaus Steinmetz"] taz, 22.07.1993, 11.

Christian Klar, *Die Rückkehr der Oberflächenverliebtheit* (14.08.1993), in: *Clockwork 129a*, Nr. 33/34, 16.11.1993, 8.

Rico Prauss, *... aber das Biotop dafür finden wir durchs ganze Land* (aus einem Brief an Birgit Hogefeld vom 28.08.1993), in: *Clockwork 129a*, Nr. 33/34, 16.11.1993, 3 = *Angehörigen-Info*, Nr. 132, 19.11.1993, 6.

II. weitere Texte zu revolutionärer Politik

1. Texte von Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, die wir aus Platzgründen sowie aus Gründen der Themenstellung nicht in diese Broschüre aufgenommen haben:

Zur Auseinandersetzung um die zionistische Einwanderungspolitik. Beitrag für den Palästina-Kongreß, Hamburg, März 1990 (fotokopiertes Diskussionspapier).

Friedhofsschändungen - Gespenst oder Aktualität des Antisemitismus? Einforderung einer notwendigen Diskussion zwecks praktischer Konsequenzen am Fuße des Eisbergs, in verdrehter Form in: *Konkret* 1/1991.

Der Erlkönig lebt! Zur Hebung der antizionistischen Verkehrssicherheit bei Nacht und Nebel, in: AK Drinnen & Draußen (Hg.), *"Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß"* (Lukács). Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahre 1988 bis 1992, GNN-Verlag, Köln, 1992, 59 - 67.

Grußadresse [an den Internationalen Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München], in: *Angehörigen-Info*, Nr. 97, 17.07.1992, 1 - 2.

2. Diskussionsbeiträge von italienischen kämpfenden Gefangenen

Gruppe 2 (Hg.) Reihe - texte -. Dokumente zur Zeitgeschichte

Heft 1: *Klassenkampf oder "politische Lösung"?*. Materialien zur Amnestie-Diskussion, München, o.J. (1988?)

Heft 2: *Italien - Zyklus / Klassenzusammensetzung / Internationalismus / Anderes / Chronik einer Debatte*, München, 1989[2], teilweise überarbeitet

Heft 3: *Insurrezione!*, München, 1990.

Heft 4: *Per il Comunismo / Der Klassenkampf ist der Motor der Geschichte / Texte italienischer Gefangenenkollektive*, GNN-Verlag: Köln, 1990.

Heft 5: *Texte von CC/PCC - BR/PCC - Prigionieri Politici - WOTTA SITA etc. zur internationalen Debatte über kämpfende Partei, GRAPO, Zusammenlegung, Perestroika, Anderes*, GNN-Verlag: Köln, o.J. (1990?).

außerdem erschienen:

Heft 6: *Face Reality*. There are Political Prisoners in the USA. Freedom Now!, GNN-Verlag: Köln, 1991.

Wir verweisen besonders auf folgende Texte:

Colletivo Comunisti Prigionieri, wotta sitta (bedeutet in Afrika "Die Zeit ist reif!"), in: Heft 2, 5 - 24 und Heft 3, 44 - 73.

Kollektiv kommunistischer Gefangener Wotta Sitta, *Per il Communismo* aqui no se rinde nadie! [auf deutsch], in Heft 4, 10 - 54.

Kommunistische Zelle zur Gründung der Kämpfenden Kommunistische Partei, *Für die Debatte in der revolutionären Bewegung Europas* und *Das Thema der Fortführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats. Geschichtliche Erfahrungen und einige aktuelle Betrachtungen*, in: Heft 5, 19 - 24 und 25 - 34.

3. Literatur zum bewaffneten Kampf in weiteren Ländern

Peio Aierbe, *Bewaffneter Kampf in Europa*. Korsika, Italien, Nordirland, BRD, Baskenland. Schwarze Risse/Rote Straße: Berlin/Göttingen, 1991.

Ingo Juchler, *Rebellische Subjektivität und Internationalismus*. Der Einfluß Herbert Marcuses und der Befreiungsbewegungen in der sog. dritten Welt auf die Studentenbewegung in der BRD (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung Band 79 hrsg. von Frank Deppe / Georg Fülberth). Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft: Marburg, 1989.

Stefan Seifert, *Lotta armata*. Bewaffneter Kampf in Italien. Die Geschichte der Roten Brigaden. Edition ID-Archiv: Berlin/Amsterdam, 1991.

Gaby Weber, *Die Guerilla zieht Bilanz*. Lateinamerikanische Guerilla-Führern sprechen über Fehler, Strategie und Konzeption - Gespräche, aufgezeichnet in Argentinien, Bolivien, Chile und Uruguay, Focus: Gießen, 1989.

4. Literatur zur aktuellen autonomen Organisierungsdebatte

a) F.e.l.s.

f.e.l.s. - für eine linke Strömung (Hg.), *Texte zur Kritik an den Autonomen*. Organisierungsdebatte, Selbstverlag: Berlin, 1992.

o. Verf., *Diskussionsbeitrag zum Artikel "Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler" in der interim Nr. 168*, in: *interim*, Nr. 168, 07.11.1991, 23 - 24.

Frank Schöbel, *Ein Kessel Rotes*, in: *interim*, Nr. 174, 19.12.1991, 38 - 39.

S. auch die f.e.l.s.-Zeitschrift *Arranca!* (mit wechselnden Untertiteln), vorerst: Nr. 0, Jan. 1993 - Nr. 3, Winter 1993/94.

b) Antifa (M) / AA/BO

Autonome Antifa (M) (Hg.), *Zwischenzeiten*, Göttingen, 1992.

Antifaschistische Organisation / Bundesweite Organisation (Hg.), *Ein-satz!*, Selbstverlag: Bonn, 1993.

Hinz & Kunz & Co. KG, *Die Frage der Einheit entzweit uns!* Interview mit der Antifa (M) & KritikerInnen, in: *radikal* (Amsterdam), Nr. 147, März 1993, 34 - 47.

o. Verf., *Interview mit AktivistInnen der Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Organisation*, in: *Clash*. Internationale Zeitung (Amsterdam), Nr. 8, Mai 1993, 14 - 23.

Hans Pfeiffer, *Autonomer Antifaschismus*, in: *Avanti*, Nr. 26, Feb. 1993, 3 - 4.

David Müller, *Sein oder nicht sein - Anatomie der Autonomen*, in: *Avanti*, Nr. 28, April 1993, 13 - 15 = *radikal*, Nr. 148, Nov. 1993, 15 - 16

sowie

das Flugblatt von Bolschewik Partizan: *Nur gemeinsam sind wir stark! Schlagen wir die faschistischen Angriffe gemeinsam zurück!* (Sept. 1992).

5. Literatur zu den Revolutionären Zellen / Rote Zora

ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.), *Die Früchte des Zorns*. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora. 2 Bände. Edition ID-Archiv: Berlin/Amsterdam, 1993.

o. Verf., zum RZ-Papier: *"Ich geh weg, ich geh weg, ich geh weg und such was Neues..."* (Ton, Steine, Scherben), in: *interim*, Nr. 180, 13.02.1992, 12 - 16.

o. Hg., *Die Rote Zora*, Verlag Sauerländer: Arau/Frankfurt am Main/Salzburg, 1989[28] (Tarnangabe).

Rote Zora, Mil's *Tanz auf dem Eis*. Von Pirouetten, Schleifen, Einbrüchen, doppelten Saltos und dem Versuch, Boden unter den Füßen zu kriegen, o.O. o.J. (1994) (Auszüge in: *interim*, Nr. 270, 20.01.1994, 12 - 13 und Nr. 272, 03.02.1994, 5 - 7).

6. Literatur zur triple oppression-Theorie und zur aktuellen Rassismus-Diskussion

Anja Meulenbelt, *Scheidelinien*. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus, Rowohlt: Reinbek bei Hamburg, 1988.

Perspektiven. Zeitschrift für sozialistische Theorie (Marburg), Nr. 4: Feminismus - Marxismus, Nov. 1988, 5 - 14.

Projektgruppe Metropolen(Gedanken) und Revolution? (Hg.), *Texte zu Patriarchat, Rassismus & Internationalismus*, Edition ID-Archiv: Berlin, 1991.

Jost Müller, *Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus*. Diskurse, Formationen und Funktionen des Rassismus in Ökonomie und Politik, in: *Widerspruch*, Vol. 21 Juni 1991, 59 - 75.

Jenny Bourne / A. Sivanandan / Liz Fekete, *From Resistance to Rebellion*. Texte zur Rassismus-Dikussion, Schwarze Risse: Berlin, 1992.

Deborah K. King, *Herrschaftsverhältnisse und Schwarzer Feminismus*, in: *Perspektiven*. Zeitschrift für sozialistische Theorie (Berlin), Nr. 9: Rassismus und Sexismus, April/Mai 1992, 5 - 1.

Frauen aus verschiedenen politischen Bereichen, *Zur Kritik der Politik der Frauen aus dem Antirassistischen Zentrum und grundsätzliche Überlegungen zu antirassistischer Politik*, in: interim, Nr. 184/185, 19.03.1992, I - VI.

Regine Gildemeister / Angelika Wetterer, *Wie Geschlechter gemacht werden*, in: Gurdrun-Alexi Knapp / Angelia Wetterer (Hg.), *Traditionen. Brüche*, Freiburg, 1992, 201 - 254.

Autonome LUPUS-Gruppe, *Etwas wenig*, in: konkret extra (Gremlizas Verlag: Hamburg), Nr. 1/1993, 5.

Gloria I. Joseph (Hg.), *Schwarzer Feminismus*. Theorie und Politik afroamerikanischer Frauen, Orlanda Frauenverlag: Berlin, 1993.

7. wichtige allgemeine Literatur zu revolutionärer Politik:

Louis Althusser, *Widerspruch und Überdeterminierung*, in: ders., *Für Marx*, Frankfurt am Main, 1968, 52 - 99.

ders., *Über materialistische Dialektik*, in: ebd., 100 - 167.

ders., *Antwort an John Lewis*, in: Horst Arenz / Joachim Bischoff / Urs Jaeggi (Hg.), *Was ist revolutionärer Marxismus?*, Westberlin, 1973, 35 - 76.

Etienne Balibar, *Klassen, Staat und "Diktatur des Proletariats*, in: *Das Argument*, Vol. 106, Nov./Dez. 1977, 795 - 808.

ders., *Vom Klassenkampf zum Kampf ohne Klassen?*, in: ders. / Immanuel Wallerstein, *Rasse. Klasse. Nation*, [West]berlin, 1990, 190 - 224.

ders., *Vorwort*, in: ebd., 5 - 20.

Ursula Beer, *Geschlecht. Struktur, Geschichte*, Frankfurt am Main, 1990.

Wieland Elfferding, *Klassenpartei und Hegemonie*, in: ders. / Michael Jäger / Thomas Scheffler, *Marxismus und Theorie der Parteien*, [West]berlin, 1983, 7 - 35.

Georg Fülberth, *Erledigte Fragen*, in: *Marxistische Blätter*, 2-1992, 36 - 38.

Miriam Glucksmann, *Einwände gegen Goldmanns Position*, in: *alternative*, Vol. 71, April 1970, 74 - 87.

Saül Karsz, *Theorie und Politik: Louis Althusser* , Frankfurt am Main / [West]berlin / Wien, 1976.

Georges Labica / Gérard Bensussan (Hg.), *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*. 8 Bände, [West]berlin/Hamburg, 1983-89.

Mao Tse-Tung, *Über die Praxis*, in: ders., *Ausgewählte Werke*, Peking, 1968, 348 - 364.

ders., *Über den Widerspruch*, in: ebd., 365 - 408.

-texte-

DOKUMENTATIONEN ZUR ZEITGESCHICHTE

-texte- Neuerscheinung

REIHE *-texte-*

*-texte-*Nummern kosten DM 7.00
zuzüglich DM 1.20 Porto.
Bestellungen gegen Vorkasse bei:
gruppe 2 - Fasanenstraße 142
D-82008 Unterhaching
Tel.: 089/6116216, Fax 6116247

Krise, Guerilla und revolutionärer Prozess

7

Die Erklärung der RAF vom 10.4.92 - mit der sie die „Zurücknahme der Eskalation" ankündigte, die folgende Augusterklärung und nicht zuletzt das Offenwerden des Bruchs zwischen den Gefangenen haben - vor dem Hintergrund weltweiter Veränderungen im internationalen Machtgefüge - in der revolutionären Linken hier wie anderswo zu Kontroversen, Verunsicherungen, aber auch (vor allem über die entschiedene Ablehnung des "neuen Kurses") zur Wiederaufnahme der Debatte über Krise, Guerilla und revolutionären Prozess geführt. Die Nr. 7 der **REIHE** *-texte-* dokumentiert internationale Stellungnahmen zur Entwicklung seit 1992 und deren politisch-ideologische Ursachen und stellt - nicht nur, aber auch - über den Bezug auf die italienischen revolutionären Gefangenen eine Fortschreibung der bisher erschienenen Ausgaben dieser Reihe dar.

In der REIHE *-texte-* sind bisher erschienen:

Nr. 1 Klassenkampf oder Politische Lösung
Beiträge zur Amnestiedebatte in Italien. Zu Wort kommen sowohl die Vertreter der „politischen Lösung", als auch Exilierte und revolutionäre Gefangene verschiedener Organisationen.

Nr. 2 Chronik einer Debatte/Gegen Dialog
Beiträge gegen die Liquidierung der Klassenbewegung in Italien .Im Zentrum stehen Texte zu „Bruch oder Kontinuität", Vereinheitlichung der Debatte und zum Internationalismus der 80er Jahre.

Nr. 3 Analyse der Kampferfahrungen
Die Ausgabe konzentriert sich auf Texte zur Analyse vergangener Kampferfahrungen, der sozialen und politischen Veränderungen in den80er Jahren und zur „imperialistischen Internationalisierung".

Nr. 4 Krise revolutionärer Bewegung in Italien
Enthält u.a. einen ausführlichen Beitrag revolutionärer Gefangener zur Internationalen Entwicklung aus dem Jahr 1989.

Nr. 5 Zur Neuformierung der Klassenbewegung
Dokumente zur Neuzusammensetzung der Klassenorganisation und Wiedergewinnung revolutionärer Perspektiven.

Nr. 6 Politische Gefangene und Widerstand in den USA
Die Dokumente des Internationalen Tribunals gegen Menschenrechtsverletzungen in New York 1990, Interviews, Biografien etc.

Ingrid Strobl über KommunistInnen-Verfolgung und § 129a

Der Paragraph 129 wurde unter Bismarck erfunden, um die Sozialistengesetze durchzusetzen. Und er wurde fast genau hundert Jahre später von den regierenden Sozialdemokraten um den 129a erweitert, um, wie es so schön heißt, den Terrorismus zu bekämpfen . Dieser Paragraph, der als Waffe gegen die sich organisierende deutsche Arbeiterbewegung geschmiedet wurde, überlebte das Ende des Kaiserreichs und das Ende des "Tausendjährigen Reiches". Diese Waffe wurde nach der Niederlage des NS-Regimes sorgsam wieder ausgegraben, poliert, technisch verbessert und dient heute als Mehrzweckwaffe gegen jede radikale, nichtintegrierbare Opposition. Sie ist ein Dokument des Antikommunismus, und sie entlarvt den Mythos von der sogenannten Stunde Null. Deutschland lag 1945 in Trümmern, aber das klassische Feindbild hatte nicht den kleinsten Kratzer abbekommen. Während zumindest der Antisemitismus nach Auschwitz eine Zeitlang als inoppurtun galt, reüssierte der Antikommunismus zum tragenden Segment des deutschen Wiederaufbaus.

Dieser tief verwurzelte Antikommunismus schien den westlichen Alliierten eine Garantie dafür, daß es sich lohnte, aus den Trümmern ein neues Industriezentrum und "Bollwerk des Westens" aufzubauen. Und so wurden die Konstrukteure und Profiteure der nationalsozialistischen Großraumpolitik bruchlos in die Etablierung dieses imperialistischen Staates Bundesrepublik integriert, da man auf ihre unschätzbare Erfahrung und Kompetenz nicht verzichten konnte und wollte.

Die NS-Wirtschaftsführer, die ganz Europa, von Frankreich bis Polen ausgeraubt hatten, mußten sich kaum aus ihren Chefsesseln erheben, um sofort wieder neue Großprojekte zu planen.

Gleichzeitig wurde erneut zum Halali geblasen gegen die Kommunistinnen und Kommunisten, die es gewagt hatten, das NS-Regime zu überleben, die es gewagt hatten - fast als einzige - gegen dieses Regime Widerstand zu leisten. Die neue alte Waffe in den Händen ihrer Gegner war der Paragraph 129.

Während der Rassenkommentator Globke in Adenauers Staatskanzlei renommierte, wurden - nach Paragraph 129 - 370.000 Ermittlungsverfahren gegen Kommunisten und GegnerInnen der Wiederbewaffnung eingeleitet. Während ehemalige Gestapo-Offiziere ihr neues Auskommen fanden, wurde die Kommunistische Partei Deutschlands erneut verboten.

Die deutschen Firmen, die die besetzen Länder Europas schamlos ausgepreßt, die sogar noch von der industriellen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung profitiert hatten, diese Firmen sind heute besser im Geschäft als je zuvor. Von der Deutschen Bank über Krupp bis zu der von Bayer kontrollierten Degesch, die das Zyklon B herstellte, haben diese Firmen heute ihren satten Anteil an der Auspressung, Selektion, Vertreibung und Vernichtung der Menschen in der sogenannten "Dritten Welt".

Doch dieses Programm funktioniert nur dann reibungslos, wenn im eigenen Land absolute Ruhe herrscht. Und weil sich der Widerstand gegen dieses neue Programm bald nicht auf die organisierten Kommunisten beschränkte, weil sich die Ruhe weder durch die Notstandsgesetze noch durch die Integration von Teilen der APO, also weder mit Zuckerbrot noch mit Peitsche, herstellen ließ, weil sich immer noch und immer wieder an allen Ecken und Enden Widerstand rührt, deshalb mußte der gute alte Paragraph 129 generalüberholt und den neuen Erfordernissen angepaßt werden. Er wurde um den 129a erweitert, das neue Feindbild hieß nun Terrorismus, und Terrorismus, das ist immer das, was der Staatsschutz dazu erklärt.

10 DM

Bestelladresse:

Broschürengruppe, c/o Kopierladen M99,

Manteuffelstraße 96, 10997 Berlin